Redebuch

2009

Initiative Bremer Montagsdemo: Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 –
2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

Grundsätze
213. 214. 215. 216.
217. 218. 219. 220.
221. 222. 223. 224. 225.
226. 227. 228.
229. 230. 231. 232.
233. 234. 235. 236.
237. 238. 239. 240.
241. 242. 243. 244.
245. 246. 247. 248.
249. 250. 251. 252.
253. 254. 255. 256. 257.
258. 259. 260.
Kontakt Flugblatt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern
der 26. Bremer Montagsdemo

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

213. Bremer Montagsdemo

am 05. 01. 2009

Stoppt den Krieg im Gazastreifen jetzt!

Die barbarischen Bombenangriffe der israelischen Luftwaffe und nun auch der Krieg der Bodentruppen gegen die Bevölkerung des Gazastreifens sind schärfstens zu verurteilen! Dieser verbrecherische Überfall ist eine absolut unverhältnismäßige Reaktion auf den Raketenbeschuss der Hamas. Der ist zweifellos ebenfalls zu missbilligen; doch die Hamas hatte vor Kriegsbeginn den Stopp ihrer Raketenangriffe angeboten, wenn Israel die Totalabriegelung des Gazastreifens aufheben würde. Die Olmert-Regierung wollte überhaupt nicht darauf eingehen, geschweige denn verhandeln. Sie wollte Krieg! Deshalb provozierte sie unter anderem mit gezielten Hinrichtungen von Hamas-Führern aus der Luft und mit der Zerstörung eines Tunnels während der Feuerpause.

Die jetzt begonnene „Landoffensive“ wird noch wesentlich mehr Unheil als der Luftkrieg anrichten, Tausenden Palästinensern und Israelis das Leben kosten und weiteres unermessliches Leid für die Bevölkerung beiderseits der Grenzzäune verursachen. Dieser Krieg wird darüber hinaus mit Sicherheit den israelischen Aggressoren in aller Welt schwerste politische und moralische Missbilligungen eintragen, wie die zahlreichen Massenproteste von London bis Singapur schon heute deutlich zeigen.

Inzwischen wächst weltweit und auch in Israel selbst der Widerstand gegen die staatsterroristischen Kriegshandlungen weiter, wobei besonders die Proteste innerhalb der israelischen Bevölkerung zu unterstützen sind, die von den Medien oft kleingeredet oder ganz unterschlagen werden. Uns wird ständig suggeriert, dass eine große Mehrheit der Menschen den Krieg unterstützen und mittragen würde. Wie verlogen solche Behauptungen sind, zeigt sich schon angesichts des großen islamischen Bevölkerungsanteils in Israel!

Die israelischen Proteste passen denn auch so gar nicht in die offizielle Politik der Bundesregierung, die einer bedingungslos einseitigen Unterstützung des barbarischen Bombenkrieges und jedweder Terrorisierung der palästinensischen Bevölkerung das Wort redet. Kanzlerin Merkel behauptet, der Krieg diene nur der

eigenen Verteidigung Israels. Das ist erstens eine schamlose Verdrehung der Tatsachen, denn auch dieser Krieg wurde zwecks Erringung und militärischen Absicherung der israelischen Vorherrschaft von langer Hand vorbereitet! Die offen einseitige Parteinahme für die Interessen der israelischen Regierung und Militärführung ist zweitens auch im Hinblick auf die deutsche Rüstungsunterstützung unverhohlene Beihilfe zum Massenmord!

Die israelische Friedensorganisation „Gusch Schalom“ schrieb dieser Tage in der Zeitung „Haaretz“: „Waffenstillstand jetzt! Dieser Krieg ist unmenschlich, überflüssig und schädlich. Die Tötung Hunderter Palästinenser und die Zerstörung der lebenswichtigen Infrastruktur des Gazastreifens sind abscheuliche Verbrechen. Diejenigen, die sich davon Nutzen bei Wahlen erhoffen, täuschen sich gewaltig! Im Namen Tausender Israelis, die in den Straßen Tel Avivs schon in den ersten Stunden nach Kriegsbeginn demonstriert haben, fordern wir, den Angriff auf Gaza sofort zu beenden, einen Waffenstillstand vorzuschlagen und einzuhalten, der das Ende aller Gewaltaktionen beider Seiten, die wirkliche Öffnung der Grenzen und die Beendigung der Blockade gegen die Bevölkerung des Gazastreifens umfasst, sowie in den Dialog mit Hamas einzutreten. Hamas ist ein integraler Bestandteil der palästinensischen Gesellschaft und des palästinensischen politischen Systems. Ohne ihre Beteiligung sind alle Verhandlungen und Übereinkünfte sinnlos.“

Dies wird auch von der „Internationalen Liga für Menschenrechte“ so gesehen und entsprechend unterstützt. Die offenkundigen und inzwischen von Vertretern der israelischen Regierung vor aller Welt verkündeten Ziele – so die „Menschenrechts-Liga“ – seien härteste Kollektivstrafen gegen Mitglieder und Anhänger von Hamas. Ziel sei der Sturz der von der Hamas gestellten Regierung. Das internationale Recht verbiete beides, sowohl Kollektivstrafen als auch die Einflussnahmen auf die politische Selbstbestimmung eines anderen Landes.

Wir tragen diese Einschätzungen in vollem Umfang mit und erklären uns mit der israelischen Friedensbewegung solidarisch! Wir schließen uns deren Forderungen ohne Wenn und Aber an! Auch wir fordern das sofortige Ende aller Kriegshandlungen und Embargomaßnahmen, den Stopp der illegalen Besiedlung, einen sofortigen Truppenrückzug und die Beendigung der Einkesselung der palästinensischen Bevölkerung! Insbesondere fordern wir von der Regierung Merkel/Steinmeier, dass sie sich sofort für entschiedene Maßnahmen gegen die Massaker der israelischen Streitkräfte ausspricht und sich nicht unter dem Deckmantel der deutschen faschistischen Vergangenheit versteckt. Wir fordern von der Bundesregierung weiterhin, dass sie alle deutschen Rüstungslieferungen umgehend stoppt und sich für sofortige und bedingungslose Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Israel und der Hamas einsetzt!

Resolution der Initiative Bremer Montagsdemo. Verantwortlich für den Text: Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Schluss mit dem israelischen Völkermord!

Am letzten Samstag hat Bremen die größte Demonstration seit Jahren erlebt: Über 7.000 Menschen protestierten gegen den Völkermord Israels am palästinensischen Volk. Innerhalb einer Woche sind in Deutschland über 100.000 Menschen auf die Straßen gegangen. Auf der ganzen Welt waren es Millionen, die den sofortigen Stopp des Bombenterrors Israels forderten.

Die Bundesregierung deckt die israelische Aggression mit der Begründung einer „Selbstverteidigung Israels“. Das ist eine zynische Verdrehung der Tatsachen:

1. Israel unterdrückt das palästinensische Volk seit 60 Jahren. Die Menschen arabischer Herkunft werden zu einem unwürdigen Leben gezwungen. Die Familien werden auseinandergerissen, in Gettos zusammengepfercht und als Menschen zweiter Klasse behandelt.
2. Seit Juni 2008 bestand ein sechsmonatiger Waffenstillstand, der mehrfach von Israel gebrochen wurde. In dieser Zeit wurde keine einzige Rakete aus dem Gazastreifen nach Israel abgeschossen. Die israelische Regierung weigerte sich aber von Anfang an, die vereinbarte Wirtschaftsblockade aufzuheben. Der Gazastreifen wurde stattdessen in ein Gefängnis für 1,5 Millionen Menschen verwandelt. Waren- und Hilfslieferungen wurden gestoppt, ein Massenhungern erzwungen, Wasser und Strom abgedreht und dringend notwendige Medikamente verweigert, wodurch Menschen sterben mussten.
3. Der Versuch der Einkreisung und des Aushungerns ist gescheitert. Der Widerstand der palästinensischen Völker konnte nicht gebrochen werden. Mit Rückendeckung der USA wurde dieser barbarische Krieg vom Zaun gebrochen. Die Aggression Israels ist ein offener Bruch des internationalen Völkerrechts. Sie muss sofort gestoppt werden!

Auch in Israel wächst der Widerstand – aber davon berichten die Medien in der westlichen Welt einfach nichts. In Israel selbst verlangen nicht nur Aktivisten der Friedensbewegung seit Beginn der militärischen Aggression deren sofortige Beendigung. Eine Anzeige von „Gusch Schalom“, dem „Friedensblock“, in der Tageszeitung „Haaretz“ am 30. Dezember 2008 fordert: „Waffenstillstand jetzt! Dieser Krieg ist unmenschlich, überflüssig und schädlich. Er bringt für Israel nichts Gutes mit sich. Die Tötung Hunderter Palästinenser und die Zerstörung der lebenswichtigen Infrastruktur des Gazastreifens sind abscheuliche Verbrechen.“

Deshalb fordert auch die Bremer Montagsdemonstration eine sofortige Beendigung der Militäraggression und den Rückzug Israels aus dem Gazastreifen. Schluss mit der Unterstützung des Völkermords durch die Bundesregierung! Solidarität mit dem gerechten Begreifungskampf des palästinensischen Volkes!

Harald Braun

Schwachsinnige Maßnahmen vor der Bundestagswahl

1. Mit 7.000 anderen Menschen nahm ich am ersten Samstag des neuen Jahres an einer Demonstration in Bremen gegen die Gewalt im Gazastreifen teil. Aufgerufen hatten dazu mehrere palästinensische Organisationen. Ich war überrascht bis entsetzt, wie hier immer wieder auf Arabisch gerufen wurde, dass es nur einen Gott gebe, und das sei Allah (dies ließ ich mir übersetzen). Beim Versuch, für mehr Toleranz einzutreten, und dem Hinweis, dass ein Streit darüber, wer nun der „richtige" Gott sei, doch kaum zu einer Lösung im **Gazastreifen** beitragen werde, wollte mich eine Araberin fast der Demo verweisen. Dabei geht es doch gegen die Gewalt im Gazastreifen, die Gewalt von beiden Seiten, obwohl im Moment die von Israel ausgehende ungeheuerlich ist. Inzwischen findet sogar schon eine Bodeninvasion statt, die das unsägliches Blutvergießen nur noch weiter verschlimmern wird!

„Kindermörder Israel", „Frauenmörder Israel" und „Israel raus aus Palästina", das waren die gängigen Parolen. Ich verstehe die emotionale Betroffenheit durchaus, aber allein auf dieser Ebene geht doch gar nichts! Wenn beide Seiten so drauf sind, dann prost Mahlzeit! Sowohl Israel wie auch Palästina beanspruchen doch beide – aus wie auch immer religiösen Gründen? – das „Heilige Land" für sich. Es sollte einmal darüber nachgedacht werden, dass Religion Rückbindung bedeutet! Es hat schon immer zu viele Kriege gegeben, die dann auch noch auf dem Rücken der Religion ausgetragen wurden, soll heißen: auf dem der Zivilbevölkerung!

2. Hartz IV geht ins fünfte Jahr, und nach wie vor werden die sieben Millionen ALG-II-Bezieher im Regen stehen gelassen. Gerade an Weihnachten zeigt sich besonders, wie groß die **Not** bei den Betroffenen ist, und dass ihnen es am Allernotwendigsten fehlt. Die rasante Zunahme der „Tafeln" zeigt hierbei nur die Spitze des Eisberges. „Seit Hartz IV" ist auch die Nachfrage bei den Kleiderkammern deutlich angestiegen. Die zunehmende Zahl der Besucher spricht Bände, weil die finanzielle Not immer größer wird. Wer ALG II bezieht, kann absolut keinen Anlass zur Zuversicht haben, auch wenn Bundespräsident Horst Köhler uns das glauben machen will!

Von der Lebenswirklichkeit jener vielen Menschen in Deutschland, denen es heute wirtschaftlich schlecht geht, die verschuldet und überschuldet sind, denen das Geld hinten und vorn nicht reicht, hat dieser Bundespräsident keine Ahnung – oder er schweigt sich absichtlich und auch an Weihnachten zu diesem Thema

aus. Betroffene haben es in diesen Tagen nur zu deutlich erleben können. Während die Bundesregierung das Kindergeld um zehn beziehungsweise 16 Euro erhöht hat, gehen Kinder mit Sozialleistungen mal wieder leer aus. Dabei machen sich gerade bei ihnen zehn Euro mehr im Monat spürbar bemerkbar. Aber noch nicht mal dieser Tropfen auf den heißen Stein wird den betroffenen Kindern von ALG-II-Beziehern zugestanden. Diese Zuspitzung lässt sich dann nur noch als von der Regierung verordnete Armut und Ausgrenzung bezeichnen!

3. Der Generalsekretär der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“, Angel Guirra, erwartet bis zum Jahre 2010 zwischen 20 und 25 Millionen mehr Arbeitslose. Allein für die OECD-Zone prophezeite Guirra acht bis zehn Millionen zusätzlich. Hierbei sehe es besonders im Bauwesen ganz besonders düster aus. Auch in Deutschland ist mit einer erheblichen Zunahme von Arbeitslosen zu rechnen. Weil bei uns jedoch am 27. September 2009 gewählt wird, werden vorher immer mehr Erwerbslose in Maßnahmen gesteckt. Die Jobcenter und die argen Argen bemühen sich offenbar darum, die Arbeitslosenzahlen zu senken, und scheuen sich dabei nicht, tief in die Trickkiste zu greifen. So beklagen sich immer mehr ALG-II-Bezieher darüber, dass sie von ihren Vermittlern in sinnlose, sich ständig wiederholende „Bildungsmaßnahmen“ gezwungen werden. So soll sich im Landkreis Bad Doberan eine Mutter von zwei Kindern einer achtmonatigen „Bildungsmaßnahme“ aussetzen, obwohl diese überhaupt gar nichts mit ihrem Beruf zu tun hat und sie diesen Kurs bereits zwei Male absolviert hat!

Allein in Mecklenburg-Vorpommern sollen bis zu Tausend ALG-II-Bezieher in irgendwelchen **Maßnahmen** verschwinden, die just bis zum September dieses Jahres andauern. Da soll dann ein arbeitsloser Bürokaufmann als Modellbauer bei einem Träger tätig werden oder eine arbeitslose Journalistin als Gärtnerin auf der „Buga“ in Schwerin. Es liegt auf der Hand, dass sich ihre Chancen für ein Arbeitsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt hierdurch ganz ungemein erhöhen werden! Alle Maßnahmen sind ausgerechnet bis zum September 2009 befristet, und die betroffenen Personen haben seit zwei Jahren keine Arbeit bekommen, obwohl sie sich intensiv über die Bundesagentur hierum bemühten. Ansonsten bleibt noch das arbeitsplatzvernichtende Instrument des Ein-Euro-Jobs übrig, um die Statistik aufzuhübschen. Die zu Landtags- oder Bundestagswahlen übliche „Korrektur“ der Arbeitslosenzahlen nach unten hat selbstredend gar nichts mit Arbeitsbeschaffung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu tun, sondern dient ausschließlich der Kosmetik der Statistik.

Die Leidtragenden sind die ALG-II-Bezieher, weil sie in immer weniger Fällen etwas dagegen tun können. Wer eine Maßnahme ablehnt, wird sofort mit Kürzung des ALG II bestraft. Aber die argen Argen zwingen die Erwerbslosen auch zu „Schwachsinn für geistig Minderbemittelte“ als ob ein sich emsig abstrampelnder Hamster im Laufrad in Wirklichkeit auch nur einen Zentimeter vorankäme. Die Illusion vom Vorwärtskommen allein durch Bewegung hat per se nun mal erste Priorität! Hier zeigt sich mal wieder die Absurdität der Verfolgungsbetreuung von

Seiten der Argen, die offenbar leugnet, dass Bewegung zielgerichtet und sinngebend sein muss, soll mensch zum Ziel kommen können! Oder aber es gibt verschiedene Ziele: Erwerbslose wünschen sich händeringend einen anständig bezahlten Job, und der Arbeitsagentur geht es augenscheinlich angesichts nicht vorhandener Arbeit für alle nur um Euphemisierung bei der Arbeitslosenstatistik!

4. Den sogenannten **Tafeln**, die überall wie Pilze aus dem Boden schießen, weil der Staat seine erwerbslosen Bürger mit ihren Familien systematisch verarmen lässt und sich aus der Verantwortung zieht, kommt eine immer größere Bedeutung zu. Heute versorgen in der Bundesrepublik rund 800 Lebensmittel-„Tafeln“ – etwa drei Mal so viele wie noch im Jahr 2000 – fast eine Million Menschen. Früher erfolgte die Armenspeisung in Suppenküchen, heute eben bei den „Tafeln“. Die „Tafel“-Bewegung gilt als größte Bürgerbewegung des Landes und wird inzwischen von großen Unternehmen wie Daimler, Lidl, Aldi oder Rewe „unterstützt“. Entgegen der landläufigen Meinung kommen nicht nur Obdachlose, sondern auch immer mehr ALG-II- oder Sozialhilfebezieher, denn die sogenannte Grundversorgung reicht halt nicht als Existenzminimum aus.

Die „Tafeln“ sind keine rein soziale Einrichtung, sondern führen inzwischen zu einem Synergie-Effekt: Sie helfen nicht nur den im Stich gelassenen Beziehern von zu niedrigen Transferleistungen dabei, dennoch über die Runden zu kommen, sondern auch den scheinbar so spendierfreudigen Unternehmern. Wenn sie Lebensmittel nicht verschenken würden, müssten sie diese vernichten, und das kostet natürlich. Seit Millionen vormals ganz normaler Bürger am Tropf von Hartz IV hängen, kann immer mehr „Kundschaft“ für die „Tafeln“ angeworben werden. So können die Spender auch weiterhin von den „Tafeln“ profitieren, dürfen Lebensmittelhersteller 120 bis 140 Prozent des Bedarfs produzieren, um „Engpässe“ auszugleichen. 20 bis 40 Prozent werden also bewusst für den Müll produziert, oder eben für die Ausgegrenzten der Gesellschaft, was durch die menschenverachtende „Globalisierung“ synonym zu werden scheint.

5. Jedes fünfte Rüsselsheimer Kind lebt unter Hartz-IV-Bedingungen, was ja verglichen mit Bremen beinahe noch „gut“ ist! Der Verein „Main-Kinderkram“ hilft mit Unterstützung der Spendenaktion „Leser helfen“ der Zeitung „Main-Spitze“ dort aktiv, wo Kinder unter Armut und **Ausgrenzung** leiden. Denn es scheint „angekommen“ zu sein, dass Armut und Ausgrenzung gerade bei Kindern einen Mangel an Möglichkeiten bedeutet. Kinder verarbeiten ihre schwierige Lebenssituation nicht mit dem Verstand, sondern reagieren oft mit auffälligem Verhalten. Einerseits wird darüber berichtet, dass es bei Hartz-IV-Leistungen im Gegensatz zur früheren Sozialhilfe keine Gelder für einmalige Bedarfe wie die Reparatur einer Waschmaschine gibt. Andererseits wird daraus nicht der zwingende Schluss gezogen, dass ein Ansparen heute gar nicht möglich ist, sondern lapidar formuliert, dies erfordere eine eiserne Disziplin.

Hilfe und Spenden sollen organisiert werden, weil das Geld eben doch nicht zum Leben ausreicht. Aber den „Armen aus den bildungsfernen Schichten“ fehle es halt an der nötigen Disziplin und, nicht zu vergessen, an den der erforderlichen Kompetenz, mit Geld richtig umzugehen, sodass dann im Wohnzimmer der teure Fernseher stehe, während im Kinderzimmer das Bett fehle. Ohne eine reelle Portion Hetze, dass offenbar der Mangel, die Hilfsbedürftigkeit den Einzelnen anzulasten sei, geht wohl gar nichts mehr! Sollen uns hier sieben Millionen individualisierte Problemfälle vorgegaukelt werden, obwohl es um ein gesellschaftliches Problem geht, eine Form von struktureller Gewalt? Mich kotzt die pseudowohlmeinende und doch so herablassende Art an, in der dieser Artikel geschrieben ist!

6. Seit dem 1. Januar 2009 bekommen Kinder, die keine Hartz-IV-Leistungen beziehen, zehn beziehungsweise 16 Euro mehr **Kindergeld**. Die Bundesregierung erkennt damit an, dass alle Kinder mehr brauchen. Nur Kinder aus Hartz-IV-Familien schließt sie von der Erhöhung aus, denn bei ihnen wird das Kindergeld auf den Regelsatz angerechnet. Schlimmer noch: Die Bundesregierung hält auch jetzt noch daran fest, Kindern im Alter von sieben bis 17 weiterhin nur eine um rund 40 Euro gekürzte Regelleistung zu zahlen. Seit Einführung von Hartz IV weigert sie sich anzuerkennen, dass Kinder von sieben bis 13 Jahren wachstumsbedingt einen höheren Regelsatz brauchen als Säuglinge und dass Jugendliche sogar einen höheren Bedarf haben als erwachsene Haushaltsangehörige. Das „Bündnis gegen Kinderarmut durch Hartz IV“ fordert deshalb die sofortige Wiederanerkennung des Wachstumsbedarfs von Kindern im Alter von sieben bis 17 Jahren, das heißt die sofortige Rücknahme der Kürzung ihrer Regelleistung.

7. Es hat zwar unglaublich lange gedauert, aber immerhin ist endlich sogar beim DGB angekommen, was die Montagsdemos seit über vier Jahren propagieren und anprangern: dass nämlich **Ein-Euro-Jobber** als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. In einem Interview wirft Michael Sommer den Kommunen vor, diese Menschen auszubeuten. Dass dies schon immer der Fall gewesen ist, hat er bisher offenbar nicht begriffen. Dass 15 Prozent der Ein-Euro-Jobber anschließend in reguläre Arbeitsverhältnisse gekommen seien, halte ich auch für ein leicht widerlegbares Gerücht, denn allerorten ist gerade mal die Rede von höchstens vier Prozent, wobei aber nicht mal näher erläutert wird, ob der Lohn noch mit ergänzendem ALG II aufgestockt werden muss oder das Arbeitsverhältnis zeitlich befristet ist. In dem Punkt, dass der Ein-Euro-Job so ziemlich die erfolgloseste Arbeitsmarktmaßnahme ist, bin ich mit ihm ausnahmsweise einer Meinung. Selbstverständlich sind die Ein-Euro-Jobs eine Form der verdeckten Arbeitslosigkeit und natürlich wird dadurch reguläre Arbeit weggenommen. Ansonsten erhob der DGB-Chef endlich die Standardforderungen aller anderen sozialen Organisationen.

8. Die Lehrergewerkschaft GEW und der Personalrat bemängeln, dass es an den Bremer Schulen zu viele Leiharbeiter gebe. Für Betreuung und Förderunterricht sind demnach zurzeit über tausend Kräfte von ganz unterschiedlichen Trägern im Einsatz. Dazu kommen noch mal hundert Ein-Euro-Jobber. Personalrat und Gewerkschaft sprechen von Beschäftigten zweiter Klasse. An ein und derselben Schule könnten mehrere Erzieher und „**Assistenten**“ von verschiedenen Trägern zu unterschiedlichen Tarifen arbeiten. Zur Dienstzeit von Willy Lemke wurde die Fremdbeschäftigung massiv ausgeweitet. Mit der jetzigen Bildungssenatorin sollen feste und reguläre Arbeitsverhältnisse ausgehandelt werden. Blöderweise sieht Renate Jürgens-Pieper keine Veranlassung, das System zu verändern. Schließlich geht es ja nicht um Lehrer, sondern bloß um „Assistenten“, die halt flexibel eingesetzt werden! Wenn tatsächlich alle Träger nach Tarif bezahlen, frage ich mich, wozu wir in Deutschland überhaupt noch Gewerkschaften haben.

9. Wegen eines Antragsrückstaus standen am Morgen des 2. Januar 2009 allein bei der Arge Köln-Süd Hunderte von Hartz-IV-Beziehern ohne Geld da. Eine Vertreterin der „Linken“ erklärte gegenüber dem „Erwerbslosenforum Deutschland“, dass der Partei eine Verwaltungsmitteilung an den Rat der Stadt Köln vorliegt, wonach schon im Oktober ein **Antragsrückstau** bei den Leistungen von circa 30.000 vorgelegen habe. Etwa 40 Menschen aus verschiedenen Erwerbsloseninitiativen versammelten sich in der Arge, um noch am gleichen Tag die Auszahlungen für die Betroffenen durchzusetzen. Aushändigungen von Lebensmittelgutscheinen oder Teilbeträgen sollen keinesfalls akzeptiert werden. Martin Behrsing vom „Erwerbslosenforum“ erklärt dazu: „Es ist keineswegs hinnehmbar, dass wegen organisatorischer oder personeller Engpässe Betroffene ohne Leistungen dastehen müssen. Schließlich ist es der zweite Tag im neuen Jahr, das Weihnachtsfest ist vorüber, jegliche Vorräte sind längst aufgebraucht, jedoch stehen schon wieder neue Verpflichtungen an, wie bei allen anderen Menschen auch. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass die betroffenen Menschen seit Monaten keine Sicherheit haben!“

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

CDU-nahe Hilfstruppe mit Vokabular aus der Mottenkiste: „Gewerkschafter“ machen Wahlkampf gegen hessische „Linke“ *(„Spiegel-Online“)*

Existenzsicherndes Nettoentgelt in Höhe von monatlich 950 Euro gefordert: Linksfraktion schlägt Programm für gemeinnützige Arbeit vor *(„Newsticker“)*

Allgemeine Steuersenkung sind abenteuerlich: Konjunkturpolitische Maßnahmen der Bundesregierung werden Situation nicht gerecht *(„Junge Welt“)*

Jetzige Krise stellt Existenzberechtigung des Kapitalismus infrage

Was hat sich zum Jahreswechsel geändert? Das Kindergeld wurde um zehn beziehungsweise 16 Euro erhöht. Das ist schon lächerlich genug, aber Hartz-IV-Empfänger sollen gar nichts davon bekommen! Da die Erhöhung nicht angerechnet wird auf vor dem 1. Januar 2009 begonnene Bewilligungszeiträume für ALG II, sollten alle, denen es angerechnet wird, sodass sie keine Erhöhung bekommen, Widerspruch einlegen. Außerdem kommt das „Schulbedarfspaket“ von 100 Euro pro Schuljahr. Es gilt freilich nur bis zur zehnten Klasse. Arme sollen also kein Abitur machen und studieren!

2,5 Millionen Menschen in Deutschland leben bereits offiziell in Armut, immer mehr Jugendliche sind obdachlos und haben Hunger. Wir fordern einen sofortigen Hungerzuschlag von 50 Euro und eine Erhöhung des Regelsatzes auf 450 Euro! Dessen ungeachtet gilt weiterhin: Weg mit allen Hartz-Gesetzen! Laut Verdi wurden in Deutschland seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise bereits 100.000 Leiharbeiter entlassen, in Japan 80.000. Dort müssen zum Beispiel die entlassenen Toyota-Arbeiter auch gleich aus ihren Wohnungen ausziehen!

Dabei ist Geld vorhanden, als wäre es Dreck: Für 500 Milliarden Dollar kauft die US-Notenbank „faule“ Kredite auf! Nutznießer sind die Banken, vor allem die Hypothekenfinanzierer. In Deutschland gingen je 30 Milliarden Euro an die HSH-Nordbank und an Hypo Real Estate, 15 Milliarden an die Bayern-LB, fünf Milliarden an IKB, und die Commerzbank bekommt 8,2 Milliarden Euro in bar als „stille Einlage“ – nach dem Schlucken der Dresdner Bank muss sie diese schließlich erst in Ruhe verdauen können! Das waren nur ein paar Beispiele.

Der Strompreis stieg in Deutschland im letzten Jahr um durchschnittlich 50 Prozent. Die großen Energiekonzerne RWE, EON, Vattenfall und EnBW haben seit 2002 circa 100 Milliarden Euro Gewinn gemacht! Wir dürfen nicht auf die Propaganda der Regierung reinfallen, sie täte alles, um Arbeitsplätze zu retten. Nein, sie tut alles, damit die deutschen Monopole die Krise unbeschadet überstehen und womöglich noch die ausländischen Konkurrenten aus dem Feld schlagen können! Für die Arbeiter und Angestellten wie für die Arbeitslosen ist 2009 deshalb nicht „Verzicht“ angesagt, sondern der Kampf gegen Regierung und Monopole!

Zu einer Verschärfung des Kampfes wird es von beiden Seiten kommen. Die Monopole werden alles tun, um die Krisenlasten mithilfe der Regierung auf die Massen abzuwälzen. Wir dagegen müssen alles tun, dass sie damit keinen Erfolg haben, und unsererseits offensive Forderungen aufstellen. Die jetzige Krise

stellt die Existenzberechtigung des Kapitalismus infrage – aber keiner soll meinen, dass er von allein verschwindet! Seine Nutznießer werden ihn mit Zähnen und Klauen verteidigen und vor keiner Schandtat zurückschrecken. Schäubles Angriffe auf die demokratischen Rechte wie die Vorratsdatenspeicherung seit Jahresbeginn sind nur ein Vorgeschmack. Den Menschen, die noch nicht auf die Straße gehen, werden wir helfen, dabei durchzublicken – und sich uns anzuschließen!

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

Den Kapitalismus für die Monopole retten?

Ins neue Jahr startete die 213. Montagsdemo in Bremen am 5. Januar 2009 wieder um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz bei knackig kaltem Wetter. Der Mond schien auf uns, als wir von zuerst knapp 15 doch noch 30 Teilnehmer wurden. Nach Begrüßung und guten Wünschen standen die begonnene Wirtschaftskrise und die Politik der Regierenden, den Kapitalismus für die Monopole und Spekulanten zu retten, im Mittelpunkt. Es war auch einiges zu sagen zum andauernden Angriff Israels auf das palästinensische Volk. Wir beschlossen fast einstimmig – bei einer Enthaltung – eine Resolution zum sofortigen Ende der Angriffe, wie es auch die israelische Friedensbewegung intensiv fordert.

Auch wenn wegen der Kälte die Teilnehmerzahl nicht so großartig war, ist es notwendig, hier zu allen möglichen Fragen und Themen Stellung zu nehmen. Die Forderung „Weg mit Hartz IV!“ steht im Zentrum, aber die Friedensfrage oder die Entwicklung zu einer Weltklimakatastrophe kann uns nicht schweigen lassen. Die Montagsdemo ist die einzige regelmäßige politische Veranstaltung und Kundgebung in Bremen. Das Offene Mikrofon ist für alle außer Faschisten da. Nutzen wir es für einen breiten Dialog, um alle Kräfte zu bündeln, für einen breiten aktiven Widerstand gegen die herrschende Politik!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

214. Bremer Montagsdemo am 12. 01. 2009

Ich möchte mir bescheidene Wünsche erfüllen können, wenn ich einer Vollzeitarbeit nachgehe!

1. Der Sprecher der „Nationalen Armutskonferenz“, Pfarrer Wolfgang Gern, kritisiert die steigende Kinderarmut. Seit Einführung von Hartz IV hat sich die Zahl der Kinder in Familien mit einem Einkommen in Höhe des Existenzminimums auf 2,2 Millionen verdoppelt. Er hält es für nicht hinnehmbar, dass sogar drei Millionen der insgesamt 14,5 Millionen Kinder und Jugendlichen in diesem reichen Land in Armut leben. Daher müsse der Kinderregelsatz bei Hartz IV um mindestens 20 Prozent erhöht werden. Außerdem müsse Lernmittelfreiheit für Schüler ebenso Standard werden wie ein kostenloses Mittagessen an Schulen. Die finanzielle Not der Kinder und Familien in Deutschland sei ein „Armutszeugnis für unsere reiche Gesellschaft“.

Gern setzte sich zudem für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Niemand dürfe trotz Arbeit arm sein. Nach dem dritten staatlichen „Armuts- und Reichtumsbericht“ sei jeder vierte Mensch in Deutschland arm oder von Armut bedroht. Die milliardenschweren Finanzhilfen für die deutsche Wirtschaft dürften die soziale Not nach Ansicht der Konferenz nicht verschärfen. „Wir brauchen Rettungspakete für den Sozialstaat“, sagte Gern. „Es ist skandalös, dass, nachdem jahrelang Gewinne immer stärker individualisiert wurden, die Verluste nun sozialisiert werden sollen.“

2. Auch in Duisburg ist inzwischen jedes dritte Kind arm. Dieser traurige, ja beschämende Rekord hat sich inzwischen in vielen deutschen Großstädten eingebürgert. Scheinbar gewöhnen wir uns daran, immer häufiger in den Zeitungen davon zu lesen, aber es wird nichts an diesen Zuständen verändert! Nüchterne Zahlen belegen die soziale Schieflage der Stadt, in der 70.000 Menschen von staatlichen Zuwendungen leben. Jedes dritte Kind unter 15 Jahren erhält Sozial-

geld oder ist abhängig von Hartz-IV-Leistungen an die Eltern. Nur 28 Prozent der Schüler in den siebten Klassen besuchen in Duisburg ein Gymnasium. Bildungsgrad und soziale Herkunft der Eltern bestimmen den Bildungsweg der Kinder. 83 von 100 Akademiker-Kindern schafften den Sprung an die Hochschule. Genossen die Eltern keine akademische Bildung, besuchten nur 23 Kinder die Uni.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem die Mitglieder der Gemeinde bei ihrem Pfarrer nicht Rat suchen im Kampf gegen die Armut. Die Gemeinde finanziert einen Treffpunkt, um soziale Kontakte zu schaffen und das Selbstbewusstsein der Erwerbslosen zu stärken. Der Verlust an Selbstachtung und Wertschätzung von außen sei für viele schwer zu verkraften. Viele haben sich aufgegeben; sie ertragen es nicht mehr, für überflüssig gehalten zu werden. Ganz so wichtig kann die Befindlichkeit der Erwerbslosen jedoch nicht sein, weil eine professionelle Beratung nicht mehr möglich ist, seit die Landesmittel gestrichen wurden.

3. Zum zweiten „Konjunkturpaket“ gehört zwingend die Forderung, dass die **Regelleistungen** für Kinder von Hartz-IV-Beziehern endlich erhöht werden, denn auch Erwerbslose sind Konsumenten! Es ist ökonomisch weder logisch noch sinnvoll, die geplanten Geldgeschenke allein den Steuer- und Beitragszahlern zugute kommen zu lassen. Wenn die Binnennachfrage gestärkt werden soll, ist der Konsum von Erwerbslosen hierfür mindestens so geeignet wie der Konsum aller anderen Bevölkerungsgruppen. Ohnehin war es noch nie logisch oder moralisch zu begründen, dass Kinder und Jugendliche nur 60 bis 80 Prozent eines Regelsatzes für Erwachsene bekommen, obwohl ihr tatsächlicher Bedarf den ihrer Eltern fürs Essen oder wachstumsbedingt bei der Bekleidung bei Weitem übersteigt.

Nun befürchtet die Große Koalition, dass bei einer Erhöhung von Hartz IV das sogenannte Lohnabstandsgebot nicht eingehalten werden kann, demzufolge mehr Geld haben soll, wer einer Erwerbsarbeit nachgeht, als jemand, der dies nicht tut. Doch eine menschenwürdige staatliche Unterstützung, die diesen Namen noch verdient, lässt sich nicht mehr unter das katastrophal mickrige Niedrigstlohnniveau pressen. Es wird allerhöchste Zeit, dass in Deutschland endlich mal verstanden und umgesetzt wird, dass die Löhne dringend auf mindestens zehn Euro netto steigen müssen, damit die explodierenden Lebenshaltungskosten hiervon bezahlt werden können und darüber hinaus auch mal ein kleiner Jahresurlaub mit der Familie an der Nordsee drin ist und ein Auto finanziert werden kann.

Solche bescheidenen Wünsche möchte ich mir erfüllen können, wenn ich einer Vollzeitarbeit nachgehe! Außerdem wird beim Gekreisch um die Einhaltung des Lohnabstandsgebotes immer so getan, als ob Erwerbsfähige es sich aussuchen könnten, arbeiten zu gehen oder Hartz IV zu beziehen. Diese Menschen haben ihre Arbeit größtenteils verloren, weil Betriebe Pleite gingen! Außerdem gibt es nicht genügend Arbeitsplätze für alle, die arbeiten wollen. Das kann gar nicht oft genug wiederholt werden!

4. Dank einer Neuregelung der Gesundheitsreform sind Zehntausende von Kindern ohne vollen **Krankenkassenschutz**. Weil viele Geringverdiener mit Kassenbeiträgen in Rückstand sind, verlieren demnach auch deren Familienangehörige ihren Anspruch auf Behandlung im Krankheitsfall. Weil aber zur Abwehr von Notfällen die Behandlung von akuten und schmerzhaften Erkrankungen weiterhin bezahlt werde, verwehrte sich der Sprecher des Gesundheitsministeriums gegen jegliche Kritik. Dabei hatte die Große Koalition mit diesem neuen Gesetz doch eigentlich die Zahl der Nichtversicherten verringern wollen!

Völlig zu Recht kritisiert der Vorstandsvorsitzende der AOK die Praxis, Kinder für die Versäumnisse ihrer Eltern zu bestrafen. Nichtsdestotrotz behauptet der Sprecher des Gesundheitsministeriums allen Ernstes, die Reform habe das Ziel erreicht, das Fehlen eines Krankenversicherungsschutzes zu vermeiden. Ganz toll, wie hier eine Minimalversorgung als geglückte Reform für alle verkauft werden soll! Ich bin über alle Maßen empört über dieses Schweinesystem! Als ob es irgendwie hinzukriegen sein müsste, den gesamten asozialen Mist aus den USA hierher zu importieren!

5. In Chemnitz plant die Stadt eine sogenannte **Jobinitiative** für Alleinerziehende. Abgebrochene Schulausbildung, kein Beruf, Arbeitslosigkeit: Besonders alleinerziehende Mütter sehen sich mit nahezu unüberwindbaren Problemen und erheblicher Armut konfrontiert. Die Sozialbürgermeisterin Heidemarie Lüth von der Linkspartei will mit der dortigen Arge ein gemeinsames Job-Projekt auf die Beine stellen. Ein Grund für die fehlenden beruflichen Perspektiven der meist jungen Frauen seien die unflexiblen Betreuungszeiten, weil sich eben nicht alle Jobs mit den Öffnungszeiten der Kitas unter einen Hut kriegen lassen. Den etwa 1.400 erwerbslosen Alleinerziehenden soll nun mit diesem neuen Job- und- Ausbildungsprogramm geholfen werden. Neugierde und Spannung wachsen, was denn da für ein probates Hilfsangebot ausgearbeitet worden ist!

Doch die Enttäuschung ist groß, als ich lese, die Stadt wolle sich für die Sprösslinge der Frauen um flexiblere Kinderbetreuung bemühen, die Arge zudem unter anderem Hauptschulabschlüsse finanzieren und natürlich Ein-Euro-Jobs vermitteln. Hurra, noch so eine Wunder-Maßnahme, bei der wieder alles ganz anders wird! Ein mehr als heftiges Armutszeugnis für „Die Linke“! Die ewig neu aufgewärmten arbeitsplatzvernichtenden Ein-Euro-Jobs als Heilmittel zu verkaufen, ist katastrophale Verarschung pur! Inzwischen ist es doch sogar schon bei der DGB-Spitze angekommen, dass sie der letzte Mist sind und überhaupt nichts gebracht haben! Wie damit qualifiziert werden soll, möchte ich auch bitte mal erklärt bekommen. Was soll jemand denn heute noch mit einem Hauptschulabschluss anfangen? Der taugt doch höchstens als Zwischenschritt, als Aufbaumaßnahme, auf die noch ganz viel draufgestapelt werden muss, um eine Chance zu bekommen. Eine große Portion heiße Luft bitte, aber mit Mayonnaise!

6. Die deutsche Jugend ist offenbar politischer als ihr Ruf. Rechte wie linke Gruppen erleben solch einen Zuspruch, dass selbst eine Rebellion als nicht mehr ausgeschlossen erscheint. Verglichen mit den jungen Erwachsenen aus anderen europäischen Ländern wie Frankreich, Italien oder Griechenland, die den Konflikt mit dem politischen Establishment suchen, verhält sich die deutsche Jugend bisher geradezu handzahm. Sie sei heute überaus leistungsbereit und geradezu unjugendlich pragmatisch. Schließlich ist sie mit steigenden Arbeitslosenzahlen und düsteren Reformdebatten aufgewachsen und bekam somit früh ein globales Problembewusstsein eingetrichtert. Daher ist es kein Wunder, dass sich heute über 70 Prozent der Unterdreißigjährigen vor Arbeitslosigkeit, vor einem Steckenbleiben im „abgehängten Prekariat“ fürchten. Die Angst ist ihr täglicher Begleiter, wenn in Jugendzeitschriften davor gewarnt wird, dass es jeden treffen kann und durch die herrschende Krise alle zu Erwerbslosen auf Bewährung gemacht werden.

Während ich mich in meiner Jugend mit der Frage meiner Selbstfindung herumschlug, scheinen sich die heutigen jungen Erwachsenen eher dafür zu interessieren, wie viel sie wert sind! Wenn nicht die Leistung zählt, was dann? So herrscht völlige Verunsicherung. Wenn ein Rekordwert an Leistungsbereitschaft auf ein Gemeinschaftsgefühl von Chancenlosigkeit trifft, erscheint eine **Jugendrebellion**, um eventuell auf der Straße für bessere Chancen und mehr Unterstützung zu kämpfen, nicht mehr als so unwahrscheinlich. Die Demonstranten gegen die Castor-Transporte oder beim Protest gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm waren größtenteils auch sehr jung.

Durch das menschenverachtende Hartz IV und die ausgrenzenden Studiengebühren hat die soziale und finanzielle Spaltung stark zugenommen. Immer mehr Kinder und Jugendliche wachsen in kümmerlichsten Verhältnissen auf und haben gleichzeitig immer weniger Chancen, diesem staatlich gezüchteten Elend zu entkommen. Links- und Rechtsradikale werden sich nicht zusammentun, aber Studenten, Schüler, Arbeitslose und Leiharbeiter könnten sich bei zunehmend gleicher Betroffenheit solidarisieren. Das lässt ja noch hoffen! Ich frage mich schon lange, wie viel rasant wachsende Ungerechtigkeit und Aussichtslosigkeit „die deutsche Jugend“ noch hinnimmt, bis sie endlich mal reagiert und sich wehrt!

7. Der britische Inlandsgeheimdienst warnt vor sozialen **Unruhen**. Demnach befinde sich Europa geschichtlich an einem Wendepunkt, wo sich soziale Spannungen und Instabilität abzeichneten. Die Angst vieler Briten vor neuen islamistischen Terroranschlägen sei übertrieben gewesen: Europa werde an Macht und Einfluss verlieren, und dieser Verlust führe dann zu sozialen Spannungen. Darauf müsse sich die Politik vorbereiten. Es reiche nicht aus, sich nur darüber den Kopf zu zerbrechen, welche Auswirkungen die sich verschärfende Rezession auf die innere Sicherheit haben werde.

Nicht zuletzt deshalb verwundern mich auch Schäubles Vorstöße nicht. Es liegt nun an den Eliten, ihre Macht entweder dafür einzusetzen, sich abzuschotten

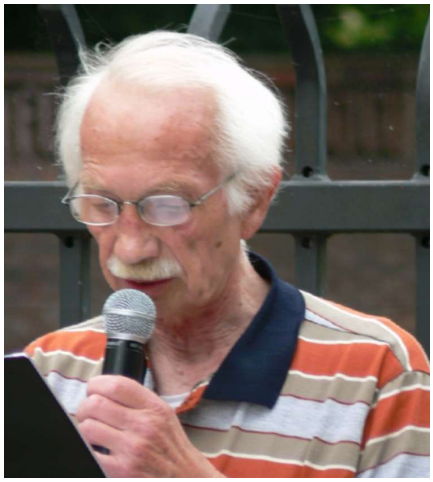
und somit einen sicheren sozialen Krieg anzuzetteln, oder dafür, dass mehr als nur die Hälfte der Bürger überhaupt ein Einkommen erzielen kann, von dem sie ohne große Probleme leben können, wie der überwiegende Teil in Deutschland und Europa auch. Bisher ist es ja leider überwiegend so, dass die kurzsichtige dummgeile Geldgier über allem steht. Es heißt „Nach mir die Sintflut“ anstelle von klugem Mitgestalten einer zukunftsfähigen und l(i)ebenswerten Gesellschaft, sobald dies für den einzelnen Bessersituierten etwas Verzicht bedeuten könnte.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Gerechtigkeit à la Schnatterinchen: 35 Euro für Hartz-IV-Schulkinder, 2.500 Euro für Neuwagenkäufer *(„Die Welt“)*

Willkürstaat: „Es existiert kein Recht, welches den Gesetzgeber zwingt, rational und nachvollziehbar zu argumentieren“ *(„Sozialgerichtstag“)*

Die dreiste Kriegspropaganda der Bremer Presse



Als ich am Wochenende die Sonntagsausgabe des „Weser-Kurier“ aufschlug, traute ich zunächst meinen Augen nicht: Da wurde doch tatsächlich ganz unverhohlen Propaganda für eine deutsche Beteiligung von Zivilisten an Irakkriegs-Übungen der US-Streitkräfte gemacht! Unter der fetten Überschrift „Aufrührer im Dienst der US-Army“ schildert ein deutscher Teilnehmer enthusiastisch seine Erlebnisse in einem Militärcamp, wo er in pseudorealistischer Bagdad-Kulisse zusammen mit 400 Statisten einen „irakischen Aufständischen“ zu mimen hatte – und lobte in den höchsten Tönen den perfekten Begleit-Service der Amerikaner: viel Geld, feinstes Essen und eine kostenlose An- und Abreise. Für die Dauer der Übung hatten alle Teilnehmer allerdings striktes Redeverbot. Am Schluss des Artikels fügte der „Kurier am Sonntag“ in Fettdruck sogar die Termine der nächsten „Castings“ an!

Mit 90 Euro pro Tag und insgesamt 1.900 Euro für die Drei-Wochen-Übung werden zivile Aspiranten hier in Bremen für diesen dreisten Unfug geködert! Ich finde es ungeheuerlich, mit welcher Unverfrorenheit in dieser Zeitung für Kriegsübungen der USA Werbung gemacht und damit der allgemeinen Militarisierung der Gesellschaft Vorschub geleistet wird! Es ist schon schlimm genug, dass Of-

fiziere der Bundeswehr völlig ungeniert in Schulen auftreten und in den Arbeitsagenturen, die Not der Erwerbslosen schamlos ausnutzend, künftige Soldaten für ihre Auslandseinsätze werben! Hier in Bremen müsste zumindest an den Schulen das rot-grüne Bildungsressort solche Machenschaften strikt unterbinden! Es ist anzunehmen, dass demnächst auch die Bundeswehr solch haarsträubende Übungen mit Zivilmenschen veranstalten wird. Schäuble, Jung und Konsorten haben die Voraussetzungen hierfür bestimmt längst geschaffen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Sehr geehrte Damen und Herren, was ist eigentlich in Ihre Redaktion gefahren? Zweimal hintereinander – am 11. und 15. Januar 2009 – wird in dieser Zeitung ganz unverblümt Reklame für das „Mitspielen“ von Bremer Zivilmenschen bei Kriegsübungen der US-Streitkräfte gemacht, diverse „Annehmlichkeiten“ inbegriffen. Viele Menschen werden jetzt Ihre Artikel als regelrechte Ermunterung zur Teilnahme an solch haarsträubendem militaristischen Unfug auffassen! Dass die Militärs ihre auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse in den jeweiligen Einsatzgebieten auf blutige Weise umsetzen werden, wird natürlich nicht gesagt. Ich bin entsetzt und empört über diese offensichtliche Kriegpropaganda in Ihrem Blatt! Mit freundlichen Grüßen.

Leserbrief von Detlef W. Hoyenheim an den „Weser-Kurier“

Bombenstimmung: Die seltsame Liebe zur Maschinerie des Jüngsten Gerichts *(„Classic Cinema Online“)*

Islamismus: „Für die Palästina-Frage gibt es keine andere Lösung als den Heiligen Krieg“ *(„Jungle World“)*

Unter dem Motto „**Stoppt den Krieg in Gaza – für einen gerechten Frieden im Nahen Osten**“ veranstaltet das „Bremer Friedensforum“ am **Samstag**, dem **17. Januar 2009**, um **11 Uhr** eine **Mahnwache** vor dem **Dom**.

Dem Staat ist die Krankenversicherung zu teuer geworden

1. Ich bedanke mich bei AOK und DAK für die „Informationen zum Jahreswechsel“! Daraus hier Ausführungen zum **Gesundheitsfonds**. Dieser wird von beiden Krankenkassen abgelehnt. Zweimal ist der Sachverständigenrat komplett zurückgetreten, es haben sich jedoch wieder neue Sachverständige gefunden. Über ih-

re Spitzenverbände haben die Krankenkassen die Planungen für den Gesundheitsfonds mit viel Sachverstand kritisiert. Der Gesetzgeber hat daraufhin einen *neuen* Verband geschaffen, in dem alle gesetzlichen Krankenkassen zwangsweise Mitglied sind. So werden Interessen des Ministeriums durchgesetzt! Die AOKs haben ihren Dachverband nunmehr in eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts umgewandelt. Die Regierung muss somit weiterhin mit Gegenwehr rechnen. Dies ist auch dringend notwendig!

Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen unterhalb von zehn Wochen haben zum 1. Januar 2009 ihren Anspruch auf **Krankengeldzahlungen** durch die Krankenkassen per Gesundheitsfonds-Gesetz verloren. Die Krankenkassen halten sich mit den angebotenen Zusatzversicherungen bedeckt, siehe vorhergehende Bremer Montagsdemos. Ebenso haben die bei gesetzlichen Krankenkassen versicherten Selbständigen zum 1. Januar 2009 ihren Anspruch auf Krankengeldzahlungen durch die Krankenkassen per Gesundheitsfonds-Gesetz verloren, obwohl sie den Anspruch auf Krankengeld ausdrücklich vereinbart hatten. Auch hier halten sich die Krankenkassen mit den angebotenen Zusatzversicherungen bedeckt. Für beide Gruppen ist ein ausführlicher Preisvergleich angebracht. Zusätzlich benachteiligt sind die älteren Versicherten, weil die notwendige Zusatzabsicherung die Tarife nach Risiko gestaltet, das heißt alle zahlen mehr – und Alte und Menschen mit Risiko zahlen *noch* mehr! Gegenwehr eines jeden einzelnen ist möglich! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Der Gesundheitsfonds bringt aber auch lange überfällige Verbesserungen in Bereichen, die dem Staat einfach zu teuer wurden. So musste das Sozialamt notwendige Krankenhauskosten zahlen. Circa 300.000 Menschen hatten im Jahr 2008 keinen **Krankenversicherungsschutz**. Hinzu kamen die Leistungen des Sozialamtes aufgrund der hohen Beiträge für die private Krankenversicherung – trotz Leistungsausgrenzung! Ich habe Beitragsrechnungen für einen solchen Krankenversicherungsschutz über 2.000 DM gesehen. 2.000 DM monatlich, obwohl alle akuten auffällig gewordenen Risiken ausgeschlossen waren, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Eine teure Angelegenheit für die Versicherten der PKV und letztendlich für die Sozialämter! Wer kann solche Beiträge bezahlen?

Jetzt besteht eine Krankenversicherungspflicht für alle, ab 1. April 2008 in der GKV, ab 1. Januiar 2009 in der PKV. Alle Krankenkassen müssen die vorher bei ihnen Versicherten, die jetzt ohne Krankenversicherungsschutz sind, wieder aufnehmen. Bereits seit 1. Juli 2007 und bis zum 30. Juni 2009 müssen die privaten Krankenversicherungen die vorher bei ihnen Versicherten in den **Basistarif** aufnehmen. Die in der vorherigen Versicherungszeit vereinbarten Risikozuschläge dürfen nicht erhoben werden! Dieser Basistarif muss jetzt dem Versicherungsschutz der gesetzlichen Krankenkassen entsprechen. Nega-

tive Abweichungen sind nicht mehr zulässig! Er darf auch nicht über dem Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherungen liegen. Diese erheben keine Risikozuschläge.

Ein **Beitragsrückstand** ist kein Kündigungsgrund mehr! Hierbei kann die PKV den Versicherten in den Basistarif umstufen. Der Leistungsanspruch ruht, aber akute Erkrankungen und Schmerzzustände sowie Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft sind vom Ruhen ausgenommen. Das Ruhen endet, wenn alle rückständigen Beiträge gezahlt sind oder der Versicherte ALG II, Grundsicherung im Alter oder Sozialgeld beantragt, weil er hilfebedürftig ist. Er hat jetzt trotz Beitragsrückstand uneingeschränkten Leistungsanspruch!

Jeder Versicherte kann seinerseits bis zum 30. Juni 2009 die Umstufung in den Basistarif verlangen. Wenn er eine andere private Versicherungsgesellschaft vorzieht, kann er dorthin in den Basistarif wechseln und sein angespartes Guthaben mitnehmen. Danach kann nur noch eine Umstufung in den Basistarif der eigenen PKV verlangt werden und dies auch nur, wenn der Versicherte das 55. Lebensjahr vollendet hat oder Anspruch auf gesetzliche Rente beziehungsweise Beihilfe besteht oder wenn er finanziell hilfebedürftig ist. Die PKV muss alle seit dem 1. Juli 2007 mit Rückkehrern oder Menschen ohne Krankenversicherungsschutz, die vorher privat versichert waren, abgeschlossenen Verträge automatisch auf den Basistarif umstellen.

Durch die Umstufung in den Basistarif müssen die Sozialämter nicht mehr die hohen Prämienrechnungen der privaten Krankenversicherung übernehmen. Beim ALG II war bereits eine Begrenzung eingebaut, zum Nachteil der Hilfebedürftigen! Durch die Verpflichtung der PKV, Verträge rückwirkend zum 1. Juli 2007 abzuschließen, können die Ämter dies tun und im Gegenzug die Erstattung der übernommenen Behandlungskosten fordern. Dies gilt auch für Menschen, die ihre Behandlungskosten selbst gezahlt haben.

Ein Beitragsrückstand führt nun nicht mehr zur Kündigung des Krankenversicherungsschutzes. Jeder kann und sollte bei seiner Krankenkasse den Vertrag wieder aufleben lassen und damit wenigstens den eingeschränkten Versicherungsschutz bei akuten Erkrankungen sichern. Jeder sollte sich gegen Beitragsforderungen für die Vergangenheit wehren, weil die Rechtslage noch ungeklärt ist. Dies gilt auch für Forderungen der GKV seit Einführung der Krankenversicherungspflicht in derselben, weil das eine Benachteiligung gegenüber PKV-Versicherten ist. Jeder kann auch zurückkehren, wenn er seinen aktuellen Beitrag nicht zahlen kann. Er erhält die Absicherung für akute Erkrankungen, siehe oben. Wer keine Krankenversicherung hat, erhält ALG II ohne Krankenkassenbeitrag. Dieser Mensch kann sich bei seiner ehemaligen Versicherung wieder versichern lassen und den Beitrag bei der Arge beantragen.

Wer wieder in die PKV zurückkehrt, kann den Basistarif vereinbaren und ist seine Risikozuschläge los. Wer ALG II oder eine andere Leistung für Hilfebedürftige bezieht, kann sofort in den Basistarif und muss keine Differenzbeträge mehr aus dem Schonvermögen zahlen. Wer eine private Krankenversicherung hat, soll-

te seinen Tarif genau prüfen und abwägen, ob die Leckerlis die eventuellen negativen Abweichungen vom GKV-Versicherungsschutz aufwiegen.

Alle Ausführungen über den Krankenversicherungsschutz der GKV gelten auch für Familienversicherte, also Kinder und Partner. Wer zur PKV wechseln will, muss nach wie vor abwägen, denn die Versicherung von Familienmitgliedern ist unterschiedlich. Die Regelungen für Mutterschaft und andere Lohnersatzleistungen sind abweichend. Der Zugang zur Krankenversicherung der Rentner ist eventuell durch den Wechsel nicht mehr möglich. Der Beitrag für eine freiwillige Versicherung in der GKV beträgt 268,28 Euro. Dies ist auch der Beitrag für den Basistarif der PKV. In der Krankenversicherung der Rentner und auch in der GKV gibt es keinen Mindestbeitrag. Der Beitrag wird nach dem tatsächlichen Einkommen aus Arbeitslohn oder Rente errechnet. Eine Deckelung findet nur nach oben statt, durch die Beitragsbemessungsgrenzen. In der PKV sind die Beiträge einkommensunabhängig, aber risikoorientiert.

Trotz aller augenblicklichen Nachteile für die PKV ist der Gesundheitsfonds die Basis für die Umstellung von der bisherigen gesetzlichen Gesundheitsvorsorge zu privaten Versicherungen. Auch die eingangs erwähnten Versicherungen für Krankengeld dürfen nicht von den gesetzlichen Krankenkassen angeboten werden: Diese Verdienstmöglichkeit bleibt den privaten Versicherungen überlassen. Einmal mehr wird die Weichenstellung der Lissabonner Strategie Wirklichkeit! Die PKV hat trotzdem Verfassungsbeschwerde erhoben: Sie möchte diesen Preis nicht zahlen. Ob die PKV die Richter überzeugen kann? Ausführungen dieser Art sind sicherlich nicht dazu geeignet: „Wenn ein gut verdienender PKV-Versicherter sich in den Basistarif umstufen lässt, wird sein Versicherungsschutz von den anderen weniger gut Verdienenden subventioniert.“ Stimmt genau! Aber dies ist in jedem Tarif der PKV so, weil die Beiträge einkommensunabhängig sind.

Wegen einer Regelungslücke in der Gesundheitsreform sind auch Zehntausende **Kinder** ohne Krankenversicherungsschutz. Dies ist ein weiterer Grund, Alleinerziehenden von der vorrangigen Beantragung von Wohngeld und Kinderzuschlag abzuraten, wenn sie mit Krankenversicherungsbeiträgen in Rückstand kommen. Geringverdienende sollten prüfen, ob Anspruch auf ergänzendes ALG II besteht und bei Verweis auf die Vorrangigkeit von Wohngeld und Kinderzuschlag auf die Vorteile beim Krankenversicherungsschutz verweisen. Die Arge kann dann ergänzend den Krankenkassenbeitrag übernehmen, auch wenn Kinderzuschlag und Wohngeld beantragt wurden. Dies gilt dann nicht als ALG-II-Bezug. Außerdem „heilt“ Hilfebedürftigkeit das Ruhen des Anspruchs trotz weiterem Beitragsrückstand. Verstehen muss dies niemand mehr.

Dass die Lohnnebenkosten sinken sollen, wurde auch zum Jahreswechsel 2009 nicht erreicht. Zu den Personalnebenkosten gehört auch der Aufwand für die Personalverwaltung. Diese ist per 1. Januar 2009 durch die Reform der **Unfallversicherung** wesentlich verkompliziert worden. Die Beiträge zu Unfallversicherung oder Insolvenzausfallgeld sind jetzt monatlich fällig. Die Unternehmen brauchen entsprechend mehr Liquidität. Wer aufgrund einer Abfindung nicht in

die Familienversicherung aufgenommen wurde, kann dies rückwirkend einfordern. Die gezahlten Beitrag können zurückgefordert werden. Dies ist keine umfassende Darstellung. Wer betroffen ist, kann gern bei uns nachfragen. Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

2. Noch kurz zur **Finanzkrise**. Die HSH-Bank wurde mit viel Steuergeldern vor dem Zusammenbruch gerettet, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Die Anteilseigner der HSH-Bank wurden so vor dem Vermögensverlust bewahrt. Laut „Weser-Kurier“ vom 8. Januar 2009 zahlt die HSH-Bank jetzt Dividende an ihre stillen Gesellschafter, die gerade vor dem hundertprozentigen Vermögensverlust bewahrt wurden, zulasten der Steuerzahler!

Das Cross-Border-Leasing hat wesentlich zur Finanzkrise beigetragen. Zur Erinnerung: Gemeinden haben ihr Rathaus verkauft und zurückgeleast, die Bahn hat Bahnhöfe verscherbelt. Die Bundesregierung lehnt jegliche Verantwortung ab und sieht keinen Änderungsbedarf. Auch für die Deutsche Bahn, die zu hundert Prozent im Besitz der Bundesregierung ist, sieht sie keine eigene Verantwortung.

Die Verlierer der Finanzkrise sind die Arbeitnehmer weltweit! Allein die Citigroup entlässt 52.000 Menschen. Der Verlust an Arbeitsplätzen in Deutschland wird *nicht* durch die Änderung der Kurzarbeit und alle anderen Maßnahmen aufgehalten, nur abgemildert. Es fehlt scheinbar das Bewusstsein, dass Leiharbeiter Arbeitnehmer sind und ihre Entlassung genauso zu beurteilen ist wie die Entlassung von anderen Mitarbeitern! Die Statistik über die Entwicklung des Arbeitsmarktes wird weiterhin zur Verschleierung der tatsächlichen Lage missbraucht.

3. Beim **Arbeitslosengeld II** wird Bremen die Stundenzahl für Ein-Euro-Arbeitsverhältnisse auf 30 Stunden reduzieren. Zukünftig soll es auch Stellenbeschreibungen geben. Augenblicklich und in der Vergangenheit sind und waren alle Zuweisungen für Ein-Euro-Jobs rechtsungültig! Wer mit einer Sanktion rund um ein Ein-Euro-Arbeitsverhältnis bestraft wurde, kann dies auch nachträglich angreifen. Die Wahrscheinlichkeit der Aufhebung oder Nachzahlung ist hoch. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Gleichzeitig sollten alle Betroffenen über ihren öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch nachdenken. Tariflohn ist einforderbar. Wie dies geht? Wir gehen mit! Ab 1. Januar 2009 haben Widerspruch und Klage gegen die Zuweisung zum Ein-Euro-Job keine aufschiebende Wirkung mehr: Mensch muss hingehen, aber Gegenwehr ist möglich. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Wer ALG II bezieht und einen Rentenanspruch hat, muss mit 63 diese Rente beantragen. Die Abschläge gelten als zumutbar. Auch hier gibt es kein Wenn ohne Aber: Wer eine Rente erhält, die geringer ist als sein ALG II, muss die Rente bisher nicht beantragen. Gegenwehr ist also möglich! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Auch in Bremen ist nun das Sozialgericht zuständig für Klagen zum ALG II. Eingliederungsvereinbarungen per Verwaltungsakt dürfen nicht willkürlich erfol-

gen. Eine Mitwirkung ist weiterhin möglich, aber Widerspruch und Klage bleiben ohne aufschiebende Wirkung. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Ich würde mich schämen“: Deutsche Bank macht Milliardenverlust *(„Spiegel-Online“)*

Spektakuläre Pleite: Wagen aus den Bremer Borgward-Werken gehörten in den Fünfzigern zu den begehrtesten Autos in Deutschland *(„Spiegel-Online“)*

Fahrlässige Tötung: „Pistensau“ Althaus beantwortet Genesungswünsche, lässt sich aber nicht zum Unfallhergang befragen *(„Spiegel-Online“)*

Nichtwähler sind stärkste Partei: Die angeblichen Volksparteien kommen in Hessen gemeinsam nur noch auf 61 Prozent *(„Spiegel-Online“)*

„Die Linke“ stabil, FDP rettet Lügen-Koch: Schiefer Humpel und Ypsi-Püppsi „mittendurch zerrissen“ *(„Spiegel-Online“)*

Schluss mit Durchregieren: Große Koalition verliert Mehrheit im Bundesrat *(„Focus“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

215. Bremer Montagsdemo am 19. 01. 2009

Hartz IV ist Töten per Gesetz

1. Die geplante „Erhöhung“ des Kinderregelsatzes von 60 auf 70 Prozent für Kinder zwischen sechs und 13 Jahren ist ein längst überfälliger Schritt zur wenigstens teilweisen Rücknahme der beispiellosen Kürzungen bei den Regelsätzen für Kinder und Jugendliche. Die Bundesregierung muss auch die **Regelsatzkürzung** bei Jugendlichen zwischen 14 und 17 zurücknehmen und ihren Betrag von 80 Prozent auf die früheren 90 Prozent aufstocken, denn Jugendliche haben immer noch einen wesentlich höheren Ernährungsbedarf als erwachsene Haushaltsangehörige! Der einmalige 100-Euro-Kindergeld-Bonus darf auf keinen Fall auf Hartz IV und Sozialhilfe als abzuziehendes „Einkommen“ angerechnet werden! Es ist an der Zeit, endlich mal die Grundbedürfnisse von Kindern im Fokus zu haben und nicht immer nur die Konjunkturbelebung! Außerdem sind dauerhafte Regelsatzerhöhungen selbstverständlich besser als ein einmaliger Bonbon von hundert Euro. Kinder sind unsere Zukunft! Was der Bundesregierung heute unbezahlbar erscheint, wird sie morgen teuer zu stehen kommen.

2. Auf den ersten Blick erscheint das **Konjunkturpaket** doch richtig gut gelungen, zur Belebung der Wirtschaft, und „alle“ scheinen an einem zweiten Weihnachten teilhaben zu dürfen. Wer freut sich nicht über niedrigere Steuern und Kassenbeiträge, Geld für Schulrenovierungen oder Sonderleistungen an Kinder? Aber wie soll es auch anders sein: Der schöne Schein trügt natürlich mal wieder. Bei fast allen entscheidenden Punkten hat sich die Union durchgesetzt, die nun ganz munter Geschenke an ihre eigene Klientel verteilt. Während die *Spezialdemokraten* Entlastungen bei den unteren Einkommen erreichen wollten, die mit einer Erhöhung der „Reichensteuer“ gegenfinanziert werden sollte, passiert nun das genaue Gegenteil: Die Spitzenverdiener werden ganz besonders entlastet! Ganz ähnlich ist der Effekt bei den Krankenversicherungsbeiträgen, die eben nicht nur weitaus weniger sinken als prognostiziert worden war. Viele Versicherte müssen sogar *mehr* zahlen.

Auch die Neuwagenprämie wird wohl eher Menschen mit höherem Einkommen erreichen. Wer kann sich denn mal eben ein neues Auto kaufen, wenn das Einkommen bei immer mehr Menschen kaum dazu ausreicht, das Lebensnotwendige zu bezahlen? Diese Umschichtung des Konjunkturpakets zugunsten von Gutverdienern ist nicht nur ungerecht, sie ist auch wirtschaftlich nicht hilfreich. Während Menschen mit wenig Geld jeden zusätzlichen Euro tatsächlich ausgeben und damit die Konjunktur stärken, sparen Besserverdienende einen deutlich größeren Teil ihres Geldes. Besonders bedenklich ist auch die langfristige Wirkung dieses Paketes: Politisch und ökonomisch sinnvolle Maßnahmen wie Schulsanierungen und Kinderzuschläge fallen nur einmal an, aber die Steuergeschenke für jene, die es gar nicht nötig haben, bleiben dauerhaft bestehen. Es ist wohl kaum möglich, die bestehende Ungerechtigkeit, die bestehende Schieflage, *noch* nachhaltiger zu verfestigen, ja geradezu einzubetonieren, denn die Einnahmeausfälle werden nur zu neuen Sparhaushalten führen, unter denen die finanziell Bedürftigen am meisten zu leiden haben. Das wird uns ja nun schon lange genug vorgelebt!

3. Mit Ein-Euro-Jobs nur für Dicke, die dann noch ausgerechnet einen Fitness-Parcours anlegen sollen, übersteigt das „Jobcenter“ Flensburg eindeutig die Grenzen der Geschmacklosigkeit und seiner zulässigen Kompetenzen. Übergewichtsprobleme und deren Behandlung sind ganz klar Aufgaben von Rehabilitationsträgern und nicht von Hartz-IV-Behörden. Übergewicht durch Billigstarbeit abbauen zu wollen, ist **Stigmatisierung** und erinnert an furchtbare Zeiten! Auch die angeblich beteiligten „Mediziner“ müssen sich ernsthaft fragen lassen, ob es mit ihrer beruflichen Ethik zusammenpasst, wenn Billigstarbeit nun das Allheilmittel für gesundheitliche Probleme sein soll. Bereits in der letzten Woche erörterten in einem Diskussionsforum für Hartz-IV- und Sozialarbeiter, ob die Verwertung von Organen „anrechenbares Vermögen“ sei.

Nun überbietet die Flensburger Behörde dieses verächtliche Menschenbild von Transferleistungsbeziehern noch, indem gesundheitliche Probleme mit fast unbezahlter Beschäftigung ausgetrieben werden sollen. Ratten fangen, „Malen nach Zahlen“, Trimm-dich-Pfad bauen: Das ist nur ein kleiner Abriss an Ideen, die in den letzten Wochen durch die Medien gegeistert sind. Was kommt als nächstes? Dass die Kameras der privaten Sender dabei sind? Wie viel Verfolgungsbetreuung müssen Erwerbslose noch ertragen? Arge-Mitarbeiter haben scheinbar freie Hand. Alles, was nur schön genug verkauft wird, darf dann sofort mit Steuergeldern umgesetzt werden. Die Bundesrepublik hat ein Antidiskriminierungsgesetz verabschiedet, und ich habe noch nirgends von solch einem Programm für übergewichtige Politiker und Beamte gelesen! Haben die Flensburger einfach nur zu viel „Flens“ getrunken?

4. In Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg werden Hartz-IV-Bezieher in Ein-Euro-Jobs als „Hilfspolizisten“ eingesetzt. Sie werden auch die **Häufchenjäger** von Berlin

genannt, kontrollieren Straßen und rufen Hundehalter zur Ordnung. Weil es zum Himmel stinkt, soll der wilden Schieterei draußen nun der Garaus gemacht werden. 20 Hartz-IV-Bezieher sollen die Hundhalter ansprechen und vor gesundheitlichen Risiken für Kinder warnen. Personalien dürfen die Hartz-IV-Bezieher zwar nicht aufnehmen, aber sie beschreiben dem zuständigen Ordnungsamt die jeweiligen „Sünder“. Denen droht dann beim nächsten Mal ein Bußgeld in Höhe von 40 Euro. Die Hartz-IV-Bezieher bekommen pro Stunde als Aufwandsentschädigung 1,50 Euro. Für neun Monate sind sie 30 Stunden in der Woche im „Einsatz“.

Was sich nicht alles ausgedacht wird, bloß um Erwerbslose aus der Statistik zu kicken! Mich wundert ja, dass sie die Häufchen nicht eigenhändig beseitigen müssen. Ist das jetzt eigentlich ein neuer Ausbildungsberuf, oder auf welche Weise sollen Hartz-IV-Bezieher hierdurch ihre Chancen erhöhen, auf den ersten Arbeitsmarkt zu gelangen? Die Besitzer von Kampfhunden würde ich auch nicht unbedingt ansprechen. Erst Ratten, dann Häufchen jagen, mit „Erfolgsgarantie“! Schließlich dürfen die Kontrolleure noch nicht mal Personalien aufnehmen. Toll, so werden aus Erwerbslosen Denunzianten gemacht. Und was geschieht, wenn eine falsche Beschreibung abgeliefert wird? Auf jeden Fall wird das Hasslevel gegenüber Erwerbslosen erhöht. Das sollte auch nicht vergessen werden! Gegen solche Ein-Euro-Jobs sollte mensch sich besonders intensiv wehren, denn das ist eine klare Aufgabe der Straßenreinigung, und für Verstöße gibt es Polizei und Ordnungsamt.

5. Am Montag dieser Woche berichtet „Report Mainz“ im ersten Fernsehprogramm über die restriktive Arbeitsweise einer Arge in Greifswald mit einem **Analphabeten**. Dabei wurden dem 53-Jährigen ALG-II-Bezieher monatelang Leistungen vorenthalten, weil er die geforderten schriftlichen Bewerbungen nicht nachweisen konnte. Durch den Leistungsentzug konnte der „Kunde“ seine Miete nicht mehr bezahlen, woraufhin ihm – welch Wunder – von der städtischen Wohnungsgesellschaft gekündigt wurde. Von der Zwangsräumung der Wohnung über Behördengänge zeigt der Beitrag den Weg des Greifswalders in die quasi behördenverordnete Obdachlosigkeit. Entgegen der Überschrift lässt sich bei Hartz IV nicht von „gnadenlos“ sprechen, denn Gnade kann ich einem Schuldigen erweisen, indem ich ihn nicht seiner Schuld entsprechend streng behandle. Wer aber ALG II bezieht, hat sich aber nichts zuschulden kommen lassen. Hartz IV ist ein Affront gegen die Würde des Menschen! Noch wird Erwerbslosigkeit gesetzlich nicht mit einer Straftat gleichgesetzt.

6. Ist das ALG II mit einem Töten per Gesetz gleichzusetzen? Diese Frage stellt Hajo Freese in einem Aufsatz. Natürlich würde der weitaus größte Teil unserer Gesellschaft heute solch eine Behauptung als völlig absurd brandmarken und danach fragen, wer daran denn ein Interesse haben und so etwas Ungeheuerliches denn durchführen wollte, sollte, könnte. Doch viele humanistisch gesinnte Bürger haben keine Ahnung, wie instabil unsere soziale Ordnung ist und wie tatsäch-

lich mit den Angehörigen im „abgehängten Prekariat“ in Deutschland umgegangen wird! Die Hartz-IV-Gesetzgebung und der Umbau der Sozialgesetzbücher sind Ausdruck eines sozialen Umdenkens im Herrschaftsbereich der Politik und der bestimmenden Wirtschaft hin zu dem altbekannten Sozialdarwinismus. Mit dem Antrag auf ALG II verliert der Bittsteller seine subjektive und seine objektive Souveränität. Er untersteht ab sofort der absoluten Verfügungsgewalt des Arge-Sachbearbeiters und der damit einhergehenden Verfolgungsbetreuung. Nein, wir leben nicht in einem „Sozialstaat“, wo die Stärkeren den Schwächeren einer Gesellschaft solidarisch beistehen, sondern es wird erwartet, dass eine Gegenleistung erbracht wird! Dies führt in vielen Fällen zu willkürlichem Fordern, und das tatsächliche Fördern stellt die völlige Ausnahme dar. Durch das menschenverachtende Hartz IV werden sogar eklatante Rechtsbrüche gegenüber anderen höherwertigen Rechtsgütern wie den Menschenrechten, den Rechten des Grundgesetzes oder auch des Strafrechtes legitimiert.

Wer hätte es sich vor fünf Jahren vorstellen können, dass es in Deutschland Zwangsarbeit wieder möglich werden könnte? Mit diesen massenhaft missbrauchten Ein-Euro-Jobs werden sozialversicherungspflichtige Jobs ebenso vernichtet wie jahrzehntelang erkämpfte Arbeitnehmerrechte, aber Hauptsache, die Träger dürfen sich an dieser sittenwidrigen Ausbeutung und der staatlichen Alimentierung eine goldene Nase verdienen. Wer hätte sich vor fünf Jahren vorstellen können, dass es einen gesellschaftlichen Konsens zur staatlich verordneten Freiheitsberaubung geben könnte? Ein solche begeht, wer einen Menschen durch Einsperren oder auf andere Art vorsätzlich und widerrechtlich daran hindert, seinen Aufenthaltsort nach eigenem Willen zu verlassen. Nichts anderes macht die unsinnige „Stallpflicht“ mit den Beziehern von ALG II! Wäre es vor fünf Jahren im Bereich des Vorstellbaren gewesen, dass sogenannte Sozialfahnder willkürlich die Wohnungen der Betroffenen stürmen, um nach der Anzahl der Zahnbürsten zu forschen, weil anonyme Denunzianten Anzeige erstattet haben sollen? Dass die willkürliche, illegale Erhebung persönlicher Daten an der Tagesordnung ist, lässt sich nur vor dem Hintergrund von gesellschaftlicher Akzeptanz und einer offenbar veränderten Moralauffassung erklären!

Gegen Erwerbslose wurde unter anderem vom früheren Minister für Arbeit und Soziales, Wolfgang Clement, eine beispiellose Hetzkampagne losgetreten, die mit falschen Zahlen scheinbar untermauert wurde. Ziel war es, die Erwerbslosen als faul und kriminell zu diskreditieren. Ein neues Feindbild war geboren. Da werden bei entsprechenden Reklamesendern angebliche „Schmarotzer“ von Sozialfahndern „gnadenlos gerecht“ gejagt und scheinbar entlarvt. Wenn in diesem Zusammenhang von Wolfgang Clement Sprüche geklopft werden wie der, dass eine freiheitliche Gesellschaft, in der die Ehrlichen sich als die Dummen fühlen, nicht überleben könne, oder wenn Angela Merkel darauf hinweist, wie viel Geld in den sozialen Haushalt fließt und gleichzeitig von „Sozialmissbrauch“ spricht, dann scheinen die „Parasiten“ langsam zur Gefahr für den Staat und seine „anständigen“ Bürger zu werden. Jetzt müssen nur noch genaue Kriterien für die Zugehö-

rigkeit zur Schmarotzergruppe definiert werden, und schon wird deutlich, dass wer nicht arbeitet, auch nicht essen soll! Deutlicher lässt sich den Almosenempfängern als Überflüssige dieser Gesellschaft kaum ihre Daseinsberechtigung absprechen. Da liegt der Ruf nach intensiver „Schädlingsbekämpfung“ doch sehr nahe. Auf diese Weise wird Töten zum gesellschaftlich legitimierten Handeln!

Wie „gut“, dass die argen Argen von Anfang an vom Gesetzgeber als Verfolgungsbehörde konstruiert wurden. Eine immer schlimmere Sanktionspraxis setzt sich durch, die bereits in einigen Fällen gesetzwidrig, aber fast immer lebensbedrohend auswirkt. Die **Sanktionen** bestehen aus dem existenzgefährdenden Entzug von Geldbeträgen. Es „muss“ auf jeden Fall gestraft werden, damit klar wird, wo der Hammer hängt und dass pariert werden muss! Die moralische Identifikation einzelner Sachbearbeiter geht inzwischen sogar so weit, dass sie zunehmend Gründe konstruieren, um möglichst viele und möglichst lang andauernde Sanktionen zu verhängen. Diese Sanktionierungspraxis hat auch schon Todesopfer gefordert. Die daraus resultierende Armut wird zum gravierenden Mangel an lebenswichtigen Gütern wie Essen, Obdach, Kleidung, aber auch zum Mangel an Gesundheit, Bildung, gesellschaftlicher Teilhabe. Die Armut nimmt schnell zu, erfasst immer mehr Kreise außerhalb der Gruppe der Arbeitslosen und wird langfristig zum Helfer für frühzeitiges Ableben. Die Armutskonferenz stellte bereits 2005 fest, dass die nationale Armutsgrenze nach neuerem EU-Standard 60 Prozent des gemittelten Nettoäquivalenzeinkommens beträgt, was etwa 980 Euro entspricht. Dagegen erhält ein Bezieher von Hartz IV nur etwa 664 Euro. Das absolute Existenzminimum wird schon lange nicht mehr abgedeckt.

Im reichen Deutschland ist Hunger kein Fremdwort mehr. Hunger macht schwach, gefügig und manipulierbar. Wird dieses Existenzminimum durch Sanktionen auch noch gekürzt, erhöht sich das ohnehin bei Armut vorhandene Mortalitätsrisiko erheblich. Arme haben bis zu sieben Jahre geringere Lebenserwartung, leisten hiermit zwangsweise ihren Beitrag zum frühen „sozialverträglichen“ Ableben für die Gesellschaft, die sie nicht mehr braucht! Töten wird so zum gesellschaftlich integrierten Handeln, und zwar nicht unter Verlust der Moral, sondern durch die Verschiebung des moralischen Handlungsrahmens. Wenn wir uns an das bekannte Milgram-Experiment erinnern, lässt sich vielleicht nachvollziehen, wie sich harmlose Durchschnittsbürger auch ohne autoritäre Befehle in Menschen verwandeln, die plötzlich dazu bereit werden, massenhaft andere Menschen zu töten. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise wird durch die steigende Arbeitslosigkeit zu einer Verschärfung der sozialen Konflikte führen. Näher möchte ich mir das lieber nicht ausmalen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Palästinenser hadern mit der Hamas: „Wir wurden um 2.000 Jahre zurückgebombt“ *(„Spiegel-Online“)*

Eingekesselt in der Trümmerwüste

Endlich! Seit Samstag Nacht schweigen die Waffen im Gazastreifen. Das ist erst mal eine positive Nachricht, denn jetzt können auch Hilfslieferungen von Lebensmitteln und Medikamenten ins Land. Doch wie lange hält die Waffenruhe? Alle Probleme, die zu diesem Krieg geführt haben, sind nach wie vor ungelöst! Es bleibt im wahrsten Sinne des Wortes ein riesiger Berg an Leid, Schmerz und Verzweiflung. Die Infrastruktur ist zerbombt, und unzählige Menschen sind ohne Dach über dem Kopf. Tausende liegen in den wenigen noch intakten Krankenhäusern, und es gibt kaum Wasser und Strom. Die gesamte Bevölkerung bleibt unfrei und eingekesselt. Dies ist die bittere Bilanz von 22 Tagen Krieg.

Hier noch einmal eine kurze Rückschau: Nach mehrwöchigem furchtbaren Gemetzel verschärften die Konfliktparteien zuletzt ihre Kriegshandlungen trotz der kürzlich beschlossenen UN-Resolution. Wobei allerdings das militärische Ungleichgewicht dieses Krieges immer deutlicher zutage trat! Auf palästinensischer Seite starben über 1.100 Menschen, auf israelischer Seite waren es weniger als 20. Die Uno forderte – wir erinnern uns – in ihrer mit Ach und Krach zustande gekommenen Resolution eine sofortige und dauerhafte Waffenruhe, ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe, ein Ende der israelischen Blockade sowie eine grundsätzliche Lösung auf der Grundlage einer Zweistaatenlösung. Sie verurteilt jede Form von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und jede Art von Terrorismus.

Auch die Hamas besteht nicht aus Friedensengeln. Einige Funktionäre propagieren seit langem offen den „Heiligen Krieg“ gegen Israel. Beispielsweise heißt es in Artikel 13 der Hamas-Charta: „Für die Palästinafrage gibt es keine andere Lösung als den Dschihad.“

In Israel selbst mehrten sich in letzter Zeit die Stimmen gegen den Krieg, und immer mehr Menschen schlossen sich der israelischen Friedensbewegung an. Auch in den Streitkräften wuchsen Unbehagen und Widerstand. Die Organisationen „Courage to Refuse“ („Mut zum Verweigern“) und „Jüdinnen und Juden aus der ganzen Welt“ forderten die israelischen Soldatinnen und Soldaten zur massiven Kriegsverweigerung auf. In dem Appell der letztgenannten Organisation an die Truppe heißt es: „Die ein Gewissen haben, müssen die israelische Kriegsmaschinerie stoppen. Das könnt nur ihr tun – und ihr *müsst* es tun!“ Es gab zahlreiche Verweigerer, doch die Militärbürokratie schlug zurück: Etliche von ihnen mussten ins Gefängnis!

Das „Bremer Friedensforum“ verurteilte die Angriffe gegen die Zivilbevölkerung von Anfang an und erklärt sich bedingungslos mit den Verweigerern und der israelischen Friedensbewegung solidarisch. Im Übrigen gilt unser Mitgefühl

den leidenden Menschen im Gazastreifen und den palästinensischen wie den israelischen Kriegsopfern gleichermaßen! Die israelische Regierung muss mit der Hamas direkt verhandeln, denn einen anderen Weg zum Frieden kann und wird es nicht geben. Wir fordern, dass die Bundesregierung die Uno-Resolution 1860 in vollem Umfang unterstützt! Auch Deutschland hat Israel aufgerüstet: Für das Militär stellen seit Jahrzehnten Bremer Rüstungsfirmen wie Lürssen und Atlas-Elektronik Präzisionswaffen und Kriegsschiffe her, und deshalb wiederholen wir die Forderung nach einem sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte!

Am Samstag, dem 17. Januar 2009, gab es von 12 bis 13 Uhr eine große Mahnwache des „Friedensforums“ auf den Domtreppen, an der sich etwa 40 Menschen beteiligten, unter anderem auch Mitstreiter(innen) der Montagsdemo. Leider hatte die Presse „vergessen“, uns zu besuchen – trotz vorheriger Mitteilung! Dafür berichteten „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ recht ausführlich über die von den Palästinensern organisierte Lichterketten-Demo am Abend desselben Tages.

Kanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier waren kürzlich zusammen mit hochrangigen EU-Vertretern zu „Verhandlungen“ in Ägypten und Israel. Sehr geehrte Frau Merkel, es wäre richtiger und wichtiger gewesen, statt sich in luxuriösen Regierungsvillen bewirten und von der Weltpresse ablichten zu lassen, in die Trümmerwüste von Gaza zu reisen! Es wäre viel wichtiger gewesen, in die Krankenhäuser zu gehen, mit Kriegsopfern und Ärzten zu reden und sich auch mit Hamas-Leuten zu treffen! Setzen Sie sich endlich ernsthaft für einen gerechten Frieden ein!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Ich wünschte mir, die Hamas-Charta würde als Fälschung entlarvt

Elisabeth Grafs vorletzten Redebeitrag habe ich glatt übersehen in der Annahme, dass sie sich – wie üblich und bitter notwendig – zu eurem und meinem ureigenen Anliegen, sprich: dem sozialen Kahlschlag hierzulande äußerte. Ich bin ihr für ihre Worte dankbar, hätte sie gerne getroffen, muss allerdings auch ihre meines Erachtens oberflächliche Bemerkung kritisieren: „Sowohl Israel wie auch Palästina beanspruchen doch beide – aus wie auch immer religiösen Gründen? – das ‚Heilige Land‘ für sich.“ Diese Aussage geht an allen geschichtlichen Fakten vollkommen vorbei.

Ich sah auf jener Demo einen Plakatträger mit einem Foto des sogenannten Felsendoms und dem arabischen Text „Al-quds lana“ („Jerusalem für uns“). Ich halte es für keinen Zufall, dass der Text nur in Arabisch gehalten war. Ich konnte

mich vor einigen Jahren selbst überzeugen, dass israelische Polizisten freundlich, aber bestimmt neugierigen Touristen das Betreten des sogenannten Tempelbergs am Freitag verwehrten, um den muslimischen Feiertag inklusive Moscheebesuch störungsfrei zu halten, während sie gleichzeitig größere Gruppen von Muslimen anstandslos ohne Kontrollen passieren ließen (ich beobachtete dies von meinem arabischen Kaffeetischchen aus).

Die frenetischen „La iláha illa-lláh muhammad rasulu-lláh“-Chöre auf der Bremer Demo konnte ich ebenfalls nicht überhören. Daneben fielen seitens der Redner öfter die Begriffe „Schahid“ (Märtyrer) und „Mudschahidin“. Letzteren brauche ich wohl nicht zu übersetzen; er spricht für sich und gegen gewisse Kreise. Ersterer bedeutet „Zeugen“ im Sinne von „Blutzeugen“, sprich: Märtyrer. So nennt man dortzulande unter anderem junge Leute, die von „todesmutigen“ erwachsenen „Volkshelden“, mit Sprengstoffgurten ausgerüstet, in ihren Tod geschickt werden, in den sie Dutzende Unbeteiligter mitreißen, nur weil diese zufällig Israelis sind.

Ich wünschte mir wirklich, ihr könntet die Hamas-Charta als Fälschung entlarven. Sollte der Text authentisch sein, müssten wir uns doch ernsthaft fragen, worüber Israelis mit der Hamas verhandeln sollen, mit Leuten also, die deren Ermordung öffentlich propagieren (Artikel 5), ad majorem gloriam Gottes und seiner Märtyrer, und ihnen von daher ohnehin keine eigenstaatliche Existenz zugestehen. Wozu auch? Tote brauchen kein eigenes Land. So einfach ist das.

Kurzer Rückblick: der Hardliner Scharon überließ den Palästinensern 2005 den Gazastreifen minus Siedlungen und entschuldigte sich im israelischen Fernsehen vor allem bei den Siedlern, denen er als Scharfmacher (meine Worte) ursprünglich zur Seite gestanden habe. Er habe aber eingesehen, dass seine Politik verfehlt war und er keinen anderen Weg zum Frieden sehe. Wie viele widerliche Politiker kennt ihr selbst, die so viel Einsicht gezeigt haben? Als Palästinenser muss ich Scharon nicht unbedingt vor Dankbarkeit die Füße küssen, sehe aber auch nicht ein, warum wir dies mit Freudentänzen als Sieg feiern und gleich ein paar Raketen auf Sderot (Südisrael) hinterherfeuern müssen, und das bis heute, anstatt ein lebenswertes Gemeinwesen in Angriff zu nehmen.

Ich fühle mit allen Opfern (allerdings nicht mit den Märtyrern und ihren Ziehvätern, Mütter zählen eh nichts) in Israel und Palästina, bin aber strikt parteilich, wenn es gegen die Gotteskämpfer jeglicher Couleur geht! – Seitens der „Gottespartei“ namens Hisbollah, deren Chef Nasrallah pünktlich eine Soli-Erklärung für die Hamas abgab, wurde Samir Kuntar, einer ihrer Mitkämpfer, aus israelischer Haft freigepresst. Er hatte in Israel eine Familie „todesmutig“ massakriert und als „Sahnehäubchen“ (ich spiele hier mal den Advocatus Diaboli, daher das Unwort) deren kleinem Kind mit seinem Gewehrkolben den Kopf zerschmettert. Leider hat das Kind die „Behandlung“ nicht überlebt (Mangelernährung?).

Der „Held“ bekam in Israel viermal lebenslänglich; bei George Dabbelju hätte er je nach Bundesstaat zwischen Gaskammer, Spritze und Elektrostuhl gependelt (nicht meine Linie!). Die „Gottespartei“ verlangte im Rahmen eines Gefangenen-

austauschs wiederholt die Freigabe ausgerechnet dieses „Kämpfers“. Die Israelis gaben nach und erhielten als Gegenleistung die Leiche eines entführten Soldaten übergeben, den sie eigentlich lebend zurückzubekommen gehofft hatten (er besaß vielleicht auch Eltern, Freunde und Verwandte, das weiß man bei denen ja nie so genau). Das alles könnte man noch unter „in den Medien ferner nicht liefen“ verbuchen, wäre nicht im Libanon ein Staatsempfang zu Ehren des heimkehrenden „Helden“ mit allem staatsmännischen Gepränge inklusive Bruderkuss zelebriert worden (Präsident Sulaiman, Parlamentssprecher Berri, Premier Siniora).

Leider bin ich ausgeufert. Was ich eigentlich sagen möchte: Wir Handvoll Linker hier in Deutschland sind heillos zersplittert und sehen die wahren Feinde nicht. Jede Gruppe hat wohl ein wenig recht, kann aber die Linie nicht über den Tellerrand hinausziehen, um die wenigen Kräfte zu bündeln. Nichts für ungut. Ich bin gesprächsbereit und gastfreundlich. Mit solidarischen Grüßen, auch an die mutige Elisabeth.

Zuschrift von Günter Schmidt-Bollmann

Ein Opfer Bremer Politik

Am Wochenende ist der Polizeipräsident Bremens verstorben, nach einem längeren Herzleiden, für mich überraschend – oder auch nicht. Ich hatte vor langer Zeit von Herrn Mordhorst eine gute Meinung: Ich fand ihn glaubwürdig, sympathisch und engagiert.

Irgendwann hat sich mein Eindruck geändert. Ich fand, dass Herr Mordhorst zu einem Jasager geworden war und zu einem Vorzeige-Polizisten, der in der Öffentlichkeit bei allen möglichen Veranstaltungen und Anlässen gesichtet und fotografiert wurde. Mich hat das irritiert, weil ich der Meinung bin, dass ein Mensch mit einer derartig umfangreichen Aufgabe mehr Zeit für die Erledigung seiner beruflichen Pflichten benötigt.

Wenn ich jetzt zurückblickend davon ausgehe, dass Herrn Mordhorst langsam, aber stetig seine Verantwortung beschnitten und er als sympathisches Aushängeschild benutzt wurde, dann ist es verständlich, dass dieser Mensch ein Herzleiden hatte und dies leider auch zu seinem frühen Tod führte.

Jemand, der den rücksichtslosen Herrn Röwekamp über längere Zeit zum Vorgesetzten hat, braucht eine robuste Gesundheit und freut sich auf das Ende der Amtszeit des von keiner Sachkenntnis getrübten Senators. Wenn er dann noch eine durchgepeitschte Polizeireform durchstehen und schönreden muss, die

von vornherein als Riesenreinfall erkennbar war und unzumutbare Arbeitszeiten für die Kollegen mit sich brachte, und der dann die Wogen glätten musste, so ist dieser Mensch unweigerlich gesundheitlich gefährdet.

Wenn diesem Menschen dann von Herrn Mäurer eine Person zur Seite gestellt wird, die ihn entlastet und ihm Verantwortung abnimmt, drängt sich die Frage auf, ob Herr Mordhorst auf unfeine, aber in Bremen gängige Art kaltgestellt werden sollte. Nach all den unfassbaren Dingen, die in der bremischen Politik geschehen, ist diese Variante vorstellbar und entsetzlich. Ich bin gespannt, wie überraschend schnell ein als fähig gepriesener Nachfolger parat sein wird.

Gudrun Binder (parteilos)

Widerlich: Grün-gelbe Speichellecker wetteifern darum, die Große Koalition unterstützen zu dürfen *(„Spiegel-Online“)*

SPD-Wahldesaster in Hessen

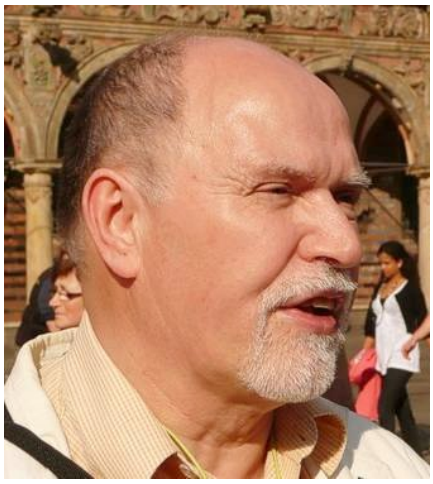
Gestern war nun in Hessen erneut Wahl. Anscheinend hat sich nicht viel verändert. Nur die Wahlbeteiligung ist noch einmal um über drei Prozentpunkte gesunken. Fast 40 Prozent der Wahlberechtigten haben kein Vertrauen mehr in dieses System von Bevormundung, Abzocke und Vetterwirtschaft. Dass Roland Koch nun regieren kann, hat er den gut betuchten Wählern der FDP zu verdanken, die natürlich ihr kapitalistisches System retten wollen. Die CDU hat ihre verloren gegangenen Wähler nicht zurückgewinnen können.

Dafür hat die SPD jetzt ihre Watschn erhalten. Frau Ypsilantis Kursänderung mit zuerst totaler Ablehnung der Linken, um deren Stimmen dann doch kriegen zu wollen, haben die SPD-Wähler nicht verstanden. Aber es darauf zu reduzieren und die Hartz-IV- und Agenda-Politik nebst Führung durch eine Großväter-Generation mit Heuchlern und Falschspielern wie Clement und Schröder nicht selbstkritisch zu bewerten, zeugt davon, dass die SPD wohl ihre Rolle fürs Kapital langsam ausspielt. Die Grünen treten mit einem Teil ihrer Politik in die Fußstapfen der SPD, denn sie haben in vielen Punkten keine grundsätzliche Position gegen das Kapital. Der kommende Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl ist der doppelzüngige Jürgen Trittin, der seine Wähler an der kurzen Leine führen will, aber „lang gibt“ für die Laufzeiten der Kernkraftwerke.

„Die Linke“ ist im Landtag geblieben und hat sogar noch ein halbes Prozent dazugewonnen. Das ist erst einmal gut und zeigt, dass trotz ihrer sehr „verbesserungswürdigen“ Politik der Linkstrend nicht einfach so weggewischt werden kann, wie die Herrschenden es gerne hätten. Die hohe Ablehnung der Beteiligung an der Wahl sowie das Anhalten des Linkstrends in Deutschland und der Welt trotz geschützten und geförderten Auftretens der Neonazis, die in der politischen Auseinandersetzung im Land keine Rolle spielen, all dies zeigt, dass die Masse der Bürger noch auf der Suche ist. Die Menschen sind nicht völlig fertig mit dem System und müssen sich noch zu neuen Zielen vorarbeiten. Die Montagsdemo ist für diese Suche und fürs Aktivwerden ein Ort, wo sich Klarheit und gegenseitiges Vertrauen gewinnen lassen und weitere Ideen für Zusammenarbeit und Aktionen entwickelt werden.

Jobst Roselius

Zwangsarbeit ist Wirklichkeit!



1. Zum 1. Januar 2009 sind viele Klarheiten im SGB II beziehungsweise ALG II beseitigt worden. Die **Rechtsänderungen** haben für mehr Unklarheit und damit für mehr Rechtsunsicherheit gesorgt. Darüber hinaus wurden bisher zugestandene Rechte und Möglichkeiten beseitigt. Die Auswirkung ist klar! Es wird noch mehr Widersprüche und Klagen geben. Es wird aber auch mehr Verzweiflung und Wut erzeugt. Die „Erste Verordnung zur Änderung der Arbeitslosengeld-II- und Sozialgeld-Verordnung“ zeigt alles aus der Sicht der Bundesagentur für Arbeit, dem Vordenker der Argen. Wer nicht mit dieser Behörde zu tun hat, kann sich die Behandlung, den Umgang und die vielen Kürzungsbescheide nicht vorstellen. Er kann auch die Fehlerhäufigkeit nicht nachvollziehen. Aber *so* wird Geld gespart, nicht bei den Verwaltungskosten, sondern bei den Leistungen an die Betroffenen: Die Arge wird per Zielvereinbarung zur Leistungskürzung verpflichtet, ohne Rücksicht darauf, dass diese Leistung gesetzlich garantiert ist. Sanktionen, sprich: Kürzungen reduzieren den Leistungsaufwand – ganz legal?

Vor diesem Hintergrund ist es erklärlich, dass die wenigsten **Sanktionen** oder Kürzungen einer Überprüfung standhalten (siehe Seite 8 der Broschüre). Die Kürzungen rund um ein Ein-Euro-Arbeitsverhältnis sind zu 100 Prozent angreifbar (siehe letzte Bremer Montagsdemo), alle anderen zu über 60 Prozent! Die Anfechtung geht vier Jahre rückwirkend. Einfach einen Antrag stellen: „Hiermit bitte ich um Überprüfung meiner Sanktionsbescheide seit 1. Januar 2006.“ Darauf-

hin erfolgt ein Bescheid über das Ergebnis der Überprüfung mit Rechtmittelbelehrung. Gegen diesen Bescheid ist Widerspruch und notfalls Klage möglich. Beim Widerspruch kann die Begründung nachgereicht werden, falls vorher eine Akteneinsicht nötig ist. Also: „Hiermit lege ich Widerspruch ein und beantrage Akteneinsicht. Nach dieser werde ich den Widerspruch begründen.“ Wie dies geht? Wir gehen mit!

Die **Regelsätze** des ALG II sind für Kinder und Jugendliche, aber auch für die Erwachsenen nicht ausreichend. Es läuft ein Verfahren mit entsprechenden Gutachten, die genau dies belegen. Wer an den positiven Auswirkungen dieses Verfahrens teilhaben will, muss jetzt Folgendes tun: „Hiermit bitte ich um Überprüfung meiner Leistungsbescheide ab 1. Janaur 2006. Die Regelleistung ist zu niedrig.“ Alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft als Absender mit aufführen und alle Volljährigen mit unterschreiben lassen. Sobald das Urteil vorliegt, ist dieser Weg für die Vergangenheit versperrt. Wer seine Bescheide nicht angefochten hat, erhält keine Nachzahlung. Es erfolgt ein Bescheid über das Ergebnis der Überprüfung. Gegen diese Ablehnung innerhalb der Frist Widerspruch einlegen und gegen den Widerspruchsbescheid Klage, falls die Arge abgelehnt hat. Die Klage kann bis zur Entscheidung des Verfahrens vor dem Hessischen Landessozialgericht ruhen (Aktenzeichen L6 AS 336/07). Wichtig ist die umgehende Anfechtung der Bescheide durch den Antrag auf Überprüfung.

Wer sich mehrfach angesprochen fühlt, kann auch für jeden Punkt einen Extraantrag auf Überprüfung stellen. Bitte aber jeden Antrag mit einem anderen Datum, damit bei einer Antwort der Arge die Zuordnung möglich ist. Die Arge schreibt: „Ihr Antrag vom...“ – und dann? Daher die unterschiedlichen Daten. Abgeben der Anträge nur gegen Stempel! Das Ganze verursacht Arbeit und bindet Gedanken, Geld kostet es nicht: Die Klagen vor dem Sozialgericht sind kostenlos. Prozesskostenhilfe ist nicht erforderlich. Einfach die Bescheide und den Widerspruch nehmen und zur Rechtsantragsstelle des Amtsgerichts gehen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Die Anfechtung der Sanktions- oder Kürzungsbescheide ist aufwendiger, aber ertragreicher. Der Sachverhalt ist im Einzelnen zu prüfen und darzulegen. Bei den Kürzungen für Verpflegungskosten müsste die Arge eigentlich selbständig die Erstattungen oder Nachzahlungen durchführen. Kürzungen für „ersparte“ Verpflegung wurden bei stationären und auch teilstationären Klinikaufenthalten vorgenommen. Dies hat der Gesetzgeber selbst als unrechtmäßig betitelt. Die Arge kann angeblich diese Kürzungen nicht selbst feststellen. Somit auch hier einen Antrag auf Überprüfung der Kürzungen ab 1. Januar 2006 beziehungsweise andere Zeiträume, falls die genauen Daten noch nachvollziehbar sind. Wenn die Arge einen Ablehnungsbescheid erstellt, dagegen Widerspruch innerhalb der Frist einlegen und Klage erheben. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Wir sind auch nicht die Einzigen, die in Bremen **Begleitschutz** anbieten. Jede(r) kann mitgehen, es kommt auf die moralische Unterstützung an. Wer mitgeht, schreibt das Gespräch stichwortartig mit. Allein dadurch wird der Umgang-

ston versachlicht, und das Gespräch ist beweisbar. Vorstehend habe ich geraten, die Anträge auf Überprüfung gegen Stempel abzugeben. Dies ist notwendig, weil in vielen Fällen diese Unterlagen aus ungeklärten Gründen nicht zur Akte gelangen. Der Hilfebedürftige ist hier beweispflichtig, daher Abgabe nur gegen Stempel. Wem dies erschwert wurde, sollte sich Beschweren. Dazu aber moralische Rückenstützung mitnehmen. Wem der Stempel oder die **Eingangsbestätigung** verweigert wird, sollte diesen Antrag wieder mitnehmen und mit der Begründung, die Arge wollte den Empfang nicht bestätigen, **beim Sozialgericht** zur Weiterleitung abgeben, auch hier gegen Empfangsbestätigung. Oder zur Bremer Montagsdemo kommen: Wir gehen mit!

Alle vorstehenden Ausführungen gelten sinngemäß auch für die Grundsicherung im Alter, das Sozialgeld und die Leistungen für Schwerbehinderte. Die Klagen sind nur erforderlich, wenn die Arge weiterhin jede Gerichtsentscheidung für jeden Einzelfall möchte. Wenn die Arge Gerichtsentscheidungen für gleiche Sachverhalte akzeptieren würde, wären viele Verfahren vor dem Sozialgericht nicht nötig. Die Arge würde Gerichtsgebühren und Verwaltungskosten sparen. Die Hilfebedürftigen hätten schneller das Geld. Die Entlastung der Gerichte wäre nachhaltig, weil in den meisten Leistungsklagen ein einstweiliges Rechtschutzverfahren vorgeschaltet ist – die Menschen haben einfach kein Geld! Der Bundesagentur für Arbeit ist die Vielzahl der erfolgreichen Widersprüche und Klagen ein Ärgernis. Begleitung ist auch bei „Einladungen“ sowie zu Erörterungsterminen im Gerichtsverfahren möglich, selbst wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Die **Eingliederungsvereinbarung** ist nun nicht mehr als Vertrag zu handhaben, sondern als Verwaltungsakt zu erlassen. Widerspruch und Klage hiergegen haben keine aufschiebende Wirkung mehr. Soweit (vordergründig) die geänderte Rechtslage. Es bleibt der Anspruch der Arge, mit einer Eingliederungsvereinbarung tatsächlich Unterstützung zu leisten. Daher ist weiterhin der Hilfebedürftige als Mitwirkender oder Wünschender gefordert. Daher Vorschläge unterbreiten, und zwar nachvollziehbar, entweder schriftlich oder mit Begleitung. Gegen eine Eingliederungsvereinbarung, mit der mensch nicht einverstanden ist, Widerspruch einlegen und die aufschiebende Wirkung beantragen. Mit dem Verwaltungsakt Eingliederungsvereinbarung und dem Widerspruch zum Sozialgericht gehen und einstweiligen Rechtsschutz beantragen, die aufschiebende Wirkung! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Nun zum **Ein-Euro-Arbeitsverhältnis**. Auch hier ist die aufschiebende Wirkung gegen die Zuweisung per einstweiligem Rechtschutz einzufordern. Bis zur Entscheidung darüber muss die Tätigkeit begonnen werden. Die Zwangsarbeit ist Wirklichkeit! – Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind für ALG-II-Bezieher gestrichen. Die neuen Fördermöglichkeiten sind so schwammig, dass keine Vermittlung von geförderten Arbeitsstellen stattfindet. Es fehlen die Ausführungsbestimmungen der Bundesagentur für Arbeit, vorher wird die Arge sich nicht bewegen! Schade um die Zeit des Nichtstuns. Den Nachteil haben die Erwerbslosen!

Noch mal zurück zur Überprüfung der (alten) Sanktionen: Auch solche für Verstöße gegen die Eingliederungsvereinbarung sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen, weil das Fachkonzept „Beschäftigungsorientiertes Fallmanagement im SGB II“ nicht beachtet wurde. Wer eine solche Sanktion oder Kürzung verkraften musste, sollte dieses Papier lesen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

2. Zur **Finanzkrise** melden sich diesmal die Bundesbank und die Finanzaufsicht Bafin zu Wort. Die 20 größten Banken in Deutschland haben für knapp 300 Milliarden Euro „toxische Wertpapiere“ erworben. Davon ist erst rund ein Viertel abgeschrieben worden, so die Oberbanker. Erfahren haben sie dies durch eine telefonische Befragung der Banken. Das Finanzministerium geht davon aus, dass die Banken in Deutschland insgesamt für eine Billion Euro Risikopapiere in ihren Büchern haben, so „Der Spiegel“. Die Deutsche Bank wird nach meiner Einschätzung wesentlich daran beteiligt sein. Herr Ackermann fordert seidt Beginn der Krise eine „Bad Bank“. Bei einer solchen könnten die Banken ihre Risikopapiere endgültig abladen, und die Bedingungen des 500-Milliarden-Schutzschirmes wären ausgehebelt. Herr Ackermann würde nach der Übereignung an die „Bad Bank“ noch immer sagen: „Steuergeld wollen wir nicht“, oder so ähnlich. Schließlich haben die Banken Wertpapiere abgegeben – wertlose.

Die Verschleierungstaktik der Banken in Deutschland ist kurzfristig von dieser Bundesregierung ermöglicht worden: Die Verschiebung der Wertberichtigungen schont die Politik. Allerdings werden wir noch mindestens zwei Jahre lang mit wöchentlichen Negativmeldungen leben müssen. Eine Normalisierung des Geldhandels der Banken untereinander wird nur durch Klarheit zu erreichen sein. Diese ist nicht in Aussicht. – Eine Kreissparkasse hat kürzlich als Erfolg gemeldet, dass 2008 mehr Fondsanteile als 2007 verkauft wurden. Sollte diese Überschrift eventuell lauten: „Wir vermitteln unseren Kunden weiterhin fragwürdige Finanzprodukte“, oder gibt es inzwischen wieder seriöse und werthaltige Fonds?

Letzte Woche bin ich davon ausgegangen, dass die HSH-Bank gerettet ist, mit viel Steuergeld: 30 Milliarden Euro wurden aus dem Rettungsfonds des Bundes investiert. Am Mittwoch stand im „Weser-Kurier“, dass die HSH-Bank eine Bürgschaft der Freien Hansestadt Hamburg über fünf Milliarden Euro möchte. Die HSH-Bank hat faule Wertpapiere für 50 Milliarden Euro, will aber weiterhin 70 Millionen Euro Dividende an die stillen Gesellschafter zahlen – bei einem Jahresverlust von über einer Milliarde Euro. Steuergeld macht es möglich! Die übrigen Begleitumstände werfen ein besonderes Licht auf das Verhalten vom politischem Personal.

3. Die **Entgeltumwandlung** zur Alterssicherung wird oft genutzt. Um eine solche ging es in einem Gerichtsverfahren: Ein Arbeitgeber wurde verurteilt, seiner ehemaligen Mitarbeiterin den Wertverlust der abgeschlossenen Lebensversicherung durch Entgeltumwandlung zu ersetzen. Der Arbeitgeber hat die Revision zurückgezogen und dieses Urteil akzeptiert. Die Mitarbeiterin hat per Gehaltsumwand-

lung 35 monatliche Raten von 178 Euro gezahlt, doch im April 2005 hatte diese Lebensversicherung nur einen **Rückkaufswert** von 639 Euro. Mehr als 5.000 Euro waren als Anschlusskosten verbraucht.

Diese Art von Verträgen ist eigentlich der Normalfall. Bei vermögenswirksamen Leistungen in Lebensversicherungen haben die Versicherungsgesellschaften auf dieses Verfahren verzichtet und verteilen die Abschlusskosten auf die gesamte Laufzeit. Die Lehre hieraus bedeutet, dass jeder, der eine Gehaltsumwandlung nutzt, den Rückkaufswert seiner Lebens- oder Rentenversicherung erfragen sollte. Diesen Wert mit den getätigten Einzahlungen vergleichen. Bei negativen Differenzen nachfragen und um Erklärung bitten – alles über den Arbeitgeber.

Eventuell schicken die Versicherungen für solche Verträge ungefragt Informationen über den aktuellen Wert der Versicherung (Rückkaufswert). Wer mit diesem Wert nicht einverstanden ist: Bitte zur Beratung zur Verbraucherzentrale anmelden, aber keinesfalls kündigen! Der Artikel im „Weser-Kurier“ stammt von Arno Gottschalk, Verbraucherzentrale Bremen. Die gleiche Situation ist auch bei Riester-Verträgen gegeben. Daher als weitere Folgerung: Vor jedem Vertragsabschluss die Belastung durch Provision und andere Abschlusskosten und die Verteilung der letzteren erfragen und die Antwort schriftlich geben lassen.

4. Warum **Atomstrom** so günstig ist!? Weil die Folgekosten nicht vom Verursacher zu tragen sind. Der Staat hat sich den Umgang mit dem gefährlichen Abfall und den Nebenprodukten vorbehalten. Er wollte die größte Sicherheit gewährleisten und betreibt das Endlager Asse. Über die Besonderheiten rund um Asse siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Jetzt wird damit gerechnet, dass täglich 12.000 Liter Wasser in die Asse einströmen („Weser-Kurier“ vom Freitag, den 13. Januar 2009). Das Problem wird hier als Entsorgungsproblem geschildert: Wohin mit dem verseuchten Wasser? Eine Lösung ist nicht in Sicht. Entseuchung ist nicht möglich, nur eine Verlängerung, also Vermischung mit viel Wasser – *insgesamt* bleibt die Belastung. Was für ein Frevel an diesem Lebenselixier!

Wer Durst hat, vermag den Wert eines Liter Wasser zu schätzen! Dieses Wasser ist für Mensch und Natur verloren. Wenn tatsächlich 12.000 Liter Wasser pro Tag verseucht werden, ist die Wasserknappheit absehbar. An den nachfolgenden Tagen wurde dargelegt, dass eventuell das gesamte Lager einstürzen könnte. Reaktion der Politik? Bloß nichts dem Minister sagen! Er will es ja gar nicht wissen! So konnte auch Sander sagen: „Das wusste ich nicht.“ Sein Mitarbeiter wusste es! Wie lange dauert es von einer Sondersitzung des Landtags bis zur Gefahrenabwehr?

Die Gefährdung des Wassers erfolgt auch durch **Privatisierung von Gewässern**. Die Türkei plant dies. „Attac“ hat eine **Aufklärungsaktion** gestartet, in Bremen ist sie am **27. Januar 2009** um **19 Uhr** im **DGB-Haus**. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Verhältnis von Ursache und Folgen auf den Kopf gestellt“: „Notleidende Banken“ wird „Unwort des Jahres“ *(„Bild“-Zeitung)*

Petition zum bedingungslosen Grundeinkommen: Allen Bürgern muss ein würdevolles Leben gewährleistet werden *(Bundestag)*

Nur Klassenkampf der Massen führt zur Änderung gesellschaftlicher Verhältnisse

1. Josef Ackermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank – einer übrigens *ziemlich* schlechten Bank –, berühmt-berüchtigt für sein „Victory“-Zeichen im Gerichtssaal beim Verfahren gegen ihn und Klaus Esser, den Ex-Chef von Mannesmann, fordert jetzt – was? Eine „Bad Bank“! Bei den Banken stinken 300 Milliarden „toxische Wertpapiere“, sprich: fauler Kredite herum. Die soll die „Bad Bank“ aufkaufen – natürlich auf Staatskosten!

Letzte Woche wurde bereits berichtet, dass die Commerzbank 18,2 Milliarden erhalten hat. Hypo Real Estate „begnügt“ sich mit weiteren 12 Milliarden. Das ganze „Konjunkturpaket“ ist in Wirklichkeit ein Programm, den Staatshaushalt noch viel gründlicher zugunsten der Banken und Monopole umzuverteilen – zulasten der einfachen Bevölkerung!

Inzwischen haben wir die massivste Arbeitsplatzvernichtung. Auch hier waren die USA Vorreiter, wo eine extreme Entlassungswelle eingesetzt hat. Nun folgen in Deutschland Entlassungen zunächst der Leiharbeiter sowie Firmenschließungen. Heute wurde bekannt, dass die Bremerhavener Schichau-Seebeck-Werft Insolvenz beantragt hat.

Die Wahlen in Hessen haben am Sonntag gezeigt, dass die Menschen den Regierungsparteien SPD und CDU immer weniger glauben. Koch hat an absoluten Stimmen noch weniger bekommen als vor einem Jahr: 37 Prozent Stimmenanteil bei 60 Prozent Wahlbeteiligung entsprechen gerade mal 22 Prozent an Wählern. Ebenso gibt es kaum einen Arbeiter, der noch SPD wählt: 23 Prozent Stimmenanteil bei 60 Prozent Wahlbeteiligung entsprechen kümmerlichen 13,8 Prozent Wähleranteil, und in den ehemaligen „Hochburgen“ ist noch viel weniger los!

Das Nachlassen der „Bindungskraft“ der Sozialdemokratie auf die Arbeiterschaft war im Jahr 1932 der Grund, warum die Großindustrie beschloss, massiv die faschistische NSDAP zu unterstützen. Heute erfolgt die Vorbereitung auf kommende Klassenkämpfe unter dem Deckmantel der „Terroristenbekämpfung“. Eine Kleine Anfrage der Linkspartei an die Bundesregierung hat ergeben, dass

der neue E-Pass mit biometrischen Daten „zur Früherkennung terrorverdächtiger Personen“ benutzt werden und „3D-Gesichtserkennung im Alltag“ erforscht werden soll. Letztes Jahr wurden dafür bereits acht Millionen Euro ausgegeben.

Die „Vorratsdatenspeicherung“ seit dem 1. Januar 2009, die Video-Überwachung ganzer Städte, der massive Ausbau der Geheimdienste: Das alles richtet sich gegen ein Volk, das nicht mehr so will, wie die da oben es sich wünschen. Der Kampf gegen die Faschisierung des Staatsapparats ist heute schon genauso wichtig wie der Kampf gegen neofaschistische Organisationen!

2. Heute melde ich mich auch in eigener Sache zu Wort. In acht Monaten findet die nächste Bundestagswahl statt, und zwar unter besonderen Vorzeichen, denn die weltweite Überproduktionskrise hat die Überlebtheit des kapitalistischen Systems schonungslos offenbart. Was jetzt von der Merkel-Regierung verzweifelt zu verschleiern versucht wird, zeigt sich immer mehr: Die ganzen Maßnahmen der Regierung haben nur den Zweck, die Krisenlasten auf die Arbeiter und Angestellten, Arbeitslosen, Jugendlichen, Kinder und Rentner abzuwälzen! Das gilt besonders für die Situation vieler Frauen.

Deswegen bin ich der Meinung: Die Wahl muss ausgenutzt werden, um dieses System, den Raubtierkapitalismus, anzugreifen. Ihr wisst, dass ich in der MLPD bin, der Partei, die dem Übel an die Wurzel gehen will. Was nützt es denn, der Klassenzusammenarbeitspolitik der SPD nur einen „linken Anstrich“ zu verpassen? Der Kapitalismus lässt sich nicht transformieren, zähmen oder weichspülen!

Ich bin überzeugt, dass nur der Klassenkampf der Massen zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse führt! Die MLPD stellt ihren Wahlkampf in den Dienst dieser Bewegung, deswegen habe auch ich mich entschlossen, mich als Kandidat für die Landesliste Bremen und als Direktkandidat für den Wahlkreis Bremen 1 (das ist die Mitte, der Osten, die Neustadt und der Süden Bremens) aufstellen zu lassen.

Damit wir – beziehungsweise ich als Direktkandidat – überhaupt kandidieren können, brauchen wir bundesweit circa 40.000 Unterschriften auf bürokratischen Formblättern, in Bremen 500. Das ist eine ebenso undemokratische Wahlbehinderung wie die Fünf-Prozent-Hürde. Ich bitte euch daher, uns eure Unterschrift zu geben. Ihr unterstützt damit *unser* demokratisches Recht auf Wahlteilnahme, *euer* demokratisches Recht, bei der Wahl frei auswählen zu können – und ihr macht es möglich, dass die revolutionäre sozialistische Alternative im gegenwärtigen Linkstrend gestärkt wird!

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

Afghanistan-Truppen aufgestockt, Krankenversicherung verschoben: Obamas „Change“ besteht im Kassieren seiner Wahlversprechen *(„Rote Fahne News“)*

Autoplay-Wurmloch: Fachleute befürchten 50 Millionen verseuchte Rechner *(„Chip“)*

Allein wird jeder drangsaliert und fertiggemacht

Vor dem böigen Ostwind zogen wir in den Windschatten der zumindest noch im Erdgeschoss beleuchtete Bürgerschaft. Auch Schauer dräuten. So mussten wir uns gegenseitig wärmen, bei der 215. Montagsdemo in Bremen am 19. Januar 2009 um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz mit knapp 20 Teilnehmern.

Die für die sogenannten Volksparteien doch gehörige Wahlniederlage in Hessen war das Anfangsthema. Die Wahlbeteiligung sinkt weiter. Die SPD bekommt in den „Arbeiterhochburgen“ kaum noch Stimmen und missdeutet ihre Ergebnisse weiter beharrlich. Die Merkel'sche „Regenschirmpolitik“ wird von den Menschen als das erkannt, was sie ist: eine weitere Steigerung der Umverteilung von unten nach oben. Das Wahlergebnis zeigt aber auch, dass viele Menschen berechtigt Angst haben vor der Zukunft, dass sie nicht frei sind, schon einen anderen Kampf aufzunehmen.

Wie sehr die Umverteilung durch Einsparen auf dem Rücken der Wehrlosen mit ständiger Drangsalierung stattfindet, zeigen stets aufs Neue die Berichte und Erlebnisse der Hartz-IV-Betroffenen, die zum Glück immer wieder an die Öffentlichkeit kommen. Darum auch immer wieder der Hinweis: Kommt zur Montagsdemo und holt euch Hilfe, geht nie allein zur Bagis! Allein wird jeder drangsaliert und fertiggemacht. Das alles hat Methode: Es gehört zu den offiziellen und nichtoffiziellen Anweisungen von Bundes- und Länderregierungen.

Natürlich kam auch wieder das brutale Vorgehen der israelischen Armee im Gaza-Streifen zur Sprache. Es wird gedeckt vom abdankenden Bush-Regime und auch von so heuchlerischen Vertretern wie Steinmeier, die mit „Etappen-Diplomatie“ die „deutschen Interessen in Nahost“ wahren wollen. Man muss nur an den Fall Murat Kurnaz denken, um zu wissen, was Steinmeier darunter versteht.

Hier noch die geplanten Termine: Am **Sonntag**, dem **8. Februar 2009** gibt es eine **Veranstaltung** zu Ehren der Verteidiger der **Bremer Räterepublik** um **11 Uhr** an der Gedenkstätte auf dem **Waller Friedhof**. Gegen 12 Uhr beginnt ein **Kulturprogramm** im „Westend“ an der dortigen Straßenbahnwendeschleife.

Am **Montag**, dem **16. Februar 2009**, findet auf dem Bremer **Marktplatz** die **Wahl der Delegierten** für die bundesweite **Delegiertenkonferenz** am 28. Februar 2009 in Kassel statt. Zuerst erfolgt die Vorstellung der Kandidaten, danach die geheime Wahl, wie in den Vorjahren praktiziert. Es werden auch Kandidaten für die zentrale Koordinierungsgruppe und für die Kassenprüfer nominiert. Die Wahlen dafür finden auf der Delegiertenkonferenz selbst statt. Bitte gebt Kandidaturen und Vorschläge für beide Wahlvorgänge ab sofort auf der Montagsdemo bekannt!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Mangels Argumenten: National-Unsozialist Münte diffamiert „Die Linke“ mit bewussten Pfui-Assoziationen *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

216. Bremer Montagsdemo am 26. 01. 2009

Die Heuchelei vom Kampf gegen die wachsende Kinderarmut

1. Klammheimlich, still und leise soll ein ganz perfider Gesetzentwurf eingebracht werden, der den in Wohngemeinschaften Lebenden nicht mehr zugesteht, **Wohngeld** entsprechend ihrem tatsächlichen Anteil an der Miete zu bekommen. Es sieht so aus, dass die Bundesregierung einen weiteren Akt zur Verarmung und Vereinzelung der Bevölkerung durchziehen will. Es soll nur noch dann der Antrag auf Wohngeld in angemessener Höhe bewilligt werden, wenn niemand sonst in der Wohngemeinschaft lebt, dem wegen höheren Einkommens einfach das Bezahlen der Miete auferlegt werden könnte. Dann könnten Wohngemeinschaftsmitglieder nicht mehr die Miete zu gleichen Teilen unter sich aufteilen, wie das normalerweise praktiziert wird.

Es ist ja klar, dass durch solcherlei Praxis niemand mehr mit einer Person zusammenziehen will, die finanziell arm und damit wohngeldberechtigt ist, weil die anderen dann für sie potentiell überproportional Miete bezahlen müssten. Auf diese Weise wird die Zahl der Wohngemeinschaften drastisch abnehmen müssen, außer wenn sich nur Wohngeldberechtigte zusammenschließen würden. Aber offenkundig soll erreicht werden, dass wer Wohngeldanspruch hat, fast automatisch dazu verurteilt sein soll, allein in einer Ein-Zimmer-Wohnung vor sich hin vegetieren zu müssen. Ich weiß nicht, wie die Regierung diesen Gesetzentwurf begründet, denn wie kann es rechtens sein, dass andere Erwachsene neuerdings für Mitbewohner mitbezahlen sollen, für die sie gar nicht unterhaltungspflichtig sind?

Diese Praxis wird bereits bei Hartz-IV-Beziehern in meinen Augen völlig ungesetzlich betrieben. Geld wird mit dieser Vorgehensweise allerdings kaum gespart werden können, weil es viel mehr kostet, Ein-Personen-Haushalte zu finanzieren, als Wohngeld für Wohngemeinschaftsbezieher zu bezahlen. Da liegt die Annahme doch auf der Hand, dass finanziell arme Menschen vereinzelt und in Kleinstwohnungen separiert werden sollen, um sich nicht gegen die Verarmungspolitik der Bundesregierung auflehnen zu können! Bei Hartz IV ging es noch nie um Ein-

sparungen, sondern immer um Unterdrückung, Angstmachen und dem Zwang zur Aufnahme von Niedrigstlohnarbeit. Es soll verhindert werden, dass Menschen sich zusammenschließen und sich wehren!

2. Es ist doch kaum zu glauben, dass viele chronisch kranke Hartz-IV-Bezieher allen Ernstes wählen müssen, ob sie Lebensmittel oder **Medikamente** kaufen, weil sie zu den Armen in unserer Gesellschaft gehören! Das ist eine bewusste Bankrotterklärung des ehemaligen Sozialstaates an neun Millionen Hartz-IV- und Sozialhilfe-Beziehern, Ein-Euro-Jobbern, Aufstockern und Niedriglöhnern, armen Rentnern, Kindern, Wohnungslosen und Migranten. Natürlich können Menschen, die bereits 82 Euro für verschreibungspflichtige Medikamente und andere Zuzahlungen bezahlt haben und finanziell arm sind, eine Befreiung erwirken. Für Menschen mit einer chronischen Erkrankung, die als solche anerkannt wurde, müssen nur 41 Euro bezahlt werden. Als chronisch krank gilt, wer über ein Jahr lang wegen derselben Krankheit in jedem Quartal den Arzt aufgesucht hat und das nachweisen kann. Mit diesem Wissen könnten sich einige vielleicht etwas Geld einsparen.

Aber es reicht sicherlich nicht für Diäten, die eingehalten werden müssen, für die vielen nicht verschreibungspflichtigen Medikamente, die manchmal über 100 Euro monatlich extra kosten. Es gibt immerhin 600.000 Menschen mit Allergien und Unverträglichkeiten, die auf nicht verschreibungspflichtige Medikamente angewiesen sind. Sie müssen sich tatsächlich zwischen Lebensmitteln und Medikamenten entscheiden! Der Öffentlichkeit wird hingegen vorgetäuscht, es würden alle Menschen in Deutschland medizinisch versorgt. Es soll eben verheimlicht werden, dass unsere Regierung finanziell Schwache, Kranke, eben Überflüssige, einfach wie Müll behandelt! Selbst wenn die arge Arge einen Mehrbedarf wegen einer Krankheit bewilligt, wird der tatsächliche Bedarf bei mehreren Krankheiten eben nicht addiert, sondern nur der eine Mehrbedarf bezahlt. So wird wieder ein Stückchen näher an das sozialverträgliche Ableben herangerückt!

3. Die Bundesregierung sieht trotz der **Klagewelle** von Hartz-IV-Beziehern keinen Grund, die umstrittenen Sozialgesetze nachzubessern. Angeblich sei es das „das gute Recht der Betroffenen, ihr Recht zu suchen“, sagte ein Ministeriumssprecher am Freitag in Berlin. Scheinbar ist das Ministerium bemüht, die Anwendung der Sozialgesetzgebung zu verbessern und die Entscheidungen der Gerichte in die Arbeit der Ämter einfließen zu lassen: „Nö, alles nicht so dramatisch!“ Im vergangenen Jahr gingen „lediglich“ 174.618 neue Verfahren bei den erstinstanzlichen Sozialgerichten ein, gut 38.000 mehr als 2007. Das entspricht einem Zuwachs um knapp 28 Prozent. Am häufigsten wird über Kosten der Unterkunft, die Anrechnung von Einkommen sowie die Rechtmäßigkeit von Sanktionen gegen Leistungsempfänger gestritten.

Diese impertinente Ignoranz, die nach außen hin gezeigt wird, die ist einfach nur erschreckend menschenverachtend! Von hinten durch die Brust ins Au-

ge findet die Bundesregierung die Klageflut jedoch derart bedrohlich für ihre Verfolgungsbetreuung, dass sie den Klageweg erschweren will. Deutlicher lässt sich kaum zeigen, dass sie uns samt unseren Belangen nur noch als überflüssigen Unrat betrachtet, für den keine Gesetze nachgebessert werden müssen, weil wir ihnen eben nicht das Schwarze unter dem Fingernagel wert sind! Gleichzeitig sollen wir unserer Rechte beraubt werden, indem der Klageweg erschwert wird. Zum Beispiel muss der Gegenstand der Klage erst einen bestimmten Geldwert erreicht haben, bevor die Klage zulässig ist, oder aber sie kann nicht mehr kostenlos sein. In Deutschland sind natürlich nach wie vor alle vor dem Gesetz gleich – wenn sie sich denn ihr Recht kaufen können!

4. Das Unternehmen „Schulbusse Sonnenschein“ in Offenbach zahlt offensichtlich **Hungerlöhne**. Lachhafte 13,50 Euro verdiente ein Busfahrer nicht etwa in der Stunde, sondern gar für einen lieben langen Arbeitstag. Er sollte Behinderte von ihrem Wohnort zu ihren Werkstätten und wieder zurück fahren. Weil er täglich gut 5,5 Stunden unterwegs war, kam er auf einen Stundenlohn von schlappen 2,45 Euro. Andere Kollegen arbeiten sogar für einen noch geringeren Stundenlohn! Als der Busfahrer sich jedoch weigerte, dafür noch mehr zu arbeiten, wurde er wenige Wochen später fristlos entlassen. Das Unternehmen behauptete, der Busfahrer habe eine Krankheit vorgetäuscht.

Glücklicherweise wehrte sich der Busfahrer und zeigte, dass es sich lohnt, sich nicht alles gefallen zu lassen: Er erwirkte einen Vergleich, nach dem ihm ein Mindestlohn von 1.500 Euro monatlich zusteht. Dass Menschen aus Angst vor Arbeitslosigkeit und Verfolgungsbetreuung solche grottenschlechten und sittenwidrig bezahlten Jobs wie dieser Busfahrer annehmen, ist ein Paradebeispiel dafür, warum das menschenverachtende Hartz IV eingeführt wurde! Wir protestieren zu Recht gegen solche niedrigen Wucherlöhne, aber es schreit niemand auf, wenn Tagesmütter zu ähnlichen Stundenlöhnen arbeiten. Das ist dann wohl normal, ist ja typische Frauenarbeit, und die wird halt nicht wertgeschätzt!

5. Am 27. Januar 2009 wird beim Bundessozialgericht der **Kinderregelsatz** verhandelt. Ein Bochumer Hartz-IV-Anwalt beklagt, dass die Regelleistungen für Kinder hinten und vorne nicht ausreichen, gesundheitliche und körperliche Unversehrtheit damit nicht zu gewährleisten ist. Er bemängelt, dass die Benachteiligung durch die Herkunft festgeschrieben ist, was die Entfaltung der Persönlichkeit enorm behindert. Durch die willkürliche Festlegung des Kinderregelsatzes auf 60 beziehungsweise 80 Prozent des Erwachsenenregelsatzes wird den tatsächlichen Bedürfnissen von Kindern wie dem wachstumsbedingten Bedarf an Kleidung und Ernährung in keiner Weise Rechnung getragen. Auch lassen sich 13-Jährige nicht auf eine Stufe mit Säuglingen setzen.

Ich bin schon sehr gespannt, wie das BSG es abzubügeln versuchen wird, dass das Grundgesetz durch unrealistisch zu niedrige Kinderregelsätze verletzt wird. Leider kann ich nicht darauf vertrauen, dass die Kinderregelsätze angemes-

sen erhöht werden, weil ja das Lohnabstandsgebot auf Biegen und Brechen eingehalten werden „muss“. Oder warum sonst lesen wir alle paar Tage einen neuen Bericht über die steigende Kinderarmut – und die verlogene Politikerkaste unternimmt nichts wirklich Veränderndes dagegen?

6. Sollen Kinder vielleicht neuerdings durch finanzielle Kürzungen gefördert werden, oder warum wurden mit der Einführung von Hartz IV die Leistungen von 1,5 Millionen Schulkindern gekürzt? Anfang 2008 bildete sich ein „Bündnis gegen Kinderarmut durch Hartz IV“. Es setzt sich dafür ein, dass die Kürzungen der Regelsätze für Kinder ab dem Schulalter sofort rückgängig gemacht werden. Weil die „staatlichen“ Medien darüber nicht berichteten, ist dieser Umstand den meisten Menschen gar nicht bekannt. Vermutlich geschieht das exakt im Interesse der Bundesregierung, die diese Kürzungen ja nicht freiwillig zurücknehmen will.

Da die Regelsätze von Kindern Prozentsätze des sogenannten Eckregelsatzes für Alleinstehende sind, wurden sie mit der Einführung von Hartz IV scheinbar erhöht, der **Eckregelsatz** von 297 Euro im Jahr 2004 auf 345 Euro ab 2005. Wenn dieser nach denselben Kriterien bemessen worden wäre wie bei der Einführung des sogenannten Statistik-Modells im Jahre 1990, hätte er 398 statt 345 Euro betragen müssen! So wurde der Eckregelsatz von 2005 „unsichtbar“ in erheblichem Umfang meisterlich gekürzt, indem einfach einige regelsatzrelevante Ausgaben nicht mehr wie vorher zu 100 Prozent anerkannt wurden, sondern zum Beispiel das Telefon nur noch zu 60, Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung, Kultur zu 70 Prozent.

Ganz niederträchtig trat Hartz IV mit einem um rund 13,5 Prozent gekürzten Eckregelsatz ins Leben, der als Erhöhung erschien und auch kräftig so verkauft wurde. 1,5 Millionen Kindern zwischen sieben und 17 Jahren wurde mit Einführung von Hartz IV abgesprochen, dass sie höhere Aufwendungen haben, weil sie wachsen. Da ein 13-jähriges Kind im Durchschnitt etwa zehnmal so viel wiegt wie ein Säugling und mehr als dreimal so groß ist, braucht es eben auch mehr zu essen als ein Säugling. Das streiten die Hartz-IV-Parteien ab. Auch wenn Eltern die Richtlinien für gesunde Ernährung kennen und einhalten, würden sie eine solche spätestens für Kinder ab dem Schulalter nicht mehr bereitstellen können.

Es ist also schlicht gelogen, dass der „Sozialstaat“ Schulkindern mit Hartz IV eine ausgewogene und bedarfsgerechte Ernährung ermögliche, die Eltern aber unfähig seien, dieses großherzige Angebot für ihre Kinder zu nutzen! Wenn ein Familienvater mit seinem monatlichen Nettogehalt aus der Gastronomie plus Kindergeld auf 1.593 Euro kommt und als erwerbsloser Hartz-IV-Bezieher auf 1.592 Euro käme, dann sind nicht etwa die Transferleistungen zu hoch, sondern die Gehälter in dieser Branche unanständig zu niedrig! Wenn die Bundesregierung die wirklichen Gründe offen zugäbe, warum sie die Sätze so niedrig hält, dann müsste sie sagen: „Wir erkennen den Wachstumsbedarf bei Kindern im Schulalter deswegen nicht an, weil wir ihre Eltern dazu zwingen, äh motivieren wollen, auch für Hungerlöhne zu arbeiten!“

Klar, das käme gar nicht gut an; es widerspräche der Hetze über die Arbeitsunlust der ach so faulen Erwerbslosen. Wie gesagt, das Lohnabstandsgebot muss ja gewahrt werden, koste es, was es wolle! Die Bundesregierung kann auf diese Weise 350 Millionen Euro pro Jahr an Kosten für die Kinder von Hartz-IV-Eltern einsparen und lieber den „notleidenden Banken“ die Hand unter den Allerwertesten halten! Alles Gesülze vom Kampf gegen die wachsende Kinderarmut ist also eine gigantische Heuchelei!

7. Letzte Woche Mittwoch hörte ich mir beim „Offenen Plenum“ der Linkspartei einen Vortrag des von mir geschätzten Bremer Wirtschaftsprofessors Wolfram Elsner mit dem Titel: „Die fundamentale Krise der neoliberalen Gesellschaftsutopie und die **Schocktherapie** der Herrschenden“ an. Demnach befinden wir uns momentan in einer systemischen Krise, die nicht mehr nur aus einer Immobilienkrise besteht, sondern in einer Krise der Beschäftigung, der Arbeit, der Ressourcen, sogar der Landwirtschaft: Äcker werden umkämpft von Autofahrern und den Hungernden dieser Welt. Wir befinden uns in einer sozialen, einer politischen Krise mit fallender Wahlbeteiligung, in einer moralischen Krise, wo eingeheimst und korrumpiert wird, wo sich Mafiastrukturen durchsetzen, bei zweistelligen Millionengehältern durch 400-prozentige „Lohnerhöhung“. Der Neoliberalismus ist als Gesellschaftsutopie nicht realisierbar. Wir müssen wieder zu einem Kapitalismus zurückkehren, in dem es sich halbwegs leben lässt.

Naomi Klein beschrieb in einem Buch die „Schockdoktrin“ als Kern des Neoliberalismus, die nach einer anderen Logik verfährt. Der Neoliberalismus löst mit seiner politischen Schockstrategie keine Probleme, sondern verschärft sie noch. Das bedeutet Geld- statt Warenproduktion, keine Marktwirtschaft, keine Haftung für Produkte, sondern bloße Klientelbedienung, also für die Superreichen. Ihre Instrumente sind weitere Umverteilung von unten nach oben, die weitere Spaltung und Verarmung der Gesellschaft, das Schüren von Angst. Die Leute sollen 24 Stunden am Tag Angst haben, nur an ihr tägliches Überleben denken müssen. Das Konjunkturpaket II entstand nicht aus der Unfähigkeit von Bundeskanzlerin Merkel, sondern ist bewusste Strategie. Der Druck soll von den Ärmsten nicht fortgenommen werden.

Nach 30 Jahren Sprüchen, dass kein Geld da sei, sehen wir, wie mal eben mit den Banken Verhandlungen über fast 600 Milliarden Euro geführt werden! Aber für Hartz-IV-Kinder sollen keine zehn Millionen Euro da sein? Frei nach dem Motto „Krise als Chance, oder: Alles schrumpft sich gesund“? Die Leute können auf jede Schweinerei vorbereitet werden. FDP: „Wir bedienen uns über.“ Banker: „Kaufen, wenn das Blut auf der Straße liegt.“ Warum profitiert „Die Linke“ nicht wirklich von dieser Krise? Im Moment fördern die Medien alles, was der SPD schadet. Ex-Kanzler Schröder wollte Veränderungen in Deutschland durchsetzen, obwohl die SPD damit als Partei für Soziales geopfert werden musste. Trotz mehr Erkenntnis herrscht mehr Angst vor. Die Leute werden im Schockzustand gehalten, es wird ein Krieg nach innen geführt. Der Neoliberalismus bedeutet sozialen Mord,

Nationalismus nach innen, Aggressivität nach innen und außen. Die Banker bekamen 480 Milliarden für die Sanierung der Banken, und trotzdem funktionieren die Banken nicht. Es gibt keine demokratische Kontrolle, aber ohne Demokratie ist keine Transparenz herzustellen. So werden die realen Ausfälle hoch sein, und die Steuerzahler sollen dafür geradestehen.

Wie wurde die Finanzblase eigentlich möglich? Durch Zwangsarbeit, Zwangsverarmung? 25 Prozent von 20 Milliarden Euro wurden der Bevölkerung einfach weggenommen, was zu einer Armut im Alter von gigantischem Ausmaß führen wird. In den letzten acht, neun Jahren ist die Lohnquote von 70 auf 63 Prozent abgestürzt, wohingegen das Geldvermögen explodierte. Rentable Anlagemöglichkeiten existieren für die Industrie nicht mehr. Jetzt kaufen Hedgefons profitable Unternehmen auf, filetieren sie, veräußern sie gewinnbringend weiter. Doch durch das Konjunkturpaket II bekommen Menschen mit einem Jahresgehalt von unter 13.000 Euro ganze sieben Euro monatlich mehr. Je mehr Einkommen vorhanden ist, desto größer wird ihre Steuerersparnis ausfallen. Die stärkste Progression findet bei den kleinen Einkommen statt. Deutschland hat sich zu einer Steueroase für Reiche entwickelt, zum stärksten lohnsteuerfinanziertem Staat in der OECD. Die niedrigsten Gehälter werden am meisten belastet.

Wenn wir einen gesetzeskonformen Steuervollzug hätten, wären im Jahr 15 Milliarden Euro an Steuergeldern mehr vorhanden. In Frankfurt haben 70 Steuerfahnder über fünf Jahre hinweg eine Milliarde Steuern eingetrieben. 70 Fahnder wurden mit Mobbing von oben bedroht, mit dem Amtspsychiater ausgeschaltet, weil sie dem kriminellen Treiben der herrschenden Oligarchie (der gesetzlosen Herrschaft der Reichen, die nur an ihrem Eigennutz interessiert sind), die die aufstrebende Plutokratie (die Herrschaft der durch Vermögen legitimierten Reichen) bedienen soll, im Wege standen. 2009 ist ein entscheidendes Jahr, in dem sich klären wird, ob es einen Wirtschaftskrieg gibt. Wolfram Elsner schloss mit der Frage, wo wir stehen, wenn der Neoliberalismus gewillt ist, zu bleiben und die Schockdoktrin zu „fahren“ und noch zu verschärfen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Bei Nichtbewerbung Sanktion: Hartz-IV-Empfänger sollen als Spitzel arbeiten *(„Bild“-Zeitung)*

Europaweit Demos und Streiks

Manche hat die umgehende Grippe auch trotz Impfung ins Bett verschlagen. Aber wie viele Menschen müssen das ohne jeden Schutz abwettern! Im südlichen Afrika zum Beispiel greift die Cholera-Epidemie immer weiter um sich, weil die Menschen kein sauberes Wasser haben. Wasser soll zur Handelsware werden. Wer

nichts kaufen kann, dem wird nichts gegeben. Wer nichts hat, kann auch die Schläge der Weltwirtschaftskrise nicht abwehren. Der frisch vereidigte Obama hat für die USA ein 819-Milliarden-Konjunkturpaket geschnürt. Mal sehen, was es und wem es etwas bringt!

Aber in vielen Ländern sieht es anders aus. Da ist die politische Krise weit fortgeschritten: In Island, wo der Staat zuerst bankrott wurde, haben die Demonstrationen, die größten seit 1949, so zugenommen, bis zu täglichen Aktionen, dass die Regierung jetzt abtreten muss und es Neuwahlen gibt. In Belgien musste schon im letzten Jahr die Regierung ausgewechselt werden. Nach der Jugend sind es in Griechenland jetzt die Bauern, die sich gegen die Regierungs- und EU-Politik wehren. Nicht anders in Lettland: Dort demonstrieren Zehntausende in Riga und anderen Städten gegen den Ausverkauf der Interessen und der Zukunft der Jugend. Gegen die Wut der Jugendlichen setzt die Regierung auf harte Polizeimethoden.

In Frankreich wurde für den 29. Januar 2009 mal wieder zu einem Generalstreik aufgerufen. In Deutschland herrscht noch eine Abwartehaltung, dank der lähmenden Politik der Großen Koalition. Aber es wird überall diskutiert, was man machen kann und womit man sich auseinandersetzen muss. In verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes hat die Tarifrunde begonnen. Dank der spekulativen Preissteigerungen müssen wir allen Kollegen, die um den Erhalt ihrer Lebensgrundlage und um höhere Löhne kämpfen, den Rücken stärken!

Immer mehr Firmen und Betriebe gehen in Konkurs, ob es die Schichau-Seebeck-Werft in Bremerhaven ist oder der Chiphersteller Qimonda in München und Dresden. Es ist ein Run auf die Kurzarbeitergelder entstanden. Die großen Konzerne versuchen dabei, für sich noch etwas zusätzlich abzusahnen, auf Kosten der Allgemeinheit. Und wenn diese Mittel verbraucht sind, dann geht es mit dem Kürzen erst richtig los.

„Wettbewerb im Kapitalismus“ wurde leider nicht zum „Unwort des Jahres“ gekürt, obwohl es eines der verlogensten und negativen Stichworte ist. Ein Beispiel ist die Förderung der Gigaliner: 60 Tonnen Last, 25 Meter lang. Diese LKWs sollen Ladung zurück von der Schiene auf die Straße bringen. Kaputte Straßen, verpestete Luft und zunehmende Unfälle, aber der „Wettbewerb“ kann siegen: So will es die EU. „Wettbewerb“ in allen möglichen und unmöglichen Feldern, auch das will die EU mit ihren „Lissabonner Ideen“.

Alles soll käuflich werden, die reaktionärsten Ideen oder die widerlichsten Süchte. Neben der Existenz unendlich vieler Armer hat man nun statistisch nachgewiesen, dass elf Millionen Menschen in Deutschland massiv süchtig sind, nach Alkohol, Tabak, Drogen und Glücksspiel. Auch das gehört nach der Logik des

Systems zum Wettbewerb und zu den Profitfeldern für Abzocker und kriminelle Kapitalistenvertreter.

Ich sage nein dazu! Helft lieber mit, den Wettbewerb für eine ganz andere Welt zu organisieren, so wie wir sie uns vorstellen, wo die egoistischen und kriminellen Zocker und Betrüger keine Chance mehr haben, ihre Macht und ihre Perversität über die Menschheit auszugießen!

Jobst Roselius

Mittelstand geht leer aus: Regierung plant 100-Milliarden-Rettungsfonds für „notleidende Konzerne“ *(„Spiegel-Online“)*

Ein Prozent der Bevölkerung besitzt ein Viertel des Vermögens: Aber zahlt es auch ein Viertel der Steuern? *(„Spiegel-Online“)*

„Holterdipolter, wir wollen Folter!“

Zum alljährlichen Neujahrsempfang der Bundeswehr hatten diesmal der Befehlshaber des Wehrbereichs I „Küste“, Konteradmiral Jens-Volker Kronisch, und der Wehrbereichspräsident Peter Alexander Sauer eingeladen. Uneingeladen versammelten wir uns vor dem Rathaus mit etwa 40 Menschen zu einer großen Mahnwache. Dazu hatten das „Bremer Friedensforum“ und die DFG/VK-Gruppe Bremen aufgerufen. Unser Protest richtete sich logischerweise gegen die zunehmende Anzahl und Intensität der Bundeswehr-Auslandseinsätze.“

Der Kälte wacker trotzend, skandierte eine kleine Theatergruppe viele ironische Sprechchöre. „Holterdipolter, wir wollen Folter“ oder „Jede Bombe und jedes Gewehr macht die Welt viel sicherehr“ – so schallte es den ankommenden Gästen immer wieder entgegen.

Unser Protest galt auch Bürgermeister Jens Böhrnsen, der – wie schon seine Vorgänger – jedes Jahr ranghohen Bundeswehroffizieren zusammen mit Vertretern des öffentlichen Lebens das Rathaus für diese Zweckentfremdung zu Füßen legt. In seiner devoten Begrüßungsrede verharmloste Böhrnsen die Bundeswehr als wiederaufbauende Friedensengel und Beschützer der Handelswege, die sich jetzt „in der Mitte Bremens“ und „im Zentrum der Gesellschaft“ befänden. Schöner lässt sich die von ihm mitbetriebene allgemeine Militarisierung wirklich nicht ausdrücken!

Wir vom „Friedensforum“ sind absolut enttäuscht davon, dass Böhrnsen als langjähriges Mitglied der europäischen Bürgermeister-Initiative „Mayors for Peace“ („Bürgermeister für den Frieden“) diesem Anspruch so gar nicht gerecht wird. Er ist bis jetzt wohl eher ein „Kriegsförderungs-Bürgermeister“, weil er weiterhin eifrig die Bundeswehr hofiert und militaristische Traditionen wie das Taufen von Korvetten und Fregatten vollzieht – oder von seiner Stellvertreterin Karoline Linnert vollziehen lässt!

Wir erneuern hiermit unsere dringende Forderung an Herrn Böhrnsen, seine Position zu den Bundeswehrempfängen und zur Bremer Rüstungsproduktion endlich aufzugeben und sich für eine wirkliche Friedenspolitik zum Wohle der Bremer Bevölkerung einzusetzen. Ich denke, dass ich dies auch im Sinne der Montagsdemo sagen kann!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Hamas verhandelt nicht mit Israel: „Wir können nicht Leuten die Hand schütteln, die unsere Frauen und Kinder ermorden“ *(„Spiegel-Online“)*

„Besonders Berlin, Köln und Bremen“: „Wir werden eine Armee senden mitten in eure Stadt“ *(„Berlin-Online“)*

Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Politikkrise?

1. Die Neuverschuldung wird wohl über 50 Milliarden Euro betragen. Das folgt aus dem Haushaltsansatz des Bundes. Hinzu kommen die Schulden in den Sondervermögen und die Risiken der Bürgschaften. Das Finanzministerium sieht heute die Zahl von bis zu einer Billion „faulen“ Wertpapieren als „ungesichert“ an, siehe siehe 215. Bremer Montagsdemo. Warum diese Distanzierung? Es hagelte Proteste gegen die beschlossenen und geplanten Programme der Bundesregierung, denn bei einem Volumen von einer Billion Euro für „faule“ **Wertpapiere** sind die gefällten Entscheidungen der Bundesregierung überwiegend falsch!

Jetzt haben sich die Versicherungskonzerne gemeldet, so der „Weser-Kurier“ vom 24. Januar 2009. Sie sehen in dem Rettungsschirm und in den Stützungsaktionen für die Banken eine Benachteiligung und Wettbewerbsverzerrung: Die Ver-

sicherungen sitzen auf Massen von Hybridanleihen, die kaum noch etwas wert sind. Kursverluste für Versicherungsaktien wurden am Freitag sichtbar. Wie viel selbst gewolltes Risiko soll dabei auf den Steuerzahler abgewälzt werden? Die Deutsche Bank hat sich im Mai 2008 mit Hybridanleihen eine Milliarde Euro neues Kapital besorgt, Verzinsung acht Prozent. Die ersten Experten sehen einen Rechtsanspruch der Versicherungskonzerne auf eben diese staatliche Unterstützung. Bei der Altersvorsorge stehen Banken und Versicherungen in direktem Wettbewerb. Die Bundesregierung wird auch hier einspringen. Damit ist die eine Billion Euro als Risikofaktor endgültig überschritten.

Die Bundesregierung erwägt die Verlängerung der Staatsbürgschaften von drei auf fünf Jahre. Damit wäre der Abschreibungsdruck für die „faulen“ Wertpapiere geringer. Die Risiken könnten weiterhin versteckt werden, dank geänderter Bilanzierungsvorschriften. Nur die Normalisierung des Geldhandels der Banken untereinander bleibt dann für weitere Jahre ein Wunschdenken. Die „Bad Bank“ zulasten der Steuerzahler ist immer noch in den Überlegungen der Bundesregierung präsent. Diese „Bad Bank“ wäre jetzt kaum auf die „faulen“ Wertpapiere der Banken zu begrenzen. Das Volumen von über einer Billion Euro sprengt jegliche Vorstellungskraft. Das dürfen wir uns und unseren Enkelkindern nicht antun!

2. Je länger der Schirm aufgespannt ist und je mehr „Wohltaten“ zugesagt werden, umso sichtbarer werden die Webfehler. Die HSK hat als erste Bank angekündigt, 70 Millionen Euro **Dividende** an stille Gesellschafter auszuzahlen, siehe 215. Bremer Montagsdemo – trotz über einer Milliarde Euro Jahresverlust, trotz bereits erhaltener 30 Milliarden aus dem Rettungsfonds des Bundes. Herr Steinmeier will jetzt den freiwilligen Verzicht der Aktiengesellschaften auf Dividendenzahlungen. Dass dieser Verzicht *freiwillig* sein soll, bestätigt die Webfehler dieser Aktionen. Dass nicht einmal alle Unternehmensformen angesprochen wurden, zeigt Unwissenheit dieses Kandidaten.

Bei diesem Volumen von über einer Billion Euro bleibt nur die Verstaatlichung aller dieser Steuergeld nehmenden Unternehmungen! Insofern sind die Vereinbarungen des Rettungsschirmes und der anderen Bürgschafts- oder Unterstützungsaktionen nachzubessern, mit jedem einzelnen Unternehmen. Die Gelegenheiten zur Vertragsänderung kommen zwangsläufig. Sie müssen genutzt werden!

Ein weiteres Indiz für Webfehler sind die ungeplanten Personalwechsel an der Spitze des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung, alle aus persönlichen Gründen! Richtige Personalauswahl sieht anders aus, eine vernünftige Arbeitsmöglichkeit auch. Vom „Dreigestirn“ ist *einer* übriggeblieben!

Die Deutsche Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstaufsicht haben in der Einschätzung der Krise Fehler begangen. Beide sollen umstrukturiert und miteinander verschmolzen werden. So werden Fehlleistungen vertuscht! Aufklärung der Sachverhalte und Verantwortlichkeiten wäre jetzt angesagt!

3. Die „Uni-Profi-Rente“ ist ein Produkt für **Riester-Fondsparpläne** (gewesen?). Sie hat die Aktienbestände jetzt umgeschichtet in Anleihen. Damit profitieren die Sparen nicht mehr von einem eventuell wieder steigenden Aktienkurs, so der „Weser-Kurier“ vom 22. Januar 2008. Von einer Vertragskündigung rät Arno Gottschalk von der „Bremer Verbraucherzentrale“ ab. Für das eingezahlte Geld bleibt nur ein Trost: Die garantierte Rückzahlung der eingezahlten Beträge am Ablauftag der Anlage. Für künftige Beiträge kann ein Wechsel erwogen werden. Aus meiner Sicht sollte der Sparer sich fragen, ob ein Riester-Vertrag wirklich richtig ist. Nochmals die vielen Unwägbarkeiten prüfen!

Die Investmentgesellschaft hat mit der Umschichtung zweifelsohne auf weiter fallende Aktienkurse gesetzt. Die Vorzüge der gesetzlichen Rentenversicherung werden von keinem Unternehmen, das eine private Rentenversicherung anbietet, erreicht! Daher sollte die Bundesregierung die gesetzliche Rentenversicherung für diese Zusatzversicherungen öffnen. Der Vertragsbruch dieser Vereinbarungen im Lisabonner Vertrag wäre zu negieren. Dies wäre die richtige Antwort für eine krisenbeständige Altersvorsorge. Die Rentenversicherung kann das zusätzliche Geld jetzt gut gebrauchen. Wie nachstehend für die Krankenkassen geschildert, ist auch die Rentenversicherung von Beitragsausfällen durch diese Krise bedroht: Beim ALG-II-Bezug werden die Rentenversicherungsbeiträge aus einem fiktiven Bruttoarbeitslohn von 205 Euro monatlich gezahlt. Die Schwankungsreserve könnte die Rentenversicherung zur kurzfristigen Finanzierung an die Bundesregierung verleihen. Die Fremdfinanzierung des Bundes würde sinken, und es wäre Geld aus dem Kasino genommen.

4. Die **Krankenkassen** werden über die Zusatzbelastung Gesundheitsfonds hinaus belastet. Die Beiträge für Kurzarbeiter sind entsprechend dem Lohnverlust der Arbeitnehmer niedriger. Bei Erwerbslosigkeit fallen die Beitragszahlungen noch niedriger aus. (Die Bestimmungen für die Beitragsermittlung für ALG-II-Betroffene sind rekordverdächtig umständlich! Danach ist für jede(n) nur der verminderte Krankenkassenbeitrag zu zahlen (ab Punkt 1.2). Schon lange ist der Beitrag zur Krankenversicherung bei ALG-II-Bezug nicht kostendeckend.

Der Gesetzgeber hat mit dem Gesundheitsfonds auch die Möglichkeit der Insolvenz von Krankenkassen geschaffen. Um dies zu verhindern, können Krankenkassen mit Beitragsausfällen aufgrund der Wirtschaftskrise für diese Ausfälle ein zinsloses Darlehn erhalten, so der „Weser-Kurier“ vom 24. Januar 2009. Ausfälle wird *jede* Krankenkasse aus den vorstehend genannten Gründen haben. Die Beitragssenkung zum 1. Juli 2009 von 15,5 auf 14,9 Prozent (für ALG-II-Betroffene wird nur der verminderte Beitrag gezahlt) wird wahrscheinlich auch zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zählen – wobei die Erhöhung des Steuerzuschusses von drei Milliarden Euro für 2009 und sechs Milliarden für 2010 gegenzurechnen ist.

Die Krankenkassen erheben teilweise bereits jetzt einen Sonderbeitrag von den Versicherten. Die Arge verlangt in solchen Fällen von den Betroffenen, ihr

Sonderkündigungsrecht auszuüben und in eine Krankenkasse ohne Zusatzbeitrag zu wechseln. Dies ist in der neuen Handlungsanweisung der Bundesagentur für Arbeit nicht vorgesehen. Auch bisher gab es Krankenkassen mit unterschiedlichen Beitragssätzen. Eine Aufforderung der Arge zum Wechsel in eine Kasse mit niedrigeren Sätzen war unzulässig.

Wer mit seiner bisherigen Krankenkasse zufrieden ist und zu einem Kassenwechsel durch die Arge aufgefordert wird, sollte sich dies schriftlich geben lassen. Einen entsprechenden Bescheid kann der Sachbearbeiter „aus dem Stand“ ausfertigen. Dagegen sind dann Rechtsmittel möglich. Argumente für den Widerspruch liefert die bisherige Krankenkasse. Es kann zum Beispiel die Teilnahme an einen längerfristigen Programm dieser Kasse sein. Im Idealfall gibt es solche Gründe, und die Krankenkasse unterstützt den Verbleib des Mitglieds durch Freistellung von den Risiken eines Klageverfahrens. Es geht dabei nicht um Verfahrenskosten, weil Verfahren vor den Sozialgericht kostenlos sind, sondern um die Beitragsdifferenz, die eventuell von der Arge nicht übernommen beziehungsweise zurückgefordert wird. Wenn die Krankenkasse keine Unterstützung anbietet, sollte der Mensch sich eine günstigere Kasse wählen.

Manche Krankenkassen gehen sehr ruppig mit den Rückkehrern um: Es wird Beitrag rückwirkend eingefordert, obwohl keine Leistungsansprüche gestellt wurden. Es ist ratsam, dagegen Widerspruch einzulegen und notfalls Klage vor dem Sozialgericht zu erheben. Für die privat Krankenversicherten besteht die Versicherungspflicht erst ab 1. Januar 2009, daher ist auch in der gesetzlichen Krankenversicherung keine rückwirkende Beitragszahlung ab 1. April 2008 durchsetzbar, siehe 215. Bremer Montagsdemo. Wie dies geht? Wir gehen mit!

5. Der „Weser-Kurier“ vom 19. Januar 2009 zeigt die Spaltung der Gesellschaft sehr deutlich. Nein, das Blatt hat dies nicht in *einem* Artikel herausgestellt, sondern zwei Artikel übereinander zeigen diesen Kontrast. Erstens: „Schulbücher – unbezahlbarer Luxus?“ Es gibt 48 Euro pauschal pro Schüler. Zweitens: „Keine Spur von Finanzkrise beim 180. Stiftungsfest der Eiswette„. Der Spendenrekord beläuft sich auf 302.000 Euro. Nichts gegen die „Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüchiger“, das Geld gönne ich ihr. Allerdings kann nur gut ausgebildeter Nachwuchs unseren Wohlstand sichern, und dazu sind vernünftige Schulbücher unverzichtbar!

„Steueroasen sollen trockengelegt werden“, heißt es dazu mal wieder. Das ist lobenswert, doch Herr Steinbrück sieht die Balken im eigenen Auge nicht! Der Prozess gegen Herrn Zumwinkel ist für den Fiskus durch das Geständnis noch mit einer Einnahme verbunden. Ins Gefängnis kommt Herr Zumwinkel nicht, auch wird nur ein Teil seiner Taten geahndet. Fünf Jahre beträgt die Verjährungsfrist. Die Staatsanwältin, die Herrn Zumwinkel verhaftet hat, ist gegangen. Wurde wieder eine erfolgreiche Ermittlerin vorsätzlich kaltgestellt – wie der Sekt, um dies zu feiern? Besonders beachtenswert finde ich die verbreiteten Gerüchte um die Tochter. Gleichzeitig werden mit dem Einbruch Öffentlichkeit und Medieninteres-

se hergestellt und mit der Zahlungseinstellung an die Privatuni die eventuelle Solidarität in Witten gebrochen.

Anderen Steuerfahndern ergeht es ähnlich. Ich habe vor langer Zeit darauf hingewiesen, dass die Deutsche Bank noch nie eine Großbetriebsprüfung hatte. Kein Prüfer hat das Thema angefasst – oder wurde „beseitigt“? Kein Privatunternehmen könnte sich eine solche Handlungsweise leisten. Wenn es nicht im Stern stünde, würde uns dies keiner glauben! Anlässlich des Zumwinkel-Prozesses wurde ein Bericht über die Grenzkontrollen zur Schweiz gebracht. Es ging um die Auffindung von unangemeldetem Bargeld. Auf die Niederschlagung der Fahndungserfolge der Zöllner in der Vergangenheit wurde nicht hingewiesen. Zu diesem Thema und weiteren steuerlichen Ungereimtheiten siehe 170. Bremer Montagsdemo.

Die Betriebsprüfer und Steuerfahnder in Bremen haben es auch schriftlich bekommen, dass sie etwas Wesentliches übersehen haben. Bremer haben am meisten freiwillige Steuern aufgrund der Steueramnestie gezahlt und sich damit freigekauft. Der zuständige Abteilungsleiter der Betriebsprüfung und Steuerfahndung ist inzwischen Chef der „Schlapphüte“ in Bremen. Die Umsatzsteuer ist insbesondere durch die Besonderheiten im deutschen Recht ein Milliardengrab, siehe 80. Bremer Montagsdemo. Der Gesetzgeber könnte diese Betrugsmöglichkeiten einfach verhindern, doch tut es nicht! Die Mitarbeiter(innen) in den Umsatzsteuerabteilungen der Finanzämter müssen dies aushalten. Schade um das viele Geld – über eine Milliarde Euro pro Jahr! Insgesamt ist festzustellen: Eine **Steuergerechtigkeit** ist nicht vorhanden. Die Finanzämter sind nicht in der Lage, die Umsetzung der geltenden Steuervorschriften zu gewährleisten.

6. „**Attac**“ hat einen Wunschtermin der Gewerkschaften aufgegriffen und international umgesetzt. Im Rundbrief vom 16. Januar 2009 heißt es: „Beim Vorbereiten unserer Neujahrsaktion in Berlin war niemand darauf gefasst, dass es kurz vor Jahresende im Nahen Osten Krieg geben würde. Seitens ‚Attac‘ läuft die Mobilisierung für einen intelligenten Umbau unseres Wirtschaftssystems nach der offensichtlichen Pleite des Finanzmarktkapitalismus mit Hochdruck an. So ruft ‚Attac‘ zur **Demonstration** am **28. März 2009** in **Berlin** und Frankfurt auf und wird bis dahin mit Aktionen und politischen Gegenstimmen weiter von sich reden machen.“ (Eine Veranstaltung von „Attac“ zur Gewässerprivatisierung beginnt am Dienstag dieser Woche um 19 Uhr im DGB-Haus.)

Die **Gewerkschaften** haben für den **16. Mai 2009** eine **Demonstration** in **Berlin** geplant, im Anschluss an einen Kongress. So wird Herr Sommer im „Weser-Kurier“ vom 23. Januar 2009 zitiert. Warum die Gewerkschaften nicht auch zum 28. März 2009 aufrufen, erläutert Frank Bsirkse in einem Brief an die Landes- und Bezirksleitungen. Demnach hält der Verdi-Bundesvorstand es „nicht für realistisch, binnen eineinhalb Monaten zweimal zu zentralen Demonstrationen in Berlin zu mobilisieren“, sondern wolle „stattdessen alle Kraft auf die gewerkschaftliche Demonstration im Mai konzentrieren.“ Die Mobilisierung hierzu könne gut mit der zentralen Kampagne „Stimmen für den Mindestlohn“ verbinden werden. Der

Aufruf von Herrn Sommer wird allerdings den Ankündigungen von Herrn Bsirske in keiner Weise gerecht.

Die **bundesweite Montagsdemo** wird im **September 2009** in **Berlin** demonstrieren. Das **Delegiertentreffen** ist am 28. Februar in Kassel. Auf der Bremer Montagsdemo werden die Delegierten am **16. Februar 2009** gewählt. Kommt bitte recht zahlreich zu diesem Termin! In den folgenden Nachbesprechungen werden wir die Fragen dazu erörtern. Auch hier ist zahlreiche Teilnahme hilfreich für eine lebendige Diskussion. Ich persönlich habe nichts gegen drei Großdemonstrationen in Berlin: Im Superwahljahr geht einfach jede(r) zu jeder Demo! Ab 2010 schaffen wir dann hoffentlich gemeinsame Termine in Abstimmung zueinander. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Auf mich hat man sich konzentriert“: Zumwinkel fühlt sich „befreit“ von der „Hinrichtung“ in „diesen elf Monaten“ *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Das Ehrenmänner-Delikt namens Steuerhinterziehung

Es war fast wieder Eiseskälte und der Marktplatz deshalb auch wieder sehr leer bei der 216. Montagsdemo in Bremen am 26. Januar 2009 um 17:30 Uhr. Wenigstens die umliegenden erleuchteten Büros vermittelten uns etwas Betriebsamkeit. Dass die Montagsdemo ein bekannter Treff ist, zeigte sich an lange nicht gesehenen Mitstreitern oder auch Personennachfragen. Schließlich kamen wir wieder auf fast 30 Zuhörer und Teilnehmer.

Wir sprachen über die Kämpfe, die sich in vielen kleineren Ländern, von Griechenland über Island nach Lettland, gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen vieler Menschen durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise entwickeln. Das „Wohl des Kindes“, das in den Medien vorangetragen wird, um in der bürokratischen Praxis dieses Staates so mit Füßen getreten zu werden, und viele Beispiele aus der „Welt der Hartz-IV-Betroffenen“ setzten die Beiträge fort.

Und dann das neueste „Ehrenurteil“ für den „Ehrenmann“ Zumwinkel und seinesgleichen – zuerst die „Ehrenmänner“ Peter Hartz, Ackermann und wie sie alle heißen! Da werden Akten zurückgehalten, damit die Verjährung funktioniert, da

werden eifrige und ehrliche Staatsanwälte und Richter versetzt, weggemobbt, damit die „Ehrenmänner“ freie Bahn haben auf ihren Weg in den „Ehrenlebensfeierabend“. Das passiert überall ganz offen! Genauso offen geht das, nur in umgekehrter Richtung, wenn Richter und Staatsanwälte zu „sozial“ sind und die Einsparquote torpedieren: Auch sie werden dann versetzt und weggemobbt.

Wie viele Akten da schon beiseite geschafft und vernichtet worden sind oder zur geheimen Staatssache erklärt wurden, kann man nur ahnen. Klar wird dabei nur immer wieder: Im staatsmonopolistischen Kapitalismus sind Staat und Konzerne zu einer unauflöslichen Einheit verschmolzen, die sich die ganze Gesellschaft untergeordnet hat, mit gleichgeschalteten Medien für den Betrug, solange er denn hält. Dann greift man zur Gewalt, wofür die Gesetze des Überwachungsstaates weiter ausgebaut werden. Gegen die ständig sinkende Akzeptanz unter den Menschen können sie freilich wenig machen, wir aber viel. 2009 wird ein Jahr der Proteste, nehmen wir die wichtigsten davon wahr!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

Bremer Hartz-IV-Betroffene können nach einem Beschluss des Sozialgerichts auf höhere **Mietobergrenzen** hoffen. Der dritte Teil der Hauptverhandlung findet am **4. Februar 2009** um **9:30 Uhr** beim **Oberverwaltungsgericht**, Am Wall 198, statt. Wer Interesse hat, kann gerne zuschauen!

„Verstoß gegen Gleichheitsgrundsatz“: Warum bekommen Kinder nur 60 Prozent der Regelleistung für alleinstehende Erwachsene? *(„Spiegel-Online“)*

„Hartz IV wird Prüfung in Karlsruhe nicht unbeschadet überstehen“: „Das Gesetz wird völlig neu geschrieben werden müssen – im Geist des sozialen Rechtsstaats, ohne Kleinlichkeiten, bürokratische Schikanen und Verwaltungsexzesse“ *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Arbeitsmarkt flexibel wie nie: Zahl der Erwerbslosen steigt im Januar um ein Zehntel *(„Spiegel-Online“)*

Sinnlose Frage nach Ablehnungsgründen: AGG-Anwälte raten Arbeitgebern, Bewerbern solche Auskünfte nicht zu erteilen *(„Frankfurter Allgemeine“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

217. Bremer Montagsdemo am 02. 02. 2009

Die „Volksvertreter“ haben Hartz IV verabschiedet, *ohne* die Regelsatzhöhe zu kennen!

1. Der Oberbefehlshaber der Nato, General Bantz Craddock, hat den Befehl zur Tötung afghanischer „Drogenhändler“ gegeben! Ein Beweis ist nicht nötig. Keine Festnahme, keine Verhandlung, kein Urteil – einfach abknallen! Und wenn es doch kein Drogenhändler war? Wie wird ein Soldat damit fertig? Ist Selbstmord der Ausweg bei solch einem Gewissenskonflikt? Was empfindet ein Soldat, wenn er die Folgen der atomaren Verstrahlung nicht nur bei Tieren sieht, sondern auch bei Menschen – Neugeborenen oder Kindern? Eltern mit Uran-geschädigten Kindern müssen diese verstecken, unter Strafandrohung!

Was geht uns dies an, die **Bundeswehr** macht doch so was nicht? General Bantz Craddock ist Oberbefehlshaber der Nato, und der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan untersteht somit seinem Kommando! Sie trauen dies einem US-General nicht zu? Craddock hat auch das Lager Guantánamo eingerichtet und verantwortlich geleitet. Augenblicklich wird fieberhaft nach der undichten Stelle gesucht; Wie konnte dieser Befehl in die Öffentlichkeit gelangen? Anschließend wird der Befehl umgedeutet – er war doch so nicht gemeint! All dies soll zur Demokratisierung des Landes führen? Der Militäreinsatz in Afghanistan schafft Leid und damit Rachegedanken! All dies ist unvorstellbar. Fragt die Rückkehrer! Verhindert die Zwangsverpflichtungen von jungen Menschen, klärt sie auf! Es geht nicht um die „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“, sondern um massive wirtschaftlich Interessen! Es geht nicht um die Rettung von Menschen! Die Menschenwürde jedes Beteiligten wird missachtet!

Wer von der Arge ein Arbeits- oder Ausbildungsangebot der Bundeswehr erhält, darf ablehnen! Wer daraufhin eine Sanktion erhält, muss umgehend dagegen die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen, im einstweiligen Rechtsschutz.

Die Argen verordnen Leistungskürzungen bis zu 100 Prozent der gesamten Leistungen, bei Jugendlichen einschließlich der Kosten für die Unterkunft. Dies bedeutet null Euro zum Leben und den Verlust der Wohnung! Vermittlungsvorschläge kann jeder mitnehmen und es sich überlegen. Wenn auf die Frage „Was passiert, wenn ich diese Arbeitsstelle bei der Bundeswehr ablehne?“ die Antwort wie folgt lautet: „Dann werde ich Sie sanktionieren!“, bereits mit diesen Vermittlungsvorschlägen die Rechtsantragsstelle des Gerichts aufsuchen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

2. Die Mitarbeiter der **Bahn** erhalten mehr Geld. Leider ist die Erhöhung für sie sehr mager ausgefallen: Sie haben längst nicht die Gehaltssteigerung des Vorstands eingeholt, auch nicht prozentual. Die Bahn hat viele Mitarbeiter überprüfen lassen – und auch selbst eine Prüfung gehabt: Der Bundesrechungshof hat die Abrechnung der Neubaustrecke Köln-Frankfurt untersucht und festgestellt, dass Anlagen für 44 Millionen Euro zwar abgerechnet, aber nicht gebaut wurden. Das hat die Bahn gar nicht gemerkt! Der Auftraggeber auch nicht. Es wurde keine Schlussabnahme durchgeführt. Erst mit starker zeitlicher Verzögerung und nur auf Druck des Bundesrechnungshofes wurde dieser Betrag von der Bahn zurückgefordert.

Ist Herr Mehdorn bei der Betrachtung seiner Mitarbeiter von ähnlichen Möglichkeiten ausgegangen? Herr Mehdorn hat unstrittig die Bezüge des Vorstandes großzügig gestaltet – und an den Instandhaltungen gespart. Hat er auch an der Buchhaltung gespart? Wer zum Beispiel eine Bahnkartenverlängerung per Überweisung bezahlt, wird von der Bahn aufgefordert, ihr eine Kopie des Kontoauszugs, aus dem die Belastung ersichtlich wird, als Nachweis für die Zahlung zuzusenden. Warum? Die Bahn prüft die Kontobewegungen nicht. Der Zahlungsnachweis muss so vom Kunden geführt werden. Fälschungen fallen daher nicht auf, weil der tatsächliche Zahlungseingang auf dem Konto der Bahn nicht geprüft wird. Die Verkaufsabteilung kann diese Kontobewegungen nicht einsehen.

Zum Thema Verkehr gehört auch ein Problem der Bagis, der hiesigen Arge: Sie sitzt auf vielen Fahrscheinen der Bremer Straßenbahn AG. Das Unternehmen hat nun die Preise erhöht, und die alten Fahrscheine verlieren ihre Gültigkeit. Seid so nett und lasst euch die Fahrtkosten von und zur Bagis erstatten – per Fahrschein! Dieser Rechtsanspruch besteht. Die Aussage, Fahrtkosten unter sechs Euro würden nicht erstattet, ist überwunden: Sie war zuletzt eine glatte Lüge, denn die Gerichte hatten längst anders entschieden. Daher bei jedem Besuch die Fahrscheine einfordern!

3. Die **Regelsätze** für ALG II sind viel zu niedrig. Das Bundessozialgericht hat die Regelsätze für Kinder dem Verfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt. So stand es in vielen Medien. Etwas mühsamer ist die Presseinformation des Bundessozialgerichts zu lesen. Ein weiterer Verhandlungstermin war schon länger bekannt. Haben daher die wenigsten Medien über den Beschluss des Hessischen Landessozialgerichts berichtet? Die Presseinformation des Gerichts liest

sich flüssig. Dahinter steckt viel Brisanz: Es geht dem Gericht um die Regelsätze insgesamt. Vier Gutachten liegen dem Gericht vor – und jetzt dem Bundesverfassungsgericht. Wer den Beschluss nicht lesen möchte, kann sich einen Überblick verschaffen: Wird im PDF-Dokument nach den Worten „Fehler“ oder „Willkür“ gesucht, gibt es sieben beziehungsweise 13 aufschlussreiche Treffer, die zeigen, wie schludrig hier vorgegangen wurde. Wurden diese Fehler teilweise bemerkt, also absichtlich begangen? Es scheint, das Ergebnis war vorgegeben! Wussten unsere „Volksvertreter“, was sie taten? Ein Auszug:

> „b) Die Regelbedarfe und der Inhalt der Regelsätze nach dem SGB XII. Für die §§ 20, 28 des bereits am 24. Dezember 2003 verabschiedeten SGB II übernahm der Gesetzgeber also die Regelsatzbemessung aus der Verordnung zur Durchführung des § 28 des am 27. Dezember 2003 verabschiedeten SGB XII (Bundesgesetzblatt I, Seite 3022), die gemäß § 40 SGB XII vom Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit jedoch erst am 12. März 2004 dem Bundesrat zugeleitet (BR-Drucksache 206/04) und mit Ausfertigung vom 3. Juni 2004 erlassen wurde und zum 1. Januar 2005 in Kraft trat (RSV, Bundesgesetzblatt I, S. 1067), nachdem der Bundesrat der Empfehlung des federführenden Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik und des Ausschusses für Frauen und Jugend vom 4. Mai 2004, der Verordnung gemäß Artikel 80 Absatz 2 Grundgesetz nicht zuzustimmen, nicht gefolgt war (BR-Drucksache 206/1/04). Die Ausschüsse waren – mehr als vier Monate nach der Verabschiedung des SGB II und der darin bereits erfolgten Bezifferung der Regelleistung im Vorgriff auf die erst noch zu erlassende Regelsatzverordnung – unter anderem nicht nur der Ansicht, die Verordnung überschreite mit der erstmaligen Festsetzung der Regelsätze zum 1. Januar die Verordnungsermächtigung, sondern hielten sie darüber hinaus für methodisch fehlerhaft und willkürlich (dazu siehe nachfolgend unter f).“

Schwer zu verstehen, nicht nur textlich: Die „Volksvertreter“ haben das SGB II verabschiedet, *ohne* die Regelsatzhöhe zu kennen! Dies wusste ich bereits aus einem anderen Gerichtsurteil. Trotzdem, die Ungeheuerlichkeit bleibt! Hinzu kommen die Bedenken der Ausschüsse. So geht es weiter im Text! Als Einstieg in die Lektüre also von „Fehler“ zu „Willkür“ hangeln. Wer dies gemacht hat, möchte vermutlich auch den ganzen Beschluss lesen! Haben die Medien wirklich freiwillig nicht über diese brisanten Tatsachen berichtet? „Vielmehr bestätigt die Lektüre der angegebenen Studie des Statistischen Bundesamts im Gegenteil die Aussagen der Sachverständigen sowie die Auffassung der beiden Fachausschüsse in ihrer Ablehnungsempfehlung vom 4. Mai 2004 und unterstreicht umgekehrt gerade die systematischen und schweren Fehler des Verordnungsgebers bei der Einschätzung des Kinderbedarfs, welche der Gesetzgeber im Vorgriff bei der Verab-

schiedung des SGB II am 24. Dezember 2003 übernommen hat.“ Es gibt keine Begründung für die Höhe der Regelsätze – nur Willkür!

„Ebenso weist Spellbrink zu Recht darauf hin, dass das Sozialgeld für Kinder gemäß §§ 20, 28 SGB II die niedrigsten Sätzen der Düsseldorfer Tabelle noch unterschreite.“ Herr Spellbrink ist Mitverfasser zum „Praxis- und Lehrkommentar SGB II“. Die Düsseldorfer Tabelle ist ausschlaggebend für die Höhe der Unterhaltsansprüche. Die vielen Fehler verdeutlichen auch: Die Menschen haben zu wenig zum Leben! Und was sagt diese Regierung dazu? „Die Hartz-IV-Regelsätze für Kinder werden nach Angaben des Familienministeriums vorerst nicht neu berechnet. Sprecherin Iris Bethge sagte, eine Neuberechnung sei erst auf der Grundlage aktueller Zahlen sinnvoll. Die Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2008 werde derzeit aber noch im Arbeitsministerium ausgewertet. Dies könne bis 2011 dauern.“

So wird es nicht gehen! Menschen müssen jeden Tag essen! Es muss *sofort* gehandelt werden! Handeln kann auch der Leistungsbetroffene: Antrag auf Überprüfung der rechtskräftigen Bescheide stellen, gegen den noch widerspruchsfähigen Bescheid Widerspruch einlegen und die Höhe des Regelsatzes beanstanden. Gegen den Überprüfungsbescheid erneut Widerspruch einlegen und notfalls klagen, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Wie das geht? Wir gehen mit! Dies dient der Anspruchssicherung, wenn das Gericht die Höhe der Regelsätze für unrechtmäßig erklärt, ist bei der Vorgeschichte allerdings nur mit Öffentlichkeit zu erreichen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Die Bremer Montagsdemo ruft mit auf zur **Veranstaltung zu Ehren der Verteidiger der Bremer Räterepublik** am **Sonntag**, dem **8. Februar 2009**, um **11 Uhr** auf dem **Waller Friedhof**.

Keine Enthüllungen, bitte: Mehdorn lässt tapferen Blogger abmahnen *(„Spiegel-Online“)*

„Rechtsstaat“ Israel: Bauminister verkündet Todesurteil für Hamas-Chef *(„Stern“)*

Schnatterinchen rüffelt Ratzi-Vati: Den Holocaust zu leugnen, ist eines Bischofs unwürdig *(„Spiegel-Online“)*

Ins größte anzunehmende Fettnäpfchen geplumpst: Deutschland schämt sich für den Papst *(„Bild“-Zeitung)*

Zersetzung der kämpferischen Arbeiterbewegung ist stets wiederkehrende Aufgabe der Sozialdemokratie

An der Domsheide hängt ein Plakat: „Demokratie wagen“. Die „Heinrich Böll-Stiftung“ der „Grünen“ veranstaltet im „Speicher XI“ einen „Kongress zur Zukunft der Gesellschaft“ für die etwas betuchtere Klientel, die sich Träume noch leisten kann.

Von „Demokratieträumen“ wie zu Zeiten Willi Brandts, als viele noch an „Reformen“ glaubten, hat die breite Bevölkerung heute genug! Sie hat kein Vertrauen mehr in dieses System von Betrug, Heuchelei und Abzocke. In Hessen gingen nur noch 60 Prozent zur Wahl! Jede aktive Regung, die dieses System kritisiert, wird vom Schnüffelstaat observiert, verächtlich gemacht und gegebenenfalls totgeschwiegen oder gar drangsaliert.

In den ersten Februartagen vor 90 Jahren wurde von allen Medien, den damaligen bürgerlichen Parteien und der rechten SPD-Führung verbal auf die Arbeiter Bremens, die aktiv für einen anderen, einen sozialistischen Staat kämpften, eingedroschen. Mit Zuckerbrot und Peitsche versuchten der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert und Wehrminister Gustav Noske, beide „Sozialdemokraten“, im Auftrag des reaktionären Kapitals, die Arbeiterschaft zu spalten und zu entwaffnen.

Trotz aller Bekundungen, die Waffen niederzulegen, ließ die Noske-SPD am 3. und 4. Februar 1919 die Stadt durch das reaktionäre Freikorps Gerstenberg und Caspari erstürmen und einnehmen. Das reaktionäre Bürgertum öffnete großzügig die Geldtaschen für die Entlohnung der oberen Offiziere. Die revolutionären Arbeiter Bremens konnten die AG-Weser-Werft und die Atlaswerke noch fast zwei Monate halten, dann waren auch sie zermürbt. Zersetzung der kämpferischen Arbeiterbewegung ist die stets wiederkehrende Aufgabe der sogenannten Sozialdemokraten als treue Vasallen des Kapitals.

Am kommenden **Sonntag**, den **8. Februar 2009**, gedenkt ein breites Bündnis linker Parteien und Organisationen der 28 ermordeten Verteidiger der **Bremer Räterepublik** um **11 Uhr** am Denkmal auf dem **Waller Friedhof**. Die Initiative Bremer Montagsdemo ist Mitveranstalter und lädt herzlich zum Kommen ein. Im Anschluss findet im „Westend“ noch ein Kulturprogramm statt, bei dem auch die Montagsdemo einen Beitrag halten will.

Auf die Gerichte kann man nichts geben, sind sie doch Gerichte dieses Systems. In Zusammenhang mit der Zumwinkel-Affäre und anderen Abzockern haben wir lernen können, dass gegebenenfalls die Richter und Staatsanwälte als Personen ausgetauscht oder weggemobbt werden. Auch hier in Bremen gibt es Beispiele dafür. Trotzdem waren die zwei Urteile in Sachen Hartz IV, denen zufolge die Kinder-Regelsätze nicht verfassungsmäßig und die Mietobergrenzen in Bremen zu niedrig sind, erst einmal zu begrüßen. Dass sich die Regierenden hier und in Berlin aber einen Dreck darum scheren wollen, zeigte wieder das alte Bild: Milliarden für die Banken, nichts für die Menschen!

Unser Kampf gegen Hartz IV und die anderen Gesetze dieses menschenfeindlichen Staates wird weitergehen! Auch wenn wir hier bei diesen ungemütlichen Temperaturen nur ein paar „People“ sind: Die Bewegung wird sich verbreitern, weil dieses System kein Konzept hat *für* die Menschen, sondern nur Terror und Gewalt gegen sie parat hält, wenn die Menschen sich nicht mehr beruhigen lassen wollen. Auch da gibt die deutsche Geschichte genug Beispiele. Stärken wir darum breit den aktiven Widerstand!

Jobst Roselius

Die verfassungswidrige Katastrophe

1. Nach einer Untersuchung des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ arbeiten die 1,5 Millionen „**Aufstocker**“, die also zusätzlich zu ihrem kümmerlichen Lohn noch ergänzendes ALG II benötigen, nur selten in Vollzeit. Unzureichende Möglichkeiten zur Kinderbetreuung, mangelnde Berufsausbildung und gesundheitliche Einschränkungen stünden oft einer Ausweitung der Arbeitszeit entgegen. Obwohl die befragten „Aufstocker“ durchschnittlich nur zwischen sechs und sieben Euro brutto die Stunde verdienten, legten sie eine hohe Arbeitsmotivation an den Tag. Klar, es müssen offenbar mal wieder *individuelle* Gründe an den Tag gelegt werden, weshalb Menschen das ALG II zusätzlich beantragen müssen! Indirekt wird so getan, als ob die überall die anständig bezahlten Vollzeitjobs auf der Straße lägen und nur wegen der genannten persönlichen Handicaps nicht zugegriffen würde!

2. Letzte Woche Dienstag entschied das Bundessozialgericht in Kassel, dass die Begrenzung des Hartz-IV-Satzes für Kinder gegen das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes verstößt. Ich wage nicht zu hoffen, dass diese Ohrfeige für die Po-

litik dazu führt, dass anhand eines überprüfbaren Warenkorbes der spezielle Bedarf von Kindern und Jugendlichen realitätsgerecht ermittelt wird. Eigentlich sollte nicht das bloße physische Überleben gesichert werden, sondern auch die Teilhabe an der Gesellschaft! Aber durch die viel zu niedrigen **Hartz-IV-Regelsätze** werden die Betroffenen zu Außenseitern in einer konsumorientierten Gesellschaft, wo die meisten von ihnen von klein auf lernen müssen, dass sie ausgegrenzt und chancenlos sind. Leider wurde bisher nur ein Teilerfolg erzielt, weil das Gericht nicht über die Rechtmäßigkeit der Höhe des Sozialgeldes befand, sondern lediglich beanstandet, dass dessen Begrenzung auf 60 Prozent des Regelsatzes für Erwachsene nicht hinreichend begründet wurde. Damit hat das Gericht ausdrücklich nicht über die Rechtmäßigkeit der Höhe des Sozialgeldes für bis zu 14-Jährige befunden, und es steht damit auch noch keineswegs fest, dass das Bundesverfassungsgericht demnächst eine Anhebung der Sätze verordnet.

Was das kosten würde? Da muss sich der anständige Bürger und Leistungsträger doch mal fragen, ob dieses Geld wirklich gut angelegt wäre: für die Kinder der Ausgegrenzten, die wegen mangelnder gesellschaftlicher Teilhabe größtenteils eh keinen Schulabschluss, keine Ausbildung und noch weniger einen Arbeitsplatz erhalten werden? Also eine absolute Fehlinvestition! Außerdem kämen alle wegen des Lohnabstandsgebotes ins Schleudern. So verwundert es mich auch gar nicht, dass diese Politikerriege in Berlin keinen „akuten Handlungsbedarf“ sieht. Das Arbeitsministerium ließ verlauten, dass eine grundsätzliche Reform der Kinderregelsätze nicht geplant sei. Schließlich wurde in dem jüngst beschlossenen Konjunkturpaket der Regelsatz für Kinder zwischen sechs und 13 Jahren ab Juli von 60 auf enorm großherzige 70 Prozent des Erwachsenbedarfs angehoben! Ich spekuliere auf eine zusätzliche Erhöhung von 5,78 Euro pro kleine Stupsnase, wenn die Regierung ihre Spendierhosen anhaben sollte und den Eckregelsatz für Kinder ebenso famos gerecht „berechnen“ wird wie den für Erwachsene. Heribert Prantl formulierte treffend, das Hartz-IV-Gesetz sei eine legislative Katastrophe, und Karlsruhe müsse nun entscheiden, ob es auch eine verfassungswidrige Katastrophe ist.

3. Oh, wie schön, dank Hartz IV ist die **Armut** „gleicher“ geworden! Jetzt stürzen endlich alle Erwerbslosen nach spätestens 18 Monaten ins ALG II ab, das unabhängig vom früheren Lohn allen Alleinstehenden 351 Euro neben einer angemessenen Miete zum „Leben“ auszahlt, wenn sie denn spuren! Wieder ein Stückchen mehr Gerechtigkeit auf dieser Welt, denn zu Zeiten der Arbeitslosenhilfe konnten sich manche Langzeiterwerbslose noch einen bescheidenen Wohlstand erschleichen. Weil das nun nicht mehr möglich ist, geht mein Dank nun an Peter Hartz, der mit Hartz IV die Armut so überaus großzügig in den Keller nivelliert hat! Ob der Ab-, äh, Umbau des Sozialstaates wirklich schon abgeschlossen ist? Kein weiteres Reförmchen wegen der vielen unerfüllten Hoffnungen auf ein besseres Leben? Ganz fabelhaft finde ich es, dass jetzt die Alleinerziehenden nicht mehr „versteckt arm“ sind, sondern es dank Hartz IV ganz *offen* sein dürfen – wie ich

es am eigenen Leibe zu erfahren berechtigt bin! Die Ein-Euro-Jobs taugen zwar auch nichts, doch Hartz IV sei Dank sind die Erwerbslosen weniger wählerisch bei den angebotenen Jobs und akzeptieren aus Angst vor reglementierender Verfolgungsbetreuung auch schlecht bezahlte und weit entfernte Arbeitsangebote. Auf, auf zum fröhlichen Jagen, rein in die Dumpinglöhne!

4. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ verlangt von der Arge Duisburg den sofortigen Stopp ihrer „Berechnung“ von **Heizkosten** bei Hartz-IV-Beziehern. Als eine Erwerbslose sich an das Elo um Hilfe wendet, kommt heraus, dass aus einer Nachzahlung von 272 Euro, die von der Hartz-IV-Behörde zu übernehmen sind, ein Guthaben in Höhe von 38 Euro zu Gunsten der Arge „errechnet“ und der zukünftige monatlichen Abschläge zudem gesenkt wurde! Das kann nur als Betrug an Hartz-IV-Beziehern bezeichnet werden, die hier richtig abgezockt werden! Offenbar bereichert sich die Stadt Duisburg über einen Rechentrick und durch Umgehung rechtlicher Grundlagen im Millionenbereich an Hartz-IV-Beziehern. Dabei werden bei Betroffenen, die in Mehrfamilienhäusern zur Miete wohnen, die Gesamtheizkosten aller Parteien errechnet. Im nächsten Schritt wird der prozentuale Anteil des ALG-II-Beziehers an der Gesamtwohnfläche und somit an den Gesamtheizkosten errechnet.

Eigentlich ein genialer Taschenspielertrick, denn leerstehende und nicht oder wenig beheizte Wohnungen werden mit anderen Wohnungen gleichgesetzt. So kann es passieren, dass Hartz-IV-Bezieher in Häusern mit vielen leerstehenden Wohnungen laut Arge nur noch jährliche Heizkosten in Höhe von circa 300 Euro haben dürften. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ fordert die Stadt Duisburg auf, diese rechtswidrige Praxis sofort zu stoppen und die Menschen nicht absichtlich in Notlagen zu stürzen. Ebenso wird das Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgefordert, der Arge Duisburg Weisung zu erteilen, diese Praxis zu unterlassen.

5. Der Präsident des Bundesgerichtshofs, Klaus Tolksdorf, hat die weit verbreitete Praxis des sogenannten Deals in Strafprozessen scharf kritisiert. Er prangerte an, dass solche **Absprachen** zwischen Verteidigung, Staatsanwaltschaft und Gericht über das zu erwartende Urteil insgesamt verheerend wirkten, weil sie die gesamte Justiz in Misskredit bringen könnten. Es ist höchste Zeit, sich in diesem Fall vom Konjunktiv zu verabschieden und den Indikativ als gegeben anzusehen! Hier war in meinen Augen ein abgekartetes Spiel im Gange! Das System der schuldangemessenen Bestrafung gerät durch solche Urteile in eine beängstigende Schieflage. Wenn zwei Drittel aller Verfahren von diesen Deals betroffen sind, dann spreche ich nicht mehr von einem Rechtsstaat!

Merkwürdig, dass überhaupt nicht mehr auf die Tatsache eingegangen wird, dass Herr Zumwinkel nach den Kriterien des Bundesgerichtshofs zu Haft verurteilt worden wäre, wenn nicht „zufällig“ der Durchsuchungsbeschluss einen Tag zu spät ausgestellt worden wäre und damit nicht weitere Beträge seiner

Steuerhinterziehung von 1986 bis 2001 als verjährt behandelt werden mussten. Seltsam mutet auch die Würdigung seiner „Lebensleistung“ an, weil sich unter Zumwinkel die Arbeitsbedingungen verschlechtert und der Deutschen Post durch die „Liberalisierung“ 120.000 Arbeitsplätze verloren gingen! Die „Strafe“ in Höhe von einer Million Euro dürfte Herr Zumwinkel aus seiner Portokasse bezahlen können. Dem notorischen Steuerhinterzieher aus reiner Raffgier wird es jedenfalls nicht so ergehen wie den notorischen Schwarzfahrern der öffentlichen Verkehrsmittel in Berlin, die zu Ersatzfreiheitsstrafen verurteilt wurden, weil sie ihre Geldstrafe nicht bezahlen konnten. Hier wird absolut mit zweierlei Maß gemessen!

6. Eigentlich sollten die Paragrafen 129 ff. der Insolvenzordnung verhindern, dass ein Gläubiger sich mit einem Schuldner derart verstrickt, dass er seine Kenntnisse über die drohende **Insolvenz** einer Firma ausnützt und sich kurz davor zum Schaden anderer noch Geld überweisen lässt. Doch seit ein Insolvenzverwalter nach der Pleite einer Baufirma vor den Amtsgerichten in Wunsiedel und Plauen mit diesen Vorschriften Urteile erwirkte, mit denen er Arbeitnehmer zur „Rückerstattung“ von ausbezahlten Löhnen zwingen konnte, dienen sie immer öfter einem Zweck, den diejenigen, welche das Insolvenzrecht verabschiedeten, so möglicherweise nicht vor Augen hatten. Obwohl schon bald nach diesen Skandalurteilen Stimmen laut wurden, baldigst eine klärende Passage in das Gesetz einzufügen, die solch eine Auslegung verhindert, verweigert sich Justizministerin Zypries bis jetzt einer Debatte darüber. Ihr Ministerium spricht gerne bagatellisierend von Einzelfällen, verliert aber kein Wort über die wundersame Vermehrung dieser vermeintlichen Ausnahmeerscheinungen.

Gerade erlebten 40 ehemalige Mitarbeiter einer Firma, welche Auswirkungen diese Untätigkeit für sie persönlich hat. Der Insolvenzverwalter forderte von ihnen drei Monatsgehälter für Januar, Februar und März 2008 zurück, die ihnen erst im April ausgezahlt worden waren. Als die Firma im Juni Pleite ging, argumentierte der Insolvenzverwalter, dass die „Akzeptanz“ der verspäteten Lohnzahlung ein Zeichen dafür sei, dass die Arbeitnehmer von der drohenden Insolvenz gewusst und sich damit in den Anwendungsbereich der Paragraphen 129 ff. begeben hätten. Arbeitnehmer haben hier mal wieder die phänomenale Auswahl zwischen Pest und Cholera: Wenn ein Arbeitnehmer die verzögerten Lohnzahlungen nicht akzeptiert, muss er kündigen. Aber wehe, er macht das wirklich: Dann steht das Arbeitsamt auf der Matte und sperrt für drei Monate das Arbeitslosengeld. Kündigt er aber nicht, geht er das erhebliche Risiko ein, dass der Insolvenzverwalter über Monate hinaus Lohnzahlungen zurückfordert, um damit Gläubiger zu befriedigen. Es ist eine Sauerei, dass es für diese Forderung überhaupt keine Rolle spielt, ob der Arbeitnehmer dafür gearbeitet hat und wie seine finanziellen Verhältnisse sind! – Betroffene sollten zur Montagsdemo kommen: Wir gehen mit!

7. Es scheint so, als ob der Kölner Arge-Geschäftsführer den Machtkampf probt. Die „Kölner Erwerbslosen in Aktion“ schildern in einem Artikel einen drastischen

Fall von „Holzhammermethoden bei Unterfünfundzwanzigjährigen“, der auf ihrer Homepage auch mit einem Interview des Betroffenen dokumentiert ist. Der Boss der Kölner Arge ignoriert den Informantenschutz der KEAs komplett und fordert die namentliche Nennung des betroffenen Erwerbslosen. Andernfalls wolle er den Bericht als unwahr betrachten und eine Vertragsstrafe gegen den verantwortlichen KEA-Redakteur erwirken. Die KEAs sehen dem gelassen entgegen und denken gar nicht daran, den umstrittenen Artikel in Frage stellen zu lassen. Da wird ein junges Paar vorge-, äh, eingeladen. Die Sachbearbeiterin legt ihnen einen „**Eingliederungsvertrag**“ vor, dessen Inhalt angeblich nicht verhandelt werden könne. Es wird auch keine Bedenkzeit eingeräumt, weil sonst eine sofortige Sperre drohe. Das junge Paar unterschreibt quasi gezwungenermaßen. Auf diese Weise hat sich der junge Mann dazu verpflichtet, einen sogenannten Integrationsjob für 70 Cent die Stunde anzutreten. Zu diesem Zeitpunkt weiß er noch nicht, wo er was, wann und bei wem arbeiten soll.

Die Arbeitsstelle entpuppt sich als ein Café, welches öffentlich zugänglich ist, in dem normale Preise verlangt werden und in dem fast ausschließlich Ein-Euro-Jobber arbeiten. Dennoch arbeitet er dort einige Zeit. Als bei seiner Frau die Wehen einsetzten, begleitet er sie sofort ins Krankenhaus und fehlt damit einen Tag. Daraufhin wird der Integrationsjob vom Träger sofort beendet und von der Arge eine Sanktion verhängt: Es gibt für ihn drei Monte kein Geld. Wegen einer angeblichen „Abwägung mit öffentlichen Interessen“ kann die Dauer auch nicht auf sechs Wochen verkürzt werden, was bei Unterfünfundzwanzigjährigen grundsätzlich möglich ist. Ein sofort eingelegter Widerspruch wird mit der Bemerkung quittiert, dass die Bearbeitung sechs Monate dauern würde, obwohl die gesetzlich erlaubte maximale Bearbeitungszeit drei Monate beträgt. Ebenso wird ihm die Möglichkeit verschwiegen, beim Sozialgericht einen Eilantrag zu stellen, obwohl die Arge zur Beratung verpflichtet ist. Die junge Familie erhält von der argen Arge wöchentliche Lebensmittelgutscheine über abwechselnd 25 oder 30 Euro, für die der junge Vater jede Woche mehrere Stunden in der Arge anstehen muss. Durch das Einwirken der KEAs zogen Sachbearbeiterin und Teamleiter schnell die Notbremse: Die Sanktion ist vom Tisch, das Geld wird nachgezahlt.

8. Das Bundesamt für Verfassungsschutz sucht in einer Stellenausschreibung „Observationskräfte“ und „Truppführer für den mobilen Einsatz“. Ein Job mit viel Verantwortung, eine Aufgabe, die nicht jeder übernehmen kann und will! Dafür hat die Bundesagentur für Arbeit jetzt ausgerechnet Hartz-IV-Bezieher im Visier. Auf Nachfrage bei der BA stellte sich heraus, dass eine Nichtbewerbung als **Spitzel** sogar Leistungskürzungen zur Folge haben kann. „Gefordert ist ein Interesse an politischen Zusammenhängen, körperliche Fitness, die Bereitschaft zur Unterziehung einer Sicherheitsprüfung und eine flexible Arbeitszeitgestaltung.“ Weitere Anforderungen für den Job sind „Orientierungsvermögen, technisches Verständnis, gute Auffassungsgabe, Geduld und Teamfähigkeit“. Allerdings muss sich die Zumutbarkeit einer solchen Tätigkeit auch danach richten, ob der Leistungsemp-

fänger „körperlich, geistig und seelisch“ zu dem Job in der Lage ist. Hier wird die besondere Notlage der Hartz-IV-Bezieher ausgenutzt, um sie für solche Spitzeltätigkeit zu erpress-, äh, zu „gewinnen“, frei nach dem Freiwilligen-Motto: „wenn du nicht, dann aber...“

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Das Konjunkturpaket vernichtet die mittelständische Wirtschaft

Letzte Woche Dienstag, am 27. Januar 2009, wurden an einem einzigen Tag über 70.000 Entlassungen verkündet, unter anderem bei Caterpillar, Pfizer und Texas Instruments. Qimonda, die frühere Halbleitersparte der Siemens-Tochter Infineon, meldete Konkurs an. Betroffen sind 12.300 Beschäftigte, davon 5.000 in Deutschland. Hewlett-Packard will 24.600 entlassen, darunter auch viele in Rüsselsheim. Die Arbeitslosenzahl stieg in Deutschland im Januar um 387.000 – Tendenz: weiter steil steigend – trotz beziehungsweise zusätzlich zur massenhaften Kurzarbeit, die oft nur Entlassungen vorbereitet! Der Staat pumpt Milliarde um Milliarde in Banken und Konzerne: Allein 92 Milliarden flossen inzwischen der Hypo Real Estate zu, ein Ende ist nicht in Sicht. Eine Billion „toxischer“ Papiere wollen Ackermann und Konsorten vom Steuerzahler entsorgt haben.

Die Bundesregierung hat ihr zweites Konjunkturpaket aufgelegt. Man meint, es ginge um die Arbeitsplätze, doch Regie führen hier ganz andere. Der „Bundesverband der Deutschen Industrie“, das Vertretungsorgan und Sprachrohr des deutschen Monopolkapitals, hat ganz spezielle Vorstellungen von diesem „Rettungsschirm“: „Ungeachtet der Schwierigkeiten, die Unternehmen aktuell bei der Finanzierung haben, darf die im Rahmen eines konjunkturellen Abschwungs typische Marktbereinigung nicht durch staatliche Interventionen ausgehebelt werden“ („Handelsblatt“ von 26. Januar 2009). Was nichts anderes heißt als: Die marktbeherrschenden Übermonopole bekommen alles – die anderen konkurrierenden Unternehmen bekommen nicht nur nichts, sie sollen darüber hinaus möglichst vernichtet werden.

Einer dieser dicken Nutznießer ist Airbus, eines der wohl profitabelsten Unternehmen der Welt mit gigantischem Auftragspolster. Der Staat bürgt jetzt freundlicherweise für die Kunden, falls denen die neuen Flugzeuge inzwischen zu teuer geworden sind. Das ist die „Chance“, die Frau Merkel, Herr Köhler und zum

Beispiel der Vorstand von Daimler in der Krise sehen: Die gesellschaftsbeherrschenden Monopole sollen noch viel größer und mächtiger werden und nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt beherrschen!

Die „notleidenden“ Banken sind anscheinend doch nicht in ganz so großer Not. 2008 zahlten die Wallstreet-Banken – die deutschen machen es auch nicht anders – 18 Milliarden Dollar Boni an ihre leitenden Angestellten! Frau Schaeffler, die sich mit der Conti-Übernahme etwas verschluckt hat, will nur eine „kleine Geldspritze“ in Höhe von drei bis vier Milliarden, sponsored by Angie. Geld ist schließlich ohne Ende da und wird lustig weiter angehäuft. So betrug der Nettogewinn 2008 bei Exxon 45,2 Milliarden Dollar. Es geht nicht darum, dass die Monopole Pleite wären, sondern darum, die Krisenlasten auf unseren Rücken abzuwälzen und dabei noch viel fetter zu werden!

Kann man denn in der Krise überhaupt kämpfen? Diese Frage haben die Franzosen letzten Donnerstag eindrucksvoll beantwortet: 2,5 Millionen traten in den Streik, 300.000 demonstrierten in Paris gegen die Regierung und gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Arbeiter, der Arbeitslosen, der Rentner und der Familien. Gegen Sarkozy und seine Regierung, die in Frankreich das Geschäft für die Bonzen machen: Dagegen kämpfen die Massen!

In Island fanden in den letzten Wochen täglich Großkundgebungen gegen die Regierung statt. Massendemonstrationen bis Straßenkämpfe gibt es in Griechenland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Belgien und Rumänien. Die Weltwirtschaftskrise hat alle Länder der Erde erfasst. Das ist für uns eine Herausforderung, damit sich die Massen der Arbeiter und Arbeitslosen zusammenschließen, voneinander lernen und sich unterstützen. Dieser Kampf kann Erfolge haben: Die isländische Regierung musste inzwischen zurücktreten!

Dieses Jahr ist in Deutschland ein „Superwahljahr“: Bundestags-, Europa- und mehrere Landtagswahlen bieten gute Zeitpunkte für Massenproteste auf der Straße, für Streiks in den Fabriken und Büros. Geplant sind mehrere **Großdemos** in **Berlin** gegen die Regierung: am **28. März 2009** anlässlich des G20-Treffens in London und im **September** als bundesweite Montagsdemo. Packen wir’s an!

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste) für die Bundestagswahl 2009

Das Verursacherprinzip muss gelten: Banken und Konzerne sollen die Krisenlasten selbst bezahlen! *(MLPD)*

Bremer Hartz-IV-Betroffene können nach einem Beschluss des Sozialgerichts auf höhere **Mietobergrenzen** hoffen, auch wenn die Sozialdeputation bisher „keinen Handlungsbedarf“ sieht. Die Verkündung des Urteils ist vom **Oberverwaltungsgericht** erneut vertagt worden, diesmal auf den **18. Februar 2009** um **12 Uhr**, Am Wall 198, Sitzungssaal 4. Wer Interesse hat, kann gerne zuschauen!

„Die **Ableitung des Eckregelsatzes** ist **nicht hinreichend transparent**, insbesondere die Festlegungen der Vomhundertanteile an den einzelnen Verbrauchsausgabenanteilen in § 2 Absatz 2 der Verordnung sind aufgrund der amtlichen Begründung allein **nicht nachvollziehbar**; teils handelt es sich offensichtlich um **willkürliche Setzungen**.“ *(Bundesratsdrucksache 206/1/04)*

Die SPD hetzte Militär auf Bremen

Wir hielten dem schneidenden Ostwind stand und hielten über 25 Teilnehmer bei der 217. Montagsdemo in Bremen um 17:30 Uhr zusammen, als unsere Beiträge über den Marktplatz schallten. Die Rede war von den Erfahrungen der breiten Massen mit der bürgerlichen „Demokratie“. In diesen Tagen vor 90 Jahren haben die Arbeiter Bremens ihre Erfahrungen mit dem Verrat und dem Helfershelfertum der SPD Eberts und Noskes für das reaktionäre Kapital gemacht, als diese die Freikorps Gerstenberg und Caspari auf Bremen hetzten. Am 8. Februar 2009 wird ein breites linkes Bündnis der ermordeten Verteidiger der Bremer Räterepublik gedenken.

Unser offenes Mikrofon und auch die direkte Demokratie, die wir in 14 Tagen bei den Wahlen zur bundesweiten Delegiertenkonferenz hier auf dem Marktplatz mit geheimen Wahlen praktizieren wollen, sind Erfahrungen in der Massendiskussion, die wir in der Montagsdemobewegung auch weiter pflegen und erweitern wollen.

Themen waren auch die Urteile der Gerichte zu Hartz IV: Kippen des willkürliche festgesetzten Satzes für Hartz-IV-betroffene Kinder und, für Bremer besonders wichtig, der bisher festgelegten Mietobergrenzen. Aber die Berliner Regierung will sich an die gerichtlichen Vorgaben gar nicht halten. Selbst das Bundessozialgericht hat sich ja nicht mit der grundsätzlichen Repression der Gesetze gegen die Arbeits- und Erwerbslosen beschäftigt, weil das „Sache der Politik“ sei. Politik ist es auch, wenn die Gerichte ebenfalls der Staatswillkür und dem Opportunismus ausgesetzt sind!

Weggelobt, weggemobbt und versetzt wird immer dann, wenn „heilige Staatsgüter“, wie die sogenannte „Freiheit des Kapitals“ in Gefahr sind. Um wenige Stunden kam deshalb die Einbeziehung eines langen Zeitraums der Steuerhinterziehung bei Zumwinkel zu spät. Man wollte die Verjährung – und Zumwinkel damit den Knast nicht zumuten, der darauf gestanden hätte. Die „große Reue“ kommt als Dank dafür. Das Milliönchen für die „Strafe“ nimmt er aus der Portokasse.

Dass ein US-General auf Bauern in Afghanistan schießen lassen will, weil hinter jedem ein Drogendealer vermutet wird, zeigt das wahre Gesicht dieser Kriegsgeneralität. Nicht anders ist Israels Position zu Palästina. Die vor der Küste Gazas erforschten großen Ölfelder sollen natürlich Israel gehören: Das gehört zur Politik des menschenverachtenden „Freiluftgefängnisses Gaza“ im festen Bündnis mit den USA.

Am **Montag**, dem **16. Februar 2009**, erfolgt auf dem Bremer **Marktplatz** die **Wahl der Delegierten** für die zentrale bundesweite Delegiertenkonferenz am 28. Februar 2009 in Kassel: zuerst die Vorstellung der Kandidaten, danach die geheime Wahl – wie in den Vorjahren praktiziert –, außerdem die Nominierung von Kandidaten für die zentrale Koordinierungsgruppe und für den Kassenprüfer (die Wahlen dafür finden auf der Delegiertenkonferenz selbst statt). Kandidaturen und Vorschläge für beide Wahlvorgänge bitte ab sofort auf der Montagsdemo bekanntgeben!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

„Unordentliches Mädchen“: Glosine fährt einem Polizisten, dem bayerischen Ministerpräsidenten und sich selbst über den Fuß *(„Spiegel-Online“)*

Abwrackschwindelprämie: Konjunkturprogramm für eine korrupte Branche *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

218. Bremer Montagsdemo am 09. 02. 2009

Hartz IV, die „Endlösung“ der Erwerbslosenfrage

1. Die Experten schlagen wieder mal Alarm, weil sich in den deutschen Großstädten immer mehr Problemviertel bilden. Dabei hausen finanziell Schwache und Migranten immer isolierter in abgetrennten Vierteln. Durch die soziale Entmischung entstehen immer mehr Gettos von aus der Gesellschaft Ausgegrenzten. Wegen der staatlich verordneten Armut durch das vermaledeite Hartz IV werden immer mehr finanziell schwache Menschen von den argen Argen dazu gezwungen, in die als problematisch geltenden Wohnviertel zu ziehen, weil nur hier die Mieten noch bezahlbar sind. So wundert es mich gar nicht, wenn zum Beispiel von 2,81 Millionen türkischstämmigen Migranten sogar fast ein Drittel in 1.500 Quartieren mit geringem Kaufkraftniveau in 550 Kommunen leben. Auswertungen der Pisa-Studien belegen, dass die schulische und soziale Trennung eine gravierende Barriere für Bildung bedeuten. Aber wer will wirklich gebildete Migranten, die dann ihre Rechte kennen und sich wehren können? Ich persönlich halte diese Segregation für politisch gewollt, nach dem Motto: „Eure Probleme und eure Armut kotzen mich an, damit möchte ich nichts zu tun haben“! Aus den Augen, aus dem Sinn, schön weggedrängt, was unangenehm berühren müsste, könnte, sollte!

2. Im Jahr 2004 eröffnete eine Frau in Wiesbaden einen Secondhandladen für Kinderbekleidung als „Ich-AG“ und erhielt dafür sogar einen Gründerpreis. Nun muss sie wegen eines „gemeinnützigen“ Unternehmens – eines Secondhand-Kaufhauses, in dem Ein-Euro-Jobber als Verkäufer arbeiten – um ihre Existenz fürchten. Die Ladeninhaberin beklagt, dass sie seit August 30 bis 40 Prozent weniger Umsatz mache. Träger des Kaufhauses sind die „Bau-Haus-Werkstätten“, eine „gemeinnützige“ Einrichtung, die Langzeitarbeitslose angeblich wieder ins Berufsleben eingliedern soll. Der dortige Geschäftsführer schwelgt im Erfolg. Von den 1.300 Kunden, die monatlich im Durchschnitt kämen, seien 57 Prozent Hartz-

IV-Bezieher. Ganz ungeniert gibt er zu, dass der Erfolg auf die Qualität des Personals zurückzuführen sei: Die Beschäftigten gingen so freundlich und engagiert auf die Kunden zu. Ja, verdammt noch mal, offensichtlicher geht's wohl gar nicht mehr! Wer bloß soll denn hier bitte noch integriert werden? Den Langzeitarbeitslosen fehlt bestimmt kein Ein-Euro-Job, sondern eine anständig bezahlte Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt!

Es liegt in der Natur der **Ein-Euro-Jobs**, dass sie selbstverständlich für die anderen Händler mit ähnlichen Waren auf dem regulären Markt eine nicht überbietbare Konkurrenz darstellen. Die normalen Händler beschweren sich zu Recht darüber, dass sie gar nicht mithalten können, denn sie müssen ihr Personal *bezahlen,* während die „Bau-Haus-Werkstätten" nicht nur das Personal umsonst bekommen, sondern pro Kopf außerdem auch noch ein paar Hundert Euro extra! Da kann sich der Träger so richtig eine goldene Nase verdienen – und die ausgebeutete Ein-Euro-Jobber verdrängen nicht nur eine „Ich-AG", sondern vernichten Existenzen, die dann ebenfalls ALG-II-Bezieher werden und sich ihr mageres Salär auf diese Weise aufbessern können. Da ist ein ganz pervers-perfider Kreislauf in Gang gesetzt worden! Noch-Verdiener bekommen nun einen Eindruck davon, was die Hartz-Gesetze auch für sie an Bedrohung bedeuten und wie schnell es jeden treffen kann, selbst am Tropf der Verfolgungsbetreuung hängen zu müssen. Wie gut, dass sich nun einzelne Händler zusammentun, um sich bei der Industrie- und Handelskammer über diesen im Prinzip unlauteren Wettbewerb durch die ausgenutzten Ein-Euro-Jobber zu beschweren!

3. Entgegen den vollmundigen Beteuerungen des Kölner Arge-Pressesprechers werden **Lebensmittelgutscheine** keineswegs nur in den gesetzlich klar geregelten Fällen wie Alkoholmissbrauch, Drogenabhängigkeit und unwirtschaftlichem Verhalten anstelle von Bargeld ausgegeben. Hier soll offenbar der Eindruck erweckt werden, als ob die Arge nie oder nur ganz selten auf Lebensmittelgutscheine zurückgreife. Die Praxis sieht allerdings ganz anders aus! Allein am 2. Januar dieses Jahres wurden in lediglich einer Arge circa 30 Gutscheine ausgegeben, jedoch mit solidarischer Hilfe und Empörung der Betroffenen in Bargeld zurückgetauscht. Schließlich müssen sich auch Erwerbslose nicht alles gefallen lassen! Diese Praxis löst auch zunehmend Unmut unter den Arge-Mitarbeitern aus. Nur wollen diese wahrscheinlich aus Angst, selbst bald auf der anderen Seite des Schreibtisches sitzen zu müssen, sich nicht öffentlich dazu äußern.

So war dann am 2. Februar 2009 „Zahltag" bei der Arge in Köln-Mülheim. Auch den Mitarbeitern der argen Argen ist dieser Begriff inzwischen vertraut: Wenn die Piratenflaggen vor der Tür auftauchen, wird in der Regel ganz schnell die Strategie fallengelassen, Hartz-IV-Beziehern, die aus welchen Gründen auch immer am Monatsanfang kein Geld bekamen, mit Lebensmittelgutscheinen abspeisen zu wollen. Ungefähr 20 engagierte Menschen, die sich selber Meute nennen (von Meuterer abgeleitet) unterstützen solidarisch ALG-II-Bezieher bei ihren unangemeldeten Besuchen bei den Argen. Das Erstreiten von Bargeld war eingebettet

in eine Kampagne der „Kölner Erwerbslosen in Aktion“, die sich zum Ziel erklärt hatte, die Lebensmittelgutscheine abzuschaffen. Das wird noch ein hartes Stück Arbeit werden, weil offenbar eine Weisung „von oben“ gekommen ist, die Gutscheine dem Bargeld vorzuziehen. Die „Meute“ schulte die rund 50 Menschen, die allein in der einen Stunde zwischen 8 und 9 Uhr eingetroffen waren, weil sie kein Geld bekamen, wie sie sich gegen die Lebensmittelgutscheine erfolgreich zur Wehr setzen können. Ich würde es sehr begrüßen, wenn solche Aktionen sich auch in Bremen etablieren könnten!

4. Während der Sendung von Anne Will am vorletzten Sonntag log Laurenz Meyer, der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, dass sich die Balken bogen. Er erdreistete sich zu der Behauptung, dass ALG-II-Bezieher zusätzlich zum Bezug einen **400-Euro-Job** ohne Abzug haben könnten und die Minijobs eben deshalb eingeführt wurden. Wollte da einer den ALG-II-Beziehern etwas Gutes tun? Pustekuchen, hier wollte offenkundig jemand vor einem Millionenpublikum Lügen darüber verbreiten, wie gut es den „faulen“ Hartz-IV-Beziehern „in Wirklichkeit“ gehe! Selbst wenn Anne Will es richtiggestellt hätte, was sie nicht tat, so wäre irgendetwas im Gedächtnis hängen geblieben. Klar, dies soll Neid und Missgunst bei der erwerbstätigen Bevölkerung schüren, dass Erwerbslose ohne Arbeit mehr Geld vom Amt bekämen, als Werktätige in ihrer Lohntüte haben! Leider weiß kaum jemand, dass von einem 400-Euro-Lohn nur 100 Euro zu hundert Prozent behalten werden dürfen, von den verbleibenden 300 Euro jedoch lediglich 20 Prozent, sodass letztlich nur 160 Euro im Portemonnaie landen und die Arge die restlichen 240 Euro einstreicht beziehungsweise anrechnet!

5. Anlässlich der Niederschlagung der **Bremer Räterepublik** vor 90 Jahren war ich am Sonntag auf dem Waller Friedhof und verlas anschließend im „Westend“ folgenden Beitrag:

Nur wenige Wochen hatte die Bremer Räterepublik Bestand, deren Niederschlagung vor 90 Jahren wir heute hier gedenken. Sie wurde vom Kern der bremischen Industriearbeiterschaft getragen. Selbstverständlich sah die Reichsregierung in Berlin diesem Treiben in Bremen nicht einfach tatenlos zu, sondern setzte sich militärisch durch, damit die alte Ordnung wiederhergestellt wurde. Wo kämen wir da hin, wenn in Deutschland jeder Hans und Franz machen könnte, was er wollte? Wenn politische Gegner nicht gnadenlos vernichtet werden, breiten sich womöglich noch weitere Unruheherde mit solch abstrusen Ideen von Basisdemokratie oder einer Diktatur des Proletariats aus! Selbstverständlich war dafür auch der Preis eines Blutbades nicht zu hoch.

Man stelle sich mal vor, dass sich ein Verbot des Religionsunterrichts überall durchgesetzt hätte. Dann besäße der Papst ja überhaupt keinen Einfluss mehr, und Benedikt XVI hätte nicht so leicht die Exkommunikation des Holocaust-Leugners Bischof Williamson aufheben können. Schließlich ist der Papst doch immer noch unfehlbar! Dankenswerterweise besaßen die Banken bereits damals

einen so staatstragenden Einfluss, dass sie der Bremer Räterepublik mit Kreditverweigerung den Geldhahn zudrehen konnten. Auch heute tragen sie maßgeblich dazu bei, die Regierungsgeschäfte zu lenken, denn natürlich müssen Politiker komplett damit überfordert sein, sich nur dem eigenen Gewissen gegenüber verpflichtet zu fühlen. In der Räterepublik hätten sie dies sogar noch dem Wähler gegenüber tun müssen!

Heute entgehen sie dieser Überlastung durch die finanzielle Unterstützung der Banken. Da wäscht dann eben eine Hand die andere, wenn die Kreditinstitute mal in Not geraten. Selbstverständlich ergibt es mehr Sinn, das bislang versteckte Vermögen, das die Bundesregierung mal eben so aus dem Ärmel schüttelte, den Bankhäusern in den Allerwertesten zu schieben, als es etwa in die Bildung der Kinder von Erwerbslosen und anderen Überflüssigen zu stecken. Angesichts der Tatsache, dass es nie wieder Vollbeschäftigung geben wird, würde damit ja das kostbare Geld zum Fenster hinausgeworfen, weil die Nachkommenschaft wegen ihrer Bildungsferne sowieso keinen Ausbildungs-, geschweige denn Arbeitsplatz finden wird! Mit ihrer Krise unterstützen die Banken die Politiker bei deren Umverteilung von unten nach oben. Schließlich müssen die Großbesitzer auch immer das Risiko tragen. Da können die Dividendenzahlungen der Dax-Konzerne gar nicht hoch genug ausfallen!

Wie gesagt: Eine Hand wäscht die andere. In den vergangenen 90 Jahren konnten die Politiker dazulernen. Niemand käme heute mehr auf die Idee, politisch Andersdenkende oder gesellschaftlich Überflüssige zu erschießen. Nein, dafür gibt es heute ja ALG II, denn Hartz IV ist die arbeitsmarktpolitische „Endlösung“ in der Erwerbslosenfrage! Das ALG II ist quasi einem Töten per Gesetz gleichzusetzen. Wie sollte man sonst mit dem abgehängten Prekariat umgehen? Letztlich würde es den Staat zu viel Geld kosten, wenn weiterhin die Stärkeren den Schwächeren zur Seite stehen würden – das kann doch heute jedes Kind einsehen, das eines Leistungsträgers natürlich nur.

So kommt es einer Fürsorgepflicht des Staates für seine gesellschaftlich etablierten anständigen Bürger gleich, wenn die Bezieher von Transferleistungen dafür selbstverständlich eine Gegenleistung entrichten müssen. Deswegen ist dies auch nicht etwa mit Zwangsarbeit zu verwechseln. Zur notwendigen *Schädlingsbekämpfung* gehören dann auch die weisen Worte des ehemaligen SPD-Arbeitsministers Franz Müntefering, wer nicht arbeite, solle auch nicht essen. Da liegt es auf der Hand, dass von den Argen zur Abschreckung vor der Erwerbslosigkeit gern auch denkbar viele Gründe konstruiert werden können, um eine möglichst hohe Zahl von Sanktionen auszusprechen. Wenn Arbeitslose nicht parieren, dann rechtfertigt das eben auch eine Kürzung bis zu hundert Prozent! Sollten arme Menschen dann um Jahre früher sterben, weint ihnen niemand eine Träne nach, weil sie ja ohnehin zu nichts mehr zu gebrauchen waren!

Hartz IV verhindert außerdem die Erwerbslosigkeit unter den Richtern, weil wegen der steigenden Klageflut der ALG-II-Bezieher immer mehr neue Richterstellen besetzt werden müssen. „Wer nicht bereit ist, aus der Geschichte zu ler-

nen, der ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen“, sagt George Santayana. Seit über vier Jahren gibt es nun die Bremer Montagsdemo, die Betroffene bei ihrem Gang zur Bagis begleitet, die mit zur Klageflut beiträgt. Wir sind basisdemokratisch und überparteilich, nutzen ein offenes Mikrofon, an dem jeder seine Meinung kundtun kann, sofern sie nicht faschistisch ist. Jeden Montag um 17:30 Uhr treffen wir uns auf dem Bremer Marktplatz.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Eine Revolution wird verraten: Doch das Monster siegt trotzdem *(„Classic Cinema Online“)*

Kann sogar Englisch: „Wilhelm“ Von und Zu wird neuer Bundeswirtschaftsminister *(„Bild“-Zeitung)*

Bremer Räterepublik auch von Frauen vorbereitet und getragen

Zuerst möchte ich mich bei Dagmar Stuckmann bedanken. Aus ihrem Konzept zu dem Buch zur 100-jährigen Geschichte des „Bremer Internationalen Frauentages“, „Gebt Raum den Frauen“, hat Frau Stuckmann mir Materialien zur Verfügung gestellt. Das Buch wird in anderthalb bis zwei Jahren erscheinen.

Die Bremer Räterepublik wurde auch von Frauen vorbereitet und getragen. Sie haben demonstriert, agitiert und waren Kuriere für geheime Flugschriften. Es wird berichtet, dass auch Frauen Waffen forderten, um die Räterepublik zu verteidigen. Stellvertretend für die Unterstützerinnen möchte ich Charlotte Kornfeld, Elise Kesselbeck, Käte Ahrens, Gesine Becker und **Marie Griesbach** nennen. Letztere, die wegen ihrer roten Haare „die Rote Marie“ genannt wurde, war noch 1918 wegen Hoch- und Landesverrat zu einer vierjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden, denn sie hatte Antikriegsmaterial verteilt. Auf die Frage des Richters, ob sie sich denn nicht als Deutsche fühle, antwortete sie: „Ich fühle mich als Mensch“. Ihre Strafe fiel höher aus als die ihrer Mitangeklagten. Auf politischen Versammlungen auch in Bremen waren ihre Hauptforderungen: „Verkauft eure Arbeitskraft so teuer wie möglich! Fordert Einsicht in die Gewinne und ihre Verteilung!“ Sie war eine glänzende Rednerin und von der Reaktion gefürchtet.

Der Krieg hatte auch innerhalb Deutschlands verheerende Auswirkungen: Hunger, Kälte und Krankheit durch Mangelernährung. Der tägliche Überlebenskampf war der Kampf der Proletarierin. Im „Steckrübenwinter“ zur Jahreswende 1916/17 mit bis zu minus 22 Grad Celsius, der auch als „Hungerwinter“ bezeichnet wird, kam es zu Hungerdemonstrationen, die hauptsächlich von Frauen ge-

tragen wurden. **Anna Pöhland** schrieb ihrem Mann, der im Krieg war, von der Demonstration anlässlich einer Knochen- und Schälrippenvergabe, angeordnet durch die Militärbehörde: „Da der Andrang in der Osterstraße nicht mehr zu bewältigen war – die Frauen standen in Sechserreihen mehrere Straßenzüge lang –, wurde nun auf dem Schlachthof der Verkauf eingerichtet, doch als ich bereits eine Stunde dort gestanden hatte, hieß es, dass die Karten, die man erst lösen musste, verausgabt waren. Da waren wir mit einigen Genossinnen bereit zu demonstrieren. Wir gingen zu den Frauen und sagten, dass wir zur Lebensmittelkommission gehen wollten. Es dauerte eine Viertelstunde, da hatten wir einige hundert Frauen, die dahin zogen."

Knochen und Rippen wurden vergeben! Da fragt man sich: Wer bekam das Fleisch? Anfangs noch Hungerrevolten, bekamen Demonstrationen bald auch politischen Charakter. Bereits 1916, nach der Festnahme von Karl Liebknecht wegen seiner Antikriegsrede am 1. Mai, kam es auch in Bremen zu Demonstrationen. Darunter waren viele männliche und weibliche Jugendliche und Frauen. „Tausende von Arbeiterfrauen, deren Männer vielfach den Rock des Kaisers trugen, drangen in Kolonnen in die Innerstadt ein. Die berittene Polizei antwortete mit Säbelattacken", beschrieb **Charlotte Kornfeld** die Auseinandersetzungen. Sie war Redakteurin der „Arbeiterpolitik" und arbeitete und lebte mit Johann Knief zusammen.

In der Stadt Bremen mit damals halb so vielen Einwohner(innen)n wie heute gab es etwa 12.000 Arbeiterinnen; 3.400 waren gewerkschaftlich organisiert. Die Organisierung der Dienstboten war ein Hauptanliegen von **Elise Kesselbeck**. Sie war 1892 nach Bremen gekommen, um als Dienstmädchen eine Stellung anzutreten, und hatte sich in der Dienstbotenbewegung engagiert, die um die Jahrhundertwende entstand und die Abschaffung der reaktionären Gesindeordnung anstrebte. Elise Kesselbeck war in der SPD aktiv und organisierte sich gegen Ende des Ersten Weltkriegs bei den „Bremer Linken", die sich im November 1918 als „Internationale Kommunisten" konstituierten. Auf der vom Arbeiter- und Soldatenrat am 10. 11. 1918 einberufenen Frauenversammlung, bei der es um das Frauenwahlrecht für die Bürgerschaft ging, wurde Elise Kesselbeck zusammen mit Anna Stiegler ins Büro gewählt. 2.000 Menschen, hauptsächlich Frauen, waren gekommen.

Käte Ahrens, Herausgeberin der Zeitung „Der Kommunist", begründete auf dieser Versammlung die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts: „Der revolutionäre Umwälzungsprozess ist nicht von selbst gekommen. Wir Linksradikalen und die Unabhängigen haben auf ungesetzlichem Wege, etwa durch Flugblätter, tüchtig vorgearbeitet. Wir wollen jetzt nicht mehr fordern, wir wollen dekretieren, die Gesellschaft kann keinen Tag ohne Frauenarbeit existieren!" Es ist bekannt, dass Frauen, als Schwangere getarnt, Flugblätter unter ihrer Kleidung versteckten. Warum nun waren diese Diskussionen notwendig? Nachdem Alfred Henke im bürgerlichen Parlament immer wieder auf dem Frauenwahlrecht bestanden hatte, wurde er in der revolutionären Situation schwankend und wollte die Umsetzung

auf zwei weitere Jahre verschieben, um die Frauen erstmal politisch zu bilden. Mit dieser Vorgehensweise zog er sich den Zorn der bürgerlich-liberalen wie den der linken Frauen zu. Das Frauenwahlrecht wurde durchgesetzt.

Er schien vergessen zu haben, was **Rosa Luxemburg** sagte: „Die Proletarierin braucht politische Rechte, weil sie dieselbe wirtschaftliche Funktion in der Gesellschaft ausübt, ebenso für das Kapital rackert, ebenso den Staat erhält, ebenso vom ihm ausgesogen und niedergehalten wird wie der männliche Proletarier. Sie hat dieselben Interessen und benötigt zu ihrer Verfechtung dieselben Waffen. Ihre politischen Forderungen wurzeln tief in dem gesellschaftlichen Abgrund, der die Klasse der Ausgebeuteten von der Klasse der Ausbeuter trennt, nicht im Gegensatz von Mann und Frau, sondern im Gegensatz von Kapital und Arbeit."

Die 20-jährige **Gesine Becker** – verheiratet, ein Kind – war eine der wenigen Frauen im Arbeiter- und Soldatenrat. Dort forderte sie energisch die Gleichstellung der Frauen bei den Arbeitseinkommen und der Erwerbslosenfürsorge sowie die Erhöhung der Versorgungssätze der „Kriegerfrauen". Sie kämpfte aktiv gegen den Paragraphen 218, der für sie die Ausnahmebestimmung gegen das weibliche Geschlecht ist: „Der Paragraph 218 hat nur für Frauen des Proletariats Geltung, die durch ihn zu Gebärmaschinen herabgedrückt werden."

Die Bremer Räterepublik ist durch den Angriffsbefehl der Mehrheitssozialisten Ebert und Noske an die Division Gerstenberg blutig niedergeschlagen worden. Im Anschluss daran hatte Elise Kesselbeck die Aufgabe, im Gewerkschaftshaus die Trauerfeier für die Opfer des 4. Februar zu gestalten. Sie umrahmte die Gedenkstunde mit Gedichten von Heinrich Heine und Ada Negri und rief die Überlebenden zum Befreiungskampf für das Proletariat auf. Und wo stehen wir heute?

Noch immer sind hauptsächlich Frauen zuständig für die Reproduktions- und Familienarbeit. Die unsichtbare, auf Unentgeltlichkeit basierende Ökonomie, die als Grundlage für jede bezahlte Arbeit dient, ist immer noch eine sehr weibliche Welt – und in einer gewinnorientierten Wirtschaft, in der alles lediglich nach seinem finanziellen Wert beurteilt wird, hat sie einen niedrigeren Status als je zuvor. Die unentgeltliche Aneignung häuslicher Arbeitsleistung ist eine der Grundlage für kapitalistisch orientierte Wirtschaftssysteme. In diesen hat die betriebswirtschaftliche Orientierung grundsätzlich Vorrang vor der volkswirtschaftlichen. Die weiblich zugeordneten Reproduktionsarbeiten rechnen sich jedoch vorrangig gesamtgesellschaftlich, denn bis heute werden 70 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt; diese Aufgabe wird weitgehend von Frauen geleistet.

1,6 Millionen Frauen sind auf staatliche Unterstützung angewiesen. Die größte Gruppe mit 26 Pozent sind alleinerziehende Frauen. Seit Qualifizierungsmaßnahmen für Berufsrückkehrerinnen in eine „Soll-Bestimmung" (SGB III, Paragraph 8) umgewandelt wurden, haben Frauen, die längere Zeit Erziehungs- oder Pflegearbeiten geleistet haben, kaum Aussichten auf eine Finanzierung von Weiterbildung durch die Agentur für Arbeit. Im Erwerbsleben sieht es nicht viel besser aus. Jede siebte erwerbstätige Frau kann ihren überwiegenden Lebensunterhalt

nicht aus ihrer Erwerbstätigkeit bestreiten. Die von Frauen am häufigsten ausgeführte berufliche Tätigkeit die der Raumpflegerin.

Dort, wo Frauen arbeiten, verdienen sie selbst auf gut bezahlten Arbeitsplätzen durchschnittlich etwa 25 Prozent weniger als Männer. 2003 war die Hälfte der Studierenden, die einen Abschluss vorweisen konnten, weiblich. Beim wissenschaftlichen Personal jedoch betrug der Frauenanteil nur noch 28,6 Prozent. Im Jahre 2004 waren Professorinnen mit rund 13 Prozent und C4-Professuren mit etwa neun Prozent an den Universitäten vertreten. Daran wird deutlich: Mit den höheren Positionen und Verdienstmöglichkeiten verringert sich der Frauenanteil an den Universitäten.

Die Kategorie „Erwerbsbeteiligung“, die von dem Statistischen Bundesamt angewandt wird, weist den Anteil der 15- bis 64-Jährigen in der Bevölkerung aus, die entweder einen Erwerbsarbeitsplatz haben oder als arbeitslos registriert sind. Diese Definition ist aus frauenpolitischer Perspektive hoch problematisch: Personen, die als „arbeitssuchend“ bei der Arbeitsagentur gemeldet sind, treten in der Statistik nicht in Erscheinung. Das gilt auch für diejenigen, die wegen einer sogenannten Bedarfsgemeinschaft – das Zusammenleben mit einem oder mehreren anderen Menschen wird als ökonomische Einheit definiert – keine finanziellen Unterstützungsleistungen von der Arbeitsagentur beziehen.

Personen, die erwerbstätig sein wollen, wenn ihnen ein angemessener Arbeitsplatz angeboten würde, werden als „Stille Reserve“ bezeichnet. Hierbei handelte es sich 2003 in der Mehrzahl um Frauen: 83 Prozent. Es sind mehr als eine Million weiblicher Personen. Die stetige Entwicklung der Produktivkräfte, in der in immer kürzerer Zeit immer mehr produziert wird, geht nicht einher mit kürzeren Arbeitszeiten, sondern mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen und mit deren Verlagerung in „Billiglohnländer“. Ein kontinuierlicher Zuwachs von Erwerbslosigkeit ist die Folge.

Der Reichtum, den die „lebendige Arbeitskraft“ schafft, schlägt sich in den verschärften kapitalistischen Konkurrenzkämpfen als Armut für die Arbeitenden nieder. Der Abbau staatlicher Systeme der sozialen Absicherung tut ein Übriges dazu. Das trifft Männer wie Frauen. Deshalb möchte ich schließen mit den Worten: „Solange sie uns entzweien, bleiben sie doch unsere Herren. Darum vorwärts und nicht vergessen: die Solidarität!

Ansprache von Heike Hey zur Gedenkfeier „90 Jahre Bremer Räterepublik“

Das diesjährige **Schaffermahl** wird begleitet von einem **Warnstreik** der GEW am **Freitag**, dem **13. Februar 2009**. Alle aufgerufenen Beschäftigten aus den Schulen sammeln sich um 11 Uhr am Goetheplatz und treffen sich dann mit dem Demonstrationszug von Verdi und GdP vor der Domsheide. Auf dem **Marktplatz** findet um **12 Uhr** die Abschlusskundgebung statt.

Stasi im Kapitalismus angekommen

Michael Glos hat seinen Hut genommen, es herrscht Chaos in der Regierung. Der nächste Wirtschaftsminister gehört wieder den alten Rittern, den bekannten Blutsaugern der Zeit der Bauernkriege, an: der Freiherr von und zu Guttenberg. Da kann er dann gleich der Frau Schaeffler beim Gewichtheben mit Conti mit ein paar Milliarden unter die Arme greifen. Hinter den Kulissen hat schon das Hauen und Stechen begonnen, wer, was und wie viel abkriegt vom großen Kuchen des Konjunkturpakets und in der Parteienhierarchie. Im Moment scheint mal wieder die CDU vorn zu liegen beim Fetzenfliegenlassen. Frau Merkel ist noch zu sehr mit dem Papst beschäftigt und blickt nicht durch. Wenn das so weitergeht, steht uns ein wahrhaft heißes Frühjahr bevor!

Aber die SPD braucht sich nicht ins Fäustchen zu lachen, sie kann schnell wieder zu diesem Chaos-Club dazugehören. Sie deckt mit Minister Tiefensee und manchem Aufsichtsrat, mit willfährigen Betriebsräten und gekauften Gewerkschaftsoberen wie dem „Arbeitsdirektor“ Hansen, die ganze Bespitzelungsaffäre bei der Bahn. Nach Lidl, Telekom und jetzt der Bahn ist die Stasi jetzt in nur etwas modernerer Form im westdeutschen Kapitalismus eingezogen und verinnerlicht. Diese Schnüffelmethoden werden nicht die letzten sein, in der Wirtschaft wie in der Politik. Die Datenschützer kämpfen fast vergebens. Mancher Betroffene glaubt immer noch, dass so etwas gar nicht möglich sei. Der andere Teil ist maßlos empört. Die Datenschützer sagen aber auch, dass die meisten Betriebsräte diese Gefahren viel zu leicht nähmen. Das ist wieder diese Denkweise der SPD-geschwängerten Gewerkschaftsvertreter, die lieber mit Intrigen und Heuchelei den reibungslosen Ablauf des Einlullens der Kollegen zugunsten des Kapitals betreiben.

Am Sonntag fand bei Sonnenschein die Gedenkfeier zu Ehren der Verteidiger der Bremer Räterepublik unter großer Beteiligung statt. Im Anschluss daran gab es im „Westend“ noch ein Kulturprogramm, bei dem Elisabeth für die Bremer Montagsdemo einen Beitrag gehalten hat. Diese gelungene gemeinsame Aktion sollte vielleicht ein Anstoß sein, zum 1. Mai eine neue überparteiliche Plattform anzustreben, die die kämpferischen Kollegen zusammenfasst und den eingefahrenen Gleisen der kraftlosen Gewerkschaftsführung in Bremen etwas entgegensetzt.

In München fand die Militärtagung statt, früher verniedlichend Wehrkundetagung genannt. Einerseits versuchen die dortigen Damen und Herren uns Friedensgesäusel in die Ohren zu blasen, andererseits verabreden sie neue strategi-

sche Schachzüge. Daran sind alle Imperialisten beteiligt. Der Iran bleibt ihr oberster „Schurkenstaat“, auch wenn der Begriff nicht mehr so verwendet wird. Natürlich geht es auch um den der Krieg in Afghanistan und an der Grenze zu Pakistan. Da ist eine Umfraganalyse der ARD interessant, die in Afghanistan durchgeführt wurde. Die Hauptaussage lautet: Die Bevölkerung hat kein Vertrauen mehr in die Regierung Karsai, eine korrupte Regierung von Gnaden der USA. Genauso sieht es mit dem Vertrauen in alle ausländischen Militärverbände aus. Diese Ergebnisse müssen veröffentlicht werden, und eine breite Diskussion muss beginnen mit dem Ziel: Alle ausländischen Truppen raus aus Afghanistan! Rückzug aller deutschen Truppen, wo sie sich auch immer befinden!

Am kommenden Montag wollen wir die bundesweite Delegiertenkonferenz am 28. Februar 2009 in Kassel vorbereiten. Dazu müssen wir hier auf dem Marktplatz in freier Diskussion Forderungen für die Konferenz aufstellen und unsere beiden Delegierten in geheimer Abstimmung wählen. Weiter müssen wir unsere Kandidaten benennen, die für die zentrale Koordinierungsgruppe oder die Revisorengruppe kandidieren sollen und wollen. Ich möchte euch deshalb aufrufen, euch zu überlegen, ob ihr als Delegierte oder Kandidaten für die Koordinierungsgruppe, die in der Regel an drei oder vier Samstagen im Jahr tagt, kandidieren wollt. Die Kadidatenliste wird erst vor der Wahl geschlossen. Also diskutiert das untereinander und macht beim nächsten Mal Vorschläge! Außerdem brauchen wir noch Helfer für den Wahlvorgang. Ich habe bei Udo und Hannelore angefragt, ob sie es machen würden, sie haben schon Erfahrung damit. Aber ihr Gesundheitszustand ist nicht so, dass sie fest zusagen können. Also auch dafür bitte Freiwillige! Ruft die euch bekannten Mitstreiter an, dass sie zahlreich kommen, damit wir auch einen guten Rückhalt für unsere Wahl haben!

Jobst Roselius

Mehr Vornamen als Pippi Langstrumpf: „Wilhelm“ Von und Zu als skrupelloser Durchsetzer der Profitinteressen der Monopole bewährt *(„Rote Fahne“)*

Der Senat fühlt sich nicht für die sozialen Härten verantwortlich

1. Frau Merkel hat gesagt, die Schulden aus der Wiedervereinigung seien inzwischen getilgt worden. Das ist nicht richtig. Diese Schulden haben nur einen neuen Namen bekommen und wurden in den normalen **Haushalt** des Bundes aufgenommen. Hat Frau Merkel das gar nicht bemerkt – oder, gemeinsam mit Herrn Steinmeier, bewusst gelogen? Frau Merkel, die Bundeskanzlerin – jetzt noch?

Auf der 216. Bremer Montagsdemo habe ich erneut die unterlassene Steuerfahndung und Ähnliches als Quelle für die leeren Kassen gesprochen, etwa die Behinderung der entsprechenden Mitarbeiter durch eigene Vorgesetzte. Bisher war mir nur die Fehlverwendung der Planstellen für Betriebsprüfer in Bremen bekannt. Diese Dienststelle befindet sich auf dem „Weg der Besserung“. Am 3. Februar 2009 stand im „Weser-Kurier“, dass die Wirtschaftsabteilung der Staatsanwaltschaft leidet: „Steter Wechsel bremst die Ermittler“. Die Stellen in der Wirtschaftabteilung der Staatsanwaltschaft seien zum Teil über Jahre unbesetzt geblieben, so der Personalratsvorsitzende. Dies ist kein neuer Engpass. Die Verjährung, die auch Herrn Zumwinkel half, hat auch in Bremen einen Teil der bisherigen Arbeit vernichtet, zum Wohle der Täter, und es wird nie geklärt, wie teuer den Bürger diese Unterlassungen zu stehen kommen!

2. Der § 22 SGB II regelt, dass die angemessenen „**Kosten der Unterkunft**“ – normalerweise Miete genannt – und die Heizkosten dem Leistungsempfänger von der Arge erstattet werden, in tatsächlicher Höhe. Die Kosten der Unterkunft sind von der Gemeinde zu zahlen. Die Freie Hansestadt Bremen erhält von der Bundesregierung eine teilweise Erstattung dieser Kosten. Folglich fallen die Kosten der Unterkunft unter die Regelungshoheit der Gemeinde. Bremen hat dazu eine Verwaltungsanweisung erlassen. Eine solche ist allerdings keine Rechtsgrundlage.

Veröffentlicht wurde zunächst nur eine elfseitige Kurzfassung. Die Arbeitsunterlage der Bagis, die Vollversion mit 57 Seiten mit Stand vom 1. Dezember 2008 wurde von der Freien Hansestadt Bremen jetzt ebenfalls veröffentlicht, nachdem die Vollversion zunächst nur beim „Sozialen Lebensbund“ zu finden war (Stand: 1. November 2007). Wer Änderungen zwischen beiden Fassungen feststellen will, muss sie miteinander vergleichen.

Beide Verwaltungsanweisungen sind überholt, weil die Ergebnisse der Abteilungsleiterbesprechungen dort nicht „eingepflegt“ werden. Auch die Sachbearbeiter erhalten diese Entscheidungen nicht. Es gibt angeblich nicht einmal eine gesonderte Aufzeichnung über sie. Nur in den Sitzungsprotokollen steht etwas davon, aber ist es vollständig? Jedenfalls sind darin teilweise Namen genannt. Können diese Entscheidungen deshalb nicht veröffentlicht werden?

Die Änderung in § 22 SGB II zum 1. Januar 2009 macht es möglich, und die Bagis besteht darauf: Wer umzieht und „angemessen“ gewohnt hat, darf in der neuen Wohnung nicht mehr bezahlen. Die Bagis zahlt, wenn die neuen Kosten der Unterkunft zwar „angemessen“, aber höher sind, auch nur die Kosten der Unterkunft in der bisherigen Höhe. Dies bedeutet aber nicht, dass, wer aus Kostengründen in eine zu kleine Wohnung gezogen ist, nunmehr auf diese Miet-

höhe begrenzt ist. Wer in einer zu kleinen Wohnung haust, wohnt eben *nicht* angemessen! Die Wohnung mit der angemessenen Wohnfläche darf somit teurer sein. Die angemessene Wohnungsgröße richtet sich nach dem Bremischen Wohnungsbauförderungsgesetz.

Es gibt weitere Ausnahmen. Die in der „Verwaltungsanweisung Wohnen“ auf Seite 29 genannten Untergrenzen sind falsch, obwohl der Hinweis auf die Rechtsgrundlage richtig ist. Für eine Person beträgt die Untergrenze 44 Quadratmeter Wohnfläche – und nicht 25, wie es diese Verwaltungsanweisung aussagt. Wie gesagt, Verwaltungsanweisungen sind keine Rechtsgrundlage, sondern nur eine Anweisung an die Verwaltung! Viele andere Aussagen dieser Verwaltungsanweisung stimmen ebenfalls nicht mit den Rechtsgrundlagen überein. Entscheidungsbedarf wird auch dort genannt, wo einfach nur zu bewilligen ist.

Bei den Wohnungsbeschaffungskosten kommt es *nur* auf den vorherigen Antrag an, nicht auf die vorherige Genehmigung. Es steht alles in den vorherigen Beiträgen zur Bremer Montagsdemo (und weiter unten in der Antwort des Senats zur Frage 11). Wer Kürzungen hinnehmen soll, einen Umzug plant oder wissen will, wie dies geht: Wir gehen mit! Wer wenig Geld hat und nicht ALG II oder Grundsicherung bezieht, sollte einfach mal lesen. Studenten, Auszubildende oder Umschüler machen viel zu wenig von den Möglichkeiten Gebrauch. Kosten der Unterkunft gelten in diesen Fällen nicht als Leistungen nach dem SGB II – diese Leistungen können somit selbst bei Ausschlusstatbeständen beantragt werden!

Die Bagis fordert noch immer zum Umzug auf. Abgearbeitet werden jetzt die Überschreitungen der Mietobergrenzen dieser Verwaltungsanweisung um 30 Prozent. Die Bagis macht immer noch keine rechtsfähige mehrstufige Angemessenheitsüberprüfung. Dr. Christian Link hat die richtungweisenden Urteile des Bundessozialgerichts ausgewertet und eine Handlungsanleitung für diese einzelfallbezogene mehrstufige Angemessenheitsüberprüfung erarbeitet. Die Bagis wird sich umstellen müssen. Ohne die Beachtung dieser Grundsätze sind keine gerichtsfesten Bescheide möglich. Kernfrage ist die Miete pro Quadratmeter bei einer Neuanmietung. Dies muss die Bagis endlich umsetzen, siehe weiter unten in der Antwort des Senats zur Frage 12.

Das Sozialgericht der Freien Hansestadt Bremen hat mit Beschluss vom 22. Janaur 2009 die jetzigen Mietobergrenzen als nicht ausreichend begründet und zu niedrig verworfen. Das Sozialgericht Bremen ist erst seit dem 1. Januar 2009 für Klagen zum SGB II zuständig. Es hat im Eilverfahren entschieden, vorläufig die Werte der neuen, seit 1. Januar 2009 gültigen Wohngeldtabelle anzuwenden. Die exakte Bestimmung der „angemessenen“ Kosten der Unterkunft bleibt dem Hauptverfahren vorbehalten. Die vorläufig akzeptierte Miete beträgt 358 Euro plus Heizung für eine Person. Die Größe der Zweizimmerwohnung beträgt 48 Quadratmeter.

Das Sozialgericht hat auch nachvollziehbar begründet, warum die bisherigen Mietobergrenzen falsch sind. Die Berichte der „Gewos GmbH“ sind keine ausreichende Grundlage. Das Gericht hat keine Ermittlungen zur aktuellen Miete bei

Neuanmietung angestellt. Dieser Beschluss des Sozialgerichts Bremen wurde am Sonntag in der Deputationssitzung besprochen. Es gab keinen Beschluss zur Erhöhung der Mietobergrenzen in Bremen. Jeder, der einen Teil seiner Kosten der Unterkunft selbst tragen muss, sollte einen Widerspruch einlegen, für ältere Bescheide einen Antrag auf Überprüfung stellen und notfalls Klage erheben, für die aktuellen Kosten im Eilverfahren. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Die Wohngeldtabelle nennt folgende Bruttokaltmieten: für eine Person 358 Euro, zwei Personen 435, drei 517, vier 600, fünf 688, sechs 771 Euro. Damit kann jeder seine Mietkürzungen überprüfen. Bei diesen Beträgen jeweils einen eventuellen Zuschlag aufgrund der aktuellen Mieten bei Neuanmietung berücksichtigen!

Das Bundessozialgericht hat ein Urteil zu den Tilgungsraten bei selbstgenutztem Wohneigentum gefällt (Aktenzeichen B 14/11b AS 67/06 R). Eine interessante Entscheidung! Wer Tilgungen leistet, sollte den Antrag auf Übernahme als Kosten der Unterkunft stellen, und zwar in voller Höhe, weil die „angemessene“ Miete ungeklärt ist. Zitat: „Der Grundsicherungsträger hat im Hinblick auf den Gleichbehandlungsgrundsatz auch bei einem Eigentümer von selbstgenutztem Wohneigentum von angemessener Größe die Kosten zu übernehmen, die er unter vergleichbaren Voraussetzungen für eine angemessene Mietwohnung tragen würde.“ Wie dies geht? Wir gehen mit!

3. Der Bremer Senat hat eine Anfrage der Fraktion „Die Linke“ zum Thema „**Wohnungszustände** und soziale Lage in der Stadtgemeinde Bremen“ beantwortet. Diese Anfrage wurde am 15. Oktober 2008 gestellt und am 3. Februar 2009 vom Senat beantwortet. Die Mailinformation stammt vom Mittwoch, dem 4. Februar, 15:26 Uhr, also just dem Tag, als zur Frage der Mietobergrenzen eine Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht stattfand. Das Lesen lohnt sich.

So stellt der Senat in Antwort zu Frage 2 fest: „Aus Sicht des Senats ist eine Wohnung dann adäquat, wenn sie unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße ausreichend groß ist, besondere Anforderungen (zum Beispiel aufgrund des Alters oder einer Behinderung) berücksichtigt und den gesetzlichen Bestimmungen (insbesondere der Landesbauordnung, siehe Antwort zu Frage 8) entspricht.“ Anmerkung: Die „angemessene Wohnungsgröße“ richtet sich nach dem Bremischen Wohnungsbauförderungsgesetz; in der Landesbauordnung stehen andere Vorschriften zur Beschaffenheit der Wohnungen.

In der Antwort zur Frage 6 heißt es: „Der Senat stellt für den Wohnungsmarkt der Stadtgemeinde Bremen in Bezug auf Haushalte mit geringem Einkommen eine ausreichende Angebots- und Nachfragerelation fest. Ein zusätzlicher Bedarf besteht bei preiswerten Kleinwohnungen, insbesondere für Alleinstehende.“ Anmerkung: Für eine Person beträgt die Untergrenze 44 Quadratmeter Wohnfläche! Bezeichnet der Senat dies als „Kleinwohnung“?

Die Antwort zur Frage 11 wird viele erstaunen, denn entsprechende Anträge werden meistens abgelehnt. Die Frage betreffs der akzeptierten Umzugsgründe lautet: „Werden in diesen Fällen Umzugskosten, Kosten für Einrichtungsgegen-

stände, Kaution, Deponat und sonstige Kosten übernommen? Wenn ja, in welcher Höhe?“ Die Antwort: „Bei einem Wechsel der Wohnung entstehen Kosten für die Wohnungsbeschaffung und den Umzug. Das sind alle Kosten, welche mit einem Wechsel der Wohnung verbunden sind. Über eine Übernahme solcher Kosten entscheiden das Amt für Soziale Dienste respektive die Bagis im Einzelfall. Ist ein Umzug erforderlich und sind die damit verbundenen Aufwendungen notwendig und der Höhe nach vertretbar, werden sie in der Regel bewilligt. Entsprechendes gilt für Kautionen oder Deponate.“

Anmerkung: Für Deponate werden Rückzahlungsvereinbarungen getroffen und monatlich die Regelleistungen gekürzt. Diese Verträge sind rechtswidrig! Das Deponat ist erst bei Beendigung der Hilfebedürftigkeit oder des Mietvertrages rückzahlbar. Gleiches gilt etwa für Genossenschaftsanteile als Voraussetzung für einen Mietvertrag. Die weitere Antwort zur Frage 11 verweist auf Seite 14 oben auf die Kurzform der „Verwaltungsanweisung Kosten der Unterkunft“ vom 1. September 2008, von der oben erwähnten vollständigen Version steht hier nichts. Die Verwaltungsanweisung für die Empfänger(innen) von Grundsicherung nach SGB XII wurde bisher nicht veröffentlicht. Es soll gemäß der Antwort aber eine geben, mit Stand vom 27. November 2008!

Bei Frage 12 geht es um die mehrstufige Einzelfallprüfung. Die Frage beinhaltet die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts. Die Antwort des Senats lautet: „Die Prüfung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft setzt eine Einzelfallprüfung voraus. Das Amt für Soziale Dienste respektive die Bagis setzen diese Aufgabe entsprechend der Verwaltungsanweisungen zu den Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II respektive § 29 SGB XII um.“ Anmerkung: Diese Verwaltungsanweisungen stimmen nicht mit der Rechtslage überein, siehe oben.

Die Bewertung der in der Verwaltungsanweisung genannten Mietobergrenzen sieht der Senat in der weiteren Antwort zur Frage 12 wie folgt: „Zur Frage der Angemessenheit der Unterkunftskosten in der Stadtgemeinde Bremen stellen die von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales festgelegten Mietobergrenzen Richtwerte dar, die der Verwaltung die Erfüllung des Gebots der Gleichbehandlung gleichgelagerter Fälle erleichtern und die Fälle individueller Abwicklung begrenzen.“ Anmerkung: Damit ist jegliche Grundlage für eine Kürzung der tatsächlichen Kosten der Unterkunft aufgrund dieser Verwaltungsanweisungen rechtswidrig, auch aus der Sicht des Senats. Aber genauso werden die Kürzungen vorgenommen, vom Amt für Soziale Dienste bereits zur Sozialhilfezeit und jetzt auch von der Bagis!

Auf Seite 16 steht am Schluss des oberen Absatzes, dass der Senat sich nicht für diese sozialen Härten verantwortlich fühlt: „Stellt sich im Rahmen der Prüfung der Angemessenheit der anfallenden Kosten der Unterkunft heraus, dass keine der vielfältigen, im gesetzlich zugelassenen Rahmen anerkannten Möglichkeiten zum Zuge kommen kann, die tatsächlichen Kosten der Unterkunft wegen Besonderheiten des Einzelfalles in voller Höhe zu übernehmen, können nur die Betreffenden selbst einen Weg zur Finanzierung eines offenen Kostenanteils suchen;

andernfalls sind sie zur Kostensenkung verpflichtet. Soweit sich daraus soziale Härten ergeben, sind diese durch die gesetzlich vorgegebenen Grenzen bedingt. Der Senat trägt durch seine Regelungen nicht dazu bei, soziale Härten entstehen zu lassen."

Anmerkung: Es steht nirgendwo, dass die Leistungsempfänger die Minderzahlung durch ihre Regelleistung ausgleichen müssen oder auch nur sollen! Der Senat ist verantwortlich für die Kürzungen der Kosten der Unterkunft und damit auch für die Unterschreitung des zur Verfügung stehenden Regelsatzes. Dieser ist die Mindestsicherung und darf nicht „angeknabbert" werden, außer bei Sanktionen – dort steht eindeutig die Kürzung der Regelleistung. Bei den Kosten der Unterkunft steht dies nicht! Hier ist das Urteil des Verfassungsgerichts zu beachten.

Nochmals: „Der Senat trägt durch seine Regelungen nicht dazu bei, soziale Härten entstehen zu lassen." Anmerkung: Der Senat hat per Verwaltungsanweisungen bereits zu Sozialhilfezeiten die mehrstufige Einzelfallprüfung verhindert, und er hat seine Anweisungen an die Bagis, trotz der Bundessozialgerichtsurteile vom November 2006 nicht entsprechend angepasst! Das BSG hat aber nur die alten Urteile des Bundesverwaltungsgerichts aufgegriffen. Der Senat hat die *Gesetzesverstöße* angeordnet und bis heute nichts zur Wiedergutmachung des auf senatorische Anordnung begangenen Unrechts getan, im Gegenteil: Es wird weiterhin die mehrstufige Einzelfallüberprüfung nicht vorgenommen und aufgrund der Mietobergrenzen der Verwaltungsanweisungen die Leistung teilweise verweigert! Dabei werden diese Grenzen starr und nicht als Richtwerte wie in der Antwort zu Frage 12 berücksichtigt!

Es wäre noch viel anzumerken. Am **Dienstag**, dem **17. Februar 2009**, ist diese Antwort des Senats Gegenstand der **Stadtbürgerschaft**. Eine spannende Debatte! Die Verkündung des Urteils zu den Mietobergrenzen ist vom **Oberverwaltungsgericht** auf den **Folgetag** verschoben worden, um **12 Uhr**, Am Wall 198, Sitzungssaal 4. Wer Interesse hat, kann gerne zuschauen! Die Fehler bei der „Ermittlung" der Regelsätze hat derweil das Hessische Landessozialgericht mit entsprechenden Gutachten herausgearbeitet, siehe vorherige Bremer Montagsdemo. Es ist unfassbar! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke")

Ursachen anpacken: Statt einer Schulden- brauchen wir eine Steuersenkungsbremse im Grundgesetz *(„Spiegel-Online")*

Vornamen-Deflation: Walter ab in den Schleimeimer *(„Bild"-Zeitung)*

Ein Gegenpol zur Veranstaltung von SPD und Gewerkschaften

Obwohl wir bei der 218. Montagsdemo in Bremen am 9. Februar 2009 um 17:30 Uhr mit nasskaltem Wetter zu kämpfen hatten, bleibt es doch länger hell, und wir bemerkten, dass mehr Menschen über den Marktplatz kamen und für kurze Gespräche offen waren. Unser Flugblatt wurde gut genommen. Um unseren Lautsprecher versammelten sich wieder mehr als 25 Teilnehmer.

Wichtiges Thema war das Gedenken an die Verteidiger der Bremer Räterepublik, das am 8. Februar um 11 Uhr auf dem Waller Friedhof unter relativ großer Beteiligung linker Organisationen und Parteien stattgefunden hatte. Bei Sonnenschein und flatternden roten Fahnen gab es dort Beiträge zur Einordnung der Ereignisse vor 90 Jahren in die Geschichte und die jetzigen Aufgaben. Dargestellt wurde die besondere Rolle kämpferischer Frauen in den Tagen der Räterepublik. Es gab auch einen Beitrag von einem linken Jugendlichen. Durch unser gemeinsames Auftreten – auch die Initiative Bremer Montagsdemo gehörte zu den Veranstaltern – setzten wir bewusst einen Gegenpol zur Veranstaltung von SPD und Gewerkschaften eine Woche zuvor, die mit dem ehemaligen Bürgermeister Koschnik einen typischen Vertreter der Richtung aufgeboten hatte, die in der Nachfolge von Ebert, Noske und Scheidemann Politik macht und heute die Hartz-Gesetze gutheißt. Nach unserer Gedenkveranstaltung gab es noch ein Kulturprogramm im nahegelegenen Kulturzentrum „Westend“ bei Kaffee und Kuchen. Hier kam dann auch der Beitrag unserer Initiative zu Gehör.

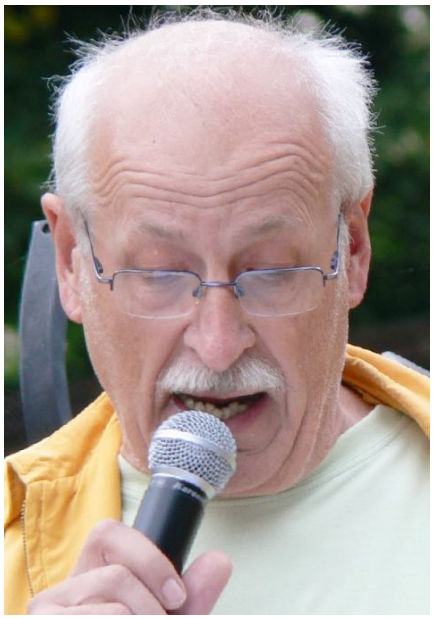
Auf der Montagsdemo wurde weiterhin auch von der Sitzung der Sozialdeputation berichtet, wo man an bestimmten Vorgängen und Entscheidungen nicht vorbeikommt, weil die Dienstanweisungen der Hartz-IV-Behörden gegen die Menschen nicht mehr haltbar sind. Am kommenden Montag wollen wir, die Initiative Bremer Montagsdemo, mit Wahlen und Forderungen die 6. bundesweite Delegiertenkonferenz der Montagsdemobewegung vorbereiten. Wir werden in geheimer Abstimmung Delegierte wählen und Kandidaten für die zentrale Koordinierungsgruppe benennen. Wir freuen uns auf rege Beteiligung und große Unterstützung!

Jobst Roselius für die „Bundesweite Montagsdemo“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

219. Bremer Montagsdemo am 16. 02. 2009

Von denen, die den Hals nicht vollkriegen können



Mir kann keiner, was kostet die Welt? Die Menschen werden zwar immer ärmer und haben viel zu wenig Geld. Der Staat hat genug mit sich zu tun, macht in meinen Augen zu viel Mist. Hoffentlich bleibt es so, wie es ist!

Mir kann keiner, es ist zum Lachen, ich kann einfach mit meinem Geld alles machen. Ich stelle mich hin und fange an zu klagen. Nach der Wahrheit wird sowieso niemand fragen.

Mir kann keiner, ich biege mir die Zahlen hin. Selbst in der Pleite sind noch Boni drin, und die nehme ich mit, auf jeden Fall! Dann bin ich fein raus, auch beim größten Knall.

Mir kann keiner, ich kann sogar mit faulen Zahlen immer noch weiter prahlen, und läuft es mal nicht so gut, dann wird eben gelogen und beschissen, und Steuern, die spare ich auf meine Weise: Dazu begebe ich mich nur auf eine kleine Reise.

Mir kann keiner, ich kann einfach machen, was ich will, und Vater Staat verhält sich sowieso immer still. Mich zu kontrollieren, das kommt überhaupt nicht in Frage! Ehe die das begreifen, vergehen noch viele Tage, wenn nicht sogar Jahre, und wenn überhaupt, dann wird vor Gericht geklagt: Was ist erlaubt?

Mir kann keiner, bis auf den, der mein Geld nicht will, der zu sehr aufpasst, bei dem bin ich lieber still, denn wie sprach doch ein kluger Dichter: Wo kein Kläger, da auch kein Richter, und in der Krise, die wir jetzt haben, da will ich schließlich nicht auch noch darben.

Mir kann keiner, sei still, sag ich zu mir, und nicht zu sehr gelacht, dass niemand mir je auf die Schliche kommt und plötzlich noch erwacht und mir mein schönes Leben womöglich zur Hölle macht!

Udo Riedel (parteilos)

„Offener Kanal“ berichtet wöchentlich über Montagsdemo Stendal

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter gegen Hartz IV und den Sozialabbau der Stadt Bremen und Umgebung! Ich nehme an, so darf ich euch doch nennen? Ich möchte mich erst mal vorstellen. Mein Name ist Günter Buhtz. Ich bin parteilos, Hartz-IV-Opfer und komme aus einer Stadt, die wie Bremen einen Roland hat, nämlich aus Stendal, der größten Stadt im Norden von Sachsen-Anhalt. Dort gehöre ich zu den Hauptrednern unserer Montagsdemo. In Absprache mit unserem Organisator Jörg Feuerschütz soll ich euch solidarische Grüße übermitteln!

Wir sind circa 20 bis 30 aufrechte Bürgerinnen und Bürger, die jeden Montag um 18 Uhr auf dem Stendaler Marktplatz demonstrieren. Unterstützt werden wir vom regionalen Fernsehsender „Offener Kanal“, der wöchentlich darüber berichtet. Heute haben wir die 217. Kundgebung. Ich wäre auch mit dabei, aber ich bin vor Kurzem in Bremen Opa geworden. Da ich mich ständig via Internet über die Bremer Montagsdemo informiere, ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, heute an eurer Demonstration teilzunehmen!

Aus euren Reden am Offenen Mikrofon habe ich so manchen Informationsstoff herausgesucht. Glaubt mir, das ist manchmal gar nicht so einfach, Woche für Woche eine Rede auszuarbeiten, obwohl die Hofberichtsorgane der Großen Koalition genügend Zündstoff liefern! Deshalb möchte ich mich hier und heute dafür bedanken!

Eine Bitte habe ich noch an euch: Wenn es am **28. Februar 2009** wieder in **Kassel** eine bundesweite **Delegiertenkonferenz** der Montagsdemonstrationen gibt, an der sicher eine Abordnung von euch teilnimmt, sagt den Mitstreitern dort, dass es nach wie vor eine Montagsdemo in Stendal gibt! Leider können wir uns eine Teilnahme an der Konferenz finanziell nicht leisten, und nach Magdeburg haben wir seit geraumer Zeit auch keinen Kontakt mehr. In vielen kleineren Städten bei uns gibt es keine Montagsdemo mehr. Wir aber lassen uns nicht unterkriegen und machen weiter! Unsere Forderung ist nach wie vor: Hartz IV muss weg!

Günter Buhtz (parteilos, Montagsdemo Stendal)

Fast neun Prozent Schrumpfung im Jahr: Deutsches Wirtschaftsmodell in der Krise *(„Financial Times“)*

Von wegen Sozialismus: Nicht die Vermögen, die Schulden der Banken werden sozialisiert *(„Tageszeitung“)*

Ich wollt, ich wär ein Hund: Wer Vögel hält, kann sein Geld fliegen sehen *(„Pfötchenhotel“)*

Jugend wird darauf eingeschworen, trotz Arbeit arm bleiben zu müssen

1. Wie das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ am Wochenende berichtete, sollen die Befugnisse des Bundesnachrichtendiensts nach dem Wunsch unserer Bundesregierung noch weiter ausgebaut werden. Als ob es die Bürgerrechte nicht schon unanständig zu viel beschneiden würde, wenn die Rechte der Geheimdienste erweitert und die Erlaubnis für heimliche Onlinedurchsuchungen von Privatcomputern gegeben wurden, bekommt die Große Koalition den Hals nicht voll und verlangt erneut nach zusätzlichen Telefonüberwachungen und Datenspeicherungen. Im „Notfall“ soll der BND auch die Telefonanschlüsse von Deutschen im Ausland abhören dürfen. Wie dieser zu definieren ist, das bleibt augenscheinlich dem Gutdünken, dem Wunschdenken im jeweiligen Bedarfsfall überlassen. Noch schmeckt es der SPD nicht, dass die CDU auch die Verknüpfung der Datenbanken des BND mit denen des Bundesamtes für Verfassungsschutz und den Polizeibehörden anstrebt.

Der CSU-Innenpolitiker Hans-Peter Uhl spielt den scharfen Hund mit seiner Forderung, in Zukunft auch die Daten von Jugendlichen zu speichern, um auch „minderjährige Dschihad-Propagandisten“ erfassen zu können. Für diese scheinbare Terroristenhatz der Union soll allen Ernstes die Altersgrenze gesenkt und Daten statt ab 16 Jahren künftig schon von Minderjährigen ab 14 Jahren gespeichert werden dürfen. Reicht es nicht, dass sich fast alle Jugendlichen freiwillig mit einem Handy ausstatten und vermutlich vollkommen unwissend jederzeit geortet werden können? Muss nun auch noch jedes „Ich hab dich ganz doll lieb“ unter den Teenies behördlich dokumentiert werden, um damit angeblich einen angehenden Terroristen bei seinem „heiligen Krieg“ frühzeitig erfassen zu können? Hier baut sich ein unheiliger Krieg gegen die Bürger in einem **Überwachungsstaat** weiter aus! Aber solche Schweinereien sollen sicher erst nach dem 27. September dieses Jahres durchgesetzt werden. Vorher spielen die Politiker uns noch in weiteren Possen das Theater von der „sozialstaatlichen Demokratie“ vor.

2. Am Valentinstag kam es heraus, dass die Post Briefe nur noch an fünf oder sieben Wochentagen zustellen will. Für das bisherige Porto gäbe es dann die Zustellung von Dienstag bis Samstag, gegen ein höheres Entgelt auch am Sonntag und Montag. Dafür müssten allerdings mal wieder die Gesetze geändert werden. Offenbar arbeitet Post-Chef Frank Appel seit Monaten unter höchster Geheimhaltung an diesem kolossal neuen Konzept mit dem wichtigtuerischen Namen „Stra-

tegie 2015“. Neben einer **Briefzustellung** in Standard- und „Premium“-Qualität, die sicher nicht für ’nen Appel und ’n Ei zu haben ist, gebe es ein weiteres Projekt: Dabei würden Briefe von Unternehmern zunächst an die Post gemailt und dann nach Ausdruck auf Papier an die Empfänger weitergeleitet. Die Post hat sich offenbar mit ausländischen Postgellschaften auf einen Übertragungsstandard geeinigt, der nicht nur einen sicheren Versand in kurzer Zeit bewerkstelligt, sondern ihn auch noch um ein Drittel günstiger macht. Mich interessiert in erster Linie, ob damit jetzt auch noch das Briefgeheimnis wegreformiert werden soll! Andererseits bin ich mir fast sicher, dass das Briefgeheimnis eh nur auf dem (Brief-)Papier existiert. Wenn es in ehemaligen Staatsunternehmen wie zum Beispiel der Bahn zur Geschäftspolitik gehört, die komplette Belegschaft einem Screening zu unterziehen, liegt die Vermutung nahe, dass auch ohne Kenntnis der Betroffenen von „höherer Stelle“ darüber Bescheid gewusst wird, wer wem was schreibt!

3. Ist es denn die Möglichkeit: Da erklärte ein Hartz-IV-Bezieher allen Ernstes öffentlich in einem Zeitungsinterview, dass er nebenbei schwarzarbeite, weil ihm das Geld nicht ausreiche! Da darf es eine nun wirklich nicht verwundern, wenn die Sozialbehörde daraufhin die Zahlungen einstellt. Gewissermaßen dreist ist es in meinen Augen, dann auch noch das Gericht um eine einstweilige Verfügung anzurufen, um weitere Leistungen zu erstreiten. Der Mann gab jedoch nicht auf und trat wenige Wochen später im Fernsehen auf, wo er behauptete, dass er bei dem Zeitungsinterview die Unwahrheit gesagt habe und tatsächlich mittellos sei. Er soll auch noch ergänzt haben, dass es kein Gesetz gebe, wonach in Interviews Befragte die Wahrheit sagen müssten. Weiterhin beklagte er, dass sich die Behörde bei ihrer Entscheidung dazu, ihm keine Leistungen mehr zukommen zu lassen, sich nur auf Presseberichte stütze, deren Richtigkeit noch gar nicht bewiesen sei.

Das Frankfurter Sozialgericht lehnte den Eilantrag ab und begründete seine Entscheidung damit, dass der Antragsteller seine Hilfsbedürftigkeit nachweisen müsse. Weil der Mann nicht auf die Frage reagierte, welche Einkünfte er durch die Berichterstattung in den Medien habe, geht das Gericht davon aus, dass keine wirtschaftliche Notlage besteht. Bei entsprechenden Fernsehberichten habe ich mich schon oft gefragt, wie blöde mensch eigentlich sein muss, öffentlich und vor laufender Kamera von eigener **Schwarzarbeit** zu berichten. Ich stellte mir dann immer die Frage, ob die Betroffenen denn nicht selbst bemerken, wie sie sich selbst einer Straftat bezichtigen, oder ob es sich dabei um Otto oder Ottilie Normalverdiener handelte, die gar keine Transferleistungen bekommen und sozusagen eine schauspielerische Darbietung gegen eine entsprechende Gage zum Besten geben und dabei nicht bemerken oder nicht bemerken wollen, wie sie damit alle ALG-II-Bezieher per se in Misskredit bringen.

4. Sogar im reichen Freistaat Bayern gelten fast zwölf Prozent der Bevölkerung als arm, weil sie mit weniger als 885 Euro im Monat auskommen müssen. Natür-

lich erklärte das Sozialministerium geflissentlich, dass die Vermeidung von **Armut** weiterhin höchste Priorität besitze. Weiterhin wurde fröhlich geblubbert, dass dies angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise und der sich abzeichnenden Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt „eine große Herausforderung“ sei – hohle Worthülse, Ende! Vor allem Ältere sind von Armut bedroht. Mit 16,2 Prozent liegt der Armenanteil um 2,5 Prozent höher als im westdeutschen Schnitt. Dies wird dem Umstand zugeordnet, dass Bayern bis 1970 eher ländlich geprägt war und daher die Renten niedriger ausfallen. Noch viel höher ist das Armutsrisiko mit 25,4 Prozent bei Zuwanderern und ihren Nachkommen. Weil die Vermeidung von Armut „höchste Priorität“ besitzt, sinken in Deutschland die Löhne der unteren Einkommensklassen viel stärker als in den anderen europäischen Ländern. Hier findet eine beispiellose Verteilung von unten nach oben statt! Deswegen wurde auch die Vermögensteuer abgeschafft, und es existiert kein Mindestlohn, der diesen Namen verdient. Wahrlich, sehr überzeugend!

5. Nach einer Studie des DBG war Mitte 2008 etwa jeder zehnte in Deutschland lebende Jugendliche auf Hartz IV angewiesen. Mit 900.000 Jugendlichen zwischen 15 und 24 handelt es sich immerhin fast um eine Million Bedürftiger. Wenn die 300.000 Jugendlichen mitgerechnet würden, die Arbeitslosengeld I beziehen oder an Förderkursen teilnehmen, seien sogar etwa 1,2 Millionen Jugendliche förder- oder hilfebedürftig. Es wären sicherlich noch viel mehr, wenn auch die auf null Prozent runtergekürzten jungen Erwachsenen mitgezählt würden! Insgesamt sei hierbei aber weniger die Arbeitslosigkeit das Problem, als vielmehr der zu geringe Verdienst. Schon die ganz Jungen sollen offenbar darauf eingeschworen werden, trotz Arbeit arm bleiben zu müssen. Wenn demgegenüber etwa 3,4 Millionen junger Erwachsener unter 25 Jahren einen sozialversicherungspflichtigen Job haben, dann kommt auf drei erwerbstätige Jugendliche einer, der eine Grundsicherung erhalte. Dass die **Jugendarbeitslosigkeit** gesunken sein soll, halte ich nicht für eine Tatsache, sondern wieder für einen erneuten Rechentrick, der wegen der bevorstehenden Bundestagswahl wiederholt arbeitslose Jugendliche nicht bloß von der gesellschaftlichen Teilhabe, sondern nun auch noch von ihrem Vorkommen in der Arbeitslosenstatistik ausgrenzt!

6. Wenn selbst in den „guten“ Jahren die Zahl der Kinder kaum sank, die von Sozialgeldern vegetieren müssen, ist logischerweise zwingend davon auszugehen, dass sie in der Krise wieder zunehmen wird. Vom sogenannten Aufschwung der vergangenen Jahre haben Deutschlands Kinder nicht profitiert, deswegen sollen sie jetzt wenigstens an der Krise teilhaben dürfen. Gerechtigkeit muss schon sein! In den 15 Großstädten mit mehr als 400.000 Einwohnern lebt ein erschreckend hoher Anteil von Kindern und Jugendlichen in bitterer Armut. In Westdeutschland hat Essen jetzt Bremen als Spitzenreiter abgelöst. Wenn 2007 die **Kinderarmut** ihren Höhepunkt erreicht hatte und anschließend sank, dann besaßen die Kinder zwar genauso wenig Geld wie vorher, konnten aber mit Kindergeldzuschlag

und Wohngeld aus dem Hartz-IV-Bezug entfernt werden. Bis zur Wahl müssen noch stapelweise Jubelmeldungen erfolgen! Klar, arme Kinder gibt es immer nur in Kombination mit armen Eltern. Kinderarmut ließe sich leicht verhindern, wenn es flächendeckende Mindestlöhne gäbe – und Sozialleistungen, die diesen Namen auch verdienen!

7. Nach einer repräsentativen Untersuchung durch „Infratest-Dimap“ sind 48 Prozent der Befragten für ein *soziales* **Konjunkturprogramm** und deswegen wohl auch nur 36 Prozent mit demjenigen der Bundesregierung einverstanden. Kein Wunder, dass die Bürger mehrheitlich nicht wirklich vom 50-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket der Großen Koalition überzeugt sind! Die Bürger wollen ein sozialeres Konjunkturpaket, das die Hartz-IV-Sätze dauerhaft erhöht und sich für anständige Mindestlöhne sowie für eine menschenwürdige Versorgung von armen Menschen einsetzt. Konjunkturimpulse und Gerechtigkeit könnten Schwestern sein, wenn diejenigen das Geld erhalten, die es am dringendsten benötigen und auch ausgeben müssen! Der Befund ist ein herbes Misstrauensvotum für die Große Koalition. Es herrscht Einigkeit darüber, Bildungs- und kommunale Infrastruktureinrichtungen zu sanieren. Doch wenn die Steuerentlastungen diejenigen am meisten begünstigen, die ohnehin sehr gut verdienen, und die Abwrackprämien für alte Autos 25 Mal höher ausfallen als die Kinderprämie, dann kann es mit der Gerechtigkeit nicht weit her sein! Aber die Große Koalition ignoriert mit Bedacht den Zusammenhang zwischen Konjunktur und sozialer Gerechtigkeit. Eigentlich müsste bei der SPD die Alarmglocke schrillen, wenn nur 32 Prozent der Anhänger der *Spezialdemokraten* mit dem Konjunkturprogramm der Koalition einverstanden sind, aber 57 Prozent für das sozialere Projekt votieren.

8. Als die Deputation für Arbeit und Gesundheit letzte Woche über den siebten Jahresbericht des Bremer Krebsregisters debattierte, fand Gesundheitssenatorin Ingelore Rosenkötter es „bedrückend, in welchem Ausmaß ein enger Zusammenhang zwischen sozialem Status und Häufigkeit von bestimmten **Krebserkrankungen** gegeben ist“. Demnach erkranken finanziell arme Menschen häufiger als gut betuchte Bürger an Krebsarten, die durch Tabakkonsum verursacht werden können, also vor allem jenen des Mund-Rachen-Raums, des Magens, der Lunge, aber auch des Gebärmutterhalses und der Harnblase. Die Angehörigen der niedrigsten Gehaltsklasse weisen eine um 80 Prozent erhöhte Erkrankungsrate im Vergleich zur höchstdotierten Gruppe auf. Bei weiblichem Brustkrebs und schwarzem Hautkrebs bei Männern konnte dagegen eine umgekehrte Beziehung zur Einkommensklasse nachgewiesen werden. Die Neuerkrankungsrate fiel hier in der unteren finanziellen Schicht um 20 Prozent niedriger aus als in der höchsten Gehaltsklasse. Dies lässt sich auf den Umstand zurückführen, dass die Frauen aus der finanziell gehobenen Schicht häufiger Hormone eingenommen haben und die Männer durch vermehrte Urlaube und damit verbundene Sonnenbrände eher die Chance auf ein malignes Melanom bekamen. Wie praktisch, wenn die

unteren Schichten durch früheres sozialverträgliches Ableben die Pensionen der Besserverdienenden mitbezahlen!

9. Eigentlich wollte das Jobcenter in Berlin die **Telefonliste** seiner Mitarbeiter geheim halten, um die betroffenen Hartz-IV-Bezieher lieber durch ein vorgeschaltetes Callcenter möglichst weit von sich zu halten und de facto für ihre „Kunden“ nicht erreichbar zu sein. *Uneigentlich* sorgte das „Erwerbslosenforum Deutschland“ nun für die Verbreitung genau dieser Telefonnummern, damit nun jeder ALG-II-Bezieher nun die direkte Durchwahl seines Sachbearbeiters im Jobcenter Pankow finden und sein Anliegen direkt klären kann. Nun müssen die finanziell gebeutelten ALG-II-Bezieher nicht auch noch für die 0180-er Nummern teurer Callcenter bezahlen, von denen sie persönlich nichts Positives erwarten können. Die Schreibtischtäter müssen aus der Anonymität geholt und öffentlich gemacht werden, nur so läuft das! Ich hoffe, dass noch viele solcher Listen folgen werden. Dabei müssten derartige Telefonnummern doch eigentlich sowieso öffentlich sein, weil es allzu oft um existenzielle Nöte geht, die unaufschiebbar nach Abhilfe verlangen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Möhren statt „Mohren“: Rosa Kaninchen bekämpft Rassismus *(„Pink Rabbit“)*

Die USA bleiben mit Kriegstreiberei auf Einverleibungskurs

„Völlig neue Töne“ hätten vom 6. bis 8. Februar 2009 im „Bayerischen Hof“ geherrscht, jubelten die Medien übereinstimmend. Denn die 45. „Sicherheitskonferenz“ der versammelten Militärstrategen, Rüstungslobbyisten und Regierungsvertreter(innen) aus den EU- und Nato-Staaten habe „in einem positiven und konstruktiven Geiste“ stattgefunden. Demnach muss die Stimmung zu Zeiten von George „Dabbelju“, der bekanntlich wenig Rücksicht auf die Interessen seiner Verbündeten nahm, wohl öfter reichlich mies gewesen sein! Erinnert sei hier nur an Rumsfelds verächtliche Sprüche über eine angebliche Kriegsunwilligkeit des „Alten Europa“ in Sachen Irak. Frischen Wind – so ist zu hören und zu lesen – habe Obamas Vizepräsident Joe Biden jetzt in die Konferenz gebracht. Gab es wirklich frischen Wind – oder doch nur den alten, sattsam berüchtigten Kriegstreibermief?

Konziliant im Ton, aber hart in der Sache bleiben die USA auch unter der Präsidentschaft Obamas. Konflikte sollten zwar „diplomatisch gelöst“ und die Partner dabei einbezogen werden, Folter sei zu „bestrafen“, doch letztlich hätten die Waffen „unsere Freiheit geschützt“, und das werde sich nicht ändern. So weit der neue Vizepräsident. Dies bestätigt den Eindruck, den wir schon vor der Amtseinführung Obamas vom „neuen Kurs“ in der Friedensfrage hatten. Dazu passt, dass auch in Sachen Nato-Osterweiterung sehr zum Verdruss Russlands alles beim bisherigen Einverleibungskurs bleibt. Dazu passt auch, dass Obama den Krieg in Afghanistan mit noch mehr deutscher Beteiligung so lange fortsetzen will, bis die Nato diesen wichtigsten strategischen Schlüssel zu den Rohstoffreserven des Mittleren Ostens und Asiens fest in der Hand hält!

In Sachen Abrüstung, die naturgemäß nur eine Randerscheinung mit Alibifunktion war, hatten denn auch Kanzlerin Merkel und ihr Kriegsminister Jung nur unverbindliches Wortgeklingel übrig. Von „Rüstungskontrolle“ war da höchst unkonkret die Rede und von „signifikanter Absenkung der nuklearen Gefechtskopfbestände“ – aber bitteschön bloß nicht bei der Nato! Wenn es der Regierung wirklich ernst wäre, warum fordert sie dann nicht endlich den Abzug der 150 amerikanischen Uralt-Bomben aus Büchel? Stattdessen betätigt sich Jung erneut als Einpeitscher und schreckt auch vor dem Kriegsverbrechervokabular der Faschisten nicht zurück: „Durchhaltefähige“ Streitkräfte will er, flexibel und verlegbar sollen sie sein! Darüber hinaus bekundeten Merkel und Jung ihre alte Unterwürfigkeit: Dank an die Verbündeten, gemeint sind vor allem die USA. Dank an die Nato für 60 Jahre „Frieden“! Bekräftigt wurde im Sinne dieses seltsamen Friedens- und Sicherheitsverständnisses, dass der Zusammenschluss und die Perfektionierung der Streitkräfte sowie die innergesellschaftliche Militarisierung im Sinne der Lissabonner Verträge in den EU- und Nato-Staaten unvermindert vorangetrieben werden. Die Bremer Rüstungsbetriebe dürften sich die Hände reiben!

Also alles wie gehabt: Weltweite Kriegseinsätze mit deutscher Beteiligung, auf der anderen Seite Sozialkahlschlag und Flüchtlingsabwehr zwecks Erhaltung einer äußerst fragwürdigen „inneren Sicherheit“. Das heißt, dass Staat und Kapital in der jetzigen Phase der weltweiten Wirtschaftskatastrophe umso mehr glauben, auf Menschenrechte, Menschenwürde und sogenannte Sozialpartnerschaft verzichten zu müssen. Stattdessen wird ganz und gar auf repressive und autoritäre Methoden zur Kontrolle sozialer Konflikte gesetzt. Mit laufender Verschärfung der Hartz-Gesetze und der „Gesundheitsreform“ sowie einer ständig zunehmenden Bespitzelung und Zerschlagung der demokratischen Grundrechte bahnt die Bundesregierung unverdrossen weiter den Weg in den autoritären Polizei- und Militärstaat – ganz im Sinne der schizophrenen Sicherheitslogik der Münchener Konferenzteilnehmer!

Gegen diesen Kriegsrat demonstrierten am vorigen Wochenende in der bayerischen Landeshauptstadt gut 6.000 Menschen. In dem Aufruf des „Aktionsbündnisses gegen die Nato-Sicherheitskonferenz“ heißt es: „Kein Frieden mit der Kriegspolitik! Sie reden von Sicherheit, doch ihre Politik bedeutet Krieg, Folter

und Militarisierung. Dem stellen wir uns mit vielfältigem und kreativem Widerstand entgegen! Diese Proteste sind gleichzeitig der Auftakt für die internationale Mobilisierung gegen die Nato-Propagandashow Anfang April in Straßburg. Wir widersetzen uns einem kapitalistischen Machtsystem, das für Profit über Leichen geht. Zeigen wir den selbsternannten Weltherrschern und Kriegsstrategen: Ihr seid hier in München und überall unerwünscht! Eurer Politik von neoliberaler Wirtschaftsmacht und Ausbeutung, von Aufrüstung und Sozialabbau setzen wir unseren Protest und Widerstand entgegen!“

Teil dieses Protestes bildet hier in Bremen die **6. Strategiekonferenz** der „Kooperation für den Frieden“ gemeinsam mit dem „Bremer Friedensforum“. Der Kongress steht unter dem Motto „60 Jahre Nato – Frieden ist etwas anderes“. Er findet am **Freitag**, dem **20. Februar 2009**, ab **19:30 Uhr** und am Samstag, dem 21., von 9:30 bis 17:30 Uhr im „Konsul-Hackfeld-Haus“ statt. Das Militärbündnis soll einer kritischen Analyse unterzogen und eine friedliche Alternative aufgezeigt werden. Fordern wir gemeinsam mit der Friedensbewegung: Keine weiteren Geburtstagsständchen, stattdessen einen Sarg! Die Nato hat sich überlebt und gehört abgeschafft!

Weitere Termine: Am **Freitag**, dem **20. Februar 2009** gibt es um **12 Uhr** eine **Mahnwache** gegen Bremer **Rüstungsbetriebe** vor dem „Kapitel 8“. – Am **Sonntag**, dem **22. Februar**, laufen **Filme** zum Problem „Menschenrechte: kein Thema in **Palästina**“ ab **11 Uhr** im Kino „Atlantis“, Böttcherstraße. – Am **Mittwoch**, dem **25. Februar**, gibt es um **19:30 Uhr** im „Überseemuseum“ eine **Veranstaltung** mit Moshe Zuckermann, Israel,unter dem Titel „Nach dem **Gaza-Krieg**: Wohin steuert der Nahe Osten?“

2. Erfreuliches gibt es vom **Sendesaal** zu berichten. In einer Mitteilung des Landesamtes für Denkmalschutz heißt es: „Der Sendesaal steht seit dem 2. Februar 2009 rechtskräftig unter Denkmalschutz. Damit ist die vorläufige Unterschutzstellung vom 28. Mai 2008 jetzt in eine endgültige umgewandelt worden.“ Der Sendesaal sei ein Kulturdenkmal aus heimat- und technikgeschichtlichen Gründen, betont Denkmalspfleger Georg Skalecki.

„Radio Bremen“ hatte schon 2008 eifrig den Saal genutzt, weil die Aufnahmestudios im neuen Funkhaus für Konzerte katastrophal ungeeignet sind. Inzwischen werden vor dem historischen Sendesaal die Spuren des jahrelangen Stillstandes nach und nach getilgt. Die Gartenanlagen vor dem Gebäude sollen wieder in einen gepflegten Zustand versetzt werden, wobei ich sehr hoffe, dass dies nicht mit Ein-Euro-Jobbern geschieht! Demnächst werden auch Maler in dem Gebäude aktiv.

Nach dem Hübotter-Konzept soll sich die Finanzierung durch die Vermietung des Sendesaals und der Studios selbst tragen. Sorgen macht allerdings auch hier die Wirtschaftskrise. Wie Peter Schulze von den „Freunden des Sendesaales“ meint, sei es „derzeit nicht möglich, Kosten und Einnahmen seriös zu kalkulieren.“ Damit könnte er wohl recht haben.

Die ersten Konzerte sind allerdings schon geplant. Am 21. und 22. März soll jeweils ein Barockkonzert stattfinden, und am 31. März ist ein Jazzabend mit dem „Tim-McMillan-Trio“ vorgesehen. Ich freue mich schon darauf!

Am Freitag, dem 13. März 2009, findet ab 19:30 Uhr die „Lange Hörsturznacht“ mit namhaften Künstlerinnen und Künstlern, die einst in grauer Vorzeit das Hörfunkprogramm der später eingestampften Kulturwelle „Radio Bremen II“ bereichert hatten. Der Abend steht unter dem Motto „Ohrenschmaus“ und findet wie jedes Jahr in den „Weserterassen“ statt.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“) – siehe auch „Die Linke“

Bereits zweimal mussten wir zwangsumziehen wegen diesem Hartz-IV-Dreck!

Hiermit möchten wir Ihnen Hartz-IV-Erlebnisse mitteilen, wie man mit lobbylosen Leuten besonders in der „Innovationsregion Ulm/Neu-Ulm“ umgeht. Wir sind leider schon ältere Semester, für die Politiker und deren Anhängsel also nur unnötiger Ballast. Bereits zweimal mussten wir zwangsumziehen wegen diesem Hartz-IV-Dreck! Beim ersten Mal hat uns eine Baugenossenschaft eine minderwertige Wohnung aufgezwungen, in der irgendwann die Wasserrohre in der Mauer platzten. Anschließend gab es dadurch einen radikalen Schimmelbefall von der Decke bis zum Boden, doch die Genossenschaft machte nichts und ließ uns im Schimmel zwei Monate lang „wohnen“. Erst mit Hilfe eines Anwalts sind wir herausgekommen. Zuvor erfolgte die Suche nach einer anderen angemessenen Wohnung. Wir haben zwar eine gefunden, jedoch kurz vor dem Zwangsauszug vom nächsten Vermieter, einer Gesellschaft in München, eine andere, auch nach Ansicht der Polizei unvermietbare Wohnung aufgedrückt bekommen, die statt 53,96 nur 46,53 Quadratmeter groß war. Der Anwalt konnte aufgrund des knappen Termins auch nichts mehr machen.

Anderthalb Jahre erleiden wir nun Schikane, Mobbing und Krach mit dem Vermieter und diversen Nebenmietern. Seit dem ersten Tag des Einzugs haben wir mit den beiden Nachbarn rechts und links mehr als nur Ärger. Diese sind der Polizei seit circa acht Jahren bekannt. Wegen denen, so hieß es, sind bereits mehrere Vormieter unserer jetzigen Wohnung ausgezogen. Nun haben wir seit Mitte des Jahres eine Notwendigkeitsbescheinigung von der ach so freundlichen Arge in Bayern, aber man bekommt als Hartzler einfach keine angemessene Wohnung – sei es, dass sie einfach zu teuer ist oder die Vermieter keine Hartz-Leute

wollen. Seit der gewissermaßen vom Anwalt erzwungenen Erteilung dieser Bescheinigung, nachdem bereits die Miete seit März 2008 gemindert wurde, aber die Situation keinesfalls besser wurde, erfolgen Schikanen der Arge durch dubiose Ein-Euro-Jobs ohne Eingliederungsvereinbarung. Es wird kein „Profiling“ gemacht, nicht nach gesundheitlichen Einschränkungen gefragt.

Jetzt hat einer von uns eine sofortige Sanktion von 95 Euro pro Monat erhalten. Es fand keine Anhörung statt, und wir finden nicht mal einen Sozialanwalt. Einen hatten wir, doch dieser fällt uns, statt zu helfen, noch in den Rücken. Hier im Hause ist ein Aus- und Einziehen am laufenden Band. Mittlerweile stehen drei Wohnungen frei, in die freiwillig keiner einzieht. Zwei Wohnungen davon sind unserer Ansicht nach Pseudo-Wohnungen mit Namensschildern. Es wohnt aber keiner drin, wir sehen dort weder tagsüber noch abends Licht. Mitstreiter findet man in dieser ach so tollen „Innovationsregion“ schon gar nicht, obwohl es auch hier genügend Hartz-IV-Leute gibt. Kann uns bitte jemand weiterhelfen? Danke! Im Übrigen ist diese Arge menschenverachtend und böse, eine Sanktions- und Schikanierungsarge erster Klasse. Wir sind momentan dazu verurteilt, auf zerrissenen und kaputten Matratzen zu schlafen.

Was unsere beiden Mieternachbarn anbelangt: Die eine ist eine ältere alleinstehende, schwerstens psychisch gestörte Dame, die Tag und Nacht Lärm macht. Sie lässt ihre Wohnungstür offen, stellt einen Stuhl und eine große Trittleiter davor und wirft beides zu unterschiedlichen Zeiten in der Gegend herum, was natürlich Krach bedeutet. Sie heult und brüllt laut, aus undefinierbaren Gründen. Sie schlägt mit diversen Gegenständen an unsere Wohnungstür und an unsere Wände und beleidigt uns grundlos. Die anderen Nachbarn sind eine ausländische Familie, die zu fünft – zwei Erwachsene, zwei kleinere Kinder und ein größerer Junge – in einer Zweizimmerwohnung mit 45,81 Quadratmetern lebt. Diese Kinder kommen selten aus der Wohnung raus, dafür trampeln und brüllen sie zu unterschiedlichen Zeiten rum, auch noch bis spät nachts, schlagen gegen die Wohnungstür, machen sie auf und knallen sie anschließend wieder zu. Dazu schreien sie so laut, dass es sich anhört, wie wenn ein Schwein abgestochen wird. Mit den beiden Parteien geht das Ganze laut Polizei schon seit circa acht Jahren so. Wir werden wohl auch im zweiten Jahr wieder dasselbe Theater haben und einfach keine Ruhe finden.

Bestens bekannt ist uns die Montagsdemo in Ulm. Wir wohnen an der Grenze zu Ulm, in Bayern zwar, aber bis Ulm sind es circa 20 Kilometer. Einer von uns war schon öfters dort, immer am Montag um 18 Uhr in der Hirschstraße. Nur einer von uns hat eine Monatskarte, und da kann unter der Woche niemand kostenlos mitfahren. Wir haben nicht noch Geld übrig, dass der andere jede Woche noch mal sechs Euro zusätzlich ausgeben kann für die Fahrkarte nach Ulm. Leider müssen wir dieser Montagsdemo beziehungsweise den dort Anwesenden ein eher vernichtendes Urteil ausstellen. Wir fühlen uns von diesen Leuten total *verarscht* beziehungsweise verkohlt. Sie kannten von Anfang unsere schlimme

Wohnsituation ganz gut, denn man hat es ihnen bei jeder Montagsdemo sehr eindrucksvoll geschildert.

Immer hieß es, sie würden helfen, helfen und nochmals helfen. Sie würden mit uns zu vier oder sechs Leuten von der Montagsdemo Ulm zu diversen Stellen wie „Caritas“, Arge Ulm, Oberbürgermeister Gönner und „Südwestpresse“ hingehen und dort auf den Tisch hauen. Teilweise wurden schon Termine ausgemacht, zum Beispiel zu einer Vorsprache bei der UWS, einem Ulmer Wohnungsunternehmen, aber nie ist dann wirklich mal jemand mitgegangen. Man hat uns leider immer im Regen stehen lassen, einfach keine Lust mehr beziehungsweise diverse Ausreden gehabt, es sei doch schwierig mit dem Mitgehen, weil angeblich alle berufstätig wären. Aber das weiß man ja vorher, und dann braucht man nichts zu versprechen. Man bekam von denen einfach keine gescheite Auskunft, sei es, wenn man zu Ein-Euro-Jobs etwas wissen oder die Adresse eines Ulmer Sozialanwalts erhalten wollte, der auf Beratungsschein arbeitet. Da fragen wir uns wirklich, wozu diese Demo überhaupt da ist.

Wir finden, so etwas gehört sich nicht, Sachen versprechen und dann nicht halten. Mit einer solchen Vorgehensweise werden die wohl auch keine weiteren Mitstreiter für die Demo finden. Dabei steht in einem Flyer von denen, dass man sich gegenseitig mit Rat und Tat hilft. Derzeit geht keiner mehr von uns zur Montagsdemo Ulm, weil wir einfach den Glauben an beziehungsweise das Vertrauen in diese Leute komplett verloren haben, leider. Das würde dann ja wohl jedem so gehen. Eine Dame dort, Frau S., die uns in diesem halben Jahr, als einer von uns auf der Demo war, Hilfe versprochen hat, sagte zu guter Letzt, sie sei jetzt tatsächlich mit ihrem Latein am Ende und wisse nicht mehr, wie man uns helfen kann. Darauf habe ich dem Ulmer Webmaster eine Mail geschrieben, dass es keinen Sinn macht, weiter zur Demo zu kommen, weil wir uns irgendwie vorgeführt vorkommen, aber keine Antwort erhalten. Genauso habe ich im alten Jahr Frau S. angerufen und gesagt, dass ich deshalb nicht mehr komme. Es hat auch mal geheißen, dass es eine Möglichkeit geben wird, dass wir beide zur Demo kommen können, indem man bespricht, ob jemand von den Demonstranten, die in der Nähe wohnen, uns mitnehmen können. Auch dies ist im Sande verlaufen.

Wenn man Probleme mit der Arge hat, finden wir nie jemanden, der uns beraten kann. Zur „Einladung“ der Arge müssen wir alleine gehen, es findet sich hier einfach niemand. Nicht mal von der Montagsdemo Ulm würde jemand mitgehen. Wenn einer von uns eine solche „Einladung“ bekommt, müssen wir immer zusammen zur Arge gehen, da der andere dann als Beistand herhalten muss. Es ist sogar so schlimm, dass wir in der Region Ulm nicht mal eine Wohnung erhalten. Es sieht so aus, als ob die ehrenwerte Stadt Ulm keine Hartz-IV-Empfänger haben will. Obwohl es genügend Betroffene gibt, herrscht hier aber leider keinerlei Zusammenhalt. Frau H. hat früher über 20 Jahre in Ulm gelebt. Jetzt muss sie als Hartz-IV-Empfängerin erleben, dass sie quasi weggeekelt werden soll – ein „tolles“ Gefühl, oder?

Dabei hätten wir schon öfters angemessene Wohnungen in Ulm bekommen können, aber die Vermieter sind hier ja nur auf die arbeitenden Leute bedacht. Es hat schon geheißen, von Hartz-IV-Empfängern bekomme man ansteckende Krankheiten, Aids oder Ähnliches. Es ist eine riesige Frechheit, uns so hinzustellen. Mit dem jetzigen Großvermieter, der GBW-Gruppe, haben wir von Anfang an riesige Probleme, denn dieser feine Vermieter hat uns damals eine ganz andere Wohnung aufgedrückt als jene, für die wir uns beworben haben. Seit mittlerweile anderthalb Jahren haben wir am laufenden Band großen Ärger, vor allem mit unseren beiden rechten und linken Mietnachbarn, die nach Ansicht der Polizei bei unseren zahlreichen Vormietern dafür gesorgt haben, dass sie entnervt ausgezogen sind. Diese Leute werden wohl Arbeit gehabt haben und sind dann eben ruckzuck aus diesem *miesen Haus* wieder herausgekommen. Mit dem Wohnungsfall beschäftigt sich auch eine Rechtsanwältin, aber selbst die kommt nicht weiter. Die Miete ist mittlerweile bereits zweimal gemindert worden, es ändert sich aber gar nichts.

Die Wohnung ist für uns zwei Personen viel zu klein. Das Nichtlüften der Vormieter nach dem Duschen hat Schimmel- beziehungsweise Sporflecken im Badezimmer verursacht. Schimmel ist ja *so* gesund, nicht wahr? Besonders für Hartz-IV-Leute, und wir sind wohlgemerkt bereits von einer Schimmelwohnung gekommen. Die Sprechanlage ist seit Mietbeginn defekt. Wir sind im dritten Stock ohne Fahrstuhl. Kein einziges Fenster schließt richtig. Teilweise gibt es Löcher in den Fensterwänden. Die Wohnung ist nicht gedämmt; wenn man die Heizung bei Nacht nicht mindestens auf 3 dreht, friert man morgens und ist dauererkältet. Das Warmwasser funktioniert ebenfalls nicht wie es sollte. Man muss das Wasser etliche Minuten laufen lassen, bis es endlich warm wird. Das leerlaufende Kaltwasser geht dann auch auf unsere Nebenkostenrechnung, aber wir haben ja *so* viel Geld als Hartz-IV-Empfänger.

Unsere Mitmieter – wir wissen nicht, ob die Türken oder die andere psychisch gestörte Nachbarin – werfen in unseren Holzlattenkeller diversen Müll rein, da er unten offen ist. Diese Personen haben uns auch schon jede Menge wichtiger Briefe gestohlen, lesen sie und werfen uns dann den leeren aufgerissenen Umschlag zurück in den Briefkasten. Dadurch haben wir schon große Schwierigkeiten bekommen, nicht zuletzt Sanktionen von der Arge, aber man findet hier ja niemanden, der hilft oder berät. Wir sind doch froh, wenn uns geholfen wird. Wenn uns diese Leute von der Montagsdemo Ulm geholfen hätten, müssten wir dann versuchen, woanders Hilfe zu bekommen? Immer wieder hat Frau S. dort versprochen zu helfen, doch gehalten hat man nichts, immer wieder wurde hinausgeschoben.

Uns ist sehr wohl klar, dass es auch deutsche Familien oder Leute gibt, die sich unverschämt verhalten. Wir sind deswegen nicht generell ausländerfeindlich, nur hier in diesem Mietshaus mit der türkischen Familie kann man es werden. Dazu haben wir rechts diese ältere alleinstehende, schwerstens psychisch gestörte Dame, die der Polizei seit Jahren bekannt ist. Auch wegen dieser *Irren* sind die Leute schon ausgezogen. Meinen Sie, das ist ein Leben mit Lebensqualität? Nein

und nochmals nein, auch Hartz-IV-Empfänger haben durchaus ein Recht auf einigermaßen Ruhe und normales Leben. Aber das haben wir hier in keinster Weise, und dieser Großvermieter ist an allem schuld. Wir möchten weder Ihnen noch einem von der Montagsdemo Ulm oder sonstwo zumuten, jeden Tag zu erleben, was wir hier im Haus mit diversen unmittelbaren Nachbarn erleben. Dabei geht es nicht nur um einen „Knatsch“, das verbitten wir uns. Es ist hammerhart, hier neben zwei Horrornachbarn tagtäglich wohnen zu müssen und deren ohrenbetäubendem Krach und Beleidigungen ohne Grund ausgesetzt zu sein. Das ist nicht so witzig, wie es sich liest oder anhört.

Mittlerweile sind wir einfach nur noch gefrustet. Die Mobbereien hier im Hause gehen munter weiter, und wir haben darauf echt keinen Bock mehr. Wir überlegen, ob wir demnächst im Ausland Asyl beantragen sollen, da man in der Heimatstadt beziehungsweise im eigenen Bundesland oder in Gesamtdeutschland als Hartzler einfach kein Dach mehr über den Kopf kriegt. Wir hätten auch kein Problem, nach Bremen zu ziehen, bei Ihrer Demo scheint ja einiges gut zu laufen, und Sie sorgen wenigstens dafür, dass die Hartzler, wenn sie Probleme mit den Behörden haben, auch Hilfe beziehungsweise Beistand erhalten. Sollten Sie wissen, wer in Bremen eine Arge-taugliche Wohnung an uns vermieten könnte, würden wir sofort annehmen. Laut der Notwendigkeitsbescheinigung dürfen wir ja umziehen, wohin wir wollen. Somit gibt es kein Problem, denn hier in der Umgebung hält uns einfach nichts mehr, leider, so traurig es auch ist.

Zuschrift zweier Hartz-IV-Betroffener aus Ulm

Ich habe mich heute mit Frau H. telefonisch in Verbindung gesetzt und um ein gemeinsames Treffen mit dem „Bündnis gegen Sozialkahlschlag“ gebeten. Nach wiederholter Schilderung ihrer für sie ausweglosen Wohnsituation und damit verbundenen psychischen Belastung hat sie eingeräumt, etwas zu hart und vielleicht nicht richtig gehandelt zu haben. Doch man müsse sich auch einmal in ihre Lage versetzen, war ihre Bitte. Es war ein sehr ruhiges und von beiden Seiten verständnisvolles Gespräch. Frau H. hat zugesagt, am 9. Februar 2009 an der Bündnissitzung teilzunehmen, eventuell mit Herrn W., um über die Diskrepanz zwischen ihnen und dem Bündnis zu sprechen. Sie hofft auf Hilfe durch das Bündnis. Ich habe ihr zugesagt, dass wir noch einmal über alles sprechen müssen.

Mitteilung einer Montagsdemonstrantin aus Ulm

Hallo Mitstreiter, die Grundsätze der Montagsdemobewegung orientieren unser Handeln auf die kämpferische Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik und jener der Konzerne sowie ihren Folgen für die Masse der werktätigen Menschen. Wir organisieren den aktiven Widerstand und den Zusammenschluss im solidari-

schen, gemeinsamen Kampf. Solidarität ist keine Einbahnstraße; sie ist nach unserem Verständnis gegenseitige Unterstützung, einschließlich beispielsweise der Begleitung bei wichtigen Behördengängen oder Gerichtsverfahren. Uns geht es dabei um die Förderung der kämpferischen Eigen- und Gemeinschaftsinitiative, nicht um Stellvertreterhandeln, denn wir sind kein Sozialverband.

Deshalb haben wir auch mit der Kollegin H. auf mehreren Treffen die Probleme konkret besprochen, Vorschläge und Hilfestellung geklärt. Dabei wurde genau und einvernehmlich festgelegt, was von Frau H. und ihrem Partner, den wir nicht kennengelernt haben, in Angriff genommen werden kann, etwa das Aufsuchen der Wohnungsgesellschaften der Stadt Ulm oder des „Caritas"-Verbands. Wenn dabei Probleme auftreten, wird jemand von den Montagsdemonstranten sie begleiten. Sollte es keine Lösung der Wohnungsfrage geben, können wir einen öffentlichen Protest organisieren – wegen der miserablen Wohnverhältnisse, aber nicht wegen dem „Knatsch" mit den Nachbarn. Es wurde klargestellt, dass wir keine Wohnungen organisieren können, wohl aber, nach unseren Möglichkeiten, die Unterstützung etwa bei den Behörden. Soweit die einvernehmliche Besprechung.

Wenn das eine „Hinhaltetaktik" sein soll – dann wird es wohl so sein? Anscheinend hat es in der Verständigung, vielleicht auch in unserer Überzeugungsarbeit gehapert. Wir müssen uns klar darüber werden, was richtig und was falsch war in unserer Einschätzung und im Verhalten. Eure Intervention hilft uns dabei, obwohl uns eure spekulative Einschätzung nicht gefällt. In einer E-Mail an Frau H. und ihren Partner schreibt euer Webmaster: „Mein Eindruck ist, dass die Aktiven in Ulm von der schieren jahrelangen Organisation der Demo erschöpft und nicht in der Lage sind, Hartz-IV-Betroffenen so wie bei uns in Bremen Hilfestellung zu geben, etwa durch Begleitung zu Ämtern und Gerichten." Vielleicht seid ihr da weiter oder ein bisschen überheblich, uns bleibt euer Schnellschluss ein Rätsel.

Nach unserer Meinung ist diese Einschätzung schlichtweg falsch. Sicher müssen wir uns auch mit resignativen Tendenzen auseinandersetzen und tun das auch. Immerhin hat die Montagsdemo Ulm den Protest gegen die Regierungspolitik seit über vier Jahren kontinuierlich weiterentwickelt – und damit auch unsere Solidaritätsarbeit. Wir wären euch dankbar, wenn ihr uns über eure Ideen, euer Vorgehen, eure Erfahrungen und Ergebnisse informiert. In etwas eingeschränkter Weise (mündliche Beiträge der Teilnehmer fehlen) findet ihr die Infos der Ulmer Montagsdemo auf unserer Homepage. Mit solidarischen und kämpferischen Grüßen.

Stellungnahme der Montagsdemo Ulm

Schaeffler zu Tränen gerührt: Milliardärin
kauft sich eine Demo *(„Spiegel-Online")*

Gehirnwäsche: Die Arge stellt immer wieder dieselben Fragen, doch
ein Arbeitsplatz ist rar wie ein Ufo *(„Classic Cinema Online")*

50.000 Unterschriften: Petition für bedingungsloses Grundeinkommen erlangt Mindestzahl an Unterstützern *(„Die Welt“)*

Tabak und Alkohol: Woher hat Hüftgelenk-Mistfelder mit 29 schon solche Tränensäcke? *(„Stern“)*

Herzlichen Glückwunsch an das Volk von Venezuela!

Am Sonntag siegten Präsident Hugo Chávez und alle Linken bei einer Volksabstimmung über eine Reform der Verfassung. Meistens wird in den Medien ja nur hervorgehoben, Chávez wolle sich dadurch eine weitere oder gar unbegrenzte Amtszeit verschaffen. Deswegen will ich hier kurz aufzeigen, was in dieser Verfassung steht, für die Chavez und seine Regierung seitens aller imperialistischer Mächte so sehr angegriffen werden.

Es gibt eine Erweiterung der demokratischen Rechte. Entscheidungen von Bürgerversammlungen sind für den Staat verbindlich. Auf Selbstorganisationen besteht ein Rechtsanspruch. Betroffene werden an der Ausformulierung von Gesetzen beteiligt – sind wir hier in Deutschland etwa gefragt worden, als die Hartz-Gesetze verabschiedet wurden? Es werden Volksbefragungen zu allen Themen von nationaler Bedeutung einschließlich der Außenpolitik durchgeführt. Volksvertreter können nach der halben Amtszeit abgewählt werden. Die Privatisierung der Ölindustrie und der sozialen Sicherungssysteme wird verboten – wohingegen hierzulande von der Wasserversorgung bis zum Krankenhaus *alles* privatisiert, dem Profitinteresse unterworfen und für die Massen immer unerschwinglicher wird. Volksbildung und Gesundheitsversorgung sind kostenlos.

Was schließlich neu ist und einen Aufschrei im Blätterwald nach sich zog: Mandatsträger können jetzt unbegrenzt oft kandidieren. Was ist daran eigentlich so schlimm? In Deutschland ist das zum Beispiel beim Amt des Bundeskanzlers ganz genauso – aber hier jault die Presse auf, Chávez wolle sich zum „Diktator auf Lebenszeit“ machen. Auch Frau Merkel kann, wenn sie so alt wird, noch mit 100 als Kanzlerin kandidieren, nur wählen wird sie wohl keiner mehr!

Die Perspektive Sozialismus steht in ganz Südamerika auf der Tagesordnung, und dafür bietet die Verfassung Venezuelas eine gute Plattform. Das Beispiel dieses Landes steht für alle anderen Völker: Es ist kein unabänderliches Schicksal,

auf immer und ewig von ausländischen Finanzhyänen und ihren einheimischen Gefolgsleuten ausgebeutet zu werden. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution!

2. Freitag der 13. hatte es in sich: Im Bundestag wurde das „größte Konjunkturpaket der Geschichte“ beschlossen. Sein Inhalt: 50 Milliarden Euro für Investitionen, Wirtschaftshilfen sowie Steuersenkungen. Allerdings floss bereits mehr als doppelt so viel Geld, nämlich 102 Milliarden, in die Pleitebank Hypo Real Estate. Zum Vergleich: Der Bundeshaushaltsplan 2008 sah Ausgaben von 283,2 Milliarden vor, die Hartz-IV-Betroffenen erhalten insgesamt 20,5 Milliarden Euro. Das Konjunkturpaket soll davon ablenken, dass Hunderte von Milliarden Euro aus unseren künftigen Steuergeldern den Banken und Monopolen zugeschoben werden!

Für die Privathaushalte gibt es nicht mal Peanuts: Der Hartz-IV-Regelsatz für Kinder zwischen sechs und 13 Jahren wird um ganze 35 Euro angehoben, aber das erhöhte Kindergeld wird Hartz-IV-Betroffenen gleich wieder abgezogen! Ein Viertel aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 24 Jahren, insgesamt 1,2 Millionen, sind von Hartz IV oder anderen Leistungen der Arbeitsagenturen abhängig. Dazu kommen 1,8 Millionen Kinder unter 15, die von Hartz IV leben müssen. Eine Familie mit zwei Kindern und 15.000 Euro Bruttoeinkommen im Jahr wird durch die gefeierte Steuer- und Krankenkassenbeitragssenkung um schlappe 3,75 Euro im Monat „entlastet“!

Die Linkspartei fordert eine Verdoppelung des „Konjunkturpakets“ und kritisiert dessen „soziale Schieflage“. Dabei muss die ganze Richtung dieses „Konjunkturpakets“ angegriffen werden! Tatsache ist doch, dass die Krisenlasten auf den Rücken der Werktätigen abgewälzt werden sollen. Dagegen richtet sich weltweiter Protest: Warum an diesem elenden System festhalten? Heute steht in den Zeitungen, wie die Klimakatastrophe voranschreitet, viel schneller als vorhergesagt. Der Kohlendioxidausstoß hat sich in den letzten zehn Jahren verdreifacht!

In immer mehr Regionen kommt es zu Kämpfen gegen die Abwälzung der Krisenlasten und zunehmend auch direkt gegen das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, das jetzt so unverhüllt sein wahres Gesicht zeigt. Am Freitag dem 13. machten die Italiener einen Generalstreik dagegen, dass die Banken Milliardengeschenke bekommen und gleichzeitig Hunderttausende Menschen ihre Arbeit verlieren. Bei Rom wurde stundenlang die Autobahn blockiert. Mittendrin dabei waren die Fiat-Arbeiter aus Neapel, die gegen die Stilllegung ihrer Fabrik kämpfen. Ebenfalls am Freitag dem 13. demonstrierten hier auf dem Marktplatz Tausende von Kollegen aus dem öffentlichen Dienst, darunter 2.000 beamtete Lehrer. Sie streikten ausdrücklich auch für das Recht auf Streik und zeigten, dass man sehr wohl in der Krise kämpfen kann.

Laut Umfrage von „Infratest“ lehnt die Mehrheit der Bevölkerung das „Konjunkturpaket“ ab. Fast 50 Prozent stimmten für ein Gegenprogramm von fünf Politikwissenschaftlern, das einen Mindestlohn von zehn Euro, die Erhöhung von Hartz IV auf 500 Euro sowie eine Rentenerhöhung um 100 Euro vorsieht, wenn

die Rente unter 800 Euro liegt. Das wären auf jeden Fall Schritte in die richtige Richtung. Die MLPD hat eine Broschüre herausgebracht mit dem Titel „Das Verursacherprinzip muss gelten: Banken und Konzerne sollen die Krisenlasten selbst bezahlen!“

Die Weltwirtschaftskrise lässt sich nicht „bewältigen“, wie es Oskar Lafontaine meint. Im offensiven, organisierten Kampf, der mit aller Härte geführt wird, müssen die Interessen der Massen gegen die Profitinteressen der Herrschenden durchgesetzt werden. Sich dabei auf die Regierung zu verlassen, heißt völlig zu übersehen, dass diese nur Dienstleister des Finanzkapitals ist. Wenn Frau Merkel es jetzt als „unanständig“ empfindet, dass gerade die Banken, die Milliarden zugeschoben bekommen, ihren Managern, also sich selbst, Milliarden an Boni zahlen, dann ist das schiere Heuchelei. Sie sitzt doch mit denen in einem Boot!

Und wenn Herr Köhler vom „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“ faselt, ist das ebensolche Heuchelei. Der Kapitalismus ist nicht „menschlich“: Er gehört weg, er ist faul und überlebt! Ich denke, es wird unsere Generation und die unserer Kinder sein, die vollendet, was unsere Großeltern und Urgroßeltern 1919 begonnen haben – und dessen wir dieser Tage gedachten. Alles ist möglich, man muss es nur wollen!

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

Enteignung: Abwrackprämie vom ALG II abgezogen *(„Spiegel-Online“)*

Konjunktur-Cha-Cha

Gehn Sie mit der Konjunktur
Gehn Sie mit auf diese Tour
Nehm’ Sie sich Ihr Teil, sonst schäm’ Sie sich
Und später gehn Sie nicht zum großen Festbankett

Gehn Sie mit der Konjunktur
Drehn Sie mit an dieser Uhr
Schöpfen Sie Ihr Teil und schröpfen Sie
Die andern köpfen Sie sonst später ohnehin

Man ist, was man ist, nur durch den inneren Wert
Den kriegt man gratis, wenn man Straßenkreuzer fährt
Man tut, was man tut, nur aus dem Selbsterhaltungstrieb
Denn man hat sich nur selber lieb

Drum gehn Sie mit der Konjunktur
Gehn Sie mit auf diese Tour
Holen Sie sich Ihre Kohlen wie
Der Krupp von Bohlen aus dem großen Weltgeschäft

Ojotoho, c'est la vie
Ohojoho jotoho, und ich zieh
Ojoho jotoho
Meine Kursgewinne heut

Ojotoho, c'est bonheur
Ojoho jotoho, und ich schwör
Ojoho jotoho
Auf die gute alte Zeit

Gehn Sie mit der Konjunktur
Gehn Sie mit auf diese Tour
Sehn Sie doch, die andern stehn schon dort
Und nehm' die Creme schon fort beim großen Festbankett

Gehn Sie mit der Konjunktur
Drehn Sie mit an dieser Uhr
Laufen Sie, wenn's sein muss, raufen Sie
Und dann verkaufen Sie mit Konjunkturgewinn

Mein Freund hat 'ne Freundin, und die ist Gott sei Dank
Chefsekretärin bei 'nem Boss von einer Bank
Der Chef geht mit ihr soupieren und gibt dann im Schwips
Für unsre Aktien ein paar Tipps

Drum gehn Sie mit der Konjunktur
Gehn Sie mit auf diese Tour
Geld, das ist auf dieser Welt der einz'ge Kitt, der hält
Wenn man davon genügend hat

Hazy Osterwald Sextett

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

220. Bremer Montagsdemo am 23. 02. 2009

Die Nato bleibt ein Kriegsbündnis, und deshalb muss sie weg!

Das war das einhellige Fazit der zweitägigen Konferenz unter dem Motto „60 Jahre Nato – Frieden ist etwas anderes“. Die hochkarätig besetzte Tagung verlief mit knapp 200 Teilnehmer(inne)n in einer sehr freundschaftlichen und harmonischen Atmosphäre. Unterschiedliche Ansichten und eine heftige Diskussion gab es allerdings zu Paul Walkers zu positiver Darstellung des US-Kurses unter Obama.

Walker war als Vertreter der amerikanischen Friedensbewegung angereist und stellte in seinem Vortrag die Auflösung von Guantánamo, den geplanten Truppenrückzug aus dem Irak und einen diplomatischeren Ton im Umgang mit Verbündeten und „Schurkenstaaten“ in den Vordergrund. So wolle Obama mit Nordkorea und Iran friedfertiger und mit den Verbündeten kooperativer umgehen als sein Vorgänger, das Verhältnis zu Russland verbessern und eine Politik der „atomaren Abrüstung“ einleiten. Was immer das heißen mag! Das klang alles sehr schönfärberisch, und selbst die Verstärkung der Streitkräfte in Afghanistan um mindestens 17.000 Soldaten stellte er in diesen Kontext, da die Truppen ja „später wieder zurückgezogen“ würden.

Da gab es massiven Widerspruch! Andreas Buro vom „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ hielt dem entgegen, dass sich auch Obama auf die herkömmlichen Machtstrukturen stütze. Mit seiner knappen Mehrheit im Senat sei er bei allen wichtigen Entscheidungen auf Stimmen der Republikaner angewiesen. Seit 1945 habe die USA immer ihre militärischen Positionen ausgebaut, um ihre Vormachtstellung weltweit zu festigen. Ein Element seien die US-Militärkommandos, die es für alle Teile der Welt gebe. Ich möchte hinzufügen, dass auch er letztlich – wie alle seine Vorgänger – nach der Pfeife des Rüstungs- und Ölkapitals zu tanzen hat!

Der russische Vertreter Raschid Alimov antwortete zunächst mit einer Kritik an der Osterweiterung der Nato. Diese werde von der russischen Bevölkerung sehr kritisch gesehen. Moskau betrachte sie, ebenso wie den Ausbau der Militär-

basen in Rumänien und Bulgarien, als eindeutigen Verstoß gegen entsprechende Vereinbarungen und Verträge. Moskau sehe sich gezwungen, auf die Nato-Erweiterung mit eigenen Militärbündnissen innerhalb der GUS zu reagieren, oder auch zum Beispiel Syrien mit einzuschließen. Die Mehrheit der russischen Bevölkerung fühle sich weiterhin durch die Nato bedroht. Moskau unterstütze allerdings die Nato in ihrem Krieg gegen Afghanistan, weil es da gemeinsame strategische Interessen in Sachen Rohstoffausbeutung gebe.

Frankreich wolle wieder voll in die Nato, betonte Lysiane Rolet von „Attac Frankreich“. Hier gebe es den Konsens von Sarkozy mit Angela Merkel. Beide wollten noch wesentlich mehr: totale Integration der modernisierten EU-Truppen in die Nato – und, was noch weitaus schlimmer ist, auch alle zivilen Strukturen wollen Merkel und Sarkozy in die Militärkonzepte eingebunden haben!

Uli Cremer („Grüne Friedensinitiative“) stellte fest, dass die Nato sich global für „zuständig“ erklärt, Kriege zu führen. Sie sei ein Nord-Pakt gegen den Süden, sie expandiere und verbünde sich mit insgesamt 29 weiteren Staaten. Der Anteil der Nato an globalen Militärausgaben steige und liege derzeit bei 70 Prozent. Durch den Aufbau des nordatlantischen Kooperationsrats und des WEU-Konsultationsforums wurde, so Cremer, eine Konkurrenz zur nichtmilitärischen OSZE installiert und zur militärischen Integration genutzt.

Es gab acht Arbeitsgruppen, die zu verschiedenen Themenschwerpunkten Gegenkonzepte und Handlungsmöglichkeiten erarbeitet haben. Ich will hier nur auf die AG „Nato konkret: regionale Militarisierung“ näher eingehen. Lühr Henken vom „Bundesausschuss Friedensratschlag“ stellte noch einmal die Bedeutung der Bremer Rüstungsindustrie für die Nato dar.

Für uns Bremer Friedensaktivist(inn)en gilt weiterhin: regelmäßige Mahnwachen gegen die Bremer Rüstungsbetriebe sowie Proteste gegen Bundeswehrempfänge und Kriegsschiffstaufen. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen soll intensiviert werden. Bürgermeister Böhrnsen ist noch stärker mit Appellen zur Aufnahme von Deserteuren in die Pflicht zu nehmen. Die Linksfraktion wird gebeten, noch vor dem Nato-Gipfel am 4. April eine Große Anfrage zum Thema Bremer Rüstungsbetriebe in die Bürgerschaft, den Bremer Landtag, einzubringen, damit auf diese Weise endlich eine öffentliche Diskussion über dieses Thema angestoßen wird. Wir müssen verstärkt auf ein Ende der Rüstungsexporte über bremische Häfen drängen. Rüstungskonversion muss wieder ein Thema werden, und hier ist besonders die IG Metall angesprochen.

Zum Schluss rief Rainer Braun von der „Kooperation für den Frieden“ zur großen **Demo** gegen das **Nato-Geburtstagsspektakel** am **4. April 2009** in **Straßburg** auf, wo auch wegen der drohenden Demonstrationsverbote und der zu erwartenden Behinderungen und Schikanen das Demonstrationsrecht grundsätzlich auf dem Spiel stehe. Auch dagegen gelte es zu protestieren. Das „Bremer Friedensforum“ ruft mit dazu auf und wird sich selbstverständlich daran beteiligen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Die Bremer Montagsdemo mobilisiert für die „**Attac**“-**Demonstration** am **Samstag**, dem **28. März 2009**, in **Berlin** unter dem Motto „**Wir zahlen nicht für eure Krise**! Für eine solidarische Gesellschaft!“ Das **Vorbereitungstreffen** ist am **Mittwoch**, dem **4. März 2009**, um **19:30 Uhr** im „Kurzschluss“, Lahnstraße 16.

Zeitgeist Addendum: Ausländische Regierungschefs werden den Interessen amerikanischer Banken und Konzerne gegenüber gefügig gemacht *(„Google“)*

Schleswig-Holstein droht Staatsbankrott: Im Dienste der Banken nimmt die Regierung das ganze Volk in Geiselhaft *(„Spiegel-Online“)*

Das Grundgesetz aufbohren, um den Verfassungsbruch zu flicken?

1. Frau von der Leyen behauptet in der „Blöd am Sonntag“, dass die Familie Konjunktur habe, wenn die Wirtschaft wankt. Dann würden Schwangerschaftsabbrüche ebenso wie die Scheidungsrate sinken. Wenn ein Mensch sonst nichts mehr hat – keinen Job, keinen Schulabschluss, keinen Ausbildungsplatz, kein Geld, also rein gar keine Zukunft – ja, da kann froh sein, wer noch auf die emotionale Unterstützung durch die eigene Familie bauen kann! Ich glaube, Frau von der Leyen verwechselt den Anstieg der Kinderarmut mit dem der Geburten. Auch wenn sich die Familienministerin krampfhaft darum bemüht, ihre Politik als eine Erfolgsgeschichte darzustellen, sollte sie sich schon die Mühe machen und die zeitlich logische Abfolge dabei nicht außer Acht lassen.

Wenn von Januar bis September 2008 3.400 Kinder mehr als im Vorjahr das Licht dieser Welt erblickten, dann müssen diese nach Adam Riese im Jahre 2007 gezeugt worden sein, also in der Zeit, als der „Aufschwung“ propagiert wurde und von einer Krise weit und breit keine Spur zu sehen war! Kann die Dame nicht rechnen, oder leidet sie an einer Wahrnehmungsstörung? Wer sich die Entwicklung der leicht schwankenden **Geburtenrate** genauer ansieht, der käme nicht auf die Idee, bei einem Zuwachs von ein paar Tausend Geburten leichtfertig von einer „gravierenden“ Veränderung zu sprechen! Ein immer größer werdender Teil der Jugend fühlt sich völlig zu Recht von der Gesellschaft, der Politik im Stich gelassen und denkt bestimmt nicht ans Kinderkriegen. Das tun höchstens die Bes-

serverdienenden, auf die Frau von der Leyens Familienpolitik maßgeschneidert ist.

2. Ich finde es immer wieder nur zum Kotzen, wenn sich auch noch Erwerbslose für diesen Schmu hergeben! Im jüngsten Fall zeigen zwei Arbeitslose, wie mensch angeblich von 4,33 Euro satt werden kann, und haben dazu ein **Kochbuch** herausgegeben. Die darin enthaltenen Rezepte seinen mutmaßlich nicht nur preisgünstig, sondern auch noch gesund. Die beiden Männer entsprechen damit der Behauptung des Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin, dass es sich vom derzeitigen Regelsatz gut leben lasse. Der hat ja auch leicht reden: Er wechselt in zehn Wochen in den Vorstand der Bundesbank über, wo ihn ein Jahresgehalt von 228.000 Euro erwartet. Die beiden Buchautoren lernten sich auf einer Fortbildungsveranstaltung des Arbeitsamtes kennen. Sie kramten „alte Tugenden" heraus, indem sie die Landfrauenverbände in ganz Deutschland anschrieben und um Rezepte baten. Nachdem sie sich die geeigneten herausgesucht hatten, durchstöberten sie acht Discounter und verglichen die Preise. Ihr Ziel war es, 28 Tagesmenüs aufzuschreiben.

Öh – die restlichen zwei bis drei Tage wird also gefastet, und alle vier Wochen wiederholt sich der Speiseplan? Anschließend waren die beiden „ganz überrascht" darüber, dass es sich von 4,33 Euro angeblich ausgewogen leben lasse. Es hat sicher einen Grund, dass keinerlei Rezepte beschrieben werden. Abgesehen davon muss ja auch noch Geld für ein Frühstück und ein Abendbrot übrig sein, für Getränke zwischendurch. Vollkommen abwegig finde ich die Behauptung, dass es ganz egal ist, bei welchem Discounter eingekauft werde, weil überall alles gleich billig sei. Brauchen diese Herren vielleicht eine neue Brille? Ich lade sie dazu ein, mal zwischen Extra, Aldi, Penny und Plus bei mir um die Ecke die Preise zu vergleichen – die sind allerorten anders. Außerdem gibt es nicht an allen Ecken dasselbe Sonderangebot! Bezeichnend finde ich die Aussage des einen Autors, dass nur die „Disziplin wichtig" sei – und „vorausschauendes Einkaufen", damit die Wurst nicht vergammele. Dann muss natürlich endlich auf die Tiefkühlpizza verzichtet werden. Und die Moral von der Geschicht? Hartz IV ist nie zuwenig nicht!

3. Habt ihr es schon voller Freude und Dankbarkeit vernommen: Die **Bagis** bleibt uns erhalten! Toll, die drohende „Gefahr" einer Aufspaltung in zwei eigenständige Behörden ist nun vom Tisch. Angeblich haben wir es nur mit *einer* Behörde zu tun. Was ist mit den ALG-I-Beziehern, die zusätzlich ALG II beantragen müssen, das Kindergeld bei der Familienkasse, ebenso den Kinderzuschlag? Im Dezember 2007 befand das Bundesverfassungsgericht die Konstruktion der größten Asozialreform seit dem Krieg – wonach die Kommune zuständig für Miete, Heizung und Schuldenberatung, die Jobsuche aber Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit sei – als Verfassungsbruch. Die Richter setzten eine Frist bis Ende 2010. Ab 2011 sollen Bagis, Argen, Jobcenter und so weiter dann in „ZAG" umbenannt

werden. Komisch, bei mir erweckt dies Assoziationen wie: Strammstehen! Auf die Plätze, zackig, los! Auf, auf zur nächsten Grundgesetzveränderung! Was diesen Politikern offenbar nichts mehr bedeutet, wenn es bei jedem noch so kleinen Bedarfsfall mal eben so geändert werden darf.

4. Die Große Koalition hat sich auf eine Neuordnung bei der Betreuung von Hartz-IV-Betroffenen geeinigt. Die bisherigen argen Argen werden auf dem Wege einer **Verfassungsänderung** in Anstalten des öffentlichen Rechts mit dem Titel „Zentrum für Arbeit und Grundsicherung“ umgewandelt. Eine von Karlsruhe als grundgesetzwidrig eingestufte Konstruktion wird nun quasi legalisiert, indem man einfach das Grundgesetz ändert. Der Sozialwissenschaftler und Arbeitsmarktexperte Stefan Sell kritisiert, dass die geplante Neuordnung an der Betreuung von Hartz-IV-Opfern nur wenig an den bisherigen Zuständen ändern wird, denn an dem von den Verfassungsrichtern beklagten Prinzip der Mischverwaltung ändert sich damit nichts. Fast alles bleibt beim Alten, Arbeitsagenturen und Kommunen arbeiten wie bisher unter einem Dach zusammen. Jetzt bekommt das menschenverachtende Hartz IV sogar einen eigenen Artikel im Grundgesetz!

Die Einteilung in gute und schlechte Erwerbslose wird weiter zementiert. Bei Streitigkeiten zwischen Bundesagentur und Kommune wird der Einfluss des Bundes noch stärker werden als bisher. Offenbar ist CDU-Politikern besonders an ihrer Kontrollmacht gelegen. Eine Ursache für die viel beklagte Verfolgungsbetreuung von Hartz-IV-Beziehern durch Schikanen und Sanktionen liege an der Überforderung ihrer Betreuer. Gut, dass das Kürzel „ZAG“ erklärt wurde, weil ich es ansonsten als „Zentrum für Argwohn und Gemeinheit“ interpretiert hätte! Der neue Gesetzentwurf sieht auch eine bessere Personalausstattung vor: Nach einer Sollvorschrift sollen von einem Vermittler 75 Unterfünfundzwanzigjährige und 150 Überfünfundzwanzigjährige betreut werden. Die Masse allein ändert freilich noch gar nichts, wenn diese Vermittler dieselbe phänomenale „Ausbildung“ genossen haben. Dennoch ist der Schlüssel miserabel und vollkommen unzureichend. Aber auch eine Zuständigkeit für weniger Erwerbslose könnte keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze hervorzaubern.

5. Ausgerechnet bei einem CDU-Frühschoppen, bei dem ordentlich Bier, Wein und Schnaps gebechert wurde, soll Philipp Mißfelder ein sehr loses Mundwerk bewiesen und sich dahingehend geäußert haben, dass die Erhöhung der **Hartz-IV-Sätze** einem staatlich geförderten „Anschub für die Tabak- und Spirituosenindustrie“ gleichkomme. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen! Nachdem er viel Empörung erntete, relativierte er seine Beleidigung und behauptet nun, dass er nur auf „Missstände“ haben hinweisen wollen. Handelt es sich hierbei um ein politisches Ablenkmanöver zur narzisstischen Aufwertung eines Jüngelchens von der Hinterbank? Eigentlich müsste sich die Diskussion um einen flächendeckenden Mindestlohn drehen, von dem es sich anständig leben lässt, und auch die Transferleistungen müssen unbedingt angehoben werden!

Aber wenn ALG-II-Beziehern pauschal unterstellt wird, dass sie ihre Bezüge eh gleich in Schnaps und Nikotin umsetzten, dann erübrigt sich eine Erhöhung offenbar! Außerdem kann so ein Jüngelchen von der Hinterbank erneut auf seine Person aufmerksam machen. Muss er das, weil er sonst keine Anerkennung erfährt? Mit solch einem unreifen Wesen, das offenbar nicht zu Empathie in der Lage ist, möchte ich jedenfalls nichts zu tun haben müssen! Anstatt verbalen Sondermüll *abzusödern*, sollte Philipp Mißfelder lieber mal gesellschaftliche Produktivität an den Tag legen. Trotz heftigster Kritik will sich der Jungunionist nicht bei den Hartz-IV-Beziehern entschuldigen. Nein, er setzte sogar noch einen drauf, als er am Samstag der „Blöd"-Zeitung erklärte, dass wir uns „nicht bei jeder Diskussion politische Tabus auferlegen" müssen. Außerdem verlangte er, dass Transferleistungsempfängern anstelle von Geld nur noch Gutscheine ausgegeben werden sollten.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke"

Verfassungsbruch soll legalisiert werden: Trennung zwischen „guten" und „schlechten" Arbeitslosen bleibt bestehen *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung")*

Ultimatum: Bundesagentur droht mit Chaos, wenn die Arge-Zukunft nicht im März geklärt wird *(„Financial Times")*

Statistik-Wunder: Von Dezember auf Januar sank die Zahl der Erwerbstätigen um 704.000, aber die der Arbeitslosen stieg nur um 387.000 *(„FTD")*

In Eilverfahren gelten in Bremen die neuen Werte der Wohngeldtabelle

Die Bagis muss nachzahlen, meldeten „Tageszeitung" und „Radio Bremen", denn die unter Verweis auf die Mietobergrenzen vorgenommenen Kürzungen waren unrechtmäßig. Hierzu ist Folgendes anzumerken: Wer keinen Widerspruch eingelegt und nicht die volle Miete erhalten hat, stellt einen Antrag nach § 44 SGB II mit dem Wortlaut „Hiermit beantrage ich die Überprüfung aller Bescheide ab 1. Januar 2005. Ich beantrage, die Übernahme der Kosten der Unterkunft in vollem Umfang anzuerkennen." Alle Erwachsenen, die auf dem Bescheid stehen, müssen mit unterschreiben.

Die Bagis wird einen Bescheid über diese Prüfung erstellen. Dagegen ist Widerspruch möglich – und gegen den Widerspruchsbescheid notfalls die Klage vor dem Sozialgericht Bremen. Bis zum 31. Dezember 2008 und damit auch im vorliegenden Fall war noch das Verwaltungsgericht und in zweiter Instanz das Oberverwaltungsgericht Bremen zuständig. Jetzt ist in zweiter Instanz das Landessozialgericht Bremen/Niedersachsen in Celle zuständig, auch für den Zeitraum ab 2005. Die Mietobergrenze ist auch für 2005 noch nicht endgültig festgestellt.

Das Sozialgericht Bremen hat sich in den Eilverfahren ans neue Wohngeldgesetz gehalten, zum Beispiel im Beschluss vom 10. Februar 2009: „Eine Zusicherung zu den Aufwendungen für eine neue Unterkunft gemäß § 22 Absatz 2 SGB II ist nicht Voraussetzung für eine spätere Übernahme der Kosten. Gleichwohl kann das Gericht im Interesse der Hilfebedürftigen, die vor unüberlegten Schritten bewahrt werden sollen, auch im Eilverfahren eine entsprechende Zusicherung aussprechen. Nach dem – allerdings bisher nicht rechtskräftigen – Beschluss der 21. Kammer des Sozialgerichts gelten für Bremen die neuen Werte der Wohngeldtabelle als Mietobergrenzen. Das ist für Einpersonenhaushalte eine Bruttokaltmiete von 358 Euro, für Zwei- 435, für Drei- 517, für Vier- 600 und für Fünfpersonenhaushalte eine Bruttokaltmiete von 688 Euro.“ – Wie dies geht? Wir gehen mit!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb“)

Genug für 20 Jahre Hartz IV: Opel fordert 200.000 Euro Staatsknete pro Arbeitsplatz *(„Spiegel-Online“)*

Im Zweifel gegen die Verdächtigte

Das Urteil im Fall „Emmely“ ist meines Erachtens mehrfach rechtsfehlerhaft. Zum Ersten beruht die Kündigung nach der Pressemitteilung des Gerichts auf dem Verdachtsmoment für das Vorliegen einer Straftat des Arbeitnehmers. Das Vorliegen einer Straftat ist hier aber nicht zu erkennen.

Eine Kassiererin findet Pfandbons von (Test-)Kunden im Wert vom 1,30 Euro und löst diese für sich selbst ein. Dabei ist ihr nichts vorzuwerfen. Selbst wenn sie gefundene Pfandbons im Wert von zwei Millionen Euro eingelöst hätte, hätte sie damit ihren Arbeitgeber nicht betrogen, schließlich gehören ja die Pfandbons den Kunden und nicht dem Arbeitgeber. Es handelt sich um einen Fund, und der ist erst bei einem Wert von mehr als zehn Euro bei der zuständigen Behörde anzuzeigen, wenn derjenige, der den Pfandbon verloren hat, nicht bekannt ist (§ 965 II BGB).

§ 263 I StGB sagt zwar: „Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, dass er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“ Es kann aber nicht strafbar sein, was zivilrechtlich erlaubt ist beziehungsweise wäre.

Zum Zweiten geht das Gericht fälschlicherweise davon aus, dass Eigentum des Arbeitsgebers entwendet wurde. Das ist nicht zu sehen. Wer einen gefundenen Pfandbon an den Arbeitgeber abgibt, erlangt zwar keinen Besitz daran – hierzu BGH VIII ZR 379/86 (BGHZ 101, 186; NJW 1987, 2812) –, im vorliegenden Fall wurde der Pfandbon aber nicht abgegeben, die Kassiererin hat ja über die Pfandbons verfügt, wodurch ein Besitz erlangt wurde. Wäre der Pfandbon mehr als zehn Euro wert, hätte der Besitz desselben beim Fundbüro angezeigt werden müssen und nicht beim Arbeitgeber (§ 965 II BGB). Wird ein Pfandbon hingegen beim Arbeitgeber abgegeben, ist dieser zwar Besitzer, aber nicht Eigentümer des Pfandbons. Auch der Arbeitgeber hat, wenn das Fundstück mehr als zehn Euro wert hat, den Fund beim Fundbüro beziehungsweise der zuständigen Behörde anzuzeigen.

Selbst wenn es sich um Testkäufer im Auftrag des Arbeitsgebers handeln würde, wäre die Einlösung der Pfandbons keine Straftat, da auch argumentiert werden kann, dass die Kassiererin das Geld statt der Bons nur aufbewahrt hat (§ 966 I BGB). Vor allem besteht aber eine Pflicht zur Mitteilung nur, wenn der Eigentümer oder ein Empfangsberechtiger der Sache bekannt ist (§ 965 I BGB). Eine Kassiererin muss aber nicht annehmen, dass es sich bei Kunden um Testkunden handelt. Nur wenn die Kassiererin wusste, dass es sich um Bons von Testkäufern handelt, hätte sie dem Arbeitgeber den Fund der Bons anzeigen müssen. Wenn sie gewusste hätte, dass es sich um Bons von Testkäufern handelt, hätte sie die Bons aber nicht eingelöst. Zudem hat der Arbeitgeber im Verfahren nicht nachgewiesen, dass die Pfandbons ihm gehörten, da nur vom Verdacht einer Straftat die Rede ist.

Wer als Angestellter auf Nummer sicher gegen will, teilt dem Arbeitgeber den Fund des Pfandbons mit – aber ohne die genaue Höhe und die Belegnummer zu nennen –, nimmt den Bon mit nach Hause und löst ihn dann irgendwann ein. Der Arbeitgeber hat nur ein Anrecht auf die Pfandbons, wenn er nachweisen kann, dass sie ihm gehören, er also Eigentümer ist. Ein reine Behauptung reicht da nicht aus, dazu müsste er die genaue Höhe und die Belegnummer kennen.

Zuschrift eines „Emmely“-Unterstützers

Ohrfeige für die CSU: Karlsruher Richter kippen wichtige Teile des bayerischen Versammlungsgesetzes *(„Junge Welt“)*

Vom Leder gezogen: Der politische Aschermittwoch hat seine Ursprünge in der Novemberrevolution von 1918/1919 *(„Rote Fahne News“)*

56 Cent pro Stunde: Arge Stralsund geht juristisch gegen sittenwidrige Dumpinglöhne vor *(„Rote Fahne News“)*

Das Recht muss geändert werden

Das Recht muss geändert werden. Und die Rechtsprechung muss auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung überprüft werden. Nachdem uns jetzt die Urteilsbegründung vorliegt, fühlen wir uns nur darin bestätigt, Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision beim Bundesarbeitsgericht und Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht einzulegen. Die Nichtzulassungsbeschwerde beim BAG werden wir deswegen einlegen, weil diese Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat. Wenn die ganze überwiegende Bevölkerung des Landes dieses Urteil nicht akzeptiert, dann muss das BAG Gelegenheit haben, seine Rechtsprechung zu überdenken. Die Bedeutung und Tragweite der Grundrechte meiner Mandantin aus Artikel 12 Grundgesetz wurden verkannt. Dies rechtfertigt die Beschwerde beim BAG und die Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht.

Unabhängig vom Ausgang dieser Verfahren fordern wir die Parteien im Bundestag auf, das Kündigungsschutzrecht so zu ändern, dass ein solches Urteil nicht mehr möglich ist. Das heißt, dass bei arbeitsvertraglichen Pflichtverletzungen, die nur zu Bagatellvermögensschäden führen, ohne vorherige Abmahnung nicht gekündigt werden darf und dass eine Kündigung, die nur aufgrund eines dringenden Verdachtes ausgesprochen wird, ausgeschlossen ist. Wir begrüßen, dass Vertreter der Politik (Seehofer, Thierse und andere) dieses Urteil verurteilen. Jetzt sollten aber auch die Konsequenzen gezogen werden und die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, dass solche Urteile nicht mehr möglich sind.

Wir haben ein Vergleichsangebot gemacht. Dieses Angebot halten wir weiterhin aufrecht. Ein Vertreter von Kaiser’s soll ein Vergleichsangebot, das Kaiser’s schon einmal früher gemacht hatte, erneuert haben: Die Umwandlung der fristlosen in eine fristgemäße Kündigung. Das hilft meiner Mandantin nicht weiter. Meine Mandantin ist über 50 Jahre alt, und sie will sich bis zu ihrer Rente ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Sie will wieder arbeiten.

Unser Vergleichsangebot halten wir aufrecht. Es ist ein Angebot, das wir schon vor der Urteilsverkündung gegenüber Kaiser’s gemacht hatten und das Kaiser’s bisher ablehnte. Es ist ein Angebot, das dem Grundgedanken folgt, dass beide Seiten aufeinander zugehen müssen, wenn ein Vergleich zustande kommen soll: Meine Mandantin ist bereit, auf ihre Tätigkeit als Kassiererin einschließ-

lich der Zulage von circa 62 Euro zu verzichten, wenn sie weiterhin als Verkäuferin eingesetzt wird.

Das Gericht meint, meine Mandantin habe der zweiten Kassiererin im Beisein der ersten Kassiererin, die beide meiner Mandantin nicht wohlgesonnen waren, zwei Kundenbons überreicht und diese zu ihren Gunsten eingelöst. Zwei Kundenbons, die auch sofort als Kundenbons erkennbar waren, weil sie nicht, wie für das Personal vorgeschrieben, abgezeichnet waren. Welches Motiv soll meine Mandantin gehabt haben? Glaubt denn irgendjemand ernsthaft, dass meine Mandantin wegen 1,30 Euro ihre Lebensgrundlage aufs Spiel setzt? Den Grad der Idiotie, den das Gericht meiner Mandantin unterstellt, grenzt schon an Beleidigung.

Das Urteil des Landesarbeitsgerichts ist verfassungswidrig, weil es die Bedeutung und Tragweite der Grundrechte der Klägerin aus Artikel 12 GG verkennt. Indem in radikaler Manier auch bei geringsten Vermögensverletzungen ausschließlich die Vermögensinteressen des Kapitals zum Tragen kommen, wird das Grundrecht der Klägerin aus Artikel 12 GG verletzt. Dabei werden die Rechte aus Artikel 12 GG so verstanden, dass es nicht nur um eine angemessene Bewertung der vergangenen 31 Beschäftigungsjahre, sondern auch darum geht, dass der Klägerin durch die Kündigung die Ausübung ihres Berufs für die Zukunft abgeschnitten wird.

Das LAG rückt entsprechend der Rechtsprechung des BAG das Vertrauen des Arbeitgebers in den Mittelpunkt, das durch ein Vermögensdelikt unwiderruflich zerstört werde. Dabei soll der Wert des Vermögens keine Rolle spielen. Diese Argumentation ist aus folgenden Gründen nicht akzeptabel:

1. Das Absehen von dem Wert – es kommt nicht darauf an, ob es um 1,30 Euro oder etwa um 1.300 Euro geht – ist eine haarsträubende Abstraktion, die auf unzulässige Weise die Vermögensrechte des Arbeitgebers verabsolutiert.
2. Die Sicht des LAG wie auch die Rechsprechung des BAG orientiert sich ausschließlich an den Interessen des Arbeitgebers, das heißt den Interessen des Kapitals. Die Interessen der Beschäftigten werden in der ersten Stufe überhaupt nicht berücksichtigt.
3. Die Interessenabwägung, die nach dem BAG in der zweiten Stufe erfolgen muss, bezieht sich nur noch auf die Frage, ob dem Arbeitgeber die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses bis zum Auslaufen der ordentlichen Kündigungsfrist zuzumuten ist. Die Interessenabwägung entscheidet also nur noch über die Frage einer fristlosen oder fristgemäßen Beendigung des 31 Jahre währenden Arbeitsverhältnisses. Die Frage, ob eine fristgemäße Kündigung rechtens ist, wurde weder gestellt noch entschieden.
4. Die Interessenabwägung wird immer nach demselben Schema vorgenommen: Auf der einen Seite die Zahl der Beschäftigungsjahre, auf der anderen Seite das besondere Vertrauen, das von einer Kassiererin verlangt werden darf. Dann die Abwägung, die immer zulasten der Kassiererin ausgeht, weil von der Kassiererin ein besonderes Vertrauen erwartet werden darf.

5. Das Interesse der Kassiererin (deren Grundrechte aus Artikel 12 GG) fällt bei dieser Betrachtungsweise komplett unter den Tisch: Zählt die 31 Jahre lange Tätigkeit der Kassiererin für das Unternehmen so wenig? Hat die Klägerin nicht in all den vergangenen Jahren zur Schaffung all der Werte beigetragen, die dieses Unternehmen jetzt repräsentiert? Selbst wenn man sich auf die Position des LAG stellt: Hätte bei einem derart geringen Wert von 1,30 Euro eine Abmahnung nicht ausgereicht?

Stellungnahme von Rechtsanwalt Benedikt Hopmann zur Urteilsbegründung des LAG Berlin-Brandenburg (Aktenzeichen 7 Sa 2017/08)

Hungerregelsatz: Zwingende Aufgabe des Staates ist, Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein seiner Bürger zu schaffen *(LSG Hessen)*

Neues Denken: Nicht Profitmaximierung, sondern Existenzsicherung für alle sollte Grundkonstante der Wirtschaft sein *(„Freitag“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

221. Bremer Montagsdemo am 02. 03. 2009

Eine Verfassungsbeschwerde zum Regelsatz liegt vor – sie liegt

1. Die **Abwrackprämie** wird auf das ALG II angerechnet, so steht es in vielen Schlagzeilen. Es streiten sich die Gelehrten. Ich sehe die Abwrackprämie wie die Eigenheimzulage. Es erfolgt in beiden Fällen eine zweckgebundene Zahlung. Die Eigenheimzulage ist entschieden. Am sichersten ist dabei folgende Vereinbarung: Das Finanzamt zahlt direkt an den Kreditgeber. Somit bekommt der ALG-II-Betroffene überhaupt kein Verfügungsrecht über diese Zahlung. Wenn die Abwrackprämie vom Händler abgewickelt wird, hat der ALG-II-Betroffene keine Verfügungsgewalt über diese Zahlung. Er muss das bestellte Auto abnehmen und das alte Auto verschrotten. Über den Zahlungseingang beim Händler erlangt er keine Verfügungsgewalt. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Die Verträge für die Eigenheimzulage wurden allerdings meistens vor dem ALG-II-Antrag abgeschlossen. Wenn der oben angeführte Vertrag mit dem Händler während des ALG-II-Bezugs abgeschlossen wird, von der Arge (in Bremen: Bagis) eine Bestätigung einfordern, dass hier kein anrechenbares Einkommen erzielt wird, weil keine Verfügungsgewalt über das Geld erlangt wird – notfalls mit Unterstützung des Sozialgerichts per einstweiligem Rechtsschutz. Im Vertrag mit dem Händler einen entsprechenden Vorbehalt aufzunehmen, reduziert das Risiko. Es kann sich aber auch um eine Vermögensumschichtung handeln, wenn das alte Auto circa 2.500 Euro Wert hat und die Vermögensfreibeträge entsprechenden Raum bieten. Wie dies geht? Wir gehen mit!

2. Das Aufrücken von Frauen an die Spitze von Bremer Unternehmen wird durch das Schaffermahl im Rathaus verhindert, siehe Bremer Montagsdemos in den Vorjahren. Welcher Bremer Unternehmer kann es sich leisten, den Betrieb an seine Tochter zu übergeben? Sie kann die Geschäftsfreunde nicht zur gemeinsamen Teilnahme am Bremer Schaffermahl einladen. Frauen sitzen nebenan! Der „Weser-Kurier“ hat diesem Thema am 1. März 2009 eine Dreiviertelseite gewid-

met. Der Schlusssatz lautete: „Also Mädels, krempelt die Ärmel hoch, und dann ran an den Stockfisch!“ Auch der „Club zu Bremen“ war eine reine Männersache. Weil die Steuerbegünstigung gefährdet war, wurden Frauen zugelassen. Diese Gemeinnützigkeit wird auch von den „Schaffern“ beansprucht. Die EU-Richtlinie über die Gleichberechtigung wird auch von ihnen verletzt.

Norwegen ist Vorreiter bei der **Gleichberechtigung**. Der „Stern“ hat launisch Bericht darüber geschrieben, die „Tagesschau“ hat 2006 sachlich darüber berichtet. In Norwegen müssen 40 Prozent aller Vorstände und Aufsichtsratsmitglieder Frauen sein. So eine Quote kennen wir in Deutschland aus dem Schwerbehindertengesetz. Hiervon können sich Arbeitgeber relativ billig freikaufen. Anders in Norwegen: Unternehmen, die diese Quote nicht erfüllen, werden zwangsweise vom Staat aufgelöst. Dies hat gewirkt. Ende 2008 war die Frist abgelaufen. Es gibt jetzt in allen Unternehmen Frauen in der Unternehmensführung! Es war übrigens ein Wirtschaftsminister, der diese Vorlage eingebracht hat. Er hat dies sinngemäß wie folgt begründet: „Ihr sitzt zusammen in der Sauna, geht auf die Jagd, trefft euch bei Konferenzen – und dabei schaut ihr nach geeigneten Kandidaten für den freien Posten. Frauen fehlen in diesen Runden! Daher, sage ich euch, ändert die Personalfindung!“

Also nicht nur „Mädels, krempelt die Ärmel hoch“ – auch die Männer sind gefragt. Die Kontrolle und das eventuelle Auflösungsverfahren obliegt in Norwegen dem Ombudsmann für die Gleichbehandlung. So etwas haben wir in Bremen auch, aber längst nicht so mächtig. Frauen können es! Ich hoffe, Ulrike Hauffe wird in diesem Jahr alles umkrempeln. Der Vortrag von Finanzsenatorin Linnert ist ja schon lange ausgebucht. Die Gelegenheit wäre günstig. Frau Linnert muss eigentlich von Amts wegen die Gemeinnützigkeit prüfen lassen. Übers Geld sind die Pfeffersäcke zu knacken! Auch Geschäftspartner der Bremer Unternehmer können nur zum Schaffermahl geladen werden, wenn es Männer sind. Eine Einladung zum Bremer Schaffermahl kann sich kein Unternehmer kaufen. Ich war Buchhalter bei einem großen Lebensmitteldiscounter. Der Inhaber wollte unbedingt zum Bremer Schaffermahl. Es ist ihm dadurch gelungen, dass er dem Einkauf einen Bremer Lieferanten vorgeschrieben hat. Als Frau wäre dass nicht möglich!

3. Die **Arbeitsmarktstatistik** ist fertig und hat wiederum ein unerwartetes Ergebnis. Wie und warum steht in einem Aufsatz von Stephan Idel: „Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen. Kritik der arbeitsmarktpolitischen Vernunft, oder: Ein Märchen aus Nürnberg“. Sehr lesenswert! Ergänzend ist noch besonders herauszustellen, dass vorher die Teilzeitarbeitsstellen nicht in der Arbeitsmarktstatistik enthalten waren. Somit ist auch diese Zahlenentwicklung nicht aussagefähig!

4. Es liegt eine Verfassungsbeschwerde gegen die Höhe der **Regelsätze** zum SGB II vor (Aktenzeichen 1 BvR 1523/08). Sie liegt – seit Juni 2008. Um diese Terminierung geht es in den Unterschriftslisten. Den Richtern soll klar werden, dass

die Menschen jeden Tag essen müssen. Einzelheiten stehen auch unter Position 3 bei der 217. Bremer Montagsdemo. Es geht um eine Familie mit einer Tochter. Insofern stehen *alle* Regelsätze auf dem Prüfstand. Wohltuend ist auch, dass das Gericht eine Familie auch Familie nennt – bei der Arge wird sie zur „Bedarfsgemeinschaft“! Zur Verfassungsbeschwerde kann noch vorgetragen werden, das heißt, es sind weitere Fakten erwünscht. Die Einzelpositionen der „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ stehen zur Prüfung an.

Hierzu gibt es kritische Anmerkungen des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“. Auf Seite 30 beginnen die Einzelpositionen. Dabei gibt es Ansätze, die leicht zu widerlegen sind, zum Beipiel Punkt 7 in Abteilung 3 (Nummer 03.221.01) betreffs „Reparatur und Miete von Schuhen“. Veranschlagt werden hierfür 64 Cent pro Monat. Wer eine Reparaturrechnung über Schuhe hat, bringe diese bitte im Original mit. Wir leiten diese Unterlage an die Vertreterin der klagenden Familie weiter, ebenso Quittungen für Schnürsenkel oder auch Preislisten von Schustern. So wollen wir die einzelnen Positionen widerlegen und zusätzlich zu den bereits erkannten Fehlern die Wirklichkeit einfügen.

Zur Verhinderung von weiteren Eingaben dieser Art kann das Gericht den Verhandlungstermin ansetzen. Insofern ist jede Unterlage aus der Gegenwart willkommen, Quittungen und auch Haushaltsbücher. Dabei ist es egal, ob diese Unterlagen von ALG-II-Betroffenen kommen. Wir helfen damit der Beschwerdeführerin Diana Henrich und letztlich allen, die von der Regelsatzverordnung betroffen sind, die also ALG II, Sozialgeld oder Grundsicherung im Alter beziehen.

Notwendig für die rückwirkende Anwendung eines positiven Urteils ist die eigene Klage gegen den Regelsatz, wobei der Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X der erste Schritt ist, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Wie dies geht? Wir gehen mit! Unerschütterlich werden noch immer Anträge auf Prozesskostenhilfe für Klagen gegen die Höhe des Regelsatzes abgelehnt. Auch hier hilft ein Hinweis auf dieses Verfahren beziehungsweise die vom Bundessozialgericht dem Verfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegten Klagen über die Regelsatzhöhe für Kinder. Klagen vor den Sozialgerichten sind nur vor dem Bundessozialgericht anwaltspflichtig. Vor dem Sozialgerichten und den Landessozialgerichten besteht keine Anwaltspflicht. – Der „Paritätische“ hat folgendes treffende Goethe-Zitat zum „Problem“ in seiner Broschüre:

Warum ist alles so rätselhaft?
Hier ist das Wollen, hier ist die Kraft;
Das Wollen will, die Kraft ist bereit,
Und daneben die schöne lange Zeit.
So seht doch hin, wo die gute Welt
Zusammenhält!
Seht hin, wo sie auseinanderfällt!

Natürlich werden in diesen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht nur die Regelsätze verhandelt, nicht Hartz IV insgesamt. Trotzdem kommt kein ALG-II-

Opfer *ohne* Widerspruch und eventuelle Klage aus! Die Entscheidungen der Argen sind einfach vorsätzlich falsch. Ihnen macht es wenig aus, den gleichen Sachverhalt immer wieder gerichtshängig zu machen. Oftmals zahlt die Arge sofort nach Klageerhebung, weil die Ansprüche klar sind. Die Arge vertraut jedoch darauf, dass viele ALG-II-Opfer keine Klage einreichen, sodass die Behörde dieses Geld einsparen kann. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Landesverfassung gebrochen: Bremer Hartz-IV-Betroffene weist schulische Benachteiligung ihrer Kinder nach *(„Tageszeitung“)*

Nach 20 Jahren in Bremen: Innensenator Mäurer muss die angeordnete Abschiebung der Familie Genc sofort aufheben *(„Bremer Friedensforum“)*

My Home Is My Castle

Aus unseren Beistandsaktivitäten, der Tagespresse sowie TV-Pseudo-Reality-Soaps über sogenannte Hartz-VI-Ermittler erfahren wir immer wieder von folgenden Situationen: Es klingelt an der Tür von Arbeitslosengeld-II-Betroffenen. Vor der Tür stehen zwei Arge-Außendienstler, die sich für Schimanski und Thanner halten und danach trachten, akribisch und wichtigtuerisch in Ihrer Wohnung nach vermeintlichen Verdachtsmomenten für eine „Einstandsgemeinschaft“ zu stöbern. Es wird der Kühlschrank geöffnet, ob nur eine oder zwei Eierpackungen vorhanden sind. Im Badezimmer werden die Zahnbürsten gezählt, und im Schlafzimmer wird nach der verdächtigen Bettkuhle gefahndet.

Nicht wenige Arbeitslosengeld-II-Betroffene lassen aus Furcht vor Leistungseinstellungen diesen Unsinn zu. Doch es gibt keinen Grund zur Sorge, denn erstens ist die Wohnung unverletzlich (Artikel 13 GG), das heißt, Sie brauchen die Herrschaften nicht reinzulassen, und zweitens ist es Ihre Privatsache, wie viele Zahnbürsten sich im Badezimmer befinden, ob Sie Ihre Lebensmittel getrennt aufbewahren und wie viele Kuhlen Sie in welchen Betten hinterlassen. Dies zählt

nicht zu den Tatbestandsvoraussetzungen einer „Einstandsgemeinschaft“ und hat daher unsere Hobbyermittler nicht zu interessieren.

Die gesetzlichen Kriterien, wann ein wechselseitiger Wille, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen – also eine Einstandsgemeinschaft – vermutet wird, treten nur ein, wenn Partner

1. länger als ein Jahr zusammenleben,
2. mit einem gemeinsamen Kind zusammenleben,
3. Kinder oder Angehörige im Haushalt versorgen oder
4. befugt sind, über Einkommen oder Vermögen des anderen zu verfügen.

Einer verfassungskonformen Interpretation wird aber nur eine Gesamtschau der Kriterien gerecht (vergleiche Münder: SGB-II-Lehr- und Praxiskommentar, zweite Auflage 2007, § 7, Randnummer 69). Lediglich durch die Dauer des Zusammenlebens allein kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Voraussetzungen automatisch erfüllt sind (Münder, am angegebenen Ort). Die Obliegenheit der Beweislast ist hier leider bei den Betroffenen. Dies soll jedoch lediglich dem Leistungsmissbrauch durch falsche Angaben entgegenwirken (Münder, Randnummer 70). Machen Sie also auf jeden Fall richtige Angaben – aber auf der Behörde, nicht bei sich zu Hause.

Erwähnenswert ist noch, dass zwei Personen im Rechtssinne nicht beweisen können, dass sie einander *nicht* in einer eheähnlichen Gemeinschaft verbunden sind (Münder, am angegebenen Ort), und an die Beweislast der Betroffenen keine hohen Anforderungen zu stellen sind (Münder, Randnummer 71). Jedenfalls hat die Bagis, die Bremer Arge, auch die für die Beteiligten günstigsten Umstände zu berücksichtigen (Münder, am angegebenen Ort). Es besteht keine Pflicht, im Rahmen der Feststellung einen Hausbesuch zu dulden (vergleiche Eicher/Spellbrink, SGB-II-Kommentar, zweite Auflage 2008, § 7, Randnummer 51).

Also, parken Sie Ihre Zahnbürsten und Rasierapparate, wo Sie wollen, und lassen Sie die Schnüffler ruhig im Regen stehen! Falls Ihnen die Bagis die Leistungen kürzen oder einstellen will, gehen Sie zum Sozialgericht und beantragen dort einstweiligen Rechtsschutz.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Überflüssig: Braucht Oldenburgs Obersozialkürzungsmeister Schwandner eine Tortenschutzpolizei? *(„Die Welt“)*

Handbuch für Internet-Dissidenten: Wie kritische Menschen Blogs als Werkzeug für mehr Meinungsfreiheit nutzen können *(„Reporters without Borders“)*

Rasant: „Pistensau“ Althaus lässt sich binnen einer Stunde vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung freikaufen *(„Spiegel-Online“)*

Die Rüstungsindustrie profitiert von der Wirtschaftskrise

Die Rüstungsindustrie profitiert von der Wirtschaftskrise! Wer das immer noch nicht glaubt, dem möchte ich folgendes Beispiel nennen: Die Bundesregierung plant, von den 50 Milliarden für das Konjunkturprogramm II Beschaffungsprogramme in Höhe von 500 Millionen Euro für die Bundeswehr abzuzwacken. Davon sollen unter anderem 37 gepanzerte und bewaffnete Tanklastzüge, 34 gepanzerte Dingo-2 Fahrzeuge mit Gefechtsturm und für 22 Millionen Euro schwere Kampfdrohnen gekauft werden. Da bläst auch die Bremer Rüstungsindustrie schon mal kräftig die Freudenfanfare! Mit den Summen, die dort ein Arbeitsplatz kostet, lassen sich locker vier bis fünf Arbeitsplätze im Gesundheits- oder Bildungsbereich schaffen.

Und dann ist da noch die Firma Diehl, ansässig in Nürnberg. Sie liefert ihr tolles G3-Gewehr nicht nur an die Bundeswehr, sondern exportiert es auch in alle denkbaren Krisen- und Kriegsgebiete dieser Welt. Daneben produziert und exportiert sie laufend ihre berüchtigten „Smart 155“, das sind übelste Streumunitionsgranaten! Diese zerfetzen gerade unter der Armutsbevölkerung besonders viele Frauen und Kinder. Diehl bekam von der Bundesregierung eine Sondererlaubnis, obwohl die Produktion international verboten ist. Das im Dezember 2008 von rund hundert Staaten vereinbarte Abkommen zur Ächtung von Streubomben und -munition wurde vor allem von einer weltweiten Koalition von Nichtregierungsorganisationen durchgesetzt. Berlin setzt sich einfach darüber hinweg! Ein Journalist, der es wagte, diesen Tatbestand beim Namen zu nennen, wird von dem Rüstungskonzern demnächst wohl mit der juristischen Keule bombardiert, so die „Tageszeitung“.

Der „Weser-Kurier“ schreibt am Montag dieser Woche, dass jedes dritte Kind in Bremen von Armut betroffen ist und Hilfe benötigt. Das ist zwar nichts umwerfend Neues, aber jetzt wird es mit einem entsprechenden Senatsbericht regierungsamtlich! Von staatlicher Seite hat es bisher in Bremen keinen Armutsbericht gegeben. Wie zu sehen ist, hat Berlin mit Hartz IV auch hier eine Art Streubombe losgelassen! Die Studie soll im Sommer erscheinen und stellt fest, dass es „dramatische Unterschiede“ zwischen Arm und Reich zum Beispiel im Vergleich von Gröpelingen zu Schwachhausen gibt. Insgesamt 16 Ortsteile werden danach als „gefährdet“ bis „prekär“ eingestuft. In manchen Stadtbezirken steigt die Armutsquote auf über 60 Prozent – mit den entsprechend verheerenden Folgen für die Kinder. Die Löhne und Gehälter sind von 2000 bis 2006 um ein Prozent gesunken. Dafür stiegen die Kapital-„Erträge“ der Reichen um satte 23 Prozent!

In ihrem Koalitionsvertrag hatten die Regierungsparteien einen Abbau der Armut, vor allem der Kinderarmut versprochen, und nichts ist passiert. Liebe Koalitionäre, wir von der Montagsdemo haben versprochen, euch beim Wort zu packen, euch auf die Finger zu sehen und energisch auf dieselben zu klopfen. Wir tun dies ständig, und wir werden dies auch weiterhin tun! Dafür stehen wir jeden Montag hier!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Die Linksfraktion lädt ein zur **Diskussionsveranstaltung** „Geld geht alle an! Die Bremer Projektliste zum **Konjunkturpaket II**“ am **3. März 2009** um **17 Uhr** im **Haus der Bürgerschaft**, Raum 416 (Börsenhof A), Am Markt 20. Ruckartig sollen 117 Millionen Euro für Bremen verplant werden. Der Senat will bis Ende Februar eine Projektliste vorlegen. „Die Linke“ fordert eine stadtteilnahe Verwendung der Mittel. Der Jahresabschluss 2008 für den Stadtstaat weist ungeplante Mehreinnahmen von netto 216 Millionen Euro aus. Damit ließe sich ein flankierendes Landesprogramm für Armutsbekämpfung, Beschäftigung und sozial-ökologischen Umbau finanzieren, wenn die politische Bereitschaft da wäre. Die Föderalismuskommission II will Zinsbeihilfen für Bremen von 300 Millionen Euro jährlich auf den Weg bringen. Paradoxerweise wird dieser Geldsegen zu extremen Einsparungen bei den Ausgaben führen, weil gleichzeitig ein vollständiges Verbot der Neuverschuldung vorgesehen ist.

„Emmely“ – ein Skandalurteil

1. Ich möchte mit einer guten Nachricht beginnen: Erwerbslose müssen nicht für **Dumpinglohn** arbeiten! Letzte Woche entschied das Sozialgericht Dortmund, dass die Arge nicht dazu berechtigt ist, einer arbeitslosen Frau die ohnehin kargen Bezüge um ein Drittel (104 Euro) nach dem Sozialgesetzbuch für drei Monate zu kürzen, wenn diese sich weigert, eine Arbeit in einem Textildiscounter zu einem Stundenlohn von 4,50 Euro brutto anzunehmen. Schön, dass das Gericht eine solche Bezahlung mit sittenwidrigem Lohnwucher gleichsetzt, da nach dem untersten Tariflohn wenigstens 9,82 Euro brutto gezahlt werden müssen! Wenn Erwerbslosen zu Arbeiten mit solchen Stundenlöhnen gezwungen werden, käme dies einem behördlich unterstützten Lohndumping gleich und wäre auch dabei behilflich, das Lohngefüge insgesamt noch weiter nach unten zu schrauben. Toll, dass sich die betroffene Frau aus Bochum zur

Wehr gesetzte und nicht gleich den Kopf mit der Begründung in den Sand steckte, dass „man“ da eh nichts machen könne. Doch, „man“ kann! Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt! (Aktenzeichen: Sozialgericht Dortmund, S31 AS 317/07)

2. Ein Video belegt, dass bei der teilstaatlichen Telekom Austria offenbar fragwürdige Methoden zum **Mitarbeiterabbau** an den Tag gelegt werden. Deren Vorstand Gernot Schieszler erklärte bei einer Investorentagung, dass „überschüssige Mitarbeiter“ zu Hause sitzen bleiben sollten. Weil es seine Aufgabe sei, ein Telekom-Unternehmen wertsteigernd zu führen, habe man sich dazu entschlossen, Arbeitskräfte „aus dem Programm herauszunehmen“. Sollte es nicht möglich sein, die Mitarbeiter umzuschulen oder in andere Unternehmensbereiche zu „verleasen“, dann müssten sie wohl daheim sitzen bleiben. Erfahrungen aus anderen Unternehmen zeigten weltweit, dass sich die Betroffenen in den ersten vier bis sechs Wochen noch wohlfühlten. Aber danach solle damit begonnen werden, die Mitarbeiter anzurufen und sie für ein paar Tage zur Arbeit zu bestellen. Sollten diese antworten, sie seien krank, werde ein Arzt zu ihnen geschickt. Wenn der feststelle, dass sie *nicht* krank sind, erfolgten Klagen gegen diese Mitarbeiter. Dann würden schon einige den „goldenen Handschlag“ annehmen. Ich brauche wohl kaum zu erwähnen, dass sich Herr Schieszler selbstredend vom mobbingähnlichen Personalabbau bis hin zum „golden Handshake“ distanziert hat. Da ist der arme natürlich wieder ganz falsch verstanden worden.

3. Die 50-jährige Barbara E., genannt „Emmely“, hat nach mehr als 30-jähriger Betriebszugehörigkeit ihren Job als Kassiererin verloren. Ihr wird die Unterschlagung von zwei **Pfandbons** in Höhe von insgesamt 1,30 Euro vorgeworfen. Den Rechtsstreit um ihre fristlose Kündigung verlor sie jetzt auch in zweiter Instanz. Das Berliner Landesarbeitsgericht erklärte die Kündigung in der letzten Woche für rechtens. Als Begründung gaben die Richter an, eine Kassiererin müsse „unbedingte Zuverlässigkeit und absolute Korrektheit“ zeigen. Deswegen sei der Vertrauensverlust der eigentliche Kündigungsgrund und nicht der Wert der Sache! Die Kassiererin bestritt die Vorwürfe und hielt dagegen, Kaiser’s habe sie loswerden wollen, weil sie zuvor einen Streik der Belegschaft angeführt hat. Dieser Ansicht kann das Gericht natürlich gar nicht folgen. Für Unmut sorgt auch, dass es sich um eine sogenannte Verdachtskündigung handelt. Im Arbeitsrecht gilt – anders als im Strafrecht – weder die Beweispflicht noch der Geringfügigkeitsgrundsatz. Da reicht also schon der bloße Verdacht zur Kündigung aus. Dieses Gesetz könnte nun viele Unternehmen dazu ermuntern, unliebsame Mitarbeiter(innen) auf ebenso unschöne, aber leider legale Weise loszuwerden!

Es ist doch unglaublich, wie es in dieser Bananerepublik zugeht: Da verliert eine Kassiererin aus dem Niedriglohnbereich nicht nur ihren Job, sondern in ihrem Alter auch noch ihre berufliche Existenz wegen solcher *Peanuts* in Höhe von 1,30 Euro, die ihr noch nicht mal nachgewiesen werden müssen. Dabei laufen hier aber noch ein paar Manager herum, die in krimineller Art und Weise Milliar-

den Euro veruntreut haben und dafür noch Millionen an Boni hinterhergeworfen bekommen! Diese Herren wurden natürlich nicht fristlos entlassen, sondern durften noch ein paar Milliönchen als Abfindung mitnehmen. Wenn sich kein Gericht und kein Staatsanwalt damit beschäftigen, wie eine große Zahl von Bankern das Vertrauensverhältnis zu ihrem Arbeitgeber und vor allem zu ihren Kunden kaputtmachten, dann kann eine derartige Ungleichbehandlung nur das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat zerstören. Das steht doch in gar keinem Verhältnis! Wenn diese Untersuchungen gar nicht erst eingeleitet werden, liegt die Vermutung nahe, dass einige aus den verantwortlichen Politikerriegen selbst Dreck am Stecken haben und sich nicht freiwillig selbst enttarnen wollen! Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen. Ich wünsche der Kassiererin noch ganz viel Kraft und Mut bei ihrem weiteren Kampf gegen dieses Skandalurteil!

4. Die internationale Finanzkrise hat die Arbeitsgerichte erreicht: **Kündigungsschutzklagen** haben in den vergangenen Monaten drastisch zugenommen. Im letzten Quartal 2008 stieg die Zahl solcher Klagen um mehr als 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Wenn sich die Auftragslage verschlechtert oder Aufträge ganz ausbleiben, greifen Unternehmen schnell zum eigentlich letzten Mittel und kündigen „betriebsbedingt“. Das lässt sich mit einer leichten Konjunkturschwankung wohl kaum noch erklären. Dass sich auch die Zahl der Rechtsauseinandersetzungen um befristete Verträge in den vergangenen Monaten fast verdoppelt hat, vermag mich nicht zu verwundern. Wer wollte schon freiwillig den jähen Fall in das menschenverachtende Hartz IV mit seiner Verfolgungsbetreuung und der kostenlosen Mitgift, zum geächteten Sündenbock der Gesellschaft abgestempelt zu werden, so leicht riskieren?

Da ist es gut zu wissen, dass ein Arbeitnehmer noch drei Wochen nach vereinbartem Ende des Arbeitsvertrages über das Arbeitsgericht auf unbefristete Weiterbeschäftigung klagen kann. In Krisenzeiten können Kündigungsschutzklagen durchaus Aussicht auf Erfolg haben. Eine Entscheidung des Arbeitsgerichts in Nürnberg zeigt dies beispielhaft: Ein Arbeitgeber hatte einen Reinigungsauftrag verloren und kündigte deshalb einer Putzkraft. Die entlassene Mitarbeiterin reichte Kündigungsschutzklage ein. Das Gericht lehne die Kündigung ab, da die Begründung des Arbeitgebers zu pauschal sei, heißt es im Urteil. Der Arbeitgeber habe nicht klar gemacht, wann er den Auftrag verloren habe und warum es für die Beschäftigte keine anderen Aufgaben gab. Also, bloß nicht immer gleich den Kopf in den Sand stecken, denn wer sich nicht wehrt, hat schon verloren!

5. Der Schweizer Soziologe und frühere UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, prangerte an, dass die Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik für die armen Länder eine Katastrophe bedeuten. Laut Weltbank sind zusätzlich zu den 2,2 Milliarden extrem armen Menschen nun 100 Millionen unter die Armutsgrenze gefallen. „Wenn der Reiche abmagert, verhungert der Arme“, sagt der französische Autor Alphonse Allais. Im Oktober hätten die 15 Re-

gierungschefs der Eurozone beschlossen, 1.700 Milliarden Euro zur Rettung ihrer Banken lockerzumachen. In der gleichen Woche seien die Beiträge für die Humanitärhilfe der UN um durchschnittlich 50 Prozent gekürzt und Tausende Entwicklungshilfeprojekte gestrichen worden, so Ziegler. Die konkreten Folgen können nur noch mehr Elend und Hunger bedeuten, sodass für Flüchtlinge in den UN-Lagern nur noch eine Tagesration in Höhe von 1.500 Kilokalorien zu verteilen ist, obwohl ein Erwachsener täglich 2.200 zum Überleben braucht. Damit kann die UN also nur noch die **Unterernährung** organisieren.

Es ist keine Hypothese, sondern eine grausame Tatsache, dass die Katastrophenbanker nicht nur die westlichen Volkswirtschaften ruinierten, sondern woanders morden! Der UN-Berater fordert, dass Wirtschaftsdelikte wie Kriegsverbrechen verfolgt werden müssen: „Die Banker haben mehr Menschen auf dem Gewissen als mancher afrikanische Warlord." Jeden Tag stürben hunderttausend Menschen an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen. Aber das sind ja auch bloß notleidende Menschen und eben nicht die wertvollen, unterstützungswürdigen Banken! Laut „Welternährungsorganisation" könnte die derzeitige Landwirtschaft problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren, also das Doppelte der heutigen Bevölkerung. „Ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet. Wir brauchen einen neuen planetarischen Gesellschaftsvertrag", so Ziegler.

6. Laut einer Studie des „Wissenschaftlichen Instituts" der AOK nehmen die Fehlzeiten von Arbeitnehmern wegen psychischer Beschwerden zu. Die Zahl der Krankheitstage, die damit entschuldigt wurden, sei seit 1995 um 80 Prozent gestiegen. Die psychischen Krankheitsfälle sind auch besonders langwierig: Sie dauern durchschnittlich 22,5 Tage. Andere Erkrankungsarten hätten dagegen beständig abgenommen. Besonders lange oder häufig krankgemeldet sind Müllmänner (23,8 Tage) und Metallarbeiter (21 Tage), während EDV-Experten (9,5 Tage) und Banker (11,6 Tage) deutlich weniger Krankheitstage haben. Viele Arbeitnehmer versuchen inzwischen, mit **Stressmanagement** ernsten Problemen vorzubeugen. Hier muss natürlich auch besonders an die Arbeitgeber appelliert werden: „Eine Stärkung der Mitarbeiter beim Umgang mit psychischen Belastungen wie zum Beispiel Stress ist eine Investition in die Zukunft eines jeden Einzelnen wie auch des Betriebes", erklärte das Institut weiter. Wenn immer mehr Stellen nicht mehr neu besetzt werden und gleichzeitig die Angst vor dem drohenden existentiellen Absturz in die Arbeitslosigkeit wächst, dann erhöht sich der Druck auf die Arbeitnehmer geradezu zwangsläufig!

7. Im münsterländischen Telgte lehrte eine 47-jährige Frau mit heftigen Küssen einen **Gerichtsvollzieher** das Fürchten. Ihr 13-jähriger Sohn fotografierte die turbulenten Szenen fleißig mit. Der Gerichtsvollzieher war angemeldet gewesen, und die Frau öffnete ihm auch bereitwillig. Ob sie ihn milde stimmen wollte oder ihm gar eine sexuelle Straftat „nachweisen", sei dahingestellt. Auf jeden Fall versuchte die Frau immer wieder, den Mann von der Tür wegzudrängen. Als jenem dann

die Flucht gelang, verstand er gar keinen Spaß und verständigte die Polizei. Diese stellte den Fotoapparat sicher und leitete ein Strafverfahren gegen die Frau ein. „Make peace, not war“ wird offenbar nicht von allen verstanden.

8. Dass die Patienten am stärksten unter dem Sparkurs der Krankenkassen zu leiden haben, wird jeder spätestens bei persönlicher Beeinträchtigung am eigenen Leibe erfahren. Wir werden fast alle mal alt, und wer weiß, wie viele von uns später mit **Inkontinenz** leben müssen. Die AOK hat gerade auf kostengünstigere Windeln und Einlagen für Erwachsene umgestellt. Seitdem regt sich häufiger der Protest bei den Betroffenen. Sie beklagen sich vor allem über die schlechtere Qualität der neuen Produkte, die leider nicht halten, was sie versprechen. Auslöser für diese Misere ist eine Änderung des Bundessozialgesetzes, das vorschreibt, dass die Krankenkassen die Belieferung mit Inkontinenzartikeln öffentlich ausschreiben und natürlich den günstigsten Anbieter nehmen müssen. Die AOK hofft, dadurch mehrere Hunderttausend Euro jährlich einsparen zu können, allerdings auf dem Rücken von 4.500 Versicherten, die jetzt mit den neuen Produkten und dem „Service“ des neuen Anbieters zu kämpfen haben.

Eine 82-Jährige Findorfferin musste vier Wochen auf ihre Einlagen warten, die ihr dann gleich für ein Jahr im Voraus geliefert und in ihrer kleinen Wohnung vom Boden bis an die Decke gestapelt wurden. Abgesehen von der Ungemütlichkeit wird jeder Besucher gleich mit der Nase auf die intime Problematik der Bewohnerin gestoßen. Die neuen Einlagen verrutschen immer und saugen die Flüssigkeit viel schlechter auf als die vorherigen. Auch die Pflegedienstleitung im Altenheim Laurentius berichtet davon, dass sie nachts nun zwei- bis dreimal öfter die Vorlagen wechseln und mitunter das ganze Bett frisch beziehen müssten, wodurch sich die Heimbewohner nicht nur in ihrer Intimsphäre gestört fühlten, sondern richtig gestresst seien. Ein Abteilungsleiter der AOK will den Vorwurf der mangelnden Qualität nicht gelten lassen, weil der Lieferant der größte Windelhersteller auf dem Weltmarkt und dort das Material für alle gleich sei, so die Argumente eines kaufmännisch orientierten Theoretikers.

Die Pflegedienstleiterin wagte daraufhin den Selbstversuch und fand die Vorwürfe der Heimbewohner voll und ganz bestätigt: Die Füllung klumpt bei der kleinsten Bewegung sofort zusammen, und die Haut bleibt feucht, weil die Saugfläche die Flüssigkeit nicht einschließt. Kein Wunder, wenn sich dann gerade Frauen aus Angst vor Geruchsbelästigung nicht mehr aus ihrem Zimmer heraustrauen. Wenn dann von nicht mehr vorhandener Mobilität im Alter die Rede ist, hält dem der Abteilungsleiter plump den Vorwurf der „falschen Anwendung“ dagegen. Sollte er mal den Selbstversuch machen, würde sein Argumentationsgebilde wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen! Verantwortungslos und menschenunwürdig ist in meinen Augen solch ein Umgang mit alten Menschen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Attac“ lädt ein zur **Diskussionsveranstaltung** mit dem Politikwissenschaftler Werner Rätz unter dem Titel „**Für eine andere Antwort auf die Krise**“ am **Montag**, dem **9. März 2009**, um **19:30 Uhr** in der „Villa Ichon“, Am Goetheplatz 4, Raum 5.

„Angemessenheit“ nicht definiert: Wilhelmshaven hat 1.500 Hartz-IV-Empfängern Mietzuschüsse und Heizkosten falsch berechnet *(„Weser-Kurier“)*

Eine Reform, die Arbeit macht und keine schafft: Beim Bremer Sozialgericht sind in den ersten sechs Wochen des Jahres bereits mehr als 300 neue Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide eingegangen *(„Nordwestradio“)*

Ausgepiepst: Der Einsatz von Wahlcomputern bei der letzten Bundestagswahl war verfassungswidrig *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Wir dürfen wir uns keine Illusionen in die Gerichte machen

„Sämtliche 16.500 Leiharbeitsplätze bei VW werden gestrichen“, lautete am Sonntag eine lapidare Meldung. Dass es vor Kurzem noch 25.000 waren – davon kein Wort. Dass es Menschen sind, die da „gestrichen“ werden – kein Wort! Notwendig ist es, den Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten zu führen. Dazu gehört die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich statt Entlassungen und Kurzarbeit, dazu gehört die Erhöhung der Löhne und des Arbeitslosengeldes. Die Streiks im öffentlichen Dienst haben auch bewiesen, dass in der Krise durchaus erfolgreich gekämpft werden kann!

Die jetzige Krise und wie hier mit den Menschen umgegangen wird, offenbart aber noch eine ganz andere Sache: Das ganze System ist unmenschlich, gegen die Masse der Bevölkerung gerichtet und dient nur einer klitzekleinen Minderheit. Die Massenproteste bis hin zu Straßenschlachten und Generalstreiks in immer mehr Ländern richten sich schon nicht mehr nur gegen die Abwälzung der Krisenlasten: Da steht zunehmend das ganze System unter Beschuss. Die erzwungenen Rücktritte der Regierungen von Island und Lettland sind dabei sicher erst ein Anfang: Für den 30. März 2009 ist in Irland ein Generalstreik geplant. Schon vor einer Woche gab es in Dublin mit 120.000 Teilnehmern eine der bislang größten Demonstrationen.

Vor den Gerichten gab es in den letzten Tagen Erfolge und Misserfolge: Sittenwidrige Löhne in Mecklenburg, wo eine Kellnerin nur 56 Cent Stundenlohn bekam, wurden verboten. Das Sozialgericht in Dortmund hob eine 30-Prozent-Kürzung bei Weigerung, für Dumpinglohn zu arbeiten, auf. Ein Erfolg ist es auch, dass das bayerische Versammlungsgesetz teilweise für verfassungswidrig erklärt wurde. Aber es gab eben auch andere Urteile, etwa im Fall „Emmely“ bei der Kündigung wegen des Verdachts, 1,30 Euro „unterschlagen“ zu haben. Die war also juristisch einwandfrei.

Deshalb dürfen wir uns keine Illusionen in die Gerichte machen. Sie versuchen, die demokratische Fassade zu erhalten, notfalls die Massen zu beschwichtigen – der reaktionäre Kern aber bleibt, so die Hartz-Gesetze als solche oder auch das bayerische Versammlungsgesetz. Das heißt nicht, dass man nicht klagen sollte! Wir sollten uns nur keiner Illusion hingeben: Gegen Hartz IV und gegen die Abwälzung der Krisenlasten wird nicht von Gerichten entschieden, sondern durch unseren Kampf. Wir müssen das Heft selbst in die Hand nehmen! Unser Kampf erfordert Ausdauer und Härte. Er ist umso druckvoller, je besser wir es verstehen, über Parteigrenzen hinweg Jung und Alt, Arbeiter und Arbeitslose zusammenzuhalten.

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

Die MLPD lädt ein zur **Veranstaltung** „Banken und Konzerne sollen die **Krisenlasten** selbst bezahlen“ am **Freitag**, dem **6. März 2009**, um **19 Uhr** in der Gaststätte „Postillion“, Werderstraße 66.
Es spricht Joachim Griesbaum von der Landesleitung Nord-West.

Gestärkt in die Zukunft

Offen, vielfältig und mit vorwärtstreibenden Beschlüssen verlief die 7. Bundesdelegiertenkonferenz der Montagsdemonstrationsbewegung am 28. Februar 2009 in Kassel. 95 Delegierte aus 46 Städten wurden von den Montagsdemos vor Ort zur Konferenz entsandt. Auf der Tagesordnung standen der Tätigkeitsbericht der Koordinierungsgruppe, der Finanzbericht, Beschlüsse zur weiteren Arbeit sowie die Wahl der neuen Koordinierungsgruppe und der Finanzrevisoren.

Die Delegiertenkonferenz war sich insbesondere ihrer großen Verantwortung bewusst, die sie als erfahrene, politisch selbständige, überparteiliche, selbst or-

ganisierte und finanzierte Bewegung in der gerade erst begonnenen Weltwirtschaftskrise für kommende Massenkämpfe und Demonstrationen hat. Es wurde vor allem betont, weiter an der Festigung der Einheit von Arbeitern und Arbeitslosen zu arbeiten.

Der Tätigkeitsbericht der Koordinierungsgruppe wurde begrüßt, weil er Kritiken und Anregungen der Montagsdemonstrationsbewegung aufgriff und ohne Scheu über Erfolge genauso wie über noch vorhandene Schwächen in der Arbeit der Koordinierungsgruppe Rechenschaft ablegte. Finanziell konnte sich die Montagsdemobewegung weiter konsolidieren.

Die Montagsdemobewegung hält fest an einer ihrer zentralen Aufgaben: Sie beschloss die Durchführung einer weiteren bundesweiten **Demonstration gegen die Regierung** am **Samstag**, dem **24. Oktober 2009**, in **Berlin**. Umstritten war hierbei keineswegs die Demo selbst, wohl aber der Termin: Viele hatten sich eine Demonstration noch im Bundestagswahlkampf gewünscht. Unter anderem die Argumentation, der neu gewählten Regierung zu zeigen, dass sie mit der Montagsdemonstrationsbewegung rechnen muss, erhielt jedoch die Mehrheit.

Vielfältige Initiativen und Vorschläge wurden vorgebracht, und die Konferenz machte deutlich, dass künftig mehr Erfahrungsaustausch, regionale Vernetzung, gemeinsame bundesweite Aktionstage und eine lebendige Homepagearbeit verwirklicht wird. Dieser Auftrag erging an die neu gewählte Koordinierungsgruppe, die bei einer Enthaltung einstimmig gewählt wurde.

Die Delegierten erklärten sich solidarisch mit der bei Kaiser's-Tengelmann gekündigten Kassiererin Barbara E., genannt Emmely. In der einstimmig verabschiedeten Solidaritätserklärung heißt es: „Wer einen von uns angreift, kriegt es mit allen zu tun – und Sie sind eine von uns, weil Sie wie wir für die Gerechtigkeit kämpfen!"

Es wurden eine Reihe weiterer Beschlüsse gefällt, die in den nächsten Tagen auf der Homepage zu finden sein werden. Es sind der demokratische und solidarische Stil, die Überparteilichkeit und der kämpferische Charakter der Montagsdemonstrationsbewegung, die sie stark gemacht haben. Die Montagsdemonstranten werden auch künftig diese Trümpfe ausspielen – und stärker werden!

Presseerklärung der Koordinierungsgruppe bundesweite Montagsdemo – Auf dem Foto: Sprecher Fred Schirrmacher (parteilos)

Aber doch nur beim Wahlergebnis: Natürlich wünschen wir Schnatterinchen einen krachenden Absturz *(„Bild"-Zeitung)*

Große Koalition spätestens 2010 am Ende: Fallen unter Rot-Rot-Grün mehr Brosamen für Hartz-IV-Opfer vom Tisch der Reichen? *(„Bild"-Zeitung)*

Arge-Zukunft: Bekommen neben den 16 Bundesländern auch die 69 „Optionskommunen" Verfassungsrang? *(„Rheinische Post")*

Reorganisation gescheitert: Bundesagentur will die Verträge von rund 60 Jobcentern, die Ende 2009 auslaufen, nicht verlängern *(„Demo-online“)*

Größte Depression der Weltgeschichte: Fällt in Kürze restlos der Boden aus den Finanzmärkten? *(„Junge Welt“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

222. Bremer Montagsdemo am 09. 03. 2009

Das Los der Frauen

Ja, das ist das Los der Frauen: Wir sollen euch Männern immer nur vertrauen! Tun wir es aber, ohne zu fragen, nein, dann platzt uns bald der Kragen!

Wir Frauen sollen bloß wieder zurück an den Herd und Kinder kriegen und nur nicht mit euch Männern im Konkurrenzkampf liegen!

Im Beruf sind wir immer noch unterbezahlt und fühlen uns belogen. Ja, so werden wir in dieser Welt als Frauen betrogen!

Wann tritt endlich Gerechtigkeit ein? Dann könnt ich auch als Frau in der Not Ernährerin der Familie sein.

Denn da hab ich die Möglichkeit, mit meinem Lohn die Familie über die Runden zu bringen, und brauchte nicht mit Vater Staat um jeden Euro zu ringen.

Er müsste für mich kein Hartz IV zahlen, denn mit gerechtem Lohn wär ich davon nicht betroffen. Doch leider kann ich als Frau nur weiter hoffen.

Wir wollen euch Männern gar nicht das Wasser abgraben, denn schließlich sind wir auch froh, dass wir euch haben.

Wir Frauen wollen doch nur Anerkennung und Gerechtigkeit! Die steht uns auch zu! Dafür wird jetzt aber allerhöchste Zeit!

Hannelore Riedel (parteilos) – auf dem Foto: links (mit Gudrun Binder)

„Schwanger“ mit Flugblättern: Die Bremer Räterepublik wurde auch von Frauen vorbereitet und getragen *(Heike Hey)*

Kaum Fahrgeld im Regelsatz: Krankes Hartz-IV-Opfer wandert zu Fuß nach Berlin *(„Steuerschmiede aktuell“)*

Merkel, oder:
Wie der Reichtum blind bleibt

1. Es scheint nicht zu genügen, dass die „Arbeitnehmerkammer Bremen“ in den vergangenen Jahren *regelmäßig* Untersuchungen zu diesem Themenkomplex vorlegte. Als ob dies zur Problemlösung beitragen könne, legte nun auch erstmals der Senat einen **Armutsbericht** vor. Offenbar muss der Senat es erst selbst schreiben, bevor er glauben kann, dass Bremen eine geteilte Stadt ist und dass dramatische Unterschiede zwischen den Stadtteilen existieren. Ich werde später noch auf das Theaterstück von Aristophanes zu sprechen kommen, der schon damals schrieb, dass eine Stadt sowohl Stadt der Armen als auch gleichzeitig Stadt der Reichen sei! Es ist ansonsten ja nicht so, dass nicht schon längst bekannt wäre, dass zum Beispiel Männer im privilegierten Schwachhausen acht Jahre länger leben als im finanziell schwachen Gröpelingen.

Der „Weser-Kurier“ schreibt, dass sich Arm und Reich immer konsequenter voneinander trennen, was nicht nur die Teilhabe am öffentlichen Leben, sondern natürlich auch den Wohnort betreffe. Die *Segregation,* also die soziale Entmischung in den einzelnen Stadtteilen, wächst, die Gettobildung boomt. Als benachteiligt werden immer wieder Tenever und Gröpelingen genannt. 16 Ortsteile werden in den vorliegenden Unterlagen als „gefährdet“ bis „prekär“ eingestuft. Hier bestehe für die Menschen ein Armutsrisiko und die Gefahr, dass sich Armut verfestige. Jedes dritte Kind braucht Hilfe! Der Aufschrei ist erwartungsgemäß groß, wenn gerade Kinder in besonderem Maße von Armut betroffen sind. Wie wir alle wissen, gelten sie ja zu den *unschuldig* in Armut Verharrenden, also zu den „guten Armen“!

Nur sitzen Kinder nicht wie „Kevin allein zu Haus“ in den benachteiligten Stadtteilen, sondern müssen immer im Zusammenhang mit ihren armen Müttern oder Familien betrachtet werden. So ist es natürlich kein Wunder, dass Frauen laut diesem Bericht zu der Gruppe gehören, deren Gefährdung, von Armut betroffen zu sein, überproportional steige. Bei fast einem Drittel der Mütter wird der Lebensunterhalt von Familienmitgliedern gesichert. Wenn die Beziehungen aber unsicher seien, werde die „Versorgerehe“ zur „Armutsfalle“. Als Hauptgrund für die Armut gilt Arbeitslosigkeit. Vermutlich müsste zunehmend mehr auch die beschämend niedrige Entlohnung gerade weiblicher Erwerbsarbeit genannt werden. Ich finde

es skandalös, wie unsere Gesetzgebung zulässt, dass der Arbeitslohn in Bremen von 2000 bis 2006 real um ein Prozent sank, während gleichzeitig die Einkünfte aus Kapital um 23 Prozent ansteigen durften!

Mir persönlich ist es auch ein völliges Rätsel, warum unsere Gewerkschaften nur für einen lächerlichen Mindestlohn von 7,50 Euro „kämpfen“. Existiert diese Arbeitnehmervertretung nur noch pro forma, leidet sie an kollektiver *Dyskalkulie* – oder wieso merkt sie angeblich nicht, dass sich mit einem solch niedrigen Mindestlohn die Armut nur noch weiter auf dem Niveau von Hartz IV verfestigen und eine Altersarmut unvorstellbaren Ausmaßes zementieren muss? Was der Senat wohl auf den Tisch legen wird, um Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung zu ergreifen? Ob diese ebenso sinnentleert sein werden wie die Mindestlohnforderung der Gewerkschaft?

2. Alle Jahre wieder tagt der UN-Frauenrechtsausschuss und wirft nun der Bundesregierung unzureichendes Engagement in der **Gleichstellungspolitik** vor. Obwohl Deutschland 1980 die UN-Frauenrechtskonvention unterschrieb, muss der deutschen Regierung vorgeworfen werden, dass sie keine aktiven Maßnahmen ergreift, um die Diskriminierung von Frauen zu beseitigen! Mit „Gender-Mainstreaming“ soll die Politik prüfen, ob Männer und Frauen gleichermaßen von ihrer Politik profitieren. Das Komitee bedauere, „dass die Regierung sich von ihrer ‚Gender-Mainstreaming-Politik‘ abwendet“. Das Finanzministerium teilte ungeachtet der sich verhärtenden Benachteiligung von Frauen in Deutschland lediglich lapidar mit, „Gender-Budgeting“ sei „nicht sinnvoll“. Obwohl der Unterschied zwischen den Einkommen von Frauen und Männern mit 23 Prozent größer ist als in den meisten anderen europäischen Ländern, wird dagegen ebenso wenig unternommen wie gegen die immer weiter auseinander driftende Schere zwischen Arm und Reich!

Nach wie vor sitzen in Deutschland auch zu wenige Frauen in den Chefsesseln. Dabei sieht es die Frauenrechtskonvention ausdrücklich vor, dass ein Staat „zeitweilige Sondermaßnahmen“ vornehmen darf, um Diskriminierungen abzubauen. Die Linkspartei fordert schon lange, dass nur noch Firmen mit Gleichstellungsplan öffentliche Aufträge erhalten sollen. Warum der Ausschuss hingegen ausdrücklich das Elterngeld lobt, bleibt mir ein Rätsel. Soll mal wieder nicht gewusst werden, wie sehr es an den Bedürfnissen der Mehrheit der Eltern vorbeigeht und dass die untersten Einkommensschichten nur noch die Hälfte des Elterngeldes bekommen? Eigentlich verwundert es nicht, dass das Bundesfamilienministerium diese Untersuchung nicht veröffentlicht. Auch dass Deutschland, was die Zahl der Frauen in öffentlichen Führungspositionen angeht, im europäischen Vergleich an drittletzter Stelle steht, wird auf der Website verschwiegen. Stattdessen heißt es: „Allein im Kabinett ist der Anteil von Frauen mit einer Kanzlerin und sechs Bundesministerinnen sehr hoch.“

3. Am Sonntag war Internationaler **Frauentag**. Solange wir ihn feiern müssen, bedeutet das, dass wir keine Gleichberechtigung haben. Dabei ist die Gleichstellung gesetzlich verankert. Das diesjährige Motto „Noch nicht am Ziel“ ist in meinen Augen beschämend nichtssagend und lapidar. Es reiht sich problemlos in die allzu oft leeren Politikerworthülsen ein. Von Chancengleichheit kann traurigerweise selbst im eigentlich reichen Deutschland noch immer keine Rede sein, wenn gerade durch den Neoliberalismus der *Backlash* immer stärkeren Rückenwind erhält und die Unterschiede zwischen Männern und Frauen selbstverständlich nur zu unseren Lasten wieder weiter auseinandergehen. Wenn ich mir angucke, dass die Schulabschlüsse der Mädchen und die beruflichen Qualifikationen der jungen Frauen weitaus besser und höher als die der Jungen sind, müssten sich diese Positionen doch auch in den Führungsetagen, auf den Chefsesseln, in Aufsichtsräten und Top-Jobs, in den Spitzen von Politik, Wissenschaft und Forschung weiter fortsetzen und wiederfinden!

Aber weit gefehlt: In den höheren Gehaltsklassen nimmt der Frauenanteil zunehmend ab, bis er sich fast ganz in Luft und keinesfalls in Wohlgefallen auflöst. Es liegt mal wieder an der leidigen Kinderfrage beziehungsweise daran, wer sich um den Nachwuchs kümmert, wenn sich frau aus Karrieregründen keinen langen Erziehungsurlaub nehmen darf. Es liegt auch an den Frauen selbst, dass sie zu zurückhaltend auftreten, wenn es um Lohnforderungen geht. Noch immer müssen Frauen einen Spagat meistern, wenn sie in Deutschland die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unter einen Hut bekommen wollen. Es bedarf da schon eines Spitzengehaltes wie das unserer Familienministerin, um sich die notwendigen Hilfen für die Familienarbeit kaufen zu können.

Frauen werden auch deswegen noch immer so grottenschlecht bezahlt, weil ihre Tätigkeit nach wie vor nicht ernstgenommen wird, sondern als Liebesdienst an der Familie, an Kindern, Alten und Kranken oder als Zubrot zum Hauptverdienst des Ehemannes. Nicht umsonst hört die am besten bezahlte Frauenarbeit geldmäßig bei der Erzieherin gerade da auf, wo die am schlechtesten bezahlte Männerarbeit beginnt! Weil Ehefrauen bei der Krankenkasse mitversichert sind, nehmen sie oft nur einen Mini-Job auf, der natürlich automatisch eine Altersarmut bei den Frauen nach sich ziehen muss. Teilzeitjobs sind immer noch eine Sackgasse für die Karriere. Außerdem ist die Zahl der Mini-Jobs auf Kosten der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsstellen drastisch ausgebaut worden. Die Bremer Landesfrauenbeauftragte Ulrike Hauffe fordert deshalb verbindliche Regelungen zur Frauenförderung. Die Quote habe sich sehr bewährt – freiwillige Vereinbarungen brächten dagegen nichts.

4. Anlässlich des Internationalen Frauentages brachte die „Tageszeitung“ ein Magazin zum Thema heraus. In einem Interview sagt der Sozialpsychologe Rolf Pohl, dass Frauen kaum noch offen diskriminiert würden, die Männer jedoch weiterhin das Gefühl bräuchten, die Mächtigeren zu sein, denn die meisten Männer hätten Angst vor Frauen. Heute würde sexistisches Verhalten nicht mehr offen for-

muliert, sondern sei offiziell verpönt. Heute spreche er auch nicht mehr davon, im *Patriarchat* zu leben, sondern in einer „männlich dominierten Gesellschaft“ mit klaren Geschlechterhierarchien. Niemand sagt mehr: „Eine Frau darf nicht Bundeskanzlerin oder Führungskraft werden“. Aber die Eigenschaften, die etwa dem Amt von Frau Merkel zugeschrieben werden, sind einer positiven Vorstellung von dominanter **Männlichkeit** entliehen. Auch wenn viele Männer versuchen, in privaten Beziehungen die Idee der Gleichstellung zu leben, hat doch meist automatisch derjenige mit dem größeren Portemonnaie eher den Zugang zur Macht.

Die tabuisierte Frauenverachtung taucht in Witzen immer wieder auf. Die männliche Identität sei so konstruiert, dass sie sich selbst aufwertet, indem sie unbewusst die Frauen abwertet. Deshalb kommt es in reinen Männerrunden manchmal zu Verbrüderungsszenen, in denen Frauen sexualisiert und als minderwertig markiert werden, etwa beim gemeinsamen Puffbesuch: Frauen haben dort Männer zu bedienen, und Männer können ihre heterosexuelle Potenz vor den anderen demonstrieren. Das vorherrschende Männlichkeitsprinzip schreibt dem Mann Autonomie vor und dass er Kontrolle über alles haben müsse. Weil er sie aber weder über seine Sexualität noch über die Frauen hat, mache ihm dies in zweierlei Hinsicht Angst. Da sich Feministinnen der Kontrolle entziehen, reagieren viele Männer nahezu allergisch auf sie.

Es scheint zweifelhaft, dass Eltern ihre Söhne zum Antisexisten erziehen können, solange es gesellschaftlich verpönt ist, dass auch Männer ihre Hilfsbedürftigkeit zugeben. Es hängt sehr davon ab, welche Form von Männlichkeit gerade die Väter repräsentieren. Der Vater kann nach außen wie ein „neuer Mann“ wirken, aber unbewusst weiter seine Frau abwerten, etwa indem er sich als Supervater inszeniert, der alles besser kann. Dann hat er wieder das traditionelle Männlichkeitsbild vermittelt. Die meisten Männer reagieren leider eher peinlich berührt, wenn sie dazu aufgefordert werden, sich mit ihren Ängsten auseinanderzusetzen.

5. Aus der Freiheit, den eigenen Körper zu präsentieren, ist das Diktat der ständigen Sexiness der Frau geworden. Ähnlich wie die Autorin irritiert es auch mich immer wieder, wenn ich ganz junge Frauen sehe, die sich in modische Kleidung zwängen, die sich bestimmt nicht körperlich angenehm anfühlen kann. Da werden die Füße in unbequeme, zu kleine und der Jahreszeit nicht angemessene Schühchen gequetscht, da wird in Mini-Rock und Seidenstrumpfhöschen in winterlicher Kälte gebibbert, um allzeit schön und sexy zu sein. Es soll schon das erlaubt sein, was gefällt, aber warum wird diese Freiheit heute so restriktiv genützt? Warum pochen heute Feministinnen auf das reichlich lästige „Recht“, sich ihre Beine rasieren zu dürfen, während ganz junge Mädchen eine komplette Intimrasur praktizieren, weil alles andere in der Clique als „eklig“ gelten würde?

Warum müssen eigentlich auf einmal dauernd alle sexy sein wollen? Weil das, was früher in erster Linie als äußerer Zwang wahrgenommen wurde, heute nach innen gerutscht ist? Die Disziplinierung des möglichst normgerecht erotischen Körpers – die Normen gibt es gratis aus der Mainstream-Popkultur – ge-

schieht eben nicht, weil frau muss, sondern weil sie will. Ist das nun selbstbestimmt sexy – oder sexistisch? Es wäre schön, wenn mit dem neofeministischen Slogan „Frauen dürfen sexy sein wollen, aber sie dürfen es nicht müssen“ alles gesagt wäre. Der **Sexismus** ist auch heute noch omnipräsent. Von Plakatwänden und aus dem Fernsehen werden uns Waren mit Bildern von Frauen mit sexuell attraktiven Körpern verkauft.

Politikerinnen und Stars der Unterhaltungsbranche müssen beständig damit rechnen, dass ihr Äußeres einer erbarmungslosen Analyse unterzogen wird, während Männer nur bei auffälligsten Style-Querschlägern mit Kommentaren zu rechnen haben. Frauen zeigen sich und ihre ausgezogenen Körper oft so verletzlich, während Männer die ihren eher zugeknöpft und unangreifbar präsentieren. So erscheint es halt auch als normal, wenn Frauen sich sehr viel Zeit für die Herstellung ihrer äußeren Fassade widmen, um möglichst gut und sexy auszusehen! Faktoren wie Bequemlichkeit oder Beweglichkeit werden dabei dann vollkommen außer Acht gelassen. Die immer unrealistischeren Anforderungen an junge Frauen, sexy, schlank und zu allen Demütigungen bereit zu sein, wie ein werdendes „Supermodel“, werden in der Bewertung von jungen Körpern, anhand ihrer sexuellen Attraktivität, als selbstverständlich etabliert.

6. Gestern Abend sah ich mir im „Concordia-Theater“ mit einigen Mitstreitern der Montagsdemo die Komödie „Plutos, oder: Wie der Reichtum sehend wurde“ von Aristophanes an. Schon etwa vierhundert Jahre vor unserer Zeitrechnung war offenbar genauso aktuell, was uns heute auf den Nägeln brennt und uns die Zornesröte über die ungerechte Verteilung von **Reichtum** und Besitz ins Gesicht schießen lässt. Der anständige Chremylos muss in Armut leben, während zahlreiche Verbrecher ein immer größeres Vermögen anhäufen. Um zu erfahren, ob sein Sohn auch vom Weg der Tugend abkommen soll, um später ein besseres Leben als sein Vater führen zu können, wendet er sich an das Orakel von Delphi. Er trifft auf seinem Weg auf einen alten, gebeugten Mann: Plutos, den Gott des Reichtums. Weil dieser zudem blind ist, kann er nicht sehen, wie ungerecht er seine Gaben verteilt. So ist es auch nicht verwunderlich, dass er fragt, warum die Reichen denn so ein großes Übel seien. Chremylos antwortet so wunderbar, damals so gültig wie heute, gerade in Bezug auf die sogenannte Bankenkrise:

Ein Übel, eine Pest sind sie, ein Aussatz
Von außen Biedermann, von innen Kehrichtgrube!
Stets gut gewaschen, werfen sie mit Dreck
Stets gut gekämmt, verwüsten sie unser Land
Stets gut gekleidet, ziehen sie uns aus
Stets gut genährt, verordnen sie uns Hunger
Stets gut gelaunt, rührt sie nicht unser Jammer
Stets gut versichert, säen sie den Sturm
Und ernten Dividenden und Renditen!
Und wenn’s wo kracht, begraben uns die Trümmer.

Sie machen ihren Schnitt – wir sind's, die bluten!
In ihren Taschen klimpert unser Geld
In ihren Häusern sind wir nicht gelitten
In ihren Straßen räumen wir den Müll weg
In ihren Speichern häuft sich, was uns mangelt
In ihren Köpfen sind wir nichts als Zahlen
In ihren Augen sind wir Lumpenhunde
Vor ihren Pflügen gehen wir als Ochsen
In ihren Mühlen werden wir zermahlen
Auf ihrem Amboss werden wir zerhämmert
Von ihren Rednern werden wir belogen
In ihren Kriegen lassen wir uns schlachten!
Und du fragst mich, ob sie ein Übel sind?
Sie sind die Geißel und die Schrecken dieser Zeit
Und kein Spartiate dringt, kein Perserkönig
Barbarisch auf uns ein wie deine Reichen!

Wir waren begeistert von dem Stück, das sich in praktisch jede Epoche des vermaledeiten Kapitalismus hineinsetzen lässt. Doch in der Pause nutzte ich die Zeit und las auf den Aushängen, dass die Arbeitsagentur die Schauspieler in dieses Theater vermittle. Böses ahnend – zum Beispiel Ein-Euro-Jobs – fragte ich mich durch und erfuhr, dass alle Akteure ausgebildete Schauspieler seien, die zum Teil frisch von der Schule kämen und hier von der Arbeitsagentur eine „Chance" erhielten, die als „eine Art Fortbildung" zu verstehen sei und ein halbes Jahr dauere. Aha, sie erhalten keinen Cent für ihre tollen Auftritte, sondern müssen darauf hoffen, dass sich im Zuschauerraum ein Theaterregisseur befinden möge, der an den Schauspielern Interesse zeigt!

Dafür ist dieses sehenswerte Stück in meinen Augen allerdings gänzlich ungeeignet, weil nur die Hauptrollen herausragen und identifizierbar sind und außerdem Masken getragen werden. Selbst Ein-Euro-Jobber erhalten eine geringe Mehraufwandsentschädigung von etwa 160 Euro monatlich zum spartanischen Arbeitslosengeld II. Das müsste den talentierten Schauspielern auch gegeben werden! Das Argument, dass andere in einer Fortbildung auch kein zusätzliches Geld bekämen, zählt für mich nicht, denn andere müssen nur Gelerntes aufnehmen und es nicht mittels einer Sonderdarbietung repräsentieren. Gerne wüsste ich, wie viel Geld das „Concordia-Theater" pro Nase, pro Monat für die „Fortbildung" der Schauspieler bekommt. Sind es hier, wie bei anderen Trägern, auch zwischen 300 und 1.500 Euro?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke"

Am **Sonntag**, dem **15. März 2009**, wird im Anschluss an die letzte Vorstellung von „**Plutos**" der Film „**Bread and Roses**" von Ken Loach gezeigt.

Das **Filmfestival** „**Über Macht** – Kontrolle, Regeln, Selbstbestimmung“ ist in Bremen vom **13. März** bis zum **7. April 2009** im „Atlantis“-Filmtheater zu Gast.

Am **14. März 2009** beginnt um **12 Uhr** am **Goetheplatz** eine **Demonstration** unter dem Motto „**Ladenschluss von Naziläden**“.

Kulturstaat halb untergraben?

Der Karneval war kaum vorbei, da stürzte in Köln das gesamte **Stadtarchiv** in den Orkus. Da fasst mensch sich fassungslos an den Kopf! Und dies, weil sich ein paar „Kölsche Oberjecken“ mit einer durch Sozialkahlschlag erkauften U-Bahn-Trasse schon zu Lebzeiten ein Denkmal setzen wollen. Zwei Menschenleben und Millionenwerte an unersetzlichen Kulturgütern fielen diesem Größenwahn zum Opfer, nur damit später die Pendler ein paar Sekunden Zeit einsparen. Ist es das wirklich wert? Wie jetzt langsam durchsickert, sind die Verantwortlichen mit ihrem U-Bahn-Projekt im wahrsten Sinne des Wortes bodenlos leichtsinnig umgegangen und haben dabei wohl sämtliche geologischen Unwägbarkeiten und Sicherheitsmaßnahmen außer Acht gelassen. Die Stadt Köln steht hier voll in der Verantwortung! Sie war übrigens schon zur Römerzeit besiedelt und ist eine der ältesten Städte überhaupt. Entsprechend umfangreich war auch das historische Archiv. Eines scheint allerdings sicher: Solch ein Desaster wäre den alten Römern nicht passiert!

Nicht in der Römerzeit, aber schon 1952 wurde der Bremer **Sendesaal** erbaut. Das Fundament und die Bausubstanz sind noch heute genauso gut wie damals! Der Saal war ein Geschenk der damaligen Besatzungsmacht USA an „ Radio Bremen“ und die Stadt. Doch ganz uneigennützig dürfte dieses Geschenk wohl nicht gewesen sein. Jahrelang vom Abriss bedroht, stellte jetzt die Stadt den Sendesaal nach langem Hin und Her wieder unter Denkmalschutz. Viele Bremerinnen und Bremer und vor allem Klaus Hübotter retteten den Saal vor der Abrissbirne zweier profitgieriger Immobilienhaie, während die Leitung von „Radio Bremen“ einem Exitus jahrelang zustimmte. Der „Weser-Kurier“ schreibt an diesem Montag: „Da hatte man in einigen Chefetagen schon lustvoll von der Abrissbirne geträumt, aber die Bürgerinitiative ‚Freunde des Sendesaales‘ brüllte Protest, kämpfte und steht heute als Löwe des Tages da.“

Gestern nun fand ein eindringliches Wiedereröffnungskonzert mit Bremer und internationalen Künstler(inne)n statt. Auch eine Art „Ode an den Sendesaal“ war dabei. Am Schluss spielten Mitglieder der „Kammerphilharmonie Bremen“ und

der „Bremer Philharmoniker“ ein Werk von Peter Tschaikowsky. Eingeladen waren etwa 150 Menschen. Als Rahmenprogramm gab es kleine Häppchen, eine gelöste Stimmung und verschiedene Getränke. Peter Schulze, Vorsitzender der „Sendesaal-Freunde“, und Klaus Hübotter lobten mir gegenüber ausdrücklich den Anteil der Bremer Montagsdemo am Rettungserfolg! Totgesagte leben länger, und es zeigt sich einmal mehr, dass hartnäckiger Widerstand und andauernde Proteste doch etwas bewirken. Das gibt Hoffnung, dass auch wir als Montagsdemo auf unserem ureigensten Sektor etwas erreichen können!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Bagis-Vertrag läuft Ende 2010 aus: Nach dem Scheitern der Grundgesetzänderung wird die Bremer Arge dann aufgelöst *(„Soziales Bremen“)*

Sechs Jahre Agenda 2010: Am 120. Todestag von Karl Marx verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Regierungserklärung: „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“ *(„Rote Fahne News“)*

Zuckermann kritisiert narzisstische Befindlichkeiten: Die Gleichsetzung von Juden, Israelis und Zionisten stört den Frieden im Nahen Osten *(„Schattenblick“)*

Milchdumping stoppen: Exportsubvention schafft Armut *(„Campact“)*

Wir müssen die Einzelposten der Regelsatzberechnung widerlegen

Zum Tag der Frau gab es viele Beiträge in den Medien. Für mich ist es sehr wichtig, dass Männerbünde wie das Schaffermahl geknackt werden, siehe 221. Bremer Montagsdemo (Punkt 2). Dies hilft Frauen auf dem Weg in die Unternehmensleitungen.

Die Armut ist weiblich! Ein armes Kind hat auch immer einen armen Erziehungsberechtigten, meistens eine arme Mutter! Ob der Richter am Bundesverfassungsgericht am Frauentag an die vorliegende Verfassungsbeschwerde gedacht hat (Punkt 4)? Allein die vielen gefundenen Fehler und Ungereimtheiten schreien nach einer zügigen Terminierung! Die Schuhe besohlen für 64 Cent? Ich habe bei der Nachfrage meinen Schuster zu heftigem Kopf-

schütteln gebracht. Schon die Schnürsenkel sind teurer. Er klagte auch sein Leid, dass viele Schuhe überhaupt nicht mehr zu besohlen sind. Es sind „Wegwerfschuhe“! Als ich ihm zeigte, dass der Posten 7 in Abteilung 3 (Nummer 03.221.01) mit dem Betrag von 64 Cent die Bezeichnung „Reparatur und Miete von Schuhen“ trägt (siehe „Paritätischer Wohlfahrtsverband“, Seite 30), da wollte er sich ausschütten vor Lachen. Leider sind diese Sonderheiten für die Hartz-IV-Opfer bittere Gegenwart. In Syke und auch in Schleswig gibt es keinen Schuster mehr.

Elisabeth ist auf den Armutsbericht und die Zweiteilung der Gesellschaft seit vielen Jahrhunderten eingegangen. Zwei Gründe mehr, es zu ändern. Wir müssen diese Armut beenden, weil sie sich als Benachteiligung in allen Bereichen auswirkt. Wir können es uns nicht leisten, Kinder und Heranwachsende ihrer Zukunftschancen zu berauben. Wir wollen es nicht zulassen! Wir sind auf eine solidarische Gesellschaft angewiesen. Daher Montagsdemo, Kopf zeigen! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Und nicht vergessen: gegen jeden Bescheid fristgerecht Widerspruch einlegen. Die Höhe des Regelsatzes wurde falsch ermittelt: Er ist zu niedrig. Bei einer Familie müssen alle Erwachsenen den Widerspruch unterschreiben. Bitte immer wieder, gegen jeden neuen Bescheid. Auch die Zahl der Widersprüche landet in einer Statistik! Wenn die Bagis oder Arge einen Widerspruchsbescheid erlässt, bitte fristgerecht Klage erheben. Das Sozialgericht wird das Verfahren auf Antrag bis zur Entscheidung des Verfassungsgerichts ruhend stellen. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Das Bundesverfassungsgericht hat sich diese Verfahren für 2009 vorgemerkt. Ab Position 21 stehen die Verfahren zum Regelsatz. Eine schmerzliche Warteliste für Hartz-IV-Opfer. Leben kostet jeden Tag – nicht nur die Zeit! Mein Aufruf zur Widerlegung der Einzelpositionen gilt. Auch wer keine Transferleistungen erhält und ein Haushaltsbuch führt, kann dazu beitragen, diese Ansätze zu erschüttern. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Zur **Grundsteinlegung** der neuen „**Tafel**“ in **Verden** am kommenden **Montag**, dem **16. März 2009**, um **16 Uhr** wollen wir auch aus Bremen anreisen. Eine Fahrgemeinschaft muss noch organisiert werden. Anmeldungen bitte an Gerald, Telefon 04231-970 259. Teilnehmen wird auch die niedersächsische Sozialministerin mit entsprechender Medienbegleitung.

40.000 Bundespolizisten vor kritischen Informationen „geschützt“: Intranet-Zugang zu Website über Ausländerrecht gesperrt *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Auf dem Schleichweg: Um gesperrte Websites zu sehen, ruft mensch sie über einen „Proxy-Server“ ab *(„Spiegel-Online“)*

Kein Wunder, dass die SPD am Boden liegt: Fast jeder fünfte erwerbsfähige Deutsche wurde schon mal durch die Hartz-IV-Mühle gedreht *(„Demo“)*

Bundesagentur macht Milliardenverlust: Reine Arbeitslosigkeit ist billiger als jedes Beschäftigungsmätzchen *(„Spiegel-Online“)*

Bagis verbittet sich „tendenziöse“ Kritik an Ein-Euro-Jobs

Ich komme vom „Gesprächskreis zu Ein-Euro-Jobs“ bei der „Blauen Karawane“, der sich vor drei Jahren aus Menschen gebildet hat, die als „Ein-Euro-Jobber(innen)“ tätig waren, aus Mitarbeiter(inne)n von Beschäftigungsträgern, die solche „Jobs“ anbieten, und anderen Interessierten. Viele von euch haben die „Öffentliche Verhandlung gegen Ein-Euro-Jobs“ oder den 1. Bremer „Ein-Euro-Jobber(innen)-Tag“ noch in Erinnerung. Unser Ziel heute wie damals ist, dafür zu sorgen, dass das Thema auch nach vier Jahren nicht einschläft: Die Verantwortlichen in den Apparaten, Behörden und all den Einrichtungen, die von Ein-Euro-Jobs profitieren, müssen immer wieder damit konfrontiert werden, was sie da machen!

Dazu dient der geplante 2. Bremer „Ein-Euro-Jobber(innen)-Tag“, den dieser Kreis seit Langem vorbereitet. Alle Betroffenen sind eingeladen, dort zusammenzukommen, sich zu informieren und miteinander zu beraten. Der 1. Bremer „Ein-Euro-Jobber(innen)-Tag“ war von der „Bremer Arbeit GmbH“ unterstützt worden, und den Teilnehmer(inne)n wurde ihr magerer „Ein-Euro-Lohn“ bezahlt. Jetzt hat die Bagis ganz kurzfristig Probleme gemacht und bisher die Zahlung der 1,20 Euro pro Stunde nicht zugesagt. Unser höchst ausgewogenes Ankündigungsblatt ist ihr noch viel zu „tendenziös“, zu einseitig. Ja! Trotz aller Zurückhaltung in der Ausdrucksweise ist es einseitig aus der Sicht der von Ein-Euro-Jobs und anderen Maßnahmen wie Entgeltvariante oder Arbeitsbeschaffung betroffenen Menschen geschrieben. Das ist nun mal so!

Man könnte denken: Wie naiv waren wir eigentlich zu glauben, dass die Bagis mit unserem Vorhaben einverstanden sein würde? Nun – erst seit Jahresbeginn hat die Bagis Funktionen übernommen, die vorher die „Bremer Arbeit GmbH“ ausgeübt hat. Und bei der Bagis weht ein anderer Wind! Das brauche ich euch nicht zu erzählen. Das wissen alle, die mit ihr zu tun haben. Die Bagis wünscht keine Öffentlichkeit. Wir *suchen* die Öffentlichkeit – im Interesse der Menschen, die vom Gesetzgeber vieler ihrer bürgerlichen Rechte beraubt worden sind, die wir mit ihnen zusammen auf politischer Ebene einfordern. Dazu ist Selbstorganisation nötig. Die Bagis wirft uns vor, wir würden für die im öffentlichen Beschäftigungssektor Beschäftigten mehr Geld fordern, als die Niedriglöhner(innen) in der freien Wirtschaft verdienen.

Nein! Wir fordern für *alle* Menschen eine Bezahlung, die ein Leben ohne Armut ermöglicht – und unser „**Ein-Euro-Jobber(innen)-Tag**“ soll beitragen, Menschen zusammenführen, die sich für ihre berechtigten Interessen einsetzen. Wer von euch selbst betroffen ist, betroffen war oder betroffen sein könnte, ist herzlich willkommen zu der Veranstaltung. Wer jemanden kennt, sage ihm oder ihr Bescheid. Wir freuen uns! Wer nicht für die ganze Veranstaltung Zeit hat – sie beginnt am **Freitag**, dem **20. März 2009**, ja schon morgens um **9 Uhr** im Kulturzentrum **Schlachthof** –, ist herzlich eingeladen, ab **15 Uhr** an der **Aktion mit dem Blauen Kamel** teilzunehmen, eine Demonstration vom Schlachthof zum Hauptbahnhof. Kommt zahlreich!

Traudel Kassel (parteilos)

Millionen verzockt: Kommunen verschweigen Details ihrer von Linken und Bürgerinitiativen kritisierten Cross-Border-Deals *(„Frankfurter Rundschau“)*

Hypo Real Estate und Opel geht das Geld aus: Wird der April zum Horror-Pleite-Monat? *(„Bild“-Zeitung)*

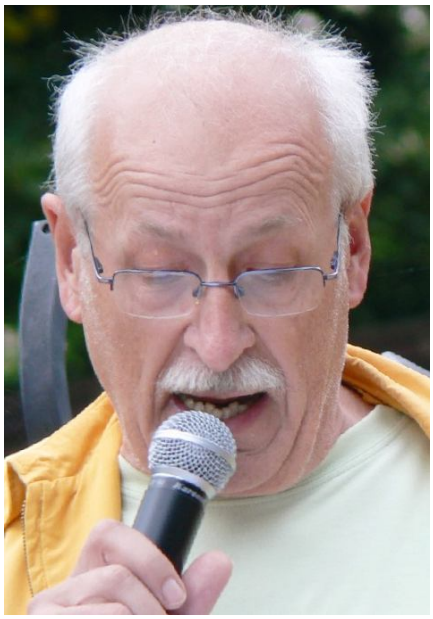
Bundesastrologin befragt: Schnatterinchen erklärt, wie es wirklich um unser Land steht *(„Bild“-Zeitung)*

Die Rentenlüge: Denn eines ist sicher *(„Youtube“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

223. Bremer Montagsdemo am 16. 03. 2009

Gemeinsam kämpfen für eine soziale und gerechte Gesellschaft



Ja, so sind wir: gemeinsam kämpfen für eine soziale und gerechte Gesellschaft, ohne eine Partei zu sein! Wir, die Montagsdemonstranten, sind nur unserer Auffassung von einer gerechten, menschenwürdigen Gesellschaft verpflichtet – und sonst niemanden. Deshalb Schluss mit der Drangsalierung durch die Bagis, Schluss mit Behördenwillkür! Schluss mit Kinder- und Altersarmut, Schluss mit Hungerlöhnen! Willkommen bei den Montagsdemonstranten, vertreten in über 100 Städten in Deutschland!

Was wir fordern, ist nur ein Leben in Würde und Anstand. Alle Menschen haben doch eine Würde, auch Hartz-IV-Empfänger! Wir sind keine Menschen zweiter Klasse, nein, viele von uns sollen nur dazu gemacht werden, um die Profite zu erhöhen. Darum her mit der Managerhaftung, her mit fairer Beteiligung an den erwirtschafteten Gewinnen! Ihr Politiker, zieht endlich die Verursacher zur Verantwortung! Ihr lieben Mitmenschen, begreift endlich: Es geht uns alle an, ob morgen vielleicht euer Nachbar, Freund oder Verwandter in Armut leben muss! Ihr Jugendlichen, tut euch selbst den Gefallen und wehrt euch gemeinsam mit uns!

Das wäre unser aller Beitrag, stehenbleiben und Kopf zeigen, wo immer ihr auf die Montagsdemo trefft. Je mehr dabei sind, die sich gegen Ungerechtigkeiten wehren, desto schneller wird sich etwas ändern in dieser Gesellschaft! Es besteht natürlich keine Verpflichtung zur Dauerteilnahme; nur das demokratische Recht soll wahrgenommen werden, die eigene Meinung frei und ohne Zwang zu äußern. Wenn allerdings jemand seine Gedanken nicht frei am Mikrofon äußern kann oder möchte, machen wir das gern. Schreiben Sie auf, was Sie stört oder bedrückt, wir lesen es vor und sind für jeden Beitrag dankbar, der unsere gemeinsame Zukunft zum Guten wendet!

Holocaust, Hiroshima, Halabja

Am 16. März 1988 wurde – angeordnet von dem irakischen General Ali-Hasan al-Madschid, auch bekannt als „Chemie-Ali“ – die kurdische Stadt Halabja von Flugzeugen französischer Bauart mit zum Teil deutschem Giftgas (Sarin, Senfgas und dem Nervengas VX) bombardiert. Bei dem Angriff starben etwa 5.000 Menschen qualvoll, meist Kinder, Frauen und alte Männer. Viele Tausend weitere starben danach oder erlitten dauerhafte Gesundheitsschäden.

Im Zuge der sogenannten Anfal-Operationen der irakischen Armee auf kurdische Städte und Siedlungen wurden durch weitere Chemiewaffen-Einsätze und nachfolgende Zerstörungen circa 250.000 Kurdinnen und Kurden vertrieben, deportiert, umgesiedelt – sie verschwanden oder wurden ermordet aufgefunden. Auch heute noch leiden viele Menschen aus der Stadt an Folgeerscheinungen wie Nervenlähmungen, Hautkrankheiten, Tumoren, Lungenschäden oder Fehlgeburten. Außerdem ergaben die Forschungen, dass das Giftgas genetische Veränderungen hervorgerufen hat.

Wir fordern die Anerkennung dieser Gräueltat als internationalen Gedenktag, genau wie die Gedenktage zum Holocaust und zu Hiroshima! Wir fordern die Menschheit auf, die Augen nicht zu verschließen und ihre Stimme gegen jegliche Art von Unmenschlichkeit zu erheben! Holocaust, Hiroshima und Halabja sind drei Hs, die nie in Vergessenheit geraten dürfen!

„Kurdische Jugend Bremen“ und „Kurdische Plattform Bremen“

Antrag auf Zahlung eines Hungerzuschlags: Oder reicht Ihnen die Regelleistung aus, um damit Ihre monatlichen Ausgaben zu decken? *(„Wilhelm total“)*

Sanktionen kollidieren mit dem Sozialstaatsziel, ein menschenwürdiges Leben zu sichern: Anspruch auf Mindestsicherung muss voraussetzungslos bestehen, wenn und solange der Bedarf sonst nicht gedeckt ist *(„Junge Welt“)*

Mangelnder Grundkonsens: Debatte um ein oder zwei Bescheide für Langzeitarbeitslose bringt das ganze Hilfesystem ins Wanken *(„PR-Inside“)*

Verschnattert: „Ich als Staatsoberhaupt“ *(„Spiegel-Online“)*

Tatenlos blieben die Gewerkschaften, die eigentlich Widerstand hätten organisieren müssen

Heute treffen wir uns am Bismarck-Denkmal, weil auf dem Marktplatz die jährliche Gedenkfeier für die Opfer des Giftgasangriffs auf Halabja stattfindet. Ich möchte vorschlagen, dass wir eine Grußadresse an unsere kurdischen Freunde abgeben und dann zum Hanseatenhof demonstrieren, um dort unsere Montagskundgebung abzuhalten.

Der 14. März 2003 war ein wahrlich denkwürdiger Tag: Da öffnete der Herr Schröder die Falltür in die Armutsgrube mit Verkündung seiner Agenda 2010. Die ganze nachfolgende Politik baut darauf auf, ob von der SPD/Grünen- oder der CDU/CSU/SPD-Regierung, alles im Auftrag der deutschen und internationalen Monopole. Das „Fitmachen Deutschlands für den Weltmarkt“ durch Schröder hatten die Menschen unterschätzt, doch als mit 16-seitigen Fragebögen die Hartz-IV-Betroffenen ausgequetscht werden sollten, zeigte sich Massenprotest.

Die Montagsdemo, die damals als breite Bewegung entstand, gibt es immer noch. Selbst Herr Böhrnsen kann sie nicht unerwähnt lassen in seinen Marktplatzgeschichten vom letzten Sonnabend im „Weser-Kurier“, wenn er an den Besuch von Bundespräsident Köhler denkt, nur das Wörtchen Montag lässt er lieber weg. Die Gewerkschaftsmitglieder und viele Kollegen haben mit Outsourcing, Leiharbeit oder Entlassung, Niedriglohnsektor und Minijob ihre Erfahrungen gemacht. Die Gewerkschaftsoberen an den Orten oder in der DGB-Spitze, die eigentlich den Widerstand hätten organisieren müssen, blieben tatenlos. Sie missbrauchten als SPD-Mitglieder bewusst ihre Funktionen und führten die Kollegen ins Abseits. Was auf Missbrauch von Abhängigen steht, weiß fast jedes Kind. In den Gewerkschaften ist die Abrechnung dafür noch offen, aber sie wird kommen.

Ich möchte die gewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen immer wieder aufmuntern, nicht nachzulassen, andere für den kämpferischen Weg zu gewinnen und die Ablenkungsmanöver mit Standortdenken und dergleichen zurückzuweisen. Die von den Regierenden gesteuerte Medienpolitik, die mit Demokratie so viel zu tun hat wie Feuer mit Wasser, hat auch die Opfer dieser Politik, die um ihre Errungenschaften betrogenen Hartz-Opfer oder Rentner, in die Hoffnungslosigkeit geführt. Wir merken es, wie schwer es ist, die Menschen wieder zum Nicht-

hinnehmen, zum Aktivwerden zu führen. Aber unser steter Tropfen höhlt eben doch den Stein. Darum immer wieder: Hartz IV muss weg, und die ganze Agenda-Politik ebenfalls!

Die Bremer Montagsdemo mobilisiert für die „Attac“-Demonstration am Samstag, dem 28. März 2009, in Berlin unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise! Für eine solidarische Gesellschaft!“ Kundgebungen beginnen um 12 Uhr am Roten Rathaus und um 15 Uhr am Gendarmenmarkt. „Attac“ und „Die Linke“ haben jeweils einen Bus organisiert, der morgens um 7 Uhr am ZOB Breitenweg in Bremen startet und von Berlin um 17 Uhr zurückfährt. Die Kosten betragen 15 Euro je Teilnehmer(in), ermäßigt acht, Solidaritätspreis 20 Euro. Anmeldung bei busberlin(at)global-fatal.de beziehungsweise rudolf.kossolapow(at)dielinke-bremen.de oder auch bei mir, Telefon 0421-705 687. Ich versuche dann, Karten zu besorgen.

Der Ablauf in Berlin ist aber noch unklar. Von der Teilnehmerzahl der Montagsdemo wird abhängen, mit welchen Mitteln und Methoden wir dort auftreten können. Es gibt einen „Bremer Bündnis-Aufruf zur Demo am 28. März 2009“. Über den Text wurde gestritten, aber richtig sind die in den Aufruf aufgenommenen Forderungen nach zehn Euro Mindestlohn, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, 500 Euro repressions- und sanktionsfreiem Eckregelsatz und einem ökologischen Umbau der Gesellschaft. – Am Freitag, dem 20. März 2009, findet der Ein-Euro-Tag statt, mit Programm ab 9 Uhr im „Kulturzentrum Schlachthof“. Ab circa 15 Uhr erfolgt eine Demonstration von dort zum Hauptbahnhof mit einer Aktion auf dem Vorplatz. Nehmt zahlreich teil!

Jobst Roselius

Der Bedrohungspopanz nützt dem militärisch-ökonomischen Komplex

Bundeswehr und Nato greifen immer stärker auch ins Gesundheitswesen ein. Dies geht aus dem jüngsten Bericht von „German Foreign Policy“ hervor, und davon dürfte auch das Bremer „Rote-Kreuz“-Krankenhaus betroffen sein, das bereits im Jahr 2000 ins Visier der Streitkräfte geriet. Was jetzt vorgesehen und schon verwirklicht ist, kann nur als ein regelrechter Angriff auf die Zivilgesellschaft insgesamt gesehen werden! Seinerzeit wurde zwischen der Delmenhorster Lazarettgruppe und der Neustädter Klinik ein sogenannter Partnerschaftsvertrag geschlossen („Bremer Anzeiger“ vom 2. Dezember 2000). Das „Rote-Kreuz“-Krankenhaus war als spezielle Schmerzbehandlungsklinik schon damals als „kriegswichtig“ eingestuft worden und dementsprechend in die zivil-militärischen Planungen eingebunden.

Jetzt wird das Sch(r)äuble noch weiter angezogen! Offenbar rechnet das „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ (BBK) mit Gegenschlägen im Inland – hervorgerufen durch die jahrelangen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Im Zuge der strategischen Neuausrichtung der Nato wurden und werden Bundeswehr und Krankenhäuser mit diversen anderen Hilfsorganisationen, Polizei, Feuerwehr, Heimatschutzverbänden, Geheimdiensten und so weiter aufs Engste vernetzt, um der sogenannten asymmetrischen Bedrohung als Reaktion auf die Auslandseinsätze besser begegnen zu können. Die Bundeswehr versucht schon seit Langem – siehe Schulen und Argen – militärisches Denken tief in der Gesellschaft zu verwurzeln.

Analog zur allgegenwärtigen Privatisierung von Krankenhäusern, Krankentransporten, Sanitäts- und Bewachungsdiensten entsteht jetzt ein militärisch-ökonomischer Komplex, aus dem Konzerne und Firmen ihren unmittelbaren Profit ziehen! Berlin weitet also die Kriegsvorbereitungen nicht nur auf „Gegenschläge“, sondern auch auf Massenproteste immer weiter aus. Man habe im Inland mit Kriegs- und Bürgerkriegssituationen „am Rande des Vorstellbaren“ zu rechnen, heißt es beim zuständigen BBK. Dort wird unter Anderem an Anschläge mit Spreng- und Brandvorrichtungen gedacht, die zur Freisetzung atomarer, biologischer oder chemischer Kampfstoffe führen könnten. Solche Angriffe würden nicht nur das Gesundheitswesen insgesamt schwer belasten, so die Behörde, sondern auch Krankenhäuser selbst zum Ziel haben. Hier wird also ein gewaltiger Bedrohungspopanz aufgebaut, um die in jüngster Zeit verschärften Kriegsvorbereitungen besser rechtfertigen zu können!

Das Führungspersonal deutscher Krankenhäuser wird aufgefordert, enger mit den Repressionsbehörden und der Bundeswehr zusammenzuarbeiten. Die Klinikleitungen sind gehalten, sowohl eine „Gefahrenanalyse“ als auch eine „Verwundbarkeitsanalyse“ der eigenen Einrichtung vorzunehmen. Das Bundesland Hessen reitet da übrigens vorneweg! Im Universitätsklinikum Frankfurt am Main wird im Falle einer Bedrohung die Evakuierung von Bettenstationen angeordnet. Besonders zynisch: Vom dienstältesten Abteilungsarzt wird verlangt, dass er zunächst nur Kranke und Verletzte „mit höchster Überlebenschance“ rettet!

Bundesweit soll eine entsprechende „Projektgruppe“ eng mit Polizeidienststellen, Landeskriminalämtern und der Bundeswehr zusammenarbeiten. Gleichzeitig werden die Institutionen über ein „satellitengestützes Warnsystem“ (Satwas) des Bundesamtes miteinander verzahnt. So kann bei Bedarf sogar steuernd und lenkend in die Berichterstattung der Massenmedien eingegriffen werden. Der großdeutsche Rundfunk unseligen Angedenkens lässt grüßen – und wenn die Faschisten schon so weit gewesen wären, hätten sie das auch gemacht. Nur damals war ein gewisser Wernher von Braun noch nicht so weit! – Am **4. April 2009**

feiert die **Nato** ihr **60-jähriges Bestehen**. Machen wir den Kriegstreibern einen dicken Strich durch die Rechnung!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Ganze Ketten von unverschämten Unterstellungen, Demütigungen und völligen Verdrehungen

1. Ähnlich wie nach dem **Skandalurteil** gegen die Kassiererin „Emmely“ wegen 1,30 Euro kündigte eine Großbäckerei zwei Mitarbeitern nun wegen des Verzehrs von Brötchenbelag im Wert von einigen Cent fristlos. Auch hier verwundert es keineswegs, dass die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten einen anderen Grund für den Rauswurf vermutet, weil sich einer der beiden Bäcker vor seiner Kündigung in den Betriebsrat wählen ließ. Die Geschäftsleitung traf diese Entscheidung allen Ernstes gemeinsam mit dem Betriebsrat, der augenscheinlich nicht verstanden hat, wer seine Klientel ist! Ich begrüße es sehr, dass die beiden Entlassenen gegen diesen Rausschmiss gerichtlich vorgingen, weil sie lediglich das neue Produkt namens Hirtenfladen probierten, wie diese Art von Verkostung der produzierten Waren in Großbäckereien üblich ist.

Nach eigenen Angaben schlagen sich die Vertreter der Arbeitnehmer bereits seit einigen Monaten mit den Chefs der Großbäckerei herum. Der Anlass bestand darin, dass sich mehrere Angestellte wegen der untertarifliche Bezahlung beklagt hätten oder dass andere Mitarbeiter nach ihrem Engagement für die Wahl gekündigt beziehungsweise freigestellt worden seien. Es versteht sich von selbst, dass die Geschäftsleitung jeden Zusammenhang zwischen Kündigung und Arbeit als Betriebsrat zurückweist. Andererseits berichten Mitarbeiter, die gewerkschaftlich organisiert sind, von Schikanen durch die Chefs – zum Beispiel, dass sie ständig ins Büro kommen mussten, nur weil sie angeblich einen Handfeger falsch hingestellt hätten.

Vor dem Gerichtstermin letzte Woche forderten die Arbeitgeber ganz unverhohlen Härte gegen die angeblich diebischen Bäcker! Im Einzelhandel wollen

die Arbeitgeber gegenüber „diebischen“ Mitarbeitern auch in geringfügigen Fällen keine Nachsicht walten lassen. Vollkommen selbstgerecht wurde hier behauptet, dass in solchen Fällen nicht etwa Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer kämpften, sondern „die Ehrlichen“ gegen „wenige Unehrliche“. Sie scheuten in lauter vermeintlicher Tugendhaftigkeit auch nicht davor zurück, für ihr Plädoyer aus den Grundlagen der christlichen Ethik zu schöpfen und sich dazu das siebte Gebot aus dem Ärmel zu schütteln, welches lautet: „Du sollst nicht stehlen!“

Angesichts dieser ungeheuerlichen Ungleichbehandlung, diesem Messen mit zweierlei Maß – ob nun jemand verdächtigt wird, durch Verkosten einiger Brosamen einen im hohen Maße anrüchigen *Diebstahl* begangen zu haben und deswegen seinen Job zu verlieren, oder ob da Herr Zumwinkel und seinesgleichen ein paar Milliönchen in ihren Winkeln verschwinden ließen und deswegen nur ein ebenso hohes Sümmchen aus der Portokasse zahlen mussten (wobei Herr Zumwinkel selbstverständlich aufgrund seiner Vorstandstätigkeit eine Pension von 1,12 Millionen Euro jährlich erhalten wird, das schreit und stinkt doch zum Himmel!) – freute es mich natürlich umso mehr, als ich das Gerichtsurteil vernahm, dass der junge Bäcker zu seinem alten Arbeitgeber zurückkehren darf. Ob er nun tatsächlich an seinen alten Arbeitsplatz zurückwill, wird er sich aber wohl noch überlegen. Sein Kollege wird hoffentlich einen ebensolchen Erfolg vor Gericht bekommen!

2. Einmal Hartz IV, immer Hartz IV? Die Befürchtung, nach seinem Jobverlust dauerhaft auf staatliche Alimentierung angewiesen zu sein, ist nun wissenschaftlich untermauert worden. Jeder zweite Hartz-IV-Bezieher bleibt nach einer aktuellen Studie langfristig vom Staat abhängig und schafft den Ausstieg nicht! Demnach wird die sogenannte Grundsicherung überwiegend von Familien bezogen, die dann auch für längere Zeit darauf angewiesen sind. Besonders leicht schafften kinderlose Ehepaare und Alleinstehende den Ausstieg aus Hartz IV, ermittelten die Arbeitsmarktforscher. Alleinerziehende blieben dagegen am längsten auf die scheinbare Grundsicherung angewiesen. Die Hälfte der Alleinerziehenden, aber nur ein Drittel der Paare ohne Kind benötigte die staatliche Hilfe auch noch drei Jahre nach Leistungsbeginn. Dass 40 Prozent derjenigen, die den Sprung aus dem Hartz-IV-Bezug geschafft haben, innerhalb eines Jahres erneut auf staatliche Hilfe angewiesen sind, hat auch viel mit der Problematik von sogenannten Bedarfsgemeinschaften zu tun.

In diesen Zeiten scheint es einfach unmöglich, so viel zu verdienen, dass sich daraus ein Ausweg aus der **Hartz-IV-Falle** ergeben könnte. Allein wäre das vielleicht möglich. Im Billiglohnland Deutschland wird es Menschen mit Kindern hochgradig schwer gemacht, genügend Geld für den Unterhalt der Familie und die Bedürfnisse wie auch die Betreuung der Kinder aufbringen zu können. Andererseits finde ich es auch absolut nachvollziehbar, wenn sich Alleinstehende zu Recht zu schade sind, sich für weniger als tausend Euro brutto monatlich kaputtschuften zu sollen. Oder sollte es gar politisch so gewollt sein, dass Hartz-IV-Bezieher den

Ausstieg gar nicht schaffen können? Zur Abschreckung, versteht sich, und damit sich der deutsche Michel auch weiterhin nicht wehrt, während er zur Schlachtbank geführt wird!

3. In der Regel gibt es anlässlich einer Hochzeit nicht nur Geschenke, sondern auch viele Glückwunschkarten. Einem Gelsenkirchener Hartz-IV-Bezieher sind indes aber noch ganz andere Schreiben ins Haus geflattert: Das dortige Jobcenter forderte den Bräutigam auf, nicht nur die Heiratsurkunde vorzulegen, sondern auch über „die Höhe Ihrer **Geldgeschenke**“ Auskunft zu erteilen. Der „Verdi-Erwerbslosenausschuss“ empörte sich über diesen entwürdigenden Eingriff in die Privatsphäre. Mit solch einer Forderung bewegt sich der Sachbearbeiter zwar auf dem Boden der Sozialgesetzgebung, aber in der Praxis spielen die Vorgaben praktisch keine Rolle. Eigentlich gehört es nicht zum Standardprogramm, so etwas abzufragen. Von Seiten der Bundesagentur soll es eigentlich ein Signal geben, ein Auge zuzudrücken und „sensibel“ damit umzugehen.

Uneigentlich könnte hier mal wieder ein übereifriger Kollege über das Ziel hinausgeschossen sein, bei seinen Bemühungen, Erwerbslose zu beschämen und herabzusetzen. Auch wenn zum Thema Konfirmation und Kommunion bundesweit Diskussionen über Geldgeschenke aufflammten, ist in Gelsenkirchen bisher kein einziger Vorfall bekannt, in sich die dortige Arge für diese Geldgeschenke interessiert hätte. Die Arbeitslosengeld-II-Verordnung sieht eine jährliche Höchstgrenze bei Geldgeschenken für im Leistungsbezug stehende Erwachsene in Höhe von 50 Euro fest. Bei den Unternehmern hingegen ist der Staat überaus großzügig, wenn er ihnen in nur vermeintlicher Notlage Milliardenbeträge zur Verfügung stellt. Hier müssen schleunigst die Vorgaben verändert werden, um die gesellschaftliche Schieflage aufzuheben! Ansonsten müssen Hartz-IV-Bezieher halt erfinderisch sein und nicht dümmer, als die Polizei erlaubt!

4. Weil Bedrohungen und Handgreiflichkeiten mittlerweile in mehreren Jobcentern keine Seltenheit mehr seien, wird erwogen, die Mitarbeiter mit **Pfefferspray** auszustatten. Mit Pseudoverständnis erklärt ein Arge-Geschäftsführer aus Heinsberg, dass der „Haken“, der manche „Kunden“ rebellieren lasse, im „Grundsatz des Förderns und Forderns“ verankert sei. Demnach trete eben dann ein Problem auf, wenn hilfsbedürftige Hartz-IV-Bezieher nicht nur Leistungen entgegennähmen, sondern dafür auch eine Gegenleistung erbringen sollten! Problematisch werde es, wenn es um Geldleistungen gehe und die Menschen befürchteten, es könne Schwierigkeiten mit dem Vermieter geben oder die Familie nicht ausreichend versorgt werden. Wenn die Transferleistungsbezieher dann ihre Vermögensverhältnisse offenlegen sollen, gebe es ab und zu Ärger, weil die „eigenen Vorstellungen“ nicht mit den gesetzlichen Regelungen übereinstimmten. Im Einzelfall müsse schon mal ein Hausverbot von sechs Monaten gegen einen der 18.000 Kunden ausgesprochen werden. Derzeit seien sechs in Kraft.

Bisher wird eine Bewaffnung der Mitarbeiter abgelehnt, aber bestimmt nicht, um Hartz-IV-Bezieher nicht zu gefährden, sondern selbstverständlich nur, damit eine möglicherweise unverhältnismäßige Anwendung am Ende nicht zu einer strafrechtlichen Konsequenz für einen Arge-Mitarbeiter führen kann. Diese öffentlichen Überlegungen sind ein herablassender Affront, eine ganze Kette von unverschämten Unterstellungen, Demütigungen und völligen Verdrehungen gegenüber ALG-II-Beziehern! Aber solch ein Gehetze gilt ja als salonfähig und dient wie bisher der allgemeinen Sündenbockfindung und -bedienung! Nein, die Betroffenen „befürchten“ keineswegs nur, sie *wissen*, dass es Schwierigkeiten mit dem Vermieter geben kann! Nein, sie *wissen*, dass sie Probleme kriegen werden: Schwierigkeiten, den Strom zu bezahlen, die Schulfahrkarte, die Telefonrechnung, die vorgeschriebenen Bewerbungen, die Lebensmittel und so weiter!

Stellen diese öffentlichen Überlegungen den Beginn einer unheilvollen Entwicklung dar? Vom Pfefferspray zu was? Um die Unverhältnismäßigkeit der Arge-Mitarbeiter kümmert man sich im Alltag sonst auch nicht, daher ist dieser Grund nur vorgeschoben. Einzig das Strafrecht lässt die Herrschaften noch zögern. Na, aber was soll’s. Durchs SGB II wurde das Grundgesetz geschreddert, da sollte doch so ein kleines StGB schnell zu bewältigen sein! Hat man diese kleine Hürde erst genommen, steht der vollkommenen Selbstjustiz nichts mehr im Wege. Bei der hier aufgezeigten Verfolgungsbetreuung wird wie üblich nicht etwa die Arbeitslosigkeit bekämpft, sondern mal wieder der oder die Erwerbslose! Es stellt sich immer wieder als ungemein gefährlich heraus, Menschen den Zugang zu Waffen zu ermöglichen, die nachgewiesenermaßen über keinerlei soziale Kompetenzen verfügen. Menschen mit sozialen Kompetenzen benötigen keine Waffen!

5. Aus einer Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 3. März 2009 geht hervor, dass erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ein **Mehrbedarf** für Alleinerziehende zugestanden werden kann, auch wenn sie sich in der Betreuung ihres Kindes mit ihrem geschiedenen Ehepartner abwechseln. In dem zugrunde liegenden Fall gestanden die Richter einer Mutter einen hälftigen Mehrbedarf zu. Der von ihr geschiedene und getrennt lebende Vater hatte die Pflege und Erziehung des gemeinsamen Kindes in größeren, mindestens eine Woche umfassenden zeitlichen Intervallen übernommen. Die anfallenden Kosten teilten sich die Eltern in etwa hälftig.

Der genannte Mehrbedarf werde unabhängig von der konkreten Höhe in Form einer Pauschale gewährt, denn in der Zeit, in der sich die Tochter bei ihrer Mutter aufhalte, erziehe die Mutter das Kind allein. Es sei rechtlich in einer derartigen Situation weder angemessen, hilfebedürftigen Arbeitslosen den Mehrbedarf wegen Alleinerziehung gänzlich zu versagen, noch sei es sachgerecht, ihnen den vollen Mehrbedarf zuzubilligen. Aber auch bei wechselnder Betreuung sind höhere Aufwendungen nötig. So hätten Alleinerziehende typischerweise weniger Zeit, um preisbewusst einzukaufen. Auch fielen bei ihnen oft Kosten für Kinderbetreuung an, wenn sie selbst Außenkontakte pflegen wollten, Behördengänge zu er-

ledigen hätten oder zu Arztbesuchen gezwungen seien. So ist die Zuerkennung des hälftigen Mehrbedarfs gerechtfertigt.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Am **Freitag**, dem **20. März 2009**, findet im „Kulturzentrum **Schlachthof**“, Findorffstraße 51, von **9 bis 16 Uhr** der **Ein-Euro-Job-Aktionstag** mit vielen Infos und Diskussionen statt. Veranstalter ist der Gesprächskreis „Ein-Euro-Job Konflikt“ bei der „Blauen Karawane“. Die „Bremer Arbeit GmbH“ hat die Veranstaltung als Fortbildung anerkannt.

Jobcenter-Chaos: Erste Auflösungserscheinungen schon im Frühjahr? *(„Der Westen“)*

Boni und Entlassungen vor dem Sturm

Vor sechs Jahren, am 14. März 2003, verkündete Gerhard Schröder seine Agenda 2010. Ziehen wir Bilanz: Es gab eine massive Rentenkürzung, die Heraufsetzung des Rentenalters, niedrigere Unternehmer-, aber höhere Massensteuern (allein die Mehrwertsteuer stieg von 16 auf 19 Prozent), einen Abbau des Arbeitslosengeldes und eine Verkürzung der Bezugsdauer, die Einschränkung der Krankenkassenleistungen, die Lockerung des Kündigungsschutzes, Zwangsarbeit für Jugendliche, Lohndumping durch das Leiharbeitergesetz (90 Prozent aller Neueinstellungen sind Leiharbeiter, oft nur zu 50 Prozent oder weniger des bisherigen Lohns)!

Am 1. Januar 2005 folgte dann das „Meisterwerk“, Hartz IV: Millionen Menschen werden damit in die Armut gedrückt, mit Ein-Euro-Jobs wird Zwangsarbeit für alle Arbeitslosen eingeführt, es erfolgen Bespitzelung und Demütigung durch die Argen. Der heutige Kanzlerkandidat der SPD, Frank-Walter Steinmeier, meinte dazu, die SPD habe mit der Agenda 2010 gezeigt, wie man „verantwortlich das Land erneuern“ könne. Auf der Leipziger Buchmesse verkündete er das bei Vorstellung seines Buches „Mein Deutschland“.

Dass zwischenzeitlich die Arbeitslosigkeit gesunken war, hat zum einen die Ursache, dass es tatsächlich einen Aufschwung der Weltwirtschaft in den letzten drei Jahren gab. Zum anderen aber entstanden die neuen Arbeitsplätze größten-

teils im Niedriglohnsektor. Es wurden auch immer neue Tricks angewandt, um die Statistik zu verschönern. Mit Beginn der globalen Wirtschaftskrise ist das vorbei: Die Arbeitslosigkeit steigt, Massenentlassungen finden bereits statt oder werden durch Kurzarbeit vorbereitet. Massenhaft steigt weltweit aber auch der Protest.

Grund gibt es täglich – wenn man liest, dass ein Herr Zumwinkel, gerade erst mit einer Million Euro an Geldstrafe davongekommen, nun 20 Millionen von der Deutschen Post an Altersbezügen bekommt, die er dann in seiner Burg am Gardasee verprassen kann; wenn man liest, dass bei Volkswagen-Vorstand Winterkorn, Krise hin oder her, 12,7 Millionen Euro Sonderzahlung erhält, gegenüber 5,1 im letzten Jahr, und alle Vorständler zusammen über 45 Millionen Euro an Boni bekommen; wenn man hört, dass die Dividende für VW-Aktionäre (unter anderem also Porsche) um das Fünfzehnfache gestiegen ist.

Dann braucht man sich nicht zu wundern, dass die Kämpfe etwas rauer werden, so zum Beispiel bei Sony in Frankreich, wo die Arbeiter ihren Boss eingesperrt haben und die Tore mit Baumstämmen verriegelten, um gegen die geplante Entlassung von 300 Kollegen zu protestieren. Wie heißt es so schön? Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

Am **Freitag**, dem **20. März**, lädt um **19 Uhr** die „**Wählerinitiative Wolfgang Lange**“ zu einer Diskussion über Gesundheitspolitik in die Gaststätte „Stella“, Erlenstraße 66 (Ecke Donaustraße).

Neues Reparaturkit für Hypothekenschrott: US-Notenbank druckt eine Billion Dollar für Finanzmärkte *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

224. Bremer Montagsdemo am 23. 03. 2009

Jobcenter am Ende – Montagsdemo macht weiter

1. Wir sind die 224. Bremer **Montagsdemo**. Wer sind wir? Interessierte Menschen, die was erreichen wollen. Wir sind Erwerbslose, Menschen mit Arbeit, Rentnerinnen und Rentner, Hausfrauen und Hausmänner, Schüler(innen), Studierende und Menschen in der Weiterbildung – eine gute Mischung! Aber leider von allem zu wenig. Den Hauptzuspruch haben wir im Internet.

Was sind wir nicht? Wir sind keine Partei. Wir sind in unterschiedlichen Parteien beziehungsweise ohne Parteizugehörigkeit, aber parteiergreifend. Wir sind keine geschlossene Gesellschaft! Jede(r) kann mitmachen. Kopf zeigen!

Was wollen wir? Wir wollen, dass die Hartz-Gesetze beseitigt werden. Wir wollen eine lebenswerte Zukunft ohne die Fehler der Gegenwart! Die Hartz-Gesetze, insbesondere Hartz IV, waren und sind die Aufkündigung des sozialen Friedens!

Die anderen Fehler der Gegenwart sind aus unseren Beiträgen ersichtlich. Die Nennung ist sicherlich unvollständig und ergänzungswürdig. Daher haben wir ein Offenes Mikrofon für jede Frau und jeden Mann. Jede(r) – außer Nazis – kann sagen, was sie oder ihn erfreut oder bedrückt. Die Redezeit beträgt pro Beitrag drei Minuten. Wer sein Redemanuskript beim Moderator oder Webmaster einreicht – Email: Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de –, dessen Beitrag wird auf unser Homepage veröffentlicht. Wenn Sie zu denen gehören, die uns nur im Internet besuchen: Kommen Sie einfach mal vorbei!

2009 ist Wahljahr! Auf unseren Demos wird viel Parteiwerbung gemacht und verteilt. Von verschiedenen Parteien und anderen interessierten Menschen und Gruppen. Dadurch kommt manchmal die Frage auf: Welche Partei veranstaltet diese Demo? Die Antwort ist einfach: keine! Wir sind überparteilich! Bei der Bremer Montagsdemo kann mensch nicht per Eintrittserklärung und Unterschrift Mitglied werden. Es geht einfach so. Wir wollen den Kopf! Ihren oder deinen Kopf, möglichst jeden Montag um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz** bei der Bremer Montagsdemo!

Wir sind jeden Montag hier. Warum? Wir gehen mit zu den Ämtern. Schwerpunkt ist die Bagis, die Bremer Arge. Wer nicht allein zum Amt geht ist mutig, siehe vorherige Bremer Montagsdemos! Weil wir jeden Montag erreichbar sind, können wir jede Terminierung abdecken. Ganz nebenbei geht uns der Stoff nicht aus. Das politische Personal macht leider zu viel Mist! Wir verstehen uns auch als Ergänzung zur regionalen Zeitung.

Komm(en Sie) einfach mal vorbei! Wir beantworten auch Fragen! Was auf dem Bremer Marktplatz nicht geklärt wird, können wir bei der Nachbesprechung im Seemannsheim klären. Dort können wir im Sitzen klönen. Dort ist geheizt. Mit der Aufforderung „Wer möchte, kommt mit zur Nachbesprechung!“ endet jede Bremer Montagsdemo. Bis Montag um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz bei der Montagsdemo!

2. Bei Bürgermeister Böhrnsen brennt Licht im Büro. Ist er schon zurück, oder wird sauber gemacht? Herr Böhrnsen war auf Reisen, er will die **Reform** retten. Nein, Sie haben keine Reform versäumt! Herr Böhrnsen betrachtet die Gründung der Bagis immer noch als Reform. „Die Reform retten“ bedeutet in diesem Fall: das Grundgesetz ändern beziehungsweise verbiegen.

Staatsrat Schuster hat vor Längerem gesagt, die Bagis müsse erhalten bleiben, damit der Senat die Arbeitsmarktpolitik in Bremen mitgestalten kann – damit die kleinen Vereine davon profitieren können und alle Leistungen aus einer Hand gewährt werden. Die Realität sieht so aus: Die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds kann Bremen nicht mehr zur Finanzierung von Löhnen in geförderten Beschäftigungen einsetzen. Auf die Mittel der Bundesagentur für Arbeit hat Bremen keinen Zugriff; es gibt keine Mitbestimmung. Gegen Herrn Stern, den Niederlassungsleiter der Bundesagentur für Arbeit, setzt sich der Senat nicht durch. Äußerlich stimmt das Bild, aber konkret ist nichts! Eigene Mittel hat Bremen nicht? Bremen will sie dafür nicht einsetzen! Die Beschäftigungsförderung hat sich wieder auf Ein-Euro-Jobs verlagert und ist damit beschäftigungsvernichtend!

Auf der 184. Bremer Montagsdemo hat Elisabeth auch etwas zur Auflösung der Bagis und den Herren Schuster und Prill gesagt. Die kleinen Vereine schauen somit in die Röhre! Herr Schuster kann seinen Worten auch hier keine Taten folgen lassen! Herr Schuster hatte Unterstützung von Herrn Prill. Die beiden haben die Fehlerhäufigkeit bei der Bagis akzeptiert! Macht die Bagis diese Fehler weisungsgebunden? Das Ziel ist vorgegeben: Die Zahlung ist gegenüber dem Vorjahr um circa fünf Prozent zu reduzieren. Dazu hat die Bagis sich gegenüber der Bundesagentur für Arbeit verpflichtet. Es geht aber nicht um freiwillige Leistungen, sondern um die Regelleistung gemäß Gesetz! Hier können Minderausgaben nur durch Fehler oder Sanktionen und Strafen erzielt werden – oder durch weniger Leistungsempfänger. Werden abweichende Fälle gerne zur Einsparung genutzt?

Herbert Thomsen hatte im Gespräch mit dem „Nordwestradio“ folgende Anmerkung: „Ein Sachbearbeiter der Bagis in Bremen-Nord berücksichtigt bei Ne-

beneinkommen (zum Beispiel Kindergeld für Überachtzehnjährige oder Unterhalt) die Versicherungspauschale von 30 Euro seit Jahren *nicht*.“ Dies ist keine Unwissenheit sondern Berechnung! Jeder Widerspruch dagegen hat Erfolg. (Dies geht mit einem Antrag nach § 44 SGB X auch noch vier Jahre rückwirkend.) Der Sachbearbeiter spart wahrscheinlich Leistungen. In jedem Betrieb wäre er „gegangen“ worden! Hier bei der Behörde Bagis vermuten noch immer viele Menschen eine Bearbeitung nach Recht und Ordnung. Leider ist die Einsparung durch falsche Berechnungen so effektiv!

Die Mietobergrenzen sind in Bremen noch immer viel zu niedrig. Die Bagis weiß das! Sie arbeitet weisungsgebunden falsch, am Gesetz vorbei. Die Menschen erhalten zu wenig Geld. Bremen spart! Dies ist kein Versehen, sondern Absicht! Die Bagis muss die rechtsbeugenden Verwaltungsanweisungen der Freien Hansestadt umsetzen. Bremen spart hierdurch, ohne als Anstifter zum Rechtsbruch am Pranger zu stehen.

Alles aus einer Hand – dank Bagis? So ist es nicht! Wer ALG II beantragt, muss vorher prüfen, ob Anspruch auf andere Leistungen besteht (etwa Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld, Unterhalt oder Rente). Diese anderen Leistungen vermindern den Anspruch auf ALG II. Hinter jeder steht ein anderes Amt oder ein anderer Ansprechpartner. Teilweise schließen diese anderen Leistungen den Anspruch auf ALG II aus. Die einzelnen Ämter erteilen keine detaillierten Auskünfte über die Leistungshöhe oder die Leistungsvoraussetzungen der anderen Ämter. Die Prognosen der Bagis liegen leider oft total daneben. Auch da ist jedes Mal eine externe Überprüfung nötig!

Ein alleinerziehender Mensch mit Unterhaltsanspruch muss Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld beantragen. Damit ist die Regelsatzhöhe abgedeckt. Sie – meistens ist es eine Frau – muss sich zusätzlich arbeitssuchend melden. Weil kein Anspruch auf ALG II besteht, ist die Bundesagentur für Arbeit für die Stellensuche zuständig. Diese Arbeitssuchendmeldung sichert diese Zeit für den Rentenanspruch. Dieser alleinerziehende Mensch beantragt Unterhaltsvorschuss beim Jugendamt, Kindergeld bei der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit, Kinderzuschlag zwar ebenfalls dort, aber mit anderer Sachbearbeitung, also zwei Bescheiden, Wohngeld beim Wohngeldamt. Nicht zu vergessen ist der nochmalige Besuch der Bundesagentur für Arbeit beim Fallmanager als arbeitssuchend. Somit sind fünf Anträge zu stellen, es gibt fünf Bescheide.

Verschiedene Unterlagen müssen bei verschieden Ämtern vorgelegt werden, immer sofort und im Original. Aber die Bagis soll erhalten werden, um „Leistungen aus einer Hand“ zu gewähren! Jede Leistung hat Besonderheiten: Kinderzuschlag wird erst gezahlt, nachdem alle verlangten Unterlagen vorgelegt wurden. Diese Zahlung erfolgt somit nicht ab Antragstellung, sondern erst ab dem 1. des Folgemonats nach Vorlage aller verlangten Unterlagen! Wer Bafög erhält, hat eventuell trotzdem Anspruch auf Erstattung der Kosten der Unterkunft gemäß ALG II. Dieser Mensch hat drei Anträge bei drei Ämtern zu stellen!

3. Was ändert sich, wenn die **Bagis**, die Bremer Jobcenter-Arbeitsgemeinschaft, geteilt wird?

1. Es gibt dann zwei Bescheide, einen für die Regelleistung und einen für die Kosten der Unterkunft. Die heutigen Bescheide der Bagis sind sehr unübersichtlich. Eine Trennung führt zu mehr Klarheit. Die Regelleistung und die Kosten der Unterkunft sind getrennte Leistungsansprüche, die sich nicht überschneiden.
2. Die Anspruchsvorausetzung insgesamt muss doppelt geprüft werden. Dies wäre eine positive Veränderung, weil hier die Fehlerhäufigkeit besonders hoch ist. Die Auswirkungen dieser Fehler sind aktuell gravierend. Die Antragsvermeidungsgruppen der Bagis könnten eingespart werden.
3. Die Arbeitslosigkeit zweiter Klasse wird beendet, weil das Arbeitsamt wieder für alle Arbeitssuchenden zuständig ist. Jetzt ist für jeden Arbeitgeber ersichtlich, welcher Bewerber ALG II erhält, weil auf dem Vermittlungsvorschlag Bagis steht. Dieser Mensch muss das Arbeitsangebot auch bei einer Tarifunterschreitung von bis zu 30 Prozent annehmen! Anfang 2005 wurde Wert darauf gelegt, dass alle Briefe und Mitteilungen, die der Arbeitgeber bei der Bewerbung sieht, mit dem Briefkopf der Bundesagentur für Arbeit versehen sind. Übrig geblieben ist heute nur ein gemeinsamer Arbeitgeberservice. Die Arbeitssuchenden sind dem Lohndumping relativ schutzlos ausgeliefert.
4. Die Bescheide werden heute immer noch für nur sechs Monate erstellt. Von der bestehenden Möglichkeit, Bescheide für zwölf Monate zu erstellen, wird kaum Gebrauch gemacht – weil die Laufzeit des Bescheids im Klageverfahren ein Kriterium dafür ist, ob gegen das Urteil Revision zugelassen wird? Bei zwölf Monaten ist gegen das Urteil immer Revision zugelassen. Ist auch dies eine Möglichkeit, die Erfolge gegen falsche Bescheide einzuschränken? Wenn die Bescheide überwiegend für zwölf Monate erlassen werden, so ist der Mehraufwand für die zwei Bescheide fast wieder aufgehoben. Wenn der Zwölfmonatszeitraum auf 18 Monate erhöht wird, so ist der Mehraufwand aufgefangen.
5. Wenn die Bescheide aussagefähiger wären, würde erheblicher Verwaltungsaufwand gespart, weil die Nachfragen weniger würden. Zum Beispiel fehlt bei der Aufstellung der Zahlungen an Energieversorger, Vermieter, Antragsteller oder auch der Darlehnstilgung der Betrag, der jeweils gezahlt wird. Bei Änderungsbescheiden fehlt die Angabe des bisherigen Betrages.
6. Die Personalstrukturen wären geklärt. Die unterschiedlichen Dienstherren haben unterschiedliche Rahmenbedingen. Probleme dieser Art gehören dann der Vergangenheit an.
7. Die Verantwortlichkeiten sind auch für Externe klar ersichtlich. Der Umgang mit dem „Kunden“ wird (hoffentlich) wieder wohlwollend.
8. Die Zuständigkeiten der Freien Hansestadt Bremen können unverändert bleiben. Bremen ist zuständig für folgende Bewilligungen: Schuldner- und Such-

beratung, Kinderbetreuung, Erstausstattung der Wohnung und bei Schwangerschaft sowie alles rund um die Wohnung.

9. Menschen unter 25 Jahren können erst nach Zustimmung der Bagis in eine eigene Wohnung ziehen. Oftmals ist dazu eine Stellungnahme des Jugendamtes nötig. Diese Zusammenarbeit verbessert sich sicher bei der Aufgabentrennung.
10. Bremen möchte die Arbeitsmarktpolitik beeinflussen und mitbestimmen. Aber, siehe oben, diese Bagis gibt es erst seit dem 1. Januar 2005. Arbeitsmarktpolitik wurde davor auch gemacht, von der Bundesagentur für Arbeit, und (leider) wesentlich besser als heute, effektiver für die Erwerbslosen! Diese Aufstellung ist nicht vollständig. Wer weitere Anregungen hat, komme einfach vorbei!

4. Ich habe vor längerer Zeit einen Menschen mit folgendem Anliegen zur Bagis begleitet. Der Erwerbslose hat sich in einer anderen Stadt Arbeit gesucht und gefunden. Er sollte am Anfang der nächsten Woche anfangen, probehalber in Teilzeit. Die Arbeitszeit sollte entsprechend der Leistung angepasst werden. Wir haben uns dazu die Unterstützung der Bagis gewünscht, es ging um Geld für die Fahrt zum neuen Arbeitsort, für den Kauf von angemessener Bekleidung, um bei Kundenkontakt bestehen zu können, für alle Aufwendungen zur Wohnungssuche, den Umzug in die andere Stadt und bis dahin Geld für die Wochenendheimfahrten, weil hier noch ein Kind zur Schule geht, außerdem die Prämie für die Arbeitsaufnahme außerhalb das Tagespendelbereichs.

Wir wollten auch wissen, welche Miethöhe dort als angemessen gilt. Die Mitarbeiterin der Bagis war sehr nett. Die Frage der Miethöhe konnte sie nicht klären, weil in dem Ballungsgebiet die Gemeinden ineinander übergingen. Ich habe mir vorgestellt, dass in diesem Fall einfach die Mietobergrenzen der in Frage kommenden Gemeinden genannt werden. Bei dem Wohnungsangebot wird auch die Anschrift und Gemeindezugehörigkeit mitgeliefert. Leider hat dies nicht geklappt. Nicht einmal die Telefonnummern für die notwendige Nachfrage haben wir erhalten.

Alle anderen Anträge hat sie bestätigt, aber Unterstützung haben wir nicht erhalten. Weil die Stundenzahl nicht festgelegt war, konnte nicht geklärt werden, ob die Bagis oder die Bundesagentur für Arbeit für die Unterstützung oder Förderung der **Arbeitsaufnahme** zuständig ist. In der Antragsaufnahme wurden diese Anträge für beide Behörden verbindlich festgehalten. Wir konnten diese Entscheidung akzeptieren, weil der Mensch von Freunden per Telefon eine Darlehnszusage erhalten hat. Somit konnten die Kosten vorgeschossen werden. Ohne diese private Unterstützung wäre die Arbeitsaufnahme nicht möglich gewesen. Ein Darlehn hat die Sachbearbeiterin verweigert, und für eine Klage vor den Gericht reichte die Zeit nicht. Bei einer Beseitigung dieser Arbeitslosigkeit zweiter Klasse wäre das nicht passiert! Die Förderung zur Arbeitsaufnahme hätte geklappt.

Noch mal: Das Wichtigste ist die Beendigung der Arbeitslosigkeit zweiter Klasse! Dies wurde auch in allen wissenschaftlichen Auswertungen gefordert, außer von der IAB. Die Politik ist dazu nicht bereit. Eine Trennung macht die Verantwortung erlebbar, eine Zuordnung ist möglich, sowohl in der Sachentscheidung wie auch im Umgang mit dem Menschen. Warum wird diese Chance nicht genutzt? Hat das politische Personal Angst? 2009 ist ein Wahljahr. Fragt das politische Personal! Schaut auf den Sachverstand: Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter hat noch am 17. März 2009 von „Anspruch auf Arbeitslosengeld II und Wohngeld“ gesprochen. Wer Wohngeld beantragt, hat keinen Anspruch auf ALG II; Frau Rosenkötter meint also sicherlich ALG II und Miete im SGB II, Kosten der Unterkunft genannt. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Ohne Mischverwaltung keine Sanktionen: Wenn klar ist, für welche Entscheidungen im Jobcenter Bund oder Land zuständig sind, können die Betroffenen die Parteien bei Wahlen abstrafen *(„Wochenspiegel“)*

Arge-Bürokratie am Rand der Verzweiflung: Jobcenter-Mitarbeiter wissen nicht, wie es für sie nach 2010 weitergeht *(„Spiegel-Online“)*

Die Bekämpfung der Menschen in den Bundeswehr-Einsatzgebieten

In meinem Redebeitrag vom 16. März 2009 ging es um die Militarisierung des Krankenhauswesens auch in Bremen. Heute beschäftige ich mich mit der sogenannten Aufstandsbekämpfung in den Einsatzgebieten der Bundeswehr. Wie „German Foreign Policy – Informationen zur deutschen Außenpolitik“ berichtet, werden die Streitkräfte für ihr Vorgehen speziell gegen Protest- und Widerstandsbewegungen zunehmend mit Waffen ausgerüstet, die angeblich nicht tödlich wirken. Sie sollen den Gegner „nur“ vorübergehend lähmen und damit kampfunfähig machen.

Das Berliner Rüstungsministerium plant die Forschung an (und den Einsatz von) Schall- und Mikrowellenkanonen beziehungsweise Elektroschockpistolen, auch „Taser“ genannt. Letztere verschießen 13 Millimeter lange, mit Widerhaken versehene Pfeile, die bis zu zweieinhalb Zentimeter dicke Lederkleidung durch-

schlagen können und in die Haut eindringen. An den Pfeilen sind Kabel befestigt, die Stromschläge bis zu 50.000 Volt in den Körper jagen und die gesamte Muskulatur für mehrere Sekunden lahmlegen. Mit diesen angeblich nicht tödlichen Waffen sind allerdings laut „Amnesty International“ allein in den USA von 2001 bis 2004 74 Menschen umgebracht worden!

Der Rüstungsriese Diehl untersucht gegenwärtig gemeinsam mit dem „Zentrum für Elektropathologie und Umweltmedizin“ (ZEPU) im nordrhein-westfälischen Witten die Möglichkeit einer angeblichen Alternative, nämlich die „Wirksamkeit und Einsatztauglichkeit“ sogenannter Liquid-Taser. Diese verschießen keine Drähte, sondern stromleitende Flüssigkeiten und verursachen damit zumindest keine äußerlich sichtbaren Verletzungen. Während Diehl für die technischen Forschungen verantwortlich zeichnet, gibt sich das ZEPU für die Untersuchung der Gesundheitsgefahren und des „Mortalitätsrisikos“ auf Seiten der Opfer her.

Für diese speziellen Waffengattungen, die vor allem gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden sollen, stehen Millionensummen zur Verfügung. Allein die Gesamtkosten der „Taser“-Weiterentwicklung betragen laut Ministerium rund 315.000 Euro. Um eine Beschädigung oder Zerstörung der Infrastruktur in den Kampfgebieten zu vermeiden, gewinnt angeblich der Einsatz von „nicht tödlichen“ Waffen für die Bundeswehr immer mehr an Bedeutung. Neben der Bundeswehr sind die Bundespolizei und die „Sondereinsatzkommandos“ der Landespolizeidienstellen ebenfalls mit „Tasern“ ausgerüstet.

Die Waffen sind Gegenstand einer Konferenz internationaler „Experten für Aufstandbekämpfung“, die noch in diesem Frühjahr stattfinden wird. Veranstalter ist das staatliche „Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie“ in Kooperation mit der „Wehrtechnischen Dienststelle für Schutz- und Sondertechnik“ der Bundeswehr. Die Dienststelle zählt die Erforschung und Erprobung sogenannter nicht tödlicher Waffen zu ihren „Kernkompetenzen“. Um welche Waffen es sich im Einzelnen handelt und welche Bestände es gibt, unterliegt strikter Geheimhaltung! Auch die Polizei hält hier alles unter dem Tisch. Es soll auf dem Symposium vom 11. bis 13. Mai 2009 neben den Einsatzmöglichkeiten in „Aufstandsgebieten“ auch erörtert werden, inwieweit diese Waffen „zum Schutz von Handelsschiffen gegen Piraten und Terroristen“ Verwendung finden können.

Bei der Tagung wird zudem die deutsche Rüstungsindustrie prominent vertreten sein! Vertreter von Diehl zum Beispiel werden über eine neuartige Waffe berichten, die durch elektromagnetische Felder den neuromuskulären Bewegungsapparat des Opfers hemmt. Es geht auf der Konferenz darum, die Verwendung solcher Waffen völkerrechtlich zu legalisieren und um deren Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu werben. Es ist davon auszugehen, dass die Einsatzpläne für die angeblich nicht tödlichen Waffen längst in die künftige Gesamtstrategie von EU und Nato eingebettet sind. Es ist auch anzunehmen, dass für deren Einsatz im Innern längst vorgesorgt ist!

In diesen Zusammenhang passt ganz gut der Bericht von Elisabeth zur Überlegung in Jobcentern, Pfefferspray gegen „renitente“ Hartz-IV-Opfer einzusetzen.

So gesehen ist Elisabeths sorgenvolle Frage, was denn wohl als Nächstes kommt, mehr als berechtigt!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Lebenslagen in Bremen: Der Armuts- und Reichtumsbericht für das Land Bremen 2009 *(„Soziales Bremen“)*

„Linker“ fordert verfassungskonforme Hartz-IV-Neuregelung: Empfänger von *Arbeitslosengeld I und II* müssen *alle Leistungen* aus *einer Hand* erhalten *(„Märkische Allgemeine“)*

„Hartz-IV-Empfänger sind hier nicht erwünscht“

1. Nach einer Befragung des Innenministeriums von 44.610 Fünfzehnjährigen in den Jahren 2007 und 2008 sei die Jugendgewalt leicht rückläufig, jedoch das **Mobbing** an Schulen weit verbreitet. Jugendliche seien mittlerweile mehr in rechtsextremen Gruppierungen und Kameradschaften organisiert als in politischen Parteien. In der Polizeistatistik sind Jungen fünfmal häufiger als Tatverdächtige von Gewalttaten registriert als Mädchen, nichtdeutsche Staatsangehörige dreimal häufiger als deutsche. Die Jugendlichen erleben relativ häufig familiäre Gewalt Jeder fünfte erhielt von seinen Eltern Ohrfeigen, jeder zwanzigste erlitt zu Hause schwere Gewalt wie zum Beispiel Fußtritte.

Dabei ist Gewalt in Familien mit ausländischen Wurzeln deutlich weiter verbreitet als in deutschen. Etwa sieben Prozent der deutschen Jugendlichen berichten von Misshandlungen in der Kindheit, aber 18 Prozent der Jugendlichen mit türkischen und 19 Prozent derjenigen mit afrikanischen Wurzeln. Kinder und Jugendliche, die elterliche Gewalt erleben, haben ein deutlich höheres Risiko, selbst später Gewalt gegen andere anzuwenden. Auch zwischen den Ethnien ist das gewalttätige Austragen von Konflikten an der Tagesordnung. Dabei brüsten sich die Täter immer häufiger, wie sie ihre Opfer gefilmt haben. Ganze 43 Prozent der Befragten berichtet davon, von ihren Mitschülern gehänselt zu werden, jeder fünfte gab an, im letzten Schuljahr auch körperlicher Gewalt ausgeliefert gewesen

zu sein. Offenbar werden die Schüler auch von manchen Lehrern lächerlich gemacht oder geschlagen.

Es erscheint nur folgerichtig, dass in Schulen, wo Gewalt unter Schülern geahndet wird und Lehrer bei sich anbahnenden Konflikten frühzeitig eingreifen, solche Verstöße seltener vorkommen. Natürlich ist für ein gutes, gewaltfreies Schulklima das beherzte, Vorbildverhalten der Lehrer maßgebend. Das hätte jeder mit gesundem Menschenverstand auch ohne Untersuchung prognostizieren können. Antisemitismus und Rechtsextremismus sind nur bei einer Minderheit der Fünfzehnjährigen verbreitet, doch fast jeder dritte stimmte der Aussage zu, das es in Deutschland „zu viele Ausländer" gebe. Von den Jungen ist der Anteil derer, die Mitglieder in einer rechtsextremen Gruppierung sind, ebenso hoch wie der Anteil jener, die sich in einer sozialen Organisation oder Partei engagieren. Diese erschreckende Entwicklung scheint besonders gut im Hauptschulmilieu zu gedeihen. Scheinbar geht die Täterschaft meist mit Schuleschwänzen und einem ebenfalls delinquenten Freundeskreis einher.

2. Nun erreicht die Rezession auch den **Lehrstellenmarkt**. Laut einer Umfrage des „Deutschen Industrie- und Handelskammertags" soll die Zahl der Ausbildungsverträge um bis zu 36.000 sinken. Ein Rückgang von zehn Prozent wird befürchtet. Angeblich seien die Wirkungen der Wirtschaftskrise aber noch nicht dramatisch, weil dieses Jahr auch die Zahl der Bewerber demografiebedingt um fünf Prozent zurückgehen werde. Hingegen sei der Fachkräftemangel ein richtiges Problem.

Schlechte Chancen hätten aktuell vor allem Bewerber, die einen Ausbildungsplatz in exportorientierten Branchen suchten. In Ostdeutschland gebe es dagegen einen Mangel an Bewerbern. Im NDR wurde in den Nachrichten propagiert, dass nicht genug qualifizierte Anwärter auf die riesige Anzahl freier Lehrstellen passe. Klar, irgendwie muss doch der Lehrstellenmangel geleugnet werden! Wenn die Anwärter(innen) alle nicht geeignet sind, dann liegt es also „nicht" daran, dass nicht genügend Stellen da sind, sondern mal wieder ganz persönlich und individuell an den jungen Menschen. Es läuft nach dem gleichen Prinzip ab wie bei den Erwerbslosen, die natürlich auch fast alle „bloß zu wenig Qualifikationen" mitbringen und sonst natürlich schon längst bei den massenhaft vorhandenen Jobs untergekommen wären.

3. Als eine junge Frau, die mit ihrer zweijährigen Tochter aus dem Frauenhaus kommt, bei ihrer Arge um Hilfe bittet, kann sie es nicht fassen, dass sie wegen **Bearbeitungsstau** zehn Wochen auf die Bearbeitung ihres Antrages warten soll. Bei ihrer Schwester kann sie nur kurzfristig Unterschlupf finden, da diese selber vier Kinder versorgen muss. Die junge Frau kann aber auch nicht mit den 200 Euro auskommen, die sie vom Jugendamt für ihre Tochter erhält. Während sich in Berlin Politiker über die Zukunft der Argen streiten, ist die Behörde in Augsburg, zuständig für 19.500 Hartz-IV-Empfänger, überlastet. Als Gründe werden Wirt-

schaftskrise, Gesetzesänderungen und unbesetzte Stellen genannt. Es ist eine Frechheit, hier nicht sofort Abhilfe zu schaffen: Die Argen sind vom Gesetz her verpflichtet, Mittellosen sofort Überbrückungsgeld zu bezahlen!

Unerträglich finde ich es, dass offenbar niemand den weinenden, verzweifelten Menschen sagt, dass sie sich vor Gericht mittels einer einstweiligen Verfügung ihr Recht durchsetzen können. Es sollen zwar Neuanträge vorgehen, doch laufen von denen viele auf, wenn Beschäftigte aus prekären Arbeitsverhältnissen nach kurzer Kündigungsfrist sofort Arbeitslosengeld II beziehen oder es wegen Dumpinglöhnen aufstocken müssen. Ich vermute, dass hier absichtlich nicht genügend Stellen besetzt werden, um die Hartz-IV-Bezieher möglichst weiterhin demütigen und drangsalieren zu können. Abschreckung heißt das Zauberwort, um diejenigen, die noch über einen Job verfügen, kampflos die Flügel hängen zu lassen! Dann gibt es natürlich auch noch den Kampf mit der unausgereiften elektronischen Datenverarbeitung zu schlagen, der ebenfalls auf dem Rücken der Transferleistungsbezieher ausgetragen wird. Da steckt schon das perfide System der Verfolgungsbetreuung hinter!

4. Schön und absolut überfällig ist die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Hamm, einen Stundenlohn von 5,20 Euro für zwei Minijobberinnen beim Textildiscounter Kik als **Sittenwidrigkeit** einzustufen. Das Gericht verurteilte das Unternehmen in zweiter Instanz zu Nachzahlungen. Das Urteil ist rechtskräftig. Die Kammer bestätigte damit Entscheidungen des Arbeitsgerichts Dortmund vom vergangenen Jahr. Zwei 47 und 62 Jahre alte Frauen aus Mülheim an der Ruhr hatten das Tochterunternehmen des Einzelhandelskonzerns Tengelmann verklagt, weil sie nur 5,20 Euro Stundenlohn erhielten. Die Gerichte in Dortmund und Hamm sahen 8,21 Euro als angemessen an.

Schön, die 62-Jährige darf sich nun auf insgesamt 10.500 Euro Nachzahlung, die 47-Jährige auf rund 8.900 Euro freuen. Hoffentlich nimmt ihnen das asoziale Zuflussprinzip der argen Argen nicht wieder alles weg! Die beiden Frauen ließen sich von ihrer Gewerkschaft vertreten, die nun durch die Kik- Filialen tingeln und den Beschäftigten über dieses Urteil informieren wollen. Wenn die Gewerkschaften solche Stundenlöhne berechtigterweise für sittenwidrig halten, dann frage ich mich nur, wie sie andererseits für Mindestlöhne von 7,50 Euro „kämpfen“ können.

5. Das kalte Wort „Ersatzvornahme“ habe ich noch nie gehört. Es hat nichts mit einem Vornamen zu tun, der irgendwie ersetzt werden muss, sondern heißt auf Behördendeutsch, dass ein Mensch, für dessen Beerdigung kein Geld da ist, von der Stadt bestattet wird, im Reihengrab oder einer Urne. Das kostet die Stadt 1.500 Euro, und jedes Jahr finden 160 Tote auf diese Weise ihre letzte Ruhestätte. Viele fristen vorher nur ein trauriges Dasein, weil sich seit Hartz IV und der Wirtschaftskrise die Armut rasant ausbreitet, in unserem Land! Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Das sind bei einem Alleinstehenden 781 Euro. Laut Sozialgesetzbuch bekommt er in Augsburg 736 Eu-

ro Hartz-IV-Leistungen, lebt somit selbst mit dem Höchstsatz unter dem Existenzminimum: zu wenig zum Leben – und zum Sterben auch. Die **Regelsätze** seien zu niedrig, vor allem für Kinder. Ein Eis verschlingt den halben Betrag, der für die tägliche Ernährung eines Kindes nach Hartz IV festgelegt ist. Es ist kein Wunder, dass viele Menschen in Tränen ausbrechen, wenn sie sehen, mit wie wenig Geld sie irgendwie auskommen müssen!

Wie sehr die Zahl der Bedürftigen nach oben geschnellt ist, zeigt sich daran, dass nun in vier Wochen mehr Anträge an die „Kartei der Not“ gestellt werden als in fünf Jahren zuvor. Überdurchschnittlich betroffen sind Kinder, Jugendliche, Alleinerziehendende, Frührentner, Migranten und Rentner. Es geht um Lebensmittel, Schulbedarf und Energie. Die Stadtwerke sperrten 2007 rund 2000 Haushalten den Strom, weil diese nicht zahlen konnten. Für „besondere“ Unternehmungen bleibt fast nichts. Daher fordern die Wohlfahrtsverbände einen „Augsburg-Pass“. Dieser soll sozial Benachteiligten billigeren Eintritt in Einrichtungen wie Zoo, Bäder, Theater, Museen und Bibliotheken sowie Teilnahme an Volkshochschulkursen ermöglichen. Gleiches gilt für ein Sozialticket. 14 Euro sieht Hartz IV monatlich für ÖPNV-Nutzung vor. Das sind in Augsburg acht Fahrten hin und zurück im Innenstadtbereich. Ein erschwingliches Ticket könne armen Menschen zu Mobilität verhelfen.

6. Der Jüterboger Stadtverordnete Michael Maurer („Die Linke“) veröffentlichte einen **Holocaust-Vergleich** im Internet. Auf der Seite des „Vereins für soziale Selbstverteidigung“, dem er angehört, setzt er die Situation von Hartz-IV-Betroffenen mit der Judenverfolgung unter den Nazis gleich. Er formuliert in einem Beitrag vom 7. März 2009: „Hartz-IV-Empfänger sind hier nicht erwünscht.“ Darüber ist ein Foto zu sehen, auf dem ein Schild denselben Satz auf Juden bezogen trägt. Darüber hinaus vergleicht Maurer indirekt die Berliner Regierungskoalition mit dem Regime unter Adolf Hitler. Der Verein und die Internetseite sind als Sprachrohr für diejenigen gedacht, die sich vor allem aufgrund der Arbeitsmarktreformen seit 2004 sozial benachteiligt fühlen. Mit dieser Aktion erntete er mindestens ein Kopfschütteln bis zur heftigen Empörung ob dieses Vergleiches bis hin zur Forderung des Zentralrates der Juden nach einer Entschuldigung.

Ich persönlich hielte es für vermessen, die heutige Verfolgungsbetreuung von ALG-II-Beziehern und anderen von der Gesellschaft Ausgegrenzten mit der Situation der Juden im Hitlerfaschismus über einen Kamm zu scheren. Doch kann ich keinen Grund für eine Entschuldigung erkennen, denn damals begann es einmal genauso – und niemand hätte sich vorstellen können, dass es im „Volk der Dichter und Denker“ einmal zu solch verbrecherischem Massenmord an Juden und „anderen Asozialen“ kommen würde! Wer sich die Entwicklung seit Einführung der Hartz-Gesetze anguckt, muss fast zwangsläufig zu dem Schluss kommen, dass die Regierungen seither ständig austesten, wie weit sie gehen können und wie weit die Bevölkerung bereit ist mitzugehen. Sie sind schon einmal viel zu weit gekommen!

Wo Hartz-IV-Bezieher ausgegrenzt und bedroht werden? Nun, zum Beispiel dort, wo darüber diskutiert wird, ob sie ihre Organe bei lebendigem Leib „spenden“ sollen, um ihren Lebensunterhalt finanzieren zu können. Wenn darüber spekuliert wird, ob ihnen das Wahlrecht entzogen oder sie wenigstens zu Wählern zweiter Klasse degradiert werden sollen. Wenn Arbeitsstellen im Rotlichtmilieu an Erwerbslose vermittelt werden sollen. Wenn sie jederzeit öffentlich als Sozialschmarotzer beschuldigt oder dem Vorenthalten der Gelder für ihre Kinder bezichtigt werden dürfen, weil sie angeblich die Transferleistungen versaufen und verrauchten. Oder, oder, oder!

Darum wehret den Anfängen, noch ist Zeit dazu! Heute haben wir keinen Reichspropagandaminister Goebbels mehr, der die Massen mit seiner Propaganda einschwört, doch meiner Meinung nach haben wir ja jetzt Bertelsmann und Konsorten, die seine Rolle noch wesentlich eleganter und viel subtiler, aber mindestens ebenso effektiv ausfüllen. Die neue Kampagne, die so neu also gar nicht ist, scheint Ausdruck eines sozialen Krieges zu sein, der gegen die zum innerstaatlichen Feind erklärten Erwerbslosen geführt wird!

7. Nach Ansicht von Bundesministerin Ilse Aigner (CSU) können auch Hartz-IV-Bezieher ihre Kinder gesund und vollwertig ernähren. Sie behauptet, dass der Hartz-IV-Regelsatz für Kinder hierfür vollkommen ausreiche. Damit widerspricht sie Ernährungswissenschaftlern, Medizinern und Gewerkschaftsvertretern, die davon ausgehen, dass das Arbeitslosengeld II für eine gute tägliche **Essensversorgung** zu niedrig bemessen ist. Die Bundesernährungsministerin räumt zwar ein, dass besonders ärmere Kinder oder solche mit Migrationshintergrund in Deutschland übergewichtig seien, doch liege dies nicht etwa daran, dass der Staat zu wenig Geld für gutes Essen gebe, sondern an lückenhaften Kochkenntnissen und zu geringem Wissen über Nahrungsmittel.

Frau Aigner muss es wissen, denn schließlich absolvierte sie nach der Mittleren Reife eine Lehre als Radio- und Fernsehtechnikerin, avancierte dann zur staatlich geprüften Elektrotechnikerin, die sich dann der Entwicklung von Systemelektrik für Hubschrauber verschrieb. Wer genau hinsieht, kann unschwer erkennen, dass Kinder mit ausgebreiteten Armen einem Hubschrauber mit wirbelnden Rotorblättern zum Verwechseln ähnlich sind! Deswegen muss ihrem Fachurteil selbstverständlich mehr Gewichtung verliehen werden als etwa dem profanen Geplapper von Medizinern und Ernährungswissenschaftlern. Möglicherweise war dies nun eine Antwort auf den Vorschlag der Linkspartei, einen Mindestlohn bei zehn Euro die Stunde anzusiedeln, und die „Blöd“-Zeitung muss es ja wie immer besser wissen, oder nicht?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Google“ überfährt Bambi: Und knipst es dabei *(„Bild“-Zeitung)*

Cindy aus Marzahn: Die Frau, vor der Philipp Mißfelder uns immer gewarnt hat *(„Youtube“)*

Noch mehr Meinungseinfalt: „Blöd“ jetzt mit Bremen-Teil im Internet *(„Bild“-Zeitung)*

Ausfallrisiko beträgt 60 Prozent der Bilanzsumme: Hypo Real Estate braucht weitere 133 Milliarden Euro Staatsknete *(„Stern“)*

Absturz nach der Wahl: Warum sollten Kunden 2010 für ein Auto, das ein Jahr lang 6.000 Euro kostete, plötzlich 11.000 bezahlen? *(„Stern“)*

Island, Lettland, Tschechien: Im Monatstakt stürzen europäische Regierungen über die Wirtschaftskrise *(„Spiegel-Online“)*

„Die Linke“ will Proteste vorantreiben: Der weitere Verlauf der Krise entscheidet sich auf der Straße *(„Junge Welt“)*

Die Bremer Montagsdemo mobilisiert für die „**Attac**“-**Demonstration** am **Samstag**, dem **28. März 2009**, in **Berlin** unter dem Motto „**Wir zahlen nicht für eure Krise**! Für eine solidarische Gesellschaft!“ – Kundgebungen beginnen um 12 Uhr am Roten Rathaus und um 15 Uhr am Gendarmenmarkt. „Attac“ und „Die Linke“ haben jeweils einen **Bus** organisiert, der morgens um **7 Uhr** am **ZOB** Breitenweg in Bremen startet und von Berlin um 17 Uhr zurückfährt. Die Kosten betragen 15 Euro je Teilnehmer(in), ermäßigt acht, Solidaritätspreis 20 Euro. Anmeldung bei busberlin(at)global-fatal.de beziehungsweise rudolf.kossolapow(at)dielinke-bremen.de

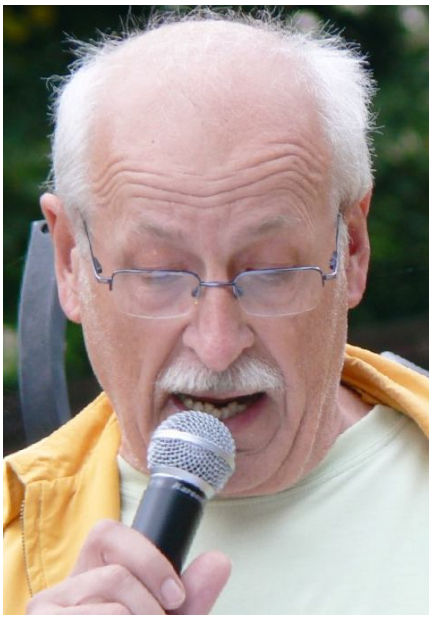
Das „Bremer Friedensforum“ ruft alle, die nicht mit nach Berlin fahren können, am **Samstag**, dem **28. März 2009**, von **12 bis 13 Uhr** zur Teilnahme an einer **Mahnwache** auf dem **Marktplatz** auf.

Zehntausende demonstrieren in London, Berlin und Frankfurt: Geringverdiener wollen Folgen der Finanzkrise nicht mit Steuergeld bezahlen *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

225. Bremer Montagsdemo am 30. 03. 2009

Der Staat sollte sich als ehrlicher Banker betätigen



Ich stamme aus Westpreußen. Wir waren eine Flüchtlingsfamilie und haben damals alles verloren, nur eines nicht: unsere strenge und gerechte Erziehung. Die war auch der Grundstein zu unterscheiden, was Recht und Unrecht ist. Nun aber kommen mir immer Zweifel, denn ich verstehe gar nicht mehr, was dies für eine verrückte Welt geworden ist! Wieso muss man immer noch Zeilen lesen wie im heutigen „Weser-Kurier“: „In 16 Bremer Ortsteilen verfestigt sich die Armut“? Wie lange sollen denn noch solche Untersuchungen durchgeführt werden, wie lange noch soll nur darüber geredet werden? Wir wissen doch seit Jahren von der wachsenden Armut. Die hat sich noch vergrößert, denn die Politik hat anscheinend nicht begriffen, woran es liegt!

Als ich erzogen wurde, habe ich gelernt: Wenn Not am Mann ist, muss schnell und ohne Umstände geholfen werden. Der Stärkere hilft dem Schwächeren. Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich. So steht es auch im Grundgesetz. Habe ich all das umsonst gelernt? Seit Langem stelle ich fest, dass man sich immer mehr mit Reden und Diskussionen aufhält, statt wirklich zu handeln. Das bedeutet für mich und viele andere: Wir haben in der heutigen Politik Menschen, die nicht dazu in der Lage sind, auch mal Verantwortung für ihr Tun zu übernehmen. Wenn ihr Politiker jetzt nicht handelt, wird der Bürger euch bei der nächsten Wahl hoffentlich zur Verantwortung ziehen und euch nicht wieder wählen! Verantwortung müsst ihr Politiker so oder so übernehmen, sonst brauchen wir euch nicht. Warum nicht gleich eine selbstgewählte Verantwortung übernehmen, statt sich von anderen zur Verantwortung ziehen zu lassen?

Aber wäre ich selbst ein verantwortungsvoller Bürger, wenn ich mit meinen Lösungsvorschlägen hinter dem Berg halten würde? Die Armut wächst immer weiter, die Unternehmen beantragen Milliardenhilfen, die Banken verhalten sich sehr zögerlich bei der Kreditvergabe, würgen die Wirtschaft durch zu hohe Zinsen

ab und denken immer noch, es müsste so weitergehen. Sie schaden weiterhin der Allgemeinheit mit ihrem unfairen Verhalten. Wie wäre es denn, wenn der Staat sich jetzt endlich mal wieder wirklich seiner Stärke bewusst würde und sich selbst als ehrlicher Banker beteiligt, statt die Steuergelder den Verursacher der Armut hinterherzuschmeißen?

Wenn jemand kommt und Geld von Staat haben möchte, soll er es haben, aber bitteschön nach den Marktgesetzen, das heißt: Der Staat nimmt dafür die üblichen Zinsen und ist somit ein fairer Mitbewerber bei der Kreditvergabe. Es wird dann nicht allzu lange dauern, bis sich die Banken diese Konkurrenz vom Leibe halten wollen. Sonst trifft eben das Marktgesetz zu, und der Schwächere wird pleitegehen. Mit den Einnahmen könnte der Staat die Schulden, die er hat, viel schneller tilgen. Die Übertreibungen bei den Managergehältern hätten sich auch erledigt. Darum Schluss mit dem Gerede, Handeln ist jetzt angesagt! Der Wähler wird es euch danken.

Udo Riedel (parteilos)

Abwrack-Tüdelei: Niemand weiß, auf wie viele Autos sich die Hunderttausenden von Online-Anträgen beziehen *(„Spiegel-Online“)*

Die ständige Plattform des außerparlamentarischen Widerstands

1. Wir stehen immer noch erst am Anfang der tiefsten **Weltwirtschaftskrise** seit über 200 Jahren mit unabsehbaren Folgen. Keiner weiß, wie es weitergeht. Die Prognose-Institute geben nur immer tiefere Werte des Einbruchs an. Schon war von über fünf Prozent für 2009 die Rede. Nach ersten Schätzungen sind über 40 Billionen Euro bereits vernichtet worden. Natürlich gibt es auch Krisengewinner: 185 Millionen Dollar werden an die Chefs des US-Versicherungskonzerns AIG gezahlt. Dazu gehören auch die Top-Pensionen, die Zumwinkel und Ricke sich vertraglich ausgehandelt haben und abkassieren wollen.

Nach neuesten Schätzungen der Schweizer Bankiervereinigung beträgt das bei Schweizer Banken angelegte ausländische Privatvermögen 2,15 Billionen Schweizer Franken. Davon dürfte ein großer Teil der Steuer hinterzogen worden

sein. Bisher wurde von einer Billion Franken ausgegangen. Die Schweizer Banken sorgen sich nun, dass wegen des aufzugebenden Bankgeheimnisses Gelder abgezogen werden könnten.

Der Staatsfonds vom Scheichtum Abu Dhabi will mit gutem Beispiel vorangehen und neun Prozent der Daimler-Aktien kaufen und dabei zwei Milliarden Euro anlegen. Um ebenso viel sollen die Personalkosten im laufenden Jahr gesenkt werden. So hoffen die Herren, aus der Krise rauszukommen, und träumen schon vom Elektroauto, obwohl der Produktionseinbruch bei PKW 50 und bei LKW 65 Prozent beträgt.

Die „Wirtschaftsretter“ von der US-Notenbank wollen eine Billion Dollar in den Finanzmarkt pumpen. Dafür sollen „faule“ Kredite und Staatsanleihen gekauft werden. Die Ausweitung der Geldmengen, hinter denen nichts steht, wird eine ungeheure Inflation anheizen. Das ist dann der Geist von George W. Bush.

Hiesige Unternehmen benutzen die Weltwirtschaftskrise als Anlass, die Zahl der Ausbildungsstellen drastisch zu senken. Der Monopolverband DIHK schätzt, dass „im Ergebnis die Zahl der neu angebotenen Ausbildungsplätze bei Industrie und Handel zwischen fünf und zehn Prozent sinken“. Das ist nichts anderes als eine Kriegserklärung des Kapitalismus an die Jugend. Was ihr früher mit dem Blutopfer der Kriege aufgedrückt wurde, sollen heute die Irrwege der Zukunftslosigkeit bewirken. Es gibt auch schon das Unwort von den „überflüssigen“ Menschen.

Was da auf die Herrschenden zukommen kann, sieht der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker, zugleich Vorsitzender der Euro-Währungsgruppe, genau: „Ich fürchte, dass es nach der Finanz- und Wirtschaftskrise in Kürze eine soziale Krise geben wird, weil das Vertrauen in das politische System deutlich zurückgeht. Daraus könnte ein explosives Gemisch mit dramatischen Folgen für Europa entstehen.“ Jetzt weiß jeder, wofür Schäuble die Bundeswehr im Inneren einsetzen will. Aber, Herr Innenminister, glauben Sie nicht, dass sich die Menschen im Lande das gefallen lassen werden!

In Bremen will Arcelor-Mittal 900 Leute entlassen oder „ausgliedern“, der Gesamthafenbetriebsverein sogar 1.400, muss aber wahrscheinlich trotzdem Insolvenz anmelden. Der Güterumschlag bricht um 40 Prozent ein, in jedem Hafen und auf jeder Reede der Welt liegen unbeschäftigte Schiffe. Da hoffen Hamburg und Schleswig-Holstein mit ihrer HSH-Nordbank eine neues Finanzmodell zu haben, bei dem die Steuerzahler 90 Prozent der „faulen“ Kredite übernehmen sollen.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben 2008 fast eine Milliarde Euro gekostet. 536 Millionen kostete allein der Einsatz in Afghanistan. Seit 1992 wurden mehr als elf Milliarden Euro für Auslandseinsätze ausgegeben. Auch in den USA halten nach einer neuen Gallup-Umfrage von 42 Prozent der Bürger die amerikanische Invasion in Afghanistan für einen „Fehler“. Noch im Februar waren nur 30 Prozent. In Afghanistan schätzen laut einer Studie von Hilfsorganisationen 63 Prozent der Menschen die Sicherheitslage in ihrer Umgebung deutlich schlechter ein als vor fünf Jahren.

2. Es wird Frühling, die Uhren wurden umgestellt, und die ersten „Staubfussel“ werden entfernt. Ja, diesen Montag wurde die **Rücktrittswelle** und Rausschmeißaktion gestartet: General Motors hat seinen obersten Boss gefeuert, auf Verlangen von Obama. Der „Bahnchef“ Mehdorn hat seinen Rücktritt angeboten, obwohl er sich keiner Schuld an der ganzen Bespitzelungsaktionen bewusst ist. Auch der schleswig-holsteinsche Wirtschaftsminister tritt zurück: Er fühlt sich von Carstensen und van Beust „hintergangen“ in Sachen HSH-Nordbank.

Nur einer zögert noch: CDU-Oberbürgermeister Schramma in Köln. Natürlich sieht auch er keine Verantwortung für den Stadtarchiveinsturz, nur hat er die Voraussetzungen für seine Pension noch nicht voll. Darum will er bis Oktober am Amt kleben und hat jetzt nur auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Welchem jetzt oder früher erwerbslos gewordenen Arbeiter wäre solch eine Denkweise zugebilligt worden? Ich selbst habe, als bei meiner Firma Schluss war, nicht einen Pfennig erhalten, und spüre dieses Minus auch heute in der Rente. Auf die sogenannte politische Elite werden die Hartz-Gesetze nicht angewendet! So werden beim Saubermachen noch weitere Affären aufgedeckt und noch weitere Figuren abgeräumt werden müssen.

3. „Wir zahlen nicht für eure Krise“ lautete das Motto dreier Demonstrationen in Europa im Vorfeld des G20-Gipfels in London im April. In der britischen Hauptstadt waren es 35.000, in Berlin und Frankfurt 55.000 Teilnehmer. Das ist zwar viel, aber noch vergleichsweise wenig, wenn man sechs bis acht Jahre zurückschaut, als 300.000 oder 500.000 auf die Straße gingen.

Natürlich fehlen in Deutschland die Gewerkschaften. Deren Obere mit SPD-Parteibuch missbrauchen ihre Funktionen, wenn sie die Gewerkschaften nicht überparteilich führen und die Kollegen nicht für den Kampf um die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, für die Rücknahme der Erhöhung des Renteneintrittsalters und den Erhalt und die Erweiterung der demokratischen Rechte stark machen. „Die Linke“ orientiert nur wieder auf Illusionen in die Reformierbarkeit des Systems: Sie möchte den „Raubtierkapitalismus“ zähmen. Dass das möglich ist, glauben aber die allerwenigsten.

Was die Menschen zu alledem sagen, lautet immer öfter: Der Kapitalismus muss weg! Das ist ein Grund mehr für die Fortdauer der Montagsdemos auch über Wahltage hinaus. Die Montagsdemos sind sozusagen eine oder die ständige Plattform des außerparlamentarischen Widerstandes geworden. Natürlich ist der ständige Kampf, das Gefasstseinmüssen auf alles, anstrengend. Nicht alle haben immerzu die Kraft dafür, aber zusammen haben wir diese Kraft. Immer mehr Menschen werden die Notwendigkeit und die Fähigkeit der Montagsdemos begreifen und mit uns kämpfen. Da hilft den Oberen kein Totschweigen oder Verächtlichmachen. Habt Mut und packt mit an!

Die nächste mächtige Bürgerkriegsübung wird schon begonnen: 60 Jahre Nato sollen in Straßburg gefeiert werden. Da wird die Grenze wieder scharf kontrolliert und den badischen Jägern vorübergehend das Jagen untersagt. Obama

und seine europäischen Freunde bereiten derweil die Ausweitung der Nato für die ganze Welt vor, um wie vor 60 Jahren jeden revolutionären Widerstand zu brechen und jedes Volk mit Terror zugunsten der Imperialisten und Reichen zu überziehen. Alle deutschen Truppen müssen raus aus Afghanistan und anderswo! Für die Auflösung der Nato und aller anderen imperialistischen Militärbündnisse!

Die „Kooperation für den Frieden“ ruft zur großen **Demo** gegen das **Nato-Geburtstagsspektakel** am **4. April 2009** in **Straßburg** auf, wo auch wegen der drohenden Demonstrationsverbote und der zu erwartenden Behinderungen und Schikanen das Demonstrationsrecht grundsätzlich auf dem Spiel steht. Im Bus am 3. April um 19 Uhr sind noch Plätze zu haben. Wer Interesse hat, möge sich bei no-natohb(at)web.de melden oder im „Infoladen“, Asta oder „Buchladen Ostertor“ ein Ticket kaufen. Sie kosten 25 Euro regulär, 20 Euro ermäßigt, 32 Solidaritätspreis.

Jobst Roselius

Es sollte keine Demo in Straßburg geben: Polizei provozierte eine Woche lang, um Protestierende einzuschüchtern *(„Junge Welt“)*

Irgendwie müssen wir doch noch kriminalisiert werden!

1. Immer wieder muss es beschämend und anklagend angeprangert werden, dass wir im eigentlich reichen Deutschland offenbar zu längst überwunden geglaubten Formen der sozialen Betreuung wie Suppenküchen, Obdachlosenhilfe oder Spendenaktionen zurückkehren „müssen“. Die sich immer weiter ausbreitende **Armut** kann nur noch als handfestes Indiz für eine gescheiterte Politik betrachtet werden! Das weckt bei manchen Erinnerungen an die Nachkriegszeit. Der Hauptgeschäftsführer des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“, Ulrich Schneider, bezeichnete auf der Fachtagung der „Volkssolidarität“ zu Fragen der Armen- und Obdachlosenhilfe den Sozialabbau unter dem Stichwort Hartz IV sowie die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich als politisches Scheitern: „Die Chancen, aus Armut wieder herauszukom-

men, haben abgenommen, Millionen Kinder wachsen ohne Perspektive auf – das sollte uns Angst machen."

Schneider verwies unter anderem darauf, dass gegenwärtig in der Bundesrepublik jedes vierte Kind in Armut aufwächst oder davon bedroht ist. Immer mehr Menschen sind von Armut und dauerhafter Perspektivlosigkeit betroffen! Dabei ist diese Situation durch das vermaledeite Hartz IV politisch ganz bewusst herbeigeführt worden, um die Profitgier der Unternehmer zu bedienen, die Löhne kräftig zu drücken und um die Bevölkerung zur Gefügigkeit aus Angst vor Arbeitsplatzverlust zu zwingen. Gleichzeitig erdreistet sich die Politik, die sozial Benachteiligten als selbst verantwortlich für ihre Situation abzustempeln, wobei sie von den gleichgeschalteten Massenmedien fatale Unterstützung erhalten. Für Kinder ist eine solche Situation am allerschlimmsten. Ein Kind soll sich doch auf den nächsten Tag freuen, seiner Zukunft erwartungsfreudig entgegen sehen können! Dem vollkommen entgegengesetzt müssen Millionen von Kinder in Deutschland in finanziell benachteiligten Familien aufwachsen.

So toll es für die Kinder ist, wenn sie an Freizeitangeboten und gemeinsamen Frühstücken teilnehmen können: Meiner Meinung nach ist jede konkrete Hilfe immer nur ein Tropfen auf den heißen Stein, weil der politische Ansatz, das System von Grund auf falsch sind, die Menschen einen anständigen Lohn und Sozialleistungen brauchen, die ein lebenswertes Dasein ermöglichen. „Es gibt kein richtiges Leben im falschen", formulierte Theodor W. Adorno einst so treffend! Ich unterstütze die „Volkssolidarität" bei ihrer Forderung nach einer Politik, die Armut gar nicht erst entstehen lässt. Nur mittels sozialer Gerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit lässt sich darüber entscheiden, wie Armut vermieden werden kann! Daher muss endlich Schluss sein mit der Verteilung des Volkseinkommens von unten nach oben!

2. Der „Weser-Kurier" schrieb letzte Woche über den Start der Aktion „Große für Kleine". Gerda Kovacs vom Verein „Solidarische Hilfe" hat es sich zum Ziel gemacht, den Kindern von Hartz-IV-Beziehern so oft wie möglich Ausflüge und Aktivitäten anzubieten, weil sie sich einfach nicht abfinden will, dass Kinder aus armen Familien in ihrer Freizeit viele Dinge einfach nicht machen können. Zur Premiere gibt es etwas Besonderes: Die erste Fahrt soll am 8. April 2009 ins „Universum" führen. Dafür werden Geldspenden gesammelt, Ausflüge organisiert und Ermäßigung für Eintrittspreise ausgehandelt.

Völlig zu Recht wird bemängelt, wie knapp die **Regelsätze** bemessen sind: Bis zum 14. Lebensjahr soll jedes Kind in einem Hartz-IV-Haushalt mit mageren 211 Euro im Monat auskommen können, wobei ihm täglich nur 2,67 Euro für Essen und Getränke zur Verfügung stehen, also 89 Cent pro Mahlzeit! Obwohl eine Schülermonatskarte im wirklichen Leben 32,80 Euro kostet, sind nur lächerliche 12,66 Euro für die Mobilität „berechnet" worden. Ich freue mich immer, wenn sich Menschen für Kinder einsetzen, doch sollen Kinder und andere Bedürftige nicht auf die Großherzigkeit und das Engagement Einzelner angewiesen sein, sondern

per Rechtsanspruch ein angemessenes Einkommen erhalten! In diesem reichen Land ist schließlich Geld genug für alle da!

3. In Berlin vervierfachte sich in den vergangenen Jahren die Zahl der Menschen, deren **Rente** nicht zum Leben reicht. Solche Zahlen sind dazu angetan, die Angst zu schüren. Dabei galt doch die Angst vor Armut im Alter als ein Thema, das sich in Deutschland erledigt hätte. Den 20 Millionen Rentnern von heute geht es schließlich vergleichsweise gut, besser als den Generationen zuvor. Doch ist das Risiko, in Armut zu geraten, heutzutage für eine Familie mit Kindern deutlich höher als für die Älteren. Dass die Furcht vor der Altersarmut nun auch die Mittelschicht bewegt, ist allerdings alles andere als abwegig geworden. Wie bereits bei Hartz IV packt es auch die promovierten Akademiker beim Gemüt, weil heute der tiefe Fall in den Abgrund der Armut absolut jeden treffen und niemand mehr davor gefeit sein kann!

Während die von Konrad Adenauer 1957 eingeführte umlagefinanzierte gesetzliche Rente zunächst für relativ viel Gleichheit innerhalb der älteren Generation sorgte, werden in Zukunft die Differenzen wieder größer. Die Schere geht stetig und radikaler auseinander, seit Vermögen und Erbschaften immer ungerechter verteilt werden. Die steigende Zahl von Geringverdienern, die knapp drei Millionen kleinen Selbstständigen und last not least die Langzeitarbeitslosen werden im Alter zu der Rentnergeneration gehören, die in die Röhre gucken darf, weil sie absolut keinen Cent dafür übrig haben, sich privat um ihre Altersversorgung zu kümmern. Leider sieht es gar nicht danach aus, dass sich die Politiker um sie kümmern wollten. Allen Ernstes wird bestenfalls das Märchen von der schützenden Riesterrente erzählt. Laut OECD sind in kaum einem Industrieland Geringverdiener so schlecht abgesichert wie in Deutschland. Wer lange gearbeitet hat, darf im Alter nicht am Tropf staatlicher Almosen hängen! Das Gleiche muss für die immer größer werdende Gruppe derer gelten, die immer länger von Erwerbsarbeit ausgeschlossen wird!

4. Gerhard Trabert, Professor für Sozialmedizin, berichtet, dass nach Krankenkassenstudien psychischer Erkrankungen oder Auffälligkeiten bei Erwachsenen stark zugenommen haben. Auch junge Menschen leiden immer häufiger unter **Depressionen** oder Angststörungen. 14 Prozent der Kinder sind manifest psychisch krank, 22 Prozent von ihnen zeigen psychische Auffälligkeiten. 31,3 Prozent leben in finanziell benachteiligten Verhältnissen und 16,4 Prozent in der oberen Sozialschicht. Also sind die armen Kinder in diesen asozialen Zeiten doppelt so häufig davon betroffen. Wenn heute immer viele Menschen unter Angst vor sozialem Abstieg leiden, gar in eine Abwärtsspirale zu geraten, dann nagt das ganz massiv an der Gesamtpersönlichkeit. Das Wohlbefinden leidet, und das Selbstwertgefühl nimmt fast zwangsweise Schaden, je mehr wir uns über Arbeit definieren! Es ist mehr als überfällig, die Wertigkeit eines Menschen nicht an seiner beruflichen Position festzumachen.

Der Hartz-IV-Regelsatz ist unzweifelhaft viel zu niedrig, weil er die Menschen von klein auf von jeglicher gesellschaftlicher Teilhabe komplett ausschließt. Es lässt sich nicht erklären, warum für Banken völlig problemlos Milliarden von Geldern sofort flüssig gemacht werden können, deren Vorhandensein für die Millionen Not leidender Menschen bisher immer energisch bestritten wurden! Auch der Umgang der Hartz-IV-Behörden mit den Betroffenen lässt häufig jegliche Wertschätzung vermissen. Angst, Verhöhnung, Entwertung und Beschuldigung sind doch ein optimaler Nährboden für das Entstehen von mindestens psychischen Auffälligkeiten und psychosomatischen Krankheiten. Im neuesten Armutsbericht der Bundesregierung fehlt eine Zahl zur Sterblichkeit. Die Kollegen vom Robert-Koch-Institut in Berlin haben nachgewiesen, dass Männer aus dem ärmsten Fünftel der Gesellschaft im Schnitt elf Jahre früher sterben als Männer aus dem wohlhabendsten Fünftel; bei Frauen beträgt der Unterschied acht Jahre. Armut führt also ganz klar zu einer erhöhten Sterblichkeit. Diese Zahl wurde nicht in den Bericht aufgenommen.

5. Nach einer angeblich wissenschaftlichen Studie kommen Bonner Forscher zusammen mit ihren Kollegen von der Universität Maastricht im „Economic Journal“ zu dem Ergebnis, „Rachsüchtige“ würden häufiger arbeitslos. Außerdem hätten sie weniger Freunde und wären mit ihrem Leben unzufriedener. Wer sich bei Beleidigungen oder Unfairness schnell in Rache flüchte und ein „negativ-reziproker“ Mensch sei, müsse im Schnitt auch häufiger **Misserfolge** hinnehmen. Wer sich hingegen umgekehrt in wechselseitig positiver Weise für einen Gefallen revanchiere und eine solche Charaktereinstellung habe, leiste im Schnitt am Arbeitsplatz auch mehr Überstunden, wenn ihm das versilbert wird. Ich brauche wohl nicht zu erwähnen, dass Letztere natürlich in der Regel eh mehr Geld verdienen würden. Na bitte, jetzt wissen wir also endlich, dass wir tatsächlich doch selbst an unserer Erwerbslosigkeit Schuld sind! Schon im Alten Testament steht geschrieben: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“.

6. Ein arbeitsunfähiger Familienvater bettelt vor einem Supermarkt und wird dabei von einem Sachbearbeiter des Sozialamtes mehrmals angetroffen. Dieser hat tatsächlich nichts Besseres zu tun als einen genauen Blick in die Blechdose auf die paar Münzen zu werfen, sich den kleinen Betrag genau zu merken und ihn „hochzurechnen“. Im Anschluss daran kündigte der Mitarbeiter des Fachbereichs Sozialdienst in einem Schreiben an, einen Betrag von 120 Euro als Einkommen durch mehrfaches **Betteln** von der Sozialhilfe abzuziehen. Der Mann widersprach und versicherte wohl glaubhaft, dass im Monat nur 40 bis 50 Euro in seiner Blechdose landen. Daraufhin zog die Stadt nur noch 45 Euro vom Regelsatz ab. Der Bescheid gilt als rechtskräftig. Manfred Grönig vom „Paritätischen Wohlfahrtsverband Göttingen“ reagierte erschüttert: „So weit unten waren wir noch nie“, sagt er „NDR 1 Niedersachsen“. Das Schreiben des Sozialamts sei demütigend und unterstelle, dass der Mann durch Betteln ein regelmäßiges Einkommen habe. Erbet-

teltes Geld als Einkommen zu werten, ist unterhalb der Menschenwürde. Warum wohl erbetteln Menschen sich Almosen? Weil sie nicht genügend Geld zum Leben haben! Dies natürlich auch „trotz“ des unanständig zu niedrigen Regelsatzes von Hartz IV.

7. Leiharbeit dient schon lange nicht mehr dazu, personelle Engpässe zu überwinden. In vielen Betrieben wird sie systematisch eingesetzt, um die Rendite zu stabilisieren und natürlich die Stammbelegschaft damit unter Druck zu setzen! **Leiharbeit** wird strategisch total ausgenutzt, um das unternehmerische Risiko maximal zu minimieren. Leiharbeiter werden nicht nur für Hilfstätigkeiten eingesetzt, sondern verrichten die gleiche Arbeit wie Angehörige der Stammbelegschaft. Ausgeliehene und fest angestellte Beschäftigte stehen so in einem direkten Konkurrenzverhältnis. Die Marktrisiken sollen ausschließlich auf den Rücken der Arbeitnehmer abgewälzt werden! So stellt Leiharbeit ein Sicherheitsnetz gegen das Kapazitätsrisiko dar.

Außerdem hebelt der Leiharbeitereinsatz de facto den gesetzlichen Kündigungsschutz aus, womit Entlassungskosten wie Sozialpläne und Abfindungen vermieden werden können. Die Stammbelegschaft bekommt durch die Leiharbeiter als Menschen zweiter Klase täglich vor Augen geführt, dass es sie genauso treffen kann, sollten sie nicht jede dargereichte Kröte fressen und sich kaputtmalochen. Wahrscheinlich wird da nur noch gnadenlos durchökonomisiert, und alte Werte wie Erfahrung, Geduld, Wissen, Bedächtigkeit kommen nicht mit der kurzsichtigen und -lebigen Schnelligkeit bei der Ausbeutung durch Profitmaximierung mit. Jeder ist jederzeit austauschbar, zählt nicht mit seinen individuellen Qualitäten. Leiharbeitnehmer, die stets mit einem Bein in der Erwerbslosigkeit stehen, fungieren quasi als Ventil, durch das der Konkurrenzdruck des Arbeitsmarktes in die Unternehmen geleitet wird.

8. Die bisher genannten Punkte beschreiben nur einen Bruchteil der Auswirkungen, die der Neoliberalismus, die Subventionierung der Reichen und die Umverteilung von unten nach oben bei der Bevölkerung hinterlassen haben. Darum stand ich auch letzten Samstag um 5:30 Uhr auf, um mit dem Bus von „Attac“ nach Berlin zu fahren. Das Motto der Demo dort lautete: „**Wir zahlen nicht für eure Krise!**“ Schön: Im Bus saß ich neben einer Frau, die ich vor über 22 Jahren bei einem Vorbereitungskurs für die Geburt unserer ersten Kinder kennenlernte. In Berlin angekommen, durften die Busse nicht stehenbleiben, sondern mussten sich die Fahrer in der überfüllten Stadt einen Parkplatz suchen.

Gegen 11:30 Uhr kamen wir vor dem Roten Rathaus an, und der Platz füllte sich zusehends mehr mit einer bunten Menschenmenge, die ihre Kinder und Hunde mitbrachte. Die jungen Männer mit längeren Haaren aus unserer Gruppe mussten Taschenkontrolle und Körperabtastung von Polizisten über sich ergehen lassen. Am Neptunbrunnen trafen sich kleinere Initiativen und Forumnutzer(innen) des „Erwerbslosenforums“. Einigen Nutzern, die bisher nur virtuell

kannte, stand ich nun persönlich gegenüber. Über Lautsprecher wurden wir darüber informiert, dass wir keine Schuhe mit Stahlkappen anhaben oder Thermoskannen mit heißem Kaffee mitführen dürften, weil die als Waffe eingesetzt werden könnten. Wie erleichtert fühlte ich mich da, weil ich meinen heißen Tee mit gutem Gewissen und unbeschadet weiter mit mir herumtragen und trinken konnte!

Zwei hielten ein Transparent aus Sackleinen mit den Forderungen nach Regelsatzhöhe, Wochenarbeitszeit und Mindestlohn in der bekannten Formulierung: „500 – 30 – 10 netto – Hartz IV muss weg!“ Wir lauschten den Redebeiträgen, die allesamt forderten, dass die Verursacher der Krise gefälligst selbst dafür aufkommen müssten. Es wurden Forderungen nach einer Wiedereinführung der Vermögensteuer und nach einer Millionärssteuer erhoben, damit es endlich wieder Geld für Bildung, Umwelt und Gesundheit gibt. Ein weiterer Abbau des ehemaligen Sozialstaates muss verhindert, Hartz IV abgeschafft und eine wirkliche Grundsicherung und ein Mindesteinkommen, das diesen Namen auch verdient, eingeführt werden!

Von Anfang an kreiste ein Hubschrauber über uns. Weil die Busse nur sehr langsam eintrudelten, begann die Demo etwas später. Befremdlich und typisch deutsch fand ich die Aufforderung, uns bitte in Blöcken zu formieren. Mit seinen etwa 30.000 Teilnehmer(inne)n war der Demozug doch sehr lang und schob sich anfangs schleppend durch die Straßen. Wir freuten uns an der bunten Vielfalt, den originellen Transparenten, großen Stabpuppen, die Vertreter der vielen Völker der Erde darstellten und sich für einen fairen Welthandel einsetzten. Zwischendurch sahen wir immer mal wieder Polizisten am Rande stehen. An einer Bahnhaltestelle standen sechs Polizisten mit Helm auf dem Kopf und angeleinten Schäferhunden, die bellten und knurrten. Sie trugen Maulkörbe aus Metall. Die Polizisten zogen teilweise ihre Kinn- oder Mundhalterung des Helms über den Lippen, wodurch sich Hund und Herrchen irgendwie ähnlich sahen.

Eine ältere Frau mit schlohweißem Haar aus unserer Gruppe fragte scheinbar naiv, warum die Polizisten denn gerade hier stehen würden. Ihr wurde geantwortet, dass sie die dort lose herumliegenden Steine bewachen würden. Als ob wir damit irgendjemanden bewerfen würden. Oder wurde möglicherweise mal wieder von sich selbst auf andere geschlossen? Ob wohl die vielen auf dem Boden liegenden Zweige von Demonstranten von den Bäumen heruntergeblasen wurden, um sie gegen Andersdenkende schleudern zu können? Im Gegensatz zu diesen Unterstellungen uns gegenüber verlief die Demo gewaltfrei und fantasievoll. Es keimte Hoffnung in mir auf, dass sich endlich auch in Deutschland etwas verändern möge und es mehr Menschen auf die Straßen treibt, die sich nicht mehr alles gefallen lassen. Insgesamt fand ich die Stimmung toll und verbindend, anregend. Fantasie war gefragt und zeigte, was den meisten Politikern eindeutig fehlt, bei ihrer Fixierung aufs Geld! Mir gefielen auch die Sprüche, die großen Stabpuppen und Transparente.

Als Katja Kipping während der Abschlusskundgebung sprach, forderte sie die Polizisten dazu auf, die Provokationen zu unterlassen und zurückzuweichen.

Offenbar waren einige Leute rausgegriffen worden, wie mir gesagt wurde. Ich selbst konnte nichts erkennen. Später hörten wir, dass zwischen 15.000 und 30.00 Menschen in Berlin auf die Straße gegangen seien. Die Polizei halbiert die Zahlen ja gerne. In allen gleichgeschalteten Nachrichten wurde kaum auf die Ziele der Demo eingegangen, sondern der Fokus immer nur auf die angeblich Hunderte von gewaltbereiten Demonstranten gelegt, die sich mit der Polizei eine Schlacht geliefert haben sollen. Irgendwie müssen wir doch noch kriminalisiert werden, um eine Rechtfertigung dafür zu haben, sich nicht mit unseren Forderungen auseinanderzusetzen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Endlich weg: Rumpelstilzchen zerfetzt sich selbst *(„Spiegel-Online“)*

GM/Opel: Auch bald weg *(„Spiegel-Online“)*

Plus 34.000: Erstmals seit 1928 erhöht sich die Arbeitslosigkeit in einem März *(„Stern“)*

Fünf Millionen Arbeitslose bis 2010: OECD erwartet deutsche Jobkatastrophe *(„Financial Times“)*

Unter Vorwänden bespitzeln Staat und Monopole die Arbeiter

In Göttingen wurde ein Sozialhilfeempfänger beim Betteln erwischt, sein Erlös von 7,40 Euro auf den Monat hochgerechnet – und die Sozialhilfe um 120 Euro gekürzt! So wird mit den Armen verfahren: Man gönnt ihnen nicht das Schwarze unter den Fingernägeln.

Ganz anders bei den Spekulanten-Managern: Die Vorstände der Dresdner Bank erhalten 58 Millionen Bonuszahlung, nur einer von ihnen „verzichtete“. Das sind dieselben Herrschaften, die der Dresdner Bank einen Verlust von 2,5 Milliarden Euro eingefahren haben. Ihre neue „Mutter“ Commerzbank erhielt vom Steuerzahler bereits 18 Milliarden Euro Bares. Und da sollen wir an die neuen Tugenden glauben, die von Horst Köhler so schön in seiner Berliner Rede besungen wurden: „Nicht nur an das Materielle denken“, „wir alle waren zu gierig“?

Endlich ist nun Bahnchef Mehdorn zurückgetreten. Es konnte nicht länger vertuscht werden, dass nicht nur jahrelang die E-Mails aller Beschäftigten bespitzelt, sondern auch zwei Streikinfos der GDL abgefangen und gelöscht wurden. Offiziell ging es hierbei um „Korruptionsbekämpfung“, in Wirklichkeit jedoch gegen Arbeiterkämpfe! Es wird immer mehr überwachungt, ob bei Lidl, Penny, Plus oder bei Telekom und Siemens: Minikameras und Abhörgeräte sind überall. Innenminister Schäuble will sowieso eine flächendeckende Überwachung des ganzen Landes. Mit der Bahn hat er bereits die extreme Ausdehnung der Videoüberwachung auf Bahnhöfen vereinbart.

Bei Schäuble ist der Vorwand die Terroristenbekämpfung, bei Mehdorn war es ein angeblicher Korruptionsverdacht, doch immer geht es darum, die Arbeiter und Angestellten zu bespitzeln, zu entrechten, zu bedrohen. So gerät die Lebenslüge vom „freiheitlich-demokratischen Rechtstaat“ gerät immer mehr zur Farce. Er ist in Wirklichkeit eine Diktatur der Monopole. Die Bespitzelungen sind Ausdruck der Angst der Herrschenden vor dem Kampf der Arbeiter- und Volksmassen. Und das macht mich wieder froh.

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

Am **Freitag**, dem **17. April 2009**, trifft sich um **19 Uhr** die „**Wählerinitiative Wolfgang Lange**“ im „Jugendfreizeitheim Buntentor“, Geschwornenweg 11a.

Trotz Hausbesuch: „Niemand konnte aus eigener Anschauung wissen, ob wirklich ununterbrochen, fehlerlos gehungert worden war“ *(Franz Kafka)*

Parteienverbitterung wächst: Unterschicht fühlt sich von den Behörden gegängelt, überwacht und schikaniert *(„Spiegel-Online“)*

Blogger siegt: Die Öffentlichkeit hat ein Recht, über die geheimen Inhalte von Cross-Border-Verträgen informiert zu werden *(„OTS“)*

Zu **Ostern** – am **13. April 2009** – findet **keine Montagsdemo** statt.

Der Jobber

Vor der Bremer Bagis
Vor dem großen Tor
Steht ein Arbeitsloser
Steht lange schon davor

Und viele Menschen bleiben stehn
Und fragen sich, was wird geschehn
Wann geht er durch das Tor
Was hat man mit ihm vor

Ist er dann da drinnen
Im Beratungsraum
Wird nur Zeit verrinnen
Denn Chancen gibt es kaum

Und mit dem Stigma von Hartz IV
Bekommt er kaum noch Arbeit hier
Es sei denn, ex und hopp
Im 08/15-Job

Henk „Skurrilio“ Dijkstra – Melodie: „Lili Marleen“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

226. Bremer Montagsdemo am 06. 04. 2009

Für Bremen gibt es keinen Ausweg aus der Mittellosigkeit

1. Der US-Präsident war in Europa. Er war zur Geburtstagsfeier der Nato gekommen. Er ist abgereist. Hat er wahrgenommen, wer der Oberbefehlshaber der Nato ist? Hat der Hoffnungsträger mit dem Zukunftsvernichter General Bantz Craddock gemeinsam an einem Tisch gesessen?

Die Position des Oberbefehlshabers der Nato wird vertragsgemäß von den USA besetzt – ohne Mitspracherecht der anderen. Was sagt der Däne dazu? Was sagst du? Würdest du diesem Oberbefehlshaber deinen Sohn, deine Tochter anvertrauen? Wie bekommt ein Soldat, der die Demokratie verteidigen soll, solche Bilder wieder aus dem Kopf? Darum müssen diese Eltern ihre Kinder unter Strafandrohung verstecken! Und wie geht diese Militärführung ansonsten mit den untergebenen Menschen um? Ein weiterer Grund, zum Ostermarsch zu gehen. Gehn Sie mit...

2. Die Bundesagentur für Arbeit hat über 600.000 Anzeigen von beziehungsweise Anträge auf Kurzarbeit vorliegen. Über die Anzahl der Kurzarbeiter werden erst Ende Mai entsprechende Zahlen vorliegen. Dies war nur eine kurze Meldung im Radio. Bei der nächsten Nachrichtensendung fehlte sie. Bei der Bundesagentur für Arbeit stehen die Zahlen wie immer als vorläufig, unter Vorbehalt. Die Erklärung ist sinnvoll, nur fehlt mir der Glaube an die Richtigkeit.

Diese Meldungen oder Anträge erfolgen nicht personenbezogen, sondern je Betrieb oder Betriebsteil. Für ein Werk wie Mercedes Bremen reicht eine Anzeige oder ein Antrag auf Kurzarbeit. Warum wird diese Veröffentlichung verschleppt? Anträge auf Kurzarbeit sind wesentlich besser als Anträge auf Massenentlassung! Mit Kurzarbeit lässt sich der Grund zur Insolvenzanmeldung beseitigen, und Kurzarbeit beseitigt auch den Kündigungsgrund!

Wer Kurzarbeit und die Hürden dazu kennt, sollte sein Wissen überprüfen. Jetzt können auch Leiharbeitnehmer und Leiharbeitsunternehmen kurzarbeiten.

Verträge für befristet Beschäftigte dürfen verlängert werden. Die Betroffenen dürfen auch übernommen werden und kurzarbeiten. Zehn Prozent Arbeitsausfall sind bereits ein Grund für Kurzarbeit, auch wenn weniger als ein Drittel der Arbeitnehmer des Betriebes oder Betriebsteiles betroffen sind.

Fazit: Durch Weiterbildung lassen sich die Kosten des Arbeitgebers für Kurzarbeit gegen null Euro drücken! Kurzarbeit ist für 18 Monate möglich. Die Verlängerung auf 24 Monate ist angekündigt. Damit ist der Kündigungsgrund Arbeitsmangel „erschlagen“, und wer deswegen eine Kündigung erhält, kann sich dagegen wehren, auch als Leiharbeitnehmer oder befristet Beschäftigter! Der Betriebsrat kann die Kurzarbeit beantragen, er muss einem Kündigungswunsch des Arbeitgebers nicht zustimmen. Wer trotzdem eine Kündigung mit Zustimmung des Betriebsrates erhält, kann sich dagegen wehren. Wichtig ist es, bei einem abgeschlossenen Sozialplan auch diesen anzufechten. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Damit ist klar: Eine Kündigung ist anfechtbar. Kurzarbeit ist für die Arbeitnehmer mit weniger Geld verbunden. Kurzarbeitergeld entspricht dem Arbeitslosengeld I. Jegliche Aufstockung bekräftigt die eventuelle Kündigung des Arbeitgebers. Aber wir zahlen eure Krise nicht! Um dieser Forderung Rechenschaft zu tragen, muss das Kurzarbeitergeld in Höhe des ausgefallenen Arbeitslohns gezahlt werden. Die heutigen Ausschlüsse wie Jahresleistung oder Urlaubsgeld sind zu beseitigen. Dies gilt auch für die Erstattungsleistungen an den Arbeitgeber. Die Gewinne der Unternehmen sind entsprechend steuerlich abzuschöpfen!

3. Bremen ist eine Stadt mit zu wenig Geld. Auch die befristeten Sonderzahlungen bringen nur vordergründig eine Entlastung. Die damit verbundenen Rahmenbedingung sind für die Menschen in Bremen sehr belastend! Die Grundlagen des Länderfinanzausgleich wurden nicht berichtigt. Daher gibt es für Bremen keinen Ausweg aus der Mittellosigkeit. Es ist egal, wie viel Steuergelder Bremen einnimmt – das Geld wird überwiegend vom Bund abgeschöpft! Der „Stabilitätsrat“ wird sicher das Unwort des Jahres 2020, jedenfalls in allen dann überschuldeten Bundesländern.

Unter diesem Gesichtspunkt sind verschwendete **Steuergelder** besonders schmerzlich. Die „Gläserne Werft“ zur Nachnutzung des Vulkan-Geländes war ein Projekt der jetzigen Landesregierung. Die Insolvenz war abwendbar, aber dann wären die Schiffe nicht zu haben gewesen. Diese historischen Nachbauten standen bei der „Gläsernen Werft“ mit einem Euro zu Buche. Allein die Neubewertung dieser Schiffe hätte den Insolvenzgrund beseitigt. Aber wer wollte dies schon?

Der „Neuanfang“ ist die Fortsetzung des Selbstbetrugs. Auch diese Erwartungen waren nicht zu erfüllen. Im Stadt-Prüfbericht 2009 des Bremer Rechnungshofs stehen ab der laufenden Nummer 202 der aktuelle Ablauf und die Vorgeschichte, leider in bereinigter Form, ohne die Umtriebe zur Insolvenz und die damit legitimierte Schiffsübereignung.

Besonders der Aussichtsturm mit Blick über die Weser ist gelungen: Der Turm ist fertig, nur der Blick über die Weser ist nicht möglich. Versperrt wird die Aussicht

zur Weser durch das ebenfalls vom Senator geförderte Lokal. Jeder Firmenchef würde seine Angestellten für solche Fehlplanungen in Regress nehmen! Wie geht die jetzige Landesregierung damit um? Wird der Senator für Häfen, Herr Nagel, seinen Hut an denselben hängen? Wird Frau Linnert dies von ihrem Parteifreund fordern?

Auch der nächste Punkt ist sehr lesenswert. Es geht unter anderem um die viel gelobte Messe GmbH. Aber auch hier wäre ein Hinweis auf die jährlichen 200.000 Euro Steuergeld allein für die Messe GmbH als Ergänzung angebracht. Die HVG hat erst durch entsprechende Weichenstellung rund ums Musical-Theater Handlungsspielraum erhalten. Nichts dazu steht ab laufender Nummer 256. Aber diese Feststellungen sind mit bei Würdigung der anderen Umstände umso prekärer! Wer mehr von der angemessenen Haushaltsführung steht im Land-Prüfbericht 2009 des Bremer Rechnungshofs.

4. Die **SWB** ist im Gespräch. Von einer „norddeutschen Erfolgsgeschichte“ war die Rede! Dies ist richtig: Wir zahlen alle dafür. Die SWB kommt die Menschen teuer zu stehen! Wenn Bremen die Mehrheit an der SWB erworben hat, dann erfolgen die Energie- und Wasserabsperrungen im Namen der Freien Hansestadt und von Finanzsenatorin Linnert. Oder nimmt die SWB Vernunft an und ändert die Unternehmenspolitik? Jetzt muss die Bagis für die Raffgier der SWB in Vorleistung treten, obwohl es auch anders geht.

Im „Weser-Kurier“ stand am 27. September 2007, die SWB habe weniger Strom, Gas und Wasser abgestellt. Sie suche vor der Abstellung das Gespräch mit dem Kunden und biete Teilzahlungen an. Das erklärte SWB-Sprecherin Odenbach. Diese Einstellung war nicht nur mir neu: Wie wäre es sonst zu 4.200 Strom-, 882 Gas- und 1.100 Wasser-Versorgungssperren gekommen? Die SWB betreibt auch den Ausbau der Zähler. Haben die Gerichte die üppigen Pauschalen für das Ab- und Anstellen beanstandet, oder sind die Wettbewerber schuld? Egal, wir nehmen die SWB beim Wort! Bei der Vergangenheitsbewältigung sind allerdings auch die anderen Faktoren zu klären.

Frau Odenbach kannte dieses umsichtige Vorgehen von anderen Energieunternehmen und noch nicht die Handhabung der SWB Bremen. Sie konnte sich nicht durchsetzen und ist inzwischen für ein anderes Unternehmen tätig. Mit der Aktien-Mehrheit erhält Bremen auch die Personalverantwortung für die SWB zurück. Doktor Willem Schoeber hat das Verhalten seines Unternehmens ausdrücklich für richtig befunden. Er ist angeschrieben worden, wegen einer Unterbrechung der Wasserversorgung. Er hatte am Vorgehen seiner SWB nichts auszusetzen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Hartz-IV-Klagen erfolgreich: Sozialgerichte erlassen einstweilige Anordnungen zur Übernahme von Stromschulden *(„Kanzlei Beier“)*

Nicht nur meckern

Pete: Ich war letzte Woche bei der Montagsdemo und bin ein wenig enttäuscht – aber auch ermutigt zu helfen, mehr daraus zu machen, da ich den Eindruck erhielt, dass gutes Potential darin steckt. Soweit ich das erkannt habe, wird es aber nicht richtig praktiziert. Wie wäre es beispielsweise, wenn man dort auch noch Essen ausgeben würde – als Symbol, dass wir helfen, nicht nur mit klugen Sprüchen? „Wir sind aktiv und gehen euch, die ihr auch nichts habt, zur Hand und helfen mit dem Notwendigsten!“ Eine Dame fing ja schon damit an und verteilte ein paar Brötchen, wovon ich sehr begeistert und angetan war.

Dabei könnten organisatorische Infos verteilt und Adressen zur Kontaktaufnahme notiert werden, etwa für spätere Stimmabgaben bei Volksentscheiden, damit man als Bürger und Wähler zu anstehenden Entscheidungen auch mal gefragt wird. Machbar wäre einiges, es muss nur überlegt, vorgeschlagen, diskutiert, abgestimmt und in die Tat umgesetzt werden. Leider war ich auch so erledigt, dass ich froh war, wieder nach Hause zu können, da mir schon die Knie vom vielen Stehen weh taten. Aber das nächste Mal bleibe ich dabei!

Gerolf: Erfahrungsgemäß wird erst dann etwas aus einem Vorschlag, wenn wir bei der Nachbesprechung im Seemannsheim darüber diskutieren. Deine Idee, die „Essensverteilung“ etwas spektakulärer zu gestalten und auch zur Kontaktaufnahme zu nutzen, ist sicher gut. Auf jeden Fall sind uns solche Rückmeldungen willkommen, denn wir rätseln ja seit Jahren, warum wir so wenige sind, obwohl Millionen unter Hartz IV leiden.

„Symbolische“ Aktionen haben wir gelegentlich schon unternommen, etwa die „Briefübergabe“ durch „Gräfin Emma“ an „König Jens“ und „Hofschranze Karoline“ oder die „Oblatenverteilung“ durch „Vater Staat“ an „Friedensengel Ackermann“. Unser Protest soll aber nicht nur symbolisch sein, sondern ernst gemeint, dauerhaft und lautstark – mit dem Anspruch, durch kontinuierliche Arbeit etwas zu bewirken, denn „steter Tropfen höhlt den Stein“. Hauptaufgabe der Montagsdemo-Aktivist(inn)en ist also die Bereitstellung einer Infrastruktur für die freie Meinungsäußerung der Bevölkerung, unter anderem durch Anmelden der Demonstration, Bereitstellen des Lautsprechers und Betreiben einer Homepage. Für die konkreten Inhalte sollen die Teilnehmer selbst sorgen.

Die Bremer Montagsdemo ist sehr „textlastig“. Wir wollen eine Stunde lang im öffentlichen Raum präsent sein und – während man an einer Mahnwache achtlos vorbeigehen kann – jedem, der nur kurz über den Marktplatz huscht, über Lautsprecher klarmachen, dass es hier Menschen gibt, die mit der Sozialpolitik in diesem Land nicht einverstanden sind. Unser Ziel heißt nach wie vor: „Weg mit Hartz IV“. Damit sieht es momentan vielleicht gar nicht *so* schlecht aus: Die Jobcenter werden nächstes Jahr abgewickelt, und die Willkürlichkeit der Hartz-IV-Regelsatzfestlegung wird vom Verfassungsgericht begutachtet. Auch im „Antikrisenprogramm“ der „Linken“ heißt es jetzt: „Der weitere Verlauf der Krise entscheidet sich auf der Straße“. Die Wahlen ändern da nichts – neoliberal sind die etablierten Parteien alle.

Pete: Nur wenige haben Interesse an Politik. Ihnen ist nicht klar, dass es mit an der Politik hängt, wie viel ich in meiner Tasche habe. Dies wird schon in der Schule anders unterrichtet und ist nur ein kompliziertes theoretisches Etwas, mit dem ich real nichts anfangen kann, an dem ich auch nicht im Geringsten Interesse habe. Man muss das anders angehen und Wege finden, wie man an Leute herankommt, und dann nicht mit „Politik“ anfangen, sondern mit konkreten Sachen, die jeden betreffen und über die sich jeder ärgern dürfte, etwa die hohen Steuern, die trotz Anrecht leeren Kassen für soziale Hilfen, oder dass wir sparen und den Gürtel enger schnallen sollen, obwohl die Reichen immer noch Millionen und Milliarden haben.

Selbst bei Hartz IV geht es eigentlich nicht darum, ob ich nun 351 oder vielleicht bald 354 Euro erhalte. Die drei Euro machen den Hasen nun auch nicht mehr fett, und 50 bis 100 oder 200 mehr erhielte ich sicherlich nicht. Warum sollen diejenigen, die hohe Steuern für ihre Arbeit zahlen, auch die Arbeitslosen mitfinanzieren? Die verärgert man gar noch damit! Hartz IV würde ich zunächst nur dahingehend ändern wollen, dass die „Eingliederungsverträge“ im Zusammenhang mit der grundgesetzlich verankerten freien Berufswahl praktiziert würden, sodass bei jedem Arbeitslosen zunächst geschaut wird, warum er nicht in Lohn steht, und ihn nicht zwingend, sondern unterstützend dazu bringt, für sein Auskommen zu sorgen, sollte er einfach nicht mehr arbeiten können, und sei dies psychisch bedingt. Den meisten könnte sicherlich geholfen werden.

Außerdem sollten der Freibetrag fürs Jahreseinkommen auf 15 bis 25 Tausend Euro erhöht und die Sozialabgaben auf Steuern umgeschichtet werden, sodass ein Arbeitnehmer nicht von seinem sauer verdienten Geld noch über die Hälfte dem Staat abgeben muss. Man kann nicht nur an einem Thema rumdoktorn, weil dann wieder andere benachteiligt werden, sondern muss das gesamte System im Auge haben und den Bürger wählen lassen. Wie seit eh und je werden wir in Wahlzeiten leider nur gefragt, wer uns als nächstes diktieren soll. Demonstrationen bringen nichts, außer dass gewisse Leute, die aber eh nichts zu sagen haben, etwas zum Denken angeregt werden und sich ärgern. Doch ändern würde es erst dann etwas, wenn diese alle auch mitbestimmen könnten.

Viele sind mit Hartz IV finanziell so schwach ausgestattet, dass sie gar nicht die Möglichkeit haben, sich umfassend zu informieren – aufgrund der Finanzierung teils aber auch gar kein besonderes Interesse daran besitzen, denn sie werden ja bei Laune *ge*halten, indem sie ihr Auskommen *er*halten. Wer stark verdrossen ist, es gar nicht anders kennt und auch nicht anders gebildet wurde, wird sich keine Gedanken darüber machen, dass es auch anders möglich wäre, schön sein könnte, und dass wir nun nicht mehr in der Nachkriegszeit leben, wo man hätte froh sein können, so viel zu bekommen wie heute als Arbeitsloser.

Ich denke schon, dass diese Demos etwas bei den Bürgern bewegen, was zwar bei Weitem nicht reicht, aber auch nicht sinnlos ist. Deshalb sollten noch weitere Instrumente hinzukommen. Dass es momentan nicht schlecht gegen Hartz IV aussieht, heißt noch lange nicht, dass dieses Gesetz gekippt, sondern vielleicht nur etwas abgeändert wird. Aber wenn Hartz IV weg soll, was dann? Die soziale Absicherung wird wohl kaum abgeschafft. Man kann nicht nur sagen: „das nicht“, sondern muss auch erklären, was stattdessen kommen soll.

Ist es da nicht sinnvoll, einzelne Bürger zu fragen, was sie von diesem und jenem halten, und ihnen die Möglichkeit zu offerieren, selbst Vorschläge zu unterbreiten? Dass Wahlen derzeit nichts bringen, ist schon klar – jedenfalls nicht bei den etablierten Parteien. Wenn man jedoch eine neue gründete, welche all die Dinge täte, die sinnvoll wären, würden Wahlen sogar sehr viel bringen. Ohne Wahlen geht gar nichts, da die etablierten Parteien doch ständig machen, was die Industrielobby will. Daran werden Demos auch nichts ändern.

Gerolf: Deine letzte Mail klingt nach der Klage eines Arbeitnehmers, der sich zu Recht darüber beschwert, dass er außer den Steuerlasten auch noch die Kosten der Arbeitslosigkeit tragen muss. In der Tat werden die Kosten des Sozialstaats weitgehend der werktätigen Mittelschicht aufgebürdet. Dagegen bleibt die Oberschicht weiterhin, obwohl „Eigentum verpflichtet“, von der Zahlung einer Vermögensteuer wie in den USA verschont, und die Unternehmen erhalten Subventionen, statt dass sie Steuern auf ihre Umsätze zahlen, aus denen der Sozialstaat finanziert wird. Ich kann es daher nachvollziehen und unterstützen, wenn du einen Steuerfreibetrag von jährlich 25.000 Euro auf Erwerbseinkünfte forderst. Etwas in dieser Art gehört auch in den Forderungskatalog der sozialen Bewegung.

Du scheinst mir aber ein Opfer der alltäglichen medialen Hetze gegen Erwerbslose geworden zu sein, wenn du schreibst, die Arbeitslosen würden doch mit Hartz IV „versorgt“ und „bei Laune gehalten“, weil sie ihr „Auskommen“ hätten. Um mit 351 Euro Regelsatz auszukommen, musst du schon ein Hungerkünstler sein. Spätestens bei der behördlichen „Eingliederungs“-Gängelei, die das Ziel hat, auch diesen Betrag noch zu streichen, ist es mit der guten Laune vorbei, und psychische Krankheiten stellen sich ein. Die Hartz-IV-Betroffenen müssen deshalb tatsächlich um eine sehr deutliche Regelsatzerhöhung kämpfen. Die Montagsdemo hat auch die Aufgabe, die Spaltung zwischen Arbeitnehmern und Erwerbslosen zu überwinden, indem sie klarmacht, dass diese der Lohndrückerei zugunsten der Unternehmen dient.

Pete: Ich muss dich etwas enttäuschen, ich bin selbst Hartz-IV-Empfänger, doch habe ich auch schon hart gearbeitet, weshalb ich Arbeitnehmer, die sich darüber beschweren, verdammt gut verstehen kann. Mit dem Regelsatz von 351 Euro kann ich in der Tat behaupten, ich sei ein Hungerkünstler, doch komme ich, wenn es sein muss, auch mit knapp 50 Euro im Monat aus. Von daher sind mir die 351 ein recht angenehmer Betrag. Derzeit erhalte ich gut 70 Euro Abzug wegen zu teurer Wohnung und spare von den 280 sogar noch über 100 Euro monatlich.

Allerdings hungere ich nur äußerst ungern. Das musste ich zwangsweise im alten Beruf, aber heute nur, um meiner Mutter gegenüber Wort zu halten, die mir aus einer echten Krise geholfen hat. Da bin ich schon eher „Sparkünstler“. Geld hat ja nicht nur mit Essen zu tun. Aber es muss gerecht für alle sein, Arbeitnehmer und Arbeitslose. Auch bei der Vermögensteuer muss es einen entsprechenden Freibetrag geben, sodass nicht jeder schon für den ersten Euro Steuern zu zahlen hat. Ab einer Million oder gar zehn wäre in Ordnung. Dies sollte das Volk selbst entscheiden. Übrigens wird man sowohl durch ungeliebte Arbeit als auch durch absolutes Nichtstun psychisch krank.

Gerolf: Vielleicht solltest du zusammen mit Herrn Sarrazin ein neues Hartz-IV-Kochbuch herausgeben? Vermutlich gehst du zur „Tafel“, wenn du mit so extrem wenig Geld über die Runden kommst. Aber schadest du nicht der Wirtschaft, wenn du in diesem Ausmaß Konsumverweigerung übst und sogar noch 100 Euro im Monat sparst, statt sie zum Aldi zu tragen? Nein, ich will meine Lebensmittel dort kaufen dürfen, wo es alle anderen ehrlichen kleinen Leute auch tun. Dafür reicht der Hartz-IV-Regelsatz einfach nicht aus, man muss unter anderem an der Bekleidung sparen. Aber die „abgelaufenen“ Autos werden schließlich auch auf Staatskosten verschrottet und nicht etwa noch an Bedürftige verteilt.

Pete: Es lohnt sich kaum, zur „Tafel“ zu gehen, denn gerade die Sachen, die recht teuer sind, kriegt man da nicht. Dadurch spare ich bestenfalls 20 bis 30 Euro monatlich ein. Wohin ich mein Geld trage, und wann ich es wofür ausgebe, ist wohl egal. Ich habe meiner Mutter noch geliehenes Geld zurückzugeben, damit sie im Juni ihre Kur antreten kann, für die sie es eigentlich gespart hatte. Sie hat es mir gegeben, damit ich nicht auf der Straße stehe, und will es nun logischerweise zurück. Meine Mutter wird 80, also werde ich mir lieber ein Bein ausreißen, als ihr das Geld nicht für die Kur wiederzugeben. Außerdem braucht man ab und zu mehr Geld, wenn man etwas erreichen will. Somit muss man gegebenenfalls auch mal dafür sparen. Was man will und was man kriegt, sind leider oft verschiedene Sachen. Was nutzt es, wenn wir uns nun darum „austoben“? Sollte man nicht real etwas dagegen tun? Das hier klingt mir zu sehr nach bloßer Meckerei, die keinen interessiert, schon gar nicht die Verantwortlichen. Man sollte etwas gegen die bestehende Situation unternehmen, und sei es nur Ursachenforschung.

Gerolf: Die Montagsdemo wehrt sich gegen eine Spaltung des Volkes in Kartoffelfresser und Kartoffels*chalen*fresser. Die Montagsdemo hat sich immer gegen das Rechtfertigen und Schönreden des Verzichts gewehrt, wie es leider auch bei dir anklingt, etwa bei deinen „Sparmenüs“. In einem sozialen Staat hätte dir

die Sozialbehörde das benötigte Darlehn gewähren müssen. Gegen die Bildung von Netzwerken zur Selbsthilfe, um die es im weitesten Sinne wohl auch auf deiner Homepage gehen soll, ist zwar nichts zu sagen. So haben zum Beispiel Unterstützer aus dem Umfeld der Montagsdemo einen Verein gegründet, um Hartz-IV-Betroffenen Begleitschutz beim Ämterbesuch zu leisten. Dort wird oft auch die Frage aufgeworfen, was man gegen Kürzungen des Regelsatzes oder der Unterkunftskosten tun kann. Es wäre aber trostlos, wenn solche Netzwerke nur das Überleben auf den Müllkippen der Überflussgesellschaft organisieren wollten, wobei Ruhe und politisches Desinteresse zur ersten Bürgerpflicht erklärt werden. Nein, das Ziel sozialer Netzwerke muss sein, Würde und Gleichheit der Menschen zu erkämpfen!

Pete: Es geht mir nicht darum, die Hartz-IV-ler zu lehren, mit wenig Geld auszukommen. Sie könnten von mir aus auch mehr erhalten, sofern sie gewillt sind, zum Allgemeinwohl beizutragen. Doch wenn man wenig erhält, ist es besser, damit so gut wie möglich auszukommen, als mehr zu brauchen, aber nicht zu haben. Ich will nicht, dass Erwerbslose von der Müllkippe leben. Erwerbswillige sollen gut unterstützt werden, ich würde derzeit 500 Euro monatlich plus Unterkunft befürworten. Es stellt sich die Frage, ob es Nichtarbeitswillige überhaupt gibt. Solche, die sich tatsächlich auf dem Rest der Gesellschaft ausruhen wollen, sollten nur ein Minimum an lebenswürdiger Unterkunft und Verpflegung erhalten. Warum sollte die arbeitende Gesellschaft, vor allem Geringverdienende mit rund 800 Euro monatlich netto, mit für die Nichtarbeitenden tätig sein? Doch warum sollten andererseits diejenigen, die gern arbeiten wollen, dadurch bestraft werden, dass sie nichts zu tun kriegen?

Entscheiden sollte das der Wähler selbst über ein gefragtes Netzwerk in Abstimmung. Wir leben schließlich in einer Demokratie, die nur leider nicht richtig verwirklicht wird. Es geht mir auch nicht nur darum, mit den Behörden fertig zu werden, als vielmehr dafür zu sorgen, dass sich deren Aufgabe dahingehend ändert, dass sie sich ebenso tatkräftig für den Erwerbslosen einsetzen, wie dieser sich zur Bemühung verpflichtet, einst nicht mehr von ihnen abzuhängen. Du fragst, ob der Bürger oder Arbeitslose etwa verpflichtet sein soll, nichts zu tun, sich also nicht politisch zu aktivieren und alles hinzunehmen, wie es ist. Die Würde des Menschen ist glücklicherweise sogar grundgesetzlich verankert. Das wird nur nicht immer praktiziert.

Gerolf: Den Standpunkt „Ruhe und politisches Desinteresse sind erste Bürgerpflicht“ vertrittst du, wenn du der Montagsdemo eine Mail schickst mit dem Betreff „Nicht meckern, sondern überlegen und handeln“. Dieser Vorwurf ist für die Montagsdemo nicht neu. Erhoben wurde er zum Beispiel von einem Redner, der Hartz IV unter Verweis auf die „wirklich armen Inder“ rechtfertigte.

Pete: Das geht auch an den eigentlichen Problemen vorbei. Wichtig ist nicht, dass man etwas tut, um etwas zu tun, sondern dass sowohl Arbeit als auch Vermögen der Leistung entsprechend verteilt sind und die Bereitschaft zum Allgemeinheitsbeitrag gegeben ist. Wenn es angesichts der fortschreitenden Rationa-

lisierung einfach keine Arbeit mehr für jeden gibt, kann man diejenigen, die halt nicht zu arbeiten haben, schlecht dafür bestrafen. Für einen Euro täglich die Straße zu fegen, hätte ich in der Tat auch abgelehnt beziehungsweise diesen Herren gefragt, ob er mich verarschen will.

Ich arbeite doch nicht, um zu arbeiten, mache Idiotenarbeit oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sondern um eine Entlohnung, in welcher Form auch immer, dafür zu erhalten, und um etwas, das getan werden *muss,* auch zu erledigen, weil es sonst ein anderer tun müsste – aber nicht bloß, um meinen Geist oder Körper in Bewegung zu halten. Es sollte bei den Erwerbslosen nur eine Bereitschaft da sein, auch etwas beizutragen, sofern erforderlich. Dann sollte Erwerbsarbeit jedoch auch erheblich besser entlohnt werden als Erwerbslosigkeit. Für jeden Erwerbslosen müssen auch reale Perspektiven geschaffen werden. Möglich ist so vieles, das sinnvoll sein könnte. Es muss nur, angesichts der Masse an Menschen, richtig organisiert werden.

Gerolf: Die Mahnung, nicht Unterstützung zu fordern, sondern darauf zu achten, was wir selbst tun könnten, bekamen wir auch von einer Vertreterin des Vereins „Roland Regional“ zu hören. Arbeitslose sollten an einer Tauschwirtschaft für Waren und Dienstleistungen teilnehmen, die freilich alle verhungern lässt, die nichts anzubieten haben.

Pete: Die Tauschidee ist an sich nicht schlecht, jedoch stimme ich ihr auch nicht ganz zu. Wenn ich etwas in Geld wechsle, eine Sache oder Leistung, möchte ich nicht, dass der Wert nachlässt. Dies kann man bei den Reichen durch Steuern regulieren. Das Tauschen ist schon gut und in Ordnung, aber es sollte so sein, dass diejenigen, die etwas zu bieten haben, untereinander tauschen können, und solche, die leider gar nichts haben und zu nichts fähig sind, ein gewisses Minimum zum Auskommen erhalten, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Dies ist Definitionssache. Das Volk möge es entscheiden und nicht einer von uns.

Diejenigen, die etwas können, doch nichts tun, mögen mal beraten und besprochen werden. Sie wollen sicherlich nicht nur vor sich hinvegetieren. Wir brauchen Perspektiven, auch wenn diese nur zu Möglichkeiten führen, nicht zu praktikablen Aktionen am aktuellen Tag. Es gibt so viele Dinge, die gemacht werden können und an denen viele Leute auch Spaß hätten. Wir leiden nicht Not an Ressourcen, haben sogar starke Überflüsse. Doch nicht nur die Vermögen sollten der Leistung entsprechend verteilt werden, auch die Arbeit an sich, entsprechend den Interessen und Wünschen der einzelnen Bürger.

Gerolf: Zu der ewigen Unterstellung und Hetze, Arbeitslose wollten in Wirklichkeit gar nicht arbeiten, habe ich mich mehrfach geäußert, zum Beispiel, als Bruno Boskop im „Spiegel-Online“-Forum forderte: „Wer nicht arbeiten will, dem sollte gehörig in den Hintern getreten werden!“ Wenn es stimmt, dass Arbeit zu leisten, sinnvolle Arbeit, ein Lebensbedürfnis des Menschen ist, dann braucht man auch nicht den „Arbeitswillen“ zu überprüfen. Das kann dann nur den Zweck haben, dessen Abwesenheit festzustellen statt die einer sinnvollen Arbeit. Doch Zwangsarbeit ist verboten, und es ist unmenschlich, einem Menschen das Essen

zu verweigern – oder das Obdach. Ein sozialer Staat muss den Schwächeren schützen.

Pete: Ich sehe das mit der unrechtmäßigen Zwangsarbeit auch so, obschon man sie umgehen kann, indem die Behörde auffordert, die Fähigkeit zu einer selbstgewählten Erwerbstätigkeit zur erlangen. Wenn man Hartz IV weghaben will, wie soll es dann werden? Gilt es das nicht zu beraten? Ich persönlich fahre mit Hartz IV besser als mit Sozialhilfe, aber der Arbeitszwang und andere Rahmenbedingungen gefallen mir absolut nicht, vor allem die Lahmheit der Behörden. Diese sollten für den Bürger da sein, nicht für die Regierung, stellvertretend für die Industrielobby! Es geht mir um gute Regeln und Perspektiven für alle. Sind keine solchen da, kann man schlecht den Einzelnen dafür zur Verantwortung ziehen. Das sollte man in einem menschlichen Staat auch nicht.

Gerolf: Auf der Montagsdemo gibt es eine gewisse Bandbreite an Meinungen, doch natürlich wird auf Dauer bei uns nur mitmachen, wer den in zahllosen Wortmeldungen immer wieder bekräftigten Konsens teilt, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Land – die durch immer neue Studien bestätigte zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich – nicht Ruhe, sondern einen öffentlichen Protest erforderlich machen. In unseren Grundsätzen ist vor allem skizziert, wie diese alternative Struktur zur öffentlichen Meinungsäußerung namens Montagsdemo funktionieren soll. Inhaltlich wird nur der Ausschluss faschistischer Standpunkte festgeschrieben, doch daraus folgt bereits vieles Wesentliche. So schauen wir stets genau darauf, wo Schwächere ausgesondert und schlechtergestellt werden sollen. Daher kreisen unsere Beiträge auch um die Forderung „Weg mit Hartz IV“. Immer wieder bekräftigen wir, dass stattdessen eine weitaus großzügigere, bedarfsdeckende und repressionsfreie Sozialleistung benötigt wird.

Pete: Dann kommt es also auf die Definition von Faschismus an. Man könnte darüber streiten. Also besser: Wer nicht arbeiten will, muss halt mit wenig auskommen, doch wer will, soll eben mehr haben. Aber wer will schon nicht? Ich möchte nicht rechtfertigen, dass Arbeitslose wenig erhalten, bestenfalls real Unwillige. Ich weiß nicht, wie man das umsetzen mag, aber am besten fände ich, Erwerbswillige sollten gut unterstützt werden und Erwerbsunwillige nur das zum Leben Nötigste erhalten. Die Summe, mit der ich aktuell lebe, kann ich nicht als würdig bezeichnen, ich sage dazu lediglich: Es geht, wenn es muss! Aber es sollte gar nicht müssen. Es kam zu dem, wie es noch ist, durch schlichte Willkür von Behördenmitarbeitern, gepaart mit persönlichen Schwierigkeiten sowie der Art, wie ein Vermieter mit Problemen umgegangen ist. Ich bin da aber schon wieder so gut wie raus. Dann kann ich von zumindest 210 Euro leben, bei 70 Euro Wohnungsüberpreisabzug und 70 für Strom, weil die SWB Probleme macht und ich es so dem Vermieter geben muss. Der will schließlich auch Sicherheit.

E-Mail-Wechsel zwischen Pete Ording und Gerolf D. Brettschneider

Vermieter wollen keine Hartz-IV-Empfänger: Es ist fast aussichtslos, auf dem privaten Markt eine Wohnung zu bekommen *(„Tageszeitung“)*

Wahnsystem Landesbank: Politik verhindert Konsolidierung bis zum Untergang, um die Dividende zu bekommen *(„Spiegel-Online“)*

1.000 Beschäftigte auf „Kurzarbeit Null“: Daimler Bremen verkündet weitere Sparmaßnahmen für die 13.000 Beschäftigten *(„Tageszeitung“)*

Kämpfen in der Krise!

„Jeder hat das Recht auf Arbeit“, heißt es nicht nur in Artikel 23 der UN-Menschenrechtscharta, sondern auch in Artikel 8 der Bremer Landesverfassung. Unter den heutigen Bedingungen muss dieses Recht den Anspruch auf *gute* Arbeit umfassen, also auf gesicherten Zugang zu angemessen bezahlter, mit verschiedenen Lebenslagen vereinbarer Erwerbstätigkeit, auf Mitbestimmung und Organisation, aber auch auf Schutz vor Arbeitslosigkeit und Zwang zur Arbeit.

Die gegenwärtige Krise ist bislang vor allem ein Angriff auf Beschäftigte und Erwerbslose. Sie bietet jedoch auch die Chance, Fehler, Untätigkeit und Zynismus der bisherigen Arbeitsmarktpolitik klar zu machen und die Weichen neu zu stellen. Öffentliche Beschäftigungspolitik, betriebliche Kämpfe, Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse, Arbeitszeitverkürzung und soziale Sicherung ohne Repression sind Handlungsfelder, um die Allgemeininteressen wieder zur Geltung zu bringen, die in den Jahren der Profitgier vollständig verloren gingen.

Unter dem Motto „**Kämpfen in der Krise**“ wird „Die Linke“ am **Samstag**, dem **18. April 2009**, eine **Konferenz** (Beginn um **10 Uhr** im **DGB-Haus** am Bahnhofsplatz) sowie vorab zwei Regionalveranstaltungen zur **Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik** durchführen mit dem Ziel, Lösungsansätze zu finden, mit denen wir aus der Kritik der derzeitigen Arbeitsmarktpolitik heraus einen notwendigen Politikwechsel einleiten können.

Diese Konferenz konfrontiert linke programmatische Ziele, landespolitische Realität und aktuelle Umbrüche und soll dazu beitragen, diese Widersprüche in kurz-, mittel- und langfristige politische Projekte zu überführen. Sie befasst sich insbesondere mit den Feldern Beschäftigungspolitik, Strukturpolitik und öko-

sozialer Umbau, Mitbestimmung und öffentliche Beteiligung sowie landespolitische Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Arbeitsverfassung (Mindestlohn, Vergabe, Arbeitszeit, Mitbestimmung). Dazu werden Expert(inn)en, Gewerkschafter(innen) und Vertreter(innen) arbeitsmarktpolitischer Institutionen und Organisationen in sechs Workshops zusammen diskutieren. Übergeordnet ist die Frage nach der Aktualität des Rechts auf Arbeit heute.

Inga Nitz („Die Linke“)

Wir brauchen dringend eine Bremse für Steuergeschenke an Reiche und Unternehmer!

1. Bei der geplanten **Schuldenbremse** handelt es sich um eine ganz fatale Entscheidung! Am Ende müssen die Bürger die Zeche dafür zahlen, dass den Banken die Milliardensummen nur so hinterhergeworfen werden. Mit der Schuldenbremse müssten Bund und Länder zukünftig grundsätzlich ohne neue Schulden auskommen. Das könnte vorausschauend und weitblickend sein, wenn nicht die Augen davor verschlossen würden, dass der Staat sich durch immer weitere Steuersenkungen in der Vergangenheit selbst arm gemacht hat. Weil nicht mal mehr für die notwendigsten Ausgaben genug Geld blieb, drehte sich die Schuldenspirale immer weiter abwärts.

Wenn jetzt dringend Geld zur Bekämpfung der Krise gebraucht wird, werden weitere Steuergeschenke für Reiche und Unternehmer versprochen, statt bei den Wohlhabenden endlich mal die Steuern zu erhöhen beziehungsweise sie überhaupt zu erheben! Wenn es also irgendwann nicht mehr möglich sein sollte, neue Schulden zu machen, dann ist mir vollkommen klar, was drohen wird. Vermutlich wird es eine wahre Streichorgie bei staatlichen Aufgaben und Leistungen geben! Die völlige Demontage des Sozialstaates wird nun möglich, so wie es im Lissabonner Vertrag vorgesehen ist. Wenn also eine Schuldenbremse mit einer Sozialbremse gleichzusetzen ist, dann muss dieser Regierung endlich die rote Karte gezeigt werden! Wir brauchen dringend eine Bremse für Steuergeschenke an Reiche und Unternehmer!

2. Offenbar stehen den Mietern des drittgrößten deutschen Wohnungskonzerns Gagfah schwere Zeiten bevor. Der Konzern beabsichtigt, seine ohnehin schon äußerst knapp bemessenen Ausgaben für die **Instandhaltung** seiner 175.000 Wohnungen noch weiter absenken. Zudem will er dann auch noch die Miete bis an die Grenze des in Deutschland gesetzlich Zulässigen ausreizen! Schon jetzt berichtet ein Konzern-Insider von skandalösen Zuständen einzelner Gagfah-Immobilien. Schuld sind nach Meinung von Fachleuten die hohen Dividenden, die das Unternehmen seinem Hauptaktionär, dem US-Investor Fortress, auszahlen muss. Wenn eine Heuschrecke Kapital im großen Stil abzieht, bleiben nach dem Filetieren am Ende schlechtere Wohnungen übrig, und die Leidtragenden sind die Mieter. Dafür finden sich schon jetzt skandalöse Beispiele.

So müssen in Wuppertal Mieter ohne Tageslicht auskommen, weil das Gebäude wegen auf die Straße fallender Schieferplatten nur eingerüstet wurde, statt es zu sanieren. In Freiburg sollen mehrere Gebäude wegen Asbestbelastung ebenfalls eingerüstet sein, aber letztlich wird nichts weiter unternommen. In Osnabrück wurde mehreren Hundert Mietern das Wasser abgestellt, obwohl sie ihren Abschlag pünktlich an die Gagfah gezahlt hatten. Schade nur, dass die Wohnungsgesellschaft das Geld viel zu spät weiterleitete. Selbstredend weist die Gagfah alle Anschuldigungen zurück und verwehrt sich dagegen, sich etwa „an Spekulationen“ über künftige Mietentwicklungen zu beteiligen„. Es liefen erst noch Ausschreibungsverfahren für die notwendigen Arbeiten, und überdies sei damit auch schon begonnen worden. Dass Gagfah-Mietern in Osnabrück das Wasser wegen einer zu späten Weiterleitung der Gebühren abgeschaltet worden sei, wies der Sprecher zurück.

3. Als der Bauer in diesem Jahr im Märzen seine Rösslein einspannte beziehungsweise den Traktor startete, um seine Felder und Wiesen instand zu setzen, ist in Deutschland zum ersten Mal seit 80 Jahren die Zahl der Erwerbslosen in einem März gestiegen. Die sonst übliche Frühjahrsbelebung ist leider der Krise zum Opfer gefallen, die nun auch den Arbeitsmarkt erreichte. Die Bundesregierung ist *not amused* und erwägt, angesichts der schlechten Zahlen notfalls das Kurzarbeitergeld auf 24 Monate zu verlängern. BA-Chef Frank-Jürgen Weise schließt einen Anstieg der offiziellen **Arbeitslosenzahl** auf vier Millionen im Herbst nicht aus. Dass die Zahlen und Fakten nicht noch schlimmer ausfallen, liegt seiner Meinung nach an der Kurzarbeit. Seit Januar gingen etwa 1,7 Millionen Anzeigen für konjunkturelles Kurzarbeitergeld von 50.000 Unternehmen ein. Vor allem die Automobilindustrie und ihre Zulieferer, aber zunehmend auch Zeitarbeitsfirmen stellten entsprechende Anträge.

Vor diesem Hintergrund plädierte nun auch Generalsekretär der CDU/CSU Ronald Pofalla für die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes. Sozialminister Olaf Scholz (SPD) wich von seiner vor Kurzem noch anvisierten Utopie der Vollbeschäftigung ab und appellierte an die Unternehmen, die Möglichkeit von Kurzarbeit anstelle von Entlassungen zu nutzen. Völlig zu Recht forderte die Linkspartei

einen „Schutzschirm für Millionen statt Milliarden für Millionäre“. Dazu zählt die Partei auch eine Verlängerung des Arbeitslosengelds I. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Kornelia Möller, sagte: „Wenn das Kurzarbeitgeld nicht die Arbeitsmarktstatistik vernebeln würde, gäbe es in diesem Frühjahr einen Rekordanstieg der Arbeitslosigkeit. Wir hätten dann wahrscheinlich fast vier Millionen Erwerbslose.“

4. Als am 27. März 2009 der „Caritas“-Verband unter dem Motto „Armut hat viele Gesichter“ Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Kirche zum Frühjahrsempfang einlud, wurden die vielen Gesichter der von Armut betroffenen Erwerbslosen natürlich nicht eingeladen. Dennoch lockte der Geruch des feinen Buffets mit Sekt und appetitlichen Häppchen knapp 30 Engagierte aus dem Spektrum der „Zahltag“-Kampagne zum Fest. Die protestierenden „Kölner Erwerbslosen in Aktion“ legten vor dem Domforum auf dem Pflaster ein Transparent aus: „**Verarmungspolitik** hat viele Gesichter“. Einige Demonstranten zogen an den Security-Männern vorbei, andere verkleideten draußen den verglasten Saal mit Transparenten und verteilten Flyer an viele neugierige Passanten, um die Heuchelei des „Caritas“-Verbandes zu verurteilten und öffentlich zu machen.

Statt vor so viel „Mildtätigkeit“ geziemend zu Kreuze zu kriechen, geigte ein Ungeladener der erlauchten Festversammlung allerdings die Meinung und stellte klar, dass es Armut gebe, weil es Reichtum gibt. Außerdem geißelte er die „perverse Sozialordnung“, die Mieten hochtreibe und Wohnraum vernichte, die „Geld für Krieg übrig hat und für die Armen Almosen“. Wir wollen jedoch auch nicht vergessen, dass die geladenen Gäste aus Verbänden wie der „Caritas“, der Diakonie und dem „Paritätischen“, zusammen mit der Gewerkschaft, mit SPD und den Grünen vor ein paar Jahren Hartz IV mal eben so abgenickt haben! Und nun maßen sie sich an, im edlen Ambiente über Armut zu jammern? Ausgerechnet der „Caritas“-Verband, der im Beschäftigungssektor sogenannter Ein-Euro-Jobber(innen) als Gigant bezeichnet werden darf, will nun darüber klagen, dass er „leider“ zu viele „Tafeln“ betreiben muss und seinen Mitarbeiter(inne)n „bedauerlicherweise“ immer weniger Lohn zahlen kann!

Einerseits werfen sie sich in die Robe des berufenen Anwalts der Armen, andererseits aber fördern gerade „Caritas“ und Diakonie die sogenannte Prekarisierung von Arbeitsbedingungen, indem sie zum Beispiel in ihren Kliniken und Pflegeheimen tarifliche Vollzeitarbeitsplätze durch Ein-Euro-Kräfte ersetzen. Diese kirchlich getragenen Großeinrichtungen lassen sich ihre Krankenhäuser und Senioreneinrichtungen übrigens zu fast 100 Prozent aus öffentlichen Steuergeldern und nicht nur aus der Kirchensteuer finanzieren. Es ist offenbar gar nicht so einfach, die Gratwanderung in innerer Zerrissenheit zwischen der Doppelstrategie christlicher Nächstenliebe und knallharter Ausbeutung zu meistern! Zunächst duldeten die Veranstalter die Aktion der Demonstranten und „integrierten sie“, bis sie nach einer knappen Stunde doch die Polizei herbeiriefen. Auf diese Weise wurde der Aktion auf dem Kölner Domplatz zu ungeahntem Interesse verholfen.

5. Wie das Magazin „Fakt“ letzte Woche zeigte, nutzen immer mehr Arbeitgeber die prekäre Lage auf dem Arbeitsmarkt aus und zahlen ihren Angestellten noch nicht einmal den vertraglich vereinbarten **Dumpinglohn**. Rund zwei Monate räumte Jörg Taube aus Dresden viermal pro Woche für lumpige 4,50 Euro die Stunde bei Rewe Regale ein. Taubes Arbeitgeber ist jedoch die Firma „Teamwork Büttgen“ mit Sitz in Köln-Lohmar. Im naiven Vertrauen darauf, alles werde schon seine Richtigkeit haben, zeichnete er seine Stundenzettel brav ab. Als der arbeitslose Familienvater die erste Lohnabrechnung erhielt, glaubte er, seinen Augen nicht trauen zu dürfen, denn ihm fehlten ganze 25 Stunden! Als er bei seinem Vorgesetzten nachfragt, teilte dieser ihm lapidar mit, dass statt des vertraglich vereinbarten Stundenlohns tatsächlich „nach Leistung“ bezahlt werde.

Offensichtlich strich der Teamchef die Arbeitsstunden einfach zusammen. Die Arbeitsrechtlerin Marlene Schmidt prüfte den Arbeitsvertrag von Jörg Taube und stellte fest, dass eine Bezahlung nach Leistung natürlich schlicht rechtswidrig ist. Eine „Teamwork“-Mitarbeiterin, die aus Angst vor Repressalien als leitende Angestellte nicht erkannt werden will, erklärt gegenüber „Fakt“, dass es eine Anweisung zur Manipulation gibt und sie sogar selbst Stundenzettel ihrer Mitarbeiter nach unten korrigiert hat. Die Arbeitsrechtlerin Marlene Schmidt nennt dieses Vorgehen schlicht illegal. Wahrscheinlich brauche ich nicht zu erwähnen, dass der Firmenchef mit Namen Hase heißt und von gar nichts weiß und deswegen selbstredend alle Vorwürfe bezüglich einer Anweisung zur Manipulation zurückweisen muss. Seit der Recherche von „Fakt“ existiert angeblich eine Anweisung, die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden nicht mehr zu kürzen, bis auf Weiteres zumindest.

6. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit wächst in SPD und Union die Bereitschaft zum Ausbau von Sozialleistungen: Wie der „Spiegel“ am Samstag berichtete, werden in der SPD Forderungen laut, die Bezugsdauer von **Arbeitslosengeld I** zu verlängern. Der Vizevorsitzende der Spezialdemokraten, Ludwig Stiegler, sagte, die Maßnahme solle verhindern, dass die Binnennachfrage schwinde, wenn Erwerbslose kein Arbeitslosengeld mehr bekämen und auf die niedrigen Sätze von Hartz IV angewiesen seien. Beschämenderweise dreht es sich immer nur um kalte Ökonomie. Es zählen keine von der Gesellschaft komplett ausgegrenzten Menschen! SPD-Vorstandsmitglied Ottmar Schreiner plädierte dem Bericht zufolge dafür, die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I „so schnell wie möglich“ auf 24 Monate zu verlängern. Er meint, dass den Menschen dadurch „ein Stück weit“ die Angst vor der Arbeitslosigkeit genommen werde. Weiß dieser Politiker eigentlich, was er da absödert?

Wahrscheinlich handelt es bei diesen laut ausgesprochenen Überlegungen um reine Augenwischerei. Real wären sowieso höchstens ein paar Tausend ALG-I-Bezieher davon betroffen. Es soll selbstverständlich nicht den Ärmsten der Armen, den ALG-II-Beziehern, die kümmerliche Regelleistung auf ein soziokulturelles Existenzminimum erhöht werden, weil das zu viele beträfe und ja der Ab-

stand, die Abschreckung, auch gewahrt bleiben muss. Bloßes Plädieren ist ohnehin völlig bedeutungslos, kostet noch nicht mal Nerven oder wäre einem Beschluss gleichzusetzen. Reden lässt sich viel – besonders sechs Monate vor der nächsten Bundestagswahl. Die Politiker wissen ja genau, dass sie ihr Palaver nicht umsetzen müssen: Selbst wenn sie an die Regierung kommen sollten, ist selbstverständlich nur leider ausgerechnet der Koalitionspartner gegen eine Umsetzung von Wahlversprechen. So ein Pech aber auch!

7. Nach einer Richtlinie der EU-Kommission haben in Deutschland möglicherweise alle **Asylbewerber** Anspruch auf Hartz IV. Bislang bekommen sie etwa ein Drittel weniger Geld als ALG-II-Bezieher. Während die Linkspartei im Europaparlament diese Gesetzesänderung unterstützt, schlagen CDU und CSU Alarm: Die vermeintlichen Christen halten es für unakzeptabel, dass ein Asylbewerber die gleichen Leistungen bekommt wie jemand, der jahrelang Steuern und Sozialabgaben gezahlt habe. Als ebenso falsch wird der schnellere Zugang zum Arbeitsmarkt bewertet, wenn Asylbewerber schon nach sechs Monaten eine Arbeitserlaubnis bekommen sollten: Millionen Menschen in Deutschland hätten dann Angst um ihren Arbeitsplatz.

Die haben sie jetzt ja noch gar nicht, weil die Politik sich nicht darum kümmert, dass Unternehmer Arbeitsplätze ins Ausland verlagern! Bisher wurde noch nicht öffentlich befürchtet, dass die Asylbewerber auch in der Arbeitslosenstatistik auftauchen könnten. Doch das kann ich mir nun wieder gar nicht vorstellen, das werden unsere virtuos *fakenden* Arbeitslosenstatistiker wohl rigoros zu verhindern wissen! Das fehlte ja noch, wenn eine durch EU-Richtlinie erzwungene Wohltat sich in einem Wahljahr ungünstig auf die Arbeitslosenzahlen auswirken würde. Schließlich tauchen alle Kranken, alle Sozialgeldbezieher, sich in Ausbildung/Umschulung/Weiterbildung Befindenden, alle durch Ein-Euro-Jobs Ausgebeuteten und alle Aufstocker dort auch nicht auf, obwohl sie ALG II beziehen!

8. Für die großen deutschen Technologie-Konzerne gehört es längst zum Alltag, Tausende von Jobs aus Deutschland ins **Ausland** zu verlagern. Nach einer Studie des „Kieler Instituts für Weltwirtschaft“ könnten bis zu elf Millionen Jobs davon betroffen sein. In Bangalore fährt jeden Morgen eine ganze Armada von SAP-Shuttles, die im Auftrag des badischen Softwarekonzerns durch die südindische Millionenmetropole kurvt. Auf der Straße nach Whitefield, einer gigantischen Retortenstadt aus Technologieunternehmen, Dienstleistern und abgeschotteten Wohnkomplexen, vereinen sich die Busse mit denen anderer westlicher Konzerne zu einer gut 25 Kilometer langen, lautstark hupenden Blechkarawane. Tausende von Programmierern, Ingenieuren und anderen Experten sind auf dem Weg zur Arbeit, für Konzerne, deren Zentralen zumeist unzählige Kilometer entfernt liegen.

Sumeet Shetty ist 27 Jahre alt, Single und hat einen Bachelor in Software-Engineering. Er ist Spezialist für Abrechnungssoftware von Banken, hat Erfahrung

in Mitarbeiterführung und Projektkoordination. Er arbeitet in einem Land, dessen Lohnniveau deutlich unter westeuropäischem Niveau liegt. Doch er näht keine Hemden oder fertigt Turnschuhe, sondern entwickelt hochkomplexe Software für den Finanzsektor. Allerdings sind in Indien die Lebenshaltungskosten auch nicht im Ansatz so hoch wie in Deutschland. So gesehen könnte Sumeet Shetty als Albtraum jedes deutschen Arbeitnehmers betrachtet werden. Denn wenn man einer neuen Studie des „Kieler Instituts für Weltwirtschaft“ glauben darf, dann könnten bald Massen von Shettys die Jobs deutscher Angestellter übernehmen. Nicht nur, dass unsere Fernseher und Fußbälle in Fernost gefertigt werden. Jetzt konkurrieren junge und gut ausgebildete Arbeitskräfte in Indien und anderswo auch um die hoch qualifizierten Premiumjobs!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Grauenvoller Slapstick: Bremens Föderalismus-Gutachter Professor Seitz klettert auf dem Balkon im neunten Stock auf die Leiter *(„Weser-Kurier“)*

Straßburg, ein Feuermärchen

Während des Nato-Gipfels am 4. und 5. April 2009 in Straßburg probten Frankreich und die Bundesrepublik schon mal Bürgerkrieg und Ausnahmezustand. Die Szenerie erinnerte an den G8-Gipfel vor fast zwei Jahren in Heiligendamm, wo auch alles abgeriegelt war und sich die teilnehmenden Staatschefs sozusagen selbst eingesperrt hatten. So war es auch diesmal, nur dass alles noch viel schlimmer kam. Die Medien sprachen fast nur noch von „gewalttätigen Chaoten“, die die Sicherheitskräfte sogar ganz fürchterlich mit Handküsschen und Staubwedeln attackiert hätten! Und dann steckten sie auch noch mehrere Gebäude, unter anderem ein Hotel, in Brand. Wer nun wirklich die Brandstifter waren, wird hoffentlich so schnell wie möglich eine eingehende und unabhängige Untersuchung klären.

Dass aber 30.000 Menschen friedlich gegen die Nato und gegen die gewaltige und gewalttätige Polizei- und Militärpräsenz demonstriert hatten, war selbigen Medien wohl irgendwie gar nicht richtig aufgefallen. Der „Weser-Kurier“ war immerhin in seiner Sonntagsausgabe so vorsichtig, nicht von „gewalttätigen Demonstranten“, sondern lediglich von „Gewalttätern“ zu schreiben. Das lässt Raum für Interpretationen! Von dieser Zeitung ist mensch ansonsten ja anderes gewohnt.

Schon im Vorfeld gab es massive Behinderungen. So kamen mehr als 20 Busse gar nicht erst in den Zielorten an, und es wurden Menschen aus den Fahrzeugen heraus verhaftet. Angeblich wurden sogar Schusswaffen in den Bussen sichergestellt. Schon während der Demonstrationen waren Einzelheiten in Sachen Polizeibrutalität bekannt geworden. Demozüge sind stundenlang eingekesselt und die Rheinbrücken zwischen Frankreich und Deutschland gesperrt worden. Einigen Demonstranten wurde Tränengas direkt in die Augen gesprüht. Es kamen Hartgummigeschosse zum Einsatz, wobei eine Frau schwer am Bein getroffen wurde. Es ließen sich noch unzählige weitere Beispiele anführen. Die ganze Zeit über dröhnten unablässig Militär- und Polizeihubschrauber über den Kundgebungsplätzen!

Das „Netzwerk Friedenskooperative“ hat die Polizeiwillkür scharf verurteilt. Die Gastgeber des Nato-Gipfels präsentierten sich als Polizeistaaten, die das Demonstrationsrecht systematisch aushebelten. Die Gewaltprognosen deutscher und französischer Behörden, die massiven Einschränkungen sowie das gewalttätige Vorgehen besonders der französischen Einheiten hätten die Militanz begünstigt, so die „Friedenskooperative“. Die große Mehrheit der friedlichen Demonstranten sei daran gehindert worden, vielfältigen bunten Protest auf die Straße zu bringen. Blendschockgranaten, Tränengas, Wasserwerfer und Gummigeschosse seien auch gegen friedfertige Demonstranten eingesetzt worden.

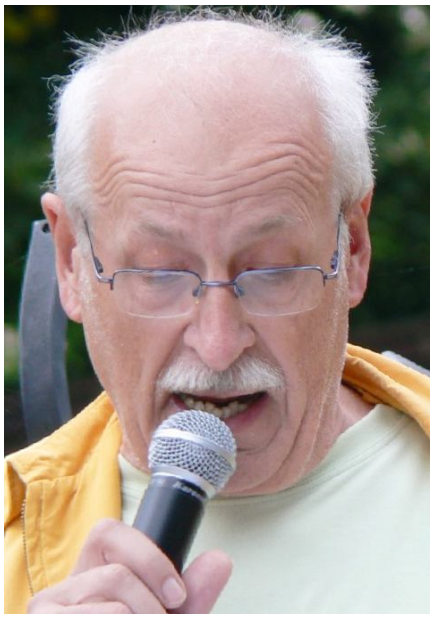
Das „Bremer Friedensforum“ schließt sich dem scharfen Protest an und stellt fest, dass Polizei und Staatsmacht beider Seiten auf die Anklagebank gehören! Die Verstöße gegen die Verfassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Frankreich seien der schwerwiegende, aber auch zigfach zu belegende Anklagepunkt. Wir betonen, dass es nur dem friedlichen und verantwortungsvollen Verhalten der Demonstrierenden zu verdanken ist, dass die bewussten Provokationen der Polizei nicht aufgegangen sind. Wir haben demonstriert, dass wir das Ziel, für das wir kämpfen, auch vorleben! Wir bleiben dabei: Der Protest gegen die Nato ist legitim, gerechtfertigt und notwendig! Er muss ausgeweitet und fortgesetzt werden, national und international. Der nächste Schritt dazu sind die Ostermärsche. Kommt und beteiligt euch!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Jeder bekommt, was er verdient

Es ist immer leicht, einem anderen etwas in die Schuhe zu schieben, doch wer es zulässt, dass der andere machen kann, was er will, hat auch keinen Grund, sich zu beklagen. Wie der Mensch sät, so wird er ernten, aber was wir zurzeit ernten, sind nur die Früchte unserer schlechten Pflege. Kein Wunder bei so unaufmerksamen Gärtnern! Zu wenige kümmern sich um das Wohl aller; Gerechtigkeit und

Gemeinsinn bleiben auf der Strecke. Der Hohn allerdings ist es, dass die wenigen, die sich im Rahmen der Demokratie hiergegen zur Wehr setzen, von anderen, die ebenfalls unter dieser Ungerechtigkeit leiden, noch verunglimpft und beleidigt werden. Das ist nicht nur eine Schande, nein: Ihr alle schadet euch selber!



Es gibt immer mehr psychisch Kranke in der Gesellschaft, immer mehr Rentner verlieren ihre Nebenjobs, Leiharbeiter sind Arbeiter zweiter Klasse. Das ist nur ein Teil der „Früchte“, die wir jetzt ernten! „Aber was juckt es mich? Ich bin ja jetzt noch nicht betroffen!“ Das stimmt vielleicht, doch wie sieht es mit deinen Mitmenschen aus, deinen engsten Verwandten, Freunden und Nachbarn, die durch diese Ungerechtigkeiten leiden, ihren Arbeitsplatz verloren haben, es aber nicht preisgeben? Wie sieht es mit der Jugend aus, die keinen Ausbildungsplatz bekommt? Wie sieht es mit denen aus, die in unserer Gesellschaft nie eine faire Chance bekommen? Das geht uns alle an!

Genau das sagen wir von der Montagsdemo jeden Woche um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz, ganz überparteilich. Wir warten darauf, dass ihr lieben Mitmenschen euch mit uns gemeinsam wehrt, gegen soziale Ungerechtigkeiten an uns Bürgern! Sonst müsst ihr noch lange warten, bis die Politik endlich handelt. Wenn Gewerkschaften Löhne mit aushandeln, von dem kein Mensch richtig leben kann, ist etwas nicht in Ordnung! Wenn wir die Leiharbeiter zu Menschen zweiter Klasse machen lassen, ist etwas faul! Wenn ihr Herrschaften von der Politik immer wieder davon redet, wir dürften unserer kommenden Generation nicht so viel Schulden hinterlassen, ist das zwar löblich, aber auch heuchlerisch; denn was da auf uns zurollt an Kosten, wird tausendmal größer sein, wenn wir so mit der Ungerechtigkeit weiter machen wie jetzt! Weil das nicht geschehen soll, stehen wir hier und helfen euch, damit die Politik endlich handelt. Je mehr Menschen sich einig sind, desto schneller muss sie das tun. Wenn ihr Politiker die Probleme nicht lösen könnt, nehme ich euch das nicht übel, aber seid bitte so fair und macht Platz für andere, die zumindest handeln und nicht nur reden!

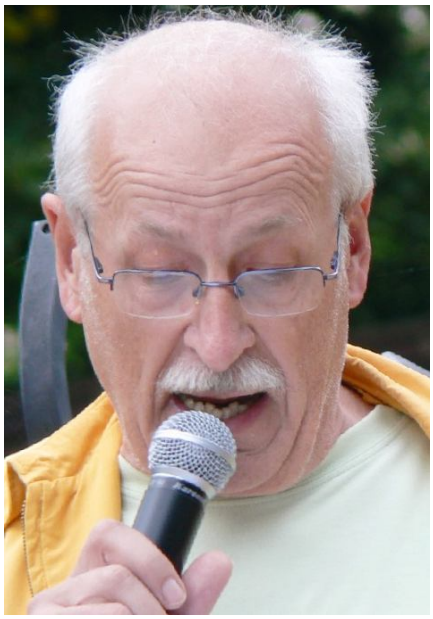
Udo Riedel (parteilos)

Am **Samstag**, dem **11. April 2009**, findet in Bremen der traditionelle **Ostermarsch** statt. Er beginnt um **11 Uhr** am **Ziegenmarkt** und endet eine Stunde später mit einer Kundgebung auf dem Marktplatz.
Zu **Ostern** – am **13. April 2009** – findet **keine Montagsdemo** statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

227. Bremer Montagsdemo am 20. 04. 2009

Reichensteuer geht nicht, bleibt nur Sparen beim kleinen Mann



Wie immer begrüße ich heute auch Sie, meine Damen und Herren auf den Logenplätzen, recht herzlich! Wie Sie ja inzwischen mitgekriegt haben, versammeln sich jeden Montag um 17:30 Uhr freie unabhängige Bürger hier auf dem Marktplatz, um gegen soziale Ungerechtigkeit zu demonstrieren. Wir gönnen Ihnen Ihren Kaffee und Ihr Eis von Herzen gern, würden uns aber auch freuen, wenn Sie uns zumindest, wenn Sie unserer Meinung sind, mit einem kleinen Applaus bedenken.

Das hätte dann zweierlei Wirkung: Wir wären wahrscheinlich noch mutiger, unsere Anliegen vorzubringen, und die Herrschaften da oben würden auch vor Ort sehen, dass wir mit unseren Ansichten nicht allein stehen! Herzlich laden wir Sie dazu ein, Ihre Meinung hier am Offenen Mikrofon zu sagen, auch dann, wenn Sie uns nicht zustimmen. Wir danken Ihnen für das Zuhören!

Heute möchte ich über Wahlfängerei berichten. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! Ich gebe gern zu, Herr Steinmeier, wenn Ihr Wahlprogramm wirklich so umgesetzt würde, wäre das zumindest eine Richtungsänderung. Doch aufgepasst, liebe Mitbürger, leider ist vieles auch nur Schein! Immerhin sind die anderen Parteien jetzt zumindest gezwungen, bessere Angebote zu machen, vor allem sozialere Programme, und das kann uns alle nur freuen. Bei der SPD steht schon fest, sie wollen wie immer die Reicheren zur Kasse bitten.

Und Sie von der CDU, was wollen Sie denn jetzt machen, auch die Reichen schröpfen? Geht nicht, also bleibt nur noch Sparen beim sogenannten kleinen Mann, denn wenn Sie es bei den Reichen wegnehmen, vergällen Sie Ihre eigenen Wähler. Das ist jetzt Ihr Dilemma! Ich will jedoch nicht schadenfroh sein, dazu ist unser aller Lage zu ernst. Deshalb, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen heute wieder eine Schützenhilfe geben!

Diejenige Partei, die handelt, statt immer nur zu reden, und den anderen nicht alles in die Schuhe schiebt, wähle ich! Diejenige Partei, die Fehler zugibt und sie auch so schnell wie möglich korrigiert, wähle ich! Diejenige Partei, die sich für die Masse der Bürger einsetzt – denn das ist Demokratie –, wähle ich! Diejenige Partei, die mit Steuergeldern sorgsam umgeht, wähle ich! Diejenige Partei, die meine Sorgen als Bürger wirklich ernst nimmt, wähle ich!

Dazu gehört auch die Tatsache, dass man Gesetze abschafft, die Armut verordnen. Darum weg mit den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010! Als Rentner wähle ich diejenigen, die sich für die Schwachen einsetzen. So ist es mit der Ungerechtigkeit und auch Missachtung von Grundgesetzen: Eine Partei, die es zulässt, dass wir Bürger für Misswirtschaft und Unfähigkeit zur Kasse gebeten werden, wähle ich bestimmt nicht! Nun bin ich gespannt, ob ihr diese Botschaft auch verstanden habt.

Udo Riedel (parteilos)

Der diesjährige Ostermarsch war eine „runde Sache“

1. Heuer spielte auch das Wetter mit. Immerhin waren wieder etwa 300 Menschen zur Hauptkundgebung auf den Marktplatz gekommen. Das waren zwar nicht „die Massen“, wie wir sie uns übrigens auch für die Montagsdemo wünschen würden. Aber immerhin zeigen die Teilnehmer(innen)zahlen, dass das Thema **Frieden** keineswegs „out“ ist. Schon die Auftaktkundgebung auf dem Ziegenmarkt war gut besucht, und unterwegs schlossen sich noch zahlreiche weitere Menschen an. Das Presseecho war dementsprechend „gemäßigt positiv“! Die österliche Friedenstaube zu rupfen, blieb der „Kreiszeitung“ vorbehalten: In ihrer Sonntagsausgabe vom 12. April 2009 sprach sie schon in der Überschrift geringschätzig von einer „Kundgebung mit gut 100 Aufrechten“.

Im nachfolgenden Text schien es ihr dann besonders wichtig zu betonen, dass es ein „allgemeines Desinteresse“ vor allem am Beitrag der Hauptrednerin gegeben habe. Die Menschen hätten lieber einem Gaukler zugesehen. Viele Passant(inn)en hätten mit ihren Handys Verabredungen getroffen und die nächsten Schuheinkäufe besprochen, statt den Ostermarsch-Beiträgen zu lauschen. Genau an dieser journalistischen Ignoranz bestätigt sich, was die Medienwissenschaftlerin Doktor Sabine Schiffer aus Erlangen im Verlauf ihrer Rede mit zahl-

reichen Beispielen untermauerte: Die Tatsache nämlich, dass die Gehirnwäsche täglich an Intensität zunimmt und die Medien dabei als Propagandavehikel die wichtigste Rolle spielen. Natürlich kamen solche Passagen in dem Bericht nicht vor, weil der ach so bedauernswerte Mensch von der „Kreiszeitung“ extrem abgelenkt war und nicht richtig zugehört hatte. Die vor-österlichen Handy-Gespräche fand er wohl spannender!

Zuvor hatte Ekkehard Lentz vom „Friedensforum“ auf dem Ziegenmarkt die Teilnehmer(innen) begrüßt und einige Interviews gemacht. Bei der Gelegenheit schilderte Barbara Heller kurz ihre erschreckenden Erlebnisse auf der Demo in Straßburg. Auf dem Marktplatz hielt Hartmut Drewes die Eröffnungsansprache, stellte zu Beginn die Rednerin vor und verurteilte die Straßburger Polizeiaktionen ebenso wie die Brandstiftungen. Diese wurden übrigens von dem Polizeiaufgebot nicht verhindert, obwohl es nicht weit davon entfernt massiv präsent war. Hartmut Drewes ging noch einmal auf die kriegerischen Verbrechen der Nato in Afghanistan und Irak ein, die um der Ressourcen willen begangen werden, und stellte fest: „Da werden nicht nur Gebäude zerstört, da werden Menschen vernichtet und verkrüppelt, Tag für Tag, zum Beispiel mit Hilfe von Drohnen, die von Bremer Rüstungsbetrieben hergestellt werden.“ Er schloss mit den Forderungen des Friedensforums: Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan, Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland, Umstellung der Rüstungsproduktion auf Zivilproduktion, kein Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide, Auflösung der Nato und gerechter Frieden im Nahen Osten. Der könne nur mit einem Ende der israelischen Besatzung erreicht werden.

Sabine Schiffer forderte speziell einen verantwortlichen Friedensjournalismus ein. Unter dem Redetitel „Für Krieg gibt es keine Rechtfertigung“ prangerte sie am Beispiel des Fernsehsenders „Phoenix“ die Heuchelei, Arroganz und oft willkürlichen Zensurmaßnahmen der Medien an. Kriegspropaganda auf allen Kanälen gebe es massenhaft, wobei Gründe und Ursachen hierfür nach Kräften verdreht und schöngeredet würden. Derlei massive Propaganda sei offensichtlich nötig, denn die Mehrheit der Deutschen wolle keinen Krieg und glaube auch nicht, dass unsere Sicherheit zum Beispiel „am Hindukusch“ verteidigt werden müsse. Unsere Medien trügen die selbstanmaßende Rolle der Nato willfährig mit. Am Beispiel des Krieges gegen Jugoslawien erläuterte und entlarvte sie die Lügenkampagnen von Politik und Medien gründlich.

Auch US-Präsident Obama bekam sein gehöriges Stück Fett ab: „Sein Doublespeak, seine mehrdeutigen Formulierungen – wie auch die aktuelle Schaumschlägerei um eine Atomwaffenabrüstung bei gleichzeitigem Plädoyer für mehr Abwehrtechnologie – sollten unser aller Alarmglocken klingen lassen!“ rief sie unter Beifall der Umstehenden aus. Wir sollten unter anderem nicht erfahren, dass der Atomkrieg bereits in vollem Gange sei, indem große Teile der Nato-Kriegsgebiete mit bunker- und panzerbrechender uranhaltiger Munition – einer deutschen Erfindung – verseucht werden, die eine Halbwertzeit von viereinhalb Milliarden Jahren hat. Und wir sollten auch nicht erfahren, dass Deutschland

wegen der in Büchel lagernden Nuklearwaffen Atommacht sei. Sabine Schiffer schloss ihre Rede mit den Worten „In diesem Sinne wünsche ich uns allen weiterhin Klarheit, die Dinge beim Namen zu nennen, und die Gewissheit, sie im friedlichen Sinne zu verändern!“ – Beide Redebeiträge werden übrigens in Kürze in einer kleinen Broschüre erscheinen, die beim „Bremer Friedensforum“ erhältlich sein wird.

2. Von noch einer Demo ist hier zu berichten: Am 15. April versammelten sich spontan etwa 300 empörte Menschen an der verkehrsreichen Kreuzung Neuenlander Straße/Kattenturmer Heerstraße und blockierten diese für etwa 20 Minuten („Stadtteilkurier“ vom 20. April 2009). Aufgerufen hatten die „Bürgerinitiativen für eine menschengerechte A 281“. Anschließend bewegte sich der Zug in Richtung Sankt-Markus-Gemeinde am Arsterdamm, wo eine kurze Abschlusskundgebung stattfand. Grund war die plötzliche Absegnung eines geplanten „Monsterknotens“ als Anbindung an die **Autobahn** bei Brinkum durch den Senat. Dieser Drei-Etagen-Betonkoloss würde die gewachsenen Strukturen des Stadtteils komplett zerstören.

Mit dem Beschluss hat der „grüne“ Bau- und Umweltsenator Reinhard Loske, der alles vergaß, woher er mal kam und wofür er stand, uns Betroffenen ein besonders schwarzes Osterei ins Nest gelegt! Der Sprecher der Initiativen, Norbert Breeger, erklärte, dass sich Loske „dafür entschieden habe, in Kattenturm und Huckelriede dauerhafte Verwüstungen anzurichten:“ Das Nachhaltigkeitsprinzip werde so interpretiert, dass es darum gehe, möglichst nachhaltige Schäden anzurichten. Wohngebiete und Menschen würden systematisch kaputtgemacht. Da auch ich in dem betroffenen Stadtbereich wohne, beteiligte ich mich spontan an der Demonstration!

Hintergrund: Mit dem Bauabschnitt 2.2 soll dieses Monstrum vor Huckelriede mitsamt einer Querspange als zusätzlicher Autobahnabfahrt in die Wohngebiete hinein entstehen. Ihre Hauptaufgabe soll darin bestehen, in wenigen Jahren als Anknüpfungspunkt für den Bauabschnitt 5 zur Autobahn A 1 nach Brinkum zu dienen. Damit werden schon jetzt die Weichen für eine Trasse quer durch das Wohn-, Kleingarten- und Erholungsgebiet „Wolfskuhle“ gestellt und nicht für den im Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Tunnel unter dem Flughafen hindurch. Die Bürgerschaft hatte für diese im Vergleich zum Monsterknoten weniger umweltfeindliche Alternative votiert, denn Kattenturm und Huckelriede blieben dann verschont.

Die „Bürgerinitiativen für eine menschengerechte A 281“ plädieren für eine Gesamtplanung der A 281 vom Neuenlander Ring bis zum Hornbach-Gelände und unter dem Flughafen hindurch zur A 1 bis Brinkum. Dies würde auch den Bund als zuständigem Finanzier erheblich weniger kosten. Die Bürgerinitiativen wollen vor dem Bundesverwaltungsgericht Leipzig als zuständigem Gericht klagen. Weitere Klagen soll es von den von Enteignung bedrohten Landwirten an der Neuenlander Straße und den Lärmbetroffenen aus Huckelriede geben. Am

28. April 2009 um **20 Uhr** wird eine **Bürger(innen)versammlung** in der **Sankt-Markus-Gemeinde** stattfinden, wo das weitere Vorgehen beschlossen werden soll. Mittlerweile macht die Handelskammer, die Bürgermeister Böhrnsen vor ihren Karren gespannt hat, gewaltig Druck für den „Monsterknoten“ („Weser-Kurier“ vom 22. und 23. April). Solidarisieren wir uns mit den Betroffenen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Aussitzen, die brutalstmögliche Form von Handlungsverweigerung

1. Ob es sich um eine missglückte Befruchtung handelt, psychische Probleme, oder ob eine Erkältung der Grund dafür ist, warum welche Kassiererin nicht zur Arbeit erscheint: Lidl weiß, was ihr fehlt. Auch Schlecker und Daimler gehen luschig mit den Daten ihrer Mitarbeiter um. Der Lebensmitteldiscounter Lidl hat geheime **Krankenakten** über seine Mitarbeiter angelegt. Auf firmeninternen Formularen wurde handschriftlich notiert, wer woran erkrankt war. Dies belegen ausgerechnet Unterlagen, die nur durch Zufall ans Tageslicht kamen, weil sie in einer Mülltonne „unsachgemäß“ entsorgt wurden.

Bereits einen Monat zuvor enthüllte der „Stern“, dass Lidl in seinen Filialen systematisch Detektive eingesetzt hatte, um die eigenen Mitarbeiter auszuspähen. Von ihnen notierte das Unternehmen intern offenbar sehr private Details, als es offiziell die zweifelhaften Methoden schon verbannte. Eine Diagnose geht den Arbeitgeber erst mal nichts an; er darf persönliche Details auch nur mit der Einwilligung des Betroffenen schriftlich festhalten. Ein Unternehmen muss sich grundsätzlich um die Gesundheit seiner Mitarbeiter kümmern, weil Arbeitgeber eine Fürsorgepflicht haben, um körperliche Überanstrengung oder permanenten psychischen Druck im Job zu vermeiden. Doch das passiert bei Lidl gerade nicht, weil der Kontrollwahn die Mitarbeiter im Gegenteil mürbe macht. Lidl kümmert sich eben *zu* gut um Kranke!

2. Eine Studie der Universität Bielefeld gibt darüber Auskunft, wie sich unter dem Einfluss von Hartz IV das Verhältnis von Arbeitsvermittlern gegenüber ihren „Kunden“ verändert hat. Dabei wurden 107 Vermittler in Arbeitsagenturen nach der Einstellung zu ihrer Tätigkeit befragt. Das Ergebnis: Unter Hartz IV wird der Umgang mit Erwerbslosen in den Arbeitsverwaltungen zu einer neuen Form sozialen

Kontrolle. Dabei sollte doch eigentlich davon ausgegangen werden, dass die Vermittlung von Arbeit im Fokus des Geschehens stehen sollte. Aber wo keine Arbeit, da auch keine Vermittlung. Also „muss“ auf Teufel komm raus „aktiviert“ werden, was das Zeug hält – also im Prinzip weggeekelt. Logisch: Es kann immer nur an den Erwerbslosen liegen, was sie aus sich machen oder eben nicht. Ob jemand Arbeit findet, das wird subjektiviert. Wenn ein Erwerbsloser keine Umsonstarbeit machen will, dann wird er für seine „falsche“ Einstellung von seinem Arbeitsvermittler bestraft.

Die Studie macht an diesem Beispiel klar, was sich unter Hartz IV geändert hat: Entscheidungen von Arbeitslosen werden nicht einfach mehr als Handlungen autonomer Bürger hingenommen, die bei Verstoß gegen das Gesetz zum Beispiel durch Leistungsentzug bestraft werden. Darum geht es heute nicht mehr, sondern vielmehr um Einsicht und Kooperation. Der Erwerbslose ist in diesen Sichtweisen kein autonomer Bürger mehr und der Staat kein Organ der Volkssouveränität. Es geht also beim sogenannten Aktivieren schlicht um eine **soziale Kontrolle**. Nicht nur die Zurückweisung einer Arbeit wird sanktioniert, sondern allein schon die nicht Hartz-IV-kompatible Einstellung, mit einem erlernten Beruf ausreichend Geld zum eigenen Unterhalt verdienen und so ein normales Leben führen zu wollen. Die Arbeitsbehörden werden so praktisch zur Schule der Armut und Demut – die Armen- und Arbeitshäuser des 19. Jahrhunderts lassen ideologisch grüßen.

3. Laut „Bild“-Zeitung wollen die Grünen und der ADFC in Berlin Hartz-IV-Bezieher Fahrraddiebe verjagen lassen. Sie sollen an S- und U-Bahnhöfen Streife laufen und als Abschreckung fungieren. Da diese Tätigkeit mit popeligen 1,30 Euro die Stunde „vergütet“ wird, liegt die Vermutung nahe, dass hier mal wieder Ein-Euro-Jobber ausgebeutet werden! Soll hier der Jobaufschwung für 586.732 ALG-II-Bezieher seinen Anfang nehmen? Gilt das nun als „Fortschritt“, vom Rattenjäger zum Jäger von Fahrraddieben avanciert zu sein? Möglicherweise schickt man sie vorher noch schnell zu einer Schulung, um sich in diesem „Geschäft“ selbständig machen zu können. Eine halbe Million Selbständige mehr – das ist wahrer Aufschwung! Juchhu, die Krise hat endlich ein Ende! Spaß beiseite: **Diebstahlschutz** ist Aufgabe der Polizei und nicht die von Langzeiterwerbslosen. Von wegen zusätzlich! Die Grünen und der ADFC sollten sich was schämen!

4. Der „Weser-Kurier“ berichtete vor zwei Wochen darüber, wie in Frankreich von Arbeitslosigkeit bedrohte Beschäftigte zu radikalen Mittel greifen: Wer Stellenstreichungen oder gar die Schließung eines Unternehmens durchsetzen will, muss damit rechnen, eine Nacht im Büro zu verbringen – festgehalten von wütenden Mitarbeitern, die sich der Zustimmung eines Großteils der Bevölkerung sicher sein können. So geschah es vier leitenden Angestellten eines Herstellers von Industrieklebstoffen, nachdem sie mit den Beschäftigten die Bedingungen für die Schließung eines Werks im Departement Ain an der Schweizer Grenze verhandeln wollten. Sie haben etwas erreicht, denn die Firmenführung nahm die Ver-

handlungen über den Sozialplan wieder auf. Zu diesem Mittel griffen bereits andere Angestellte, die auf die Straße gesetzt werden sollten und gingen mit gutem Vorbild voran. Eine außergewöhnlich große Front der Unzufriedenheit ist Ursache dieser sich häufenden Übergriffe auf Manager. Immerhin 45 Prozent der Franzosen halten solche **Geiselnahmen** für akzeptabel. Das sollte hier doch zum Nachdenken anregen!

5. In einem Fragebogen für Prignitzer Erwerbslose wurde erkundet, ob ihr Sex „gut“ oder „eher schlecht“ sei und wie oft er vollzogen werde. Solche Fragen bei der angeblichen **Wiedereingliederung** werfen in der Tat kein gutes Licht auf ihre Fragesteller. Nicht der Fragebogen an sich ist der Kritikpunkt, sondern einzelne Fragen, wie die nach dem Sexualleben oder nach vorhandenen psychischen Problemen. Außerdem wurden die Erwerbslosen danach befragt, ob sie sich eher als faul, gefällig oder fleißig einschätzen würden. Dabei sollte doch eigentlich erfasst werden, ob die Klienten in Maßnahmen vermittelbar seien oder nicht. Was die sexuellen Erlebnisse dort zu suchen haben, bleibt wohl das Geheimnis der Verfolgungsbetreuung jener Behörde. Das Ausfüllen der Bögen war natürlich freiwillig, aber wir wissen es ja alle sehr genau, wie mit einer potentiellen Verweigerung der sogenannten Freiwilligkeit umgegangen wird. Nein, natürlich gibt es keinen Datenmissbrauch! Dennoch reagierte der Landkreis umgehend und zog den Fragebogen aus dem Verkehr.

6. Noch ist Deutschland von Massenentlassungen im ganz großen Stil verschont geblieben. Hauptgrund dafür ist die Kurzarbeit in den Betrieben. Doch sollte die Wirtschaftskrise länger dauern, wird dieser Puffer nicht ausreichen. Da muss ein Plan B aus der Tasche gezaubert werden. So könnte es Unternehmen ermöglicht werden, Mitarbeiter für die Dauer der Konjunkturkrise in öffentlich finanzierte Unternehmen, sogenannte **Transfergesellschaften**, auszulagern. Sie sollen nun dafür sorgen, dass Horrormeldungen vom Arbeitsmarkt den Deutschen erspart bleiben. Vorgesehen ist, dass Unternehmen, die unter Auftragsflaute leiden, Mitarbeiter in die Transfergesellschaft überführen. Dort würde dann die Bundesagentur maximal 67 Prozent vom Nettolohn sowie die kompletten Sozialbeiträge für die Dauer der „Parkzeit“ übernehmen. Zudem würden die Leute qualifiziert.

Wie lassen sich vor dem Gesetz zwei Klassen von Erwerbslosen rechtfertigen – eine, die über Transfergesellschaften 67 Prozent ihres Lohns weiterbezahlt bekommt und außerdem Fortbildungen erhält, und eine andere, die niemals keine Fortbildungen nicht bekommt und auf einem fragwürdigen Existenzminimum zu Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten gezwungen wird? Das dürfte wohl gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen, spätestens wenn der Arbeitsagentur das Geld ausgeht und der Steuerzahler übernehmen muss. Das wird vermutlich sehr bald sein. Wenn es nicht diese neue Erwerbslosenklasse gäbe, würden die „geparkten“ Erwerbslosen zu den anderen addiert werden müssen„“ und wie sähe das wohl aus, so kurz vor der nächsten Bundestagswahl? Neben den immer weniger

werdenden Menschen, die noch Arbeit haben, werden die Erwerbslosen immer mehr. Deswegen steckt man sie in andere „Klassen“, damit sie nicht als Erwerbslose enttarnt werden können.

7. Die **Kontodaten** von ALG-II-Beziehern werden häufiger abgefragt, weil ihnen offenbar leichtfertig automatisch und pauschal missbräuchliche Inanspruchnahme von Transferleitungen vorgeworfen wird. Von wegen „gläserner Bürger“! Es betrifft doch lediglich diejenigen, die am Tropf der Verfolgungsbetreuung hängen, also Transferleistungen beziehen müssen, weil sie keinen der zu wenigen Arbeitsplätze ergattern konnten. Würden Begüterte bei ihrer Steuerhinterziehung, gar Manager bei ihrer Misswirtschaft nur annähernd überprüft, schwemmten Milliarden über Milliarden wie ein Tsunami ins Steuersäckel! Aber stattdessen bekommen bei uns verurteilte Manager nach zweierlei Maß noch Boni und Entschädigungen in den Allerwertesten geschoben!

8. Sind 500 Euro Grundsicherung eine Antwort auf die wachsende **Kinderarmut** in Deutschland? Zunächst kann gar nicht oft genug wiederholt werden, dass es keine Kinderarmut ohne arme Eltern gibt und dass unübersehbar dort angesetzt werden muss! Nun fordern aber offenbar Experten und Verbände eine eigenständige Grundsicherung von 500 Euro für jedes Kind monatlich, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Sie soll die bestehende Familienförderung aus Kindergeld, Sozialgeld, Kinderzuschlag, Bafög und Ehegattensplitting ablösen. „Arbeiterwohlfahrt“, „Kinderschutzbund“, GEW, „Pro Familia“ und Familienexperten präsentierten in Berlin das neue Modell. Damit könnten Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern bis zum 27. Lebensjahr abgesichert werden.

Diese Kindergrundsicherung soll vor allem die Chancen der 2,4 Millionen Jungen und Mädchen in Armut deutlich verbessern. Das ist blanke Heuchelei und in meinen Augen ein weiterer Versuch, den überfälligen Mindestlohn zu umgehen! 500 Euro können ausreichen, wenn für bis zu 15-jährige Kinder von ALG-II-Beziehern weiterhin die Kosten der Unterkunft übernommen werden. Außerdem sollte nicht übersehen werden, dass der Höchstsatz beim Bafög bei 643 Euro liegt. Toll, die reichen Kinder bekämen noch mehr Taschengeld, wohingegen die finanziell minderbegünstigten noch leerer ausgehen würden! Wahrlich, ein toller und ach so gerechter Vorschlag zur Bekämpfung der Kinderarmut! „Sozial“ wie die Umstellung vom Erziehungs- auf das Elterngeld! Die wollen uns wohl verschaukeln.

9. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ übt scharfe Kritik an der Entscheidung des Kölner Kulturamts, für Archivierung und Restaurierung der Dokumente des eingestützten Stadtarchivs bis zu 50 **Ein-Euro-Jobber** einsetzen zu wollen: Wenn die Kölner Verkehrsbetriebe maßgeblich an dem Desaster beteiligt seien, dann hätten sie dafür auch die Kosten zu tragen und von sich aus anzubieten, dass die Menschen regulär entlohnt werden. Wir dürften nicht zulassen, dass billigste Ar-

beitskräfte auf Kosten der Allgemeinheit eingesetzt werden. Auch wenn die Stadt Köln betone, nur Menschen zu nehmen, die diese Aufgabe freiwillig verrichten, ändere dies nichts an der Tatsache, dass die beteiligten Unternehmen den Schaden zu tragen hätten. Zudem könne sich das „Erwerbslosenforum“ kaum vorstellen, dass das Stadtarchiv nicht versichert gewesen sei. Üblicherweise würden Versicherungsleistungen auch derartige Kosten abdecken. „Wir fordern die Stadt Köln nachdrücklich auf, sich sofort für reguläre, tariflich entlohnte Beschäftigungen einzusetzen und dafür, dass endlich die bundesweit sehr fragwürdige Praxis der Ein-Euro-Jobs aufgegeben wird“, so Behrsing. Warum stellt die Stadt Köln nicht einfach 50 arbeitslose Menschen als Angestellte ein – befristet, aber bei vollem Gehalt nach Tarif?

10. Schlecker kommt nicht aus den negativen Schlagzeilen heraus. Mit seinen mehr als 10.000 Filialen ist es die größte Drogeriekette Deutschlands. Der Umsatz des Imperiums beziffert sich auf etwa zehn Milliarden Euro im Jahr. Das Konzept: viele Läden in der Provinz, niedrige Preise, wenig Service. Doch weil etliche der kleinen Filialen nicht mehr so gut laufen, werden sie geschlossen. Im Gegenzug dazu eröffnet Schlecker größere Filialen, sogenannte XL-Märkte. Den Mitarbeitern der „alten“ Filialen wird gekündigt, denn offiziell gehören die neuen Filialen zu einem neuen Betrieb. Für die XL-Filialen gibt es dann neue Arbeitsverträge, natürlich mit noch schlechterer Bezahlung, selbstverständlich ohne Tarifbindung! Juristisch sind solche Schweinereien mit einer „betriebsbedingten“ Kündigung möglich, die von Schlecker als „revolutionäres“ Konzept gefeiert werden. Für die Experten ist es jedoch ein Etikettenschwindel, mit dem die Firma **Tarifflucht** begeht und sich mit rechtlich fragwürdigen Methoden unliebsamer Mitarbeiter entledigt.

11. Am vergangenen Samstag fand im DGB-Haus die Konferenz der Linkspartei unter dem Motto „**Kämpfen in der Krise**“ statt. Nach einer einführenden Rede von der Fraktionsvorsitzenden Monique Troedel leitete die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Inga Nitz die Veranstaltung ein. Sie erklärte, die Konferenz solle zeigen, dass Kämpfen möglich und nötig sei. Hierbei gehe es vor allem um ein Recht auf gute, sinnvolle, angemessene und notwendige Arbeit, die nicht krank macht, sondern freiwillig und zukunftsichernd ist. Elke Heyduck moderierte die Podiumsdiskussion mit Staatsrat Doktor Joachim Schuster und dem Bremer Wirtschaftsprofessor Wolfram Elsner.

Der Professor kritisierte, dass in Bremen ausgerechnet in der Krise die arbeitsmarktpolitischen Mittel um ein Viertel gesenkt wurden. Er prangerte die Strategie, alles nur auszusitzen, als „brutalstmögliche Form von Handlungsverweigerung“ an, durch die wir in eine lang anhaltende Depression rasseln würden. Wir bräuchten eine vernünftige Mittelstandspolitik, die jetzt Kredite an die Selbständigen ausgibt. Der Staatsrat bestritt ein solches Aussitzen und fragte, wie denn Arbeitsplätze erhalten werden sollten, wenn es an Arbeit fehle. Das Gerechtig-

keitsempfinden der Menschen wird natürlich ordentlich durchgeschüttelt, wenn die Politik Schirme über die Banken hält, dort ein paar Arbeitsplätze erhält, ansonsten jedoch nur zusieht, wie massenhaft Jobs einfach abgebaut werden. In Bremen werden in den Krankenhäusern weitere 1.000 Arbeitsplätze vernichtet, und die verantwortlichen Politiker reagieren lediglich mit einer Schuldenbremse und kuschen auf Samtpfötchen. In keinem anderen OECD-Land gibt es eine solche Zwangsarbeit wie bei uns, ohne dass die Betroffenen mitreden dürften!

Je kleiner der erste Arbeitsmarkt ist, desto rigider werden die Hartz-Gesetze. Joachim Schuster fand, es gebe doch auch positive Aspekte bei ihnen. Auf den Zwischenfrage, um welche es sich dabei handle, lieferte er keine überzeugende Antwort, sondern begrüßte nur die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe. Dass die Landesmittel derart zusammengestrichen wurden, begründet der Staatsrat mit dem Ansteigen der Sozialkosten. Außerdem äußerte er, Langzeitarbeitslose seien nicht in sozialversicherungspflichtige Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, weil sie psychisch krank seien oder an einer Suchterkrankung litten! In meinen Augen diskreditiert er damit völlig normale Menschen, die nur das Pech haben, ihre Arbeit zu verlieren und bereits nach einem Jahr in das menschenunwürdige ALG II abstürzen und dann schon als Langzeitarbeitslose zu gelten. Offenbar zieht der Staatsrat es vor, die Erwerbslosigkeit zu subjektivieren und die Betroffenen als krank und unfähig abzustempeln. Ja, das ist natürlich einfacher und scheint dann auch ein Handeln überflüssig zu machen, nämlich arbeitspolitische Instrumente zu schaffen, um die Erwerbslosen wieder auf den ersten Arbeitsmarkt zu bringen oder sie in Ermangelung von Arbeit jedenfalls nicht mehr der Verfolgungsbetreuung zu unterwerfen! Der Staatsrat erhielt lautstarken Gegenwind und machte auf mich trotz seiner Sonnenbräune einen blassen Eindruck.

Klaus-Rainer Rupp, Abgeordneter der Linkspartei, warf die Frage auf, wohin es nach der Krise weitergehen, welche Ideen entwickelt und umgesetzt werden können. Wolfram Elsner führte aus, der Produktivitätsfortschritt bewirke, dass immer mehr Geld in die Arbeitsplatzerhaltung hineingesteckt werden muss, bis ins Absurde hinein. Er postulierte, das Nadelöhr der kapitalistischen Verwertung müsse endlich durchbrochen werden. Nach dreißig Jahren Neoliberalismus haben die Herrschenden ihre Schockstrategien gelernt, und auch ein einfaches Aussitzen der Krise führt nicht dazu, dass sie verlieren! – Nach einer Pause teilten sich die etwa Hundert Anwesenden in sechs Arbeitsgruppen auf. Ich stand nun vor der Qual der Wahl, weil die Themen alle so spannend waren, und ordnete mich der „Ausbildungssituation junger Menschen in Bremen“ zu und der Frage „Was soll aus meinem Kind werden?“

Zunächst hielt Jens Herrmann, Teamleiter für die Unterfünfundzwanzigjährigen von der Agentur für Arbeit in Bremen-Mitte, einen Vortrag über Maßnahmen der Bagis und schien mit seiner Tätigkeit sehr zufrieden zu sein. Wir äußerten Zweifel anhand der Zahlen, ob das Übergangssystem wirklich weiterqualifiziert, die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen verbessert, oder nicht eher eine bloße

Warteschleife darstellt, um zu verdecken, dass bei Weitem nicht genügend Ausbildungsplätze vorhanden sind. In Bremen fehlen hochgerechnet 40 Prozent! Volker Schmidt referierte über das Ausbildungssystem in Deutschland und im Lande Bremen. Er benannte die drei Pfade der beruflichen Bildung: das duale Ausbildungssystem, das Schulberufssystem, das Übergangssystem. Die Berufsbildung ist die Eintrittskarte in das Berufsleben, immer mehr junge Menschen haben ohne Hauptschulabschluss oder mit einem schlechten keinen Zugang zu ihr. Betriebe klagen über die „mangelnde Ausbildungsfähigkeit“ der Schulabgänger. Dabei drängt sich der Eindruck einer interessenpolitischen Diskussion auf, die von der Unterversorgung mit Ausbildungsplätzen ablenken soll. In Bremen sind 20 Prozent aller Unterfünfundzwanzigjährigen Bezieher von ALG II. Sie leiden unter Perspektivlosigkeit und darunter, dass Beratung zur Bevormundung wird.

Dem Beitrag von Frank Borris entnahm ich voller Entsetzen, was sich die neoliberale Reformkonzeption für das berufliche Ausbildungssystem ausgedacht hat. Nach dem Europäischen Qualifizierungsrahmen soll ein Rahmen zur Beschreibung von Kompetenzen ausgearbeitet werden, der auf acht sogenannten Niveaustufen sämtliches Können in allen Berufen und Techniken abstrakt beschreibt. Die unterste Stufe entspricht dem ungelernten Arbeiter, die oberste dem Professor. Alle bisherigen Abschlüsse sollen in dieses System eingeordnet werden. Was jemand für Erfahrungen in seiner Ausbildung machte, ist nicht maßgeblich, sondern ausschließlich, was er zu einem bestimmten Zeitpunkt abliefert. Alle vorhandenen Ausbildungen werden in Module filetiert – ein Frontalangriff auf die Ganzheitlichkeit von Berufsausbildungen dar. Von den jungen Menschen wird erwartet, dass sie sich ihre Module in ganz Europa einsammeln, flexibel sind und dabei natürlich so wunderbar beziehungslos. Bildung wird privatisiert, zu einer Ware gemacht, die handelbar ist. Kinder von ALG-II-Beziehern bekommen dann wahrscheinlich nur Gutscheine der unteren Kategorie, und wenn sie schweißen können, reicht das ja wohl, um sich damit selbst zu ernähren. Prekarisierung für alle, die nicht zur Oberschicht gehören? Wir fordern mehr Chancengleichheit für eine umfassende Ausbildung für alle, ohne sie in Module zu zerhacken!

Leider war die Zeit zu knapp, um alles befriedigend vertiefen und ausdiskutieren zu können. Wir trugen die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammen. Die AG „Von der Repression zum Recht“ möchte von den erfolgreichen „Zahltag“-Einsätzen der „Kölner Erwebslosen in Aktion“ lernen (von denen ein Vertreter anwesend war), die Profiteure der Armut benennen (zum Beispiel die „Diakonie“), das Lohnabstandsgebot kippen, das Regelsatzsystem überwinden, Alternativen zur Arbeitsgesellschaft entwickeln. Eine andere AG forderte, dass auch in Bremen ein öffentlicher Beschäftigungssektor als Schlüsselprojekt wie in Berlin ausgebaut wird, der eine angebliche Armutsfestigkeit bei einem Gehalt von 1.300 Euro brutto monatlich für eine Einzelperson bedeuten würde. Der soziale Zusammenhang muss bestärkt werden, weil eine Existenzsicherung mit den profitorientierten Interessen der Beschäftigungsträger kollidiert. Inga Nitz hielt die Schlussworte, und es ist für mich beruhigend, dass wenigstens die Bremer Linkspartei an

der Forderung festhält, die Hartz-Gesetze mit ihren die Betroffenen drangsalierenden und verunsichernden Instrumentarien abzuschaffen. Denn in der Tat brauchen die Menschen einen Rettungsschirm und nicht die verfressenen Banken!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Radikale Stimmung unter Arbeitslosen: In Deutschland könnte ein Wutstau ausbrechen *(„Berliner Zeitung“)*

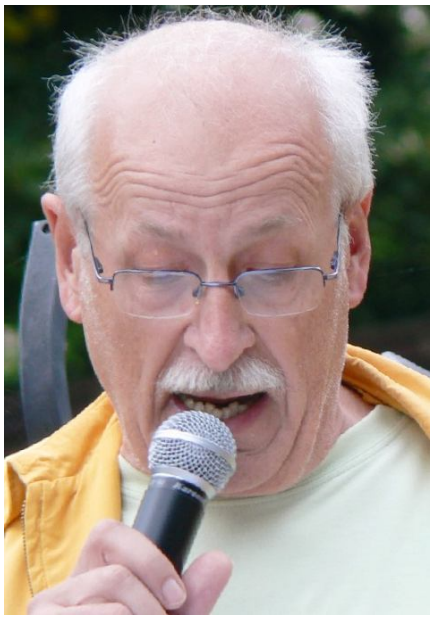
„Anrechnungsfreies Einkommen“: SPD will „Abwrackprämie für Hartz-IV-Empfänger“ *(„Bild“-Zeitung)*

Bauskandal: Bremen. In einem Neubau des Berufsförderungswerks Friedehorst in Lesum sind am Mittwoch, dem 22. April 2009, sechs Menschen mit einem Fahrstuhl abgestürzt, der sich aus seiner Verankerung gerissen hatte. Nur die Abfangvorrichtung verhinderte ein Unglück. Die Betroffenen blieben stundenlang eingeschlossen. *(Augenzeugenbericht)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

228. Bremer Montagsdemo am 27. 04. 2009

Also Lohnsklaven brauchen Sie, Herr Hundt!



Kaum fängt die Politik an, etwas für Normalbürger zu machen, schon meldet sich mit einem Aufschrei ein gewisser Herr Hundt zu Wort und warnt vor einem „Rückfall in alte Zeiten“. Ich zitiere aus dem heutigen „Weser-Kurier“: „Es muss vermieden werden, dass damit ein neuer Weg in die Frühverrentung geschaffen wird“. Hat dieser Mann überhaupt je etwas aus einer angeblichen Krise gelernt? Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall: Er sucht immer noch nach den falschen Verursachern! Mit keinem Wort erwähnt er die Verantwortung der Wirtschaft, sondern plädiert weiterhin dafür, dass die Menschen für noch weniger Geld arbeiten sollen. Wenn das Geld nicht ausreicht, bürden wir es eben dem Steuerzahler auf!

Gleichzeitig beklagt er sich darüber, dass unser „Sozialstaat“ zu teuer sei. Keine Angst, Herr Hundt: Wir haben Sie schon lange durchschaut und machen Sie auch freundlicherweise seit Jahren auf diese Widersprüchlichkeit aufmerksam! Wir wissen genau, was Sie mit Ihrer heutigen Aussage bezwecken wollen: Sie brauchen auch in Zukunft Lohnsklaven! Dass aber unsere Bevölkerung durch diese Politik immer mehr verarmt, schert Sie einen Dreck. Wie gesagt: nichts dazugelernt! Damit Sie es aber doch irgendwann kapieren, ein bisschen Nachhilfe für Sie und Ihresgleichen.

Wenn es in Zukunft immer mehr Menschen gibt, die auf die Straße gesetzt werden und verarmen, wird natürlich auch ein soziales Netz noch teurer! Das hätte die Industrie schon lange verhindern können, indem sie ordentliche Löhne zahlt und Wort hält, für gewisse Zugeständnisse Arbeitsplätze zu schaffen. Das wollten Sie aber gar nicht, wie die Beispiele Leiharbeit und Ein-Euro-Jobs zeigen, und natürlich wollen Sie auch keinen Mindestlohn! Im Gegenteil, Sie drücken die Löhne, wo Sie nur können, und sorgen nur für vermehrtes Verdrängen normaler Arbeitsverhältnisse!

Sie scheinen es immer noch nicht begriffen zu haben: Wenn wir Normalbürger nichts mehr kaufen können, dann gehen auch Sie irgendwann baden. Darum lieber die Kurzarbeit als gar keine Arbeit, Herr Hundt! Ich hoffe in unser aller Interesse, dass niemals eintritt, wovor jetzt auch die Gewerkschaften warnen, soziale Unruhen nämlich, deren Vorboten man in unseren Nachbarländern schon erkennen kann. Leute, tut euch selbst den Gefallen, geht alle zur Europawahl und stärkt damit den Rücken der Parteien, die gegen den sogenannten Raubtierkapitalismus vorgehen! Die Europäische Union ist schließlich nicht mehr wegzudenken, und aus Brüssel wird auch in der Zukunft immer mehr die Politik gestaltet.

Udo Riedel (parteilos)

Von diesem Abend muss ein Signal ausgehen!

„Nein zum Monsterknoten, nein zur Querspange. So nicht! Aber ja zur Tunnellösung“ stand auf dem Transparent, das an der Stirnseite des großen Sankt-Markus-Gemeindesaals prangte. Diese Kirche im vorderen Kattenturm steht übrigens wegen ihrer eigenen Betroffenheitssituation voll auf unserer Seite. An den Fenstern klebten zahlreiche Din-A-3-Blätter mit der Aufschrift „Wir sind das Volk!“

Entsprechend kämpferisch war im Saal die Stimmung der etwa 300 Anwohner(innen), die am 28. April 2009 dem Aufruf der „Bürgerinitiative für eine menschengerechte A281“ gefolgt waren. Wobei sich mir die Frage stellt, was an einer Autobahn überhaupt „menschengerecht“ sein kann! Einige Tage zuvor hatte es bereits eine Demo mit ebenfalls gut 300 Beteiligten auf der Kreuzung Neuenlander Straße/Kattenturmer Heerstraße gegeben.

Eingeladen waren unter anderem Martin Güldner (Grüne), Karsten Sieling (SPD) und Georg Arndt („Die Linke“), die der Initiative Rede und Antwort stehen mussten. Die „Tageszeitung Bremen“ schreibt am 30 April 2009 anerkennend: „Wie Volkstribune luden die Sprecher der Bürgerinitiativen die Fraktionssprecher regelrecht vor. In einer faszinierenden Weise führen sie den Politikern auch vor, wie deren Verwaltung in Bremen funktioniert.“

Die Sprecher Norbert Breeger und Jens Körber schilderten zuvor noch einmal eindringlich das wahnwitzige Planungschaos im Zusammenhang mit der A281, das im Bauabschnitt 2.2 das völlig unsinnige Betonmonstrum und die „Querspange“ nach Brinkum direkt vor unserer Haustür vorsieht. Diese Planung habe Sys-

tem, schreibt die „Tageszeitung“ weiter. Offensichtlich sei das verkehrspolitische Durcheinander bewusst provoziert worden, weil sich nur so der „Monsterknoten“ rechtfertigen lasse. Die eingeladenen Politiker betonten, dass ihre Fraktionen in der Bürgerschaft die bestehenden Planungen ebenfalls nicht gutheißen könnten, aber es wurde leider auch viel herumgeeiert.

Die Alternativen, die es durchaus gibt, wurden ebenfalls ausführlich diskutiert. Die Klagen gegen das Monsterprojekt sollen bis Mitte Mai auf den Weg gebracht werden, und im Mai wird es zur nächsten Senatssitzung auch einen „Besuch im Rathaus“ geben. „Von diesem Abend muss ein Signal ausgehen“, betonten Breeger und Körber, die gleichzeitig eine Spendensammlung organisiert haben. Die Chancen für eine gerichtliche und politische Ablehnung stehen nicht schlecht, weil der Widerstand zunehmend vernetzt wurde und in letzter Zeit enorm viel Fahrt aufgenommen hat. Hoffen wir, dass das so bleibt!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

500.000 Menschen bei Mai-Demo: Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse ist nicht dafür da, den maroden Kapitalismus zu verteidigen *(„Rote Fahne“)*

An die Vertrauensleute der IG Metall bei Mercedes-Benz in Bremen

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gehört, dass der Vorstand des Daimler-Konzerns zwei bis drei Milliarden Euro an „Personalkosten“ einsparen will. Geplant sind die Verkürzung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich, die Streichung der betrieblichen Zulage zur Kurzarbeit, die Verweigerung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes, die Verschiebung der Tariferhöhung für 2009 und die Nichtübernahme von 20 Prozent aller Auszubildenden. Seit Beginn der Krise wurden bereits die Arbeitsplätze von 2.500 Leiharbeitern und ebenso vielen befristet eingestellten Kollegen vernichtet.

Ihr sollt verzichten, damit „in neue, spritsparende Modelle investiert werden kann und Entlassungen vermieden werden“ (Vorstandsvorsitzender Zetsche am 2. April 2009). Aber viele Belegschaften wie bei Nokia oder Opel wissen, dass Verzicht keinen Arbeitsplatz rettet. Wenn ihr dem Vorstand heute den kleinen Finger reicht, wird er morgen die ganze Hand wollen! Die Arbeiter und Arbeitslosen sind nicht die Verantwortlichen für die größte Wirtschaftskrise aller Zeiten. Die Konzerne und Banken haben mit ihrer Profitgier die Krise verursacht – sie sollen auch die Lasten tragen!

Die Montagsdemonstration ist eine bundesweite Solidaritätsbewegung, die seit über vier Jahren jeden Montag gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialab-

bau auf die Straße geht und ihre Stimme erhebt. Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitslose und Arbeitende gemeinsam für ihre Interessen kämpfen. So könnte zum Beispiel die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich Millionen neuer Arbeitsplätze schaffen. Finanzierbar ist dies schon längst durch die Milliardengewinne der Konzerne in den letzten Jahren.

Wir haben 2007 auch die Lokführer in ihrem Streik solidarisch unterstützt. Wir laden euch herzlich ein, uns zu besuchen und über eure Situation auf unserer Demonstration zu berichten (jeden Montag ab 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz)! Wir werden uns natürlich auch an der gewerkschaftlichen Demonstration zum 1. Mai beteiligen. Vielleicht gibt es die Möglichkeit, dort persönlichen Kontakt zu knüpfen und sich kennenzulernen? Mit solidarischen Grüßen!

Initiative Bremer Montagsdemo

Chrysler ist pleite: Gewerkschaft kürzt Löhne und übernimmt Mehrheit beim Autobauer *(„Spiegel-Online“)*

Mit Billigkräften und Überstunden weiter rein in die Krise

1. DGB-Chef Michael Sommer zeichnet ein düsteres Bild von der Lage in Deutschland und warnt vor sozialen **Unruhen**. Sollte es angesichts der Krise zu Massenentlassungen kommen, sei das eine Kampfansage an die Belegschaften und die Gewerkschaften. Er forderte, dass vom Konjunkturgipfel im Kanzleramt ein Signal ausgehen müsse, dass Bundesregierung und Wirtschaft alles täten, um die Beschäftigung zu sichern, und dass die Krise nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden dürfe. (Auf welchem wohl sonst, wenn der Rettungsschirm nur über die monströsen Banken gehalten wird?) Wirtschaftsforscher sagen für 2009 einen Konjunktureinbruch von rund sechs Prozent voraus. Die Bundesregierung ging in ihren Prognosen bis vor Kurzem allen Ernstes noch von minus 2,25 Prozent aus. Neben dem DGB erneuerten vor dem Gipfel auch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi sowie die IG Metall ihre Forderung nach einem neuen Konjunkturpaket. Dieses müsse einen Umfang von 100 Milliarden Euro haben. Unternehmerverbände lehnten dies ab, pochten aber ebenfalls auf weitere Hilfen. So müsse es eine Erleichterung bei den Arbeitskosten geben. Wie, schon wieder?

Wenn der oberste Arbeitnehmerführer auf den Tisch haut, „zittern“ Politik und Wirtschaft vor Lachen, und wir dürfen uns schon auf den „heißen“ Herbst freuen. Oder war der nicht schon? Vielleicht gibt es diesmal nur einen Beutel voll mit heißer Luft. Dem DGB ist es bestimmt ernst, doch offenbar anders, als wir uns das wünschen. Schließlich laufen ihm die Mitglieder weg, und er hofft nun mit einer sozialen Komponente wieder ins rechte Lot zu kommen. Auch wenn der „Deutsche Städte- und Gemeindebund“ angesichts deutlich sinkender Steuereinnahmen Kürzungen bei den Sozialleistungen in Aussicht stellt und postuliert, dass es staatliche Leistungen künftig nur noch geben dürfe, wenn das Geld dafür auch tatsächlich da sei, kann zur Beruhigung gesagt werden, dass diese Einschränkung selbstverständlich nur den Sozialleistungen für Menschen vorbehalten ist. Schmarotzenden Banken dürfen hingegen natürlich weiterhin Milliarden als Schutzschirm in den Allerwertesten geblasen werden! Wie gut, dass wenigstens Bundespräsident Köhler davon überzeugt ist, dass die Demokratie in Deutschland feste Wurzeln habe. Als ehemaliger Banker weiß er ja sicher ein Lied davon zu singen. Wahrscheinlich spricht er dabei eher von den Radieschenwurzeln als von denen einer deutschen Eiche.

2. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten wohl in ihrem Frühjahrsgutachten für dieses Jahr einen deutlich stärkeren **Konjunktureinbruch** als bislang angenommen. Die Folgen der Wirtschaftskrise werden langsam sichtbar. Mehrere Nachrichtenagenturen berichteten, dass das deutsche Bruttoinlandprodukt etwa um sechs Prozent schrumpfen werde. Für den Arbeitsmarkt bedeute das den Prognosen zufolge in diesem Jahr einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf durchschnittlich 3,7 Millionen. 2010 sei im Schnitt sogar mit 4,7 Millionen Arbeitslosen zu rechnen. Tatsächlich dürften es jedoch weitaus mehr sein, wenn jetzt bereits 346.000 Menschen Kurzarbeitergeld beziehen und immer mehr Zeitarbeiter und prekär Beschäftigte ihre Kündigungen erhalten werden. Ansonsten sollten endlich mal die euphemistischen rosa Sonnenbrillen abgenommen werden!

3. Nach dem ganzen Palaver über Krise, Rezession, Insolvenz und so weiter fürchten Wirtschaftsexperten soziale Unruhen. Wirtschaftsforscher Max Otte prognostiziert Massenarmut und explodierenden Sozialausgaben bald auch in Deutschland. Aber Herr Otto fand die adäquate Lösung dazu: Durch ein **Reiseverbot** könnten die 40 Milliarden Euro, die von Deutschen im Ausland ausgegeben werden, im Inland behalten werden. Sollen wir zugunsten des Staates auf unseren Urlaub verzichten? Da muss wohl das Wir mal näher definiert werden, denn *das* machen *wir* Aufstocker und Dumpinglöhner doch längst, weil unser Lohn leider nicht dazu ausreicht, Geld zum Verreisen anzusparen. Wir machen Urlaub auf Balkonien oder an der Costa Werdersee! Aber insgesamt ist es nicht einzusehen, für die Dummheit anderer blechen zu sollen, während die Dummheit Verursa-

chenden weiterhin ihre hohen Gehälter bekommen. Wenn ich weiterdenke, könnte aus einem Reiseverbot ein Ausreiseverbot werden. Und wann kommt dann die Mauer?

4. Im kommenden Jahr könnte zum ersten Mal seit 50 Jahren die Rente gekürzt werden. Der Hauptgrund dafür ist die steigende Kurzarbeit, weil sie die Brutto-Lohn- und Gehaltssumme drückt, auf deren Basis die Altersbezüge berechnet werden. In diesem Jahr werden die Renten noch „kräftig“ angehoben, weil 2008 die maßgebliche **Lohnsumme** „deutlich“ wuchs, im Westen um 2,41 Prozent, im Osten sogar um 3,38 Prozent. Ihr gegenwärtiges Sinken hätte auch die erwarteten negativen Auswirkungen auf die Hartz-IV-Regelsätze. Doch gewählt wird im September, und bis dahin kann natürlich für ein paar Monate so getan werden, als sollte es den finanziell Schwachen in unserer Gesellschaft ein wenig besser gehen dürfen! Hingegen war es nicht als Aprilscherz gemeint, als die Abgeordneten von CDU, SPD und FDP in einer ersten Lesung für eine Beibehaltung der automatischen Anpassung ihrer Diäten an der Reallohnentwicklung bis 2013 plädierten. Arbeitsminister Olaf Scholz will nunmehr Rentenkürzungen per Gesetz „für alle Zeiten“ ausschließen.

5. Letzte Woche berichtete der „Weser-Kurier“ von einem Pilotprojekt, das aus Arbeitslosen „Betreuungsassistenten“ macht. Binnen sieben Wochen sollen die Probanden geeignet sein, sich für ergänzende Assistenztätigkeiten einsetzen zu lassen. Selbstverständlich geht es nicht darum, Billigkräfte in die **Pflege** zu holen, nein, denn die Betreuungsassistenz ist ein vollkommen neuer Berufszweig! Schließlich bedeutet es etwas ganz anderes, sich um Demente zu kümmern, als alte Menschen zu pflegen. Alte Menschen sind nicht mit alten Menschen gleichzusetzen! Aber das Gute ist ja gerade, dass die Dementen größtenteils in der Vergangenheit leben und gar nicht mitbekommen, wer sich wie um sie kümmert! Darum dürfen Hilfskräfte auf sie losgelassen werden, die keine dreijährige Ausbildung absolvieren müssen, sondern mit dem Schnelldurchgang einer „Qualifizierung“ vorlieb nehmen dürfen. Für mich ist es jetzt schon klar, dass diese Betreuungsassistenten kaum nur die Tätigkeiten ausführen, für die sie „ausgebildet“ wurden! Vermutlich werden sie schon recht bald in den normalen Betriebsablauf eingegliedert. Weil es wieder billige Arbeitskräfte sind, wird sicher nicht mehr nachgefragt, was sie eigentlich nur erledigen müssen. Ausbaden dürfen dies die zu Betreuenden und die in Schichtarbeit mit circa 1,000 Euro unanständig wenig Verdienenden. Wer lange genug arbeitete, erhält dann ein Arbeitslosengeld, das um satte 30 Euro über dem ALG II liegt!

6. Jede Woche kommen nun weitere Ausbeutungsschweinereien in Supermärkten ans Tageslicht. Dieses Mal ist von Netto die Rede. Ein Filialleiter hat ausgepackt und berichtet, dass beim zweitgrößten Discounter-Unternehmen unbezahlte **Überstunden** systematisch einkalkuliert werden. In seinem Markt wurden

unbezahlte Überstunden nach Feierabend sogar schriftlich angeordnet. Dabei ist es rechtswidrig, wenn einkalkulierte Überstunden nicht bezahlt werden! Gewerkschafter beobachten bei Netto immer häufiger Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz, aber auch katastrophale Arbeitsbedingungen. Für Verdi gehört diese Discounterkette zu den „schlimmsten“ der Branche. Netto weigert sich, die Tarifverträge des Einzelhandels zu akzeptieren, und zahlt Löhne „in Anlehnung an die Verträge“. Für die betroffenen Kolleginnen – es sind hauptsächlich Frauen – führt das häufig dazu, dass sie quasi für die Hälfte des ihnen zustehenden Geldes arbeiten.

Natürlich spricht die Leitung von „Einzelfällen“ und davon, dass Marktleiter und deren Stellvertreter ein höheres Arbeitsvolumen als Kassierer hätten, das mit einer monatlichen übertariflichen Extrazulage abgegolten werde. Solch eine Extrazulage hat besagter Filialleiter aber nie bekommen. Im sachsen-anhaltischen Landesamt für Verbraucherschutz melden sich oft erschöpfte Verkäuferinnen und Verkäufer. Das Amt ahndet solche Verstöße gegen die Arbeitszeit und schickt deswegen stichprobenartig Kontrollen zu Discountern. Im vergangenen Jahr wurden über drei große Supermarktketten Bußgelder verhängt, weil dort Schichtpläne und Aufzeichnungen gefälscht und Mitarbeiter verpflichtet wurden, Stillschweigen zu bewahren – ein geeignetes Rezept, um Angst zu erzeugen. In der Discounterhierarchie werden Druck, Stress und Frustration von oben nach unten weitergegeben. So traut sich auch kaum ein Mitarbeiter, öffentlich über die Arbeitsbedingungen bei Lidl, Netto und Konsorten zu reden. Zu groß ist die Angst, den Job zu verlieren. Und sei er noch so besch...eiden.

7. In Wiesbaden kritisieren zwei Gewerkschaftler den Einsatz von Ein-Euro-Jobbern bei der Stadtverwaltung und in öffentlichen Einrichtungen. Sie hätten unwiderlegbare Beweise dafür, dass diese massenhaft und systematisch als billige Arbeitskräfte ausgebeutet würden. Reguläre Stellen würden mit den Billigjobbern besetzt und das Handwerksrecht missachtet! Auf diese Weise seien in Wiesbaden insgesamt rund 500 versicherungspflichtige Arbeitsplätze durch den Einsatz von Ein-Euro-Jobbern direkt oder indirekt vernichtet worden. Diese Zahl sei aus einer gründlichen Analyse der Beschäftigungsentwicklung bei der Stadtverwaltung und öffentlichen und kirchlichen Einrichtungen über die letzten Jahre ermittelt worden. Allein bei der Stadt seien insgesamt 90 feste Stellen verschwunden.

Die dort verrichtete Arbeit – etwa in den Bereichen Grünflächenpflege, Hausmeisterdienste in Schulen und Bürgerhäusern, Aushilfen in Küchen und Kindertagesstätten – sei inzwischen von Ein-Euro-Jobbern übernommen worden. Diese werden zu 95 Prozent als billige Arbeitskräfte ausgebeutet und nur zu fünf Prozent qualifiziert! Die beiden Gewerkschafter erklärten, wer eine solche Maßnahme absolviert habe, sei entgegen den Behauptungen der Befürworter der Hartz-Gesetze stigmatisiert und habe deswegen hinterher *weniger* Chancen am ersten Arbeitsmarkt. Obwohl gerade bei der Stadt und deren Tochtergesellschaften der Missbrauch durch gesetzwidrige Arbeitsgelegenheiten am massivsten sei, rea-

giere die Politik auf die konkreten Vorwürfe kaum und verharmlose die Zustände. Dabei zeigten Städte wie Leverkusen und Frankfurt am Main, dass **Ein-Euro-Jobs** durch öffentlichen Druck durchaus in größerem Umfang in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse nach Tarif umgewandelt werden könnten. Aber das scheint politisch nicht gewollt zu sein.

8. Das „Gisela-Vogel-Institut für berufliche Bildung“ setzt in seinen Schulungsräumen Videokameras zur Überwachung auch während des Unterrichtes ein. Durch die enge Zusammenarbeit mit der Arge ist dieses Unternehmen zu einem der größten profitorientierten Bildungsträger in Bochum geworden und bekommt jährlich mehrere Hundert Teilnehmer finanziert. Auf eine Anfrage der „Sozialen Liste“ bei Stadtverwaltung und Arge wurde die **Videoüberwachung** wieder mal als „Einzelfall“ beschrieben. Die Maßnahme sei nicht mit der Arge abgestimmt worden. Der Datenschutzbeauftragte der Stadt Bochum schreibt in einer Stellungnahme, dass für die im Institut durchgeführte Videobeobachtung keine gesetzliche Grundlage vorhanden ist, bedeute nicht zwingend, dass die Videobeobachtung unzulässig sei. Kaum zu glauben! Weiß der Mann, warum er seinen Beruf ausübt? Er rechtfertigt solche Maßnahmen als „Diebstahlschutz“, wohingegen es sich aus Sicht der „Sozialen Liste“ bei der Videoüberwachung von Schulungsräumen während des Unterrichts um eine „skandalöse, menschenverachtende Maßnahme“ handle, die an Orwells Visionen aus „1984“ vom Überwachungsstaat erinnere. Hier müssen Erwerbslose mal wieder unter Generalverdacht gestellt werden, und der sogenannte Datenschützer scheint die Daten der ALG-II-Bezieher nicht für schützenswert zu halten. Das ist nicht mehr hinnehmbar! Ob ich einen verwanzten Schulungsraum betreten würde, weiß ich ja nicht. Müssen wir uns jetzt immer vorher umgucken, bevor wir einen solchen Raum betreten?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die **MLPD** lädt ein zum „**Tanz in den Mai**“ am **Donnerstag**, dem **30. April 2009**, ab **19 Uhr** im „Kuss Rosa“, Buntentorsteinweg 143 (Haltestelle „Kirchweg“ der Linien 4 und 5). Eine Stunde später beginnt eine ebenso benannte Veranstaltung des **DGB** im Gewerkschaftshaus.

Die Bremer Montagsdemo ruft mit auf zur Teilnahme an der **Demonstration** des **DGB** zum „**Tag der Arbeit**“ am **Freitag**, dem **1. Mai 2009**. Sie beginnt um **11 Uhr** am **Osterdeich** (Sielwall). Bei der **Kundgebung** ab **12 Uhr** auf dem **Domshof** spricht unter anderem **Michael Sommer** zu Fragen der **sozialen Unruhe**. Um **13 Uhr** beginnt auf dem **Marktplatz** die „ **Euromayday Parade**“ unter dem Motto „**Her mit dem schönen Leben**“.

Notleidende erhalten mehr Unterstützung: 320 Euro für Bremer Senator(inn)en, acht Euro für Hartz-IV-Opfer *(„Weser-Kurier“)*

Hätt ich einen Hammer

(Refrain:)
Hätt ich einen Hammer
’nen Hammer früh am Morgen
’nen Hammer spät am Abend
Und die ganze Nacht

Dann würde ich euch sagen
Es geht euch an den Kragen
Ich hau euch in den Magen
Mit den Brüdern und Schwestern, aha
Hier im ganzen Land *(Refrain)*

Ich würde euch verjagen
Zur Not bis Kopenhagen
Das wird euch nicht behagen
Bei den Brüdern und Schwestern, aha
Hier im ganzen Land *(Refrain)*

So werde ich es wagen
Und es nicht mehr vertagen
Das müsst ihr dann ertragen
Bei den Brüdern und Schwestern, aha
Hier im ganzen Land *(Refrain)*

Es wird euch nicht behagen
Ich werd nicht lange fragen
Ich werf aus allen Lagen
Mit den Brüdern und Schwestern, aha
Hier im ganzen Land *(Refrain)*

Ihr werdet euch beklagen
Über diese Plagen
Ich werde nicht versagen
Mit den Brüdern und Schwestern, aha
Hier im ganzen Land *(Refrain)*

Ich werd euch überragen
Ihr und eure Blagen
Sollt euch mit mir vertragen

Und den Brüdern und Schwestern, aha
Hier im ganzen Land

Henk „Skurrilio“ Dijkstra – Melodie: „If I Had A Hammer“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

229. Bremer Montagsdemo am 04. 05. 2009

Heiße Luft

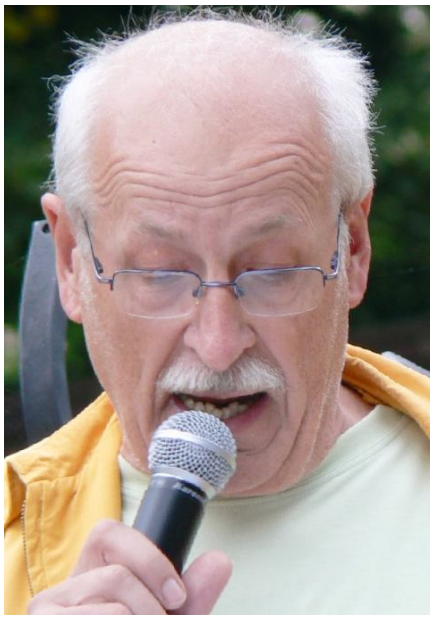
Auf meinem heutigen Weg zum Marktplatz sind mir die Slogans auf den Plakaten der SPD aufgefallen – das sollen sie wahrscheinlich auch. Dort heißt es: „Finanzhaie würden FDP wählen“, „Heiße Luft würde ‚Die Linke‘ wählen“ und „ Dumpinglöhne würden CDU wählen“. Die Kreation dieser Slogans ist der SPD sicherlich nicht sehr schwergefallen – beschreiben sie doch die eigenen Mankos der SPD, die durch die Agenda-2010-Politik der vergangenen Jahre für Niedriglöhne und die Bevorzugung von Finanzhaien gesorgt hat! Schade nur, dass die SPD für die Europawahl nicht mit einem eigenen Profil aufwarten kann und es nötig zu haben scheint, ihre Mitbewerber zu diskreditieren. Und wenn heiße Luft sich dazu bewegen lässt, ihr Kreuzchen bei der SPD zu machen, brauchen sich andere Parteien um ihre reellen Wählerstimmen keine Sorgen zu machen!

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Eigentum verpflichtet: Wer vermögend ist, muss entweder Arbeitsplätze schaffen – oder die Arbeitslosigkeit finanzieren *(Grundgesetz)*

Chaos hoch drei

Auch dieses Mal war ich einer der 7.000 Maidemonstranten in Bremen. Die Rede von Herrn Sommer könnte mir übrigens gut gefallen, wenn sie denn auch noch Taten folgen lassen würde – solche, die der Demokratie würdig sind, also gewaltfreie. Was ich allerdings am folgenden Tage im Fernsehen sah, löste bei mir nur noch Kopfschütteln aus. So etwas schadet nicht nur der Demokratie, sondern auch unserem schönen Land! Doch nun wird sich wieder einmal über die Auswirkung aufgeregt und nicht über die Ursache. Die wird weiter verdrängt, und einen Sündenbock hat man jetzt auch.



Wenn ihr Politiker wirklich auf die Meinung der Bevölkerung Rücksicht nähmet, hatte man bestimmt so ein Scheißszenario verhindern können. Seit Jahrzehnten sind doch die Zustände bekannt – Armut, Chancenungleichheit –, und seit Jahren machen wir von der Montagsdemo euch friedlich auf diese Ursachen aufmerksam. Wie sagte Herr Sommer doch so treffend: „Ich warne vor sozialen Unruhen!“ Herr Sommer, das machen wir von der Montagsdemo schon seit Jahren, aber es gibt keine Reaktion seitens der Politik!

Wenn das in Berlin ein Ausrutscher war, dann schlaft mal ruhig weiter, ihr Politiker und ihr von der Wirtschaft, und wenn euch das nichts zu denken gibt, vergesst nicht: Eine Politik, die nicht dem gesamten Volke dient, wird eben nicht mehr gewählt! Ein Volk ohne vernünftige Regierung mag ich mir jetzt nicht vorstellen: Chaos hoch drei! Das haben bestimmt nicht die Kritiker von euch Politikern und unsozialen Wirtschaftsbossen zu verantworten. Gewaltanwendung erzeugt nur wieder Gewalt, und die wollen wir doch hoffentlich nicht! Also weg mit ihren Ursachen, weg mit Armut und her mit Chancengleichheit für alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen, weg mit Agenda 2010, auf dass die Vernunft siege und wir alle in Frieden miteinander auskommen!

Udo Riedel (parteilos)

Die Vernebelung der Gehirne

1. Die Begeisterung mancher Kommentatoren über die **Maikundgebungsrede** von Michael Sommer kann ich nicht nachvollziehen. Starke Worte machen noch keine neue Politik! Wenn er zum Beispiel die Bankmanager „gierige Männer“ nennt und ausruft „Wir lassen uns nicht die Hirne vernebeln“, dann klingt das für mich wenig überzeugend. Gehört er doch selber nicht gerade zu den Ärmsten!

Politik und Gewerkschaften hätten „einen ganz guten Job gemacht“, um die Menschen vor der Krise zu „schützen“. Welche Menschen, die Milliardäre? Bisher sahen wir nur die „Schutzschirme“ für die Großbanken und Konzerne! Fragen Sie doch mal die Hartz-IV-Betroffenen, all die prekär Beschäftigten, die Leiharbeiter(innen), ob die das mit dem „guten Job“ genauso sehen, Herr Sommer!

Sie fordern zwar unter anderem, dass die Verursacher mit ihrem Privatvermögen haften sollen, Sie fordern eine Börsenumsatzsteuer, eine deutliche Erhöhung der Erbschaftsteuer und die volle Versteuerung von Kapitalerträgen. Sie fordern auch eine Aufstockung der Hartz-IV-Regelsätze. Das klingt erst mal alles gut – aber nur vordergründig! Sie legen sich weder auf einen Zeitpunkt, noch auf konkrete Prozentzahlen oder Summen fest. Beim Mindestlohn ist es genauso, auch hier bleiben Sie vage und unverbindlich!

Eine „Vernebelung der Gehirne" sehe ich in *Ihrer* Rede, um die Mitglieder bei der Stange zu halten, und vor allem sehe ich darin eine indirekte Wahlkampfhilfe für die SPD! Es reicht auch nicht, für die Bildung nur mehr Geld auszugeben. Dazu gehört viel mehr! Wir brauchen ein umfassend neues, menschengerechtes Bildungssystem – wie in Finnland beispielsweise –, das stressfrei funktioniert, niemanden ausgrenzt und niemanden privilegiert! Berufsfremde Aushilfslehrer auf Ein-Euro-Basis sind ein völlig falsches Signal! Und vor allem in den Schulen keine Werbung für die Bundeswehr! Zum Thema Rüstung und Kriegseinsätze haben wir von Ihnen leider auch nichts gehört.

Pseudo-kämpferisch sind Sie gegen die neoliberale Politik losgesprungen, Herr Sommer, aber es ist anzunehmen, dass Sie schon bald als „Bettvorleger“ in den berühmten Berliner Kungelrunden landen werden!

2. Dort wird auch manch fettes **Rüstungsgeschäft** eingefädelt. Meist mit von der Partie ist der Bremer Werftenchef Friedrich Lürssen, Vorsitzender des Ausschusses „Verteidigungswirtschaft“ im „Bundesverband der Deutschen Industrie“. So wurden zum Beispiel 2008 alle derzeitigen und zukünftigen Kriegsschiffsaufträge in einer „Gemeinsamen Erklärung“ des Rüstungsministeriums mit dem BDI unter Federführung Lürssens abgesprochen! Noch zu Schröders Zeiten sind fünf Korvetten vom Typ K130 für die Bundesmarine geordert worden. Sie wurden von Lürssen gemeinsam mit den Firmen Thyssen-Nordseewerke und Blohm & Voss gebaut und lösen die langsam veraltenden Schnellboote ab. Die „Braunschweig“ und die „Magdeburg“ sind bereits im Besitz der Bundeswehr.

Alle fünf Korvetten verfügen über die allermodernste Bewaffnung. Es handelt sich dabei unter anderem um den deutsch-schwedischen Marschflugkörper RBS15-MK3 mit einer Reichweite von 200 Kilometern, der nach Herstellerangaben sogar auf 400 Kilometer ausgedehnt werden kann. Damit werden beispielsweise sämtliche Hauptstädte der Küstenländer Afrikas und sogar die Städte Damaskus und Pjöngjang beschießbar. Der Sprengkopf enthält 200 Kilogramm TNT, und die Zielgenauigkeit liegt im Meterbereich. Marineinspekteur Wolfgang Nolting schätzt, dass auf diese Weise 75 Prozent der Menschheit in den Zielbereich deutscher Korvetten gerät!

Die fünf Korvetten werden laut Streitkräfte-Konzeption zusammen mit anderen Kriegsschiffen den „Schnellen Eingreiftruppen“ von EU und Nato zugeordnet. Es wird sogar schon das Nachfolgeprojekt geplant: Die Korvette K131, die sich als noch teurer, noch effektiver und in ihrer Wirkung als noch verheerender erwei-

sen könnte. Sie ist laut aktuellem Bundeswehrplan für die Zeit nach 1916 vorgesehen. Veranschlagt sind die neuen Korvetten mit zurzeit etwa einer Milliarde Euro – vorläufig, denn es erscheint absehbar, dass sich die Kosten durch die zahlreichen Folgewirkungen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise und weiterer bisher nicht absehbarer Faktoren deutlich erhöhen können.

Noch dickere Geschäfte werden mit dem Fregattenbau gemacht. Konzeptionell sind Fregatten und Korvetten auf das Engste miteinander verbunden. Kriegsschiffskapitän Klaus Mannhardt entwarf schon Mitte der 1990er Jahre das Konzept, wonach die Korvette dem gesamten Einsatzverband ein Handlungsspektrum eröffnet, das den „Verbund des Überwasserkrieges von der hohen See bis in die Küste hinein verwirklichen kann.“ Die Lürssen-Werft war schon wesentlich am Bau der drei Fregatten F124 beteiligt. Die Teuerungsrate mitgerechnet, kostet jedes dieser Mordmonster etwa 733 Millionen Euro. Krisenhafte Entwicklungen wie in der übrigen Weltwirtschaft sind daher bei Lürssen kaum zu erwarten, denn auf die F124 folgt bereits die F125.

Diese Fregatten werden von einer „Arbeitsgemeinschaft F125“ gebaut, die aus Lürsssen und dem Werftenkonsortium TKMS besteht, einem Dach, unter dem die Werft HDW in Kiel und die beiden Thyssen-Krupp-Werften in Emden und Hamburg zusammengeschlossen sind. Sie bilden den europäischen Werftenverbund Thyssen-Krupp Marine Systems mit Zentrale in Hamburg. Die Kosten für die vier neuen Fregatten summieren sich derzeit auf insgesamt 2,7 Milliarden Euro, das heißt 675 Millionen Euro pro Schiff. Wie wir sehen, machen die norddeutschen Kriegsschiffswerften auch in diesen Krisenzeiten ungeheuerliche Profite!

(Der vollständige Artikel kann demnächst in der neu aufgelegten Broschüre „Rüstungsstandort Bremen“ nachgelesen werden, die pünktlich zu Beginn des Bremer Kirchentages erscheint.)

3. „**Für eine deutsche Friedenspolitik**“ lautet der Aufruf des „Bremer Friedensforums“ zu einer **Demonstration** während des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Bremen. Die Demonstration findet am **Samstag**, dem **23. Mai 2009**, statt. Sie wird um **11 Uhr** am **Ziegenmarkt** (Vor dem Steintor) beginnen. Für die Schlusskundgebung um 12 Uhr am Hillmannplatz hat als Hauptredner der Psychologe und Theologe **Eugen Drewermann** zugesagt. Das „Bremer Friedensforum“ ist auf dem Kirchentag unter anderem auch im „Diakonischen Dorf“ auf dem Liebfrauenkirchhof vertreten. Um 14:30 Uhr spricht Lühr Henken dort zum Thema „Rüstung in Bremen: Statt Waffen Brot für die Welt!“

Innensenator Ulrich Mäurer will die Obdachlosen für die Dauer des Kirchentages aus der Bremer Innenstadt vertreiben. Die „Bild“-Zeitung leistet als Hetzvehikel schon seit Tagen Beihilfe hierzu und bringt Ulrich Mäurer im Originalton: „ Die betrunkenen Obdachlosen müssen weg!“ Die „Bremer Bürgerinnen und Bürger gegen Obdachlosigkeit“ protestieren schärfstens gegen diese diskriminierende, unmenschliche und zutiefst unchristliche Willkür, die auch Jesus von Nazareth mit Sicherheit öffentlich angeprangert und verurteilt hätte!

Der Deutsche Evangelische Kirchentag in Bremen steht bekanntlich unter dem Motto „Mensch, wo bist du?“ Die Antwort von Geringverdiener(inne)n, Hartz-IV-Betroffenen und Obdachlosen könnte lauten: „Ihr werdet uns nicht finden, denn uns Arme habt ihr mit zu hohen Eintrittspreisen für eure Veranstaltungen ausgegrenzt und diskriminiert. Die Obdachlosen unter uns wurden aus der Stadt geworfen!“

Die Kirchentagsleitung sollte sich, wenn sie glaubwürdig bleiben will, eindeutig auf die Seite der Armen und ihrer Grundrechte beraubten Menschen hier in der Stadt stellen! Sie sollte sich dafür einsetzen, dass die Eintrittspreise deutlich gesenkt werden! Sie sollte sich besonders dafür einsetzen, dass keine Obdachlosen aus der Innenstadt vertrieben werden! Von Innensenator Ulrich Mäurer fordern wir die sofortige Rücknahme des Vertreibungsbeschlusses gegen die Obdachlosen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“) – siehe auch „Die Linke“

Wir hatten keinen tollen Sommer!

Der erste Mai ist vorbei. Schon vorher hatte der DGB-Vorsitzende im „Weser-Kurier“ kundgetan, was er als seine wichtigste Aufgabe ansieht: Unruhen um jeden Preis zu verhindern. Weil die Sonne so schön schien, fanden manche Kollegen seine Rede ganz gut, aber sie bemerkten doch, dass kein Fitzelchen Selbstkritik darin war, obwohl er die ganze Zeit durch Stillhalten und Abwiegeln die Regierungspolitik und die Angriffe der Konzernherren mitgetragen habe. Das ist eine richtige Erkenntnis: Die Gewerkschaften unter SPD-Führung sind zum Ordnungsfaktor im Betrugssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus geworden. Das bedeutet am 1. Mai wortradikales Geklingel, aber anderntags wieder Kuscheln mit Regierung und Kapital. Dieser Missbrauch der Arbeiterbewegung für die verkommenen Machenschaften der gekauften Reformisten vom Schlage der SPD ist es, der einerseits immer mehr Menschen zur Verzweiflung treibt oder eben andere dazu bringt, über das Ende der „Ruhe“ nachzudenken.

Die Angst vor sozialen Unruhen, die mittlerweile bis in die US-Regierung geht, wenn der neue „Heimatschutz“-Fachgeneral Obamas die Gefahr von Arbeiterunruhen in Europa höher bewertet als den sogenannten Terrorismus. Das ist auch

der Grund, warum Schäuble die Bundeswehr im Inneren einsetzen will. Ich anerkenne die Sorge vieler Menschen, dass sie Angst haben vor solchen Unruhen. Aber so wie man den Deich nicht durch Gebete gegen Sturmfluten sicherer machen kann, ist es auch mit der Situation in der Gesellschaft. Wenn das Kapital meint, es könne ungestraft endlos die Menschen ausplündern und drangsalieren, wie man auch die Flussläufe eingezwängt oder die Klimaveränderung forciert hat, dann tritt eben eine andere materielle Gewalt ein oder auf, die in dem ganzen materiellen System ebenso angelegt ist. Natur und Gesellschaft unterliegen ein- und derselben materiellen Gesetzmäßigkeit!

Die mögliche Gewalt, die in allen Prozessen steckt, ist aber nichts, was man mit Angst betrachten muss, sondern etwas, das die Menschen sich zunutze machen können. Darum ist es so wichtig, die Frage der Gewalt ruhig, nüchtern und sachlich zu diskutieren. Das müssen wir auch in der Montagsdemo-Bewegung tun. Als kleine Gruppe können und wollen wir nicht zur Gewalt greifen. Eines unserer Prinzipien lautet: Wir provozieren nicht, aber wir lassen uns auch nicht provozieren. Ich für meinen Teil werde nicht solche Kräfte unterstützen, die in besoffenem Zustand nur sinnlose Randale suchen. Ich bin mit anderen einig, dass dies dem Ziel nur schadet. Aber solche Aktionen wie neulich in Frankreich, wo die Arbeiter eines Betriebes übers Wochenende ihre Chefs in ihren Büros eingesperrt haben, erfreuen auch durch ihren Witz die Gemüter.

Noch sind wir in Deutschland etwas entfernt von solchen Aktionen, aber die Menschen haben begonnen, mehr nachzudenken, wie es weitergehen soll und welche Rolle sie dabei einnehmen sollen. Wir als Montagsdemo können ihnen Mut machen, die Sache in die eigene Hand zu nehmen und nicht mehr auf andere zu vertrauen, die unsere Sache eben *nicht* vertreten. Nach fast fünf Jahren heißt es eben immer noch: Weg mit Hartz IV und Schluss mit der ganzen Agenda-Politik der bürgerlichen Parteien!

Jobst Roselius

„Dafür haben wir eigentlich andere Dienste“: Bundespolizist in Zivil soll in der Krawallnacht Steine auf Kollegen geworfen haben *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Die **Gewerkschaften** planen für **Samstag**, den **16. Mai 2009**, eine **Demonstration** in **Berlin** unter dem Motto „Die Krise bekämpfen – **Sozialpakt für Europa** – Verursacher müssen zahlen!“ Wer mit uns hinfahren möchte, kontaktiere bitte Jobst.Roselius(at)nord-com.net

Warum die Kassen leer sind

Agenda 2010 und Hartz I bis IV – was ist das? Wer hat sich das ausgedacht? Es ist die Aufkündigung der sozialen Friedens, verpackt als Zusammenführung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe, beschlossen Ende 2003, wirksam ab 1. Januar 2005, vorgestellt von Gerhard Schröder als seine Agenda 2010. Der damalige Kanzler hat abgeschrieben, teilweise wörtlich, von der „Lissabonner Strategie". Viele Menschen bekamen dadurch weniger Geld. Allein Bremen hat Einsparungen von 60 Millionen Euro im Jahr 2005 zugegeben. Sie fehlen alljährlich dem Bremer Einzelhandel.

Warum hat Gerhard Schröder dies getan? Seine Begründung lautete: „Die Kassen sind leer. Wir können uns den unterstützenden Sozialstaat nicht mehr leisten. Wir brauchen den aktivierenden Sozialstaat." Ja, die Kassen sind leer! 2002 und 2005 wurden Steuerreformen durchgeführt. Die Einnahmequelle Körperschaftsteuer wurde zum Kostenfaktor. Die Kapitalgesellschaften konnten für zehn Jahre rückwirkend die niedrigen Steuersätze einfordern. Sogar die CDU hatte dem Basta-Kanzler angeboten, diese Schieflage wieder zu beseitigen. Was war passiert? Die Deutsche Bank wollte eine amerikanische Bank kaufen, um ins amerikanische Bankgeschäft zu gelangen. Die politische Forderung der US-Regierung als Voraussetzung für diese Genehmigung war die Zerschlagung der „Deutschland AG" Dass Deutschland so etwas umsetzt, wusste die US-Regierung.

Als Franz Josef Strauss Flugzeuge nach China verkaufen wollte, war die Bedingung der US-Regierung die Zerschlagung des Fernmelde- und Briefmonopols. Deutschland hatte diese Bedingungen erfüllt. Die Deutsche Post und die Deutsche Telekom wurden privatisiert und Wettbewerb zugelassen. Insofern hat Deutschland bewiesen: Wir können auch ausgefallene Wünsche erfüllen. Wie aber die „Deutschland AG" zerschlagen? Mit dem Begriff gemeint war die starke Verflechtung der großen Unternehmen in Deutschland untereinander. Diese Beteiligungen waren uralt und damit stark unterbewertet. Eine Verkauf hätte erhebliche stille Reserven aufgedeckt und steuerpflichtig gemacht. Herr Schröder hat die Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen von jeglicher Steuer befreit. Dadurch war der Weg frei. Der Steuerausfall beträgt circa 150 Milliarden Euro.

Die Unternehmen haben jetzt gut gefüllte Bargeldkassen. Diese werden eingesetzt zur Modernisierung, meist verbunden mit Personalabbau. Die Krise ist Rückenwind für Hartz IV, wenn es heißt: Wir müssen sparen! Jetzt sind die öffentlichen Kassen untertunnelt. Noch nie sind in so kurzer Zeit so viele Arbeitnehmerrechte verloren gegangen, Arbeitnehmereinkommen gefallen und Unternehmensgewinne gestiegen, und zwar explosionsartig. Je geringer der Lohn, um-

so größer der prozentuale Einkommensrückgang! Die Unternehmenskultur für Personal wurde umgekrempelt: von zufriedenen Mitarbeitern auf Leiharbeitnehmer mit viel weniger Lohn. Die verbleibende Stammbelegschaft igelt sich ein und verteidigt sich gegen die Neuen. 20 oder 25 Prozent weniger Lohn plus andere Nachteile stören die Stammbelegschaft nicht. Die Entlassungswellen haben genug Nachschub für die Leiharbeitsfirmen geschaffen, die Hartz-Gesetze die Voraussetzungen.

Warum haben wir diese Entlassungen nicht mitgekriegt? Warum ist uns dieser Arbeitsplatzabbau nicht aufgefallen? Die Statistik über den Arbeitsmarkt wurde geändert: Erstmals zählten auch Teilzeitarbeitsstellen als Arbeitsstellen. Die Zählung der Erwerbslosen wurde geändert. Dazu wurden viele Ausnahmetatbestände geschaffen: Wer arbeitslos war, tauchte nicht unbedingt in der Statistik als arbeitslos auf. Wer arbeitslos war, erhielt nicht einmal unbedingt Arbeitslosengeld, denn gibt es „Vermögen“ über 150 Euro pro Lebensjahr oder ist der Partner vermögend oder arbeitet er, dann wird keine Leistung gewährt. Dazu steigt der Druck immer weiter. Den Menschen mit Arbeit wird klargemacht: Es warten viele auf deinen Job! Den Menschen ohne Arbeit wird per „Eingliederungsvereinbarung“ auferlegt, sich zu bewerben, auch unsinnig zu bewerben. Der Berufsschutz entfällt, jegliche Arbeit ist zumutbar, wobei der Verdienst bis zu 30 Prozent unter Tarif oder dem ortsüblichen Lohn liegen darf. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Am **Freitag**, dem **8. Mai 3009**, protestieren um **14 Uhr** vor dem **Real-Markt** im „**Roland-Center**“ die Beschäftigten mit einer **Menschenkette** gegen die drohende Schließung ihrer Betriebsstätte.

Eine Intrige gegen die Saarbrücker Montagsdemo

Gegen Ralf Böckel, den Anmelder der Saarbrücker Montagsdemonstration, wurde am 21. April 2009 durch das städtische Ordnungsamt ein Bußgeldbescheid in Höhe von 123,43 Euro wegen angeblichen unerlaubten Plakatierens zugestellt. Als Zeugen wurden drei Mitarbeiter des Ordnungsamtes Saarbrücken benannt, mit der Postleitzahl des Bezirks, in welchem Ralf Böckel die Missetat begangen haben soll.

Indem der Anmelder einer Demo oder eines Infostandes pauschal für alles verantwortlich gemacht wird, was im Namen seiner Interessensgruppe passiert, soll mit so einem amtlichen Vorgehen jedem der Schneid abgekauft werden, der

seinen Namen für eine gerechte Sache hergibt. Ralf Böckel wird nun eine Tat zur Last gelegt, die nicht und von niemandem begangen wurde.

Wir können uns nicht erklären, wie eine solche Inszenierung zustande kommt. In unserer fast fünfjährigen Existenz als Montagsdemo hatten wir noch nie größere Probleme mit der Stadtverwaltung, was doch sicher für ein diszipliniertes Auftreten unsererseits spricht. Gerade darum trifft uns diese fingierte Sache wie ein Blitz aus heiterem Himmel, sodass wir sie nur als Intrige auffassen können. Sie hat sicher auch ihre Strippenzieher, die die Denunzianten als Marionetten benutzen.

Wir sind uns natürlich bewusst, dass wir uns keineswegs überall beliebt gemacht haben. Die Solidarität, die wir den Betriebsräten der Saarbrücker Stadtbahn erwiesen hatten, die von Entlassung bedroht waren und letztendlich vor dem Arbeitsgericht obsiegten, hat uns nicht überall Sympathien eingebracht. Auch bei der Landesregierung können wir angesichts unserer Kritik insbesondere an ihrer Schulpolitik wohl keine Sympathien ernten.

Sicher ist auch, dass unsere Kritik an der unsozialen Politik der Bundesregierung gerade Politiker, die um ihre Macht bangen und sich vor Unruhen fürchten, die sie selbst schüren, an ihrem empfindlichsten Nerv trifft. Darum geht es hier um die Verteidigung der demokratischen Rechte. Wir bitten alle demokratische Kräfte und Organisationen, besonders die Montagsdemonstrationen, um Unterstützung in jeder möglichen Weise.

Auf keinen Fall werden wir uns einschüchtern lassen. „Da hängt die ganze Stadt voll mit allem möglichen nichtssagenden Unsinn der verschiedensten Parteien zu den Wahlen, aber die klare Forderung nach Abschaffung von Hartz IV wird kriminalisiert“, so der empörte Tenor verschiedener Beiträge auf der Saarbrücker Montagsdemo.

Zuschrift von Anton Didier (Montagsdemo Saarbrücken)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

230. Bremer Montagsdemo am 11. 05. 2009

Die staatliche Schönfärberei hat Hochkonjunktur

Der Chef des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ hat am Wochenende verkündet: „Das Schlimmste liegt hinter uns“. Er verweist auf eine Umsatzsteigerung von 1,5 Prozent gegenüber dem Vormonat – verschweigt aber, dass die Industrieproduktion um 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgefallen ist. Der minimale Zuwachs von Februar auf März 2009 ist in erster Linie eine kurzatmige Folge der staatlichen „Abwrackprämie“. Sie hat ihren Höhepunkt bereits überschritten, und die Anträge sind im April stark rückläufig. Der vorgezogene Autokauf ist für die Wirtschaftskrise reine Kosmetik: In den nächsten Jahren wird es Millionen weniger Käufer geben, und der größte Einbruch in der Autoindustrie steht erst bevor.

Auch die weltweite Finanzkrise hat ihre Talsohle noch längst nicht erreicht. Nach einer internen Studie der EU bestehen 44 Prozent des europäischen Bankvermögens aus faulen, wertlosen Papieren – das sind 1,8 Billionen Euro. Hinter den Kulissen wird daran gebastelt, wie die Banken ihre künftigen Renditen sichern und dafür die Staatshaushalte weiter plündern können. Die Auswirkungen der Krise für die breite Mehrheit der Bevölkerung sind noch gar nicht absehbar. Die Rechnung wird uns erst nach der Bundestagswahl vollständig serviert. Die „Internationale Arbeitsorganisation“ geht davon aus, dass 2009 aufgrund der Krise weltweit 200 Millionen Menschen zusätzlich in „absolute Armut“ abrutschen und 70 Millionen ihren Arbeitsplatz verlieren. Das Schlimmste steht also erst noch bevor – und es wird Zeit, dass wir gemeinsam aufstehen!

Die **Demonstration** am **Samstag** in **Berlin** soll zu einer Manifestation des Widerstands gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf unseren Rücken werden. Der Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbunds schürt aber auch Illusionen: Von einem „Sozialpakt“ ist dort die Rede, aber mit wem soll er geschlossen werden? Mit der Regierung, die bereits 500 Milliarden Steuergelder an Banken und

Konzerne verschenkt hat, nachdem sie uns jahrelang erklärte, es sei „kein Geld da“? Mit den Konzernen, die alle als Sieger aus der Krise hervorgehen wollen und dafür die Belegschaften angreifen – wie Daimler mit massiven Kürzungen des Lohns und der Nichtübernahme von 20 Prozent der Azubis? Belegschaften, Arbeitslose, Rentner, Frauen und Jugendliche müssen sich auf gemeinsame und harte Kämpfe einstellen! Die Montagsdemonstration ist dafür ein wichtiges Bündnis mit Zukunft. Macht mit!

Harald Braun

Die **Gewerkschaften** planen für **Samstag**, den **16. Mai 2009**, eine **Demonstration** in **Berlin** unter dem Motto „Die Krise bekämpfen – **Sozialpakt für Europa** – Verursacher müssen zahlen!“ Kostenlose **Busse** stellt der DGB. Abfahrt ist um **6 Uhr** am ZOB. Wer mit uns hinfahren möchte, kontaktiere bitte Jobst.Roselius(at)nord-com.net

Wehrkunde für Kindersoldaten

Die Bundeswehr ist unersättlich nach immer neuem Kanonenfutter. Deshalb umwirbt sie jetzt auch schon Kinder! 20.000 junge Frauen und Männer braucht sie dem aktuellen „Weißbuch 2006“ zufolge jährlich. Mit dem Slogan „Spaß und Action garantiert!“ wirbt die Truppe in diesem Jahr für ein umfangreiches Jugendsportprogramm. Über 1.000 Kinder und Jugendliche können an einem großen kostenlosen Sportturnier teilnehmen. Der erste Wettkampf fand vom 8. bis 10. Mai 2009 in der Bundeswehr-Sportschule bei Münster statt, und weitere Turniere werden an der Heeres-Offiziersschule Dresden und im Marinestützpunkt Wilhelmshaven folgen.

Dass die Bundeswehr ganz junge Menschen anwirbt, hat System. Auch am neunten bundesweiten „Girls’ Day“ warben die deutschen Militärs gezielt Minderjährige! Die Armee beschränkt das Alter zwar offiziell auf 14 bis 16 Jahre, aber durch einen Bericht der Militärzeitschrift „Aktuell – Zeitung für die Bundeswehr“ kam heraus, dass auch elfjährige Mädchen „umworben“ werden. Dabei hatten wir doch bisher immer gedacht, Kindersoldaten seien ein Phänomen der Dritten Welt!

Das Anwerben von Kindern beim „Girls’ Day“ war kein Einzelfall. Beim Heer „testeten“ 40 Mädchen das Üben der Fallschirmspringer bei der Luftlandebrigade in Merzig. Es ist jedoch zu befürchten, dass unter den rund 7.800 Mädchen, die an diesem Tag bundesweit an Armeeveranstaltungen teilnahmen, noch weitaus

mehr Kinder waren. Das Anwerben für den Dienst an der Waffe beschränkt sich nämlich nicht nur auf Anlässe wie den „Girls' Day"!

Die Streitkräfte machen auch die Schüler(innen)-Publizistik für ihre Zwecke nutzbar. Das betrifft vor allem die überall in der Bundesrepublik verbreitete Schüler(innen)zeitung „Spießer" mit rund einer Million Auflage. Die Leser sind zwischen 14 und 22 Jahre alt. Erstmals erschien 2007 in der damals mit einer Auflage von 300.000 Exemplaren verbreiteten Zeitung eine ganzseitige Anzeige der Bundeswehr. Zwischen der sattsam bekannten „Bravo" und der Armee scheint sogar eine weitgehende Kooperation stattzufinden, denn unter anderem wurden im vorigen Jahr 20 Teilnehmer(innen) für die „Bundeswehr-Adventure-Games" – also einem Abenteuerurlaub – gesucht.

2009 sollen 6.526 Schulen angeschrieben und zu Bundeswehr-Werbeveranstaltungen eingeladen werden. Die Bundesrepublik höhlt auf diese Weise das Zusatzprotokoll der UN-Kinderrechtskonvention aus, wonach Kinder unter 16 Jahren nicht vom Militär geworben werden dürfen. Das volle Ausmaß der Anwerbung von Kindern und Jugendlichen ist allerdings schwer zu überblicken, weil die Bundeswehr so manche Veranstaltung als harmlose „Sportübung" tarnt. All dies sind Gründe genug für einen andauernden Protest!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

Bis Ende Mai beginnt jeden **Mittwoch** um **17 Uhr** das **Training**
zum „**Spiel ohne Grenzen**" beim **Pfingstjugendtreffen 2009**
in den Neustadtswallanlagen am Hallenbad Süd

Niedriglöhner und Alleinerziehende haben in Deutschland die A-Karte!

1. Immer wieder müssen Kinder von Hartz-IV-Beziehern die Erfahrung machen, dass sie gesellschaftlich total ausgegrenzt und benachteiligt sind und dass dies offensichtlich auch unter allen Umständen so bleiben soll – egal, wie sehr sich Betroffene abmühen, ihre finanzielle Misere selbst aufzubessern. Zwei 15 und 17 Jahre alte Jungen nutzten ihre Schulferien, um sich etwas dazuzuverdienen und sich etwas leisten zu können, was für viele Gleichaltrige nichts Besonderes ist: Neue Kleidung und mal ins Kino gehen. Die beiden Brüder aus Wernshausen reinigten im Sommer vergangenen Jahres Parkanlagen

in Schmalkalden, strichen Geländer und erneuerten Bänke. Nach zwei Wochen nahmen sie stolz ihren wohlverdienten Lohn entgegen: 246 Euro für jeden von ihnen. Monate später soll ihnen nun ein Großteil dieses Geldes von der Agentur für Arbeit wieder weggenommen werden.

Das muss wütend machen, weil nur die ersten 100 Euro zu hundert Prozent selbst behalten werden dürfen, von den verbleibenden 146 Euro aber lediglich zwanzig Prozent, also insgesamt nur 129,20 Euro! Auch die Tatsache, dass die Kindergelderhöhung um zehn Euro zum 1. Januar 2009 dem Nachwuchs von Hartz-IV-Empfängern mal wieder rein gar nichts bringt, weil der Zusatzbetrag vom Gesamteinkommen der Familie abgezogen wird, wirkt wie Hohn gegenüber den Ärmsten der Gesellschaft. Entgegen den vollmundigen Worthülsen einiger Politiker(innen) soll die Armut der Ärmsten und auch die ihrer Kinder einzementiert bleiben! Kinder werden durch Armut doppelt gestraft. Künftig werden sie sich möglicherweise zweimal überlegen, ob sie selbst aktiv werden, wenn ihnen jegliche Möglichkeit genommen wird, ihre finanzielle Notlage durch ehrliche **Eigeninitiative** zu mindern.

2. An deutschen Schulen fehlen nach Einschätzungen von Experten mehr als 20.000 Lehrer, Unterrichtsstunden fallen aus. Doch statt neue Lehrer einzustellen, werden in einigen Bundesländern immer häufiger pädagogische Laien eingesetzt. Sogar Schüler müssen als **Aushilfslehrer** ihre eigene Klasse unterrichten. Bis vor kurzem war der 18-jährige Schulsprecher Henrik Voß in Leonberg auch eine Art Aushilfslehrer, weil ansonsten der Gemeinschaftskundekurs ein Jahr vor dem Abitur wochenlang ausgefallen wäre. Als sich die Schüler an die Öffentlichkeit wandten, reagierte die Schulleitung empört und setzte die Schüler mit Drohungen unter Druck. Öffentlich wird der Vorwurf bestritten, einen Schüler als Hilfslehrer eingesetzt zu haben. Dabei werden auch an anderen Schulen pensionierte Lehrer oder Eltern als Hilfslehrer eingesetzt, weil Lehrer fehlen. Michael Gomolzig vom „Verband Bildung und Erziehung“ in Baden-Württemberg ist über solche Zustände empört. Im letzten und vorletzten Jahr seien rund 75 Prozent aller Grund- und Hauptschullehrer, die eine fertige Ausbildung hinter sich hatten, auf die Straße geschickt worden. Dafür hole man pädagogische Assistenten für Billiglohn an die Schulen und meine, damit sei alles getan.

3. Am Sonntag war Muttertag. Immer mehr finanziell arme, aber durch das Leben mit Kindern reich beschenkte **Mütter** sehen, dass sie kaum eine Chance haben, der Verfolgungsbetreuung durch Hartz IV zu entkommen und jemals wieder auf einen grünen Zweig zu gelangen. So ergeht es auch der 39-jährigen Gabi in Gladbeck, deren Selbstvertrauen bröckelt, seit sie sich nach der Trennung von ihrem Mann allein mit den drei kleinen Kindern und den Tücken von Hartz IV herumschlagen muss. Bis auf vier Jahre Elternzeit hatte sie immer gearbeitet und Beiträge zur Sozialversicherung bezahlt. Sie war zwar nur 20 Stunden wöchentlich erwerbstätig, aber dies immerhin neben der Verantwortung für den Haushalt

und die Kinder. Die Arge rechnete ihr aus, dass sie mit drei Kindern etwa 1.700 Euro benötigt. Selbst wenn sie in ihrem alten Beruf im Einzelhandel arbeitete, bekäme sie selbst in Vollzeit netto nie ein solches Gehalt. Diesen Arbeitsplatz hat sie nicht, und selbst wenn, wer passte dann auf die kleinen Kinder auf? Auch eine Umschulung wäre nur in Vollzeit möglich. Entwicklungsland Deutschland!

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass in unserem Land Frauen 23 Prozent weniger Gehalt bekommen als Männer. Mütter, Niedriglöhner, Alleinerziehende haben in Deutschland die A-Karte! Diesem Dilemma könnten sie nur durch die Nichtanrechnung von Kindergeld auf eine ausreichende Transferleistung, durch anständige Entlohnung sowie eine flächendeckende Kinderbetreuung, auch in Form von Ganztagsschulen, entgehen – oder durch geplante Kinderlosigkeit. Doch für Gabi und ihre Kinder steht zunächst der Umzug an, der „Abstieg“ vom Reihenhaus mit kleinem Garten in den siebten Stock eines Hochhauses. Die Möbel, die sie aus Platzmangel nicht mehr aufstellen kann, versteigerte sie bei Ebay und kaufte sich im Secondhandladen eine „neue“ Sitzecke. Auf Anweisung der argen Arge musste sie ihre Lebensversicherung, mit der sie einmal ihre Rente aufstocken wollte, auflösen. Jetzt muss sie noch den Umzug und die Renovierung logistisch und finanziell über die Bühne bringen. Dann kann sie vielleicht für einen kurzen Moment wieder etwas Luft schnappen.

4. Einer neuen Studie zufolge geben Hartz-IV-Empfänger ihre Kinder häufiger ins Heim oder zu Pflegeeltern als Bürger, die nicht von staatlicher Unterstützung leben. Die Forscher sehen einen Zusammenhang von Bildungsarmut und „Erziehungsarmut“. **Erziehungsprobleme** kommen in allen sozialen Schichten und bei allen Familienformen vor. Doch so gravierende Schwierigkeiten, dass die Kinder in ein Heim oder zu Pflegeeltern gegeben werden, treten gehäuft bei Hartz-IV-Familien oder Alleinerziehenden auf. Die Statistik verdeutlicht dabei erstmals, wie stark Erziehungsprobleme mit dem Familienstatus verknüpft sind. Bei der Hälfte der Kinder, die in ein Heim oder zu Pflegeeltern kommen, sind die Eltern alleinerziehend. Ein Viertel kommt aus „Patchworkfamilien“. Bei jedem fünften Kind leben die Eltern zusammen. Noch deutlicher ist der Zusammenhang zwischen Hartz-IV-Bezug und Erziehungsversagen: Fast drei Viertel aller Kinder, die ins Heim oder zu Pflegeeltern gegeben werden, stammen aus Familien, die von Transfers leben. – Als alleinerziehende Aufstockerin fühle ich mich hier mal wieder diskriminiert! Es ist ja auch Sinn der Sache, dass ein gesellschaftliches Problem wie Erwerbslosigkeit wegen zu weniger Jobs subjektiviert, also den Betroffenen persönlich angelastet wird. Eine absolute Frechheit! Mein Sohn studiert, meine Tochter macht gerade Abitur – von wegen Bildungsarmut!

5. Die Bundesärztekammer hat den Plan der Koalitionsfraktionen kritisiert, nun auch Hauptschülern den Zugang zum **Krankenpflegeberuf** zu ermöglichen. Ärztekammervizepräsident Frank-Ulrich Montgomery forderte, dass Klinikärzte hoch qualifizierte Partner bräuchten. Er hielt es für keine gute Idee, sich den Berufszu-

gang von arbeitsmarktpolitischen Überlegungen diktieren zu lassen. Für die Forderung, ärztliche Tätigkeiten aus Kosten- und Kapazitätsgründen stärker auf Pflegekräfte zu übertragen, sei der Vorstoß geradezu kontraproduktiv. Mit der Öffnung für Hauptschulabschlüsse soll einem Mangel an Fachkräften entgegengewirkt werden, auch wenn Pflege- und Wohlfahrtsverbände vor einer gefährlichen Niveausenkung warnen. Der Geschäftsführer des „Berufsverbands für Pflegeberufe“ bemängelte, dass Deutschland im EU-Vergleich schon jetzt die niedrigsten Zugangsbedingungen zum Pflegeberuf habe. Dabei seien die Anforderungen an das Pflegepersonal ganz gewaltig gestiegen. Wenn von 80 Bewerbern keine 15 den Test bestehen, habe selbst die Eignung von Realschulabsolventen erschreckend abgenommen.

6. Eine aktuelle Studie des „Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung“ kommt zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass die Integration von Langzeitarbeitslosen gescheitert sei! Geringqualifizierte und **Langzeiterwerbslose** konnten vom sogenannten Aufschwung nicht profitieren. Dass sie im Abschwung noch schlechtere Chancen haben, ist dann eine logische Folgerung. Dass das Problem der Langzeiterwerbslosigkeit noch nicht zufriedenstellend gelöst sei, führt die Präsidentin des „Wissenschaftszentrums“ auf mangelnde Betreuungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zurück. Sie will sich dringend für mehr Qualifikation einsetzen und macht sich daher auch für eine Verlängerung des Kurzarbeitergelds von 18 auf 24 Monate stark. Auch sie schließt „soziale Unruhen“ in Deutschland nicht aus, sollte der Staat nicht bald Lösungen für die Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt finden. Für nicht nachvollziehbar halte ich jedoch ihre Einschätzung, dass die Hartz-Reformen der rot-grünen Bundesregierung insgesamt Positives bewirkt hätten. Es sei denn, sie spielte auf die neuen Steuergeschenke und die ungebremsten Möglichkeiten zur Profitmaximierung für Unternehmer an! Auf die Idee, dass es einfach keine Vollbeschäftigung mehr geben wird, kommt merkwürdigerweise niemand.

7. Laut Kanzlerin Merkel will die Union in ihrem Wahlprogramm einen „Dreiklang von Schuldentilgung, Investitionen in Innovation und steuerlicher Entlastung“ beschließen. Die FDP würde sich als Traumpartner ganz wunderbar eignen. Dabei hält die Union an ihren Plänen fest, nach der Bundestagswahl Einkommenssteuersenkungen durchzusetzen. Schließlich sollen die Leistungsträger in der Gesellschaft entlastet werden. Frau Merkel bekräftigte, dass CDU und CSU im Gegensatz zur SPD gegen **Steuererhöhungen** sind und die Reichensteuer der SPD ablehnten. Da kommt doch die Frage auf, wo in unserer Gesellschaft eigentlich die Leistungsträger sind! Meint die Bundeskanzlerin damit den Mann auf dem Bau oder die Frau, die den ganzen Tag an der Maschine oder am Fließband schuftet und am Ende des Monates nicht mal ein Taschengeld übrig hat? Oder meint sie etwa den Schnorrer, den Manager, dessen einzige Leistung es ist, das Geld der anderen wegzutragen, damit deren Kinder nicht genug zu essen haben? Im Sin-

ne von Frau Merkel sind Leistungsträger offenbar nur die, die den Spitzensteuersatz zahlen müssen. Also ist hier die Rede von denen, die in der Regel die Leistung der vielen kleinen Leute, der Kassiererinnen, Putzfrauen, Maurer, Elektriker, Fließbandarbeiter, Kaufleute, Subunternehmer, Scheinselbstständigen oder Franchisenehmer nehmen, wegtragen und damit Geld scheffeln!

8. Letzte Woche schrieb der „Weser-Kurier“, dass die Zahl der Minijobs ohne Altersabsicherung zunehme. Deswegen befürchtet die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt eine zunehmende **Altersarmut** im Kreis Osterholz. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Geringverdiener im Kreis um 16 Prozent gegenüber 2001 angestiegen.

9. Während die Erwerbslosen unter ihrer Erwerbslosigkeit leiden, zeigt eine Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Dauer der geleisteten Arbeitsstunden und dem Auftreten gesundheitlicher Beschwerden. Der Anteil der Beschäftigten, die über **Schlafstörungen** klagen, nimmt mit der Dauer der geleisteten Arbeitszeit zu. Ingesamt steigt das Risiko gesundheitlicher Beeinträchtigungen wie Schlafstörungen, Rückenschmerzen und Herzbeschwerden bei langen Arbeitszeiten. Bei den Befragten, die weniger als 19 Stunden in der Woche arbeiten, klagt nur jeder zehnte Befragte über Schlafstörungen, während es bei Beschäftigten in Vollzeit bereits jeden Fünften betrifft. Weiterhin wirken sich Faktoren wie Schichtarbeit, variable Arbeitszeiten, Arbeit an Wochenenden oder schlechte Planbarkeit der Arbeitszeit verstärkend auf gesundheitliche Beeinträchtigungen aus.

10. Die Erwartungen an den Lebensabschnitt nach der Arbeit sind hoch. Auch deshalb wünschen sich viele Deutsche, rechtzeitig in den **Ruhestand** zu gehen. Auch wenn das Renteneintrittsalter gestiegen ist, haben die teilweise guten Bedingungen für Altersteilzeit und Frühverrentung in den zurückliegenden Jahren zu einem Wertewandel geführt. Auch die relativ hohe Arbeitslosigkeit unter Älteren hat den Trend unterstützt. Während Fach- und Führungskräfte sich Abschläge leisten können, dürften sich viele Geringverdiener den Traum vom frühen Ruhestand kaum erfüllen können. Immer weniger werden diejenigen, die überhaupt noch Arbeit haben – doch weil man ihnen eine beständig zunehmende Last aufbürdet, sind sie auch eher abgearbeitet und ausgepowert und werden krank. Wir arbeiten schließlich, um zu leben, und leben nicht etwa, um zu arbeiten! Dabei stellen sich viele Politiker sicherlich ein sozial verträgliches Ableben vom Werkstor direkt in die Holzkiste vor.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Endlich aus kompetentem Munde: Hartz-IV-Kinder
sind gesellschaftlich unerwünscht *(„Spiegel-Online“)*

Der Staat rüstet zur Unruhe

Seit Beginn der Krise werden in Deutschland jeden Monat 50.000 Arbeitsplätze vernichtet – trotz der Kurzarbeit, die das wahre Ausmaß verschleiert und den richtig heftigen Massenentlassungen vorausgeht. Langsam bekommen wir einen Begriff davon, was auf uns zukommt. Massenentlassungen drohen bei Autozulieferern wie Edscha, Thyssen-Krupp-Krause in Bremen-Farge oder Federal Mogul in Frankfurt, wo die Kollegen letzte Woche die Tore besetzten und in unbefristeten Streik traten, obwohl sie ständig in Stasi-Manier gefilmt wurden. Die Geschäftsleitung erwirkte ein richterliches Verbot der Torblockade, aber Kollegen setzten sie fort. Nur für Verhandlungen wurde der Streik übers Wochenende ausgesetzt. Hier sieht man, dass in der Krise gekämpft werden kann und was sich erreichen lässt, wenn viele – in diesem Fall mehrere Hundert – zum gemeinsamen Handeln entschlossen sind.

Auch bei Post sind Tausende von Entlassung bedroht, wenn der „Kündigungsschutz“ nächstes Jahr ausläuft. Gleichzeitig erfolgt der Angriff auf die Löhne, Daimler senkt sie um 8,5 Prozent. Schlecker will 2.000 Filialen plattmachen und eine eigene „Gewerkschaft“ gründen, um mit ihr einen Tarif „auszuhandeln“: statt bisher 12,67 jetzt nur noch 7,59 Euro pro Stunde. Letztes Jahr ließ das Unternehmen die Beschäftigten bespitzeln. Als Folge der steigenden Massenarbeitslosigkeit, der Lohnsenkungen sowie der Plünderung der Staatskassen durch extreme Neuverschuldung zugunsten von Monopolen und Banken droht der Zusammenbruch der „Sozialsysteme“ mit weiterer Absenkung aller „Lohnersatzleistungen“ und Hartz IV. Die jetzige Krise ist noch lange nicht an ihrem Tiefpunkt, und sie hat das Potential einer revolutionären Weltkrise!

Im „Weser-Kurier“ wird heute Werbung für Verfassungsschutzspitzel gemacht. Sie werden als ganz sympathische Typen hingestellt. Auch in der Anwerbung von Jugendlichen für die Bundeswehr zeigt sich die Vorbereitung des Staates der Monopole auf kommende „Unruhen“. Dafür wird der Unterdrückungsapparat aufgebläht. Jugendliche werden mit „Abenteuern“ gelockt und damit, dass sie „andere Länder sehen“. So ködert auch die CIA ihre Folterknechte! Bundeswehr, Grenzschutz und Polizei sind kein Ausweg für die Jugend. Die Jugendlichen müssen für Ausbildungs- und Arbeitsplätze, also die Übernahme nach der Lehre, kämp-

fen, für ihre Zukunft, zusammen mit den Älteren! Sie gehören auch hierher auf die Montagsdemo.

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

Am **Freitag**, dem **15. Mai 2009**, trifft sich um **19 Uhr** die „**Wählerinitiative Wolfgang Lange**“ im „Jugendfreizeitheim Buntentor“, Geschwornenweg 11a, zur Diskussion über Entwicklung und Perspektive der Weltwirtschaftskrise

Schnatterinchen will nicht ins Lager: Pittiplatsch der Liebe
rennt keinem Rockschoß hinterher *(„Spiegel-Online“)*

Soziale Beunruhigung: Krise treibt 100.000
Demonstranten auf die Straße *(„Die Welt“)*

„Keine sachlichen Gründe“: Sozialgericht rügt Nichtübernahme
von Mietkautionen durch die Bagis *(„Weser-Kurier“)*

Deswegen heißt es Agenda 2010: Weil sie dann
wieder aufgehoben wird *(„Focus“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

231. Bremer Montagsdemo am 18. 05. 2009

Wir sind hier und wollen die Welt verändern

1. Vorletztes Wochenende war mit 100 Jahren Flughafen und dem Werder-Spiel schon ein Vorgeschmack auf die Massen zu erleben, die zum Kirchentag zwischen Himmelfahrt und dem darauffolgenden Sonntag in Bremen einströmen werden. So weit ich gehört habe, verlief alles friedlich: Die Menschen haben weitgehend Rücksicht aufeinander genommen, und die Polizei hatte „leichtes Spiel“. Schön, wenn es so ist – aber der 1. Mai in Dortmund und in Ulm hatte ein anderes Gesicht. Dort ließ man die Neonazis gewähren, weil man mal wieder nichts davon „gewusst“ haben wollte. Dafür wurde später die große Zahl der Antifaschisten einer peniblen Personalienüberprüfung mit endlosen Wartezeiten im Kessel unterzogen.

Dahinter steckt Methode: Neulich wurden Gewerkschafter nach einer antifaschistischen Demo auf einer Autobahnraststätte überfallen, und am 1. Mai gab es in vielen Städten Deutschlands Versuche der Nazis, Demonstrationen durchzuführen. Dieser bürgerliche Staat, der vorgibt, ein Rechtsstaat zu sein, hofiert, pflegt und entwickelt die Neonaziszene immer weiter, mit Staatsgeldern zur Parteienfinanzierung und sogenannten V-Leuten in NPD und anderen Organisationen. Was tun diese V-Leute denn, wenn die Polizei nichts weiß von spontanen Aufmärschen? Ich sage: Das wird alles bewusst angezettelt!

Gegen den Willen der Bevölkerung und unter dem Deckmantel der Demokratie sollen die Faschisten wieder hoffähig gemacht sowie als willfährige Massenbasis aufgebaut und genutzt werden, wenn der bürgerliche Staat seine Fassade fallen lässt, weil der Betrug nicht mehr ankommt bei den Massen, sodass zum Mittel des Terrors gegriffen werden „muss“. Schon jetzt werden in Filmen wie „Der Vorleser“ die „guten“ Nazis als selbstlose Kämpfer und Vorbilder propagiert. Presse und Medien tun ihr Bestes dazu, wenn sie diese Art „Kultur“ hofieren und preisen. Darum fordern wir immer wieder das Verbot aller faschistischen Organisation

und die Aufdeckung der ganzen Strukturen, etwa in der pseudodemokratischen Kulturszene.

2. In dieser Woche preist die ARD in Radio und Fernsehen das „Ehrenamt“. Eine ehrenamtliche Tätigkeit wäre ja eine gute Sache. Nur wenn durch Markt, Staat und ehrenamtliche Tätigkeit die Gesellschaft umgebaut werden soll, schwant mir Böses: Dem Markt wird dann alles zugeordnet, woraus sich Profit ziehen lässt; der Staat arbeitet den Profitmachern zu und bekämpft jeden Widerspruch, und die Ehrenamtlichen sollen die Drecksarbeit machen. Es gibt ja schon genügend Vorschläge, wie auch Hartz-IV-Betroffene zu „ehrenvollen“ Aufgaben verdammt werden könnten, wie Ratten jagen oder Hundescheiße aufkratzen. Ich bin mit dieser neuen Dreiteilung nicht einverstanden! Wir als Montagsdemo bekämpfen solche Vorschläge. Wir fordern eine ganz andere Ordnung im Lande, wo nicht der Markt an erster Stelle steht, sondern der Mensch.

Ein kleiner Schritt in diesem Kampf dazu konnte die Teilnahme an der Demo am 16. Mai 2009 in Berlin sein, als der Europäische Gewerkschaftsbund dazu aufrief, gegen die aktuelle „**Krisenbewältigung**“ zu protestieren. 100.000 Menschen haben am letzten Sonnabend in Berlin gegen die Regierenden demonstriert. In verschiedenen anderen Hauptstädten Europas fanden weitere Demonstrationen statt. Das muss ein Neubeginn werden für eine gemeinsame Politik gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Menschen! Die Krise selbst steht noch am Anfang. Alle Zukunftsprognosen, schon im Herbst könne es wieder aufwärts gehen, sind nichts als Einlullungsversuche, damit wir uns wieder auf die Regierenden verlassen. In einigen Bereichen wie in der Logistik, die auch die bremischen Häfen betrifft, wird bereits eine Krisendauer bis 2013 vorhergesagt!

Ob sie nun kürzer oder länger dauert, diese Krise wird massive Spuren hinterlassen. Davor haben die Menschen Angst, die Sorgen lähmen sie noch. Die Rettungsschirme und Aktionsprogramme haben nur weiter die Umverteilung von unten nach oben gefördert, das sieht jede(r) ganz klar. Hunderttausend sind da in Berlin eigentlich noch viel zu wenig. Aber es befinden sich eben viele Menschen noch im Klärungsprozess: Wie könnte denn eine Zukunft aussehen, wo der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Profit? Die Kollegen in den großen Betrieben müssen mit vielem fertig werden. Neben Angriffen und Erpressungsversuchen ihrer Geschäftsleitungen stört die Kollegen auch, dass die Gewerkschaftsführung nicht ihren Job macht: wortradikale Reden in Berlin – und dann nur heiße Luft in den tatsächlichen Kämpfen vor Ort. Es gibt aber immer wieder auch ermutigende Kämpfe, von denen man nichts in den Zeitungen oder in der Tagesschau sieht. Die Montagsdemo ist da ein Mittler. Wir rufen jede(n) auf: Komm her mit Fragen, mit Meinungen und mit deiner Kraft, mitzumachen und weiterzukommen!

3. Mit dem 32. Evangelischen Kirchentag steht Bremen ein Großereignis bevor. Einiges Zubehör wie Tribünen und Blumenkübel können wir schon am Montag hier sehen. Gegen die erwarteten bis zu 300.000 Gäste sind wir ein verschwin-

dendes Häuflein. Aber wir gehen jede Woche auf die Straße, seit August 2004. Unsere Hauptforderung ist die Rücknahme der Hartz-Gesetze, besonders von Hartz IV und der ganzen Agenda-Politik von Schröder und Fischer, die heute in der Merkel/Steinmeier-Regierung ihre Fortsetzung findet. Aus Schröders „Ich will Deutschland fitmachen“ ist ein rigoroses Abbauprogramm von Arbeitsplätzen hin zu Leiharbeit und Niedriglohnjobs und ein Verarmungsprogramm für Millionen geworden.

Die Reichen wurden immer reicher, aber die breite Masse geht der Verarmung und Verelendung entgegen, vom Kleinkind bis zum Greis. Von der davon ausgehenden Perspektivlosigkeit ist besonders die Jugend betroffen. Nach früheren Erfahrungen wird der **Kirchentag** besonders von einer nach Veränderung drängenden Jugend geprägt. Das ist eine gute Sache. Die Laienbewegung, die das Ganze trägt, kann eine große Kraft sein, um die jetzt brennenden Fragen überall auf die Tagesordnung zu setzen. Vor zwei Jahren hatten wir noch keine Krise des Kapitalismus, aber jetzt werden viele ihre persönliche Zukunft und die der ganzen Menschheit diskutieren und klären wollen.

Der selbstlose Einsatz vieler bei diesem Kirchentag steht auch für den Willen, eine neue Welt zu schaffen. Gerade der Jugend traue ich es zu, mit alten Gewohnheiten zu brechen und von hehren Reden zur praktischen Forderung und Handlung zu kommen. Wir von der Montagsdemobewegung sollten uns ruhig einmischen in die Diskussionen und auch unsere Erfahrungen mit dem Offenen Mikrofon verbreiten. Auf das Motto „Mensch, wo bist du?“ können wir antworten: Es sind Hunderttausende, Millionen, Milliarden Menschen, die diese Welt verändern wollen.

Jobst Roselius

Für eine deutsche Friedenspolitik

1. So lautet der Aufruf des „Bremer Friedensforums“ und der DFG-VK Bremen für die **Demonstration** auf dem Kirchentag in Bremen. Beginn ist am **Samstag**, dem **23. Mai 2009**, um **11 Uhr** auf dem **Ziegenmarkt**, und die Schlusskundgebung findet mit Doktor **Eugen Drewermann** um 12 Uhr auf dem Hillmannplatz statt.

In dem Aufruf heißt es unter anderem: „Die Demonstration setzt sich für eine deutsche Außenpolitik ein, die der Abrüstung, zivilen Konfliktlösungen und der Völkerverständigung dient. Zu unseren Forderungen gehört auch, dass die Verträge mit den USA annulliert werden, die die Kriegsführung durch Überflugrechte, Militärbasen und La-

gerung von Atomwaffen auf deutschem Boden und andere Unterstützungsmaßnahmen fördern."

Wir werden auch speziell gegen die Bremer Rüstungsbetriebe demonstrieren und mit Nachdruck eine Umstellung auf Zivilproduktion fordern. Unsere neue Dokumentation „Rüstungsstandort Bremen – ‚Erlebnisland' als Lieferant der Zutaten für Kriege" wollen wir auf dem Kirchentag eifrigst unter die Leute bringen.

Das „Friedensforum" und die DFG-VK-Gruppe Bremen betreiben von Donnerstag bis Samstag einen doppelten Infostand auf dem „Markt der Möglichkeiten". Der Stand befindet sich im Schuppen 1 in der Überseestadt an der Konsul-Smidt-Straße. Im Schuppen ist er mit der Nummer ÜS-C16 unter dem Stichwort „Gewalt überwinden" gekennzeichnet. Die Linie 3 fährt die Haltestelle Konsul-Smidt-Straße direkt an.

Das „Friedensforum" ist unter anderem noch im „Diakonischen Dorf" auf dem Liebfrauenkirchhof vertreten. Am Samstag, dem 23. Mai 2009, spricht dort um 15 Uhr Lühr Henken zum Thema „Rüstung in Bremen: Statt Waffen Brot für die Welt!"

Es gibt übrigens etwas Erfreuliches aus der Kyritz-Ruppiner Heide zu berichten: Der „Kurier am Sonntag" schrieb, dass ein „Bombodrom" dort immer fraglicher werde. Der Petitionsausschuss des Bundestages will am 27. Mai 2009 eine Beschlussempfehlung verabschieden, die sich laut einer Meldung der „Potsdamer Neuesten Nachrichten" gegen die Pläne der Bundeswehr wendet. Sollte sich der Bundestag dem Votum wie üblich ohne Debatte anschließen, wäre dies ein großer Erfolg der örtlichen Anwohner(innen) und der bundesweiten Friedensbewegung!

2. Seltsam: In Sachen Vertreibung von Obdachlosen bei billigender Haltung der Kirchentagsleitung ist jetzt plötzlich alles ganz anders! Vor Kurzem gab es noch einen Bericht in der „Tageszeitung Bremen" über die grob volksverhetzenden Äußerungen von Innensenator Ulrich Mäurer in der „Blöd"-Zeitung sowie über eine zustimmende Reaktion aus höchsten Kreisen des Kirchentages. Die Grünen protestierten prompt mit einer Pressemitteilung, was mal positiv zu bewerten ist! Von der Initiative „Bürgerinnen und Bürger gegen **Obdachlosigkeit**" gab es ebenfalls eine Protesterklärung, die zugleich die Forderung nach einer deutlichen Preissenkung für die Veranstaltungen enthielt.

Auch unsere Mitstreiterin Bettina Fenzel hatte in einem Offenen Brief an den Kirchentag protestiert und außerdem eine drastische Senkung der überhöhten Eintrittspreise gefordert. Nun kommt ein seltsames „Dementi": Laut einem persönlichen Antwortschreiben der Kirchentagsleitung an Bettina habe Mäurer brieflich gegenüber der Generalsekretärin Ellen Ueberschär beteuert, dass Medienberichte über die Vertreibung der Obdachlosen „jeder Grundlage entbehrten". Katja Tamchina vom Kirchentag wörtlich: „Für diese Klarstellung sind wir sehr dankbar."

Weiter heißt es in dem Brief: „Ich versichere Ihnen, dass eine Vertreibung von Obdachlosen anlässlich des Kirchentages nicht in unserem Sinne ist. Wir nehmen diese Stadt wahr und verschließen nicht die Augen vor ihrer sozialen Wirk-

lichkeit. Wir möchten allen Menschen, die am Kirchentag interessiert sind, eine Teilnahme ermöglichen. Wenn jemand unsere Veranstaltungen besuchen möchte und sich nicht in der Lage sieht, den Beitrag für eine ermäßigte Dauerkarte zu leisten, so möchte er oder sie uns dies bitte wissen lassen. Wir suchen und finden dann eine Möglichkeit der Teilnahme. Ansprechpartner ist unser Teilnehmerservice: Teilnahme(at)Kirchentag.de oder Telefon 0421-434 83 100.“ Dem Brief an Bettina beigefügt ist eine entsprechende Pressemitteilung. Na bitteschön – geht doch!

Als „Kirchentag für Reiche“ charakterisierte im Tenor die „Tageszeitung Nord“ am 18. Mai 2009 die Aussagen des Gründers der „Arbeitslosenselbsthilfe Wedel“, Pastor Hans-Günter Werner. Seine Initiative könne als einzige noch am Kirchentag teilnehmen, so Werner in dem Interview. Eine bewusste Ausgrenzung sei das nicht, aber eine faktische. Er bedauerte zugleich, dass fast alle Arbeitsloseninitiativen aus angeblichem Geldmangel plattgemacht wurden und deshalb auf den Kirchentagen nicht mehr präsent sein könnten. Aus Bremen kann die „Solidarische Hilfe“ wegen Arbeitsüberlastung und Personalmangel nicht teilnehmen. Immerhin ist die Agab mit einem Infostand vertreten.

3. Auch fast zwanzig Jahre nach Ende des Kalten Krieges gehört Bremen zu den bedeutenden Rüstungszentren in Deutschland. Fünf hiesige Organisationen („Friedensforum“, „Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden“, „Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung“ , „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner(innen)“ und „Rosa–Luxemburg–Stiftung“) haben jetzt ihre neue Broschüre „**Rüstungsstandort Bremen** – ‚Erlebnisland‘ als Lieferant der Zutaten für Kriege“ herausgegeben. „Wir betreiben hier Heimatkunde über Inhalte, die tabuisiert werden, über die niemand gern spricht“, erläuterte der Sprecher des „Friedensforums“, Ekkehard Lentz, bei der Vorstellung der neuen Informationsschrift in der Hansestadt.

Lühr Henken vom „Bundesausschuss Friedensratschlag“ wies bei der Pressekonferenz in der „Villa Ichon“ auf die aktuelle Umrüstung der Bundeswehr hin, um die weltweite Interventionsfähigkeit entscheidend zu verbessern: „Neue Waffen und Ausrüstungen dafür verschlingen hohe Milliardenbeträge. Der Rüstungs-

haushalt steigt in diesem Jahr auf 34 Milliarden Euro nach Nato-Kriterien, ein Anstieg um sechsdreiviertel Prozent. Das heißt: Rüstungsbetriebe kennen keine Krise. Deutschland ist Europameister beim Export von Großwaffen. Es exportierte 2008 mehr als Frankreich und Großbritannien zusammen. Bremen trägt mit seinen Rüstungsbetrieben beträchtlich dazu bei und exportiert über die Häfen. Hier befinden sich fünf Rüstungsbetriebe von bundesdeutschem, ja sogar weltpolitischem Rang: OHB und Atlas Elektronik zählen zur Weltliga.“ Henken kommt zu dem Fazit: „Bremen ist eine Rüstungshochburg. Die Stadt profitiert von den Krisen und Kriegen der Welt, und der Waffenexport fördert zudem die Konflikte.“

Prof. Dr. Jörg Wollenberg weist in seinem Beitrag „Der Kaiser ging, der ‚Führer‘ ging – die Waffenschmieden blieben“ auf die Kontinuität der Rüstungsproduktion in Bremen hin. Lühr Henken stellt drei Betriebe der Bremer Rüstungsindustrie (Atlas Elektronik, Rheinmetall Defence und OHB) in Zusammenhang mit den aktuellen Bundeswehrplanungen. Der Konzern Atlas Elektronik in deutscher Hand schaffe die Voraussetzung für einen von Deutschland geführten europäischen Kriegsschiff-Werftenverbund. Die Firma Rheinmetall Defence kann seiner Meinung nach als „Rüstungskrake“ bezeichnet werden. Das Unternehmen OHB ist im Satellitenbau für militärische Zwecke engagiert.

Das „Bremer Bündnis gegen die europäische Grenzschutzagentur Frontex“ thematisiert die von Bremer Raumfahrtfirmen entwickelte Überwachungstechnik, die direkt für die Erfordernisse der Grenzsicherung entworfen und im Krieg gegen Flüchtlinge eingesetzt werden. In meinen Beiträgen setze ich mich mit den Fregatten- und Korvetten-Geschäften der Lürssen-Werft und dem Kooperationsvertrag zwischen der Bundeswehr und dem Bremer Rotkreuz-Krankenhaus auseinander.

Joachim Fischer „würdigt“ mit dem Umschlag von Rüstungsgütern einen Tätigkeitsbereich der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft, der in offiziellen Verlautbarungen des Unternehmens nicht auftaucht. Über den neuen europäische Militärtransporter A400M von Airbus, von einer großen Hoffnung der Militärs zum Dauerkrisenfall für Staat und EADS geworden, schreibt Andrea Kolling und wünscht sich eine „Ausstiegsdebatte“ für das Wahnsinnsprojekt.

Hartmut Drewes beschreibt die ideologische Unterstützung für Militär und Rüstung durch die „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik“. Der langjährige Bremer Konversionsbeauftragte, Prof. Dr. Wolfram Elsner, reflektiert bei der Frage nach den heutigen Chancen und Möglichkeiten von Rüstungskonversion die wenigen positiven jüngeren historischen Erfahrungen, die dazu gemacht wurden. Die internationale Konferenz „Conversion 2001“ in Bremen zum Thema „Abrüstung, Rüstungsproduktion und Konversion in den Regionen“ forderte verstärkte Initiativen für eine präventive Strategie der Konfliktvermeidung und des gewaltfreien Konfliktmanagements sowie eine intelligente Koppelung von Abrüstung mit Konversionsprogrammen. Erfolgreiche Konversion ist möglich, das zeigen die Erfahrungen der 90er Jahre. Das Bremer Rüstungskonversionsprogramm wurde jedoch 2001 eingestellt, und der Senat vollzog stattdessen eine scharfe Kehrtwen-

de: Künftig soll ausgerechnet die Rüstungsindustrie Wachstumsimpulse für Bremen liefern.

Die Broschüre ist während des Kirchentages und in der „Villa Ichon“, Goetheplatz 4, erhältlich. Auf Wunsch (Telefon 396 1892 oder 326 045 oder E-Mail Info(at)BremerFriedensforum.de) wird sie auch zugeschickt.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Niedriglohn und Schinderei: Die EKD ist mit dabei *(„Indymedia“)*

Na endlich: Gesine macht den Schwan *(„Spiegel-Online“)*

Alle korrupt: Britisches Spesenfiasko bekräftigt lang existierende Verdachtsmomente gegenüber der politischen Klasse *(„Süddeutsche Zeitung“)*

„Politisch nicht mehr zu gestalten“: Warum Hartz IV nach der Wahl abgeschafft wird *(„Tagesspiegel“)*

So etwas verstehe ich ganz klar als Volksverhetzung, Herr Sarrazin, Herr Westerwelle!

1. Nach einer jüngst erhobenen Befragung haben schon Kinder Angst vor der Arbeitslosigkeit. Zwar erwarten mehr als drei Viertel der Kinder für sich persönlich ein gutes oder sehr gutes Leben, doch bereiten die Sorge um die Umwelt, Arbeitslosigkeit, Terror oder Krieg auch den neun- bis 14-jährigen Kindern Ängste. Ihre Erwartungen für die Zukunft aller Menschen in Deutschland sehen die Kinder hingegen deutlich negativer als ihre persönlichen Perspektiven. Die wirtschaftliche Drucksituation ist für die Kinder real spürbar geworden. Ausgerechnet die *Spezialdemokraten* fordern die Landesregierung auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden. Auch die Grünen wollen der steigenden **Kinderarmut** nicht länger zusehen und regen eine eigenständige und bedarfsgerechte Grundsicherung für alle Kinder an. Merkwürdig – ob ausgerechnet diese beiden Parteien wohl vergessen haben, dass doch explizit sie es waren, die die staatlich verordnete Armut für Er-

werbslose mit ihren Kindern in Form der menschenverachtenden Hartz-Gesetze erst in die Welt gesetzt haben? Hoffentlich wird dieser Umstand bei der nächsten Bundestagswahl von den Wählern nicht vergessen!

2. In den letzten 15 Jahren wurde im Schnitt fast jeder fünfte westdeutsche Absolvent nach der Ausbildung zunächst arbeitslos, zeigt eine Studie des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“. In Krisenzeiten waren es bis zu 22 Prozent. Gut sechs von zehn westdeutschen Absolventen wurden von ihren Ausbildungsbetrieben übernommen. Ein knappes Fünftel der Absolventen verließ zwar den Ausbildungsbetrieb, fand jedoch direkt im Anschluss eine andere Stelle. Den zunächst arbeitslosen Absolventen gelang in der Regel innerhalb von drei Monaten ihr **Berufseinstieg** bei einem anderen Arbeitgeber. Jedoch häufen sich in wirtschaftlich angespannten Zeiten auch Arbeitslosigkeitsphasen von vier und mehr Monaten. Üblicherweise wird es mit längerer Arbeitslosigkeit immer schwieriger, noch eine Stelle im erlernten Beruf zu bekommen. Wer nach der Ausbildung zunächst arbeitslos wurde, verdiente bei der ersten Stelle durchschnittlich rund 20 Prozent weniger als die von ihren Ausbildungsbetrieben übernommenen Absolventen. Aufgrund der Wirtschaftskrise wird Zahl der Ausbildungsplätze 2009 sinken.

3. Der ehemalige Finanzsenator von Berlin und jetzige Vorstand der Bundesbank, Thilo Sarrazin, schlug mal wieder provozierend zu. Im „Stern“-Interview hält er die nahende Rentenerhöhung im Juli für völlig unsinnig. Stattdessen müsse die Regierung die Bürger darauf vorbereiten, dass die Altersbezüge langfristig fallen werden. Weiterhin kritisiert er, viele Politiker glaubten, dass sich soziale und Bildungsprobleme mit mehr Geld lösen ließen. In seinen Augen sei dies ein Irrweg, und er fordert, die Politiker müssten darauf drängen, das Verhalten der Bürger zu ändern. Die „große Frage“ sei, wie es sich schaffen lasse, dass nur diejenigen Kinder bekommen, die damit fertig werden. Ihn stört, dass gegenwärtig manche Frauen zwei, drei oder mehr Kinder in die Welt setzten, obwohl sie nicht das Umfeld oder die persönlichen Eigenschaften hätten, um die Erziehung zu bewältigen. Ist den Frauen dies etwa durch *Parthenogenese* möglich, sind dazu keine Männer mehr vonnöten?

Das Sozialsystem müsse so geändert werden, dass der eigene Lebensstandard nicht durch Kinder verbessert könne, was heute der Fall sei. Mit diesen Äußerungen missachtet Sarrazin sämtliche Untersuchungen über völlig unzureichende **Regelsätze** für Kinder und verhöhnt die Opfer von Hartz IV, insbesondere deren Kinder. Außerdem greift er erneut das Verhalten von Hartz-IV-Beziehern an und behauptet, diese gingen verschwenderisch mit Energie um. Sie hätten es gerne warm und regulierten die Temperatur mit dem Fenster, weil sie ja von den Gemeinden die Kosten bezahlt bekämen. Offenbar bedient sich Herr Sarrazin der üblichen Hetze gegen Erwerbslose, um die wahren Gründe des Rentenproblems zu verschleiern! Dass ausgerechnet jemand, der sich gerade selbst die höchste

Altersversorgung gesichert hat, die im öffentlichen Bereich erreichbar ist, fordert, die karge Rente anderer noch weiter zu senken, zeigt, welch Geistes Kind Herr Sarrazin ist und welches Menschenbild er bedient!

Auch empfinde ich es als Frechheit, wie dieser Mann gegen das Heizverhalten von Hartz-IV-Beziehern aufwiegelt. Die möchten es natürlich im Winter genauso warm wie andere Menschen in der eigenen Wohnung haben – in der sie sich notgedrungen häufiger aufhalten müssen als andere, weil sie leider keiner Erwerbsarbeit nachgehen dürfen und zumeist in billigen Wohnungen hausen müssen, die natürlich schlecht isoliert sind und wo deswegen „zum Fenster hinaus“ geheizt werden muss! Leider verfügen sie auch nicht über das nötige Kleingeld, um ins Kino oder Café zu gehen. Als ob der Initiator dieser Aufstachelei das nicht selbst wüsste! Den studierten Volkswirt als Technokraten mit Empathiedefiziten zu beschreiben, wäre zu einfach. Sarrazins Welt speist sich zum einen aus unreflektierten Stammtischargumenten, zum anderen aus der kalten ökonomischen Logik eines Finanzsenators. Isolieren, verhöhnen, brandmarken – das ist die Sarrazin-Strategie! Möchte er einen neuen Lebensborn schaffen oder vielleicht mit Zwangssterilisationen dafür sorgen, dass sich nur die „richtigen“ Menschen fortpflanzen können? Das gab es doch alles schon einmal! Gibt es denn für Leute wie Sarrazin keine Abwrackprämie?

4. FDP-Parteichef Guido Westerwelle beklagt das Schrumpfen der Mittelschicht. Die FDP will der Anwalt der Mitte zwischen Oben und Unten sein. Die Gesellschaft rede über die Reichen oder über Hartz IV. Aber die Mehrheit der Deutschen sei nicht reich und auch nicht arm, rüttelt der Parteichef auf: Die Mehrheit der Deutschen stehe morgens auf, gehe zur Arbeit und kümmere sich um die Kinder. Deswegen gilt für Westerwelle und Konsorten, dass wer arbeitete, auch mehr haben müsse als derjenige, der nicht arbeitete. Es gebe kein Recht auf staatlich bezahlte Faulheit. Es gehe um Arbeit und darum, Brücken zu bauen. Hartz IV dürfe nicht zum Lebensentwurf werden. Die Liberalen wollten die Menschen zurück ins Berufsleben holen. Wie denn, mit Verfolgungsbetreuung und Zwangsarbeit? Aber sie müssten auch rauskommen wollen, wenn sie es können, appelliert Westerwelle. Schon wieder so eine Hetzorgie! Außerdem wird hier alles verdreht. Aber offensichtlich haben wir ein „Recht“ auf staatlich verordnete Armut und Sklavenarbeit als Ein-Euro-Jobber(innen), dürfen – immer hübsch ausgegrenzt – in Suppenküchen und Sozialwarenhäusern unsere Bedürfnisse „erfüllen“! Ich plädiere dafür, dass uns dieser Spaßvogel mal die voll sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze zur Verfügung stellte und damit die Hilfsbedürftigkeit und Abhängigkeit von staatlichen Leistungen schlagartig beendete und keine Lohnsubventionen für die Arbeitgeber auf unsere Kosten schüfe. Denn der Staat sind wir! So etwas verstehe ich ganz klar als **Volksverhetzung**!

5. Ein Gericht in Mannheim muss sich mit der Frage beschäftigen, ob die Aneignung eines weggeworfenen Möbelstückes mit Diebstahl gleichzusetzen sei. Dort

wurde Mehmet G., angestellt bei einer Abfall-Entsorgungsfirma, fristlos entlassen – weil er ein im Müll gefundenes Kinderbett mit nach Hause genommen hatte. Dies sei von einem Mitglied des Betriebsrates beobachtet und gemeldet worden. Das Unternehmen sieht in G.s Handeln einen „Diebstahl von Firmeneigentum“. Mehmet G. sagt aus, es sei ihm nicht bewusst gewesen, dass er durch sein Handeln einen Straftatbestand erfüllt haben könnte. Durch seinen Anwalt ließ er erklären, er sei der Auffassung gewesen, es handele sich bei dem Kinderbett um Abfall, der ohnehin entsorgt werde und nicht um Eigentum seines Arbeitgebers.

Dazu müssen noch immer „Hintergründe“ geklärt werden, wie es sich mit einer ersten Abmahnung verhalte, die Herr G. für die angebliche Mitnahme von Toilettenpapier bekommen habe. Vorwürfe, die Firma wolle mit der Kündigung lediglich versuchen, Mitarbeiter loszuwerden, um billigere Leiharbeiter einzustellen, seien „nicht Gegenstand der Verhandlung“, so die Arbeitsrichterin. Der Prozess wird im Juli fortgesetzt. Eigentlich ist der **Kündigungsschutz** gar nicht mehr nötig: Irgendein beliebiger Grund zur fristlosen Kündigung fällt jedem Arbeitgeber bei Bedarf ein. Und wenn ein Diebstahl nicht nachgewiesen werden kann, dann ist eben durch den Verdacht das Vertrauensverhältnis zwischen Firma und Beschäftigtem beschädigt. Um das Betriebsklima in der Firma scheint es nicht zum Besten zu stehen, oder warum wird das Mitglied des Betriebsrates in Blockwartmentalität zum Denunzianten, statt seinen Kollegen auf sein Tun anzusprechen und, wenn nötig, zu warnen?

6. Am Wochenende berichtete der „Weser-Kurier“ von einem neuen Integrationsprojekt der Initiative „Kaufhaus Rotenburg“. Der freie Träger der Diakonie startete im Februar dieses Jahres ein von der Europäischen Union und vom landkreiseigenen Arbeitsamt gefördertes Qualifizierungs- und Integrationsprojekt für Langzeitarbeitslose namens „Karo“. Das steht für „Kaufhaus Rotenburg“ und ist ein Secondhand-Laden mitten in der Stadt. Dort kann jeder billig **Gebrauchtwaren** einkaufen. Besonders günstig einkaufen können Kundinnen und Kunden mit geringem Einkommen, die eine „Karo“-Kundenkarte haben. Zum Konzept gehöre zwingend die aktive Mitwirkung der 20 Projektteilnehmer, die über Ein-Euro-Jobs beschäftigt sind. Das habe schon vor der Renovierung des ehemaligen Kaufhauses Klee angefangen, wo sich die Ein-Euro-Jobber mit Tun und Ideen eingebracht hätten.

Mit dem Aufarbeiten und Reinigen der gespendeten Möbel, Teppiche, Fahrräder, Elektro- und HiFi-Geräte, dem Ordnen der CDs, DVDs, Schallplatten und Bücher, des Spielzeugs und der Sportartikel sind sie in den laufenden Betrieb eingebunden. Eine Abteilung der „Karo“-Belegschaft ist eine fünfköpfige Gruppe, die Gartenpflegearbeiten für Privatleute und Kommunen übernimmt und derzeit recht gut ausgelastet sei. Unglaublich finde ich, dass hier offen zugegeben wird, dass sie sich als „ganz normale Marktteilnehmer“ sehen und daher auch ortsübliche Preise und keine Dumpingpreise verlangen – nur von ortsüblichen Löhnen ist hier leider nie die Rede! Aber klar, der Gewinn muss kräftig maximiert werden,

und Arbeitskosten gelten als ein unnötiger Kostenfaktor. Wenn „Karo“ Gewinne macht, darf die Trägerinitiative auch keine Ein-Euro-Jobs anbieten – non wegen „zusätzlicher und gemeinnütziger“ Arbeit! Solange es eine Nachfrage nach „Tafeln“ und Sozialkaufhäusern gibt, wird es immer mehr zwangsverpflichtete Ein-Euro-Jobber geben. Wo bleiben eigentlich die Gewerkschafter?

7. Im Superwahljahr 2009 startete das ARD-Fernsehen mit einem deutschlandweiten Aktionstag am 9. Mai die Themenwoche „Ist doch Ehrensache“. Es ist die Zeit der kleinen Wahlgeschenke, wo hier ein Zückerchen und da ein Rentenversprechen an die Bürger verteilt wird. 23,4 Millionen Menschen engagieren sich amtlich, aber ohne Ehre: Sie investieren wie eine vollwertige Arbeitskraft Energie, Zeit und Kreativität. Während an die Bürger immer öfter der Appell nach privater Vorsorge und mehr Eigenverantwortung gerichtet wird, schrumpft der Sozialstaat klammheimlich in sich zusammen, versucht sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung durch die Hilfe von **Freiwilligenarbeit** zu entledigen. Nun belegen aber Untersuchungen, dass die Bereitschaft der Menschen, sich unentgeltlich zu engagieren, mit dem Rückzug des Sozialstaats sinkt, denn die Bürger fühlen sich völlig zu Recht aus Kostengründen ausgenutzt. Mich kotzt diese Verarschung auch total an! Es ist also unbedingt notwendig, noch mehr Arbeitsplätze ins unbezahlte Ehrenamt umzuwandeln! Arbeit ist ja massenhaft da, bloß soll sie nicht mehr bezahlt werden! Die völlige Volksverblödung lässt recht freundlich grüßen!

8. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung an die Linkspartei hervorgeht, fördern Bund und Länder mit Millionen von Steuergeldern ausgerechnet jene Betriebe, die ihre Beschäftigten mit Dumpinglöhnen abspeisen! Demnach flossen zwischen 2004 und 2007 knapp hundert Millionen Euro an die Callcenter-Branche, die für eine extrem schlechte Bezahlung bekannt ist und in der es keinen Mindestlohn gibt. Entsprechend ist der Anteil der „Aufstocker“, die zur Existenzsicherung trotz ihrer Arbeit auf zusätzliches ALG II angewiesen sind, dreimal so hoch wie in der Wirtschaft insgesamt. Es ist skandalös, dass die Politik den Beschäftigten den Mindestlohn verweigert und zugleich die Branche mit Millionen Steuergeldern subventioniert! **Billigjobs** werden so gleich mehrfach gefördert: erst durch die Wirtschaftsförderung, dann durch ergänzendes Arbeitslosengeld II. Laut einer Verdi-Erhebung liegen die Grundlöhne zwischen lächerlichen fünf und sieben Euro die Stunde. Weil auch die Arbeitsbedingungen als kritisch gelten, sind die Telefonist(inn)en in den Callcentern überdurchschnittlich oft krank. Die Kehrseite der niedrigen Löhne sind natürlich enorme Gewinne: Zwischen 1996 und 2007 sind die Profite um zwölf Prozent gewachsen. Hier sind die wirklichen, die echten Sozialschmarotzer zu Hause!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Von hinten: Eierklatsch auf Pittiplatsch *(„Spiegel-Online“)*

Stress pur für 700 Euro: In Bremen und Bremerhaven werden 81 Kitas unbefristet bestreikt *(„Bild“-Zeitung)*

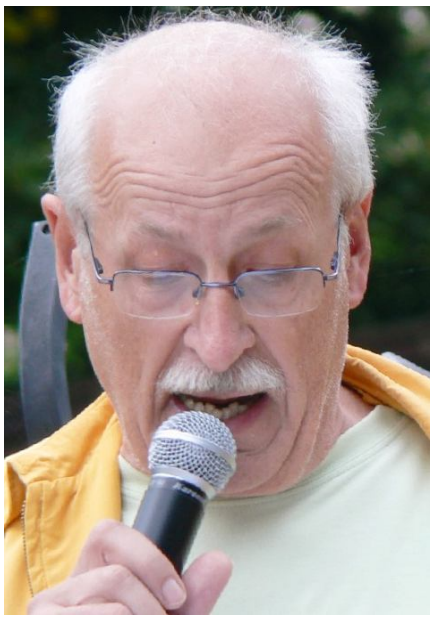
Den Pflegebeschäftigten reicht es: Für das Geld machen wir den Scheiß nicht mehr weg *(„Jenseits des Helfersyndroms“)*

Fall Emmely darf nicht Schule machen: Für eine Bagatellgrenze bei Kündigungen *(„1 Euro 30“)*

Linnert schützt Bremens Kröten: Unausgeglichenes Viertelmilliarden-Finanzloch erfordert sofortige Haushaltssperre *(„Bild“-Zeitung)*

Armut belabert statt bekämpft: Warum Karoline Linnert nicht mehr zur Montagsdemo kommt *(„Bild“-Zeitung)*

Der Umkehrschluss



Wenn ich viel Geld ausgebe, aber nichts bewirke, und im Gegenteil alles noch teurer wird, müsste das ja bedeuten: Wenn ich weniger ausgebe, wird alles billiger! Genauso müsste es bei der Praxisgebühr funktionieren. Wie hörte ich doch am Wochenende in einer Talkshow: Die Praxisgebühr führte zu mehr Arztbesuchen. Das lässt eigentlich nur den Schluss zu: Weg mit der Gebühr! Aber wehe, dann geht das Jammern an anderer Steile los, und den Schwarzen Peter hat natürlich der Beitragszahler.

Die Gesundheit ist das höchste Gut, und dass ein Arzt mit dem Gehalt eines Facharbeiters abgespeist wird, ist schlichtweg eine Sauerei. Dass wir Patienten, wenn wir welche werden, darunter leiden müssen, ist ebenfalls nicht hinzunehmen, desgleichen, dass viele von uns Bürgern sich schon heute einen Arztbesuch gar nicht mehr leisten können. Hinzu kommt, dass Medikamente in Deutschland um 30 Prozent teurer sind als im umliegenden Ausland. Was soll das eigentlich? Kann mir das mal jemand erklären?

Ich als Bürger und Beitragszahler verwahre mich jedenfalls mit aller Entschiedenheit dagegen, dass mir unterstellt wird, ich ginge aus Spaß zum Arzt. Das ist eine Frechheit! Seit langer Zeit gehe ich genau dreimal pro Jahr zum Arzt, und das nur, weil mich die Krankenkassen dazu gezwungen haben: zweimal zum Zahnarzt wegen der Bonusmöglichkeit und einmal, weil ich eine Bescheinigung für die

Rückengymnastik brauche. Deren Kosten muss ich allerdings selber tragen. So geht es wohl auch sehr vielen anderen!

Wenn es nun mit den zehn Euro Praxisgebühr nicht klappt, dann weg damit, und zwar sofort! Das bedeutet erstens 40 Euro mehr in der Tasche für die Bürger, die sie für andere Konsumausgaben zur Verfügung haben, zweitens weniger Kosten für die Krankenkassen, da weniger Arztbesuche erfolgen, und drittens weniger Bürokratie für die Ärzte. Wenn ihr Politiker uns Bürger immer mehr ärgert, bekommen wir eines Tages außer Wutanfällen auch noch Magengeschwüre und andere schwere Krankheiten. Das wird dann erst richtig teuer!

Udo Riedel (parteilos)

Zum Beispiel den Gabelstaplerschein: Machen Sie doch mal was für Ihre Zukunft *(„Tageszeitung“)*

Armenvertreibung stoppen: Tempelhof gehört allen *(„Blogsport“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

232. Bremer Montagsdemo am 25. 05. 2009

„Könnt ihr nicht anbauen?“

Ich habe eine Weiterbildung bei der „Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen“ absolviert und mache zurzeit ein Praktikum. Ich bin gelernte Industriekauffrau mit Abschluss vor der IHK. Eigentlich wollte ich den Finanzbuchhalter machen, aber der wird von der Bagis nicht finanziert, weil man ihn nicht als Vollzeitfortbildung, sondern nur berufsbegleitend in den Abendstunden machen kann. Somit konnte ich mich nur zur Buchhaltungsfachkraft weiterbilden, wobei ich leider keine Steuerkenntnisse erwerben konnte, die heutzutage fast immer erforderlich sind.

Dass ich nach meinem Praktikum Arbeit bekomme, bezweifle ich. Die fehlenden Steuerkenntnisse muss ich in einem selbstfinanzierten berufsbegleitenden Kurs nachholen. Wie ich erfahren habe, werden häufig Leute mit unzureichenden Vorkenntnissen und mangelnder Berufserfahrung in Kurse und Fortbildungen gesteckt, aus denen man sie kaum erfolgreich ins Arbeitsleben zurückschicken kann, denn mit einem mittelmäßigen oder schlechten Zeugnis hat man kaum eine Chance auf Arbeit. In meiner Klasse waren es von 20 Teilnehmern nur ich und noch zwei weitere Schüler, die bereits als Buchhalter gearbeitet haben.

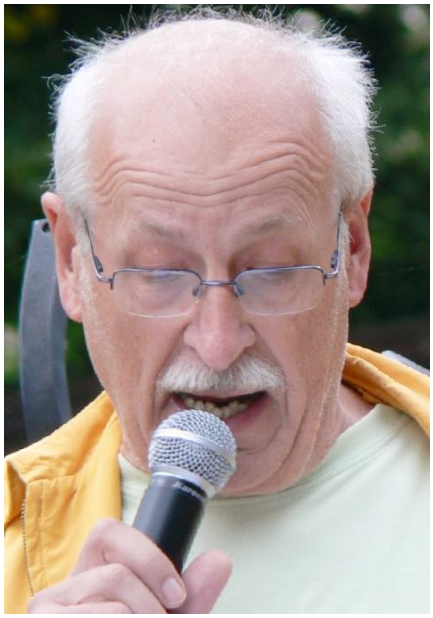
Während der Fortbildung habe ich von Herrn Erbendruth, meinem Dozenten im Fach Kosten- und Leistungsrechnen, gehört, dass die Bagis angefragt hat, ob die Wisoak nicht „anbauen“ könne – sie hätten mehr Leute, die sie in Fortbildungen stecken wollen, als die Wisoak aufnehmen kann! Die ist nämlich bis auf Weiteres komplett ausgebucht und übervoll, daher wurden auch neue Dozenten eingestellt. Ich finde es ja auch sinnvoll, dass etwa die Firma Daimler ihre Kurzarbeiter in staatlich finanzierte Fortbildungen schickt.

Aber die Anfrage der Bagis bedeutet doch: Sie versuchen alles, was arbeitslos ist, in Fortbildungen zu drängen – denn wer in einer Maßnahme steckt, ist natürlich nicht arbeitslos gemeldet! Sicher soll die Statistik noch vor den Wahlen bereinigt werden, sonst hätte die Bagis kein so großes Interesse daran, die Leute in teure Fortbildungen zu stecken. Mich hat das doch sehr erschüttert, diese Anfrage.

Anke Meyer (parteilos)

Zu **Pfingsten** – am **1. Juni 2009** – findet **keine Montagsdemo** statt.

„Demokratie sind wir alle“



1. Recht hat er, der Herr Köhler – und von mir einen herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl! Hätte ich die Möglichkeit gehabt, ich hätte ihn auch gewählt. Hätte ich aber über den „Europa-Beitritt“ abstimmen dürfen, hätten sie meine Stimme nicht bekommen – nicht, weil ich „gegen Europa“ bin, sondern weil ich die Bevormundung durch die Wirtschaft ablehne, siehe Lissabonner Vertrag. Wie sagte doch Herr Köhler: „Demokratie sind wir alle!“ Ich füge hinzu: wenn ich auch etwas zu sagen hätte.

Noch ein Punkt, warum ich Herrn Köhler gewählt hätte, ist die Tatsache, dass er auch mal Rückgrat zeigt, ein Gesetz nicht unterschreibt und den Mumm hat, anderen die Leviten zu lesen. Dann hörte ich noch die Worte bei seiner Rede auf dem Kirchentag, die den Montagsdemonstranten galten. Vorbilder nannte er sie! Wobei er wohl die Demonstranten in der früheren DDR gemeint haben dürfte, so glaubt jedenfalls die Masse der Menschen. Aber ich erinnere mich noch ganz genau an den Tag, da unser alter und neuer **Bundespräsident** uns hier mit Handschlag auf dem Marktplatz begrüßt hatte. Wie sagte er doch schon damals: „Hier wird gekämpft, und es ist gut, dass wir zur Kenntnis nehmen, was Sie sagen und was Sie beschwert!“

Er findet es also gut, dass wir uns gegen die Ungerechtigkeiten zur Wehr setzen, und wenn wir das auf die jetzige Rede beim Kirchentag beziehen, sind wir heutigen Montagsdemonstranten die Vorbilder. Wir werden in die Geschichte eingehen als diejenigen, die den sozialen Frieden gerettet haben, denn wir machen die Politiker in diesem Land auf Ungerechtigkeiten aufmerksam. Sie selber haben ja bis auf wenige Ausnahmen jeden Bezug zu den Mitmenschen verloren. In diesem Fall ziehen wir uns da gern den Schuh an, ein Vorbild zu sein! Darum, liebe Mitmenschen, gesellt euch zu den Montagsdemonstranten und werdet Vorbilder! Wehrt euch gemeinsam mit uns gegen soziale Ungerechtigkeiten! Wer nichts unternimmt, will es so haben und braucht sich hinterher nicht zu beschweren.

2. Wenn zwei das Gleiche sagen, ist es noch lange nicht dasselbe! Als wir von der Montagsdemo schon vor Jahren die Missstände in dieser Gesellschaft angeprangert haben, ernteten wir nur Hohn und Spott – doch als Doktor Christoph

Künkel auf dem **Kirchentag** die gleichen Probleme ansprach, erntete er tosenden Beifall. Ich habe mir ausdrücklich von Herrn Künkel die Genehmigung geben lassen, dass ich ihn hier zitieren darf. Er gab mir mit einem Glückwunsch für mein in diesem Fall privates Engagement seine Visitenkarte, nachdem ich ihm von unseren Protesten erzählt hatte. Er begrüßte ausdrücklich, dass wir uns in diesem Fall so für unsere Mitmenschen einsetzen. Erst erschrak ich doch ein wenig, als er mich fragte, wo ich denn tätig sei: „Montagsdemonstranten? Wer ist denn das?“ Ich erzählte von uns, und er wünschte uns viel Erfolg. Herr Künkel ist Oberlandeskirchenrat.

„Mensch, wo bist du?“ lautete das Motto des Kirchentags, und fast alle waren hoch zufrieden, ich ebenfalls – mit einer Ausnahme, denn auch hier auf dem Kirchentag ist Kritik nicht gern gesehen. Nach einem Interview, das ein Reporter mit einem Mitarbeiter der „Bremer Tafel“ führte, bat ich darum, mich auch mal ans Mikrofon zu lassen. Tatsächlich bekam ich die Gelegenheit. Als ich dann die Arbeit der „Tafel“-Mitarbeiter ausdrücklich lobte, waren die Zuhörer begeistert – aber als ich ihnen mitteilte, dass ich bei der Montagsdemo tätig bin und wir dafür eintreten, dass eigentlich gar keine „Tafeln“ nötig sein dürften, musste ich feststellen, dass ich mit dieser Aussage doch für ein wenig Verwirrung gesorgt hatte. Auch dank der Live-Übertragung wissen jetzt jedenfalls einige Tausend Menschen mehr, dass es die Montagsdemos gegen soziale Ungerechtigkeiten gibt und dass wir jeden Montag um 17:30 Uhr hier auf dem Marktplatz demonstrieren!

Udo Riedel (parteilos)

DGB in Panik vor den Montagsdemonstranten: „Wir erwarten massive Störungen durch mobile Lautsprecheranlagen“ *(„Rote Fahne News“)*

Hartz-IV-Opfer von Tätern verhöhnt: Müntefering und Künast „demonstrieren“ am DGB-Leittransparent „gegen“ Sozialabbau *(„Erwerbslosenforum“)*

Kranke Behörde: Verdi rüffelt Chef der Bremer Arbeitsagentur *(„Verdi publik“)*

Rechtswidrige Ausgrenzung: Bagis muss Mietkaution übernehmen *(„Tageszeitung Bremen“)*

Bankrott einer Heilslehre: Dem Neoliberalismus mag niemand mehr das Wort reden *(„Spiegel-Online“)*

Sozialliberale Option: Die Bundestagswahl könnte anders ausgehen als erwartet *(„Financial Times“)*

Karstadt-Pleite: Keine wirtschaftlichen Voraussetzungen, um

Steuergelder in das Unternehmen zu stecken *(„Spiegel-Online“)*

Aus Scheiße Gold machen: Ohne Privatisierung der Abwasserkanäle hätte Bremen jährlich elf Millionen Euro einnehmen können *(„Tageszeitung“)*

Ein ganz großes Kreuz über den Wahlzettel

Der Kirchentag ist vorbei. Mancher Mensch wird froh sein, dass nun wieder alles seinen gewohnten Gang geht. Natürlich war es ein fröhliches Sommerfest besonders für die Jugend, mit Konzerten und ihrer „Bibelarbeit“, aber auch mit intensiven Diskussionen im Saal und auf den Grünflächen. Bremen bot sich bei tollem Wetter fast immer von seiner schönsten Seite. Die politische Prominenz tauchte auch auf, um etwas lauen Wahlkampf zu machen, ohne sich irgendwo festzulegen. Der Kirchentag sei zahm geworden, heißt es. Da spielt sogar die Bigband der Bundeswehr auf, und es wird Werbung für den Wehrdienst gemacht, auch mit Auslandseinsätzen. Es gibt wenig Widerspruch dagegen. Die Kirchentagsleitung und die Politik rufen zur Kritik auf: Zuhören, nachfragen, aber keine vorschnellen Forderungen, das ist die Devise. Da unterscheidet sich der Kirchentag nicht von der übrigen Gesellschaft.

Überall ist der Klärungsprozess noch in vollem Gange. Zu viele Fragen und Positionen müssen diskutiert werden. Alle müssen die Konsequenzen, die aus der Krise des kapitalistischen Systems zu ziehen sind, erst noch durcharbeiten. Zwei Dinge sind mir bei der Beobachtung aber aufgefallen: Die große Disziplin bei dem zeitweise auch vorhandenen Chaos und die Gelassenheit und positive Stimmung. Die Menschen, die hier waren, stehen vermutlich fest verankert im Leben, sind eingebunden in Arbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit und versuchen im Kleinen ihren Beitrag für eine Veränderung zu leisten. Ja, bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag vielleicht, und andere sahnen derweil ab! Darum müssen wir die Auseinandersetzung mit den Aktiven führen, dass nicht nur das Kleine gesehen wird, sondern auch Verantwortung und Einmischen für das Ganze notwendig ist. Das ist zentrales Problem für einen anderen Teil der Gesellschaft, der entwurzelt, ausgegrenzt, der staatlichen Drangsalierung und Verachtung ausgesetzt und der Perspektivlosigkeit preisgegeben wird. Letztendlich sprechen Politik und Kapital diesen Men-

schen ihre Menschenwürde ab. Auch manche Christen nehmen das als „gottgewollt“ hin. Ich lehne die Spaltung der Gesellschaft ab!

Die Montagsdemo, die seit 2004 gegen diese Spaltungspolitik kämpft, ruft darum die Hartz IV-Betroffenen ebenso wie die religiös Motivierten oder politisch Aktiven auf, zusammen zu diskutieren und andere aufzurütteln, sich nicht hängen zu lassen oder zu dominieren – und in solidarischer Art und Weise miteinander umzugehen, Forderungen aufzustellen und auch durchzusetzen! Wer eine Veränderung im Land will, muss mit jedem Menschen reden und versuchen, die Resignation zu überwinden. Auch die Montagsdemo braucht immer wieder die Veränderung und Erweiterung. Uns sind darum neue Mitstreiter sehr willkommen. Wer Hilfe braucht oder zuhören will, soll kommen! Aber willkommen ist auch, wer Hilfe anbieten und mitarbeiten möchte in unserer ehrenamtlichen Bewegung. Nur Faschisten haben hier nichts zu suchen!

Noch ein Wort zur Europawahl: So wie wir in den vergangenen Jahren die EU, die Lissabonner Beschlüsse und das Entmündigungsverfahren in Sachen EU-Verfassung diskutiert haben, gibt es keinen Grund, diese Wahl für etwas Wichtiges und Weiterbringendes zu halten. Wir lehnen ein internationalistisches Europa der arbeitenden Menschen zusammen mit den Völkern der Welt nicht ab, aber wir unterstützen nicht *dieses* Europa, wie es uns als „einzige Alternative“ dargeboten wird! Die Kandidaturen linker Parteien finde ich zwar ehrenwert, aber sie sind mit zu vielen Illusionen verbunden, dass Europa reformiert werden könnte. Ich für meinen Teil werde daher bei dieser Wahl ein ganz großes Kreuz über den Wahlzettel machen.

Jobst Roselius

Wir müssen in der Haushaltspolitik neue Wege erkämpfen!

Nach neuesten Schätzungen fehlen dem Land Bremen aufgrund der Weltwirtschaftskrise Steuereinnahmen in Höhe von einer Milliarde Euro bis 2011. Finanzsenatorin Linnert, Mitglied der Grünen, hat jetzt angekündigt, wie sie darauf reagieren will.

Zum einen möchte sie neue Schulden machen – das bedeutet aber nichts anderes, als dass die Jugend die Zeche dafür bezahlen muss. Bremen steht bereits heute mit 15 Milliarden Euro Schulden kurz vor dem Bankrott! Zum anderen will sie in Bereichen kürzen, wo Bremen angeblich „mehr Geld ausgibt“. Sie nennt dann die Werkstätten für behinderte Menschen, die Sozialarbeit in den Stadtteilen und die Jugendfreizeiteinrichtungen – überall dort will sie kürzen!

Dabei gibt es ganz andere Möglichkeiten, die aber eine Wende in der Haushaltspolitik verlangen: Jedes Jahr werden vom Senat Zinsen in Höhe von 700 Millionen Euro an die Banken überwiesen. Wieso wird dies nicht sofort gestoppt? Wir sollten in den nächsten Monaten des Wahlkampfs eine breite Diskussion über ein Zinsmoratorium entfachen, denn die Lasten der Krise sollen die Verantwortlichen tragen und nicht die Bevölkerung!

Harald Braun

Hetze pur: „Der Kita-Streik zeigt, wie man soziale Unruhe schürt“ *(„Die Welt“)*

Das Schlachten nach dem Streichelzoo vor den Wahlen

1. Die Diskussion um **Steuersenkungen** in der Wirtschaftskrise dauert unvermindert an. Nun hat der Chef des Wirtschaftsforschungsinstitutes Ifo, Hans-Werner Sinn, scheinbar nur *Unsinn* im Kopf, wenn er eine Kürzung bei den Sozialausgaben fordert! Seiner Meinung nach müssten die Steuern erhöht werden, um die Staatsschulden bezahlen zu können – und, wie gesagt, die Steuerausgaben reduziert. Wenn die Deutschen schon den Gürtel enger schnallen müssen, dann sollen doch bitte diejenigen dazu herangezogen werden, die das auch noch können! Außerdem muss den Menschen erst mal so viel Geld zum Leben gelassen werden, dass sie sich einen Gürtel überhaupt noch leisten können! Oder wird der einzige Gürtel, den die Deutschen benutzen, bald nur noch der Patronengürtel

sein? Wie wäre es denn, wenn wir mal unseren sogenannten Verteidigungshaushalt kürzen würden, der seit Jahren so unnütz wie beständig steigt? Es ist absolut überfällig, unsere „Entwicklungshilfe“ in Afghanistan einstellen!

2. Auch nach Berechnungen von Kieler Wirtschaftsforschern werden im nächsten Jahr 1,5 Millionen Menschen mehr als heute ALG II beziehen müssen. Weil dies Mehrkosten in Milliardenhöhe für Bundeshaushalt und kommunale Kassen bedeuten wird, halten es die sogenannten Experten für „unklug“, **Hartz-IV-Kürzungen** kategorisch auszuschließen. Die Ankündigung von Bundessozialminister Olaf Scholz, Rentenkürzungen für alle Zeiten per Gesetz unmöglich zu machen, laufe auch darauf hinaus, Hartz-IV-Kürzungen auszuschließen. Schließlich orientiere sich die Höhe des ALG-II-Satzes am Rentenwert. Wenn die Bruttolöhne sinken, was unter anderem angesichts der regen Inanspruchnahme der Kurzarbeit zu erwarten sei, müssten eben entsprechend Renten und der Hartz-IV-Satz „in gewissem Maß gekürzt“ werden. Da derzeit Milliarden in den Bankensektor gepumpt würden, sei es aber nachvollziehbar, dass die Politik solche Kürzungen ausschließe. So sprechen mal wieder nur diejenigen, die nicht davon betroffen sind! Dabei gibt es eine Untergrenze für Sozialleistungen, und diese ist längst erreicht, wenn nicht gar unterschritten. Wer den Hartz-IV-Satz jetzt noch weiter senken will, kann das ALG II auch gleich abschaffen – dann soll er das aber bitte auch so sagen und verantworten, nicht nur vor den Wählerinnen und Wählern, sondern auch vor dem Bundesverfassungsgericht!

Wer nun darüber nachdenkt, die ALG-II-Bezieher noch mehr bluten zu lassen, ist wirklich ein unsozialer Mensch: Die Banken kriegen alles in den Allerwertesten gepustet, die Reichen werden geschont, und ausgerechnet die Finanzschwachen sollen dafür geradestehen! Die Parteien, die dies alles mit verursacht haben, sollten an der Wahlurne zum Teufel gejagt werden! Ansonsten gilt, dass vor den Wahlen alle nur auf Streichelzoo eingestellt sind, doch nach den Wahlen wird gnadenlos geschlachtet. Die Ausgaben für Hartz IV könnten sich drastisch verringern: durch die Einführung eines Mindestlohns in Höhe von zehn Euro netto pro Stunde sowie einem Verbot von Leiharbeit beziehungsweise, wie in anderen Ländern Europas üblich, indem dafür Sorge getragen wird, dass die Leiharbeitslöhne gesetzlich mindestens so hoch wie die Belegschaftslöhne sind! Dann würden auf einem Schlag 1,3 Millionen Hartz-IV-Hungerlohn-Aufstocker wegfallen, die vom normalen Steuerzahler subventioniert werden. Außerdem müssten alle Firmen, die Kurzarbeitergeld aus öffentlicher Hand kassieren, überwacht werden, damit sie während dieser Zeit keine billigen Leiharbeiter einsetzen, während die Angestellten zu Hause sitzen.

3. Laut einem Bericht des „Tagesspiegels“ könnte das menschenverachtende Hartz IV – die schikanöse Armut per Gesetz, die mittels Verfolgungsbetreuung und Zwangsarbeit die Erwerbslosen quält – nach der Wahl abgeschafft werden: Angesichts von drohenden Massenentlassungen hat es jeglichen „Sinn“ verloren, den Druck noch weiter zu erhöhen. Den *Spezialdemokraten* sind die Wähler in Scharen davongelaufen und haben den Aufstieg der Linkspartei möglich gemacht. Aber der neoliberale Abbau des Sozialstaates sorgte für eine gnadenlose Umverteilung von unten nach oben, einen unverantwortlichen Ausbau des Dumpinglohnsektors und für eine Stigmatisierung der Erwerbslosen, die als Sündenböcke nun für das Versagen der Politiker herhalten sollen. Ob die Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik je wieder handlungsfähig werden wird oder sich auch weiterhin von den Interessen der Wirtschaft lenken lässt, bleibt ein offenes Geheimnis! Dass in Richtung Abschaffung von Hartz IV gedacht wird, zeigte auch beim Parteitag der FDP der unausgegorene Gedanke, die Erwerbslosen mit lächerlichen 600 Euro monatlich abspeisen zu wollen. Es steht zu befürchten, dass eine neue **Transferleistung** geringer ausfallen soll, obwohl schon die jetzige bei Weitem nicht ausreicht, um davon leben, geschweige denn an der Gesellschaft teilhaben zu können!

4. Erstaunlicherweise zieht ungeachtet der allseits bekannten Problematik die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg eine positive Bilanz nach vier Jahren Hartz IV: Vorstand Heinrich Alt behauptet, das **System** funktioniere. Angeblich befänden sich derzeit 6,5 Millionen Menschen in der Grundsicherung, wovon 4,7 Millionen erwerbsfähig seien. Ein zentraler Erfolg sei die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die fast halbiert worden sei. Auch die sogenannte Sockelarbeitslosigkeit konnte demnach durchbrochen werden. Wie die Darstellung frisiert, äh: belegt werden soll, dass in den vergangenen vier Jahren die Zahl der Langzeitarbeitslosen um tatsächlich sage und schreibe 18 Prozent gesunken sei, wird leider nicht zu erklären versucht. Na, dann wird es doch Zeit, mit dem alten Heinrich zu jubeln, dass es ihm erfolgreich gelungen ist, die Statistik zur Jugendarbeitslosigkeit mit „Maßnahmen“ und Ein-Euro-Jobs zu euphemisieren. Ist er möglicherweise grenzdebil?

Das System funktioniert in der Tat. Es fragt sich nur, von welchem hier in Wirklichkeit die Rede ist! Das eigentliche Ziel von Lohndumping, Entrechtung weiter Bevölkerungsschichten und Erhöhung des Drucks auf die Arbeitnehmer wurde freilich erreicht. Die Betroffenen wurden ihrer Würde beraubt, finanziell von Almosen abhängig gemacht und der Willkür der „Leistungsträger“ ausgesetzt. Der Grad des Verfalls unserer Gesellschaft und des Sozialstaates ist daran messbar, wie mit den Schwächsten im System umgegangen wird. Noch haben wir Sozialgeld, Hartz IV und ein Arbeitslosengeld, doch wenn jene Lügner in Nadelstreifen in der Politik mit ihren Plänen durchkommen, wird dieses System von hinten nach vorne aufgerollt und vernichtet werden. Es kommt immer auf den Blickwinkel an. Kuschen, Schnauze halten, nur ja nicht unangenehm auffallen...

5. Der Deutsche Gewerkschaftsbund warnt vor einer weiteren Verschärfung der sozialen Lage in Deutschland. Nach seinen Berechnungen rutscht jeder vierte Arbeitslose direkt in **Hartz IV**. Der DGB fordert Sofortmaßnahmen, um die Krisenfolgen abzumildern. Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach warnte am Donnerstag in Berlin vor einer gefährlichen Entwicklung, die sich im Laufe des Jahres wahrscheinlich noch deutlich verschärfen wird. Grund sei die nur kurze Beschäftigung vieler Arbeitnehmer, die damit keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I hätten. Linksfraktions-Chef Oskar Lafontaine sagte, Mini-Jobs, Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge führten zu immer kürzeren Beschäftigungszeiten. Ursache der Misere seien die Deregulierung des Arbeitsmarktes und der damit verbundene Abbau des Kündigungsschutzes. Er verlangte, dass in der jetzigen Wirtschaftskrise nicht nur die Finanzmärkte reguliert werden müssten, sondern auch der Arbeitsmarkt. Daher fordere er die Abschaffung von Hartz IV.

6. Ist es denn zu glauben: Zwölf Aufsichtsratsvorsitzende großer deutscher Unternehmen wehren sich gegen die geplante Verschärfung für **Managergehälter**! Sie haben deshalb einen Protestbrief an Kanzlerin Angela Merkel geschrieben, in dem sie eine Rücknahme der Regierungspläne fordern. Sie bringen auch ihr Missfallen darüber zum Ausdruck, dass die Diskussion über Managergehälter ein falsches Bild der wirtschaftlichen Verantwortungsträger reflektierte. Man stelle sich vor, dass gar die Vertragsfreiheit der Unternehmen eingeschränkt würde! Die Manager warnen nachdrücklich davor, unternehmerische Entscheidungen wie die Gestaltung von Vorstandsverträgen bis ins Detail zu verrechtlichen. Besonderen Unmut erregt bei den Managern die Vorschrift, dass zwischen einem Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat eine zweijährige Karenzzeit liegen soll. Dem „Handelsblatt“ sollen Unterlagen vorliegen, wonach Unions-Fraktionschef Kauder Kauderwelsch ablassen wolle, um die Karenzzeit wieder zu kippen. Angesichts der Tatsache, dass mit der größten Selbstverständlichkeit den Hartz-IV-Beziehern jegliche Vertragsfreiheit genommen wurde und sie zu Zwangsarbeit gezwungen werden, finde ich es schlimm genug, dass die Manager glauben, etwas fordern zu können! Die können ihren Hals nicht voll kriegen! Dazu fällt mir inzwischen nur noch ein: Dann heult doch!

7. Bei einer Wahlkampfveranstaltung in Rostock ist FDP-Chef Guido Westerwelle von einem Ei am Hinterkopf getroffen worden. Die FDP teilte mit, ihr Vorsitzender sei nicht verletzt worden. Es seien zwei Eier geworfen worden, von aber nur eines traf. Die Suche nach dem Tatverdächtigen blieb bisher erfolglos, obwohl ein braver Parteianhänger selbst entschied, wen er für verdächtig hielt, diese Personen fotogravierte und die Bilder der Polizei übergab. Nicht, dass ich das billigen dürfte, aber: So etwas kann einem passieren, der in meinen Augen **Volksverhetzung** betreibt! Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Der FDP-Sprecher stellte zugleich die Polizeitaktik an dem Abend infrage: Trotz des Eierwurfs auf den FDP-Vorsitzenden sei die herbeigerufene Polizei nach Aufnahme der Anzeige noch vor Ende der

Veranstaltung wieder abgerückt. Wahrscheinlich hätte eher noch eine Hundertschaft geholt werden müssen!

8. Am vergangenen Samstag versammelte sich auf dem Ziegenmarkt im Steintor eine **Demonstration** „Für eine deutsche Friedenspolitik“. Der Demonstrationszug setzte sich dann in Richtung Hillmannplatz in Bewegung. Eine Stunde später schilderte der Theologe und Psychologe Eugen Drewermann die Schrecken der drei letzten Kriege, die von deutschem Boden ausgingen, und die Methoden, wie das eigene Gehirn ebenso wie das Gewissen praktisch ausgeschaltet werden müssen, um mit dem Militär mitmarschieren und den unmenschlichen Befehlen Folge leisten zu können. Mittels einer rigiden, die Persönlichkeit ausschaltenden Militärführung kann sich meiner Meinung nach kaum ein Krieg dafür eignen, Freiheit zu erstreiten!

Das deutsche Volk wird bei den Pseudo-Befreiungseinsätzen des Militärs beispielsweise in Afghanistan ständig belogen. Permanent werden wir von gleichgeschalteten Medien einer Gehirnwäsche unterzogen, die uns weismachen will, dass sich mit Krieg etwas gegen den Terror ausrichten lasse oder gar ein Krieg gegen das Böse Sinn ergebe! Ich kann nur hoffen, dass Besucher dieses Heiteitei-Kirchentages einmal etwas aufgerüttelt wurden, denn diese Problematik wurde offenbar nicht thematisiert und stattdessen den Neuanwerbungen des Militärs Platz gewährt. Gehirn anschalten ist sehr empfehlenswert! Mir wurde mal wieder überdeutlich bewusst, weshalb der klar und eigenständig denkende Eugen Drewermann seiner Posten bei der katholischen Kirche beraubt wurde. Eigenständiges Denken ist nicht erwünscht! Über eine Stunde lang sprach Herr Drewermann frei und aufrüttelnd zu den interessiert Lauschenden. Ich war sehr beeindruckt.

9. Am Sonntag stand im „Weser-Kurier“ zu lesen, dass Hartz-IV- Bezieher, die den vollen Preis für Eintrittskarten zum **Kirchentag** bezahlt haben, sich diese bis zum 15. Juni erstatten lassen können. Darauf haben jetzt die Organisatoren der Großveranstaltung in der Hansestadt hingewiesen. Toll, dass sie das tun, wenn der Kirchentag praktisch schon vorbei ist! Mir als Agnostikerin machte das nichts, doch weiß ich von finanziell armen, gläubigen Christen, die sich diesen Kirchentag nicht leisten konnten und sich vollkommen zu Recht ausgeschlossen fühlten. Das wäre nicht im Sinne Jesu gewesen, der alle Interessierten zugelassen haben soll!

Zuvor fragte ich mich, welche Hartz-IV-Bezieher sich wohl den ermäßigten Preis von 49 Euro für bloße vier Tage leisten könnten. Das ist ein Siebtel der mageren 351 Euro monatlich! Wo leben denn diese Kirchenleute, dass sie solche „Ermäßigungspreise“ für bezahlbar halten? Wenn dann am letzten Tag die Zeitungsmeldung erscheint, dass sich ALG-II-Bezieher das Geld für die Eintrittskarte zurückholen dürften, weiß ich nicht, in welcher Welt die Veranstalter leben. Welche Hartz-IV-Bezieher können sich denn einen „Weser-Kurier“ leisten? An die finanziell Armen wurde ganz bewusst nicht gedacht! Wer sollte sich so eine Karte gekauft haben können, etwa vom ALG II? Wer will, dass auch finanziell Ausge-

grenzte daran teilnehmen können, der verbreitet dies im Vorfeld, andernfalls wird er unglaubwürdig! Der 32. Kirchentag sollte wohl nicht wirklich auch den Armen zur Verfügung stehen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Keine Gewalt: Männer leben besser, wo Frauen das Sagen haben *(„Spiegel-Online“)*

Von allen Seiten: Tschechischer *Spezialdemokrat* wird in jeder Stadt mit Eiern beworfen *(„Tagesschau“)*

General-Motors-Pleite: Trümmerhaufen wird verstaatlicht *(„Spiegel-Online“)*

Opel-Pleite: Als Nichteigentümer macht sich der Staat mit nutzlosen Rettungsmodellen lächerlich *(„Spiegel-Online“)*

Verfassungsbruch durch Parlamentsmehrheit: Im „Windschatten“ der Opel-Pleite führt die Große Koalition das Gesinnungsstrafrecht ein *(„Junge Welt“)*

Staat der Konzerne: Beschlüsse zur Bahnprivatisierung auf Basis der Manipulation von Öffentlichkeit, Parlament und Regierung gefasst *(„Junge Welt“)*

Schwarzer Baron von Zweifeln geplagt: Warum sollten die amerikanischen GM-Gläubiger das Filetstück Opel an die Russen verschenken? *(„Spiegel-Online“)*

Wut in Bochum: Wo die MLPD einflussreich ist, müssen sich Arbeitsplatzvernichter etwas einfallen lassen *(„Frankfurter Rundschau“)*

Bitte unterschreiben: Petitionen gegen Atomkraft, Bombodrom und Rassismus *(„Campact“)*

Auf zur Lernmesse: Da haben Sie was Eigenes *(„Cinemaxx“)*

35 Milliarden aus dem Fenster geschmissen: HRE-Rettungspaket in Höhe des Hartz-IV-Jahresetats wurde ohne jede Prüfung vergeben *(„Spiegel-Online“)*

Opel, Porsche, Karstadt: Wie viele Milliarden an Steuergeld haben die Wahlkämpfer diese Woche verballert? *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Mangelhafte Schülerarbeit: Warum das Grundgesetz nicht der Rede wert ist *(„Junge Welt“)*

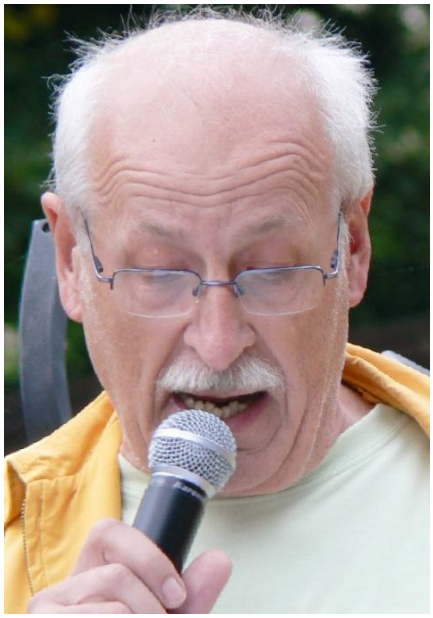
Die Häkchen-wechsel-dich-Routine: Wie Hartz-IV-Betroffene mit ungerechtfertigten Zahlungseinstellungen traktiert werden *(„Die Linke“)*

20,8 Prozent: Die SPD kann nur noch winseln, dass sie mit der CDU koalieren darf *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

233. Bremer Montagsdemo am 08. 06. 2009

Eine Chance wurde verpasst



Eigentlich habe ich nichts anderes erwartet. Es bleibt alles heim Alten, Desinteresse eingeschlossen: Europa hat gewählt, und nicht einmal die Hälfte der Bürger war bereit, die Wahlurne aufzusuchen. Traurig! Wer nicht zur Wahl geht, darf sich auch nicht beschweren. Ärgerlich ist das für die Menschen, die eine andere Politik wollten: Sie sind nun auch enttäuscht. Nun können uns die in Brüssel weiter drangsalieren mit unausgegorenen Gesetzen, meinen die Nichtwähler. Die großen Parteien haben einen Denkzettel bekommen, und die kleinen haben hinzugewonnen. Leider sind da zu viele linksgerichtete Parteien, die man unter einen Hut bringen muss.

Ich möchte kurz aus den sogenannten Lissabonner Verträgen zitieren: „Die Europäische Union wird auch in Zukunft nicht zu einem Superstaat, wie es in einigen Mitgliedsländern diskutiert und befürchtet wird. Mit dem Vertrag von Lissabon wird noch stärker als bisher gewährleistet, dass sich die Europäische Ebene auf jene Bereiche und Entscheidungen beschränkt, die auf nationaler oder regionaler Ebene nicht besser gelöst werden können.“ Mit anderen Worten: Europa will den Ländern keine Vorschriften machen, ihre Probleme zu lösen. Doch davon hat die eigene Regierung natürlich nie gesprochen, im Gegenteil: Stets behauptet sie steif und fest, Brüssel verlangt es. So ist es auch kein Wunder, dass unsere Bevölkerung der Meinung ist: „Brüssel schreibt uns alles vor, und wir müssen es tun. Nee, da gehe ich nicht zur Wahl! Solche Leute soll ich auch noch wählen?“

Die Wahlbeteiligung war auch deshalb so gering, weil wir Deutschen bis heute nicht gefragt worden sind, ob wir dieses Europa überhaupt wollen. Die Regierung hatte wohl Angst, dass wir Menschen nein gesagt hätten! Wer sich ein wirkliches Bild von den Lissabonner Verträgen macht, hat Interesse und geht auch wählen. Aber 416 Seiten zu lesen, ist schon schwer genug – sie zu verstehen erst recht. Hätten die Regierungen von Europa allerdings der Bevölkerung wirklich reinen Wein eingeschenkt, wäre ein ganz anderes Europa herausgekommen! So können sie nun getrost weitermachen, die sogenannten nationalen Regierungen. Doch

wir Mitmenschen in einer Demokratie haben die Macht, uns die Regierung frei zu wählen, die uns und unsere Ansichten vertritt – durch freie Wahlen! Und wenn die uns nicht passen sollte, haben wir auch das Recht, sie wieder abzuwählen!

Liebe Leute, wählt die ab, durch die wir leiden müssen! Wenn jedoch die anderen gewinnen, gilt in einer Demokratie das Mehrheitsprinzip. Wer dies nicht anerkennt, befindet sich nicht auf dem Boden der Demokratie! Euch Jugendlichen möchte ich dringend raten, euch mit der Politik wirklich zu befassen, in eurem eigenen Interesse, und das gilt auch für Europawahlen. Im September habt ihr die Möglichkeit, auch als Erstwähler Einfluss zu nehmen. Ich jedenfalls werde keine Regierung wählen, die mich in irgend einer Weise schädigt, auch wenn man das, was man haben möchte nicht immer bekommt. Lasst euch von niemanden davon abhalten, der behauptet: „Die machen doch, was sie wollen!“ Das können sie nur, wenn wir es zulassen. Politik ist die Kunst des Möglichen. Machen wir es möglich, gehen wir zur Wahl im September, und Hartz IV war einmal!

Udo Riedel (parteilos)

Die *Häkchen-wechsel-dich*-Routine

Leserbrief zum „Weser-Kurier“-Artikel „Bagis: Kunden immer zufriedener“

Wer sich fragt, wie die beschriebene Kundenzufriedenheit bei der Bagis zustande kommt, sollte einen Hartz-IV-Betroffenen dorthin begleiten. Bei mir wurde jetzt solch ein Amtsbesuch notwendig, als am Vierten – trotz Leistungsbewilligung auch für die Folgemonate und ohne dass eine Sanktion verhängt worden wäre – das Arbeitslosengeld II noch immer nicht auf meinem Konto eingegangen und demzufolge die **Abbuchung von Miete und Nebenkostennachforderung geplatzt** war.

Die Existenzängste, die solch ein Schock auslöst, brauche ich wohl nicht zu beschreiben. Nicht nur, dass kaum noch Geld für Lebensmittel da ist: **Schon im letzten Jahr** war **im Monat nach meiner Antragstellung** auf Erstattung nachgeforderter Nebenkosten in Höhe von knapp über hundert Euro die **ALG-II-Zahlung eingestellt** worden, sodass mein Vermieter mich nun als unzuverlässig einstufen dürfte.

Während der mehrstündigen Wartezeit auf eine Barauszahlung konnten wir erregten Gesprächen der übrigen Besucher im Eingangsbereich bruchstückhafte Schilderungen weiterer besonderer Vorkommnisse und **Unregelmäßigkeiten** entnehmen, die dringend auf dem Amt zu klären waren. Mehrfach verließen insbesondere Kunden *ohne* **Begleitung** die Sprechzimmer mit deutlichen Zeichen der Frustration.

Die vom Mitarbeiter im Eingangsbereich wie auch von der Sachbearbeiterin in der Leistungsabteilung mit gesenktem Blick vorgetragene Erklärung, die mein Beistand Hans-Dieter Binder und ich für die Nichtzahlung erhielten, lautete, es komme leider immer wieder mal vor, dass in der **Software** beim Öffnen des Datensatzes die Häkchen verschwänden. Von selbst? Wer soll das glauben?

Eine *Checkbox* wechselt nicht von selbst ihren Wert von *true* auf *false*, wenn dies nicht durch eine Zeitfunktion oder in Abhängigkeit von anderen Kriterien so programmiert worden ist. Ob nun also der **Rechtsbruch** auf automatisierte und daher massenhafte Weise stattfindet oder durch bewusste **Fehlentscheidung** im Einzelfall, wobei die *Häkchen-wechsel-dich*-Routine als bequeme Ausrede dient: Auf jeden Fall steckt Absicht dahinter.

Immer wieder, so endigte Ihr Artikel, gingen Verfahren bis zum Sozialgericht. Dorthin werde auch ich mich wenden müssen, denn mein **letztjähriger Antrag** auf Erstattung der Nebenkostennachforderung wurde noch immer **nicht bearbeitet**. In Bremen sollte darüber hinaus nicht in Vergessenheit geraten, dass die Bagis bereits den gewalttätigen Ziehvater des kleinen Kevin mit **ungerechtfertigten Zahlungseinstellungen** traktiert hat.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) – siehe auch
„Die Linke“ und „Erwerbslosenforum“

Hartz IV quält uns noch immer: Nicht die SPD leidet unter der Wahlbeteiligung, sondern die Wahlbeteiligung unter der SPD *(„Stern“)*

Karin Jöns geschockt: Bremer SPD-Tante fliegt aus dem Europa-Parlament *(„Tageszeitung“)*

Schleimeimer blubbert bei Anne Will: Der Hartz-IV-Sklavenarbeitsverweigerer lässt ihn jetzt nicht mehr los *(„Spiegel-Online“)*

Karstadt-Quelle-Pleite: Nur erbärmliche Manager betteln um Staatshilfe *(„Spiegel-Online“)*

ALG-II-Bezieher haben keinerlei Bürgerrechte mehr

1. Letzte Woche erschien im Weser Kurier ein wahrlich herzig-allerliebster Artikel, in dem von „ guter **Zufriedenheit** der Bagis-Kunden“ – nach einer bundesweiten Telefonbefragung – zu lesen war. Es ist fürwahr erfreulich, wenn die Bundesagentur ihre finanziell hilfsbedürftige Klientel mit dem Begriff „Kunden“ umschmeichelt, denn der Kunde ist bekanntlich immer der König. Wie sehr sich um den alles drehen soll, kam ja beim Versuch der Bundesagentur für Arbeit zum Ausdruck, im Kampf gegen *pöse* Sozialschmarotzer alle Register zu ziehen – und sie zu observieren! Lässt sich Wertschätzung besser zum Ausdruck bringen, als den Kunden in den Mittelpunkt von zielgerichteter Beobachtung zu stellen, ihn liebevoll zu spiegeln und ihm auch hinter die Spiegeltüren zu gucken? Wenn den Kunden Vorladungen geschickt werden, ist die Bagis auch immer so einfühlsam und nennt sie netterweise „Einladungen“, schließlich sollen die „Kunden“ ja nicht erschreckt werden! Wie wir alle wissen, darf eine Einladung abgelehnt werden, aber das wäre bei der Agentur für Arbeit nicht zu empfehlen.

Doch auf solche undankbaren Ideen kommt offenbar ohnehin kaum jemand, da die Kunden ihre Bagis ja nur zu gerne aufsuchen. Schließlich sind sie derart zufrieden, dass sie im Durchschnitt die Schulnote 2,3 für die überaus gelungene Beratung und Vermittlung, für Geldleistungen, Rahmenbedingungen, Online-Angebote und Telefonkontakte vergaben. Ja, auch mich strahlte bei Besuchen in der Bagis Pfalzburger Straße immer eine enorme Gesamtzufriedenheit aller Kunden an – speziell, wenn ich jungen Müttern dabei zusehen durfte, wie sie stets gut gelaunt ihre Armmuskulatur beim Kinderwagenhalten auf der steilen Treppe in der langen Warteschlange trainierten, sich sportlich ertüchtigten und darüber freuten, wenn sie wieder eine Stufe höher kamen. Auf diese Weise können Ausgaben für ein Fitness-Studio vermieden werden, und die Kunden werden es ihrer Bagis für so viel umsichtige Vorausplanung danken!

Ich glaube sofort, dass in jedem Quartal nur zufällig ausgewählte Kunden befragt werden. Natürlich würde auch niemand je auf die Idee kommen, die Antworten mitzuhören oder von der Benotung die weitere Auszahlung des Arbeitslosengeldes abhängig zu machen. Weil die Kundenzufriedenheit so überaus herausragend ist, sollen unabhängige Beratungsstellen geschlossen werden. Denn wer könnte schon besser für die Zufriedenheit ihrer Kunden sorgen als die Bundesagentur für Arbeit selbst? Wenn dann ein paar lästige Querulanten dennoch

bis zum Sozialgericht gehen, lag das bestimmt nie an unserer herzig-allerliebsten Bagis!

2. Nun durften wir schon wieder lesen, dass 40 Prozent der 650.000 Alleinerziehenden auf das menschenverachtende Hartz IV angewiesen sind und dies zu 95 Prozent Frauen betrifft. Zum drillionsten Male muss die enorme **Kinderfeindlichkeit** in Deutschland angeprangert werden, wenn die Bereicherung durch ein Leben mit Kindern, die ja die Zukunft unseres Landes darstellen, offenbar gleichzeitig ein erhöhtes Armutsrisiko einzugehen bedeutet. Dank der unzureichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten schaffte es nur die Hälfte der Alleinerziehenden, innerhalb von zweieinhalb Jahren der Verfolgungsbetreuung zu entkommen. Weil die Mütter arbeiten gehen wollen, ist jede zweite ALG-II-Bezieherin mit einem Kind unter drei Jahren arbeitssuchend gemeldet. Besonders schwer gestaltet sich die Situation auch für die ganz jungen Mütter, weil diese vor ihrer Schwangerschaft noch keine Berufsausbildung absolvieren konnten.

3. Schön überfällig: Die Bremer Sozialbehörde erlitt vor dem Sozialgericht eine deutliche Niederlage. Nun ist die Bagis dazu verpflichtet, auch für ALG-II-Bezieher(innen) die **Mietkaution** zu übernehmen, wenn sie denn bei einer Wohnungsbaugesellschaft einziehen. Im konkreten Fall hatte die „Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales“ einer Alleinerziehenden aus Bremen-Nord zwar den Umzug in eine größere Wohnung genehmigt, nicht aber die bei Vertragsabschluss fällige Mietkaution von 650 Euro an die Brebau. Eine bislang gültige Verwaltungsanweisung bestimmt nämlich ausdrücklich, dass bei Wohnungsbaugesellschaften generell keine Mietkautionen für ALG-II-Bezieher(innen) übernommen werden. Das war jedoch rechtswidrig, so das Sozialgericht Bremen in einem Urteil (Aktenzeichen S23 AS 779/09 ER).

Es ist nur gut und folgerichtig, dass das Gericht befindet, Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter sei „rechtlich nicht befugt“, die bundesgesetzlichen Regelungen nach dem Sozialgesetzbuch II „zu beschränken“. Ich habe große Hoffnung, dass das Sozialressort diese Antwort noch einmal zu hören bekommen wird: wenn nämlich ein Betroffener dagegen klagen wird, dass Bremen sich erdreisten will, nicht die tatsächlich verbrauchten Heizkosten zu bezahlen, sondern nur die „angemessenen“ in Höhe von 1,10 Euro je Quadratmeter. Warum sollte Bremen einen Sonderweg gehen dürfen, der immer zu Lasten der ALG-II-BezieherInnen geht? Leider lässt sich damit keine Gettobildung verhindern, wohl aber weitere Obdachlosigkeit, da sich in einigen Stadtteilen die Segregation bereits vollzogen hat.

4. Gut eine Woche nach der großen **DGB-Demonstration** in Berlin am 16. Mai 2009 haben Initiativen von Erwerbslosen und der sozialen Bewegung massive Kritik an der DGB-Führung geübt. Tatsächlich setzte der DGB noch einen drauf und räumte sowohl dem SPD-Vorsitzenden, Franz Müntefering, als auch der Frak-

tionsvorsitzenden von „Bündnis 90/Die Grünen“, Renate Künast, einen Platz am Leittransparent der Großdemonstration ein. Für mich ist es unerträglich, ja: beinahe pervers zu nennen, wenn sich ausgerechnet diejenigen, die für den exorbitanten Sozialabbau im Rahmen von Agenda 2010 verantwortlich zeichnen, an die Spitze des sozialen Protestes setzen! Wie Martin Behrsing vom „Erwerbslosenforum“ es auf den Punkt brachte, ist es ein Schlag ins Gesicht für die anderen Demoteilnehmer, wenn der DGB-Vorstand es diesen Parteivertretern ermöglicht, ihre unsoziale Politik derart zu verschleiern. Wir dürfen es nicht vergessen, dass die SPD und „Bündnis 90/Grüne“ als Regierungsparteien durch die verbrecherischen Hartz-Reformen einen explodierenden Ausbau des Niedriglohnsektors möglich machten! Sie sorgten für Rentenkürzungen und eine Rente erst mit 67 ebenso wie für eine Deregulierung der Finanzmärkte sowie für Steuererleichterungen für Reiche und Unternehmen! Sind das die neuen Wendehälse?

5. Ein-Euro-Jobber Im in der Nähe von Bonn gelegenen Städtchen Alfter-Ödekoven müssen 25 wieder zurück zur argen Arge, nachdem ihre sie betreuende Sozialarbeiterin zu einer neuen Stelle überwechselte. Die Bürgermeisterin sagte, dass die Arbeitsagentur diese Maßnahme nicht mehr bewillige, wenn keine qualifizierte Betreuung sichergestellt sei. Sie ließ es sich nicht nehmen, von den Ein-Euro-Jobbern so zu sprechen, dass es sich bei ihnen um Menschen handele, die mit intensiver Betreuung wieder in den Arbeitsprozess und ein geregeltes Leben integriert werden sollen. Dabei müssten manche Teilnehmer lernen, konsequent pünktlich zur Arbeit zu erscheinen, und andere bräuchten Hilfe bei der Organisation ihres Alltags. Das könne ohne einen Sozialarbeiter nicht gewährleistet werden. Neben der Beratung habe die Gemeinde den Ein-Euro-Jobbern, die etwa in Kindergärten, der Bücherei Alfter oder zur Pflege der Grünanlagen eingesetzt wurden, auch Bewerbungstrainings und PC-Kurse angeboten. Das hört sich ungemein nach „zusätzlicher“ Arbeit an!

Die Bürgermeisterin erklärte, dass diese Maßnahme fruchte, sei auch daran zu erkennen, dass zwei Menschen in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden konnten. Hallo, der ganze Aufwand für sage und schreibe zwei feste Stellen! Ob in dem beschaulichen Städtchen wohl schon mal etwas vom Subsidiaritätsprinzip gehört wurde? Ich persönlich finde die Aussagen der Bürgermeisterin überheblich und anmaßend. Hier wird ein Bild von ungebildeten Arbeitslosen gezeichnet, die unpünktlich sind und ungeregelt in den Tag hinein leben. Als ob Erwerbslose an ihrer Situation selbst schuld seien! Schließlich soll – hetz, hetz – ein gesellschaftliches Problem den Betroffenen individuell zur Last auf die Schultern gelegt werden. Die armen Alten, die nur von Angelernten versorgt werden! Wofür gibt es eigentlich immer noch Ausbildungsberufe?

6. Fast jeder zweite Ein-Euro-Jobber verdrängt nach eigener Aussage mit seiner Tätigkeit entgegen der gesetzlichen Vorschrift reguläre Arbeitsplätze. Bei einer Befragung im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit gaben 45 Prozent an,

die gleiche Arbeit zu verrichten wie festangestellte Kollegen. Jeder Vierte sagte, für den Ein-Euro-Job sei eine abgeschlossene Ausbildung erforderlich. Demnach bringen mehr als zwei Drittel eine Berufsausbildung oder sogar einen Hochschulabschluss mit. Trotz der hohen Qualifikation und der geringen Bezahlung bewerten die Betroffenen ihre Tätigkeit erstaunlich positiv: Vier von fünf empfinden ihren Ein-Euro-Job als Gelegenheit, etwas Sinnvolles zu tun und unter Menschen zu kommen. Die Leute wollen also arbeiten, auch unter schlechten Bedingungen. Weil das ALG II so vollkommen unzureichend ist, bedeutet für die ALG-II-Bezieher selbst die minimale Entlohnung eine finanzielle Entlastung.

Laut der Bundesregierung seien die Ein-Euro-Jobs gar keine Ein-Euro-Jobs, sondern „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung". Nach dem Willen des Gesetzgebers sollen die Arbeitsgelegenheiten Erwerbslose wieder an das Arbeitsleben, an den Tagesablauf und die Erwartungen der Arbeitgeber gewöhnen. Die Tätigkeiten müssen zusätzlich sein, dürfen also keine **reguläre Arbeit** verdrängen. Gemeint sind Hilfstätigkeiten in Altenheimen, in Kindergärten, im Garten- und Landschaftsbau oder der Stadtreinigung. Nicht erfüllt hat sich die Hoffnung, Ein-Euro-Jobs könnten Türen zum regulären Arbeitsmarkt öffnen. Ihre beruflichen Perspektiven bewerten die Befragten ausgesprochen negativ. Zwei Drittel erklären, dass sich ihre Beschäftigungschancen durch die mit Steuergeldern finanzierten Beschäftigungsprogramme nicht verbessert haben.

Dieser Befund deckt sich mit Aussagen des Bundesrechnungshofs, wonach die Arbeitsgelegenheiten für drei von vier Hilfebedürftigen weitgehend wirkungslos blieben und keine messbaren Integrationsfortschritte erkennbar sind. Der Rechnungshof moniert besonders, dass die Tätigkeiten nicht, wie gesetzlich vorgeschrieben, zusätzlich geschaffen würden, sondern reguläre Arbeitsplätze verdrängten. Zwei Drittel der geprüften Maßnahmen erfüllen nicht die gesetzlichen Fördervoraussetzungen! Beispielsweise ersetzen Ein-Euro-Jobber in der Pflege ausgebildete Kräfte, statt den Patienten zusätzlich als Betreuer zur Verfügung zu stehen. In gemeinnützigen Unternehmen machen sie privaten Handwerksbetrieben Konkurrenz. Massenweise treten sie, wie der „Zentralverband des Deutschen Handwerks" beklagt, an die Stelle von voll bezahlten Hausmeistern oder Bauarbeitern.

7. Der Präsident des Landessozialgerichtes Düsseldorf sagte, wer in Nordrhein-Westfalen gegen Hartz-IV-Entscheidungen klage, habe gute Chancen, vor Gericht Recht zu bekommen. Im vergangenen Jahr wurde jede zweite der insgesamt 25.000 Klagen gegen Hartz IV zugunsten des Klägers entschieden. Auch bei Streitigkeiten mit den Krankenkassen lohne der **Klageweg**. 2008 bekamen rund 30 Prozent der Patienten, die wegen Unzufriedenheit über die Leistungen der Kassen geklagt hatten, vor dem Landessozialgericht Recht. Diese frohe Botschaft muss verbreitet werden!

8. Der Schreck und die Empörung waren groß, als in der letzten Woche die Meldung verbreitet wurde, dass die Bundesagentur die Erwerbslosen wie vollkommen rechtlose Parias observieren lassen würde. Die heimliche **Observation** sollte bei bloßem Verdacht auf einen besonders schwerwiegenden Leistungsmissbrauch ausdrücklich zugelassen sein. Das hieße, eine anonyme Anzeige reichte aus, um solche geheimdienstlichen Maßnahmen zu rechtfertigen. Damit hätte der Außendienst der Arge deutlich mehr Rechte als die Strafermittlungsbehörden.

In welcher Form das so Erschnüffelte dann beweiskräftig sein sollte, wäre höchst fraglich gewesen. Immerhin zog die Bundesagentur für Arbeit ihre Geschäftsanweisung zu heimlichen Observationen von ALG-II-Beziehern zurück. Dieser Anweisung fehlte jegliche Rechtsgrundlage, weil eine Observation von ALG-II-Beziehern durch den Leistungsträger des SGB II rechtlich gesehen eine Datenerhebung ist, für die deutlich festgelegt wird, dass Betroffene vorher über den Grund dafür und die Identität der erhebenden Stelle zu informieren seien. Dadurch wird eine heimliche Observation ausgeschlossen beziehungsweise rechtswidrig gemacht. Auch das Befragen Dritter, also Vermietern, Nachbarn und dergleichen, ist in der Form der Weisung der Bundesagentur absolut rechtswidrig. Die unklaren Daten sind zuerst und nach Möglichkeit nur beim ALG-II-Bezieher zu erheben.

Auch nach Meinung von Oskar Lafontaine geht es eigentlich darum, ob überbezahlte Bankvorstände Milliardenbeträge veruntreut haben, doch werden sie nicht zur Rechenschatz gezogen. Vor diesem Hintergrund verstärkt sich der Eindruck, dass die verschärften Regeln für Hartz-IV-Empfänger von den Riesen-Skandalen ablenken sollen, die die oberen Zehntausend zu verantworten haben. Die Kapitalverbrechen der letzten Jahre beweisen, dass Hausbesuche bei Bankvorständen auf jeden Fall notwendiger und ergiebiger wären als die Hausbesuche bei Hartz-IV-Empfängern! Es bleibt ein bitterer Nachgeschmack, wenn bei maroden Banken und Unternehmen Milliarden schon mal zu „Peanuts“ verkommen, während es bei den finanziell Schwachen offenbar um jeden Cent geht. Wo leben wir? Jedenfalls kaum in einer sozialen Marktwirtschaft! Im Ergebnis kann man nur feststellen: ALG-II-Bezieher haben keinerlei Bürgerrechte mehr, soweit es die Bundesagentur betrifft. Wie sonst ist die massenhafte Ansammlung von Rechtswidrigkeiten und Straftaten – beziehungsweise Aufforderungen zu selbigen – gegen ALG-II-Bezieher zu erklären?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Am **Mittwoch**, dem **10. Juni 2009**, referiert Professor Rudolph Bauer um **10:30 Uhr** über das Thema „**Der Abbau sozialer Sicherungssysteme untergräbt die Demokratie** – Sozialabbau als Rekrutierungshilfe für die Bundeswehr?“ Die Veranstaltung findet statt im Hans-Böckler-Saal des DGB-Hauses am Bahnhofsplatz 22. Der Eintritt ist frei.

„Weser-Kurier“ hetzt wie „Blöd“ gegen Hartz-IV-Betroffene

1. Im Land Bremen sind 27.256 Kinder von **Kinderarmut** betroffen, meldete der „Weser-Kurier“ vergangene Woche in der Rubrik „Zisch – Zeitung in der Schule“. Das ist jedes dritte Kind. Folgen sind Entwicklungsdefizite, mangelnde Integration, soziale Benachteiligung und Unterversorgung: Es gibt kaum Geld für ausgewogene und gesunde Ernährung, von Vergnügungen wie Urlaub ganz zu schweigen. Kulturelle und bildende Unternehmungen sind kaum möglich. Die betroffenen Kinder werden häufig gemobbt.

Ich finde es gut, dass der „Weser-Kurier“ über Kinderarmut berichtet und gerade auch, dass Schüler selber recherchieren und schreiben. Allerdings bin ich anderer Meinung als die beiden Schülerinnen, die einen Kommentar verfassten, in dem es heißt: „Es kommt auf die Einstellung an, wie die Kinder sich bemühen, einen guten Schulabschluss, einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeitsstelle zu bekommen. Oft liegt es an den Eltern: Wenn die eine ‚bequeme‘ Einstellung haben, wird es auf die Kinder übertragen.“

Meiner Meinung nach vermittelt dies das gleiche Bild eines Hartz-IV-Empfängers, das auch die „Bild“-Zeitung mit ihrer täglichen Hetze transportiert: Arbeitslose seien faul und an ihrer Lage selbst schuld. Dann steht da noch: „Hartz IV ist sicherlich keine Endstation, doch benötigt es mitunter viel Energie, sich daraus zu befreien.“ Dafür ist nicht nur ein bisschen Eigeninitiative gefragt!

Die Kinder in Armut und die vielen Arbeitslosen existieren nicht, weil sich letztere zu wenig anstrengen, sondern weil durch Hartz IV die Menschen in Leiharbeit, Minijobs, Arbeitslosigkeit und Mangel gestürzt werden. Dagegen lohnt es sich, seine Energie einzusetzen! Dafür gehören ganz viele Kinder und Jugendliche, Arbeiter und Arbeitslose auf die Montagsdemo. Kämpfen wir gemeinsam: Weg mit Hartz IV!

2. Ich möchte noch von einem tollen Erlebnis berichten! Am 29. Mai 2009 sind wir mit einer ganzen Gruppe – Freunden, Genossen und sogar einer Jugendband – zum Internationalen Pfingstjugendtreffen gefahren, einem Festival der Jugend und Kinder, bei dem die Zukunftsfragen der Jugend im Mittelpunkt standen und das uns alle begeistert hat.

Es gab 150 Veranstaltungen und „Ereignispunkte“ zum Basteln, Malen oder Ponyreiten, dazu Tanz- und Kampfsport-Kurse, Konzerte und einen Kinder-Parcours. Zur „Zukunftsdemo“ kamen 3.500 Teilnehmer – sie waren, optimistisch, lebendig und kämpferisch. Es gab einen Erfahrungsaustausch der Schüler und Studenten sowie der Automobilarbeiter zu Protesterfahrungen und zum antifaschistischen Kampf.

Gäste aus 18 Ländern nahmen unter dem Motto „Hoch die internationale Solidarität“ an Abendveranstaltungen, Fußballturnieren, dem „Spiel ohne Grenzen“ oder dem Volkslauf teil. Selbst der WDR nannte das Festival „in seiner Art etwas Besonderes“. Ich lade jetzt schon für das nächste Pfingstjugendtreffen in zwei Jahren ein: Jung und Alt, kommt mit, bringt euch ein!

Wanja Lange („Rebell“)

Schickedanz-Zusammenbruch: Wegen Middelhoff auf der Intensivstation? *(„Bild“-Zeitung)*

Nicht nur im Insolvenzfall: Die Arbeitgeber müssen die gesamten Kosten der Arbeitslosigkeit durch Umlage tragen *(„Tagesschau“)*

Am **Freitag**, dem **12. Juni 2009**, trifft sich um **19 Uhr** die „**Wählerinitiative Wolfgang Lange**“ im „Jugendfreizeitheim Buntentor“, Geschwornenweg 11a, zur Diskussion über die Frage „Was ist der echte Sozialismus – warum brauchen wir ihn unbedingt?“

„Weser-Kurier“ zensiert Leserbriefe

Wir haben jetzt schon verschiedene Redebeiträge auf dieser Montagsdemonstration gehört, die sich alle mit Artikeln aus dem „Weser-Kurier“ auseinandergesetzt haben. Dabei wurde deutlich, wie die Wahrheit verdreht und die öffentliche Meinung manipuliert wird. Der „Weser-Kurier“ hat aber noch eine andere Methode: die Zensur!

Ich hatte einen Leserbrief geschrieben, der am letzten Freitag, dem 5. Juni 2009 veröffentlicht wurde. Dabei wurde der entscheidende Teil aber einfach weggekürzt, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Ich will Sie darüber informieren:

„Eine andere Haushaltspolitik ist notwendig. Nach den neuesten Schätzungen fehlen dem Land Bremen aufgrund der Wirtschaftskrise bis 2011 Steuereinnahmen in Höhe von einer Milliarde Euro. Die Finanzsenatorin, Frau Linnert von den „Grünen“, hat am 24. Mai 2009 angekündigt, wie sie darauf reagieren will: Einerseits sollen neue Schulden aufgenommen werden, deren Finanzierung aber spätestens die heutige Jugend bitter bezahlen muss. Bremen steht bereits heute mit 15 Milliarden Schulden kurz vor dem Bankrott! Und der zweite Ansatzpunkt sind für Frau Linnert Kürzungen bei den Werkstätten für behinderte Menschen,

bei der Sozialarbeit in den Stadtteilen und bei den Jugendfreizeiteinrichtungen. Genau dort, wo dringend mehr Geld gebraucht wird! Dabei gibt es ganz andere Möglichkeiten – sie verlangen aber eine Wende in der Haushaltspolitik und viel Rückgrat.“

Folgender Teil wurde gestrichen: „Jedes Jahr werden an die Banken Zinsen in Höhe von 700 Millionen Euro überwiesen. Wieso wird dies nicht sofort gestoppt und ein Zinsmoratorium in die Wege geleitet? Die Lasten der tiefsten Wirtschaftskrise sollen die Verantwortlichen in den Chefetagen der Banken und Konzerne bezahlen und nicht die breite Mehrheit der Bevölkerung!“

Worin die Wende besteht, darüber sollen die Leser besser nicht nachdenken, sonst fangen sie vielleicht auch noch an, dafür zu kämpfen. Gesellschaftskritische Ansichten werden aus den Medien verbannt. Diese geben sich immer als neutral und objektiv aus, doch in Wirklichkeit sind sie ein Hauptmittel zur Beeinflussung der Bevölkerung. Die Montagsdemonstration war dafür heute ein richtige Lehrstunde.

Harald Braun

Nach den Wahlen kommt das Zahlen

60 Prozent der Befragten lehnen dieses undemokratische Europa ab. Der EU-Vertrag soll die Nichtdemokratie, die Diktatur der Monopole verfestigen. Wer ein anderes Europa will, wird gleich zum reaktionären Rechtsaußen stilisiert. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Die SPD erleidet ihre tiefste Niederlage, sie hat nichts aus dem Jahr 2004 gelernt. Grüne und Linkspartei haben leichte Gewinne. Mit ihrer Sowohl-als-auch-Politik können sie die Massen nicht entscheidend an sich ziehen.

Was folgt daraus? Die Regierenden zögern vor der Bundestagswahl noch, die „Hunde“ loszulassen. Da werden Rettungspakete gefeiert, wie bei Opel/Magna, die die reinste Mogelpackung sind. Die Tatsachen und späteren Konsequenzen werden nicht bekannt gemacht, um noch etwas Zeit zu gewinnen. Denn nach den Wahlen kommt das Zahlen, und der Würgegriff kann fester werden, meint das Kapital. Doch de Werktätigen werden das nicht zulassen, da bin ich sicher! Die Menschen zögern nicht. Sie lassen sich nicht kaufen. Noch sehen sie zwar nicht den

Weg, dass sie im Massenumfang selber aktiv werden müssen, aber sie entscheiden anders, als die Politik es möchte.

An diesem Sonntag gab es in der ganzen Bundesrepublik weitere Wahlen und Abstimmungen, die fast durch die Bank anders ausgefallen sind, als es die Herrschenden wollten. Oft wurden etwa die geplanten Privatisierungen von Stadtwerken abgelehnt. In Stuttgart wurden die Grünen mit 27 Prozent stärkste Partei vor der CDU mit 26,5 Prozent, weil sie das wahnwitzige Projekt „Stuttgart 21“ mit dem Bau eines neuen unterirdischen Hauptbahnhofs für mehr als fünf Milliarden Euro zugunsten einer neuen toten City-Erweiterung mit anderen Kräften bekämpft haben. Man wird weiter kämpfen müssen, um diesen gigantischen Schwachsinn zu beenden! Die Wachheit der Menschen bei all diesen Themen muss besonders gewürdigt werden. Es sind eben so viele Fragen, die gleichzeitig angepackt werden müssen, dass manchem nicht die Kräfte reichen. Wir müssen uns eben vernetzen!

Bei Karstadt schien die mögliche Insolvenz einer Bremer Institution eigentlich unvorstellbar. Aber jetzt in der Krise ist das vielleicht die Entscheidung eines Tages, und morgen kommt schon das nächste. Bei Karstadt gilt unsere Solidarität den Beschäftigten und Käufern. Die Schaufensterklebeaktion ist aber auch von der Geschäftsführung gewollt – und die Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die Kaufhäuservon der Politik: Mit immer neuen Märkten will Bremen sich retten, obwohl bekannt ist, dass die Stadt und ihr Umland immer weniger Geld haben und jeder Groschen nur einmal ausgegeben werden kann. Andererseits wollen die Eigentümer, Madeleine Schickedanz und das Bankhaus Salomon Oppenheim, nichts mehr bezahlen – genauso wie die Frau Scheffler beim Conti/Scheffler-Konzern.

In Wismar und Rostock sollen die Werften, die einmal zum Vulkan gehörten, auch wieder pleitegehen. Die russischen Besitzer wollen nichts reinstecken. Diese Herrschaften meinen, sich noch einen Gewinn abzuholen, wenn sie ihre Objekte in Insolvenz gehen lassen. Das können die Menschen, ob Mitarbeiter oder Käufer, aber nicht zulassen. Also, Frau Schickedanz: Raus mit den Penunzen! Ansonsten kann ich nur immer wieder sagen: Dieser verfaulte Kapitalismus taugt nicht mehr! Überlegen wir, wie ein sozialistisches System, das überall durch unser tägliches Tun letztlich schon materiell vorbereitet ist, aussehen soll und kann, wo jeder seinen Beitrag einbringen und seine Meinung sagen kann, wo eine lebendige Auseinandersetzung stattfinden wird! Die Montagsdemo ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.

Jobst Roselius

Krisentheorie: Bürgerliche politische Ökonomie vor dem Scherbenhaufen *(MLPD)*

Produzieren, was vom Volk gebraucht wird!

Bei der Europawahl ist am Sonntag die Wahlbeteiligung nochmals gesunken, auf 43 Prozent – in Bremen sind es sogar nur 38,9 und in Bremerhaven 33,3 Prozent. Es wird so getan, als ob die Leute zu faul oder zu unpolitisch seien. Das ist nicht der Fall! Vielmehr wissen die meisten, dass sie nichts Gutes zu erwarten haben von der Europapolitik, daher wurde die Europaverfassung da abgelehnt, wo eine freie Abstimmung möglich war wie in Frankreich und Irland. Man denke nur an den Vertrag von Lissabon, den Hintergrund für die Hartz-Gesetze, die größten Angriffe auf die sozialen Lebensbedingungen!

Trotz dieser niedrigen Wahlbeteiligung ist der Stimmanteil der Regierungsparteien nochmals weiter geschrumpft: CDU von 44,5 auf 38,7, SPD von 21,5 auf 20,8 Prozent. Das heißt, nur jeder vierte Wahlberechtigte hat eine der Regierungsparteien gewählt! Wenn das keine klare Aussage ist? Aber die CDU entblödet sich nicht, sich als „großer Wahlsieger“ zu feiern. Generalsekretär Pofalla behauptet: „Es gibt eine klare bürgerliche Mehrheit.“ Dass sich da die Herrschaften mal nicht täuschen!

Sie sollen mal nach England blicken: Da wackelt die Regierung Brown ganz gewaltig! Sechs Minister sind in kürzester Zeit zurückgetreten, weil ihre persönliche Bereicherung auf Kosten der Steuerzahler ein Stück weit ans Licht kam: Da wurden Pornofilme vom Ehemann als Spesen abgerechnet, Luxusfernseher für 8.000 Pfund fürs Wohnzimmer eingekauft und Gartenteiche angelegt. Ob in England, Frankreich, Holland oder Deutschland: Die ganze „politische Klasse“ ist korrupt bis auf die Knochen! Was sie nicht den Monopolen zuschanzen, stecken sie in die eigene Tasche – und das Volk soll dabei zusehen! Da wundern die sich über niedrige Wahlbeteiligungen?

Es zeigt aber auch, wie sinnlos es jetzt ist, wie viele Gewerkschaftsführer, aber zum Beispiel auch die Linkspartei, nach „Verstaatlichung“ zu rufen. Die Hypo Real Estate ist ja nun fast verstaatlicht: 102 Milliarden sind schon reingepumpt worden, weitere drei Milliarden werden benötigt, damit der Staat vollends 90 Prozent in seinen Besitz bekommt. Für die Zeit danach wurden bereits weitere vier bis sieben Milliarden in Aussicht gestellt. Die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ ist sowieso staatlich, die Commerzbank zum großen Teil: Da ist nichts mehr mit „Neoliberalismus“ – der hat auf der ganzen Linie versagt!

Ohne Staat läuft gar nicht mehr, und dieser Staat zieht den Bürgern das Geld aus der Tasche, um es den Konzernen und Spekulanten zuzuspielen. Was meint

ihr denn, wer dieses Geld aufbringen wird? Auf den Bäumen wächst es nicht! Für jeden Cent dieser Milliarden hat ein Mensch gearbeitet. Aus uns werden sie es herauspressen, aus den Arbeitern, durch niedrigere Löhnen, schlechtere Arbeitsbedingungen, hemmungslose Zerstörung der Umwelt – und das geht dann nach unten so weiter, durch Kürzung der Hartz-IV-Leistung, verschärfte Bespitzelung und „Beschattung“. Das ist alles schon geplant!

Jetzt sind schon 1,17 Millionen Familien in Deutschland auf ergänzendes Hartz IV angewiesen. Die Arbeitslosigkeit steigt, auch wenn mal wieder die Statistik mit einem weiteren faulen Trick geschönt wurde, indem alle, die bei privaten Vermittlern sind, nicht mehr als arbeitslos rechnen. Weltweit sind derzeit etwa 240 Millionen Menschen arbeitslos, und auch hier geht es demnächst rund: Metro will 30 Karstadt-Häuser schließen und 10 Kaufhof-Filialen. Ich rufe allen Karstadt-Kollegen zu: Nehmt den Kampf auf! Vertraut nicht auf die „Retter“ aus Regierung und Chefetagen! Die „Rettung“ von Opel wird Tausende von Jobs kosten, und wer bleibt, darf dann für viel weniger Lohn und zu viel schlechteren Bedingungen ranklotzen – eine Spirale ohne Ende!

Dass es auch anders geht, zeigt Bolivien: Da haben letzte Woche die Bergarbeiter ein Signal gesetzt. Die haben schon einmal die Regierung mit ihren Dynamitstangen davongejagt! Jetzt sind sie wieder von Potosi und anderen Minen in 5.000 Metern Höhe nach La Paz gelaufen, über 200 Kilometer zu Fuß. Sie haben den Achtstundentag wieder zurückerobert und zwölf Prozent Lohnerhöhung erhalten – und das in einer Situation, wo die Minenbetreiber wegen der Krise und des Verfalls der Rohstoffpreise die Arbeitszeit heraufgesetzt und die Löhne gedrückt hatten!

Noch muss wegen der bevorstehenden Bundestagswahl „Rücksicht“ genommen werden, aber die Pläne für die Zeit danach liegen schon längst in der Schublade – einschließlich Währungsreform und gesteuerter Inflation, um die Leute um ihr Erspartes zu bringen! Und da fordern manche Leute, der Staat solle es machen? Ja, welcher Staat denn? Verstaatlichung im Kapitalismus nützt uns, der breiten Bevölkerung, überhaupt nichts, den sobald die Betriebe und Banken wieder florieren, werden sie reprivatisiert. Staat und Monopole sind aufs Engste verflochten, die Monopole haben sich den Staat vollständig untergeordnet – daran ändert es auch nichts, wenn ab und zu mal einer von den Managern „fallengelassen“ wird. Das ist nicht mehr als ein Bauernopfer im Schach!

Der ganze Kapitalismus zeigt seine Untauglichkeit. Warum sollten wir uns also an ihn klammern, ihn versuchen zu heilen? Es gibt nur eine Lösung, wenn wir nicht ganz untergehen oder in der Barbarei versinken wollen: Das ist ein echter Sozialismus, wo das produziert wird, was vom Volk gebraucht wird – und nicht, was den meisten Profit für ein paar wenige bringt!

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

von Miete und Nebenkostennachforderung geplatzt war. Die vom Mitarbeiter im Eingangsbereich wie auch von der Sachbearbeiterin in der Leistungsabteilung mit gesenktem Blick vorgetragene Erklärung, die mein Beistand und ich für die Nichtzahlung erhielten, lautete, es komme leider immer wieder mal vor, dass in der Software bei Öffnen des Datensatzes die Häkchen verschwänden. Von selbst? Wer soll das glauben? Eine Checkbox wechselt nicht von selbst ihren Wert von „true auf false“, wenn dies nicht durch eine Zeitfunktion oder in Abhängigkeit von anderen Kriterien so programmiert worden ist. DIPL.-ING. GEROLF

Zum Artikel „Bagis: Kunden immer zufriedener“ vom 3. Juni:

Wer soll das glauben?

Wer sich fragt, wie die beschriebene Kundenzufriedenheit bei der Bagis zustande kommt, sollte einen Hartz-IV-Betroffenen dorthin begleiten. Bei mir wurde solch ein Amtsbesuch notwendig, als am Vierten – trotz Leistungsbewilligung auch für die Folgemonate und ohne, dass eine Sanktion verhängt worden wäre – das Arbeitslosengeld II noch immer nicht auf meinem Konto eingegangen und demzufolge die Abbuchung

234. Bremer Montagsdemo am 15. 06. 2009

Keine Einsicht nach der vergeigten Europa-Wahl

Die Arcandor-Insolvenz hat die Menschen in ganz Deutschland bewegt, Mitarbeiter wie Käufer. Die hierdurch eingesetzte „Käseglocke“ schützt zwar vor dem direkten Zumachen der Kaufhäuser, aber sie schützt die Arbeitnehmer kaum. Klar ist, dass mit der Insolvenz alle alten Arbeitnehmerschutzrechte ausgehebelt werden und dann besonders die älteren Kollegen vor großen Problemen stehen. Doch nach dem „Alles ist aus“ vom Wochenanfang heißt es zum Wochenende, Karstadt schreibe schwarze Zahlen, und die Arcandor-Aktie ist bereits um über acht Prozent gestiegen. „Da sind doch die Abzocker schon wieder am Werk“, war eine Bemerkung, die ich dazu hörte.

Madeleine Schickedanz und das Bankhaus Salomon Oppenheim hätten sich bis an die Grenze verausgabt, sagen sie, während sich andere schon die Hände reiben – wie Metro, Otto und die „verdeckten Investoren“, die mal so, mal so spielen, um an ihre Beute zu kommen. Die Mitarbeiter von Karstadt und Quelle, die jetzt schon wieder fleißig arbeiten, als ob nichts geschehen wäre, müssen wachsam bleiben und sich auf ihre Stärke besinnen: Kampf um jeden Arbeitsplatz, kein Ausverkauf der kleinen Häuser mit wenigen Mitarbeitern, die sich schlechter wehren können, kein Ausschlachten seitens der Heuschrecken, die nur die „Filetstücke“ haben wollen! Verunsichern sollen die Heuschrecken mal andere. Wenn es hart auf hart geht, können auch alle 43.000 Kollegen in den Streik treten. Da wird sich eine große Solidarität entwickeln!

Solidarität ist auch notwendig für den Streik an den Kitas. Die öffentliche Hand hat natürlich wieder mal kein Geld, um den Forderungen der Kinderbetreuer und Sozialarbeiter nach Verbesserung der Einkommen und der Arbeitsbedingungen zu entsprechen. Geld für die Banken ist da, sogar für kaputte Kloschüsseln oder einen frischen Anstrich, nur eben nicht für die Menschen. Die Kollegen und mit

ihnen die Gewerkschaften Verdi und GEW müssen politischer werden! Noch stehen viele Eltern trotz großer Anspannung hinter den Forderungen der Erzieher, aber beim Hinhalten waren die Arbeitgeber schon immer groß. Der Hohn ist doch, wenn heute Müntefering und von der Leyen sich in Köln „hinter die Forderungen“ der Streikenden stellen, während sie vorne die Finanzmittelzuweisungen an Länder und Kommunen kürzen. Verlogener kann Politik nicht dargestellt werden! Am Mittwoch kommt der Schüler- und Studentenstreik, ab 11 Uhr am Hauptbahnhof. Für die ganze Woche sind Aktionen geplant. Das eine mit dem anderen zu verbinden ist richtig. Darum sollte, wer kann, auch von der Montagsdemo mit dabei sein.

Steinmeier und SPD meinen, nach der vergeigten Europa-Wahl wieder den Großkotz raushängen zu dürfen. Kein Fitzelchen haben sie ihr Programm geändert! Von heuchlerischem Geschwafel um den heißen Brei wird keiner satt, das wird die Menschen nicht überzeugen. Selbst der Elendsverursacher Schröder sagte jüngst: „Gut, dass ich das alles hinter mir habe!“ Nett, nicht wahr? Ja, das ist die SPD! Da kann das SPD-Blatt „Weser-Kurier“ noch so viel des Lobes schreiben, besser wird sie davon nicht. Damit mich aber keiner missversteht: Unser Kampf muss sich gegen das Kapital und *alle* seine „Regierungshelfer“ von CDU/CSU über FDP und Grüne bis zur SPD erstrecken. Keine ist besser oder schlechter. Sie alle haben den breiten Massen den Krieg erklärt!

Wir sind gut beraten, wo immer wir sind und mit wem wir auch zusammen kämpfen, gemeinsame Forderungen aufzustellen und zu versuchen, diese in die Tat umzusetzen. Jeden Montag um 17:30 Uhr hier auf dem Marktplatz, das ist der richtige Startpunkt: Weg mit Hartz IV und der Agenda 2010! Wir wollen sinnvolle Arbeit, die Erweiterung unserer demokratische Rechte und eine natürliche und lebenswerte Umwelt ohne Kriege und Zerstörung. Das alles auf Kosten der Drahtzieher und Verursacher des ganzen Elends und ihrer Helfershelfer in den Regierungen!

Jobst Roselius

Das „Bündnis **Schulstreik**“ ruft für **Mittwoch**, den **17. Juni 2009**, ab **11 Uhr** zum Protest auf dem **Bahnhofsplatz** gegen die Bildungspolitik des Senats und der Bundesregierung auf.

Das „Bremer Friedensforum“ ruft für **Freitag**, den **19. Juni 2009**, um **12 Uhr** vor dem „Kapitel 8“ an der Domsheide zur „**Mahnwache gegen die Rüstungshochburg Bremen**“ auf.

Der „Chaos-Computer-Club Bremen“ ruft für **Samstag**, den **20. Juni 2009**, zu einer **Demonstration gegen Internetsperren** auf. Treffpunkt ist um **12 Uhr** am **Ziegenmarkt** im Steintorviertel.

Von den Aufrüstungsprojekten soll die Öffentlichkeit nichts erfahren

Friedrich Lürßen fordert ein neues Konjunkturprogramm für den Krieg! Als Vorsitzender des „Ausschusses Verteidigungswirtschaft“ im BDI will der Bremer Werftenchef „neue Märkte“ für die deutsche und europäische Rüstungsindustrie erobern, und selbstverständlich hat er dabei auch sein eigenes Unternehmen fest im Blick. Mit Hilfe der Nato will er sogar in den Rüstungsmarkt der USA eindringen!

Laut Sipri gaben die USA allein 2008 mehr als 600 Milliarden Dollar für ihre Streitkräfte aus, was gut 40 Prozent der weltweiten Militärausgaben ausmacht. Diese belaufen sich auf unvorstellbare 1.464 Milliarden US-Dollar! Allein davon könnte die gesamte Weltbevölkerung wahrscheinlich über einen langen Zeitraum ausreichend mit Nahrung, Wasser und ökologischer Energie versorgt werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist laut Sipri drittgrößter Waffenexporteur und verschwendete bereits von 2002 bis 2006 für Rüstung umgerechnet 9,2 Milliarden Dollar. Aber das reicht Herrn Lürßen offensichtlich bei Weitem noch nicht!

Die Forderungen von Friedrich Lürßen sind Kriegstreiberei pur: Berlin müsse seine Rüstungswirtschaft kräftig fördern, um ihr eine günstige Ausgangsposition in der globalen Konkurrenz zu verschaffen. Schließlich müssten die Staatsmittel für die wehrtechnische Forschung deutlich aufgestockt werden, um eine weltweite „technologische Führerschaft“ zu behaupten. Wolle die Bundesrepublik in der Produktion von Kriegsgerät mittel- und langfristig handlungsfähig sein, dann müsse sie ihr Gewicht in der Branche „umfassend stärken“.

Die Merkel-Regierung steht hier längst „Gewehr bei Fuß“! Das Rüstungsministerium verlangt unter anderem 2,9 Milliarden Euro allein für den Eurofighter, 38 Millionen Euro für ein „Seefuchs“-Minenabwehrsystem und über eine halbe Milliarde für den Bau der neuen Drohne „Euro-Hawk“, einem Gemeinschaftsprojekt von EADS und der US-Firma Northrop Grumman.

Außerdem verlangt Lürßen verstärkt die Unterwerfung von Teilen der Zivilwirtschaft unter das Primat des Militärs. Zivil-militärische Zusammenarbeit ist zwar nicht umwerfend neu, aber erschreckend ist das hohe Tempo, das hier neuerdings vorgelegt werden soll. Beteiligt ist schon jetzt die Deutsche Post, deren Tochter DHL Transportleistungen für die Streitkräfte durchführt. Unter Führung der Commerzbank haben deutsche Konzerne den „Celler Trialog“ – eine Serie jährlicher Konferenzen – ins Leben gerufen, die der engen Kooperation von Bundeswehr

und Wirtschaft dienen soll. Der dritte „Celler Trialog“ ist schon für Anfang Juli angekündigt!

Noch in dieser Woche wird der Haushaltsausschuss des Bundestages eine Vielzahl neuer Aufrüstungsprojekte für die Bundeswehr beschließen. Davon soll wie immer die breite Öffentlichkeit nichts erfahren. Es werden also wieder einmal Riesensummen in die schwarzen Löcher der imperialistischen Kriegsvorbereitungen geschmissen! Wehren wir uns dagegen – zum Beispiel mit Mahnaktionen vor Lürssens Kriegsschiffsladen, mit Friedensappellen an den Senat und mit Protestbriefen an die Bremer Abgeordneten des Bundestages!

Schon am kommenden **Freitag**, dem **19. Juni 2009**, ist eine gute Gelegenheit zum öffentlichen Protest. Dann findet wieder von **12 bis 13 Uhr** vor dem „Kapitel 8“an der **Domsheide** die monatliche **Mahnwache** Bremer Friedensgruppen gegen die hiesigen Rüstungsbetriebe statt. Mit Blick auf Wirtschaftsdesaster und Sozialkahlschlag ist Aufrüstung und Krieg auch immer wieder Thema auf der Montagsdemo!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

30 Meter zu weit links: Stuttgarter Montagsdemo
im Visier der Behörden *(„Stuttgart Demo“)*

Die Regelsatz-„Erhöhung“ reicht für ein Viertel „Sozial“-Ticket

1. Natürlich reißt sich niemand darum, **Steuern** zu zahlen, auch wenn es grundsätzlich klar ist, dass ein Staat ohne Steuereinnahmen nicht wirtschaften kann. Aber dass die Steuerabgaben derart ungerecht verteilt sind, ist überhaupt nicht einzusehen! An den Schönen und Reichen scheinen sie fast ganz vorbei zu gehen. Klaus Barski aus Königsstein im Taunus ist Millionär. Er lebt von seinem Vermögen, das er auf fünf Millionen Euro schätzt. Doch sein letzter Jahressteuerbescheid betrug nur 2.300 Euro.

Dagmar und Jürgen Drawitsch sind hingegen Arbeitnehmer, und sie haben drei Söhne. Sie zahlen im Jahr 16.000 Euro Steuern – und damit sieben Mal mehr als der Millionär. Das schlägt doch dem Fass an Ungerechtigkeit den Boden aus! Warum müssen sich ausgerechnet diejenigen, die es ohne Schaden zu nehmen mit Leichtigkeit könnten, sich nicht auch einkommensabhängig an den Kosten für

die Gesellschaft beteiligen? Warum wird in Deutschland schon seit 1997 keine Vermögensteuer mehr erhoben? Das leistet sich meines Wissens kein anderer Industriestaat in Europa. Wenn die Gesetze so ungleich für die Bürger eines Landes sind, dann wird das Geld ganz bewusst von unten nach oben, zugunsten der Reichen, gescheffelt! Mit welcher Berechtigung dürfen die einen auf der faulen Haut liegen, das Geld für sich arbeiten lassen, und andere werden gezwungen, wie Sklaven eine schlecht bezahlte Arbeit zu verrichten, von der sie dann noch nicht mal leben können?

2. Wegen der sogenannten Wirtschaftskrise ist die Zahl der Menschen, die auf regelmäßige Lebensmittelspenden der „**Tafeln**“ angewiesen sind, auf eine Million empor geklettert. Angesichts des absehbaren Anstiegs der Arbeitslosigkeit und der Zunahme der Bedürftigen müsste die Politik endlich handeln und dafür Sorge tragen, dass es so etwas Beschämendes wie die „Tafeln“ nicht mehr zu geben braucht. Doch dann müssten die Menschen in die Lage versetzt werden, sich ihre Lebensmittel selbst in normalen Supermärkten zu kaufen! Dafür müsste wiederum ein Mindestlohn durchgesetzt werden, der diesen Namen auch verdient. Das ALG II müsste durch eine ausreichende Transferleistung ohne Verfolgungsbetreuung ersetzt werden!

Der EKD-Ratsvorsitzende Bischof Wolfgang Huber kritisierte den gesellschaftlichen Umgang mit dem Thema Armut. Er sagte, dass es eigentlich gar nicht so weit kommen dürfe, dass Menschen keinen anderen Ausweg sehen, als sich bei den „Tafeln“ in die Schlange zu stellen. Einerseits stimmt das natürlich, während andererseits die Kirche selbst durch die Ausbeutung der Ein-Euro-Jobber von deren Armut profitiert. Huber postulierte, dass es stattdessen in Deutschland wieder ein Ziel sein müsste, zu „gerechter Teilhabe“ zu kommen.

Es ist ein Skandal, dass sich die Zahl der „Tafeln“, die Bedürftige nicht nur mit Lebensmitteln, sondern auch mit Gütern des täglichen Bedarfs versorgen, in einem Jahr um rund 100 auf bundesweit 848 erhöhte. Demnach wuchs im selben Zeitraum die Zahl der Bezieher um etwa elf Prozent auf eine Million Menschen. Die Initiativen betreiben eigenen Angaben zufolge etwa 2.500 Ausgabestellen. Insgesamt verteilen rund 40.000 Ehrenamtliche jedes Jahr mehr als 130.000 Tonnen Lebensmittel. Dass der Vorsitzende des „Bundesverbands Deutsche Tafel-Häuser“ auch deshalb einen Armutsbeauftragten der Bundesregierung forderte, dürfte kaum zur Auflösung der staatlich verordneten Armut beitragen, die nun vielerorts – teilweise heuchlerisch – bejammert wird. Die „Tafeln“ lassen sich ja auch wunderbar dazu benutzen, den wie auch immer gearteten Ausschuss der Supermärkte kostenlos zu entsorgen!

3. Kornelia Möller, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, erklärte, dass Experten des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ mit ihrem „Zwischenbericht zur Arbeitsmarktprojektion 2009 und 2010“ indirekt bestätigten, dass die seit 2002 unternommenen Reformen auf dem Arbeitsmarkt kaum

Wirkung gezeigt haben. Die Hauptursache für das im Vergleich zu früheren Krisen langsamere Ansteigen der Erwerbslosigkeit sehen die IAB-Experten in Unternehmensstrategien zur Anpassung an die schlechtere Auftragslage. Hinzu komme die umfangreiche Nutzung von **Kurzarbeit**.

So lässt sich der ungeheuerliche Anstieg des Einsatzes von Menschen, die als Zeitarbeiter zum Teil nur für die Hälfte des Lohnes der Festangestellten arbeiten müssen, natürlich auch umschmeichelnd verklären! Die jetzigen Kurzarbeiter sind in meinen Augen die zusätzlichen Erwerbslosen von morgen. Es ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Arbeitslosen innerhalb des nächsten Jahres die offizielle Rekordmarke von fast fünf Millionen erreichen wird, also genau wieder dort ankommen wird, wo einst ausgerechnet von Rot-Grün mit diesen unsäglichen „Reformen“ begonnen wurde! Aber das wird dann ja erst nach der Bundestagswahl sein. Toll, dank der menschenverachtenden Hartz-Gesetze schreiten Armut und Verelendung in Deutschland immer weiter voran, wird der radikale Sozialabbau fortbetrieben, wächst der Anteil der Menschen immens, die Angst davor haben, durch Erwerbslosigkeit auch bald der Willkür durch die argen Argen und der gesellschaftlichen Ausgrenzung ausgeliefert zu sein.

4. Nach Lidl führte offenbar auch die Post an einigen großen Briefniederlassungen elektronische **Krankenakten** über ihre Mitarbeiter. Die Verantwortlichen vermerkten darin intimste Details über den Gesundheitszustand der Angestellten. Neben genauen Beschreibungen von psychischen Erkrankungen wie Depressionen wurden Zustandsbeschreibungen von Mitarbeitern mit schweren Herzerkrankungen oder auch von Angestellten mit Darminfekten akribisch notiert. Vollkommen ökonomistisch und ohne die geringste Empathiefähigkeit gab es zu den Krankheitsdaten häufig klare Handlungsempfehlungen. In Gesprächen sollten kranke Mitarbeiter dahingehend manipuliert werden, in Vorruhestandsregelungen einzuwilligen oder ihr Tätigkeitsfeld im Unternehmen zu wechseln. Die Deutsche Post gibt ihr Fehlverhalten in Hinblick auf grobe Verstöße gegen geltende Datenschutzbestimmungen zwar zu, behauptet aber, dies sei „nur“ in zwei Briefzentren der Fall gewesen. Es scheint sich einzubürgern, dass Arbeitnehmer nicht bloß demütigend schlecht bezahlt, sondern auch bespitzelt und überwacht werden.

5. Mittlerweile haben wohl alle mitbekommen, dass **Arcandor** pleite ist. Mit ein Grund für den Absturz dürften die ultrahohen Mieten bei der Warenhaustochter Karstadt sein, die der Konzern an den Projektentwickler Josef Esch zahlen musste. Offenbar weideten noch mehrere prominente Superreiche auf dieser grünen Aue mit den ehemals fetten Milchkühen, die zusehends klappriger wurden. Von den Fonds, die der Troisdorfer Projektentwickler Josef Esch mit der Kölner Privatbank Salomon Oppenheim für die Vermietung von Immobilien an Karstadt aufgelegt hat, profitierte eine handverlesene Gruppe von Angehörigen des deutschen Geldadels. Superreiche gewannen auf Kosten des Karstadt-Quelle-Konzerns, der heute Arcandor heißt und insolvent ist. In München betrug die Garantiemiete 23,2

Prozent vom Umsatz, in Leipzig 19,6, in Potsdam 16,4 und in Karlsruhe 14,5. Doch schon bei einem Verhältnis Umsatz zu Miete von zehn Prozent, so Einzelhandelsexperten, beginne die sogenannte Todeszone, in der ein Warenhaus die Miete gemeinhin nicht mehr erwirtschaften könne.

Trotz des Pleitegeiers soll Arcandor noch Chancen auf Staatsgeld haben, weil die Bundesregierung bereit sei, einen Antrag auf sogenannten Massekredit wohlwollend zu prüfen. Noch liegt der Kreditantrag jedoch nicht vor. Ein Massekredit ist ein kurzfristig zur Verfügung gestelltes Geld für insolvente oder kurz vor der Insolvenz stehende Unternehmen. Er wird vorrangig vor allen anderen Forderungen aus der Insolvenzmasse bedient. Für den Ex-Arcandor-Chef Thomas Middelhoff hat die Beteiligung an den Fonds ein juristisches Nachspiel: Die Staatsanwaltschaft soll ein offizielles Ermittlungsverfahren wegen Untreue eingeleitet haben. Könnte der Manager tatsächlich privat davon profitiert haben, dass Karstadt-Kaufhäuser teils unüblich hohe Mieten zahlen? Aber wenn er nicht mit einer Bewährung davonkommt, erhält er sicherlich nur eine Geldstrafe, die er locker aus seiner gut bestückten Portokasse bezahlen kann! Die Zehntausenden von Karstadt-Mitarbeitern, die bald arbeitslos werden, können sich dann auf den fast stuhllosen, atmosphärisch eisigen Fluren der argen Argen stundenlang anstellen und entsprechend behandeln lassen.

6. Weil der Bundesrat die Erhöhung der Renten im Westen um 2,41 und im Osten um 3,38 Prozent zum 1. Juli 2009 offiziell beschlossen hat, wird auch der **Regelsatz** des ALG II ab diesem Tag um 2,41 Prozent erhöht. Alleinerziehende und Alleinstehende erhalten damit acht Euro je Monat mehr, Ehepaare und „Verantwortungsgemeinschaften“ je Partner jedoch nur sieben Euro. Kinder ab 14 Jahren erhalten sechs Euro je Monat mehr. Kinder bis einschließlich 13 Jahre werden deutlich besser gestellt – allerdings nur begrenzt bis zum 31. Dezember 2011. Da wird glatt der Reichtum unter den Erwerbslosen ausbrechen und das große Schlemmen losgehen! Für sieben Euro bekomme ich zwei Kilo duftendes Heidebrot aus dem Steinofen oder ein Pfund Darjeeling von der Teekampagne. Toll, da steppt dann der Bär!

7. Mensch, sieben oder acht Euro mehr – da kann ich mir ja schon ein Viertel des **„Sozial“-Tickets** leisten, das ab dem 1. Januar 2010 eingeführt werden soll – wenn es denn wirklich kommt, denn offiziell ist das Werk noch nicht unterzeichnet. Erwachsene sollen es für nur in der doppelten Höhe, die im Regelsatz des ALG II vorgesehen ist, nämlich für 29,25 Euro, erwerben können. Für Kinder soll es nur 24,50 Euro kosten. Für eine Alleinerziehende mit zwei Kindern müssten dann nur schlappe 78,25 berappt werden, und das jeden Monat! Dabei soll das „Sozial“-Ticket doch auf Bezieher des ALG II ausgerichtet sein. Ja, sind die denn noch ganz frisch? Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld? Ich fühle mich durch dieses *asoziale* „Sozial“-Ticket verarscht! Mich stört auch die ständige Dis-

kriminierung, das „Sozial“-Ticket komme für *sozial* Schwache in Frage, statt für *finanziell* Schwache!

8. Am vergangenen Wochenende strahlte der NDR eine Reportage mit dem Titel „Drei Jobs und trotzdem arm“ aus. Es wurde von der Alleinerziehenden Nina berichtet, die früher als Bürokauffrau arbeitete und gut davon leben konnte. Heute verdingt sich die 39-Jährige als Tagesmutter, hilft im Blumenladen aus und ist als Messehostess tätig. Weil ihr schmales Einkommen für sich und den Sohn oft nicht zum Leben ausreicht, muss sie ab und zu ALG II beantragen. Auch für den früheren Schiffsführer Rainer H. ist es finanziell eng geworden. Weil er in seinem Gewerbe keine Arbeit mehr findet, schlägt er sich jetzt als Fahrradkurier, Segellehrer und Schiffsüberführer durch. Inzwischen sei die Wirtschaftskrise auch bei ihm unten angekommen, meint er. Obwohl er für neue Tätigkeiten immer offen ist, hat er Angst, einen seiner Nebenjobs zu verlieren. Dann müsste die Familie den Gürtel noch enger schnallen. Der 43-jährige Torsten M. ist für seine vielen Tätigkeiten als **Multijobber** täglich bis zu zehn Stunden unterwegs, um bloß kein ALG II beantragen zu müssen. Dennoch reicht der Verdienst aus seinen vielen kleinen Jobs nicht einmal für ein Dach über dem Kopf und somit kaum für ein menschenwürdiges Leben aus. Toll für die Unternehmer: Deutschland ist ein echtes Billiglohnland geworden, wo die galoppierende Armut und die schamlose Bereicherung einiger weniger auf Kosten der Gesellschaft die soziale Schere bis zum Anschlag in den Spagat getrieben hat!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die „Georg-Elser-Initiative“ lädt noch bis zum **28. Juni 2009** ein zur **Ausstellung „Was damals Recht war** – Soldaten und Zivilisten vor den Gerichten der Wehrmacht“ in der unteren Rathaushalle. Der Eintritt ist frei.

Bei der **Erstellung des Begleitprogramms** zur Ausstellung „Was damals Recht war“ wurden die Veranstaltungen der „Roten Hilfe“, der „Bremer Antikapitalistischen Linken“ und der Initiative „Nordbremer Bürger gegen den Krieg“ aus politischen beziehungsweise inhaltlichen Gründen von der „Georg-Elser-Initiative“ und der „Landeszentrale für politische Bildung“ nicht berücksichtigt. Deren Leiter, Herbert Wulfekuhl, wollte auch andere Veranstaltungen nicht zulassen.

Die Begründung: „Wenn Sie die Bundeswehr als ‚Angriffsarmee eines kapitalistischen und imperialistischen Landes‘ definieren, können Sie nicht Partner der staatlichen politischen Bildung sein. Die Bundeswehr ist ganz im Gegenteil ein integraler Bestandteil unserer Rechtsordnung, die exakt die Aufgaben erfüllt, die ihr vom Deutschen Bundestag unter höchstrichterlicher Kontrolle zugewiesen werden.“

Erst nachdem die Veranstalter eine Zensur und daher die Änderung einiger Veranstaltungstitel akzeptierten, wurden sie in das Begleitprogramm aufgenommen. Diese Vorgänge zeigen deutlich, dass Bevormundung, Zensur und politische Einflussnahme durch Verwaltungsapparat und Bürokratie immer noch deutscher Standard sind, wo es gegen Militarismus, Imperialismus und Krieg geht. Die beiden nachstehenden Veranstaltungen finden dennoch statt. Sie werden von zahlreichen Bremer Gruppen, auch der Montagsdemo, unterstützt:

„**Antimilitarismus verboten?** Staatlicher Verfolgungwille versus kritische Wissenschaft – das Beispiel Andrej Holm“ am **Montag**, dem **15. Juni 2009**, um **19 Uhr** im „Konsul-Hackfeld-Haus“, Großer Saal

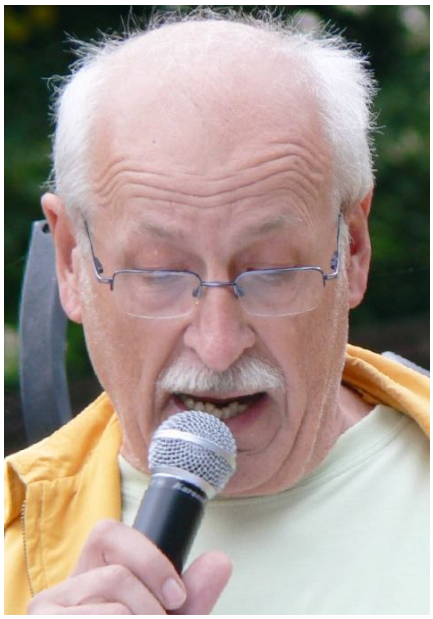
„**Totalverweigerung als konsequenter Antimilitarismus**“ mit Bundeswehrverweigerer Ringo Ehlert und Totalverweigerer Monty Schädel, am **Samstag**, dem **27. Juni 2009**, um **19 Uhr** im „Konsul-Hackfeld-Haus“, Großer Saal.

Nachzählung angeordnet: Lassen sich die Machthaber im Iran von Massenprotesten beeindrucken? *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

235. Bremer Montagsdemo am 22. 06. 2009

Hier stehen keine Menschen, die zu faul sind zu arbeiten



Einfach nur erschreckend, die Ewiggestrigen! Es gibt immer noch Menschen, die scheinbar nicht begreifen wollen und mit ihren unqualifizierten Äußerungen meinen Blutdruck steigen lassen. Also ist es wieder mal Zeit, ein bisschen Aufklärung zu betreiben: Liebe Leute, hier stehen keine Menschen, die zu faul sind zu arbeiten – und auch keine, die in irgendeiner Weise politische Phantasten sind! Wir sind einfach nur eine Bewegung, die gegen Sozialabbau eintritt. Wir sind unabhängige Bürger, bei uns kann jede(r) mitmachen. Wir stehen hier seit fünf Jahren in der Öffentlichkeit – und, wenn Sie ehrlich sind, durch dumme, unqualifizierte Äußerungen am Pranger!

Wir haben natürlich nicht das Geringste gegen Kritik, wohl aber gegen Verunglimpfung. Glauben Sie wirklich im Ernst, wir würden hier stehen und keiner Arbeit nachgehen, und das seit fünf Jahren? Seit ich Rentner bin, muss ich leider feststellen, dass ich genauso viel arbeiten muss, nur mit einem Unterschied: Ich bekomme kein Geld mehr dafür. Und dann wird man als Mensch, der sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt, auch noch verunglimpft und beleidigt! Pfui, sage ich, ihr habt es in meinen Augen gar nicht verdient, dass man sich für euch einsetzt. Ihr tut den Menschen hier sehr weh damit, wisst ihr das eigentlich?

Uns wird auch nachgesagt, wir entfernten uns von den eigentlichen Zielen der Montagsdemo immer weiter. Wir wollen mit unseren Beiträgen nur Zusammenhänge klären und nicht unsere Linie verlassen: Wir nehmen uns das demokratische Recht heraus, Missstände und Misswirtschaft anzuprangern. Wenn ihr der Meinung seid, dass wir falsch liegen, kommt her und sagt es uns hier am Offenen Mikrofon, aber seid bitte fair und denkt daran: Hier stehen keine Querulanten, sondern Menschen, die verhindern wollen, dass wir nur noch ein Spielball für bestimmte Leute sind.

Euch sollte die Krise doch wohl zeigen, dass jeder der nächste Kandidat werden kann, der in Armut getrieben wird und nie wieder rauskommt. Statt uns also hier anzuprangern, macht lieber mit, damit unsere Gesellschaft wieder sozialer wird! Bleibt hier stehen oder kommt jeden Montag zu uns und sagt unseren Politikern die Meinung! Aber bitte nicht persönlich beleidigen, denn Politik ist die Kunst des Machbaren, und wenn sich in der Politik etwas ändert wie demnächst die Erhöhung der Schonvermögen, dann ist das auch ein Verdienst der Montagsdemonstrant(inn)en.

Noch ein persönlicher Wunsch an die Medien: Ihr könnt über Missbrauch berichten, der bestimmt mal vorkommt, aber dann berichtet auch darüber, dass es die Montagsdemo in ganz Deutschland noch immer gibt! Wir wären auch gerne bereit, euch ein Interview zu geben. Das gilt besonders für eine Bremer Tageszeitung, die uns immer noch kleinhalten möchte!

Udo Riedel (parteilos)

Antwort: bisher noch keine!

Auf den Internetseiten von „Kandidatenwatch“ sind zwei an die Bremer SPD-Sozialsenatorin gerichtete Fragen von Hartz-IV-Betroffenen zu finden:

1. „Sehr geehrte Frau Rosenkötter, ich bin Mutter eines seit fast vier Jahren arbeitslosen Sohnes mit drei Kindern im Alter von 15 und 16 Jahren aus erster Ehe und einem Sechsjährigen, der jetzt zur Schule kommt. Der 16-Jährige ist zurzeit sehr schwierig und braucht besonders viel Beachtung, doch unsere 28-jährige Schwiegertochter musste wieder einen Eingliederungskursus mitmachen. Mein Sohn arbeitet jetzt, bekommt aber weiter Hartz IV. Unsere Schwiegertochter muss nun ab August eine dreijährige Halbtagsumschulung machen. Auf den Menschen wird überhaupt keine Rücksicht genommen! Das erbost mich sehr. Ist die Frau nicht genug ausgelastet? Wenn sie sich jetzt weigert, wird meinem Sohn das Geld gekürzt. Sagen Sie mal, wo leben wir eigentlich? Die Schwiegertochter ist jetzt schon völlig überlastet! Ich fürchte, dass die Ehe noch kaputt geht. Ist das so gewollt? Unsere Kinder wollen arbeiten, so sind sie auch von uns erzogen, aber dies geht zu weit! Dann redet die Frau von der Leyen von ‚Familienpolitik‘.

Das ist doch alles verlogen! Wie kann man das nun bei uns ändern? Geben Sie mir bitte einen Rat. Mit freundlichen Grüßen, B. Schadwinkel.“

2. „Sehr geehrte Frau Rosenkötter, im Zusammenhang mit Hartz IV stehen immer wieder Strukturfragen im Raum. Der Bedarf des einzelnen Kindes fällt unter den Tisch. Ich beobachte den Gang der Diskussion mit großer Sorge. Es scheint so, als ob ‚sauber aufbewahrt‘ *alles* wäre! Im Regelsatz ist zum Beispiel das Essen für ein Kind mit 2,71 Euro pro Tag veranschlagt. Damit werden meine Kinder aber nicht satt! Angemessene Kleidung ist im Wachstumsalter ebenfalls nicht ‚drin‘. Durchschnittliche Schulausgaben liegen nach meiner Erfahrung bei rund 30 Euro im Monat, wenn einer Bücher für den Gymnasialunterricht braucht, wenn ein Schulausflug ansteht, für Stifte, Hefte, Ordner, Taschenrechner, Lexika, Klassenkasse oder Sportkleidung. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Selbst die Fahrt zur Schule ist nicht frei! Von Ausgaben für Noten, Instrumentalunterricht et cetera ganz zu schweigen: Eine gerissene Cellosaite wird zur Finanzkatastrophe. Das gesamte Kindergeld ist ja bei Hartz IV ersatzlos gestrichen. Der ‚Deutsche Kinderschutzbund‘ forderte die Wiedereinführung einmaliger Beihilfen für Bildungsausgaben. Was sagen Sie dazu? Ich bin gespannt auf Ihre Antwort! Mit freundlichen Grüße, E. Lahusen.“

Antwort von Ingelore Rosenkötter: bisher noch keine!

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

„Hohe Privatvermögen besteuern“, was heißt das genau?

„Die Linke“ hat verkündet, dass sie im Sinne einer sozial gerechten Gesellschaft alles besser machen will. Sie will bis 2013 einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro einführen und parallel dazu den Hartz-IV-Regelsatz auf 500 Euro anheben. Lafontaine forderte ganz in unserem Sinne, dass Hartz IV weg muss. In diesem Punkt gibt es wohl Uneinigkeit in der Partei, und dies scheint auch für die Forderung nach Auflösung der Nato zu gelten. Einig waren sich dann alle wieder beim sofortigen Truppenabzug aus Afghanistan.

Beschlossen wurde auch die Besteuerung von hohen Privatvermögen mit mindestens fünf Prozent, und eine Börsenumsatzsteuer soll 70 Milliarden Staatseinnahmen zusätzlich bringen. Was heißt das nun eigentlich genau? Für mich wirkt das alles sehr unkonkret. Mit einem Investitionsprogramm von 100 Milliarden

Euro sollen zwei Millionen neue Stellen im öffentlichen Bereich finanziert werden. Außerdem sollen weitere 100 Milliarden in einen Fonds für „zukunftsfähige sozial-ökologische Entwicklung industrieller Arbeitsplätze“ fließen. Auch hier hätte ich mir mehr Genauigkeit an Hand von nachvollziehbaren Beispielen gewünscht.

Lafontaine sagte zur Notwendigkeit einer totalen Kontrolle der Finanzmärkte: „Nicht die Bundesregierung kontrolliert die Banken, sondern die Banken kontrollieren die Bundesregierung. Wenn Merkel, Steinbrück und zu Guttenberg mit Ackermann (Deutsche Bank), Blessing (Commerzbank) und Diekmann (Allianz-Versicherung) zusammensitzen, dann entscheiden nicht die demokratisch gewählten Mitglieder der Bundesregierung, sondern die demokratisch nicht legitimierten Vorstände des Finanzsektors. Die Gesetzentwürfe zur Finanzmarktstabilisierung sind nicht von Regierungsbeamten oder Bundestagsabgeordneten ausgearbeitet worden, sondern von Lobbyisten der Finanzwirtschaft, die in den Bundesministerien beschäftigt sind oder von Anwaltskanzleien, die im Sold der Banken stehen. Wir fordern die Beendigung der Beschäftigung von Lobbyisten in den Bundesministerien!“

Das klingt sehr erfreulich, und es ist zu hoffen, dass die guten Ansätze in dem Programm erhalten bleiben und nicht in den nächsten Wahlkampf-Monaten wieder zerredet werden.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

„Faire Löhne“ – mit ergänzenden staatlichen Leistungen?

1. In Deutschland sind ungefähr drei bis vier Millionen Privathaushalte überschuldet. In 29 Prozent der Fälle ist Erwerbslosigkeit die Ursache dafür. Nach dem „Schuldenreport 2009“, den verschiedene Sozialverbände erstellen, besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Armut und **Überschuldung**. Als zweithäufigster Grund wird die Veränderung der Lebensumstände genannt, wozu unter anderem Trennung, Scheidung oder Tod des Partners gezählt werden. Von daher ist es kaum überraschend, dass neben Erwerbslosen vor allem alleinerziehende Mütter in der Schuldenfalle sitzen, die bei etwa 60 Prozent der insgesamt Betroffenen aus rückständigen Krediten resultiert.

In diesem Zusammenhang übten die Wohlfahrtsverbände scharfe Kritik an den Banken und warfen ihnen vor, trotz milliardenschwerer Unterstützung mit

Steuerngeldern ihre Kunden in wirtschaftlicher Not rücksichtslos zur Kasse zu bitten. So hätten viele Geldhäuser die Leitzinssenkung der Europäischen Zentralbank von vier auf ein Prozent nicht nur nicht weitergegeben, sondern die Zinsen bei Kontenüberziehung dreisterweise sogar noch erhöht und damit über eine Milliarde Euro verdient. Zu allem Überdruss böten Bankberater oft überteuerte Umschuldungen an, die Verbraucher noch tiefer ins Schuldenkarussell trieben. Die Wohlfahrtsverbände erneuerten ihre Forderung nach einem gesetzlich geregelten Recht auf ein Girokonto. 2008 sahen beinahe 100.000 Menschen keine andere Möglichkeit mehr für sich als in die Privatinsolvenz zu gehen, um überhaupt je wieder Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Neuanfang hegen zu können. Weil die Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise im „Schuldenreport 2009“ noch gar nicht berücksichtigt wurden, ist mit weit höheren Zahlen zu rechnen, die Anlass zur Sorge geben.

2. Vergangenen Montag glaubte ich meiner Sinneswahrnehmung misstrauen zu müssen, als ich den Chef der *Spezialdemokraten* in vorderster Front mit *lovely* Ursula von der Leyen bei der Großkundgebung in Köln für höhere Bezahlung und einem besseren Gesundheitsschutz für die bundesweit 220.000 Erzieher in kommunalen **Kindertagesstätten** sah: Seit’ an Seit’ schritt die Politprominenz mit den unterbezahlen Erzieher(inne)n und Sozialarbeiter(inne)n auf der Straße und heuchelte Verständnis für die berechtigten Forderungen! Mit dem Hinweis darauf, dass in den Beruf der Erzieher und Sozialarbeiter investiert werden müsse, wenn Qualität für die Kinder gewollt sei, forderte die Familienministerin eine schnelle Einigung im Tarifstreit. Warum werden dann die Kommunen ausgeblutet, sodass halt „kein Geld“ mehr da ist, um die Erzieher und Sozialpädagogen anständig zu bezahlen? Die sagenhafte Erkenntnis von Franz Müntefering, dass Erzieher so wichtig wie Professoren an den Hochschulen seien, führte bei den Tarifverhandlungen leider nicht zu der eigentlich logischen Konsequenz, das Gehalt der Erzieher und Sozialarbeiter dem der Professoren anzugleichen. Papier ist ja so geduldig! Deswegen dürfen augenscheinlich immer weiter vollkommen bedeutungslose Worthülsen ausgesabbert und Solidarität vorgespielt werden.

3. In der letzten Woche meldete der „Weser-Kurier“, das Sozialressort suche weitere 350 **Tagesmütter**, die sich um etwa 1.500 kleine Kinder kümmern. Bis 2013 soll die Betreuungsquote von Unterdreijährigen bis auf 35 Prozent steigen. Wer sich als Tagesmutter selbständig machen will, dem wird eine 160 Stunden umfassende „Schulung“ angeboten, in vermutlich vier Wochen. Es wundert mich gar nichts mehr, wenn ich lese, wo diese Idee ausgebrütet wurde: nämlich in Zusammenarbeit von Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter und Arbeitsagenturchef Hans-Uwe Stern. Da besitzt die Sozialsenatorin die Stirn zu behaupten, eine Stärkung der Tagespflege bedeute nicht, dass Bremen seine Verantwortung auf die Tagemütter abwälze! Gibt es denn tatsächlich noch eine Alternative dazu, es anders zu sehen? Im europäischen Ausland werden Erzieher(innen) wie

Lehrer(innen) an der Hochschule ausgebildet! Nur in Deutschland und Österreich reicht offenbar eine Fachschule für Sozialpädagogik aus. Aber auch dies kann ja noch unterboten werden.

Obwohl der Lohn der deutschen Erzieher(innen) katastrophal niedrig ist, wir uns oft in Teilzeit verdingen müssen und von dem mageren Gehalt dann nicht leben können, scheinen wir noch immer zu teuer zu sein! Wozu zwei bis vier Jahre Ausbildung absolvieren, wenn das „umfassende“ Wissen übers Kind doch auch in nur vier Wochen „erarbeitet“ werden kann? Ich hörte schon von einem neuen Modell, wie demnächst die Arbeit von Erzieher(inne)n und Tagesmüttern unter einem Kita-Dach geleistet werden soll: Wenn von den Eltern mehr Ganztagsplätze beantragt werden als die Kita anbieten kann, darf nachmittags in den Räumen der Gruppen, wo die Kinder nur vormittags betreut werden, eine Tagesmutter sich um fünf bis sieben Kinder kümmern, die dann aus ihrer Halbtagsgruppe entlassen worden sind. Statt mehr Erzieher(innen) einzustellen, sollen wir nun wohl von den noch viel schlechter bezahlten Tagesmüttern Konkurrenz bekommen und Angst davor entwickeln, dass unsere Stelle als Erzieher(in) durch eine Tagesmutter eingespart werden könnte? Die hehren Ziele werden immer höher gesteckt, wenn berechtigterweise die Sprachfähigkeit oder die Selbstbildung von Kindern gefördert werden soll – bloß mehr als einen Apfel und ein Ei darf es bitte nicht kosten! Was uns heute zu kostspielig erscheint, wird uns morgen teuer zu stehen kommen.

4. In der „Dienstanweisung“ eines Hannoveraner Unternehmens steht, dass Angestellte nur mit Erlaubnis des Vorgesetzten zur **Toilette** dürfen. Alkohol sei auch in der Freizeit verboten, und Mitarbeiter dürften auf Dienstreisen auf ihren Zimmern keine Butterbrote essen. Die „Arbeitnehmerkammer Bremen“ kritisiert, dass so weitreichende Verbote in Persönlichkeitsrechte eingreifen und dies niemandem vorzuschreiben sei. Daraus folgert der Geschäftsführer und Leiter der Rechtsabteilung, Ingo Schierenbeck, dass demjenigen, der ein Jobangebot unter diesen Bedingungen ablehnt, das Arbeitslosengeld I oder II nicht gestrichen werden kann. Der 50-jährige Arnold D. war von der Arge zu einem Unternehmen geschickt worden, wo er ein Anfangsgehalt von nur 7,30 Euro hätte bekommen können. Kein Wunder, dass er über diese in das Persönlichkeitsrecht eingreifenden Stellen in der dreiseitigen Dienstanweisung stolperte.

5. Ach, wie nett: Die Union will Familien, Rentnern und Arbeitslosen helfen, wenn sie nach der Bundestagswahl ihre Wünsche durchsetzen kann. Neben verschiedenen steuerlichen Begünstigungen und einer nicht genau bezifferten Erhöhung des Kindergeldes verspricht die Union, das Schonvermögen von ALG-II-Beziehern „wesentlich zu erhöhen“. Außerdem sollen die Hinzuverdienstregeln für Bezieher von Arbeitslosengeld II ebenfalls verbessert werden. Doch als besonderes Bonbon soll es Geld künftig nur noch bei einer Gegenleistung geben. Selbstredend „muss“ natürlich auch der Missbrauch endlich konsequenter als bisher bekämpft

werden! Im Entwurf für das „Regierungsprogramm 2009 bis 2013 von CDU und CSU“ wird am Ziel „Arbeit für alle“ festgehalten. Die Unionsparteien sprechen sich demnach für ein Mindesteinkommen mit einer „Kombination aus fairen Löhnen und ergänzenden staatlichen Leistungen“ aus. Gerne wüsste ich, wie Löhne als *fair* bezeichnet werden können, die noch einer zusätzlichen staatlichen Förderung bedürfen! Das heißt dann wohl auf gut Deutsch: Wer ALG II erhalten möchte, muss dafür 40 Stunden die Woche arbeiten!

Spätestens jetzt muss es doch allen klar sein, welche Schweinereien hier Mistgabel für Mistgabel aus den USA zu uns nach Deutschland stinken: Na klar, Hartz IV soll durch **Workfare** ersetzt werden, also durch Sozialleistungen gegen Arbeit: Nur wer arbeitet, soll auch Sozialleistungen erhalten. Es zielt auf die Abschaffung der sogenannten sozialen Marktwirtschaft und die Schaffung eines reinen profitorientierten Kapitalismus hin. Mit dem System Workfare kann auf das Fördern nun ganz verzichtet werden. Es sollen indes nur noch Kosten eingespart werden. Als Grundvoraussetzung hierfür dürfte die Abschaffung des Sozialstaatsgebotes aus dem Grundgesetz dienen. Die Grundsicherung für erwerbsfähige Erwerbslose soll nur noch gezahlt werden, wenn Bedürftige dafür unentgeltlich dort arbeiten, wo das Amt sie hinschickt. Als Vorbild dienen die ehemaligen Ein-Euro-Jobber, deren Mehraufwandentschädigung ersatzlos gestrichen werden soll. Sie können dann ohne Beschränkungen überallhin vergeben werden, auch und gerade in die Privatwirtschaft.

Somit können sozialversicherungspflichtige Angestellte, die entlohnt werden müssen, ganz legal durch arbeitsdienstverpflichtete Grundsicherungsempfänger ersetzt werden. Diese sollen offenbar zu Arbeitnehmern ohne Arbeitnehmerrechte werden, deren „Lohn“ als Grundsicherung vom Staat bezahlt wird: 100 Prozent Subventionen für Arbeitgeber als bestmögliche Profitmaximierung! Das Ziel ist ein eiskalter Kapitalismus nach dem Grundsatz „friss oder stirb“. Da wird uns das Wahlprogramm der Union wahrlich eine große Hilfe sein, um Zukunftsangst zu fördern! Eine allgemeine Arbeitspflicht kann nur dazu führen, dass in großem Stil regulär bezahlte Arbeit vernichtet wird. Die Arbeitgeber könnten dann in Zukunft jeden Arbeiter für die Höhe von Hartz IV oder – bezuschusst – noch weniger haben. Warum dann überhaupt noch Tariflöhne zahlen? Wenn jeder Arbeiter und Angestellte in Deutschland künftig nur noch 600 bis 800 Euro netto verdient, dafür aber zusätzlich noch auf Sozialleistungen angewiesen ist, dann wird sich vielleicht in Deutschland etwas regen. Der Sinn der Hartz-Gesetze liegt offensichtlich darin, Zwangsarbeit einzuführen und den ersten Arbeitsmarkt massiv anzugreifen und zur Profitmaximierung der Unternehmer freizugeben!

6. Wer am 27. September 2009 das Rennen macht, wird, auf die Staatsfinanzen bezogen, ein schweres Erbe antreten: Bis 2013 fehlen in der deutschen Staatskasse zwischen 300 und 500 Milliarden Euro. Der Bund steuert auf die höchste Neuverschuldung aller Zeiten zu. In der Wirtschaftskrise brechen die **Steuereinnahmen** ein, gleichzeitig steigen die Arbeitslosigkeit und die Lasten für den

Staat. Allein nächstes Jahr müssen neue Kredite in Höhe von 86 Milliarden Euro aufgenommen werden – so viel wie nie zuvor. Für 2011 sind 72 Milliarden eingeplant, für 2012 rund 59 Milliarden und für 2013 immer noch 45 Milliarden. Für den gesamten Zeitraum rechnet der Bund mit mindestens 300 Milliarden neuen Schulden, am Ende könnte es auch auf eine halbe Billion hinauslaufen. Wie unter diesen Voraussetzungen bis 2016 die strengen Vorgaben für die Schuldenbremse eingehalten werden sollen, bleibt ein streng gehütetes Geheimnis. Klar kann nur sein, dass der Rotstift angesetzt werden wird. Wo, das steht auch schon längst fest: überall dort, womit sich im Moment niemand profilieren kann, also bei den Ausgaben für Bildung, Soziales, Gesundheit – wie immer, wenn von unten nach oben geschaufelt wurde!

7. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschied letzte Woche, dass Erwerbslose Anspruch auf kostenlose **Rechtsbeihilfe** haben (Aktenzeichen: 1 BvR 1517/08). Das gilt selbst dann, wenn sie gegen Kürzungen ihres Arbeitslosengelds vorgehen – und damit indirekt den Staat verklagen. Eine erwerbslose Frau aus Sachsen reichte dagegen Klage ein, dass ihr rund 120 Euro im Monat gekürzt wurden, weil sie im Krankenhaus war und sich deshalb Haushaltsausgaben erspart hat. Das wollte sie nicht hinnehmen und verlangte die Beratung eines Anwalts. Doch erweigerte ihr das Amtsgericht Zwickau das Geld für die Beratung. Es wurde von ihr verlangt, selbst bei der Widerspruchsstelle vorzusprechen und deren kostenlose „Beratung“ in Anspruch zu nehmen. Unglaublicherweise ist diese Stelle jedoch mit der Ausgangsbehörde identisch! Glücklicherweise legte die Erwerbslose Verfassungsbeschwerde ein und bekam Recht. Die Verfassungsrichter fügten sich nicht in den Mainstream ein, sondern verwiesen noch immer auf das Sozialstaatsprinzip, dessen Ziel es ist, Bemittelten und Mittellosen den gleichen Zugang zum Recht zu ermöglichen. Schön, dass auch die Richter erkannten, welch fauler Hund es gewesen wäre, sich ausgerechnet von der Stelle beraten lassen zu sollen, deren Entscheidung im Widerspruchsverfahren angegriffen wird! Diese Stelle muss zwangsläufig in einem Interessenkonflikt stehen. Daher dürfe der Klägerin eine unabhängige Beratung nicht vorenthalten werden. Es lohnt sich fast immer, Rückgrat zu zeigen und sich sein Recht zu erkämpfen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Verwaltungsanweisung Wohnen“ geändert: Leser tun bitte ihre Meinung über die Änderungen und die Erfahrungen mit der Bagis kund *(„Soziales Bremen“)*

CSU hält Quelle flüssig: Die Ratschläge von Pleite-Baron „Futz“ Guttenberg gelten in Bayern nicht so viel *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Lehrstellen fehlen vor allem in der Großindustrie

Es gibt eine Klatsche für die Bagis: Das Bremer Landessozialgericht verurteilt die hiesige Arge dazu, bei drohender Sperrung von Gas, Strom oder Wasser auch bei kinderlosen Haushalten die Rechnung auf Darlehensbasis zu übernehmen. Ein schöner Erfolg!

Letzte Woche gingen in ganz Deutschland über 270.000 Schüler und Studenten auf die Straße. Sie forderten die Abschaffung der Studiengebühren von 400 bis 500 Euro pro Semester, ein kostenloses Schulsystem von Kita bis Hochschule, das Recht auf politische Meinungsäußerung und Betätigung, die Abschaffung von Kopfnoten, Zensur und Turbo-Abi.

Wichtig ist der Kampf gegen die Benachteiligung der Arbeiter- und Arbeitslosen-Kinder, deren Anteil an den Universitäten auf weniger als acht Prozent gesunken ist! Es werden auch mehr Lehrstellen vor allem in der Großindustrie benötigt, denn letztes Jahr gingen schon 352.000 Bewerber leer aus, mehr als jeder zweite. Nochmals um 5,7 Prozent sank jetzt die Zahl der Lehrstellen, circa 600.000 fehlen in Deutschland!

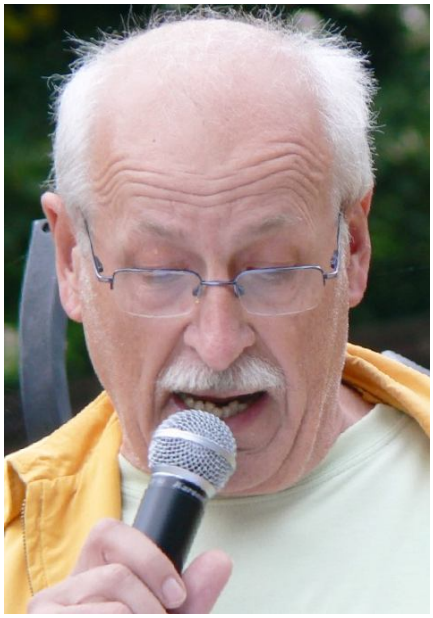
Über eine Million Jugendliche ist hierzulande auf Hartz IV angewiesen. Seit Ausbruch der Wirtschaftskrise steht das ganze kapitalistische System am Pranger vieler Demos, die sich bewusst an Methoden der Arbeiterbewegung orientieren, etwa durch Einsatz des Offenen Mikrofons. Letzten Montag war „Tag der Gebäudereinigung“ in Dresden. Das könnte auch gut in Bremen stattfinden.

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

236. Bremer Montagsdemo am 29. 06. 2009

Schlechte Kritik?



Wisst ihr, was mich so stört? Die Tatsache, dass niemand richtig auf uns hört! Wir klagen seit Jahren über der Menschen Leid, doch hier ist kaum jemand zum Zuhören bereit.

Niemand will unsere Klagen hören, und scheinbar will sich auch niemand so richtig daran stören. Da reden wir von Kinderarmut, Dumpinglöhnen und von schlechter Politik, doch alles, was wir hier ernten, lautet nur: Schlechte Kritik!

Wie die meisten werden wir in eine Schublade gesteckt und verdammt anstatt wahrgenommen. Sie zeigen mit dem Finger auf uns und sagen: Die sind schuld, sie sind zu faul und ganz verkommen! Die sind auch schuld, wenn alles zusammenbricht. Wisst ihr, eigentlich tun mir die anderen leid: Sie sehen die Wahrheit nicht!

Uns, die wir hier stehen und klagen, sollte man nicht verdammen, sondern fragen: Wir sind es, die aufklären und enthüllen, wir hier wollen die Welt mit Wahrheit füllen!

Wir sind nicht schuld, dass die Menschen in Armut leben sollen: Es sind ganz andere, die das wollen. Die sollten hier auch am Pranger stehen und die Welt mal aus unserer Sicht besehen!

Dann käme mit der Einsicht auch die Wende, und all unser Kummer hätte ein Ende. Diesen Wunsch darf man nie vergessen in dieser ach so harten Zeit, drum kann ich nur immer wieder sagen: Die anderen tun mir leid!

Niemals werden sie je sicher sein, dass wir ihnen nicht auf die Schliche kommen und enthüllen ihre bösen Taten. Drum kann man ihnen nur eines raten: Auch ihr müsst irgendwann einmal vor dem Schöpfer stehen, und ab in die Hölle wird's mit euch gehen!

Dabei hättet ihr es selbst in der Hand, hörtet ihr mal auf euer Herz und gebrauchtet den Verstand! Aber leider vergeht bis dahin wohl noch ach so viel Zeit, und ich kann nur immer wieder sagen: Die anderen sind es, die tun mir leid.

Aktenverschleppung, Personalkahlschlag, Widerspruchsstau: Bremer Arge steht kurz vor dem Hitzekollaps *(„Weser-Kurier“)*

Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen rügt erneut die Bagis

1. Die Bagis wurde erneut gerügt: Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen entschied, die Bagis müsse Schulden für die Stromrechnung bei drohender Sperrung der Energie- oder Wasserversorgung auch bei Haushalten ohne Kinder als Darlehen übernehmen. Im konkreten Fall klagte eine Frau aus Bremen-Nord, die eine Nachforderung in Höhe von 614,74 Euro an die Stadtwerke Bremen zahlen sollte. Nachdem die SWB eine Ratenzahlung ablehnte, verweigerte die Bagis der Frau ein Darlehen in Höhe der Schulden.

Die Bremerin zog vor das Sozialgericht und bekam Ende März Recht (Aktenzeichen S23 AS 547/09 ER): Eine Wohnung ohne Strom, so die Argumentation des Gerichts, komme einer Notlage wie der Wohnungslosigkeit nahe. Daher sei Paragraph 22 des Sozialgesetzbuchs II so auszulegen, dass die Bagis eine Schuldenübernahme nur in atypischen Fällen ablehnen dürfe. Unglaublich und menschenverachtend, dass die Bagis dagegen Beschwerde einlegte! Glücklicherweise zog sie dabei den Kürzeren, weil bei einer Sperrung der Energie- oder Wasserversorgung die Wohnung faktisch unbewohnbar sei und die Bagis deswegen das Darlehen gewähren müsse. (Aktenzeichen L7 AS 546/09 B ER). Die Bagis ließ es sich in der Vergangenheit leider zur Gewohnheit werden, wegen einer Verwaltungsanweisung des Sozialressorts Alleinstehenden oder Paaren ohne Kinder bei **Stromschulden** generell kein Darlehen zu gewähren. Darin wurde zwar nicht explizit ein Ausschlusskriterium für Leistungsempfänger ohne Kinder formuliert, der Text jedoch so ausgelegt.

Es ist mehr als überfällig, dass die Sozialbehörde diese Verwaltungsanweisung ändert! Schließlich kommen immer mehr Menschen nach der Jahresabrechnung in eine existenzbedrohende Bredouille, weil die Regelsätze in ihrer „Höhe“ nun mal nicht der Realität entsprechen. Deswegen stellte die SWB im vergangenen Jahr 7.656 Haushalten in Bremen die Energieversorgung ab. Auf die eigentlichen Schulden wurde dann noch einmal für die Sperrung und spätere Entsper-

rung eine Gebühr von 85,76 Euro erhoben. Dazu erdreistet sich die SWB, ein vollkommen überzogenes Wegegeld von 40,56 Euro zu erheben. Insgesamt werden auf die Energieschulden also noch 212,08 Euro oben draufgeschlagen – Wucher ist gar kein Ausdruck dafür! Hinter dem sachlichen Wort Haushalt verbirgt sich jedes Mal das Schicksal von finanziell armen Mitmenschen, die dann bei Kerzenschein im Dunkeln frieren müssen und weder kochen noch duschen können. Solche Praxis muss unterbunden werden, weil sie jeder Form von Mitgefühl entbehrt!

2. Als ob Erwerbslose durch ihr karges Sündenbockdasein am Rande der Gesellschaft nicht schon genug abgestraft würden: Sie müssen sich auch noch mit **Leistungskürzungen** herumquälen, sie ertragen oder dagegen angehen. Am härtesten sind davon die jungen Erwerbslosen unter 25 Jahren betroffen, denen ohne viel Federlesen oft schon bei der ersten Pflichtverletzung das ALG II um 30 oder 60 Prozent oder gar komplett gestrichen wird. Einer Studie des „Instituts für Wirtschaftsforschung“ in Halle an der Saale zufolge sind Leistungskürzungen allerdings kein probates Mittel, um Bezieher von Transfermitteln zu bestrafen – Arbeitsanreize wie bessere Zuverdienstmöglichkeiten seien wirkungsvoller. Doch woher die Arbeitsplätze nehmen? Sie lassen sich ja nicht durch Druck herbeizwingen!

Die starke Nötigung gegenüber jungen Arbeitslosen stehe „in bemerkenswertem Kontrast“ zu der Tatsache, dass ihre Arbeitsbereitschaft nicht geringer sei als die der älteren Gruppen. Interessanterweise erfolgen die Leistungskürzungen häufiger in Regionen mit niedriger Erwerbslosigkeit und werden öfter von Arbeitsvermittlern ausgesprochen, die weniger Erwerbslose zu betreuen haben. Dienen die Kürzungen etwa dazu, den Arbeitsvermittlern die Langeweile zu vertreiben? Greifen sie kurzerhand, eben weil sie keine Arbeit zu vermitteln haben, zu den Mitteln der Verfolgungsbetreuung, um dabei ein erhebendes Machtgefühl erleben?

Auf Seiten der Erwerbslosen ist der häufigste Grund für Leistungskürzungen, dass sie ihren Meldepflichten nicht nachkommen. Jeder zweite der betroffenen ALG-II-Bezieher verpasste Termine beim Jobcenter, 17 Prozent erfüllten ihre Pflichten bei der Arbeitssuche nicht, schrieben zum Beispiel nicht genügend Bewerbungen. Jeder fünfte weigerte sich, eine angebotene Arbeit, Ausbildung oder Maßnahme anzutreten. Ich finde dies auch nicht verwunderlich angesichts der oft sinnlosen Termine, die offenbar zermürben sollen, wegen der nicht vorhandenen Jobs und des Drucks, massenhaft völlig sinnlose Blindbewerbungen schreiben zu müssen und zu Maßnahmen genötigt zu werden, die einen nicht weiterbringen. Dafür sind die Strafen dann drakonisch. Sie schüren existenzielle Not und müssen als Angriff auf das eigene Leben aufgefasst werden.

Es trifft die Falschen, weil an dieser Stelle Manager und Politiker auf der Anklagebank sitzen sollten, die die hohe Erwerbslosigkeit durch Misswirtschaft und das kritiklose Befolgen des neoliberalen Mainstreams zu verantworten haben! In Wirklichkeit geht es auch gar nicht um Strafe, doch nur durch Sanktionen in Verbindung mit Leistungsverweigerung können die politischen Vorgaben zur Leis-

tungsreduzierung erfüllt werden. Jugendliche wehren sich dabei in ihrer Lebensunerfahrenheit am wenigsten, sodass der menschenverachtende Sparerfolg bei ihnen am sichersten durchzusetzen ist.

3. Während bei Sozialausgaben, Gesundheitskosten und Bildung auf Teufel komm raus gespart wird, erhielt ausgerechnet das Bankensystem, das die globale Finanz- und Wirtschaftskrise verursachte, in einem einzigen Jahr neunfach größere Hilfe als die armen Länder in 50 Jahren: In diesem Zeitraum hatten die Geberländer für solche Zwecke rund zwei Billionen US-Dollar zur Verfügung gestellt, in den letzten zwölf Monaten jedoch fast 18 Billionen Dollar in den Kauf von Banken und Finanzinstituten investiert. Die Organisation rief die Regierungen entwickelter Länder auf, die Finanzhilfen für die ärmsten Länder trotz der Krise nicht zu kürzen.

Aber welche Regierung eines „entwickelten Landes“ kümmert es wirklich, dass jedes Jahr rund 30 Millionen Menschen auf der Welt an **Unterernährung** oder den Folgen von Krankheiten, Epidemien und Mangelerscheinungen sterben? Die globale Krise hat die Zahl der Hungernden um 100 Millionen erhöht, dabei reichen die weltweit produzierten Nahrungsmittel für über zwölf Milliarden Menschen auf der Erde vollkommen aus. Im eiskalten Neoliberalismus stehen die „notleidenden Banken“ auf der Werteskala des zu Fördernden in aller ökonomisierten Menschenverachtung selbstredend über den hungernden, verelendeten Menschen, die nicht mehr ausbeutbar sind.

4. Schön, dass nun wohl auch das Landessozialgericht erkannt hat, dass das sogenannte „Gewos“-Gutachten das Papier nicht wert ist, auf dem es geschrieben ist, weil Bremen in so „einigen“ Fällen zu wenig zahlte. Nun will Bremen die **Kosten der Unterkunft** für ALG-II-Bezieher neu regeln. Bis das neue Gutachten fertig ist, das hoffentlich nicht erneut bei „Gewos“ in Auftrag gegeben wird, muss es eine Übergangsregelung geben. Von dieser Regelung sollen 80 Betroffene profitieren und mehr Geld erhalten. Ob diese 80 Fälle eine frei gegriffene Zahl darstellen oder ob damit die Anzahl der Zugeständnisse gemeint ist, weil die Richter vorhersehbar anders urteilen werden, steht indes in den Sternen. Im Mai 2009 sprach das Landessozialgericht einer alleinerziehenden Mutter und ihrer zwölfjährigen Tochter mehr Geld zu, sodass die Bagis ihnen anstelle von 374 nun 467 Euro Mietkosten erstatten muss. Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

5. Entgegen dem vom gleichgeschalteten Mainstream hochgezüchteten Diffamierungsversuch, die Erwerbslosigkeit der ALG-II-Bezieher resultiere hauptsächlich aus deren persönlichen Problemen, zeigt sich deutlich, dass es viel mehr an mangelnden Arbeitsangeboten liegt. So verfügen 68 Prozent der Ein-Euro-Jobber über eine abgeschlossene Ausbildung und sind fit für den ersten Arbeitsmarkt, der die Vielzahl dieser Stellen aber nicht hergibt, zumal die **Ein-Euro-Jobs** reguläre Arbeitsverhältnisse systematisch kaputtmachen und durch nahezu rechtlose

Sklaven ersetzen wollen! Weil die Ein-Euro-Jobs jedoch wenigstens mehr Geld bedeuten, werden sie in Regionen mit hoher Erwerbslosigkeit von den Betroffenen dennoch relativ positiv angesehen und oftmals als einzig realistische „Perspektive“ betrachtet, um die Erwerbslosigkeit zumindest vorübergehend zu unterbrechen. Da wird sich dann in eine vermeintliche Notwendigkeit gefügt, ohne dass damit das eigentliche Problem einer fehlenden beruflichen Perspektive gelöst wäre.

6. Vor den Wahlen werden ja immer viele Versprechungen gemacht, die nach dem Urnengang wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen und als Lügen enttarnt werden müssen. Daneben werden Ängste geschürt, indem die gegnerische Partei als böser Wolf dargestellt wird. Dieser muss sich für die ausgegrenzten Bezieher von ALG II, Sozialhilfe und Rente zwangsläufig aus pseudochristlichen, pseudosozialen, pseudofreien und pseudogrünen Demokraten zusammensetzen. Ob sich auch pseudolinke Demokraten hinzugesellen werden, muss sich erst noch herausstellen. Klar war und ist jedoch, dass in Zeiten leerer Kassen immer den Ärmsten ans Portemonnaie gegangen wird.

So ist es kaum verwunderlich, wenn die CDU/CSU massive Kürzungen durch eine – natürlich vollkommen unrealistische – Mietkostenpauschale für ALG-II-Bezieher und einen weiteren Ausbau des Arbeitszwangs um jeden Preis ebenso plant wie eine Mehrwertsteuererhöhung für Lebensnotwendiges von sieben auf 19 Prozent. Da werden die Lebensmittelpreise explodieren, was vorwiegend für Menschen mit niedrigem Einkommen besonders schmerzhaft ist, weil sie einen hohen Anteil ihrer Einkünfte für Naturalien ausgeben müssen. Viele soziale Initiativen und Gewerkschaften befürchteten schon vor und während der „Bankenrettung“ und angesichts zahlreicher Unternehmenssubventionen, dass vor allem diejenigen die „Zeche“ zahlen, die sowieso schon nichts haben.

Da gerade in Großstädten die Mieten sehr hoch sind und mit eine Anhebung der Mehrwertsteuer diese höchst wahrscheinlich noch weiter steigen, wären viele Betroffene von Wohnungsverlust massiv bedroht. **Massenobdachlosigkeit** oder Stadtflucht wären dann unaufhaltsam. Ein regelrechter Überlebenskampf wäre die drastische Folge, eine staatlich geförderte Massenarmut platzte aus allen Fugen! Offizielle Aussagen über diese Maßnahmen gibt es derzeit natürlich noch nicht.

Viele Wirtschaftsexperten sehen in den Aussagen der CDU/CSU kaum einen Wahrheitsgehalt, schließlich kann die künftige neue, alte Regierung dieses Haushaltsloch nicht bis zum Ende ihrer Tage mit sich herumschleppen! Selbstverständlich dementiert und beschwichtigt CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla und spricht davon, dass die Union die Menschen *ent*lasten und nicht etwa *be*lasten wolle. *Alle* Menschen können damit unmöglich gemeint sein! Bestimmt nicht die beständig steigende Anzahl der – durch die ökonomisierende Brille betrachtet – gesellschaftlich Überflüssigen, die nur noch Kosten verursachen, weil nicht ge-

nügend Arbeit für alle da ist oder weil sie alt oder krank sind oder kleine Kinder versorgen.

Dieses neoliberale System sorgt für steigende Armut, sodass inzwischen sieben Millionen Menschen in Deutschland ihre Wohnung nicht aus eigenen Mitteln finanzieren können. Dass der Staat mit 16 Milliarden Euro für rund elf Prozent aller Haushalte in Deutschland die Kosten der Unterkunft zahlen muss, ist selbstgemachtes Leid: Warum gibt es denn in Deutschland noch immer keinen Mindestlohn, von dem sich menschenwürdig leben lässt? Warum bekommen die Unternehmen immer mehr Steuergeschenke, statt mal in die Pflicht genommen zu werden?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Mal kurz einen zwitschern: Noch in der größten Hitze lässt sich das Wichtigste prägnant zusammenfassen *(„Financial Times“)*

Herrschende Eigentumsverhältnisse missachtet: Inszeniert die „Piratenpartei“ den Aufstand der Besitzlosen gegen Reichtum und Macht? *(„Süddeutsche“)*

Wahlzulassung erreicht: Gelingt es der bürgerlichen Presse, die „Piratenpartei“ als „fortschrittliche Systemalternative“ hochzuschreiben? *(„Die Zeit“)*

Montagsdemo: Außer Faschisten dürfen dort regelmäßig alle kurz am Offenen Mikrofon ihre Meinung sagen *(„Twitter“)*

Plattenverkäufe abgestürzt: Pleite-Baron „Futz“ Guttenberg ruiniert Rocker-Image *(„Financial Times“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

237. Bremer Montagsdemo am 06. 07. 2009

Piratenalarm – „Klarmachen zum Ändern“?

1. Auf meine Einladung hin haben diesen Montag zwei Partei-„Piraten“ unsere Demo „geentert“ und ihre neugegründete Organisation als basisdemokratische **Bürgerrechtspartei** mit der Forderung „Gläserner Staat statt gläserne Bürger“ vorgestellt. Drei Verwandte haben bei der Europawahl ihre Stimmen der Piratenpartei gegeben, daher meine Aufmerksamkeit für dieses Phänomen. Mein Eindruck ist nun, dass die bürgerliche Presse gern die Gelegenheit nutzt, einen etwas verschroben technikverliebten Jungmännerclub als „fortschrittliche Systemalternative“ hochzuschreiben, die herrschende „Eigentumsverhältnisse missachtet“ und auf sympathisch anarchische Weise einen „Aufstand der Besitzlosen gegen Reichtum und Macht inszeniert“.

Sollen die Piraten der Linkspartei damit ein, zwei oder mehr Prozentpunkte und womöglich den Einzug in den Bundestag klauen? Dabei geht es den Neulingen mit der Informationsfreiheit doch eher um ein Luxusproblem – wenn mir Essen und Obdach fehlen! Ohne Aussagen zur Sozial-, Wirtschafts-, Umwelt- und Friedenspolitik gibt es keine Systemalternative und keine ernstzunehmende Partei. Wenn aber einfach nur Klärungsbedarf bei den Piraten besteht, könnten sie vielleicht Mitstreiter und Bündnispartner der Montagsdemo werden. Sollten die Piraten vor der Wahl bei uns Flagge zeigen, könnten auch andere Parteien das wieder tun.

2. Ohne Verschulden meinerseits habe ich im Juli kein Geld von der **Bagis** erhalten, zum zweiten Mal in Folge und zum dritten Mal binnen eines Jahres. Als am Monatsdritten die Abbuchung der Miete von meinem Konto geplatzt war, suchte ich mit einem Beistand die Bagis West auf. Dort wurde uns vom Wachmann die Tür verwehrt, da am Freitag geschlossen sei und ich „keinen Termin“ hätte. Die Empfangsdame hinterm Fenster händigte mir ein Blatt mit den Öffnungszeiten aus und sagte, ich solle am Montag wiederkommen. Sie versuchte nicht, durch

Nachfragen herauszufinden, ob eine Notlage vorliegt. Auf unsere Erkundigung nach ihrem Namen weigerte sie sich, diesen zu nennen, und der zweite Wachmann schlug die Sprechklappe zu. Er trat einen Schritt zurück, als ich versuchte, den langen, mit kleinen Buchstaben geschriebenen Namen auf dem Schildchen zu entziffern, das er als einziger trug. Wir verließen die Bagis West, nachdem uns damit gedroht wurde, die Polizei zu rufen.

Meine Sachbearbeiterin der Leistungsabteilung war an diesem Tag, wie wir von der Telefonzentrale erfuhren, im Hause anwesend. Unter ihrer Nummer, die wir erhielten, war jedoch erst besetzt, später wurde nicht abgenommen. Ich erreichte die Dame erst am Montag, wurde aber mit dem Hinweis abgewimmelt, es sei niemand da, der die Barauszahlung bewilligen könne, und bekam nur einen Termin für den Folgetag. Am Dienstag, dem 7. Juli, blickten die Wachmänner auf den Boden, als ich die Bagis betrat, und ich erhielt mein Geld binnen weniger Minuten. Die routiniert vorgetragene Begründung meiner Sachbearbeiterin lautete, bei der Regelsatzanpassung um acht Euro in diesem Monat habe „die Software“ in einigen Fällen die Zahlung nicht wieder angewiesen. So bleibt festzuhalten, dass die Argen auch im Jahr vor ihrer absehbaren Auflösung die Erfüllung ihres gesetzlichen Grundsicherungsauftrags nicht garantieren können – und dass die Bagis nicht einmal gewillt ist, Notdienst zu leisten.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Mit Klappe auf dem rechten Auge: Piratenpartei
ohne Kompass unterwegs *(„Scharf links“)*

Am **Samstag**, dem **11. Juli 2009**, trifft sich um **18 Uhr** die „**Wählerinitiative Wolfgang Lange**“ im „Verein für gleiche Rechte“ in der Hansastraße (Baracke links nahe Zolltor „Roter Sand“) in **Bremerhaven**-Lehe. Von Bremen aus wollen wir mit Zug und Niedersachen-Ticket dorthin fahren. Treffpunkt ist um **16:15 Uhr** am Eingang zum Bremer **Hauptbahnhof** an der Blindentafel.

Sportler und Touristen zu militärischen Testzwecken benutzen?

Während der diesjährigen Kieler Woche gab es eine besonders heimtückische Variante zivil-militärischer Zusammenarbeit, woran erneut ein Bremer Rüstungsunternehmen zumindest indirekt beteiligt ist. Nein, nicht schon wieder die Lürssen-Werft, sondern diesmal die Firma Atlas Elektronik. Sie stellt für ein neuartiges mobiles Radarsystem, genannt Lexxwar (Longterm Experimental Setup For Asymmetrics Warfare), eine spezielle Software für die Lagebilddarstellung her. Es ist

übrigens ein ähnliches System wie für die neue Fregatte F125, und damit wären wir dann doch wieder bei Lürssen. Das jetzt während der Kieler Woche getestete Radarsystem ist Teil des Istra-Entwicklungsprogramms der Nato (Technology for Intelligence, Surveillance, Reconaissance and Target Acquisition of Terrorists,), für das Deutschland innerhalb des westlichen Kriegsbündnisses die Führung übernommen hat.

Die Kieler Woche sei für einen Radar-Belastungstest geeignet, weil „unzählige Wasser- und Luftfahrzeuge unterwegs“ seien, teilt die Kriegsmarine über die Benutzung von Sportlern und Touristen zu militärischen Testzwecken mit. Das mobile Radarsystem soll feindliche Kämpfer in Schlauch- und Speedbooten orten können und wird unter anderem zur Aufstandsbekämpfung benötigt. Die Testphase lief während der gesamten Kieler Woche täglich mehrere Stunden lang im sogenannten Normalbetrieb. Erfasst wurden Hunderte Luft- und Wasserfahrzeuge, darunter auch Sportsegler, die der Marine unfreiwillig als Versuchskaninchen dienten. Zu diesem Zweck wurden inmitten der zivilen Kieler-Woche-Schiffe zwei Speedboote und zwei Segelyachten der Marine platziert – als fiktive „Terroristen“-Fahrzeuge sozusagen, die auf diese Weise mithilfe des Militärradars „aufgespürt“ wurden. Niemand weiß, wie viele ahnungslose Wassersportler(innen) mit der Radarstrahlung eventuell gesundheitlich geschädigt wurden! Den Marinemilitärs scheint dies eh egal zu sein.

Die deutsche Kriegsmarine nutzt das Großevent nicht nur als Lexxwar-Testszenario mit Gratisstatisten, sondern auch zu PR-Zwecken. Zahlreiche Kriegsschiffe wie die Fregatte „Karlsruhe“ konnten besichtigt werden. Seit 2001 ist sie regelmäßig vor dem „Horn von Afrika“ oder vor der Küste des Libanon im Einsatz. Die Stadt Karlsruhe ist „Patenstadt“ des Kriegsschiffs, auf dem ein Karlsruher „Freundeskreis“ unter anderem Kinderfreizeiten organisiert!

Eine Neuerung der diesjährigen Marine-PR war die Erprobung eines „Sonderfeldpostamts“ auf dem Kieler Marinestützpunkt. Diese zuvor in Rostock-Warnemünde erprobte Maßnahme dient dazu, „die Beziehung zwischen den Militärs in den Operationsgebieten und der Zivilbevölkerung zu intensivieren.“ Mehrere Tausend Kieler-Woche-Besucher hatten nach Militärangaben die Gelegenheit genutzt, um einen „spontanen Brief- oder Kartengruß an die Soldaten“ auf den Weg zu bringen. Die Kontaktpflege in die Kriegsgebiete, die im vergangenen Jahr mit 890.000 Briefsendungen und beinahe 220.000 Päckchen und Paketen das Niveau einer 60.000-Einwohner-Stadt erreicht hat, wird von der Bundeswehr als absolut notwendig erachtet. Feldpost, so heißt es, sei „Munition für die Moral der Truppe“. Es ist nicht frauenfeindlich gemeint, wenn mir dazu – auch im Hinblick auf den Auftritt der „Bremer Musical Company“ im letzten Jahr vor der Bun-

deswehr in Afghanistan – der Satz einfällt: „Reichs-Kontaktpflegerin Lilli Marleen lässt herzlich grüßen!“

Hätten wir keine Soldaten im weltweiten Kriegseinsatz, dann brauchten wir den ganzen teuren Quatsch nicht! Wir brauchten weder „Sonderfeldpostämter“ noch spezielle „Truppenbetreuung“ mit Tanzgruppen und Gesang wie einst in faschistischen Weltkriegszeiten. Schon gar nicht brauchten wir solche Militarismussymbole wie „Ehrenkreuze“ oder „Tapferkeitsmedaillen“, wie sie jetzt von Angela Merkel und Franz-Josef Jung an Bundeswehrsoldaten verliehen wurden. Tapferkeit ist nicht Courage, schrieb die „Tageszeitung“ am 7. Juli recht zutreffend und fährt fort: „Tapfer hätten nach einem humanen Verständnis des Wortes nur diejenigen Soldaten gehandelt, die sich der Tötungsmaschine durch Desertion entzogen. Die aber galt bis weit nach 1945 in der Öffentlichkeit als Feigheit und Verrat. Militärische Tapferkeit ist ein vergifteter Begriff. Tapferkeit im zivilen Bereich hingegen ist eine republikanische Tugend. Wir bezeichnen diese Tugend als Zivilcourage. Zivil mutig handelt auch, wer trotz überwältigenden Konformitätsdrucks auf seinen Ansichten und Prinzipien beharrt.“

Dies genau ist der Punkt! Die Verleihung von „Tapferkeitsmedaillen“ durch Merkel und Jung ist nur mit dem neuen deutschen Imperialismus zu erklären. Gleichwohl ist sie angesichts der faschistischen Vergangenheit ein ungeheuerlicher Skandal!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Sparen bei den Kranken?

Am Donnerstag, dem 25. Juni 2009, bekam ich Nachmittags einen Drehschwindel, als wäre ich aus einen Karussell ausgestiegen, und alles drehte sich im Kreise herum. Eine Freundin fuhr mich mit ihren Auto auf Anraten der Hausärztin zum Ohrenarzt. Der überwies mich an die Notaufnahme des Krankenhauses Sankt-Joseph- Stift ein. Auch dorthin wurde ich dank der freundlichen Hilfe gefahren. Als ehemalige Schülerin der Altenpflege war ich entsetzt darüber, wie in einem „christlichen“ Krankenhaus mit den Menschen und mir selbst umgegangen wurde.

In einer Publikation des „Berufsverbandes Altenpflege“ von März 1987 schreibt Langkau über den pflegerischen Alltag in der Nazizeit: „Niemals zuvor wurde in Deutschland von Seiten der staatlichen Gewalt die Würde der Menschen so eklatant verletzt wie in den Jahren zwischen 1933 und 1945. So ist unser hochsensibilisiertes Verhalten in Bezug auf die Achtung

der Würde zu verstehen. So müssten wir also heute der Würde einen hohen Stellenwert einordnen und streng darauf achten, dass diese niemals missbräuchlich verletzt wird.“

Sonntagmorgen erklärte mir Oberarzt Doktor Fleischer: „Auch wenn Sie kein Geld haben, keine Monatskarte und keine Lebensmittel im Kühlschrank, wäre das kein Grund, Sie länger im Krankenhaus zu behalten, also bis Montagmorgen. Würde ich Sie heute nicht entlassen, dann würde ich mich als Mediziner strafbar machen. Sie dürfen aber nicht mit dem Fahrrad fahren.“ Die Vorgehensweise von Oberarzt Fleischer legt Zeugnis von der Menschenverachtung ab, die sich in einem faschistoiden Wirtschaftssystem widerspiegelt: Im Neoliberalismus ist das humane soziales Handeln der Profitgier weniger zum Opfer gefallen. Menschen, die dringend Hilfe benötigen, erhalten diese nicht.

Die kapitalistische Gesellschaft wirft alle sozialen Belange über Bord. Wenige können sich auf Kosten der Mehrheit der Menschen bereichern. Die Krankenhäuser haben nur ein Interesse daran, zehn Tage voll zu bekommen, um abzukassieren. Wie es den Menschen nach den Krankenhausaufenthalt geht, interessiert nicht! Am Freitag, dem 3. Juli 2009, wurde mir von der Krankenschwester erklärt, dass ich mich an den Sozialdienst in Krankenhaus wenden könne, wenn ich eine Hilfe zum Einkaufen oder im Haushalt benötige. Als ich sagte, dass ich kein Geld dafür besitze, erklärte sie mir: „Dann erhalten Sie auch keine Hilfe zum Einkaufen“.

Hat das Krankenhaus einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr, um für sie Personal für Kriegseinsätze auszubilden? Die katholisch-päpstliche Kirche segnet den Krieg als heilig, obwohl dies gegen den Geist der Bergpredigt verstößt. Die zivilen sozialen Einrichtungen in Gesundheitsbereich haben massiv unter der Militarisierung zu leiden. Für die Mehrheit der Menschen verschlechtern sich die Hilfsmaßnahmen in sozialen und krankenpflegerischen Bereichen. Eine Jugendliche von 13 Jahren war in unsern Zimmer untergebracht. Statt für eine qualifizierte Betreuung durch Sozialarbeiter und Psychologen zu sorgen sowie Kinder- und Jugendbereiche einzurichten, wird Geld für die Bundeswehrausbildung verwendet, das dringend im sozialen Bereich fehlt.

Obwohl ich selbst gesundheitlich angeschlagen war, kümmerte ich mich um eine ältere Dame und die Jugendliche und war damit auch überfordert. Das Pflegepersonal hat immer mehr zu arbeiten und kann sich gar nicht um die Belange der Menschen kümmern. Es wird immer mehr beim fachlichen Personal Geld eingespart. Für die Entlassenen werden Menschen eingestellt, die Ein-Euro-Jobs machen und überhaupt nicht qualifiziert sind, um gut helfen zu können. Ulrike Meinhof erkannte zu Recht: Die Menschenwürde ist antastbar. Sorgen wir dafür, dass sie unantastbar wird, indem wir für eine Welt ohne kapitalistische Ökonomie kämpfen, im Geiste von Rosa Luxemburg!

Bettina Fenzel (parteilos)

Arbeitslose „beschnuppern“ beim Job-Speed-Dating?

1. Soll der wegen Untreue und Begünstigung verurteilte ehemalige VW-Vorstandschef Peter Hartz jetzt etwa auf Kosten der Erwerbslosen resozialisiert werden? Unter dem Deckmäntelchen des verkannten Gutmenschentums möchte er nun Langzeiterwerbslosen helfen, sich durch die Weiterentwicklung der **Ich-AGs**, die nun verniedlichend „Minipreneure“ (von Französisch *entrepreneur*, „Unternehmer“) genannt werden sollen, selbstständig zu machen. Gemäß neuer Erkenntnisse aus der Hirnforschung soll ein „lokales Netzwerk“ aus Berufstätigen und Langzeitarbeitslosen geschaffen werden. Hierfür werden Erwerbslose benötigt, die von einem gestandenen Handwerksmeister dazu angeleitet werden sollen, ihre „latente Passivität“ zu überwinden. In meinen Ohren klingt hier wieder die herablassende Art durch, die immer davon ausgeht, Erwerbslose müssten nur genügend „an sich arbeiten“, um persönliche Defizite ausgleichen, und schon hätten sie wieder Arbeit. In diesem Fall gelte es nun also, „Passivität“ zu überwinden.

Scheinbar benötigen Hartz und Konsorten nur neue Überschriften und die besagte Hirnforschung, um auszusagen, dass die Teilnehmer miteinander kommunizieren sollen: Aus einem Dialog wird ein Polylog, wobei ein „fundamental kokreativer Prozess“ stattfinde. Offenbar wird sich an die Entwicklung des kindlichen Selbstbildungsprozesses angelehnt, weil Kinder sich auch nicht ohne die Zuwendung von Erwachsenen bilden: Es kann kein Wissen in sie hineingeschüttet werden wie in den Nürnberger Trichter. Manche sprechen lieber von Ko-Konstruktion, wobei es hier nur auf den Blickwinkel ankommt, ob nun der Eigenaktivität des Kindes oder dem Anteil der erwachsenen Fachkräfte mehr Bedeutung beigemessen werden soll. Hartz und Konsorten befinden augenscheinlich, dass Erwerbslose als lernende Kinder begriffen werden müssen, die lediglich einer vernünftigen Anleitung bedürfen, und dann wird es schon. Fragen waren bei der entsprechenden Veranstaltung in Ansbach nicht gestattet, sarkastische Zurufer wurden als Claqueure diffamiert und aus der Halle geleitet. Selbst in der CSU werden kritische Fragen zum Hartz-Comeback formuliert. Der Deutsche Gewerkschaftsbund geht da weiter und kritisiert, dass mit Peter Hartz in Franken „der Brandstifter zur Feuerwehr“ gemacht werden solle. Das sei „geschmacklos“. Ja – und das ist fast noch geschmeichelt!

„Bremer Tafel“ - Zweigstelle Gröpelingen

Seit Nov. 2001 ist die Bremer Tafel Gröpelingen am Schwarzen Weg 92
(ehemaliges Tirpitz-Kasernengelände, Haupteingang, zweites Gebäude)

Lebensmittelausgaben:

Montag, **Mittwoch** und **Freitag** ab 15 Uhr

und **Dienstag** sowie Donnerstag ab 14 Uhr
mit jeweils verschiedenen Ausweisen

Die Lebensmittel aus Spenden verschiedener Lebensmittelmärkte haben hin und wieder ein abgelaufenes Datum und werden nach Haltbarkeit vom Team der Tafel vorsortiert. Die Sorge wegen „schlechter“ Lebensmittel ist allerdings unbegründet!

Empfänger von Arbeitslosengeld II müssen beim ersten Besuch einen aktuellen Bewilligungsbescheid vorlegen.
Die Bremer Tafel stellt darauf hin einen Ausweis aus, der zu jeder Lebensmittelausgabe vorzulegen ist.
Einmal pro Woche besteht die Möglichkeit, Lebensmittel abzuholen. Die Menge der Lebensmittel richtet sich nach der Anzahl der Personen in der Bedarfsgemeinschaft.

Hilfeempfänger, die noch ***keinen Ausweis*** der Bremer Tafel besitzen, werden gebeten,

Montag, Mittwoch oder Freitag erst ab 16.30 Uhr bzw.
Dienstag oder Donnerstag erst ab 15.30 Uhr

vorzusprechen.
Dies hat organisatorische Gründe und vermeidet unnötige Wartezeiten.

Pro Lebensmittel-Ausgabe ist 1€ zu entrichten!

2. Bei der Bagis West am Schiffbauerweg liegen Flugblätter der Bremer „Tafel“ aus, wo nicht nur die Zeiten und Bedingungen für die Lebensmittelausgabe beschrieben werden, sondern dort ist auch wörtlich zu lesen, dass Lebensmittel aus Spenden verschiedener Lebensmittelmärkte hin und wieder ein abgelaufenes Datum hätten. Sie würden nach Haltbarkeit vom Team vorsortiert, die Sorge wegen „schlechter“ Lebensmittel sei unbegründet. Wird hier ganz offen und ungeniert dokumentiert und verharmlost, dass durchaus auch Lebensmittel mit abgelaufenem **Haltbarkeitsdatum** für einen Euro vergeben werden? Nach meinem Wissen müssen in normalen Discountern für „arbeitsmarkttechnisch nicht-überflüssige“ Mitmenschen Lebensmittel aus dem Verkehr gezogen werden, wenn sie das Haltbarkeitsdatum überschritten haben.

Wer trägt die Folgen eventueller Magenverstimmungen oder Vergiftungen? Wenn Gammelfleisch einen neuen Produzenten hat, nämlich die Bremer „Tafel“, dann prost Mahlzeit! Das Geschäftsinhaber spart sich das Geld für eine ordnungsgemäße Entsorgung und darf außerdem hin und wieder in der Zeitung als viel gepriesener Wohltäter im Dienste der Allgemeinheit seinen Namen lesen. Gut, dass es die „Tafeln“ gibt! Wo sonst sollte dieser „Müll“ entsorgt werden, und dazu noch kostenpflichtig? Da ist es doch weitaus umwelt- und geldbeutelschonender, die abgelaufenen Lebensmittel durch „Hartzis“ verzehren zu lassen, als der Gefahr wachsender Müllberge und vermeidbarer Unkosten ins Auge sehen zu müssen. Mich stört die menschenverachtende Haltung, auch wenn ich weiß, dass nicht alles gleich verdorben ist, was die Haltbarkeitsgrenze überschritten hat.

3. Die niedersächsische Landesbischöfin Margot Käßmann beklagt die gravierenden Folgen von Armut für Kinder. In der Schule erzähle bereits jedes dritte Kind, dass es gehänselt wird, wenn es bei Klamotten, Handy, Computer und Freizeitaktivitäten nicht mithalten könne. Sie zieht zwar eine positive Bilanz der vor einem Jahr gestarteten Kircheninitiative „Zukunft(s)gestalten“, befindet aber die Dimension der Armut in Niedersachsen als untragbar. Inzwischen muss dort jedes sechste Kind unterhalb der Armutsgrenze vegetieren. Die Bischöfin weist auf die versteckte **Kinderarmut** hin, wenn Kinder ohne ordentlichen Ranzen zur Schule gehen müssen oder in den Ferien nur in der Wohnung hocken und Urlaubsreisen lediglich aus den Erzählungen ihrer Mitschüler kennen würden. Es ist ja schön, wenn die Kirche sich 2008 mit einer Million Euro an Projekten gegen die Kinderarmut beteiligte, aber gleichzeitig verdient sie auch weiterhin an der Armut durch die Beschäftigung der Eltern dieser armen Kinder als Ein-Euro-Jobber. Denn wo Kinder arm und ausgegrenzt sind, stehen vorher ihre Eltern, weil es zu wenig Jobs und keinen ausreichenden Mindestlohn gibt und die Transferleistungen bei Weitem nicht ausreichen!

4. Für 28.700 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene begann im Jahr 2007 die **Erziehung** in einem Heim oder in einer betreuten Wohnform. Laut dem Statistischen Bundesamt betraf es 17 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Als Gründe da-

für werden mit 43 Prozent eingeschränkte Erziehungskompetenz der Eltern, mit 35 Prozent Auffälligkeiten im Sozialverhalten und mit 22 Prozent Gefährdung des Kindeswohls oder die unzureichende Förderung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen angegeben. Während Jungen und Mädchen beinahe gleich häufig von eingeschränkter Erziehungskompetenz betroffen waren, wurden Auffälligkeiten im sozialen Verhalten bei Jungen und jungen Männern zu 40 Prozent als Grund genannt, bei Mädchen und jungen Frauen zu 30 Prozent. Es verwundert nicht, wenn dann bei den Jungen mit 27 Prozent häufiger schulische Probleme zu einer Aufnahme ins Heim führten als mit 19 Prozent bei den Mädchen.

Hier werden leider nur nackte Zahlen genannt und keine Ursachenforschung betrieben. Sind tatsächlich immer mehr Eltern nur eingeschränkt ihrer Erziehungsaufgabe gewachsen, oder schauen die Behörden nur genauer hin? Müssen sich die wachsende Armut, die zunehmende Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt, die beengten Wohnverhältnisse, die menschenverachtende Behandlung von Seiten der Argen oder die Segregation nicht zwangsweise negativ auf die gesamte Lebenssituation finanziell Benachteiligter ausweiten? Leider wird nicht jeder mit der gleichen Portion Resilienz ausgestattet, die dabei hilft, solch ausgesprochen schwierige Lebenssituationen zu überstehen.

5. Deutschland droht wieder Massenarbeitslosigkeit. Im Juni ist die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt gestiegen. In seiner Not, die Statistiken vor der Bundestagswahl so gut wie möglich aussehen zu lassen, setzt der Staat auf private Vermittler. Bisher taugten die wenig und deswegen sollen jetzt neue Besen fegen dürfen wie zum Beispiel Speed-Dating für Jobsuchende. So lud der private **Arbeitsvermittler** Hans-Joachim Elsner rund 30 Männer und Frauen ein, die alle über 50 Jahre sind und deswegen als schwer vermittelbar gelten, zu einem „Job-Speed-Dating“ ein, bei dem sich Bewerber und Personalchefs in zehn bis 15 Minuten „beschnuppern“ können. Dafür mietet er einen Festsaal und verspricht Catering, Musik und Promis zur Auflockerung. Die Idee für die Kuppelshow kommt aus England: In Manchester wird das „Speed-Dating“ seit vergangenem Oktober als Arbeitsvermittlungsmaßnahme erprobt. Von 350 Teilnehmern sind beim vorigen Mal 80 mit einem Arbeitsvertrag nach Hause gegangen. Die geladenen Erwerbslosen waren Möbelverkäufer, Werbefachfrauen, Einkaufsleiter, Altenpflegerinnen oder Chefsekretärinnen, von denen viele im vergangenen Jahr kein persönliches Vorstellungsgespräch bei einem Unternehmen hatten.

Erstaunlicherweise soll es hier ausnahmsweise mal um echte Jobs, also tatsächlich sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen gehen. Bisher konnte Herr Elsner 40 Unternehmen gewinnen und will es auf 100 bringen, die dann auf 650 Erwerbslose treffen sollen. Es ist ein ungewöhnliches Experiment für alle: die Erwerbslosen, die Arge München und den privaten Arbeitsvermittler A4e, dessen Deutschlandchef Elsner ist. A4e steht für „Action for employment“ und hat in Manchester das Massendating für Erwerbslose erfunden. Dass private Arbeitsvermittlung in Deutschland neuerdings wieder angesagt ist, hat bestimmt mit der Tatsa-

che zu tun, dass die privat „betreuten“ Erwerbslosen nicht mehr zu denen mitgezählt werden müssen, die bei der Arbeitsagentur gemeldet sind. Im April 2009 waren rund 200.000 Arbeitslose bei kommerziellen Anbietern untergebracht, doppelt so viele wie im Vorjahresmonat. Da die Wahlen immer näher rücken, scheint Hektik geflissentlich zur Ausrüstung für die Zurschaustellung euphemistischer Statistiken zu gehören.

6. Potzblitz, nun will die Bundesagentur für Arbeit dafür sorgen, dass das Image von ALG-II-Beziehern besser wird! Dabei sind doch die Hartz-IV-Vorurteile natürlich alle handverlesen selbstgezüchtet, um den Erwerbslosen das Gefühl von eigener „Schuld“ an diesem Zustand zu geben und nicht auf die Unmöglichkeit einer Vollbeschäftigung für alle bei einer 40-Stunden-Woche zu verweisen. Dem zum Trotz soll mit der Informationskampagne „Hilfreiche Hände“ dafür gesorgt werden, die Vorurteile zu beseitigen, wobei besonders die Handwerksunternehmen angesprochen werden sollen. 1,5 Millionen Euro wird diese Kampagne kosten, die bei den Arbeitgebern **Vorurteile** gegenüber den Erwerbslosen abgebauen sollen. Unter dem Titel „Zehn gute Gründe, ‚Hartz-IV‘-Empfänger einzustellen“ sollen Plakate, Diskussionen und Informationen zu Fördermöglichkeiten das Image von jobsuchenden Hartz-IV-Beziehern verbessern.

Das Handwerk leide unter Fachkräftemangel, und dies lasse sich zum Teil durch die Einstellung von ALG-II-Beziehern beheben. Arbeitsagenturchef Heinrich Alt wies darauf hin, dass Handwerk und Sozialpflege mit insgesamt rund 130.000 gemeldeten Stellen trotz angespannter Konjunkturlage Branchen mit wachsenden Arbeitsplatzzahlen seien. Er behauptete, nur 200.000 der ALG-II-Bezieher besäßen handwerkliche Berufsqualifikationen, nur 80.000 kämen aus Gesundheits- und Sozialberufen. Diese sollten „zurück ins Boot geholt“ werden. Wenn das so einfach mit anständig bezahlten Stellen gewünscht wäre, hätte es doch schon lange gemacht werden können! Es muss schon ein bisschen mehr getan werden, als das Land durchzuplakatieren. Überschriften und hehre Ziele reichen nicht aus, wenn denn wirklich daran gelegen sein sollte!

7. Wie ernst es gemeint ist, das Ansehen von ALG-II-Beziehern aufzubessern, stellte letzte Woche der Berliner FDP-Spitzenkandidat Martin Lindner unter Beweis: Er forderte, dass der **ALG-II-Regelsatz** um bis zu 30 Prozent gekürzt werde, weil nach seiner vollkommen aus der Luft gegriffenen Unterstellung extrem viele Menschen schlichtweg keine Lust hätten zu arbeiten. Die Bezieher staatlicher Sozialleistungen sollten außerdem zu bezahlter gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden. Lindner versteifte sich auf die Vorstellung, die soziale Sicherung könne so überdreht werden, dass die Leute keine Lust mehr hätten zu arbeiten, weil sie genau so gut oder besser dastehen, wenn sie Hartz IV kassieren, als wenn sie bestimmte Berufe im Dienstleistungsgewerbe ausüben. Dass so viele Menschen immer von sich auf andere projizieren! Andererseits müssen die geplanten Steuersenkungen für die eigene Klientel ja gegenfinanziert werden.

Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ forderte, die Erwerbslosen sollten nun wirklich die Berliner FDP-Dummschwätzer zum Teufel jagen, wenn diese völlige soziale Inkompetenz und menschenverachtende Gesinnung zum Hauptthema öffentlicher Wahlveranstaltungen machen. Die FDP beweist, dass sie Arme nicht ernst nimmt, wenn erst letzten Dezember ihr Berliner Fraktionsvize Henner Schmidt den Vorschlag machte, arme Berliner könnten sich etwas Geld dazuverdienen und Ratten fangen. Die Berliner FDP scheint eine Ansammlung einer besonderen Spezies von Politikern zu sein, deren Hauptaufgabe die Diffamierung von sozial Benachteiligten ist! Dabei scheint kein noch so dummes Argument tabu zu sein. Der Sprecher des „Erwerbslosenforums“, Martin Behrsing, fordert, dass Berliner FDP-Leute erst mal sechs bis acht Monate von Hartz-IV-Bezügen und mit Behördenzwängen leben, bevor sie auf Mitmenschen losgelassen werden.

Wahrscheinlich bliebe dann kein Politiker mehr übrig. Wenn Bundesfinanzminister Peer Steinbrück Vermögende demnächst ohne Vorankündigung von Finanzbeamten auf Steuerhinterziehung überprüfen will, kreischt es aus der FDP sehr laut, das gehe nun aber zu weit, weil es einem Generalverdacht gleichkomme, alle Vermögenden seien Steuerbetrüger. Aber im Gegenzug allen ALG-II-Beziehern pauschal Arbeitsscheu, Faulheit und Betrug zu unterstellen, ist völlig okay! Da kann ich mich nur wiederholen, dass mensch nicht immer von sich auf andere projizieren sollte. Aber selbst wenn das Gehetze einmal ernst genommen würde, schadete der Vorschlag des FDP-Spitzenkandidaten der Wirtschaft. Werden wirklich Hunderttausende Jobs allein in Berlin für Langzeiterwerbslose geschaffen, dann gehen dadurch Aufträge für die Privatwirtschaft verloren. Diese ganzen sinnvollen Jobs gibt es doch gar nicht! Dadurch stiege nur die Gefahr an, dass nun von Erwerbslosen Arbeit übernommen werden müsste, die bislang ordentlich bezahlt wurde und jetzt zu Dumping-Lohn-Arbeit mutieren soll!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Zweckoptimismus vor der Bundestagswahl: Nach der Finanzmarktkrise kommt die Staatsschuldenkrise *(„Spiegel-Online“)*

Kein Datenschutz: Hartz-IV-Betroffene müssen im Bagis-Wartebereich persönliche Fragen vor ungezählten Zeugen beantworten *(„Weser-Kurier“)*

Ehemalige Beitragszahler übervorteilt: Bundesagentur-Vize Alt fordert Rückkehr zur Arbeitslosenhilfe *(„Die Welt“)*

Die **Bremer Montagsdemo** feiert ihr diesjähriges **Sommerfest** am **Samstag**, dem **8. August 2009**, in den **Neustadtswallanlagen**.

Arbeitsunwillig, Herr Lindner?

Nach der Äußerung des Berliner FDP-Spitzenkandidaten Martin Lindner – der meinte, den sogenannten Hartz-IV-Regelsatz (die Regelleistung nach § 20 SGB II) um bis zu 30 Prozent kürzen zu müssen, weil „extrem viele Menschen, die gesund und arbeitsfähig wären, aber keine Lust hätten“ – wird es Zeit, über die Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und Lust der Abgeordneten zu reden. Hätte Herr Lindner die entsprechende Arbeitsfähigkeit und Lust gehabt, die seitens der Regierung gefälschten Arbeitslosenstatistiken mit den tatsächlichen Arbeitslosenzahlen zu vergleichen, dann hätte er sicherlich festgestellt, dass weder Arbeitsfähigkeit noch Lust noch Gesundheit die fehlenden Arbeitsplätze herbeizaubern können. Bei derartiger Unlust zur Arbeitswilligkeit des Herrn Lindner stellt sich die Frage, ob er nicht mit einer Diätensenkung von 90 Prozent sanktioniert gehört! Doch Spaß beiseite: Wer derartige Vorschläge unterbreitet, ist wohl eher gesundheitlich angeschlagen. Ein Soziopath wie Herr Lindner bedarf medizinischer Betreuung.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Heuern und Feuern, das ist die Devise!

Nachdem ich 16 Monate als Drucker in einem Kleinbetrieb gearbeitet habe, erhielt ich letzte Woche – während meiner Krankmeldung – die Kündigung. Vor sechs Wochen hatte ich mir einen Bandscheibenvorfall am Arbeitsplatz zugezogen. Nach der Diagnose aufgrund einer Kernspintomographie war klar, dass ich die Wirbelsäule nicht belasten durfte und arbeitsunfähig war. Aber mein Chef wollte die Zeit meiner Genesung nicht bezahlen und kein Risiko in Bezug auf meine weitere Einsatzfähigkeit tragen. Kranke Kollegen sind nur Kostenfaktoren, deshalb geht es Ruckzuck mit

Entlassungen. Zuvor hatte der Chef ein Jahr lang den 40-prozentigen Lohnzuschuss aus dem Programm „Über 50“ einkassiert. Nachdem diese Förderung ausgelaufen war, war ich ihm sowieso „zu teuer“.

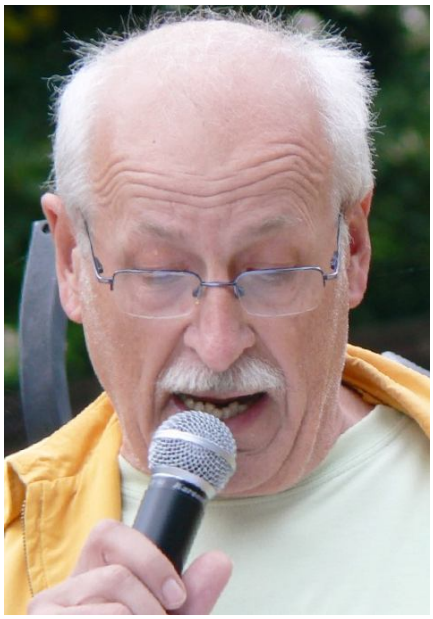
Heuern und Feuern – diese kapitalistische Logik ist überall gang und gäbe. Menschen, die lebenslang schwere körperliche Arbeit leisten und ihre Gesundheit ruinieren, werden einfach auf die Straße geworfen, wenn sie nicht mehr optimal ausgebeutet werden können. Ich habe sofort versucht, eine Kündigungsschutzklage einzureichen. Aber damit habe ich keine Chance, weil es keinen Kündigungsschutz für Kleinbetriebe unter zehn Beschäftigten mehr gibt. Die Große Koalition aus SPD und CDU hat 2007 die rechtlichen Möglichkeiten massiv eingeschränkt. Damals wurde von der Bundesregierung der Schlüssel von fünf auf zehn Beschäftigte erhöht und damit Hunderttausenden Kolleginnen und Kollegen der Kündigungsschutz geraubt. Unsere Montagsdemo sollte deshalb nicht nur Widerstand gegen den Sozialabbau leisten, sondern auch für politische Rechte und Freiheiten kämpfen! Die Erfahrung mit meiner Kündigung hat mich darin bestärkt, für eine andere, lebenswerte Gesellschaft einzutreten. Erst im echten Sozialismus werden die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Menschen und das solidarische Zusammenleben im Mittelpunkt stehen und nicht mehr die Profitmacherei auf unserem Rücken.

Harald Braun

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

238. Bremer Montagsdemo am 13. 07. 2009

Kein Wunder, dass nichts mehr richtig klappt



1. Die Regierung ist in Not: Was für ein Wahlthema nehmen wir bloß? Da wäre der Atomausstieg, das geht immer. Oder doch lieber die Rente? Wie bemerkte doch neulich ein Politiker: 20 Millionen Rentner sind 20 Millionen Wähler. Seid ihr auch schon dahintergekommen? Das haben wir schon vor Jahren hier auf der Montagsdemo gesagt, aber manche brauchen halt etwas länger, ehe sie es begreifen. Doch zum Kotzen finde ich, dass schon wieder versucht wird, Alt gegen Jung auszuspielen. Dafür kommt das Thema Rente sehr gelegen. Liebe Rentner, seid euch eurer Macht endlich bewusst und zeigt denen, die euch schaden, bei der nächsten Wahl die kalte Schulter! Geht bitte alle hin und wählt sie ab! Allerdings müsst ihr euch auch im darüber Klaren sein, dass die anderen, die ihr wählt, vielleicht auch nur ihr eigenes Wohlbefinden im Auge haben.

Es ist richtig, dass es der heutigen Rentnergeneration insgesamt und bis auf die berüchtigten Ausnahmen ganz gut geht. In unserem Rentensystem muss das Rentenaufkommen von den gegenwärtigen und zukünftigen Erwerbstätigen aufgebracht werden, was wegen der demografischen Entwicklung schwieriger wird. Aber es ist gelogen, dass die Jungen dafür zur Kasse gebeten werden müssen. Schließlich werden die Renten immer mehr besteuert, und es gibt auch eine nachgelagerte Besteuerung bei Lebensversicherungen. Die Rentner werden irgendwann die Freigrenzen überschreiten und dann durch die Besteuerung fast keine Erhöhung mehr erfahren. Dazu kommen die Zinsabschlagsteuer und die Riesterabzocke. Die betriebliche Altervorsorge wurde verbessert und kann überallhin mitgenommen werden, außerdem gibt es betriebliche Gewinnbeteiligung. Das sind mehrere Punkte der Ersparnis und Einnahme und auch ein Beleg dafür, dass es eigentlich gar nicht so schlecht für die Rente aussieht. Jedenfalls besteht kein Grund zur Panik. Das heißt aber nicht, dass man alles schluren lassen darf.

Liebe Rentner, tut euch selbst den Gefallen und geht zur Wahl, und ihr werdet auch der Jugend einen Gefallen erweisen, denn wenn eure Rente in Zukunft sicher ist, wird sie auch für die kommenden Generationen sicher sein. Den Jugendlichen kann ich nur raten, nicht auf das Spiel unserer Politiker hereinzufallen, denn was in unserem Staate längst nicht mehr stimmt, das sind noch ganz andere Probleme als die mit der Rente, wie ihr auf unserer Homepage nachlesen könnt, zum Beispiel die jetzt so stark anwachsenden Staatsschulden. Die wird in Zukunft die Inflation auffressen. Es kommen paradiesische Zeiten für Schuldner! Na, dann auf zur nächsten Wahl.

2. Ach, wenn man euch von der Regierung doch endlich mal wieder glauben könnte! Aber genau das ist das Problem, darum haben wir Bürger gelinde gesagt auch die Schnauze voll. Was ist denn eigentlich so schlimm daran, dass wir einen **Mindestlohn** einführen? Den gibt es doch schon längst um uns herum in fast ganz Europa, aber bei uns muss sich der Bürger erst dafür abstrampeln. Radfahren soll ja gesund sein! Natürlich bin ich schon lange für den Mindestlohn, und er wäre auch finanzierbar. Man muss ihn gerecht machen, und alle hätten etwas davon. Doch ich glaube, dass wir zurzeit Politiker haben, die das nicht erkennen, darum möchte ich ihnen mal wieder ein bisschen Schützenhilfe geben. Mir geht es um meine Mitmenschen und nicht um Macht!

Der Mindestlohn für alle müsste so hoch sein, dass man damit auch würdig leben könnte. Das hat den Vorteil, dass dann kaum noch jemand auf staatliche Transferleistungen angewiesen wäre. Wenn ein kleiner Betrieb in Schwierigkeiten käme, den Mindestlohn zu zahlen, müsste man ihm steuerlich entgegenkommen, schließlich schafft er Arbeitsplätze. Das geschieht besonders im Mittelstand und bei kleinen Handwerksbetrieben. Mit der Einführung des Mindestlohns würden wir nur das tun, was im vereinigten Europa alle um uns machen. Die Menschen hätten dann wieder eine Zukunftsperspektive. Wir könnten endlich mal stolz auf uns sein, denn es brauchte keiner mehr unter Hartz IV zu leiden! Das würde sich auch später aufs Wahlverhalten auswirken. Im Grund genommen ist es eine einzige Augenwischerei mit dem Widerstand gegen Mindestlohn, denn den haben schon längst, nur dass ihn die Bürger bezahlen und nicht der Arbeitgeber – das Ganze heißt Hartz IV.

Verheerend daran ist die verdammte Bettelei und ungerechte Behandlung durch die Behörden, die man zum Wohle der Gemeinschaft besser einsetzen könnte, damit wir dort guten Service und keinen Hindernislauf erleben. So könnten wir mehr Zufriedenheit schaffen, unsere Köpfe freimachen, neue Ideen entwickeln und den Wohlstand für alle mehren. Wer schürt nun wieder Ängste, dass hier dann Arbeitsplätze abwandern? Warum sollten nicht auch Firmen aus dem Ausland bei uns investieren und Arbeitsplätze schaffen, wo es eine gut funktionierende Demokratie, sozialen Frieden und noch viele andere Vorteile mehr gibt? Aber wenn man die Löhne immer weiter drückt, wird auch niemand kaufen und schon gar nicht investieren. Nee, was man euch alles sagen muss! Da kann ich

als ehemaliger Volksschüler nur noch den Kopf schütteln. Euch müssen wir das Wohl unseres Volkes anvertrauen? Kein Wunder, dass nichts mehr richtig klappt und dass sich die Wohlhabenden immer mehr aus der Gemeinschaft ausklinken.

Udo Riedel (parteilos)

Die kriminelle Energie hinter wohlwollenden Integrationsmaßnahmen

1. Die anhaltende Diskussion darüber, ob wir nun zunehmend mehr oder aber immer weniger Arbeitnehmer im **Niedriglohnbereich** haben, scheint eine einzige Mogelpackung zu sein. Die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor ist 2007 um 350.000 Personen gestiegen. In Deutschland ist das Lohnspektrum in einem Ausmaß nach unten ausgefranst, das in anderen Ländern aufgrund von Mindestlöhnen nicht möglich wäre. Die *Spezialdemokraten* und die Gewerkschaften tapern Hand in Hand und maulen, dass so viele Arbeitnehmer trotz Erwerbsarbeit dennoch am Tropf von ergänzenden Sozialleistungen hängen bleiben müssen. Immer wieder vergessen sie, dass dies mit den Hartz-Gesetzen, die sie selbst verbockt haben, also durch staatlich verordnete Armut, doch genau bezweckt wurde.

Erstaunlicherweise verzeichnet die Bundesagentur für Arbeit nun ausgerechnet in Krisenzeiten eine verblüffende Trendwende in der Statistik über diese Aufstocker: Die Zahl der Erwerbstätigen, die ergänzend ALG II beziehen, geht neuerdings kräftig zurück. Entsprechend der bisher üblichen Interpretation wäre das ein deutlicher Beleg, dass das Ausmaß sogenannter prekärer Beschäftigung sinkt. Die Betonung liegt auf dem Wörtchen „wäre“. Die Bundesregierung hat letzten Herbst großzügigere Regelungen für den sogenannten Kinderzuschlag in Kraft gesetzt. Diese Sozialleistung von bis zu 140 Euro monatlich pro Kind zielt auf Geringverdiener, die ohne ihre Kinder gerade noch genug Einkommen hätten, um nicht unter die Bedarfsgrenzen des ALG II zu fallen. Damit diese Familien nicht allein wegen ihrer Kinder Hartz IV beantragen müssen, wurde bereits 2005 der separate Zuschlag ins Kindergeldgesetz eingefügt, was nun die Aufstocker-Statistik entlastet. Seit Oktober 2008 gelten dafür neue, niedrigere Einkommensschwellen, weshalb mehr Geringverdiener den Zuschlag nutzen können.

Verstärkt wird der Effekt durch eine Anhebung des Wohngelds im vergangenen Jahr. Auch diese Hilfe für Erwerbstätige läuft außerhalb des Hartz-IV- Sys-

tems, steht aber zugleich teilweise in Konkurrenz zu dessen Leistungen. Toll, die ehemaligen Aufstocker beziehen dann vielleicht kein zusätzliches ALG II mehr, bleiben zwar auf gleicher Stufe arm und ausgegrenzt, fallen jedoch aus der Statistik heraus und müssen neben Erwerbsarbeit und Elternschaft noch ein weiteres Amt abklappern, neben dem für das Wohngeld! Als ob der Kinderzuschlag keine Transferleistung wäre. Den ausgegrenzten Erwerbstätigen ist es doch piepegal, von woher sie zu wenig Geld bekommen, und ob es ALG II oder Kinderzuschlag genannt wird! Aber schließlich drängt die Zeit, und bis zu den Wahlen sollen die hoch gelobten „Als-ob-Zahlen“ der angeblich gesunkenen Erwerbslosigkeit im Niedriglohnbereich in euphemistischem Rosa erstrahlen. Ob vor dem 27. September noch ein angemessener Mindestlohn versprochen wird, der hernach dann aber doch nicht kommt?

2. Die „Arbeitnehmerkammer Bremen“ fordert vom Gesetzgeber schärfere Bestimmungen zur **Leiharbeit**. Der Kammergeschäftsführer Ingo Schierenbeck bemängelt, dass einem Großteil der Zeitarbeitskräfte die normalen Arbeitnehmerrechte vorenthalten werde. Leiharbeiter sind ganz eindeutig Arbeitnehmer zweiter Klasse. Skandalöserweise stieg die Leiharbeit in Bremen und Bremerhaven seit 2003 um mehr als das Doppelte an. Aus der Statistik geht hervor, dass lediglich zehn bis 15 Prozent der Zeitarbeiter überhaupt Aussicht darauf haben, später in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen zu werden. Weil sich nach Erkenntnissen der „Arbeitnehmerkammer“ in der Leiharbeitsbranche noch immer sehr viele „schwarze Schafe“ tummeln, ist Zeitarbeit leider kein Sprungbrett in eine Festanstellung. Leiharbeiter verdienen im Durchschnitt ein Drittel weniger als das Stammpersonal und dürfen nicht mal darauf hoffen, den kargen Lohn regelmäßig, pünktlich und vollständig zu erhalten. Leiharbeit müsste in meinen Augen verboten oder mindestens drastisch beschnitten werden! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gestern hörte ich im „Nordwestradio“, dass der Bedarf an Leiharbeitern steigen würde. Klar, da kann noch mehr abgezockt werden!

3. In den letzten Monaten wurde immer wieder darüber berichtet, dass **Ein-Euro-Jobs** praktisch sinnlos sind und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verdrängen. Also werden Langzeiterwerbslose in der Regel „ausgeschlachtet“, erpresst und betrogen. Hinter den ausführenden Trägern der „wohlwollenden Integrationsmaßnahmen“ steckt offenbar eine kriminelle Energie, mit der sich durch pseudosoziale Maßnahmen auf dem Rücken der Erwerbslosen eine platinveredelte Nase verdienen lässt! Da werden Menschen erpresst, vor einer Fortbildungsmaßnahme (zum Beispiel Führerschein oder Weiterbildung) oder einer Ausbildung (in den eigenen Betrieben) erst einen sechsmonatigen Ein-Euro-Job zu machen, weil das Gesetz es so vorschreibe. Manch eine(r) arbeitet dort schon länger oder ist mit kleinen Unterbrechungen sogar seit fünf Jahren als Ein-Euro-Jobber(in) tätig!

Azubi-Anwärter(innen) „dürfen“ bis zu zehn Stunden pro Tag Kaffee und Kuchen servieren, um im Anschluss daran leider doch keine Ausbildung beginnen zu dürfen. Trotz Vorgabe der Arge, die Arbeitszeit auf 30 Stunden zu reduzieren, arbeiten Möbelschlepper 38,5 Stunden in der Woche. Alle Betriebe sind kommerziell ausgerichtet und erwirtschaften relativ hohe Gewinne angesichts der null Euro Lohnkosten beziehungsweise sogar noch etlichen Hundert Euro für die „Förderung“ pro Monat und Ein-Euro-Jobber. Wie viele Millionen an Subventionen dort wohl verbraten werden? Das Schlimme ist, dass sie bei den Erwerbslosen nicht ankommen, diese nicht weiterbringen, selten mal qualifizieren und dass wieder nur einzelne windige Geschäftsführer für sich und ihr undurchschaubares Firmengeflecht den Reibach machen. Für Bremen müsste sich auch mal jemand die Mühe machen und all die pseudosozialen Träger auflisten, wie es für Lüneburg getan wurde!

4. In der letzten Woche berichteten der „Weser-Kurier“ und auch mal die „Tageszeitung“ ziemlich häufig über die Bagis. Da beklagten Datenschützer zum Beispiel vollkommen zu Recht die fehlende Sensibilität der Beschäftigten, denn der **Datenschutz** in der Hartz-IV-Verwaltung Bagis ist löchrig wie ein Schweizer Käse. Da werden persönliche Fragen im Wartebereich und im Dienstraum vor unzähligen Zeugen erörtert. Die Datenschutzbeauftragte berichtet von sehr, sehr vielen Bürgerbeschwerden über die Bagis, die auch absolut berechtigt sind. Aus anderen Behörden werden dagegen weit weniger Fälle gemeldet. Obwohl der Bereich des Sozialrechts besonders sensibel ist, hat die Bagis seit ihrer Gründung Datenschutzprobleme. Die Hilfebezieher müssen alles offenbaren und detailliert belegen. Datenschutzberichte und aktuelle Briefe der Datenschutzbeauftragten dokumentieren eine ganze Reihe weiterer Verstöße. So fordern Bagis-Mitarbeiter ihre Kunden auf, Ärzte von ihrer Schweigepflicht zu entbinden. Andernfalls, so die Drohung, kämen sie ihrer gesetzlichen „Mitwirkungspflicht“ nicht nach.

Natürlich gibt das alles „überhaupt keinen Anlass zur Besorgnis“. Alle diese „Einzelfälle“ sind schlicht und ergreifend Bestandteil der menschenverachtenden Verfolgungsbetreuung und zwecks Erniedrigung, Beschämung und Verängstigung zur besseren Handhabung der finanziell armen Klientel politisch gewollt! So kurz vor der Wahl mimen die Parteien aller Couleur ihr heftigstes Mitgefühl und haben zwecks Stimmenfangs ihr Herz für die Persönlichkeitsrechte von Transferleistungsbeziehern entdeckt, die ihnen sonst am Ärmel vorbeigehen, oder die sich sonst so wunderbar dazu eignen, den Sündenbock abzugeben. Da fordern die Grünen Aufklärung, spricht die FDP von „systematischen Verstößen“. Von Seiten der SPD wird verlautbart, das Hauptproblem der Bagis liege in ihrer unklaren Zukunft. Da klingt es eher nach einem Tropfen auf den heißen Stein, wenn ab August 15 ausgebildete Verwaltungsfachkräfte die Bagis verstärken und ab Oktober 25 Bagis-Beschäftigte in einem zweijährigen Lehrgang für die Arbeitsvermittlung neben dem Berufsalltag weiterqualifiziert werden sollen. Na, dieser Anstoß wird denn auch ganz bestimmt zum Abbau der angeprangerten hohen

Personalfluktuation führen! Papier ist geduldig. Es soll zu einer deutlichen Verbesserung für die betroffenen Bürger führen und ein positives Signal darstellen.

5. Damit alle sich bald noch viel wohler fühlen dürfen, wenn sie zur Bagis gehen, sollen angehende Behördenmitarbeiter das Leben mit Hartz IV kennenlernen! Obwohl er so behandelt wird, soll der Bürger nicht als Bittsteller bei der Behörde gesehen werden. Die angehenden Verwaltungsfachangestellten haben jetzt einen „Seitenwechsel“ hinter sich. Einige sind dabei Obdachlosen, Ein-Euro-Jobbern und Behinderten erstmals näher gekommen. Natürlich sind soziale Kompetenz und Bürgerorientierung keine „Selbstgänger“, sondern müssen erworben werden. Wie leicht der Weg von Arbeitslosigkeit über Scheidung und Alkohol in die **Obdachlosigkeit** führen kann, dass Wohnungslose nicht automatisch gleichgültig und ungepflegt wirken und anderen Vorurteilen durften sich die Auszubildenden stellen. Auch dass Erwerbslose keine Ein-Euro-Jobs brauchen, um arbeiten zu können, und dass sie trotz ihres hohen Engagements keine Lohnfortzahlung bei Urlaub oder Krankheit bekommen, lernten sie dazu. Tolle Sache: Hier sollen also Vorurteile, die von den Medien und Politikern jahrelang fleißig geschürt wurden, abgebaut werden! Der Ansatz ist sicher nicht schlecht, aber ich bezweifle, dass es allein wirklich dabei hilft, auch nur im Ansatz zu verstehen, wie es sich anfühlt, mit ALG II vegetieren zu müssen.

6. Wie wirklich mit den vermeintlichen „Kunden“ der Bagis umgegangen wird, wurde durch Zeitungsberichte ans Tageslicht geholt. Ein 35-jähriger ALG-II-Bezieher wurde wegen räuberischer Erpressung angeklagt, weil er seine Bagis-Sachbearbeiterin bedroht habe. Dieser Vorwurf ließ sich vor Gericht zwar so nicht halten, sondern wurde zu einer versuchten Nötigung in drei Fällen, die mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je acht Euro geahndet wird. Der Angeklagte schilderte die **Auseinandersetzungen** mit seiner Sachbearbeiterin im Jahre 2007 so, dass sie ihn ständig unter Druck gesetzt habe, er solle sich eine Vollzeitstelle suchen, obwohl er damals rund 20 Stunden pro Woche auf 400-Euro-Basis bei einem Paketdienst arbeitete. Sein Chef habe ihm gesagt, daraus könne in einigen Monaten eine volle Stelle werden. Deshalb habe er nicht verstanden, warum er den Job aufgeben und sich einen anderen suchen sollte. Als er seine Sachbearbeiterin darum bat, einen Deutschkurs machen zu dürfen, steckte sie ihn stattdessen in einen Ein-Euro-Job, den er jedoch nicht antrat und deswegen mit einer 30-prozentigen Kürzung behaftet wurde. Dass das nicht einfach an ihm abprallte, sondern ihn emotional aufrüttelte, lässt sich vorstellen. Er soll der Bagis-Sachbearbeiterin Birgit W. Gewalt angedroht haben, falls sie die Kürzung seiner Sozialleistungen nicht zurückziehe.

Ein Sicherheitsmann der Bagis, der die Auseinandersetzungen zwischen Angeklagtem und Sachbearbeiterin zum Teil miterlebt hatte, sagte aus, beide seien „auf 300“ gewesen. Er glaube nicht, dass der Angeklagte ein gefährlicher Mensch sei. Dieser habe sie nur nicht verstanden und sich aufgeregt. Ich finde es natür-

lich nicht in Ordnung, seine Sachbearbeiterin oder überhaupt andere Menschen zu bedrohen, aber die Verhältnismäßigkeit wurde hier meiner Meinung nach nicht gewahrt! Das Vermittlungsproblem ist ja noch eingebettet in die sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten mit dem daraus resultierenden Potenzial an Missverständnissen. Der Angeklagte bittet um einen Sprachkurs, und die Sachberaterin bemerkt angebliche keine Verständigungsprobleme? Ja hallo, merkt diese Sachbearbeiterin denn überhaupt noch irgendetwas, wenn nicht auf das direkte Bitten eines Hilfebeziehers hin? Außerdem finde ich die Bestrafung vollkommen unangemessen und viel zu hoch! Warum wurde die Klage nicht abgewiesen? Offenbar wird hier mit zweierlei Maß gemessen, wenn Wutäußerungen, in Gesten oder in Worten, von Seiten des Angeklagten mit 90 Tagessätzen bestraft werden, aber die Kürzung des Existenzminimums um ein Drittel in seiner Bedrohlichkeit offenbar gar nicht zur Kenntnis genommen und demnach auch nicht verstanden wird! Oder muss ein Erwerbsloser sich anschreien lassen? Dabei ist es völlig egal, wer angefangen hat, denn am Ende sind *beide* laut geworden, aber nur *einer* wurde dafür zur Verantwortung gezogen, und genau das ist der springende Punkt!

7. Weil die Zahl der Arbeitslosen dieses Jahr noch kräftig ansteigen wird, will der Vorstand der Bundesagentur für Arbeit ein **Zweiklassensystem** bei Hartz IV einführen. Da zudem Wahlen vor der Tür stehen und selbst die Bundesregierung nicht nur auf die Euphemisierung der Arbeitslosenstatistik hoffen kann, soll wohl der absteigenden Mittelschicht in spe die Angst vor einem Absturz ins ALG II genommen werden. Da lassen sich doch jetzt „privilegierte“ und „faule“ Erwerbslose ganz wunderbar gegeneinander ausspielen! Die „Privilegierten“ haben über viele Jahre lang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt, während die „Faulen“ ihr Leben lang Transferleistungen kassierten. Angeblich betreut die Grundsicherung vor allem Unqualifizierte aus eher niedrigen Einkommensschichten. Herr Alt unterschlägt natürlich, dass sich unter den jetzigen ALG-II-Beziehern etliche Facharbeiter befinden, Personen die durch ihn und seine Bundesagentur ebenso wie durch die menschenverachtenden Hartz-Gesetze systematisch zu Hilfsarbeitern degradiert wurden.

Dieser Vorschlag des Herrn Alt wird zu einem erheblichen Gerechtigkeitsproblem führen: Wieso sollen die künftigen ALG-II-Bezieher einen besseren Status genießen als die, die bereits in diesem System gefangen sind und ebenfalls ihren Beitrag durch Arbeit geleistet haben? Solche „Versprechungen“ werden jetzt nur deshalb gemacht, um noch mehr zu spalten, und weil die Angst vor Unruhen wächst, wenn es langsam auch den meisten bisher Gutgläubigen dämmert, wie viele Menschen mit ihren Familien tatsächlich direkt und indirekt von Hartz IV betroffen sind oder sein werden. Alt sieht außerdem „Reformbedarf“ bei den Wohnkosten von ALG-II-Beziehern: Weil bisher alle Kosten bis zu einer Obergrenze übernommen würden, habe niemand etwas davon, eine billigere Wohnung zu beziehen. Mit einer festgelegten Wohnpauschale würde ein Anreiz geschaffen, billiger zu wohnen. Witz, komm raus! Der Gutmensch will, dass ALG-II-Bezieher „et-

was davon haben“, also Geld sparen. Leider hat dieser Witzbold nicht verraten, aus welchem Sack er die günstigen Wohnungen zaubern will, die es jetzt nicht mehr gibt! Deutlich lässt sich erkennen, dass wir mehr werden, wir Aufstocker und Erwerbslosen. Ab einer bestimmten „Masse“ an Erwerbslosen bekommen „die da oben“ Angst. Darum soll diese Masse gespalten werden!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“ sowie „Scharf links“

Zynismus: Zum Sparen und Statistikbereinigen wird Hartz-IV-Opfern suggeriert, ihre Arbeitslosigkeit liege an mangelnden Fähigkeiten *(„Junge Welt“)*

Der bedrückende Bagis-Alltag

In der vergangenen Woche machte die Bremer Arge unschöne Schlagzeilen mit dem Artikel „Einblicke in bedrückenden Bagis-Alltag“ des „Weser-Kuriers“ vom 9. Juli 2009 und dem Artikel „Mit ruhiger Hand zum Arbeitsamt“ der „Tageszeitung Bremen“ vom selben Tag. Danach wurde ein Hartz-IV-Betroffener vom Amtsgericht Bremen zu einer Geldstrafe verurteilt, der seine Bagis-Sachbearbeiterin wegen 30-prozentiger Kürzung seiner Leistungen bedroht habe. So weit darf es nicht kommen! In dem Artikel „Hartz IV: Psychostrategien gegen die tägliche Demütigung“ aus „Readers Edition“ vom 18. Juli 2008 werden wertvolle Ratschläge gegeben, der Behördenwillkür wirksam entgegenzutreten.

Vor allem ist es ratsam, nicht allein zur Arge zu gehen. Meist reicht die bloße Anwesenheit eines Beistandes, sodass Aggressionen nicht erst hochkommen oder das Gespräch in die falsche Richtung läuft. Wenn Sie – wie in dem Fall des Angeklagten vor dem Amtsgericht Bremen – von der Arge sanktioniert werden, legen Sie Widerspruch gegen den Sanktionsbescheid bei der Behörde ein. Gehen Sie anschließend mit dem Sanktionsbescheid und Ihrem Widerspruch zum Sozialgericht und beantragen dort einstweiligen Rechtsschutz. Mehrere Beratungsstellen in Bremen wie „Agab“, „Solidarische Hilfe“, „Beistand und Beratung“, „Sozialer Lebensbund“ oder die kostenlose Rechtsberatung der Anwaltskammer im Amtsgericht Bremen können Ihnen bei Ihren rechtlichen Schritten hilfreich zur Seite stehen.

Auch wenn Ihnen in Ihrem Einzelfall durch das Sozialgericht möglicherweise abgeholfen wird, werden dadurch nicht die desolaten Zustände des bedrückenden Bagis-Alltags beseitigt, der in den Artikeln beschrieben wird: wenn jemandem die Zuwendungen gekürzt werden – drei Monate lang um jeweils gut 100 Euro – und er dann von seiner Frau und den drei Kindern getrennt lebt. „Das habe ihm sehr zu schaffen gemacht. Er sei depressiv geworden, habe deshalb Medikamente bekommen und seiner Sachbearbeiterin für Oktober auch zwei Krankschreibungen vorgelegt. Trotzdem sei ihm das Geld Anfang November gekürzt worden. Er sei sehr aufgebracht gewesen.“ Die Sachbearbeiterin habe monatelang vor Angst ihr Büro abgesperrt, immer ein mobiles Alarmgerät bei sich getragen und sorgfältig darauf geachtet, dass niemand ihre Adresse erfahren kann. Sie schildert, wie sehr ihr die Bedrohungen „unter die Haut“ gegangen sind. Dadurch wird deutlich, dass die Hartz-IV-Gesetzgebung eine beträchtliche Störung des inneren Friedens in unserer Gesellschaft darstellt und abgeschafft gehört! Weg mit Hartz IV, hin zu einem menschenwürdigen Sozialleistungssystem!

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Die Heide ist frei!

Die Nachricht vom endgültigen Aus für das „Bombodrom“ erfüllt uns mit großer Freude und Erleichterung. Wir gratulieren ganz herzlich den Bürgerinitiativen vor Ort zu ihrem großartigen Erfolg! Auch wir vom „Bremer Friedensforum“, von der DFG/VK und anderen Friedensgruppen haben uns 17 Jahre lang an den gemeinsamen Ostermärschen in der Wittstocker Heide beteiligt. Der jetzige Erfolg der Initiativen ist ein Erfolg der gesamten Friedensbewegung!

Bundesminister Franz-Josef Jung sieht nach dem Gerichtsurteil recht alt aus, muss er doch darauf verzichten, die Kyritz-Ruppiner Heide als größten Luft-Boden Schießplatz der Bundesrepublik zu missbrauchen. Die Initiativen waren immer wieder erfolgreich vor Gericht gezogen, bis das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Ende März die Verbotsurteile der Vorinstanzen bestätigt und der Bundeswehr eine militärische Weiternutzung des ehemaligen sowjetischen Bombenanwurfplatzes für immer untersagt hatte.

Es ist allerdings unannehmbar, dass Generalinspekteur Schneiderhan nun für eine verstärkte Nutzung der anderen Schießplätze in Nordhorn und im bayerischen Siegenburg eintritt. Auch die Ankündigung Jungs, Ersatz für das nicht genehmigte „Bombodrom“ im Ausland zu suchen, ist völlig unakzeptabel. Es ist im-

merhin interessant, dass der niedersächsische CDU-Ministerpräsident Wulff nun auch die Schließung des Luft-Boden-Schießplatzes Nordhorn fordert und stattdessen Übungen am Simulator vorschlägt. Halbwegs glaubwürdig ist das erst, wenn er nach dem allgemeinen Wahlkampfgetöse immer noch zu seinem Wort steht!

Warten wir's ab. Der Kampf um die friedliche Umnutzung der Truppenübungsplätze ist noch lange nicht zu Ende. Wir wollen keine Bombodrome – weder hier noch anderswo! Deshalb wird der Kampf so lange weitergehen, bis die Bundeswehr sämtliche Übungsplätze verlässt und ihre Kriegsspiele endgültig beendet!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

Kieler Große Koalition am Ende: Aber warum sollte die desolate SPD vorgezogenen Neuwahlen zustimmen? *(„Spiegel-Online")*

Protestkultur à la française: Mitarbeiter eines insolventen Autozulieferers drohen mit warmem Abriss *(„Spiegel-Online")*

Ohne Erkenntnisgewinn: Verfassungsschutz observiert Politikwissenschaftler, dessen „Argumentationsmuster" jenen der „Militanten Gruppe" ähneln sollen *(„Spiegel-Online")*

„Keine Angst, wir sind alle zusammen": Nach den Metzeleien der Staatsmacht demonstrieren erneut Hunderttausende in Teheran *(„Spiegel-Online")*

Jachtbesitzer klagen: Bei Nordwestwind blasen die Bremer Stahlwerke im Schutz der Dämmerung Pestilenzwolken übers dünnbesiedelte Seehausen *(„Weser-Kurier")*

Die **Bremer Montagsdemo** feiert ihr diesjähriges **Sommerfest** am **Samstag**, dem **8. August 2009**, in den **Neustadtswallanlagen**. Am kommenden Montag wollen wir die Vorbereitung besprechen.

Der Obama-Schwindel: Piesepampel wird als Retter präsentiert, um die Menschen der ganzen Welt zur Zustimmung zu ihrer globalen Versklavung durch die Banken zu treiben *(„Videogold")*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

239. Bremer Montagsdemo am 20. 07. 2009

Automatisierter Rechtsbruch

Dass unser heißgeliebtes, weil lebensnotwendiges **Arbeitslosengeld II** gelegentlich auch schlicht einmal **nicht gezahlt** wird, wie ich letzte Woche und letzten Monat berichtet habe, ist kein Einzelfall: Von zwei weiteren Bremer Montagsdemonstranten erfahren wir, sie hätten im Frühjahr ebenfalls kein Geld erhalten, und zwar mit der Begründung, „die **Software**“ habe sich „**verselbständigt**“. Im Juli soll „die Software“ **beim Anpassen des Regelsatzes** „in einigen Fällen“ wie meinem „die Zahlung nicht wieder angewiesen“ haben – letzten Monat und letztes Jahr folgte die Nichtauszahlung meinem **Einreichen der Nebenkostenabrechnung**.

Wie sich nun herausstellte, braucht die Nachforderung meines Vermieters nicht übernommen zu werden, weil mir wegen eines Rechenfehlers der Bagis vor zweieinhalb Jahren eine Zeitlang etwas zu hohe Kosten der Unterkunft bewilligt worden waren. Hat nun **aufgrund der Überzahlung** von insgesamt 178 Euro „die Software“ (denn die „Häkchen“ sollen ja „von selbst“ verschwunden sein) die Entscheidung getroffen, **jede weitere Zahlung zu stoppen** – um jenes Geld wieder einzutreiben, das rechtmäßig kaum erfolgreich eingefordert werden könnte, weil das Verschulden schließlich bei der Arge liegt?

Dies aber wäre ein Skandal: kein Fehlerchen wie vielleicht bei der Regelsatzanpassung, sondern ein gezielt programmierter, **massenhafter Rechtsbruch** – eine neue Qualität nach den aus Einzelfällen bereits bekannten Zahlungseinstellungen, mit denen Hartz-IV-Betroffene von ihren Fallmanagern unter Druck gesetzt werden sollen, wie es der Bagis West bei Kevins Ziehvater so „eiskalt“ gelungen ist. Der Bremer Untersuchungsbericht zum „Kindeswohl“ hat diese lange geleugnete Praxis aktenkundig gemacht: „Zeitweise wurde versucht, **verzögerte Zahlungen als Druckmittel einzusetzen**“, heißt es darin.

Meine Kritik, dass am Freitag **kein Notdienst geleistet** wird, richtet sich nicht gegen die Behördenmitarbeiter, auch wenn ich das Abwimmeln durch Wachleute und „Empfangsdame“ ausführlicher geschildert habe, sondern gegen die Behörde und ihre Führungsspitze. Auch wenn die Bagis verlautbart, selbstverständlich

werde am Freitag Notdienst geleistet, dürfte der interne Marschbefehl so lauten, dass er von den Untergebenen mit „Hier kommt keiner durch ohne Termin“ zusammengefasst wird. Kaum werden sie bloß ihrer schlechten Laune nachgegeben haben.

Dass es sich bei den Wachmännern, die gegenwärtig in der Bagis West Dienst tun, um zwei Afrikaner handelt, scheint mir im „Migrationsstadtteil“ Gröpelingen kein Zufall zu sein: Soll damit Rassismusvorwürfen vorgebeugt werden, wenn einmal „schwierige“ Nichtweiße hart angefasst werden „müssen“? Tatsächlich war mir einer dieser beiden Wachmänner in der Vergangenheit gerade durch sein freundliches Verhalten besonders aufgefallen: Eintretende „Kunden“ begrüßte er so herzlich, als wäre man sein Kumpel. Da hat mir der ihm verordnete Verhaltensumschwung, wenn man mal am „falschen“ Tag auf der Matte steht, noch rein menschlich einen Stich versetzt.

Mein Vorwurf, dass die **Erfüllung des gesetzlichen Grundsicherungsauftrags nicht garantiert** werden kann, richtet sich wiederum nicht nur gegen die Bagis, sondern gegen **alle Argen**. Wenn man zugunsten meiner Sachbearbeiterin annimmt, dass sie weder lügt noch vorgeschriebene Ausreden verwendet, liegt die ungerechtfertigte Nichtauszahlung tatsächlich an der **Software** – und die wird **bundesweit eingesetzt**.

Es sollten daher möglichst viele Berichte über solche „Einzelfälle“ gesammelt, ausgewertet und veröffentlicht werden, etwa durch Leserbriefe an die Presse, um den vermuteten automatisierten Rechtsbruch zu belegen – aber auch, damit sich die Politiker nicht mehr herausreden können, sie wüssten gar nicht so genau, was für Zustände auf den Hartz-IV-Ämtern eigentlich herrschten. Diese Entschuldigung hat mein Beistand auf einer Sitzung der Sozialdeputation des Bremer Senats zu hören bekommen.

Nun müssen wir uns wohl auf eine neue Ausrede gefasst machen: Heute meldet „Blöd Bremen“, zahlreiche Computer der Bagis seien von Viren befallen. Der gefährliche Schadwurm „Conficker“ sei ins Netzwerk der Sozialbehörden eingedrungen und dort nicht mehr totzukriegen. „Nein, unsere Software ist in Ordnung, und unsere Mitarbeiter stoppen natürlich auch keine Zahlungen aus Jux und Dollerei“, werden wir vielleicht zu hören bekommen. „Das muss der böse Conficker gewesen sein, wenn Ihr Geld nicht eingegangen ist. Der hat die Zahlungsanweisung weggebumst!“

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Landessozialgericht stoppt Sippenhaftung: Nur wer selbst verantwortlich ist, darf auch sanktioniert werden *(„Tageszeitung“)*

600 Euro im Monat: „Das ist die Schickedanz, die hat alles verloren“ *(„Bild“-Zeitung)*

Die lukrativen Geschäfte mit der Arbeitslosigkeit

1. Aus einer Antwort auf die Anfrage der Linkspartei an die Bundesregierung geht hervor, dass es kaum einem Arbeitnehmer gelingt, bis zum 65. Geburtstag zu arbeiten. Die Beschäftigungsquote für sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen sinkt ab Mitte 50 ganz enorm. In der Altersklasse 55 bis 58 stehen 39,4 Prozent voll im Berufsleben. Bei den 58- bis 62-Jährigen sinkt die Quote auf 26,6 Prozent, in der Altersklasse darüber auf 7,4 Prozent. Zwischen Mai 2007 und Mai 2008 sank die Zahl der 55- bis 64-jährigen Arbeitslosen zwar um 14 Prozent, nahm aber in den zwölf Monaten danach um 17 Prozent wieder zu.

Richtig dramatisch stellt sich jedoch die Lage für die Überachtundfünfzigjährigen dar, denn ihre Arbeitslosenzahl schnellte binnen eines Jahres um 96 Prozent hoch, verdoppelte sich also fast. Dabei hätte der gesunde Menschenverstand auch ungeachtet dieser Zahlen sagen können, dass es sich bei der Rente mit 67 nur um Gift für den Arbeitsmarkt handeln kann: Es geht hierbei nur um eine **Rentenkürzung**! Aber der Bundesregierung fällt noch immer nicht die rosarote Brille von der Nase, wenn sie die Arbeitsmarktentwicklung bei den Älteren als „relativ günstig“ einstuft und den rapiden Anstieg bei den Überachtundfünfzigjährigen mit dem Auslaufen der 58er-Regelung zu begründen sucht.

2. Noch nie seit Einführung der Krankenstatistik meldeten sich so wenige Beschäftigte in Deutschland krank. Die Angst um den Arbeitsplatz drückt den **Krankenstand** auf ein historisches Tief. Doch wer sich krank zur Arbeit schleppt, gefährdet nicht nur seine Gesundheit, sondern auch den Betrieb. Da wäre es doch vernünftiger, wenn am Arbeitsplatz ein Klima herrschte, wo der Chef schniefende Angestellte mit Genesungswünschen nach Hause schickte, damit nicht noch alle angesteckt werden! Nach einer dänischen Studie geht, wer sich trotz einer leichteren Erkrankung zur Arbeit schleppt, zu 53 Prozent das Risiko ein, in einer Weise zu erkranken, die ihn für ein bis zwei Wochen ans Bett fesselt. Viele halten sich zudem mit Pillen fit, um nach außen hin gut zu funktionieren. Der „Weser-Kurier“ schrieb, Bremen schwimme gegen den Trend, weil hier der Krankenstand zum Teil 25 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt, was kaum damit begründet werden kann, dass die Jobs in Bremen sicherer als anderswo wären. Vielmehr sei dies auf ein überdurchschnittliches Plus bei den psychischen Leiden zurückzuführen. Klar: Angst essen Seele auf!

3. Letzte Woche Mittwoch strahlte die ARD eine wahrlich sehenswerte Sendung mit dem Titel „Die **Armutsindustrie**“ aus, die bei mir eine gehörige Portion Wut im Bauch auslöste. Autorin Eva Müller recherchierte, wie viele lukrative Geschäfte sich mit der Arbeitslosigkeit machen lassen. Es ist ein Geschäft, das Arbeitslose einem Härtetest unterzieht und Millionen Euro von Steuergeldern in völlig sinnlose Pseudo-Fortbildungseinrichtungen steckt, wovon die Erwerbslosen gar nichts haben! Das massenhafte Ableisten vollkommen sinnentleerter Praktika und öder Ein-Euro-Jobs scheint hierbei inzwischen zu einer Voraussetzung für einen Bildungsgutschein, also für eine Ausbildung avanciert zu sein!

Aus Erwerbslosen gesetzten Alters werden plötzlich Lehrlinge. Da schickt die Agentur für Arbeit den 51 Jahre alten Berufskraftfahrer zum Praktikum, um „Erfahrung“ zu sammeln. Sein eigentliches Problem, dass er nie schreiben lernen konnte, bleibt ungelöst. Der Kraftfahrer mit 27 Jahren Berufserfahrung „lernt“ nun, Kartons zu packen. Die müssen „vernünftig“ befüllt werden – eine Tätigkeit, die nicht allzu viel feinmotorisches Geschick oder gar intellektuelle Fähigkeiten erfordert, die etwa für den ersten Arbeitsmarkt förderlich sein könnten. Es wird einfach behauptet, dass zum Päckchenpacken ja auch „mehr gehört“. Was denn? Vielleicht mehr Geduld, um die Langeweile dabei zu ertragen? Der dazugehörige Firmenchef erzählt ganz ungeniert, dass er durchaus zwei, drei Leute fest einstellen könnte, er sich aber lieber Praktikanten schicken lasse, und gibt zu, dass für diese Tätigkeit früher sehr wohl ein festes Mitarbeiterteam existierte.

Die Dekra oder die „Neue Arbeit“ der Diakonie schaffen eine vom Staat subventionierte parallele Arbeitswelt, die ihre gierigen Finger in alle Bereiche des Handwerks oder auch in Haushalts- oder Gastronomiearbeiten steckt und dort die ALG-II-Bezieher für sich arbeiten lässt. Für die geleistete Arbeit bekommt die entsprechende Gesellschaft zwölf Euro die Stunde, während die „Integrationsjobber“ mit einem einzigen Euro abgespeist werden. Für diese spezielle Art der „Förderung“ erhalten die Gesellschaften außerdem pro Monat und Nase bis zu 800 Euro von der Agentur für Arbeit. Eine Stuttgarter Firma lässt auf die hier so günstig hergestellten Trampoline „Quality made in Germany“ drucken. Weil sich deutsche „Wertarbeit“ nun mal besser verkauft als chinesische, verlegte der Unternehmer seine Produktion aus Fernost zurück ins Schwabenländle, brachte dafür jedoch das chinesische Lohnniveau unter die Leute. Auf die einfache Frage, was denn am Trampolinbau gemeinnützig sei, kam die putzig-dreiste Antwort, dass dann ja ALG-II-Bezieher beschäftigt seien. Egal, womit und für wen: Sozial ist, was Arbeit schafft?

Diese entzückende Erfolgsgeschichte dient leider nur unserem „Freund“, dem Unternehmer. Sie hinterlässt bei mir ein fassungsloses Staunen und die empörte Frage, was daran nun bitte gemeinnützig sei. Ist im neoliberalen Deutschland mittlerweile all das gemeinnützig, was der unbegrenzten Profitmaximierung der Unternehmen nützt? Dann ist wohl inzwischen auch dieser Begriff „reformiert“ worden! Der Umsatz dieser neuen Gesellschaften ist jedenfalls auf dem Rücken der ALG-II-Bezieher und auf Kosten des Steuerzahlers zu 30 Prozent gewach-

sen. Warum wohl werden daraus keine vernünftigen sozialversicherungspflichtigen Jobs gemacht? Weil dann kein Geld mehr in die „gemeinnützigen“ Rachen der hungrigen Gesellschaften gestopft würde und sich das Gängelband, an dem die ALG-II-Bezieher hängen müssen, sich nicht mehr so wirksam um deren Hals schlingen könnte?

Den absoluten Vogel schossen wohl jene Arbeitssklaven ab, die gebrauchtes Kinderspielzeug sammeln und auf weitere Verwertbarkeit überprüfen mussten. Da wurde in zehn Tagen Arbeit ein 5000er-Puzzle zusammengesetzt, um die Vollständigkeit der Teile zu untersuchen. Am Ende fehlten drei Elemente, und damit war das Spiel unbrauchbar geworden. Wer zehn Tage Arbeitszeit für eine solche Tätigkeit vergeuden muss, bekommt am Ende noch vorgeführt, dass die geleistete Arbeit offenkundig nichts wert ist, weil das zusammengesetzte Puzzle weggeworfen wird. In einem anderen Raum saßen einige Frauen und häkelten emsig an wollener Bekleidung für zu früh geborene Säuglinge. Liegen die denn neuerdings gar nicht mehr in Wärmebettchen? Zwei Ein-Euro-Sklaven wurden als „Redaktion“ für die hausinterne „Zeitung“ abgestellt, einer Art Witz-, Rätsel- und Larifari-Trallala-Blatt. Sie bekommen 14 Tage Zeit dafür, schaffen es jedoch in nur zwei. Die Langeweile beim Zeitabsitzen ertragen sie, indem sie ihr „Hirn zu Hause lassen“, wie einer der Probanden resigniert erzählt. Sinnlose Tätigkeit soll also für den ersten Arbeitsmarkt fit machen!

Es wurde auch eine Sachbearbeiterin bei der Arbeitsagentur befragt, die hölzern herumdruckste, dass sich die Betroffenen ja auch beschweren könnten. Dafür waren die ALG-II-Bezieher in der Dokumentation aber zu deprimiert. Sie meinten resigniert, das würde ja nichts bringen, da sie eh nur Bittsteller wären, die sich besser mit der Arge gutstellen müssten. Erst bekommen „notleidende Banken“ Milliarden in den Allerwertesten gestopft, jetzt sind mit der vielen „gemeinnützigen Arbeit“ wohl endlich die „notleidenden Unternehmer“ an der Reihe! Noch mal für alle: Die „Neue Arbeit“ ist die Diakonie. Die existiert in dieser Form auch bereits in Bremen. Es war schon früher so, dass Kirche und Obrigkeit in parasitärer Symbiose lebten und gemeinsam die Leute klein hielten – alles immer unter dem Deckmäntelchen von „Gemeinnützigkeit“ und „Hilfe für die Armen“, um in aller Verlogenheit die eigenen Pfründen zu sichern.

4. Inzwischen wird in Deutschland ein Drittel aller erwirtschafteten Gelder für **Sozialleistungen** ausgegeben, satte 720 Milliarden Euro. Die Bundesregierung rechnet im laufenden Jahr mit einem weiteren Anstieg. Daraus ließe sich leicht der Eindruck erwecken, es sei der „der Staat“, der fast ein Drittel des Sozialprodukts für soziale Wohltaten aufwende. Soll damit zum Ausdruck gebracht werden, dass etwa die gesetzliche Rentenversicherung oder die gesetzliche Kranken- und die Pflegeversicherung soziale Wohltaten sind? Werden die Versicherungsbeiträge nicht von den Beitragszahlern selbst aufgebracht? Wäre der Betrag niedriger, wenn die Altersversorgung und die Kosten für Krankheit und Pflege privat aufgebracht würden? Was ist daran „sozial“, wenn jemand über 15 Prozent seines

Bruttoeinkommens in eine Krankenversicherung einbezahlt, um damit die Kosten im Krankheitsfall abzudecken? Die Leistung des Staats kann ja wohl nur darin bestehen, dass er diese Versicherungen gesetzlich erzwingt!

5. In Offenbach werden Erwerbslose dazu gezwungen, unter Androhung von Leistungskürzungen ein zweimonatiges **Bewerbungstraining** über sich ergehen zu lassen. Da müssen sie viermal die Woche jeweils vier Stunden lang Bewerbungen schreiben. Carsten Müller, SPD-Kreisbeigeordneter und Leiter des kommunalen Jobcenters „Pro Arbeit“ ist stolz auf das vom ihm erdachte „Pilotprojekt“ für Erwerbslose. Der Kreisvorsitzende der Linkspartei, Nikolaus Dümpelmann, sieht darin ein Aushebeln des Artikels 1 des Grundgesetzes, weil die Menschenwürde durch diese Maßnahme mit Füßen getreten werde. Auch Artikel 2, nach dem jeder Mensch das Recht hat, sich frei zu entfalten, werde missachtet. „Pro Arbeit“ unterstellt offenbar, dass Erwerbslose nur intensiv genug mit Bewerbungstraining behelligt werden müssen, um für den ersten Arbeitsmarkt fit gemacht zu werden.

Mit dieser Haltung wird den Erwerbslosen unterstellt, dass sie selbst und nicht etwa die fehlenden Arbeitsplätze an ihrer finanziellen Misere die Schuld tragen. Wenn wirklich davon ausgegangen würde, das Projekt wäre erfolgversprechend, hätte man es wohl den ALG-*I*-Beziehern übergestülpt! Dieses Bewerbungstraining soll anscheinend im Zuge der Verfolgungsbetreuung der Kontrolle über die Leistungsbezieher dienen. Denn bereits beim erstmaligen Nichterscheinen „dürfen“ willkürlich 30 Prozent von 359 Euro abgezogen werden. Weil in der Krise eher Jobs abgebaut als neue geschaffen werden, bekommen Erwerbslose, wenn überhaupt, nur schlecht bezahlte Jobs im Dumpinglohnbereich. Auch werden die Anbieter der sogenannten Schulungsmaßnahmen noch dazu angehalten, die ALG-II-Bezieher mit Hausbesuchen zu drangsalieren, wofür es überhaupt keine Rechtsgrundlage gibt. Hauptsache, die Statistik wird beschönigt! Offenbar müssen die Mitarbeiter des Jobcenters irgendwo ihren Einspardruck umsetzen.

6. Ende letzter Woche hörte ich im Radio, dass die Agentur für Arbeit mehr ALG-II-Bezieher in den ersten **Arbeitsmarkt** vermitteln will. Nach ihrer Ansicht wird das Arbeitskräfte-Potential der Hartz-IV-Empfänger zu wenig genutzt. Deshalb werben sie jetzt in einer bundesweiten Aktion bei Arbeitgebern dafür, diesen Menschen verstärkt Jobs anzubieten. Obwohl in Bremerhaven der Anteil der ALG-II-Bezieher bei 80 Prozent liegt, rechnet sich die Arbeitsagentur dort gute Chancen für den ersten Arbeitsmarkt aus. Laut Friedrich-Wilhelm Gruhl, dem Geschäftsführer der „Arge Jobcenter Bremerhaven“ gebe es Branchen, die trotz Wirtschaftskrise noch „händeringend“ nach Arbeitskräften suchten, etwa Betriebe aus dem Handwerk oder den Pflegediensten. Auf der anderen Seite gebe es gut qualifizierte ALG-II-Bezieher, die hoch motiviert sind, diese Jobs zu übernehmen.

Auch sehr gute Bewerber hätten es bei den Arbeitgebern jedoch oftmals schwer, weil der Begriff Hartz IV leider mit sehr vielen Vorurteilen behaftet sei. Ziel des Arge-Chefs Gruhl ist es, die Unternehmen dazu zu bewegen, den ALG-

II-Beziehern vermehrt auch Helferjobs anzubieten. Diese Scheinheiligkeit vor der Wahl zur Statistikaufhübschung ist wirklich nur schwer zu ertragen. Erst überbieten sich verschiedene Politiker darin, in den Medien das angebliche Rauchen und Saufen der Eltern auf Kosten ihrer Kinder, die „Bildungsferne“, die Energieverschwendung oder die „träge Unmotiviertheit“ von ALG-II-Beziehern unüberprüft anzuprangern – und dann wird sich über ein gewisses Vorurteil mokiert? ALG-II-Bezieher werden zu Hilfsarbeiten und Ein-Euro-Jobs gezwungen, die in einem Lebenslauf nicht gerade *für* sie, ihre Fähigkeiten und Kenntnissen sprechen können. Außerdem werden sie damit allzu oft ihrer Arbeitnehmerrechte beraubt.

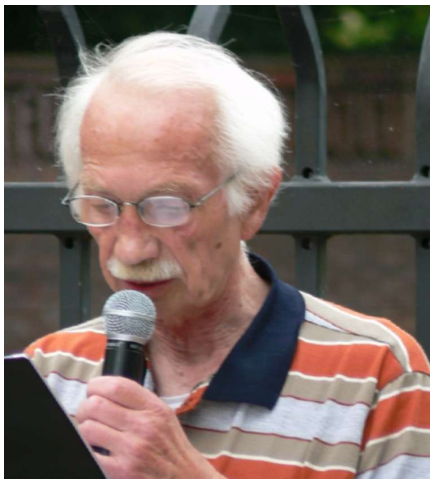
Aber was macht das schon? Sie sollen ja nur noch in „Helferpositionen“ vermittelt und damit vermutlich weiter degradiert werden! Dass solche Pläne ausgerechnet zu einem Zeitpunkt ans Tageslicht kommen, wo die „Tagesthemen“ melden, dass ein Viertel der Unternehmer einen massiven Stellenabbau im nächsten halben Jahr plant, gibt mir zu denken. Sollen mal wieder Festangestellte entlassen werden, damit ALG-II-Bezieher ihre Posten übernehmen und dabei den Unternehmern von der Arbeitsagentur zu einem hohen Prozentsatz die Lohnkosten erstattet werden? Warum sollten Unternehmer überhaupt noch Menschen *ohne* eine derartige finanzielle Unterstützung von Seiten der Arbeitsargentur einstellen? Werden jetzt Politiker, Arbeitsagentur und Unternehmer in einer Art Einheitssoße verschwimmen beziehungsweise „zusammenwachsen“?

7. Die Ökonomen wollen den „**Hartz-IV-Schrecken**“ mildern, weil Deutschland vor der Kündigungswelle zittert, denn wem gekündigt wird, der stürzt nach nur einem Jahr ab in Armut und Verfolgungsbetreuung, die das ALG II so hartnäckig begleiten. Den „Wirtschaftsweisen“ erscheint das in Krisenzeiten zu hart zu sein: Sie fordern eine Verlängerung des ALG I um ein halbes Jahr. Diese Lockerung müsse jedoch im Aufschwung wieder zurückgenommen werden, und zwar auf ein niedrigeres Niveau als jetzt. Ah, von daher weht der Wind! Darum geht’s bei der scheinbaren Verteilung von „Wohltaten“ in Wirklichkeit: Die kurzfristige Lockerung ist – von hinten durch die Brust ins Auge – langfristig nur als Würgegriff auf das angeblich zu üppige ALG II angedacht! Aber auch diese aberwitzig „großzügige“ Verlängerung im ALG I wird kaum dazu ausreichen, auch nur annähernd genug sozialversicherungspflichtige Jobs für die Betroffenen zu finden, die den Lebensunterhalt befriedigend absichern. Der Absturz ist und bleibt unausweichlich, solange die Schrecken des ALG II nicht abgeschafft werden. Diese sogenannten Weisen sollten eher beim ALG II beginnen, statt die Leute weiterhin mit einer „Verlängerung der Bezugsdauer beim ALG I“ zu verblöden! Die Krise wird noch länger dauern, und die Jobs werden auch in zwei Jahren noch abgebaut werden.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Anfang vom Ende: Korruptionskritikerin Ulla Schmidt fährt im Dienstwagen in die Ferien und lässt ihn sich dort klauen *(„Spiegel-Online“)*

Bankhaus Neelmeyer zieht Bremer Umweltschützer über den Tisch



Gerold Janssen, den ich seit Jahrzehnten kenne, ist ein unermüdlicher Kämpfer für den Naturschutz. Er ist als couragierter Umweltaktivist und „Retter des Hollerlandes“ schon heute in die Stadtgeschichte eingegangen. Auch an zahlreichen Friedens- und Antifa-Aktionen hat er sich immer wieder beteiligt. Er schreckte sogar nicht davor zurück, vor einigen Jahren mit steifem Bein die Empore des Bürgerschafts-Plenarsaals zu erklimmen und dort zwei lange Bambusstangen aus der Hose zu ziehen. Mit einigen Getreuen entrollte er flugs ein großes Transparent, bevor er von Ordnern daran gehindert werden konnte. Dafür verurteilte ihn ein Gericht zu einer Geldbuße, die er aber dank unserer Spenden nicht aus eigener Tasche bezahlen musste. Dies ist nur ein Beispiel für den persönlichen Mut, den er bei seinen phantasievollen und oft witzigen Aktionen immer wieder an den Tag legt.

1978 plante der Senat im damals 400 Hektar großen Hollerland ein riesiges Wohngebiet namens „Hollerstadt“. Gerold Janssen gründete die „Bürgerinitiative zur Abwehr der Hollerstadt“, und 1981 setzte die Initiative durch, dass 270 Hektar als Naturschutzgebiet ausgewiesen wurden. 1989 gab es einen „Kompromiss“, wonach ein Teil an der Lilienthaler Heerstraße für gut betuchte Interessenten „ökologisch verträglich bewohnbaut“ werden durfte, der größte Teil jedoch nicht. Die Initiative und alle Freundinnen und Freunde des Hollerlandes hätten es selbstverständlich lieber gesehen, wenn dieses einmalige Biotop insgesamt in seiner Ursprünglichkeit erhalten geblieben wäre. 1996 wollte die CDU den „Technologiepark“ – welch perverse Wortschöpfung! – ins Hollerland erweitern. Erneut begann der Kampf, bis 2004 der naturbelassene Bereich zum FFH-Pflanzen- und Tierschutzgebiet erklärt wurde und damit für die senatorische Zerstörungswut tabu ist.

Nach längerer Pause muss Gerold Janssen jetzt schon wieder kämpfen; – diesmal in eigener Sache. Wie die „Tageszeitung Bremen“ am Wochenende berichtete, demonstrierte er zusammen mit anderen Geschädigten in der Innenstadt gegen die betrügerischen Machenschaften bestimmter Banken. So hatte ihm das Bankhaus Neelmeyer offenbar mit falschen Sicherheitszusagen dubiose „Zertifikate“ angedreht und ihn damit über den Tisch gezogen. Von 72.000 Euro, die er dort anlegte, verlor er die Hälfte, aber ein „Großverdiener“ war er nie. Sein Vermögen stammt aus seiner Tätigkeit als Prüfer von Schifffahrtsgesellschaften und als Deichhauptmann. Die Bank bestreitet natürlich die Betrugsvorwürfe. Jetzt hat

Gerold Jansen die Bank auf Rückgabe verklagt und will auch auf der Straße weiterkämpfen. Ich finde, er braucht jetzt unsere Solidarität!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Strafbefehl gegen Versammlungsleiterin der Stuttgarter Montagsdemo

Gegen die Versammlungsleiterin der Stuttgarter Montagsdemonstration wurde ein Strafbefehl über 600 Euro Bußgeld, wahlweise 20 Tage Haft, erlassen! Um das ganze Ausmaß ihres „Verbrechens“ zu begreifen, muss man wissen, dass die Versammlungsleiterin jede Woche einen mehrseitigen Brief vom Ordnungsamt erhält, in dem akribisch alle Auflagen der Behörde aufgelistet werden. Unter anderem wird genau festgelegt, an welcher Stelle des weitläufigen Schlossplatzes die Kundgebung durchgeführt werden darf. Wenn der Platz nicht noch von anderen Veranstaltern belegt ist, bekommt die Montagsdemonstration immer dieselbe Stelle.

Am 27. April kam eine Polizistin auf die Versammlungsleiterin zu: Die Kundgebung finde an der falschen Stelle statt und verstoße damit gegen die Ordnungsauflagen. Da eine Behinderung des Verkehrs und der Passanten nicht zu erkennen war, fragte die Versammlungsleiterin die Beamtin, ob die Kundgebung nicht doch an dieser Stelle, circa 30 Meter neben dem genehmigten Platz, zu Ende geführt werden könne. Dem widersprach die Beamtin nicht. Das war eine vernünftige Lösung in dieser konkreten Situation. Die Montagskundgebung verlief wie gewohnt weiter. Nun soll die Versammlungsleiterin bestraft werden, weil sie sich angeblich den Ordnungsauflagen widersetzt hätte.

Die Montagsdemonstration Bremen hat dazu einstimmig folgenden Protestbrief an das Amtgericht Stuttgart verabschiedet: „Die Teilnehmer der Montagsdemonstration in Bremen haben heute, am 20 Juli 2009, vom Strafbefehl gegen die Versammlungsleiterin der Montagsdemonstration in Stuttgart, Frau Nuran Cakmakli, erfahren. Für uns alle ist das reine Behördenwillkür. Wir fordern Sie auf, diesen Strafbefehl sofort zurückzunehmen! Wir werden diesen undemokratischen Vorfall im Internet veröffentlichen und unsere Anstrengungen für die Versammlungsfreiheit auf antifaschistischer Grundlage verstärken.“

Harald Braun

Plünderung der Staatskassen gehört zum Wesen des Kapitalismus

Die Bundesregierung erwägt, Banken zur „Annahme von Unterstützung“ zu zwingen. Das ist ja wohl der größte Witz! Die Deutsche Bank braucht sie nicht zu zwingen: Im ersten Quartal dieses Jahres hat sie 2,1 Milliarden Euro Profit gemacht, mitten in der Krise, und zwar laut DGB zu 84 Prozent durch „Risikogeschäfte“, ansonsten durch die wachsende Staatsverschuldung. Allein Hypo Real Estate hat 102 Milliarden bekommen, die Commerzbank zehn.

So häuft der Staat häuft Schulden über Schulden an. Das Geld nimmt er unter anderem von der Deutschen Bank, die macht Kasse – und die Zeche bezahlen wir nach der Bundestagswahl! Zeigt das nicht, wie lächerlich es ist, die Banken „an die Leine“ legen zu wollen? Risikogeschäfte und Ausplünderung der Staatskassen gehören zum Wesen des Kapitalismus. Auf den Staat als „Retter“ zu hoffen, ist nichts anderes als Illusion, und wer das verbreitet, belügt die Massen. Keine Illusion ist es dagegen, den Kampf aufzunehmen und die eigene Sache in die eigene Hand zu nehmen!

In Frankreich wurden durch dreiwöchigen Streik mit Sprengdrohung je 30.000 Euro Abfindung für 53 Kollegen in einer Hebebühnenfabrik erkämpft. Ich halte es nicht unbedingt für richtig, seine Fabrik in die Luft zu jagen. Der Fall zeigt aber, mit welcher Härte gekämpft wird, und das ist sicher erst der Anfang! Auch anderswo wird gekämpft: In Schleswig-Holstein finden in Bredstedt, Husum, Niebüll und Leck seit Wochen Montagsdemos von 100 bis 200 Menschen gegen das geplante Kohlendioxid-Erdlager statt. Bewusst haben sich die Leute dort für die Methode der wöchentlichen Demonstrationen entschieden.

Die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV gibt es nun seit fast fünf Jahren. Am 8. August 2009 feiern wir ab 14 Uhr unser großes Sommerfest in den Neustadtswallanlagen. Bringt alle mit: die Arbeitslosen, die von der Bagis schikaniert werden, denen man Geld verweigert oder kürzt, die Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben, denen man Lohn und Arbeitsplätze wegnehmen will. Die Montagsdemos sind lebendig! Gemeinsam sind wir stark!

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

Am **Freitag**, dem **24. Juli 2009**, trifft sich um **19 Uhr** die „**Wählerinitiative Wolfgang Lange**“ im „Jugendfreizeitheim Buntentor“, Geschwornenweg 11a, um die Gestaltung ihres Wahlkampfes zu besprechen.

Hofberichterstattung: Täglich Gabriele Pauli, aber kein Wort über die einzige Kleinpartei, die bundesweit antritt *(„Spiegel-Online“)*

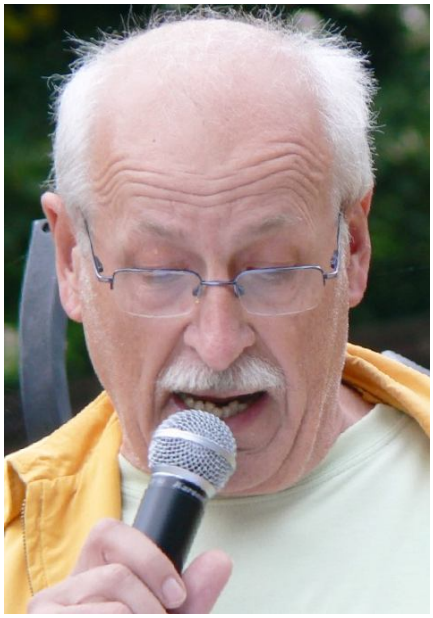
„Ein Wahlplakat, zerrissen auf dem nassen Rasen: Es grinst mich an mit alten, aufgeweichten Phrasen“ *(Reinhard May)*

Die **Bremer Montagsdemo** feiert ihr diesjähriges **Sommerfest** am **Samstag**, dem **8. August 2009**, ab **14 Uhr** in den **Neustadtswallanlagen**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

240. Bremer Montagsdemo am 27. 07. 2009

Die verblödete Republik



Heute habe ich eines meiner Malbücher mitgebracht. Die nenne ich so, weil ich beim Lesen immer einen Textmarker benutze. Das hilft mir, bestimmte Passagen schneller wiederzufinden. Mein neuestes Malbuch heißt: „Die verblödete Republik“. Sicher, dieser Titel ist ein wenig provokant, und doch, liebe Mitmenschen, kann ich euch nur raten, es einmal zu lesen. Der Untertitel des Buches lautet: „Wie uns die Medien, die Wirtschaft und die Politik für dumm verkaufen“. Für uns Montagsdemonstranten ist das natürlich nichts Neues, denn das Buch fasst eigentlich nur zusammen, was wir hier jeden Montag ab 17:30 Uhr auf dem Marktplatz verkünden, nur mit einem Unterschied: Der Autor, ein Journalist, geht noch mehr ins Detail. Er zeigt auch noch mehr und drastischer auf, was in unserem ach so schönen Lande nicht mehr stimmt. Er macht klar: Wenn wir weiterhin so gleichgültig und desinteressiert zuschauen, wie die anderen uns hinters Lieht führen, dann gute Nacht! Es wird deutlich, dass wir alle selber etwas tun müssen, um eine Veränderung herbeizuführen. Darum von mir das Prädikat: sehr wertvoll!

Wenn ihr, liebe Mitbürger, die Beiträge der Montagsdemonstranten auf unserer Homepage nachlest, werdet ihr beim Vergleichen schnell feststellen, dass wir diese Missstände schon sehr lange anprangern. Nur bekommen wir dafür kein Geld und ernten eher noch Hohn und Spott, werden in irgendeine Schublade gesteckt und auch verachtet. Da heißt es zum Beispiel: „Das sind doch alles nur Kommunisten“, oder: „Die sind zu faul zum Arbeiten“. Eigentlich eine unverschämte Heuchelei, von wen auch immer! Es ist für die Menschen, die sich für das Recht und die Solidarität einsetzen, eine regelrechte Beleidigung. Ich als Rentner könnte mir auch etwas Besseres vorstellen, als an meinem Lebensabend auf der Straße zu protestieren.

Vielleicht kommt irgendwann mal der Dank für unseren Einsatz für Recht und Freiheit. Womöglich wird er sich schon sehr schnell einstellen, wenn ihr dieses Buch erst einmal gelesen habt! Dann werdet ihr ganz schnell sagen: „Wie gut, dass es die Montagsdemo gibt!“ In unseren Gesprächen, die wir führen, hören wir

sehr oft die Worte: „Die Politiker sollte man alle zum Teufel jagen, die tun doch gar nichts für uns Normalbürger! Die denken nur an ihr eigenes Wohl.“ Dazu sagen wir: „Leute, geht hin zur nächsten Wahl und ändert es! Wählt nicht diejenigen, die euch das Leben schwermachen – oder werdet selber Politiker und macht es besser!“ Je schneller wir das erkennen, desto schneller müssen die Politiker handeln, die noch an der Regierung sind, sonst ist es vorbei mit ihrer eigenen politischen Laufbahn.

Udo Riedel (parteilos)

Wie sie die Sparvorgabe erfüllt, ist der Arglist jeder Arge überlassen

1. Der Vorschlag der Bundesbank, das **Renteneintrittsalter** auf 69 Jahre zu erhöhen, wurde meiner Meinung nach völlig zu Recht als „dümmster Vorschlag des Jahres“ und als „Raubbau an der Gesellschaft“ bezeichnet, der wunderbar ins Sommerloch passt. Gleichzeitig ist er eine absolute Unverschämtheit, die deutlich aufzeigt, mit welcher Impertinenz sich offenbar raffgierige *Bangster* die Taschen mit Milliarden Euros vollschlagen und gleichzeitig Otto und Ottilie Normalverdiener durch diesen neuerlichen Versuch einer Rentenkürzung ans Portemonnaie wollen. Die Menschen sollen am besten schon vor Eintritt der Rente frühzeitig sozialverträglich ableben, oder wie soll das sonst gemeint sein? Die Bundesbank sollte sich lieber um eine kontrollierte Aufsicht im Vorstand der Banken kümmern, statt die Bürger mit solchen Parolen zu verunsichern!

Rente mit 69 – aber mit 35 Jahren bereits das Verfallsdatum überschritten haben und zum alten Eisen gehören? Das passt alles gar nicht zusammen. Nicht die demografische Entwicklung muss uns als Horrorvision auf der Nase tanzen, sondern vielmehr die hohe Erwerbslosigkeit, der Ausbau des Niedriglohnsektors, die Ein-Euro-Sklavenarbeit und andere prekäre Jobs, die insgesamt zu einer niedrigeren Rente führen! Dies ist wieder ein Thema, das von Mindestlöhnen und einer dringend notwendigen Umverteilung der Ware Arbeitsplatz ablenken soll, damit mehr Menschen die Chance auf eine zeitlich unbeschränkte und befriedigend bezahlte Beschäftigung bekommen können!

2. Weil das Bayerische Sozialministerium eine neue Förderrichtlinie über das Mittagessen an Ganztagsschulen erlassen hat, entfällt künftig die freiwillige Unter-

stützung des Landkreises, die bislang gewährt wurde. Dabei setzt die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer erst vor drei Monaten eine Richtlinie in Kraft, nach der für bedürftige Schulkinder die notwendigen Mittel für eine staatliche Förderung gewährt werden sollen. Mit der sogenannten Initialzündung für mehr Bildungsgerechtigkeit in Bayern scheint es nicht allzu weit her zu sein! Die Leidtragenden werden mal wieder die ausgegrenzten Kinder von ALG-II-Beziehern sein. Denn für deren Kinder bis zu 14 Jahren liegt der Tagessatz für Essen und Trinken bei 2,76 Euro. Wie von viel zu wenig nun noch Geld für ein **Schulmittagessen** abgezwackt werden soll, bleibt den weltfremden Bemessern dieser Skandalregelsätze überlassen. Wenn dann für den Resttag so gut wie nichts übrig bleibt, wird wieder gehetzt, das Geld werde von den eigenen Eltern für Rauchen, Saufen und Elektronik-Schnickschnack auf Kosten ihrer Kinder ausgegeben!

3. Es ist in allen Sommerferien seit Einführung der menschenverachtenden Hartz-Gesetze die gleiche Schweinerei und eine große Enttäuschung für alle Kinder von ALG-II-Beziehern, die sich ihr Taschengeld durch **Ferienjobs** etwas aufbessern wollen, um lang gehegte kleine Wünsche erfüllen zu können, die sich aus dem äußerst kargen Regelsatz nicht bestreiten lassen. Diesen Jugendlichen wird früh beigebracht, dass es sich für sie gar nicht lohnt, sich etwas dazuzuverdienen: Alles, was über den Freibetrag von 100 Euro hinausgeht, wird ihnen zu 80 Prozent abgezogen! Sie dürfen von 400 Euro beispielsweise nur 160 Euro behalten, der Rest wird ihren Eltern angerechnet und der „Bedarfsgemeinschaft“ abgezogen. Die Kinder von ALG-II-Beziehern sollen offenbar frühzeitig lernen, wo ihr Platz ist und bleiben soll: in der niedrigsten Gesellschaftsschicht, am Gängelband der Verfolgungsbetreuung durch die argen Argen! Anders als beim Bafög werden die geringen Nebeneinkünfte nicht übers Jahr verteilt berechnet, sondern gnadenlos im Monat des Zuflusses. Schüler, die Bafög bekommen, dürfen deutlich mehr verdienen. Dabei gelten seit Oktober 2008 neue Regeln: Im sogenannten Bewilligungszeitraum von zwölf Monaten ist nunmehr ein Bruttoverdienst von 4.800 Euro erlaubt. Davon können die Kinder von Transferleistungsbeziehern nur träumen!

4. Die Bremer Bagis erlitt eine erneute Niederlage vor dem Landessozialgericht: Die Hartz-IV-Behörde kürzte die Miete einer Alleinerziehenden mit zwei Söhnen zu Unrecht. Nun entschieden die Richter(innen) in einem Grundsatzurteil, dass es im Sozialrecht keine Sippenhaftung geben darf! Nur wer selbst verantwortlich ist, darf auch sanktioniert werden, sagt das Landessozialgericht. Im konkreten Fall ging es um eine alleinerziehende Mutter aus Bremen-Nord, die drei Monate lang nur zwei Drittel ihrer Miete von der Bagis bekam. Nach einer wiederholten **Sanktion** wurden die ALG-II-Leistungen für den älteren, 21-jährigen Sohn für drei Monate ganz gestrichen. Die Bagis zahlte also nur für die Mutter und das zweite, noch minderjährige Kind. Daraufhin kam es zu Mietrückständen, und der Vermieter drohte mit Kündigung. Während das Bremer Sozialgericht das Verfahren noch für rechtmäßig hielt (Aktenzeichen S9 AS 40/09 ER), befand das Landessozial-

gericht Bremen-Niedersachsen, dass die restliche Familie nicht durch die Sanktion des 21-jährigen Sohnes mitbestraft werden dürfe, auf den die Mutter keinen erzieherischen Einfluss mehr nehmen könne (L6 AS 335/09B ER). Eine Sanktion darf grundsätzlich nur jenen „erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen“ treffen, dem das „sanktionswürdige Verhalten“ vorgeworfen werden kann. Ein hoffentlich wegweisender Beschluss, der die bisherige, oft menschenverachtende Praxis in ihre Grenzen weist!

5. Nach einer britischen Studie neigen 20- bis 24-jährige Männer, die noch bei ihren Eltern wohnen müssen, deutlich stärker zu Gewalt als Gleichaltrige, die eine eigene Wohnung bewohnen. Gewalt geht vor allem von männlichen Jugendlichen und jungen Männern aus und ist oft mit Alkoholkonsum verbunden. In aller Regel werden andere junge Männer ihre Opfer. Mit zunehmendem Alter geht die Neigung zur Gewalt zurück, allerdings erst ab dem Alter von 24 Jahren. Mädchen sind insgesamt weniger gewalttätig, zudem geht die **Gewaltneigung** bei ihnen schon ab 20 Jahren deutlich zurück. Nur bei der Gruppe derjenigen jungen Männer, die noch bei ihren Eltern leben, scheint sich ein geringerer reifungsbedingter Rückgang zur Gewaltentwicklung abzuzeichnen. Ich weiß nicht, ob auch in Großbritannien die Kinder von Sozialleistungsbeziehern erst mit 25 Jahren eine eigene Wohnung bekommen können, wenn sie selbst ebenfalls auf Transfergelder angewiesen sind. Es macht oft aggressiv, wenn auf sehr beengtem Raum und in finanzieller Notlage Eltern und erwachsene Kinder zwangsweise in einem Haushalt irgendwie mit einander leben müssen. Das ist sicherlich beabsichtigt, um die Solidarität miteinander zu untergraben und um abzuschrecken!

6. Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnt es nicht nur kategorisch ab, die Regelsätze für das ALG II zu erhöhen, sondern die wahrscheinlich zukünftige schwarzgelbe Bundesregierung will wie befürchtet nach der Wahl noch ganz andere asoziale Schweinereien aus dem Hut „zaubern“. Dass die Regelleistung wegen des „Lohnabstandsgebotes“ nicht angehoben werden könne, also weitaus geringer ausfallen müsse als das Gehalt von arbeitenden Menschen, klingt nach dem zunehmenden Ausbau der Dumpinglöhne nur zynisch. Was ist mit den Aufstockern, die wegen eines nicht vorhandenen vernünftigen Mindestlohnes noch ergänzende Leistungen zusätzlich zum kargen Entgelt beantragen müssen? Die gäbe es nicht, wenn Unternehmer zu anständigen Gehältern gezwungen würden, statt ihnen zusätzlich nur immer mehr Steuern zu erlassen! Die FDP plant, den Regelsatz sogar noch um 30 Prozent zu kürzen, die CDU will laut ihrem Regierungsprogramm für ALG-II-Bezieher sogenannte Anreize zur Arbeit schaffen, die nichts weiter beinhalten, als dass die Freibeträge für Zusatzverdienste von rund 100 Euro brutto, wie bereits lange geplant, auch noch ersatzlos gestrichen werden.

Weiterhin soll eine „Pflicht zur **Gegenleistung**“ für das staatliche Almosen gesetzlich verankert werden, was in mir ungute Gedanken an den Reichsarbeitsdienst aufsteigen lässt. Wenn dann die immer noch auf dem Papier stehende

Verpflichtung einer Gemeinnützigkeit bei den Ein-Euro-Jobs dabei ebenfalls komplett wegfällt und ALG-II-Bezieher auch in der Privatwirtschaft eingesetzt werden können, kommt das in meinen Augen einer staatlich geförderten Schwarzarbeit gleich, mittels derer der erste Arbeitsmarkt immer weiter ausgehöhlt und zerstört werden darf. Hinter den Plänen der Union, Zwangsarbeit und moderne Sklaverei praktisch ohne Arbeitnehmerrechte wieder einzuführen, stecken sowohl die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, die nach eigenem Bekunden allen „Ballast“, der die Wirtschaft belastet, über Bord werfen will, als auch das „Institut für Wirtschaftsforschung“. Kann wirklich so etwas unglaublich Hohles und Unverbundenes wie Profitmaximierung der Motor für so viel Menschenverachtung sein?

7. In den Jobcentern wird immer öfter sanktioniert. Die Sanktionen dienen nicht nur zur **Disziplinierung** der Erwerbslosen, sondern helfen den Jobcentern auch dabei, Sparvorgaben zu erfüllen. Dies wird möglich, wenn sich ALG-II-Bezieher den Fortbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen, den verpflichtenden, aber nicht selten sinnlosen Ein-Euro-Jobs entziehen. Es gibt kein Recht auf eine würdige materielle Existenz, nur die Verpflichtung zum Wohlverhalten. Ansonsten wird bestraft und durch Androhung von noch mehr Strafe zur Folgsamkeit „motiviert“. Neu ist die Härte, mit der dieser absurden Anspruchshaltung gegenüber Erwerbslosen Nachdruck verliehen wird: Seit dem Jahr 2007 nahm die Zahl der verhängten Sanktionen im folgenden Jahr um 58 Prozent zu. Auch untereinander vergleichen sich die Argen hinter vorgehaltener Hand mit örtlichen Sanktionsquoten. Dafür bedarf es keiner formalen Vorgabe für diese unanständige und oft rechtswidrige Sanktionspraxis, sondern es reicht aus, dass die Bundesregierung den Argen nur sehr unspezifisch vorgab, gefälligst 6,7 Prozent weniger Geld für ALG-II-Leistungen auszugeben als im vergangenen Jahr.

Wie das erreicht werden soll, bleibt der Arglist und Gemeinheit einer jeder Arge selbst überlassen. Ausgerechnet bei den Erwerbslosen unter 25 liegt die Sanktionsquote am höchsten. Der Grund dafür ist nicht etwa darin zu suchen, dass in dieser Altersklasse die Arbeitsunlust am höchsten sei, nein, ganz im Gegenteil ist sie hier besonders niedrig, denn die jungen Erwachsenen verlangen nach Arbeit. Doch die Sanktionswerkzeuge dürfen bei Unterfünfundzwanzigjährigen noch weitaus rigider eingesetzt werden als ohnehin schon. Schon beim ersten Vergehen „darf“ mit gnadenloser Härte zu 100 Prozent gekürzt werden. Leider sind viel zu wenige Erwerbslose dazu bereit oder fähig, sich zu wehren. Würden sämtliche eingeschüchterten Armen plötzlich ihre Scham verlieren und ihre Rechte einfordern, wäre das für 2009 ausgegebene Sparziel der Bundesagentur schnell dahin. Täten sie es doch, würden sie sich ihrer Macht endlich bewusst!

8. Immer mehr Zahlen belegen, dass Deutschland eher ein Abwanderungsland bleibt, als dass es zu einem **Einwanderungsland** avancieren könnte. 56.000 Einwohner kehrten der Bundesrepublik im vergangenen Jahr den Rücken. Obwohl es angeblich in der Wirtschaft an kompetenten Köpfen mangele, ziehe es diese

trotz der Lockerungen im deutschen Zuwanderungsgesetz in andere Industrieländer. Als großes Problem erweist sich, dass jährlich Zehntausende Fachkräfte das Land verlassen und zu wenige einwandern. Die Mindestverdienstgrenze, um eine dauerhaftes Aufenthaltsrecht zu bekommen, wurde für hoch qualifizierte Fachkräfte auf ein Jahreseinkommen von „nur“ 63.600 Euro im Jahr gesenkt. Allerdings gebe es im Deutschland der Zukunft durch die demografische Entwicklung auch einen Bedarf an niedrig qualifizierten Arbeitern. Deutschland sei ein Einwanderungsland ohne Einwanderer. Dabei bestünden fast alle, die es versuchten, den Einbürgerungstest.

Die Opposition bemängelt hingegen die verschärften Bedingungen beim Einbürgerungsrecht und beim Ehegattennachzug. Auch die Verweigerung des kommunalen Wahlrechts und der doppelten Staatsbürgerschaft für Drittstaatenangehörige seien kontraproduktiv, wenn man neue Bürger gewinnen wolle. Außerdem ist in Deutschland die Anerkennung von akademischen Titeln und Abschlüssen verdammt kompliziert. Die Zuwanderer haben nicht von vornherein einen Rechtsanspruch auf deren Anerkennung. Besonders betroffen sind Lehrer, Ärzte und Ingenieure. So kommt es vor, dass der russische Arzt nur als Krankenpfleger und der indische Elektrotechnik-Ingenieur bloß als einfacher Techniker arbeiten darf. Deutschland ist diesbezüglich ganz schön arrogant! Wenn Deutschland selbst für die eigenen Bürger immer weniger attraktiv ist, kann von einer „Willkommenskultur“ wohl kaum die Rede sein. Erstaunlich finde ich auch, dass es keinen Hinweis darauf gibt, dass die abwandernden Fachkräfte möglicherweise wegen hoher Erwerbslosigkeit, schlechter Arbeitsbedingungen und niedriger Löhne unser „schönes“ Deutschland verlassen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Bürgerschaft missachtet: Staatsrat Hoffmann überweist eigenmächtig 500.000 Euro an die „Günter-Grass-Stiftung“ *(„Nordwestzeitung“)*

Rentenangst: Wie wir von den Eliten in Politik und Wirtschaft über die Altersversorgung belogen werden *(„Youtube“)*

„Bitte schicken Sie keinen, der die Rechtslage kennt“

1. Eine wegweisende und sehr klare Entscheidung zur Voraussetzung der Rechtmäßigkeit von Ein-Euro-Jobs hat die 37. Kammer des Sozialgerichts Berlin am 18. Juli 2005 (Aktenzeichen: S37 AS 4801/05) im sozialgerichtlichen Eilverfahren verkündet. Das Gericht geht in seinem Beschluss zunächst darauf ein, dass eine

ganz zentrale Rechtmäßigkeitsvoraussetzung von **Arbeitsgelegenheiten** nach § 16 Absatz 3 SGB II die Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit der auszuführenden Tätigkeiten ist. Deshalb hat der Leistungsträger vor dem Antritt der Maßnahme sicherzustellen, dass die auszuübenden Tätigkeiten ausschließlich zusätzlich und gemeinnützig sind.

Das Sozialgericht sieht es als zwingend erforderlich an, dass die Behörde – nicht der Maßnahmeträger! – eindeutig und verbindlich Folgendes regeln: die Arbeitsinhalte, die genaue wöchentliche Arbeitszeit, die Arbeitszeitverteilung, die Höhe der Mehraufwandsentschädigung und die Dauer der Maßnahme. Werden diese Regelungen von der Behörde nicht getroffen oder gibt die Behörde sie in den Entscheidungsbereich des Maßnahmeträgers, ist die Ein-Euro-Job-Zuweisung rechtswidrig.

Um einer Sanktion oder dem vollständigen Entzug der Leistungen zu entgehen, ist ein gerichtlicher Eilantrag zulässig. In dem Beschluss wird in aller Deutlichkeit klargestellt, dass es unzulässig ist, den Maßnahmeträger „über die genannten Essentialia der Arbeitsgelegenheit entscheiden zu lassen oder ihm hierbei Spielraum zu geben“.

2. An das „Delmenhorster Kreisblatt“! Vielleicht nicht wegen der Berichte, aber in Bezug auf die Art und Weise, wie die Ein-Euro-Jobber dort „zugewiesen“ werden, ist Kritik an der „Toys Company“ durchaus berechtigt. Sie müsste aber auch gegen die Arge gerichtet werden, denn das Handeln dieser beiden ist rechtswidrig – und das muss ihnen bekannt sein. Zwei Urteile, gleiche Aussage:

Sozialgericht Ulm (S11 AS 1219/07 ER): „Es ist zwingend erforderlich, dass die Behörde und nicht der Maßnahmeträger eindeutig und verbindlich die Arbeitsinhalte, die wöchentliche Arbeitszeit, die Höhe der Mehraufwandsentschädigung sowie die Dauer der Maßnahme festlegt. Fehlt es hieran, kann die wegen Unbestimmtheit bestehende Rechtswidrigkeit der Arbeitsgelegenheit auch nicht mit späteren Präzisierungen geheilt werden.“

Sozialgericht Berlin (S37 AS 4801/05): „Werden diese Regelungen von der Behörde nicht getroffen oder gibt die Behörde sie in den Entscheidungsbereich des Maßnahmeträgers, ist die Ein-Euro-Job-Zuweisung rechtswidrig.“

Genau das wird bei der **Zuweisung** eines Ein-Euro-Jobs bei der „Toys Company“ nicht eingehalten. Ich hatte dort eine Einladung erhalten. Mein Gegenüber war nicht von der Arge, darum habe ich das oben genannte Urteil erwähnt und erklärt, dass dieses Vorgehen rechtswidrig sei. Ich habe aber nicht generell abgelehnt, dort tätig zu werden, sondern nur erklärt, diese Festlegungen zu treffen, sei nach dem Urteil eindeutig Aufgabe der Arge. Im weiteren Verlauf des Gespräches wurde ich sogar gefragt, ob ich bereit wäre, Spätschicht zu machen. Zum Schluss erklärte der Mitarbeiter der „Toys Company“, er habe weitere Vorstellungsgespräche mit anderen „Vorschlägen“ der Arge, unter denen er sich den Kandidaten für den Job aussuchen werde.

Die Folge davon: Die „Toys Company“ hat mich generell als Ein-Euro-Jobber abgelehnt. Meinem Vermittler bei der Arge wurde erklärt, ich hätte „zu viele Paragraphen“ genannt, und sie gingen davon aus, ich würde nur „Unruhe in den Betrieb tragen“. Dabei hatte ich nur ein *Urteil* erwähnt, das die Rechtswidrigkeit des Vorgehens belegt! Doch Erwerbslose, die über ihre Rechte informiert sind, werden nicht gerne gesehen. Deswegen wurde auch vor Einführung des ALG II die Beratungsstelle der Diakonie geschlossen. Die Dekra kann so ungestört die Mittel für circa 50 Erwerbslose kassieren, und die Arbeitslosenstatistik ist zusätzlich noch ein wenig frisiert.

Da ich ein Mensch der offenen Worte bin, ist die Annahme der „Toys Company“ durchaus denkbar, denn ich hätte in Gesprächen mit den dort Tätigen durchaus auf diesen Rechtsverstoß hingewiesen. Aber wenn die Erwerbslosen sich peinlichst genau an die Gesetze und Anweisungen zu halten haben, so muss das auch für die Arge und die Träger von Maßnahmen gelten. Die Vorgehensweise ist zumindest in Delmenhorst rechtswidrig. Wenn dann auf Nebenschauplätzen Kritik geübt wird, ist diese zurückzuweisen.

Dass dadurch die Hilfsbedürftigkeit beseitigt wird, glaubt auch nur jemand, der sich seine Unterhose noch mit einer Kneifzange anzieht. Die Zahl der zur Verfügung stehenden offenen Stellen reicht bei Weitem nicht aus, um allen Arbeitnehmern ohne Job den Schritt in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dazu genügt oft nicht einmal mehr der Lohn, den viele Unternehmer noch zu zahlen bereit sind – das belegen die vielen „Aufstocker“. Wenn sich nun „Die Linke“ über Beurteilungen von Teilnehmern erregt, sollte sie sich eher diesen Grund zur Kritik auswählen. Dann hilft keine Beschwichtigung durch die „Toys Company“ oder die Arge-Leitung.

Zuschrift von Rainer Niehaus (Delmenhorst)

Weg mit dem Hausverbot gegen die Montagsdemo Zwickau!

Zwei Frauen des „Aktionsbündnisses gegen Agenda 2010 und Sozialkahlschlag Zwickau“, dem Organisator der Zwickauer Montagsdemo, wurde vom Geschäftsführer des „Alten Gasometers“, Herrn Mario Zenner, ein unbegründetes und unbefristetes Hausverbot erteilt. Der Grund dürfte jedoch auf der Hand liegen: Die beiden Frauen hatten während der „Tage der Demokratie und Toleranz“ im April vor dem Gasometer Flugblätter verteilt, in denen Kritik am Zwickauer „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ wegen dessen Diskriminierung der Montagsdemo geübt wurde.

Dagegen bemühte Herr Zenner Polizei und Staatsanwaltschaft. Das Ermittlungsverfahren wurde inzwischen eingestellt. Am 21. Juli 2009 protestierten die beiden Frauen noch einmal vor dem Gasometer und verlangten die Aufhebung der Hausverbote. Herr Zenner drohte erneut mit der Polizei. Das dürfen wir ihm, einem Teilnehmer des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“, nicht unwidersprochen durchgehen lassen!

Deshalb fordern wie alle Bürger der Stadt Zwickau, des Landes Sachsen und deutschlandweit auf, gegen dieses unverschämte, undemokratische Handeln des Geschäftsführers des „Alten Gasometers“ zu protestieren! Bitte schreiben Sie Briefe, Faxe oder E-Mails, in denen Sie die Aufhebung der Hausverbote fordern, und schicken Sie Kopien Ihrer Schreiben an die Montagsdemo Zwickau, damit Herr Zenner nicht behaupten kann, ihn hätte nie ein Protest erreicht.

Zuschrift von Klaus Wallmann sen. (Montagsdemo Zwickau)

Wir müssen gegen diese Politiker und Manager den Kampf führen!

Ministerin Ulla Schmidt ist uns wohlbekannt als diejenige, die mit ihrer Gesundheitspolitik dafür gesorgt hat, dass die Gesundheitsversorgung immer mehr ein Privileg für Reiche wird: durch Praxisgebühren, Zuzahlungen oder Streichung notwendiger Medikamente. Sie selbst hat immer gepredigt, dass mehr „Eigenverantwortung“ nötig sei. Man müsse die Kosten selbst übernehmen! Jetzt kommt heraus, dass sie ihren Dienstwagen nebst Fahrer und Sohn 5.000 Kilometer in ihren Urlaubsort Dénia nach Spanien fahren ließ. Sie selbst flog natürlich. Die Begründung, warum sie dort „ihren“ Wagen benötige, lautete, sie habe zwei „dienstliche“ Termine, nämlich einen Besuch beim Bürgermeister und und einen Kurzvortrag vor Rentnern! Da könne sie natürlich nicht mit einem „normalen“ Leihwagen vorfahren.

Nachgeschoben wurde auch die Behauptung, ein „standesgemäßer“ Mietwagen koste 500 Euro am Tag. Ich selbst habe dort vor nicht allzu langer Zeit 18 Euro pro Tag bezahlt, ich kann Ulla Schmidt gern mal die Adresse geben! Es war ein wunderschöner roter Seat Ibiza, aber für Frau Schmidt muss es eine schwarze Luxuslimousine sein, ein Mercedes S420. So sind sie, diese widerwärtigen Poli-

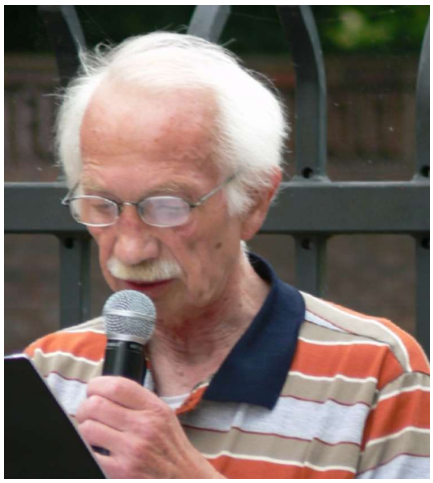
tiker: Öffentlich Wasser predigen, heimlich Wein saufen! Rausgekommen ist jetzt alles nur, weil der Wagen geklaut wurde. Man muss dem Dieb direkt dankbar sein, sonst hätten wir davon nie erfahren, denn 99 Prozent der Untaten unserer Politiker kommen *nicht* raus! Der *eigentliche* Skandal ist aber die widerwärtige Politik von Frau Schmidt. Dafür soll sie zurücktreten!

Porsche-Manager Wendelin Wiedeking kriegt jetzt doch „nur“ 50 Millionen, nachdem schon ein Mehrfaches im Raum stand, und will sogar die Hälfte spenden. Toll, das spart auch Steuern! Gleichzeitig wurde aufgedeckt, dass Porsche 14 Milliarden Schulden durch die Zockerei Wiedekings verloren hat. Normalerweise würde so jemand wie ein Hund vom Hof gejagt, aber der „Herr“ hat ja so tolle Verdienste, dass in den letzten Monaten Tausende von Leiharbeitern ihren Job verloren und dass kämpferische Kollegen einfach entlassen wurden. Der feine Herr scherte sich noch nicht mal um Gerichtsurteile. Wir müssen gegen diese Politiker und Konzernchefs den Kampf führen! Und wir werden immer mehr werden.

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

Am **Freitag**, dem **7. August 2009**, trifft sich um **19 Uhr** die „**Wählerinitiative Wolfgang Lange**“ im „Jugendfreizeitheim Buntentor“, Geschwornenweg 11a. Das Thema lautet: „Was unterscheidet den Wahlkampf der MLPD von dem der bürgerlichen Parteien?“

Das Schweigen über den Krieg der Deutschen in Afghanistan



Seit dem 19. Juli 2009 führt die Bundeswehr einen offenen Krieg mit Panzern und anderen schweren Waffen gegen die Taliban im nördlichen Afghanistan. Angeblich sollte der im Militärjargon „Operation Adler“ genannte Feldzug nur eine Woche dauern, wurde jedoch am Wochenende für verlängert erklärt und am 28. Juli vom ZDF ohne offizielle Bestätigung als beendet vermeldet. Da das Verwirrspiel nun absolut nicht zu durchschauen ist, hier ein kurzes Zitat aus dem „Neuen Deutschland“ vom 28. Juli 2009: „Seit dem 19. Juli kämpfen 300 Bundeswehrsoldaten der Schnellen Eingreiftruppe mit schweren Waffen an der Seite von 900 afghanischen Sicherheitskräften gegen den Feind. Wer immer das auch ist, er stellt sich offen-

bar nicht zur offenen Feldschlacht, sondern weicht aus, gruppiert seine Kräfte um. Um sicher schon in Kürze erneut und überraschend anzugreifen. Wer anderes erwartet hatte, versteht nicht, was mit dem Begriff der asymmetrischen Kriegführung, die man den ‚Terroristen' zuschreibt, gemeint ist."

Um diesen Krieg totzuschweigen, wurde anscheinend eine totale Nachrichtensperre verhängt und uns als prächtige Ablenkung unter anderem spanisches Sommertheater um Ulla Schmidts geklautes Auto und ihre privaten „Dienstfahrten" präsentiert. Der von Anfang an höchst unpopuläre Bundeswehreinsatz sollte wohl nicht mit den neuesten Bildern vom Kampfgeschehen mit womöglich toten Soldaten für noch mehr Verärgerung in der Bevölkerung sorgen. Im Wahlkampf macht sich so etwas überhaupt nicht gut, denn schließlich will der Kriegsminister auch nach der Bundestagswahl noch im Amt bleiben. Da ist es nicht verwunderlich, dass Franz-Josef Jung und sein Generalinspekteur Schneiderhan noch immer nicht von „Krieg" reden wollen.

Das massive Vorgehen der Bundeswehr kann nur schärfstens verurteilt werden! Das ist zugleich auch ein brutaler Angriffskrieg gegen die unschuldige Zivilbevölkerung. Die „Operation Adler" wird die Leiden besonders der Frauen und Kinder völlig sinnlos und unnötig vergrößern, noch mehr Hass erzeugen und die Gewaltspirale weiter anheizen. Dass die Bundeswehr diesen Krieg nicht allein, sondern zusammen mit afghanischen Regierungstruppen führt, macht die Sache um keinen Deut besser!

Die blitzkriegsähnliche Aktion im Rahmen der „Operation andauernde Freiheit" und der „Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe" der Nato ist durch kein Uno-Mandat gedeckt und verstößt damit eklatant gegen das Völkerrecht – gegen die Menschenrechte sowieso! Bei den Bundestagsparteien mit Ausnahme der „Linken" hat sich der Unmut über den verschärften Bundeswehreinsatz bisher leider sehr in Grenzen gehalten. Auch „Friedensbürgermeister" Jens Böhrnsen und die Bremer Abgeordneten von Bundestag und Bundesrat protestierten nicht. Für das „Bremer Friedensforum" ist das große Schweigen um die neue Stufe des Krieges ein Grund mehr, mit Nachdruck den sofortigen Truppenabzug aus Afghanistan zu fordern!

Das „Bremer Friedensforum" erinnert am **Donnerstag**, dem **6. August 2009**, an die **Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki** vor 64 Jahren. Die Veranstaltung findet von **12 bis 13 Uhr** auf dem **Marktplatz** statt. Das „Friedensforum" bittet Teilnehmer und Passanten, Blumen mitzubringen, um das Friedenszeichen zu gestalten. Bei der Aktion spricht Frieder Wagner, Macher des Films „Deadly Dust – Todesstaub. Über die Uranmunition und die Folgen".

Um **20 Uhr** wird in der **Villa Ichon**, Goetheplatz 4, Wagners Film „**Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra**" gezeigt. Die von den USA eingesetzte Uran-Munition ruft verheerende Folgen hervor. In mehreren Kriegen wurde sie schon verwendet: im Irak 1991 und 2003, auf dem Balkan 1995 und 1999 und in Afghanistan. Die zurückbleibenden radioaktiven Staubpartikel erzeugen Krebs, haben missgebildete Babys zur Folge und rufen schwere Störungen der Nieren-

und Leberfunktion hervor. Frieder Wagner steht anschließend für eine Diskussion zur Verfügung.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

„Vielzahl personenbezogener Daten“: Zensursula verweigert Einblick in die Fahrtenbücher ihrer Dienstwagen *(„Stern“)*

Einladung zum Sommerfest

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit fünf Jahren stehen wir im Kampf gegen die Hartz-Gesetze, insbesondere Hartz IV, sowie gegen die gesamte unsoziale Politik der Bundesregierung. Bis jetzt fanden in Bremen 240 Montagsdemos statt. Ob Regen oder Sturm – wir lassen nicht locker! Und wem schwant nicht jetzt schon, was nach den Wahlen auf uns zukommen wird an Abwälzung von Krisenlasten und an neuen Bösartigkeiten?

Aber wir kämpfen nicht nur, wir wollen auch feiern – und zwar am **Samstag**, dem **8. August 2009** ab **14 Uhr** in den **Neustadtswallanlagen**, im Rondell am Südbad. Wie jedes Jahr grillen wir wieder, und es gibt leckere selbstgemachte Salate und Kuchen. Wir brauchen aber noch jede Menge Helfer und Leute, die einen Kuchen backen, einen Salat machen, beim Aufbau helfen – aber auch welche, die mit einem kulturellen Beitrag (Tanz, Lied, Musik, Gedicht – der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt!) unser „Jubiläumsfest“ unterstützen.

Wir haben beschlossen, dass alle Parteien und Initiativen, die die Hartz-Gesetze ablehnen, wie im letzten Jahr die Möglichkeit erhalten, sich mit einem kleinen Infostand (die Größe sollte den Platzverhältnissen angepasst sein) und, wenn gewünscht, einem kurzen mündlichen Beitrag (maximal drei bis fünf Minuten) vorstellen können.

Bitte teilt uns per E-Mail an *Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de* oder unter Telefon 0421/554 337 (Wolfgang Lange) möglichst schnell mit, ob ihr am Sommerfest teilnehmt und ob ihr einen Infostand machen wollt, einen Beitrag habt oder wie ihr das Fest unterstützen wollt (etwa durch Salate, Kuchen Kulturbeitrag). Wir freuen uns auf euch! Mit solidarischen Grüßen.

Initiative Bremer Montagsdemo

Das Bremer „Mayday-Bündnis“ lädt für **Mittwoch**, den **5. August 2009**, um **19:30 Uhr** ins „Konsul-Hackfeld-Haus“, Birkenstraße 34, zu einer **Film- und Diskussionsveranstaltung** mit dem Titel „ **Ende der Vertretung – Emmely und der Streik im Einzelhandel**“.

Die **Bremer Montagsdemo** feiert ihr diesjähriges **Sommerfest** am **Samstag**, dem **8. August 2009**, ab **14 Uhr** in den **Neustadtswallanlagen** im Rondell am Südbad.

Jeden Monat neue Lügen: Es gibt mindestens 6,5 Millionen Arbeitslose in Deutschland *(„Stern“)*

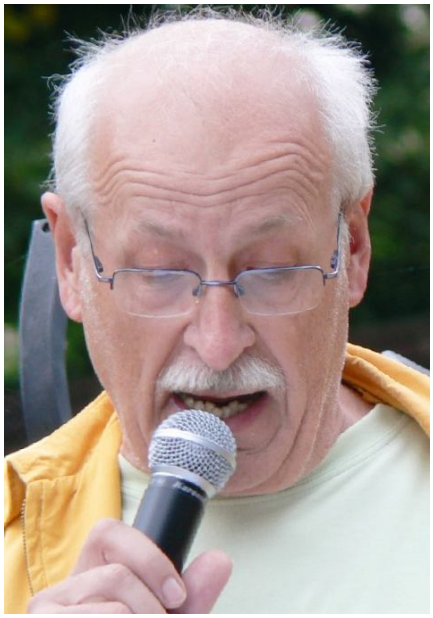
Die amerikanische Notenbank gehört den Banken: Und sie wird die Druckerpresse anwerfen, wann immer Inflation benötigt wird *(„Youtube“)*

Scheiße, Herr Schleimeimer: Jetzt ist Ihnen auch noch einer weggehupst aus Ihrem Flohzirkus *(„Financial Times“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

241. Bremer Montagsdemo am 03. 08. 2009

Einmal Hartz IV, immer Hartz IV



Zum Glück berichten jetzt immer mehr Medien davon, dass es bei den sogenannten Hartz-Gesetzen sehr viele Ungereimtheiten gibt. Ich schildere hier nur einmal ein paar ganz krasse Fälle: Die sogenannten Ein Euro-Jobs verdrängen immer mehr reguläre Arbeitsplätze. Zeitarbeit gleicht Lohndumping und Abschussposten, denn zuerst werden die Zeitarbeiter entlassen. Es gibt eine Stigmatisierung, denn der Arbeitergeber sieht sofort, dass man Hartz-IV-Empfänger ist, und stuft denjenigen deshalb gleich niedriger ein. Das sind schon drei Gründe, warum man nicht mehr auf die Beine kommen kann. Ausnahmen gibt es wie überall.

Ein weiterer Grund ist es, dass man sich nach der regulären Arbeitszeit kaum etwas dazuverdienen darf. Nach Angabe des Hinzuverdienstes wird sofort entsprechend verrechnet und gekürzt. Also bleibt man dadurch auch wieder auf Hartz-IV-Niveau stehen, selbst wenn man sich noch so anstrengt. Einmal Hartz IV, immer Hartz IV! Wer nach einem Jahr Arbeitslosigkeit in Hartz IV fällt, hat ganz schlechte Karten. Das betrifft vor allen die älteren Mitarbeiter, die kaum noch Arbeit finden. Sie steigen dann rapide ab in ihrem Lebensstandard. Wenn sie sich Eigentum angeschafft haben, darf das nicht zu groß sein, sonst gibt es keine Unterstützung.

Mit anderen Worten: Sie müssen erst einmal bedürftig werden, und dann bleiben Sie bedürftig! Ich selbst bin Rentner, und eigentlich brauchte ich gar nicht hier zu stehen, doch sonst würde einer fehlen. Wenn ihr hier stehen bliebet und euch solidarisch zeigtet, wären viel mehr da, die sagen: „Ich bin nicht einverstanden mit euren Maßnahmen!“ Darum, liebe Leute, kommt hierher und zeigt: „Ich mache es nicht mehr mit, dass ihr Arbeitgeber und Politiker uns Menschen immer weiter das Leben erschwert! Deshalb erkläre ich mich solidarisch mit den Montagsdemonstranten!“

Udo Riedel (parteilos)

Perfekter kann eine Nachrichtensperre nicht sein

Normalerweise ist Krieg immer mit erheblicher Geräuschentwicklung verbunden, auch wenn Minister Jung die Panzeroffensive in Afghanistan nicht „Krieg“ nennen will. Nur selten hat es einen Feldzug gegeben, der so lautlos vonstatten ging oder noch geht wie die „Operation Adler“. Es ist noch nicht einmal klar, ob dieser Krieg überhaupt noch stattfindet. Die Medien berichten nicht, die Politiker reden nicht – mit Ausnahme von Minister Jung, der einmal wieder die Bevölkerung von den Taliban befreien und die Demokratie ins Land bringen will. Seltsam ist auch, dass es in diesem Krieg scheinbar keine Toten, keine Verletzten und keine Flüchtlinge gibt.

Das Ganze ist wie ein Phantom, wie eine Fata Morgana im afghanischen Wüstensand. Perfekter kann eine Nachrichtensperre nicht sein! Es soll wohl nicht ins Bewusstsein dringen, dass die Panzeroffensive der Bundeswehr nach dem Luftkrieg 1999 gegen Jugoslawien ein erneuter historischer Einschnitt ist. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg haben deutsche Soldaten in einem anderen Land einen schweren Bodenkrieg geführt! Der Afghanistaneinsatz ist ohnehin von der Bevölkerung mehrheitlich nicht gewollt, und deshalb soll auch nicht wahrgenommen werden, was die Bundeswehr derzeit in Afghanistan so treibt. Das könnte ja die Kriegsparteien im Berliner Parlament erheblich Stimmen kosten!

Apropos Kosten: Der deutsche Militäreinsatz verschlingt jedes Jahr 530 Millionen Euro! Im Verhältnis dazu steht nur ein Viertel dem Wiederaufbau zur Verfügung. Insgesamt hat der Bundeswehreinsatz in Afghanistan seit seinem Bestehen weit über zwei Milliarden Euro gekostet! Um die Bankprofite und die Rüstungsausgaben in die Höhe zu treiben, hat Berlin im Sozialbereich stets *brutalstmöglich* gekürzt. Doch für das Leben wäre dieses Geld weitaus besser ausgegeben als für den Tod, beispielsweise für ein besseres Leben aller Hartz-IV-Betroffenen! Fordern wir deshalb immer wieder: Die Bundeswehr muss raus aus Afghanistan!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Trotz Lautsprecherverbot: Montagsdemo Hannover kämpft seit fünf Jahren gegen Hartz IV *(„Sat 1“)*

Nach dem Arbeitslosigkeitshalbierer kommt der Arbeitslosenbeseitiger

1. Es ist nicht zu glauben: In Bergisch-Gladbach bietet die stadteigene „GL Service gGmbH“ einen Plakatierservice durch Ein-Euro-Jobber an – zum **Dumpingpreis**. Der Bürgermeisterkandidat von CDU und FDP, Lutz Urbach, griff zu und ließ seit Tagen Wahlplakate mit seiner Internetadresse von Ein-Euro-Jobbern der „GL Service gGmbH“ in den Straßen aufhängen. Hier wird mal wieder offenbar, wie leicht Erwerbslose ausgebeutet werden „dürfen“, die dann nebenbei auch noch reguläre Arbeitsplätze vernichten. Es kann wohl niemand behaupten, dass solche Arbeiten gemeinnützig und zusätzlich seien!

Dazu dürfte diese Art der Wahlwerbung wohl kaum noch legal zu nennen sein. Solch eine Aktion ist auch in meinen Augen als unanständig zu bezeichnen und zeigt auf, welch Geistes Kind die Politik der „Christ“-Demokraten und der „Für-wen-frei“-Demokraten sind. Sind die Ziele dieser Parteien wirklich gemeinnützig oder eher als gemeinschaftsschädigend zu begreifen? Für mich ist die Ausbeutung der Ein-Euro-Sklaven jedenfalls ein Paradebeispiel für eine unsoziale Politik! Die „GL Service gGmbH“ gehört zu hundert Prozent der Stadt Bergisch Gladbach und beschäftigt unter dem Deckmäntelchen der Gemeinnützigkeit Ein-Euro-Jobber für Tätigkeiten im „öffentlichen Interesse“. Seit geraumer Zeit nutzt die Stadt nun auch Erwerbslose in der „GL Service gGmbH“ dazu, kommerzielle Plakate aufzuhängen. Sicherlich sind diese Arbeiten nicht nur in den Augen der „Linken“ als grob rechtswidrig zu bezeichnen. Sie werden wohl kaum den Vorgaben des SGB III entsprechen!

Weil die Leistungen praktisch umsonst ausgeführt werden, sind die Träger natürlich nicht mehr zu unterbieten und können die Arbeit der staatlich entlohnten Ein-Euro-Jobber zu unmoralischen Dumpinglöhnen anbieten! Die „GL Service gGmbH“ kann dieses Tätigkeiten nur so billig offerieren, weil sie ihren Beschäftigten nur einen Euro pro Stunde auszahlt. Obwohl dort eine Menge Menschen arbeiten, ist es diesen nicht erlaubt, sich in einem Betriebsrat zu organisieren. Arbeitnehmerrechte „dürfen“ auf diese Weise mal eben ausgehebelt werden. Dies stellt meiner Ansicht nach einen Rückschritt ins 19. Jahrhundert dar, zu Gutsherrenallüren! Mit dieser modernen Form der steuerfreien und „gemeinnützigen“ Sklaverei und Zwangsarbeit macht die Stadt auch noch Gewinn. Ich unterstütze „Die Linke“ mit ihrer Forderung nach der Beseitigung dieser rechtswidrigen Situation!

2. Der Streit um mehr Lohn und besseren Arbeitsschutz für Beschäftigte in Kitas ist offiziell beigelegt. Der Städte- und Gemeindebund erwartet von der Einigung im **Kita-Tarifstreit** eine Mehrbelastung für die Kommunen in Höhe von 500 bis 750 Millionen Euro pro Jahr. Wegen des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren ab 2013 werden dann noch einmal weitere 70.000 Erzieherinnen gebraucht – und müssen bezahlt werden. Leider stimmte auch Verdi dem Kompromiss zu, wonach Erzieherinnen etwa 120 Euro brutto mehr im Monat kriegen und sich die Arbeitsbedingungen verbessern sollen. Ja, die Eltern können in der Tat aufatmen, weil die Betreuung ihrer Kinder nun wieder sichergestellt ist. Sie taten mir auch immer leid, da sich der Streik nie gegen sie richten sollte. Aber schließlich hätte der Arbeitgeber auch früher einlenken können. Können sich die Erzieherinnen nun auch entspannt zurücklehnen? Wie sollte das möglich sein, wenn sie noch immer unterbezahlt bleiben müssen?

Die beruflichen Anforderungen an die Erzieherinnen sind in den letzten Jahren ständig gewachsen. Die meisten Kitas arbeiten inzwischen nach dem Rahmenbildungsplan und sichern Qualitätsstandards in allen städtischen Einrichtungen zu. Die Erzieherinnen belegen die Entwicklungsschritte der Kinder durch eine Lern-Entwicklungs-Dokumentation und öffnen ihr Betreuungsangebot auch für die Unterdreijährigen. Diese benötigen ganz andere Zuwendung, weil sie erst noch laufen und sprechen lernen und intensiverer Körperpflege bedürfen. All diese Anforderungen schlagen sich bisher nicht in der Bezahlung nieder. Auch wenn die Gewerkschaften von einem Teilerfolg sprechen, so sind sie doch unter dem Strich gescheitert, weil sich nichts Grundlegendes an der Unterbezahlung verändert hat!

Es stimmt etwas Entscheidendes nicht, wenn Erzieherinnen schlechter bezahlt werden als die Bediensteten der städtischen Müllabfuhr. Aber wahrscheinlich geht es um das alte Lied der finanziellen Anerkennung sogenannter weiblicher Arbeit. Nicht umsonst bekommen in Deutschland die Frauen auch noch im 21. Jahrhundert im Schnitt ein Drittel weniger Gehalt als Männer. Frauenarbeit wird nicht für voll genommen, je näher sie inhaltlich mit Hausarbeit, also Pflege, Reinigung und Erziehungsaufgaben zu verknüpft ist. Sie soll vermutlich aus Liebe geleistet werden und darf am besten nichts kosten. Schade, dass es sich mit Luft und Liebe allein so schlecht haushalten lässt! Wenn bedacht wird, dass 66 Prozent der Sozialarbeiterinnen in der Jugendarbeit und 20 Prozent in den Gesundheitsdiensten tätig sind, tritt überdies die geringe Bedeutung zutage, die der Jugend und der Volksgesundheit beigemessen wird. Die Politik hat immer noch nicht verstanden, dass eine moderne Familienpolitik nicht zum Nulltarif zu haben ist!

3. In Heilbronn ereignete sich schon wieder ein **Kündigungsprozess** wegen einer Bagatelle. Es ging um den angeblichen Diebstahl zweier Brötchen, weswegen eine 60-jährige Küchenhelferin angeklagt wurde. Dabei zog die Hohenloher Krankenhaus GmbH den Vorwurf zurück, und im Gegenzug erklärte sich die Be-

klagte mit ihrer Kündigung zum 30. September einverstanden. Bis dahin bekommt sie weiter ihr Gehalt und erhält außerdem eine erhebliche Nachzahlung. Im Spind der Küchenhelferin wurden Anfang des Jahres zwei Brötchen entdeckt. Ist das nun ein Verbrechen? Die Beklagte beteuerte, dass ein Auslieferungsfahrer den Mitarbeitern regelmäßig Brötchen geschenkt habe, was dieser allerdings vor Gericht bestritt. Es legt jedoch die Vermutung nahe, dass er nicht auch seinen eigenen Job in Gefahr bringen wollte. Weiterhin wurde der Verdacht genährt, dass sich das Krankenhaus seiner langjährigen Mitarbeiterin entledigen wollte.

Heutzutage scheint dies den Arbeitgebern von Otto und Ottilie Normalverdiener geradezu leicht gemacht zu werden, wohingegen schwerkalibrige Manager nicht ohne zu murren gehen, sondern immer sicher sein dürfen, noch mit einer millionenschweren Summe abgefunden zu werden, obwohl ihnen der nächste wohldotierte Job schon fast nachgeworfen wird. „Mit Vitamin B“ lebt es sich entschieden leichter! Wie wird es die Arge finden, wenn sie erfährt, dass die Küchenhelferin mit 60 Jahren eine Kündigung akzeptierte? Oder bekommt sie von dort gar kein Geld? Wird sie um ihre Einzahlungen in die Arbeitslosenkasse betrogen, weil sie vielleicht einen Partner hat, der „zu viel“ verdient und deswegen für sie mit aufkommen muss? Ob es ihr noch etwas nutzen kann, wenn sie als langjährige Mitarbeiterin nun ein „qualifiziertes Zeugnis mit der Führungs- und Leistungsbewertung ‚gut‘“ erhalten wird? Oder geht sie bei gewichtigem Verlust früher in ihre bescheidene kleine Rente?

4. Der „Spiegel“ weiß sich auch bei seinen Katastrophenmeldungen nicht für eine klare Richtung zu entscheiden. Erst heißt es „Vom Ingenieur zum Tellerwäscher“, wo akribisch die **Chancenlosigkeit** junger Ingenieure beschrieben wird, die als größte Verlierer der Krise feststünden, die Jobs entweder gar nicht erst bekämen oder ihn gleich als erste wieder verlören. Dies sei eine glatte Vollbremsung für die junge Generation, der zum großen Schrecken anstelle einer Akademikerkarriere der steile Absturz in Hartz IV droht. Unternehmen schützten in erster Linie ihre Stammbelegschaft, und die Zahl der freien Stellen schrumpfe gewaltig. Sichere Jobs seien immer seltener. Eine Woche zuvor jedoch blies der „Spiegel“ ins entgegengesetzte Horn und beklagte, dass der Fachkräftemangel die Wirtschaft alarmiere. Demnach warnten Pädagogen vor fehlenden Lehrern, Wirtschaftsverbände beklagten einen massiven Mangel an Fachkräften. Laut BDA und BDI fehlten schon jetzt 60.000 „Spezialisten“ – mit „gravierenden Folgen“ für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Das Problem werde noch zunehmen. Die Fachkräftelücke liege derzeit bei rund 61.000, die durch die Hochschulen bei weitem nicht gedeckt werden könne. Deswegen regt der Philologenverband den verstärkten Einsatz osteuropäischer Lehrer an deutschen Schulen an. Alles nur Arbeitgeberpropaganda, je nachdem, wer gerade bedient werden möchte oder muss? Panikmache ist immer gut!

5. Der Kanzlerkandidat der *Spezialdemokraten,* Frank-Walter Steinmeier, legt in seinem „Deutschland-Plan“ fest, dass er bei einem Wahlsieg vier Millionen neue Stellen in der Wirtschaft schaffen wolle und die **Arbeitslosigkeit** bis 2020 sogar besiegt haben will. Zwei Millionen Arbeitsplätze sollen in der Industrie durch den sparsameren Einsatz von Energie und Rohstoffen sowie die Förderung grüner Schlüsseltechnologien entstehen. Steinmeier träumt davon, dass unter ihm als Kanzler Deutschland zum „Silkicon-Valley umweltschonender Industrieproduktion“ avancieren könne. Eine Million neue Jobs verspricht der amtierende Kanzlerkandidat in der Gesundheitswirtschaft, wo er mehrere Hunderttausend Stellen für Kranken- und Altenpflege bereitstellen will. Eine halbe Million neue Arbeitsplätze sollen in der Kreativwirtschaft entstehen, eine weitere halbe Million in den sonstigen Dienstleistungen und im Handel. Ferner will er eine „Allianz für den Mittelstand“ gründen, in der ihr Wirtschaft, Gewerkschaften und Banken „an einen Tisch“ geholt werden sollen, um Branchen- und Beschäftigungsstrukturen zu sichern sowie die „Kreditklemme“ zu bekämpfen.

Da arbeitslos und erwerbslos nicht das Gleiche bedeutet, dürfen wir getrost davon ausgehen, dass Steinmeier vier Millionen neue Ein-Euro-Jobs schaffen möchte. Das hört sich für mich ganz stark nach Workfare oder irgendeiner anderen Schweinerei von billigen Zwangsjobs an. Oder was sind das für Fantastereien, die an Größenwahn denken lassen? Bei Einführung von Hartz IV sonnte sich der *Spezialdemokrat* Schröder an der Vorstellung, die Arbeitslosenzahlen in drei Jahren zu halbieren. Nun geht der amtierende Kanzlerkandidat sogar so weit, die Arbeitslosigkeit bis 2010 gar beseitigen zu wollen. Zeichnet sich die *Spezialdemokratie* dadurch aus, nicht mehr auf dem Teppich bleiben zu können, oder warum versuchen einzelne Herren mit derartigen Wolkenkuckucksheim-Geschichten offenbar ihre narzisstische Aufwertung zu betreiben? Übrigens, Herr Nullmeier, äh Steinmeier: Die Erde ist eine Scheibe! Oder ist die Meldung etwa ganz anders zu verstehen – dass Herr Steinmeier verspricht im Sinne von *sich* zu versprechen?

6. Nach Ansicht der Wirtschaft könnte die Zahl der Erwerbslosen bei einer besseren Vermittlung durch die **Arbeitsagenturen** deutlich niedriger liegen. Angeblich habe es im Juli 480.000 offene Stellen gegeben, die unbesetzt blieben. Sind das wirklich so enorm viele, bei nur für acht Millionen Erwerbslosen, die eine Stelle suchen? Bei den gegenseitigen Schuldzuweisungen – die CDU habe die nötigen Reformen bei den Jobcentern blockiert und die Betriebe klagten noch immer viel zu häufig darüber, dass die vorgeschlagenen Bewerber dem Stellenprofil nur unzureichend entsprächen – scheint niemandem aufzufallen, dass es nun mal keine Vollbeschäftigung mehr geben wird, wenn die Arbeit nicht auf mehr Schultern verteilt wird! Ganz abgesehen von angebotenen Stellen, die schon lange besetzt sind und nicht aus der Datenbank gelöscht wurden, oder von doppelten Einträgen. Existiert hier noch irgendeine Art von Bodenhaftung? Wenn die Argen „für eine breitere Vermittlung“ viele Erwerbslose durch unsinnige Maßnahmen zu

Hilfsarbeitern degradieren, braucht sich niemand darüber wundern, wenn die vorgeschlagenen Bewerber nicht zum Stellenangebot passen. Müssen sich Arbeitssuchende vom Sachbearbeiter Sätze anhören wie „Wenn Sie glauben, dass Sie von mir Stellenangebote bekommen, sind Sie hier falsch!“, dann braucht sich niemand über den Artikel zu wundern. Ebenso nicht, wenn Rollstuhlfahrer als Dachdecker vermittelt werden sollen, Beinamputierte als Spargelpflücker und Leute mit massiver Pollenallergie in Landschafts- und Gartenbaubetriebe.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die obersten Zwölftausend zahlen keine Reichensteuer

Zunächst möchte ich mich bei Elisabeth bedanken, die meine Kritik an der Ein-Euro-Job-Angstgeschichte gleich aufgenommen hat und darauf eingegangen ist. Ich hätte mir das jedoch etwas intensiver vorgestellt, da ich meine, dass es noch einen weit wichtigeren Aspekt gibt als den, dass die Bagis jeden dazu zu bewegen versucht, dies zu tun – nämlich, den Leuten bewusst zu machen, dass die Bagis einen dazu gar nicht zwingen kann, solange man selbst seiner Mitwirkungspflicht nachkommt. Solange der Hartz-IV-Empfänger dem Bagis-Mitarbeiter deutlich klarmacht, dass man selbst dahinter steht, auch etwas zu erreichen und möglichst schnell wieder aus dem Bezug von Sozialleistungen herauszugelangen, ist die Bagis im Gegenzug wiederum dazu verpflichtet, alles daran zu setzen, was nötig ist, um es geschehen zu lassen – egal, was das sein mag. Nur wenn man selbst dies nicht macht, kann einen die Bagis zu einem Ein-Euro Job zwingen, sonst nicht!

Viel schlimmer, als dass man mit 359 Euro nicht auskomme, ist eigentlich, woher dieses Geld kommt. Man muss daran arbeiten, dass die Quelle des Bezugs geändert wird, denn weder komme ich mit 359, noch mit 10.000 oder auch einer Million im Monat aus, wenn ich es hätte – ich persönlich schon, das soll aber kein Regelzustand sein, nur weil ich der Beweis dessen bin, dass es geht. Es sollte gar nicht einmal um die Summe, den Betrag gehen, den Hartz-IV-ler erhalten, als vielmehr darum, dass nicht mehr die, die wirklich mehr oder weniger hart dafür arbeiten und schwitzen, dafür herhalten müssen. Es müssten vielmehr diejenigen sein, die von der großen Masse der Konsumenten, also nicht aus ihrer eigenen Arbeit, die Supersummen beziehen. Ich möchte hier gar nicht einmal von „verdienen“ sprechen, da ich denke, dass kein Mensch mehr als 100 Euro pro

Stunde mal 80 Stunden pro Woche mal 48 Wochen (einschließlich Urlaub) gleich 384.000 Euro im Jahr durch eigene Arbeit verdienen kann.

Nun kann und sollte man sicherlich auch noch mit eigenen Kreationen und mit Arbeitschaffen für andere weiteres Geld verdienen, doch das dürfte insgesamt sicherlich keine Million jährlich übersteigen. Das Steuersystem müsste so gestaltet sein, dass ein Arbeitnehmer bis zu 20, wenn nicht gar 30.000 Euro jährlich weder Steuern noch Abgaben zahlen muss. Ich habe es anhand von Zahlen des Statistischen Bundesamtes berechnet, es geht! Darüber hinaus wäre die Besteuerung progressiv so weit zu steigern, dass diejenigen, die mehrere Millionen beziehen, weit über 50 Prozent zahlen müssen. Man überlege sich nur einmal, was sie nach Steuerzahlungen übrig haben, trotz hohen Lebensstandards, der ihnen sogar absolut gegönnt sei! Was demgegenüber ein Arbeitnehmer mit bis zu 5.000 Euro monatlich nach Abzug von Steuern, Sozialabgaben und seinen persönlichen Kosten übrig hat, brauche ich wohl nicht vorzurechnen: Jeder weiß, wie viel er hat!

Dann kommt das Thema der Rente, für die erst kürzlich die „Nichtsenkung“ garantiert wurde – was für ein Hohn, da in den Medien gleich noch erklärt wurde, diese Garantie sei natürlich nur eine inoffizielle „Absicherung“ zur Nichterhöhung statt zur offiziellen „Nichtsenkung“. Sinken die Löhne, wie sie es aktuell tun, dann sinken die Renten zwar nicht – doch steigen die Löhne wieder, steigen die Renten *nicht* ebenso. Wann sie aufgrund welcher Fakten steigen mögen, wurde nicht einmal erwähnt. Die „Garantie“ zur Nichtsenkung ist eigentlich nichts anders als eine verarschende inoffizielle Klarmachung, dass sie nicht steigen werden. Somit wird schon vorab „entschuldigt“, was nicht entschuldbar ist, und das noch in Form eines vermeintlichen „Wahlgeschenkes“!

Dazu kommt noch die List der Politiker und ihrer Helfer, das Steuersystem, teils gar unbewusst, so hinzustellen, als sei es sozial äußerst gerecht, da doch diejenigen, die mehr verdienen, auch progressiv mehr zur Steuerzahlung herangezogen würden, was man mit einer hingestellten Statistik glauben kann. Als ich vor circa 15 Jahren meine Umschulung zum Kaufmann machte und diese Themen regelrecht studiert und mich immer intensiver mit Wirtschaft und Politik beschäftigt habe, da lernte ich auch, was man mit Statistiken machen kann. Man kann sie so interpretieren, dass man mit nahezu jeder Statistik, richtig angewandt, zwar nicht alles, aber nahezu alles aussagen kann, was man will. Unsere Steuerstatistik besagt nun, dass das oberste Zehntel unserer Steuerzahler über die Hälfte aller Steuern leistet. Das Dumme dabei ist nur, dass die Reichsten nicht einmal ein Promille ausmachen. Von diesem Zehntel gehören somit ganze 99,9 Prozent noch zum Mittelstand.

Es sind gerade einmal 12.000 Steuerzahler, die über fünf Millionen Euro verdienen, wo der Superverdiener doch wohl erst beginnt. Über diese Zahl kann man sicherlich streiten, doch das ist der Punkt, wo Statistiken aufhören! Diese zahlen laut Statistik im Schnitt gerade 40 Prozent Steuern, obwohl es doch eine Reichensteuer von 45 Prozen ab einer Viertelmillion Euro gibt. Da dies eine

Durchschnittszahl ist, zahlen entweder einige nur 35 Prozent oder sogar überhaupt nichts an Steuern. Das muss anders werden! Wenn man überlegt, dass ein Arbeiter mit 4.000 Euro Monatseinkommen brutto immerhin ganze 42 Prozent Steuern und gut 20 Prozent Sozialabgaben, also nahezu zwei Drittel an Abgaben zahlt, ist das wohl mehr als ungerecht – noch dazu angesichts der Tatsache, was der Gering- bis Mittelverdiener nach Abzug aller Kosten, auch der privaten, noch übrig hat. Den Gutverdienern seien ihre hohen Privatausgaben ja gegönnt. Die Sache schaut vollkommen anders aus, wenn ich noch einige Millionen übrig habe, statt nur noch ein paar Tausend oder gar Hundert Euro, wenn überhaupt: Dann brauche ich nicht einmal groß zu kalkulieren, was ich kann und was geht. Dieser Missstand darf einfach nicht so sein!

Ein Kollege hat neulich gesagt, er sei nicht zur Eingliederung in die EU befragt worden, ob er das will oder nicht. Keiner hier wurde dazu gefragt. Immer wieder wird von CDU und teils auch SPD behauptet, der Volksentscheid auf Bundesebene sei hier nicht zulässig. Das ist so jedoch nicht korrekt: Artikel 20 Absatz 2 Grundgesetz besagt: „Alle Staatsgewalt geht von Volke aus.“ Das rein Technische, wie das in Wahlen geschehen soll, ist dabei sicherlich weniger wichtig, es kann laufen, wie es will. Doch wie soll es möglich sein, dass alle Staatsgewalt von Volk ausgeht, wenn keine Partei, die doch grundgesetzlich zur Willens- und Meinungsbildung der Bürger zuständig ist, diese überhaupt je fragt, was sie wollen, außer sich schlicht für ihre Diäten und Machtspielereien von uns wählen zu lassen – um dann zu sehen, was das Volk eigentlich will, und dies dann entsprechend dem Grundgesetz praktiziert und nicht andauernd dagegen verstößt?

Hier muss ich einmal eine Form von Selbstkritik über diese Demo anbringen. Wir (auch ich) beschweren uns darüber, dass wir nicht gefragt werden, aber fragen wir selbst denn eigentlich? Wir reden hier, beschweren uns und kritisieren alles Mögliche, was ich auch für richtig und wichtig halte, doch fehlt mir bei all dieser Anstrengung und diesem Aktionismus, dass wir doch selbst vielleicht einmal damit beginnen, was wir den anderen vorwerfen. Warum gehen wir selbst nicht hin und fragen die Leute, was sie gern hätten? Wir beschweren uns über die anderen, über die da oben, haben selbst theoretisch die größte Macht, üben sie jedoch nicht aus! Warum machen wir selbst nicht etwas in der Richtung? Ich stelle hier nun die Aufforderung an die Montagsdemo, dahingehend selbst etwas zu organisieren, um den Menschen zu zeigen, dass jeder Einzelne gefragt ist. Praktizieren wir selbst den Artikel 20 Absatz 2 und machen es den Parteien vor – und wenn es sein muss, gehen wir, je nachdem, wer dann vom Volk gewünscht sei, selbst in die Regierung und machen es halt besser! Nicht nur anklagen – selbst auch besser machen!

Pete Ording (parteilos)

Kompetenz im Blutsaugen: Ulla Schmidt ist unverzichtbar für Schleimeimers Flohzirkus *(„Spiegel-Online“)*

Rülps: Die tödliche Leere der Sprechblasen von Sprudel-Merkel *(„Kein CO_2-Endlager“)*

Wir führen den Kampf weiter!

Nach Ullas Dienstwagenaffäre und den katastrophalen Umfragewerten für die SPD holt Steinmeier zum finalen Rettungsschlag aus: Er will vier Millionen neue Arbeitsplätze schaffen und die Arbeitslosigkeit bis 2020 beseitigen. Das hat sich nicht mal Schröder getraut! Der versprach nur eine die „Halbierung“, und selbst das war gelogen.

Die CDU zieht es vor, sich mucksmäuschenstill zu verhalten: Nur keine Fehler machen, bloß nicht auffallen! Entgegen der Wahlkampflügen werden sich die Folgen der tiefen Wirtschaftskrise erst nach den Wahlen richtig zeigen. Dann ist die Staatsverschuldung in Deutschland auf 1,7 Billionen Euro geklettert, die Sozialkassen haben ein Minus von 30 Milliarden, und die absehbaren Folgen lauten: Kürzung von Hartz IV, Lohnsenkung, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Mehrwertsteuererhöhung.

Steil steigt schon jetzt die Zahl der Arbeitslosen. 6,5 Millionen Menschen arbeiten unterhalb der OECD-Niedriglohngrenze von 9,52 Euro in West- und 7,18 Euro in Ostdeutschland, jeder Dritte sogar unter sechs Euro brutto. Trotz Vollzeitarbeit verdient ein Viertel davon weniger als 800 Euro brutto monatlich, die meisten sind Frauen. Es ist eine bewusste Irreführung der Bundesregierung, wenn sie behauptet, das liege an mangelnder Qualifikation: 80 Prozent der im Billiglohnsektor Beschäftigten haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Gegen diese Entwicklungen hat die Montagsdemo vor fünf Jahren den Kampf aufgenommen. Wir führen ihn weiter, jetzt erst Recht!

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste) für die Bundestagswahl 2009

Am **Freitag**, dem **7. August 2009**, trifft sich um **19 Uhr** die „**Wählerinitiative Wolfgang Lange**“ im „Jugendfreizeitheim Buntentor“, Geschwornenweg 11a. Das Thema lautet: „Was unterscheidet den Wahlkampf der MLPD von dem der bürgerlichen Parteien?“

Die **Bremer Montagsdemo** feiert ihr diesjähriges **Sommerfest** am **Samstag**, dem **8. August 2009**, ab **14 Uhr** im Rondell am Südbad in den **Neustadtswallanlagen** an der Delmestraße. Es gibt Gegrilltes, Salate, Kuchen und Getränke zu gemäßigten Preisen, außerdem einen Kinder-Basar und Stände der Parteien gegen Hartz IV sowie des „Umsonstladens“. Ideen für kulturelle Beiträge sind erwünscht.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

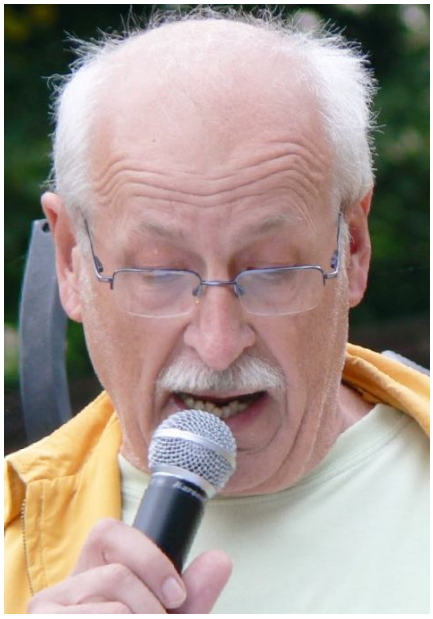
242. Bremer Montagsdemo am 10. 08. 2009

Der Unterdrücker hat weiter nichts

„Der Unterdrücker hat weiter nichts als die Macht, die ihr ihm zugesteht, um euch zu unterdrücken. Woher hat er genügend Augen, euch auszukundschaften, wenn ihr sie ihm nicht selbst liefert? Woher soll er die vielen Arme haben, euch zu schlagen, wenn er sie sich nicht von euch ausborgt? Woher bekommt er die Füße, eure Städte niederzutrampeln, wenn es nicht eure eigenen sind? Wie kann er Gewalt über euch haben, wenn nicht durch euch selbst? Wie könnte er es wagen, euch zu überfallen, wenn nicht mit eurer eigenen Mitwirkung?“

Zuschrift von Jörg Morstein (Sprecher der Initiative AC! Assez – Genug)

Wer setzt sich für meine Belange ein?



Neulich wurde ich doch glatt auf einer Geburtstagsfeier gefragt: „Sagen Sie mal, sind Sie eigentlich ein Prominenter?“ – „Wie kommen Sie denn darauf?“, erwiderte ich erstaunt. – „Na, Sie kennen sich doch ganz gut in der Politik aus, und was Sie so sagen, leuchtet auch ein.“ Das ging eigentlich runter wie Öl, doch dann trat wieder Ernüchterung ein, und ich dachte darüber nach, was ich alles gesagt hatte. Es ging darum, wen man im September seine Stimme geben solle. Ich hatte nur erzählt, wie ich es mache. Das brachte mir so viel Sympathie ein, dass ich es hier gern wiederholen möchte, um vielleicht auch anderen zu helfen, die bei ihrer Entscheidung Schwierigkeiten haben.

Ich hatte meinem Gesprächspartner gesagt: „Wenn du sozial eingestellt bist, musst du eine Partei aus dem linken Spektrum wählen. Bist du aber eher dafür,

das es nur einem Teil der Menschen gut geht, musst du eine Partei aus dem rechtem Spektrum wählen.“ – „Das hört sich zwar gut an, doch wenn sie erst einmal gewählt sind, machen sie, was sie wollen.“ – „Wenn wir es zulassen, aber das können wir mit der Wahl ändern. Wenn ihr mit der Politik, die eure Gemeinde, eure Stadt oder euer Land betreibt, einverstanden seid, gibt es auch keinen Grund, eine andere Partei zu wählen. Geht hin und wählt sie wieder. Ich wähle jedenfalls nur eine Partei, die sich auch für meine Belange mit einsetzt. Das steht im Wahlprogramm. Eine Partei, die sich dann nicht an ihr eigenes Wahlprogramm hält, ist für mich unglaubwürdig.“

Ein weiterer Punkt ist, dass ich danach entscheide, ob diese Partei auch die Fünfprozenthürde nehmen kann. Wählt man diese, obwohl man genau weiß, dass dies nicht zutreffen wird, so ist das zwar eine gewisse Beruhigung, aber später ärgert man sich über eine vertane Gelegenheit. Das soll nicht heißen, dass man kleinere Parteien nicht wählen sollte, nur muss man sich dann auch besonders um ihr Fortkommen bemühen, und das ist viel Arbeit. Man muss sich auch mit den Argumenten der anderen auseinander setzen. Ich gehe danach, welche davon realistisch sind: Was kann machbar sein, was nicht? Realistisch ist es zum Beispiel, dass man auch das Geld erwirtschaften muss, bevor man es ausgibt. Dann gehe ich nach meinen Herzen vor und denke vor allem auch an andere Mitmenschen. Das war es! Nun alles abwägen und hin zur Wahl.

Noch eine Warnung: Wer glaubt, er brauche nicht zur Wahl zu gehen, sollte daran denken, dass die anderen sich schon freuen. Der darf sich mit Recht ein Leben lang ärgern! Wer aber zur Wahl geht, zeigt zumindest, dass er mitgestalten möchte. Sonst gestalten eben die Sieger der Wahl, wie sie wollen, genau wie jetzt. Sollte es so einfach sein, mit solchen Worten prominent zu werden?

Udo Riedel (parteilos)

„Schon lange verfolge ich Ihre Redebeiträge und kann dem inhaltlich nur zustimmen. Ich möchte Sie doch einmal bitten, sich die Sendung ‚Buten un binnen‘ vom 6. August 2009 anzuschauen. Ich war entsetzt, als ich über die ‚Glockenrunde‘ gestolpert bin. Das ist für mich politische Korruption! Nicht jeder Bremer sieht sich ‚Buten un binnen‘ an, deshalb – so meine Meinung – muss dieser Skandal öffentlich gemacht werden. Beteiligt ist unter anderem Staatsrat Schuster.“ *(Zuschrift einer Bremerin)*

Die Macht verkauft: Ostdeutsche leiden unter Hartz IV mehr als unter der Stasi *(„Spiegel-Online“)*

Breites Bündnis gegen Hartz-IV-Sanktionen: Das Existenzminimum darf nicht angetastet werden *(„Financial Times“)*

Warum nicht die eigentlichen Sozialschmarotzer darstellen – Arbeitgeber?

1. Im Kurpark von Bad Nauheim protestieren Langzeiterwerbslose gegen Schikane im Jobcenter. Ein 48-jähriger Mathematiker, der seit sieben Jahren erwerbslos ist, beklagt, dass sich die Kurse von „50 plus“ auf „Kindergartenniveau“ bewegten und nur eine Art von „Beschäftigungstherapie garniert mit Zwangsmaßnahmen“ beinhalteten. Sie bekämen dort so sinnige „Aufgaben“ wie in einem Hundeumriss die Wörter „Hund“ und „Floh“ zu lesen und dann die „Flöhe“ zu zählen! Soll der „Lernerfolg“ etwa darin bestehen, den Erwerbslosen hier die gezielte Demütigung und Beschämung angedeihen zu lassen, indem ihnen vorgeführt wird, auf welches Level sie mit dem Bezug von ALG II abstürzen?

Auch mag der Mathematiker nicht länger zum *Nordic Walking* gehen, befürchtet jedoch bei einem Nichterscheinen die Kürzung seiner Bezüge. Der Geschäftsführer der „Jobkomm Wetterau“ behauptet hingegen, niemanden zum *Nordic Walking* zwangsverpflichten zu wollen, sondern betrachtet dieses Angebot als „Geschenk“, weil Gesundheit ja „eine wichtige Rolle“ spiele. Ist dort ein edler Zyniker in Geberlaune am Werke, der niemals auf die Idee gekommen ist, dass Menschen mit über 40 Jahren und überhaupt Erwachsene selber wissen, was sie ihrem Körper Gutes tun können? Offenbar steht **Entmündigung** ganz hoch im Kurs! Ich glaube kaum, dass dieses „ganzheitliche Konzept“ nur homogenere Gruppen braucht, sondern dass es wie die meisten derartigen „Angebote“ der Verfolgungsbetreuung seine Wirkung zur Wiedereingliederung vollkommen verfehlt! Egal, wie individuell die Erwerbslosen nun Kniebeugen machen oder Aerobic betreiben: Dadurch entstehen für sie keine anständigen Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt! Diese neunmonatige Steuergeldverschwendung sollte schleunigst gestrichen werden.

2. Bremen hinkt mal wieder hinterher und rief bisher nur rund zehn Prozent der möglichen Mittel für den Ausbau der **Kinderbetreuung** ab. In Niedersachsen waren es immerhin 47 Prozent. Bayern und Mecklenburg-Vorpommern legten beim Ausbau der Kindertagesbetreuung im Vergleich das höchste Tempo vor. Für den Ausbau der Betreuungsangebote für Unterdreijährige hat der Bund früheren Informationen zufolge den Ländern vier Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. 2,15 Milliarden stehen über ein „Sondervermögen für Investitionskosten“ bereit. Außer-

dem beteiligt sich der Bund in der Ausbauphase bis 2013 mit 1,85 Milliarden Euro an den Betriebskosten für die Einrichtungen, danach dauerhaft mit jährlich 770 Millionen Euro. Ich kann nur vermuten, dass Bremen sich finanziell mit am Ausbau des Betreuungsangebotes beteiligen muss und sich deswegen mit hanseatischer Zurückhaltung bedeckt hält – beziehungsweise auf solch abenteuerliche Ideen verfällt, Tagesmütter in den Gruppenräumen der Kitas einsetzen zu wollen. Da kann ich mich nur freuen, dass die Arbeitsbedingungen für Tagesmütter derart verschlechtert wurden, dass sich hoffentlich keine für diese „Stellen“ zur Verfügung stellen und mehr Erzieherinnen eingestellt werden, die schließlich dafür ausgebildet wurden!

Eine problematische Haltung – auch weil ich anderen Frauen ihre Arbeitsplätze nirgends nehmen möchte, deswegen jedoch keinen unlauteren politischen Wettbewerb billigen will. Finanzielles „Nadelöhr“ seien in Bremen zudem nicht die Investitionsmittel, die der Bund trage, sondern die laufenden Kosten, die Bremen größtenteils allein schultern müsse. Es ist mir ein Rätsel, wie Bremen es bis zum Jahre 2013 schaffen will, etwa jedem dritten Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz zur Verfügung zu stellen. Doch streiten sich CDU und SPD bereits jetzt um die Quoten. Unter Einbeziehung von Tagesmüttern und Spielkreisen rechnet sich die Sozialsenatorin die Welt schön und streut der Öffentlichkeit mit der Behauptung, bis zum Jahresende 18 Prozent aller Kinder unter drei Jahren betreuen zu können, bewusst Sand in die Augen. Irgendwie müssen doch die hehren Ziele in die Realität gezwungen werden! Unwillkürlich muss ich daran denken, wie sich die Stiefschwestern von Aschenputtel jeweils den großen Zeh und die Fersen abschneiden, nur damit ihr Fuß in den goldenen Pantoffel passt, um als Braut in den Palast des Prinzen heimgeführt zu werden.

3. Letzte Woche brachte das ZDF eine Dokumentation mit dem Titel „Das Leben ist Hartz IV – eine **Reformbilanz**“. Da konnte sie „harmlos“ mit der vermeintlichen Notwendigkeit einer Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe beginnen und weiterhin pseudoliberal so tun, als ob wir uns in einem fairen Sozialstaat befänden, der nur eventuell in weiter Ferne einmal ungerecht werden könnte. Leider, leider gab es da nur „bei der Umsetzung“ Probleme. So darf es denn auch nicht verwundern, dass ausgerechnet einer der wenigen Arbeitsverweigerer als Paradebeispiel vorgeführt wurde, dem es nach elf Jahren Stütze nicht mehr gegönnt sein soll, weiterhin auf der faulen Haut zu liegen, der „aktiviert“ wird und trotzdem zu spät zum Vorstellungsgespräch erscheint. Warum über die Arbeitswilligen und gut Ausgebildeten nicht berichtet wird, erläutert eine E-Mail an die „Nachdenkseiten“, wo im Prinzip schon damit gerechnet wurde, dass vor der Wahl eine neue Hetzkampagne gegen Hartz-IV-Bezieher und Langzeiterwerbslose gestartet wird. Dies ist nun in aller Subtilität eingetroffen.

Das Perverse: Es gibt viele, die ernsthaft annehmen, dass der Beitrag ausgewogen beide Seiten – pro und contra – beleuchtet hätte! Dabei war es mal wieder Manipulation und die Pflege lang gehegter Vorurteile par excellence. Der Ruf

von Hartz IV sei eindeutig schlechter als die Sache selbst: Das ist doch die glasklare Aussage, was dieser Bericht vermitteln soll! Schön, dass zwei Schülerinnen mit ihren Familien à la „Jugend forscht“ ausprobieren, wie es sich mit Hartz IV „leben“ lässt, nämlich nur mit knallharter Selbstbeschränkung. Nach einem halben Jahr kamen die taffen Mädels zu dem Schluss, dass es sich von Hartz IV leben lasse und keiner verhungern müses. Dass einige ALG-II-Bezieher davon sehr wohl bedroht sind und dies nicht bloß, weil sie die Aufnahme von Zwangsarbeit verweigerten, wird natürlich verschwiegen. Selbstverständlich spricht niemand von den Zwangsumzügen, die viele existenziell bedrohen, von den entwürdigenden „Tafeln“ und Sozialkaufhäusern für Ausgegrenzte, Überflüssige, schlicht „Lebensunwerte“!

Als besonderes „Förder“-Bonbon bekamen ALG-II-Bezieher ganze 200 Stunden Fortbildung für die „Pflege von Demenzkranken“. Das ist ja eine famose Alternative, um sich das Geld für Altenpfleger sparen zu können, um noch mehr Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vernichten und den Dementen eine adäquate Pflege vorzuenthalten! Hartz IV als Förderung, dass ich nicht lache: Das kommt doch nur im Ausnahmefall einmal vor, wohl kaum bei 1.400 Euro brutto als Alltagsbegleiterin. „Sozialschmarotzer“ will niemand sein, mensch wird aber vorschnell dazu gemacht! Angeblich bekommen „nur“ 6,5 Millionen Menschen das ALG II – auch Menschen, die Vollzeit arbeiten. Kein Ton ist davon zu hören, dass sich viele Probleme durch einen vernünftigen Mindestlohn lösen ließen! Was mich auch immer wieder stört: Warum werden eigentlich nicht Arbeitgeber dargestellt, die doch die eigentlichen Sozialschmarotzer sind? Warum wird der Lohn von 1.400 Euro für die Betreuung von Demenzkranken nicht kritisiert? Ein derart anspruchsvoller und anstrengender Job sollte unserer Gesellschaft schon 3.000 Euro als Minimum wert sein!

Moniert wurde auch die hohe Anzahl an Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide, die darauf zurückgeführt wird, dass Klagen gegen Hartz IV nichts kosteten und es deswegen alle Seiten darauf ankommen ließen. „Die Argen sind von Kunden und Dienstleistungen noch weit entfernt“, aber die Erfolge seien da, gäbe es mehr Arbeitsvermittlung. Hartz IV sei gut gedacht, aber schlecht gemacht. Die haben es einfach nicht begriffen! Dass eine Reform dieser vermaledeiten Reform auch nichts mehr bewirken kann, ist klar. Theoder W. Adorno formuliert in den „Minima Moralia“: „Es gibt kein richtiges Leben im Falschen.“ Von einer kritischen Reflexion der Hartz-IV-Gesetzgebung und ihrer gesellschaftlichen und sozialen Folgen war nicht einmal ansatzweise etwas zu bemerken. Mit dem Zweiten vertuscht es sich besser, wie in Deutschland systematisch und mit vollen Händen von unten nach oben abgeschöpft wird!

4. In Oberhausen wurde der vierfache Familienvater Mohammed S. am 5. Juni 2009 gefeuert, weil er sein Handy unerlaubt mit Firmenstrom auflud. Die Kündigung wegen 0,00014 Euro sorgt derzeit vollkommen zu Recht für Wirbel. Mohammed S. arbeitete über 14 Jahre für die Dichtungsfirma, aber offensichtlich war

er dort nicht mehr wohl gelitten. Wie ein Fachingenieur errechnete, wurde er allen Ernstes wegen 14 Tausendstel Cent gefeuert, beziehungsweise wurde daraus ein Anlass gebastelt. Im Kündigungsschreiben unterstellte ihm der Arbeitgeber auch noch Betriebsspionage, weil Mohammed S. eine Arbeitsmaschine fotografierte, um sie seinem Sohn zu zeigen. Ob sich der Arbeitgeber wohl zu viele James-Bond-Filme ansah und nun die Realität nicht mehr von der Fiktion unterscheiden kann? Der erste Gerichtstermin blieb vorerst ohne Ergebnis, obwohl S. darin einwilligte, nie wieder den kostbaren Firmenstrom für sein Handy anzuzapfen, wenn die Kündigung zurückgenommen werde. Weil der Chef sich darauf nicht einließ, wird es im Oktober zu einem zweiten Verhandlungstermin kommen. Erst fliegt in Berlin eine Kassiererin wegen angeblich einbehaltener Pfandbons im Wert von 1,30 Euro, jetzt der Angestellte wegen des Handy-Stroms? Wer kommt als nächstes dran? Vielleicht der Bäcker, dem Mehlstaub am Profil seiner Schuhsohlen haftete, als er nach Hause fuhr, der also offensichtlich ein Gramm Mehl gestohlen hatte?

Wer es noch nicht verstanden haben sollte: In Deutschland werden Manager, die ein Unternehmen an die Wand fahren und Hunderte oder sogar Tausende von Angestellten nach einem Jahr in den Abgrund von Hartz IV stoßen, mit einem goldenen Handschlag in Millionenhöhe verabschiedet. Wer sich hingegen kleinster **Bagatellschäden** auch nur schuldig zu machen scheint, wird mit einem harschen Fußtritt ins soziale Aus befördert. Die Gesetze sind so beschaffen, dass die Oberen, ob sie nun Ulla Schmidt oder Klaus Zumwinkel oder sonstwie heißen, mit Kusshand in die Unschuldsvermutung verabschieden oder schlimmstenfalls mit einer Bewährungs- oder Geldstrafe von ein paar Milliönchen aus der Portokasse belastet werden. Die Kleinen hängt man, und die Großen lässt man laufen! Die Kleinen sollen endlich wieder lernen, was es heißt, zu kuschen und ständig Angst um Job und Existenz zu haben. Dann haben Gutsherrenallüren endlich wieder freie Bahn, und die Demontage der Arbeitnehmerrechte kann ungetrübt weiter voranschreiten. Schlimm genug, dass es so etwas Undemokratisches wie eine Verdachtskündigung überhaupt gibt, deren Opfer offenbar die Kassiererin Emmely in Berlin wurde. Aber in Wirklichkeit soll hier bestimmt ihre Gewerkschaftstätigkeit und Streikaktivität bekämpft werden, damit auch der Letzte begreift, was ein Aufmucken, ein Eintreten für eigene Rechte bedeuten kann. Dahin kann es aber nur kommen, wenn sich viele nicht mehr wehren. Ich bleibe dabei: Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!

5. Die großen Entwürfe für die „Weiterentwicklung“ von Gerhard Schröders Agenda 2010 liegen noch in den Schubladen. Schließlich sollen die Wähler vor dem 27. September nicht allzu sehr verschreckt werden. Doch ein paar Appetithäppchen werden bereits jetzt serviert: Die bevorstehende Erhöhung der **Krankenkassenbeiträge** sowie die Einstimmung auf flächendeckende Altersarmut. Dafür soll vermutlich auch die Schweinegrippe herhalten. Trotz meist harmloser Krankheitsverläufe, die sich von einer normalen Grippe kaum unterscheiden, bereitet

der Staat eine flächendeckende Massenimpfung vor. Nutznießer davon sind wohl kaum die Bürger, sondern die Pharmakonzerne. Die geplante Impfung wird sehr viel Geld kosten und wahrscheinlich als Grund dafür missbraucht werden, die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen. Der Staat will sich immer weiter aus seiner Pflicht und Verantwortung für die Bürger zurückziehen und ihnen immer weitere Kosten privat aufbürden, die sich die einen leisten können, immer mehr aber nicht. Ob sich der Erreger durch die Massentierhaltung von Schweinen gebildet hat oder nur nach denjenigen benennt, die sich diesen Schweinkram zur Massenhysterie ausgedacht haben, sei dahingestellt.

Wenn in den Vorjahren immer wieder Millionen Grippekranke in Deutschland ärztliche Hilfe in Anspruch nahmen, war das eine Routineangelegenheit des Gesundheitssystems. Jetzt wird der jährlich zu erwartende Durchzug der Influenza-Pandemie offenbar unter jeweils neuem Namen zu einer werbewirksam drohenden Katastrophe aufgeblasen. Die Pharmabranche zeigt jedenfalls, dass sie längst weiß, wie die öffentliche Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen gelenkt werden kann. Sie demonstriert uns gerade, dass eine „Schweinegrippe aus Mexiko“ deutlich mehr wahrgenommen wird als die übliche alljährliche „Grippewelle“. Mediziner warnen vor möglicherweise schweren Nebenwirkungen der geplanten Impfung gegen die sogenannte Schweinegrippe. „Was wir hier erleben, ist ein Großversuch an der Bevölkerung“, sagte der Herausgeber des pharmakritischen „Arznei-Telegramms“, Wolfgang Becker-Brüser. Die Sicherheitstests für das Serum seien viel zu gering. Der Bremer Pharmakologe Peter Schönhöfer erinnerte daran, dass in den USA bereits in den 70er-Jahren ein Impfstoff wegen schwerer Nebenwirkungen zurückgezogen werden musste. Der jetzige Impfstoff sei „nach demselben Strickmuster“ gebaut.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Kinderschänder!

Dass Deutschland nach den bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege schon wieder eine stinknormale Kriegsmacht geworden ist, wissen wir spätestens seit den verstärkten Bundeswehreinsätzen in Afghanistan. Über Ausmaß und Auswirkung der Kampfhandlungen zum Beispiel mit Uranmunition wird entweder total geschwiegen oder gelogen, was das Zeug hält! Die Bundeswehr übte schon in den 1970er Jahren mit dieser auch von Rheinmetall hergestellten Munition. Auch in der ehemaligen US-Garnison Garlstedt vor den Toren Bremens verschossen die amerikanischen Streitkräfte 1985 übungshalber Uranmunition. Heute führen sie damit Krieg.

Doch ist in keiner Zeitung zu lesen, und auch aus den TV-Medien ist es nicht zu erfahren, welch bestialischen Auswirkungen der Einsatz der „Depleted-Uranium“-

Granaten auf die Menschen hat. Uranmunition wird aus den Abfallprodukten der Atomkraftwerke hergestellt. Sie ist zur hellen Freude hochrangiger Militärs eine sehr effiziente Waffe, die sich blitzschnell durch dicken Stahl und Beton hindurchbohrt. Im Inneren von Panzern, Bunkern und auch mehrstöckigen Gebäuden vernichtet sie in Sekundenbruchteilen durch die dann stattfindende 1.000 Grad heiße Explosion alles Leben. Durch den freiwerdenden hochgiftigen und radioaktiven Feinstaub hinterlässt die Munition große Strahlenschäden in der Umgebung.

Weite Gebiete im früheren Jugoslawien, im Irak, in Afghanistan und im Gazastreifen, wo die israelische Armee Anfang des Jahres ebenfalls DU-Munition einsetzte, sind völlig verstrahlt und eigentlich nicht mehr bewohnbar. Die Halbwertzeit der besonders giftigen Variante beträgt 5,4 Milliarden Jahre! Im Irak liegen auf den Schlachtfeldern beider Golfkriege nach wie vor die verstrahlten Panzerwracks herum und dienen den unwissenden Kindern als Abenteuerspielzeug – mit all den verheerenden Folgen!

Filmemacher Frieder Wagner hielt am Hiroshima-Gedenktag auf dem Bremer Marktplatz eine aufrüttelnde Rede zu diesem Thema. Er bereiste die Kriegsgebiete im Irak, Serbien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo und zeigte am Abend seinen für den WDR produzierten Film „ Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra“ in der „Villa Ichon“. Die Ursachen für extreme Missbildungen bei Mensch und Tier seien nicht mehr Tschernobyl, Hiroshima oder Nagasaki, sondern die Anwendung von Uranmunition und Uranbomben durch die alliierten Streitkräfte in den vergangenen fünf Kriegen und in dem Krieg Tel Avivs im Gazastreifen.

Uranmunition und Uranbomben seien die wohl furchtbarsten Waffen. Sie führten die Menschheit unweigerlich in den Abgrund, denn eine der Folgen der Anwendung von Uranwaffen sei, dass es bei Mensch und Tier zu Chromosomenbrüchen käme und so der genetische Code verändert werde. Diese wissenschaftliche Tatsache habe schon vor Jahrzehnten der amerikanische Arzt und Nobelpreisträger Dr. Karl Muller herausgefunden. Im ersten Irakkrieg 1991 hätten die alliierten Streitkräfte mindestens 320 Tonnen dieser Uranmunition verschossen. Aus einer vertraulichen Mitteilung des britischen „Verteidigungsministeriums“ gehe hervor, dass schon die Anwendung von 40 Tonnen zu 500.000 Nachfolgetoten durch hoch aggressive Krebstumore und Leukämien führe. Der große Atomkrieg muss also nicht erst beschworen werden – er ist längst da!

Das Thema „Uranmunition und die Folgen“ sei, so Frieder Wagner, schon lange zu einem Tabuthema geworden. Nicht die Klimakatastrophe sei die unbequeme Wahrheit, sondern die furchtbaren Folgen der Uranmunition. Am Schluss seiner Rede kommt die eindringliche Warnung: „Ich prognostiziere an dieser Stelle, dass von unseren Tausenden eingesetzter Soldaten im Kosovo und in Afghanistan, und das gilt für alle dort stationierten Soldaten, etwa dreißig Prozent durch

Uranmunition kontaminiert nach Hause kommen werden. Diese jungen Soldaten werden alle mit ihren Ehefrauen und zukünftigen Ehefrauen Kinder zeugen und ohne es zu wissen ihre Kontamination an ihre Kinder und Kindeskinder weitergeben, mit allen furchtbaren Folgen von Missbildungen, Immunschwächen, Leukämien und Krebstumoren."

„Die Linke" hatte im Bundestag am 7. April 2008 die Frage nach Lagerung und Einsatz von Uranmunition gestellt, doch die Bundesregierung stellte sich blind und taub. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, antwortete, dass ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Verwendung dieser Munition und den zerstörerischen Schäden auf die menschliche Gesundheit „nicht gegeben sei". Da bleibt einem doch glatt die Luft weg! Dass Berlin auch Kenntnis seitens der Bundeswehr von der Verstrahlung deutscher Soldaten erhielt, wurde dort ebenfalls verneint. Führt etwa das DU-Thema in Regierungskreisen schon zu fortschreitender Demenz? Da bleibt nur noch ein Fazit: Urangeschosse und Uranbomben sind Atomwaffen! Sie sind durch die Uno weltweit zu ächten! Produktion, Lagerung und Export sind zu verbieten! Wenn wir sie nicht abschaffen, dann schaffen sie uns ab!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

Die **Bremer Montagsdemo** am **17. August 2009** beginnt um **17:30 Uhr** ausnahmsweise auf dem **Hanseatenhof**. Grund: Auf dem Marktplatz hat Schnatterinchen mal wieder die Haare schön. Es empört uns, dass wir den Marktplatz nicht zur Montagsdemo nutzen dürfen, obwohl der Wahlkampfauftritt der CDU-Vorsitzenden erst zwei Stunden später beginnt! Demokraten aufgepasst: Für 19:30 Uhr ist auch ein Nazi-Flashmob am Körnerwall vor dem Sielwallhaus angekündigt. Kein Fußbreit den Faschisten!

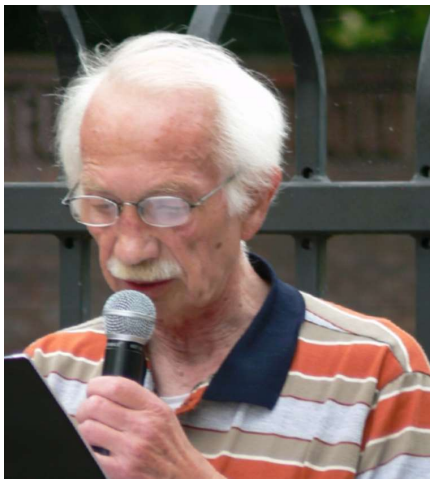
Kleinbürgerlicher Anarchismus: „Ich warte, dass es Steine regnet" *(„Arte")*

Im Schlafwagen an die Macht: Merkels Kuschelwahlkampf mit dem Rheingold-Express *(„Rheinische Post")*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

243. Bremer Montagsdemo am 17. 08. 2009

Auch die Kanzlerin gehört vor ein Kriegsverbrechertribunal!



Zu meinem letzten Montagsbeitrag zum Thema Uranmunition gibt es noch einiges nachzutragen: Die Gefahren dieser Teufelswaffe waren seit dem 1991er Golfkrieg und dem Krieg gegen Jugoslawien 1999 auch den damaligen und heutigen deutschen Politikern hinreichend bekannt. Das ist eindeutig nachgewiesen! Wer 2003 für einen erneuten Golfkrieg gestimmt hatte, musste wissen, dass mit dem massenhaften Einsatz dieser Waffen zwingend zu rechnen war und damit ein gigantisches Kriegsverbrechen begangen werden würde. Damals stimmten unter anderem auch die ach so „christlichen“ Demokraten Angela Merkel und Franz-Josef Jung dafür.

Sie können sich jetzt nicht herausreden, indem sie behaupten, von alldem nichts gewusst zu haben. Sie alle werden sich eines Tages für die Folgen ihres sträflichen Verhaltens verantworten müssen! Die neuere unabhängige Forschung hat nämlich unwiderlegbar bewiesen, dass vor allem Soldaten, Kinder und Jugendliche einer schweren Gefährdung ihres Lebens ausgesetzt sind, von der lebenslangen Traumatisierung gar nicht zu reden. Dies gilt besonders für die Menschen im Irak, in Afghanistan und im Kosovo, um nur einige Kriegsregionen zu nennen. Alle diejenigen, die das zu verantworten haben – sei es nun als Schreibtischtäter oder als Mitwisser – gehören samt und sonders vor ein Kriegsverbrechertribunal!

Frieder Wagner, Filmemacher und Grimme-Preisträger, sagte am 6. August 2009 während seiner Rede auf dem Bremer Marktplatz sinngemäß: So vernichten sie unseren Lebensraum und den unserer Kinder und Kindeskinder, und diese werden uns, die das zugelassen haben, eines Tages dafür zu Recht verfluchen! Wir, das Volk, müssen deshalb den Politikern klarmachen, warum wir ihnen in ihrer Politik nicht folgen und sie nicht wählen werden. Sie sind nicht unsere Staatsmänner, Regierungsmitglieder und Abgeordneten, denn sie sind zu Marionetten der wahren Machthaber und Massenmörder verkommen!

So ist es. Und diese Leute sind es schließlich auch, die immer größere Teile der Bevölkerung in Armut und Hartz-IV-Verzweiflung getrieben haben und weiter treiben werden. Auch die Hartz-IV-Opfer sind traumatisiert! Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die „neue“ Bundesregierung nach den Wahlen ihren Kriegskurs nach innen wie nach außen noch verschärfen wird – wenn wir sie nicht durch anhaltenden Widerstand und Protest daran hindern! Ich jedenfalls werde am 27. September 2009 CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne *nicht* wählen und empfehle: Keine Stimme für die Kriegsparteien!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Das „Bremer Friedensforum“ ruft auf zur **Mahnwache** gegen die **Rüstungshochburg Bremen** am **Freitag**, dem **21. August 2009**, von **12 bis 13 Uhr** an der **Domsheide**, vor dem „Kapitel 8“

Die systematische Verarmung weiter Bevölkerungsschichten ist ganz einfach demokratiefeindlich!

1. Bereits im August 2005 schrieb der „Arbeitskreis Arbeitslosigkeit“ der IG Metall Berlin in einer veröffentlichten Publikation, dass ALG-II-Bezieher inzwischen nicht nur damit beschäftigt werden nachzuweisen, dass sie Arbeit suchen, die es nicht gibt, sondern auch noch zusätzlich damit belastet, umzuziehen beziehungsweise kostengünstige Wohnungen zu suchen, die ebenfalls nicht existieren. Die Richtwerte vor August 2005 für „angemessene“ **Bruttokaltmiete** betrugen für einen Einpersonenhaushalt 360 Euro, für zwei Personen 444 Euro, für drei Personen 542, für vier 619 und für einen Fünfpersonenhaushalt 705 Euro. Vier Jahre später ist lediglich der Richtwert für den Einpersonenhaushalt um 18 auf 378 Euro angestiegen, während er bei allen anderen gleich niedrig blieb.

Für „Härtefälle“ besteht eine Überschreitungsmöglichkeit von bis zu zehn Prozent. Leider wird die dezente Erhöhung bei den Einpersonenhaushalten durch die Preissteigerung aufgehoben! Weil der Richtwert für Mehrpersonenhaushalte nicht angehoben wurde, erfolgte hier demnach eine reale Absenkung der Bruttokaltmieten. Entsprechend kann auch bei der Hartz-IV-Regelleistung seit 1. Ja-

nuar 2005 (in Höhe von 345 Euro) bis zum 1. Juli 2009 (in Höhe von 359 Euro) nur von einer real und objektiv betriebenen darwinistischen Absenkung der staatlichen Sozialleistungen für die Menschen in Lohnarbeit, Arbeitslosigkeit und Armut gesprochen werden. Dies liegt selbstverständlich im gesellschaftspolitischen Kapital- und Systeminteresse und drückt zugleich die Arbeitslöhne weiter nach unten. Die Hartz-Gesetze sind demnach staatlich organisierter Betrug, mit dem Ziel der Profitmaximierung für Unternehmer, Entrechtung der Angestellten!

2. Der Präsident des Bundessozialgerichts, Peter Masuch, hat sich für mehr **Pauschalierungen** bei Hartz IV ausgesprochen. Er beklagt, das Sozialgesetzbuch II leide unter einer zu schweren Last an Details. Seiner Meinung nach müsse der Gesetzgeber viele Punkte vereinheitlichen, damit die Sozialgerichte der Flut der Einzelentscheidungen entgehen können. Masuch betonte jedoch, dass eine solche Pauschalisierung nicht zulasten der Langzeiterwerbslosen dürfe. Seiner Meinung nach müsse dies auch gar nicht geschehen, weil dann weniger verwaltet und geprüft werde und das ganze System effizienter wäre. Er kritisierte, dass von den 17 Millionen Hartz-Bescheiden 170.000, also ein Prozent, vor Gericht landeten.

Peter Masuch ist ja niedlich, oder wie sollte eine derartige Naivität sonst bezeichnet werden? Der Regelsatz ist doch schon pauschalisiert, und das Einzige, was noch pauschalisiert werden könnte, sind die Kosten für die Unterkunft. Da gibt es ja bereits Bestrebungen, die ganz bestimmt nicht zu unserem Nutzen sind! Nach meiner Erfahrung gehen Pauschalisierungen immer zulasten der Betroffenen, weil sie grundsätzlich zu niedrig angesetzt werden und dann eben nicht bedarfsgerecht auf die vielen sogenannten „Einzelfälle“ eingegangen werden kann. Wenn das erst mal durchkäme, könnten die Pauschalen nach Herzenslust rauf- und vor allem runtergesetzt werden. Wehret den Anfängen! Was also heißt dann schon „angemessene Miete“?

3. Die Chancen von Erwerbslosen auf einen raschen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt sind deutlich gesunken. Während es 2006 noch fast jedem fünften Arbeitnehmer gelang, nach einer Kündigung nahtlos eine Anschlussbeschäftigung zu finden, glückte dies im vergangenen Jahr nur noch jedem Achten. Als ob sie davon keinen Wind bekommen hätte, weitete die Arbeitsagentur im selben Zeitraum ihre Sanktionen deutlich aus, „weil“ sich Arbeitnehmer nach Ende eines Beschäftigungsverhältnisses nicht sofort arbeitssuchend meldeten und daher für eine (nicht zu tätigende) Vermittlung nicht zur Verfügung stünden. Die Zahl der **Sperrzeiten** aufgrund verspäteter Meldung verdoppelte sich auf fast 300.000!

Es ist nicht zu fassen, wie an Erwerbslosen gespart wird, wie sie persönlich für den allgemeinen Stellenabbau bestraft werden, der als ein gesellschaftliches Problem angegangen werden müsste. Seit 2003 müssen sich Beschäftigte unverzüglich persönlich arbeitssuchend melden, wenn ihr Arbeitsverhältnis endet, um ihre Ansprüche auf Arbeitslosengeld in voller Höhe zu wahren. Seit 2005 müs-

sen sie die Arbeitsagentur sogar drei Monate *vorher* informieren. Was nicht alles unternommen wird, um die Statistik aufzuhübschen! Es ergibt ja auch Sinn: wenn Erwerbslose schon immer länger auf eine neue Arbeitsstelle warten müssen, dann sollen sie sich wenigstens viel eher um eine nicht existente bemühen müssen!

4. Gerade kurz vor der Bundestagswahl ist das Bedürfnis groß, die Arbeitslosenzahlen so tief zu drücken wie nur irgend möglich. Es verschwanden jetzt sogar immer mehr Langzeiterwerbslose aus der Arbeitslosenstatistik, weil die Arbeitsagenturen sie allen Ernstes für „dauerhaft geistig behindert“ erklärten. Da sie als schwer vermittelbar galten, wurden sie einfach in Behindertenwerkstätten abgeschoben. Weil anstelle von ärztlichen Untersuchungen nur ein schriftlicher „Test“ durchgeführt wurde, der den Gummibegriff abklären soll, ob die Probanden auf dem Arbeitsmarkt noch „konkurrenzfähig“ seien, ist hier meiner Meinung nach von Amtsanmaßung und Amtsmissbrauch zu sprechen!

Letzte Woche schilderte das Politmagazin „Monitor“ den fast unglaublichen Fall einer 40-Jährigen, die jetzt wider Willen als „geistig behindert“ gilt. Wenn hier mal eben so auf die Schnelle einfach aus der Statistik gedrängt werden „darf“, kann dies nur nach der Devise laufen: Zweckmäßigkeit ohne jegliche Rücksicht auf Verluste! Offenbar erteilt sich das deutsche Politsystem die „Lizenz zum Lügen und Betrügen“ selbst, weil nun mal nicht sein kann, was nicht sein darf. Gehen den Behindertenwerkstätten eigentlich die Behinderten aus, oder warum machen die so etwas mit? Werden sie mit Fördergeldern überreichlich ausgestattet, weil sie nun ebenfalls an einer der segensreichen „Maßnahmen“ mitwirken?

Ich denke, wir können uns getrost von dem Gedanken verabschieden, dass Kirche, „Caritas“, „Rotes Kreuz“ und sonstige Einrichtungen aus reiner Nächstenliebe mildtätig agierten: Solange der Rubel nicht rollt, bewegt sich gar nichts, basta! Wenn also die Möglichkeit geschaffen wird, an Erwerbslosen Geld zu verdienen, warum sollte diese dann nicht auch mittels ach so fördernder „Maßnahmen“ genutzt werden? Warum bleiben die Betroffenen nicht einfach zu Hause, statt in die Werkstatt zu gehen? Nach deutscher Rechtsauffassung sind geistig Behinderte ja nicht strafmündig und dürfen demnach auch nicht sanktioniert werden!

Spaß beiseite: Es würde mich schon interessieren, nach welcher gesetzlichen Grundlage die Einteilung der erwerbslosen Bevölkerung in „behindert“ und „nicht behindert“ ausgerechnet in den Aufgabenbereich dieser perfidesten aller Behörden fällt. Aber es scheint eine sehr effiziente bis perfekte Lösung zu sein, um die Arbeitslosenzahlen zu minimieren. Damit niemand auf die Idee kommt, es nicht „nur“ bei der Entsorgung von Zahlen zu belassen, sondern dies auch auf die dazugehörigen Erwerbslosen auszuweiten, darf dieses Vorkommen nicht einfach so zu den Akten gelegt, sondern muss beobachtet und immer wieder Ziel des Protestes werden! Es ist ungeheuerlich, dass sich eine Behörde erdreistet, Menschen eine geistige **Behinderung** anzudichten, nur weil sie erwerbslos sind! Im

Umkehrschluss bedeutet dies: Wer keinen Job hat, muss geistig behindert sein, sonst hätte er ja einen!

5. Jeden Monat wird in diesem Land zigtausenden Erwerbslosen mit Sanktionen das Existenzminimum gekürzt oder sogar gestrichen, weil sie Forderungen der Jobcenter nicht erfüllt haben oder weil ihnen dies unterstellt wird. Im Jahr 2008 wurden über 780.000 derartige Sanktionen verhängt. Ist schon der rigide Hartz-IV-Sanktionsparagraf mehr als problematisch, so führt die katastrophale Personalsituation in den Jobcentern zu einer Praxis, die für die Betroffenen unzumutbar ist. Von den 2008 eingelegten Widersprüchen gegen Sanktionen waren 37 Prozent erfolgreich, von den eingereichten Klagen 65 Prozent. Die Auswirkungen von **Sanktionen** werden dadurch verschärft, dass Widersprüche keine aufschiebende Wirkung haben, das heißt, die Menschen müssen, auch wenn sie nach gerichtlicher Kontrolle letztlich Recht bekommen, unter den Sanktionen leiden.

Es ändert sich nur, dass beide Seiten wieder gleichberechtigt miteinander reden müssen, dass Eingliederungsvereinbarungen nicht als einseitige Vordrucke mit endloser Sanktionsandrohung unterschrieben werden müssen, dass Arbeitslose nicht Angst vor dem finanziellen Absturz haben müssen, wenn sie über ihren Lohn verhandeln oder eine Maßnahme ablehnen wollen, die für sie keinen Nutzen bringt. Die Mitarbeiter der Behörde könnten sich wieder auf echte Vermittlungs- und Beratungsarbeit konzentrieren, statt unrealistische Vorgaben zur Kostensenkung und Statistikverschönerung einhalten zu müssen. In der Öffentlichkeit ist es noch immer nicht angekommen, wie sehr inzwischen nur noch die Erwerbslosen bekämpft und unter Druck gesetzt werden, statt endlich zu sagen, dass sich dadurch auch keine Arbeitsplätze schaffen lassen und es Vollbeschäftigung nur noch bei drastischer Stundenbegrenzung aller Erwerbstätigen geben kann!

6. Die Wege des Herrn sind unergründlich, äh, die der Bundesagentur für Arbeit sind unerschöpflich. So dürfen wir uns auch nicht über den erneuten **Statistiktrick** wundern, der 350.000 ältere Erwerbslose zu verbergen hilft. Auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei über die Beschäftigungssituation Älterer antwortete die Bundesregierung, dass nur jeder Vierzehnte im Alter von 63 bis 65 Jahren eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle habe. In der Altersklasse 55 bis 58 stünden immerhin 39,4 Prozent voll im Berufsleben. Bei den 58- bis 62-Jährigen sinke die Quote auf 26,6 Prozent. Entscheidend sei aber, dass von den 63- bis 64-Jährigen nur noch 7,4 Prozent einen vollen Job hätten.

So viel ist klar: Wer auf dieser Basis die Rente ab 67 einführen will, plant die Ausweitung von Altersarmut im großen Stil. Um zu verbergen, wie hoch die Erwerbslosigkeit unter den Älteren tatsächlich ist, greift die Bundesregierung ganz tief in die Trickkiste und zaubert anstelle realer Zahlen lieber weiße Kaninchen aus dem Hut. Durch eine Änderung der Erfassungsregeln tauchen Neuzugänge von Älteren (77.100) heute zwar in der Statistik auf, aber nur für ein Jahr. Bleiben sie länger arbeitslos, verschwinden sie daraus wieder. Die Bundesregierung ver-

öffentlicht glasklar nur die halbe Wahrheit, und das stellt bekanntlich eine ganze Lüge dar.

7. Die Deutsche Post hält an ihrem Sparkurs fest und will – wie schon im vergangenen Jahr angekündigt – bis Ende 2011 bundesweit alle eigenen 475 Filialen aufgeben. Die Dienste sollen künftig von Partnern und Einzelhändlern übernommen werden. Mit diesem Vorhaben stößt sie bei der Gewerkschaft Verdi auf heftige Kritik, weil sich die Post damit komplett aus der stationären **Filialversorgung** herauszöge und ihr eigenes Betriebsnetz aufgäbe. Natürlich spart die Post damit hohe Miet- und Personalkosten. Aber dass die Partner davon ebenfalls profitieren, wage ich ernsthaft zu bezweifeln, denn den Postagenturen und Postshops haben sie den Brotkorb längst so hoch gehängt, dass immer mehr abspringen. Schließlich ist es den Betreibern eines kleinen Geschäfts kaum zu verübeln, dass sie daran auch verdienen möchten.

Von der Hoffnung, dass eine nennenswerte Anzahl Kunden, die den Postshop nutzen, noch etwas aus dem regulären Sortiment des Ladens kaufen, lässt sich realistisch nicht leben, vom Postshop allein schon erst recht nicht. Langfristig wird die Deutsche Post damit ein Eigentor schießen. Dann wird es nämlich an den neuen Shop-Betreibern sein, der Post ihre Preise zu diktieren. Auf jeden Fall werden alle, die noch Briefe schreiben und Postdienste in Anspruch nehmen müssen, das Nachsehen haben, von den Postmitarbeitern rede ich jetzt gar nicht erst. Um eine Ausbildungsstelle als Bankkaufmann zu bekommen, muss ein gutes Abitur nachgewiesen werden. Bei der Post reicht offenbar eine einschlägige Erfahrung als Zeitungs- oder Zigarettenverkäufer in einem Bahnhofskiosk, um Post- und Postbankkunden beraten zu können. Ich glaube, dass es nun an der Zeit ist, mein Girokonto bei einem Geldinstitut einzurichten, das diesen Namen noch zu Recht trägt.

8. Sechs Wochen vor der **Bundestagswahl** wird der Ton im Wahlkampf schärfer. Franz Müntefering griff Angela Merkel persönlich an, dass für sie nicht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt stehe, sondern sie das Ziel der Vollbeschäftigung diffamiere. Gut, dass wenigstens der SPD die Arbeitslosen nicht egal sind! Wen sonst hätte Müntefering sonst mit dem Postulat, wer nicht arbeite, solle auch nicht essen, einschüchtern können? Wer ließe sich in diesen eisigen neoliberalen Zeiten so wunderbar mit der Verfolgungsbetreuung drangsalieren und als arbeitsscheue Faulenzer, als Parasit denunzieren? Ob Roland Koch nun findet, eine solche Entgleisung Münteferings sei nicht zu entschuldigen, weil unanständig: Mir huscht das ganze Wahlkampfgetöse nur am Allerwertesten vorbei. Fußfesseln für Arbeitslose sprächen da natürlich moralisch eine integere Sprache, klar!

Dass die Bundeskanzlerin heute nach Bremen kommt, stört mich, weil wir unsere Montagsdemo deswegen nicht vorher (!) auf dem Marktplatz abhalten dürfen. Für mich sind die bürgerlichen Parteien, die die Hartz-Gesetze verbrochen

haben, unwählbar geworden. Sollten sich auch irgendwann linke Parteien nicht deutlich von den Hartz-IV-Instrumenten, von den Ein-Euro-Sklavenjobs distanzieren, werde ich zur größten Partei überlaufen, nämlich jener der Nichtwähler. Das hat dann weder etwas mit Bildungsferne oder politischem Desinteresse zu tun, sondern mit der schlichten Erkenntnis, dass die sogenannten Volksvertreter finanziell arme Menschen wie mich immer weniger vertreten, sondern nur ureigene Interessen verfolgen, wobei Macht offenbar die meisten korrumpiert. Aus welchem Grunde also sollte ich ihnen meine Stimme geben? Systematische Verarmung weiter Bevölkerungsschichten ist ganz einfach demokratiefeindlich!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Eine Stunde Pfeifkonzert: Montagsdemonstranten waren noch die ruhigsten Protestierer gegen Schnatterinchens Beschwichtigungen *(„Radio Bremen“)*

„Unter Brücken sollen sie schlafen“: Warum gibt es aus Bremen so viel Schlechtes zu berichten? *(„Tageszeitung“)*

Bremen spart illegal bei Hartz IV: Die Verwaltungsanweisung zu den Wohnkosten widerspricht mehreren Sozialgerichtsurteilen *(„Tageszeitung“)*

Nazi-Flashmob verhindert: Mehrere Hundert Antifaschisten auf Spontandemo durch die Innenstadt *(„Radio Bremen“)*

Mit roter Fahne zur Montagsdemo: Bremer Original Meister Propper wirft sich im Bürgerpark vor den Zug *(„Tageszeitung“)*

Am **Freitag**, dem **21. August 2009**, trifft sich um **19 Uhr** die „**Wählerinitiative Wolfgang Lange**“ im „Jugendfreizeitheim Buntentor“, Geschwornenweg 11a. Der **Bundestagswahlkampf** der **MLPD** beginnt am **Samstag**, dem **22. August 2009**, mit einer **Kundgebung** in **Hamburg** mit dem Parteivorsitzenden Stefan Engel. Die Wählerinitiative des Bremer Kandidaten Wolfgang Lange lädt ein zur gemeinsamen Fahrt mit dem Zug dorthin. Treffen ist um **12 Uhr** am **Bahnhofshaupteingang**.

„Nichtwählen ist uneffektiv, deshalb ist mein Tipp: Immer zur Wahl gehen und notfalls ungültig wählen! Eine niedrige Wahlbeteiligung nützt immer den neoliberalen Systemparteien. Hingehen und trotzdem die Stimme verweigern ist bei sechs oder zehn Prozent ein deutlicheres Signal als 50 Prozent Nichtwähler.“ – *Zuschrift von Michael Waldmann (Karlsbad)*

Montagsdemo gibt keine Wahlempfehlung: Aber wo „Die Linke“ Recht hat, hat sie Recht *(„Youtube“)*

Zensursula geifert wie der Führer: Wer die Sperrung missliebiger Internet-Inhalte ablehnt, ist offenbar ein linker Kinderschänder *(„Netzpolitik“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

244. Bremer Montagsdemo am 24. 08. 2009

Hörbare Kapitalismuskritik vor der Wahl ist in Bremen verboten

Einen Tag vor der Durchführung der regionalen Auftaktkundgebung der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) um 12 Uhr auf dem Hanseatenhof in Bremen am 29. August 2009 mit Informationsstand und Einsatz eines Lautsprechers teilte das Stadtamt mit, dass einer Sachbearbeiterin ein „Fehler“ unterlaufen sei, und zog die Genehmigung zum Einsatz des Lautsprechers zurück.

Die Begründung: Die „Chancengleichheit“ sei verletzt. Bei einer persönlichen Vorsprache unseres Vertreters wurde ihm mitgeteilt, dass Neonazi-Parteien im Moment massenweise Informationsstände mit Lautsprechereinsatz anmelden würden. Diese Begründung und die daraus abgeleiteten Konsequenzen weisen wir scharf zurück!

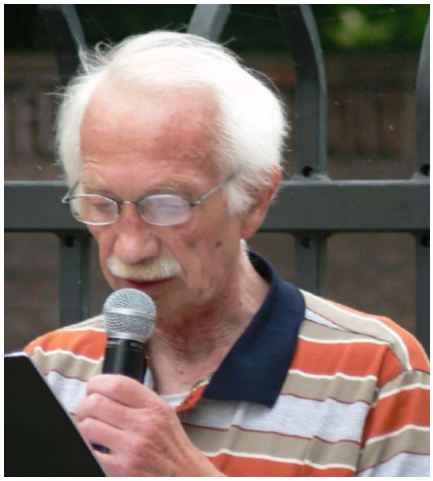
1. Wir lehnen die undemokratische Wahlbehinderung ab, die durch die sogenannte „abgestufte Chancengleichheit“ praktiziert wird, und führen den entschlossenen Kampf dafür, dass allen Parteien auf antifaschistischer Grundlage tatsächlich Gleichbehandlung zuteil wird. Frau Merkel und Herr Steinmeier können selbstverständlich ihre Wahlpropaganda mit allem Drum und Dran auf dem Marktplatz loslassen, während die kämpferische Opposition an den Rand gedrängt werden soll!
2. Wir lehnen es scharf ab, mit neofaschistischen Organisationen als „Extremisten“ gleichgesetzt zu werden. Es ist doch gerade der Staatsapparat, der immer wieder die faschistischen Kräfte schützt und die antifaschistischen und demokratischen Kräfte bei Demonstrationen behindert und angreift!
3. Die faschistischen Parteien gehören verboten nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die ausdrücklich auch in das Grundgesetz der Bundesrepublik aufgenommen wurden. Dieses Verbot fordert die MLPD seit vielen Jahren. Dass die Bundesregierung es aber nicht durchsetzt, zeigt deutlich, dass die wahren Machthaber in diesem Gesellschaftssystem, die Monopole des Industrie- und Finanzkapitals, sich die Faschisten für den Zeitpunkt

warmhalten, wenn die Volksmassen dieses Betrugssystem durchschauen und dagegen vorgehen!
Wir werden darum unseren Informationsstand mit Kundgebung in der von uns geplanten Weise durchführen und fordern alle demokratischen Kräfte auf, uns in diesem Kampf um die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu unterstützen!

Presseerklärung der MLPD Bremen

Infostand-Aufbauer der MLPD soll sechs Wochen in den Knast: Am „Tag der Arbeit“ darf nur die SPD in Erscheinung treten *(„Rote Fahne News“)*

Mit verdrehten Wörtern vorbei an Krise und Wahlkampf



Heute will ich mal wieder über einige Falschwörter philosophieren, die in unserem neoliberalen Zeitgeist ach so großartig gedeihen. Es beginnt aktuell mit dem Wort „**Atommeiler**“, das eine verharmlosende Bezeichnung für die brandgefährlichen und nicht beherrschbaren Atomkraftwerke ist. Dazu passt, allerdings in ganz anderer Hinsicht, der Begriff „**Altfallregelung**“. Der ist bekanntlich die zynische Umschreibung für den menschenverachtenden Behördenumgang mit an den Rand gedrängten Minderheiten.

Zu lesen war neulich das Wort „**Aktienkultur**“. Dies ist eine vornehme Umschreibung für den schwunghaften Börsenhandel mit oft sehr faulen „Wertpapieren“. Und auch für solch betrügerische Machenschaften erfanden sie ein Wort, das stets eine nicht vorhandene Seriosität vortäuschen soll: „**Finanzprodukte**“! Dabei hat dieses Kunstwort aus dem Banker-Jargon bekanntlich mit klassischer Warenproduktion nicht das Geringste zu tun. Hier würde das Falschwort „**Kompetenzteam**“ ganz wunderbar ins Bild passen; beschreibt es doch messerscharf jedwede Ansammlung von ignoranten, wichtigtuerischen und unfähigen Versagern!

Und jetzt das Wortmonster „**Generationengerechtigkeit**“, womit die Tatsache verschleiert wird, dass sich der Staat seiner Verantwortung für ein gerechtes Rentensystem für alle Zeiten entziehen will. Da fällt dann auch schon mal der bösartige Begriff vom „sozialverträglichen Frühableben“, welcher den innigen Wunsch regierungsamtlicher „**Rentenexperten**“ nach einem möglichst baldigen Dahinscheiden

der Betroffenen schon vor dem Rentenalter beinhaltet. So etwas spart schließlich der Rentenkasse eine Menge Geld! Als „**Dienstleistungsgesellschaft**“ schließlich beschreiben die neoliberalen Wortverdreher den Tatbestand der skrupellosen Ausbeutung der Bevölkerungsmehrheit durch eine kleine Minderheit.

Mit Beginn des Hartz-IV-Zeitalters anno 2005 entdeckten die Arbeitsamtsreformer plötzlich wahre Zauberkräfte, und *schwups!* waren sämtliche Erwerbslosen weg. Quasi über Nacht verwandelten sich alle auf königlich-wundersame Weise in „**Kunden**“ von „Dienstleistern“. Durch Falschwörter sollen bekanntlich Falschbilder entstehen! In Wirklichkeit sind mit der Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialämtern keine „**Arbeitsagenturen**“, sondern Zwangsarbeits-Agenturen entstanden. Die „Kunden“ sind zu Zwangsbetreuten degradiert und völlig rechtlos gestellt. Tag für Tag darf schikaniert, sanktioniert und ihre Menschenwürde in den Boden getreten werden! Das Thema wird in der Öffentlichkeit streng tabuisiert, und anstelle einer Beendigung dieser skandalösen Zustände basteln Politiker und Medien eifrig weiter am Feindbild vom „faulen Arbeitslosen“ und „reisefreudigen Sozialschmarotzer“.

Um von den allseits vorhandenen Problemen abzulenken, wird mit dem irreführenden Begriff „**Schweinegrippe**“ eine regelrechte Seuchenhysterie entfacht! Dieser Name steht offenbar für erfolgreiche Versuche einiger Pharmakonzerne, ihre Absatzchancen für neue Impfstoffe kräftigst zu steigern. Aber auch einige Politiker, Fachinstitute und Medien profitieren von dieser Erfindung und spielen das teure Spiel mit der Angst mit. Die Diskussion um die Bezahlung der Grippeimpfung und der veröffentlichte Ruf einiger Krankenkassen nach mehr Steuermitteln passen bestens in dieses Bild. Nichts scheint lohnender als das Geschäft mit der Angst!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Riesenerfolg: „Die Linke“ holt in Sachsen, Thüringen und im Saarland über 20 Prozent der Wählerstimmen *(„Junge Welt“)*

Schwarz-Gelb ist nicht gesetzt: Aber traut sich die SPD mehr zu als Große Koalition? *(„Spiegel-Online“)*

Wie unter Drogen: „Junge Union“ bastelt vom Merkel-Wahlkampfauftritt in Bremen ein völlig surreales Video *(„Youtube“)*

Bislang schien Schnatterinchen integer: Aber dann wollte sie gerne etwas für Joe Ackermann tun *(„Spiegel-Online“)*

Da hilft nur noch Enteignung: Der hektische Vor-Wahl-Aktionismus der Opel-Rettungs-Wichtigtuer war vollkommen sinnlos *(„Spiegel-Online“)*

Gehobene Heuchelei in Reinkultur

1. Seit dem Frühjahr sind über eine Million Menschen als Kurzarbeiter gemeldet. Mit dieser Misere versucht die Große Koalition auch noch, sich zu schmücken. Dabei wird bei der Kurzarbeit getrickst, betrogen und doppelt abkassiert! Die Chefs können einfach **Kurzarbeit** anmelden, doch dann wird weiterhin der gleiche Umsatz gemacht, und keiner will etwas bemerkt haben. Die Unternehmen setzen zu Recht darauf, dass ihre Angestellten aus Angst vor Arbeitslosigkeit nichts sagen. Wer betrügen will, macht es einfach!

Die Regierung ist selbst schuld an der folglich hausgemachten Misere, weil sie die Hürden für die Unternehmen gesenkt hat. Diese können ohne Weiteres noch nach sechs Monaten die Sozialversicherungsbeiträge erstattet bekommen, indem sie einen leicht zu begründenden Antrag stellen. Bundesarbeitsminister Scholz kann selbstredend keine Fehler entdecken und frohlockt auch noch stolz, das „Instrument Kurzarbeit“ rette Hunderttausende Arbeitsplätze. Er fantasiert, dass die Staatsanwaltschaften, die Polizei, der Zoll und die Bundesagentur für Arbeit hart zulangen würden, wenn sich jemand nicht an die gesetzlichen Vorschriften halte. Ich glaube, da verwechselt er etwas, denn so wird in diesem Lande ausschließlich mit Erwerbslosen umgegangen, während die Unternehmen sich einen feixen dürfen. In Wirklichkeit besteht doch gar kein Interesse an Aufdeckung! Schließlich steht die Wahl vor der Tür, und Kurzarbeit bietet eine Möglichkeit, die Arbeitslosenzahlen nach unten zu mauscheln.

2. Weil junge Mitarbeiter billiger sind, versuchen immer mehr Unternehmer, ältere Arbeitskräfte loszuwerden. Sie werden schikaniert – bis sie „freiwillig“ kündigen. So zum Bespiel Herr Schmidt, der bis vor kurzem als Gebäudeverwalter in einem Münchner Unternehmen arbeitete. Offiziell macht er das immer noch, arbeitet in derselben Abteilung, sitzt in demselben Büro und bekommt das gleiche Gehalt. Doch bleibt sein Schreibtisch leer, er bekommt nichts zu tun und darf die ganze Zeit Löcher in die Luft gucken. Gemäß einer ominösen „Spezialvollmacht“ muss er den Sonderaufgaben nach Weisung des Abteilungsleiters folgen. Das bedeutet letztlich nichts anderes, als dass er durch Arbeitsentzug kaltgestellt ist, weil er nicht mehr gebraucht wird. Herr Schmidt ist da wahrlich kein Einzelfall.

Laut einer Studie fühlte sich 2008 jeder fünfte Überfünfzigjährige Schikanen am Arbeitsplatz ausgesetzt. Das gezielte **Mobbing** gegenüber Angehörigen dieser Altersgruppe habe wirtschaftliche Gründe: 50- bis 65-Jährige verdienten hierzulande durchschnittlich rund 70 Prozent mehr als 25- bis 30-Jährige. Es komme die Frage auf, weshalb die alten, teuren Mitarbeiter behalten werden sollten,

wenn ein junger Kollege die gleiche Arbeit für weniger Geld erledige. Weil aber Mitarbeiter vor einer ungerechtfertigten Kündigung gesetzlich geschützt sind, versuchen Unternehmen, Mitarbeiter mit nicht nachweisbaren Mobbingattacken zur freiwilligen Kündigung zu bewegen. Diese menschenverachtende Methode dürfen die sogenannten Führungskräfte sogar ganz legal in diversen Seminaren und Workshops trainieren. So begrüßt dann ein neuer junger Chef seine Mitarbeiter mit den Worten, dass „den Älteren in den Arsch getreten gehöre“, und alle wissen, was das bedeutet.

Die jungen Mitarbeiter erhalten von da an hervorragende, Schmidt und seine gleichaltrigen Kollegen durchweg schlechte Benotungen. Briefe, in denen Kunden Schmidts Arbeit loben, verschwinden. Schriftliche Kundenbeschwerden über Baufehler, auf die Schmidt schon bei der Planung hingewiesen hatte, leitet der Abteilungsleiter an Schmidt weiter, gleich mit Kopie an die Geschäftsführung. Indem die Vorgesetzten ein Personalbuch führen, sich sogar die Freizeitaktivitäten der Mitarbeiter notieren, erzeugen sie bewusst ein Klima der Angst. Als ein Dreivierteljahr später die Überfünfzigjährigen mit Arbeit überhäuft werden, unterlaufen ihnen natürlich immer mehr Fehler, die erst zu einer Abmahnung führen und dann zur Kündigung, im schlimmsten Fall zu einer ernsten Erkrankung. Auch wenn eine Betriebsrätin dazu rät, ein Mobbingtagebuch zur Dokumentation zu führen, gehen nur die wenigsten vor Gericht. Den Mobbingopfern fehlt oft der Mut, und sie wissen auch, wie groß die Angst der Kollegen ist, gegen ihren Arbeitgeber auszusagen.

Doch gibt es auch Menschen, die über eine solche Traute verfügen, sich zur Wehr setzen und den Ratschlag befolgen, ein solches Mobbingtagebuch zu führen. Auch die 58-jährige Frau Peters muss sich nach einem Leitungswechsel ihrer Firma anhören, sie sei zu langsam und zu alt, ihr Gehalt zu hoch. Ob sie nicht kürzer treten wolle? Nein! Dann fehlt angeblich immer öfter Geld in der Kasse. Es verschwinden Belege, und plötzlich steht der Chef hinter ihr und droht, der Betrieb gehe wegen ihr in die Insolvenz. Ihr werden die Überstunden gestrichen, sie bekommt gar kein Gehalt mehr, es werden Krankheitstage mit Urlaubstagen verrechnet, ihr Stundenlohn von 17,80 auf 14,75 Euro gekürzt, was der Chef jedoch als „soziale Gerechtigkeit“ gegenüber den Jüngeren verkauft.

Kein Wunder, dass Frau Peters zittert, wenn ihr Chef den Raum betritt. Sie fühlt sich ständig beobachtet, traut niemandem mehr, wird von Existenz- und Verlustängsten geplagt, nimmt dagegen Antidepressiva, Psychopharmaka und Schlafmittel ein. Das Mobbing geht weiter, und Frau Peters muss im fensterlosen, unbeheizten Keller arbeiten. Während einer Therapie bekommt sie die schriftliche Kündigung, auf ihrem Platz sitzt eine 400-Euro-Kraft. Jetzt klagt Frau Peters auf Wiedereinstellung und erstreitet sich vor Gericht 15.000 Euro Abfindung. Arbeiten will sie nie wieder. Sie sagt, Mobbing sei wie ein Brandmal, wie Narben im Selbstwertgefühl. Die Attacken würden sich tief in die Seele einbrennen. Seit sie aufgehört hat zu arbeiten, sind die gesundheitlichen Beschwerden fast vollstän-

dig verschwunden. Mit der Ökonomisierung des Menschen als höchste Priorität zur Profitmaximierung der Unternehmen wird die Menschenwürde kaputtgespart.

3. Werden die Deutschen sorglos? Bislang galten die Bundesbürger als risikoscheue Wesen. Doch seit der Finanzkrise scheint die Angst vor Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit größer zu sein als die vor Altersarmut und **Risikounversorgtheit**. Außerdem verloren viele Kunden nach diversen Skandalen generell ihr Vertrauen in die Finanzbranche. Die Menschen wollten sich nicht mehr langfristig binden und buchten lieber einen Mallorca-Urlaub als ihre Altersvorsorge. Dabei sei nach Ansicht der „Experten“ eine Berufsunfähigkeitsversicherung unverzichtbar, eine Risikolebensversicherung ein Muss, und eine Haftpflichtversicherung sowie eine private Altersvorsorge brauche ohnehin jeder. Ich glaube nicht, dass sich angesichts der Vielzahl an Optionen die Verbraucher überfordert fühlen, sondern dass die Bürger sich nicht mehr alles leisten können, was ihnen mögliche Missstände im Leben abpolstern könnte. Aber andererseits ist das Leben nun mal mit gewissen Risiken verbunden und lässt sich nicht gegen alles absichern, auch wenn einen die Branche dies glaubhaft machen will.

4. Tausende von Leiharbeitern verloren 2009 ihren Job. Doch rechnen Wissenschaftler damit, dass sich der Leiharbeitsboom auch im nächsten „Aufschwung“ fortsetzt und raten an, die Arbeitsbedingungen in der Branche nach ausländischem Vorbild zu verbessern. Obwohl die **Leiharbeit** bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise in ganz Europa zunahm, entstand nicht in allen Betrieben eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. In Frankreich gilt uneingeschränkt ein Grundsatz, der selbstverständlich sein sollte: „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“. In Österreich gelten für Leiharbeitnehmer tarifliche Mindestlöhne, für Ungelernte wenigstens 7,63 Euro, was weder während eines Einsatzes, noch in verleihfreien Zeiten unterschritten werden darf. Beim Einsatz in Hochlohnbranchen wie Metall oder Chemie kommen sogenannte Referenzzuschläge von bis zu 19 Prozent hinzu, die die Lohndifferenz zwischen Verleih- und Entleihbetrieb reduzieren. Nach einem halben Jahr gelten für die Leiharbeiter alle Betriebsvereinbarungen und Sonderleistungen auch. Auch wenn es in Schweden kaum spezielle gesetzliche Regelungen zur Leiharbeit gibt, sei der schwedische Leiharbeitsmarkt dank relativ starker Gewerkschaften „tarifvertraglich gezähmt“. Leiharbeitskräfte haben dort in der Regel unbefristete Vollzeitstellen. Mit gleicher Bezahlung plus einer Prekariatsprämie oder Referenzzuschlägen ließen sich sowohl ausgeprägte Lohnunterschiede als auch die Ausweitung der Leiharbeit begrenzen.

5. Die Gewerkschaften sagen Billiglöhnen plötzlich den Kampf an. Verdi und NGG rufen betroffene Arbeitnehmer auf, **Lohndumping** auf einer speziellen Internetseite zu melden und machen eine Bestandsaufnahme der Einkommenssituation vor der Bundestagswahl. Hier fordern sie dazu auf, Dumpinglöhne zu melden und für einen Mindestlohn per Gesetz zu stimmen. Der „Dumpinglohn-Melder“ fragt

nach der Art der Arbeit, der Branche, der Firma, dem Gehalt und den persönlichen Lebensumständen und sichert vertrauliche Behandlung zu. Fast nicht zu glauben! Für mich klingt das nach „gehobener Heuchelei“ in Reinkultur: Seit Beginn der menschenverachtenden Hartz-Gesetze hat keine einzige Gewerkschaft auch nur ansatzweise etwas gegen Dumpinglöhne unternommen, sondern diese zum größten Teil sogar noch forciert! Hoffen sie auf die Vergesslichkeit der Menschen? Wie oft ist Gewerkschaften vermittelt worden, dass dieser und jener Betrieb zu Dumpinglöhnen beschäftigt. Das sind dann alles nur „Einzelfälle“, Millionen Einzelfälle eben. Dass die Gewerkschaften mit Mitgliederschwund zu kämpfen haben, ist eine der Antworten der Arbeitnehmer auf das Gebaren eines zahnlos schnurrenden Tigers auf dem Schoße der Unternehmer.

6. In einem Interview mit „Spiegel-Online“ erklärt PR-Kritiker Albrecht Müller, dass wir keine demokratischen Verhältnisse mehr haben. Mit seinen Büchern schreibe er für Menschen, die über volkswirtschaftliche Zusammenhänge rätselten und deshalb Opfer von Meinungsmache würden. Als Beispiel nennt er, wie die Gazette mit den vier Großbuchstaben eine Studie des Freiburger Finanzwissenschaftlers Raffelhüschen zitierte, derzufolge jedem Zweiten Altersarmut drohe, aber dann sicherlich nicht ohne Hintergedanken verschweige, dass die Studie von einer Versicherung finanziert worden sei und auf irreführenden demografischen Berechnungen beruhe. Den Einwand des „Spiegels“, der demographische Wandel gelte als unumstößliche Tatsache, nimmt er als „wunderbares Beispiel“ dafür, wie **Meinungsmache** funktioniere.

Seit dem „Pillenknick“ zwischen 1965 und 1975 wüssten wir, dass es mehr alte Menschen geben wird. Trotzedem hätten wir kein „Vergreisungsproblem“. Die Alterung im letzten Jahrhundert sei größer gewesen als sie in diesem sein wird. Nun werde ein demographisches Problem herbeigeschrieben und gleichzeitig die Propaganda verbreitet, dass nur Privatvorsorge uns heraushelfen könne, was aber nicht stimme. Durch eine private Versicherung würden ja nicht mehr Kinder geboren. Da am Ende ohnehin die arbeitende Generation für die nicht arbeitende aufkommen müsse, seien die gesetzliche Rente und das Umlageverfahren eindeutig das effizienteste und sicherste System der Altersversorgung. Hierfür würden nur ein Computer und ein paar Leute benötigt, die die Beiträge ein- und die Renten ausbuchen, was ungefähr anderthalb Prozent der Beiträge koste. Bei der Riester-Rente brauche man zusätzlich Heerscharen von Verkäufern und Werbe-Etats – und die Versicherungen wollen daran verdienen. Deshalb koste diese Form der Altersversorgung bis zu 20 Prozent der Beiträge.

Albrecht Müller hat nichts gegen gute Öffentlichkeitsarbeit für wen auch immer, doch sei die Ausweitung der PR-Wirtschaft für die Meinungsmache entscheidend. Ihn stört, dass PR heute ohne Widerspruch geschieht. Die kritischen Medien seien derart geschrumpft, dass sie keine wichtige Kraft mehr darstellten. Dies liege an der fortgeschrittenen Konzentration der Medienbranche. Der Fernsehmarkt sei mittlerweile klar aufgeteilt: Bertelsmann hat die „RTL Group“,

dann gibt es noch die „Pro-Sieben-Sat-1-Media“, die Finanzinvestoren gehört. Bei den Öffentlich-Rechtlichen hätten die Lobbyisten der neoliberal eingefärbten Verbandswirtschaft übergroßen Einfluss. Wenn es mal einen kritischen Beitrag gebe, riefen sofort die Mahner vom BDI oder der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ beim Intendanten an. In den Talkshows seien wir immer mit einer Übermacht von Neoliberalen konfrontiert. Der ehemalige Finanzminister Hans Eichel hatte denselben PR-Berater wie Sabine Christiansen. Alle dominanten Sendungen würden von einem Geflecht aus Politik und Lobbyismus beherrscht. Der Öffentlichkeit werde die Ungerechtigkeit von exorbitanten Managergehältern und Dumpinglöhnen von drei, vier Euro pro Stunde in Deutschland nicht vorenthalten, doch seien diese wenigen Medienereignisse wie von „Monitor“, „Plusminus“ oder „Zapp“ und manchmal auch vom „Spiegel“ nicht wirklich relevant für das, was geschieht.

Das System sei total korrumpiert. Das Prinzip Marktwirtschaft sei an sich eine vernünftige Organisationsform für Teile der Gesellschaft. Die Produktion von Gütern und Diensten, die privat gemacht werden können, sollten über marktwirtschaftliche Prozesse organisiert werden. Aber der öffentliche Bereich sollte deutlich größer sein. Müller würde „keinen Deut“ an Bildungseinrichtungen aus der öffentlichen Verantwortung geben, weder die sozialen Dienste noch die Verkehrsaufgaben. Die Privatisierung sei zu weit getrieben worden. Italien werde mit Berlusconi bereits von einem Oligarchen regiert. Bei uns sei es schon so, dass Medienkonzerne wie Bertelsmann im Verein mit den Banken wesentlich bestimmen, was bei uns geschehe. Aber wir fühlten uns schon ohnmächtig, wenn wir sähen, wie unsere Steuergelder und die unserer Kinder an Leute verpulvert werden, die für eine Bank arbeiten, die eigentlich schon bankrott ist, und die damit an ihre Manager Boni in Millionenhöhe bezahlt. Das seien Ungeheuerlichkeiten, angesichts derer man doch nur noch ausrufen könne: Wir sind in Not! Die Sanktionierung in Deutschland funktioniere nicht mehr. Wer falsch regiere, wer uns massiv schade und belaste, müsse nicht mit Strafe rechnen. Er brauche nur die Meinungsmache zu seinen Gunsten perfekt zu organisieren. Müllers Fazit: „Wir haben keine demokratischen Verhältnisse mehr. Und wir haben noch Glück, dass bisher kein Rechtsradikaler aufgetaucht ist, der klug genug ist, aus dem Ärger darüber politisches Kapital zu schlagen.“

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Zwangsarbeit: Marburg lässt kommunale Pflichtaufgabe der Müllbeseitigung von Ein-Euro-Jobbern erledigen *(„Verdi“)*

Bumerang: Da wegen Arge-Sanktionen die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sinkt, erhalten Kommunen weniger Bundeszuschuss *(„Neues Deutschland“)*

Sozialbetrug von oben: Seit Jahren wird ein Betrag in Millionenhöhe amtlich illegal einbehalten statt an Hartz-IV-Betroffene ausgezahlt *(„Die Linke“)*

„Da Sie nachgefragt haben, geht der Bescheid heute raus“

1. Hier der (für mich) neueste Spartrick der Bagis. Am 28. Juli 2009 habe ich meinen ALG-II-Weiterbewilligungsantrag für den Zeitraum ab 1. September gestellt. Nachdem ich auch mit heutiger Post – ich schreibe dies am 25. August, also nach vier Wochen – noch immer keinen Leistungsbescheid erhalten habe, bin ich bei der Bagis West aufmarschiert – mit einiger Nervosität, weil schon im Juni und Juli mein Geld erst mit Verspätung gekommen ist und ohne persönliche Vorsprache auch schlicht ausgeblieben wäre.

Ich stand dort erst gegen 12 Uhr auf der Matte. Es war nur wenig „Kundschaft“ da, und ich kam innerhalb weniger Minuten an die Reihe. Von der Feuerwehrtante erfuhr ich, mein Antrag sei nicht als „eingegangen“ verbucht worden, dies sei „ungewöhnlich“. Nach ihrer Rücksprache mit meiner Sachbearbeiterin kam jedoch Entwarnung: Der Antrag liege tatsächlich vor, das Geld sei eben angewiesen worden und werde rechtzeitig auf meinem Konto eingehen – und da ich nachgefragt hätte, gehe der Bescheid heute raus.

So weit, so gut, wenn es denn eintrifft wie versprochen. Stutzig macht mich nur der Umkehrschluss, der sich aus der erhaltenen Auskunft ergibt: Hätte ich *nicht* nachgefragt, wäre eben nichts passiert! Möglicherweise hätte ich es ja erst nächsten Monat gemerkt, dass die Zahlung ausbleibt? Dann müsste ich den Antrag auf ALG II neu stellen, und die Bagis könnte vielleicht ein paar Tagessätze einsparen.

(P.S. Kerle aufgepasst: Die junge Dame an Serviceschalter 2 zeigt ein Dekolleté wie Schnatterinchen beim Osloer Opernball. Ob deshalb die Atmosphäre diesmal so entspannt war?)

2. Es geschah jedoch: nichts. Als ich zwei Tage später, am Donnerstag, erneut und diesmal mit einem Beistand vom „Sozialen Lebensbund“ bei der Bagis vorsprach, erhielt ich von dem freundlichen Schaltermann lediglich einen abgestempelten Antrag für die Rundfunkgebühren-Befreiung und die Auskunft, in Nürnberg befinde sich ein Bescheid für mich in der Druckerwarteschlange.

Am Montag, dem Monatsletzten, als nach den gesetzlichen Vorschriften das ALG II auf meinem Konto eingegangen sein müsste, stand ich noch immer ohne Geld und Bescheid da und war mittlerweile davon überzeugt, dass man mir bei der Bagis mit einem Lächeln ins Gesicht lügt und mich gezielt schikaniert. Da suchte ich mit meinem Beistand das Justizzentrum auf und diktierte dem Urkundsbeamten Folgendes zur Niederschrift:

„Ich beantrage vor dem Sozialgericht Bremen, die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales – Bagis –, vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Thomas Schneider, Doventorsteinweg 48-52, 28195 Bremen, im Wege einer einstweiligen Anordnung zu verpflichten, mir unverzüglich ab 1. September 2009 ALG II in gesetzlicher Höhe zu gewähren, einen entsprechenden Bescheid zu erlassen und die Leistung unverzüglich auszuzahlen.

Ich stehe im laufenden ALG-II-Leistungsbezug bei der Bagis. Der Bewilligungszeitraum endet heute. Ende Juli 2009 habe ich bereits einen Weitergewährungsantrag bei der Bagis abgegeben. Bis heute liegt mir weder ein Bewilligungsbescheid ab dem 1. September 2009 vor noch wurden mir Leistungen auf mein Konto überwiesen. Anlässlich meiner Vorsprache am 27. August 2009 in der Bagis wurde mir mitgeteilt, dass ‚ein Bescheid zum Ausdrucken in Nürnberg' in Bearbeitung sei. Ich weiß jedoch nicht, ob es sich um den Bewilligungsbescheid handelt.

Meines Erachtens habe ich einen Rechtsanspruch auf ALG II. Ich verstehe nicht, warum mir nicht zeitig ein entsprechender Bescheid zugesandt wird. Weder haben sich meine persönlichen noch meine finanziellen Verhältnisse gegenüber dem vorherigen Bescheid geändert. Ausdrücklich bestehe ich darauf, dass dieser Eilantrag aufgenommen wird.

Ich bin derzeit mittellos. Meine Miete wird zum 3. September 2009 fällig. Wenn das ALG II nicht zu diesem Zeitpunkt auf meinem Konto eingegangen ist, ‚platzt' die Überweisung. Bereits für Juni und Juli 2009 klappten die Überweisungen nicht. Ich befürchte, dass ich bei erneuten Schwierigkeiten Probleme mit meinem Vermieter bekomme.

Vorstehende Angaben versichere ich an Eides Statt. Auf die Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung bin ich hingewiesen worden."

So habe ich zum dritten Mal in vier Monaten Scherereien mit meinem ALG-II-Bezug. Diese monströse Hartz-IV-Behörde hält mich in permanenter Existenzangst, verstößt munter gegen das Sozialgesetzbuch, will aber „Eingliederungsvereinbarungen" mit mir abschließen.

3. Am 4. September richtete ich folgendes Schreiben an das Sozialgericht Bremen: „Ihre Mitteilung des Aktenzeichens wurde mir heute zugestellt. Meinen entsprechenden Eilantrag auf Auszahlung meines ALG II und Erstellung eines Hartz-IV-Bescheides kann ich hiermit zurückziehen, da die Bagis die angemahnten Leistungen inzwischen – jedoch mit Verspätung – erbracht hat.

Der ALG-II-Weiterbewilligungsbescheid für den Zeitraum ab September 2009 wurde mir am 1. September zugestellt, die bewilligte Zahlung ging am 2. September auf meinem Konto ein (siehe beigefügte Kopien der Kontoauszüge). Am selben Tag wurde die Miete abgebucht.

Dass die Deutsche Bank die entsprechenden Buchungen in der „richtigen“ Reihenfolge ausgeführt hat, ist jedoch purer Zufall. Die Lastschrift hätte ebensogut erneut ‚platzen‘ können, da mir kein Überziehungskredit eingeräumt wird.

So wurde am 3. Juni trotz Guthabens von 129,06 Euro die Abbuchung von 101,79 Euro für die Nebenkostenabrechnung nicht ausgeführt, weil zusätzlich die Mietabbuchung anstand, die Zahlung der Bagis jedoch ausgeblieben war. Ähnlich war es am 2. Juli 2009. Hier musste ich jeweils eine Barauszahlung bei der Bagis beantragen und konnte meine Miete erst mit mehreren Tagen Verspätung zahlen.

Die wiederholte tagelange Ungewissheit, ob ich mein Arbeitslosengeld II rechtzeitig erhalten würde, war für mich seelisch stark belastend. Ich bin seit vorgestern mit grippeartigen Beschwerden erkrankt.“

(P.S. Dem nun eingetrudelten, auf Dienstag der Vorwoche datierten Arbeitslosengeld-II-Weiterbewillungsbescheid ist erstmals eine Gebührenbefreiungs-Fortsetzungsantrags-Berechtigungsbescheinigung für mein „neuartiges Rundfunkgerät“ beigefügt, mit dessen Hilfe ich über solche Erfahrungen berichten kann. Für diese Verbesserung – bisher sollte eine beglaubigte Kopie des Bescheides nach Köln geschickt werden – hat das Nürnberger Rechenzentrum keine fünf Jahre benötigt.)

(P.S.S. Die Bagis erdreistete sich zu der schriftlichen Falschaussage, „die Leistungen für den Monat September 2009“ seien mir „pünktlich zum 31. August 2009 auf das bekannte Konto überwiesen worden“. Tatsächlich ging die Zahlung dort erst am 2. September ein, als die Miete abgebucht wurde. Zum Beweis legte ich dem Gericht meine Kontoauszüge der fraglichen Tage im Original vor.)

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Neue Nazi-Methode: Kritik an Nazi-Methoden jetzt strafbar *(„Newsclick“)*

Nach den Wahlen sollen wir bezahlen!

Vor einer Woche hat Frau Merkel hier ihre Schönwetterprognose präsentiert: „Die Talsohle ist erreicht – mit der Wirtschaft geht es wieder aufwärts!“ Aber stimmt das wirklich?

- Gerne wird das „Geschäftsklima“ als Beweis angeführt. Darin drückt sich aber nur die Hoffnung der Unternehmer aus, dass es „nicht noch schlimmer kommt“.
- In China ist die Produktion um 14 Prozent gestiegen. Das wird als „Lokomotive für die ganze Weltwirtschaft“ hochgejubelt, während in den USA, in Japan und Europa der Krisenabsturz weitergeht und sich nur etwas verlangsamt hat.
- Die staatliche „Abwrackprämie“ hat einen Teil der Autoindustrie in diesem Jahr über Wasser gehalten. Nach einer neuen Studie wird der Umsatz 2010 dafür massiv um 25 Prozent einbrechen und eine Pleitewelle nach sich ziehen.
- Die internationalen Großbanken jubeln bereits über neue Traumgewinne. Sie haben die Milliardenkredite aus Steuergeldern wieder in die Spekulation mit Aktien angelegt. Damit tickt die Zeitbombe Weltfinanzkrise noch schneller.

Das „Ende der Krise“ ist ein Wahlkampfmärchen. Die großen Angriffe kommen noch auf uns zu. In Deutschland haben bereits eine halbe Million Menschen die Krise mit dem Verlust ihres Jobs bezahlt. Wenn die Kurzarbeit ausläuft, rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute mit einem weiteren Anstieg der offiziellen Arbeitslosigkeit um 1,5 auf fünf Millionen Menschen.

Die Bremer sind besonders stark betroffen. Hier stieg die Arbeitslosigkeit im Juli 2009 doppelt so hoch wie in den letzten fünf Jahren. Airbus hat sein Verkaufsziel mit 68 Flugzeugen im ersten Halbjahr um die Hälfte verfehlt. Der Umsatz von Arcelor-Mittal ist im zweiten Quartal um 60 Prozent eingebrochen. Der Daimler-Konzern versucht, die Belegschaft zu erpressen: Er streicht Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie die Übernahme von 20 Prozent der Azubis.

In allen Häfen geht der Umschlag von Gütern massiv zurück. In Bremerhaven gab es vor drei Wochen eine Demonstration von Kollegen des Gesamthafenbetriebs, die die Absetzung des Betriebsrats und die Rücknahme des Sozialplans fordern: Sie sind nicht bereit, die Vernichtung von 103 Arbeitsplätzen hinzunehmen und künftig für acht statt wie bisher für 15 Euro zu arbeiten. Ihrem Kampf gehört unsere volle Solidarität!

Wir müssen uns darauf einstellen, dass nach den Wahlen das Zahlen kommen wird: Die Mehrwertsteuererhöhung ist bereits geplant und soll der Bevölkerung 14 Milliarden Euro zusätzlich abknöpfen. Durch die Erhöhung des Rentenalters auf 69 Jahre sollen wir mit Altersarmut die „Schutzschirme“ für Banken und Konzerne bezahlen. Verschiedene Politiker fordern bereits die Kürzung der Hartz-IV- Regelleistungen um 30 Prozent. Weitere Horrorpläne liegen in den Schubladen.

Aber es liegt an uns, ob die Herrschenden die Lasten ihrer Wirtschaftskrise auf die Bevölkerung abwälzen können. Die Montagsdemo hat seit fünf Jahren viel Rückgrat gezeigt und bewiesen, dass man gemeinsam erfolgreich kämpfen kann. Wir bleiben dabei: Es gibt keinen Frieden mit Massenarbeitslosigkeit und Armut! Wir werden der neuen Regierung gleich zeigen, wo der Hammer hängt: Kommt mit am **24. Oktober 2009** nach **Berlin** zur **6. Herbstdemonstration gegen die Regierung**!

Harald Braun

Lieb Vaterland, magst ruhig sein

Lieb Vaterland, du hast nach bösen Stunden
Aus dunkler Tiefe einen neuen Weg gefunden.
Ich liebe dich, das heißt, ich hab dich gern,
Wie einen würdevollen, etwas müden, alten Herrn.

Ich kann dich nicht aus heißem Herzen lieben,
Zu viel bist du noch schuldig uns geblieben.
Die Freiheit, die du allen gleich verhießen,
Die dürfen Auserwählte nur genießen.

Lieb Vaterland, magst ruhig sein,
Die Großen zäunen Wald und Ufer ein.
Und Kinder spielen am Straßenrand,
Lieb Vaterland!

Lieb Vaterland, wofür soll ich dir danken?
Für die Versicherungspaläste oder Banken?
Und für Kasernen, für die teure Wehr?
Wo tausend Schulen fehlen,
Tausend Lehrer und noch mehr.

Konzerne dürfen maßlos sich entfalten,
Im Dunkeln stehn die Schwachen und die Alten.
Für Krankenhäuser fehlen dir Millionen,
Doch unsere Spielkasinos scheinen sich zu lohnen.

Lieb Vaterland, magst ruhig sein,
Die Großen zäunen ihren Wohlstand ein.

Die Armen warten mit leerer Hand,
Lieb Vaterland!

Lieb Vaterland, wofür soll ich dich preisen?
Es kommt ein Tag, da zählt ein Mann zum alten Eisen.
Wenn er noch schaffen will, du stellst ihn kalt,
Doch für die Aufsichtsräte sind auch Greise nicht zu alt.

Die alten Bärte rauschen wieder mächtig,
Doch junge Bärte sind dir höchst verdächtig.
Das alte Gestern wird mit Macht beschworen,
Das neue Morgen, deine Jugend geht verloren.

Lieb Vaterland, magst ruhig sein,
Doch schlafe nicht auf deinen Lorbeeren ein.
Die Jugend wartet auf deine Hand,
Lieb Vaterland!

Musik: Udo Jürgens, Text: Eckart Hachfeld,
Vortrag: Hans-Dieter Wege (parteilos)

Die **Trauerfeier** für das Bremer Szene-Original **Günther Kahrs** alias „Meister Propper“, langjähriger Poetry-Slam-Veranstalter und Teilnehmer an der Bremer Montagsdemo im Herbst 2004, findet am **Donnerstag**, dem **27. August 2009**, um **13:45 Uhr** auf dem **Buntentorfriedhof** statt.

Ebenfalls am **Donnerstag**, dem **27. August 2009**, wird dem Ehepaar Fuchs die „**Ehrenbürgerschaft** der Universität Bremen“ verliehen, hochoffiziell im Rathaus. Beide sind maßgeblich verantwortlich für die Firma **OHB** beziehungsweise die **Fuchs-Gruppe**, die Aufklärungssatelliten für die Bundeswehr und Aufklärungsdaten für die europäische Grenzschutzagentur Frontex liefern. Gemeinsamer Treffpunkt zum **Protest** dagegen ist um **13 Uhr** an der Hochschule für Künste in der Dechanatstraße. Der Fototermin vor dem Rathaus ist um 13:45 Uhr, die Ehrung um 14 Uhr.

Am **Samstag**, dem **29. August 2009**, veranstaltet die „**Wählerinitiative Wolfgang Lange**“ um **12 Uhr** auf dem **Hanseatenhof** ihre regionale **Auftaktkundgebung** für den Bundestagswahlkampf der MLPD/Offene Liste. Außer der Rede des Direktkandidaten gibt es Musik, ein Jugendtheaterstück „Moderne Sklaverei“, Essen und Trinken sowie ein Offenes Mikrofon.

Am **Montag**, dem **31. August 2009**, findet die Bremer Montagsdemo in Verbindung mit einer „Atommüllendlagersuche“ statt. Um **14 Uhr** be-

ginnt auf dem **Bahnhofsvorplatz** ein **Protestzug** unter dem Motto „**Mit dem Castor-Transport durch die Bremer Innenstadt**“. Ab **17 Uhr** gibt es auf dem **Marktplatz** eine **Diskussionsrunde** mit Carsten Sieling (SPD), Klaus Rainer Rupp („Die Linke“), Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen), Claas Rohmeyer (CDU) und Torsten Staffeldt (FDP). Ende wird gegen 18 Uhr sein. Eine aktive Teilnahme ist erwünscht!

Zum **Antikriegstag** am **Dienstag**, dem **1. September 2009**, der an den deutschen Überfall auf Polen vor 70 Jahren erinnert, wird um **17 Uhr** auf dem **Marktplatz** das auf einer Brecht-Oper beruhende Stück „**Neues aus Mahagonny**“ aufgeführt. Darin werden vier Krisen behandelt, darunter die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise und auch die von 1929 bis 1932, die mit Hitler zum Zweiten Weltkrieg führte.

Am **Freitag**, dem **4. September 2009**, trifft sich um **19 Uhr** die „**Wählerinitiative Wolfgang Lange**“ im „Jugendfreizeitheim Buntentor“, Geschwornenweg.

Unter dem Motto „**Mal richtig abschalten**“ ruft die Anti-Atomkraft-Bewegung zur **Demonstration** am **5. September 2009** in Berlin auf. Geplant ist außer einem Treckertreck auch ein Sonderzug von Lüneburg über Uelzen, Salzwedel, Schnega und Stendal. Das „Bremer Anti-Atom-Forum“ ruft zur Beteiligung am antikapitalistischen Block der Demonstration auf. Treffpunkt für alle, die mit dem Wochenendticket hinfahren wollen, ist um **6:15 Uhr** am **Hauptbahnhof** beim Aufzug zu Gleis 8. Außerdem fahren von Bremen Busse, vom BUND und von „Robin Wood“ organisiert. Karten gibt es außer bei diesen Verbänden auch im „Infoladen“ in der Sankt-Pauli-Straße.

Zehn Fragen: Bremer Direktkandidaten zur Bundestagswahl antworten *(„Radio Bremen“)*

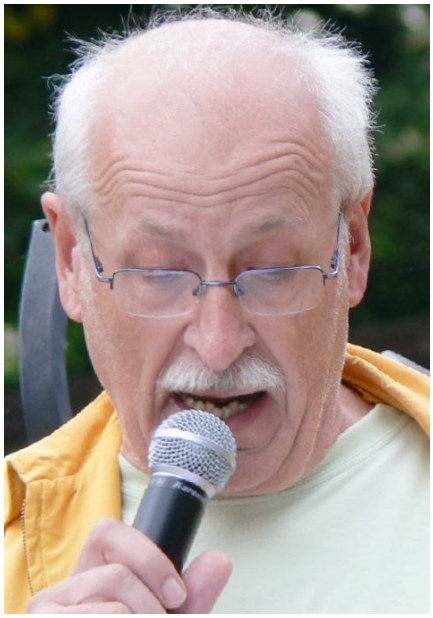
Althaus weg: Schrumpf-SPD hofft auf Kleine Koalition mit der CDU *(„Spiegel-Online“)*

Bedingungsloses Grundeinkommen: Ein schönes Leben für alle Menschen als neue soziale Idee *(„Bürgerzeitung Oldenburg“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

245. Bremer Montagsdemo am 07. 09. 2009

Es kommt eh nichts Besseres raus



Ach, was ist das für eine Qual, ich muss wieder einmal zur Wahl! Denn eigentlich machen die da oben ja sowieso nur das, was sie wollen, ob wir schimpfen oder ihnen grollen! Nein, nein, ich tu meine Pflicht, doch wen ich wählen soll, weiß ich leider nicht.

Mal sehen – ich wähle Schwarz, also CDU. Nee, nee, dann findet mein Herz keine Ruh, denn ich muss immer dran denken, das Kapital will dich lenken, und so geht's mir, oh weh, auch mit der FDP. Was für ein Graus, ich fühle mich von denen nicht vertreten! Da hilft nur beten. Die CSU aus Bayern ist für mich auch kein Grund zum Feiern.

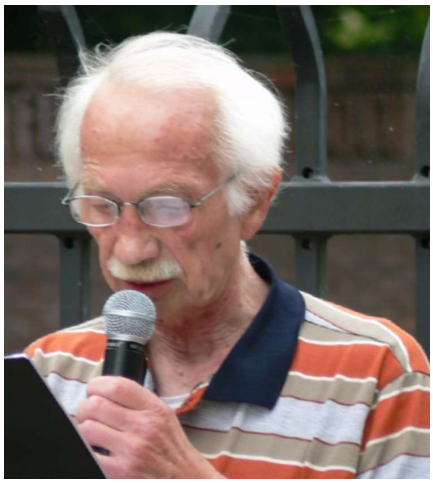
Ach, wer hilft mir Armem? Hat niemand mit Unentschlossenen Erbarmen? Oh, ein Licht ich seh: Ich wähle wieder die SPD! Ach, du Schreck, das geht ja wohl leider nicht: Den Steinmeier als Kanzler? Lieber nicht! Also bleiben nur noch die „Linken". Nee, damit wird der Wohlstand noch weiter sinken!

Mensch, was ist das für eine Qual! Wenn auch die nicht, bleibt mir nur noch *die* Wahl: Ich wähle die Grünen! Die denken an die Umwelt, sie sind sozial eingestellt, sind das kleinste Übel von allen. Das könnte mir eigentlich gefallen! Ach nein, das lass ich dann doch lieber sein. Mit denen fiel ich schon auf den Bauch wie viele andere auch: Deswegen kann ich mir den Sprit kaum noch leisten, wie die meisten.

Mann, was ist das für eine Qual! Halt, da bleibt mir ja doch 'ne Wahl: Ich bin doch Rentner und werde zur Wahl gebeten, da sollten uns eigentlich *die* oben vertreten! Na, da fass ich mal den Entschluss: Ich geh wählen, weil ich es muss. Bei jeder Partei gibt es Gutes und Schlechtes, Richtiges und Ungerechtes, deshalb mache ich einen Vorschlag, und den mache ich hier: Am besten, die Wahl fällt einfach aus, denn im Grunde kommt eh nichts Besseres raus.

Udo Riedel (parteilos)

Bremer Aufklärungsdrohne bei Kundus-Verbrechen eingesetzt



Das Kriegsverbrechen lief ab wie ein Racheakt im Nazi-Krieg. *Sie* haben also nichts aus der Geschichte gelernt, und offensichtlich wollen *sie* es auch nicht. Nach den Gräueln des Zweiten Weltkrieges hieß es noch: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Zum diesjährigen 1. September, dem 70. Jahrestag des Weltkriegsbeginns, waren denn auch salbungsvolle „Gedenksendungen“ und „Gedenkfeiern“ offiziell und in den Medien Trumpf. Welch eine Heuchelei: Vier Tage später veranlasst die Bundeswehr bei Kundus wegen zweier geklauter Tanklastwagen ein schweres Kriegsverbrechen, bei dem über 125 Menschen, darunter viele Kinder, ums Leben kamen!

Schon die Nazis verherrlichten laufend ihre Kriegsuntaten im „Großdeutschen Rundfunk“ und in der damaligen Hetzpresse. Heute prahlt die Bundeswehr ganz unverhohlen im Internet, man habe nach Aufklärung „bei einem erfolgreichen Einsatz über 50 Aufständische getötet“. Wie sich doch die Bilder ähneln! Das Massaker in Kundus ist allen regierungsamtlichen Verdrehungs- und Verharmlosungsversuchen zum Trotz eine bedeutende Zäsur dieses Krieges und wird wahrscheinlich Folgen haben, die heute noch gar nicht abzuschätzen sind!

Die dem Vernehmen nach von der Bundeswehr eingesetzte Aufklärungsdrohne stammt übrigens aus Bremer Rüstungsproduktion. Die Firma Rheinmetall Defence Electronics in Bremen-Hemelingen stellt für die Bundeswehr eine Drohne her, die als „Kleinfluggerät Zielortung“ bezeichnet wird. Das wäre doch genau das richtige Ding! Die Drohne dient „der Entdeckung, Identifizierung und genauen Lokalisierung von feststehenden und beweglichen Objekten“, wie es im militärischen Fachjargon heißt. Davon hat die Bundeswehr seit 2008 sechs Systeme in Besitz, Kostenpunkt: 339 Millionen Euro (siehe Dokumentation „Rüstungsstandort Bremen – Erlebnisland als Lieferant der Zutaten für Kriege“, Seite 25)!

Die Bundeswehr übt sich weiterhin in Geheimniskrämerei und schreibt von einem „Aufklärungsstrang, über den wir nicht öffentlich reden“. Doch es ist davon auszugehen, dass genau diese Drohne ebenfalls bei dem Kriegsverbrechen eingesetzt wurde. Die „Frankfurter Allgemeine“ schreibt am 5. September 2009: „Die Aufständischen hatten die beiden Tanklastwagen an einem vorgetäuschten Kontrollpunkt nahe des deutschen Feldlagers gekapert. Ein unbemanntes Flugzeug der Bundeswehr vom Typ KZO verfolgte nach Informationen dieser Zei-

tung die Entführer mit Infrarotkameras. Später übernahm eine andere Drohne die Zielbeobachtung."

Die Regierung lügt, wenn sie behauptet, die Bundeswehr bekämpfe ausschließlich Aufständische, und Zivilisten würden im „Afganistan-Einsatz" so weit wie möglich geschont. Sie lügt, wenn sie behauptet, man müsse das Land von den Taliban befreien, damit auch wir hier in Frieden leben können! Sie lügt, wenn sie behauptet, unsere Sicherheit sei am Hindukusch in Gefahr. Schon beim Krieg gegen Jugoslawien log die damalige Regierung Schröder/Fischer/Scharping, dass sich der Balkan bog. Nur mit den Lügen von „humanitären Friedenseinsätzen gegen ein böses Regime in Belgrad" ließ sich schließlich eine Kriegsakzeptanz in der Bevölkerung erzeugen und aufrechterhalten. Seitdem gehört Krieg wieder zum Alltag. Damals bombten auch deutsche Truppen gegen Serbien und im Kosovo, und Tausende fielen diesem Staatsterrorismus zum Opfer! Es war ein genauso völkerrechtswidriger Angriffskrieg wie der jetzige in Afghanistan.

Bei uns scheint alles friedlich und unbeeinträchtigt, als könnten wir Krieg führen ohne Auswirkungen für die Menschen hier. Afghanistan ist ja so weit weg! Ich glaube, dass dies ein gewaltiger Irrtum ist. Der Krieg geht uns in vielerlei Hinsicht alle an. Ohne diesen Krieg und die Bundeswehreinsätze an anderen Stellen müssten wir jetzt nicht einen in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Sozial- und Demokratieabbau beklagen. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!" Das gilt heute mehr denn je.

„Der Luftangriff ist die bisher größte Eskalation des deutschen Kriegseinsatzes, fördert den Hass auf westliche Truppen und gefährdet massiv auch die in Afghanistan tätigen Hilfsorganisationen", erklärt das „Netzwerk Friedenskooperative". Ursache seien auch die Scharfmacherei und die patriotischen Töne des deutschen Verteidigungsministers, der gleichzeitig den Gebrauch des Wortes „Krieg" verbiete. Manfred Stenner vom „Netzwerk" kommentierte: „Meinethalben soll er sich aussuchen: Wenn es ein Krieg ist, war das ein Kriegsverbrechen, ist es kein Krieg, war es Massenmord."

Mörder gehören bekanntlich vor Gericht! Die Täter sind baldmöglichst zu bestrafen, und ich wiederhole: Die Bundeswehr muss schnellstens raus aus Afghanistan! Auch Minister Jung gehört vor ein Kriegsverbrechertribunal!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

Das „Bremer Friedensforum" und die Antikriegsbewegung rufen aus Anlass des jüngsten Massakers in **Afghanistan** auf zur **Mahnwache** am **Mittwoch**, dem **9. September 2009**, um **17 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Am **Donnerstag**, dem **10. September 2009**, spricht **Oskar Lafontaine** um **16 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Folgeantrag zu spät abgegeben: Es gibt dennoch Kohle

für ganzen Monat *(„Erwerbslosenforum“)*

Aber nur die drei „bestbewerteten“: Hier werden Ihre Leserbriefe beantwortet *(„Direkt zur Kanzlerin“)*

Es steht ein Soldat im Afghanenland

1. Es steht ein Soldat im Afghanenland,
Hält er Wache für sein Heimatland?
Sich regungslos das Mohnfeld zeigt,
Eine Träne ihm ins Auge steigt.
Verachtest du dort droben nicht Terror und Mord,
Was lässt du mich dann an diesem schrecklichen Ort?
Schick mich nach Hause, ich brauch keinen Sieg,
Von deutschem Boden nie wieder Krieg!

Es steht ein Soldat im Afghanenland,
Mit einer Waffe in der Hand.
Waffen bringen niemals Fried’,
Ein Volk im eignen Land wird niemals besiegt!
Verachtest du dort droben nicht Terror und Mord,
Was lässt du mich dann an diesem schrecklichen Ort?
Schick mich nach Hause, ich brauch keinen Sieg,
Von deutschem Boden nie wieder Krieg!

Wir senden Politiker ins Afghanenland,
Sie sollten selbst nehmen die Waff’ in die Hand!
Sich regungslos das Mohnfeld zeigt,
Auch ihnen eine Träne ins Auge steigt!
Verachtest du dort droben nicht Terror und Mord?
Wir Politiker halten künftig endlich mal Wort,
Auch wir gehen nach Hause, und zwar mit einem Sieg,
Von deutschem Boden nie wieder Krieg!

Dies in Erinnerung an Willy Brandt. Von deutschem Boden nie wieder Krieg! Bundeswehrsoldaten sind weder Söldner noch Fremdenlegionäre, Sie dienen ausschließlich der Landesverteidigung! Kein deutscher Politiker hat das Recht, die Soldaten zu missbrauchen!

120 Millionen Kinder weltweit leben auf der Straße. Da sind eine Billion Dollar Im Jahr weltweit für Rüstung eine Billion Dollar zu viel!

2. Sehr geehrte Frau Merkel! Aus der Presse und den Medien konnten die Menschen in Deutschland von den Einladungen diverser Wirtschaftsgrößen, unter anderem auch des Herrn Ackermann von der Deutschen Bank, in das Kanzleramt lesen. Einer der Parteivorsitzenden der „Linken“, der ehemalige Ministerpräsident des Saarlandes, Oskar Lafontaine, sagte hierzu unter anderem: „Ackermanns Einladung ins Kanzleramt war folgerichtig. Er ist der deutsche Bundeskanzler in diesen Fragen.“ Diese Aussage bezog sich darauf, dass die Finanzmärkte immer noch die Politik kontrollieren.

Ich selbst wundere mich über Folgendes: Der deutsche Staat zahlt Milliarden aus Steuermitteln der in Deutschland lebenden Menschen an die Europäische Zentralbank. Diese wiederum vergibt Kredite an die Deutsche Bank zu einem Prozent Zinsen, und von der Deutschen Bank leiht sich der deutsche Staat dann wieder Milliarden Euro zu einem Zinssatz von ungefähr fünf Prozent, um die Wirtschaft in Deutschland wieder in Schwung zu bringen.

Genau dazu habe ich mehrere Fragen, die ich Sie mir zu beantworten bitte: Wird, um die Hunderte Milliarden neuer Staatsschulden bezahlen zu können, die Mehrwertsteuer nach der Bundestagswahl erhöht, falls Ihre Partei wieder die Regierung mit stellt? Wenn ja, um wie viel Prozentpunkte? Werden auch die Sozialleistungen gekürzt und die Rentenerhöhungen ausgesetzt? Wird es in Deutschland aufgrund der weltweiten Verschuldungen nach der Wahl zu einer stark erhöhten Inflationsrate kommen?

Zum Schluss möchte ich Sie noch bitten, mir zu beantworten, ob es sich bei der weltweiten **Finanzkrise** nicht in Wirklichkeit schon um eine Krise des Kapitalismus aufgrund weltweiter Überproduktion handelt und ob Sie den Kapitalismus nicht auch als gescheitert betrachten. Mit besorgten Grüßen.

3. Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier! In Anbetracht der Tatsache, dass das Bundesverfassungsgericht in Kürze Entscheidungen zu den unten angeführten Problemen fällen muss, möchte ich Ihnen Beispiele von Kindern und Eltern zur Kenntnis bringen. Ich selbst hatte hierzu eine Klage für meine Kinder beim Sozialgericht Oldenburg eingereicht und eine Beschwerde beim LSG Niedersachsen-Bremen, die ich aber ruhen lasse, da andere Kläger ihre diesbezüglichen und sehr wahrscheinlich ähnlichen Klagen bereits höheren Gerichtsinstanzen vorgelegt hatten und ich deshalb erst einmal deren Entscheidungen abwarten möchte.

Ich möchte Ihnen dies zur Kenntnis bringen, da es Ihnen vielleicht dazu verhilft, sich besser in die riesigen Probleme der Betroffenen hineinzuversetzen, und es dadurch bestimmt zu einer richtig guten und weisen Entscheidung im Sinne der Betroffenen kommt. Mit freundlichen Grüßen, ein Gegner asozialer Politik und Vater dreier berufstätiger und zweier schulpflichtiger Kinder. –

Von den Schulen und den dort beschäftigten Lehrern muss man als auf das SGB II angewiesenes Elternteil einer Schülerin oder eines Schülers ganz schnell den Eindruck bekommen, dass den angehenden Lehrkräften an den Universitäten nicht einmal die Grundkenntnisse für soziale und psychologische Begriffe vermittelt werden. Trübt das Sein das Bewusstsein der Lehrkräfte? Es dürfte doch nicht an den Lehrern an Deutschlands Schulen vorbeigegangen sein, dass immer mehr Kinder aufgrund einer asozialen Gesetzgebung in Armut, wenn nicht teilweise sogar bereits in Verelendung fallen. Eigentlich stehen den Schulen sogar über ihre Ausleihlisten für Schulbücher Informationen darüber zur Verfügung, wie viele und welche Kinder von Armut betroffen sind.

Als Elternteil, dessen Kinder seit 2005 einen staatlich gekürzten Sozialhilfesatz nach dem SGB II erhalten, stelle ich mir beziehungsweise diesen Lehrkräften doch einige Fragen und muss deren Qualifizierung bezüglich der oben angeführten Anforderungen auch im praktischen Umgang mit von **Armut** betroffenen Kindern in Frage stellen. So wurden in der Vergangenheit schon oftmals von diesen Lehrern, leider meist in der letzten Woche eines Monats, diverse Forderungen finanzieller Art an meine Kinder gestellt, zuletzt die Folgenden, die ich hier einmal aufzählen möchte: Kopiergeld zehn Euro, Exkursion in Biologie 16 Euro, Kinobesuch sechs Euro, Ganztagsverpflegung für eine siebentägige Klassenfahrt ins Ausland 100 Euro.

Während die Kosten für die Klassenfahrt von der Arge übernommen wurde, haben sich die Jugendlichen selbst zu versorgen. Hier dürfte allerdings der Anteil im Regelsatz nach dem SGB II beziehungsweise SGB XII wesentlich zu kurz greifen. Am schlimmsten finde ich, dass die Kinder von Armut betroffener Eltern durch die Lehrkräfte immer wieder aufs Neue durch finanzielle Forderungen gerade am Monatsende vor ihren Mitschülern öffentlich vorgeführt werden, wenn sie zugeben müssen, dass sie diese Forderungen erst später, nämlich am Anfang des nächsten Monats, bezahlen können.

Gestern Abend hatte ich aus diesen Gründen ein längeres Telefonat mit einer Lehrerin. Ich habe sie darum gebeten, diese Umstände im Kollegium zu besprechen und um Verbesserungen hierfür zu bitten. Die Heuchelei von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen zu diesen Problemen, die durch die letzte „Hart-aber-fair"-Sendung zum Thema Ferienverdienst wieder zur Schau getragen wurde, muss doch betroffene Eltern im Interesse ihrer Kinder wirklich davon abhalten, solchen Personen bei der nächsten Wahl wieder ihre Stimme zu geben!

Zumindest *ich* konnte weder die Mutter der betroffenen Schülerin verstehen noch in Erwägung zu ziehen, die SPD wiederzuwählen und das auch noch öffentlich zur Schau zu tragen. War das vielleicht Sinn und Zweck ihrer Einladung?

4. Es wird ja immer davor gewarnt, dass man seine persönlichen Daten nicht zu vielen Menschen zur Kenntnis bringen soll. Das gilt sicherlich auch für Mailadressen. Dass die meinige aber, indem ich mich einmal mit einem persönlichen Schreiben an den Bundesarbeitsminister wandte, später durch seine Mitarbeiter genutzt wird, mir die folgende Bettelmail zu senden, hätte ich im Leben nicht erwartet:

„Lieber Hans-Dieter Wege, der vergangene Super-Wahlsonntag hat es deutlich gezeigt: Die Bundestagswahl ist nicht gelaufen. Schwarz-Gelb wird nicht gewollt! Sie wissen, ich bin als Altonaer Abgeordneter nicht nur in Wahlkampfzeiten da. Viele besuchen meine regelmäßigen Stadtteilgespräche oder den ‚Talk in Altona'. In den letzten vier Wochen vor der Wahl will ich meine Wahlkampfaktivitäten in Altona nochmals erhöhen. Das kostet viel Kraft und Energie, aber auch viel Geld.

Deshalb meine direkte Bitte an Sie: Wenn Sie wollen und können, unterstützen Sie mich mit einer Spende! Für Ihre Spende ist jetzt der richtige Zeitpunkt! Mit Ihrer Unterstützung können wir noch viel bewegen bis zur Wahl am 27. September. Und die heiße Phase hat gerade erst begonnen. Spenden Sie online oder per Überweisung an die SPD Altona bei der Sparda Bank. Telefonische Spenden werden von der Spenden-Hotline entgegengenommen. Ich danke Ihnen herzlich für die Unterstützung!

P.S. Von vielen habe ich bereits eine Spende erhalten! Falls Sie auch zu diesen Spendern gehören, möchte ich mich herzlich bei Ihnen bedanken und Ihnen noch einen wichtigen Hinweis geben: Spenden an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Spenderinnen und Spendern bekommen bis zu 50 Prozent ihrer Spende im Rahmen ihres Jahressteuerausgleiches erstattet."

Sehr geehrter Herr Olaf Scholz! Selbst wenn ich Rockefeller oder Dagobert Duck persönlich wäre, würde ich Ihnen und Ihrer Partei mit Sicherheit noch nicht einmal einen falschen Fuffziger spenden. Ich bin Vater von fünf Kindern und genau aus diesem Grund auf **Hartz IV** angewiesen. Gerade Ihr Mitarbeiter, der Ihre Bettelmail an meine Adresse sandte, sollte vorher vielleicht besser prüfen, an wen Sie Ihre fragwürdigen Aufforderungen senden.

Ich bin übrigens Erwerbsunfähigkeitsrentner und arbeite daher nicht mehr. Ihr Vorgänger und Parteikollege Franz Müntefering ist diesbezüglich der Meinung, „nur wer arbeitet, soll auch essen". Nun will ich nicht behaupten, Sie würden nicht arbeiten, denn schließlich sind Sie das Musterbeispiel für alle Arbeitnehmer und auch noch der Arbeitsminister. Trotzdem tragen auch Sie in Ihrer Person überhaupt nicht zum Mehrwert bei, genau wie ich selbst, sondern leben und werden auch nur aus dem Mehrwert der zurzeit geknechteten Arbeitnehmerschaft bezahlt.

Nur da gibt es einen kleinen, aber feinen Unterschied: Ich persönlich lebe dank Hartz IV nach 38 Erwerbsjahren auf Grundsicherungsniveau, und meine noch zu Hause lebenden Kinder darben von einem unzureichenden menschenverachtenden Hartz IV-Regelsatz, während Sie privat wahrscheinlich im Geld schwimmen, vielleicht wie Dagobert. Aus all diesen Gründen erübrigt sich sicherlich Ihre An-

frage, auch darin, ob ich Sie und Ihre Partei wählen werde. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer zukünftigen Arbeit in der Opposition und auch, dass Sie und Ihre Partei sich auf die Verpflichtungen einer ehemaligen Arbeiterpartei zurückbesinnen! Ansonsten werden Sie vielleicht bald an der Fünfprozenthürde scheitern. Mit freundlichen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos)

Wir haben etwas gegen die Themenarmut im Wahlkampf

Pete: Ich selbst bin sicherlich alles andere als perfekt. Nun will ich auch mein Bestes geben, hier Dinge so zu verändern, dass sie bei anderen gut ankommen, damit man wirklich mal vieles zu verändern vermag. Ich finde, auf der Montagsdemo-Seite muss etwas mit rein, das jeden alles – oder jedenfalls viele Dinge – gut strukturiert und schnell finden lässt, wenn jemand so blöde sein mag, wie ich es vielleicht gerade bin, wenn man Daten sucht oder Möglichkeiten, sich an bestimmten Dingen zu beteiligen. Ich möchte nicht zunächst ellenlange Berichte lesen müssen, auch wenn sie sehr interessant sind, um dann den einen Punkt zu finden, um den es mir oder sonst wem gerade geht.

Gerolf: Ich habe fünf verschiedene **Suchmaschinen** eingebunden. Damit findet man tatsächlich jede Datei, in der das eingegebene Stichwort auftritt.

Pete: Auf der Homepage habe ich zum Test mal nach „KdU“ gesucht und eine Seite mit weiteren Berichten, nicht aber mit aufgelisteten Fakten entdeckt. Doch ich denke, das ist mitunter, was einzelne suchen: Fakten sowie Paragrafen der Sachen, die viele angehen, und wie ich diese Ergebnisse gegebenenfalls erreichen kann. Ich will nicht wieder nur ellenlange Berichte durchlesen müssen. Was hat beispielsweise „Mügeln und die Diskussion um ein NPD-Verbot“ mit „KdU“ zu tun? Dort auf der Seite muss man erst wieder nach der richtigen Stelle suchen.

Gerolf: Zum Stichwort „KdU“ findet die Suchmaschine wenig, weil ich Abkürzungen möglichst ausschreibe. Auf der Seite zur 148. Montagsdemo, die sie dir geliefert hat, folgt gleich hinter dem von dir genannten Artikel immerhin auch „Wir wollen keine ‚Leistungen für Unterkunft‘, sondern volle Erstattung der ‚Kosten der Unterkunft‘!“ Ganz am Ende stehen noch zwei Artikel zum Mietenthema. Diese

Seite könnte ein Volltreffer sein, doch wie fast alle Zielseiten ist sie leider so umfangreich, dass man besser noch mit der Suchfunktion des Browsers zum entsprechenden Punkt springt.

Ich erstelle für jede Montagsdemo eine eigene Wochenseite, als Abbild der realen Veranstaltung. Daher packe ich nicht jeden Beitrag in eine eigene Datei oder einen getrennten Datensatz, wie das bei Nachrichten-Websites gemacht wird, die ein Content-Management-System verwenden. Damit wäre die Suche zwar komfortabler, aber nur statische HTML-Seiten stellen sicher, dass die Montagsdemo-Dokumentation auch in vielen Jahren noch lesbar ist, wenn die Software nicht mehr läuft. Bundesweit ist schon ein Großteil der Informationen über die Frühzeit der Bewegung wieder aus dem Netz verschwunden.

Pete: Dass die Berichte später noch nachlesbar sind, finde ich auch gut, aber ich will nicht jede Seite, sondern bestimmte Fakten finden. Es ist schlecht, wenn nicht parallel Auflistungen verschiedener Maßnahmen, Rechte und dergleichen mehr mit auf einer Seite dabei sind, sodass jeder nachlesen kann, welche Möglichkeiten man aufgrund welcher Fakten hat und wie diese verwirklicht werden können. Die Homepage ist auf ihre Weise zwar grafisch gut und übersichtlich, aber bin ich denn zu blöde, die genannten Dinge zu finden?

Gerolf: Ich sehe meine Aufgabe nur darin, die Redebeiträge zu dokumentieren. Hinweise zu **Veranstaltungen** packe ich auf eine Extraseite, damit man sieht, woran man sich bei Interesse beteiligen kann. Wer Erfahrungen schildern oder seine Meinung äußern möchte, kann in **Foren** mitdiskutieren. Für die Darstellung der Problematik der Kosten der Unterkunft fühlt sich vielleicht der „Soziale Lebensbund“ zuständig. Wer **Hilfe** zum Sozialrecht sucht, googelt nicht nur bei der Montagsdemo.

Pete: Ich kritisiere die langen Berichte nicht in ihren Fakten oder dass diese vorgetragen werden, sondern vielmehr in ihrem Anklang in der Öffentlichkeit. Was bringt es denn, solange immer nur eine Handvoll Leute stehen bleibt und zuhört? Zwar soll jeder, der über den Platz läuft, mitkriegen, wie unzufrieden viele Menschen in diesem Land sind, deswegen komme ich ja mitunter dorthin, doch werden die Dinge immer etwas zu lange und teils nur wie eine schlechte Gutenachtgeschichte vorgelesen, und das ermüdet. Es muss auch um Fakten gehen, die den Einzelnen etwas angehen, sodass viele Leute sich angesprochen fühlen.

Wer dann auf der Homepage nachschaut, findet die Seiten chronologisch, nicht thematisch sortiert. Die Artikel, auf die man stößt, sind recht gut, nur finde ich, dass es für Außenstehende eine zusätzliche Auflistung einzelner Themenbereiche geben sollte, sodass man nicht immer erst lange lesen muss, bis man das liest, was einen interessiert. Sinnvoll wäre die Einbindung von Links zu weiteren Unterforen in den entsprechenden Themen, denn ich will nicht zig verschiedene Foren durchforsten, sondern an einigen bestimmten Themen mitwirken.

Gerolf: Es ist richtig, dass zu den chronologisch angeordneten Beiträgen auf der Homepage bisher ein Stichwortverzeichnis fehlte. Das hätte den Nutzwert der Textsammlung erhöht. Auf der Verzeichnis-Seite hatte ich dies nur für das

Stichwort „Lieder“ durchgeführt. Natürlich wäre „Kosten der Unterkunft“ hier ein wichtiger Eintrag. Bislang war es mir zu viel Arbeit – jetzt muss ich eine Textmasse von 3.700 Druckseiten überfliegen, um bei den einzelnen Beiträgen das Thema festzustellen. Für die mehrteiligen Beiträge von Elisabeth Graf und Hans-Dieter Binder sind jeweils sechs oder sieben Stichwörter zu notieren.

Um deine Kritik aufzunehmen und die Homepage weiterzuentwickeln, habe ich in den Tagen vor der 245. Montagsdemo damit begonnen, solch ein **Themenverzeichnis** anzulegen und bis zum Wochenende darin rund die Hälfte der Beiträge unter einem oder mehreren Stichwörtern verzeichnet. Es gibt beispielsweise eine ganze Reihe von Einträgen zu den „Kosten der Unterkunft“ und den befürchteten „Zwangsumzügen“.

Mit diesem Verzeichnis werden in der Textmasse schlagartig Debatten und Erzählstränge sichtbar, etwa zur „Bündnisarbeit“ oder auch zur „Gewaltfrage“, die laut Medienberichten im Zusammenhang mit der „Agenturschluss-Aktion“ am Tage der Hartz-IV-Einführung dräute. Ich halte die neue Seite deshalb für einen „ qualitativen Sprung“ in der Nutzbarkeit der stetig gewachsenen Quantität der Beiträge, die bisher nur mit ihren Titeln unter den Namen der **Redner(innen)** aufgelistet waren. Obwohl eine Fleißarbeit, ist das Erstellen solch eines Themenverzeichnisses doch wenig Mühe im Vergleich zum Sammeln der Texte überhaupt.

Pete: Es ist auch beeindruckend, bitte mach weiter so! Jetzt fehlen nur noch thematische Arbeitsgruppen sowie Abstimm-Möglichkeiten, an denen alle teilnehmen können. Ein Forum müsste für bestimmte Themenbereiche wie Gesundheit, Rente oder Finanzen fest eingerichtet werden, jeweils mit Unterbereichen zu verschiedenen Einstellungen. Dabei bilden sich Arbeitsgruppen, die Konzepte ausarbeiten, hierfür werben und Anhänger suchen. Jede(r) kann zu Hause an der Sache mitmachen und die Ergebnisse an die Öffentlichkeit bringen.

Gerolf: Die Betreuung interaktiver Web-2.0-Anwendungen wollte ich immer abgeben, seit ich 2005 davon genervt war, täglich das Gästebuch durchsehen zu müssen, ob wieder jemand die Montagsdemo verulkt, beschimpft oder Links auf Nazi-Seiten reinsetzt. Ich finde es besser, beim „Offenen linken Bremer Forum“ oder „Erwerbslosenforum“ mitzuschreiben. In einer Unterrubrik könnte man beispielsweise die Aufgabe stellen, ein Flugblatt zu entwerfen. Darüber ließe sich dann abstimmen, sowohl in **Foren** als auch auf dem Marktplatz. Unsere **Themen** sollen natürlich überall diskutiert werden, aber das Konzept der Montagsdemo besteht darin, sich nicht in Hinterzimmern oder im Internet gegenseitig die Ohren abzukauen, sondern offensiv und kontinuierlich auf die Straße zu gehen. Dafür brauchen wir ab und zu auch ein neues **Flugblatt**.

Pete: Nächsten Montag gedenke ich, das zweite **Mikrofon** zu fordern. Auch wenn jemand keine „Zwiegespräche“ hören will, müssen wir doch kontrovers diskutieren. Sonst mag sich das Ganze nie mehr ändern, das reine Vortragen von Missständen und Problemen, wobei sich jeder sagt: „Daran können wir eh nichts ändern, damit müssen wir wohl oder übel leben.“ Tatsächlich müssen wir aber

herausfinden, wie alles überhaupt besser gehen kann, welche unterschiedlichen Meinungen es gibt und was die Mehrheit will.

Gerolf: Wir haben schon versucht, Streitgespräche zwischen oder Interviews mit den Teilnehmern in Gang zu bringen. Leider kam da nicht viel. Wöchentlich anderthalb Stunden Programm zu bieten, ist über einen langen Zeitraum hinweg am ehesten mit vorbereiteten Redetexten zu schaffen. Ein Streitgespräch auf der Montagsdemo zu einem bestimmten Thema – wie es sich letztes Mal spontan zwischen dir und einem Mitstreiter zur Frage des Mindestlohns entwickelt hat oder wie es sich in der Frage eines bedingungslosen Grundeinkommens sofort entzünden würde –, mittels zweier Mikrofone übertragen, das könnte sehr spannend sein, wie sich bei der Castor-Diskussion gezeigt hat.

E-Mail-Wechsel zwischen Pete Ording und Gerolf D. Brettschneider

Wir haben etwas gegen die Schere im Kopf

Die „Georg-Elser-Initiative Bremen“ lädt ein zu einer **Podiumsdiskussion** über das Thema „**Die Schere im Kopf** – zur **Meinungsfreiheit in der politischen Bildung**“ am **Dienstag**, dem **8. September 2009**, um **19 Uhr** im Tivolisaal des **Gewerkschaftshauses** am Bahnhofsplatz.

Zum Hintergrund: Während der Vorbereitung des Begleitprogramms zur Ausstellung „Was damals Recht war – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ ist es in mehreren Fällen zu einer Einschränkung der Meinungsfreiheit gekommen. Die Palette reichte von versuchter präventiver Gesinnungsüberprüfung über Eingriffe in Veranstaltungstitel bis hin zur politischen Ausgrenzung von unliebsamen Themen, Thesen und Teilnehmern durch die „Landeszentrale für politische Bildung Bremen“. Deren Leiter Herbert Wulfekuhl hatte diese Veranstaltungen hinterfragt, beanstandet oder zensiert.

Die Vorfälle sind durch Flugblätter und Presseberichte öffentlich bekannt geworden und erfordern auch deshalb eine öffentliche Diskussion zur Klärung der Standpunkte. Alle an der politischen (Erwachsenen-)Bildung beteiligten und interessierten Personen haben ein Recht darauf, Klarheit über demokratische Funktion, Bedingungen und Grenzen der politischen Bildung zu erlangen und damit auch über den Grad an Freiheitlichkeit in diesem Land.

Zum Einstieg in die Diskussion schildern die von Interventionen und Eingriffen Betroffenen ihre konkreten Fälle: Prof. Dr. Rudolph Bauer, Sozialwissenschaftler und Autor; Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist; Freerk Huisken, Erziehungswissenschaftler sowie Fabian Rust, Rechtsanwalt („Rote Hilfe“).

Die „Georg-Elser-Initiative“ weist über die Erinnerungsarbeit hinaus auf aktuelle gesellschaftliche Probleme hin. Sie lehnt die Definitionshoheit der „Landeszentrale“ ab und besteht zum Schutz gegen undemokratische Entwicklungen auf einer diskursiven Streitkultur. Herr Wulfekuhl ist als Podiumsteilnehmer zu der Veranstaltung eingeladen.

Veranstaltungshinweis der „Georg-Elser-Initiative Bremen“

Wulfekuhl muss gemaßregelt werden: „Landeszentrale für politische Bildung“ übt politische Zensur und präventive Gesinnungskontrolle *(„Tageszeitung“)*

„Bild“ mahnt gerechte Rente an: Das Blatt müsste sich in Grund und Boden schämen, denn es hat „vergessen“, auf die „Lissabonner Strategie“ hinzuweisen. Die Abschmelzung der sozialen Sicherungssysteme auf ein absolutes Minimum wurde daraus von Schröder in der Agenda 2010 abgeschrieben. Die Rentenaussage von Norbert Blüm stimmte, bis der Gesetzgeber die „Lissabonner Strategie“ umgesetzt hat. Die Aufwendungen für die Riester-Rente wurden von der Bundesregierung aufgrund einer Anfrage der „Linken“ als nutzlos für die Versicherten, insbesondere für jene mit geringem Rentenanspruch definiert. *(Hans-Dieter Binder)*

Rot-Grün fördert Beschäftigungsträger und pfeift auf den Mindestlohn

1. Weltweit müssen Besserverdienende immer weniger Steuern bezahlen. In den vergangenen sechs Jahren sank der **Spitzensteuersatz** global im Schnitt von 31,2 auf 28,9 Prozent. Weil seine Höhe noch nichts darüber aussagt, ab welchem Einkommen er fällig ist, verglichen die Wirtschaftsprüfer auch die Steuerbelastung bei einem bestimmten Einkommen. Wenn ein Bundesbürger mit einem Einkommen von 100.000 Dollar (rund 70.000 Euro) 20,1 Prozent Steuern zahlen muss, so liegt er im europäischen Mittelfeld. Um nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen, muss jedoch für die Wahrheitsfindung noch genauer hingeguckt werden: Hierzulande müssen Gutverdiener durch die Beitragsbemessungsgrenzen nur für einen geringen Teil ihres hohen Einkommens auch Sozialversicherungsbeiträge zahlen.

Wer in Deutschland umgerechnet 300.000 Dollar pro Jahr verdient, zahlt nur für 5,3 Prozent davon Sozialabgaben. Das ist deutlich weniger als in vielen anderen europäischen Staaten. Angesichts der zahlreichen staatlichen Rettungspakete und der steigenden öffentlichen Verschuldung erwarte ich keinen steigenden Druck auf die Steuersätze, wie er eigentlich dringend erforderlich wäre, sondern einen Frontalangriff auf die Transferleistungen des ehemaligen Sozialstaates Deutschland. Wenn in Deutschland jemand das unverschämte Glück hat, drei mal mehr zu verdienen als ein Angehöriger des Mittelstands, dann wird er weiterhin bevorzugt und zu Unrecht belohnt, indem er fast nur ein Viertel dessen für Sozialabgaben zu zahlen braucht wie der mit dem mittleren Einkommen.

2. Weil dank der Umverteilung von unten nach oben immer weniger Gewerbesteuer gezahlt werden muss, brechen Deutschlands Städten und Gemeinden die Einnahmen weg. Laut einer Umfrage der „Welt am Sonntag “ rechnen die Städte für 2009 mit einem Minus von beinahe 40 Prozent. Als ob das nicht schon reichen würde, will der Bund Zuschüsse für die Wohnkosten von ALG-II- Beziehern von 26,1 Prozent auf 23,2 Prozent kürzen. Seit Einführung der vermaledeiten Hartz-Gesetze sind die Kommunen für die Unterbringung von Langzeiterwerbslosen zuständig. Der Bund beteiligt sich lediglich mit einem Zuschuss von rund einem Viertel an den Kosten. Wie bereits vor der sogenannten Krise beschlossen, soll dieser Anteil nun sinken, weil der Bund sich ab 2010 nicht mehr an den realen **Wohnkosten** orientieren will, sondern an denen für Bedarfsgemeinschaften.

Weil der Bund bisher kein Entgegenkommen signalisierte, rechnet der Deutsche Städtetag bereits im kommenden Jahr mit Mehrausgaben von zwei Milliarden Euro. Während bereits klar zu sein scheint, dass die Hartz-IV-Betroffenen die Zeche zahlen sollen, ruft der Deutsche Städte- und Gemeindebund nach neuen „Sozialreformen “ und warnt vor einer „ausufernden Anspruchsmentalität“ ausgerechnet bei den Transferleistungsbeziehern. Wer kriegt denn bei uns den Hals nicht voll? Dies sind ja wohl die Manager, die Bangster und Verschieber „gut dotierter“ Posten, etliche Politiker! Angesichts dieser unglaublichen sozialen Schieflage den Ärmsten der Armen, die für ihre Erwerbslosigkeit in Ermangelung vorhandener Jobs nichts können, ein weiteres Streichkonzert zumuten zu wollen, ist ungeheuerlich! Wenn die Unterkunftskosten pauschalisiert werden, bedeutet das nicht nur kalte Wohnungen, sondern auch steigende Obdachlosigkeit, weil die Wohnungen nur in der Realität mit tatsächlichen Kosten zu bekommen sind und nicht nach pauschalisierten Fantasterein auf irgendwelchen fernen Wandelsternen!

3. Wie die „Financial Times “ von mehreren Spitzenmanagern erfuhr, will die deutsche Industrie in großem Umfang **Stellen** streichen, sobald die Bundestagswahl vorüber ist, was bislang offenbar noch durch eine Art von Stillhalteabkommen verhindert wird. Obwohl die Bundesregierung durch das milliardenteure Programm zur Kurzarbeit auf Schmusekurs mit den Unternehmern geht, stehen den deutschen Arbeitnehmern die härtesten Einschnitte erst noch bevor, weil im Maschi-

nenbau und der Automobilindustrie weiterhin hohe Überkapazitäten bestünden, denen mit Kurzarbeit nicht beizukommen sei. Vor der Wahl wird nach Ansicht der selbst ernannten deutschen Topökonomen ein Anstieg der Arbeitslosenzahl auf fünf Millionen bis Anfang 2011 ausgeschlossen.

Da diese Ansicht vom Konjunkturchef des Münchner Ifo-Instituts selbst prognostiziert wird, erlaube ich mir, diese Zahlenjonglierereien höchstpersönlich anzuzweifeln. Da ich schon öfters über das „Herausrechnen“ verschiedener Gruppen von Erwerbslosen aus der Statistik gestaunt habe, bin ich davon überzeugt, dass sich die Bundesregierung weiterhin darum bemühen wird, ihre Zahlen denen des Ifo-Instituts anzugleichen. Ein bisschen fühle ich mich an das Kaffeesatzlesen erinnert, wenn ich höre, dass der Aufschwung im zweiten Halbjahr zwar kräftiger als bisher erwartet ausfalle, aber die Wirtschaftsleistung 2009 dennoch schrumpfen werde.

4. Eigentlich sollten alle, die für die Stadt Bremen arbeiten, einen **Mindestlohn** von 7,50 Euro bekommen, seit diese Leitlinie vor zwei Jahren beschlossen wurde. Uneigentlich jedoch lassen aber einige Behörden zum Beispiel Wachleute und Schüler-Fahrdienste noch immer für Billiglöhne arbeiten. Offenbar kommt das, was „oben “ beschlossen wurde, „unten“ bei den Betroffenen nicht an. Wer nur Tagespauschalen pro Schüler vereinbart, verliert leicht den Überblick, wie viel Geld die Fahrer tatsächlich bekommen und sichert eben keine Mindestlöhne zu! Die Bildungsbehörde will dies nun überprüfen. Noch laufen schändliche Verträge auf Billiglohnniveau. Die Stadt Bremen zahlt vorerst weiter Dumpinglöhne, die angeblich nicht vorher gekündigt werden können. Wieso eigentlich nicht, wenn sie doch den Vorgaben von Bürgermeister Jens Böhrnsen und Finanzsenatorin Karoline Linnert widersprechen?

5. Im Bremer Problem-Bezirk Tenever arbeitet seit einem Jahr eine „Interkulturelle Werkstatt“ als **Beschäftigungsträger**. Die aktuellen Vorwürfe gegen die Geschäftsführung der „Interkulturellen Werkstatt“ sind nach Auffassung des „Bremer Erwerbslosenverbandes“ nur ein kleiner Ausschnitt eines in Bremen flächendeckend praktizierten Systems der Bereicherung von Einzelpersonen und Trägern im großen Geschäft mit Erwerbslosen. Nun hagelt es bohrende Fragen und Vorwürfe gegen den Geschäftsführer Hafid Catruat. Da von einer geordneten Geschäftsführung nicht die Rede sein könne, sollen umgehend alle Projekte der „Interkulturellen Werkstatt“ auf einen anderen Träger übertragen werden. Immerhin geht es um einen staatlich subventionierten Umsatz von rund 1,5 Millionen Euro.

Obwohl die dort Beschäftigten über die Bagis vermittelt, von ihr – aus Steuergeldern – finanziert werden, wickelte die „Interkulturellen Werkstatt“ mit ihnen kommerzielle Aufträge für große Wohnungsbaugesellschaften ab. Offenbar konnte die „Gewoba“ auf diese Weise einen Teil ihrer Kosten für den Abriss mehrerer Wohnhäuser erheblich verringern. „Toll“, wenn diese Ausbeutung als Hilfe für Langzeiterwerbslose verkauft und vertuscht werden kann! Dürfen die derart

benutzten Teilnehmer einer solchen „Maßnahme“ nach Ablauf derselben immer wieder in Hartz IV zurückgeworfen werden, ohne die mindeste Hilfe erfahren zu haben?

Zudem ist das Finanzierungsmodell der Beschäftigungsträger so zugeschnitten, dass mit Maßnahmeteilnehmern Erlöse erzielt werden, die in den Bilanzen der Träger versteckt werden müssen, da diese Erlöse sonst die Zuschüsse von Bagis und Behörden reduzieren. Weil der Staat Erwerbslose unter Androhung einer Kürzung in Maßnahmen zwingt, die zu hundert Prozent vom Staat bezahlt werden, und weil die beauftragten Träger der Armutsindustrie diese Arbeitskraft zum Nulltarif für ihren Betriebsgewinn einsetzen, fielen auf diese wundersame Weise 300.000 reguläre Beschäftigungsverhältnisse dem „Maßnahmesystem“ zu Opfer! Dass sich hinter der schönen Fassade der „Interkulturellen Werkstatt“ so manche Ungereimtheiten abspielten, wurde bereits seit Monaten immer wieder mal geunkt.

Offenbar ging es wiederholt um nicht nachvollziehbare Abrechnungen oder auch um entlassene Mitarbeiter, die ein wenig Licht in das Dunkel bringen wollten, deren Warnsignale von diversen Geldgebern, die für eine Kontrolle verantwortlich waren, aber scheinbar überhört wurden. Ein ebenfalls fristlos entlassener Verwaltungsleiter der „Interkulturellen Werkstatt“ gab an, er habe damals mit Geschäftsführer Catruat die Vereinbarung getroffen, dass sie beide 4.000 Euro im Monat verdienen sollten – doppelt so viel wie ihre offiziellen Bezüge. Anderen Mitarbeitern zufolge hat Catruat ebenfalls in die eigene Tasche gewirtschaftet. Nun soll die „Interkulturellen Werkstatt“ auch noch die Stromzufuhr eines Nachbarn angezapft haben!

6. Etwa 800.000 Mal wurden in den vergangenen beiden Jahren **Sanktionen** gegen ALG-II-Bezieher verhängt. Auf der Spielwiese des § 31 SGB II darf zwischen zehn Prozent des Regelsatzes und den gesamten Kosten für die Unterkunft ratzfatz gestrichen werden. Durch diese menschenverachtenden Disziplinierungsmaßnahmen werden die Betroffenen keinesfalls in Arbeit gebracht, sondern ihrer Würde, des zum Leben Notwendigen, ihrer Wohnung beraubt und sind zum Teil bereits verhungert oder wurden in den Suizid getrieben. Wie willkürlich Sanktionen in den Argen verhängt werden, zeigen zwei Zahlen: 2007 wurden mehr als 50 Prozent der Prozesse gegen die Verhängung von Sanktionen von den Klagenden gewonnen, 2008 stieg die Quote der gewonnen Prozesse auf mehr als 65 Prozent. Sie wäre wohl noch höher, wenn mehr Betroffene klagten. Hartz IV stellt somit die größte Unrechtsbürokratie und systematische Menschenrechtsverletzung seit Ende des Dritten Reiches dar. Trotz anhaltendem Mangel an Arbeitsangeboten werden Langzeiterwerbslose ausgehungert, schikaniert, entwürdigt und elementarer Rechte beraubt.

Die Bürokratie arbeitet mit Einspar- und Sanktionsvorgaben, für deren Erreichung auch Tote in Kauf genommen werden. Diese inhumane Sanktionspraxis muss sofort gestoppt werden! Weil bei den bürgerlichen pseudosozialen und

pseudochristlichen Parteien keine Unterstützung zu erwarten ist, müsste doch wenigstens aufgrund des Gebots der Einhaltung von Menschenwürde und Menschenrechten ein Aufschrei durchs Land gehen und sich zumindest unter den linken Gruppierungen eine breite Furt zur Durchsetzung dieser Forderung bilden! Statt sich zusammenzuschließen, zersplittern sie mit unterschiedlichsten Forderungen und gegenseitigen Unterstellungen. Eine gerechtere Form von Sanktionen kann es nie geben, weil per se niemals von „fairen“ Strafmaßnahmen die Rede sein kann, wenn Menschen dabei das Lebensnotwendige abgeschnitten wird. Nach der Wahl müssen wir uns warm anziehen und alle gemeinsam auf die Straße gehen, um den geplanten Repressionsapparat eines unmenschlichen Workfare-Regimes zu verhindern!

7. Wie viele Unverschämtheiten müssen sich Erwerbslose eigentlich von Parteichef Guido Westerwelle und seiner FDP noch bieten lassen? So fragt Martin Behrsing vom „Erwerbslosenforum Deutschland“ und beklagt, dass Herr Westerwelle eine äußerst üble **Hetzkampagne** betreibt, die sehr an die des ehemaligen Arbeits- und Wirtschaftminister Wolfgang Clement, mit seiner Parasitendebatte vor fünf Jahren erinnert. In einer Vorabmeldung der „Saarbrücker Zeitung „ hatte Westerwelle angekündigt, im Falle eines Wahlsiegs stärker gegen Erwerbslose vorzugehen, die angeblich Sozialleistungen missbrauchen: „Es gibt kein Recht auf staatlich bezahlte Faulheit!“ So sei es unerträglich, wenn manche Arbeitslose in Talk-Shows erklärten, sie lebten von Stütze und arbeiteten schwarz und gleichzeitig das normal arbeitende Publikum beschimpften: „Die werden bei uns kein Geld bekommen“, so Westerwelle. Er gibt vor, nicht genau zu wissen, dass die von ihm vorgeführten Probanden solcher Talkshows in der Regel bezahlte Mimen und noch nicht mal erwerbslos sind.

Es versetzt schon in Erstaunen, dass Herr Westerwelle überhaupt die Zeit für derart gehirnamputierte Sendungen findet – aber was ist von einer Partei zu erwarten, die von Erwerbslosen verlangt, dass sie Ratten fangen, um sich ein paar Euro dazu zu verdienen, einer Partei, die das Vielzuwenig des Regelsatzes auch noch um 30 Prozent kürzen will? Ich frage mich außerdem, was diese Partei mit ihrer Werbung „Arbeit muss sich lohnen“ überhaupt ausdrücken will: für wen, den Arbeitgeber? Schließlich will die FDP ja zwecks Profitmaximierung einen Mindestlohn verhindern. Weil Westerwelle gegen staatlich bezahlte Faulheit wettert, musste ich erst an seine eigene Kaste denken. Dabei vergaß ich für einen Moment völlig, wer Politiker in Wirklichkeit bezahlt! Ausnahmsweise bin ich mit DGB-Chef Michael Sommer einer Meinung, wenn er sagt, es bedeute soziale Kälte, wenn Wirtschaft, Union und FDP in einem Boot säßen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Dringender Handlungsbedarf: Derzeit geltende Ableitungsverfahren sind nicht geeignet, eine Bedarfsdeckung zu gewährleisten *(„Spiegel-Online“)*

Terror der Staatsorgane

1. Bestimmt hat in den letzten Tagen am meisten Empörung hervorgerufen, dass auf Befehl der Bundeswehr in **Afghanistan** zahlreiche Zivilisten getötet wurden. Die EU spricht von über 100, der Stammesälteste der dortigen Gemeinde von 150 Toten – dies alles in einem Krieg, der laut Minister Jung keiner ist, denn „Krieg ist Zerstörung“, sagt Jung. Ja, was macht denn die Bundeswehr dann? Sie muss sofort raus aus Afghanistan!

Gerhard Schröder hat sich dazu mal wieder zu Wort gemeldet: Die Bundeswehr solle bis 2015 in Afghanistan bleiben – von jetzt an also so lang, wie der gesamte Zweite Weltkrieg dauerte, pfui Teufel! Da ist der Heiligenschein vom „Kriegsablehner Schröder“ aber schnell weg. Es ging und geht in Afghanistan um nichts anderes als die Sicherung der Rohstoffe und Absatzmärkte im Interesse des deutschen Großkapitals. Niemals geht es um die Interessen der Bevölkerung dort! Die Menschen werden massakriert, wenn sie diesen Plänen im Wege stehen.

Aggression nach außen, Reaktion nach innen: das ist das Wesen dieses Systems in Deutschland. Dazu passt auch die jetzt immer mehr an die Öffentlichkeit tröpfelnde Geschichte der Ex-Terroristin Verena Becker. Sie war die mutmaßliche Schützin beim Anschlag auf Generalbundesanwalt Buback 1979. Inzwischen sickert durch, dass sie bereits seit 1972 Verfassungsschutz-Spitzel war! Innenminister Schäuble will keine Akteneinsicht geben, höchstens mit Sperrvermerk „nicht gerichtsverwendbar“. Was verschweigt Schäuble?

2. Glaubt ja nicht das Gesäusel vom „Ende der **Krise**“ und dem „zarten Aufschwung“! Das dicke Ende kommt erst noch. Der Maschinenbau ist um 20 Prozent eingebrochen, in der Autoindustrie stehen 90.000 Beschäftigte auf der Abschussliste. Doch bis zu den Wahlen sollen wir vertröstet werden.

15 Millionen gibt es für Arcandor-Chef Eick für sechs Monate im Amt. Das wurde schon in seinen Vertrag geschrieben, als er im vor der Pleite stehenden Karstadt-Quelle-Konzern anfing. Ob den Zehntausenden von Mitarbeitern, die jetzt vor dem Rauswurf stehen, auch so eine stattliche Abfindung bezahlt wird? Nein, die bekommen nach sechs Monaten Betriebszugehörigkeit gar nicht – und nach 20 Jahren Betriebszugehörigkeit, wenn sie Glück haben, ein Paar Euro. Die da oben, wir da unten: 20 Millionen gibt es für den verurteilten Steuerbetrüger Zumwinkel, 15 für Eick, 50 Millionen für Bankrotteur Wiedeking, der zehn Milliarden bei Porsche in den Sand gesetzt hat.

20 Milliarden wurden bereits in die Commerzbank gepumpt. Die macht nicht nur munter weiter, sondern verstärkt ihre hochriskante Geschäfte, um Investmentbank Nummer eins zu werden. Nach den Wahlen werden wir dann zur Kasse gebeten, per Mehrwertsteuer-Erhöhung und Kürzung von ALG II. Inzwischen finde ich es sehr gut, dass die **bundesweite Montagsdemo** am **24. Oktober 2009**, also vier Wochen *nach* der Wahl, in **Berlin** protestiert. Da können wir Regierung gleich zeigen, wo der Hammer hängt!

Die Herrschenden wollen uns unbedingt bis zum Wahltag ruhig halten. Das haben sie sich bereits viele Milliarden kosten lassen, allein für Abwrackprämie und Kurzarbeitsgeld. Deswegen machen sie einen Wahlkampf, der eigentlich keiner ist: Bloß nichts aufrühren, alles schön friedlich und ruhig halten. Ein Stück weit ist es ihnen auch gelungen.

Umso wichtiger finde ich die Initiativen, die jetzt von den Hafenarbeitern in Bremerhaven und den „Weser-Kurier"-Zustellerin in Bremen ausgehen, die gegen Auslagerung der **Zeitungszustellung** in neue Zustellgesellschaften, Tarifflucht und Lohnminderung protestieren. Sie treffen sich am **Samstag**, dem **12. September 2009** um **12 Uhr** vor dem **Pressehaus** in der Langenstraße zur **Demonstration**. Am Samstag gab es die größte Demonstration gegen die Atompolitik der Bundesregierung seit 20 Jahren. Über 50.000 Menschen beteiligten sich in Berlin, auch viele Bremer. Herzlichen Glückwunsch!

3. Am vorletzten Samstag hatte die MLPD ihre Wahlkundgebung auf dem Hanseatenhof, rechtzeitig angemeldet mit allem Drum und Dran. Am Tag vorher kam dann ein Anruf vom Stadtamt, einer Mitarbeiterin sei ein Fehler unterlaufen. Der Gebrauch einer **Lautsprecheranlage** sei nicht erlaubt. Begründung: „Chancengleichheit"!

Das muss man sich mal so richtig auf der Zunge zergehen lassen: Die Parteien, die die Hartz-Gesetze verbrochen haben, die jetzt schon die Gesetze zur Mehrwertsteuererhöhung in der Schublade haben, die ganz und gar die Interessen der großen Konzerne gegen die des einfachen Volkes vertreten, die jeden Tag im Fernsehen ihre Werbung haben, die hundert oder tausend Mal mehr an Sendezeit und Wahlwerbezeit bekommen wie die MLPD, die den Marktplatz sofort gesperrt bekommen, wenn Merkel, Trittin, Steinmeier oder sonst wer kommt, auf der einen Seite – und die Partei, die konsequent gegen Hartz IV kämpft, die offen sagt, dieses System muss weg, wir brauchen einen echten Sozialismus, die soll gegen die „Chancengleichheit" verstoßen, wenn sie eine Wahlkundgebung macht?

Die MLPD hat sich natürlich nicht um dieses Verbot geschert und ihre Kundgebung trotzdem durchgeführt, und es passierte: nichts! Die Herrschaften haben nämlich ein Problem: Ihr Schmusekurs, ihre Taktik, alles ruhig zu halten, würde gar nicht gut zu einer gewaltsamen Auflösung einer Kundgebung passen, wenn dann auch noch zugegeben wird, was hier unter „Chancengleichheit" verstanden wird. Das hat Bedeutung nicht nur für Parteien, die sich zur Wahl stellen, sondern

für uns alle hier: Jetzt ist die Zeit, wo wir etwas bewegen können. Die Herrschenden sind aufgeblasene, zahnlose Tiger: Sie drohen, aber trauen sich nicht zuzuschlagen, wollen sie doch ihr schönes friedliches Mäntelchen nicht beschmutzen. Darin steckt auch eine Chance für uns. Nutzen wir sie!

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

Schnatterinchen jubelt bis zur Wahl: Doch ob der Opel-Verkauf tatsächlich besiegelt wird, kann niemand abschätzen *(„Spiegel-Online“)*

„Wir sind der Gesamthafenbetrieb“

Liebe Kolleginnen und Kollegen von „Wir sind der GHB“, auf der letzten Montagsdemo am 7. September 2009 wurde uns von eurem Kampf für eure Arbeitsplätze im Hafen berichtet. Wir möchten euch unsere herzlichen Solidaritätsgrüße übermitteln und werden versuchen, euren Kampf weiter zu unterstützen und Informationen darüber zu verbreiten.

Die Montagsdemobewegung kämpft jetzt seit über fünf Jahren gegen die unsoziale Politik von der EU über die Bundesregierung bis zu den Kommunen. Schröders Agenda 2010 hat den ganzen Abbau erkämpfter Arbeitnehmerrechte ins Rollen gebracht. Die Hartz-Gesetze von der Ausweitung der Leiharbeit bis zu den Drangsalierungsmethoden der heutigen „Argen“, um die Menschen in nicht vorhandene Arbeit zu zwingen, stehen bei uns tagtäglich auf der Tagesordnung.

Wir setzen uns ein für den Zusammenschluss von Arbeitenden, Arbeitslosen und Erwerbslosen auf antifaschistischer Grundlage. Bitte gebt uns weitere Informationen, nehmt uns in euren Verteiler auf und setzt einen Link auf unsere Homepage. Wir werden es genauso machen und damit die Informationsmöglichkeiten erweitern.

Initiative Bremer Montagsdemo

Die Zusteller der Bremer Tageszeitungen AG protestieren gegen Auslagerung der **Zeitungszustellung** in neue Zustellgesellschaften, Tarif-Flucht und Lohnminderung. Sie treffen sich am **Samstag**, dem **12. September 2009** um **12 Uhr** vor dem **Pressehaus** in der Langenstraße zur **Demonstration**.

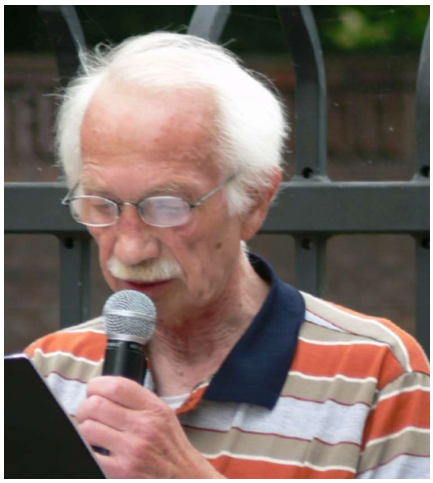
Ebenfalls für **Samstag**, den **12. September 2009**, ruft die „Internationale Liga für Menschenrechte“ auf zur „**Demonstration gegen ausufernde Überwachung** durch Staat und Wirtschaft“ in **Berlin**.

Doof für Prügelpolizisten: Wenn Demonstranten mit Camcordern herumlaufen, kann man sie nicht mehr einfach so wegklatschen *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

246. Bremer Montagsdemo am 14. 09. 2009

Unersetzliche Kulturgüter um der Renditeerwartung willen zerstört



Im denkmalgeschützen Sendesaal wurde am 13. September offiziell die neue Veranstaltungs-Saison eröffnet. Dies geschah im Rahmen einer Feierstunde zum diesjährigen „Tag des offenen Denkmals“, zu der die „Freunde des Sendesaales“ eingeladen hatten. Damit begann jetzt auch offiziell eine neue Ära für das ehemalige Großstudio von „Radio Bremen“. Am technischen Umfeld wurden einige Renovierungen vorgenommen, und in den anderen ehemaligen Rundfunkgebäuden wird in Kürze eine Reha-Klinik entstehen. Im Anschluss an die Feierstunde gab es noch eine ausgiebige Führung durch die ebenfalls unter Denkmalschutz stehenden technischen Einrichtungen des Saales, des Regieraums und der alten Hörspielstudios, die von „Radio-Bremen“-Mitarbeiter(inne)n organisiert und durchgeführt wurde.

Vor etwa 150 Gästen begrüße Peter Schulze, Vorsitzender des Vereins und jahrelanger Musikchef von „Radio Bremen“ die beiden Gastredner, Bürgermeister Jens Böhrnsen und Landeskonservator Prof. Georg Skalecki, sowie den Sendesaal-Retter Dr. Klaus Hübotter und den neuen „Radio-Bremen“-Intendanten Jan Metzger. Böhrnsen betonte in seiner Rede die überregionale Bedeutung des Bremer Sendesaals als Kulturdenkmal, Konzertsaal und anspruchsvolles Aufnahmestudio. Vor nicht allzu langer Zeit war das noch ganz anders, denn da sah der Bürgermeister diese Bedeutung offenbar nicht. Damals handelten er und der damalige Intendant Heinz Glässgen ganz im Interesse zweier Immobilienhaie, die den Saal unbedingt abreißen wollten, um dort Wohnblocks und einen Supermarkt zu errichten. Erst als Hübotter ins Spiel kam, sahen sich wohl beide zu einer Haltungsänderung veranlasst.

Peter Schulze skizzierte in seiner Begrüßungsrede noch einmal kurz die Stationen des jahrelangen Widerstandes gegen die Abrisspläne. Er und der Landesdenkmalpfleger Dr. Skalecki würdigten besonders auch die Verdienste von Klaus Hübotter, der den Saal und die umliegenden Funkhausgebäude zwecks Erhal-

tung und Weiterbetrieb aufgekauft hatte. Seitdem steht jetzt alles unter dauerhaftem Denkmalsschutz. Skalecki verurteilte zudem in seinem längeren Grußwort scharf die verheerende Kulturpolitik vor allem in den „neuen Bundesländern“, die hier um einer kurzsichtigen Renditeerwartung willen das Grundgesetz bricht und nur nach der neoliberalen Verwertungslogik handelt. So würden unzählige unersetzliche Kulturgüter für immer zerstört. Er betonte, Bremen sei deshalb eine positive Ausnahme, weil es hier einen geschichtsbewussten Bürgersinn gebe: Bremische Investoren gingen traditionell verantwortungsvoller und mit Sinn für Stadtgeschichte mit den Kulturgütern um. Damit ließ er durchblicken, dass mit hiesiger Denkmalpflege ein Kahlschlag wie anderswo nicht zu machen ist. Hierfür bekam er lang anhaltenden Beifall.

Interessant war übrigens, wer zu dieser Feierstunde *nicht* gekommen war: Heinz Glässgen, der jetzt nicht mehr Intendant ist, und der frühere Bürgermeister, Kultursenator und Klaviermusikliebhaber Henning Scherf, der sich auch nicht gerade um den Erhalt des Sendesaals die Beine ausgerissen hatte. Jetzt kann Scherf als Pensionär auch in Zukunft – wenn er nicht gerade reuevoll über seine verfehlte Agendapolitik nachdenken muss – in aller Ruhe die berühmte Klangqualität des historischen Sendesaals genießen! Dort findet übrigens vom **19.** bis **25. Oktober** ab **10 Uhr** der „**Bremer Klavierwettbewerb 2009**“ mit Teilnehmer(inne)n aus 19 Ländern statt. Der Eintritt ist frei.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Das „Bremer Friedensforum“ ruft auf zur **Mahnwache** gegen die **Rüstungshochburg Bremen** am **Freitag**, dem **18. September 2009**, von **12 bis 13 Uhr** an der **Domsheide**, vor dem „Kapitel 8“

Sozialgesetzgebung muss überdacht werden: Die Einführung von Hartz IV hat Menschen in Not gestürzt *(„Radio Bremen“)*

Volle Piste blubbern: Schafft Münte auch mit Hartz IV eine glatte Landung? *(„Spiegel-Online“)*

Nullwahlkampf im Edelschlafwagen: Die Kanzlerin schwebt mit dem Rheingold-Express über die Finanzprobleme hinweg *(„Stern“)*

Abgrenzung nach rechtsaußen verweigert: Piratenpartei macht sich unwählbar *(„Spiegel-Online“)*

Systematische Manipulation: Von wirklich freien, gleichen und geheimen Wahlen kann in Deutschland keine Rede sein *(„RF-News“)*

Mit Hetztiraden ganze Arbeit geleistet

1. In Nürnberg wird ein Sozialgeldbezieher sowohl anonym als auch ganz offen beleidigt, seit er seine inzwischen weitgehend beigelegte Auseinandersetzung mit dem Sozialamt öffentlich machte. Der 44-jährige Thomas Müller leidet unter der Schlafkrankheit, Depressionen, schwerem Asthma, Schmerzattacken und posttraumatischen Belastungsstörungen. Auch wenn ihm sein komplexes Krankheitsbild nicht auf den ersten Blick anzusehen ist, ist er dennoch zu hundert Prozent erwerbsgemindert. Sein anerkannter Grad der Behinderung liegt bei 50 Prozent.

Weil die Miete von Thomas Müller über der niedrigen Obergrenze liege, schickte ihn das Sozialamt zum Gesundheitsamt, um dort seine Umzugstauglichkeit (was für ein grauenhaftes Behördendeutsch!) überprüfen zu lassen. Weil er sich jedoch von den Amtsärzten so schlecht und unmenschlich behandelt fühlte, stellte er die Zusammenarbeit mit ihnen ein, bekundete aber gleichzeitig, sich von anderen Experten begutachten lassen zu wollen. Alle ahnen schon, was im Zuge der **Verfolgungsbetreuung** als nächstes geschah: Das Sozialamt kündigte daraufhin an, die Hilfe wegen „fehlender Mitwirkung“ zum Ende des Monats komplett einzustellen – was sonst!

Auch wenn die Drohung bestimmt wegen der Veröffentlichung des Streites wieder zurückgezogen wurde, landen in seinem Briefkasten seither beleidigende Zettel, auf denen beispielsweise „Stinkfaule fette Sau!“ oder „Du A...!“ steht. Auch bei der Lokalredaktion der örtlichen Zeitung kamen ähnliche Schmierfetzen an. Dort wird Thomas Müller von einem der Schreiberlinge als „notorischer Faulenzer“ bezeichnet, dessen Übergewicht „vom guten Essen und zu wenig Bewegung“ komme und der bloß zu faul zum Umziehen sei. Ein anderer Schmierfink unterstellt ihm Hypochondrie und eventuell ein übler Sozialschmarotzer zu sein. Er begrüßt deswegen ausdrücklich, dass ihm die Behörde das Geld entziehen wollte.

Die meist gleichgeschalteten Massenmedien haben mit ihren pauschalisierenden *Hetztiraden* gegen Erwerbslose ganze Arbeit geleistet und die lieben Mitmenschen zu wahren Gesundheitsexperten „ausgebildet“, die nun den „fachlichen Rat“ erteilen, Herr Müller sei nur umzuschulen oder möge doch endlich Selbstmord begehen. Wenn er das nicht freiwillig täte, könnten „sie“ auch ein wenig „nachhelfen“. Thomas Müller tat das einzig Richtige und erstattete Anzeige. Solch

eine Flut von Beleidigungen bis hin zur *Morddrohung* darf er sich nicht gefallen lassen!

2. Der DGB-Vorstand fordert ein Überbrückungsgeld vor **Hartz IV**. Weil nur jeder dritte Erwerbslose überhaupt ALG I erhalte, stürzen die meisten nach dem Verlust ihres Jobs gleich in die tiefen Abgründe von Hartz IV ab. Angesichts der existenzbedrohenden Grausamkeit der Hartz-Gesetze kann solch ein Überbrückungsgeld lediglich aufschiebende Wirkung entfalten, ohne das gesellschaftliche Problem der nicht vorhandenen Jobs und der staatlich verordneten Massenarmut anzugehen. Sollte der DGB wirklich die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, so müsste er sich für eine sofortige Aufhebung der Hartz-Gesetze einsetzen und stattdessen eine menschenwürdige und auskömmliche Regelleistung fordern!

Wenn die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 30 Stunden verkürzt würde, wenn Erwerbslose unabhängig vom Lebensalter entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit eingestellt würden und die Bezahlung der beruflichen Qualifikation adäquat wäre, wobei Arbeitnehmer auf tariflicher Grundlage nicht unter dreizehn Euro pro Stunde mit nach Hause nähmen, wenn gleicher Lohn für gleiche Arbeit selbstverständlich wäre, ein flächendeckender Mindestlohn eingeführt und die Rente mit 67 wieder zurückgefahren würden, dann könnte der soziale Deklassierungszustand der Lohnarbeit im Kapitalinteresse beendet werden – und der DGB-Mitgliederschwund gestoppt!

3. Wenn es nicht so traurig wäre, könnten wir über diesen Schildbürgerstreich lachen: Nach der Bundestagswahl will die SPD mit einem „Sofortprogramm“ 300.000 Kinder aus der Armut befreien, in die sie selbst sie hineinsteckte! Was jedoch mit den restlichen zweieinviertel Millionen armen Kindern geschehen soll, wird leider noch nicht einmal angedeutet. Die jugendpolitische Sprecherin der Fraktion der Linkspartei, Diana Golze, prangert zu Recht an, dass Hartz IV (**Kinder**-)**Armut** per Gesetz sei und auch bleibe. Weshalb der dauergrinsende Frank-Walter Steinmeier auf dieses menschenverachtende Machwerk auch noch stolz ist, kann ich nicht nachvollziehen. Es zeigt mir jedoch in wundersame Weise auf, wes Geistes Kind er ist!

Wenn Ernährungswissenschaftler nachweisen, dass sich Familien von Hartz IV höchstens bis zum 20. des Monats ernähren können, am Ende des Geldes also noch ganz viel Monat übrig ist, weshalb Kinder mit knurrendem Magen in Schule oder Kindergarten kommen müssen, dann zeigt dies immer wieder, dass der eingeschlagene Weg der falsche ist. Ein Herumschieben der Eltern zwischen den langen Warteschlangen vor den Schaltern für die Beantragung von Hartz IV oder Kinderzuschlag plus Wohngeld, das holt wohl kaum die Kinder mit ihren Familien aus der Armut, sondern beschönigt nur ein wenig die Statistik, nach der es dann scheinbar weniger arme Kinder gäbe.

Solange die Transferleistungen nicht endlich derart angehoben werden, dass eine Familie tatsächlich oberhalb des Existenzminimums leben kann, betreibt die

SPD lediglich Zahlenjonglererei! Zu allem Überfluss treibt die Große Koalition Familien und dabei besonders Alleinerziehende und ihre Kinder von Hartz IV in einen so niedrigen Kinderzuschlag, dass sie weniger haben als zuvor. Für mich ist das schwerer Betrug!

4. Da die Umverteilung von unten nach oben munter weitergeht, sind Frauen von unsozialer Krisenpolitik besonders hart betroffen! In Deutschland entwickelten sich die Löhne deutlich schlechter als in den meisten anderen EU-Staaten. Gerade bei den Gehaltsunterschieden zwischen den Geschlechtern zählt die Bundesrepublik zu den Schlusslichtern in Europa. Doch die öffentliche Wahrnehmung scheint sich offenbar nur auf die immer größer werdende Schere zwischen Lohn- und Kapitaleinkommen zu konzentrieren. Dabei profitieren von den liberalisierten Finanzmärkten vor allem Männer. Kinder und Alleinerziehende – und das betrifft zu 95 Prozent **Frauen** – sind in erster Linie Opfer der Krise. Zur Bewältigung der Krisenkosten diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die von den liberalisierten Finanzmärkten profitiert haben, bedeute daher auch ein Mehr an Geschlechtergerechtigkeit.

Ebenso würde die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder ein Abbau sozialer Infrastruktur erneut vor allem einkommensschwache Haushalte und damit besonders Frauen treffen. Um zu einer gerechteren Umverteilung von oben nach unten und auch zu einer zwischen den Geschlechtern zu kommen, führt eigentlich kein Weg daran vorbei, den Spitzensatz der Einkommensteuer zu erhöhen, eine Sonderabgabe auf hohe Vermögen sowie eine ordentliche Erbschaftssteuer zu erheben, die Vermögensteuer wiederzubeleben und eine Steuer auf Finanztransaktionen einzuführen! Allein die Tatsache, dass Frauen oft besser ausgebildet sind und trotzdem im Durchschnitt deutlich weniger als Männer verdienen, führt die neoliberale Logik, wonach sich die „Besten“ durchsetzen, ad absurdum.

5. Die Bundesagentur für Arbeit will der **Hartz-IV-Klageflut** in Berlin mit einer „besseren Informationspolitik“ begegnen. Wie wäre es, wenn die Argen mal die Rechte der Bürger achteten, statt Rechtsbeugung an der Tagesordnung sein zu lassen, weil sie zur Kostenreduzierung beiträgt? Zur besseren Information der Betroffenen sollen künftig besonders geschulte sogenannte Bescheiderklärer sorgen. Die Schaffung dieser Funktion ist eines der Ergebnisse eines Workshops zur Hartz IV-Problematik, den Fachleute von Bundesagentur, Jobcentern, Sozialgerichten, Bezirksämtern und aus der Kommunal- und Sozialpolitik veranstalteten. Da zeigt sich wieder einmal, was für famose Dinge dabei herauskommen, wenn am Grünen Tisch nach „Lösungen“ gesucht wird!

In der vergangenen Woche ging die 75.000. Klage gegen die Hartz-IV-Verwaltung im Berliner Sozialgericht ein. Ein solches Verfahren, das sich häufig um die Kosten für Heizung und Unterkunft, um Einkommensanrechnungen, die Höhe der Regelleistungen oder um Verfahrensfehler und Sanktionen dreht, dauert meist über ein Jahr. Die Antragsformulare sind sehr umfangreich und kompli-

ziert, und die Service-Hotline ist meist völlig überlastet. Wie schön, dass die neuen Bescheiderklärer nun jenen Antragstellern helfen sollen, die mit den Formularen überfordert sind. Ob der Bescheiderklärer ein neuer Ausbildungsberuf wird? Eine Frage habe ich aber noch zu diesem neuen Berufsfeld: Stellen die Argen nun „Hartzer“ dafür ein und holen sie dadurch raus aus Hartz IV? Jedenfalls schafft die Bundesagentur auch mal selbst Arbeitsplätze!

Nun aber mal Spaß beiseite, denn jetzt schlägt es dreizehn: Hier wird der Bock zum Gärtner gemacht! Welch eine Schnapsidee! Das Einzige, was Abhilfe schaffen könnte, wären *richtige* Bescheide von kompetenten Sachbearbeitern. Schließlich gibt es diese Klageflut nicht, weil die ALG-II-Bezieher die Bescheide nicht verstünden, nein: Die klagenden ALG-II-Bezieher verstehen die sinnlos komplizierten Bescheide nämlich so genau, dass sie erkennen, dass ihnen nur der Klageweg bleibt, um zu ihrem Recht zu kommen. Oder sollen die „Erklärer“ den Probanden etwa erzählen, warum der fehlerhafte Bescheid „in Wirklichkeit eben doch richtig“ sei? Wie wäre es mit wohlüberlegten Gesetzen, die nicht zum Teil gegen die Grundrechte verstoßen? Die Hartz-Gesetze sind mit derart heißer Nadel gestrickt, dass das „Strickzeug“ zum Himmel stinkt und nur ersatzlos in die Tonne getreten werden kann! Es nützt halt nichts, die Schuld immer nur bei den Beziehern der Transferleistungen zu suchen. Der Fehler liegt im System, und das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem!

6. Laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung schleppt sich knapp die Hälfte der Beschäftigten auch krank zur Arbeit. Zwei Drittel täten dies vor allem aus Pflichtgefühl, weil sie befürchten, dass andernfalls zu viel Arbeit liegenbleibe. Besonders selten blieben Singles zu Hause, wenn sie gesundheitlich angeschlagen sind. Fast 80 Prozent der Alleinstehenden erklärten demnach, krank zur Arbeit zu gehen. Bei Paaren und Familien gaben dies nur 69 Prozent der Befragten an. Ob als Grund dafür wohl tatsächlich die unterschiedliche Neigung zu **Krankheitsverleugnung** herhalten kann? Wenn sich dabei Arbeitnehmer eher ins Büro quälen als Selbständige, drängt sich mir doch die Vermutung auf, dass die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes und der Absturz ins soziale Aus mit Hartz IV den Antriebsmotor spielt. Aber laut „Bertelsmann-Stiftung“ sei eine „engagierte Führungskraft“ der Schlüssel, wenn es um einen „gesunden“ Umgang mit Krankheit bei der Arbeit gehe. „Bertelsmann-Stiftung“ eben!

7. In der Luthergemeinde Altendorf im Rheinland wird die Sanierung der Christuskirche mit einem Fest abgeschlossen. Die Restaurierungsarbeiten dauerten insgesamt sieben Jahre und wurden im Rahmen des „Essener Konsenses“ überwiegend von Fachfirmen und der „Altenessener Handwerkerinitiative“ durchgeführt. Angeblich ermöglichte dieser Verein dabei arbeitslosen Männern verschiedenen Alters eine berufliche Qualifizierung und Beschäftigung und zum Teil auch die Wiedereingliederung in den regulären Arbeitsmarkt. Somit sei die Sanierung der Christuskirche gleichzeitig auch ein „soziales Projekt“. Für die gesamte Re-

staurierung wurden insgesamt knapp 1,5 Millionen Euro aufgewendet. Diese Investition sei nur dank einer großzügigen finanziellen Unterstützung der „Stiftung Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-“, der Sparkasse Essen, der Sparkassenstiftung, der „Frau-Otto-Knaudt-Stiftung“ sowie zahlreicher Spenden aus der Gemeinde möglich gewesen.

Nicht erwähnt werden die vielen Steuergelder, die „für“ die Ein-Euro-Jobber verschwendet wurden, die nun ganz und gar nicht zusätzlich oder gemeinnützig waren! Schließlich bekommen die **Trägergesellschaften** monatlich zwischen 500 und 1.500 Euro pro Nase aus Steuergeldern bezahlt, wodurch sie so konkurrenzlos billig werden, dass sie selbst die Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt vernichten, in die sie integriert werden sollen. Eine perverse Leistung! Es mussten immerhin 30.000 Steine ausgetauscht und Fugen im Umfang von insgesamt 30 Kilometern Länge erneuert werden. Wenn der Träger als gemeinnützig gilt, scheint es das Projekt wohl nicht mehr sein zu müssen! Ein Problem hierbei sind sicher auch die Beschäftigten selbst, die schlecht informiert oder möglicherweise auch noch stolz darauf sind, solch eine wichtige Arbeit verrichten zu dürfen. Lässt sich so ein „Job“ durch Glauben ablehnen? Es wäre auch an der Zeit, dass sich die Gewerkschaften einschalten und die betroffenen örtlichen Handwerker nicht immer bloß laut bellen, sondern auch mal beißen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Demokratie

1. Die Deutschen haben, und das ist nicht schlecht,
Ein gut durchdachtes Grundgesetz.
So wird geregelt in Artikel 12, zuerst genau in Absatz 1,
Den Beruf frei zu wählen, das bleibt meins.
In Absatz 2, da wird verklungen,
Niemand wird zu bestimmter Arbeit gezwungen.
Es sei denn, sie wird für jedermann zur Pflicht,
Im Rahmen einer öffentlichen Dienstleistungsgeschicht’.
Im Absatz 3 steht, und das ist nicht gehässig,
Zwangsarbeit wird nur durch einen Richter zulässig.
Und dieses gilt, manch einer sieht es mit Verdruss,
Nur bei gerichtlich angeordnetem Freiheitsverschluss.

In Artikel 20 Absatz 1 holt man sich Rat,
Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
In Absatz 2 liest man heraus,
Alle Staatsgewalt geht ausschließlich vom Volke aus.

In Absatz 3 hat man gefunden,
Die Demokratie ist an Ordnung, Gesetz und auch an Recht gebunden.
Folgendes liest man in Absatz 4,
Was ich will verkünden hier,
Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen,
Wenn andere Abhilfe nicht möglich ist,
Zum Beispiel, es hilft weder ein Polizist noch ein Jurist,
Ist für niemanden riskant
Zu üben das Recht auf Widerstand.
Und zum Schluss, vergiss es nie,
Nur so bleibt uns die Demokratie!
Hartz IV ist schlecht, und es muss weg,
Man sollte keinem Arbeitslosen darum verwehren,
Hartz IV zum demokratischen Bankrott zu erklären!

2. Geehrte Frau Bundeskanzlerin! Ganz Deutschland wundert sich seit geraumer Zeit über Ihre Geschenke an die **Commerzbank**. Wäre es zum Beispiel einem Autobesitzer in Deutschland möglich, für ein Fahrzeug, das nach Gutachten vielleicht 7.000 Euro wert ist, von jemandem 18.000 Euro zu erhalten, der gleichzeitig auch noch damit einverstanden wäre, dass er sein Auto und natürlich auch den Kraftfahrzeugbrief behalten darf?

Ist das oben Geschilderte nicht im Prinzip vom deutschen Staat gegenüber der Commerzbank so praktiziert worden? Diese hatte einen Wert von sieben Milliarden Euro, bekam vom Staat 18 Milliarden – und die Bank selbst blieb Eigentümer. Grenzen solche Geschäfte nicht an Sittenwidrigkeit? Würde man nicht, handelte ein deutscher Beamter so gegenüber Privatpersonen, diesen disziplinarrechtlich bei den Hammelbeinen kriegen?

Hätte man nicht mindestens der Commerzbank auferlegen müssen, dass sie zum Beispiel für finanziell benachteiligte Menschen ein gebührenfreies Konto oder dem Mittelstand in der Krise besonders gute Schuldzinskonditionen einrichten muss? Wohin soll, insgesamt gesehen, diese von Ihnen unterstützte und praktizierte Politik Deutschland letztendlich führen? Ich bitte Sie, diese Fragen ausführlich zu beantworten! Freundliche Grüße.

3. Eine erfolgreiche Strategie zur Überwindung von Hartz IV darf in meinen Augen auf gar keinen Fall mit geringfügigen Nachbesserungen versucht werden. Die Forderungen zu geringer Regelsatzerhöhungen oder auch die Abwehr von Sanktionen allein dürften nicht das Mittel der Wahl sein.

Politische oder Gruppen aus der sozialen Bewegung müssen den Menschen Vorschläge machen, mit denen allen sozial und finanziell benachteiligten Menschen wirklich geholfen werden kann. Auch die Interessen Einzelner, wie zum Beispiel der Gewerkschaften in Deutschland, müssen sich diesen Notwendigkeiten unterordnen. Gerade die Gewerkschaften sollten sich diesbezüglich nicht als alleinige Interessenvertretung der betroffenen Bevölkerungsgruppe aufschwingen, denn dafür haben sie sich bisher viel zu ruhig verhalten.

Niemand, der selbst keine bessere Lösung als zum Beispiel das linke bedingungslose **Grundeinkommen** anzubieten hat, sollte behaupten, ein solches spalte Erwerbstätige und Erwerbslose. Einem verheirateten Erwerbstätigen, der als Leiharbeiter beschäftigt ist, käme es ausschließlich entgegen, wenn seine Ehefrau und seine Kinder über ein BGE individuell abgesichert wären. Das Gleiche gälte für ihn selbst, und zwar auch für den Fall, dass er erwerbslos würde. Heute fiele er dann samt seiner Familie in Hartz IV.

Wenn seitens der Gewerkschaften immer behauptet wird, ein linkes BGE würde die Löhne in Deutschland senken, so dürfte auch dies falsch sein. Man ziehe zum Beweis einen kleinen Unternehmer mit seiner Familie heran, zum Beispiel einen Friseurladen mit zwei Angestellten aus den neuen Bundesländern, davon ausgehend, dass der Unternehmer mit seinem Betrieb 6.000 Euro netto im Monat erwirtschaften muss, um mit seiner Familie über die Runden zu kommen und um seinen beiden Angestellten hiervon den Tariflohn zahlen zu können.

Zur Vereinfachung runde ich diesen einmal auf einen übertariflichen Bruttolohn von vier Euro auf, obwohl fast jedem Menschen in Deutschland bekannt ist, dass der zwischen Arbeitgebervertretung und Gewerkschaften ausgehandelt Tariflohn sogar noch darunter liegt. Das bedeutet für den beispielhaft angeführten Friseur, dass er mindestens von den erwirtschafteten 6.000 Euro einen Bruttolohn für die beiden Vollzeitbeschäftigten von insgesamt 1.344 Euro in Abzug bringen muss. Seiner Familie verblieben 4.656 Euro. So ungefähr wäre das heute!

Mit einem linken BGE sähe das allerdings wie folgt aus, davon ausgehend, dass die Familie des Friseurs vier Personen umfasst. Bei einem BGE von 1.000 Euro pro Familienmitglied sind es 4.000 Euro netto. Der Gewinn vor Lohnzahlung beträgt 6.000 Euro netto. Abgezogen wird der Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde für zwei Vollzeitbeschäftigte, also 3.360 Euro. Dies ergibt als neues Familieneinkommen für den Friseurbetrieb 6.640 Euro brutto. Davon werden 50 Prozent Steuern auf 2.640 Euro abgezogen, also 1.320 Euro. Dies ergibt ein Nettoeinkommen von 5.320 Euro.

Mit einem linken BGE und einem Mindestlohn von zehn Euro in der Stunde, die der Friseur seinen Angestellten zahlen würde, steigerte sich sein eigenes Familieneinkommen um 664 Euro. Ich habe das hier selbstverständlich in vereinfachter Form errechnet und möchte für die vollständige Richtigkeit keine Garantie übernehmen. Aber im Großen und Ganzen kann man meiner Meinung nach selbst an einer solch laienhaften Berechnung sehen, dass sich das BGE selbst

für kleinere Unternehmer „rechnen“ kann und es diesen dadurch nicht schlechter gehen wird. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein.

Auch wenn ich hier keine Arbeitszeitverkürzung berücksichtigt habe, bliebe das Ergebnis fast gleich, wenn der Friseurbetrieb statt zweier Vollzeit- vier Halbzeitbeschäftigte in Erwerbsarbeit brächte. Auch für Kleinkünstler(innen), Alleinerziehende und viele Familien, in denen heutzutage ein Ehepartner auf 400-Euro-Basis arbeitet, hätte das linke BGE ausschließlich Vorteile. Hiermit ließen sich Arbeit und Einkommen für jede Art von Tätigkeit wesentlich gerechter verteilen.

Die Gegner eines linken BGE sollten vor einer eventuell berechtigten Kritik erst einmal eine eigene Strategie zur Überwindung von Hartz IV auf den Weg bringen, mit der man wirklich allen in Deutschland lebenden Menschen gleichermaßen gerecht wird, ohne nur an persönliche Besserstellung oder Besitzstandswahrung zu denken. Diese sind garantiert kein Teil des Weges zu einer gerechten Verteilung von Einkommen und der dazu benötigten Arbeitszeiten.

Davon ausgehend, dass jährlich 46 Milliarden Erwerbsarbeitstunden geleistet werden, sollten alle Unternehmen hierfür eine Arbeitskraftabgabe zahlen, nach meiner Vorstellung in Höhe des jeweiligen Mindestlohnes. Für 46 Milliarden geleistete Lohnarbeitsstunden bei einem angenommenen Mindestlohn von zehn Euro würden so 460 Milliarden Euro in den Staatshaushalt zusätzlich fließen. Damit ließe sich leicht ein BGE finanzieren, und zwar für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind.

Das BGE sollte für alle in gleicher Höhe gezahlt werden. Dann könnte auch niemand mehr auf finanzielle Besserstellung pochen, zum Beispiel mit der Aussage, er oder sie habe ja so lange studieren müssen. Jede Arbeit muss gleichberechtigt sein bis zur Höhe des BGE, ob Lohn- oder Hausarbeit, Schule, Studium, Selbstbeschäftigung, freischaffende wie zum Beispiel künstlerische Tätigkeit und Selbständigkeit. Nur die Leistungen, die über das BGE hinausgehen, sollten auch zusätzlich entlohnt werden. Hierfür setzt die Besteuerung ein. Dennoch gibt es ein Mehreinkommen für Mehrleistung durch zusätzliche Arbeit.

Für die Angestellten des Friseurs, die wie ihr Chef bereits ein BGE von 1.000 Euro netto erhalten, bedeutet dies, dass ihr zusätzliches Gehalt für die Friseurtätigkeit nach einem Mindestlohn von 10 Euro natürlich entsprechend besteuert würde, aber eben durch diese Mehrtätigkeit durch Lohnarbeit. Die Höhe der Mehreinnahme würde sich auch nach der geleisteten Arbeitszeit richten. Grundsätzlich sind aber radikale Verkürzungen der Erwerbsarbeit möglich, um niemanden mehr von der Erwerbsarbeit abzukoppeln.

Nur soziale Gerechtigkeit wird den sozialen Frieden in Deutschland erhalten und den Menschen wieder ihre Ängste nehmen. Hartz IV bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, und Angst essen Seele auf! Mit sozialistischem Gruß.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Reicht Ihnen das: 3,94 Euro pro Tag für Essen und Trinken? *(„Bürgerzeitung“)*

Mit dem zweiten Mikro geht es besser

Ich finde die Aktionen dieser Montagsdemo mit ihren Möglichkeiten sehr gut, weil man hier Dinge, die einem missfallen, öffentlich vortragen und mitteilen kann, ohne nun jeden einzeln ansprechen zu müssen, sodass auch Passanten mitkriegen, was sie bisher vielleicht noch nicht wussten. Kritisieren möchte ich an der Montagsdemo, dass man hier schlicht gegen Hartz IV und gegen den als zu gering bezeichneten **Regelsatz** protestiert. Dies sei zu wenig Geld. Nun ist das einmal Sache dessen, wie man gelernt hat, mit Geld umzugehen, und andererseits, wie viel einem moralisch tatsächlich zustehen sollte, um damit auszukommen, wobei schon wieder die Frage ist, was das genau heißt. „Ich kann mir kein gutes Essen kaufen“ – was ist „gutes Essen“? „Ich kann mir keinen Ferrari dafür kaufen“ – Wer soll darüber entscheiden?

Sollte nicht die Hauptfrage sein: Wer muss das alles überhaupt bezahlen? Wenn ich persönlich, wie manche fordern, 500 Euro monatlich an Arbeitslosengeld II erhielte, würde ich mich einerseits natürlich darüber freuen. Doch es gibt Erwerbstätige, die nicht besonders viel verdienen, aber neben anderen, die so viel beziehen, dass ich gar nicht mehr von „verdienen“ sprechen möchte, für das aufkommen müssen, von dem wir Erwerbslosen leben. Diese Leute rackern sich ab und müssen schuften – während andere aufgrund *ihres* „Namens“ oder *unserer* Masse als Konsumenten sich reich stoßen und proportional nicht viel mehr dafür abgeben müssen, wobei wir selbst wirtschaftlich dafür Sorge tragen, dass sie so reich wurden, sind und bleiben.

Solange wir nichts daran ändern, schäme ich mich dafür, dass andere, wie ich einst, dafür schwitzen und noch um ihre Existenz bangen müssen, damit wir mehr oder weniger gut versorgt werden. Ich finde, hier packen wir an der falschen Stelle an! „Lasst das Pferd erst einmal richtig ackern, bevor wir es gut füttern und trainieren“ – das funktioniert nicht. Ich denke auch, dass wir hier viele Leute stark verärgern, wenn wir es hier so aufziehen, dass wir erst mehr Geld fordern, bevor wir dafür sorgen, wo es herkommen soll. Das finde ich nicht in Ordnung, und ich kann mir gut vorstellen, dass viele hier deswegen auch nicht mitmachen möchten.

Dann würde über dieses Mikrofon vielleicht einmal jedem klar, dass die Auffassung, die auch ich bis vor einigen Jahren selbst vertreten hatte, nicht stimmt: Hier zuzuhören, wo immer nur gegebene Missstände vorgetragen werden, die schon lange bekannt und nicht zu ändern sind, da man sich leider schon an sie gewöhnt hat, oder gar einen Kampf dagegen zu führen, das bringe einfach nichts. Doch das ist ein Trugschluss. So habe ich kürzlich eine Klage gegen die Bagis gewonnen und nun mit einem weiteren Antrag Erfolg gehabt, zu dem ich nicht von

der Behörde, sondern von den Mitdemonstranten, dem „Sozialen Lebensbund“ und der Agab beraten wurde. Rückwirkend seit Anfang des Jahres soll ich nun 777 statt 719 Euro einschließlich Kosten der Unterkunft, also 464 Euro Nachzahlung erhalten.

Ich hoffe, dass man jetzt auch mal versucht, ans **Steuerrecht** zu gehen, damit den Staatshaushalt langfristig nicht nur die mehr oder weniger schwer Arbeitenden und die auch nicht sehr viel verdienenden Arbeitnehmer und Klein- bis Kleinstunternehmer tragen müssen. Das finde ich noch übler als Erwerblose und Hilfebedürftige nicht ausreichend zu unterstützen! Ich hoffe auch, hier wird langsam aufgehört, nur vorzutragen, und begonnen, auch aktiv etwas zu tun und dies – sowie dessen Resultate – wiederum vorzutragen, sodass die Öffentlichkeit erfährt, was möglich ist. Das ist wohl auch, wie ich gehört habe, ein Ziel der Montagsdemo, was ich sehr begrüße.

Man sollte einen Weg finden, der allen passt, sodass alle damit leben können, mehr oder weniger zufrieden, aber ohne Existenzproblemen. Alle sollen eine gute Bildung erhalten, sich auch immer ihre Gesundheit „leisten“ und sich ein menschenwürdiges Leben gestalten können. Wie das im Einzelnen erreicht werden möge? Da gibt es viele Wege. Wer bestimmt diese? Ich finde: der einzige Souverän eines Hoheitsgebietes, sei es Bremen, Deutschland oder wo auch immer. Das Volk in Abstimmung selbst, das heißt Demokratie!

Es geht hier nicht nur um das Vortragen von Missständen und Meinungen, auch wenn diese völlig richtig und wichtig sind. Man muss sich auch mit Einzelschicksalen und der Meinung und Einstellung des Einzelnen befassen. Wie können wir das erfahren, wenn immer nur jeder für sich seine Meinung hier präsentiert und vorträgt, ohne auch mal **Gegenmeinungen** hören zu mögen? Deshalb fordere ich hiermit die Montagsdemo auf, das zweite Mikrofon einzubringen, um damit eine kleine, aber ordentliche Streit- und Diskussionskultur zu gestalten!

Wir sollten uns hier auch austauschen, nicht wie alle Parteien ständig nur vortragen, sodass die Öffentlichkeit sieht, dass man sich zwar nicht immer einig ist, aber dennoch durch **Abstimmungen** immer zu einem Schluss kommt. Nur das ist Demokratie – und es wäre sowohl kommunal, national wie auch global möglich. Ich bitte um offene Stellungnahme eines mitverantwortlichen Montagsdemonstranten zum zweiten Mikrofon!

Pete Ording (parteilos)

Gerolf: Du „schämst“ dich dafür, dass die Schlechterverdiener in deinem Bekanntenkreis für deinen Lebensunterhalt aufzukommen haben. Die Wurzel der Ungerechtigkeit siehst du offenbar im Steuersystem. Das wäre doch eher ein Grund zur Empörung.

Hans-Dieter: Nicht die Schlechtverdiener kommen für Petes Lebensunterhalt auf, sondern *alle* Steuerzahler. Im Gewinnekürzen liegt das Würzen, denn in den Profit- und Renditeraten liegt die Wurzel des Übels! Jede(r) Erwerbslose könnte

leicht aus dem erzielten Mehrwert der Unternehmer bezahlt werden, aber sie verlagern das auf die Arbeitnehmer. Genau dies gilt es zu verändern. Eine Zähmung des Kapitals ist unmöglich, es muss letztendlich überwunden werden. Ansonsten dürfte es keine gute Zukunft mehr für kommende Generationen geben.

Pete: Ich schäme mich dafür, dass die Schlecht- bis Mittelverdiener dafür aufkommen müssten, wenn ich für mehr Geld kämpfte, und finde es in der Tat ebenso empörend. Ich würde nie für höhere Transferleistungen kämpfen, solange das Steuerrecht nicht dahingehend geändert wird, dass die Geringverdiener weder Sozialabgaben noch die höchsten Steuern zu zahlen haben, gemessen an dem, was sie sich letztlich noch leisten können, ohne besonders sparen zu müssen, nachdem ihrer privaten Festkosten vom Bruttoeinkommen abgezogen sind.

Angesichts existierender Millionengehälter muss endlich mal der Spieß umgedreht werden, sodass die Superverdiener den Löwenanteil an Steuern zahlen! Ich hätte keine Skrupel, 2.000 Euro monatlich für Transferleistungen zu fordern, wenn entsprechende Gelder, abzüglich sonstiger notwendiger Sozialleistungen, vorhanden wären – aber nicht, solange die Klein- und Mittelverdiener, Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen, aus ihrer harten Arbeit das leisten müssen, von dem wir alle leben.

Hans-Dieter: „Ich bin eigentlich nicht gegen Hartz IV, und ich bin gegen Erhöhung der Regelsatzleistungen, solange schlecht verdienende Mitmenschen diese Leistungen aus ihren Steuern finanzieren müssen“, so ungefähr wurde es auf der Bremer Montagsdemo von dir verkündet, Pete. Du glaubst anscheinend, dadurch würdest du dich solidarisch und sozial gegenüber den Wenigverdienenden in Deutschland verhalten. Ist dir bekannt, dass die Regelsatzleistungen im Jahr ohne die Kosten für die Unterkunft für fünf Millionen Hartz-IV-Empfänger gerade so um die ein Prozent des Bruttosozialproduktes betragen? Viele Hartz-IV-Empfänger tragen durch eigene Vollzeit- oder Teilzeitarbeit, durch Rente und Anrechnung eigenen Vermögens nach vielleicht 40 Erwerbsjahren dazu bei, dass genau dieser Betrag noch entsprechend gesenkt wird. Unser Staat holt sich dann *sofort* über die Mehrwertsteuer innerhalb eines Monates ungefähr ein Fünftel des Hartz-IV-Regelsatzes von den Betroffenen zurück!

Nicht die Hartz-IV-Empfänger sind für eine verfehlte Arbeitsmarkt-, Sozial- oder Steuerpolitik verantwortlich zu machen, sondern ausschließlich die bürgerlichen etablierten Politiker, die Unternehmer-und Arbeitnehmerverbände! An diese „Einrichtungen“ haben sich dann auch deine Kritik und deine Forderungen zu richten, aber auf gar keinen Fall an die Hartz-IV-Empfänger, an die Kranken und Behinderten, an die Alleinstehenden und Familien und weitere mit zu geringen Einkommen. Die Montagsdemonstration ist hierfür garantiert die falsche Adresse und überhaupt nicht zuständig, um hier einen Protest in dieser Sache zum Ausdruck zu bringen. Die Opfer einer verfehlten Arbeits- und Sozialpolitik sollte man auf gar keinen Fall in Mithaftung nehmen, auch nicht moralisch gesehen!

Pete: Doch, das ist Demokratie, denn wählt keiner anders oder engagiert sich anders, ist man letztlich selbst schuld! Auch auf der Montagsdemo wird doch ge-

gen Missstände protestiert, oder ist sie eine parteiliche Sache, der man entweder zustimmt und dafür mitkämpft oder es halt lässt, wie alle Parteien es handhaben? Für eine verfehlte Arbeitsmarkt-, Sozial- oder Steuerpolitik sind auch die Bürger und Wähler verantwortlich, welche diese Parteien immer wieder wählen, und die sich nicht anderweitig zusammenschließen, um es selbst gegebenenfalls besser zu machen.

Nun hat Götz Werner vorgeschlagen, ein **Grundeinkommen** aus einer weit erhöhten Mehrwertsteuer zu finanzieren. Ich wäre ja eher für eine niedrigere Mehrwertsteuer, man muss die Geringverdiener von ihren Abgabenlasten befreien. Dass man erst alles „Vermögen“ verbraten muss, bevor man ALG-II-leistungsberechtigt wird, finde ich nicht in Ordnung. Aber stellen wir uns einmal vor, das Grundeinkommen würde über eine Einkommen- und Umsatzsteuer mit jeweils hohem Freibetrag und starker Progression finanziert werden, so hätten die Leute ihr Einkommen ohne die bisherigen hohen Steuerlasten, sei es durch Konsum- oder Einkommensteuern, und würden dennoch ihr Grundeinkommen zusätzlich zu ihren Löhnen und Umsätzen beziehen.

Aus den Steuererlösen könnte man vieles sozial sehr gerecht gestalten. Bildung, Gesundheit, Grundsicherung und all diese Dinge wären nur noch eine Frage ordentlicher Verwaltung und nicht mehr eine der Finanzierbarkeit. Das Geld ist in Hülle und Fülle da, es muss nur nach Steuer- und Abgabenrecht sozial gerecht verteilt werden, sodass alles möglich wird. Dann lösten sich alle weiteren Probleme, die wir aus kapitalistisch falschen Gründen haben, wie von selbst. Die Mittel wären da, um Lösungen umzusetzen. Ich hätte auch kein Problem damit, wenn Industrien verstaatlicht würden und die Staatsgewalt auch wirklich vom Volk ausginge. Bei der Enteignung von Boden wären jedoch sicherlich viele dagegen. So ist ein Freund von mir enteignet worden, mit einem Grundstück an einer Ausfallstraße.

Das Bremer „Mayday-Bündnis“ ruft auf zur **Demonstration**
unter dem Motto „**Wir zahlen nicht für eure Krise**“ am
17. September 2009 um **17 Uhr** am **Ziegenmarkt**.

Kleines Duell unter Freunden

Gestern das „Duell“, als ob es um das Schicksal Deutschlands ginge! Vier Sender brachten es live. Man sollte dem kaum entkommen können. Heute wundern sich die Medienvertreter, warum es so langweilig war. Dabei wollen alle doch dasselbe, ob Schwarz-Gelb, Rot-Schwarz, Schwarz-Grün, Rot-Grün oder vielleicht doch Jamaika: Das ändert (fast) nichts an der Politik! Die bestimmt in diesem Land das Monopolkapital.

Mit solchen Sendungen wie gestern soll uns weisgemacht werden, wir hätten am 27. September die große Entscheidung. Nach den Wahlen wird die Regierung, egal wie sie heißt, versuchen, uns die Milliarden wieder aus der Tasche zu ziehen, die sie jetzt Banken und Konzernen zugeschoben hat, und es wird Massenentlassungen geben. Jetzt schon angekündigt sind 90.000 Entlassungen in der Autoindustrie, 66.000 im Maschinenbau und 50.000 bei Autozulieferern. Wie weit das klappt, darauf haben wir allerdings Einfluss mit unserem Kampf. Um Kämpfe im Betrieb und auf der Straße zu verbinden, brauchen wir Durchblick über die Herrschaftsverhältnisse. Dafür können wir keine Illusionen gebrauchen!

Die Massenmedien sind ein Teil dieses kapitalistischen Systems. Nehmen wir mal den „Weser-Kurier“. Für diese Woche wurde eine „Podiumsdiskussion mit den fünf Direktkandidaten“ angekündigt. Komisch – ich bin Direktkandidat für die MLPD und habe keine Einladung gekriegt.

Ich schrieb dann folgenden Brief an den Chefredakteur: „Sehr geehrter Herr Haider, beim Lesen Ihrer Zeitung stieß ich heute auf die Anzeige zu den Wahlforen. Sie haben dazu die Direktkandidaten der fünf im Bundestag vertretenen Parteien eingeladen. Ich selbst bin Direktkandidat im Wahlkreis 55 (Bremen 1) für die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands sowie deren Spitzenkandidat auf der Landesliste Bremen. Finden Sie nicht, dass die tiefe Weltwirtschaftskrise ein Anlass wäre, auch einen Vertreter derjenigen Partei aufs Podium einzuladen, die den Kapitalismus als Wirtschaftssystem insgesamt in Frage stellt und für eine wirkliche Alternative eintritt? Dass Sie Vertreter faschistischer Parteien nicht dazu einladen, kann ich verstehen und halte ich für völlig richtig. Alle anderen aber müssten schon wegen der Gleichbehandlung eingeladen werden. Bei ‚Radio Bremen‘ stehen übrigens alle Direktkandidaten gleichberechtigt auf der Homepage. Ich warte also auf eine Einladung von Ihnen. Unterlagen über mich und ein Foto will ich Ihnen auf Wunsch gern dafür zusenden. Mit freundlichen Grüßen.“

Als Antwort bekam ich: nichts. Die Massenmedien bringen die Parteien, die sich gestern „duellierten“, jeden Tag. Parteien, die dieses System angreifen und offenlegen, werden einfach totgeschwiegen. So einfach ist das! Auch deshalb kann von wirklicher Demokratie hier keine Rede sein. Die Wahlen sind manipuliert, und ihr Ausgang ändert kaum etwas an der herrschenden Politik im Interesse des Großkapitals! Warum dann überhaupt wählen, wenn das sowieso nichts ändert? Viele machen es ja so, die Nichtwähler sind die größte Partei. Aber dadurch ändert sich auch nichts!

Ändern kann man durchaus etwas. Ich für mich ziehe den Schluss: Ich muss diejenige Partei stark machen, die keine Illusionen verbreitet und die voll und ganz und ohne Kompromiss die Interessen der Arbeiter und Arbeitslosen vertritt; die von Anfang an und vorbehaltlos die Montagsdemos unterstützt hat und die bereit

ist, dieses System der Monopolherren anzugreifen; und die auch die notwendige Theorie und Vorstellungskraft hat, ein besseres System aufzubauen. Für mich ist diese Partei die MLPD. Deswegen wähle ich sie, und deswegen trete ich für sie als Kandidat an.

Wolfgang Lange ist Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

Am **Freitag**, dem **18. September 2009**, trifft sich um **19 Uhr**
die „**Wählerinitiative Wolfgang Lange**“ im
„Jugendfreizeitheim Buntentor“, Geschwornenweg 11a.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

247. Bremer Montagsdemo am 21. 09. 2009

Post verschwinden lassen, aber „Kunden“ kriminalisieren

1. Nun ist es endlich auch beim DGB angekommen, dass sie ihre Forderungen nach einem gesetzlichen **Mindestlohn** verschärfen müssen. In einem Interview sagte DGB-Chef Michael Sommer, die bisher genannte Untergrenze von 7,50 Euro in der Stunde sei nicht mehr zeitgemäß, sondern viel zu niedrig. Sommer sprach zwar davon, diese Untergrenze deutlich anheben zu müssen, verhüllte sich aber über die konkrete Höhe in nebulöses Schweigen. Leider reicht es nicht aus, erst auf dem DGB-Kongress 2010 über eine Aufstockung der Forderung reden zu wollen! Wenn der DGB nicht mehr zu bieten hat als weiterhin an die Bundesregierung zu appellieren, doch bitte stärker gegen Lohnsenkungen oder gar Lohnverzicht in der Finanzkrise vorzugehen, dann lachen sich die Unternehmer doch nur ins Fäustchen und machen weiter wie bisher! Für die Krise müssen gefälligst diejenigen bezahlen, die sie verbockt haben!

2. In Hattersheim wird, wie vielerorts auch, ein neuer Drogeriemarkt eröffnet. Ein paar Demonstranten protestierten dagegen, dass der „Schlecker XL-Markt“ seinen Mitarbeitern nur noch *XS-Löhne* zahlen und sie mit nur noch halb so viel Gehalt wie bisher abspeisen will. „XL Schlecker – XXL Lohndrücker“, stand auf dem Plakat eines Teilnehmers. Der DGB-Ortsverband lud zu der Kundgebung ein, um die Geschäftspraktiken von Anton Schlecker anzuprangern. Ein Gewerkschafter kritisierte zu Recht, dass Schlecker eine neue Firma gegründet habe, um Stundenlöhne gemäß Einzelhandelstarifvertrag zu umgehen. Bisher bestehende Arbeitsplätze werden hier mal eben so mittels **Dumpinglohn** vernichtet! Weil wir noch immer keinen Mindestlohn haben, kann Schlecker „einfach“ den Mitarbeitern aus den bisherigen, kleineren Filialen kündigen, ihnen dann nur noch die Hälfte des ohnehin kargen Lohnes von 12,98 Euro auszahlen und ganz frech davon auszugehen, dass der restliche Bedarf zum Leben aus Steuermitteln, eben Hartz IV, aufgebracht wird.

Im Moment existieren vier „XL-Märkte“ in Hessen, und es steht zu befürchten, dass sich dieser asoziale Trend ausbreitet und die Mitarbeiter nicht wissen, was sie erwartet. Der Begriff „asozial“ erhält hier eine ganz neue Dimension! Warum machen die Leute das mit, weshalb wehren sie sich nicht? Ob auch dann noch gearbeitet würde, wenn der Lohn irgendwann geviertelt wird? Mir kann wirklich niemand erzählen, dass es erstrebenswert sein kann, für drei Euro die Stunde arbeiten zu gehen und zur Krönung obendrauf zusätzlich Hartz IV beantragen zu müssen. Wer kann dabei noch zufrieden sein? Heißt die Devise: „Hauptsache, ich tue irgendetwas, egal, zu welchen Konditionen?“ Oder sollen sich die Angestellten des Schlecker-Imperiums demnächst ihr Gehalt auch noch selbst mitbringen? Wenn das „Gehalt“ so reduziert wird, dass zusätzlich Hartz IV beantragt werden muss, wird es ja bereits zur Hälfte mitgebracht! Es kann doch wohl kaum jemand erwarten, dass er für solch einen mickrigen Stundenlohn gute Arbeit geliefert bekommt – deshalb wurden ja vermutlich die verfassungswidrigen Sanktionsmöglichkeiten geschaffen. Steinmeier verspricht vier Millionen neue Jobs. Na, seht ihr, geht doch! Weg mit den Sozialschmarotzern in Armani-Anzügen!

3. Eine neue Generation von Stromzählern erobert den Markt, so könnte lapidar formuliert werden. Doch in einem aktuellen Gutachten wird angeprangert, dass die „smarten“ Stromzähler gegen das Datenschutzgesetz verstießen, es sei denn, die Kunden würden dem Ausforschen freiwillig zustimmen. Aber so naiv kann doch wohl niemand sein! Die so erhobenen Verbrauchsinformationen von Privathaushalten sind in der Regel personenbezogene Daten und ermöglichen ein totales **Ausspionieren** der Bewohner, denn jetzt kann über die „intelligenten“ Stromzähler individuell Auskunft über die Lebensverhältnisse der Nutzerinnen und Nutzer gegeben werden! Von wegen, die Zähler sollen dabei helfen, den Stromverbrauch genauer zu berechnen und so Energie zu sparen: Big brother is watching you! Wenn der Stromlieferant erfahren kann, was die Bewohner wann an- und ausschalten, wie viele Menschen in der Wohnung leben und was sie dort so treiben, dann kann er diese Informationen ja auch mal eben weitergeben! Ich mutmaße, dass genau dies geplant ist.

Warum sonst sind die Ableseintervalle so kurz eingestellt, dass alle 15 Minuten die Daten abgelesen werden, um „Lastprofile“ zu erstellen, angeblich, um zu wissen, wann viel und wann wenig Strom ins Netz gespeist werden muss? Technisch wäre auch eine sekundengenaue Speicherung kein Problem. Wie wäre es mit einer Fernabfrage durch die argen Argen, die dadurch ebenso simpel wie effizient ermitteln könnten, ob eine Person mehr oder weniger im Haushalt oder keiner da, gar unerlaubterweise heimlich ortsabwesend ist? Den umworbenen Kunden ist all das wahrscheinlich noch überhaupt nicht klar. Ich hoffe, dass es möglich ist, mit simplen Tricks die Signale dieser Chips zu stören! Noch ist ja nicht von Zwang die Rede, solche Stromzähler haben zu müssen. Aber so manch einer mag geneigt sein, sich freiwillig dem „smarten“ Stromableser zu unterwerfen, wenn dieser Tarif zum Beispiel unschlagbar billig ist und der Regelsatz nun mal

viel zu niedrig. Die Handybesitzer unter uns sind es ja schon gewöhnt, mit einer elektronischen Fußfessel herumzulaufen und jederzeit geortet werden zu können. Aber ich möchte nicht, dass eine derartig ausgefeilte Form der Verfolgungsbetreuung zur Gewohnheit wird!

4. Die sozialen Träger und Vereine in Berlin-Neukölln stellen einen extremen Anstieg an Ordnungswidrigkeitsanzeigen gegen ALG-II-Bezieher durch das jeweilige **Jobcenter** fest. Besorgniserregend ist hier die Tatsache, dass trotz beantworteter Anhörungen, die den Vorwurf inhaltlich jeweils entkräften, dennoch rechtswidrig Ordnungsgelder erhoben werden, die zudem in der Höhe vollkommen unangemessen sind. Auf diese Weise kriminalisiert das Jobcenter Neukölln massenhaft ALG-II-Bezieher durch falsche Ordnungswidrigkeitsanzeigen und versucht dadurch, von eigenen rechtswidrigen Handlungen abzulenken. Toll, dass jedem Leistungsempfänger der Gang zum Anwalt freisteht! Er muss sich gegen diese existenzielle Bedrohung durchboxen, bis er sich mit Beratungsschein sein Recht erkämpfen kann.

Dabei werfen die Sachbearbeiter des Jobcenters gerne Versäumnisse gegen die Mitwirkungspflicht oder verspätete Veränderungsmitteilungen vor. „Dafür“ findet im Gegensatz zum gesetzlichen Auftrag niemals eine Beratung statt. Hinweise werden lediglich mündlich gegeben, ansonsten beruft sich die Behörde bequemerweise auf die bei Antragstellung unterschriebenen Pflichten, so wie denn auch allgemein lieber gefordert als gefördert wird. Als reichte das noch nicht aus, weist besagtes Jobcenter einen aberwitzig hohen Postverlust auf, dass bereits gekalauert wird, am Wochenende würden regelmäßig Postverbrennungen durchgeführt, um der Postflut „beizukommen“. Natürlich trägt der Gesetzgeber die Schuld daran, wenn die Überlastung des einzelnen Sachbearbeiters nicht durch sinnvolle Maßnahmen aufgehoben wird. Leider ist nicht davon auszugehen, dass nun auch jeder Sachbearbeiter der Behörde in Zukunft von Amts wegen eine Ordnungswidrigkeitsanzeige erhält, wenn er falsche Bescheide versendet oder der Beratungspflicht nicht nachkommt.

5. Ein Mann, der gegen den zu niedrigen **Regelsatz** beim Bundesverfassungsgericht klagt, kann bei seiner eigenen Verhandlung nicht dabei sein, weil er seine Familie schützen muss. Aufgrund mehrfacher Berichterstattung in der örtlichen Tageszeitung über seine jahrelangen sozialen Aktivitäten und nun auch wegen der Hartz-IV-Klage und dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht wird die Familie zunehmend verbal attackiert, verfolgt und aggressiv beschimpft. Die Familienmitglieder leiden natürlich unter den Angriffen in der Öffentlichkeit. Es ist einer Demokratie unwürdig, wenn Zivilcourage mit Pöbeleien bestraft und überhaupt derart auf Menschen als Sündenböcke losgegangen wird, die den Mut haben, sich gegen soziale Ausgrenzung, Armut und Unrecht zur Wehr zu setzen! Wegen der öffentlichen Hatz gegen ihn und seine Familie will sich der Kläger

aus der Öffentlichkeit und der Erwerbslosenarbeit zurückziehen. Nun hat der Mob wohl sein Ziel erreicht. Hoffentlich wird das Gericht ihm Recht geben!

6. Es ist überaus beschämend, dass in der reichen Bundesrepublik inzwischen drei Millionen Kinder arm sind. Nach Angeben des Deutschen Kinderhilfswerks haben zu niedrige Löhne einen entscheidenden Anteil an der **Kinderarmut** in Deutschland. Das Einkommen der Eltern reiche oft nicht mehr aus. Ein Ausweg ist ein flächendeckender Mindestlohn, der diesen Namen auch verdient. Auch das dreigliedrige Schulsystem zementiert soziale und finanzielle Nachteile, weil eine frühe Selektion der Kinder erfolgt. Wenn nicht die sogenannten Eliten darauf bestünden, unter sich zu bleiben, müsste diese Ausgrenzung gar nicht erfolgen! Dank der staatlichen Armutsverordnung mit Hartz IV werden es täglich mehr, ihre Zahl hat sich in nur fünf Jahren verdoppelt! Wir brauchen keinen „Weltkindertag“ oder den gebetsmühlenartig in bestimmten Intervallen vorgetragenen Stoßseufzer, dass die Kinderarmut steigt, sondern es sind Taten erforderlich! Hartz IV muss endlich durch eine armutsfeste Transferleistung ersetzt werden! Ein flächendeckender Mindestlohn, der zum Leben ausreicht und vor Altersarmut bewahrt, muss sofort geschaffen werden! Kinder brauchen tatkräftige Unterstützung und keine Worthülsen von Politikern, denen das Wohl aller Kinder in Wirklichkeit völlig schnuppe ist! Welche Bundesregierung auch immer nach der Wahl gebildet wird: Sie muss endlich handeln, für Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung sorgen und das antiquierte dreigliedrige Schulsystem abschaffen!

7. Allen Lobhudeleien über die Bewältigung der Krise zum Trotz rechnet die OECD damit, dass die Arbeitslosenquote in Deutschland im zweiten Halbjahr 2010 auf „stolze“ 11,8 Prozent klettern wird. Deutschland und zahlreiche andere Industrienationen müssen sich wegen der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit auf dramatische Folgen für den **Arbeitsmarkt** einstellen. Im Gegensatz zu Ländern wie Irland, Japan, Spanien und den USA stehe Staaten wie Deutschland und Frankreich der schlimmste Anstieg noch bevor, schreiben die Arbeitsmarktexperten. Von Anfang 2008 bis Ende 2010 sei mit zusätzlichen 1,8 Millionen Arbeitslosen zu rechnen. Daher sei es unerlässlich, dass die Regierungen in den kommenden Monaten den Arbeitssuchenden zur Seite stehen. Oh je, wenn das Schlimmste erst noch bevorsteht, kann ich mir lebhaft vorstellen, mit wie viel Druck im Zuge der Verfolgungsbetreuung die argen Argen den Erwerbslosen wohl zur Seite stehen werden, um irgendwie doch noch die Statistik aufhübschen zu können!

8. Bei der Bundestagswahl geht es für die Stromkonzerne ums Ganze. Falls Union und FDP gewinnen, sollen die Kernkraftwerke länger laufen – und die Betreiber im Gegenzug zahlen. Von den Atom-Milliarden könnten ausgerechnet Solar- und Windfirmen profitieren. Für die Ökobranche ein echtes Dilemma. Doch nun könnten die Grenzen verschwimmen: Schwarz-Gelb will bei Regierungsübernah-

me nicht bloß die Atomindustrie profitieren lassen, sondern die Hälfte der zusätzlichen Gewinne soll der Staat abschöpfen dürfen. So würden längere Laufzeiten für die deutschen Kernkraftwerke allen Ernstes einen Milliardensegen für Solar- und Windkraftfirmen bedeuten! Soll sich die Ökobranche nun über die möglichen Extra-Subventionen freuen – oder die Atom-Milliarden aus ideologischen Gründen ablehnen? Für die Ökobranche wäre es ein Danaergeschenk, sie fürchtet eine Investitionsbremse. Der Präsident des „Bundesverbandes Erneuerbare Energie“ findet deutliche Worte, wenn er sagt, dass sie keine falschen Freunde bräuchten, die ihr Wachstum mit vergifteten Geschenken lähmen wollten. Die Situation entspricht der Haltung der Grünen: Sie sind zwar gegen **Atomenergie**, aber gleichzeitig für den Lissabonner Vertrag, der klar die Förderung der Atomenergie vorsieht!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die Qual der Wahl

1. Am nächsten Sonntag wieder mal
Quält sich der Mensch: Er muss zur Wahl.
Man ist für Frieden, nicht für Krieg –
Rot, Grün, Schwarz, Gelb setzt nur auf Sieg.

Im fremden Land, das ist bekannt,
Fahren sie Menschen vor die Wand.
Des Volkes Mehrheitsmeinung als Beschluss
Macht keinem Abgeordneten Verdruss.

Sie handeln bloß nach dem Gewissen,
Der Wähler wird dabei beschissen!
Jede Partei zählt das Prozent,
Des Wählers Meinung wird verpennt.

Oft fischen sie noch an den Rändern,
Als würden Wahlen was verändern.
Doch Wahlen wären längst verboten,
Änderten sie der Wirtschaft Quoten.

Der Mensch an sich bleibt armes Schwein!
Lässt er das Wählen diesmal sein?
Doch ist es Bürgerpflicht, drum geht zur Wahl,
Auch wenn’s danach mal wieder wird zur Qual!

Macht alle Kreuze bei den Linken,
Denn nur den Linken soll man winken!
Vielleicht war dann zum allerletzten Mal
Der Gang zur Urne eine große Qual?

Hofft auf die Linken, setzt auf Optimismus,
Vielleicht kommt freiheitlicher Sozialismus!
Er muss ja nicht werden zur großen Qual,
Wie es heute ist die Bundestagswahl!

2. Geehrte Frau Bundeskanzlerin! „Als Säugling kommt man auf die Welt, wird nicht gefragt, ob's auch gefällt." Nur eines ist mit Sicherheit klar: Jedem Neugeborenen in Deutschland werden sofort Schulden von circa 19.000 Euro, Tendenz stark steigend, angedichtet, obwohl es genau genommen unmöglich ist. Hierzu habe ich nur eine Frage, die ich Sie bitten möchte, mir zu beantworten: Müssten nicht eigentlich die größten Nutznießer dieser Verschuldung, die Banken, Konzerne, Reichen und Superreichen, diese **Staatsverschuldung** mit einer Sanierungsabgabe bezahlen?

3. Vor einigen Wochen konnte man in den Nachrichten der öffentlich-rechtlichen Sender vernehmen, dass bei der Abwrackprämie Missbrauch in zehntausendfacher Weise betrieben wird, indem anscheinend Personenkraftwagen statt zur Verschrottung ins Ausland geschafft werden. Die Täter sollen hierfür bestraft werden, da es sich bei den Fahrzeugen nach Meinung der Regierung um „toxischen Schrott" handelt.

Nun gibt es bei uns in Oldenburg ein sogenanntes Mehrwerthaus. Diese Einrichtung wird von der Arge unterstützt, die Mitarbeiter sind fast ausschließlich Ein-Euro-Jobber. Hier verkauft man Gegenstände wie Elektrogeräte, sogenannte weiße Ware, Möbel und Bekleidung. Der Leiter der Arge Oldenburg verkündete öffentlich in der Presse, es gehe auch die Sperrmüllmenge erheblich zurück, wenn die Bürger solche Gegenstände dem „Mehrwerthaus" zur Verfügung stellten.

Seltsam: Wenn abzuwrackende Autos „toxischer Müll" sind, wie können dann Waschmaschinen der ältesten Generation einen „Mehrwert" darstellen? Für Hartz-IV-Betroffene wurden hier uralte energiefressende Geräte zum Kauf angeboten. Pro Stück wollte man sogar noch fast 100 Euro haben. Die Ärmsten der Armen werden so abgezockt, einmal durch den überhöhten Preis für „toxischen Müll" und zum zweiten Mal, indem sie gezwungenermaßen energiefressende Ge-

räte kaufen müssen, die sie dann, sollten sie wirklich noch länger funktionieren, über die **Energiepreise** vielleicht ein zweites oder drittes Mal bezahlen.

Zu diesen Schweinereien hatte ich diverse Fragen an den Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg, die ich ihm öffentlich zur „Einwohnerfragestunde“ während einer Ratssitzung stellen wollte. Dieser lehnte allerdings die Beantwortung ab. Auch der ehemalige Wirtschaftminister Michael Glos, den ich im Zusammenhang mit der von ihm vorgeschlagenen Förderung energiesparender „weißer Ware“ wie Kühlschränke und Waschmaschinen anschrieb, hat mir die Beantwortung meiner Fragen verweigert.

Wie können in einem demokratischen Staat, der sich „vorsorgender Sozialstaat“ nennt, auf der einen Seite Gebrauchsgegenstände zu „toxischem Müll“ erklärt werden und auf der anderen Seite zu „Mehrwert“? Meine Meinung: Asoziale Politiker muss man abwählen!

4. Am 15. September 2009 luden „Attac“ und die „Landesarbeitsgemeinschaft bedingungsloses Grundeinkommen“ der Linkspartei Nordrhein-Westfalen anlässlich der „Woche des Grundeinkommens“ ins Duisburger DGB-Haus ein. Werner Rätz, Mitbegründer von „Attac Deutschland“, sprach zum Thema „Bedingungsloses **Grundeinkommen** – Ausweg aus Krise und Sozialabbau nach der Wahl?“

Zur Einschätzung der Krise kann man Werner Rätz wohl beipflichten, doch in meinen Augen ergeben sich auch Widersprüche aus seinen Aussagen. Diese beschrieb „Scharf links“ wie folgt:

> „Der Weg zum bedingungslosen Grundeinkommen ist für Werner Rätz ein Weg der kleinen Schritte, gemeinsam mit Bündnispartnern, auf dem zunächst Elemente eines Grundeinkommens durchgesetzt werden könnten. Zu diesen Elementen gehören:
>
> - eine armutsfeste, sanktionsfreie und individuelle Grundsicherung für Erwerbslose
> - die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, die Kranken- und Rentenversicherung umfasst und in die sowohl alle steuerpflichtigen Einkommen als auch alle in der Bundesrepublik tätigen Unternehmen Beiträge abführen sollen
> - die vorrangige Absicherung von Personengruppen wie Kinder und Alte durch eine Kindergrundsicherung sowie eine gesetzliche Mindestrente
> - die Freistellung von Zeiten etwa für gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten
> - der Ausbau der sozialen Infrastruktur wie Mobilität und Zugang zu Kommunikationsmitteln für alle
> - Mindesteinkommen gegen den Hunger in den Ländern des Südens
>
> Jedes einzelne dieser Ziele würde einen Bruch mit dem bisherigen Paradigma des Wirtschaftens darstellen, obwohl auch alle zusammen noch

weit vom angestrebten Ziel eines weltweiten bedingungslosen Grundeinkommens entfernt wären.“

Wenn man davon ausgeht, dass es sich um ein linkes BGE handeln muss, welches man fordert, muss man sich die Frage stellen, wer in diesem Moment in Deutschland dafür die Bündnispartner werden sollen. Die Besitzstandswahrer und Lebensstandardssicherer werden es wohl höchstwahrscheinlich nicht mittragen. Genauso wird es sich bei den Lobbyisten eines kapitalistischen Wirtschaftssystem verhalten.

Spricht man von der Notwendigkeit eines internationalen BGE, was absolut richtig ist, bedeuten Sanktionen für uns hier in Deutschland etwas ganz anderes als für die Menschen in der sogenannten Dritten Welt. Dazu müsste man erst einmal klären, was überhaupt alles Sanktionen sein können. Es muss nicht immer gleichbedeutend damit sein, dass einem etwa finanzielle Transferleistungen auf Null oder um einen prozentualen Anteil gekürzt werden.

Gerade für Menschen in wirtschaftlich schwächeren Ländern, die auch nicht nur im Süden unserer Erdkugel liegen, dürfte die Gemächlichkeit von existenzieller Bedeutung sein. Wie viele Kinder sterben in jeder Sekunde auf der Erde an Unterernährung oder Krankheiten? Wie viele werden als Kindersoldaten eingesetzt, können keine Schulen besuchen und müssen stattdessen auf Plantagen schuften, von morgens bis abends und oftmals ohne jeden Lohn?

Wenn man auf der einen Seite feststellt, dass immer mehr Geld vorhanden ist, wieso sollte man es auch noch in Versicherungen anlegen, wenn eigentlich jeder vernünftig wirtschaftende Staat die Gesundheitsversorgung auch in eigener Regie übernehmen könnte, gänzlich ohne Profitgedanken? Das Gleiche gilt für die Sicherheit der Gesundheit, Betreuung und Pflege der Menschen im Alter.

Im Moment formiert sich eine Grundeinkommensbewegung, die Vorstellungen eines Götz Werner oder Dieter Althaus vertritt. Diese Konzepte lassen sich nur über hohe Verbrauchssteuern oder höhere Produktion und dazugehörenden Absatz von Waren finanzieren. Solchen Vorschlägen, die sich als weiterer Klimakiller erweisen, dürfen die Menschen auf gar keinen Fall hinterherlaufen! Ich halte es für einen Trugschluss zu glauben, man hätte für eine neue soziale Idee alle Zeit der Welt. Im Gegenteil, die Bevölkerung muss so schnell wie möglich beteiligt und umfassend informiert werden!

Eine Partei wie „Die Linke“ muss, wenn sie wirklich einen basisdemokratischen, freiheitlichen und ökologischen internationalen Sozialismus vertritt, als beispielhafte Vorreiterin für die absolut notwendigen Veränderungen der Gesellschaft ihre Mitgliedschaft so schnell wie möglich über diese Konzepte abstimmen lassen. Es geht hierbei keinesfalls um das „Recht auf Faulheit“, sondern bereits um einen wichtigen Beitrag für eine reelle Chance zum Überleben der Weltgemeinschaft insgesamt.

5. Seit Jahren werden in Deutschland im Jahr circa 46 Milliarden Stunden Erwerbsarbeit geleistet. Würde diese von allen erwerbsfähigen Arbeitnehmern gleichmä-

ßig geleistet, beliefe sich die Belastung mit **Erwerbsarbeit** für den Einzelnen auf 1.045 Stunden jährlich. Das wären 87 Stunden im Monat, wenn man Krankheitstage und Urlaubstage nicht berücksichtigt. Teilt man die monatlichen Erwerbsarbeitstage durch den Faktor 21,67 (Durchschnittszahl der Werktage), kommt man auf vier Stunden pro Tag.

Damit jeder Erwerbstätige mit seinem Nettolohn und einem Lohnabstandsgebot von 15 Prozent über der Pfändungsfreigrenze liegen würde, müsste folgender Verdienst von einem Ledigen (steuerklasse I, keine Kinderfreibeträge) erreicht werden: Bruttolohn 1.579,50 Euro, Lohnsteuer 138,75 Euro, Solidaritätszuschlag 7,63 Euro, Kirchensteuer 12,48 Euro, Rentenversicherung 157,16 Euro, Arbeitslosenversicherung 22,11 Euro, Pflegeversicherung 19,35 Euro, Krankenversicherung 129,52 Euro.

Mit dem oben angegebenen Bruttolohn würde ein lediger Arbeitnehmer einen monatlichen Nettoverdienst von 1.092,50 Euro erzielen. Dafür müsste er aber auf einen Stundenlohn von 18,15 Euro brutto kommen. Nur wenn man diese Mindestbedingungen erfüllt, kann man eigentlich von einer Vollzeitbeschäftigung reden, die zumindest die größte Armut durch eigene Erwerbsarbeit verhindert.

Wenn die Gegner eines bedingungslosen Grundeinkommens, die meist gleichzeitig Befürworter von Vollbeschäftigung sowie Bürger- und Erwerbslosenversicherung sind, müssten sie derzeit, wollten sie wirklich die Abkopplung von Millionen Menschen von der Erwerbsarbeit beenden, für einen Mindestlohn von 18,15 Euro kämpfen und natürlich für den Vierstundentag.

Zum linken BGE mit Mindestlohn und radikaler Erwerbsarbeitsverkürzung reden die Gegner dieser drei berechtigten Forderungen immer ganz schnell von einer Utopie, obwohl solche Forderungen die Triade auch in Einklang bringen können. Muss man die Zwanzigstundenwoche und den Mindestlohn von 18,15 Euro nicht viel eher als Utopie bezeichnen? Zumindest sind das die realen Zahlen, um die Abkopplung aller erwerbsfähigen Menschen von der Erwerbsarbeit zu beenden.

Mit dem jährlichen Gesamteinkommen von brutto circa 900 Milliarden Euro, erzielt durch 44 Millionen Erwerbsarbeitnehmer, ließe sich ein BGE für die doppelte Anzahl der Menschen finanzieren. Das wäre keine Utopie, sondern Realität. Ich hoffe, dass ich hiermit die Menschen noch einmal zum Nachdenken über ein schönes Leben für alle Menschen anregen kann.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Die MLPD lädt ein zur **Wahlparty** am **Sonntag**, dem **27. September 2009**, ab **17:30 Uhr** in der Gaststätte „**Postillion**“, Werderstraße 66, hinter dem Parkplatz nahe der „umgedrehten Kommode“. Freunde und Mitglieder der Linkspartei wollen zeitgleich im „**Maerz**“, Sielwall 29, den Ausgang der Wahl verfolgen und feiern.

Hartz IV kann man nicht „abwählen“

Im Herbst 2004 hörte ich im örtlichen Büro der Grünen von einem Parteimitglied: „Wir hoffen, dass Hartz IV verfassungswidrig ist“. Dann bräuchten sie offenbar keine „Gewissensbisse“ wegen ihrer opportunistischen Zustimmung zu diesem monströsen Gesetzeswerk mehr zu haben. Nicht erfüllt hat sich bisher die Hoffnung auf juristische Korrektur des Regelsatzes auch für viele, die sich von der „Klageflut“ gegen Hartz IV haben mitreißen lassen: Konsterniert lauschen sie Richtersprüchen, die einer Willkürgesetzgebung ohne jeden Realitätsbezug ihren Segen erteilen. Wird Ende Oktober auch noch die Hoffnung platzen, das Verfassungsgericht könne mittels einer Mäkelei am Kinderregelsatz das bisherige Berechnungsverfahren endlich kippen?

Falls aber das Gericht dem Gesetzgeber aufgeben sollte, entweder eine bessere Lösung zu finden als die mit Hartz IV praktizierte oder zum alten System der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zurückzukehren, will dann die MLPD wirklich Letzteres befürworten – statt für die kapitalistische Gegenwart ein Grundeinkommensmodell vorzurechnen, das ihre berechtigten bisherigen Einwände aufhebt? Die scheinen mir zumindest mit Kurzbegründung aber nicht allzu viel Tiefgang zu haben, verglichen etwa mit der Ausarbeitung von Thomas Löding. So könnte man das **Grundeinkommen** ja auch aus der von der MLPD vorgeschlagenen Steuer auf Unternehmensumsätze finanzieren. Die Erwerbslosen werden nicht satt allein von der Verheißung einer besseren sozialistischen Zukunft – und die Sozialhilfe-Vergangenheit war trostlos. Damals sind doch die Methoden der Verfolgungsbetreuung und Unterdrucksetzung durch Zahlungsverzögerung überhaupt erst entwickelt worden!

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Als Rechtanwalt vertrete ich verschiedene „Hartz-Betroffene“. Natürlich ist es richtig und wichtig, sich auch rechtlich gegen falsche Bescheide, Willkür und so weiter zu wehren und auch immer wieder die Grundfragen von Hartz IV vor die Gerichte zu bringen. Das hat, oft im Zusammenwirken mit den Montagsdemos und ähnlichen Initiativen, auch immer wieder zu einzelnen wichtigen Urteilen im Sinne der Betroffenen geführt – in Teilfragen!

Völlig richtig ist aber, dass es eine Illusion ist, Hartz IV über eine Klagewelle wegzubekommen. Die Grundgedanken von Hartz IV wurden mittlerweile vom Bundessozialgericht, aber auch vom vielfach zu Unrecht als großem Hoffnungsträger angesehenen Bundesverfassungsgericht ausdrücklich bestätigt! Gegen al-

le berechtigten Einwände, dass die Hartz-Sätze völlig willkürlich allein vom sogenannten Lohnabstandsgebot ausgehen und den realen Bedarf nicht beachten, wird zumindest in den höchstrichterlichen Urteilen immer auf den „weiten Bemessungsspielraum des Gesetzgebers“ abgestellt.

Es stimmt, dass angesichts des wachsenden Unmuts über die Kinderamut bei den skandalösen Regelsätzen für Kinder von den Gerichten einige Korrekturen verlangt wurden (teilweise hat die Regierung auch Änderungen durchgeführt). Diese beziehen sich aber ausdrücklich nur auf diese spezifische Seite der Hartz-Gesetze, ohne jene in der Gesamtheit in Frage zu stellen.

Hartz IV kann man nicht einfach wegklagen. Man kann Hartz IV auch nicht „abwählen“, wie es die Linkspartei propagiert. Ich kann mich nur an einen Fall erinnern, dass ein reaktionäres Sozialgesetz zumindest faktisch kaum umgesetzt wurde: Das war die weitgehende Streichung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Sie scheiterte an der selbständigen Streikbewegung 1996, ausgehend von den Belegschaften der großen Industriebetriebe wie Daimler und Opel. Hartz IV muss weg – und das muss durch den Kampf der Bevölkerung erreicht werden. Ein großer Trumpf dabei ist die in immer noch hundert Orten aktive Montagsdemobewegung.

Was die „Gegenwartsforderungen“ der MLPD angeht, so darf es natürlich kein einfaches Zurück zu den „alten“ Regelungen der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe geben. Wir fordern die Erhöhung des Arbeitslosengeldes und die unbegrenzte Fortzahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit sowie eine Erhöhung der Sozialunterstützung. Man muss auch der Bespitzelung und Entwürdigung der „Leistungsempfänger“ und jedweder Behördenwillkür entgegentreten.

Mein Hauptanliegen liegt daher nicht in der Kritik am „bedingungslosen Grundeinkommen“, und schon gar nicht unterstütze ich verschiedene reaktionäre Kritiken an diesem Konzept. Aber hier nur drei Einwände:

1. Das Konzept ist illusionär, insoweit einige der hier verlinkten Theoretiker die weitgehende Aufhebung der Lohnarbeit im Kapitalismus propagieren. Es ist nun mal so, dass der Kapitalismus auf genau dieser Ausbeutung der Lohnarbeit beruht, die von einigen „linken“ Theoretikern mit dem „bedingungslosen Grundeinkommen“ angeblich aufgehoben werden soll.
2. In der kapitalistischen Realität läuft es auf einen subventionierten Niedriglohnbereich hinaus, wie führende Verfechter wie Drogerie-Boss Götz Werner es wünschen.
3. Weltanschaulich habe ich ein großes Problem mit der Theorie, dass gesellschaftliche Leistung grundsätzlich von gesellschaftlicher Gegenleistung „entkoppelt“ werden soll. Ich bin gegen Schmarotzertum jedweder Art. Vor allem lenkt die Propagierung des bedingungslosen Grundeinkommens von den zentralen Fragen ab. Schon Marx führte aus, dass es nicht um einen „gerech-

ten Lohn“ gehen könne und dass auch alle ähnlichen Losungen letztlich konservativ sind. Stattdessen solle die Arbeiterbewegung die Losung „Nieder mit dem Lohnsystem!“ auf ihre Fahnen schreiben. Dafür trete ich ein.

Peter Weispfenning (MLPD) bei „Abgeordnetenwatch“

Mich betrübt, dass es offenbar nicht möglich ist, den Gedanken des bedingungslosen Grundeinkommens abzulehnen, ohne dessen Befürworter der Faulheit oder des Schmarotzertums zu bezichtigen – typischerweise (was hier nicht geschieht) in Einklang mit Clement und Müntefering mit den Worten des Apostels Paulus: „ Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“ –, obwohl diese Befürworter vielleicht schon seit Jahren kein faires Angebot zu existenzsichernder Erwerbsarbeit mehr erhalten haben. Das unsägliche Nazi-Wort vom Schmarotzer ist geeignet, das fragile Bündnis der Arbeitenden mit den Arbeitslosen zu sprengen. Die fragen sich nämlich, wo bei diesem Tiervergleich noch ein Unterschied zu der Missbrauchshetze etwa eines Thilo Sarrazin besteht.

Es geht auch nur um eine *Teil*-Entkopplung der Leistung von einer Gegenleistung, weil ja nur das Existenzminimum abgesichert werden soll, nicht aber der weiterhin durch Erwerbsarbeit zu erzielende höhere Lebensstandard. Ignoriert wird hier, dass der Leistungsempfänger durchaus bereit sein mag, der Gesellschaft im Rahmen seiner Kräfte eine Gegenleistung zu erbringen, für die sich sonst kein Geldgeber findet. Dass ein Grundeinkommen auf einen subventionierten Niedriglohnbereich hinauslaufe, wäre im Übrigen nicht der Fall, wenn es wie vorgeschlagen aus einer Unternehmensumsatzsteuer finanziert würde.

Gerolf D. Brettschneider

Verzagter Webmaster: Zwei Tage nach dem Europawahl-Fiasko mobilisierte die SPD-Homepage noch immer zum Stimmenfang-Endspurt *(„Freitag“)*

OSZE schickt Beobachter: Der Wahlkampf von MLPD und DKP wird systematisch behindert *(„Rote Fahne News“)*

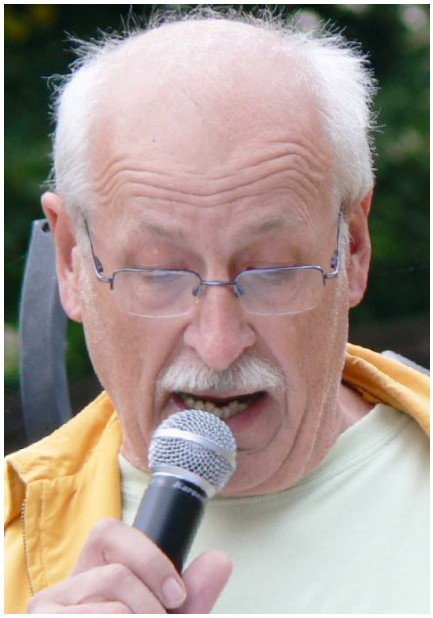
Wie konnte das passieren: SPD sorgt für schwarz-gelbe Mehrheit dank verfassungswidriger Überhangmandate *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Links wirkt: SPD nur noch ein rauchender Trümmerhaufen *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

248. Bremer Montagsdemo am 28. 09. 2009

Das Wahldesaster



Die Wahl ist nun gelaufen. Um ehrlich zu sein: Dafür kann ich mir auch nichts kaufen! Dass es nun Schwarz-Gelb geworden ist, ist jetzt auch egal. Wir hatten so wie andersrum nur noch Schwarz-Rot zur Wahl.

Nun gut. Machen wir das Beste daraus, schließlich käme so und so nichts Bessres heraus. Nur eines gebe ich zu bedenken, das können wir uns jetzt wirklich schenken: Über den Untergang der SPD schadenfroh zu sein, nein, das tut schon weh!

Warum habt ihr denn nicht auf das, was wir hier sagen, gehört? Damit habt ihr uns Wähler sehr verstört! Wir haben euch schon so lange gesagt, und das wiederhole ich kurz und knapp: Wer eine Politik gegen den Willen der Menschen macht, den wählt man doch ab! Jetzt lernt ihr erst mal wieder, was es heißt, wenn man den Wähler enttäuscht und bescheißt.

Euch Bremern sage ich: Passt bloß sehr gut auf, die CDU ist nämlich jetzt sehr gut drauf. Und denen, die jetzt nicht zur Wahl gegangen, sag ich nur: mitgefangen, mitgehangen! Jedenfalls, wenn's auch für viele ein Rückschlag war, für die Demokratie seh ich nun weniger Gefahr. Die Mehrheit der Bürger wollte es so, und darüber, dass diese Entscheidung respektiert wird, bin ich natürlich froh.

Und froh bin ich auch, dass wir jetzt wieder eine starke Opposition haben. Die kann nämlich viel mehr erreichen als unter Schwarz-Rot und eintreten für die Gerechtigkeit. Um es ehrlich zu sagen: Wird auch höchste Zeit! Für die Verliererpartei noch ein guter Rat, setzt ihn um in die Tat: Orientiert euch endlich wieder am einfachen Menschen, beachtet endlich wieder, was ihn quält, und dann werdet ihr auch eines Tages wieder gewählt.

Udo Riedel (parteilos)

Münte weg: Und der Schleimeimer ist zu klein für den Agenda-Trümmerhaufen *(„Spiegel-Online“)*

Spannende Koalitionsbildung zwischen Pest und Cholera

1. In Deutschland darf die **Leiharbeit** bereits bizarre Blüten treiben, so wenig greift die Politik verantwortungsvoll dagegen ein. Immer mehr Arbeitnehmer sind nur noch *vermeintlich* bei einer Firma angestellt, bei der sie arbeiten. So arbeitet Gerald Meyer auch nur augenscheinlich als Drucker bei der „Braunschweiger Zeitung“, denn auf dem Papier ist er Angestellter der „Druck- und Verlags-Service GmbH“. Die eigens für die Arbeitnehmerüberlassung im Verlagswesen gegründete Firma schafft regionale Tochtergesellschaften dort, wo Zeitungen oder Verlage Arbeitskräfte auslagern wollen. Gerald Meyer ist also Leiharbeitnehmer und einer von sechs Druckern, die bei dieser Gesellschaft in Braunschweig angestellt sind. Deren einziger Kunde ist die „Braunschweiger Zeitung“. Der Lohnunterschied zu den regulär angestellten Kollegen beträgt je nach Zuschlägen monatlich zwischen 100 und 1.500 Euro brutto, und es gibt natürlich auch weniger Urlaub und geringere Zuschläge. Der Arbeitsalltag ist so geregelt, dass die Leiharbeiter immer den Kürzeren ziehen!

Die Leiharbeit sollte einstmals der Automobilindustrie mit ihren schwankenden Auftragslagen dabei helfen, Auftragsspitzen aufzufangen und Mutterschaftsurlaube zu kompensieren. Das war einmal. Dank der damaligen rot-grünen Bundesregierung ist es heute möglich, die sogenannte Zeitarbeit nicht nur auf diverse Berufsstände zu übertragen, sondern frei werdende Arbeitsplätze konsequent mit Leiharbeitern zu besetzen, von denen viele bereits regulär – aber befristet – bei der Braunschweiger Zeitung beschäftigt waren. Die Schröder-Regierung öffnete den Unternehmen diese Tür, die ihrerseits nun fleißig und ganz legal keine Möglichkeit ungenutzt lassen, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zur eigenen Profitmaximierung einzusetzen. Langsam kommt dies nun auch bei den Gewerkschaften an, die wohl zuvor in Dornröschenschlaf gefallen waren. Was einmal Leiharbeit war, wird heute vollkommen auf den kopf gestellt und dazu genutzt, die Angestellten um ihren zustehenden Lohn zu prellen, Tariflöhne zu untergraben, die Angst vor der Erwerbslosigkeit und dem Schreckgespenst von Hartz IV noch zu erhöhen und sich die Menschen dadurch gefügig bis willenlos zu machen!

Wenn die „Braunschweiger Zeitung“ einmal keine Leiharbeitnehmer mehr als Billigkonkurrenz für feste Anstellungen brauchen sollte, werden diese kurzerhand völlig geräuschlos und ohne Sozialplan mal eben schnell weg vom Fenster sein! In der Wirtschaftskrise trifft es in allen Branchen die Zeitarbeiter, die überall als Erste gehen müssen! So sind deutschlandweit von den 800.000 Leiharbeitneh-

mern im Juli 2008 heute weniger als 500.000 übrig. Es sind indes auch Redakteure davon betroffen. Inzwischen werden sogar Volontäre, die bei manch einer Zeitung ihre journalistische Ausbildung absolvieren, als Leiharbeitnehmer eingestellt. Hierdurch wird ein zusätzlicher Missbrauch geschaffen, weil das Überlassungsgesetz schließlich vorsieht, dass von Leiharbeitnehmern auch Arbeitsleistungen erbracht werden. Ich finde es bitter, wenn der Betriebsrat fordert, dass ein Arbeitsplatz erst nach zweijähriger Besetzung durch einen Leiharbeiter in eine feste Stelle umgewandelt werden muss. Leiharbeit ist in der Tat kein fest zementierter Zustand, und dass sich damit ganz anders umgehen lässt, zeigt das europäische Umland, wo für die Zeitarbeiter bereits nach wenigen Monaten die gleichen besseren Bedingungen gelten müssen wie für das Stammpersonal. Ich persönlich plädiere dafür, jegliche Form der Leiharbeit abzuschaffen, weil es für mich absolut menschenunwürdig ist, nicht mehr selbst darüber bestimmen zu dürfen, bei welchem Unternehmen ich arbeiten möchte!

2. Die Große Koalition leistete in der Sozialpolitik herzlich wenig, was denn als sozial bezeichnet werden kann, sondern handelte zumeist nach dem Matthäusevangelium, wonach dem, der hat, gegeben werde, dass er die Fülle habe, aber dem, der nicht hat, auch noch genommen wird. Dadurch könnte das heimliche Regierungsprogramm mit „Reichtumsvermehrung anstelle von Armutsverringerung“ auf den Punkt gebracht werden. Die Familienpolitik gestaltete die Große Koalition so, dass finanziell benachteiligte Familien, die aufgrund ihres fehlenden oder zu geringen Einkommens keine Steuern zahlen, gar nicht erst in den Genuss der besseren steuerlichen Absetzbarkeit von **Kinderbetreuungskosten** kommen können, wohingegen Besserverdienende davon überdurchschnittlich profitieren können, indem sie bis zu 4.000 Euro jährlich absetzen können, wenn sie sich eine Kinderbetreuung leisten.

Auch mit dem Elterngeld werden einseitig jene Anspruchsberechtigten am meisten subventioniert, die es am wenigsten nötig haben, wohingegen ausgerechnet Bezieherinnen von Transferleistungen oder Studentinnen, die früher über zwei Jahre lang Erziehungsgeld in Höhe von 300 Euro monatlich bekamen, es jetzt nur noch für ein Jahr bekommen. Bei der Bildungspolitik sieht es leider nicht besser aus. Das Kindergeld wurde zwar um lächerliche zehn Euro erhöht und ein „Schulbedarfspaket“ in Höhe von 100 Euro pro Schuljahr für Kinder von Hartz-IV-Beziehern geschaffen, denen das Kindergeld voll auf ihre Transferleistung angerechnet wird. Dabei deckt das Bedarfspaket den realen Schulbedarf weder ab, noch gleicht es die entgangene Kindergelderhöhung aus. Auch die Steuerpolitik schließt finanziell benachteiligte Familien weiterhin von einer gerechten gesellschaftlichen Teilnahme aus. Ganz besonders müssen sie unter der Erhöhung der Mehrwertsteuer leiden, weil sie praktisch ihr gesamtes Einkommen in den Alltagskonsum stecken und daher von einer Konsumsteuer hart getroffen werden. Während finanziell benachteiligte Familien besonders leiden und die Kinderarmut sich

verdoppelt hat, wird umgekehrt Ehepartnern und Kindern von Familienunternehmern die betriebliche Erbschaftsteuer nun vollständig erlassen.

Arbeitnehmer und Bezieher von Kapitaleinkünften werden also seither unterschiedlich behandelt, denn anders als diese unterliegen Arbeitnehmer weiterhin der Steuerprogression. Davon profitieren insbesondere jene sehr wohlhabenden Einkommensbezieher, die den Spitzensteuersatz in Höhe von 45 Prozent entrichten müssen, während sich Kleinaktionäre, die mittels entsprechender Wertpapiere privat für das Alter vorsorgen wollen, aufgrund ihres niedrigeren Steuersatzes eher schlechter als bislang dastehen. Offenbar vertreten Neoliberale und Wirtschaftslobbyisten die paradoxe Auffassung, dass sich der Armut am effektivsten vorbeugen lässt, wenn man den Reichtum vergrößert. Um die Kluft zwischen Arm und Reich zumindest ansatzweise zu schließen, wäre es nötig, das durch ökonomische Lobbymacht etablierte Matthäus-Prinzip außer Kraft zu setzen, die Vermögensteuer wieder zu erheben, befristet einen Millionärszuschlag einzuführen sowie den Körperschaftsteuersatz und den Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer deutlich zu erhöhen. Ebenso müsste das menschenverachtende Hartz IV durch eine auskömmliche Transferleistung ohne Verfolgungsbetreuung ersetzt werden! Aber da jetzt nur unklar ist, ob wir von Pest oder Cholera regiert werden, ist kaum eine positive Veränderung zu erwarten.

3. Auch wenn das schwarz-gelbe Gruselkabinett bereits ankündigte, im Falle eines Wahlsieges den **Eckregelsatz** um ein Drittel kürzen zu wollen, Workfare einzuführen und eine Pauschalisierung für die Kosten der Unterkunft durchboxen zu wollen, bleibe ich weiterhin bei der Fragestellung in der „Frankfurter Allgemeinen“ ob eine Erhöhung auf 500 Euro tatsächlich die *Faulheit* fördern würde. Da wird die Drohung an die Wand gemalt, wenn große Gruppen der Beschäftigten aufgrund höherer Regelsätze ganz auf das tägliche frühe Aufstehen verzichteten, würde insgesamt weniger produziert, und es müssten weniger Bürger mehr Transferempfänger alimentieren, wodurch ein Teufelskreis aus immer höheren Steuern und Beiträgen drohe, der immer mehr Beschäftigungsverhältnisse zerstören würde. Was für eine blödsinnige Behauptung, nur um den Teufel ins Spiel zu bringen!

Schließlich wird schon jetzt etwa 20 Prozent weniger produziert, und dies nicht etwa, weil die Regelsätze zu hoch wären, sondern weil es immer weniger Arbeitsplätze gibt, da mit einer immer kleiner werdenden Zahl von Menschen immer mehr produziert werden kann. Zunehmend mehr Menschen werden vor dem frühen Aufstehen nicht etwa durch eine höhere Transferleistung bewahrt, sondern schlicht deswegen, weil die Unternehmen sie nicht mehr gebrauchen können. Leider sinkt die Nachfrage des Kapitals nach Arbeitskraft langfristig in der aktuellen Krise, in der die Überproduktion von Waren mitsamt den Produktionsmitteln, mit denen sie hergestellt, und den Arbeitskräften, die sie bedient haben, abgewrackt werden. Aber in jenen Bereichen, wo menschliche Arbeitskraft unerlässlich ist, wird den Mitarbeitern für immer kargere Löhne immer mehr Arbeit aufgebürdet, die aus Angst vor dem sozialen Absturz widerstandslos abgeleistet wird. Doch

um in Deutschland als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft respektiert zu werden, erscheint ein frühes Aufstehen vor sechs Uhr unerlässlich zu sein. Hängt die Definition des Menschseins vom frühen Aufstehen ab? Ist es nicht vollkommen unwichtig, wann ein Mensch aufsteht?

Die Senkung der Regelsätze fördert lediglich den Zwang, jede Arbeit anzunehmen, und sie begünstigt die Profitmacherei. „Wenn das Lohnabstandsgebot nicht aufrecht erhalten wird, sinkt die Arbeitsmotivation in den Keller. Erst wenn der Regelsatz ins Bodenlose sinkt, werden die Menschen bereit sein, ihre Arbeitskraft für ein Ei und ein Butterbrot zu verkaufen.“ Nach diesem kranken Verständnis „muss“ dann eben der Regelsatz gekürzt werden, damit die massiv gefallenen Löhne wieder „stimmen“. Bei der Höhe des Regelsatzes geht es also in Wirklichkeit um das Profitinteresse des Kapitals. Das Kapital produziert demnach die Erwerbslosigkeit selbst und ruft dennoch scheinheilig: „Haltet den Dieb“! Ein Regelsatz in Höhe von 500 Euro monatlich würde die Menschen nicht fauler und nicht fleißiger machen, es würde ihnen aber ein menschenwürdigeres Dasein ermöglichen. Um nicht mehr und nicht weniger geht es dabei! Im Übrigen führt der gegenwärtige Regelsatz zu Resignation, zum Rückzug, fördert den Verfall von Eigeninitiative und Selbstbewusstsein, macht willfährig. Wenn Millionen von Menschen vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden, kann ja wohl nie und nimmer von *Faulheit* gesprochen werden!

4. Nach der **Diätenerhöhung** zum Jahresbeginn haben sich die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft jetzt für eine weitere Anhebung ihrer Bezüge rückwirkend zum 1. Juli 2009 ausgesprochen. Ihr steuerpflichtiges Monatseinkommen steigt damit um 40 auf 2.550 Euro. Hinzu kommt unter anderem noch eine steuerfreie Pauschale in Höhe von 430 Euro. Außerdem laufen Überlegungen, wonach sich die Bezüge der Parlamentarier durch eine „Indexierung“ zukünftig automatisch an der allgemeinen Einkommensentwicklung orientieren sollen. Unsereins schreckt ja bei dem Wort „Reform“ inzwischen unwillkürlich zusammen, seit der Neoliberalisierung, die uns durch diese „Erneuerungen“ mit beständigem *Backlash* nur das Fürchten lehrte. Ja, aber woher denn? Nein, ganz ruhig: Diesmal, sind es doch die Politiker selbst, die für sich eine Reform planen! Dann kann ich mich ja beruhigt zurücklehnen: Es kann für unsere Volkszertreter, äh, Volksvertreter ja nichts Negatives bedeuten!

Entgegen der „Dumpinglohnisierung“ scheint bei dieser Überlegung von einer *Erhöhung* der allgemeinen Löhne ausgegangen zu werden. Dann müssten die Parlamentarier ja auch an einer allgemeinen Erhöhung bei der Einkommensentwicklung interessiert sein, weil ansonsten die Diäten von Jahr zu Jahr immer weiter gesenkt würden. Oder würde hierbei dann ebenso getrickst werden, wie es bei der Arbeitslosenstatistik längst gang und gäbe ist? Dann könnten vielleicht die unteren Lohgruppen herausgerechnet werden, die sich „ungünstig“ auf einen Durchschnittswert auswirken würden. Ob diese Entwicklung für ein Haushaltsnotlagenland angemessen oder unanständig ist, das steht auf einem anderen Blatt,

das denn lieber ganz schnell gewendet werden und runterfallen soll – schließlich haben wir Herbst! Solange es keinen „heißen Herbst“ betrifft, kann in diesem Fall eine Haushaltssperre eher als eine Talsperre betrachtet werden, die je nach Bedarf die Brünnlein fließen lassen kann. Es ist ja ungemein beruhigend zu wissen, dass die Zusatzkosten für eine Diätenerhöhung in der Haushaltsplanung bereits rechtzeitig berücksichtigt worden seien, sozusagen von langer Hand vorbereitet! Verdammt noch mal, wer braucht das Geld wirklich? Die Politiker – oder die finanziell und gesellschaftlich Ausgegrenzten, deren Kinder vor allem?

5. Angesichts des Wahlausgangs, aus dem sich die spannende Koalitionsbildung zwischen Pest und Cholera ergibt, staune ich doch, weil das System Kapitalismus uns ja *volle Kanne* in die Krise gezogen hat – und dann wählen die Leute konservativ und liberal? Sind die Menschen alle durch gleichgeschaltete Medien verblendet und getäuscht worden? Stellen immer mehr Menschen das eigene, unabhängige Denken ein? Hat niemand mehr Lust dazu, die Marionetten der Wirtschaft frei zu wählen? Wird darauf gebaut, dass sich immer weniger Menschen aus dem Bewusstsein heraus, dass ihre Interessen ohnehin nicht von Politikern vertreten werden, nicht an den Wahlen beteiligen? Ich fände es gut, wenn Politiker eine bestimmte Prozentzahl an **Wahlbeteiligung** erreichen müssten, als Indiz für das Eintreten für das Volk, um die Gültigkeit einer Wahl zu bestätigen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Bundestagswahl zeigt Linkstrend

Ich habe in verschiedenen Gesprächen mit Montagsdemonstranten eine Enttäuschung über das Wahlergebnis feststellen können. Aber dazu gibt es doch gar keinen Grund! Die Große Koalition hat eine saftige Niederlage erlitten. Die CDU wurde abgestraft. An den absoluten Stimmen wird dies erst richtig deutlich: Sie hat 11,9 Prozent ihrer Wähler verloren. In Bayern fuhr die CSU ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1949 ein. Für die SPD ist es ein großes Desaster: Sie hat seit der Agenda 2010 mit der Einführung der Hartz-Gesetze, der Rente mit 67 und anderen Grausamkeiten über 50 Prozent ihrer Wähler verloren. Die SPD hatte 1998 noch über 20 Millionen Wähler – heute kommt sie nicht einmal mehr auf 10 Millionen. Sie hat völlig zu Recht die Quittung für ihre volksfeindliche Politik bekommen!

Das Bestimmende dieses Wahlergebnisses ist ein Linkstrend, und das ist sehr positiv. Dieser Linkstrend zeigt sich in der deutlichen Zunahme der Stim-

men für die Linkspartei, der ich herzlich gratulieren möchte. Ich selbst habe die Marxistisch-Leninistische Partei gewählt und unterstützt – wie 70 andere Wahlhelfer hier in Bremen. Bei ihnen möchte ich mich herzlich bedanken. Auch die MLPD hat einen Achtungserfolg erzielt: Die Stimmen für den Direktkandidaten Wolfgang Lange haben sich gegenüber 1998 mehr als verdoppelt. Aber durch die Medienzensur und die massiven Wahlbehinderungen soll niemand von der sozialistischen Alternative erfahren. Der Linkstrend zeigt sich auch in den wachsenden Initiativen in der Bevölkerung wie zum Beispiel beim Zusammenschluss der Bürgerinitiativen gegen die Bebauung des Weserufers und dem selbständigen Kampf der Arbeiter des Gesamthafenbetriebs in Bremerhaven gegen Entlassungen und massiven Lohnabbau.

Diese positive Entwicklung gibt uns neue Möglichkeiten für den gemeinsamen Kampf um die Interessen der Arbeitlosen, der Arbeitenden, der Rentner und der Jugend. Die Fronten werden mit der neuen Regierung klarer werden: Die Zeit des Schmusekurses ist bald vorbei. Letzte Woche wurde bereits angedeutet, dass bei Daimler in Bremen 2.000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. In den Schubladen der neuen Regierung liegen die Rente mit 69, die Kürzung der Regelleistungen für Hartz-IV-Empfänger um 30 Prozent und andere Grausamkeiten. In den Gewerkschaften wird der Spielraum für kämpferische Aktivitäten größer werden, weil die Gewerkschaftsspitze auf die Regierungsbeteiligung der SPD keine Rücksicht mehr nehmen muss. Das Potential der kämpferischen Opposition wird wachsen. Wir wollen dies auf der bundesweiten **Demonstration** am **24. Oktober 2009** in **Berlin** der neuen Regierung deutlich zeigen. Kommt mit!

Harald Braun

Endlich den Schleimeimer auskippen: Mit dem Agenda-Entwickler gibt es keinen Neubeginn *(„Spiegelfechter“)*

Wahnsinn Workfare: Überprüfung englischer „Arbeitsunfähiger“ zur Wiedereingliederung kostet 1,1 Milliarden Pfund *(„Freitag“)*

Solidarität von einem zum nächsten

1. Dem Arbeiter im Land reiche ich meine Hand.
Etablierte Politiker im Land fahren ihn an die Wand.
Den Arbeiter im Land bringt es um den Verstand!

Dem Arbeitslosen im Land, ihm reiche ich meine Hand.
Die Arbeitslosigkeit im Land, sie steigt und steigt rasant.
Dem Arbeitslosen im Land wird die Würde aberkannt!

Dem Rentner hier im Land reiche ich meine Hand.
Die Rentenanpassung im Land versickert wie in Sand.
Dem Rentner im Land wird der Anspruch aberkannt!

Dem Ausländer im Land reiche ich meine Hand.
Die Integration im Land ist auf keinem guten Stand.
Den Ausländer hier im Land drückt so mancher an den Rand!

Den Kindern und Jugendlichen im Land reiche ich meine Hand.
Die Chancen hier im Land werden den Armen aberkannt.
Die Kinder und Jugendlichen im Land, sie haben einen schweren Stand!

Allen diesen Menschen reiche ich meine Hand.
Und ich hoffe für unser Land, es wird nicht ausgebrannt.
Und ich hoffe für unser Land, es kommen Politiker mit Verstand.
Und sie sagen zu jedem Menschen: Kommt und reicht uns eure Hand!

Den Menschen hier im Land reichen sie ihre Hand.
Für die Menschen im Land machen sie es mit Sachverstand.
Für die Menschen im Land sagen sie es mit Souveränität:
Gegen diese Politik im Land brauchen wir unsere Solidarität!

2. Man muss der **Linkspartei** in Bremen wirklich gratulieren! Übrigens auch der Oldenburger „Linken“, denn diese hat ebenfalls ein zweistelliges Ergebnis erreicht. Aber jetzt kommt es ausschließlich nur noch darauf an, dass „Die Linke“ ihre Versprechungen aus dem Bundestagswahlprogramm auch umzusetzen beginnt. Dazu gehören viele Forderungen, die von den Landespolitikern und in den Kommunen in Angriff genommen werden müssen. Hierzu sollte es sich die Bremer Montagsdemo zur Pflicht machen, speziell die Partei „Die Linke“ entsprechend zu fordern, und zwar auch zu folgenden Themen:

1. Kostenloses Girokonto für alle finanziell Benachteiligten. Man könnte es vom ungefähren regelmäßigen monatlichen Geldeingang abhängig machen, wer alles dazugehören soll.
2. Kostenloser oder stark ermäßigter Öffentlicher Personennahverkehr für alle Bremer(innen), bei dem die Monatskarte nicht mehr kosten darf, als hierfür im Regelsatz nach SGB II vorgesehen ist.
3. Rekommunalisierung der Energieversorger und Sozialenergie für Hartz-IV-Empfänger und Menschen mit zu geringem Einkommen. Hierfür gibt es schon

eine Art europäischer Richtlinie, die von Deutschland anscheinend ignoriert wird.

4. „Die Linke“ hat in der Hamburger Bürgerschaft und im Hessischen Landtag Anträge auf Abschaffung des Sanktionsparagrafen 31 SGB II gestellt. Dem sollten sich die Linksfraktionen in allen anderen Bundesländern anschließen! Allein schon das Konstrukt Bedarfsgemeinschaft macht die Abschaffung des Sanktionsparagrafen notwendig, denn hierdurch werden Menschen in unserem Land in Sippenhaftung genommen, falls auch nur ein Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft mit Sanktionen belegt wird. Selbst wenn die Hälfte der Klagen gegen ausgesprochene Sanktionen vielleicht gewonnen werden, wiegt das niemals die ganzen Probleme auf, die die betroffenen Bedarfsgemeinschaften dadurch hatten. Und es werden ja eben auch nicht *alle* Klagen gewonnen

Die Bremer Montagsdemo sollte diese Themen öffentlich machen und so „Die Linke“ immer wieder dazu veranlassen beziehungsweise auffordern, diesbezüglich aktiv zu werden. Es muss sogar eine Kernaufgabe der Montagsdemo sein, alle Parteien bezüglich der Verbesserung der Lebenssituation für alle Menschen immer wieder zu fordern, aber eben speziell auch „Die Linke“.

3. Geehrte Frau Kanzlerin! In der letzten „Hart-aber-fair“-Sendung geriet Ihr Generalsekretär Ronald Pofalla erheblich unter Beschuss mit der Frage, welche Lohnhöhe er für sittenwidrig halte. Eigentlich darf eine Regierung hierzu auch die deutschen Gerichte nicht im Regen stehen lassen. Dafür ist die Beantwortung dieser Frage, gerade durch die *asoziale* Hartz-IV-Gesetzgebung einfach zu wichtig! Ein „Fordern und Fördern“ allein scheint schon lange nicht mehr auszureichen beziehungsweise hat wohl überwiegend noch nie ausgereicht, um auch die Erwerbslosen wieder in eine Beschäftigung zu bringen, von der man auch ohne staatliche Transferleistungen leben kann. Deswegen bitte ich Sie, mir diese Frage ganz konkret zu beantworten: Welche Stundenlohnhöhe verstößt Ihrer Meinung nach gegen die guten Sitten in Deutschland, und welcher Stundenlohn muss daher zur staatlich festgesetzten **Lohnuntergrenze** erklärt werden? Freundliche Grüße!

4. Geehrte Frau Kanzlerin! Weltweit stehen derzeit ungefähr 16 Millionen neue Kraftfahrzeuge auf Halde und warten auf ihren Verkauf. Heute fand ich zufällig im Internet eine Chronik von 1929. Ich zitiere: „Überproduktion bereitet der Kraftfahrzeugindustrie Sorgen. Das Autojahr 1929 ist geprägt von einer weiter ansteigenden Motorisierung und einer Fortdauer des Konzentrationsprozesses in der Autoindustrie. Zugleich machen sich in den Sommermonaten die ersten Zeichen einer Absatzkrise bemerkbar: Am 8. Juni verzichtet der „Reichsverband der Deutschen Automobilindustrie“ wegen der schlechten Ertragslage auf die Durchführung einer Automobil- und Motorradausstellung, im Juli werden bei der Adam Opel AG in Rüsselsheim Arbeiter entlassen. Für den Rest der Belegschaft wird Kurzarbeit

angeordnet. Im August müssen auch die Automobilhersteller in den Vereinigten Staaten ihre Produktion drosseln.“

Im Jahr 2009 wird Opel von der deutschen Regierung „gerettet“! Ist das nicht angesichts der oben angeführten Zahlen zur derzeitigen weltweiten Überproduktion ein völlig falscher Schritt? Könnte diese Opel-Rettung nicht bei anderen deutschen Automobilherstellern gerade zu zusätzlichen Entlassungen führen? Müsste man nicht seitens einer innovativen Regierung zumindest dem übernehmendem Unternehmen Auflagen machen, beispielsweise die Herstellung umweltfreundlicher, von Kohlendioxid-Emission möglichst freier Kraftfahrzeuge, zumindest aber übergangsweise ausschließlich mit Hybridtechnologie? Vor Kurzem konnte man auf einer Internetseite einen Artikel lesen mit dem Titel „Wenn im Osten die Sonne aufgeht, dann verblassen die Sterne!“ Dies bezieht sich natürlich auf einen anderen deutschen Automobilhersteller, aber auch auf die chinesische Elektoantriebstechnologie und den Willen der Chinesen, hier Marktführer zu werden.

Muss nicht die deutsche Regierung im Zusammenhang mit der Opel-Rettung und im Interesse der anderen deutschen Automobilhersteller endlich die Richtung vorgeben, die für den Versuch zur Rettung der Erde im Zusammenhang mit der Automobilherstellung notwendig sind, oder wollen Sie weiterhin diesbezüglich nur abwarten? Glauben Sie, dass – wie nach der **Wirtschaftskrise** der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts mit ganz ähnlichen Vorzeichen – erneut ein weltweiter Krieg entbrennen kann? Ich möchte Sie bitten, mir diese Fragen gründlich und ausführlich zu beantworten! Mit besorgten Grüßen.

5. Auf einer politischen Aschermittwochsveranstaltung der SPD im Februar 2005 sprach der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und spätere Parteivorsitzende Kurt Beck zum Thema Jugendarbeitslosigkeit: „Man muss diesen Jugendlichen das Arbeitslosengeld aus dem Portemonnaie nehmen und sie dadurch bewegen, eine Arbeit aufzunehmen!“ Diese pauschale Verurteilung aller erwerbslosen Jugendlichen in Deutschland als *arbeitsscheu* ist in meinen Augen eine totale Entgleisung, die sich ein Ministerpräsident und späterer Parteivorsitzender nicht leisten sollte. Statt die Jugend zu motivieren, erfolgt eine völlig unqualifizierte Demoralisierung!

Schon zum Zeitpunkt seiner Rede hätte Kurt Beck wissen müssen, dass sich sehr viele Jugendliche manchmal hundertmal und auch noch öfter vergeblich um eine Ausbildungsstelle bemühen. Weiterhin hätte er wissen müssen, dass viele Auszubildende im Anschluss an ihre Ausbildung nicht von ihren Arbeitgebern übernommen werden. Muss man diesen Jugendlichen das Arbeitslosengeld aus Gründen, die sie sehr oft gar nicht zu vertreten haben, aus den Taschen ziehen? Waren es vielleicht doch durchaus berechtigte andere Gründe, zum Beispiel zu schlechte schulische Leistungen, wie etwa bei vielen Hauptschülern? Dieser Vorwurf kam ja ständig aus dem Arbeitgeberlager.

Woran lag es, wenn zum Beispiel aus einer Berliner Abschlussklasse eines Jahrganges nur eine Schülerin erst zwei Monate nach der Schulentlassung einen Ausbildungsplatz bekam? Liegt es an den Schülern? Liegt es an den Lehrern oder Eltern? Liegt es an der „Pisa“-Studie? Könnte es vielleicht doch nur am Gewinnstreben der Unternehmer liegen? Ich bin jedenfalls zu dem Ergebnis gekommen, dass es wohl nicht an einer zu schlechten Schulausbildung allein liegen kann. Da gibt es in Deutschland nämlich noch die Gruppe der jungen, fertig ausgebildeten Akademikerinnen und Akademiker. Sind diese auch zu schlecht ausgebildet? Beherrschen auch diese vielleicht die deutsche Sprache nicht? Oder braucht man sie einfach nicht in einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit, weil man sie ja auch wesentlich kostengünstiger beschäftigen kann?

Das Lager der Arbeitgeber ließ sich das Beschäftigungsmittel eines kostenlosen oder höchstens gering bezahlten Betriebspraktikums einfallen. Dieses diene doch immerhin einer höheren beruflichen Qualifizierung, und das wäre doch nur im Sinne der Praktikanten. Das Geld zum Leben und für die Miete können sich diese doch leicht nebenbei durch die Annahme von sogenannten 400-Euro-Jobs verdienen! So hangeln sich Tausende von Akademikern in Deutschland von **Praktikum** zu Praktikum, um ihre beruflichen Kenntnisse zu verbessern und das auf der Uni Erlernte nicht zu vergessen. Sie arbeiten zum Nulltarif, immer in der Hoffnung, endlich einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz zu bekommen. Und die Aktien der Unternehmer steigen und steigen!

Muss man muss diesen jugendlichen Erwerbslosen das Arbeitslosengeld aus dem Portemonnaie nehmen, damit sie umsonst arbeiten? Jeder junge Mensch in unserer heutigen „Arbeitswelt“ sollte wegen der „Beweglichkeit“ über einen Führerschein verfügen, noch besser auch über ein Kraftfahrzeug. Da der junge Mensch auch an später denken muss, an die Zeit nach einem erfüllten Arbeitsleben, das sogenannte Rentenalter, sollte er laut unseren hoch qualifizierten etablierten Politikern auf alle Fälle eine private Rentenversicherung abschließen, denn man weiß ja nie, was so kommt. Nur sagt den jungen Leuten anscheinend niemand, wie sie das alles finanzieren sollen. Das muss doch auf viele junge Menschen wie der blanke Hohn wirken, diese ganzen Vorschläge aus dem Arbeitgeberlager und der Politik!

Wissen diese Personen überhaupt noch, was sie den jungen Menschen so alles zumuten? Ich glaube es nicht! Ich glaube, dass für sehr viele junge Menschen in Deutschland die eigentlich schönste Zeit ihres Lebens irgendwie an ihnen vorbeizieht und dass kein Politiker und auch kein Arbeitgeber ihnen diese Zeit jemals ersetzen werden kann. Wird das von den Politikern einfach übersehen? Es muss Schluss gemacht werden mit der Gewinnmaximierung und dem menschenfeindlichen Hartz IV, und ich glaube, dies sollten alle etablierten Politiker, aber auch das Arbeitgeberlager, im eigenen Interesse vorziehen. Hartz IV, wir sind jung, wir sind frei! Zieht das Leben an uns vorbei? Der Krug geht nur so lange zum Brunnen, bis er bricht.

6. Einen größeren Schwachsinn als in folgendem Absatz habe ich noch nicht oft gelesen: „Weltanschaulich habe ich ein großes Problem mit der Theorie, dass gesellschaftliche Leistung grundsätzlich von gesellschaftlicher Gegenleistung ‚entkoppelt' werden soll. Ich bin gegen Schmarotzertum jedweder Art. Vor allem lenkt die Propagierung des bedingungslosen Grundeinkommens von den zentralen Fragen ab. Schon Marx führte aus, dass es nicht um einen ‚gerechten Lohn' gehen könne und dass auch alle ähnlichen Losungen letztlich konservativ sind. Stattdessen solle die Arbeiterbewegung die Losung ‚Nieder mit dem Lohnsystem!' auf ihre Fahnen schreiben. Dafür trete ich ein."

In meinen Augen kann es schon allein deshalb nicht um einen gerechten Lohn gehen, da in diesem Moment jeder Erwerbstätige tatsächlich einen gleichen Lohn erhalten müsste. Aber gerade beim linken bedingungslosen **Grundeinkommen** würde schon einmal ein richtiger Anfang gemacht. Am Beispiel einer Hausfrau und Mutter mehrerer Kinder im Vergleich mit einer Tagesmutter, welche die gleiche Anzahl Kinder betreut, möchte ich meine Meinung einmal erklären.

Die Hausfrau und Mutter erhält keinen Lohn, arbeitet jedoch rund um die Uhr. Die Tagesmutter hat einen geregelten Stundentag. Die Hausfrau und Mutter hat quasi kein Wochenende, keinen Urlaub und auch keine Feiertage. Sie hat keinen eigenen Krankenversicherungs- und Rentenanspruch, bis auf Erziehungsanrechnungszeiten. Die Tagesmutter wohl. Beide unterscheidet im Wesentlichen nur, dass eine Frau bezahlt wird, die andere hingegen nicht, obwohl die eine Frau sogar höher belastet wird als die andere, die entlohnt wird.

Deshalb muss man sich erst einmal mit der Definition für Arbeit auseinandersetzen und mit deren gerechter Aufteilung, nicht mit dem Begriff Schmarotzertum oder Ähnlichem. Inwieweit unterscheidet man sich sonst von den von einem selbst kritisierten sogenannten etablierten Parteistrategen?

Wolfgang Langes Ausführungen zum Thema Grundeinkommen sind in meinen Augen teilweise widersprüchlich. Auch äußert er sich wie die meisten Politiker fast ausschließlich zum Thema Lohnarbeit und bringt nicht wirklich alle Anforderungen auf den Punkt. Wenn man ein „Nieder mit der Lohnarbeit" fordert, sollte man auch so handeln, zumindest es aber versuchen. Bei ihm ist eher das Gegenteil der Fall. Auch ein linkes BGE muss aus dem Mehrwert durch Lohnarbeit bezahlt werden, insoweit hat seine Partei natürlich Recht, auch damit, dass dies ausschließlich aus den Profiten der Unternehmer gezahlt werden muss, wie immer sich so eine Abgabe dann auch nennen wird.

Aber welche Arbeit ist es denn, die den Menschen fehlt? Die „gute Arbeit", welche die Linkspartei fordert? Die Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden, wieso eigentlich gerade auf diese Zahl? Ist es nicht überwiegend das Geld, was den Menschen fehlt? Wieso sollte eigentlich eine Hausfrau und Mutter noch zusätzlich zu ihrer Arbeit einer Lohnarbeit von sechs Stunden täglich nachgehen? Sollen diese Frauen oder auch Männer vielleicht im Herbst das herabgefallene Laub auf Fäden ziehen und wieder an die Bäume hängen, nur damit sie einer Lohnarbeit nachgehen? Warum sollte nicht ein Künstler beispielsweise fünf Jahre lang ein

bedingungsloses Grundeinkommen erhalten, wenn er vielleicht am Ende dieser Zeit ein Kunstwerk schafft, welches er angenommenerweise für 500.000 Euro verkauft – und dann dafür 250.000 Euro Steuern bezahlt?

Sicherlich gibt es noch einen sehr großen Diskussionsbedarf, aber Leben darf doch nicht nur mit dem Thema Lohnarbeit gleichgesetzt werden. Es wäre das Beste für die Menschen, wenn jede Lohnarbeit von Maschinen übernommen werden könnte. Wie viele Berufskrankheiten würde es dann wohl nicht mehr geben? Auch muss es darum gehen, unnötige Lohnarbeiten wie die Rüstung und die damit verbundenen Exporte vollkommen einzustellen, desgleichen Produktionen, die dem Menschen und der Umwelt fast ausschließlich schaden. Und die „Schmarotzer“ sollte man besser im Tierreich belassen. Dort richten sie bei ihren Wirtstieren oftmals sehr große Schäden an. Es gibt jedenfalls viel mehr gute Gründe für ein bedingungsloses Grundeinkommen als für ein Hoch auf staatlich garantierte Lohnarbeit!

Alles Geld, das in einem Land erwirtschaftet wird, entsteht aus dem Mehrwert der Lohnarbeit. Gegen Überproduktionen, wie sie heute schon sehr oft der Fall sind, würde jedoch eine Verkürzung der Lohnarbeit auf 30 Stunden auch in großen Unternehmen überhaupt nichts nützen. Dadurch würde die Überproduktion nicht gestoppt, sondern es würden nur ungefähr 25 Prozent mehr Lohnarbeiter benötigt werden. Das allein kann aber kein Ziel einer vernünftigen linken Politik sein. Zum Beispiel stellen die weltweit auf Halde stehenden Neuwagen zurzeit noch keinerlei Mehrwert da, sondern erst in dem Moment, wo der Mehrwert durch den Verkauf auch realisiert wird.

Hier muss man ansetzen umzudenken. Wie haben sich die Kapitalisten immer über die Planwirtschaft lustig gemacht und diese in Frage gestellt! Heute muss man zwangsläufig die Marktwirtschaft in Frage stellen. Dazu eignet sich das Beispiel mit den Kraftfahrzeugen hervorragend. Man braucht nicht einmal die negativen ökologischen Folgen der Marktwirtschaft ins „Spiel“ zu bringen. In der Marktwirtschaft wird ausschließlich produziert, um Profite zu machen. Das heißt aber für kein Unternehmen, dass es aufgrund etwa einer Umsatzsteuer die Preise erhöhen könnte. Das würde die Konkurrenz weitgehend ausschließen, also wohl nur funktionieren, wenn jemand das Monopol besäße.

Sobald jedoch nur noch einige Konzerne die beherrschende Stellung innehätten, würde sich zwangsläufig auch das marktradikale kapitalistische Wirtschaftssystem erledigt haben. Dieses falsche System, welches keinerlei Rücksicht auf die Lebewesen und die Umwelt nimmt, gilt es letztendlich zu überwinden und durch ein neues System, wie immer sich dieses dann auch nennen mag, zu überwinden. Dafür sollten wir alle gemeinsam kämpfen – nicht nur in Deutschland, sondern international!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Grundeinkommen ohne Bedingung?

Seit zwei Wochen führen wir wieder eine Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen. Ich bin eher dafür, dass die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft wird. Die geeignetste Forderung derzeit ist die Arbeitszeitverkürzung auf eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Rechnerisch würde das acht Millionen Arbeitsplätze schaffen. Weiter bin ich – deswegen sind wir ja alle bei der Montagsdemo – für die Abschaffung der Hartz-Gesetze und für eine unbegrenzte Zahlung des Arbeitslosengeldes I für die Dauer der Arbeitslosigkeit. Damit wird die alte Arbeitslosenhilfe auch nach Abschaffung von Hartz IV überflüssig. Außerdem bin ich für eine kräftige Erhöhung der Sozialunterstützung, sodass man davon leben und am kulturellen Leben teilnehmen kann. Das alles sind auch Forderungen der MLPD.

Die Sozialunterstützung kann man natürlich auch als „Grundeinkommen“ bezeichnen. Woran ich mich störe, ist das kleine Wörtchen „bedingungslos“ davor. Warum? Ich meine, dass es tatsächlich eine Bedingung für den Bezug dieses Geldes geben sollte, nämlich selbst über kein ausreichendes anderes Einkommen verfügen zu können, weil man krank oder behindert ist oder nie Arbeit hatte. Im Kapitalismus sind es sehr viele, und es werden auch immer mehr Menschen, die nicht mehr in der Lage sind, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Die müssen natürlich alle ein Grundeinkommen erhalten. Dennoch bleibt für mich der Kampf um Arbeits- und Ausbildungsplätze – und damit meine ich nicht Billigjobs und dergleichen – ganz wichtig und unverzichtbar.

Ganz und gar nicht bin ich dafür, dass Leute, die von der Ausbeutung anderer leben, auch noch ein Grundeinkommen bekommen sollen. Das wäre aber bei Bedingungslosigkeit mit enthalten. Warum sollten wir uns dafür einsetzen? Das würde auch mir ein „weltanschauliches Problem“ bereiten. Dann gibt es natürlich noch die ganz coolen Typen, die das „Recht auf Faulheit“ fordern und über die „ blöden Arbeiter“ lästern, die „so dumm sind, sich ausbeuten zu lassen“. Grundsätzlich lehne ich diese Haltung ab. Ebenso lehne ich natürlich Zwangsarbeit ab – aber ich unterstütze diese Richtung nicht.

Für völlig reaktionär halte ich das, was Götz Werner, Besitzer der Drogerie-Kette DM und selbst ein Milliardär, zum „bedingungslosen Grundeinkommen“ sagt – und sich dabei in Einklang mit Attac befindet! Er erklärt die Arbeitslosigkeit zum Normalfall – ein großer Teil der Menschheit wird eben nicht mehr gebraucht. Damit diese trotzdem vegetieren können, sollen sie ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ erhalten, das durch eine fünfzigprozentige Mehrwertsteuer finanziert wird – also von den Menschen, die noch Arbeit haben. Kapitalisten wie

er sind dann fein raus: Sie brauchen gar nichts mehr für die Arbeitslosenversicherung einzahlen. Der Mehrwertsteuer entkommt keiner. Und was noch viel schlimmer ist: Ein immer größerer Teil der Menschheit wird für überflüssig erklärt, nach dem Motto: „Euch brauchen wir nicht, ihr seid Schrott!“ Sie werden so eines der grundlegendsten Bedürfnisse beraubt, des Rechts auf Arbeit. Welch ein Zynismus!

Die MLPD fordert ein völlig anderes Steuersystem: Wegfall aller indirekten Steuern, also auch der Mehrwertsteuer, und eine viel höhere Besteuerung der Konzerne. Für die Sozialversicherungen (Kranken-, Arbeitslosen-, Renten- und Pflegeversicherung) soll eine sechsprozentige Sozialsteuer vom Umsatz erhoben werden. Dieser Prozentsatz würde für alle genannten Versicherungssystem ausreichen. Das würde nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern auch die kleinen Betriebe mit hohen Lohnkosten entlasten. Großkonzerne aber, bei denen die Lohnsumme nur noch einen kleinen Teil ausmacht – im Durchschnitt arbeitet ein Arbeiter in der Großindustrie nur fünf Minuten pro Stunde für seinen Lohn, aber 55 Minuten für den Profit –, würden mehr belastet. Der Druck, Personal abzubauen und durch Maschinen zu ersetzen, entfiele.

Letzte Woche gab es bei uns über das Thema „bedingungsloses Grundeinkommen“ einige Aufregung. Auslöser war eine Anfrage von Gerolf bei „Abgeordnetenwatch“ an Peter Weispfenning von der MLPD. In einer Kritik daran unterstellt Gerolf zu Unrecht, Peter habe die Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens des „Schmarotzertums“ und der „Faulheit“ bezichtigt. Das hat er doch gar nicht geschrieben! Konzernbosse wie Zumwinkel oder Ackermann, Leute wie Peter Hartz und Konsorten – die eigentlich in den Knast gehören, aber ihre fetten Abfindungen am Gardasee oder sonst wo verbraten – *das* sind in meinen Augen Schmarotzer. Wie heißt es so schön in der „Internationalen“: „Die Müßiggänger schiebt beiseite, diese Welt muss unser sein!“

Wolfgang Lange war Bremer Kandidat der MLPD (Offene Liste)
für die Bundestagswahl 2009

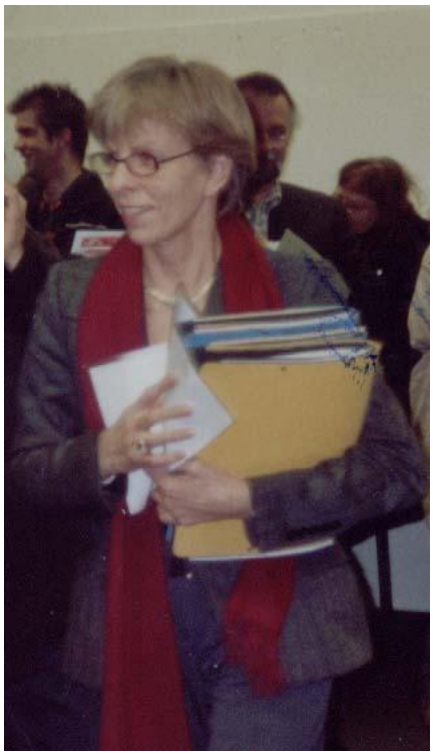
Millionäre kriegen Grundeinkommen: Ein festgelegtes Existenzminimum ist in Form des Freibetrages von der Steuer befreit *(„Brand eins“)*

Todestrieb: Thüringische SPD will in einer Kleinen Koalition mit der CDU weiter zusammenschrumpfen *(„Spiegel-Online“)*

Die Papstwahl ist demokratischer: Das schönste Amt danach erobert Sigmar der Piratennetzwerker *(„Stern“)*

Schlechter Tag für Europa: Nach anderthalb Jahren Gehirnwäsche stimmen die Iren dem Lissabonner Vertrag zu *(„Spiegel-Online“)*

Sozialsenatorin empfiehlt Antrag auf Übernahme der vollen Miete



Gehören Sie zum Kreis der ALG-II-Betroffenen und hat Ihnen die Bagis bisher nicht die volle Miethöhe anerkannt? Dann hat Bremens Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter (SPD, Foto links) den richtigen Rat für Sie: Bei der Bagis einen Antrag stellen! Hintergrund ist die Rechtsprechung des Sozialgerichts Bremen und des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen, die Bremens bisherige **Mietobergrenzen** als unzulässig und zu niedrig befand.

Zu diesem Thema fand unter Frau Rosenkötters Leitung am 23. August 2009 eine Sitzung der Sozialdeputation statt. Dabei wurde herausgestellt, dass Betroffene vier Jahre rückwirkend bei der Bagis einen Antrag gemäß § 44 SGB X bezüglich der Miethöhe stellen können. Sollte dem Antrag nicht stattgeben werden: Widerspruch bei der Bagis erheben, anschließend beim Sozialgericht klagen!

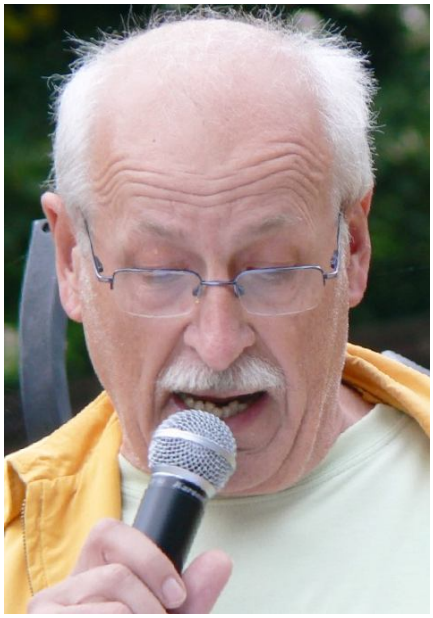
Frau Rosenkötters Tipp an die Beratungsstellen: „Ich habe es so verstanden, dass § 44 einen Antrag voraussetzt. Insofern muss die Beratung ihren Klienten empfehlen, diesen Antrag zu stellen.“ Falls Ihnen also die Bagis Ihre Miethöhe bisher nicht anerkannt hat und Sie die Differenz aus Ihrer ohnehin zu knapp bemessenen Regelleistung von derzeitig 359 Euro getragen haben, dann scheuen Sie sich nicht, den Rat der Bremer Sozialsenatorin zu befolgen, und holen Sie sich vier Jahre rückwirkend das Ihnen zustehende Geld zurück!

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

249. Bremer Montagsdemo am 05. 10. 2009

Haben unsere Politiker dazugelernt?



Wenn einige Politiker sich plötzlich anders besinnen, ist das wohl gutzuheißen, aber ein Neuanfang ist das nicht. Für mich wäre es das erst, wenn die gescheiterten Architekten und Urheber tatsächlich zurücktreten würden. Besser noch, die Partei nähme sie ins Gebet und zwänge sie zum Rücktritt! Das wäre dann ein ganz klares Zeugnis dafür, wir meinen es wirklich ernst. Mir ist das einfach zu wenig, wenn sich einige Politiker hinstellen und behaupten, sie hätten die Bevölkerung „nicht überzeugen“ können. Wovon überzeugen, meine Herren Politiker? Davon, dass ihr mit eurer Politik die Menschen immer ärmer macht? Sollen sie es auch noch gutheißen, dass ihr Lohndumping, Zeitarbeit, Kinder- und Altersarmut zulasst und unser Gesundheitssystem immer ungerechter und unsozialer macht, aber so vermessen seid, euch die Diäten nach Belieben zu erhöhen? Wollt ihr uns Normalbürger für dumm verkaufe, dass ihr für die Banken einen Rettungsplan habt und gleich zahlt, während die Bildung unserer Kinder auf der Strecke bleibt? Davon wolltet ihr uns überzeugen, das sollte uns schmackhaft gemacht werden? Das ist doch wohl der Hohn!

Nein, meine lieben Damen und Herren, so dumm sind wir denn doch nicht, das habt ihr wohl am Ergebnis der Wahl gesehen. Wir Menschen und Wähler sehen zwar ein, dass bestimmte Dinge nicht so einfach laufen können, darüber kann man reden, aber einfach uns Wähler für dumm zu verkaufen, das klappt leider nicht! Da könnt ihr noch so viel beteuern, ihr hättet uns nicht überzeugen können, im Gegenteil: Ihr habt uns überzeugt, dass ihr ungerecht, unfair und machtbesessen seid! Dafür habt ihr eure Quittung bekommen, und das ist auch gut so. Diesen Schuh darf sich besonders die SPD anziehen, denn sie war ja einmal die Partei der Arbeitnehmer! Von der erwarte ich nun eine wirkliche Wende: Weg mit Hartz IV und Agenda 2010! Das wäre ein wirklicher Neuanfang.

Her mit einem gerechtem Steuersystem! Dann würdet ihr euch auch wirklich von denen abgrenzen, die nur noch an Rendite denken. Diese Forderungen könnt ihr jetzt getrost stellen, da ihr in der Opposition seid. Wer will euch das verbieten

außer ihr selbst? Noch ein Wort an die Gewerkschaft: Passt auf, was jetzt mit unserem Gesundheitssystem passiert! Geht rechtzeitig gegen weiteren Kahlschlag an und duldet es nicht, dass wir Arbeitnehmer und Rentner wieder die Dummen sind! Sonst ergeht es euch wie der SPD, und euch laufen noch mehr Mitglieder weg. Ich habe immer als Noch-Gewerkschaftsmitglied darauf aufmerksam gemacht: Auch ihr seid für uns da, denn wir zahlen schließlich Betrag dafür!

Udo Riedel (parteilos)

Für Dumpinglohn arbeiten – unter Verfolgungsbetreuung?

1. Das schwarz-gelbe Gruselkabinett schrieb bereits zwölf Wochen vor Weihnachten auf seinem Wunschzettel ziemlich weitreichende Forderungen und Vorstellungen für Maßnahmen zur inneren Sicherheit auf. So soll der **Verfassungsschutz** zahlreiche neue Kompetenzen bekommen, die bislang ausschließlich der Polizei vorbehalten waren. Der „genetische Fingerabdruck“ soll nicht mehr nur bei Verfolgung von „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ gespeichert werden, wobei dies ein Richter erlauben muss, sondern als erkennungsdienstlicher Standard auch bei minderschweren Delikten. Bei der Vorstellung, dass der Verfassungsschutz zu einer allgemeinen Sicherheitsbehörde ausgebaut wird, sträuben sich mir die Nackenhaare, und ich erinnere mich daran, dass nach den Erfahrungen mit dem deutschen Faschismus nicht ohne Grund eine strikte Trennung von Geheimdienst und Polizei eingeführt wurde!

Wenn der Verfassungsschutz künftig auch noch das Recht zur heimlichen Online-Durchsuchung bekommt, würde diese Trennung ganz erheblich aufgeweicht. Wir wollen keine Neuauflage der Gestapo! Außerdem soll der Inlandsgeheimdienst Zugriff auf die Daten aus der Vorratsdatenspeicherung erhalten, bei der die Verbindungsdaten der Telekommunikation und des Internet-Zugriffs aller Bürger festgehalten werden. Dem Verfassungsschutz sollen laut Innenministerium aber auch Lausch- und Spähangriffe in Privatwohnungen erlaubt werden. Klein, aber geheim und ganz gemein: Big brother is watching you! Es ist natürlich völlig klar, dass wir uns keinesfalls in Richtung zu einem Polizeistaat hin bewegen! Ich finde diese Entwicklung in höchstem Maße bedrohlich!

2. Eigentlich bräuchte ich es gar nicht zu erwähnen, dass es unter Schwarz/Gelb selbstverständlich keinen sozialen **Kahlschlag** geben wird! Wenn unsere Bundeskanzlerin sagt, niemand müsse sich Sorgen machen, dann muss es ja stimmen. Von CDU und FDP erwartet uns selbstredend eine ausgewogene Politik, bestehend aus „wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Balance“. Auch wenn Merkel keine Lockerung des Kündigungsschutzes anstrebt, so traue ich einem Herrn Westerwelle ganz andere Strebsamkeiten zu. Wenn die Kanzlerin davon spricht, sich persönlich als Garant zu eignen, meint sie dann, dass sie persönlich haftbar gemacht werden kann, sollten die Bundesbürger drastische Einschnitte in den sozialen und bildungspolitischen Bereichen sowie bei der Gesundheitsversorgung erfahren?

Wenn dann noch die stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Leutheusser-Schnarrenberger der Kanzlerin wohlmeinend unter die Arme greift und erklärt, ihre Partei wolle die Situation bei der Altersvorsorge von Langzeitarbeitslosen verbessern, dann keimt doch Hoffnung auf! Mit dem Geld der Arbeitsagentur und der Europäischen Union werden sicherlich neu geschaffene Stellen für Langzeitarbeitslose in Unternehmen, Kommunen, Vereinen und Kirchen gefördert. „Unternehmen“ scheint überhaupt das Zauberwort zu sein! So dürfen wir gespannt darauf warten, wie die Unternehmen diese Gelegenheit ausnutzen werden und jede Arbeit zu jedem Lohn zumutbar werden wird. Dann können teure Mitarbeiter gegen billigere ausgetauscht und die eben Entlassenen bei den argen Argen gleich wieder in Billigversion angefordert werden.

3. Wie schon gesagt, es muss sich wirklich niemand Sorgen machen! Das klingt ähnlich überzeugend wie dass die Renten sicher seien oder sich blühende Landschaften entwickeln würden. Das Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen deutet ein Urteil des Bundessozialgerichts zur Fahrtkostenerstattung so, dass Mehraufwandsentschädigungen nur bis zur Höhe der tatsächlichen Aufwendungen gezahlt werden sollen. Deshalb gehört es zum „Fördern“, dass jeder erwerbsfähige Hilfebedürftige (pfui, dieses kleinmachende, demütigende Juristendeutsch!) aktiv an allen Maßnahmen zu seiner Eingliederung in Arbeit mitwirkt. Wenn er dem nicht nachkommt, drohen natürlich Sanktionen. Darum soll der erwerbsfähige Hilfsbedürftige keinen Anreiz dafür erhalten, wenn er seinen gesetzlichen Pflichten nachkommt. Es wurde ein Versuch unternommen, aus einem Ein-Euro-Job einen 50-Cent-Job zu machen. Aber im Zuge dieser menschenverachtenden Haltung sind Null-Euro-Jobs noch viel konsequenter und billiger!

Wurden bisher schon Erwerbslose als billige Arbeitskraft missbraucht, werden sie künftig ohne jegliche Bezahlung mit der Bedrohung von Sanktionen zu **Zwangsarbeit** getriezt. Erwerbsfähige Hilfsbedürftige sollen keine Gelegenheit bekommen, aus ihrer staatlich verordneten Hilfsbedürftigkeit herauszukommen, weil sozialversicherungspflichtige Arbeitstellen zugunsten von „Arbeitsgelegenheiten“ bei Trägergesellschaften immer weiter abgebaut werden. Ich kann auch

überhaupt keinen Grund dafür erkennen, warum erwerbsfähige Hilfsbedürftige dazu bereit sein sollten, für Dumpinglöhne zu arbeiten, von denen sie nicht leben können und die sie noch nicht mal aus der Verfolgungsbetreuung herausholen! Andere, die arbeiten, bekommen dafür ein anständiges Gehalt und müssen sich nicht solch demütigender Behandlung aussetzen. Erwerbsfähige Hilfsbedürftige wollen einfach nur als Erwerbsfähige von ihrer Hände Arbeit leben können: Gleiches Recht für alle! Wenn das nicht möglich ist, dürfen nicht diejenigen, die keinen normalen Job abkriegen, durch arbeitsrechtlose Zwangsarbeit dafür bestraft werden!

4. Es ist nicht gerade beruhigend zu lesen, dass beständig mehr Jugendliche arbeitslos sind. Von August 2008 bis 2009 wuchs die **Jugendarbeitslosigkeit** mit einem Anstieg von 16,8 Prozent doppelt so stark an wie die Arbeitslosigkeit insgesamt. Die 20- bis 24-Jährigen sind dabei besonders betroffen, ihre Arbeitslosigkeit erhöhte sich bereits um 34 Prozent. Um dem Problem entgegenzuwirken, fordert der DGB Bund und Länder auf, die Gründung von Transfergesellschaften für Azubis zu unterstützen. In ihnen sollen Azubis, die nicht übernommen werden können, mit Mitteln der Bundesagentur für Arbeit angestellt und an die Betriebe entliehen werden können – auf gemeinnütziger Basis und nach Branchentarif bezahlt. Ich halte dies für ein zweischneidiges Schwert. Einerseits wünsche ich jungen Erwachsenen natürlich, dass sie übernommen werden und Arbeit haben, mit der sie Geld verdienen. Doch wenn sich diese Transfergesellschaften zu solchen Trägergemeinschaften entwickeln, die bereits viel zu viele ALG-II-Bezieher „einstellen“, muss ich mich dagegen verwehren, weil dann wieder nur an den jungen Erwerbstätigen bis zum Ausnützen verdient und die Arbeitslosenstatistik erneut verniedlicht und aufgehübscht würde!

5. Egal welche Couleur die jeweilige Bundesregierung gerade mal wieder hat, in einem gleichen sie sich wie ein Ei dem anderen, nämlich bei der Mogelei mit der offiziellen **Arbeitslosenstatistik**. Arbeitslose, die von privaten Dritten vermittelt werden sollen, zählen seit Jahresbeginn erstaunlicherweise nicht mehr als Arbeitslose. Das erst in Zukunft vielleicht Erfolgende scheint hier absurderweise zur Statusveränderung der Menschen ohne Arbeit genügend auszureichen. Derart lässt sich auf wundersame Weise die offizielle Arbeitslosenstatistik um rund 200.000 auf aktuell nur 3,46 Millionen Personen schönen. Diese Manipulation geht auf das Konto der Großen Koalition aus SPD und Union, die eine entsprechende gesetzliche Vorgabe zur Definition von Arbeitslosen durchsetzte. Angeblich sei jedoch die Bundesagentur um Transparenz bemüht und weise deswegen ausdrücklich auf diese Trickserei hin, die sie vornehm mit „Effekt“ umschreibt. Erstaunlicherweise enthält der monatliche Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur nun auch eine informative Tabelle zur „Unterbeschäftigung“, in der diejenigen Personengruppen aufgeführt werden, die aus der Statistik herausfallen, sodass ei-

gentlich von 5,5 Millionen Arbeitslosen die Rede sein müsste, die aber nicht offiziell verifiziert werden sollen.

Da dürfen wir gespannt sein, ob die SPD jetzt nach einer gewissen Schonzeit wieder richtig rechnet und von 5,5 Millionen Arbeitslosen sprechen wird. Dabei haben wir mit den Aufstockern etwa acht Millionen oder noch mehr Menschen, die auf diese Transferleistungen des Staates angewiesen sind. Jetzt wird es immer schwieriger mit der Aufschlüsselung, weil vor lauter Herausrechnerei kaum noch eine wirkliche Klarheit geschaffen werden kann: Nicht nur Dumpinglöhner können mit ALG II aufstocken, sondern auch die ALG-I-Bezieher! Ist so jemand nun ein ALG-I- oder ein ALG-II-Bezieher? Selbst ein aufstockender 400-Euro-Jobber ist laut Regelung nicht mehr „erwerbslos" – hier wird das alles sehr gekonnt verwischt. Das Chaos ließe sich vereinfachen, indem endlich alle Leute als „arbeitslos" bezeichnet würden, die auf der Suche nach einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sind. Es ließe sich aber auch so ausdrücken, dass, wer erwerbslos gemeldet ist, dennoch nicht unter Arbeitslosigkeit leidet, weil er schließlich dauerhaft durch Verfolgungsbetreuung schikaniert wird.

6. Der Ex-Finanzsenator von Berlin und jetzige Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin wälzt sich mal wieder lautstark in Ungnade, seit er sich ziemlich rüde und hämisch über seine frühere Wirkungsstätte äußerte und damit den Zorn seines neuen Arbeitgebers hervorrief. Er prangerte an, Berlin sei „von der 68er-Tradition und dem Westberliner Schlamp-Faktor belastet". Ein weiteres Problem sei es, „dass 40 Prozent aller Geburten in der Unterschicht stattfinden". Aber „türkische Wärmestuben" könnten die Stadt nicht voranbringen. Sarrazin verstieg sich zu der Aussage, dass bei uns jeder, der etwas könne und anstrebe, willkommen sei, der Rest woanders hingehen solle. Zudem gebe es in Berlin stärker als anderswo das Problem „einer am Wirtschaftskreislauf nicht teilnehmenden Unterschicht". Deswegen postulierte er, in der Familienpolitik müsse alles völlig umgestellt werden, damit man von den Geldleistungen vor allem in der Unterschicht wegkomme.

Als ob sich „diese Sorte der Unterschicht" diesen Umstand selbst ausgesucht hätte! Nein, wer von der Gesellschaft finanziell ausgegrenzt ist, wird als „abgehängtes Prekariat" kaum daran teilnehmen können. Es hat leider sehr wohl etwas mit zuwenig Geld zu tun, auch wenn der schwadronierende Sarrazin dies nicht wahrhaben und den Geldhahn noch weiter zudrehen will! Ich wünsche ihm, dass er sich in der Welle seiner kaltschnäuzigen **Menschenverachtung** einmal selbst suhlen muss, die er leichtfüßig lostritt, und dass er es selbst einmal ausbaden darf! Für mich ist es allerhöchste Zeit, dass sich die Bundesbank von solch einem Lebewesen distanziert. Aber wie muss ich mir das vorstellen? Rückt der restliche Vorstand nur ein paar Zentimeter zur Seite, oder kürzt er ihm seine Bezüge? Das scheint die einzige Sprache zu sein, die er versteht!

Wer ist Thilo Sarrazin eigentlich? Sind seine Aussprüche als Ausdruck einer speziellen Art von Tourette-Syndrom zu verstehen, obwohl er dazu in der Lage

ist, sie in zusammenhängende Sätze zu kleiden? Spielt er „nur“ den Schwarzen Peter, der Versuchsballons loslässt, um auszutesten, wie weit die Regierung gehen kann, um mit Schuldzuschreibungen gegenüber dem finanziell schwachen Teil der Bevölkerung in unseren Köpfen schon mal die anstehende Kürzung von Sozialgeldern zu verankern? Sollten wir es mit dem türkischen Zentralbanker halten, der da wünschte, Allah möge Sarrazin mehr Verstand geben? Oder eignet der sich tatsächlich zum Ausländerbeauftragten der NPD, weil er „die Entwicklung unseres Landes auf den Punkt„ bringe? Müssen wir ihm eine Tüte Mitleid hinhalten, damit er von der Mitmenschlichkeit kosten darf, um sie zu erlernen?

7. Bremen macht mal wieder Negativschlagzeilen: Im kleinsten Bundesland sind die meisten Minijobber zu finden. Auf 1.000 Einwohner kommen hier mittlerweile 106 Minijobber. Offenbar ist die klassische Vollzeitstelle, von der es sich anständig leben läst, auf dem Rückzug. Dabei stieg die Erwerbstätigkeit im Land Bremen zwischen 2000 und 2008 um kümmerliche 1,5 Prozent, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung insgesamt um nur schlappe 0,5 Prozent. Leider vollzog sich der Beschäftigungsaufbau aber fast ausschließlich im Bereich der prekären Erwerbstätigkeit. Gleichzeitig schrumpfte die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung um 3,5 Prozent. Die Teilzeitarbeit nahm um 21,1, die Zahl der geringfügig entlohnten Minijobs um 20,8 Prozent zu. Den größten Zuwachs verzeichnete mit mächtigen 135,3 Prozent leider ausgerechnet die **Zeitarbeit**, die in Deutschland bizarre Blüten treiben darf!

Inzwischen werden in Bremen 11.700 Menschen als Leiharbeiter ausgebeutet. Sie verdienen bis zu 40 Prozent weniger als die Stammbelegschaften. Ihre Löhne fallen deshalb immer öfter in den Dumpinglohnbereich, sodass inzwischen rund 4,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer auf das aufstockende Arbeitslosengeld II angewiesen sind, obwohl zwei Drittel von ihnen in Vollzeit arbeiten! In manchen Branchen wie in den Friseur- und Kosmetiksalons, dem Taxigewerbe, der vermaledeiten Zeitarbeit, der Reinigung und bei den Hotel- und Gastronomiebetrieben gehören prekäre Beschäftigungsverhältnisse bereits zur Normalität. Die wenigsten prekär Beschäftigten können von ihrem Einkommen etwas für die Altersvorsorge beiseitelegen. So wird hier eine künftige Altersarmut herangezüchtet, die uns noch das Fürchten lehren wird! Die Bundesregierungen leis(te)ten mit ihrer neoliberalen Politik ganze Arbeit, indem sie für weitere Verarmung der erwerbstätigen Bevölkerung sorgen! Es ist vollkommen unverantwortlich, dass wir noch immer keinen Mindestlohn haben und die Zeitarbeit nicht auf einen sehr kurzen Zeitraum begrenzt ist, wie im europäischen Ausland längst selbstverständlich!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Schnell überprüfen: Am 20. Oktober ist Regelsatz-Tag *(„Hartz-IV-Plattform“)*

Blühende Landschaften?

1. Und die Landschaften, sie blühen,
Arbeitsplätze, sie verglühen.
Jedes Glücksgefühl der Wende
Ist auch irgendwann zu Ende.
Schöne Sachen, Reisen in die weite Welt:
Diese Dinge kosten Geld.
Deutschland, das geeinte Land,
Fährt man anscheinend vor die Wand?
Aus Bananen wurde nie Musik,
Aber eine Republik!
Mit traurigen Grüßen
Zum Tag der deutschen Einheit

2. Geehrte Frau Merkel! Aus der Presse und den Medien konnten die Menschen in Deutschland von den Einladungen diverser Wirtschaftsgrößen, unter anderem auch des Herrn Ackermann von der Deutschen Bank, in das Kanzleramt lesen. Einer der Parteivorsitzenden der „Linken“, der ehemalige Ministerpräsident des Saarlandes, Oskar Lafontaine, sagte hierzu unter anderem: „Ackermanns Einladung ins Kanzleramt war folgerichtig. Er ist der deutsche Bundeskanzler in diesen Fragen.“ Diese Aussage bezog sich darauf, dass die Finanzmärkte immer noch die Politik kontrollieren.

Ich selbst wundere mich über Folgendes: Der deutsche Staat zahlt Milliarden aus Steuermitteln der in Deutschland lebenden Menschen an die Europäische Zentralbank. Diese wiederum vergibt dann Kredite an die Deutsche Bank zu einem Prozent Zinsen. Von der Deutschen Bank leiht sich der deutsche Staat dann wieder Milliarden Euro zu einem Zinssatz von ungefähr fünf Prozent, um die Wirtschaft in Deutschland wieder in Schwung zu bringen.

Dazu habe ich mehrere Fragen, die ich Sie mir zu beantworten bitte: Wird, um die Hunderte Milliarden neuer Staatsschulden bezahlen zu können, die Mehrwertsteuer erhöht? Wenn ja, um wie viele Prozentpunkte? Werden auch die Sozialleistungen gekürzt und Rentenerhöhungen ausgesetzt? Wird es in Deutschland aufgrund der weltweiten Verschuldungen zu einer stark erhöhten Inflationsrate kommen? Handelt es sich bei der weltweiten **Finanzkrise** nicht in Wirklichkeit schon um eine Krise des Kapitalismus aufgrund weltweiter Überproduktione? Betrachten Sie den Kapitalismus nicht auch als gescheitert? Mit besorgten Grüßen.

3. Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Ich würde Ihnen gerne zu der nachfolgenden Berechnung einige Fragen stellen. Im bis Mitte 2009 gültigen Hartz-IV-**Regelsatz** war für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr eine Ansparpauschale von circa 36 Euro enthalten. Sie ist für alle Bedarfe bezweckt, für die nicht die monatliche Regelleistung bestimmt ist. Am Beispiel der Grundausstattung an Bekleidung für Kinder im vierten und fünften Lebensjahr möchte ich überprüfen, inwieweit diese Pauschalen ausreichend sind. Bei den Bekleidungslisten, auf die ich mich beziehe, handelt es sich um Angaben der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, enthalten in Beck's „Rechtsberater" von Oktober 1993.

Ich führe hier nicht alle Positionen der notwendigen Bekleidung einzeln auf, sondern rechne nur die monatlich notwendigen Ansparleistungen hoch und errechne so, wie hoch die Kosten im Jahr für eine Grundausstattung für die oben angeführten Kinder im Jahr sind. Bezug nehmend auf die genannten Listen beträgt der Beschaffungspreis für diese Grundausstattung monatlich 108 Euro, also im Jahr 1.296 Euro. Nach Abzug der tatsächlichen Ansparpauschale für Kinder von jährlich 432 Euro gemäß SGB II verbleibt somit ein Fehlbetrag von 864 Euro allein für Bekleidung, gerechnet nach den gültigen Preisen von 1993.

Ich hoffe, dass ich mit dieser Berechnung, die für jedermann nachprüfbar ist, beweisen kann, dass sich Herr Hartz und Konsorten bei der Festsetzung der Hartz-IV-Regelsätze eindeutig verrechnet haben oder verrechnen wollten. Auch kann man in meinen Augen durch diese Berechnung erkennen, dass die Regierung die einmaligen Hilfen zur Beschaffung von Haushaltsgeräten, Möbeln, größeren Reparaturen und sonstigen einmaligen Bedarfen unbedingt wieder einführen muss. Wann und wie wollen Sie aber als Bundeskanzlerin endlich für die Rückkehr zur Sozialstaatlichkeit und für die Einhaltung der Sozialstaatsgebote sorgen? Muss wieder einmal das Bundesverfassungsgericht Ihre Pflichten übernehmen? Dies fragt ein Vater von fünf Kindern.

(Ich finde, wir sollten vor Beginn des Winterhalbjahres auch in den Ländern und Kommunen sofort eine Winterbekleidungshilfe fordern! Diese müsste in meinen Augen mindestens 300 Euro pro Kind betragen, um vernünftige Stiefel, Wintermantel und -jacke sowie weitere Winterbekleidungsstücke beschaffen zu können. Diese Beihilfe sollte auch für erwerbstätige Eltern mit Wohngeldanspruch und Kindergeldzuschlag gefordert werden. Dass die derzeitigen Regelsätze hier zu kurz greifen, dürfte derzeit eigentlich unbestritten sein und ergibt sich sogar aus der Antwort des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung. Die Linkspartei sollte auf allen politischen Ebenen die notwendigen Anträge hierzu stellen! Auch die Bremer Montagsdemo sollte dies öffentlich fordern!)

4. Raus aus **Afghanistan**! Von deutschem Boden nie wieder Krieg! Das ist eigentlich eine ganz klare Ansage, die auch bedeuten müsste, dass Deutschland sich weder an militärischen Einsätzen im Ausland noch an der Produktion von Waffen beteiligen dürfte, die für den Export bestimmt sind. Politiker der Linkspartei bräuchten niemals aufgrund nicht vorhandener Mitverantwortung gegen einen

sofortigen Abzug der Soldaten aus Afghanistan zu stimmen. Leider meinte wohl ein gescheiterter Ministerpräsidentenanwärter von Thüringen, er könne hier sein eigenes Ding machen und sich für einen „geordneten“ Abzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan aussprechen. Doch niemand in Deutschland dürfte beurteilen können, ob ein geordneter Abzug überhaupt möglich sein kann und wann dafür der richtige Zeitpunkt sein soll. Auch die Nato dürfte diese Frage nicht beantworten können, aber anscheinend hält Herr Ramelow dies für möglich!

Was sagte Oskar Lafontaine zum Afghanistan-Einsatz und zum Krieg überhaupt? Er sprach von der größten Umweltzerstörung und Umweltverschmutzung und hielt dies auch den Grünen vor. Er erinnere sich noch an das ganze Elend des Krieges und daran, wie viele Männer aus dem Zweiten Weltkrieg nicht heimkamen. Der erste Nachrichtensatellit der Bundeswehr ist für eine Betriebszeit von 15 Jahren ausgelegt. Man will hiermit die internationalen Verpflichtungen Deutschlands unterstützen. Soll der „sofortige“ Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan jetzt vielleicht auch 15 Jahre dauern? Will die Linkspartei bezüglich ihrer Koalitionsfähigkeit jetzt hierfür Kompromissbereitschaft signalisieren? Wenn es so wäre, dürfte das bereits der Anfang vom Ende dieser neuen und friedlichen Idee sein. Von dem Tag an, mit dem „Die Linke“ sich auf solche faulen Kompromisse einlässt, ist sie für jeden toten Zivilisten, ob Mann, Frau oder Kind, mitverantwortlich – und selbstverständlich auch für eventuell getötete, verletzte oder traumatisierte deutsche Soldaten!

5. Das Bürgergeld der FDP mag eine Mogelpackung sein, trotzdem ist es ein raffinierter bis genialer Schachzug: Soll aus der Parole der Linkspartei „Hartz IV muss weg“ jetzt vielleicht ein „Hartz IV muss bleiben“ werden? Zumindest Klaus Ernst und seine Kampfgefährten, aber auch die Gewerkschaften in Deutschland dürften hierdurch ein ganz neues Problem bekommen. Das hätte man vor dem Wahlkampf zumindest in der Linkspartei verhindern können, indem man eine wirkliche Strategie zur Überwindung von Hartz IV durch alle Mitglieder hätte abstimmen lassen. Aber die Mitglieder der „Linken“, die das forderten, wurden von der Parteiführung im Prinzip kaltgestellt.

Mit ihren Ausführungen zum Bürokratieabbau hat die FDP auf alle Fälle recht, da bin ich der gleichen Meinung. Hier lässt sich nur mit den Forderungen nach dem linken bedingungslosen **Grundeinkommen** plus Mindestlohn plus Arbeitszeitverkürzung wirksam dagegenhalten! Ein über die Mehrwertsteuer finanziertes Grundeinkommen wäre tatsächlich eine Mogelpackung. Das Gleiche gilt aber auch für die Aufrechterhaltung der Hartz-Gesetze, mit denen man ohne Forderung nach Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit erwerbswillige Menschen von der Erwerbsarbeit abkoppelt. Deshalb: Her mit dem linken BGE! Weg mit Hartz IV!

Zehn Euro kontra FDP-Mogelpackung, so lautet im Prinzip die Antwort des Sprechers der „BAG Hartz IV in der Partei Die Linke“, Werner Schulten. Darauf, dass kapitalistische Unternehmer logischerweise immer versuchen werden, die billigsten Arbeitnehmer zu bekommen, folgt kein Wort außer einem morali-

schen Appell. Doch allein den Finger zu heben, wird nicht ausreichen, den Unternehmern klar zu machen, dass es so nicht weitergehen darf! Auch die derzeitige Überproduktion, allein in der Autoindustrie, muss man bei allen Planungen für die Forderungen nach einer Verbesserung der Gesellschaft im Auge behalten. Selbst Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich würden zu diesem Problem nichts nutzen.

Immer haben sich die Kapitalisten über die Planwirtschaft lustig gemacht und auf die Marktwirtschaft gesetzt. Heute stehen weltweit über 16 Millionen Neuwagen auf Halde, und jeden Tag kommen weitere hinzu. Profite können nicht mehr realisiert werden, und in Folge werden zum Ausgleich immer mehr Arbeitnehmer entlassen. Zehn Euro Mindestlohn allein werden hieran nichts ändern. Das müssten Politiker der Linkspartei wissen. Dieses kapitalistische System ist gescheitert, und die Menschen, die verständlicherweise immer noch daran glauben wollen, muss man davon überzeugen, dass ein neues, besseres System notwendig wird – und ihnen die Ängste hiervor nehmen. Hartz IV beizubehalten, auch mit zehn Euro Mindestlohn, kann unmöglich zur Problemlösung der Menschen werden. Das ist auch kein wirkliches Kontra zur Mogelpackung der FDP.

Für mich ist es unverständlich, wenn ein Spezialist wie Martin Behrsing, der vorgibt, sich für die Interessen der Erwerbslosen einzusetzen, anscheinend allein auf die Sozialversicherung setzt und ein unbefristetes Arbeitslosengeld I fordert. Denn genau hierdurch werden ausschließlich die Erwerbstätigen finanziell besonders stark belastet. In meinen Augen ist es an der Zeit, dass endlich auch die Profite der Unternehmer dazu herangezogen werden, die Reproduktionskosten der gesamten Bevölkerung zu bezahlen. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Muss, ohne das es keine Zukunft für einen Staat gibt!

Der Staat sind wir alle und nicht nur die Menschen, die über eine Erwerbsarbeit verfügen. Es ist die Profitsucht der Unternehmen im kapitalistischen System, welche man mit der ausschließlichen Forderung nach einem Sozialversicherungssystem unterstützt, da dieses ausschließlich von den Erwerbstätigen allein getragen wird. Alle Sozialversicherungsbeiträge sind in Wahrheit Bestandteil des Lohnes. Zur gerechten Verteilung der noch vorhandenen Erwerbsarbeit in diesem System können die Vorschläge des Herrn Behrsing auch nicht beitragen, im Gegenteil!

Ich bleibe beim linken BGE plus Mindestlohn plus radikaler Erwerbsarbeitsverkürzung beziehungsweise einer sanktionsfreien Grundsicherung zu gleichen Bedingungen. Sie sollte für alle Menschen, also auch für Kinder, in gleicher Höhe und unpfändbar ausgezahlt werden. Hierdurch würde gleichzeitig noch ein Familienlastenausgleich gewährleistet, der Kinderbetreuung, Schule und Studium im Prinzip ohne Bafög und somit schuldenfrei gewährleistet. Das wäre gut für Bildung und Chancengerechtigkeit!

In meinen Augen ist das auch machbar und finanzierbar, man muss es nur wollen. Viele unnütze Behörden würde man in diesem Moment wirklich einsparen. Die dort beschäftigten Menschen könnte man wesentlich effektiver und nütz-

licher anderswo einsetzen. Dazu stehe ich, auch gegen Martin Behrsing, Christoph Butterwegge, die halbe Linkspartei und die Gewerkschaften. Wir brauchen eine neue Gesellschaft, die sich nicht überwiegend am Profit orientiert! Genau das BGE kann hierfür der Einstieg sein. Selbstverständlich wünsche ich mir keine neue oder zweite DDR.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Klageflut gegen Bagis-Bescheide wächst um ein Viertel: Klärende Rechtsverordnung zur Miete könnte große Wirkung entfalten *(„Tageszeitung“)*

Steuern der Geringerverdiener zu den Größtverdienern umschichten!

1. Das **Steuersystem** ist in der Theorie so ausgelegt, dass jene, die mehr verdienen, proportional (also pro Euro) umso mehr zahlen sollen als jene, die entsprechend wenig verdienen. In der Realität wird dies jedoch leider dadurch verkehrt, dass die Grenze von Steuerberechnungen schon bei einem Tausendstel dessen liegt, was tatsächlich bezogen wird. Die Obergrenze liegt bei gut 50.000 Euro jährlich, doch einige beziehen über 50 Millionen – ganz abgesehen von Unternehmen. Müsste dies nicht umgekehrt sein, sodass der Freibetrag bei 50.000 Euro jährlich läge, und erst darüber Steuern berechnet würden? Vor einiger Zeit habe ich mir daher die entsprechenden Zahlen vom Statistischen Bundesamt und der Bundesanstalt für Finanzen geholt und festgestellt, wie durch einen Trick das Gegenteil dessen bewirkt wird, was theoretisch geschehen sollte.

Die Statistik sagt Folgendes: 21 Prozent der Steuerpflichtigen haben Einkommen von bis zu 10.000 Euro jährlich (unter 830 Euro brutto monatlich). Sie sind gerade eben steuerpflichtig, da sie über dem Freibetrag von lächerlichen 638 Euro monatlich liegen. (Der Betrag soll bald über 650 auf 667 Euro monatlich erhöht werden, von 7.664 über 7.800 auf 8.004 Euro jährlich – was für ein Reichtum!) Damit zahlen sie nur ein Promille des Steueraufkommens. Acht Prozent der Steuerpflichtigen mit Einkommen von bis zu 15.000 Euro jährlich leisten fünf Promille, 19 Prozent mit bis zu 25.000 Euro gut fünf Prozent des Steueraufkommens. Zusammengerechnet zahlt immerhin die Hälfte der Steuerpflichtigen gerade einmal rund sechs Prozent der gesamten Einkommensteuern.

Dieser Anteil sollte sich doch wohl leicht auf die obersten Zehn- oder auch Dreißigtausend Steuerpflichtigen umschichten lassen! Sollten wir nicht alle um solch eine gerechtere Umgestaltung des Steuerrechts kämpfen? Wer so etwas

Ähnliches gern hätte, möge sich melden und mitmachen, denn vom puren Wollen kommt nichts! Man muss es schon wenigstens auch sagen und dahinter stehen, sei es auch nur mit einer Stimme, die nicht einmal gefragt ist. Lasst uns das gemeinsam ändern, so schwer das real auch sein mag: Sozialabgaben und Steuern der Geringverdienener nach oben zu den Superverdienern umschichten – und Einkommen bis zu 20.000 oder gar 50.000 Euro jährlich steuer- und sozialabgabenfrei gestalten, also brutto gleich netto!

2. Deutschland, also wir sind hoch verschuldet, wie jeder weiß. Es wird oft genug breitgetreten, Steuersenkungen seien ausgeschlossen, und Sozialleistungen würden immer wenig möglich, da wir doch „so hoch verschuldet sind“. Doch wem schulden wir eigentlich diese Kredite? Ich habe eine Anfrage an das Statistische Bundesamt gestellt und folgende Antwort erhalten.

Die Schulden teilen sich so auf: Die Hälfte sind solche an inländische Banken, Versicherungen und Investmentfondsgesellschaften, ein Drittel Schulden an ausländische Gläubiger aus dem Europäischen Wirtschaftsraum. Rund 15 Prozent (derzeit 240 Milliarden von 1,6 Billionen Euro) gehen an private Bürger, welche sich ein kleines Stück des großen Kuchens sichern wollen, obwohl es nur mit lächerlichen zwei bis drei Prozent verzinst ist. Dann kommen mit je rund einem Prozent noch die Bundesbank, welche eigentlich dem Volk selbst gehören dürfte, und zu guter Letzt noch die inländischen Sozialversicherungen, welche angeblich pleite sein sollen.

Das erwähnte Drittel kann man sich bereits sparen, da der Europäische Wirtschaftsraum uns laut einer weiteren Statistik mehr schuldet als wir ihm. Der Löwenanteil des Rests, der deutschen Banken, Versicherungen und sonstigen Kapitalgesellschaften, beläuft sich auf sage und schreibe 80 Prozent des inländischen Anteils. Nun frage ich mich: Müssen diese Unternehmen, wenn sie doch so viel verdienen, dass sie Kredite in Milliardenhöhe vergeben können, nicht eigentlich auch weit mehr Steuern zahlen, oder sind wir etwa kein sozialer und demokratischer Bundesstaat laut Grundgesetzartikel 20 Absatz 1?

Wenn diese Unternehmen uns – oder wem auch immer – so viel Geld leihen und seit Jahrzehnten nicht einen Pfennig oder Cent zurückverlangen außer den geleisteten Zinsen, die per Nettoneuverschuldung immer wieder dazu zurückgeholt werden, sodass also gar nichts gezahlt wird – warum tun sie das dann? Kein wirtschaftlich denkendes und handelndes Unternehmen würde doch je über Jahrzehnte hinweg immer wieder nur verleihen, ohne je eine Form von Profit zu machen! Ich denke, die Lösung ist recht einfach.

Derzeit drängen die Behörden schon immer mehr zu ein Euro Jobs. Viele Angestellte aus mittelständischen Unternehmen werden entlassen, Arbeitsabläufe automatisiert, und die Schulden steigen weit schneller als das Bruttoinlandsprodukt. Was also, wenn die Schulden bald höher sind? Früher gab es Großgrundbesitzschaft, wo die sogenannten Knechte abgestellt waren, ihre Ländereien zu bestellen oder für die Grundherren in den Krieg zu ziehen. Wer die Felder bestellte,

zahlte dafür mit Naturalien wie Eiern, Korn oder Schlachtvieh. Dafür durfte man kostenfrei in den Behausungen leben und sich versorgen.

Wenn ich heute in einem 400-Euro- oder Ein-Euro-Job als Hartz-IV- Aufstocker arbeite, wird mir meine Behausung bis zu einer bestimmten Grenze gezahlt, zuzüglich Lebensunterhalt, von dem ich mir mein Essen kaufen kann. Immer mehr Erwerbslose werden behördlicherseits in einen Ein-Euro-Job zu zwingen versucht, und viele wissen nicht, dass dieser illegal ist. Sind da nicht schon gewissen Parallelen zu sehen? Wenn man sich den Abstand zwischen Arm und Reich und die Verhältnismäßigkeit des heutigen Wohlstand und des damaligen anschaut, scheint mir die Situation äußerst ähnlich! Sollte man es gleich das Zusteuern auf eine moderne Sklaverei nennen? Die **Staatsverschuldung** jedenfalls steht lediglich auf dem Papier und ist real gar nicht vorhanden. Doch eine Bilanz, wie sich ein Unternehmen oder die Wirtschaft zahlentechnisch aufbaut, kann ich hinstellen, wie sie mir am besten passt. Diese Leute sind Experten darin!

Wie kann ein Land mit 82 Millionen Bürgern und laut Bundesagentur für Finanzen rund zehn Billionen Euro Vermögen (122.000 Euro Vermögen bei angeblich 18.000 Euro Schulden pro Kopf), welches nur auf dem Papier existiert, sich selbst Geld schulden? Wie kann es möglich sein, dass viele Dinge trotz massenhafter Überproduktion und Überschuss an Arbeitskraft aus Kapitalmangel nicht möglich sein sollen? Das kann nur ein legaler Betrug sein! Legal ist, was dem im Gesetz Gesagten entspricht, und Betrug, was eine Sache so hinstellt, wie sie real nicht ist, also bewusst und absichtlich etwas vortäuscht.

Pete Ording (parteilos mit Überlegungen zur Initiativ- bis Parteigründung, sollten viele es wollen)

Das „**Aktionsbündnis Sozialproteste**“ lädt ein zum **bundesweiten Treffen** am **10. Oktober 2009** in **Magdeburg** von **12:30** bis **17 Uhr** im Gewerkschaftshaus, Otto-von-Guericke-Straße 6. Die Rechtsverschiebung durch eine schwarz-gelbe Regierung wird uns mit Belastungen konfrontieren, gegen die wir alle Kräfte mobilisieren müssen und wollen. Dazu sind persönliche Kontakt- und Gesprächsmöglichkeiten, wie sie unser Bundestreffen bietet, nicht hoch genug einzuschätzen. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und die Ankündigungen der zukünftigen Regierungsparteien, die Unternehmen und Reichen noch weiter zu entlasten, zeigen deutlich, dass es auf Widerstand gegen die Regierungspolitik gerade auch durch die Sozialproteste ankommen wird. Welche Themen die Sozialproteste in den kommenden Monaten in den Vordergrund stellen sollten und wie das im Detail geschehen soll, darüber sprechen wir auf dem bundesweiten Treffen.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

250. Bremer Montagsdemo am 12. 10. 2009

Raumschiff Sozialstaat auf Schlingerkurs

Frank: Die Steigerung der Produktivität wird seit Mitte des 19. Jahrhunderts durch Rationalisierung erreicht. Als wir die Montagsdemo in Hamburg besuchten, waren im Hafen keinerlei Arbeiter zu sehen, nur Kräne und Gabelstapler mit Satelliten-Navigation. In der Landwirtschaft werden jetzt ebensolche Erntemaschinen eingesetzt, die automatisiert mehrere Arbeitsgänge erledigen. Auch die Produktionsanlagen sind programmgesteuert. Du wirst nicht einen Unternehmer finden, der seine Industrieroboter verschrottet, um wieder Schweißer einzustellen. Die nächste Rationalisierungswelle durch automatische Identifizierung und Lokalisierung wird Warenwirtschaft, Logistik und Supermarktkassierer(innen) treffen. Von alldem konnte Marx noch nichts ahnen - nicht einmal Jules Verne, wenn wir schon bei Autoren des 19. Jahrhunderts sind. Das tief in unserer Gesellschaft verankerte Paradigma „Einkommen durch Arbeit“ muss heute ernsthaft überdacht werden.

Gerolf: In der Tat finde ich bereits in Friedrich Engels kleinem Aufsatz über die „Menschwerdung des Affen“ die allergrößte Bedeutungsaufladung des Begriffs der Arbeit. Nicht nur überschreitet der Verfasser mit diesem Wort die Grenzen zwischen Natur-, Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften, sondern er folgert aus unserer *Arbeit* sogar die körperliche Veränderung der eigenen Gattung. Dem hellsichtigen Engels scheint das erst kürzlich ausgegrabene Skelett der vor mehr als vier Millionen Jahren verstorbenen Affenmenschendame Ardi vor Augen gestanden zu haben, als er so anschaulich wie überzeugend postulierte, mit der *Arbeit* bei aufrechter Haltung gehe – über Generationen hinweg – ein Wachstum des Gehirns und eine Vergrößerung der Fingerfertigkeit einher. Ardi war ja mehr eine Grobmotorikerin! Muss man Verständnis dafür aufbringen, dass Thilo Sarrazin sich heute in Untermenschen-Terminologie Sorgen macht um die Generationen der Arbeitslosen?

In der berühmten „Gespensterbroschüre“ schrieben Marx und Engels, für die „fortgeschrittensten Länder“ könnten außer „starken Progressivsteuern“, Abschaffung des Erbrechts, Enteignung von Grund und Boden sowie Verwendung der Einkünfte daraus zu Staatsausgaben auch der „gleiche Arbeitszwang für alle“ durch „Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau“, in allgemeine Anwendung kommen. Das mag richtig sein bei Hungersnot nach Nachkata-

strophen oder Umsturz und Krieg, aber soll es noch in der Überflussgesellschaft gelten, wo Neuwagen auf Halde verwittern und unterbezahlte Bauern ihre Äcker mit Milch düngen? Bebel, Münte, Clement: Die buntscheckigsten Führungspersönlichkeiten verteidigen bis heute den Bibelspruch „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“. Dabei spottet schon das „Kommunistische Manifest“: „Nichts ist leichter, als dem christlichen Asketismus einen sozialistischen Anstrich zu geben.“ Oder dem Preußentum, gar jedwedem Unterdrückerstaat?

Frank: Wir sollten auf der Montagsdemo keine ideologischen Zwistigkeiten austragen. Unterschiedlichste Gruppierungen haben hier gemeinsame Schnittstellen. Ich möchte dazu anregen, dass viele Mitstreiter diese Gemeinsamkeiten in ihren Beiträgen herausstellen, damit wir den Platz wieder ein bisschen voller kriegen, denn es kommen harte Zeiten auf uns zu! Wenn Wolfgang am Paradigma „Einkommen durch Arbeit“ festhalten möchte, ist es sein gutes Recht, diese Ansicht zu haben, zu äußern und politisch zu vertreten. „Einkommen durch Arbeit“ ist sehr fest in uns allen verwurzelt. Zur Einführung von Hartz IV tobte eine Sozialschmarotzerdebatte, die „coole Typen“ wie „Florida-Rolf“ diskreditierte. Schröder sagte: „Es gibt kein Recht auf Faulheit!“ Leute, die über „blöde Arbeiter“ lästern, die so dumm seien, sich ausbeuten zu lassen, sind häufig in verhetzenden Nachmittagstalkshows zu sehen. Die Gefahr besteht darin, dass die dort gehörten Statements als repräsentativ wahrgenommen werden, obwohl jeder Kenner – ich sage nicht: regelmäßiger Zuschauer – solcher Sendungen weiß, dass es sich um gecastete Laiendarsteller handelt. Wer für ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ in den Ring steigt, muss harte Bandagen anlegen!

Gerolf: Demzufolge sollte sich die Forderung nach einem Grundeinkommen zunächst hinter der Forderung nach Abschaffung des Sanktionsparagrafen verstecken. Eine Mitstreiterin mahnte kürzlich „mehr Realpolitik“ an. Ohne den § 31 SGB II hätten wir schon so etwas wie ein „Grundeinkommen mit Bedürftigkeitsprüfung“. Wahrscheinlich würde das nicht einmal besonders viel Kosten verursachen, denn große Einsparungen können die aufwendig herbeigeführten Sanktionen wohl auch nicht bringen. Schließlich entfielen viele Widerspruchs- und Gerichtsverfahren. Überhaupt würde die ganze „Eingliederungsbürokratie“ verzichtbar, die angesichts des kaum einlösbaren Versprechens der „Jobvermittlung“ ihre Hauptaufgabe darin sieht, Vorwände zu schaffen, um solche Sanktionen zu verhängen. Von Verfolgungsbetreuung und Medienhetze empfindsam geworden, fühlten wir uns ungeachtet des genauen Wortlauts angegriffen, als Peter die Begriffe Grundeinkommen und Schmarotzertum in einem Absatz nannte. Das ist nämlich etwas anderes, als wenn man Managergehälter oder Politikerdiäten mit Schmarotzertum assoziiert.

Frank: Über das Thema Grundeinkommen haben wir uns nun schon oft gezankt. Ich bin der Ansicht, dass man die Idee an sich nach und nach in unserer Gesellschaft kultivieren sollte. Einstweilen könnte man durch Erhöhung der Regelleistung und Abschaffung der Sanktionierung ein faktisches bedingungsloses Grundeinkommen erreichen. Darüber nachzudenken ist notwendig, wenn sogar

die Volkswirte der EU-Kommission einen Kollaps der Sozialsysteme befürchten. Das Problem ist außer sinkenden Geburtenraten mit schrumpfender Bevölkerung und auf dem Kopf stehender Bevölkerungspyramide der Abbau von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung. Deswegen würden steigende Geburtenraten nichts nützen, im Gegenteil.

Ein Sozialleistungssystem für Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, das an die Summe der einzahlenden Individuen gekoppelt ist, muss unter diesen Umständen zusammenbrechen. Das System sollte stattdessen an die Produktivität der Volkswirtschaft gekoppelt werden. Detailansätze erspare ich mir. Dorthin muss ein politischer Wille zur Umsetzung gehen! Mit politischem Willen ist alles möglich, sogar eine bemannte, weiche Landung auf dem Mond, ohne vorher alles im Detail auszuarbeiten. Als Kennedy 1961 verkündete, noch innerhalb der laufenden Dekade einen Menschen auf dem Mond landen zu lassen, gab es sicherlich noch keinen Entwurf für die Steuerungselektronik der Raumfähre. Man kann für jeden Unsinn Geld verfeuern, wenn der politische Wille da ist, auch wenn noch niemand weiß, wie es gehen soll. Wir müssen den politischen Willen fördern, ein Sozialleistungssystem auf die Beine zu stellen, das bestimmte, noch zu benennende Parameter erfüllt. Die praktische Umsetzung, etwa woher welche Steuern kommen, kann erst erfolgen, wenn der politische Wille da ist.

Gerolf: Aber ein Grobkonzept sollte doch wohl vorliegen? Zur Finanzierung des Sozialsystems haben wir beispielsweise:

Erstens den Vorschlag von Götz Werner, der mit einem Riesenmehrwertsteuersatz leider auch Riesenanreize zu Schwarzhandel und Schwarzarbeit setzt und außerdem die Wirtschaft in den Grenzgebieten ruiniert, wenn im nahen Ausland aufgrund niedrigerer Mehrwertsteuersätze alles billiger ist.

Zweitens den Vorschlag von Hans-Dieter Wege, der von den Unternehmen eine Arbeitskraftabgabe in Höhe des Mindestlohns fordert. Für jährlich 46 Milliarden geleistete Lohnarbeitsstunden flössen bei einem angenommenen Mindestlohn von zehn Euro 460 Milliarden Euro zusätzlich in den Staatshaushalt, um ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle zu finanzieren.

Drittens den Vorschlag der BAG-SHI, wonach ein Grundeinkommen bundesfinanziert sein müsste durch den bisherigen Teil des Steueraufkommens für soziale Transferleistungen, die bisherigen Sozialversicherungsbeiträge und eine zukünftige zweckgebundene Existenzgeldabgabe von 50 Prozent auf Nettoeinkommen jeglicher Höhe. Einzelne Steuerarten wären einzuführen beziehungsweise neu festzusetzen, zum Beispiel Spekulationsgewinnsteuer, Kapitalexportsteuer, Vermögen- und Erbschaftsteuer. Außerdem ließen sich durch konsequente Abrüstung Milliarden Euro einsparen. Das BAG-SHI-Konzept ist seit 2002 nicht weiterentwickelt worden. Zwischenzeitlich ist der Halbteilungsgrundsatz gefallen, sodass die ganz großen Einkommen nicht mehr gar so sehr geschont werden müssten.

Viertens den Vorschlag der MLPD, die eine vollständige Finanzierung der Sozialversicherungen durch die Unternehmen fordert. Das solle über eine sechspro-

zentige umsatzbezogene Sozialsteuer erfolgen. Kleine und mittlere Unternehmen mit vergleichsweise hohen Lohnkosten würden dadurch entlastet, große Monopol-Unternehmen mit hohen Umsätzen, enormen Ausbeutungsraten und niedrigen Lohnkosten dagegen zur Kasse gebeten. Die umsatzbezogene Sozialsteuer sei auch eine Konjunkturspritze für die Arbeiter und Angestellten, weil so die Nettolöhne um rund 20 Prozent stiegen.

Bei letzterem Vorschlag sollte noch besser verdeutlicht werden, wo der Unterschied zur Mehrwertsteuer liegt, die ebenfalls Umsatzsteuer heißt, und wie das Abwälzen der Steuerlast auf den Endverbraucherpreis zu verhindern ist. Allerdings wäre einmaliges Verrutschen des Preisniveaus beim Systemumbau vielleicht akzeptabel, wenn das Grundeinkommen deutlich höher liegt als der Hartz-IV-Regelsatz.

Frank: Das ganze Problem existiert für die meisten Menschen überhaupt nicht. Deshalb muss es erst mal kultiviert werden, wie im „Kalten Krieg“, als die „bösen“ Russen erst den Sputnik und dann den Gagarin in die Umlaufbahn schossen. Ich kann der Öffentlichkeit doch kein Apollo-Programm verkaufen, wenn diese keinen Sputnik und keinen Gagarin kennt! Dass die Gesellschaft gar nicht mit dem Problem konfrontiert ist, haben wir am Montag erlebt, als es wieder mal hieß: „Geht arbeiten!“ Die Politik steuert der Problematik folgendermaßen entgegen: Mehr Nachwuchs bringt mehr Einzahler in die Sozialkassen, Unternehmerbegünstigung bringt mehr Arbeitsplätze, Privatisierung von Sozialleistungen bringt bürgerschaftliches Engagement. Wir tüfteln bisher an der Steuerungselektronik der Mondlandefähre herum und haben noch nicht mal eine Rakete, geschweige denn wissen wir, was sie – also das Sozialsystem – leisten soll. Mein Ansatz ist: vom Problem zur Lösung!

Gerolf: Du verweigerst aus taktischen Gründen das Nachdenken? Damit kommst du vielleicht in die Talkshow, aber dort wird dir dann die Gretchen- oder Anne-Will-Frage gestellt: „Wie wollen Sie Ihr System denn bezahlen?“ Soll die Antwort lauten: „Dazu kann sich mein Nachredner äußern, ich will es erst mal haben“? Ich muss mir doch überlegen, bevor ich auf große Raumfahrt gehe, welchen Hauptantrieb meine Rakete braucht! Beim Sozialsystem wird, wenn es für die Arbeitslosen besser als Hartz IV sein soll, ein dreistelliger Milliardenbetrag umzuverteilen sein. Wofür man das Geld ausgeben müsste, haben wir auf der Montagsdemo-Homepage längst zusammengetragen, wenn auch nicht ausgewertet. Doch welche verschiedenen Wege gibt es, dieses Geld einzusammeln – und zwar auf gerechte Weise?

Frank: Bei Anne Will stünde ich auf verlorenem Posten. In der Sendung würde man mir die offiziellen Arbeitslosenstatistiken auftischen, gewürzt mit „sozialer Hängematte“, sodass ich die Notwendigkeit eines Apollo-Programms gar nicht vermitteln könnte. Darum träte die Frage nicht auf, wie ich es finanzieren will. Heute war ich in der Diskussionsveranstaltung der „Arbeitnehmerkammer“ mit dem Titel „Nach der Wahl und in der Krise: Perspektiven für den Sozialstaat“. Heiner Flassbeck, Chef-Ökonom der UN- Welthandels- und Entwicklungskonferenz in

Genf, referierte zum Thema „Was sozial ist, schafft Arbeit! Anforderungen an eine arbeitnehmerorientierte Wirtschaftspolitik“. Der Kern seiner Aussage war, dass die Bevölkerung an der Produktivität der Volkswirtschaft beteiligt, also die Lohnentwicklung der Produktivität angepasst werden sollte. Flassbeck meinte, daraus resultiere eine Lohnsteigerung von 30 Prozent. Daran müssten Rentenentwicklung und Regelleistung gekoppelt werden!

Auch eine interessante Sendung, die manchen Durchschnittsmenschen mehr erreicht, bestätigt: Der Wert einer Währung wird von der Produktivität einer Volkswirtschaft gedeckt, nicht durch Edelmetalle wie Gold. Die Produktivität einer Volkswirtschaft wird durch Rationalisierung gesteigert, das bedeutet weniger Arbeitsplätze. Hierzu berücksichtige ich nun die Meinung der „Durchschnittsfamilie“ mit Vater, Mutter und 1,4 Kindern! Die Eltern sind Wechselwähler mit Durchschnittseinkommen und von der meistgesehenen Nachrichtensendung durchschnittlich informiert. Sie repräsentieren die öffentliche Meinung, weshalb die Politik ihre Sensoren dorthin hält. Der durchschnittliche Familienvater kommt nach der Arbeit heim zu seiner Frau und den 1,4 Kindern und sieht sich nach dem Abendessen durchschnittlich dreimal die Woche die „Tagesschau“ an, während er auf den Spielfilm auf „Pro 7“ wartet. Begegnet man diesem Durchschnittsmenschen auf einer Party und fragt ihn nach seiner Meinung über Hartz IV, dann antwortet er: „Die Wirtschaft formiert sich neu, wegen China und der Krise! Da können wir uns den Sozialstaat nicht mehr leisten.“ Weil er vernünftig ist, sieht er deshalb ein, dass er den Gürtel enger schnallen muss und zusätzlich zu seinen Krankenversicherungsbeiträgen eine Praxisgebühr zahlt, außerdem Zuzahlungen für eine neue Brille leistet und privat für seine Rente vorsorgt.

Gerolf: Angesichts der Machtverhältnisse könnte für mich eine akzeptable Weiterentwicklung des Sozialstaats so aussehen: Erstens wird das Arbeitslosengeld II abgeschafft und durch das FDP-Bürgergeld ersetzt. Wie aus Grundgesetzartikel 12 folgt, darf dieses allerdings nur von einem Richter, nicht etwa durch das Fräulein vom Amt gekürzt oder gestrichen werden. Mit solchen Sanktionen den betroffenen Bürger zum Ausüben eines Null-Euro-Jobs zu bewegen, hieße die verbotene Zwangsarbeit durch altertümlichsten Arbeitszwang zu ersetzen.

Zweitens werden die Jobcenter abgeschafft. Die Bürgergeld-Auszahlung erfolgt durchs Finanzamt, das sich mit individuell begründeten Notfallanträgen auf Sonderleistungen nicht befasst. Der soziale Bundesstaat sichert mit dem Bürgergeld nur ein pauschales Existenzminimum, dessen Erhöhung unabhängig von dieser Reform zu fordern ist. Es variiert regional je nach amtlich zu erstellendem Mietspiegel, der in Bremen bislang fehlt. Drittens bleibt jedoch eine Sozialbehörde in kommunaler Obhut erhalten, um Gerechtigkeit im Einzelfall herzustellen. Dort bekommen Bürgergeldempfänger(innen) auf Antrag Kostenerstattung für Sonderausgaben wie Kühlschrank, Waschmaschine oder Winterbekleidung sowie die Differenz zur tatsächlichen Miete. Viertens zahlt die Bundesagentur für Arbeit Kostenerstattung und Bewerbungszuschlag für entsprechende Bemühungen, gemäß dem neuen Grundsatz „Belohnen statt Bestrafen“.

Frank: Das FDP-Bürgergeld sieht einen Festbetrag von 662 Euro vor! Wer nach Zahlung seiner Miet- und Heizkosten, die davon zu tragen sind, noch etwas zum Essen oder Anziehen kaufen möchte, kann in gestärkter Eigenverantwortlichkeit zur „Tafel“ und „Kleiderkammer“ gehen oder sich mit Schwarzarbeit, Prostitution und Kriminalität durchschlagen. Ich verstehe nicht, warum so viele erpicht darauf sind, bei Behörden Anträge zu stellen.

Gerolf: Sofern der Krankenkassenbeitrag noch hinzukäme, könnte ich vordergründig mit dem FDP-Bürgergeld monatlich fast vier Euro mehr vom Staat „abzocken“, denn von der Bagis erhalte ich nur 658,11 Euro. Grund ist mein „preisgünstiges“ 26-Quadratmeter-Mauseloch, das mit 299,11 Euro anerkannten Unterkunftskosten klar innerhalb der Grenzwerte bleibt. Hoffentlich haben andere betroffene Bürger nicht solch ein zwergenhaftes Ego, das sich auf so engem Raum einquartieren ließe! Es muss natürlich gefordert werden, die tatsächliche Miete zu übernehmen. Knackpunkt ist für mich aber die Zwangsarbeitskomponente beim Bürgergeld, die in der Presse noch gar nicht recht thematisiert wurde. Ansonsten sehe ich keinen großen Unterschied zu Hartz IV. Dass die Staatsknete vom Finanzamt statt von einer verfassungswidrigen, unterfinanzierten Sonderbürokratie ausgezahlt wird, halte ich allerdings für richtig.

Der Bundesagentur für Arbeit, die mir noch nie ein anständiges Stellenangebot für einen ausgebildeten Ingenieur unterbreitet hat, weine ich ohne die beschriebene positive neue Aufgabe ebenfalls keine Träne nach. Ich würde das Bür-

gergeld begrüßen, damit überhaupt etwas Bewegung in die Sache kommt! Wenn jedoch die Obrigkeit wieder alles falsch macht, wird „Bürger“ noch zum Schimpfwort mit dem Beiklang „Schmarotzer“. Nun lauschen wir erst mal dem höchstrichterlichen Urteil zum Regelsatz.

Frank: Wenden wir uns also der Frage zu, ob Recht haben gleichbedeutend damit ist, auch Recht zu bekommen! Lassen wir hierfür jemanden zu Wort kommen, der in diesem Bereich über große Erfahrungswerte verfügt: „Ich wage nach einem langen Berufsleben in der Justiz, wenn ich gefragt werde, den Ausgang eines Prozesses nur noch nach dem im ganzen System angelegten Grundsatz vorauszusagen: Nach der Regel müsste er so entschieden werden; aber nach einer der vielen unbestimmten Ausnahmen und Einschränkungen, die das Recht kennt, kann er auch anders entschieden werden. Das genaue Ergebnis ist schlechthin unberechenbar geworden.

Allenfalls kann man mit einiger Sicherheit sagen: Wenn du meinst, du bekommst alles, was dir nach deiner Überzeugung zusteht, irrst du dich. Ein der Entlastung der Gerichte dienlicher Rat könnte bei dieser Lage der Dinge sein: Führe möglichst keinen Prozess; der außergerichtliche Vergleich oder das Knobeln erledigt den Streit allemal rascher, billiger und im Zweifel ebenso gerecht wie ein Urteil. Das heißt in allem Ernst: Unter den in der Bundesrepublik obwaltenden Verhältnissen von den Gerichten Gerechtigkeit zu fordern, ist illusionär.“ (Bundesverfassungsrichter a.D. Prof. Willi Geiger, „Deutsche Richterzeitung“, 9/1982, Seite 325). Dies wäre sicherlich wert, in einem Beitrag erwähnt zu werden.

Gerolf: Rechtzeitig vor dem 20. Oktober 2009 habe ich heute meinen Regelsatz-Überprüfungsantrag für den Zeitraum ab 1. Januar 2005 bei der Bagis eingereicht. Auf meine Bitte drückte der freundliche Wartemarken-Schaltermann den Eingangsstempel auf meine Kopie und, als ich demonstrativ noch stehenblieb, auch auf das abgegebene Original. Just in diesem Augenblick trat die neue Aktenschlepperin hinzu. Der Schaltermann reichte ihr meinen Antrag und sagte: „Hier, wenn du etwas siehst, wo ein Eingangsstempel drauf ist, dann lass dir das auf keinen Fall aus der Hand nehmen!“ Der Rest ging im Gemurmel unter, aber ich habe schon verstanden: Den dicken Stapel kriegt der Kerl in dem Zimmer mit dem großen Reißwolf, der an der Tür immer so freundlich sagt: „Gebense man ruhig alles her“ – aber *mein* Antrag, der gelangt wohlbehalten zumindest bis auf den Tisch meiner Sachbearbeiterin.

E-Mail-Diskussion zwischen Frank Kleinschmidt
und Gerolf D. Brettschneider (beide parteilos)

Ganz ohne Arbeit: Piesepampel kriegt Nobelpreis
für „Piece“ *(„Spiegel-Online“)*

Auch wenn es den Betrieb stört: Arbeitskampf
mittels Flashmob ist erlaubt *(„Heise“)*

Wortbruch statt Wechsel: Saarland-Grüne halten abgewähltem CDU-Ministerpräsidenten Müller den Steigbügel *(„Spiegel-Online“)*

Wie viele Arbeitgeber bestehlen ihre Angestellten?

1. Das Bundessozialgericht hat kürzlich entschieden, gehbehinderte Sozialhilfeempfänger könnten für maßgeschneiderte orthopädische Schuhe keine Kostenerstattung verlangen. Nach Ansicht der Richter gäbe es keine Veranlassung dafür, dass der besondere Schuhbedarf zu einem erhöhten Regelsatz führen müsse. Gehbehinderte könnten ohnehin einen Mehrbedarf in Höhe von 17 Prozent der Sozialhilfeleistung geltend machen. Darin seien aber auch die Mehrkosten für Schuhe enthalten. Im verhandelten Rechtsstreit verlangte eine gehbehinderte Frau, dass die Stadt Willich die Kosten für maßgeschneiderte orthopädische Schuhe übernimmt. Bis 2004 erhielt die Frau dafür jährlich 86,41 Euro vom Sozialamt, die ihr mit Einführung von Hartz IV jedoch gestrichen wurden. Dies sei angeblich zu Recht geschehen, weil der seit 2005 gewährte Mehrbedarf für Behinderte zur Finanzierung der Schuhe ausreichen würde. Seit wann bekommen **Schwerbehinderte** pauschal einen Mehrbedarf? Den gibt es nur bei bestimmten Indikationen! Es ist immer wieder nur beschämend, wie hier mit kranken und behinderten Armen umgegangen wird, die sich am wenigsten wehren oder selbst durch Arbeit Abhilfe schaffen können!

2. Die Arge in Wandsbek verweigert einer ALG-II-Bezieherin wegen zwei Euro und sechs Cent im Monat den **Umzug** von Großhansdorf nach Hamburg. Der Betroffenen wurde wegen Eigenbedarfs des Vermieters gekündigt. Momentan macht sie in Hamburg eine Umschulung zur Steuerfachangestellten, daher könnte sich Fahrtkosten sparen, wenn sie in Hamburg wohnte. Die 49-Jährige hat auch eine Wohnung in Aussicht, deren Grundmiete 279,06 Euro beträgt. Doch die zuständige Sachbearbeiterin verweigert ihre Zustimmung für den Umzug, weil die Nettokaltmiete der entsprechenden Baualtersklasse für eine Person höchstens 277 Euro im Monat betragen dürfe. Als die Frau anbot, die 2,06 Euro selbst zu übernehmen, wurde ihr auch das verwehrt, weil es „ums Prinzip“ gehe. Das Problem hierbei ist, dass die Arge nicht für die Umzugskosten aufkommt, wenn die Frau trotzdem umzieht. An ihrer Stelle würde ich Widerspruch gegen diese meiner Mei-

nung nach unrechtmäßige Entscheidung einlegen und bei Ablehnung des Widerspruchs eine einstweilige Verfügung durch das Sozialgericht erwirken!

3. Das **Bürgergeld** der FDP ist eine Mogelpackung erster Güte und stellt in meinen Augen auch eine pervertierte Form des bedingungslosen Grundeinkommens dar. Es beginnt schon bei der Höhe von wahnwitzigen 662 Euro, mit denen Wohnen und Heizung und alle anderen Kosten, die bisher aus dem Sozialgeld, der Grundsicherung im Alter, der Sozialhilfe (ohne jener in besonderen Lebenslagen), dem Kinderzuschlag und dem Wohngeld gezahlt wurden, beglichen werden können sollen. Die FDP fantasiert, dass ihr Bürgergeld ein selbstbestimmtes Leben ermögliche und die Aufnahme einer eigenen Tätigkeit fördere. Wo gibt es denn Arbeit für alle? Was machen die Alten, Kinder und Kranken, die sich nichts dazuverdienen können?

Um an diesen Brosamen heranzukommen, werden auch noch Bedingungen gestellt wie Bedürftigkeit und Bereitschaft zur Aufnahme einer Arbeit. Klar, bei Ablehnung einer zumutbaren angeboten Arbeit wird das Bürgergeld natürlich gekürzt. Es scheint alles wie bei Hartz IV zu sein, nur dass es durch eine Pauschale für die Kosten der Unterkunft eine neuerliche Kürzung bedeutet. Vor allem aber ist mit diesem Bürgergeld die medizinische Versorgung von Langzeitarbeitslosen und bedürftigen Rentnern nur noch auf Minimalniveau vorgesehen. Hier wird vermutlich auf ein sozialverträgliches frühes Sterben der finanziell vegetierenden Bevölkerungsschicht gesetzt. Völlig klar ist, dass das Bürgergeld der FDP auf eine weitere Ausdehnung des Dumpinglohnsektors ausgerichtet ist und nichts anderes als das grauenhafte neoliberale Workfare bedeutet. Ich betrachte das Bürgergeld als Frontalangriff auf Tarifverträge, auskömmliche Löhne, Kündigungsschutz und eine menschenwürdige Lebensgestaltung überhaupt!

4. Nach einer Studie kürzte jeder sechste Berufstätige in Deutschland wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise seine **Altersvorsorge** oder kündigte sie auf. Außerdem wolle jeder zweite Bürger seine private Vorsorge für den Ruhestand nicht weiter aufstocken. Es ist wirklich ein Witz, wie der Postbank-Privatkundenvorstand Michael Meyer eine gesetzliche Pflicht zur privaten Altersvorsorge zu fordern. Es geht kaum um den nicht vorhandenen Willen, für die eigene Rente vorzusorgen, sondern schlicht um das nicht vorhandene Geld dafür. Die unverantwortlichen Niedriglöhne, die nicht zum Leben ausreichen, lassen keinerlei Rücklagen für das Alter zu. Es ist durch diese neoliberale Politik allerdings eine gigantische Altersarmut zu erwarten, die wie ein Tsunami auf zurollt. Eine Riesterrente abzuschließen, würde leider keine Abhilfe schaffen, weil sie nur ein Geschenk an die Finanzindustrie darstellt. Das Frühwarnsystem funktioniert, bloß wird es aus neoliberaler Menschenverachtung heraus ignoriert!

5. Manchmal kommt beim Zeitunglesen richtig Freude auf, wie letztens bei dem Bericht über die neuerliche Niederlage der Bagis vor dem Sozialgericht. Es ging

um **Energiekosten**. Die Bagis wurde von der Richterin nun dazu verdonnert, die aufgelaufenen Rückstände beim Energieversorger SWB darlehensweise zu übernehmen. Ich hörte schon oft, dass die SWB keine Ratenzahlungen gewährt und immer darauf verweist, die Bagis solle einspringen. Wenn diese sich jedoch sträubte, konnte das für die Betroffenen existenziell bedrohliche Ausmaße annehmen. Im konkreten Fall ging es um eine Auszubildende, die von der Agentur für Arbeit gefördert wird. Mit dem Bafög allein lassen sich ihre tatsächlichen Mietkosten nicht abdecken. Doch die Bagis „rechnete“ ihr einfach auch noch das Kindergeld als Einkommen an, sodass es aus ihrer eigentümlichen Sicht gar keine ungedeckten Mietkosten gab und damit auch keinen Anspruch auf einen Zuschuss oder ein Darlehen. Nun stellte das Sozialgericht richtig, das Kindergeld dürfe nicht zur Deckung der Unterkunftskosten herangezogen werden. Die Auszubildende hat demnach nicht nur Anspruch auf ein Darlehen zur Tilgung der aufgelaufenen Schulden bei der SWB, sondern bekommt auch monatlich 115 Euro zusätzlich von der Bagis.

Die Bagis fiel in der letzten Zeit häufiger durch ihre unrühmlichen Entscheidungen bei der Angemessenheit für die Kosten der Unterkunft von ALG-II-Beziehern auf und zieht jetzt häufiger beim Sozialgericht den Kürzeren. Doch Bagis-Chef Thomas Schneider findet erstaunlicherweise, seine Behörde stehe im Vergleich zu anderen „noch recht gut“ da, und betrachtet sie als Leidtragende veränderter juristischer Zuständigkeiten in Bremen. Er behauptet, „vieles, das bisher Bestand hatte“, werde jetzt von den Gerichten anders ausgelegt, wenn es um Energiekosten und Mietdeponate gehe. Schön, dass der Gerichtssprecher Andre Schlüter das Herz auf dem rechten Fleck hat und sagt, dieses Argument entbehre jeder Grundlage. Wunderbar finde ich auch die Aussage von Rechtsanwalt Detlef Driever von der „Arbeitsgemeinschaft Sozialrecht im Bremischen Anwaltsverein“, Klagen um die Grundsicherung für Arbeitsuchende hätten eine überdurchschnittliche Erfolgsquote. Auch für Herrn Schlüter sind die sich häufenden Niederlagen der Bagis vor Gericht offenbar Ausdruck mangelhafter Arbeit dort.

6. In Lübeck wurde eine Chefsekretärin nach 34 Dienstjahren beim „Bauverband Westfalen“ wegen des Verzehrs eines Snacks vom Konferenztisch fristlos entlassen. Als die 59-jährige Sekretärin im vergangenen Juli für ihren Chef und verschiedene Gutachter einen Imbiss vorbereitete, nahm sie sich selbst zwei halbe Brötchen mit Aufschnitt und eine Frikadelle, zumal später die Reste des Buffets immer von den Angestellten verzehrt wurden. Sie gab dies auch sofort zu, als sie darauf angesprochen wurde. Beim Gütetermin vor dem Amtsgericht Dortmund sagte sie, sie sei sich keines Fehlverhaltens bewusst gewesen. Die Richterin sagte selbst, dies sei kein klassischer Fall von Diebstahl. Der Arbeitgeber lehnte den Vorschlag der Richterin, die fristlose **Kündigung** in eine Abmahnung umzuwandeln, mit dem Verweis auf das zerstörte Vertrauensverhältnis zur Mitarbeiterin ab.

Offenbar können solche vollkommen überzogenen Maßnahmen in Zeiten der Wirtschaftskrise unverhohlen zunehmen, um vielleicht unliebsame, sprich: gern

auch ältere Mitarbeiter loszuwerden! Der Arbeitgeber stellt sich selbst ein Armutszeugnis in Menschenführung aus. Probleme lassen sich konstruktiv lösen, wenn dies gewünscht ist. Auch probiert jeder Koch, was er kocht. Wenn nach dem Buffet irgendetwas nicht geschmeckt hätte, wäre gefragt worden, ob es vorher nicht probiert wurde. In Zukunft muss dann wohl geantwortet werden, dass natürlich niemand durch eine solche Unvorsichtigkeit seinen Arbeitsplatz gefährden wollte! Wie viele Arbeitgeber bestehlen ihre Angestellten eigentlich, indem sie diese immer wieder unbezahlte Überstunden machen lassen, die auch nicht abgefeiert werden können? Diebstahl, der das Vertrauensverhältnis gefährdet, das ist etwas anderes!

Mich regt die absolute Unverhältnismäßigkeit auf, wenn ich die Chefsekretärin oder die beschuldigte Kassiererin Emmely mit den wirklichen Grenzüberschreitungen in Millionenhöhe eines Herrn Zumwinkel oder eines Herrn Hartz vergleiche! Die einen kommen mit übertriebener Milde, Abfindungen und einer Bewährungs-„Strafe“ davon, die aus der Portokasse gezahlt wird, aber die anderen verlieren mit ihrem Job auch die Existenz! Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen. Der Prozess wird wahrscheinlich im Januar 2010 fortgesetzt. Immerhin gab es nach dem großen Medienecho nun eine überraschende Wende: Hauptgeschäftsführer Schulte-Hiltrop entschuldigte sich am Wochenende in einem offenen Brief bei der 59-jährigen Mitarbeiterin für seine „unsensible Vorgehensweise“.: „Ich war mit meiner fristlosen Kündigung juristisch nicht besonders gut beraten. Das war menschlich zu hart. Ich hätte mit mehr Fingerspitzengefühl handeln müssen“.

7. Kinder aus finanziell schwachen Haushalten werden immer dicker. Die „Kieler Adipositas-Präventionsstudie“ bezeichnet 14,5 Prozent der Kinder und Jugendlichen zwischen fünf und 17 Jahren als übergewichtig und sechs Prozent aller Kinder sogar als fettleibig. Besonders Schulkinder litten unter der schlechten Ernährung. Sie kauften sich in der Pause im Supermarkt Tortenboden, weil der satt mache. Fernsehköchin Sara Wiener will den guten Geschmack wieder in deutsche Küchen zurückbringen, weil in einem Großteil der Haushalte gar nicht mehr gekocht werde. Je weniger Geld da ist, desto ungesünder ist das **Essen**. Nicht nur das Essen kostet, sondern auch die Zubereitung, aufgrund sich zusammenläppernder Energiekosten! Die Fernsehköchin wisse, wovon sie spreche, weil sie häufig in Schulen zu Gast sei. Nun hat Essen plötzlich auch etwas mit Bildung zu tun und nicht mehr nur mit dem Geldbeutel.

Für den Dortmunder Haushaltswissenschaftler Günter Eissing sind es aber vor allem die Eltern, die ihre Kinder bei der Ernährung im Stich lassen. Offenbar sitzt der Haushaltswissenschaftler auch bei den Familien zu Hause mit im Wohnzimmer! Woher weiß er sonst, dass abends der Pizzadienst kommt, obwohl das Haushalteinkommen gering und ab dem 20. noch ganz viel Monat am Ende des Geldes übrig ist? Ach so: Bestellten die Eltern nicht ständig Pizza, reichte das Geld zum Essen aus, und die Kinder wären auch nicht zu dick! Hier ist die Rede

von Gruppen, die ihr Leben nicht mehr bewältigen können, weil sie mit den 359 Euro, die einem ALG-II-Bezieher für Ernährung und nicht-alkoholische Getränke zur Verfügung stünden, nicht auskämen. Scherzkekse, ihr habt schlecht recherchiert: Von den 359 Euro müssen auch noch Strom, Kleidung, Schuhe, Medikamente, Praxisgebühr, Fahrtkosten und was sonst so im Leben anfällt aufgebracht werden. Kinder unter 14 Jahren sollen mit 2,76 pro Tag und 82,80 Euro im Monat für Essen und Trinken auskommen! Aber Herr Eissing „rechnete“ offenbar mit falschen Zahlen und kommt zu dem „Ergebnis“, dass eine gesunde Ernährung für 359 Euro hohe Kompetenzen beim Einkauf, der Essensplanung und -zubereitung erfordere. Wie soll das denn erst mit dem tatsächlichen Betrag aussehen, der ALG-II-Beziehern zur Verfügung steht?

3,94 Euro pro Tag und 118,20 Euro im Monat sieht der Regelsatz für erwachsene Hartz-IV-Bezieher zur Ernährung vor, damit fast nur ein Drittel des Betrags der zugrundeliegenden Berechnung! Es wird angeprangert, die Leute hätten verlernt zu kochen. Spargel, Avocado oder Aubergine blieben einfach liegen, weil viele nichts damit anzufangen wüssten. Jedenfalls lässt sich mit Gemüse nur dann vernünftig kochen, wenn es frisch ist. Uralter Spargel, dessen Enden bereits dunkelbraun und brüchig sind, eigenen sich nicht dafür, matschige Auberginen ebenso wenig. Natürlich dürfen auch die „Tafeln“ nicht vergessen werden, wo Menschen frisches Gemüse bekämen. Die Definition für „frisch“ ist hier allerdings umstritten. Vielleicht können wir uns auf „Gemüse im nicht tiefgefrorenen Zustand“ einigen. Schließlich handelt es sich hierbei um Abfallbeseitigung: um Gemüse, das Supermärkte entsorgen, weil es sich nicht mehr verkaufen lässt. Um nicht zugeben zu müssen, dass die Regelsätze nicht ausreichen, haben Artikel wie dieser scheinbar das Ziel, breite Bevölkerungsschichten zu diskreditieren, sie als unfähig, verkommen und dumm darzustellen, um Möglichkeiten zu finden, die Regelsätze noch weiter abzusenken.

8. Frauen, die in Arnsberg vor ihren gewalttätigen Männern ins **Frauenhaus** flüchten, müssen ihren Aufenthalt dort selbst bezahlen, was je nach Tagessatz der Kommunen zwischen acht und 65 Euro kostet. In Nordrhein-Westfalen suchen jährlich 5.000 Frauen mit ihren Kindern Zuflucht in einem der 62 Frauenhäuser, Tendenz steigend. Obwohl die Notunterkünfte für Frauen aus allen Nähten platzen, kürzte die schwarz-gelbe Landesregierung die Förderpauschale für eine vierte Planstelle. Je niedriger die Zuschüsse, umso höher der Anteil, den die Schutz suchenden Frauen selbst aufbringen sollen. Lediglich bei Hartz-IV-Bezieherinnen übernimmt die Kommune die Kosten. Marianne Knust sagt: „Studentinnen, 400-Euro-Kräfte und Normalverdienerinnen müssen selbst bezahlen.“ Es wäre nur logisch und konsequent, wenn dafür die prügelnden Männer als Verursacher aufkommen müssten!“ Landesfamilienminister Armin Laschet hatte beim „Internationalen Tag zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen“ erklärt: „Frauen, die in einer Gewaltbeziehung leben, muss ein Ausweg aufgezeigt werden.„ Im Blubbern ungeprüfter Worthülsen eine Eins!

9. Das in Rheinsberg verabschiedete Sofortprogramm der neuen Bundestagsfraktion „Die Linke“ sorgte, gelinde ausgedrückt, für Irritationen: In ihm werden verschiedene Punkte des Wahlprogramms vermisst, etwa die Forderung einer sofortigen Erhöhung des Hartz-IV-Eckregelsatzes auf 500 Euro oder die Einführung eines Mindestlohns von zehn Euro! Haben die Linken „vergessen“, dass etwa ein Viertel aller Wählerstimmen von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten kamen? Martin Behrsing vom „Erwerbslosenforum Deutschland“ sagt, dass diese zentralen Sofortforderungen jetzt nicht in einem Sofortprogramm berücksichtigt werden, sei für das Forum und wahrscheinlich vieler dieser Wähler unverständlich. Das „Erwerbslosenforum“ erinnert daran, dass nicht wenige der jetzigen Bundestagsabgeordneten der Linkspartei durch ihre Unterschrift die Forderungen des „Bündnisses für einen Eckregelsatz von 500 Euro“ unterstützt haben. Das Bündnis wendet sich gegen die Mangelernährung durch Hartz IV und fordert eine sofortige Anhebung des Eckregelsatzes auf 500 Euro, gekoppelt mit einem Mindestlohn von 10 Euro netto: „Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit und keine perspektivische Forderung. Derzeit lässt der **Regelsatz** von 3,94 Euro für Ernährung und Trinken nur einen Bedarf von 1.580 Kilokalorien zu. Ein erwachsender Mensch benötigt aber 2.550“, so Behrsing. Gilt auch in der Linkspartei, dass Macht(-Streben) korrumpierbar macht? War es offenkundig ein Fehler, die Linkspartei zu wählen? Wäre es wirklich sinnvoller gewesen, sich der größten Partei, nämlich jeder der Nichtwähler anzuschließen?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Für Thilo geht es um die Wurst

1. Gestern wurde Wurst gebraten,
Heute wurde Wurst verzehrt,
Ich glaub’, irgendwas läuft da verkehrt!
Sind es doch die vielen Kalorien?
Dieses macht vielleicht noch Sinn,
Doch das böse Cholesterin
Steckt doch auch wohl einfach drin!
Alle Tage Bratwurst essen
Halt’ ich einfach für vermessen.
Willst du wissen, wie kann man noch besser sparen,
Musst du einfach Thilo fragen!
Dieser ist im Sparen ein wahrer „Spezialist“ und wird wohl
Deshalb endlich von den Sozialdemokraten abgeblitzt!
Kommendes Wochenende ist der Ofen aus,
Dann bleibt der Thilo wohl zu Haus!

Sitzt er dann bei einem Bier,
Denkt er: „Gott sei Dank droht kein Hartz IV.“
Der Thilo bekommt lange noch sein Geld.
Ach, wie ungerecht ist doch die Welt!

2. Da wir gerade beim Thema **Essen** sind, möchte ich zu Elisabeths Beitrag (Teil 7) anmerken: Wieso bezieht sich Herr Eissing wohl immer auf 359 Euro, wenn es hier um Kinder geht? Warum erfolgt der Hinweis auf die „Tafeln“, wenn das Geld doch angeblich reicht? Im 359-Euro-Regelsatz befindet sich übrigens auch ein Anteil für alkoholische Getränke. Weshalb gehen die Menschen fast immer von drei Mahlzeiten aus? Es gibt Studien zur gesunden Ernährung für Kinder, aus denen hervorgeht, dass es besser für sie ist, wenn sie fünf bis sieben kleinere Mahlzeiten am Tag zu sich nehmen. Wenn man den täglichen Regelsatz für Kinder durch sieben teilt, dürfte jede Mahlzeit mit Essen und Trinken nur ungefähr 40 Cent kosten, bei fünf Mahlzeiten wären es 54 Cent. Menschen, die eine Diät benötigen, werden statt auf gesunde Lebensmittel lieber auf Medikamente verwiesen – immer so, wie es am besten passt! Dies scheint mir eine Studie im Auftrag der Regierenden.

Früher wurden die Überbleibsel aus Küchen, Geschäften und Bäckereien oftmals von den Schweinezüchtern abgeholt, als Viehfutter. Laut EU-Verordnung Nr. 852/2004 über Lebensmittelhygiene und Speiseabfall müssen diese Überbleibsel alle vor der Verfütterung abgekocht werden. Nicht abgekocht sind sie ein Nährboden für Tierseuchen. Welche Vorschriften gibt es diesbezüglich wohl für die Tafeln, wenn sie ihre „Lebensmittel“ an Transferempfänger aushändigen, zum Teil sogar gegen eine wenn auch geringe Gebühr? „Für Tiere liegt die Zuständigkeit bei der EU, doch für den Verzehr abgelaufener Ware ist der Verbraucher selbst verantwortlich“, so die „Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit“: „Wenn in Farbe, Aussehen und Geruch keine Auffälligkeiten zu bemerken sind und die Dauer der Überschreitung des Mindesthaltbarkeitsdatums zur gesamten Haltbarkeitsdauer gering ist, ist eine Überschreitung des Mindesthaltbarkeitsdatums möglich. Dies liegt jedoch nicht in der Verantwortung der Hersteller oder Vertreiber, sondern ausschließlich in der Verantwortung der Konsumenten.“

Aber wann ist das, was man isst, Speise-Abfall? Wenn es das Tier nicht bekommt, freut sich der Transferempfänger? Eine Entsorgung als Tierfutter ist seuchenhygienisch bedenklich. Speiseabfälle dürfen nur in verarbeiteter Form verfüttert und nur an Betriebe abgegeben werden, die dafür zugelassen sind. Für die Zukunft ist ein generelles, EU-weites Verfütterungsverbot vorgesehen. Es gilt, sich darüber klar zu werden, welche Abfälle in welchen Mengen anfallen und welche unter Umständen vermieden werden können. Ein etwas größerer Aufwand „rech-

net“ sich womöglich, wenn bei der Entsorgung eingespart werden kann. Hierzu sind zusätzlich immer die genauen Regelungen der zuständigen Gemeinde zu beachten.

Neben Kontrollen und vorbeugenden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Hygiene bei der Produktion und im Umgang mit Lebensmitteln gehört auch deren Rückverfolgbarkeit. Sie soll sicherstellen, dass der Verbraucher beim Erkennen einer Gefährdung zum Beispiel durch Rückrufaktionen möglichst umfassend geschützt wird. Von den „Tafeln“ dürfte der Schutz der Transferempfänger in Deutschland kaum sichergestellt werden können. Man muss sich diesbezüglich die Frage stellen, ob für sie die Lebensmittelsicherheit außer Kraft gesetzt wird und ob dies mit der deutschen und europäischen Gesetzgebung insgesamt vereinbar ist! Solange die Lebensmittelsicherheit für Hartz-IV-Empfänger und andere finanziell benachteiligte Menschen anscheinend nicht gelten muss, wird es weiterhin heißen: „Was das Schwein nicht essen darf, das frisst der Mensch, oder: ‚Tafeln‘ wie in Deutschland!“

3. Auch den letzten Punkt von Elisabeths Beitrag möchte ich etwas vertiefen: Ohne vorherige Überwindung von Hartz IV kann die Linkspartei überhaupt nicht die Regelsatzerhöhung auf 500 Euro fordern, da ansonsten weitere Millionen Arbeitnehmer in Hartz IV fallen würden! Dies hat die „BAG Hartz IV in der Partei Die Linke“ zwar bestritten, aber es ist so: Alle Arbeitnehmer(innen), die derzeit nur knapp über dem derzeitgen **Regelsatz** von 359 Euro plus der Kosten der Unterkunft plus 15 Prozent Lohnabstandsgebot mit ihrem monatlichen Nettoverdienst liegen, würden in dieses asoziale Gesetz fallen. Schon allein deshalb hätte „Die Linke“ das bedingungslose Grundeinkommen, den Mindestlohn und radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzungen fordern beziehungsweise hierfür einen Gesetzentwurf entwickeln müssen. Das muss man jetzt unablässig fordern!

Ansonsten wird „Die Linke“ flüssiger als flüssig, nämlich überflüssig, zumindest für die Erwerbslosen. Seit einigen Wochen kann man die Forderung nach einem Eckregelsatz von 500 Euro im Internet mitzeichnen. Man kann auch Unterschriften sammeln. Ein Kollege hat mit mir gemeinsam vor der Arge Oldenburg in wenigen Stunden ungefähr 400 Unterschriften gesammelt. Die „BAG Hartz IV“ hat ungefähr 1.000 Mitglieder. Diese hätten in der gleichen Zeit bestimmt das 500-Fache an Unterschriften sammeln können! Das dürften dann rechnerisch 200.000 Unterschriften sein. Geht man von 70.000 Mitgliedern in der Linkspartei aus, könnten es noch 35 Mal so viele sein!

Die Raumfahrer muss ich fragen: Was wäre, wenn der Staat Einfluss nähme auf die Höhe der Lebenshaltungskosten wie Miete, Energie, Gesundheit, Pflege oder Bildung? Maschinen sollte man in Industrie und Landwirtschaft eigentlich nur dazu benutzen, um die Menschen körperlich oder aus gesundheitlichen Gründen zu entlasten und um alle Menschen angemessen beziehungsweise vernünftig zu versorgen. In unserem System geht es aber um etwas völlig anderes, nämlich darum, immer die höchstmöglichen Profite zu machen. In diesem Moment, be-

dingt auch durch die jeweilige Konkurrenz, beginnen sich diese Maschinen für die Menschen negativ auszuwerten durch einen tendenziellen Fall der Profitrate aufgrund von Überproduktionen mit der Folge, dass man nicht mehr in die Realwirtschaft investiert, sondern ausschließlich in Scheingeld. Leitet sich hier der Begriff Geldschein ab? Die Banken tragen ihren Teil dazu bei, indem sie ihre Kredite nur noch an die sichersten Schuldner vergiben, natürlich am liebsten an den Staat, der mit seinem ganzen Heer von Arbeitnehmern und Steuerzahlern die sicherste Variante für sie ist. Hiervon sind die Folgen dann wieder die zunehmenden Insolvenzen, vor allem kleinerer Betriebe.

4. Erinnern wir uns an den Anfang des Jahres 2005: SPD und Grüne als Regierungspartei, mit Zustimmung aller übrigen Parteien aus dem Bundesrat, führten Hartz IV ein. Man versprach den bis dahin sich in der Sozialhilfe befindenden Alleinlebenden, aber auch den Familien und ihren Kindern, dass man sie mit diesem neuen Gesetz am Arbeitsmarkt aus der „Dunkelheit der Sozialhilfe“ herausholen wolle. Zu diesem Zeitpunkt handelte es sich um etwas mehr als eine Million Menschen. Es hieß, aus diesen Familien kämen sonst zukünftig Anwärter auf weiteren Sozialhilfebezug hervor, sodass dieser praktisch vererbt werde. Eine Generation der Sozialhilfeempfänger würde dann neu geboren! Bildungsferne Schichten?

Nachdem die Große Koalition so viel Geld in den Bereich des „Förderns und Forderns“ gesteckt hat, bemerkt man heute angeblich, dass **Kinder** als Wunschberuf äußern, Hartz-IV-Empfänger zu werden. So wird es zumindest durch Presse und Medien den Menschen weisgemacht. Auch heute heißt es noch, die Eltern der Kinder von Hartz-IV-Betroffenen gäben große Teile der Familienregelsätze fürs Rauchen und Saufen aus. Nur handelt es sich heute nicht mehr um etwas mehr als eine, sondern schon um über sechs Millionen Menschen, die direkt von Hartz IV betroffen sind. Bei den Armutslöhnen dürften indirekt weitere Millionen Menschen hinzukommen. Bildungsferne Schichten?

Dass Armut die Menschen schneller krank macht und dass die Menschen dann auch schneller sterben, dürfte klar sein. Aber dass in Deutschland heutzutage eine Generation nur noch fünf Jahre dauert, dürfte von keinem anderen Land auf der Erde getoppt werden! Vielleicht sollten unsere Politiker oder Journalisten Antrag stellen, hiermit ins Guinness-Buch der Rekorde zu kommen? Um folgenden Eintrag sollte es gehen: Generationenverkürzung! Mit der Behauptung, Stützebezug werde vererbt, wurden Kinder von Sozialhilfeempfängern immer pauschal verunglimpft. Damals waren es nur weniger. Heute sind es 2,7 Millionen Kinder nach fünf Jahren Hartz IV.

Wenn man davon spricht, dass „ganze Generationen“ ihren Eltern folgen würden, so hat es eben nur fünf Jahre gedauert, eine neue Generation von Sozialhilfeempfängern zu bekommen, denn nur die Kinder von Hartz-IV-betroffenen Eltern, die seit dem 1. Januar 2005 geboren wurden, sind hineingeboren worden, aber nicht die älteren, die vorher zur Welt kamen und deren Eltern bis dahin viel-

leicht noch Erwerbsarbeit hatten. Außerdem kann man auch Hartz IV benötigen, wenn man zum Beispiel Akademiker ist, mehrere Kinder hat und das Einkommen nicht ausreicht. Aber warum sollten die Kinder dieser Menschen pauschal die nächste Generation von Stützeempfängern sein? Es wird doch inzwischen so viel Wert darauf gelegt, dass man die Kinder möglichst früh bildet und fördert!

5. Geehrte Frau Kanzlerin! Vor wenigen Tagen konnte man aus den Medien erfahren, dass der erste Kommunikationssatellit der **Bundeswehr** vom europäischen „Weltraumbahnhof“ Kourou in Französisch-Guyana gestartet worden ist. Die „Ariane-5“-Trägerrakete trug den rund 2,4 Tonnen schweren „Satcomb W“ erfolgreich ins All, teilte die europäische Weltraumorganisation Esa mit. Die beiden Nachrichtensatelliten werden in einer geostationären Umlaufbahn so positioniert, sodass sie das Gebiet zwischen Amerika und Ostasien abdecken. Sie sind für eine Betriebszeit von 15 Jahren ausgelegt und werden vom „Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt“ aus gesteuert.

Nun meine Fragen an Sie: Wie lässt sich die Beschaffung und Finanzierung eines solchen Nachrichtensatelliten eigentlich mit der Aussage des ehemaligen Bundeskanzlers Willi Brandt in Einklang bringen, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg geführt werden soll? Wie hoch sind eigentlich die Gesamtkosten für diesen und den geplanten zweiten Satelliten? Warum wird der Einsatz dieser Satelliten für die Zeit von 15 Jahren geplant? Wozu benötigt eine reine Verteidigungsarmee überhaupt Satelliten, wenn doch die Verteidigung immer nur im eigenen Land erfolgen kann? Ich bitte Sie, einem ehemaligen Unteroffizier mit Portepee der deutschen Bundesmarine und heutigem Hartz-IV-Empfänger diese Fragen ausführlich zu beantworten!

6. Hier noch eine Anmerkung zum nachstehenden Beitrag „Besser langsam, aber sicher als schnell, aber nie!“ Leider schreibt der Verfasser nicht, von welchen Menschen die Gesetze gemacht werden, die für die Menschen gemacht werden. Er behauptet weiterhin, wir hätten eine monatliche Grundsicherung, die lediglich mit der Einschränkung durch § 31 SGB II und Bedürftigkeitsprüfung gewährleistet wird. Mit keinem Wort erwähnt der Autor, dass diese Grundsicherung für die meisten oder viele Betroffenen allerdings nur bis zum 20. eines Monates ausreicht und eine Vielzahl der Hartz-IV-Empfänger gezwungen ist, sich zusätzlich über die „Tafeln“ zu versorgen, damit sie nicht hungern müssen. Steuern zahlt übrigens auch jeder Hartz-IV-Empfänger über die Verbrauchssteuern. Über die Mehrwertsteuer holt sich der deutsche Staat von jedem Alleinlebenden innerhalb eines Monates ungefähr 68 Euro sofort zurück. Auch Hartz-IV-Empfänger sind somit Steuerzahler!

Leistung kann man kaum durch **Steuern** ermöglichen, höchstens durch Lohnarbeit. In einem kapitalistischen System dürfte es unmöglich sein, dass sich einige Wenige ihre Profite durch die lohnarbeitenden Massen streitig machen lassen. Das ist es doch ganz genau, was wir zurzeit erleben! Weiterhin schneidet

der Verfasser die Themen Bildung und medizinisch erforderliche Behandlungen zwar an, allerdings ohne seine Vorstellungen dazu überhaupt weiter zu erklären. Wie man allein mit einem kostenlosen ÖPNV die Chancengleichheit für die Menschen herstellen will, lässt er letztendlich ebenfalls offen.

Wenn der Verfasser sich auf die Frage einlässt, wo Arbeitskräfte benötigt werden, könnte dies unter Umständen bedeuten, dass Deutschland entsiedelt wirde. Jeden Hartz-IV-Betroffenen dürfte es mit Sicherheit interessieren, ob er nur fünf Euro in der Stunde verdienen kann – oder 50. Wenn der Autor schreibt, man könne nach einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit immer noch Lohnerhöhungen fordern, dann könnte es allerdings auch sein, dass in der Zwischenzeit die Lohnarbeitnehmer verhungern. Dies ganz bestimmt, wenn sie für nur fünf Euro in der Stunde arbeiten und keinen Lohnausgleich erhalten, was ja nach Vorstellung des Verfassers angeblich egal ist.

In diesem Moment bekommt der Titel des Autors einen ganz anderen Anstrich und könnte wie folgt lauten: „Nie schnell verhungern, besser langsam, aber sicher!“ Meiner Meinung nach wird man die Probleme der Menschen in Deutschland auf gar keinen Fall allein mit der Steuerfrage lösen können. Hierdurch versucht man ausschließlich, den Menschen Sand in die Augen zu streuen, vielleicht weil man eine durchaus verständliche Angst vor dem notwendigen Systemwechsel hat. Aber ich glaube, eine solche Notwendigkeit kündigt sich immer mehr an! Die Lohnarbeiter und die Menschen ohne Lohnarbeit sollten sich besser solidarisieren und um ihre eigenen Rechte kümmern, als zu versuchen, die Systembewahrer für die Kapitalisten zu spielen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Besser langsam, aber sicher als schnell, aber nie!

Gesetze werden vom Menschen gemacht – und sollten auch für ihn gemacht werden. Grundlegend wichtig sind erstens eine wie auch immer geartete Grundsicherung für alle, die auch Grundeinkommen genannt werden könnte und die wir heute mit dem Einschränkung durch § 31 SGB II und Bedürftigkeitsprüfung schon haben. Zweitens ein Mechanismus, damit sich Leistung in der Weise lohnt, dass man auch mehr hat, als wenn man nichts leistet. Das müsste steuerlich ermöglicht werden. Drittens die Verhinderung der Möglichkeit, dass einige durch Massenproduktion und -handel so viel Kapital an sich raffen, dass für den Rest nichts mehr übrig bleibt. Viertens Bildung. Fünftens medizinisch er-

forderliche Behandlungen. Sechstens Lebensberatung zum Wohlergehen, wohl kaum ohne Beschäftigung. Siebtens kostenlose öffentliche Personenbeförderung, um der im Grundgesetz verankerten Chancengleichheit gerecht zu werden.

Auch ich stehe hinter der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Ich fände es gut, wenn sie darauf angepasst wäre, wie viel Arbeitskraft wir insgesamt benötigen und wo sie erwünscht wird. Sonst hätten noch mehr Menschen noch weniger Leistung zu erbringen. Doch wie soll dies gleichzeitig mit vollem Lohnausgleich möglich sein? Warum eine gute und volkswirtschaftlich sinnvolle Forderung mit einer weiteren, erst zu erkämpfenden Forderung verknüpfen, die reine Verhandlungssache zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist? Wen interessiert es, ob jemand nun fünf oder 50 Euro Stundenlohn erhält? Wissen will man, wie viel jeder in der Regel arbeiten muss!

Wenn eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit erreicht wäre, könnte man immer noch versuchen, eine Lohnerhöhung herauszuholen, sobald diese Arbeitszeit normal geworden ist. Machen wir es wie bislang immer die Regierung: Kämpfen wir um einen kleinen Punkt, solange wir nicht alles vom Volk selbst entscheiden können, lassen es normal werden und kämpfen dann um dem nächsten! Besser langsam, aber sicher als schnell, aber nie!

Der Spruch „wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“ ist natürlich nicht ganz passend, obschon auch nicht gänzlich von der Hand zu weisen, allerdings ohnehin kaum real. Es geht kaum darum, wer nicht arbeiten will, als vielmehr darum, wer tatsächlich nicht arbeitet, ob gewollt oder ungewollt. Wer nicht arbeiten will (sofern es solche überhaupt gibt, man möge mir mal jemanden vorstellen!), der soll sicherlich nicht in Luxus leben. Doch dass, wer schlicht keine Arbeit hat, auch nichts essen soll, ginge wirklich gegen jede Menschenwürde!

Wird der bestehende Regelsatz erhöht, verursacht dies wieder höhere Staatsschulden oder Steuern der arbeitenden Menschen (was letztlich aufs Gleiche herauskommt) oder Kürzungen anderer, womöglich wichtigerer Leistungen. Man sollte an die Wurzel des Übels gehen! Warum ist Arbeit für die meisten kaum noch lohnenswert und bringt kaum einen Vorteil gegenüber Hartz IV? Weil die Lohnnebenkosten zu hoch sind und schon zu niedrig einsetzen!

Wo ist bei einem Freibetrag von 12.000 Euro Jahreseinkommen der Unterschied zur Erhöhung von 7.500 auf 8.000 Euro – angesichts von Lohnhöhen von bis 100 Millionen im Jahr? Wir bräuchten Freibeträge von mindestens 20.000 Euro, um soziale Gerechtigkeit herzustellen! Von den Superverdienern sollten wir entsprechend mehr fordern.

Doch solange wir dies nicht gemeinsam und geschlossen tun, wird dies alles nur dummes Geschwafel bleiben. Die nun mitregierende FDP will sogar Steuersenkungen – allerdings leider vor allem bei Spitzenverdienern, damit mehr Investoren ins Land kommen und über niedrige Steuern die Mittelschicht noch mehr ausbeuten können, wie es das ausschließliche mehrwertsteuerfinanzierte Grundeinkommensmodell Götz Werners, des Inhabers der Drogeriemarktkette DM, for-

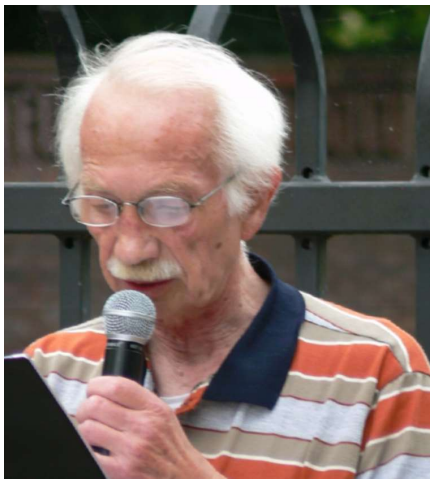
dert. Dies sei sozial gerechter, meint er. Es macht die Reichen noch schneller reich!

Daher meine Forderung: Grundsicherung für alle, finanziert ausschließlich aus Steuern dener, welche mehr als 30.000 Euro im Jahr verdienen! Der Steuersatz sollte für alle Einkommen ab einer Million bei 50 Prozent liegen und noch bis auf 90 Prozent für alles über 100 Millionen im Jahr gesteigert werden. Sozialabgaben abschaffen! Steuern umschichten! Besteuerung von Vermögen ab 10 Millionen Euro mit 20 Prozent, ab einer Milliarde mit 90 Prozent! Bildung, Gesundheit, Sicherheit und öffentlicher Personenverkehr gänzlich finanziert über Steuern! Über all dies sollte das Volk selbst abbestimmen!

Pete Ording (parteilos mit Überlegungen zur Initiativ- bis Parteigründung, sollten viele es wollen)

„Avanti“ ruft auf zum öffentlichen **Blockadetraining** im **Stadtwerderwald** am **Samstag**, dem **17. Oktober 2009**, um **14 Uhr**, damit der dortige Baumbestand keinen elitären Bauprojekten an der Weser geopfert wird.

Die SPD hat ihr Profil als Partei der Arbeiterklasse längst aufgegeben



Die SPD hat offensichtlich nichts aus ihren verheerenden Fehlern und Wahlniederlagen gelernt: Die derzeitige Führungsriege will das auch gar nicht, sondern kultiviert sogar eine unbändige Lust am eigenen Untergang! Sie tut inzwischen, als gäbe es überhaupt keine Parteimitglieder und Wähler(innen) mehr. Wenn sie so weitermacht – und nichts deutet auf einen Gesinnungswandel hin – dann ist es bald so weit.

Die SPD hatte ihr Profil als Partei der Arbeiterklasse seit 1914 längst aufgegeben, denn ihre Geschichte ist die Geschichte eines einzigen, lang andauernden Verrats! Anfang des vorigen Jahrhunderts beschloss die Partei die Kriegskredite, später vollzog Noske die blutige Niederschlagung der Streik- und Revolutionsbewegungen in der Weimarer Republik sowie die totale Unterordnung unter die Interessen des Rüstungs- und Bankenkapitals. Mit den „Ermächtigungsgesetzen“ machten sich Noskes Nachfolger zu Wegbereitern für den Machtantritt der Faschisten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam mit dem Godesberger Programm eine zweite Abkehr von „hehren Grundsätzen“. In diesem Jahrtausend gehen diver-

se Kriegsbeteiligungen und Aufrüstungsprogramme, Agenda 2010 und Hartz-Gesetze, der Abbau der Grundrechte und vieles andere mit auf ihr Konto, von den unseligen Banken-Rettungspaketen und Umverteilungsorgien der jüngeren Vergangenheit gar nicht erst zu reden.

Wenn sie wie in Thüringen den Wählerwillen weiterhin so tollkühn missachtet, wird sie sicherlich ihr Profil nicht zurückgewinnen. Zu unterscheiden ist sie von den anderen neoliberalen Parteien ohnehin nicht mehr. Da nützt ihr auch eine Entscheidung wie in Brandenburg nicht viel, denn das bringt ihr die Glaubwürdigkeit nicht zurück! Mit Krieg und kapitalistischer Kahlschlagslogik gewinnt man eben kein Vertrauen, sondern schaufelt sich sein eigenes Grab.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Wir fordern eine Winterbekleidungshilfe für Kinder!

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten in der Bremer Bürgerschaft, im Jahr 2004 versprach die rot-grüne Koalition in Berlin den damaligen Sozialhilfeempfängern, man wolle sie mit dem neuen Hartz-IV-Gesetz aus der „Dunkelheit der Sozialhilfe“ herausholen. Leider hat sich herausgestellt, dass dieses Versprechen nicht eingehalten werden kann, denn heute sind schon fast zehn Millionen Menschen direkt oder indirekt von der neuen Sozialgesetzgebung betroffen. Auch zeigte sich, dass die Kommission um Peter Hartz wohl einfach die Zahlen der Regelsätze der damaligen Sozialhilfe von 1993/1994 abschrieb, ohne die Inflationsraten, die zwischenzeitliche Euro-Einführung und die mehrfachen Mehrwertsteuerhöhungen zu berücksichtigen. Zusätzlich wurden noch die Regelleistungen für sieben- bis 13-jährige Kinder um zehn Prozent gekürzt, genauso wie jene für die Gruppe der Heranwachsenden, die nachweislich eines höheren Regelsatzes bedürfen.

Mit der Einführung der Hartz-Gesetze wurden einmalige Hilfen wie beispielsweise für Bekleidung durch eine in den Regelsatz eingerechnete Ansparpauschale ersetzt. So war im bis Mitte 2009 gültigen Hartz-IV-Regelsatz für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr ein Betrag von circa 36 Euro enthalten. Sie ist für alle Bedarfe bezweckt, für die nicht die monatliche Regelleistung bestimmt ist. Anhand des Beispiels der Grundausstattung an Bekleidung für Kinder im vierten und fünften Lebensjahr möchten wir überprüfen, inwieweit diese Pauschalen ausreichend sind. Bei den Bekleidungslisten, auf die wir uns beziehen, handelt es sich um Angaben der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, enthalten in Beck’s „Rechtsberater“ von Oktober 1993. Wir führen hier nicht alle Positionen der notwendigen Bekleidung einzeln auf, sondern rechnen nur die monatlich notwendi-

gen Ansparleistungen hoch und ermitteln so, wie hoch die Kosten im Jahr für eine Grundausstattung für die oben angeführten Kinder im Jahr sind.

Bezug nehmend auf die genannten Listen beträgt der Beschaffungspreis für diese Grundausstattung monatlich 108 Euro, also im Jahr 1.296 Euro. Nach Abzug der tatsächlichen Ansparpauschale für Kinder von jährlich 432 Euro gemäß SGB II verbleibt somit ein Fehlbetrag von 864 Euro allein für Bekleidung, gerechnet nach den gültigen Preisen von 1993. Wir hoffen, dass wir mit dieser Berechnung, die für jedermann nachprüfbar ist, beweisen können, dass sich Herr Hartz und seine Kommission bei der Festsetzung der Hartz-IV-Regelsätze eindeutig verrechnet haben oder verrechnen wollten. Auch kann man hierdurch erkennen, dass die Regierung die einmaligen Hilfen zur Beschaffung von Haushaltsgeräten, Möbeln, für größere Reparaturen und sonstige einmaligen Bedarfen unbedingt wieder einführen muss. Sicherlich können Sie als verantwortliche Politiker der Bremischen Bürgerschaft aus dem Voranstehenden erkennen, dass sich zum Beispiel der Fehlbetrag bei Eltern, die seit 2005 auf Leistungen nach SGB II/SGB XII angewiesen sind, allein bei der Bekleidung nach Ablauf dieser fünf Jahre auf mindestens 4.300 Euro beläuft.

Am 20. Oktober 2009 wird nun ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den oben angeführten „Unzulänglichkeiten“ gefällt werden, ohne einem Kind in Bremen im kommenden Winter noch wirklich helfen zu können. Deshalb fordert die Initiative Bremer Montagsdemo die Abgeordneten der Bürgerschaft auf, allen Bremer Kindern bis spätestens zum 15. Dezember 2009 eine Winterbekleidungshilfe etwa für Mantel, Jacke, Stiefel, Pullover, Schal, Mütze und Handschuhe in Höhe von mindestens 300 Euro als Soforthilfe zu zahlen. Gerade die Kinder, die ja die Zukunft für die Stadt Bremen bedeuten, können überhaupt nichts für eine falsche und verfehlte Sozialpolitik der Bundesregierungen. So muss es sich auch eine Vertretung der Bürger zur Pflicht machen, für die jüngsten Bürger der Stadt helfend einzugreifen. Die Initiative Bremer Montagsdemo bittet die Bürgerschaft um schnellstmögliche Entscheidung im Interesse der Kinder und Jugendlichen! Mit freundlichen Grüßen.

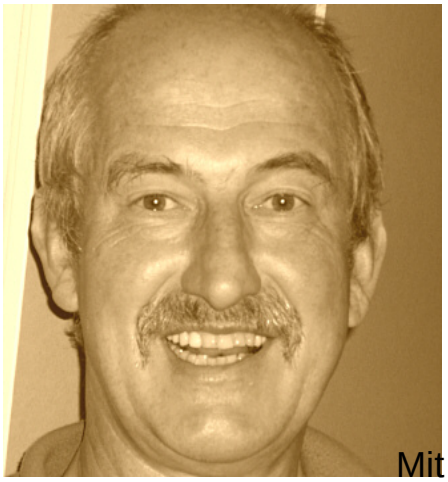
Initiative Bremer Montagsdemo

Gegen Abmahnungen bei Daimler!

Auf seiner Gründungsversammlung am 13. Oktober 2009 hat der „Solidaritätskreis gegen Abmahnungen bei Daimler Bremen“ folgende Erklärung verabschiedet:

> Der IG-Metall-Vertrauensmann Kai Steinhage hat auf der Betriebsversammlung im Daimler-Werk Bremen am 22. 9. 2009 seine Meinung geäußert. Er sprach sich gegen die gestiegene Arbeitshetze aus und fragte sich, ob damit auch die Selbstmorde im Werk in Zusammenhang ge-

bracht werden können. Dafür ist er vom Personalbereich schriftlich abgemahnt worden, mit Hinweis auf Arbeitsordnung und Verhaltensrichtlinie.



Das ist ein Skandal und widerspricht dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Sollten Arbeitsordnung und Verhaltensrichtlinie nicht dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung entsprechen, dann müssen sie geändert werden! Hier soll ein kämpferischer IG-Metaller mundtot gemacht werden, der sich für den Zusammenschluss der Kollegen einsetzt. Weg mit der Abmahnung gegen Kai Steinhage!

Mit dieser Presserklärung und der Verabschiedung von Prinzipien und Arbeitsweise hat der Solidaritätskreis seine Arbeit aufgenommen und wird diese erst beenden, wenn die aus der Luft gegriffene Abmahnung des Kollegen Kai Steinhage von Daimler zurückgenommen wurde. Dazu sammeln wir Unterschriften zur Unterstützung von Kai, werben neue Mitglieder und sammeln Spenden für die Solidaritätskasse.

Presseerklärung von Wolfgang Lange für den „Solidaritätskreis gegen Abmahnungen bei Daimler Bremen“, Solikreis-Daimler-Bremen(at)web.de

Die Montagsdemobewegung ruft auf zur bundesweiten **Demonstration gegen die Regierung** in **Berlin** am **Samstag**, dem **24. Oktober 2009**. Wir wollen der neu gewählten Regierung zeigen, dass sie mit uns rechnen muss! Die Bremer Montagsdemo fährt mit dem Bus nach Berlin. **Abfahrt** wird um **6 Uhr** am **ZOB** sein, voraussichtliche Rückkehr um **22:30 Uhr**. Preise: für die Fahrt 7 Euro für Hartz-IV-Betroffene, 15 Euro für Arbeitslose und Rentner, 25 Euro für Verdiener, außerdem pro Kopf ein Euro zur Finanzierung der Demo selbst. Spenden sind willkommen! Anmeldung bitte bei Jobst Roselius, Telefon 0421-705 687 oder E-Mail Jobst.Roselius(at)nord-com.net.

Wir hören Revolutionsmusik: Emmelys gibt es überall *(„Kanal B“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

251. Bremer Montagsdemo am 19. 10. 2009

Die Montagsdemonstrationsbewegung ruft auf zur bundesweiten **Demonstration gegen die Regierung** in **Berlin** am **Samstag**, dem **24. Oktober 2009**. Wir wollen der neu gewählten Regierung zeigen, dass sie mit uns rechnen muss! Die Bremer Montagsdemo fährt mit dem Bus nach Berlin. **Abfahrt** wird um **6 Uhr** am **ZOB** sein, voraussichtliche Rückkehr um **22:30 Uhr**. Preise: für die Fahrt 7 Euro für Hartz-IV-Betroffene, 15 Euro für Arbeitslose und Rentner, 25 Euro für Verdiener, außerdem pro Kopf ein Euro zur Finanzierung der Demo selbst. Spenden sind willkommen! Anmeldung bitte bei Jobst Roselius, Jobst.Roselius(at)nord-com.net.

Kommt mit zur Demonstration nach Berlin!

Setzen wir ein Signal an die neue schwarz-gelbe Regierung! Die führt der Bevölkerung ein Schauspiel mit harten Koalitionsverhandlungen vor. CDU und FDP können es sich nicht leisten, schon vier Wochen nach der Wahl ihre Versprechungen zu brechen und die geplanten Angriffe offen auf den Tisch zu legen. Aber hinter dem sozialen Mäntelchen, das sich Frau Merkel gerne umhängt, blitzt bereits der Kahlschlag auf unserem Rücken hervor!

Die FDP will „Hartz IV abschaffen“. Noch im Sommer wurde von ihr die Kürzung der ALG-II-Regelleistungen um 30 Prozent gefordert. Hat sie plötzlich ihr Herz für die Arbeitslosen entdeckt? Nein – sie verpackt die Kürzungen auf neue Art. Sie will Hartz IV durch ein „Bürgergeld“ ersetzen, in dem alle staatlichen Unterhaltsleistungen enthalten sein sollen. Für Alleinstehende würde ein Betrag von maximal 662 Euro ausbezahlt. Im „Bürgergeld“ soll alles enthalten sein: Arbeitslosengeld II, Leistungen für Wohnen und Heizen, Sozialhilfe, Zuschüsse zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung und Kindergeldansprüche. Was auf den ersten Blick als Erhöhung der bisherigen 359 Euro daherkommt, ist in Wirklichkeit massiver Sozialabbau!

Gleichzeitig sollen die Sanktionen in Form von Kürzungen bis zu 30 Prozent verschärft werden. Der FDP-Bürgerschaftsabgeordnete Möllenstädt macht den Vorreiter: „In Bremen werden Sanktionen viel zu selten eingesetzt. Es muss endlich Schluss sein mit dem Kuschelkurs! Wir werden die Daumenschrauben anziehen.“ Was für eine unglaubliche Arroganz!

Die neue Regierung entdeckt plötzlich ein riesiges Defizit im Gesundheitswesen. Angeblich fehlen sieben Milliarden Euro. Merkel und Westerwelle wollen zwar nicht offen sagen, wer dafür aufkommen soll, aber einig sind sie sich schon darin, „dass der Wirtschaftsstandort nicht belastet werden darf.“ Die Konzerne und Banken sind also fein raus. Beschäftigte und Patienten sollen die Kosten tragen. Wie sie das wohl verpacken wollen?

Einig sind sich CDU und FDP aber schon, dass demokratische Rechte beschnitten werden sollen. Der Kündigungsschutz soll künftig erst ab 20 Beschäftigten (bisher zehn) gelten. Einen Betriebsrat soll man erst ab 20 Beschäftigten (bisher fünf) gründen können.

Die Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke ist auch schon beschlossene Sache. Ein altes AKW, das bereits abgeschrieben ist, erwirtschaftet täglich einen Zusatzprofit für die Energiekonzerne von zwei Millionen Euro. Die Anlage in Neckarwestheim hatte bereits 400, die in Krümel 314 Störfälle! Es ist Zufall, dass es bisher noch zu keiner Katastrophe wie in Tschernobyl gekommen ist.

Es gibt also schon jetzt jede Menge Gründe, der neuen Regierung die Kante zu zeigen! Über 1.000 Umweltschützer protestierten in den letzten Tagen bei den Koalitionsgesprächen unter dem Motto „Warmlaufen gegen Schwarz-Gelb“. Am kommenden Samstag fahren aus 100 Städten Montagsdemonstranten nach Berlin. Wir machen keinen Frieden mit Armut und Massenarbeitslosigkeit! Kommt alle mit!

Harald Braun

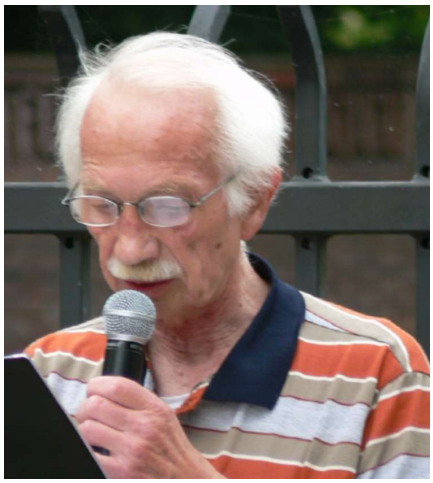
Zurück ins 20. Jahrhundert: 3.500 Menschen protestieren in Berlin gegen neue Sozialkahlschlagspläne *(„Spiegel-Online“)*

Menschenwürdiges Existenzminimum nicht gewährleistet: Seit 20. 10. wird Agenda 2010 vom Verfassungsgericht geprüft *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Willkür-Gesetzgebung: Regierungsvertreter winden sich voller Scham unter den Fragen der Karlsruher Richter *(„Spiegel-Online“)*

Hundt hat Recht: Beim ALG II ließen sich Milliarden einsparen – durch Verzicht auf die Verfolgungsbürokratie *(„Berliner Umschau“)*

Wann war denn Politik in Bund und Ländern jemals glaubwürdig?



In der „Kreiszeitung Syke“ gibt es an jedem Wochenende die „Frage der Woche“, womit die werte Leserschaft dazu angeregt werden soll, per Brief zu reagieren und notfalls auch mal kräftig Dampf abzulassen. Auch ich nehme hin und wieder gern diese Gelegenheit wahr. Diesmal lautete die keineswegs originelle Frage „Verliert die Politik an Glaubwürdigkeit?“ Sie inspirierte mich zu folgender Antwort.

Wann war denn Politik in Bund und Ländern jemals glaubwürdig? Die rot-grüne Regierungskoalition in Bremen beispielsweise hatte vor Regierungsantritt bei vielen Menschen Hoffnungen geweckt und damit einen Vertrauensvorschuss erhalten, den sie nicht im Geringsten verdient hatte. Die SPD nicht, weil sie zusammen mit der CDU einen rigorosen Sparkurs gefahren war, der Teile der Bevölkerung extrem benachteiligte und viele Menschen in die Armut trieb. Die Grünen nicht, weil sie in der Opposition keinen nennenswerten Widerstand dagegen geleistet hatten und auch umweltpolitisch nicht mit großen Ideen glänzten.

Beide Parteien versprachen vor ihrem Regierungsantritt wieder mal viel „soziale Gerechtigkeit“ – was immer das heißen mag. Für mehr Bildungsgerechtigkeit und gegen Kinderarmut, Gettoisierung und Ausgrenzung wollten sie sich einsetzen. So legten sie es bekanntlich auch im Koalitionsvertrag fest. Freilich geschah danach das genaue Gegenteil, denn ihre rigorose Kahlschlagspolitik gefiel außer den neoliberalen Sprücheklopfern an den Stammtischen nur noch der Handelskammer! Die Grünen versprachen ein ökologisches Bremen, und jetzt machen sie an Weser und Werdersee fürs Blickfeld der Reichen zahlreiche Bäume platt. Damit verspielen sie auch noch den letzten Rest an Glaubwürdigkeit!

Nicht anders sieht die Glaubwürdigkeitsbilanz in Berlin aus. Trotz Rekordverschuldung und Wirtschaftskrise versprechen die Politiker Steuersenkungen und Besserstellung für Eltern und Kinder. Dass dies nur per Umverteilung geht und nur die Reichen erfreuen soll, sagen sie natürlich nicht. Als ob es sie nicht längst gäbe, verspricht die CDU hoch und heilig: „Soziale Kälte wird es mit uns nicht geben!“ Dabei existieren längst Schubladenpläne, die darauf angelegt sind, die Bevölkerung noch weiter auszusaugen und vor allem die Banken mit unserem Geld noch voller zu pumpen!

Schon Kurt Tucholsky formulierte das Unwesen des Kapitalismus mit feiner Ironie: „Wirtschaft beruht auf dem Kreditsystem, das heißt auf der irrtümlichen Annahme, der andere werde gepumptes Geld zurückzahlen. Tut er das nicht, so erfolgt eine sogenannte ‚Stützungsaktion‘, bei der alle, bis auf den Staat, gut

verdienen. Solche Pleiten erkennt man daran, daß die Bevölkerung aufgefordert wird, Vertrauen zu haben. Weiter hat sie ja dann auch nichts mehr.“ (Aus: „Kurzer Abriß der Nationalökonomie“, 1931) Doch auch Vertrauen haben wir schon lange nicht mehr. Da hilft nur anhaltender Widerstand! Dafür stehen wir auf der Montagsdemo!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Schwarz-Gelb verzichtet auf 100 Milliarden: Statt eine Vermögensteuer einzuführen, wird ein Schattenhaushaltstheater aufgeführt *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Opposition in Warteschleife

Während des offenen Plenums der Bremer „Linken“ am Donnerstag Abend wurden meine seit Langem gehegten Zweifel an der Oppositionsfraktion der „Linken“ in der Bremischen Bürgerschaft bestätigt. So war es seit Langem nicht nur mein Eindruck, dass die Oppositionsarbeit einiger „Linken“-Abgeordneten der Bürgerschaft ziemlich saft- und kraftlos einhergeht. Dieser Eindruck scheint auch bei der Parteibasis seit einiger Zeit zu bestehen. Nun mag sich parteiintern darüber streiten, wer will, ob dies nun an den Abgeordneten selbst liege oder an zu wenig Mitwirkung der Parteibasis bei der Fraktionsarbeit. Als parteilosem Wechselwähler ist mir das einerlei. Dies ändert nichts an der Außenwirkung der Fraktionsarbeit, die für ihre Wähler(innen) schlichtweg nicht wahrnehmbar ist.

Der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp ließ sich auf diesem offenen Plenum seiner Partei nur kurz blicken, weil berufliche Gründe ihn davon abzuhalten schienen, der ganzen Dauer der Veranstaltung beizuwohnen. Sein Fraktionskollege Jost Beilken entgegnete – mit Hinweis auf die Klassiker Marx und Engels – der Kritik an der Fraktion unter anderem, dass die Verelendung weiterer Teile der Bevölkerung diese über kurz oder lang zu Protesten auf die Straße treiben werde und sich somit Oppositionsarbeit erübrige. Für einen parteilosen Wechselwähler wie mich schlagen solche geäußerten Ansichten eines Abgeordneten dem sprichwörtlichen Fass den Boden aus!

Wenn Herr Beilken der Ansicht ist, dass nur darauf gewartet zu werden braucht, bis genügend Leuten der Strom abgestellt wird und sich seine „Welt-

revolution“ dann automatisch ergebe, kann er diese Ansicht ruhig haben und vertreten. Jedoch – und ich denke, dass ich mir diesbezüglich herausnehmen darf zu behaupten, dass meine Meinung dazu als repräsentativ gelten kann – nicht in der Position und mit den Diäten eines Abgeordneten und schon gar nicht mit meiner Stimme. Bleibt für „Die Linke“ in Bremen zu hoffen, dass sie intern den Dreh kriegt und noch während der laufenden Legislaturperiode durch eine effektivere Oppositionsarbeit ihre Wähler(innen) überzeugen kann. So wie die Dinge bis jetzt stehen: Nicht mit meiner Stimme!

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Schwarz-Gelb feiert Nullnummern als „Rettung“ für Hartz-IV-Bezieher

1. Jetzt wird es amtlich, dass das **Sozialticket** in Bremen mit einem gewaltigen Webfehler an den Start gehen soll. Eigentlich sollte eine günstige Monatskarte für finanziell Schwache geschaffen werden, damit sie innerhalb Bremens mobil sein können. Uneigentlich kann genau die Bevölkerungsgruppe, für die das Sozialticket gedacht war, sich dieses gar nicht leisten! Für erwachsene ALG-II-Bezieher sind etwa 15 Euro im Regelsatz für Mobilität vorgesehen, doch das Pseudo-Sozialticket soll mit 29,25 Euro beinahe doppelt soviel kosten, für Kinder und Jugendliche „nur“ 24,50 Euro. Da das Sozialticket nicht einmal auf Familienmitglieder übertragbar ist, kann es wohl kaum von Erwerbslosen erworben werden.

Welche alleinerziehende Mutter von zwei Kindern könnte es sich leisten, monatlich 78,25 Euro für Fahrkarten zu bezahlen? Da wäre es ja günstiger, eine normale Monatskarte für 47 Euro für alle zu kaufen! Pech nur, wenn alle immer zur gleichen Zeit aus dem Haus gehen müssen, zur Schule, zur Ausbildung und zum 400-Euro-Job. Wenn ein Sozialticket sozial sein soll, dann darf es für Erwachsene nicht mehr als 15, für Kinder bis 13 Jahren nicht mehr als neun und für Jugendliche ab 14 Jahren nicht mehr als 10,50 Euro kosten, weil Kindern nur 60 und Jugendlichen nur 70 Prozent des Regelsatzes für Erwachsene zugebilligt werden. Für so wenig Geld gibt es keine Monatskarten? Stimmt, wenn der Staat nicht einspringt. Aber ALG-II-Beziehern und ihren Kindern wird nun mal nicht mehr zugestanden. Wenn Politiker sich nicht um das Kennenlernen der Realität bemühen, die sie ihren Bürgern zumuten, dann können sie ihre Hausaufgaben nur vollkom-

men ungenügend auf dem Level eines Schildbürgerstreiches aus dem Wolkenkuckucksheim heraus machen. Sozial ist etwas anderes!

2. Die Wahl ist gelaufen. Jetzt will uns das schwarz-gelbe Gruselkabinett auf Kürzungen im sozialen Bereich einstimmen. Dafür macht es sich offenbar gut, mal wieder eine Runde pauschal gegen die Bezieher von Transferleistungen abzulästern und zu hetzen, was das Zeug hält! Auf diesem Niveau fordert der Bundesvorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann, eine noch strengere Sanktionspraxis beim ALG II. Als wären Hartz IV und Agenda 2010 für die Betroffenen nicht bereits „Folter“ genug, blies der Bremer FDP-Abgeordnete Oliver Möllenstädt in das gleiche Horn und ließ sein schauriges Halali mit der Forderung erklingen, dass „unwilligen“ Hartz-IV-Kunden endlich „die Daumenschrauben angezogen“ werden.

Ob Schlarmann es der Gazette mit den vier Großbuchstaben entnahm, dass etwa ein Drittel aller Erwerbslosen gar nicht arbeiten wolle, weil sie ja zu gut damit lebten, oder ob Möllenstädt insbesondere die „Aktivierung von Personen mit Migrationshintergrund“ fordert ist eigentlich vollkommen egal. In jeder Krise wiederholt sich das ewig gleiche Muster, dass eine **Missbrauchsdebatte** angezettelt werden „muss“, um vom eigenen politischen Versagen beim angeblichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und dem tatsächlichen gegen die Erwerbslosen abzulenken. Wer behauptet, dass es sich von Hartz IV gut leben lasse, weiß gar nicht, wovon er spricht. Im Gegenteil, der Paragraf 31 SGB II, der Betroffene bis zu 100 Prozent sanktionieren und in die Obdachlosigkeit, die totale Mittellosigkeit treiben kann, gehört sofort abgeschafft und nicht etwa noch verschärft, denn dies ist eines Sozialstaates nicht würdig! Ich hoffe, dass sich Katja Kipping von der „Linken“ im Bundestag mit der Forderung nach 500 Euro Regelsatz plus Wohnkosten bis zur Abschaffung von Hartz IV durchsetzen kann, sofern dort wieder an einem vernünftigen Strang gezogen wird.

3. In triefend süßlicher Herablassung macht sich das schwarz-gelbe Gruselkabinett an die Mietrechtsreform und gibt vor, eine zweckfremde Verwendung des Geldes für die **Kosten der Unterkunft** durch die Leistungsbezieher verhindern zu wollen. Laut dem Vorsitzenden der Unions-Fraktion, Wolfgang Bosbach, sollen die Kosten der Unterkunft in Zukunft nicht mehr wie bisher an den Leistungsempfänger, sondern direkt an den Vermieter gezahlt werden. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ droht der schwarz-gelben Koalition mit rechtlichen Schritten, falls sie ihre Absicht wahr macht. Sprecher Martin Behrsing geht davon aus, dass die geplante Änderung rechtlich keinen Bestand haben wird, weil sich eine derartige millionenfache Verletzung des Schutzes der Sozialdaten bestimmt nicht verfassungsgemäß begründen lässt. Außerdem sei zu bezweifeln, dass es überhaupt signifikante Erkenntnisse gibt, die eine Veränderung der Auszahlungspraxis rechtfertigen.

Offenbar tritt hier ein neuerlicher Versuch zutage, Hartz-IV-Bezieher zu stigmatisieren und ihnen ein weiteres Stück ihrer schon weitgehend verloren gegangen Würde nehmen zu wollen. Ob dann wohl endlich mal die gesamte Miete bezahlt würde? Aber Spaß beiseite: Es kann nicht sein, dass alle Erwerbslosen unter Generalverdacht gestellt und zu unmündigen Kindern degradiert werden! Was geht es die Vermieter an, dass ihre Mieter erwerbslos wurden? Wenn ich an das Computersystem denke, mit dem die Argen ihre Klientel bedienen, hege ich die Befürchtung, dass sich Vermieter derartige Unzuverlässigkeiten als „Betreuung“ nicht gefallen ließen. Durch ständige Fehlüberweisungen könnte Vermietern eingedrillt werden, dass es mit Erwerbslosen immer nur Probleme gibt. Dann wird sich die Wohnungssuche noch schwieriger als ohnehin schon gestalten.

Müssen Erwerbslose jeden Monat zittern, ob die Miete ordnungsgemäß eingegangen ist, eine Abmahnung vom Vermieter im Briefkasten liegt, irgend etwas geklärt oder geprüft werden muss, ein Softwarefehler vorliegt oder der Antrag verschwunden ist – eben all das „Übliche“? Wie sollte dies eigentlich bei Mietkürzungen gegen den Vermieter aussehen? Sollte in diesen Fällen auch zur Arge gelaufen werden müssen, damit das dort geklärt wird? Es erscheint unwahrscheinlich: Bei der Personalfluktuation und häufigen Unkenntnis wäre dies allein personell und zeitlich eine völlige Überforderung. Ein weiterer Schritt in Richtung Einkasernierung oder Obdachlosigkeit wurde hier auf den Weg gebracht! Es ist die Frage, ob wir uns das gefallen lassen, oder ob wir uns jeweils einzeln und zusammen mit dem „Erwerbslosenforum“ dagegen verwehren. Wir müssen gegen den langfristigen Versuch aufbegehren, Erwerbslose in einem Getto oder in Sammelunterkünften unterzubringen! Wehret den Anfängen!

4. Der Unionsfraktionsvize Wolfgang Bosbach fällt mir in letzter Zeit immer wieder unangenehm auf. Nun scheint er der ARD diktieren zu wollen, mit wem er diskutiert und mit wem nicht. Traurig für die sogenannte Presse- und **Meinungsfreiheit**, wenn die Rundfunkanstalt sich darauf einlässt! Im konkreten Fall ging es um die Einladung von Sevim Dagdelen, die von der Redaktion zunächst zur letzten Sendung mit Anne Will über Fragen der Integration eingeladen war, aber dann mit Verweis auf ihre Mitgliedschaft im Verein „Rote Hilfe“ wieder ausgeladen wurde. Wenn der Verfassungsschutzbericht über einen Verein, der im Kern versucht, Angeklagten den rechtsstaatlich gebotenen juristischen Beistand zuteil werden zu lassen und Bürgerrechte zu verteidigen, als Vorwand für eine Ausladung herhalten muss, zeigt das ein seltsames Verständnis von Meinungsfreiheit!

Es ist auch fragwürdig, wenn eine Talkshow im vorauseilenden Gehorsam Angst vor Debatten hat und meint, Diskussionspartner so auswählen zu müssen, dass sie Unionsmitdiskutanten gefallen. Obwohl Dagdelen von der Redaktion zunächst zur Sachkompetenz eingeladen wurde, scheint dies nun eine untergeordnete Rolle zu spielen. Hat die ARD Angst vor dem Giftstachel der schwarz-gelben Hornisse, äh, Koalition? Frau Dagdelen mutierte immerhin zur „Ausgeladenen des

Tages“ und musste sich die Nähe der geladenen Personen weder angucken noch ihre Art von „Unterhaltung“ ertragen!

5. Seit in Hamburg 1.200 „Brückenjobs“ für Ein-Euro-Jobber gekürzt wurden, schlagen etliche etablierte Einrichtungen Alarm: Viele Anbieter, die zum „Diakonischen Werk“ gehören, müssten Beschäftigte entlassen. Eine Hamburger Arbeitsloseninitiative müsse ihr Angebot um mehr als 70 Prozent einschränken, eine Schulkantine möglicherweise geschlossen werden. Eine Mitarbeiterin vom „Diakonischen Werk Hamburg“ forderte, dass die Menschen nicht im Regen stehengelassen werden dürften und die Kürzungen nur dann einen Sinn ergäben, wenn sie durch andere sinnvolle Maßnahmen wie eine „Qualifizierung“ ersetzt würden. Sinnvoll für wen, bitte schön? Doch wohl nur für die Diakonie! Die Erwerbslosen sollen mit ihren ausbeuterischen Ein-Euro-Jobs vom Regen in die Traufe kommen. Irgend etwas wird hier grundlegend missverstanden, denn es fehlt keinesfalls an Ein-Euro-Jobbern, sondern an Angeboten, die Stellen anständig und sozialversicherungspflichtig zu bezahlen!

Wenn der **Ein-Euro-Job** *nicht* gemacht wird, darf das nichts ausmachen, weil er ja zusätzlich und gemeinnützig sein soll. Wenn hingegen ganze Einrichtungen kollabieren, weil Ein-Euro-Jobs wegfallen, dann stimmt etwas ganz Entscheidendes nicht! Was sind Brückenjobs denn Überhaupt für eine von hinten durch die Brust ins Auge schmeichelnd verdrehende neudeutsche Bezeichnung für Zwangsarbeit? Das klingt ja noch salbungsvoller als die Bremer „In-Jobs“! Die einen sollen eine Brücke zum ersten Arbeitsmarkt bauen, die anderen in ihn „integrieren“. Wie niedlich! Dabei führten die asozialen Hartz-Gesetze das gesamte Gefüge von Löhnen und Gehältern ad absurdum. Ein-Euro-Jobber arbeiten konkurrenzlos billig. Normale Betriebe können mit ihnen nicht mithalten, wenn sie ihre Angestellten nicht vom Staat bezahlt und außerdem zusätzlich noch einen gehörigen Obolus von einigen hundert Euro obendrauf bekommen! Die Ein-Euro-Jobber erhalten selbstredend nur einen Bruchteil des Geldes, das die Träger sich aus Steuergeldern für was auch immer einverleiben dürfen. Von wegen „Integration“ in den ersten Arbeitsmarkt: Dieser wird durch solche Sklavenhalterei wie durch Erosion abgetragen!

6. Am Wochenende ging ein neuerlicher Skandal durch die Medien, weil eine 58-jährige Altenpflegerin nach 17 Jahren Betriebszugehörigkeit wegen Mitnehmens von sechs Maultaschen, die sowieso weggeworfen worden wären, fristlos entlassen wurde. Unbegreiflicherweise wies das Gericht ihre Klage mit der Begründung ab, dass die **Kündigung** wegen „Diebstahls“ rechtens sei. Dass hier andere Gründe vorliegen müssen, weil sich so eine „zu teure“, ältere Arbeitskraft nun durch eine jüngere, billigere ersetzen lässt, liegt doch wohl auf der Hand! Wird das nun ein neuer Wettbewerb, welcher Arbeitgeber wegen der geringsten Lappalie seinen Angestellten aufgrund des Märchens vom Vertrauensbruch entlässt und dabei sogar noch vom Gericht Recht bekommt? Wo leben wie denn eigentlich inzwi-

schen? In einer Bananerepublik – mindestens farblich würde es ganz wunderbar passen!

7. Es wird immer besser auf der kabarettistischen Polit-Bühne: Schwarz-Gelb feiert substanzlose Nullnummern als Rettung für Hartz-IV-Bezieher! Zwar wäre eine Verdreifachung des Schonvermögens für die Altersvorsorge grundsätzlich zu begrüßen, doch davon kann hier gar keine Rede sein, weil nur eine verschwindend geringe Minderheit von etwa 0,5 Prozent der Betroffenen überhaupt solche Ersparnisse besitzt. Wer kann sich denn bei den menschenverachtenden Dumpinglöhnen in der heutigen Zeit noch ein Vermögen angespart haben? Welch ein Zirkus für die vermeintliche Wohltat für Hartz-IV-Bezieher, wenn es 99,5 Prozent überhaupt nicht betrifft! Ungeheuer gerecht! Außerdem ist in den Medien immer nur die Rede von der Erhöhung des Schonvermögens von 250 auf 750 Euro. Dabei handelt es sich doch wohl lediglich um die Freibeträge aus Alterssicherungen wie Lebensversicherungen und so weiter. Der Vermögensfreibetrag für Barvermögen beträgt weiterhin nur schlappe 150 Euro pro Jahr und wird offensichtlich nicht mit angehoben!

Das ist mal wieder Volksverdummung hoch vier nach dem Motto: die “gute“ Nachricht“ zuerst. Mitnichten soll es den Erwerbslosen besser gehen, sie sollen nur nicht unbedingt ein Recht auf Grundsicherung im Alter haben und dann erst mal das Schonvermögen aufbrauchen! Hier beginnt offensichtlich der schleichende Abbau der Sozialversicherungen, in diesem Fall der gesetzlichen **Rente**. Dennoch wird unglaublicherweise so getan, als ob damit fundamentale Ungerechtigkeiten im Hartz-IV-System beseitigt würden! Das schwarz-gelbe Gruselkabi*nett* zeigt nach dem pseudosozialen Getue endlich sein wahres Gesicht als schwarz-gelbes Kabi*fies*!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Wenn der Nazi sich gerade auf das Recht beruft

1. Und wenn der Nazi sich dann gerade auf das Recht beruft,
Wie war das noch mal in der Nazizeit?
Als Demokrat und Andersdenkender kam man nicht weit!
Und jedem im Land ist doch bekannt:
Die Nazis machten ihr Recht meist aus dem Stand!
Viele Menschen stellten sie einfach gleich an die Wand.
Faschismus ist keine Meinung,
Sondern ein Verbrechen!

Die Braunnationalen versuchen, jeden ausländischen Mitbürger
Pauschal als Kriminellen hinzustellen.
Sie vergessen dabei eins: Ausschließlich sie selbst
Sind die finsteren Gesellen.
Die Menschen im Land kennen schon lange,
Wie’s war in Eden, die Geschicht’ mit der Schlange!
Faschismus ist keine Meinung,
Sondern ein Verbrechen!

Vor langer Zeit, da benötigten die Industrie
Und die Wirtschaft die Ausländer sehr.
Sie luden sie als Gastarbeiter zu uns ein,
Zu erledigen die Arbeit, für die sich manch Deutscher zu fein.
Man steckte sie quasi in die finstersten Kammern.
Ihr Geld, das nahm jeder, ohne jemals zu jammern!
An sie wurde man die schlechtesten Wohnungen los,
Und viele im Land fanden das noch famos.
Heute holt sich manch einer von früher die Braunen,
Ich spreche übrigens nicht von Gaulen,
Um die Gäste von einst von nun an zu vergraulen.
Die Arbeitslosigkeit wurde nicht von ausländischen Bürgern gemacht,
Und sie kam auch schließlich nicht über Nacht.
Die Braunen haben immer nur ein Interesse:
Ganz schnell zu werden der Wirtschaft Mätresse!
Faschismus ist keine Meinung,
Sondern ein Verbrechen!

Die Nazizeit ist lange vorbei!
Doch leider marschieren sie wieder, sogar am 1. Mai!
Und dies passiert auch noch im deutschen Lande,
Dem die Nazis schon einmal brachten Schmach, Qualen und Schande!
Deshalb geht nun ein Ruck durchs Land,
Wir organisieren den Widerstand!
Kein Fußbreit und keine Straße dem Nazi-Pack!
Und erst recht nicht am Arbeiterkampftag!
Solange Kapitalisten und ihre Vasallen regieren,
Wird in der Nazifrage leider nichts Entscheidendes passieren!
Wir haben schon lange von denen genug,
Deshalb machen wir jetzt Druck!
Faschismus ist keine Meinung,
Sondern ein Verbrechen!

2. Wohnen oder Hungern? CDU-Vize Bosbach bestätigt die zu geringe Höhe der Regelsätze für Hartz-IV-Betroffene! Vor wenigen Tagen konnte man die nachfolgende Nachricht auf der Internetseite der BAG Hartz IV lesen: „Das ‚Erwerbslosenforum Deutschland' droht der schwarz-gelben Regierung mit rechtlichen Schritten bei der geplanten Hartz-IV-Mietrechtsänderung." Es sei eine nicht hinzunehmende Stigmatisierung, wenn die **Miete** bei Hartz IV direkt an den Vermieter gezahlt werden soll. CDU-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach hatte dies gegenüber der „Berliner Zeitung" damit begründet, dass eine „zweckfremde Verwendung der entsprechenden Leistungen" verhindert werden soll. Das „Erwerbslosenforum Deutschland" bezeichnete diese Ankündigung und Begründung als bewusst falsche Unterstellung.

Forumssprecher Martin Behrsing sagte: „Die zukünftige schwarz-gelbe Regierung wird sich darauf einstellen müssen, dass wir sofort rechtlich dagegen vorgehen werden. Wir sind uns auch sicher, dass die geplante Änderung rechtlich keinen Bestand haben wird. Eine derartige millionenfache Verletzung des Schutzes der Sozialdaten und eine solche Bevormundung werden sich bestimmt nicht verfassungsgemäß begründen lassen. Zudem bezweifeln wir, dass es überhaupt signifikante Erkenntnisse gibt, die eine Veränderung der Auszahlungspraxis rechtfertigen. Wir betrachten diese Absicht als einen erneuten Versuch, Hartz-IV-Bezieher zu stigmatisieren und ihnen noch ein Stück ihrer schon weitgehend verloren gegangen Würde zu nehmen. Dem Obermoralapostel der CDU-Bundestagsfraktion Wolfgang Bosbach empfehlen wir dringend, mal sechs bis zwölf Monate unter Hartz-IV-Bedingungen zu leben und sich dann erst wieder zu melden."

Wenn man von einer „ungeheuerlichen Stigmatisierung" der Hartz-IV-Empfänger spricht, so trifft das natürlich den Nagel auf den Kopf. Zu Bosbachs Vorwurf der zweckfremden Verwendung von Miete wird sich in meinen Augen aber ganz bestimmt nicht ausreichend geäußert. Es muss überhaupt nicht falsch sein, was Herr Bosbach hier behauptet! Allerdings tritt er auch gleich mit seiner Behauptung einen Gegenbeweis an, nämlich den, dass die Regelsätze für die von Hartz IV betroffenen Menschen viel zu gering sind und die Menschen daher teilweise dazu gezwungen werden, sich zu entscheiden, die Monatsmiete zu überweisen oder nicht, weil sie sonst vielleicht Kohldampf schieben müssen! Wenn auch noch Kinder betroffen sein sollten, entscheiden sich in diesem Moment Eltern oftmals richtigerweise lieber dazu, auf die Mietüberweisung an den Vermieter zu verzichten.

Auch die Hartz-IV-Behörden selbst tragen oftmals aus eigener Verantwortung heraus dazu bei, dass es zu verspäteten Mietzahlungen kommt. Wahrscheinlich kommt es hunderttausendfach in Deutschland vor, dass Hartz-IV-Empfänger ihre

monatlichen Transferleistungen nicht rechtzeitig auf dem Konto haben. Oftmals haben sie die Gründe hierfür überhaupt nicht zu vertreten, sondern es liegt einfach am Organisationssystem der Argen und der dazugehörenden schwerfälligen Bürokratie. Wenn das „Erwerbslosenforum Deutschland“ jetzt ankündigt, gegen die Absichten der Regierung Klage einzureichen, so ist das zwar in Ordnung. Für besser würde ich es allerdings halten, wenn man allen betroffenen Menschen rät, für den Fall, dass die Regierung ihre Pläne diesbezüglich wirklich umsetzt, selbst Klage einzureichen!

In diesem Moment würde auf die Gerichte in Deutschland eine neue Klagewelle mit wahrscheinlich ungeheurem Ausmaß zukommen. Gerade die Kosten der Unterkunft, die vom Staat für die Transferempfänger übernommen werden, sind doch für die Vermieter in Deutschland die Garantie dafür, dass sie ihre Wohnungen überhaupt noch vermieten können. Allerdings scheint der Fraktionsvize der CDU, Bosbach, einfach übersehen zu wollen, dass Millionen Menschen nur ergänzendes ALG II bekommen und über eigenes Einkommen verfügen. Sie bezahlen somit hiervon ihre Miete. Will er als ausgebildeter Jurist vielleicht eine Massenpfändung in Deutschland einführen?

Die Regierung sollte besser die Regelsätze erhöhen, sodass die Menschen davon auch menschenwürdig leben können. Dann bräuchte man auch nicht über Zwangsmaßnahmen nachzudenken, die sich wieder einmal gegen die Schwächsten in der Gesellschaft richten! Deshalb kann man nur den Appell an die bedrohten Menschen richten, sich mit allen rechtlichen Mitteln gegen solche Vorhaben zu wehren und endlich den Gruppen beizutreten, die gegen die fortwährende asoziale Politik bereits Protest und Widerstand leisten! Nur durch die Teilnahme jedes einzelnen Betroffenen kann letztendlich der Widerstand stark genug werden. Darüber müssen sich die Betroffenen endlich klar werden!

3. Bosbach und Konsorten wollen auch etwas gegen sittenwidrige **Löhne** machen. Nur ist Herr Bosbach als Rechtsanwalt zu fragen, ob Sittenwidrigkeit nicht sowieso vor Gericht gehört! Wenn ihm bekannt ist, dass bei Vertragsparteien ein Arbeitsvertrag sittenwidrig ist, so hat er Anzeige gegen den Rechtsbrecher zu erstatten. Aus „Wikipedia“: „Ist ein Rechtsgeschäft sittenwidrig, so gilt es nach § 138 Absatz 1 BGB als von Anfang an nichtig. Hierdurch werden die Vertragsfreiheit (sogenannte Privatautonomie, Artikel 2, Absatz I Grundgesetz) und auch die Rechtssicherheit eingeschränkt, da die gerichtliche Prüfung von Rechtsgeschäften immer nur im Nachhinein erfolgt. Andererseits werden aber auch regelmäßig die Interessen schwächerer Vertragspartner, insbesondere rechtlich unerfahrener Einzelpersonen (beispielsweise Mieter, Kreditnehmer, Bürgen) und die Interessen am Vertrag Unbeteiligter, etwa der Allgemeinheit, besonders gewürdigt.“

Hier ist Herr Bosbach gnädig. Er will nicht etwa einen Mindestlohn einführen, womit die Sittenwidrigkeit erledigt wäre, sondern ein Verbot von sittenwidrigen Löhnen durchsetzen. Die sind aber jetzt schon strafbar, sie müssen nur verfolgt werden! Der Rechtsanwalt und CDU-Vize Bosbach weiß auch, dass Sittenwidrig-

keit strafbar ist, nur geht das nicht hinterher. Er weiß, dass 40 Prozent der Kinder – „unsere Zukunft“, wie er sagt – in Armut aufwachsen müssen. Er sieht nur eine Möglichkeit, Gesetzesbrechern, die mehr als 250.000 Euro verdienen, alle Schweinereien zu legalisieren. Da werden wir uns hier in Bremen nicht den Mund verbieten lassen, nicht von Daimler und nicht von Bosbach! Wir werden weiter fordern: Weg mit Hartz IV! Weg mit Abmahnungen in den Betrieben! Weg mit der Bespitzelung durch die Bagis oder Argen!

Meint Herr Dr. Möllenstädt, Abgeordneter der Bremer FDP, folgende Behauptung ernst: „Wenn einige Hartz-IV-Kunden keine Lust haben und keine Leistungsbereitschaft zeigen, müssen endlich die Daumenschrauben angezogen werden“? Viel zu selten würden im Stadtstaat Sanktionen eingesetzt, es müsse „endlich Schluss“ sein mit dem „Kuschelkurs“. Da muss er sich doch die Frage gefallen lassen, ob ihm nicht die zunehmenden Suizide bei Daimler noch nicht ausreichen! Was will er ansonsten mit dem Anziehen der Daumenschrauben erreichen? Arbeit schaffen mit Daumenschrauben? Dies ist eindeutig eine pauschale Diskriminierung von Erwerbslosen und allerunterste Schublade! Es ist ein Fehler, dass solche Abgeordnete hierfür auch noch Geld bekommen! Vielleicht sollte Herr Möllenstedt seine Kampfansagen nicht zu weit treiben.

4. Schon in der Überschrift wird vom „Erwerbslosenforum“ behauptet: „Hartz IV wird sehr teuer“. Ich frage mich, was das wohl soll und was man damit erreichen will. Bisher wurden für Hartz-IV-Empfänger – lässt man einmal die sogenannte Ansparpauschale außen vor, die einem eigentlich im Monat nicht zur Verfügung steht – Alleinstehenden 300 Euro im Monat gezahlt, Kindern und Jugendlichen entsprechend weniger gemäß der prozentualen Abstufungen. Das bedeutet, dass für die monatlichen **Regelsätze** im Jahr ungefähr 3,6 Milliarden Euro für eine Million Menschen zu zahlen waren. Sollten sich wirklich zehn Millionen Menschen im Hartz-IV-Bezug befinden, so wären das dies 36 Milliarden Euro im Jahr.

Der Einfachheit halber lasse ich die Unterschiede bei den Regelsätzen für Kinder und Erwachsene weg, ebenso die Zuschläge, die der Einzelne vielleicht bekommt. Von diesen 36 Milliarden muss man aber auf alle Fälle noch das Kindergeld der Hartz-IV-Empfänger abziehen, genauso Einkommen aus Erwerbslohn, Vermietung, Rente, Krankengeld, ALG I oder Ähnlichem. Hinzu kommen dagegen die Kosten für die Unterkunft. Diese sind aber im Prinzip nur eine Subvention für die Vermieter in Deutschland. Hartz-IV-Empfänger müssen dieses Geld sofort an sie weitergeben. Berücksichtigen muss man in meinen Augen auch, dass sich der Staat fast ein Fünftel des Hartz-IV-Regelsatzes innerhalb eines Monats von den Betroffenen zurückholt, und zwar über die Mehrwertsteuer. Allein dies macht fast 500 Millionen Euro aus, die man wieder abziehen muss.

Es sind nicht die Hartz-IV-Empfänger, die diesem Staat teuer werden, sondern die Unternehmen und Banken, die mit ihren Steuerabschreibungen, aber auch mit Entlassungen aufgrund von derzeitigen Überproduktionen ihre Profitra-

ten steigern wollen und müssen, da dies eine kapitalistische Notwendigkeit ist, um am freien Markt überleben zu können.

Das Nettoerwerbseinkommen aller Menschen in Deutschland betrug 2008 1.680 Milliarden Euro. Wenn hiervon 36 Milliarden auf die Lebenshaltungskosten entfielen – was sie nicht tun, da sie aus Steuern gezahlt werden –, dann wären das gerade etwas über zwei Prozent des jährlichen Nettoerwerbseinkommen für zehn Millionen von der Lohnarbeit abgekoppelte Menschen, während sich 1.680 Milliarden Euro auf die übrigen 72 Millionen Menschen im Land aufteilen, die dann, würde man es auf alle gerecht verteilen, einen sechseinhalb Mal so hohen Betrag für ihre monatlichen Lebenshaltungskosten zur Verfügung hätten.

Deswegen sollten in meinen Augen Hartz-IV-Gegner nicht noch die falschen Behauptungen von Behörden oder von der Regierungsseite übernehmen! Hartz IV ist es, was in den letzten Jahren allen Betroffenen zu teuer geworden ist: durch den Verlust an Lebensqualität, häufigem Ärger mit den Behörden, ausgebliebene Transferleistungen und vielleicht noch durch vieles mehr. Genau dieses sollte ein Erwerbslosenforum zum Ausdruck bringen, statt die Argumentationsformen der Verursacher an erste Stelle zu setzen!

5. Geehrte Frau Bundeskanzlerin! Viele Bürger in Deutschland sind auf die sogenannten Tafeln angewiesen. Diese werden von zahlreichen erwerbslosen und finanziell benachteiligten Menschen in Anspruch genommen, gezwungenermaßen, da die staatlichen Transferleistungen unzureichend sind, wie schon von vielen Gutachtern und auch einem Landessozialgericht festgestellt wurde. Wenn aber Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer, die aufgrund oftmals viel zu geringer Löhne eigentlich diese „Tafeln“ aufsuchen möchten, dies aber in ihrer Arbeitszeit nicht können, in den Müllcontainer ihrer Arbeitgeber greifen, um „abgelaufene“ Waren mit nach Hause zu nehmen, dann wird ihnen, wie im „Maultaschenfall“ einer Altenpflegerin, fristlos gekündigt.

Mir ist nicht bekannt, wie vielen Personen, die die „Tafeln“ in Deutschland organisieren, bereits ein Bundesverdienstkreuz oder eine Ehrenmedaille verliehen wurde, wohl aber der Fall dieser Altenpflegerin, der für die Mitnahme von „Müll“ die **Kündigung** ausgesprochen wurde. Deshalb habe ich folgende Fragen an Sie, die ich Sie mir zu beantworten bitte.

Darf es in Deutschland sein, dass auf der einen Seite Menschen Orden und Medaillen dafür verliehen werden, dass sie „abgelaufene“, aber noch essbare Lebensmittel unter die Armen in Deutschland bringen, während auf der anderen Seite arme Arbeitnehmer(innen) eigentlich genau hierfür bestraft werden, nämlich nur dafür, dass sie etwas mitnahmen, was ansonsten niemand mehr haben wollte und was ja auch überhaupt keinen Wert mehr darstellte, und dass man ihnen dann kündigt? Halten Sie das nicht auch für eine moralische und sittliche Verelendung in unserem Staat, und was wollen Sie, falls ja, dagegen unternehmen? Mit freundlichen Grüßen.

6. Geehrte Frau Merkel! Sie versprachen nach dem G8-Gipfel in Heiligendamm, sich für weltweite Mindeststandards, bezogen auf das Soziale, einzusetzen. Seit Jahren werden in Deutschland ungefähr 46 Milliarden Erwerbsarbeitsstunden im Jahr geleistet. Demgegenüber stehen 44 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter. Verrichtete jeder von ihnen die gleiche Zeit an Erwerbsarbeitsstunden, würde dies bedeuten, dass dann nur vier Stunden am Tag Erwerbsarbeit von allen 44 Millionen erwerbsfähigen Menschen geleistet werden müssten.

Man könnte jeden Arbeitgeber gesetzlich dazu verpflichten, an den Staat für jede geleistete Erwerbsarbeitsstunde zum Beispiel zehn Euro für die in Anspruch genommene Arbeitskraft zu zahlen, und zwar zusätzlich zur Entlohnung der Arbeitnehmer. So würde der Staat 460 Milliarden zusätzlich an Steuern einnehmen. Hiervon – sowie von den Löhnen, Gehältern, Dienstbezügen und natürlich auch von den Profiten der Unternehmer – ließe sich dann ein gleiches bedingungsloses **Grundeinkommen** für alle in Deutschland lebenden Menschen finanzieren, vom Säugling bis zum Greis, welches allen Menschen ein menschenwürdiges und schönes Leben ermöglichen würde.

So würde ein bedingungsloses Grundeinkommen gleichzeitig wie ein Familienlastenausgleich funktionieren, und jeder junge Mensch in Deutschland hätte optimale Chancengerechtigkeit für Schule und Studium. Auch vielen Frauen, die heute vielleicht noch teilweise vom guten Willen der Partner abhängig sind und auch oft nur auf Basis der sogenannten 400-Euro-Jobs arbeiten können, würde dies eine wesentlich bessere finanzielle Unabhängigkeit bringen. Studienabgänger und spätere Intellektuelle oder Akademiker könnten nicht mehr allein aufgrund ihres Studium höhere Löhne beanspruchen, da sie nunmehr keine Kredite für das Studium zurückzahlen müssten. Auch sie würden nur an Lebensqualität gewinnen. Stress und Hetze würden für viele Menschen der Vergangenheit angehören!

Nun meine Fragen: Müssten Sie, Frau Bundeskanzlerin, sich nicht schon allein aufgrund Ihrer Aussage nach dem G8-Gipfel bezüglich der weltweiten Mindeststandards für ein menschenwürdiges bedingungsloses Grundeinkommen für alle in Deutschland lebenden Menschen aussprechen? Müssen Sie nicht damit beginnen, erforderliche Visionen hinsichtlich eines besseren Zusammenlebens und einer neuen Zukunftsperspektive für alle Menschen in Deutschland umzusetzen? Wann werden Sie damit beginnen, Ihr Versprechen von Heiligendamm einzulösen und den Bankern und Unternehmern ihre Grenzen aufzeigen? Ich bitte Sie, mir meine Fragen gründlich zu beantworten!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Denkverbot: Bürgerzuschriften-Beantwortungsteam der Kanzlerin unterdrückt Vorschlag zur Finanzierung eines Grundeinkommens *(„Direktzu“)*

Zirkelschluss: Hartz-IV-Regelsatz beruht zur Hälfte auf dem Einkommen der Sozialhilfe-Haushalte *(„Spiegel-Online“)*

Solidarität mit den Kollegen vom GHB Bremerhaven

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir, die Initiative Bremer Montagsdemo, haben von eurem Komitee „Wir sind der GHB“ und von eurem Kampf gegen Lohnraub und Arbeitspatzvernichtung in den stadtbremischen Häfen und beim Gesamthafenbetriebsverein erfahren. Dafür wollen wir euch unsere Anerkennung und uneingeschränkte Solidarität ausdrücken!

Die Bremer Montagsdemonstration ist Teil der selbständig organisierten und überparteilichen bundesweiten Montagsdemonstrationsbewegung, die seit fünf Jahren unter der Hauptlosung „Weg mit Hartz IV – das Volk sind wir!“ den Kampf gegen die unsozialen und volksfeindlichen Hartz-Gesetze führt. Damit ist sie nicht nur eine Erwerbslosenbewegung, denn Hartz IV geht jeden an, wie ihr es bei den Maßnahmen der Unternehmensleitung des GHB gegen euch selbst bemerkt habt. Arbeiter und Erwerbslose gehören zusammen!

Deshalb machen wir euch den Vorschlag, die gegenseitige Solidarität praktisch zu verstehen und unsere Kämpfe miteinander zu verbinden. Ebenso wie wir euch bei eurem Kampf gerne unterstützen, laden wir euch auch herzlich ein, auf die Bremer Montagsdemonstration – jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Markt-

platz – zu kommen und dort am Offenen Mikrofon euer Anliegen bekannt zu machen. Mit herzlichen und solidarischen Grüßen!

Initiative Bremer Montagsdemo

Das Komitee „Wir sind der GHB“ lädt ein zur **Informationsveranstaltung** am **Samstag**, dem **24. Oktober 2009**, um **15 Uhr** im FCB Vereinsheim, Pestalozzistraße 55, **Bremerhaven**, um über die Ereignisse der letzten Wochen zu informieren und das weitere Vorgehen zu besprechen. Es sind einige Aktionen geplant, bei denen Unterstützung gebraucht wird. Kommt möglichst zahlreich und lasst uns für unsere Rechte kämpfen, damit endlich Schluss ist mit Stellenabbau und Lohndumping!

Opel-Verschenkung an Putin geplatzt: Wie sollte die Regierung nachweisen, dass sie keinen politischen Druck ausgeübt hat? *(„Frankfurter Allgemeine“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

252. Bremer Montagsdemo am 26. 10. 2009

Pflege in Deutschland

Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren?
Oft hört man die Menschen sagen:
„Liebe, die geht durch den Magen!“
Im Heim, der Pfleger macht die Essensronde,
Gefüttert wird per Magensonde!
Es mangelt ihm an Zeit und Mut.
Die Forderung an ihn:
„Hauptsache, der Profit wird gut!“

Jeder Mensch wird einmal alt,
Bei diesem Gedanken wird mir kalt!
Und geht’s in meine letzte Ronde,
Erspar mir bloß die Magensonde!
Lass mich dann in Würde sterben,
Denn denke immer dran:
„Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren!“

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Überflüssige Landespolitbildungszentrale: Wozu braucht Bremens Oberzensor Wulfekuhl eine Villa am Osterdeich? *(„Bild“-Zeitung)*

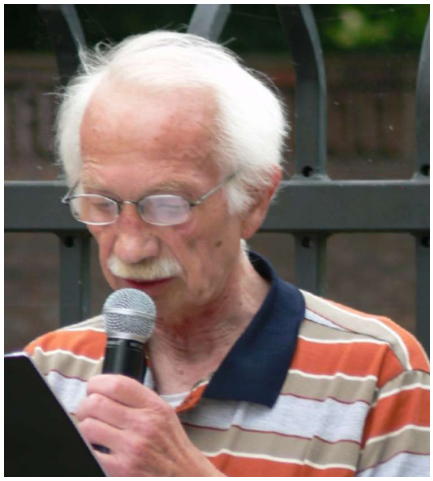
Schwer enttäuscht

Von den 3.500 Teilnehmer(inne)n der diesjährigen bundesweiten Montagsdemo gegen Hartz IV in Berlin war „Die Linke“ nur mit gerade mal einer Handvoll Leute vertreten, obwohl sie von ihrer Mitgliederzahl mit Sicherheit eine Menge mehr auf die Beine stellen könnte. Ich erwähne dies nicht, weil ich etwa einen besonderen Groll gegen diese Partei hätte, sondern weil mir in unserer Beratung viele Hartz-IV-Betroffene begegnet sind, die die Wahlslogans der „Linken“ ernst genommen haben und in ihrer Hoffnung, durch diese Partei vertreten zu werden, ihre Stimme der „Linken“ gegeben haben. Da ist die allzu magere Präsenz dieser Partei auf der jährlich stattfindenden Berlin-Demonstration einer – oder besser gesagt – *der* traditionellen Anti-Hartz-IV-Bewegung, deren Aktivist(inn)en in über 100 Städten Deutsch-

lands, seit Jahren allen Widrigkeiten trotzend, jeden Montag ihren Widerstand gegen die unmenschliche Agenda-2010-Politik der Regierungen seit Schröder leisten, nur als beschämend anzusehen!

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Den Hetzern die Daumenschrauben anziehen!



Bremens Sarrazin heißt Oliver Möllenstädt. Dieser feine Herr aus der FDP handelt in der „besten“ Tradition von Wolfgang Clement und Konsorten, die gleich zu Beginn von Hartz IV die Betroffenen mit unsäglichen und bösartigen Diffamierungskampagnen überzogen. Ziel war schon damals, sie als „faul“ und „unflexibel“ hinzustellen, um sie noch weit besser als bisher kontrollieren und sanktionieren zu können.

Bei Hartz-IV-Kunden müssten endlich „die Daumenschrauben angezogen“ werden, tönt der FDP-Mann menschenverachtend. Und weiter: Viel zu selten würden im Stadtstaat Sanktionen eingesetzt. Es müsse endlich Schluss sein mit dem „Kuschelkurs“. Mit solchen flotten Sprüchen handelt sich der Ehrgeizling Möllenstädt sicherlich das Wohlwollen der neoliberalen Betonköpfe in den Parteien und erst recht die Zustimmung der Handelskammer ein. Der einzige nennenswerte Protest kam außer von der Montagsdemo dankenswerterweise von der Bremer „Linken“!

Möllenstädt ist nicht irgendwer. Er ist als Bürgerschaftsabgeordneter zugleich auch Landesvorsitzender seiner Partei. Man sollte daher annehmen, dass er weiß, was er sagt und warum er es sagt. Schwarz-Gelb in Berlin will schließlich den größten und schlimmsten Sozialabbau in der Geschichte durchziehen, und dafür wird in Bremen schon mal die Stimmung getestet!

Wo bleiben eigentlich Unmut und Protest des Bremer DGB, wo doch Helga Ziegert in Sonntagsreden so gern und oft soziale Gerechtigkeit beschwört und dabei manchmal sogar die Probleme der Erwerbslosen streift? Liebe Frau Ziegert, wir appellieren an Sie: Denken Sie bitte öfter an das Schicksal der Hartz-IV-Betroffenen! Setzen Sie sich intensiv auch für deren Belange ein! Fassen Sie sich ein Herz und blasen Sie dem Herrn Möllenstädt mal ordentlich den Marsch! Unsere Unterstützung haben Sie!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Grundrecht auf menschenwürdige Existenz erst vom Gericht gewährt?

1. Sollten da etwa soziale Absichten vom schwarz-gelben Gruselkabinett zu hören sein? Das **Kindergeld** und der Kinderfreibetrag sollen auf jeden Fall erhöht werden. Die Darstellung des CSU-Politikers Norbert Geis, wonach die Koalition bereits beschlossen habe, dass das Kindergeld auf 200 Euro und der Kinderfreibetrag auf 8.004 Euro steige, wurde zurückgewiesen. Bloß nicht konkret werden oder zu viel versprechen! Im Moment bekommen Eltern für das erste und zweite Kind je 164, für das dritte 170 und für jedes weitere Kind 195 Euro. Ach, wie können sich die Familien über etwas mehr finanzielle Unterstützung freuen! *Alle* Eltern sollen von diesem Geldsegen selbstredend nicht überschwemmt werden. So werden die armen Familien, die das Geld am nötigsten gebrauchen könnten, natürlich leer ausgehen und wie üblich ausgegrenzt. Ihnen wird jeder zusätzliche Cent Kindergelderhöhung vom kargen Regelsatz für ihre Kinder abgezogen, und an einen Kinderfreibetrag kommen sie gar nicht erst heran!

2. Die soziale Situation in Deutschland, diesem reichen Land, ist überaus beschämend, wenn die Ausgestaltung des Grundrechts auf eine menschenwürdige Existenz erst vor dem obersten Gericht verhandelt werden muss! In der letzten Woche wurde über die **Hartz-IV-Regelsätze** von Erwachsenen und Kindern beim Bundesverfassungsgericht verhandelt. Die sehr berechtigten Forderungen der Erwerbslosenbewegung, der Sozialverbände und der Linkspartei nach einer umfassenden Erhöhung der Sozialleistungen bei den Grundsicherungen prallten sowohl an der rot-grünen Bundesregierung als auch an der Großen Koalition ab wie Wassertropfen an einem Fettfilm. Vom schwarz-gelben Gruselkabinett ist leider auch nicht zu erwarten, dass sich ohne richterliche Anordnung auch nur das Mindeste in Richtung sozialer Gerechtigkeit regen würde. In der Natur ist eine unterschiedliche Oberflächenspannung für das Abperlen der Wassertropfen zum Beispiel von Geier-, äh, Vogelfedern verantwortlich. Ob sich die Politiker diese Eigenschaft abgeguckt und sich ein dickes Fell beziehungsweise Federkleid zugelegt haben, um menschliche Fähigkeiten wie Empathie und Gerechtigkeitssinn einfach ablegen zu können?

Leider kommt das Arbeitslosengeld mit durchschnittlich 649 Euro für eine Einzelperson nicht an eine Grundsicherung heran, weil die Armutsrisikogrenze nach dem „sozio-ökonomischen Panel“ des „Deutschen Instituts für Wirtschafts-

forschung“ 891 Euro für einen Alleinstehenden beträgt. Weil Kinder nicht einfach nur eine jüngere und kleinere Ausgabe von Erwachsenen sind, sondern ganz andere Bedürfnisse haben, lässt sich ihr Bedarf nicht einfach durch prozentuale Abschläge von Erwachsenenregelsätzen herleiten. Selbst die „Errechnung“ des Bedarfs für erwachsene Erwerbslose kommt nun auf den Prüfstand, weil der Gesetzgeber bei der Bemessung des Existenzminimums ausgesprochen schludrig verfahren ist. Inzwischen darf wohl von einer *Schätzung* gesprochen werden, die sich als Berechnung tarnt! Um das Existenzminimum zu ermitteln, befragte das Statistische Bundesamt eine Stichprobe der ärmsten zwanzig Prozent der bundesdeutschen Haushalte. Davon wurden dann noch einmal Werte von Gebrauchsgegenständen wie Pelzmänteln, die bekanntlich jeder ALG-I-Bezieher standardmäßig im Kleiderschrank hängen hat, abgezogen. Aus Pi mal Daumen minus X ergab sich dann Hartz IV. Ob sich die ALG-II-Bezieher tatsächlich normalerweise regelmäßig Pelzmäntel und Maßkleidung zulegen, was ihnen nicht zusteht, das prüfte der Gesetzgeber leider nicht.

Sozialhilfeempfänger sind von dieser Befragung ausgeschlossen, damit keine „Selbstreferenz“ entsteht, was die Ergebnisse verfälschen würde. Genau dies scheint den Angaben zufolge jedoch passiert sein. Laut einem Gutachten, das einer der Kläger nun vorgelegt hat, haben 52 Prozent dieser Referenzhaushalte angegeben, keine Rundfunkgebühren zu bezahlen. Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass die Vergleichsgruppe eben doch zur Hälfte aus Sozialhilfeempfängern bestand, die von GEZ befreit sind. Dadurch wäre auch zu verstehen, warum trotz aller plausiblen Erklärungen der Stichprobe seitens der rot-grünen und schwarz-roten Regierungen der Eckregelsatz nie reichte. Es besteht aber auch der Verdacht, dass jahrelang Hartz-IV-Bezieher und womöglich schon vorher Sozialhilfebezieher systematisch betrogen wurden. Ich kann mir gut vorstellen, dass hier mit Vorsatz gearbeitet wurde! Es sieht ganz danach aus, dass ALG-II-Bezieher vom Staat hintergangen wurden und nicht etwa umgekehrt, wie es ihnen permanent zu Unrecht unterstellt wird! Nun muss das Verfassungsgericht prüfen, ob die Bedarfssätze mit Hilfe falscher Basisinformationen kalkuliert wurden. Eine ausführliche Berechung und Begründung für einen höheren Eckregelsatz wurde durch das „Erwerbslosenforum Deutschland“ im Oktober 2008 im Auftrag des Klägers erstellt, der die hessische Vorlage fürs Bundesverfassungsgericht erwirkt hatte.

3. Nur einen Tag nach der mündlichen Verhandlung in Sachen Hartz IV vor dem Bundesverfassungsgericht erdreistet sich das „Institut der deutschen Wirtschaft“, vor höheren Hartz-IV-Regelsätzen zu warnen, insbesondere bei Kindern. Schon wieder wird gebetsmühlenartig das Mantra vom Lohnabstandsgebot heruntergeleiert, wonach es sich dann für einige Familien nicht mehr lohne zu arbeiten! Da wird einfach behauptet, dass der eine oder andere seinen Job aufgeben würde, weil für ihn das ALG II ausreichend sei. Seit wann kann das ALG II denn jemals ausreichen? Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ kritisiert scharf, dass

das Institut einerseits vor einem menschenwürdigen Existenzminimum warnt und gleichzeitig zugibt, dass die Wirtschaft existenzvernichtende Löhne zahlt.

„Nachdem Politik und Wirtschaft nun nicht mehr abstreiten können, dass Hartz IV irgendetwas mit einem menschenwürdigen Existenzminimum zu tun hat, warnt die Wirtschaft nun vorsorglich vor zu hohen Staatsausgaben und führt als Bedrohungsszenario undankbare ‚Hartz-IV-Kinder' und deren Eltern vor, die dann ihre Arbeit aufgäben und Stütze kassierten. Dabei sind es die menschenunwürdigen Gehälter, die Menschen von ihrer Arbeit nicht vernünftig leben lassen! Das Bedrohungsszenario für die Gesellschaft ist die Wirtschaft selbst, die die Menschen unterbezahlt und indirekt durch Hartz IV abkassiert. Unter Menschenwürde verstehen wir ein Nettogehalt für einen Single, das über dem Pfändungsfreibetrag von 990 Euro liegt. Deshalb sind 10 Euro **Mindestlohn** das Mindeste", so Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerbslosenforums Deutschland".

4. Letzte Woche verkündete der Bundesgerichtshof in Karlsruhe, dass verspätete Mietzahlungen der Jobcenter für Arbeitslosengeld-II-Bezieher einen Vermieter nicht zur fristlosen Kündigung berechtigen. Nach der Entscheidung kann ein Mieter nicht für das Versäumnis der staatlichen Stelle verantwortlich gemacht werden. In der Verhandlung sprach der Vorsitzende Richter des Karlsruher Mietsenats, Wolfgang Ball, jedoch von einem „unverständlichen Verhalten" der Jobcenter. Es sei ihnen ohne weiteres möglich, für eine fristgerechte Überweisung der Miete zu sorgen. Es zeigt sich nur ein erster Vorgeschmack dessen, was geschehen wird, wenn dich die neoliberale Bundesregierung mit ihren Plänen durchzusetzen versuchen wird, dass die Kosten für die Unterkunft von den argen Argen direkt an den Vermieter gezahlt werden sollen. Am Rande der Verhandlung in Karlsruhe wurde bekannt, dass es immer wieder zu **Zahlungsverzögerungen** der Jobcenter kommt (Aktenzeichen VIII ZR 64/09). Leider könnte es dann möglicherweise den Nebeneffekt bekommen, dass ALG-II-Bezieher es noch schwerer bei der Wohnungssuche haben!

5. Das schwarz-gelbe Gruselkabinett will das **Gesundheitssystem** ab 2011 radikal umbauen. Waren es nicht die freien Radikalen, die Krebs auslösen können? Die gesetzlichen Krankenkassen sollen wieder mehr Freiheit bei der Festlegung ihrer Beiträge bekommen. Wir können uns sicher alle gut das Ausmaß der Freiheit für die einen Kassen vorstellen, die vornehmlich junge und gesunde Besserverdiener versichern, und für die anderen Kassen mit den minimalen Gesundheitsleistungen, wo dann diejenigen hingehen müssen, die sonst keiner aufnimmt. Ganz ungleichseitig soll der Arbeitgeberanteil eingefroren, aber den Arbeitnehmeranteil als einkommensunabhängige Pauschale gestaltet werden. Durch die Hintertür schleicht sich so die verschmähte asoziale Kopfpauschale hinein, ohne allerdings so genannt zu werden. Ein Manager soll dann ebenso viel bezahlen wie eine Reinigungskraft. Damit wird das Ende der Solidarität eingeläutet. Offenbar wird hier ein Generalangriff zur restlosen Vernichtung jedes sozialen Denkens in der Bun-

desrepublik gestartet. Die Kopfpauschale ist sicherlich schlimmer als die Praxisgebühr, egal, wann sie gezahlt wird. Hier wird die soziale Spaltung noch weiter vertieft. Auch wenn es angeblich einen Sozialausgleich für Versicherte mit kleinem Einkommen aus Steuermitteln geben soll, so ist höchste Alarmbereitschaft angesagt, denn diese Bundesregierung bedient nur ihre eigene Wahlklientel!

6. Wie bereits im Juni steht nun im „Weser-Kurier“ zu lesen, dass Bremen 350 neue Plätze bei Tagesmüttern schaffen will, um bis 2013 die vom Bund vorgesehene Betreuungsquote Unterdreijähriger zu erfüllen. Senatorin Rosenkötter freut sich, dass nun auch Frauen wieder Arbeit bekämen. Diese ist vor allem erneut so schlecht bezahlt und immer noch am Tropf der Verfolgungsbetreuung hängend, bis vielleicht der Weg in die Selbstständigkeit klappt – oder auch nicht. Wahrlich toll, wenn gelernte Erzieherinnen mit den in 180 Stunden „ausgebildeten“ Tagesmüttern in die Selbstständigkeit in Großtagepflegestellen gehen können! Super, durch die neue Regelung und der allumfassenden Schulung ist **Tagesmutter** auf einmal ein richtiger Beruf geworden! Wozu drei bis vier Jahre Ausbildung absolvieren, wenn das „umfassende“ Wissen übers Kind doch auch in ein paar Wochen „erarbeitet“ werden kann? Dann können die Erzieherschulen doch glatt dichtmachen. Tagesmütter sind auf jeden Fall noch günstiger als Erzieherinnen, obwohl deren Gehalt schon sehr bescheiden ausfällt. Für seine Kinder will Bremen eben nicht so viel Geld ausgeben. Das steckt es doch lieber in prestigeträchtigere Projekte!

7. In der Tat fällt **Armut** nicht vom Himmel, sondern ist hausgemacht. Christoph Spehr beschreibt, wie durch die ungleiche Verteilung von Arbeit und die Höhe der Stundenlöhne das System aus Massenarbeitslosigkeit, Arbeitszeitverlängerung und stagnierenden Löhnen den Unternehmen allein im Land Bremen circa drei Milliarden Euro jährlich einspart. Wenn der Staat dann im Land Bremen etwa 600 bis 700 Millionen Euro für das System Arbeitslosigkeit ausgibt, dann fehlt dieses Geld logischerweise der breiten Bevölkerungsschicht, und Armut wird geradezu herangezüchtet. Die von Armut Betroffenen zergliedern sich in Erwerbslose und Niedriglöhner mit ihren Familien, Rentner, alleinerziehende Frauen mit ihren Kindern, Asylbewerber, chronisch Kranke und Wohnungslose. Es werden täglich mehr. Armut entsteht zunächst nicht ursächlich aus „Lebenslagen“, und Massenarmut und Massenarbeitslosigkeit lassen sich nur auf Bundesebene angreifen! Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung, höhere Besteuerung von Gewinnen und Vermögen, Abschaffung von Hartz IV und eine radikale Stärkung von Arbeits- und Beteiligungsrechten der Beschäftigten müssten die Antwort sein. Doch auch die Landesregierung ist gefragt. Sie kann und muss das tun, was auch mit begrenzten Mitteln möglich ist.

Meiner Meinung nach müsste die Abschaffung von Hartz IV an erster Stelle stehen, um mit der Armutsbekämpfung auch wieder zur Menschenwürde zurückzukehren! Erst dann kann bei Arbeit, Arbeitszeitverringerung, Bildung, Reichen-

und Unternehmenssteuern ins Detail gegangen werden. Ein-Euro-Jobs müssten als sittenwidrig und wegen der Verschwendung von Steuergeldern und Vernichtung von Arbeitsplätzen verboten werden! Es ist sicher möglich, einen Teil dieses Geldes durch Umsteuerung im Haushalt bereitzustellen, wenn der politische Wille dafür da ist. „Armutsbekämpfung geht vor Haushaltssanierung“. So gibt Bremen dreimal so viel Landesmittel für Polarforschung aus wie für Beschäftigungspolitik, 46 Millionen Euro Landesmittel für Forschungsförderung überhaupt, aber keinen müden Euro davon für Forschung zu Arbeit oder Armut. Ohne Prestige läuft hier wohl gar nichts! Es scheint einfach nicht gewollt zu sein, die Armut ursächlich zu bekämpfen, weil dadurch der Mainstream in Frage gestellt werden müsste.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“ sowie „Scharf links“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

253. Bremer Montagsdemo am 02. 11. 2009

Kurzarbeit ist *das* Vehikel zum Überstehen der Krise

Die Bagis, die Bremer Arge, hat in einer Anzeige im „Weser-Report“ darauf hingewiesen, dass jedem ALG-II-Bescheid eine Bescheinigung für die Gebühreneinzugszentrale beigefügt ist. Diese kann mit dem Befreiungsantrag an die GEZ geschickt werden. Eine Kopie des ALG-II-Bescheids muss nicht mehr eingereicht werden. Allerdings wird bei einem Zuschlag nach § 24 SGB II diese Bescheinigung nicht erstellt. Hierin liegt eine erneute Lücke.

Der Zuschlag nach § 24 wird nur gezahlt, wenn vorher Anspruch auf ALG I bestand. Er wird für zweimal zwölf Monate gezahlt, soll den Sturz ins ALG II abfedern und wird daher auch Armutsgewöhnungszuschlag genannt. Wer nur einen geringen Zuschlagsbetrag erhält, sollte trotzdem die Befreiung von der **Rundfunkgebühr** beantragen und eine Kopie des Bescheides beifügen, aus welcher der geringe Zuschlag ersichtlich ist. Abgeben bei „Radio Bremen“. Der Pförtner kann den Originalbescheid einsehen und die Abgabe durch Stempel auf der Kopie bestätigen. Bei einer Ablehnung bitte mit den Unterlagen vorbeikommen – wir gehen mit!

Wichtig ist, dass bei einer Verzögerung des Bescheides die Befreiung beantragt wird, ohne auf diese Bescheinigung zu warten. Dies kann formlos geschehen. Die Unterlagen werden nachgereicht. Die Befreiung kann nur im Voraus beantragt werden. Daher möglichst frühzeitig den Antrag stellen. Für die Bezieher von Grundsicherung oder Sozialhilfe werden diese Bescheinigungen für die GEZ noch immer nicht den Bescheiden beigefügt.

2. „Wir schaffen einheitliche Kündigungsfristen im **Mietrecht**, dies dient der besseren Übersichtlichkeit“, so ähnlich verkündete es die FDP. Im „Weser-Kurier“ vom 1. November 2009 steht: Der Koalitionsvertrag sieht einschneidende Änderungen im Mietrecht vor. Die Mieter können künftig mit einer dreimonatlichen Kündigungsfrist vor die Tür gesetzt werden. Bisher musste der Vermieter bei langfristigen Mietverträge eine Kündigungsfrist von neun Monaten einhalten. Es stehen noch

weitere Änderungen an, zum Nachteil der Mieter. Die Zahlung der Miete für ALG-II-Betroffene durch die Argen an den Vermieter dürfte jedoch vom Tisch sein. Zu den geplanten Änderungen will der Mieterbund diese Woche Stellung nehmen.

3. Das Komitee „Wir sind der GHB“ ruft zum Widerstand auf. Der Gesamthafenbetriebsverein hat massenweise Kündigungen ausgesprochen und die Arbeitsbedingungen radikal verschlechtert. Am 31. Oktober 2009 hat der „Weser-Kurier“ geschrieben, dass die Hafenarbeiter protestieren. Es wurde auf die Demo am selben Tag hingewiesen und die Entscheidung des Arbeitgebers wie folgt begründet: „Weil mit Einzug der Krise kein Geld mehr reinkam, leerte sich die einst mit knapp 20 Millionen Euro prall gefüllte GHB-Garantielohnkasse rapide. Ohne Entlassungen hätte das Ende des Traditionsunternehmens gedroht.“

Dies ist nicht richtig! Durch **Kurzarbeit** wäre der gleiche Effekt erzielt worden. Bei Kurzarbeit werden die Lohnkosten durch die Bundesagentur für Arbeit übernommen, mit Weiterbildung auch die Sozialversicherungsbeträge des Arbeitgebers. „Für einen Stundenlohn von acht statt zuvor 18 Euro“ hätte ein Betroffener sogar weiterarbeiten können, in Bremen statt in Bremerhaven, im Hochregallager statt im Hafen. Die Fahrkosten hätte er selbst bezahlen müssen! Die Klagen vor dem Arbeitsgericht laufen langsam an, aber es ist der richtige Weg. Leider hat die Gewerkschaft diesen Sozialplan mitgetragen.

Am Tag davor hat der „Weser-Kurier“ berichtet: „Metallbranche hält ihre Mitarbeiter“. Der Präsident des „Nordmetall-Verbandes“ lobt den Bremer Senat: „In Bremen sei das Problem gut gelöst worden, berichtet Herr Kramer. Da werde regelmäßig in großer Runde beim Senat mit Banken, Unternehmen, Gewerkschaften über die Lage und mögliche Lösungen gesprochen.“ Um so unverständlicher der Umgang mit den Hafenarbeitern! Der Hafen in Wilhelmshaven wird später fertig. Wird er nicht gebraucht?

In Wilhelmshaven werden mit 100 Prozent Förderung Erwerbslose zum Hafenarbeiter weitergebildet. Hat die Bremer Hafenwirtschaft daher keine Sorge um Fachleute? Die „Bremer Lagerhaus-Gesellschaft“ hat ebenfalls zum Angriff auf die Arbeitnehmerrechte geblasen. Die Krise dient als Vorwand für die sprunghafte Reduzierung der Lohnkosten. Ich hoffe darauf, dass die Gewerkschaft diesmal die Belegschaft stützt und die Probleme über Kurzarbeit gelöst werden. Beim Arbeitgeber bleiben so nur die Kosten für Urlaub und die Sonderzahlungen. Alle anderen Lohnkosten werden von der Bundesagentur für Arbeit übernommen. Dies reicht nicht für eine Begründung von Entlassungen!

Keiner kennt den Ausgang dieser Krise! Deshalb kann auch keine Aussage über die künftige Beschäftigung getroffen werden. Daher Kurzarbeit statt Kündigung! Falls es nicht läuft, den Eigentümer aufsuchen: den Senat der Freien Hansestadt Bremen! Am 2. November 2009 schrieb der „Weser-Kurier“: „Kurzarbeit ist kein Allheilmittel“. Ist dies erneut die Verteidigung der „Bereinigung“ durch Entlassung? Kurzarbeit ist *das* Vehikel zum Überstehen der Krise. Wenn der Gesetzgeber den Arbeitnehmern genauso helfen würde wie den Bankvorständen, wäre

Kurzarbeit ein noch besseres Mittel! Allheilmittel gibt es sowieso nicht. Insofern ist bereits die Überschrift leider richtungweisend!

4. Am 30. Oktober 2009 schrieb der „Weser-Kurier“ über die drohende „Nullrunde für **Rentner**“: „Wegen der massenhaften Kurzarbeit dürfte die für die Rentenberechnung maßgeblich Lohnsumme voraussichtlich zurückgehen.“ Am Tag darauf hat der „Weser-Kurier“ das Thema nochmals aufgegriffen: „Rentenerhöhung stark gefährdet“. Die Krise will die Rentenversicherung mit den Rücklagen von knapp 16 Milliarden Euro überstehen. Der Beitragssatz bleibt stabil. Die Rentner müssen keine Minusrunde befürchten, aber eventuell eine Nullrunde.

5. Das Versandhaus Quelle wird aufgelöst. Dies zeigt schmerzlich eine Systemlücke: Kein Unternehmer ist zur Aufrechterhaltung des Unternehmens verpflichtet. Die Fortführung eines Betriebes kann nicht erzwungen werden. Die logische Folgerung: Wenn ein Unternehmer gehen will, so soll er gehen! Alle positiven Betriebsmittel, Patente et cetera fallen der Belegschaft zu, wenn diese den Betrieb weiterführt, alle Aktiva, die zum **Betriebsvermögen** gehören, egal, in welcher Firma sie aktiviert sind oder an welche Firma sie übertragen oder verkauft wurden. Die Schulden verbleiben dem bisherigen Inhaber! Wir erhalten so die Voraussetzungen für eine friedliche Zukunft!

6. „Elena“ lässt grüßen! „Elena“ startet am 1. Januar 2010. Ein sympathischer Name, doch es geht nicht um die nette Frau von nebenan! „Elena“ ist eine Datenbank bei der Rentenversicherung. Jeder Arbeitgeber hat ab 2010 monatlich die entgeltbezogenen Daten an „Elena“ zu übermitteln. Dank „Elena“ kann jederzeit festgestellt werden, wer wo arbeitet, wer welche Tätigkeit ausführt, wer in welchem Umfang arbeitet (in Teil- oder Vollzeit oder als Aushilfe), wer welche Vorbildung hat, wer wie viel Geld verdient, wer einen befristeten Arbeitsvertrag hat, wer in unbezahltem Urlaub oder arbeitsunfähig erkrankt ist und wer kein Geld erhält. All dies geht aus den bisherigen Schlüsselzahlen hervor.

„Elena“ wird ausgebaut! Allerdings ist inzwischen beschlossen, dass jeder Fahnder zur „Terrorbekämpfung“ jede Datenbank „einsehen“ kann. „Terror“ ist überall zu vermuten! Viele geplante Datenbanken wurden inzwischen umgesetzt. Dass Ausmaß wird auch durch die aktuellen Datenpannen erahnbar. Vorangegangen sind **Datenpannen** unter anderem bei der Telekom.

7. „Ich habe 60 Jahre gearbeitet. Es gibt Familien, die in dritter Generation Sozialhilfeempfänger sind und noch nie im Leben etwas für unsere Gesellschaft geleistet haben.“ So ein stolzer Unternehmer im „Weser-Kurier“ vom 1. November 2009, dessen Lebenswerk beeindruckend ist. Ich habe mit zehn Jahren keine Schrauben für meinen Vater sortiert. Der hatte keinen Betrieb. Ich habe mit sechs Jahren begonnen, für die Familie einzukaufen, im Hauhalt mitzuhelfen und den Kleingarten zu beackern. Wäre meine Familie auf Sozialhilfe angewiesen, wäre es trotz-

dem kein Beitrag zur Gesellschaft gewesen? Dies zeigt, die Begriffe verwischen sich. Bezahlte **Arbeit** ist knapp, absolute Mangelware! „Bückware“ hieß das in der ehemaligen DDR.

8. Unsere letzte Demo in Berlin war allein schon durch die Art der Polizeipräsenz entspannter. Anders als bei den fünf vorangegangenen bundesweiten **Montagsdemonstrationen** waren die Polizisten nur in geringer Zahl und in normaler Uniform anwesend. Ihre Arbeit beschränkte sich auf die Verkehrsführung. Selbst die Bereitschaftspolizei war ohne Kampfausrüstung erschienen und nur auf der Auftaktveranstaltung präsent. Wahrscheinlich hat ein früherer Vorfall die Polizeiführung nachdenklich gemacht. Das Aufschaukeln von Stimmungen und die Verunsicherung war Gegenstand der Veranstaltung „Gewalt auf Demonstrationen – Ursachen der Eskalation“. Ein Namensschild für jeden Polizisten ist ein Schritt in die richtige Richtung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Die Hasspredigt vom Versaufen des Geldes für die Kinder

1. In Brandenburg beschlossen SPD und „Die Linke“ bei ihren Koalitionsverhandlungen eine umfangreiche Arbeitsplatzvernichtung: Bis 2019 soll die Zahl der Stellen in der Landesverwaltung um rund 12.000 auf 40.000 gesenkt werden, wobei aber auf „betriebsbedingte“ **Kündigungen** verzichtet werden soll. Ministerpräsident Matthias Platzeck geht davon aus, dass der Personalbestand durch „natürliche Fluktuation“ bis 2019 auf 36.000 zurückgehen werde. Dennoch sei es geplant, in der neuen Legislaturperiode 1.250 neue Lehrer und rund 1.000 zusätzliche Erzieher einzustellen. Mit diesen Worten soll augenscheinlich die Tatsache, dass in Brandenburg jede fünfte Stelle im Öffentlichen Dienst gestrichen werden soll, verniedlichend umnebelt werden. Glaubt die Landesregierung, dass die Bevölkerung verlernt habe zu rechnen? Es bleibt bei einem Jobkahlschlag, auch wenn dann zehn Prozent der verschwundenen Stellen wieder besetzt werden sollen!

2. Offenbar bahnt sich schon wieder ein neuer **Datenskandal** in der deutschen Wirtschaft an, diesmal im Hause Daimler. Laut NDR-Informationen verlangt der Autokonzern Blutproben von Stellenbewerbern. Dabei sei potentiellen Mitarbeitern Blut abgenommen worden, obwohl sie noch keine feste Zusage für eine Arbeitsstelle hatten. Arbeitsrechtler und Datenschützer sind empört. Das Unternehmen weist die Vorwürfe zurück: Natürlich handle der Konzern vollkommen uneigennützig im Interesse der möglichen Mitarbeiter, weil nur ärztlich untersucht werde, ob der Bewerber für die Stelle, für die er sich beworben hat, auch geeignet sei. Inwiefern der Bluttest Auskunft über die erforderliche Qualifikation im Sinne von einem Gesellenbrief oder handwerklicher Geschicklichkeit gibt, bleibt der Lesefähigkeit des medizinischen Personals vorbehalten.

Rein theoretisch können Jobsuchende den Bluttest ablehnen, aber praktisch brauchen sie sich dann gar nicht erst zu bewerben. Ich halte es für ein Ammenmärchen, dass Daimler hier lediglich seiner Fürsorgepflicht für die Angestellten nachkommen und herausfinden wolle, ob jemand zum Beispiel an Diabetes erkrankt sei und deswegen auf geregelte Schicht- und Arbeitszeiten geachtet werden müsse. Als ob diese Person dann eingestellt würde! Ich vermute, dass genau diese Betroffenen auf solche Art und Weise herausgefiltert werden sollen. Abgesehen davon kommt diese Pseudo-Fürsorgepflicht einer Bevormundung von erwachsenen Bewerbern gleich, die durchaus selbst dazu in der Lage sind, auf ihre Gesundheit zu achten! Eine weitere Möglichkeit für solche Untersuchungen wäre natürlich die Suche nach einem neuen Treibstoff wie Benzin oder Strom.

3. Nach dem Wahlversprechen von CDU und FDP sollen alle Bürger „mehr Netto vom Brutto“ behalten können. Es mag zwar Herrn Westerwelle die Zornesröte auf die Wangen treiben, wenn er hören muss, dass in Wirklichkeit die Geringverdiener dabei draufzahlen, aber er sollte sich schon mit der Realität vertraut machen, bevor er sich zu solch unwahren Äußerungen versteigt, wie eben jener, dass die FDP ein Herz für die „kleinen Leute“ habe. Weil die Sozialabgaben voraussichtlich steigen, werden logischerweise Beschäftigte mit niedrigem Einkommen stärker belastet, als dass sie durch die Steuer entlastet werden können. Weil über elf Prozent der Arbeitnehmer mit ihrem Niedriglohn nur zwei Drittel eines Durchschnittverdienstes erhalten, lässt sich auch kaum noch von einer kleinen Minderheit sprechen. Weil **Steuern** erst ab einem Jahreseinkommen von knapp 8.000 Euro anfallen, haben Geringverdiener häufig keine oder nur wenige Abzüge. Aber die Erhöhungen für Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge dürfen Geringverdiener natürlich bereits ab dem ersten sozialversicherungspflichtigen Euro berappen!

Zusätzlich zu den heute schon zu leistenden Abgaben will das schwarzgelbe Gruselkabinett für alle Bürger eine private Pflegeversicherung zur Pflicht machen. Mit der monatlichen Mehrbelastung von ungefähr 20 bis 40 Euro behalten die Arbeitnehmer eindeutig *weniger* Netto von ihrem Brutto! Hier soll der Wunsch der privaten Versicherer von der Union und FDP bedient werden. Bei

der Krankenversicherung soll der Arbeitgeberanteil auf sieben Prozent des Bruttoeinkommens eingefroren werden und die Krankenkassenbeiträge wahrscheinlich als Kopfpauschale unabhängig vom Einkommen gezahlt werden. Wenn die kommunalen Müllentsorgungs- und Abwasserunternehmen in Zukunft ebenfalls 19 Prozent Mehrwertsteuer zahlen müssen und diese Kosten selbstverständlich an die Privathaushalte weitergeben werden, dann kommen auf diese zusätzliche 150 Euro jährlich dazu. Hier kommt wohl mehr als das Solidaritätsprinzip zu kurz, wenn die FDP nur ihre ureigene Klientel bedient! Was nützt den Menschen mehr Netto von einem immer geringeren Brutto? Meiner Meinung nach steht die Zornesröte Herrn Westerwelle gar nicht gut zu Gesicht, denn darin müsste ihm vielmehr die Schamesröte aufsteigen, wenn er noch über ein Gewissen verfügen sollte!

4. Frau Merkel wies die Kritik an dem ab 2013 geplanten Betreuungsgeld für Kinder zurück und sagte, eine „Zweckentfremdung“ seitens der Eltern könne verhindert werden, wenn beispielsweise den Beziehern des ALG II Gutscheine für Kultur oder Bildung angeboten würden. Die Bundeskanzlerin distanzierte sich von der Unterstellung des Bezirksbürgermeisters von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, dass das Geld von der Unterschicht ohnehin „nur versoffen“ werde. Dies sei „nicht ihre Sprache“. Natürlich ist Frau Merkel dazu in der Lage, dieselbe Bezichtigung erheblich manierlicher auszudrücken, beherrscht sie doch den elaborierten Code! Ob nun mit vornehmem Mäntelchen oder ohne: Die **Stigmatisierung** von Hartz-IV-Betroffenen bleibt unerträglich bestehen! Wie soll es sonst verstanden werden, dass an wohlhabende Familien familienpolitisch völlig sinnlose Geldgeschenke verteilt werden, Hartz-IV-Betroffenen aber die gleiche Fähigkeit zur Erziehung ihrer Kinder abgesprochen wird?

Die Idee mit dem Betreuungsgeld ist ohnehin nichts weiter als eine Sparmaßnahme, weil Krippenplätze ungleich teurer sind. Natürlich wären viele Eltern dazu gezwungen, von diesen zusätzlichen 150 Euro den Lebensunterhalt ihrer Kinder zu bestreiten, eben weil die Regelleistung für Kinder dermaßen zu niedrig ist, dass sie etwa um diesen Betrag erhöht werden muss. Allen Hasspredigern, die damit vom Scheitern ihrer Politik ablenken wollen, empfehle ich, mal ein halbes Jahr von den ultrabescheidenen Regelsätzen zu vegetieren! Anschließend können sie ihre vorlaute Klappe mit Bedacht sorgsam verschließen. Wie ich gehört habe, soll der Alkohol unter leitenden Angestellten und Konsorten recht munter fließen. Sollte deswegen eine pauschale Forderung erhoben werden, dass zum Beispiel Abgeordneten zur Missbrauchsvorbeugung anstelle der Diäten lieber Gutscheine ausgegeben werden sollten?

5. Offiziell meldeten sich seit Ausbruch der Wirtschaftskrise vor einem Jahr 3,258 Millionen Menschen in Deutschland neu arbeitslos. Das seien 17,8 Prozent mehr als im Jahreszeitraum zuvor. Die Leiharbeiter waren hier erwartungsgemäß am stärksten betroffen, verloren von ihnen 430.000 Menschen ihren Ar-

beitsplatz. Insgesamt meldete sich jeder neunte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zwischen Oktober 2008 und September 2009 arbeitslos. Ein erhebliches **Arbeitslosigkeitsrisiko** zeigt die Studie auch für Gastgewerbe sowie Land- und Forstwirtschaft mit jeweils 1,7 Prozent. Das Baugewerbe folgt mit 1,5 Prozent. Ungerechterweise trägt ausgerechnet die Branche, die die Krise verursachte, das geringste Arbeitsplatzrisiko: Mit einem Entlassungsrisiko von nur 0,2 Prozent liegen Banken und Versicherungen sogar noch besser als Gesundheits- und Sozialwesen sowie Erziehung und Unterricht mit jeweils 0,4 Prozent.

6. In seiner Sendung „Stern TV“ vom 28. Oktober 2009 berichtete Günther Jauch, dass eine werktätige Familie ohne ALG II gerade mal 150 Euro mehr zur Verfügung habe, als wenn sie nicht arbeiten würde und ALG II bezöge. Ich sah mir diese Sendung nicht an, weil ich mir schon denken konnte, was dort geschehen würde, las aber darüber. Offenbar wurde bei „Stern TV“ bewusst falsch gerechnet, um ein vorbestelltes Ergebnis zu liefern. Bei der Vergleichsberechnung des ALG II für Familie Igert wurde die Sozialleistung „Stromgeld“ in Höhe von 100 Euro mit einberechnet, die es bei ALG II aber gar nicht gibt. So wird ein um 100 Euro höherer ALG II-Anspruch und eine Differenz von nur 150 Euro gezüchtet, statt der tatsächlichen Differenz von 250 Euro zwischen ALG-II-Bezug und Einkommen. Hätten Herr Jauch und sein Team ordentlich recherchiert, wüssten sie, dass es beim ALG II kein Extra-Stromgeld gibt, sondern die Stromkosten aus der Regelleistung bezahlt werden muss! Es folgen weitere „Berechnungsfehler“, sodass der Eindruck entsteht, diese Sendung sei ausdrücklich als Bewertung zum derzeitigen, vor dem Bundesverfassungsgericht laufenden Grundsatzverfahren zur Grundsicherungspflicht des Staates und der Regelsatzhöhe des ALG II angelegt. Scheinbar soll der Eindruck entstehen, dass es Erwerbstätigen kaum besser geht als arbeitslosen ALG-II-Beziehern. Die Zuschauer werden bewusst belogen, um sie gegen die Bezieher des ALG II aufzubringen! Es lässt sich mittels der **Massenmedien** herzallerliebst manipulieren.

7. Nach Ansicht des zuständigen Bundesbeauftragten Peter Schaar lädt das Vermittlungssystem der Arbeitsagentur zum Missbrauch geradezu ein, was die BA natürlich strikt von sich weist. Schaar bemängelte, dass die Daten von Hartz-IV-Beziehern bundesweit für Tausende Mitarbeiter der BA einsehbar waren. Unglaublicherweise soll es sich dabei teils um sensible Angaben über Suchterkrankungen, Schulden und Wohnungsprobleme bis hin zu schwierigen familiären Verhältnissen handeln. Der Berliner Hauptpersonalrat sieht sogar „das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger verletzt“ und warnt seine Beschäftigten, sich nicht „einer Verletzung des Sozialgeheimnisses schuldig zu machen“. Das „Erwerbslosenforum Deutschland“ rät allen Hartz-IV-Beziehern, nur noch absolut notwenige Daten herauszugeben und beteiligten Dritten die Weitergabe von Daten zu untersagen, weil die Bundesagentur für Arbeit ein äußerst gestörtes Verhältnis zum **Sozialdatenschutz** haben scheint. Kopien sollten auf das Notwe-

nigste zu beschränkt werden, weil in den meisten Fällen eine Einsichtnahme völlig ausreiche. Martin Behrsing, Sprecher des „Erwerblosenforums“, fordert den Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden Frank-Jürgen Weise als Konsequenz für den nicht wiedergutzumachenden Schaden.

8. In der Bundesregierung scheint die FDP mit ihren unsozialen Forderungen Oberwasser zu haben und sich damit durchzusetzen! Es ist zwar nicht neu, dass die Regierung den Kündigungsschutz für Mieter kürzen will, doch nun scheint diese Forderung endlich durchgeboxt werden zu können. Nach Informationen der „Frankfurter Rundschau“ plant das schwarz-gelbe Gruselkabinett, den Kündigungsschutz für Mieter auf drei Monate zu senken. Wir wissen doch alle, wie unglaublich knapp günstige Wohnungen geworden sind und dass es Monate braucht, neuen Wohnraum zu finden, der erschwinglich ist. Offenbar soll in Kauf genommen werden, dass noch mehr Mieter in die **Obdachlosigkeit** getrieben werden! Vermieter müssen seit der großen Reform des Mietrechts 2001 für eine Kündigung, abhängig von der Dauer des Mietverhältnisses, Fristen von drei, sechs oder maximal neun Monaten einhalten. Mieterverbände warnen vor Missbrauch und kündigen Widerstand an. Bereits bei dieser Reform war der höchste Kündigungsschutz für Mieter und damit die Fristen für Vermieter von einem Jahr auf neun Monate reduziert worden. Nun sollen die Kündigungsfristen für Vermieter und Mieter „einheitlich“ werden. Kritiker fürchten sicherlich nicht zu Unrecht, dass auch solche Vermieter leichteres Spiel haben könnten, die Mietern allein mit der Absicht kündigten, mit einem neuen Vertrag eine höhere Miete für sich zu erzielen. Die Kündigungsgründe, die vorliegen müssen, bleiben aber bestehen. Da kann der Vermieter nicht einfach so kündigen, wie es ihm gefällt.

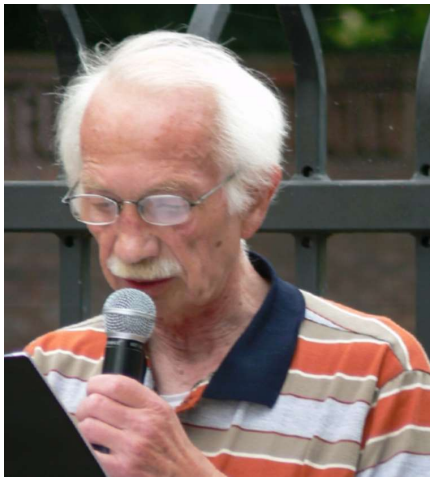
Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Als hätte man es nicht seit Monaten ahnen können: Nach dem Lohnverzicht der Beschäftigten wird Opel doch nicht an Putin verschenkt *(„Spiegel-Online“)*

Der Skandal der heimlichen Atomtransporte durch Bremen

Die „Bremer Lagerhausgesellschaft“ ist bekanntlich nicht nur mit der Verschiffung von Rüstungsgütern befasst, was schon schlimm genug ist. Sie ist auch an Atomtransporten aller Art durch Bremen beteiligt, was jedoch in aller Heimlichkeit geschieht. Das ist ein ungeheuerlicher Skandal! In den letzten fünf Jahren seien

über 2.700 Tonnen spaltbares Material umgeschlagen worden, berichtete die „Tageszeitung“ am 24. Oktober 2009.



Ein Großteil der strahlenden Fracht ging demzufolge über die Häfen des Landes Bremen. Kleinere Teile wurden ausschließlich über Straßen oder Schienen befördert. Außerdem seien mehrere Tausend Tonnen weiteren radioaktiven Materials sowie nicht spaltbaren radioaktiven Atommülls durch Bremen verschoben worden. Demnach habe es von 2004 bis 2008 insgesamt 309 Transporte gegeben, also etwa 1,2 pro Woche. Diese seien laut „Tageszeitung“ aus allen Teilen der Welt gekommen.

Meist wurde sogenanntes Uranhexafluorid durch Bremen befördert, schreibt die „Tageszeitung“ weiter. Dies stamme häufig aus den Anreicherungsanlagen des Urenco-Konzerns in Gronau und aus Almelo in den Niederlanden. Das angereicherte Uran werde zu Brennstäben weiterverarbeitet und könnte dann in Atomkraftwerken eingesetzt werden. Bei jedem dieser Fertigungsschritte entsteht neuer Atommüll! Außerdem liefen auch Sendungen der US-Armee über Bremen, die atomares Material zum Beispiel von Kuwait nach Schweinfurt oder von South Carolina nach Trondheim enthielten. Der Senat nennt das Zeug in der Antwort auf eine Anfrage der „Linken“ verharmlosend „radioaktive Stoffe“.

Fachleute finden das alles andere als harmlos und glauben, dass es sich um Bestandteile von Uranmunition oder um Material für Atomreaktoren zum Beispiel in U-Booten oder auf Flugzeugträgern handelt. Die Bremer Häfen spielen dabei als Drehscheibe für derlei Transporte offenbar eine tragende Rolle! Für Bernhard Stoevesandt vom „Bremer Anti-Atom-Forum“ ist das besonders oft transportierte Uranhexafluorid besonders gefährlich. Wenn es an die Luft gerate, entstehe Flusssäure, die schnell gasförmig werde und dann extrem gesundheitsschädlich sei. Wenn mich nicht alles täuscht, werde ich dieses Thema hier noch öfter aufgreifen müssen, denn wie ich anfangs sagte, sind diese heimlichen Atomtransporte ein riesiger Skandal!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

„Die Linke“ im freien Vatten-Fall?

1. „Die Linke Brandenburg‘ tauscht Glaubwürdigkeit gegen Ministersessel“, kommentiert „Scharf links“. Es gibt in meinen Augen nur einen einzigen Gewinner durch diese „Koalitionsverhandlungen“ mit dem dazu gehörenden Parteitagsergebnis: The winner is Vattenfall! Wenn man die landesweite angebliche Zustim-

mung von 60 Prozent der Menschen in Brandenburg betrachtet, dann haben die Delegierten der „Linken“ sie mit ihrem Abstimmungsergebnis noch glänzend übertroffen. Mit 86,7 Prozent sind die „Linken“-Delegierten zur weiteren Umweltzerstörung und zur Unterstützung der **Energiekonzerne** bereit, die heute schon oftmals den Menschen im Land, auch den Armen, regelrecht das Geld aus der Tasche saugen.

Dagmar Enkelmann sagte in einem Interview mit der „Jungen Welt“, diese Entscheidung der „Linken“ in Brandenburg sei erst einmal nur für die nächste Legislaturperiode getroffen worden, also für fünf Jahre. Das allerdings kann man wohl nur den Menschen verkaufen, die sich die Hose „mit der Kneifzange“ anziehen, und anscheinend auch noch den Delegierten der „Linken“ in Brandenburg. Es dürfte kaum zu glauben sein, dass Vattenfall sich seine Verträge nur für fünf Jahre zusichern lassen wird!

Cleverer als die SPD sich hierzu verhält, kann man eigentlich auch kaum agieren. „Die Linke Brandenburg“ darf die Umweltministerin stellen und dann für die Regierung die Kohlen aus dem Feuer holen. Hoffentlich verbrennt sich „Die Linke“ hieran ordentlich die Hände! Meine Stimme hat „Die Linke“ letztmalig bei der Bundestagswahl 2009 bekommen, um ihre Glaubwürdigkeit zu beweisen, allerdings hat sie mir zu schnell den Gegenbeweis geliefert. Eine neue Partei muss her, die wirklich die notwendigen ökologischen und wirtschaftlichen Anstrengungen unternimmt, um dieses kapitalistische System, welches die ganze Erde bedroht, international auch wirksam zu bekämpfen! „Die Linke“ ist hierzu wohl nicht bereit und schon gar nicht geeignet.

2. Geehrte Frau Kanzlerin! **Bildung** ist alles: Das wird dem Volk immer wieder suggeriert, und man versucht es mit allen möglichen Mitteln den Menschen klarzumachen. Seltsamerweise müssen allerdings sehr oft gerade Erwerbslose nach ihren Bewerbungen von den potentiellen Arbeitgebern zur Kenntnis nehmen: „Sie sind überqualifiziert und können daher nicht eingestellt werden!“ Auch Fremdsprachen wie Englisch oder Spanisch sind heute besonders in der globalen Wirtschaft sehr wichtig. Die Beherrschung dieser Sprachen dürfte für Bewerber in den entsprechenden Berufen unverzichtbar sein. Diese Anforderung scheint aber leider nicht für alle Menschen zu gelten, selbst dann nicht, wenn es eigentlich erforderlich wäre.

Damit möchte ich zu meinen Fragen kommen, die ich Sie mir ganz genau zu beantworten bitte: Müssen nicht Beamte oder Personen, die für die Regierung im Bereich der Außenpolitik tätig sind oder werden wollen, zumindest die gängigsten Wirtschaftssprachen beherrschen, um überhaupt tätig werden zu dürfen? Falls ja: Muss eine solche Anforderung nicht auch für alle Minister der Regierung gelten, die in der Außenpolitik aktiv sind? Bezug nehmend auf das „lebenslange Lernen“:

Sind auch Nachhilfestunden für Minister möglich, und werden diese eventuell von der Regierung finanziert? Mit freundlichen Grüßen.

3. Geehrte Frau Bundeskanzlerin! Bezug nehmend auf die Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger am 20. Oktober 2009 und der damit verbundenen Blamage für die Vertreter der Regierung müsste sich eine „Kanzlerin aller Deutschen“ unverzüglich für eine Soforthilfe für alle armen Menschen in Deutschland einsetzen, insbesondere für die Kinder. Mehrere Organisationen und Verbände haben einen Bedarf für Kinder von ungefähr 500 Euro im Monat errechnet. Dies dürfte den tatsächlichen Bedarf von Kindern widerspiegeln und die total abstrakten Berechnungen der Vorgängerregierungen von „notwendigen“ Regelsätze für alle betroffenen Personen widerlegen. Ein abschließendes Urteil wird aber erst im kommenden Jahr erwartet.

Daher habe ich die folgende Frage an Sie als Kanzlerin: Werden Sie sich im Interesse aller betroffenen Kinder für die sofortige Nichtanrechnung des **Kindergeld**es auf die Hartz-IV-Regelsätze einsetzen, und werden Sie sich aufgrund der unbedingten Notwendigkeit dazu sofort für eine Gesetzesänderung starkmachen? Ich bitte Sie mir diese Frage ganz eindeutig und ohne Hinweise auf irgendwelche älteren Beiträge zu beantworten. Meiner Meinung nach hat jeder Mensch, der sich an Abstimmungen bei „Direkt zur Kanzlerin“ beteiligt, auch nach den Regeln dieser Plattform Anspruch, eine auf die Fragen bezogene Antwort zu erhalten! Mit freundlichen Grüßen.

4. Die Aufforderung der Bremischen Bürgerschaft, zum Einreichen unserer Petition ein entsprechendes Online-Formular auszufüllen, hat großes Gelächter bewirkt! Inzwischen habe ich den Antrag unserer Initiative auf eine **Winterbekleidungshilfe** für Kinder formgerecht an die Bürgerschaft gestellt und alle Fraktionen der darin vertretenen Parteien vorab darüber informiert. Nun ist eine Eingangsbestätigung der Bürgerschaft zu unserem im Betreff aufgeführten Antrag eingetroffen, mit dem Hinweis, dass die Bearbeitung „einige Zeit“ in Anspruch nehmen kann. Der Antrag hat das Aktenzeichen S 17/234. Von den Bremer Fraktionen habe ich bisher hierzu noch nichts gehört, leider auch nicht von der Linksfraktion, von der ich eigentlich erwartet hätte, dass sie sich etwas schneller äußert und uns vielleicht schon mal vorab mitteilen würde, ob sie unseren Antrag unterstützt.

5. Die nachfolgende Feststellung aus einem OECD-Bericht widerlegt die häufig aufgestellte Behauptung, die Eltern armutsbetroffener Kinder würden ihr weniges Geld hauptsächlich für Zigaretten und Alkohol ausgeben: „Trotz der verbreiteten relativen **Armut** berichtet nur einer von 200 Jugendlichen, dass ihm die notwendige Ausstattung für den Schulbesuch fehlt. Das ist der zweitniedrigste Wert in der OECD.“ Da in den Regelsätzen nach SGB II/SGB XII keine monatlichen Leistungen für den Schulbesuch vorgesehen beziehungsweise berücksichtigt wurden, spricht diese Aussage sehr zugunsten der meisten Eltern in Deutschland.

Berücksichtigt man weiterhin, dass mit dem SGB II die Leistungen gerade für Jugendliche gegenüber der vorher geltenden Sozialhilfe um zehn Prozent gekürzt wurde, müssen die Eltern in Deutschland im Gegensatz zu den Schuldenmeistern der Regierungskoalitionen wahre Finanzexperten sein! Ganz bestimmt ist so etwas nur durch ständiges eigenes Verzichten der Eltern zu erreichen! Die Jugendlichen selbst widerlegen das Gerede von den Rabeneltern als Märchen. Dies bleibt ein Armutszeugnis für die Bundesrepublik!

6. Geehrte Frau Merkel! Alkohol ist derzeit wieder ein großes Thema in den Medien. So wird oftmals gerade den Menschen ärmerer Schichten in unserem Land vorgeworfen, sie würden hierfür sogar das Geld ihrer Kinder verbrauchen oder zweckentfremden. Auch einige Fernsehsender heizen diese Vermutungen durch entsprechende Berichterstattung mit an. Dadurch kommt es zwangsläufig zu einer pauschalen Verurteilung der ärmsten Gruppe unserer Bevölkerung. Über die wirklichen Gefahren des Alkoholmissbrauches wird kaum geredet, sondern der **Alkoholkonsum** wird sogar beworben, um ihn noch zu steigern. Auf Reklamebildern zeigen schöne Frauen ihren Bauchnabel, und man erfährt, dass man mit jeder Kiste gekauften Bieres einer bestimmten Sorte „die Regenwälder“ schützt. Wann, Frau Bundeskanzlerin, werden Sie beziehungsweise Ihre Regierung die Alkoholwerbung in den Medien verbieten? Mit freundlichen Grüßen, ein Vater von fünf Kindern.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Massenentlassungen bei GHB erst der Anfang?

Das stand auf einem der selbstgemalten Transparente der Demonstranten, die am letzten Samstag von Walle zum Hanseatenhof unterwegs waren. Aufgerufen hatten Kolleginnen und Kollegen des Gesamthafenbetriebsvereins, die aus kämpferischer Eigeninitiative das Komitee „Wir sind der GHB“ gegründet haben. Ihr Protest richtet sich gegen die Vernichtung von 1.000 Arbeitsplätzen und die skandalöse Umwandlung des Tarifvertrags mit massivem Lohnraub.

Dadurch müssen die Hafenarbeiter trotz einer Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche Hartz IV beantragen, weil sie ihre Familien mit 900 Euro netto nicht ernähren können. In ihrem Flugblatt forderten sie daher zu Recht: „Jeder Arbeitnehmer

sollte von dem Geld, das er durch seiner Hände Arbeit verdient, in Würde leben können und nicht durch Lohndumping zum Hartz-IV-Aufstocker gemacht werden! Es muss verhindert werden, dass die Lohnschraube immer mehr nach unten gedreht wird!“

Mit den Hafenarbeitern solidarisierten sich Kollegen von Daimler, Airbus und aus anderen Betrieben. Gewerkschafter von Verdi und IG Metall reihten sich ein. Die Theatergruppe „Roter Pfeffer“ verstärkte mit ihren Trommelrhythmen die kämpferische Stimmung. Verschiedene linke Organisationen unterstützten tatkräftig die Demonstration. Mehrere Mitstreiter unserer Montagsdemonstration waren auch dabei.

Die Demonstration und Kundgebung war ein wichtiges Signal, um aufzustehen gegen Lohnraub, unzumutbare Arbeitsverhältnisse, Massenarmut und Zwangsarbeit per Gesetz. Massenentlassungen bei GHB, Karmann und Quelle sind erst der Anfang! Daimler will 2.000 Arbeitsplätze in Bremen vernichten, Thyssen-Krupp 10.000 in Deutschland. Die Zeiten werden rauer – und es wird Zeit, gemeinsam Widerstand zu leisten! Dafür war die Demo ein wichtiger Auftakt und Ansporn für uns alle.

Harald Braun

Die neue Vogel-Freiheit für alle unter Schwarz-Gelb

1. Am Sonntag wurde bekannt, dass die CIT-Bank in den USA insolvent ist – der größte Crash seit der Lehmann-Brothers-Pleite, die vor einem Jahr die **Finanzkrise** ausgelöst hat, mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. CIT hat 65 Milliarden Dollar Schulden. Die Weltwirtschaftskrise ist also noch lange nicht zu Ende! Dass die Rezession in den USA vorbei sei, war letzte Woche eine falsche Schlagzeile – nichts anderes als ein „Pfeifen im Wald“! Die Folgen kommen erst noch, nach Ablauf gewisser „Rücksichtnahmen“ wie etwa auf die wichtige Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Diese war im Jahr 2005 Auslöser der offenen politischen Krise, über die Schröder und Fischer stolperten.

Die Pläne von FDP und CDU sind deshalb erst in Ansätzen erkennbar, stinken aber schon so, dass es einem hochkommen kann: „Kopfpauschale“ im Gesundheitswesen, Krankenkasse unabhängig von Einkommen, keine „Parität“, Arbeitnehmer sollen die Krankenkassenbeiträge ganz allein bezahlen. Wie großzügig, dass jeder Mensch denselben Beitrag entrichten soll, ob er nun reich oder arm ist. Er soll auch „ganz frei“ seine Versicherung wählen dürfen! Dies alles läuft unter dem Begriff der „Freiheit“. Dazu fällt mir der Satz von Anatole France ein: „Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet es den Armen wie den Reichen, Brot zu stehlen und unter Brücken zu schlafen“.

Auch die „Herdprämie“ ist an sich schon schlimm genug. Anstatt Krippen und Kita-Plätze für jedes Kind zu fördern, sollen Eltern, die ihre Unterdreijährigen zu Hause behalten, 150 Euro bekommen. So fordert es das reaktionäre Weltbild der CDU: Frauen zurück an den Herd! Damit nicht genug: Hartz-IV-Empfängern will Frau Merkel nur einen „Gutschein“ geben, kein Geld. Sie könnten ja das Geld sonst „versaufen“! So wird ein Großteil der Bevölkerung mal wieder unter Generalverdacht gestellt.

Am Samstag gab es eine Demonstration der Arbeiter vom Gesamthafenbetriebsverein Bremerhaven. Es waren auch Kollegen von Daimler, der Montagsdemo sowie von MLPD und Linkspartei gekommen. Der Kampf wird gegen Dumpinglöhne und Entlassungen geführt. Teilweise sollen die Kollegen für nur noch acht Euro arbeiten, vorher gab es 18 Euro pro Stunde! Dieser Kampf hat große Bedeutung, weit über den GHB und Bremen hinaus.

Auch bei Schlecker gibt es Lohndumping. Auf der Montagsdemo wurde schon berichtet, dass in Bremen sechs Filialen dichtgemacht werden. Stattdessen werden sogenannte XL-Läden eröffnet. Der erste in Gröpelingen hat jetzt aufgemacht.

Davor gab es Proteste von Verdi und dem „Mayday“-Bündnis, da Verkäuferinnen nicht mehr nach dem Tarif bezahlt werden, der bisher für Schlecker galt und eine Entlohnung bis 12,66 Euro vorsah. Der Subunternehmer in Sachsen zahlt nur noch 6,50 Euro. Die nächste XL-Filiale soll in Schwachhausen eröffnet werden. Dort sind wiederum Proteste geplant, die unsere Unterstützung verdienen!

2. Immer wichtiger werden auch die Proteste gegen die **Atomkraftwerke**. Letzte Woche forderte RWE-Chef Großmann eine Laufzeitverlängerung auf 80 Jahre! Schon die rot-grüne Regierung hatte mit ihrem faulen Kompromiss, die Laufzeiten auf 32 Jahre zu verlängern, der Anti-AKW-Bewegung großen Schaden zugefügt. Aber jetzt 80 Jahre? Prompt gab es am Wochenende zwei schwere Störfälle der zweithöchsten Stufe in Gorleben. Sie betrafen die Castoren. Es gibt auf der ganzen Welt keine sichere Endlagerung! Aber in ihrer Profitgier planen Monopole wie RWE sogar neue AKWs in Erdbebengebieten – und sie wissen, was sie tun!

Ein wichtiger Aspekt für die deutschen Monopole und die Bundesregierung ist dabei die militärische Nutzung, der Bau von Atombomben. Unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit ist nämlich der Atomstrom, das stellte schon die Kohl-Regierung fest, viel zu teuer: Er kostet ohne staatliche Unterstützung drei Mal so viel wie Strom aus regenerativen Quellen!

Mit zu Guttenberg als nunmehr oberstem Feldherrn schwant mir Schlimmes. Schon vor der Wahl, noch als Wirtschaftsminister, gab er die Planung neuer AKWs in Auftrag. Zu fordern ist die sofortige Abschaltung aller AKWs und die Umstellung auf regenerative Energie – auf Kosten der Stromkonzerne!

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

254. Bremer Montagsdemo am 09. 11. 2009

„Schleiertänze“ vor der Umstrukturierung der Jobcenter

Kosten der Unterkunft gemäß SGB II sind Miete, Heiz- sowie Nebenkosten, Kosten der Wohnungssuche, Mietdeponat, Makler-, Umzugs- und Renovierungskosten. Die Prüfung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft liegt bereits seit 2005 in der alleinigen Verantwortung der Freien Hansestadt für die Bürgerinnen und Bürger in Bremen. Doch Bremen drückt sich: Die Vorgaben des Bundessozialgerichts sind klar, aber Bremen setzt diese Vorgaben nicht um.

Im Gegenteil, es zeichnet sich eine weitere Mittelverschwendung ab: „Außerdem will die Behörde ein Wohnungsmarktgutachten vorbereiten. Es soll helfen festzulegen, wie hoch der Mietzuschuss für Menschen sein darf, die Arbeitslosengeld II beziehen.“ So stand es im „Weser-Kurier“ vom 6. November 2009. Erneut wird ein bestelltes (oder gestelltes?) Gutachten zu den Mieten der Betroffenen erwogen. Doch nur mit einem Gutachten sind die Anforderungen der Einzelfallprüfung gemäß Bundessozialgericht nicht zu erfüllen. Hinzu kommt, dass die bisherigen Gutachten nur *Berichte* waren!

Bremen verweigerte und verweigert immer noch vielen Betroffenen die volle Erstattung der Kosten der Unterkunft. Es geht nach wie vor nicht um einen Mietzuschuss wie beim Wohngeld, sondern um den Ersatz der Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft. Wer als Betroffene(r) einen Eigenanteil zu Miete und Heizkosten zahlt(e), sollte umgehend den vollen Betrag einfordern, auch vier Jahre rückwirkend. Wie dies geht? Wir gehen mit! Aktuell mit Widerspruch gegen einen noch nicht rechtsgültigen Bescheid und ansonsten mit dem Antrag auf Überprüfung gemäß § 44 SGB X.

Wer einen Antrag nach § 44 SGB X stellt, folgt einer Empfehlung von Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter! Eigentlich müsste die Bagis diese Bescheide ohne Antrag berichtigen, weil sie wissentlich falsch erstellt wurden, oder? Die Mietobergrenzen wurden ohne gerichtsfeste Grundlage willkürlich festgelegt!

2. Die Bremer **Arge**, die Bagis, wird abgewickelt. Im Wesentlichen macht dann die Bundesagentur für Arbeit die Arbeitsvermittlung und zahlt die Regelleistung, die Freie Hansestadt Bremen trägt die Kosten der Unterkunft und die sozialen Hilfen. Damit wird auch klar, wer die Betroffenen schikaniert! Es kann nicht mehr in einer Sitzung der Sozialdeputation gesagt werden: „Wir wissen nicht, wie die Bagis damit umgeht!“ Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter ist zwar bereits jetzt gegenüber der Bagis zur Dienstaufsicht verpflichtet – doch mit welchem Ergebnis? Unwissenheit ist wohltuend, aber 2011 vorbei! Vorbei ist auch die Arbeitslosigkeit zweiter Klasse!

Wir in Bremen werden diesen Senat daran messen, wie Kundenfreundlich die Änderung vollzogen wird. Die Verantwortung kann dann nicht mehr verschleiert werden. Umso größer werden die „Schleiertänze“ vor der Umstrukturierung werden! Es gibt genug Möglichkeiten zur besseren und effektiveren Arbeit dieser Behörde(n). Dazu gehören Bescheide über zwölf Monate, Umsetzen der Urteile, gegebenenfalls unter Vorbehalt für laufende Verfahren (wie beim Steuerbescheid).

3. Die FDP fordert erneut mehr Strafen bei Hartz IV, so der „Weser-Kurier“ vom 8. November 2009. Gemeint sind Leistungskürzungen um zehn, 30 oder sogar bis 100 Prozent. Bei Jugendlichen wird stärker sanktioniert. Bei ihnen bedeutet 100 Prozent Leistungskürzung auch kein Geld für die Wohnung! Eine **Sanktion** ist bei einer Verfehlung möglich. Die Zahl der Verfehlungen kann jederzeit durch eine höhere Auflagendichte erhöht werden. Die Einsparungen durch Sanktionen sind bereits im Haushalt eingeplant. Insofern ist die einzusparende Summe vorgegeben. Zu den Einsparungen gehört auch die Leistungsverweigerung.

Nur Sanktionen wegen der Ablehnung eines Jobs sind selten, denn es gibt diese Jobs nicht. Sanktionen wegen Nichtwahrnehmung eines Termins sind fragwürdig, wenn es nur um ein Routinegespräch geht. Sanktionen werden oftmals nach fragwürdigen Kriterien verhängt. Sie sind ungerechtfertigt und angreifbar. Jede Sanktion ist eine Strafe, die in dieser Härte selten von einem Gericht verhängt wird. Jede Sanktion bedeutet die Senkung des ohnehin zu niedrigen Regelsatzes. Diese Sanktionen können mit einem Antrag auf Überprüfung nach § 44 SGB X bis zu vier Jahre rückwirkend aufgerollt werden.

Die Sanktionierten werden selten darüber aufgeklärt, dass sie Lebensmittelgutscheine erhalten können. Zusätzlich wird auch mit diesen Gutscheinen noch schikaniert, weil nur ein Gutschein über den vollen Betrag ausgestellt wird. Bei den Gutscheinen wird kein Wechselgeld herausgegeben. Ein Gutschein bedeutet einmal einkaufen und alles transportieren und lagern können. Die Behörde ist zu einer angemessenen Stückelung dieser Gutscheine verpflichtet. zum Beispiel zu zehn Euro.

In dem Artikel steht, dass Sanktionen mit besonderen Unterstützungsmaßnahmen einhergehen. Außer der Gutscheinausgabe steigt der Druck, eine Ein-Euro-Tätigkeit zu akzeptieren. Dies ist oftmals die einzige Möglichkeit, nicht zu hungern. Als Nebeneffekt gelten diese Betroffenen nicht mehr als arbeitsuchend.

Die Sanktion hat gewirkt, oder? Sanktioniert wurden auch gesamte Bedarfsgemeinschaften, früher Familie genannt. Dies haben bereits Gerichte für unzulässig erklärt, aber es passiert trotzdem! Daher ist jede Sanktion einen Besuch in einer Beratungsstelle wert, bereits bei der Anhörung!

Die Aussage, dass Sanktionen die Arbeitsaufnahme fördern, ist schon hinsichtlich des vorherigen Beispiels sehr fragwürdig. Ausgewiesen in der aktuellen Arbeitsmarktstatistik ist die Beendigung der Arbeitslosigkeit (Seite 4): „Zu- und Abgänge von Arbeitslosen. Insgesamt beendeten im Land Bremen im Oktober 7.598 Personen ihre Arbeitslosigkeit, 11,2 Prozent beziehungsweise 961 weniger als im Vormonat und 1,9 Prozent beziehungsweise 139 mehr als im Vorjahr. 2.407 Arbeitslose wurden in Erwerbstätigkeit integriert. Das waren 7,5 Prozent beziehungsweise 195 weniger als im Vormonat und 10,1 Prozent beziehungsweise 271 weniger als im Vorjahr. Hier zeigt sich, dass die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes im Vergleich zu 2008 abgenommen hat."

Von 7.598 Menschen, die ihre Arbeitslosigkeit beendeten, haben nur 2.407 Menschen eine Arbeit gefunden! Über den Verbleib der Mehrheit sagt diese Statistik nichts aus. Ein Jugendlicher unter 25 Jahren, der mit einer hundertprozentigen Kürzung sanktioniert wurde, ist nicht mehr arbeitslos nach den Regeln dieser Statistik. Er hat seine Arbeitslosigkeit beendet, genauer: Seine Arbeitslosigkeit wurde beendet! Der Betroffene wurde entlassen in die Obdachlosigkeit! Arbeit aufgenommen? Nein, aus der Statistik geflogen! Ist dies die gewünschte Perspektive? Sicher nicht. Aber es ist die Gegenwart!

4. Herr Alt, Vorstand bei der Bundesagentur für Arbeit, ist gegen die Erhöhung des Schonvermögens, weil damit Missbrauch betrieben werden könne: Ältere Menschen könnten vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden und Sozialleistungen beanspruchen. Herr Alt müsste eigentlich wissen, dass die 750 Euro pro vollendetem Lebensjahr bis zur Rente festgenagelt sein müssen! Verfügbar sein dürfen nur 150 Euro pro vollendetem Lebensjahr plus einmalig 750 Euro. Insofern ist die von ihm beschriebene Entwicklung nicht zu befürchten.

Herr Alt sagt, nur 11.000 Anträge seien bisher wegen zu hohen Schonvermögens abgelehnt worden. Scheinbar stimmt auch diese Statistik nicht! Die Kinderbetreuung soll seit Jahren den Arbeitszeiten angepasst werden. Warum zulasten der Arbeitslosen zweiter Klasse? Es gibt auch im Hause der Bundesagentur andere Sparmöglichkeiten, etwa bei Bewerbungspflicht, Laufzeit der Bescheide, Anwendung der Gerichtsentscheidungen, Vorbehaltvermerke zur Vermeidung von Widersprüchen et cetera. Doch vergleichen wir die Bestimmungen zum **Schonvermögen** der Arbeitslosen zweiter Klasse mit anderen Unterhaltsregeln.

Im „Weser-Kurier" vom 9. November 2009 heißt es „Die Kinder stehen in der Pflicht". In diesem Artikel geht es um die Unterhaltsverpflichtung der Kinder gegenüber ihren Eltern. Die Eltern leben in einem Altersheim und können mit ihrer Rente und der Leistung der Pflegeversicherung die Kosten nicht decken. Das Sozialamt springt ein und versucht, dieses Geld von den Kindern beizutreiben. Ei-

ne vergleichbare Situation: Wenn die Kinder nicht zahlen, muss der Steuerzahler zahlen. Beim Unterhalt nach dem Bürgerlichem Gesetzbuch gibt es viele Ausnahmen. Ich beschränke mich hier auf Vermögen, das vorhanden sein darf, bevor die Unterhaltsverpflichtung greift.

Im „Weser-Kurier“ war folgendes Beispiel zu lesen: „Wer ein Bruttoeinkommen von 4.000 Euro monatlich hat und als Unterhaltspflichtiger 45 Jahre alt ist, kann ein Vermögen von 116.000 Euro besitzen, denn fünf Prozent des jährlichen Bruttoarbeitsverdienstes des bisherigen Berufslebens mit vier Prozent fiktiver Verzinsung sind als Vermögen geschützt. Wer ALG II beantragt und 45 Jahre alt ist, darf 41.250 Euro Vermögen besitzen, davon 7.500 Euro verfügbares Vermögen (45 mal 150 plus einmal 750 Euro) und 33.750 Euro in besonderen Verträgen, die bis zum Rentenbeginn festgeschrieben sind. In beiden Beispielen zählt selbstgenutztes Wohneigentum nicht zum Vermögen.

Beim Arbeitslosen zweiter Klasse wird unterstellt, dass die neue Regierung den Betrag tatsächlich von 250 Euro auf 750 Euro erhöht und tatsächlich in allen Fällen auf die Verwertung selbstgenutzten Wohneigentums verzichtet. Beim unterhaltsverpflichteten Normalbürger werden Schulden oder Verbindlichkeiten vom Vermögen abgesetzt, beim Arbeitslosen zweiter Klasse nicht. Beim Normalbürger darf die Erfüllung von Unterhaltsverpflichtungen nicht zu einer unzumutbaren Absenkung des Lebensstandards führen, zum Beispiel sind *alle* bereits eingegangene Verpflichtungen aus Betreuungsverträgen für die Kinder absetzbar, egal ob es um Tennis, Reiten oder Nachhilfe geht. Einsetzen muss er nur 50 Prozent der zumutbaren Summe.

Ganz anders beim Arbeitslosen zweiter Klasse. Er erhält höchstens zwölf Monate 160 Euro und dann noch einmal genauso lange 80 Euro Armutsgewöhnungszuschlag. Für jedes Kind gibt es 80 beziehungsweise 40 Euro. Er muss somit alle Verträge möglichst bald aufkündigen beziehungsweise ruhend stellen. Er verliert bei einer Lebensversicherung erhebliche Substanz. Er erhält für sein noch nicht schuldenfreies selbstgenutztes Wohneigentum kein Geld für die Tilgungsleistung. Er muss mit seiner Bank entsprechende Vereinbarungen treffen, um eine Zwangsversteigerung zu vermeiden. Die dadurch höhren Zinszahlungen hat die Arge zu erstatten.

Die Regelungen zur Vermögensanrechnung bei den Arbeitslosen zweiter Klasse wurden von den Bestimmungen zur Vermögensanrechnung bei der Arbeitslosenhilfe abgeschrieben. Diese wurden vom Bundessozialgericht als ungültig verworfen. Die Verfahren laufen noch! Den Gesetzgeber kümmert es nicht. Aber jeder Arbeitslose zweiter Klasse sollte gegen die Verwertung seines Vermögens mit Widerspruch und notfalls Klage vorgehen. Wie dies geht? Wir gehen mit! Zur Abwendung der vorstehenden Widrigkeiten kann der 45-Jährige Arbeitslose zweiter Klasse nur das Schonvermögen von 7.500 Euro einsetzen, soweit er es überhaupt hat. Um Lebensversicherungen als Altersvorsorge anerkannt zu bekommen und damit den höheren Freibetrag zu nutzen, muss vor dem Antrag

auf ALG II die Auszahlung und Beleihung vor dem Renteneintritt ausgeschlossen werden. Diese Beträge liegen auf Eis!

Ganz anders als beim unterhaltsverpflichteten Normalbürger. Er kann sein Vermögen ohne solche Vorschriften anlegen, wie er will. Selbst wenn dieser Betrag auf dem normalen Girokonto liegt, ist er vor dem Zugriff des Sozialamtes sicher. Für die Arbeitslosen zweiter Klasse, die wegen einer Vermögensverwertung nur darlehnsweise oder kein ALG II erhalten, werden von den Argen oftmals auch keine Leistungen zur Arbeitsvermittlung gezahlt, es ruhen alle Fördermöglichkeiten zur Arbeitsaufnahme, und es werden keine sozialen Hilfen gewährt. Auch hier hilft Widerspruch und notfalls Klage.

5. In den vorstehenden Beiträgen habe ich viel über das Fehlverhalten der Argen angemerkt. Daher kümmert euch, macht es wie die reichen Leute: Legt jeden Bescheid mit neuem Inhalt einer Beratungsstelle vor! Geht nicht allein zum Jobcenter, seid mutig und nehmt eine **Begleitung** mit! Allein dadurch werden viele Konflikte vermieden. Berücksichtigt, dass ein Drittel der Mitarbeiter(innen) nur befristete Verträge haben, dass es immer noch keine einheitliche Personalvertretung in dieser Behörde gibt, dass die Teams strikt erfolgsorientiert geführt werden, dass jede(r) Mitarbeiter(in) einer laufenden EDV-gestützten Überwachungsmöglichkeit unterworfen ist und weisungsgebunden handeln muss!

Geht daher unvoreingenommen an die Sache – mit Begleitung! Wer dies beherzigt und alle Unterlagen nur gegen Empfangsbestätigung bei der Arge abgibt, hat in jedem Fall weniger Stress. Wenn trotzdem etwas schiefgeht, Widerspruch und notfalls Klage einlegen – in aller „Freundschaft“! Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Wir kommen auch in eure Gruppe, um den Ablauf einer Begleitung zum Amt zu besprechen: Wie bereite ich dies vor? Worauf muss ich als Begleitung achten? Worauf muss ich als Betroffener achten? Vereinbaren können wir dies alles auf der Bremer Montagsdemo, jede Woche um 17:30 in Bremens „guter Stube“

6. Im Hafen wird kein Geld mehr verdient? Die Mitarbeiter des „Gesamthafenbetriebsvereins“ wehren sich gegen **Lohnkürzungen**. Die Beschäftigen der „Bremer Lagerhaus GmbH“ sollen ebenfalls auf Lohn verzichten! Gleichzeitig kündigt die BLG dem GHB die „Freundschaft“. Ob der Vorstand der BLG auch eine Kürzung der Vergütung zu erwarten hat, oder reichen die Grausamkeiten gegenüber den Mitarbeitern zum Prämienerhalt? Der Vorstandsvorsitzende der BLG hat im Jahr 2008 knapp über eine Million Euro erhalten, so der „Weser-Kurier“ vom 7. November 2009. Ich bin auf die Zahlen für 2009 gespannt! Eine Verdienstminderung durch Kurzarbeit muss er nicht befürchten. Freiwillig darf er auf Einkommen verzichten! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Mit der Mauer fielen auch sämtliche Schamgrenzen

Endlich hat es auch das sogenannte Verteidigungsministerium gemerkt: Die Bundeswehr ist in Afghanistan im Krieg! Was Franz-Josef Jung partout nicht zugeben wollte, räumt jetzt wenigstens sein Nachfolger ein. In diesem Punkt ist er mal ehrlich. Der 9. November ist in vielerlei Hinsicht ein historischer Tag, denn vom Zeitpunkt des „Mauerfalls“ an fielen auch sämtliche Schamgrenzen, die unser Land noch vom unverhohlen kriegerischen Großmachtstreben trennten.

Im Krieg geschehen bekanntlich furchtbare Verbrechen, die oftmals nie geahndet werden. Ich bleibe dabei, wie auch immer die Juristen dies drehen und wenden mögen: Die Bombardierung der Tanklastzüge bei Kundus war ein Kriegsverbrechen! Aber zu Guttenberg stellt sich voll dahinter. „Angemessen“ findet der schneidige Bundeswehrzögling das Vorgehen, bei dem selbst nach Nato-Angaben über 142 Menschen umgebracht wurden. Sogar das Kriegsbündnis ist der Meinung, dass Oberst Klein eigenmächtig gehandelt hatte. Es sieht allerdings ganz so aus, als ob sein Verbrechen niemals geahndet werden wird. Bedauerlicher Kollateralschaden eben!

Eine Militärgerichtsbarkeit gibt es (noch) nicht, und Zivilgerichte werden sich dort mit allen erdenklichen Spitzfindigkeiten herausmogeln. Dennoch und jetzt erst recht gilt unsere Forderung: Kriegsverbrecher gehören bestraft! Es wird allerhöchste Zeit, dass die Bundeswehr aus Afghanistan verschwindet! Deshalb hat das „Friedensforum“ den Aufruf Bremer Bürgerinnen und Bürger „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ beschlossen, der hier auch unterzeichnet werden kann.

Er hat folgenden Wortlaut: „Seit acht Jahren, länger als der Zweite Weltkrieg gedauert hat, führen westliche Staaten Krieg in Afghanistan, darunter auch Deutschland. Der Krieg hat in keiner Weise zum Frieden geführt, im Gegenteil: Die Kampfhandlungen haben in den letzten Jahren zugenommen und sich auf Pakistan ausgedehnt. Die Folgen des Krieges sind Zehntausende Tote und Verletzte, mehr und mehr auch unter der Zivilbevölkerung. Millionen Menschen leiden an Hunger und Unterernährung. Unter dem Militäreinsatz greifen Drogenproduktion, Korruption, Rechtlosigkeit und Willkür immer mehr um sich. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung will den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Das Parlament hat diesen Mehrheitswillen immer wieder missachtet. Berliner Regierungskreise ziehen jetzt sogar in Betracht, die nächstfällige Verlängerung des Mandats im Dezember 2009 mit einem Beschluss zur Aufstockung der deutschen Truppen von 4.500 auf 7.000 Soldaten zu verbinden. Machen Sie zusammen mit

uns Druck auf die Regierung. Fordern Sie mit uns: Bundeswehr schnellstmöglich raus aus Afghanistan!“

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Heiner geißlert Grundgesetzverstoß: Mit dem Entzug des Existenzminimums verhängen Jobcenter schwerere Strafen als Strafgerichte *(„BAG Hartz IV“)*

Bewerbungstraining bringt nichts: Arbeitslose unschuldig an der Krise

1. Endlich wird öffentlich, was die leidtragenden Hartz-IV-Bezieher seit Jahren am eigenen Leibe spüren müssen: dass sogenannte Bewerbungstrainings den Erwerbslosen in der Regel nichts bringen. Dies brachte nun eine Studie des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ in Nürnberg an den Tag. IAB-Experte Joachim Wolff sagte, dass solche Trainings keinen vorteilhaften Effekt auf die spätere Beschäftigungsquote hätten. Das Institut untersuchte, ob Bezieher vom ALG II nach einem Bewerbungstraining eher einen regulären Job fänden als solche, die diese„Fördermaßnahme“ nicht über sich ergehen lassen mussten. Irgendwie geht es nicht in die Köpfe, dass es keine Vollbeschäftigung mehr geben wird, solange die Arbeitszeit nicht bei vollem Lohnausgleich radikal verkürzt wird! Durch **Bewerbungstraining** entstehen auch keine neuen Arbeitsplätze, doch lassen sich durch diese meist sinnlosen Kurse die Arbeitslosenstatistiken aufhübschen, weil die Kursteilnehmer darin nicht mehr auftauchen. Aber gewisse Trägergesellschaften verdienen sich damit eine goldene Nase!

2. Bei der Berufsberatung Jugendlicher der Agentur für Arbeit in Rheine wird bereits unterschieden, ob die Kinder aus „normalen“ oder aus Hartz-IV-Familien stammen. Die Jugendlichen müssen im Anmeldebogen zur Berufsberatungs-Sprechstunde in den persönlichen Daten neben ihrem Grad einer eventuellen Schwerbehinderung angeben, ob ihre Eltern ALG II beziehen oder nicht. Erst im Anschluss daran wird nach Schulabschlüssen und schulischen Daten gefragt. Für die Berufsberater scheint es von immenser Bedeutung zu sein, ob die Jugendlichen aus einem Haushalt kommen, wo die Eltern Transferleistungen beziehen. In Berlin sollen Schüler einer Hauptschule im Unterricht Anträge auf das ALG II ausgefüllt haben müssen. Ob das nun einer Vorbereitung auf ihren weiteren Le-

bensweg gleichkommen sollte? Erfindet die Bundesagentur für Arbeit den neuen Berufszweig„Arbeitslosengeld-II-Bezieher“, der dann in den entsprechenden„-bildungsfernen Schichten“ generationsübergreifend quasi vererbt wird, wie früher die Berufe der Landwirte, Bergarbeiter, Stahlkocher oder der privilegierten Pharmareferenten oder Zahnärzte?

Dass selbst die **Diskriminierung** der Kinder von Hartz-IV-Eltern so dreist und ungeniert vorgeführt wird, macht überaus deutlich, wie tief die von Politikern und Medien inszenierte Stigmatisierung bereits im Bewusstsein der Bevölkerung verankert ist. Was soll also ein Berufsberater mit dieser Art von Information anfangen können? Soll es ihm beim Sortieren helfen, nach dem Motto: die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen? Da könnten die immer rarer werdenden Ausbildungsplätze doch gleich auf die Kinder aus „normalen“ Familien begrenzt werden, und die aus Hartz-IV-Familien müssen dann halt mit ausbeuterischen, den Jugendlichen außer Frust nichts bringenden Ein-Euro-Jobs und MAE-Maßnahmen vorlieb nehmen. Auf Nachfrage erklärte die Bundesagentur für Arbeit, dass der beigefügte Vordruck nicht den zentralen Vorlagen der Bundesagentur für Arbeit entspreche. Es sei für die berufliche Beratung und Orientierung vollkommen unerheblich, ob der Jugendliche selbst oder seine Eltern ALG II bezögen. Mich persönlich überzeugen Fakten und nicht gegenteilige Beteuerungen!

3. Angesichts der von Schwarz-Gelb geplanten Verkürzung des Wehr- und des Zivildienstes von neun auf sechs Monate bereitet sich der „Paritätische Wohlfahrtverband“ auf den Ausstieg aus dem **Zivildienst** vor. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Ulrich Schneider, sagte, eine Verkürzung des Zivildienstes auf sechs Monate hieße den Anfang vom Ende des Zivildienstes überhaupt einzuläuten, weil sich dann Zivildienstleistende nicht mehr vernünftig einsetzen ließen. Von den 500.000 Menschen, die unter dem Dach des Wohlfahrtsverbandes arbeiten, sind 15.000 Zivildienstleistende. Weil die Ausbildung auf den Fahrzeugen der Rettungsdienste drei Monate dauere, brächten die insgesamt sechs Monate Zivildienst dann nichts mehr. Bei der Pflege, der Arbeit mit Behinderten oder in Kindergärten sei es den Betreuten nicht zuzumuten, alle halbe Jahr die Bezugsperson zu wechseln.

Schneider sieht allerdings die Möglichkeit, den Verlust durch Freiwillige zu kompensieren, wenn die Politik mitspielte und mehr Geld bereitstellte. 2009 standen den 85.000 Zivildienstleistenden etwa 35.000 junge Menschen gegenüber, die ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr absolvieren. Komisch, dass hier niemand auf die Idee kommt, dass die anstehende Pflegearbeit von normal bezahltem und dafür ausgebildetem, fest angestelltem Personal verrichtet werden muss! Bei Handwerksarbeiten wird doch auch nicht erwartet, dass anstehende Arbeiten von „Freiwilligen“ ausgeführt werden! Ich befürchte eine massive Ausweitung der Sklavenarbeit in Form von Ein-Euro-Jobs bei dieser sozialen Arbeit, wie sie in der Regel schnell und unbürokratisch von der Arbeitsagentur genehmigt und sogar massiv vorangetrieben wird, zum Leidwesen der ausgebeuteten

Ein-Euro-Jobber und der zu Pflegenden. Warum soll eigentlich immer der Staat den Lohn bezahlen und immer weniger der Arbeitgeber, der doch auch den dicken Reibach damit macht? Weil beide unter einer Decke stecken?

4. Leider sind immer mehr Menschen mit niedrigem Einkommen auf die kostenlosen Lebensmittel bei den „**Tafeln**“ angewiesen. Zu den Bittstellern müssen sich zunehmend Menschen gesellen, die selbst erwerbstätig sind. Edeltraut Graeßner, Vorsitzende des „Landesverbands der Tafeln in Niedersachsen und Bremen“, sagte, der Ursprungsgedanke der „Tafeln“, Obdachlose zu versorgen, habe sich damit stark gewandelt. Das findet sie berechtigterweise total beängstigend. Ihrer Schätzung zufolge suchen in Niedersachsen etwa 100.000 Kunden eine der 95 Tafeln regelmäßig auf. Natürlich sind die Gründe dafür in immer schlechter werdenden Arbeitsbedingungen, Niedriglöhnen, Kurzarbeit, befristeten Verträgen und einem fehlenden Mindestlohn zu suchen, wodurch die prekären finanziellen Situationen entstehen!

Ich finde es überaus beschämend, dass die „Tafeln“ in diesem reichen Land bundesweit rund eine Million Menschen in rund 858 Hilfseinrichtungen mit Lebensmitteln versorgen. Es sollte vorrangige Aufgabe jedes Staates sein, sich um das Wohlergehen seiner Bürger und nicht bloß um das seiner Banker und Manager zu kümmern! Es muss die Aufgabe der Politik sein, dafür zu sorgen, dass jeder Mensch in Würde leben kann, ohne die abgelaufenen Lebensmittel wie Müll aus den Supermärkten (fr-)essen zu müssen, die diesen so kostenlos entsorgen können und sich dafür noch das Mäntelchen des „Gutmenschen“ umhängen dürfen. Darum muss eine Grundversorgung entwickelt werden, die ohne Verfolgungsbetreuung ausgegeben wird und es müssen endlich vernünftige Mindestlöhne geschaffen werden. Der Staat darf sich nicht länger aus seiner Verantwortung stehlen und muss die staatliche Verarmungspolitik stoppen. Leider ist eine solche Forderung mit einem schwarz-gelben Gruselkabinett nur sehr schwer umzusetzen!

5. Alltägliche Menschen in außergewöhnlichen Situationen zu beobachten, scheint einen gewissen Reiz auszuüben. So werden von fast allen Sendern mit großem Erfolg Doku-Seifenopern ausgestrahlt. Bloß wird es immer schwieriger, Menschen zu finden, die sich im Fernsehen zur Schau stellen wollen. Als neuester Trend zeichnen sich die„fiktiven Dokumentationen“ ab. Diese sogenannten Scripted Realities ähneln den Doku-Seifenopern, obwohl die Personen in Wirklichkeit gecastete Darsteller sind. Dabei werden Konflikte und Dialoge durch ein Drehbuch vorgegeben. Den Zuschauern müssen offenbar immer krassere Geschichten aufgetischt werden, wo Menschen fremdgehen, sich Eifersuchtsdramen liefern, unglaublich dick sind oder sonst wie auffallen.

Imke Arntjen von „030-Casting“ hat in ihrer Datenbank fast alles, was der Markt verlangt. Wenn von einer Produktionsfirma eine Hartz-IV-Familie gesucht sucht, durchforstet sie gezielt ihre vielen Kontakte. Die Zuschauer lassen fühlen und wollen sehen, wie sich andere scheinbar schämen? Jetzt erklärt sich mir

auch, wie es sein kann, dass sich in bestimmten Sendungen, wo zur Treibjagd auf angebliche Hartz-IV-Betrüger und **Sozialschmarotzer** geblasen wird, einige Menschen hinstellen und mit Namen öffentlich sagen, sie würden schwarz arbeiten. Ich hatte mich immer gefragt, wie blöde oder leichtsinnig mensch sein kann! Aber so? Wenn fiktive Dokumentationen im TV wirkliche Fälle ersetzen, kann ich eigentlich gleich ausschalten. Ich weiß schon, warum ich bestimmte Sender nie angucke!

6. In Bergen griff letzten Freitag ein Mann einen Mitarbeiter der dortigen Arge mit einem Messer an. Der 45-jährige Angestellte der Agentur für Arbeit erlitt eine Stichverletzung am Unterarm und musste ambulant behandelt werden. Nach polizeilichen Ermittlungen war der Täter vermutlich ein „Kunde“ der Arge und hatte wahrscheinlich einen Termin bei dem Mitarbeiter. Was hätte er dort sonst wollen können? Der Täter flüchtete und wurde später von der Polizei verhaftet und als psychisch krank in eine Klinik eingewiesen. Die Gewerkschaft Verdi warnte vor einer Kriminalisierung von Leistungsempfängern und sprach sich für verbesserte Sicherheitsmaßnahmen aus. **Gewalt** ist natürlich der falsche Weg, um sich zur Wehr zu setzen! Aber ich kann verstehen, dass die psychischen Erkrankungen, das „Ausrasten“ von Menschen zunimmt, die permanent um ihre Wohnung, ihre Miete, ihr Geld zum Vegetieren kämpfen müssen. Das wird vielen mittels Verfolgungsbetreuung ständig streitig gemacht, weil sie sich weigern, einen Sklavenjob anzutreten, eine schweinische „Eingliederungsvereinbarung“ zu unterschreiben oder weil der Sachbearbeiter zustehende Rechte oder Gelder aberkennt, die Miete nicht überweist, das Geld nicht aufs Konto kommt, die Bezüge um 100 Prozent gekürzt werden oder welche Schikane sich hier noch anhäuft und dann zum „Durchknallen“ führen kann! Leute geht nicht allein zur Arge! Schreibt Widersprüche, geht zum Sozialgericht, holt euch dort euer Recht!

7. Nach den Vorstellungen des „Bundesverbands Mittelständische Wirtschaft“ sollen sich Arbeitnehmer wegen der Wirtschaftskrise verstärkt Arbeitsplätze teilen. Der Verbandschef Mario Ohoven sagte der Gazette mit den vier Großbuchstaben, dass bei Personalabbau zwei halbe Stellen besser als eine ganze seien. Da könnten sich Beschäftigte mit ähnlichen Tätigkeiten den Arbeitsplatz teilen. Arbeitgeber sollten sich öfter zusammenschließen, um Mitarbeiter gemeinsam in mehreren Betrieben zu beschäftigen. Der Bremer Professor Rudolf Hickel kritisierte den Vorschlag: Er halte ihn nicht für ein probates Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Für mich handelt es sich hierbei um eine absolute Schnapsidee, weil dann noch mehr Menschen mit halber Stelle ihr halbiertes Gehalt **mit ALG II aufstocken** müssen und dabei noch am Gängelband der Verfolgungsbetreuung hängen würden! Ein echter Fortschritt also!

8. Die „Kölner Erwerbslosen in Aktion“ setzten mal wieder eine kreative Idee um, als sie bei einer ungewöhnlichen Werbe-Aktion für den „Kölner Erwerbslosen-

Anzeiger“ fast die ganze Auflage beschlagnahmten, um diese innerhalb der Kölner Argen konzertiert zu verteilen. Es war ein Gemisch aus „Zahltag“-Aktion und „Antrittsbesuch“ bei den Mitarbeitern einer neu verpflichteten Security-Firma, als die Mitarbeiter und Besucher zweier Arge-Standorte ein (Frei-)Exemplar überbracht bekamen. Eine etwa 20-köpfige Meute flitzte durch die Etagen, verbreitete eine gewisse Unruhe und diverse Flyer. Sie öffneten die Türen und sagten ihren Standardspruch auf:„Juten Tach, ich bring Ihnen Ihr Abo! Und denken Sie bitte an die Monatsbeiträge!“ Dabei stießen sie teils auf Interesse, teils auf Ratlosigkeit oder auf amüsante Gereiztheit. **Irritation** gab es auch bei der Security, deren Mitarbeiter harsch die Aktion unterbinden wollten.„Haltet euch da raus!“, rief man ihnen zu, wobei man sich auf eine offenbar erfolgversprechende Strategie im Umgang mit Ordnungshütern bezog, die am Samstag zuvor bei Auseinandersetzungen in Duisburg funktioniert hatte. Diese Art von Aktivität, um die Arge-Mitarbeiter aufzuklären, gefällt mir sehr!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Franziska drohselt Agenda-Kurs: SPD fordert Wiedereinführung
der Vermögensteuer *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Doof geborn ist keiner

1. (Refrain:) Doof geborn ist keiner, doof wird man gemacht!
Und wer behauptet: „Doof bleibt doof!“, der hat nicht nachgedacht.
Doof geborn ist keiner, doof wird man gemacht!
Und wer behauptet: „Doof bleibt doof!“, vor dem nehmt euch in Acht!

Erika ist mies und fad, doch Papi ist Regierungsrat,
Drum macht sie ganz bestimmt das Abitur.
Paule ist gescheit und schlau, doch sein Vater ist beim Bau,
Drum geht er bis zur neunten Klasse nur. (Refrain)

Einigen hilft alle Welt, doch den meisten fehlt das Geld,
Sie müssen dauernd kämpfen für ihr Recht.
Darum Kinder aufgepasst, dass ihr euch nichts gefallen lasst,
Denn keiner ist von ganz alleine blöd! (Refrain)

2. Mit Sicherheit ist es richtig, die Petition nach Streichung des Sanktionsparagraphen 31 SGB II zu unterstützen. Aber auch diese bringt den nötigen Widerstand gegen Hartz IV nicht auf den Punkt, denn was ist mit all den Menschen, die überhaupt nicht sanktioniert werden, aber aufgrund viel zu niedriger Regelsätze viel-

leicht ab dem 20. eines Monates trotzdem Kohldampf schieben? Was ist mit den Frauen, die tagsüber mehrere Kinder versorgen müssen und spät abends in einem Supermarkt beispielsweise putzen gehen?

Gute Bildung für alle? Mit knurrendem Magen lernt es sich besser? Kinder werden nicht sanktioniert, aber aufgrund der fehlenden Geldmittel oftmals nicht satt und mit vernünftigen warmen Klamotten versorgt. Auch von Bildungsgutscheinen wird man nicht satter! Schüler(innen) weiterführender Schulen wird ab der elften Klasse oftmals kein kostenloses Schulticket für die Fahrten mit dem öffentlichen Personennahverkehr bewilligt, aber sanktioniert werden auch diese nicht.

Der Hartz IV-Empfänger, der den ganzen Tag einer Erwerbsarbeit nachgeht, wird ebenfalls nicht sanktioniert. Vergisst er aber seine Brotzeit mitzunehmen, muss er quasi den ganzen Tag Kohldampf schieben, da für die außerhäusliche Verpflegung kein oder nur sehr wenig Geld vorgesehen ist. Den angeführten Personenkreisen würde die Aufhebung der Sanktionen kaum weiterhelfen. Ihre Lebensbedingungen würden sich hierdurch überhaupt nicht verbessern.

Deshalb müssen so schnell wie möglich das linke bedingungslose **Grundeinkommen**, der Mindestlohn und eine radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung her. Mindestens 1.000 Euro für jeden in Deutschland lebenden Menschen, egal wie alt! Seit Jahren werden in Deutschland ungefähr 46 Milliarden Erwerbsarbeitsstunden im Jahr geleistet. Demgegenüber stehen 44 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter. Verrichtete jeder von ihnen die gleiche Zeit an Erwerbsarbeitsstunden, so wären dies nur vier Stunden am Tag.

Man könnte jeden Arbeitgeber gesetzlich dazu verpflichten, für jede geleistete Erwerbsarbeitsstunde beispielsweise zehn Euro für die in Anspruch genommene Arbeitskraft an den Staat zu zahlen, zuzüglich zur Entlohnung der Arbeitnehmer. So nähme der Staat 460 Milliarden Euro zusätzlich an Steuern ein. Hiervon sowie von den Löhnen, Gehältern, Dienstbezügen und natürlich auch von den Profiten der Unternehmer ließe sich dann ein gleiches bedingungsloses Grundeinkommen für alle in Deutschland lebenden Menschen finanzieren, vom Säugling bis zum Greis, welches allen Menschen ein menschenwürdiges und schönes Leben ermöglichen würde!

So funktionierte ein bedingungsloses Grundeinkommen zugleich als Familienlastenausgleich. Jeder junge Mensch in Deutschland hätte optimale Chancengerechtigkeit für Schule und Studium. Vielen Frauen, die heute vom guten Willen der Partner abhängig sind und oft nur auf Basis der sogenannten 400-Euro-Jobs arbeiten können, brächte dies eine wesentlich bessere finanzielle Unabhängigkeit. Studienabgänger und spätere Intellektuelle oder Akademiker könnten nicht mehr allein aufgrund ihres Studium höhere Löhne beanspruchen, da sie in die-

sem Fall keine Kredite hierfür zurückzahlen müssten. Auch sie würden nur an Lebensqualität gewinnen. Stress und Hetze gehörten für viele Menschen der Vergangenheit an. Mit sozialistischem Gruß.

3. Geehrte Frau Bundeskanzlerin! Was ist, wenn zwei das (fast) Gleiche tun? Es gibt viele Mütter in Deutschland mit unterschiedlich vielen Kindern. Manche Mütter möchten nur im Haushalt tätig sein und sich selbst um die Versorgung und Erziehung ihrer Kinder kümmern. Andere Frauen und Mütter möchten Familie und Beruf vereinbaren. Diese Frauen sind, wenn sie Kinder haben, oftmals aufgrund des Fehlens einer flächendeckenden Versorgung mit Kindergärten, Babykrippen und Horten auf **Tagesmütter** angewiesen. Wenn diese mehrere Kinder betreuen, geschieht das meistens innerhalb einer Fünftagewoche mit bis zu täglich acht Stunden. Solche Tagesmütter haben also einen geregelten Arbeitstag, eine geregelte Freizeit, und sie beziehen eine Entlohnung, indem sie für Kinderbetreuung bezahlt werden. Entsprechend ist auch ihre gesellschaftliche Anerkennung.

Bei Müttern mit mehreren Kindern, die lieber „nur Hausfrau und Mutter“ sein wollen, sieht das ganz anders aus. Diese Frauen werden nicht für ihre Tätigkeiten bezahlt, obwohl sie oft zwölf Stunden am Tag und mehr beschäftigt sind, meistens auch sieben Tage in der Woche. Freizeit, Urlaub oder persönliche Selbstbeschäftigung fallen weitgehend flach, und gesellschaftliche Anerkennung ist oftmals überhaupt nicht gegeben. Häufig werden diese Frauen sogar noch diskriminiert und in den Schmutz gezogen.

Daher meine Fragen an Sie, Frau Bundeskanzlerin, die ich Sie bitte, allen Hausfrauen und Müttern und natürlich auch mir zu beantworten: Was wollen Sie unternehmen, damit alle Hausfrauen und Mütter in Deutschland mindestens die gleiche gesellschaftliche Anerkennung erlangen wie zum Beispiel Tagesmütter? Muss nicht ein Erziehungsgehalt für alle Lebensgemeinschaften mit Kindern in Deutschland eingeführt werden, um die Ungleichheit zu beseitigen? Mit freundlichen Grüßen.

4. In Sachen **Winterbekleidungshilfe für Kinder** hat sich Heike Heibusch von der Fraktion der Linkspartei gemeldet und angefragt, was von ihnen erwartet werde an parlamentarischen Aktivitäten beziehungsweise Unterstützung. Dann vermeldete Leo Stefan Schmitt von der Linksfraktion, dies sei Thema der Frühbesprechung und eine entsprechende Anfrage in Vorbereitung. Es wurde darum gebeten, den Antrag der Montagsdemo zu faxen. Offenbar will die Linksfraktion unseren Antrag inhaltlich übernehmen und in die Bürgerschaft einbringen. Ich finde das in Ordnung von der Bremer „Linken“!

5. Geehrte Frau Kanzlerin! Mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung sind gegen den Einsatz der Bundeswehr in **Afghanistan**. Diese zwei Drittel der Menschen kommen aus allen Bevölkerungsschichten. Somit dürften auch zwei Drittel aller Intellektuellen und Akademiker gegen diesen Einsatz sein. Nun berufen sich

allerdings die Abgeordneten des deutschen Bundestages oftmals auf ihr Gewissen und teilen den Menschen oder auch ihren Wählern mit, dass sie es als Gewissensentscheidung ansehen, wenn sie beispielsweise für einen Kriegseinsatz stimmen. Eigentlich müssten jetzt alle Bürger dieses Staates, die gegen einen solchen Kriegseinsatz sind, ein schlechtes Gewissen bekommen, wenn die große Mehrheit im Parlament das anders sieht.

Deshalb jetzt meine Fragen an Sie, Frau Kanzlerin: Darf Deutschland aufgrund der Verträge mit den Siegermächten, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschlossen wurden, überhaupt an einem Kriegseinsatz teilnehmen? Ist der Afghanistan-Einsatz ein Kriegseinsatz, immerhin wurde er vom derzeitigen Verteidigungsminister als solcher bezeichnet? Müssen Sie nicht spätestens jetzt, da zu Gutenberg dies klarstellte, den sofortigen Rückzug anordnen? Ich bitte Sie, mir diese Fragen ganz eindeutig zu beantworten! Mit freundlichen Grüßen von einem ehemaligen Portepee-Unteroffizier der deutschen Bundesmarine.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Fingierte Stellenanzeigen: Hier werden Sie ausgeforscht *(„Stern“)*

Das Volk sind wir

Der 9. November ist ein ganz besonderer Tag. Im Rathaus versammeln sich abends viele Jugendliche, um der faschistischen Reichspogromnacht am 9. November 1938 zu gedenken. Das ist gut so, denn diese Erinnerung muss wachgehalten werden, und der Kampf gegen die faschistische Gefahr ist nach wie vor sehr wichtig. Aber nicht nur dieses Ereignis hat heute seinen Jahrestag.

Am 9. November 1918 wurde der Kaiser gestürzt und fand die erste sozialistische Revolution in Deutschland statt. Am 9. November 1989, heute vor 20 Jahren, fiel schließlich die Berliner Mauer. Was da zusammenbrach, war aber nicht der Sozialismus: Von den Volksmassen weggefegt wurde das bürokratisch-kapitalistische, zutiefst volksfeindliche Honecker-Regime, das sich nur mittels einer gewaltig aufgeblähten Stasi so lange hat halten können und das sich völlig zu Unrecht sozialistisch nannte. Heute wird in der Presse so getan, als ob dies das Werk von Kohl, Bush und Gorbatschow gewesen sei.

Es war aber das Volk, das die Geschichte schrieb. Deshalb muss die Lehre daraus für uns auch heute sein: Ein Volk kann eine Regierung zum Rücktritt zwingen! Deswegen steht unsere Montagsdemo-Bewegung gegen Hartz IV auch

ganz bewusst in Tradition der Montagsdemo-Bewegung der DDR und verwendet den Satz: „Das Volk sind wir!“ Seit letztem Montag gibt es eine weitere Montagsdemo in Deutschland: 100 Milchbauern im Schwarzwald-Baar-Kreis gingen letzten Montag auf die Straße für faire Bezahlung ihrer Arbeit – und ab sofort jeden Montag! Herzlichen Glückwunsch und willkommen im Club!

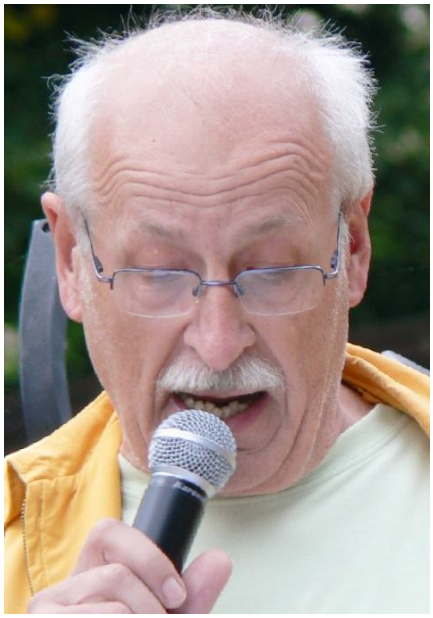
Seit letzter Woche wird auch bei Opel wieder gekämpft. Der Kurs der Betriebsratsspitze, mit Verzicht auf Lohn, Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie der Vermeidung von Kämpfen hat jämmerlich Schiffbruch erlitten. Als Dank kündigte General Motors eine „harte Sanierung“ mit Massenentlassungen an. Ob bei Opel, Quelle oder den Hafenarbeitern: Lohnverzicht hat noch nie einen Arbeitsplatz gerettet, wohl aber der Kampf! Da können und werden die Kollegen der betroffenen Branchen und Betrieben von den Montagsdemos lernen und sich mit ihnen verbinden. Dann kann etwas Großes daraus werden!

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

255. Bremer Montagsdemo am 16. 11. 2009

In Worten eine Wende um 180 Grad



Hurra, die alte SPD ist wieder da – zumindest, falls man der Rede von Herrn Gabriel glauben kann. Wenn er mit 94,2 Prozent gewählt wurde, spricht das wohl dafür, dass die überwiegende Mehrheit mit diesem Kurs einverstanden ist; doch Zweifler wird es immer geben, und das ist auch gut so. Ich habe es mir angetan, die Rede auf einem Privatsender anzuschauen und gut zuzuhören. Wie ich dabei festgestellt habe, bedeutet diese Rede tatsächlich eine Wende um 180 Grad; und nach dem Beifall zu urteilen, steht die Basis auch dahinter. Das sind alle, die seiner Meinung sind.

Der Mann hat Recht! Warum nicht gleich so? Dann hätte es bei der Bundestagswahl anders ausgesehen, aber das ist jetzt Schnee von gestern. Wichtig für uns ist, dass man diesen Neuanfang nicht im Wege stehen darf. Wir von der Montagsdemo begrüßen diesen Sinneswandel natürlich, werden ihn auch mit wachsamen Augen beobachten und sehen, ob Sie Wort halten, Herr Gabriel! Ich wünsche Ihnen jedenfalls viel Glück dazu. Liebe Leute, nun habe ich noch einen Wunsch an euch: Unterstützt diejenigen, die sich für soziale und gerechte Politik einsetzen! Alle, die in nächster Zeit ihren Arbeitsplatz verlieren, gehören hierher! Alle, die gesund sind, kommt und kämpft mit uns! Lasst es nicht mehr zu, dass es wieder fünf Jahre dauert, bis die Politiker endlich merken, was sie falsch gemacht haben!

Die Montagsdemonstration ist keine Partei, ergreift aber Partei für die Schwächeren in dieser Gesellschaft. Bei uns darf jeder mitmachen – auch Personen, die der MLPD angehören, denn die MLPD ist nun mal eine demokratische Partei. Sie entsendet in einige Kommunalparlamente gewählte Abgeordnete und ist mit geringer Teilnehmerzahl auch auf der Montagsdemo vertreten. Wenn euch anderen das nicht passt, kommt hierher und ändert somit die Mehrheitsverhältnisse! Lasst euch hier sehen und überzeugt euch selbst von dem, was wir hier machen! Sagt jeden Montag: Wir wollen keine ungerechte Politik! Sagt es hier am Offenen Mikrofon! Natürlich habt ihr auch das Recht, uns zu kritisieren. Herr Gabriel, Sie

und Ihre Parteigenossen brauchen nur auf unserer Homepage zu blättern und zu schauen, was für ein Unrecht wieder gutzumachen ist!

Udo Riedel (parteilos)

„Die Krise nutzen, um den Tarif zu bereinigen“?

Die SPD in Bremen will die Kürzungen der „Bremer Lagerhaus-Gesellschaft“ nicht hinnehmen: Die BLG will weitere 30 Millionen Euro beim Personal einsparen und die Krise nutzen, um die Tarifstruktur zu bereinigen. Die SPD will der BLG auch Verluste zumuten, statt Arbeitsplätze abzubauen. Die BLG hat ihr Vorhaben bereits ihrem Aufsichtsrat erläutert, und der hat zugestimmt. In ihm sitzen zwei Vertreter(innen) der Freien Hansestadt Bremen. Es stand in diesen Meldungen nicht, wie viel der Vorstand zu den Einsparungen beiträgt.

Der „Gesamthafenbetriebsverein“ wird nur am Rande erwähnt. Er hat 1.000 Arbeitsplätze abgebaut und erhebliche Lohnkürzungen durchgesetzt. Der GHVB gehört genauso zum Einflussbereich der Freien Hansestadt Bremen wie die BLG. Hat die SPD hier geschlafen? Der GHBV bietet laut seiner Internetseite augenblicklich keine freien Arbeitsplätze an, jedoch hat ein Hafenbetrieb Mitarbeiter(innen) gesucht, mit Rahmenbedingungen gemäß Tarifvertrag: 37 Stunden arbeiten pro Woche, davon werden 30 bezahlt (der Rest geht aufs Gleitzeitkonto), Dreischichtbetrieb, befristet auf sechs Monate, Verdienst 750 Euro netto pro Monat in der Lohnsteuerklasse I.

Hoffentlich fällt der Gewerkschaft dazu noch etwas ein! Die meisten Menschen, die hier zugegriffen haben, haben weiterhin Anspruch auf ergänzendes ALG II. Wer nein gesagt hat und von der Bagis eine Sanktion erhält, sodass eine Kürzung seines Regelsatzes vorgenommen wird, sollte Widerspruch einlegen und notfalls klagen. Wie dies geht? Wir gehen mit! Eine Arbeitsaufnahme unterhalb der ALG-II-Regelleistung ist unzumutbar, eine Sanktion daher nicht zulässig!

Die Sparkasse Bremen will alle Ausgaben prüfen. Erhebliche Personaleinsparungen sind das Ziel. Wie sagte doch der Einkommensmillionär Aden: „Die Krise nutzen, um den Tarif zu bereinigen!“ Der „Weser-Kurier“ drückt seine Zeitungszusteller(innen) in neue Gesellschaften, für weniger Lohn! Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall scheint der Personalabteilung noch nicht geläufig zu sein. Schlecker erpresst nicht nur beim Wechsel der Mitarbeiter(innen) in die neuen

„XL-Märkte“ schlechtere Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern hat auch eine Leiharbeitsfirma gegründet. Schlecker möchte alle Mitarbeiter(innen) darin einbringen und an sich selber ausleihen. Stundenlohn und Arbeitsbedingungen bleiben dabei auf der Strecke! Rechtlich wurde auch dies durch die Hartz-Gesetze ermöglicht.

Der Maschinenbauer Krause möchte die Schutzklausel im Tarifvertrag streichen. Die Mitarbeiter befürchten dann betriebsbedingte Kündigungen. Lohnverzicht sollen sie sowieso leisten! Mercedes krempelt die Rahmenbedingungen fürs Arbeiten und Bezahlen um. Auch hier wird die Krise genutzt. Airbus Bremen lagert einen Teilbereich an Fremdfirmen aus und baut Personal ab mit dem Ziel Kosteneinsparungen. Diese Aufstellung ist nicht vollständig. Ich habe auch mir Bekanntes vergessen oder erfolgreich verdrängt!

Doch zurück zur SPD und dem GHBV. Die Entlassungen sind heilbar. Die Rahmenbedingungen für die Kurzarbeit wurden geändert: Ein Betrieb kann auch für (neu) eingestellte Mitarbeiter(innen) sofort Kurzarbeit ansetzen. Der GHBV kann alle Menschen zu den gleichen Arbeitsbedingungen wieder einstellen. Die Betriebszugehörigkeit läuft bei dieser kurzen Unterbrechung sowieso durch. Dann müssen nicht die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit zurückgerechnet werden. Wenn der GHBV die laufenden Arbeitsgerichtsverfahren verliert, muss *alles* zurückgerechnet werden! Viel Arbeit, die sich der GHBV ersparen kann. Hinzu kommen hohe Kosten, weil der Arbeitslohn rückwirkend nachzuzahlen ist. Die Gegenrechnung von Kurzarbeit ist nicht möglich!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wehrt euch! Akzeptiert keine Kündigung! Eine betriebsbedingte Kündigung ist nicht begründbar, weil durch Kurzarbeit dem Arbeitgeber nur die Kosten für Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld verbleiben. Dies reicht nicht zur Begründung einer betriebsbedingten Kündigung! Die Politiker der SPD in Bremen wurden wachgerüttelt, ich hoffe nachhaltig. Die Rahmenbedingungen müssen geändert werden. Jeder ALG-II-Betroffene muss einen Lohn bis zu 30 Prozent unter Tarif beziehungsweise ortsüblichem Lohn akzeptieren. Diese Zumutbarkeitsregel kann für Bremen sofort gekippt werden!

Schwieriger ist es, Folgendes umzusetzen. Das Versandhaus Quelle wird aufgelöst. Dies zeigt schmerzlich eine Systemlücke: Kein Unternehmer ist zur Aufrechterhaltung des Unternehmens verpflichtet. Die Fortführung eines Betriebes kann nicht erzwungen werden. Die logische Folgerung: Wenn ein Unternehmer gehen will, so soll er gehen! Alle positiven Betriebsmittel, Patente et cetera fallen der Belegschaft zu, wenn diese den Betrieb weiterführt, alle Aktiva, die zum Betriebsvermögen gehören, egal, in welcher Firma sie aktiviert sind oder an welche Firma sie übertragen oder verkauft wurden. Die Schulden verbleiben dem bisherigen Inhaber! Wir erhalten so die Voraussetzungen für eine friedliche Zukunft! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Irgendwann gibt es gar keine Arbeit mehr: Dann lassen Genetiker Holzstühle von allein auf dem Feld ihrer Ernte entgegenreifen *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Zukunft!

1. Als Säugling kommt man auf die Welt,
Wird nicht gefragt, ob’s auch gefällt.
Politiker künden freudig an,
Dass man fürs Erste wohl zahlen kann.
Die Eltern, die sind richtig froh,
Denn finanziell brennt’s lichterloh!
Die größte Not, nun ist sie vorbei,
Gesichert sind Windeln und auch Brei.

Die Zeit vergeht, man wird schon zwei!
Die schönsten Jahre schon vorbei?
Der Vater, der ist nicht mehr top,
Denn er verlor zuerst den Job.
Bald war, darüber wurde Mutter krank,
Kein Geld auf dem Konto mehr bei der Bank.

Zwei Jahr weiter, man ist schon vier
Und fragt sich: Was soll ich denn hier?
Doch den Eltern wurde zugeraten:
Jedes Kind muss in den Kindergarten!
Der Vater sagt, das sei famos,
Er ist noch immer arbeitslos.

Ganz schnell ein kleiner Erwachsner werden,
Das muss wohl so sein auf unsrer Erden!
Mit sechs muss man zur Schule gehn,
Weil alle meinen, das wär schön.
Der Startschuss wird schon sehr früh gegeben,
Sonst geht’s im Leben bestimmt daneben!

Die Zeit verging, man gab sich Müh,
Doch richtig klappen tat es nie.
Speziell das Schreiben und das Lesen,
Sind nie der rechte Fall gewesen,
Und schließlich noch das Rechnen
Macht großes Kopfzerbrechen.

Selbst die Politik hat aufgegeben,
Denn auch laut Pisa geht's voll daneben!

Zehn Jahr weiter, die Schule ist aus,
Schnellstens muss ein Beruf nun ins Haus!
Bewerbung hier, Bewerbung dort,
So circa 100 schickt man fort.
Traurig musste man selber erleben:
Alle Lehrstellen sind schon vergeben.
Erst 16 und schon arbeitslos!
Mann, was wird aus dem Leben bloß?

Denn die Politiker der Sozialdemokraten
Hatten Folgendes den Arbeitsämtern geraten:
Man muss Jugendlichen, wenn es ihnen auch nicht gefällt,
Aus der Tasche ziehen ihr bisschen Arbeitslosengeld!
Für sie gibt's, das ist doch top,
Schließlich den Ein-Euro-Job!
Die Politiker machen das nämlich ganz schlau:
Ein Arbeitsloser wird zur arbeitsscheuen Sau!

Und dem, der stets die richtigen Sprüche klopft im Leben,
Wird eines Tags der Vorsitz der SPD gegeben.
Doch der Jugend wird heute schon klar:
Alle finden es ganz wunderbar.
Den Sozies wollen wir die Kante zeigen,
Dann lassen sie das künftig besser bleiben!
Die Rechten werden wir niemals wählen.
Auch Rot-Grün soll stets ihr Ziel verfehlen!

Und die Moral von dem Gedicht:
Verbaut uns unsre Zukunft nicht!
Dies hofft für alle Jugendlichen hier
In Deutschland ein Vater von fünf Kindern!

2. Geehrte Frau Kanzlerin! Es hat den Anschein, als wünschten sich hier in unserem Land einige Menschen bereits bei der Geburt eines Kindes, es würde vielleicht gleich als erstes Wort Mama oder Papa auf Chinesisch sagen. Viele Eltern möchten, oft auch bestimmt aus wirtschaftlichen Gründen, ihre Kinder ganz schnell in Krippen, Kindergärten oder auch Horten unterbringen.

Aber anscheinend erkranken unsere Kinder in immer früheren Jahren. Heute leiden bereits viele unserer Jüngsten unter psychischen Problemen, wie man dem Artikel „Entwicklungsland Deutschland: Prävention könnte **psychische Stö-**

rungen bei Kindern verhindern“ entnehmen kann. Solche Störungen im Kindes- und Jugendalter sind weit verbreitet. Mittlerweile leidet fast jedes dritte Kind im Laufe seiner Entwicklung unter einer seelischen Erkrankung.

Ich bitte Sie daher, Frau Kanzlerin, mir diese Fragen ausführlich zu beantworten: Sind es wirtschaftlichen Gründe, die Menschen von Geburt an anscheinend auf ihre Verwertbarkeit hin reduzieren, aus einer kapitalistischen Notwendigkeit heraus? Sehen auch Politiker in Kindern wirklich nur noch „lebende Sozialversicherungsausweise mit Armen und Beinen“? Müssen nicht die gesellschaftlich notwendigen Arbeiten und Einkommen ganz neu verteilt werden, damit allen Familien bessere Bedingungen und neue Chancen eröffnet werden – für ein besseres Leben für alle Menschen in diesem Land? Mit freundlichen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Menschen als Ware im „Job-Supermarkt“?

1. Nach einer Arbeitsmarkt-Analyse der „Bertelsmann-Stiftung“ wird die Kluft zwischen den Löhnen Vollzeitbeschäftigter mit niedrigen und mittleren Einkommen seit 1997 in Deutschland immer größer. Während Geringverdiener Ende der 90er Jahre noch 64 Prozent des Einkommens eines Arbeitnehmers mit mittlerem Einkommen erzielten, erreichten sie 2007 nur noch 53 Prozent. Im internationalen Vergleich ist dieser Rückgang der stärkste innerhalb von 20 untersuchten OECD-Ländern. Inzwischen hat die skandalöse Lohnungleichheit das Niveau Großbritanniens und anderer Länder erreicht, die bei der Beschäftigungspolitik weniger auf den sozialen Ausgleich achten und hübsch von unten nach oben verteilen. Die Spreizung der Lohnschere wird nur noch von Polen und Südkorea übertroffen.

Der uneinheitlichen Lohnentwicklung stehe eine wachsende Beschäftigung gegenüber, weil der Beschäftigungsanteil der erwerbsfähigen Personen von 2001 bis 2008 um 4,4 Punkte auf 70,2 Prozent angestiegen sei. Hier werden mal wieder Äpfel mit Birnen verglichen, weil allein die Anzahl der Beschäftigten nichts über deren Stundenzahl aussagt, geschweige denn darüber aufklärt, dass hier augenscheinlich nur mit Dumpinglöhnen ein „abgehängtes Prekariat“ ausgebaut wurde. Einen „Beschäftigungserfolg“ vermag ich hier deswegen in keiner Weise zu erkennen. Die Hartz-Gesetze und Agenda 2010 hätten den **Arbeitsmarkt** zwar flexibler gemacht, allerdings auch neue „Risiken“ geschaffen, die vor allem von Jugendli-

chen, Älteren oder Geringqualifizierten ertragen werden müssen. Na, wenn weiter nichts ist! „Flexibilität“ heißt das neue Zauberwort, das selbstredend nur für die Arbeitnehmer zu gelten hat. Die in Deutschland geradezu sittenwidrig ausufernde Zeitarbeit schafft die asoziale Möglichkeit, ehemals Beschäftigte im selben Unternehmen erneut befristet einzustellen und den jetzt noch regulär Beschäftigten aus eben jenem Grunde zu kündigen.

2. Trotz immer weiter auseinanderdriftender Löhne erdreistet sich ausgerechnet der Deutsche-Bank-Ökonom Walter, zur Lohnzurückhaltung aufzurufen. Er hielt eine „mehrjährige **Lohnpause**“ für „sinnvoll, um die Beschäftigungslage nicht zu gefährden“. Was an dieser ungefährdet ist, möchte ich wirklich wissen! Angeblich hätten sich zuletzt Arbeitskosten und Produktivität auseinanderentwickelt. Ja, das kann ich mir vorstellen – aber in ganz anderer Art und Weise, als es uns hier glaubhaft gemacht werden soll! Schließlich stiegen die Profite der Unternehmer in exorbitanter Weise ins Unermessliche. Dabei sind ausgerechnet in Deutschland die Löhne viel stärker als im europäischen Umland gesunken. Als ob dies nicht schon reichte und bekämpft werden müsste!

Bei der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen zeigte sich Walter pessimistischer als der Sachverständigenrat der Bundesregierung und rechnet bis Januar 2011 mit 4,5 Millionen Jobsuchenden, für die erst 2012 neue Jobs geschaffen werden könnten. Wein saufen und Wasser predigen – ich kann mir die Art dieser neuen Jobs schon sehr genau ausmalen: immer mehr prekär beschäftigte Arbeitnehmer und noch mehr Ein-Euro-Jobber, damit die Schere zwischen Arm und Reich so groß wird wie nie zuvor! Klar, so etwas muss Walter ja sagen. Schließlich kümmert sich sein Arbeitgeber besonders um Firmenkunden und darum, dass die eigenen Manager sich trotz Krise weiter bergeweise Boni einverleiben können. Dort, wo er und seinesgleichen verkehren, wollen sie natürlich kein „gemeines Volk“ vorfinden, das sich auch mal etwas leisten könnte. Der richtige Weg kann nur mit einem auskömmlichen, Altersarmut verhindernden Mindestlohn gegangen werden!

3. Der Deutsche Gewerkschaftsbund richtet in Bremen eine Beratungsstelle für prekär Beschäftigte ein. Toll, dass der Gewerkschaftsbund sie endlich zur Kenntnis nimmt, nachdem er jahrelang geschlafen und diese Entwicklung nicht verhindert hat! Miriam Keilbach schreibt im „Weser-Kurier“, dass im kleinsten Bundesland zwar immer mehr Menschen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen nachgingen, diese positive Entwicklung aber hauptsächlich auf den Anstieg

von **Ein-Euro-Jobs**, Leih- und Teilzeitarbeit, also sogenannter prekärer Arbeit, zurückzuführen sei. In meinen Ohren klingt das mehr als irreführend und wie ein Widerspruch in sich, als ob die Zunahme der Ein-Euro-Jobs zu einer Zunahme sozialversicherungspflichtiger Arbeit geführt hätten. Dabei ist es genau umgekehrt, weil Ein-Euro-Jobs reguläre sozialversicherungspflichtige Stellen kaputtmachen! Ein-Euro-Jobs sind *keine* sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse, weil sie weder Renten- noch Arbeitslosenversicherung beinhalten und nicht zum Erhalt von Arbeitslosengeld nach der Maßnahme berechtigen.

Ein-Euro-Jobber haben keine Anwartschaft auf betriebliche Sozialleistungen. Es besteht weder Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, noch auf Kündigungs- und Mutterschutz oder Vertretungsrecht durch Personal- beziehungsweise Betriebsrat. Wurde hier „nur“ schlampig recherchiert? Meiner Meinung nach müssten sowohl Leiharbeit als auch Ein-Euro-Jobs wegen Sittenwidrigkeit verboten werden! Jetzt, da das Kind schon lange in den Brunnen gefallen ist, hofft der Deutsche Gewerkschaftsbund wahrscheinlich, dass dem Kleinen inzwischen Kiemen gewachsen sein mögen, und will endlich auch mal die Rechte dieser Beschäftigten stärken. Leider ist Bremen eine Hochburg der Leiharbeit und der prekären Beschäftigung. Dazu werden alle Arbeitsverträge gerechnet, die nicht auf Vollzeit ausgelegt sind, befristete Stellen ebenso wie sogenannte Praktika. Als ob der Dumpinglohn nicht schon ausreichte, werden auch noch zusätzlich Arbeitnehmerrechte vorenthalten und Mini-Jobber zum Beispiel um ihren Urlaubsanspruch gebracht!

Arbeitgeber bereichern sich auf Kosten der Allgemeinheit, wenn sie die sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjobs durch Mini-Jobs austauschen, bei denen sie diese Beiträge einsparen können. Der Fantasie der Arbeitgeber sind bei der Ausbeutung ihrer Mitarbeiter keine Grenzen gesetzt, wenn zu kranken Beschäftigten gesagt wird, sie müssten selbst eine Vertretung suchen, oder wenn privat angestellten pädagogischen Mitarbeitern mit Kündigung gedroht wird, sobald sie Kritik äußern oder sich gegen Überstunden zur Wehr setzen. In einer Erstberatung sollen Hilfesuchende erfahren, welche Möglichkeiten sie haben, und gegebenenfalls weitervermittelt werden. Eine Rechtsvertretung kann aber nur für Gewerkschaftsmitglieder erfolgen. Auch ein Versuch, dem Mitgliederschwund der ansonsten viel zu zahmen Gewerkschaften wieder entgegenzuwirken?

4. Das neue Konzept einer Hamburger Firma für **Zeitarbeit** offenbart, was schon viele wussten: Menschliche Arbeitskraft verkommt zur Ware. Ein dortiges Verleihunternehmen machte sich diese menschenverachtende neoliberale Ökonomisierung zu eigen und reduzierte die Menschen ausschließlich auf ihre Arbeitskraft als Ware. In einem sogenannten Job-Supermarkt müssen sich Arbeitssuchende mit ihrem Fachwissen und ihren Tätigkeiten anbieten. Täglich ab 7 Uhr morgens können geneigte Kunden „fachkundiges Personal“ sofort abholen, oder dieses kann zur Kundschaft eilen. Alles soll eilig gehen; auch der Begriff Supermarkt lässt uns assoziieren, dass hier Menschen bei Bedarf schnell „genommen“, aber

nach dem Abnutzen auch ebenso schnell wieder „entsorgt“ oder zurückgegeben werden können. In diesem Supermarkt darf auch immer wieder umgetauscht werden, bis die Ware Mensch endlich passt. Arbeitnehmerrechte werden hier gänzlich ausgehöhlt, taugen nicht zur Profitmaximierung der Unternehmen. Die Agentur wird von SZA-Service für Zeitarbeit GmbH in Hamburg betrieben. Es kommt sicher nicht von ungefähr, wenn beim Nachdenken Begrifflichkeiten wie Sklavenmarkt in den Sinn kommen. Auf dem ersten Blick wirkt der „Job-Supermarkt“ kreativ, flexibel und neuartig, doch wehret den Anfängen! Menschen sind keine Ware, die sich so einfach in einem „Supermarkt“ erwerben lassen!

5. Der DGB-Jugendbildungsreferent von Mittelhessen, Max Fuhrmann, kritisiert die Bundesagentur für Arbeit scharf aufgrund deren Veröffentlichung verniedlichender Zahlen zur Ausbildungsplatzsituation, weil die Behörde am 13. Oktober 2009 ausschließlich Zahlen der Bundesagentur und der Argen vorlegte. Weil sich die sogenannten Optionskommunen selbst um die Vermittlung von Jugendlichen kümmern, die von Hartz IV leben, purzeln diese praktischerweise aus der Statistik heraus. Dabei entsteht dann etwa der nette Eindruck, für den Vogelsbergkreis seien lediglich fünf Bewerber unversorgt. Werden jedoch die Zahlen des kommunalen Trägers hinzugerechnet, steigt die Zahl der tatsächlich unversorgten Jugendlichen auf 207 an! 98 Prozent der unversorgten Jugendlichen nicht mitzurechnen, ist wirklich der Gipfel an dreister Schönfärberei. Außerdem ist es ein Skandal, dass Jugendliche aus Optionskommunen nicht von der Bundesagentur für Arbeit vermittelt werden und sie einfach aus der Statistik fallen wie Jungvögel aus dem Nest. Wer mit falschen Zahlen agiert, kann gar nicht anders, als falsche Konsequenzen zu ziehen. Der Bevölkerung wird eine gute Ausbildungsplatzversorgung junger Menschen vorgegaukelt und als Gipfel der Verlogenheit der **Lehrstellenmangel** als ein Überangebot, dem nicht ausreichend Bewerber gegenüberständen, verkleidet. Aber nach dem 11. November beginnt ja die Karnevalszeit.

6. Im „Erwerblosenforum Deutschland“ las ich von einer alleinerziehenden Frau, die mit ihren acht- und zwölfjährigen Töchtern in einer Wohnung lebt und zu ihrem unbefristeten Vollzeitjob und dem Unterhalt für das jüngere Kind noch ergänzendes ALG II erhält. Die Mutter arbeitet jeden Tag sieben Stunden und kümmert sich um die Erziehung der Töchter, von denen die ältere das Gymnasium besucht. Beide Mädchen streben an, Abitur zu machen. Plötzlich bekam die Mutter ein merkwürdiges Schreiben von ihrer argen Arge, in dem steht, dass die Arge „regelmäßig, mindestens aber im Abstand von sechs Monaten, gegebenenfalls auch über andere Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft, Kontakt, auch telefonisch“ zu ihr halten möchte, “um eventuelle sich anbahnende persönliche und berufliche Veränderungen zu erfassen“. Mit anderen Worten sollte die Mutter über ihre kleinen Töchter als Informantinnen ausgespäht werden! Daraufhin telefonierte die Mutter mit der zuständigen Sachbearbeiterin und sagte, sie wolle dies nicht

unterschreiben, weil sie nicht damit einverstanden sei, dass die Arge über ihre Kinder Informationen über sie und ihre persönliche Situation einholt.

Als sie nachfragte, auf welcher Rechtsgrundlage dieses Schreiben basiere, antwortete die Sachbearbeiterin, sie habe einen Anspruch auf die Unterschrift, weil dies zu den Mitwirkungspflichten der Mutter gehöre. Außerdem fügte sie hinzu, die Kinder würden nach Beendigung ihrer neunjährigen Schulpflicht zu Ein-Euro-Jobs herangezogen. Es kann ja wohl gar nicht sein, dass ein zwölfjähriges Kind Kontakt mit der Arge aufnehmen muss! Abgesehen davon halte ich es für unklug, solche Telefonate zu führen. Ich würde alles nur schriftlich abhandeln, außerdem mit einem schriftlichen Antrag sämtliche Telefon- und E-Mail-Daten bei der Arge löschen lassen, sodass die Sachbearbeiterin zum Schriftverkehr mit der Mutter gezwungen wird! Es gibt keine solche Stelle in irgendeinem Gesetz, welches diese Art des Vorgehens auch nur annähernd begründet. Diese Sachbearbeiterin will sich wohl nur aufblasen und Machtmissbrauch betreiben, denn auch die Kinder von ALG-II-Beziehern und Aufstockern dürfen Abitur machen. Die Mutter muss bloß immer pünktlich die Schulbescheinigungen vorlegen. Vielleicht sollte die Mutter lieber Wohngeld und Kinderzuschuss beantragen. Dann darf sie das Kindergeld behalten und muss nicht länger am entwürdigenden Tropf der **Verfolgungsbetreuung** hängen.

7. Nach einer Studie der Bundesagentur für Arbeit sind Arbeitnehmer über 50 jetzt wieder „mehr gefragt“. Waren im März 2005 in der Gruppe der 50- bis 54-Jährigen noch 2.891.576 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, so stieg deren Zahl bis März 2009 auf 3.282.800. Das Bundesministerium jubelt und behauptet, dass sich der Fachkräftemangel in mancher Branche schon bemerkbar mache und ältere Arbeitnehmer daher unverzichtbar seien. Ich glaube kaum, dass sich Unternehmen des Potenzials älterer Arbeitnehmer zunehmend bewusst werden und auf deren langjährige Erfahrungen und Kompetenzen im Arbeitsleben bauen. Schließlich arbeitete der Staat vor Jahren mit seiner Vorruhestandsregelung erfolgreich daran, die Älteren wegzukicken! Wir werden auch nicht darüber informiert, ob es sich hierbei nicht überwiegend um mit öffentlichem Geld geförderte Stellen oder Minijobs handelt. Wenn reihenweise Ältere wegen Bagatelldelikten aus den Betrieben geschasst werden, wird es kaum eine solch plötzliche große Nachfrage nach Älteren geben. Es liegt sicherlich eher daran, dass die Bundesagentur für Arbeit für „50 plus“ und „55 plus“ bis zu 100 Prozent „ **Eingliederungszuschuss**“ zahlt auf die ersten zwölf Monate. Kein Wunder, dass dies zunehmend mehr Arbeitgeber attraktiv finden, erfahrene Arbeitnehmer (fast) zum Nulltarif zu bekommen. Aber nach zwölf Monaten, wenn die Förderung ausläuft, ist natürlich Schluss. Dann darf der nächste „zu Fördernde“ kommen. Alles klar?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Frau Merkel wirft ihre Wirtschafts-prognose über den Haufen

Die Bundeskanzlerin konnte ihr Märchen vom „Ende der Wirtschaftskrise“ gerade noch über den Wahltag retten. Mit der Insolvenz der US-Bank CIT Group vollzieht sich die größte Bankenpleite seit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise vor einem Jahr. Das „Handelsblatt“ titelte am 3. November 2009: „Toxische Papiere feiern ein Comeback“. In den USA machen diese faulen Kredite inzwischen wieder 20 Prozent des Kapitalmarktes aus. Jene Milliardengewinne, welche die größten Banken inzwischen wieder einfahren, basieren allein auf Spekulationsgeschäften. Sie setzen genau dieselbe riskante Finanzpolitik fort, welche die größte Weltwirtschaftskrise ausgelöst hatte.

Es ist kein Wunder, dass die neueste Meinungsumfrage im Auftrag der BBC eine deutliche Ablehnung des Kapitalismus ergeben hat: „Nur 11 Prozent der weltweit 29.000 Befragten finden, dass der Kapitalismus in seiner derzeitigen Form gut funktioniere. In Deutschland sind es 16 Prozent.“ Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 9. November 2009 stellt zur Wirtschaftskrise ernüchtert fest: „In den USA ist die zweite Welle, das Übergreifen der Finanzkrise auf die Industrie, längst Fakt. In Deutschland rollt sie jetzt ab. Die Folgen werden dramatisch sein. Der Winter wird hart.“ Der Spielraum des Staates für „Rettungsschirme“ ist durch die gigantische Verschuldung inzwischen stark zusammengeschrumpft. „Nach Schätzung der EU-Kommission kostet die Rettung maroder Geldhäuser allein in Europa bis zu 1,8 Billionen Euro. Das wären 3.500 Euro für jeden einzelnen Europäer, Säuglinge und Greise eingerechnet.“ („Süddeutsche“ vom 11. November 2009)

Vor dieser katastrophalen Perspektive beginnt die neue Regierung, das Volk auf gravierende Einschnitte einzustimmen. In ihrer Regierungserklärung kündigte Frau Merkel letzte Woche an: „Die Probleme werden erst noch größer, bevor es wieder besser werden kann.“ Ihre alte Prognose vom „Ende der Krise“ ist Schnee von gestern. Jetzt will die neue Regierung die Bevölkerung auf Verzicht einschwören und die Umverteilung der Krisenlasten zugunsten der Konzerne und Banken vorantreiben. In ihrem Fünf-Punkte-Programm kündigt die Regierung derweil die Neueinstufung der Einkommensteuer an, eine neue Sahnetorte für Reiche.

Die Unternehmerbeiträge bei den Sozialversicherungen sollen „entkoppelt“ werden, was die Zerschlagung der Parität im Sozialsystem einleitet. Die „kapitalgedeckten Ergänzungen“ bei der Pflegeversicherung sollen natürlich *wir* bezahlen. Die weitere Nutzung der Atomenergie „für eine Übergangszeit“ ist ein Freifahrschein für die Atomlobby auf Kosten künftiger Generationen. Auch die Aus-

weitung des Kampfeinsatzes in Afghanistan, „um weltweit die Interessen der EU entschiedener zu vertreten“, wird natürlich schön verpackt, um jeden Widerstand zu vermeiden. Aber diesen Gefallen werden wir der neuen Regierung nicht tun! Ihr kennt das vom Fußball: Siegen kann man nur, wenn man gemeinsam angreift!

Harald Braun

Zu viel Zinsen: Deutsche Bank kündigt Spendenkonten der MLPD *(„RF-News“)*

Die SPD will uns künftig „besser“ belügen

1. Frau Merkel hat in ihrer Regierungserklärung jetzt damit begonnen die Massen auf tiefe Einschnitte einzustimmen: „Bevor es besser wird, werden die Probleme erst größer werden“. Im Einzelnen plant sie eine „Entkoppelung der Unternehmensbeiträge bei den Sozialversicherungen“, als sinkende Beiträge für die Unternehmen, aber steigende für die Massen! Bei der „kapitalgedeckten Ergänzung zur Pflegeversicherung“ – ist es dasselbe: Die Unternehmensbeiträge sollen eingefroren werden.

Merkel will auch die verlängerte Nutzung der Atomkraft mit all ihren Risiken. Und: „Ich will, dass wir Deutschland zu neuer Stärke führen“. Gemeint ist sicher die wirtschaftliche: Deutsche Monopole sollen gegenüber ausländischer Konkurrenz „gestärkt aus der Krise“ hervorgehen. Aber es geht auch um militärische Stärke, eine „neue Phase im Kampfeinsatz in Afghanistan“ mit mehr deutschen Soldaten am Hindukusch. Zu Guttenberg nennt die Bombardierung zweier Tankzüge mit 142 Toten, vorwiegend Zivilisten, „militärisch angemessen“. Wir müssen uns also in jeder Hinsicht auf Angriffe einstellen und gemeinsam den Kampf aufnehmen!

Und die SPD? Letzte Woche wurde auf ihrem Parteitag Sigmar Gabriel auf den Schild gehoben. Wer aber meinte, die SPD würde abrücken von ihrer **Agenda-Politik**, muss nun enttäuscht sein: Weder Hartz IV noch die Rente mit 67 oder der Afghanistan-Krieg wurden als falsch erklärt. Die SPD habe das nur „schlecht vermittelt“. Auf gut Deutsch: In Zukunft will sie uns noch besser und wirkungsvoller belügen! Diese Partei brauchen wir nicht mehr! Deswegen heißt es: Auf die eigene Kraft vertrauen; – und auf die Kräfte, die uneigennützig den Kampf um bessere Lebensverhältnisse unterstützen. Keine Illusion in das herrschende kapitalistische System! Auch wenn in der Krise die Kritik am „Turbokapitalismus“ (Rüttgers)

in aller Munde war: Der Kapitalismus verschwindet nicht von selbst, er muss gestürzt werden!

2. Der „Solidaritätskreis gegen Abmahnungen bei Daimler Bremen“ hat vor den Werkstoren folgendes Flugblatt verteilt: „Schluss mit **Arbeitshetze** und Maßregelungen! Will Daimler Selbstmorde vertuschen? Auf der Betriebsversammlung am 22. September 2009 hatte Kai Steinhage, Vertrauensmann aus Halle 9, die gestiegene Arbeitshetze angeprangert und gefragt, ob es dabei einen Zusammenhang zu den Selbstmorden im Werk in letzter Zeit gibt. Das war wohl der berühmte Stich ins Wespennest: Die Woche darauf musste er ins Personalbüro kommen und erhielt wegen seines Redebeitrags eine Abmahnung! Darüber hinaus wurde ihm gedroht, ihn wegen übler Nachrede zu verklagen, sollte er gegen die Abmahnung vor Gericht gehen.

Das ist ein unglaublicher Skandal! Dem Kollegen wird mit der Vernichtung seiner Existenz gedroht – er hat zwei kleine Kinder. Eine Abmahnung ist nichts anderes als die Vorbereitung zur Entlassung – und es wird versucht, ihn mundtot zu machen. Kein Wort der Betroffenheit über die Selbstmorde, keine Schweigeminute – aber wer darüber spricht, wird ‚zum Schweigen gebracht‘. Nur nichts nach außen dringen lassen! Kollege Steinhage ließ sich aber nicht einschüchtern, und er steht nicht allein. Betriebsrat und IG Metall unterstützen ihn, und es hat sich ein Solidaritätskreis gebildet. Neben dem Ziel, die Abmahnung wegzubekommen, will dieser dazu beitragen, die Selbstmorde im Bremer Werk aufzuklären. Wie verzweifelt muss ein Kollege sein, wenn er vom Hallendach springt?

Daimler kein Einzelfall: Gerade in der Automobilindustrie, aber auch in anderen Großkonzernen häufen sich in letzter Zeit die Verzweiflungstaten. Auch in Frankreich: Vor zwei Jahren schon nahmen sich drei Ingenieure bei Renault das Leben. Bei Peugeot gab es im Jahr 2007 allein im Werk Mülhausen fünf Freitode, bei France Télécom gab eine regelrechte Suizid-Welle: 25 Selbstmorde in den letzten 18 Monaten! Diese schreckliche Serie war es, die jetzt die französische Regierung zum Handeln zwang: Sie verpflichtet alle Firmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten, mit den Gewerkschaften Abkommen ‚gegen psychosozialen Stress am Arbeitsplatz‘ abzuschließen. ‚Die Unternehmensleitung müsse allen Mitarbeitern zeigen, wie betroffen sie vom Selbstmord eines Mitarbeiters sei, und anschließend veranlassen, Stressfaktoren abzubauen.‘ (‚Institut für Arbeitsschutz‘ in Paris).

Und in Deutschland? Die ‚Hans-Boeckler-Stiftung‘ hat ermittelt, dass ‚in vier von fünf Betrieben Beschäftigte ständig unter hohem Zeit- und Leistungsdruck stehen.‘ Jetzt in der Krise versuchen die Konzerne, das Letzte aus den Kollegen herauszuschinden und gegen aktive und kämpferische Kollegen vorzugehen, damit sich kein Widerstand bildet. So erhielt in Harburg ein Daimler-Kollege eine Abmahnung, weil er am Schwarzen Brett zur Solidarität mit entlassenen Leiharbeitern aufgerufen hatte. Das Arbeitsgericht verurteilte Daimler zur Entfernung der Abmahnung aus der Personalakte – doch dagegen gehen die Bosse jetzt in Be-

rufung. Wenn die Arbeitsordnung keine freie Meinungsäußerung zulässt, dann muss sie geändert werden! Gegen die Maßregelung kämpferischer Kollegen und gegen die zunehmende Arbeitshetze muss der Kampf jetzt geführt werden – und zwar, indem wir uns alle gemeinsam zur Wehr setzen!

Kai Steinhage hat es gewagt, die Dinge beim Namen zu nennen. Dafür verdient er unser aller Dank und Unterstützung. Einer für alle, alle für einen! Die Abmahnung muss sofort zurückgenommen werden! Schluss mit der Arbeitshetze! Die Werkleitung soll sich bei allen Kollegen entschuldigen und offenlegen, wie viele Kollegen sich in den letzten Jahren das Leben nahmen und welche Konsequenzen sie daraus zieht! Kommt zum nächsten **Treffen** vom ‚**Solidaritätskreis gegen Abmahnungen bei Daimler Bremen**' am **Dienstag**, dem **8. Dezember 2009**, um **18 Uhr** im ‚**Freizi Buntentor**', Geschwornenweg 11a!"

Wolfgang Lange (MLPD)

Die Hamburger Montagsdemo lädt ein zum nächsten **Regionaltreffen** der norddeutschen **Montagsdemonstrationen** am **Samstag**, dem **21. November 2009**, von **11** bis **19 Uhr** in der **Theodor-Haubach-Schule** in **Hamburg-Altona**. Zur Diskussion steht die Frage: Wie stellen wir uns unter der neuen Regierung auf und gewinnen neue Mitstreiter und Bündnispartner? Auszuwerten ist die 6. Herbstdemo in Berlin. Angeboten wird ein Trommelworkshop sowie eine Redner- und Moderatorenausbildung mit Stefan Brand vom „Arbeiterbildungszentrum". Ein aktuelles Flugblatt ist zu erarbeiten. Es gibt ein Buffet und ein Kulturprogramm, unter anderem mit Musik von „Pepperoni", dazu das Video von einer Politikerbefragung zur Bundestagswahl in Hamburg. Wir wollen aus Bremen per Wochenendticket mit dem Zug anreisen und treffen uns um **9:15 Uhr** im Eingang vom **Hauptbahnhof**.

Am selben Tag ruft das „Klimaplenum Bremen" auf zur Kundgebung und **Demonstration** unter dem Motto „**Für ein ganz anderes Klima** – hier und anderswo" um **13 Uhr** auf dem **Bahnhofsvorplatz**. Bereits zwei Stunden vorher gibt es dort Infos und Aktionen zum „Umsonstfahrtag".

In der Vorweihnachtszeit beginnt die **Bremer Montagsdemo** um **17:30 Uhr** vor dem Konzerthaus „Glocke" an der **Domsheide**. Wir ziehen durch die Oberstraße zum **Hanseatenhof** und halten dort unsere Kundgebung ab.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

256. Bremer Montagsdemo am 23. 11. 2009

Bremer Montagsdemonstranten für Einheitsgrundeinkommen!

Abkopplung der Erwerbslosen von der Erwerbsarbeit beenden! Einheitsgrundeinkommen von mindestens 1.000 Euro im Monat für jeden in Deutschland lebenden Menschen einführen!

Seit Jahren werden von den Lohnabhängigen in Deutschland ungefähr 46 Milliarden Erwerbsarbeitsstunden im Jahr geleistet. Die selbstständig Tätigen dürften mit ungefähr 8,25 Milliarden Arbeitsstunden hinzugerechnet werden, wenn man auch bei diesen von einer 37,5-Stunden-Woche ausgeht. Verrichtete jeder dieser erwerbsfähigen Menschen die gleiche Zeit an Erwerbsarbeitsstunden, würde das bedeuten, dass dann nur vier Stunden am Tag Erwerbsarbeit von allen 44 Millionen der erwerbsfähigen Menschen geleistet werden müssten.

Man könnte jeden Arbeitgeber gesetzlich dazu verpflichten, an den Staat für jede geleistete Erwerbsarbeitsstunde zum Beispiel zehn Euro für die in Anspruch genommene Arbeitskraft zu zahlen, zusätzlich zur Entlohnung der Arbeitnehmer, und das Grundeinkommen weiterhin über eine negative Lohnsteuer finanzieren. So würde der Staat ungefähr 460 Milliarden zuzüglich an Steuern einnehmen. Eine Finanzierung ausschließlich über Verbrauchssteuern sollte man ablehnen.

Hiervon sowie von den Löhnen, Gehältern, Dienstbezügen und natürlich auch von den Profiten der Unternehmer ließe sich dann ein gleiches bedingungsloses Grundeinkommen für alle in Deutschland lebenden Menschen finanzieren, vom Säugling bis zum Greis, welches allen Menschen ein menschenwürdiges und schönes Leben ermöglichen würde!

So würde ein bedingungsloses Grundeinkommen auch gleichzeitig wie ein Familienlastenausgleich funktionieren, und jeder junge Mensch in Deutschland hätte optimale Chancengerechtigkeit für Schule und Studium. Auch vielen Frauen, die heute vielleicht noch teilweise vom guten Willen der Partner abhängig sind und auch oft nur auf der sogenannten 400-Euro-Job-Basis arbeiten können, würde das eine wesentlich bessere finanzielle Unabhängigkeit bringen.

Studienabgänger und spätere Intellektuelle oder Akademiker könnten nicht mehr allein aufgrund ihres Studium höhere Löhne beanspruchen, da sie ja in diesem Fall keine Kredite für das Studium zurückzahlen müssten. Auch sie würden

nur an Lebensqualität gewinnen. Stress und Hetze würden für viele Menschen der Vergangenheit angehören.

Initiative Bremer Montagsdemo – siehe auch „Scharf links“

Grundeinkommen, Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung statt Hartz IV!

1. Auf der 256. Bremer Montagsdemo wurde mein Antrag, zur Überwindung von Hartz IV das bedingungslose **Einheitsgrundeinkommen** von mindestens 1.000 Euro im Monat für alle in Deutschland lebenden Menschen zu fordern, mit großer Mehrheit angenommen, und zwar ohne Gegenstimme bei nur einer Enthaltung.

Es dürfte vielleicht das erste Mal in Deutschland gewesen sein, dass eine solche Abstimmung von Mitgliedern verschiedener Parteien und parteiloser Menschen erfolgt ist. Selbst die Mitkämpfer(innen) der MLPD unterstützten mehrheitlich diesen oben wiedergegebenen Antrag.

Hiermit möchte die überparteiliche Bremer Montagsdemo selbstverständlich auch ein Zeichen für alle anderen Städte setzen, in denen an jedem Montag gegen die asozialen Hartz-Gesetze demonstriert wird, sowie für möglichst viele Erwerbslosengruppen, die ein Einheitsgrundeinkommen unterstützen. Die zukünftige Forderung in Deutschland sollte überall gleich lauten: „Her mit dem bedingungslosen Einheitsgrundeinkommen plus Mindestlohn plus radikaler Erwerbsarbeitszeitverkürzung und weg mit Hartz IV!“ Bitte schließt euch dieser Forderung möglichst zahlreich an!

2. „Wir fordern einen **Schutzschirm** für die Menschen statt für die Banken“, so hieß es im Bundestagswahlkampf der Linkspartei. Anscheinend wurde selbst dieser linke „Schutzschirm“ von den eigenen Mitgliedern dieses *Menschenverarschungsvereins* nicht aufgespannt, sondern ganz schnell wieder zusammengeklappt. „Links wirkt“? Vielleicht sollte man mal die Menschen in Brandenburg fragen, wenn sie aufgrund eines anstehenden Braunkohleabbaus von ihrem Grund und Boden vertrieben werden sollen!

Auch die Altenpflegerin, die entlassen wurde, da sie aus dem Müllcontainer ihres Arbeitgebers eine Packung Maultaschen mitnahm, deren Haltbarkeitsdatum abgelaufen war, oder die schwerbehinderte Altenpflegehelferin, der jetzt von der „Caritas“ fristlos gekündigt wurde, da sie angeblich eine Teewurst aß, die eigent-

lich für die von ihr betreuten Heimbewohner vorgesehen war, sollte man jetzt mal fragen, ob der „Schutzschirm“ oder „links“ vielleicht wirken! Anscheinend waren beide Mitarbeiterinnen aufgrund ihres viel zu geringen Erwerbseinkommens dazu gezwungen, diesen „Mundraub“ zu begehen.

Für unsere „kleinen Erwachsenen“, die Kinder, sollen jetzt Grundrechte in der Verfassung verankert werden. Eigentlich eine gute Idee, aber muss nicht laut unserem Grundgesetz sowieso schon jeder Mensch gleich behandelt werden und damit über die gleichen Rechte verfügen? Für Alleinerziehende mit Kindern sollen laut der „Linken“ die Bedingungen für den Bezug des Kinderzuschlags geändert werden, da sie schlechter gestellt wären als „die Familien“. Die Frage, welche Familien wohl gemeint seien, ließ man aber unbeantwortet.

Zum Widerstand gegen die Sanktionen nach § 31 SGB II wird durch „Die Linke“ und speziell durch die „Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV“ zwar aufgerufen, mit dem berechtigten Ziel, diese abzuschaffen. Anscheinend übersah man aber, dass andere Menschen, zum Beispiel Kurzarbeiter, die nicht in den Bereich des SGB II fallen, ebenfalls durch Sanktionen bedroht werden. Und sind nicht viel zu geringe Regelsätze überhaupt die größte Sanktion?

Auf notwendige Forderungen nach radikalen Verkürzungen der Erwerbsarbeitszeit wurde von der Linkspartei im Bundestagswahlkampf verzichtet, weil ansonsten ihre Forderungen nach Erhöhung der SGB-II-Regelsätze und die Forderungen zur Erhöhung des Mindestlohnes nicht „in Einklang“ zu bringen gewesen wären. „Schutzschirm“ – für welche Menschen? Katja Kipping, Bundestagsabgeordnete der „Linken“ und Mitglied im Parteivorstand, ist eine Befürworterin des bedingungslosen Grundeinkommen, des Mindestlohns und der Verkürzung der Erwerbsarbeitszeiten. Dieses wird auch des Öfteren von ihr öffentlich verkündet, leider aber wohl eher nicht in ihrer Funktion als Bundestagsabgeordnete und als Mitglied des Parteivorstandes. Muss sie einen „Schutzschirm“ für sich selbst aufstellen, oder ist sie bereits als Leuchtturm für alle finanziell Benachteiligten erloschen, durch ihren faulen Kompromiss mit Klaus Ernst?

Wenn die Linkspartei in Nordrhein-Westfalen, die sich jetzt angeblich auf den antikapitalistischen Kurs eingeschworen hat, wirklich einen Schutzschirm für alle in diesem Land lebenden Menschen aufspannen will, so muss gerade dieser Landesverband noch vor den Wahlen die bestmögliche Strategie zur Überwindung von Hartz IV abstimmen lassen, die auch wirklich geeignet ist, die Forderungen zur Erhöhung der SGB-II-Regelsätze, zum Mindestlohn und zur radikalen notwendigen Verkürzungen der Erwerbsarbeitszeiten in Einklang zu bringen.

Nicht nur das Einkommen muss übrigens gerecht verteilt werden, sondern auch das Recht auf eine Erwerbsarbeit. Einkommen und Erwerbsarbeit müssen allen Menschen in gleicher Weise das Recht auf ein menschenwürdiges Leben zubilligen. „Die Linke“ in Nordrhein-Westfalen muss gleichzeitig fordern, die zwangsweise Abkopplung von Erwerbsfähigen von der Arbeit zu beenden, und zwar durch die Einführung des linken bedingungslosen Grundeinkommens. Selbst eine Verkürzung der Lohnarbeitszeiten hin zu einer 30-Stunden-Woche dürfte wegen der

gegenwärtigen und künftigen Überproduktionen des kapitalistischen Wirtschaftssystems vollkommen unzureichend sein.

Mindestens 1.000 Euro im Monat für alle in diesem Land lebenden Menschen, egal ob jung oder alt, sind erforderlich, um einen wirklichen Schutzschirm für die Menschen aufzuspannen. Alles andere ist Flickschusterei einer Partei, die sich „Die Linke“ nennt! Die Genossin Wagenknecht und der Genosse Zimmermann haben jetzt wahrscheinlich die letzte reelle Chance, die Menschen von ihrem Veränderungswillen zu überzeugen. Genau dies sollten sie jetzt auch glaubwürdig in Angriff nehmen! Mit sozialistischem Gruß.

3. Diät sind nicht Diäten! Die Argen scheren sich einen Dreck um Urteile und Anweisungen, etwa zum Mehraufwand bei Krankheiten. Diese Versuche der Behörden, absolut notwendige **Diätzuschläge** zu kürzen oder ganz wegzubekommen, sind überhaupt nicht neu. Sie wurden von den Sozialämtern bereits Ende der neunziger Jahre gestartet, auch hier bei uns in Oldenburg. Ich war seinerzeit hiervon persönlich betroffen und startete daraufhin ein Eilverfahren mit dem Antrag auf Einstweilige Anordnung auf Weiterzahlung. Das Oldenburger Sozialamt fuhr damals schweres Geschütz gegen mich auf in Person des Leiters des städtischen Gesundheitsamtes. Dieser hatte angeblich bei Discountern Testkäufe zur Vollwertkost vorgenommen.

Es gab meiner Kenntnis nach damals gerade eine Gruppe von Ärzten, die den Versuch unternahm, die betreffenden Empfehlungen des „Deutschen Vereins“ zu widerlegen oder gänzlich in Frage zu stellen. Allerdings waren diese Empfehlungen bis in die höchsten Gerichtsinstanzen bis dahin immer anerkannt, auch vor dem damals zuständigen Bundesverwaltungsgericht als letzte Instanz. Auch der als Zeuge für die Stadt geladene Leiter des Oldenburger Gesundheitsamtes konnte trotz erheblicher Bemühungen nicht erreichen, dass mir der Diätzuschlag aberkannt wurde, und ich gewann mein Eilverfahren. Kurz danach nahm die Stadt auch die Aberkennungen des Diätzuschlages für an die hundert Diabetiker zurück. Das konnte man sogar in der Oldenburger Presse nachlesen.

Mein Rat deshalb: Sofort gegen eine Nichtanerkennung des Diätzuschlags Widerspruch einlegen und ein Eilverfahren anstrengen, um eine Einstweilige Anordnung zu erreichen. Bei vielen Diäten, auch bei Vollkost, ist es zum Beispiel erforderlich, sehr viel Wasser zu trinken; meistens werden drei Liter am Tag empfohlen. Nimmt man nun ein Mineralwasser im preislichen Mittelfeld, so belaufen sich allein hierfür schon die Kosten auf zusätzliche 40 Euro im Monat. Auf den „Genuss“ von Leitungswasser sollte man sich keinesfalls verweisen lassen. Wenn man in einer Partnerschaft oder einer Familie – heute: „Bedarfsgemeinschaft“ – lebt, dürfte es auch bei Vollkost nicht immer möglich sein, „aus einem Topf“ zu essen, nur um ständig Rücksicht auf ein anderes Mitglied zu nehmen, das unbedingt nach einer Diät leben muss. Hierdurch entstehen immer zusätzliche Kosten.

Auch auf Fleisch muss man nicht unbedingt verzichten. Gerade hier machen sich aber die höheren Kosten für auf eine Diät angewiesene Personen noch-

mals deutlich bemerkbar, denn für fettarme oder möglichst fettfreie Fleischsorten muss man immer wesentlich mehr Geld auf den Tisch legen als beispielsweise für Schweinefleisch. Dieses sind nur einige Gründe, die man bei einem Widerspruch ins Feld führen könnte; bestimmt gibt es noch viele weitere. Daher meine Empfehlung: Widerspruch einlegen, Eilverfahren auf Einstweilige Anordnung auf Weiterzahlung stellen und Klage erheben! Dies ist natürlich keine Rechtsberatung, sondern nur ein Tipp von einem Betroffenen zum anderen. Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!

4. Die Ratsfraktion der „Linken“ in Oldenburg sehe es als skandalös an, so heißt es in einer Presseerklärung, dass FDP und CDU auf Landesebene das Schulprogramm der EU nicht in Anspruch genommen haben. Die Finanzierung dieses notwendigen Projekts hätte aus einer Kombination von 1,5 Millionen Euro EU-Geldern und 1,5 Millionen Euro Landesgeldern restlos sichergestellt werden können. „Die Linke“ wolle dieses Programm nun kommunal umsetzen. Auf die Stadt Oldenburg umgerechnet, bedeute dies ein Volumen von 60.000 Euro, je zur Hälfte zusammengesetzt aus EU-Geldern und städtischen Mitteln. Damit könne gewährleistet werden, dass zumindest an Grundschulen Obst und somit gesunde Zwischenmahlzeiten für Kinder ausgeteilt werden können. Hierdurch könne dem beschämenden „Montagshunger“, der auch in Oldenburg trauriger Alltag sei, entgegengewirkt werden. Die Ratsfraktion wolle einen entsprechenden Antrag an die Verwaltung stellen, damit diese prüft, ob die Gelder für Oldenburg abgerufen und dieses Programm vor Ort auf kommunaler Ebene umgesetzt werden kann.

Mit dem Hinweis auf den beschämenden „Montagshunger“, was und wen auch immer die Linkspartei hiermit meint, und der Forderung nach **Schulobst** für Kinder müssten sich jetzt eigentlich *alle* Oldenburger Eltern pauschal angesprochen fühlen. Man könnte glatt den Eindruck gewinnen, als wären alle Mütter und Väter dieser Stadt Rabeneltern! Besonders gut gerechnet zu haben scheint „Linken“-Ratsfrau Christine Arndt als Mitglied des Schulausschusses aber nicht gerade. Wenn es richtig ist, dass es allein 27 Grundschulen in Oldenburg gibt, dürften sich auf diese Schulen pro Tag ein Obstgeld von ungefähr 10 Euro auf die entsprechende Anzahl von Schülern aufteilen. Selbst wenn man nur von 100 Kindern ausgeht, kommen pro Kopf 10 Cent dabei heraus. Die doppelte Anzahl von Schülerinnen und Schülern dürfte wohl eher wahrscheinlich sein. Wo will „Die Linke“ denn hierfür Obst bekommen, etwa bei der „Tafel“? Vielleicht sollten sich die Befürworter dieses Antrages erst einmal selbst wieder auf die Schulbank setzen oder etwas Nachhilfe in Mathematik nehmen, bevor sie solche unrealistischen Anträge stellen, die auch noch den Wohlfahrtsgedanken stärken und somit an Symptomen herumdoktern, statt die Ursachen für den „Montagshunger“ zu beseitigen! Das würde einer linken Partei wesentlich besser zu Gesicht stehen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Die Arbeitsweise der neuen Hartz-IV-Behörden wird wahlentscheidend

1. Die Aufteilung der Argen (in Bremen: der Bagis) führe fast zu einer Verdoppelung der Hartz-IV-Klagen, so geht’s durch die Medien. Der Referent für Leistungsfragen der Grundsicherung war Gast auf dem Deutschen Sozialgerichtstag. Er hat diese Einschätzung vorgebracht, natürlich nach Expertenmeinung.

Wenn dies stimmen sollte, müsste jede jetzt gegen Hartz IV anhängige Klage beide Rechtsgebiete (Regelleistung und Kosten der Unterkunft, also Miete) berühren. Wer sich einfach mal in die Gerichtsentscheidungen einliest, findet diese Fälle in der Minderheit. Insofern ein neuer Schleiertanz? Nein! Aber die Vorbereitung weiterer Ressourcenanforderung durch die Sozialgerichte. Ich setze auf die klare politische Zuordnung der zu erlassenden Bescheide und dadurch auch auf die Umsetzung von Vereinfachungsmöglichkeiten.

Wie sieht es heute aus? Die Eilverfahren vor den Sozialgericht Bremen gegen die Bagis haben 2009 um 35 Prozent zugenommen, die Klagen im Hauptsacheverfahren sind konstant geblieben, so der „Weser-Kurier“ vom 13. November 2009. Diese Zahl wurde der Deputation für Arbeit vorgelegt. Als Erläuterung stand dort, statistisch werde gegen einen von 76 Bagis-Bescheiden Widerspruch eingelegt, und einer von 300 Bescheiden lande vor Gericht. Über eine Abhilfe stand dort nichts, kein Hinweis. Sollte dies bedeuten: Weiter so? 2011 wird in Bremen gewählt. Die Aufteilung der Bagis und die Arbeitsweise der neuen Behörden, insbesondere bei den Kosten der Unterkunft, wird die Wahl entscheiden. Bei dieser Wahl wird klar: Armut ist ein Grund, zur Wahl zu gehen. Hier geht es um die Wurst: die Wohnung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

2. Unsere Sozialsenatorin will Druck machen: Hartz-IV-Zahlungen sollen gerechter werden, „Ingelore Rosenkötter hat gesprochen“ – so die Überschriften im „Weser-Kurier“ vom 24. und 25. November 2009. Die Senatorin ist dafür, sofort etwas zu tun. Sie nimmt dieses Thema mit für die Tagesordnung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz. So weit, so gut und unbedingt lobenswert!

Bislang hat Frau Rosenkötter jegliche Verantwortung für diesen Bereich der Hartz-IV-Leistungen weit von sich gewiesen, wie auch Karin Röpke, ihre Vorgängerin im Amt. Dabei ist Frau Rosenkötter als Senatorin für Soziales der Freien Hansestadt Bremen gegenüber der Bagis weisungsberechtigt und kontrollverpflichtet. Weil die Sozialsenatorin den Leistungen der Bagis misstraut, sollte ein unabhängige Revisionsgruppe tätig werden – sollte! Aber diese Revisionsgruppe ist nicht mit Ergebnissen öffentlich geworden.

Frau Rosenkötter erläuterte nun dem Redakteur Bernd Schneider die „Findung“ des Regelsatzes. Die Eingangsbemerkung, dass der Betrag von 215 Euro für ein Vorschulkind bereits das Kindergeld beinhaltet (sprich: das Kindergeld wird in voller Höhe beim ALG II beziehungsweise Sozialgeld angerechnet), räumt mit einem alten Vorurteil auf. Selbst Frau Röpke wusste dies nicht: Die Jugendlichen hatten sie damals aufgeklärt. Frau Röpke verließ daraufhin die „Nacht der Jugend“ vorzeitig. Frau Rosenkötter wusste somit um die finanziellen Sorgen der Leistungsbezieher.

Seit August 2008 steht der Vorlagebeschluss des Hessischen Landessozialgerichts, der letztendlich zu diesem Verfahren geführt hat, im Netz. Davor war er bereits für Funktionsträger einsehbar. Frau Rosenkötter hat als zuständige Politikerin sicherlich die vielen Aktionen der Diakonie, unter anderem zur Ergründung der Auskömmlichkeit mit ALG II, verfolgt.

Frau Rosenkötter weist pauschal auf die vielen Fragwürdigkeiten der Ermittlung des Regelsatzes hin, allerdings gab es Empfänger von Hartz IV und Ein-Euro-Jobber damals noch gar nicht. Die Empfänger von Sozialhilfe und Grundsicherung sollten bereits 1998 aus der Referenzgruppe ausgeschlossen sein. Das hat scheinbar nicht geklappt, wie das Gericht bereits herausgefunden hat. Insofern ist dies bei der Fortschreibung der Einkommensermittlung logisch, oder?

Frau Rosenkötter sieht ein drohendes Urteil und will handeln. In diesem Artikel versucht sie, die Auswirkung der bereits feststehenden mangelhaften Ermittlung des Regelsatzes auf die Kinder zu beschränken. Bereits 2004 hat der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ festgestellt: „Dies ist ein Regelsatz nach Kassenlage“. Frau Rosenkötter will auch versuchen, die Aufteilung der Bagis noch zu verhindern. Ein neuer Schleiertanz! Sie sagt: „Wir haben ein Jahr verloren“ und will alles beim Alten belassen. Sie will die Länder wieder zum damaligen Beschluss führen: Alles bleibt, wie es ist! Es ist das Nichtändernwollen – dort liegt der Zeitverlust.

Ingelore Rosenkötter und die sie tragende SPD haben schon viel beschlossen. Den „Erfolg“ zeigt der aktuelle Armutsbericht erneut. Frau Rosenkötter hat nichts gesagt über die Personalsituation der Bagis, verursacht durch die Personalpolitik der Sozialbehörde. Befristete Arbeitsverträge und nicht einmal eine einheitliche Personalvertretung in der Behörde sind *kein* Erfolg!

Die Sozialsenatorin kennt die Petition der Bremer Montagsdemo nach einer Soforthilfe für Kinder. Alle Fraktionen der Bremer Bürgerschaft wurden von uns darüber informiert. Frau Rosenkötter setzt immer noch nicht durch, dass die Bagis die „Verwaltungsanweisung Wohnen“ so umsetzt, wie diese gedacht ist: Die

Heizkosten sind eben *nicht* auf den Prüfbetrag zu begrenzen, sondern in voller Höhe zu übernehmen, es sei denn, die Prüfung beweist, dass unwirtschaftlich geheizt wurde (siehe Themen Heizkosten sowie Zwangsumzüge). Der Sozialsenatorin wurde bereits mehrfach von den Gerichten die Rote Karte gezeigt!

Frau Rosenkötter hat über die Mietobergrenzen insbesondere Familien mit Kindern in eine Wohnungsgröße gepresst, die bei den Kindern zu Bewegungsarmut führt: Es fehlt der Raum. Frau Rosenkötter sitzt dies aus. Den Betroffenen werden absichtlich zustehende Gelder zu den Kosten der Unterkunft vorenthalten. Erst ein Urteil im Einzelfall überzeugt. Frau Ingelore Rosenkötter, bringen Sie parallel zu Ihrem Vorstoß in Bayern Ihr Ressort in Ordnung! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Eltern bestrafen, deren Kinder halb verhungert sind?

1. Der Spandauer CDU-Fraktionschef Arndt Meißner hat eine Vision: Weil in Berlin im vergangenen Jahr 23.645 Fahrraddiebstähle gemeldet wurden, sollen in seinem Bezirk Erwerbslose als Jäger für Raddiebe eingesetzt werden, um die Zahl gestohlener Räder zu verringern. „Haltet den Dieb“, heißt denn auch sinnigerweise die Initiative der Spandauer CDU-Fraktion, die mit Polizei, Deutscher Bahn und Jobcenter genaue Absprachen treffen soll.

In Brandenburg sollen solche Maßnahmen bereits „erfolgreich“ laufen. Dort wird neben der Raddiebjagd ein sogenannter Servicepoint betrieben, wo die Räder sicherheitstechnisch instand gesetzt werden können. Diese Aufgabe sollen fünf Erwerbslose übernehmen und dafür sogar noch Geld bekommen. Wie viel, realistischerweise eher: wie wenig, das muss erst noch entschieden werden. Unglaublich, was so manchen Leuten an Schnapsideen einfällt, wenn sie offenbar nicht in der Realität verhaftet sind! Erwerbslose sollten vor einem Jahr noch Ratten jagen und nun Raddiebe? Dabei sollen ALG-II-Bezieher ihre körperliche Unversehrtheit bei möglichen Kämpfen als **Hilfssheriff** riskieren! Es wird immer dreister und lächerlicher und spottet jedem angeblichen Versuch einer Wiedereingliede-

rung in den „ersten“ Arbeitsmarkt! Ich glaube, ALG-II-Bezieher sollten lieber Jagd auf solche Politiker machen und das schwarz-gelbe Gruselkabinett in die Wüste schicken!

2. Das rot-rot regierte Land Berlin verlangt von seinen Bewerbern detaillierte Gesundheitsdaten. Es wird allen Ernstes nach psychischen Krankheiten, Drogenkonsum, Alkoholgenuss und selbst nach Verhütungsmitteln, namentlich sogar nach den behandelnden Ärzten und Psychologen gefragt. Weil jeder Arbeitgeber in der freien Wirtschaft mit weitreichenden Konsequenzen zu rechnen hätte, wenn er bei Einstellungsgesprächen derartige persönliche Fragen stellen würde, bleibt offen, wie ein solcher Fragebogen in den Berliner Verwaltungen Verwendung finden konnte, ohne dass die Berliner Datenschutzbehörde dies abgenickt hat. Wie war es möglich, dass die beteiligten Personalräte offensichtlich mit dem Einsatz eines solchen Fragebogens einverstanden waren, oder wurden sie über die Verwendung nicht informiert? Der Berliner Senat muss schnellstens dafür Sorge tragen, dass die Arbeitnehmerdaten rundweg so geschützt werden, wie es der **Datenschutz** vorschreibt, und öffentlich erklären, wer die Verantwortung trägt! Leider wird die Forderung nach einem Arbeitnehmerdatenschutzgesetz seit 1986 von der Politik missachtet. Hier besteht dringender Handlungsbedarf!

3. Hamburgs CDU-Landeschef und Finanzsenator Michael Freytag beklagte, dass der Sozialetat 2010 um 600 Millionen Euro anzuwachsen drohe. Deswegen verlangt er, den Bundesländern müsse erlaubt werden, die bisher bundeseinheitlichen **Sozialhilfesätze** eigenmächtig zu kürzen. Arme kosten bei der Umverteilung von unten nach oben eben doch noch zu viel Geld! So sollen Steuermindereinnahmen zugunsten der Vermögenden durch Kürzungen bei der Sozialhilfe kompensiert werden. Der CDU-Bürgermeister Ole von Beust kritisierte völlig zu Recht die Steuersenkungspläne der Bundesregierung: Dort würden neue „Wohltaten“ beschlossen, für die die Länder die „Zeche zahlen“ müssten. Ich finde es unglaublich, wie die Bereicherung der Betuchteren in unserem Land immer offener und skrupelloser durchzudrücken versucht wird! Der Sozialetat darf nicht angetastet werden! Mir würde es gefallen, wenn populistische Dummschwätzer von den Hinter- und Vorderbänken auch mal Konsequenzen für ihre Verbalattacken zu tragen hätten!

4. Für mich ist es vollkommen unverständlich und in keiner Weise nachvollziehbar, dass sich der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin durch seine „umstrittenen“ Äußerungen zur Integrationspolitik *nicht* der **Volksverhetzung** und Verleumdung strafbar gemacht hat. In meinen Augen tat er eben genau dies! Wie die Staatsanwaltschaft Berlin am Freitag mitteilte, wurden die Ermittlungen eingestellt. Obwohl sich Sarrazin in einem Interview abwertend über Türken und Araber geäußert hatte und von der Bundesbank degradiert wurde, habe er sich – wie

gesagt – nicht strafbar gemacht. Wie war das noch: Eine Krähe hackt der anderen halt kein Auge aus!

5. Der Bremer Senat hat seine Hausaufgaben ganz offensichtlich nicht ordentlich gemacht! Eigentlich sollte eine günstige Monatskarte für finanziell Schwache geschaffen werden, damit sie innerhalb Bremens mobil sein können. Uneigentlich kann genau die Bevölkerungsgruppe, für die das **Sozialticket** gedacht war, sich selbiges gar nicht leisten! Statt das „Sozialticket“ zu dem Preis zu verkaufen, wie er im Regelsatz leider nur vollkommen unzureichend vorgesehen ist, bekam es nun einen anderen Namen: Es soll ab jetzt „Stadtticket“ heißen. Finanziell Schwache werden immer noch als *sozial* Schwache beleidigt. Sie dürfen sich im Theater hinten anstellen und darauf warten, ob keine Karten mehr an „normale“ feine Theaterbesucher verkauft werden können. Dann müssen sie sich die Blöße geben, sich als ALG-II-Bezieher auszuweisen und darum bitten, für drei Euro eine Karte zu bekommen. Wenn keine Karten übrig bleiben, gehen sie halt leer aus.

Was soll’s? Es sind ja nur Menschen zweiter Klasse! Ich finde es in der Tat auch wichtig, dass ALG-II-Bezieher sowohl mobil sein können – zumal sie oft in den Gettos am Stadtrand hausen müssen – als auch am kulturellen Leben teilnehmen können. Aber *so* doch wohl nicht! Verdammt noch mal: Erwerbslose, Rentner, Aufstocker müssen so viel Geld bekommen, dass sie wie jeder andere auch am Leben teilhaben können und nicht Schlange stehen müssen: bei der „Tafel“ für den Abfall der Supermärkte, an der Theaterkasse wie ein Paria für nicht genutzte Karten der „Normalbürger“, beim Anstehen vor der Kleiderkammer, in der Wartezone bei den argen Argen, bei der Kindergeldkasse, für den Kinderzuschlag und so weiter! Dies scheint der Bremer Senat gar nicht mitbekommen zu wollen! Empathie ist erlernbar. Wir brauchen dringend ein Grundeinkommen, das zum Leben reicht und vor Verfolgungsbetreuung und Demütigung schützt!

6. Die neueste Armutsstudie der „Arbeitnehmerkammer Bremen“ brachte an den Tag, dass Bremen bei Armut und Wahlmüdigkeit an der Spitze steht! Natürlich besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Höhe des Einkommens und der **Wahlbeteiligung**. Während in den wohlhabenden Stadtteilen nur 16,5 Prozent der Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl ihre Stimme nicht abgegeben haben, blieben in den ärmeren Stadtteilen 43 Prozent zu Hause. In den ungleichen Zahlen zur Wahlbeteiligung drückt sich auf höchst beunruhigende Weise die Spaltung der Stadt aus. Die demokratische Gleichheit ist auch in Bremen in Gefahr. Es ist doch eine Crux für die repräsentative Demokratie, wenn gerade diejenigen sich von der Wahl zurückziehen, die das stärkste Motiv haben müssten, ihre unbefriedigende soziale Lage zum Thema zu machen!

Doch wer am eigenen Leibe ertragen muss, wie der Sozialstaat immer weiter abgebaut wird und einem stattdessen die Verfolgungsbetreuung das Leben unsinnigerweise zur Hölle macht, während die Aussichtslosigkeit in Hinblick auf einen anständig bezahlten Job dramatisch steigt, der glaubt nicht mehr daran,

dass sich eine Partei für ihn einsetzen wird, die er deswegen wählen könnte. Es kann ja wohl kaum von Menschen verlangt werden, dass sie Politiker wählen, die sich keinen Deut für ihre Belange interessieren und sie sogar wie lästiges Ungeziefer bekämpfen und beschimpfen! Schließlich lassen die etablierten Parteien die Nichtwähler links liegen und konzentrieren sich auf ihre Klientel, auf dass sie sich selbst die eigenen Pfründen sichern. Die Nichtwähler sind oft die von der Gesellschaft Ausgegrenzten, sodass sie sich als Überflüssige fühlen, was das Wahlrecht für sie zur Farce macht. Sie haben die freie Wahl zwischen Pest und Cholera!

7. Nach dem Willen der baden-württembergischen CDU soll, wer sich zu wenig um seinen Nachwuchs kümmert, Konsequenzen verspüren. Die Christdemokraten fordern von der Bundesregierung eine Gesetzesänderung: Sie wollen es nicht länger hinnehmen, dass halb verhungerte Kinder in unseren Schulen sitzen. Deswegen soll dringend nach Wegen gesucht werden, wie die Eltern zu sanktionieren seien. Da wird eine Einbehaltung des Kinderzuschlags beim Arbeitslosengeld II oder eine Kürzung des Kindergelds erwogen, wobei das eingesparte Geld dann direkt Schulen zukommen soll. Wurde mal wieder nicht richtig recherchiert? Wer einen **Kinderzuschlag** erhält, bekommt ihn doch *anstelle* von ALG II, um die Arbeitslosenstatistik aufzuhübschen! Als Maßstab fürs Eingreifen wird allen Ernstes das Frühstück genannt. Wenn halb verhungerte Kinder in der Schule auffallen, hat das wohl kaum etwas mit sich nicht kümmernden Eltern zu tun als vielmehr mit einem vollkommen unzureichenden Regelsatz! Dies zu ändern, ist Aufgabe der Politiker – und nicht der Hetze gegen die finanziell armen Eltern!

Stattdessen ertönt es vollmundig: Wenn Eltern ihrem Erziehungsauftrag nicht nachkämen, indem sie selbst für einfachste Dinge keine Sorge tragen, sei das nicht hinzunehmen. In permanenter Dauerhatz wird so getan, als ob Erwerbslose Menschen seien, die zu faul oder zu dumm seien, Arbeit zu finden, und zudem ihre Kinder auch nicht richtig versorgten. Das ist eine absolute Unverschämtheit! Ich sehe nur immer wieder Politiker, die ihrem Auftrag nicht gerecht werden, sich angemessen um die Bevölkerung zu kümmern! Politiker sollen die Bevölkerung *ver*treten und nicht *zer*treten! Dass den Eltern zu wenig Geld zur Verfügung steht, haben die Regierungsparteien zu verantworten und nicht die Betroffenen! Halb verhungerte Kinder lassen sich natürlich am besten mit Sanktionen der Eltern „vermeiden“ – geht’s noch? Auf jeden Fall ist sich die CDU erstaunlich einig mit dem Berliner SPD-Stadtteilbürgermeister Heinz Buschkowsky, der das schon lange so haben will. Ausgerechnet mit einem solchen Maßnahmenkatalog, wie ALG-II-Beziehern bestimmte Leistungen nur in der Form von Gutscheinen zukommen zu lassen, etwa für zusätzlichen Musikunterricht oder den Mittagstisch in der Schule, möchte die CDU Baden-Württemberg zum „Kinderland Nummer eins in Deutschland“ machen. Anstatt sich um den Superlativ zu bemühen, wäre eine normale Teilhabe an der Gesellschaft angesagt und auch weitaus sinnvoller!

8. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion „Die Linke“, Klaus Ernst, kritisiert, die Kanzlerin setze auf Kinderarmut als Zwangsinstrument für Hartz-IV-Bezieher. Ausgerechnet am Tag des 20. Jubiläums der UN-Kinderkonvention forderte Frau Merkel eine Angleichung der Hartz-IV-Regelsätze an das noch niedrigere Kindergeld. Mit dieser unglaublichen Entgleisung zeige Frau Merkel, dass die Menschenwürde von Kindern für sie antastbar sei. Wer Artikel 1 des Grundgesetzes ernst nimmt, müsse die Regelsätze für Kinder sofort anheben! Für Ernst ist es offenkundig, dass Merkel überhaupt keine Ahnung hat, wovon sie redet, denn die Lücke zwischen Kinderregelsätzen und Kindergeld wird nicht größer, sondern kleiner. Während das Kindergeld nach der Erhöhung zum 1. Januar 2010 um zwanzig Prozent höher liegt als 2007, ist der **Regelsatz** für Untersechsjährige seit 2007 um gerade einmal zwei Prozent gestiegen. Topverdiener können mit dem Kinderfreibetrag pro Kind und Monat sogar eine Steuerentlastung kassieren, die über dem Hartz-IV-Regelsatz für Kinder liegt. Unsere famose Bundesregierung kreiert hier eine familienpolitische Gerechtigkeitslücke, die sich gewaschen hat! Wenn Kinderfreibetrag und Kindergeld im krassen Gegensatz zum Regelsatz ansteigen, dann widerspricht dies der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das den Kinderfreibetrag immerhin an die Entwicklung des Existenzminimums in der Sozialhilfe gebunden hat.

9. Erwerbslose, die durch das Arbeitsamt nach zwei Monaten nicht wieder vermittelt werden, bekommen einen **Vermittlungsgutschein** im Wert von 2.000 Euro und damit die Möglichkeit, durch eine private Arbeitsvermittlung eventuell doch noch an eine Stelle zu kommen. Diese erhält die Hälfte der Summe des Vermittlungsgutscheines nach sechs Wochen – und die zweite Hälfte dann, wenn der Vermittelte nach einem halben Jahr immer noch im Beschäftigungsverhältnis steht. Ute Fach arbeitet seit 2002 als private Arbeitsvermittlerin, war zuerst in Heilbronn und dann in Überlingen tätig. Etwa fünf Menschen pro Monat vermittelt sie in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis, was für sie Riesenerfolge bedeutet. Frau Fach findet es nicht einfach, Hartz-IV-Bezieher zu vermitteln, weil die meisten von ihnen keine Motivation zum Arbeiten hätten und sich bereits nach zwei Tagen krankschreiben ließen.

Dumpinglöhne können kaum motivieren, sie deprimieren eher! Aber dazu sagt die Dame nichts. Die Ursache sieht sie darin, dass viele Hartz-IV-Familien gar nicht so schlecht lebten. Weiterhin behauptet sie ins Blaue hinein, dass 90 Prozent der Hartz-IV-Bezieher einer unangemeldeten Nebentätigkeit nachgingen. Das wäre doch beachtlich, bei deren vermeintlicher Arbeitsscheu! Ihrer Meinung nach sollte es eine Pflicht zum Arbeiten geben. Ich würde es begrüßen, wenn Frau Fach dezidiert die Herkunft ihrer Kenntnisse über ihre Unterstellungen gegenüber dem Verhalten von Erwerbslosen offenlegte und dadurch zum Ausdruck brächte, ob sie wirklich eine Frau vom Fach ist. Mit ihrer Behauptung, dass es sich von ALG II gut leben ließe, spricht sie sicherlich von sich selbst, da sie von der Not der Erwerbslosen profitiert und zu einem erquicklichen Auskommen gelangt.

Hat die Dame die Weisheit mit Löffeln gefuttert? Wenn 90 Prozent der Hartz-IV-Bezieher einer nicht angemeldeten Erwerbstätigkeit nachgingen, müsste es unerträglich viele Firmen geben, die diesen Staat permanent beschubsen!

10. Gitarrenbauer Hans Peter Wilfer herrscht in seiner Firma, wie es ihm gefällt: Mit Gutsherrenallüren verstößt er gegen Gesetze, zahlt Ultraniedriglöhne und wird trotzdem vom Besuch des Bundespräsidenten beehrt. Hier haben die Angestellten regelmäßige Arbeitszeiten, montags bis freitags von 6 bis 18 Uhr und samstags bis 14 Uhr – 68 Stunden die Woche für **Dumpinglohn**! Firmengründer Wilfer gilt als harter Unternehmer, großzügig nur, wenn es um die Präsentation seiner Instrumente geht. Seinen Mitarbeitern sagt er, es sei günstiger, nicht 18 Tage im Jahr Urlaub zu nehmen, sondern maximal zehn bis zwölf Tage. Als ein Kollege während der Arbeit mit einem Schwächeanfall zusammenbrach und in die Klinik kam, erhielt er noch während seiner Krankschreibung einen Anruf seines Chefs mit der Order zurückzukommen. Als er sich weigerte, wurde er kurzerhand gefeuert. Wahrscheinlich wäre alles gar nicht an die Öffentlichkeit gekommen, wenn nicht ausgerechnet dieser Betrieb im letzten Oktober Besuch vom Bundespräsidenten bekommen hätte. Seitdem tauschten ehemalige Mitarbeiter im Internet ihre gruseligen Erlebnisse der besonderen Art mit diesem Unternehmen aus („Stern“ Nummer 48/2009, Seite 136).

Wie konnte Herr Köhler ausgerechnet ein Unternehmen auswählen, das den Interessenausgleich unserer Gesellschaft mit Füßen tritt? Hier wurde ein Unternehmer geadelt, der offenbar gegen Mindestarbeitsbedingungen verstößt und dessen Feingefühl an Zynismus grenzt. In Deutschland darf laut Arbeitszeitgesetz in der Woche 48 Stunden gearbeitet werden. Arbeitnehmer haben bei einer Sechs-Tage-Woche Anspruch auf 24 Tage Urlaub. Herr Köhler hieß nun Hase und wusste selbstverständlich von nichts! Eigentlich müssten Verstöße gegen diese Regeln von den zuständigen Behörden wie der Gewerbeaufsicht kontrolliert und vor den Arbeitsgerichten individuell eingeklagt werden. Uneigentlich profitiert ein Unternehmer wie Wilfer von seiner Lage in einer strukturschwachen Region, in der die Politik ganz offen Investoren mit niedrigen Löhnen lockt. Dies ist ein fatales Signal! Wenn ab 2011 die Freizügigkeit auch für Arbeitnehmer aus osteuropäischen EU-Staaten gilt, können Menschen aus Tschechien problemlos im Vogtland Arbeit suchen, was einen starken Druck auf die Löhne ausüben wird. Weil es in Deutschland immer noch keinen Mindestlohn gibt und Frau Merkel lieber auf das Verbot sittenwidriger Löhne setzt, ist Deutschland auf diese sogenannte Freizügigkeit schlecht vorbereitet. Sie wird sich kontraproduktiv für die Arbeitnehmer auswirken. Das zeigt nur zu deutlich, wo das schwarz-gelbe Gruselkabinett mit uns hin will!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“ und „Scharf links“

Das „Bremer Friedensforum“ protestiert am **Donnerstag**, dem **26. November 2009**, um **15:30 Uhr** bei der Bagis am **Doventorsteinweg** gegen die Aktivitäten der **Bundeswehr** in den Argen. Es wird um rege Beteiligung gebeten!

Das „Mayday-Bündnis Bremen“ führt am **Samstag**, dem **28. November 2009**, um **11 Uhr** in der **Schlecker-XL-Filiale** in der Gröpelinger Heerstraße (Nähe Lindenhof-Center) eine **Protestaktion** gegen **Lohndumping** durch. Bringt Schilder mit euren Forderungen mit, verkleidet euch! Treffpunkt ist am Klopapierregal.

Die Leier macht nicht satt

Hurra! Dank des Bremer Kulturtickets *endlich* Restkarten für Hartz-IV-Empfänger! Was wollen wir mehr? Da erübrigt sich ja die Klage beim Bundesverfassungsgericht! Also: Alle Anträge, Widersprüche und Klagen zurückziehen und schleunigst Restkarten sichern. Wozu sich noch mit Stromkosten und der Übernahme von Miete und Heizkosten mit der Bagis vor dem Sozialgericht herumschlagen, wenn uns die edle Muse über solch nichtige Querelen hinwegtrösten kann? So manche Sanktion lässt sich dank des Bremer Kulturtickets mit Goethe und Shakespeare viel besser ertragen! Und mal ehrlich: Wer will schon im Kino den neuesten „Bruce Willis“ sehen? Zu beachten ist jedoch, dass die Theateraufführungen bitte nicht mit laut knurrendem Magen gestört werden!

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Bremer Zeitarbeitsfirma spielt Sozialpolizei: Wer einen Billigjob ablehnt, wird an die Arge gemeldet *(„Scharf links“)*

Schnatterinchens Chaostage: Wird Zensursula die Öffentlichkeit künftig mit einem Stoppschild vor Anti-Hartz-Websites schützen? *(„Spiegel-Online“)*

Die Regierung hat Angst vor politischer Destabilisierung

Es wird immer deutlicher, wer in Deutschland die Macht hat und wie es mit der „Demokratie“ so aussieht! Während letzte Woche das Verfahren wegen Volksverhetzung und Verleumdung gegen Thilo Sarrazin von einem Berliner Gericht mit der Begründung eingestellt wurde, die grundgesetzlich geschützte Meinungsfreiheit gebe jedem das Recht, auch in überspitzter und polemischer Form Kritik zu äußern, wird hart gegen Kollegen vorgegangen, wenn sie es auch nur wagen, ihren Betrieb zu kritisieren.

Kai Steinhage, Vertrauensmann bei Daimler, hatte sich getraut, auf der Betriebsversammlung einen Zusammenhang zwischen den Selbstmorden im Werk und der gestiegenen Arbeitshetze zu vermuten, als ihm auch schon mit Kündigung gedroht wurde und er eine Abmahnung erhielt. Letzte Woche haben wir vom „**Solikreis gegen Abmahnungen**“ Flugblätter verteilt und Unterschriften gesammelt. Unser nächstes **Treffen** ist am **Dienstag**, dem **8. Dezember 2009**, um **18 Uhr** im ‚**Freizi Buntentor**‘, Geschwornenweg 11a.

Oder nehmen wir Josef Ackermann, den Chef der Deutschen Bank: Er ist maßgeblich verantwortlich für die widerrechtliche Kündigung aller Konten der MLPD, auch des Kontos, auf das Spenden gehen. Dabei sind Barspenden an politische Parteien in Deutschland verboten, wenn sie über 1.000 Euro gehen! Ohne Konto ist eine Partei nicht geschäftsfähig. Ein solch politisch motivierter Boykott ist in Deutschland verboten, eine Konsequenz aus dem Hitlerfaschismus. Doch was schert das einen Ackermann, der wegen Millionenbestechung vor Gericht stand, dessen Verfahren aber gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt wurde?

Jetzt fordert er von der Regierung, dass keine Einschränkung der Bankenfreiheit vorgenommen werde, insbesondere keine Auflage, die das Eigenkapital anbelangt. Das heißt nichts anderes als lustig weiterspekulieren! Die Verluste soll der Staat bezahlen, wenn es mal schief geht. „Kreditinstitute in Not“ sollen mit neuem Kapital ausgestattet werden, fordert Ackermann. Die Deutsche Bank hat fast zehn Milliarden Euro aus den Geldern gefressen, die die US-Regierung in den kriselnden Versicherer AIG pumpte, und die steigende Staatsverschuldung ist weiter sprudelnder Profitquell!

Die Regierung hat Angst vor politischer Destabilisierung, wenn sie die Krisenlasten sofort offen auf die Massen abwälzt, und sie weiß: Ein zweites Mal kann sie nicht ein halbe Billion in ein Konjunkturprogramm stecken. „Einen zweiten Schuss haben wir nicht“, orakelt Steinmeier schon. Am meisten Angst haben die Herr-

schenden davor, dass das Volk auf den Straßen und in den Betrieben aufsteht und kämpft. Deswegen machen sie Zugeständnisse: So werden bei Opel nach dem Urlaubsgeld nun auch Weihnachtsgeld und Lohnerhöhung gezahlt.

Zugeständnisse gibt es auch im Kleinen: Hier in Bremen wird das Werdersee-Wäldchen nun doch nicht angeholzt. Zumindest für die nächsten drei Jahre ist es gesichert. Ein herzlicher Glückwunsch an die Bürgerbewegungen! Wir sehen: Nur der Weg des gemeinsamen Kampfes führt weiter. Der Weg des Verzichtes jedoch führt in die Sackgasse! Das ist jetzt auch die wichtige Lehre für die Kollegen von Mdexx, vom Hafen, vom Ausbesserungswerk und nicht zuletzt auch von Daimler, wo insgesamt Tausende von Arbeitsplätzen bedroht sind.

Wolfgang Lange (MLPD)

Montagsdemonstranten solidarisch mit Streik der Studierenden!

Liebe Student(inn)en, wir wollen von unserem heutigen Hamburger Treffen der nordwestdeutschen Montagsdemonstrationen herzliche Grüße zu euren erfolgreichen Protesten senden! Wir sind mit euch solidarisch bei der Forderung nach kostenloser Bildung von der Kita bis zur Uni. Schul- und Studiengebühren müssen abgeschafft werden, denn das sind Methoden, die Krisenlasten auf die Bevölkerung abzuwälzen! Diese Gebühren machen es gerade Kindern von Hartz-IV-Betroffenen fast unmöglich, eine gute Schulbildung beziehungsweise ein Studium zu erhalten. Wir finden es gut, dass ihr euch vielerorts mit Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung zusammentut. Jeder kann heute sehen, dass ein Studium kein Garant für einen Arbeitsplatz ist. Darum müssen wir gemeinsam um jeden Arbeitsplatz kämpfen!

Solidaritätserklärung der nordwestdeutschen Montagsdemonstrationen (mit einer Enthaltung beschlossen)

Die wahre Hetze gegen die „Unterschicht“: „Betreuungsgeld wird dazu führen, dass ein Großteil der Unterschicht-Eltern ihr Kind nicht in die Kita geben, um das Geld für ihre Bedürfnisse auszugeben – zum Beispiel für Zigaretten, Alkohol oder den Beitrag fürs Pay-TV. Die Kinder lernen nur das Leben im Milieu kennen! Es spielt keiner mit ihnen und liest auch nichts vor. Sie lernen nicht, wie man spricht oder mit Messer und Gabel isst. Das sind die Grundlagen zur Verwahrlosung schon in frühester Kindheit.“ *(Heinz Buschkowsky, SPD)*

In der Vorweihnachtszeit beginnt die **Bremer Montagsdemo** um **17:30 Uhr** vor dem Konzerthaus „Glocke“ an der **Domsheide**. Wir ziehen durch die Oberstraße zum **Hanseatenhof** und halten dort unsere Kundgebung ab.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

257. Bremer Montagsdemo am 30. 11. 2009

Hartz IV muss weg – dafür hat die Bremer Montagsdemo meine uneingeschränkte Solidarität!

Lieber Hans-Dieter Wege, ganz herzlichen Dank für deine freundliche Mail. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Dass die Bremer Montagsdemo noch immer lautstark ihren Protest gegen Hartz IV und Sozialabbau zum Ausdruck bringt, finde ich sehr gut und wichtig. Ich kann auch eine ganze Reihe deiner Forderungen nur unterstützen: Arbeitszeitverkürzung und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von zehn Euro sind in Deutschland dringend notwendig. Auch der Ansicht, dass die bloße Anhebung der ALG-II-Regelsätze nicht ausreichend ist, kann ich vorbehaltlos zustimmen. Die Losung „Hartz IV muss weg!“ bleibt richtig. Vor allem die entwürdigenden und repressiven Maßnahmen, die nicht zuletzt über Hartz IV eingeführt wurden, müssen beendet werden. Für diese politischen Ziele hat die Bremer Montagsdemo meine uneingeschränkte Solidarität. Und ich hoffe, dass die linke Bewegung wieder so stark wird, dass der Kapitalismus endlich sein verdientes Ende findet und alle Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit und Frieden führen können. In all dem sind wir uns schnell einig.

Eine andere Meinung habe ich aber zum bedingungslosen Grundeinkommen, wenngleich ich die Ängste und Nöte vieler sozial benachteiligter Menschen, die ein solches Grundeinkommen fordern, verstehe. Ich glaube allerdings nicht, dass dieses Modell ihnen wirklich weiterhilft – aus folgenden Gründen:

Erstens, es gehen fast alle Grundeinkommensmodelle davon aus, dass es immer Arbeitslosigkeit geben werde. Sie finden sich also damit ab, dass viele Menschen ohne Arbeit bleiben werden. Das bedeutet, dass jeder Arbeitslose zwar sein Grundeinkommen erhält, ihm aber seine Bedürfnisse, sich durch Arbeit ge-

sellschaftliche Anerkennung zu verschaffen und sich selbst persönlich und beruflich durch Arbeit weiterzuentwickeln, mit den Grundeinkommensmodellen nicht gewährleistet wird. Viele Menschen fühlen sich aber ohne Arbeit nutzlos, sie wollen etwas tun und dafür auch entsprechend entlohnt und gewürdigt werden. All dies berücksichtigen die Grundeinkommensmodelle meines Erachtens zu wenig. Sie lösen das Problem der Arbeitslosigkeit nicht.

Zweitens, ich sehe das große Risiko, dass über das bedingungslose Grundeinkommen Sozialdumping betrieben werden soll. Natürlich wollen die linken Grundeinkommensbefürworter gerade dies verhindern. Allerdings besteht die Gefahr, dass im Falle der Auszahlung des Grundeinkommens an Beschäftigte der Arbeitgeber nur noch eine Art Aufstockung zuzahlt, dieser also von seiner Verantwortung, einen gerechten Lohn zu zahlen, weitgehend befreit wird. Dies könnte einer der Gründe dafür sein, dass auch Neoliberale wie der ehemalige thüringische Ministerpräsident Althaus ein sogenanntes Bürgergeld fordern. Und auch ein Götz Werner, der sich ja für ein Grundeinkommen immer wieder öffentlich stark macht, hat Mindestlöhne von zehn Euro bis heute nicht akzeptiert, vielmehr hat er Mindestlöhnen in der Tendenz arbeitsplatzvernichtende Wirkungen attestiert.

Wenn nun der Staat ein Einkommen an Beschäftigte auszahlt, die Wirtschaft aber nur noch eine Art Lohnaufstockung leistet, dann besteht die große Gefahr weiterer Umverteilungen von unten nach oben, denn das Grundeinkommen muss ja finanziert werden. Die hierfür vorliegenden, die Finanzierung betreffenden Zahlen sind sehr unterschiedlich – je nach Modell. Bei einigen Grundeinkommenssystemen wird jährlich von bis zu 1,5 Billionen Euro ausgegangen. Das ist viel Geld. Und nach den Erfahrungen der letzten Jahre und den bestehenden politischen und ökonomischen Machtverhältnissen würde man diese riesige Summe wohl nicht von den Vermögenden und Reichen einfordern, sondern wieder einmal von den kleinen Leuten. Das fände ich verheerend. Und dass die Unternehmer möglicherweise lediglich minimale Aufstockungen zahlen müssten, aber der Staat am Gesamteinkommen des Einzelnen den großen Teil aufbringen soll, das halte ich für einen falschen Weg. Daher brauchen wir vielmehr einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro, der die Unternehmen auch in die soziale Pflicht nimmt.

Und drittens, ich halte es nicht für vermittelbar, dass ausnahmslos jeder ein Grundeinkommen beziehen soll, also auch der Milliardär und der Einkommensmillionär. Das fände ich einfach ungerecht. Was ich anstelle des bedingungslosen Grundeinkommens befürworte, das ist die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung, die ein menschenwürdiges Leben sichert. Und meiner Ansicht nach muss auch die vorhandene Arbeit grundlegend umverteilt werden, etwa durch die oben schon angesprochene Arbeitszeitverkürzung, durch Abbau von Überstunden und durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze – insbesondere im öffentlichen Sektor.

Ich hoffe, ich konnte mit meinen Argumenten überzeugen. Wenn du mehr über meine politische Arbeit erfahren möchtest, kann ich dir meine Website empfehlen. Gerne nehme ich dich auch in meinen Newsletter auf. Auf der Website findest du

ein Formular, mit dem du dich gegebenenfalls in die Liste eintragen kannst. Dir alles Gute und viel Erfolg für die weiteren Montagsdemos! Beste Grüße.

Zuschrift von Sahra Wagenknecht, MdB („Die Linke“)

Die Denkfehler der Grundeinkommensgegner

1. Liebe Sahra! Leider beinhaltet deine Antwort in meinen Augen einige gravierende Gedankenfehler, die ich dir gerne noch einmal solidarisch darstellen möchte. Ich mache das hier ganz kurz und präzise in einer Aufzählung:

1. Eine Strategie zur Überwindung von Hartz IV muss die Forderung nach Mindestlohn, radikalen Verkürzungen der Lohnarbeit, der Regelsätze und die gleichberechtigte Teilhabe an der zur Verfügung stehenden Lohnarbeit in Einklang bringen. Diese Voraussetzungen werden mit der Forderung nach einem bedingungslosen Einheitsgrundeinkommen der Initiative Bremer Montagsdemo alle erfüllt.
2. Die Würdigung der Arbeit darf sich keinesfalls ausschließlich auf die Lohnarbeit beschränken, sondern muss auch gesellschaftliche Arbeit, Familienarbeit, Pflegearbeit, künstlerische Arbeit und so weiter gleichberechtigt mit einbeziehen.
3. Kosten von 1,5 Billionen Euro dürften bei Anrechnung der Einkommen durch Lohnarbeit in Form einer negativen Lohnsteuer bis zu 1.000 Euro im Monat auf gar keinen Fall entstehen. Auch alle anderen Einkommen wie Rente, ALG I, Krankengeld oder Ähnliches müssten selbstverständlich bis zum Betrag von 1.000 Euro angerechnet werden.
4. Die Einführung einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich müsste die Tariflöhne, die über zehn Euro liegen, zwangsläufig um 25 Prozent erhöhen. Das Gleiche würde für den Mindestlohn gelten.
5. Forderte man wirklich für alle 44 Millionen der erwerbsfähigen Lohnarbeiter in Deutschland die gleichberechtigte Teilhabe an einer 30-Stunden-Woche, so wären hierfür über 68 Milliarden Lohnarbeitsstunden erforderlich. Seit Jahren werden aber nur circa 46 Milliarden Lohnarbeitsstunden von den Lohnarbeitern erbracht und sind notwendig, selbst wenn man schon alle unnötigen Tätigkeiten mit einbezieht.
6. Sogar die Schaffung von zwei Millionen Lohnarbeitsplätzen würde den Anteil der Lohnarbeitsstunden nur um 3,12 Milliarden Stunden erhöhen. Somit fehlten immer noch rund 21 Milliarden Lohnarbeitstunden, um jeden Lohnarbeiter mit 30 Stunden in der Woche zu versorgen. Zum Mehrwert würden

zwei Millionen Lohnarbeitsplätze im Öffentlichen Dienst auch nicht unbedingt beitragen.

7. Jeder(r) empfindet es vielleicht als ungerecht, wenn man einem Milliardär seine ersten 1.000 Euro bedingungslos und steuerfrei zur Verfügung stellt. Man darf doch aber hierbei nicht übersehen, dass danach eine progressive Besteuerung für diese Typen einsetzen muss!
8. Selbstverständlich darf das bedingungslose Einheitsgrundeinkommen nicht über die Verbrauchssteuern, speziell die Mehrwertsteuer, finanziert werden. Dieses muss man kategorisch ablehnen.
9. Man spricht in Deutschland seitens der Politiker und der Arbeitgeber immer von Sozialleistungen, die schon über 700 Milliarden im Jahr betragen. Man spricht aber nicht darüber, dass diese „Sozialabgaben“ in Wirklichkeit ein Bestandteil des Lohnes sind, der dafür gedacht ist, eine erfolgreiche Reproduktion der Lohnarbeiter und ihrer Familien zu gewährleisten. Hier steckt übrigens ein großer Teil der Gelder drin, die man auch für ein bedingungsloses Einheitsgrundeinkommen verwenden kann, da sie sowieso für die monatliche Lebensführung gedacht sind.
10. Die Forderung nach einem bedingungslosen Einheitsgrundeinkommen der Bremer Montagsdemo erfüllt alle Voraussetzungen, um die Verteilung von Einkommen und Lohnarbeit weitgehend in Einklang zu bringen und ist daher mehr als jede andere Forderung geeignet, den Weg in eine bessere andere Gesellschaft zu starten und möglichst die Mehrheit der Gesellschaft auf diesem Wege auch mitzunehmen.

Nur ein eindeutig klar beziffertes und nachprüfbares besseres Konzept wird mich überhaupt jemals vom Gegenteil überzeugen: Das bedingungslose Einheitsgrundeinkommen kann die Würde jedes in Deutschland lebenden Menschen wieder herstellen, und es kann die Machtverhältnisse in Deutschland zum Tanzen bringen. Genau deshalb sollte sich zumindest jede und jeder Linke dieser fortschrittlichen Idee für eine bessere Gesellschaft auch solidarisch anschließen! Mit freundlichen Grüßen.

2. Kultur! Kultur?

Küsst den Hartz-IV-Empfänger die Muse hier in Bremen,
Kann er in Zukunft wieder etwas erleben!
Nur schnell „Anzug, Frack, Ballkleid
Und den Nerz“ herausgeholt,
Vor allem auch das Rad,
Und endlich geht’s mal wieder abends in die Stadt!
Am Theater angekommen,
Ist man noch etwas benommen
Vom Fahren mit dem Rad
Und steht sich dann vor der Kasse die Füße platt.

Man stellt mit Schrecken fest:
Wenn man fährt mit dem Rad,
Werden die schönsten Klamotten dreckig und nass!
Dann strömen auch die Besucher an dir nur so vorbei.
Von drinnen klingt bereits Applaus im ausverkauftem Haus!
Und die Moral von der Geschicht' bezüglich der Kultur:
Verlass dich auf ein Ticket nicht,
Das viel verspricht, doch nicht viel nützt!
Wie so oft wird wieder mal
Der Hartz-IV-Mensch abgeblitzt.

3. Wenn es heißt, die Bundesregierung werde die Finanzierungsprobleme der öffentlichen Hand zum Anlass nehmen, eine „radikale Kürzung der **Sozialausgaben**" durchzusetzen, dann sind diese Maßnahmen nichts anderes als Lohnkürzungen. Ausschließlich steuerfinanzierte Transferleistungen sind nämlich tatsächlich Sozialausgaben. Ausgaben für die gesetzliche Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung sind Bestandteile der Löhne. Eigentlich müssten selbst Kindergeld und Kindergeldzuschlag ein reiner Bestandteil des Lohns sein, da sie zur Reproduktion der Lohnabhängigen benötigt werden und dazugehören. Dies müsste eigentlich über den Lohn vollständig abgesichert sein. Weshalb diese Leistungen dann steuerfinanziert werden, dürfte klar sein: Es waren die ersten Schritte, um die Lohnkosten niedriger zu halten.

Genau dies will und muss man jetzt immer weiter ausweiten, denn aufgrund der Überproduktionen bei gleichzeitigen Absatzschwierigkeiten kann man seine Profite nur noch durch Lohnkürzungen einigermaßen stabilisieren. Dass sich der Hund durch solch ein Denken eigentlich selbst in den Schwanz beißt, wollen diese Ignoranten aus der neoliberalen Politik und Wirtschaft einfach nicht erkennen! Auch in meinen Augen sind politische Streiks mehr als überfällig und zwingend notwendig. Die Basis der Gewerkschaften muss diesbezüglich unbedingt ihre Führung fordern! Jegliches längere Zögern dürfte einen Bumerangeffekt zur Folge haben und ist damit unverantwortlich.

4. Wie ein Kind mit drei Euro am Tag satt zu bekommen sei, versucht die „Blöd“-Zeitung mittels einer „Ernährungsexpertin“ vorzurechnen. Nimmt man die Empfehlungen nach NDV 91, 429 aus Beck’s Rechtsberater vom 1. Oktober 1993, so wird man feststellen, dass sieben- bis 14-jährigen Kindern eigentlich ein monatlicher **Verpflegungsgeldsatz** nach dem BSHG aus dem Jahr 1993 von 125,65 Euro zustehen würde, wenn man vom heutigen Eckregelsatz für Alleinlebende ausgeht. Nach den Berechnungen von heute sind es nur noch 90 Euro. Vor 16 Jahren teilte sich dieser Verpflegungsgeldsatz wie folgt auf: ein Drittel für Nahrungsmittel, ein Drittel für Getränke und Genussmittel, ein Drittel für Verzehr von Speisen und Getränken außer Haus.

Man muss sich vor Augen führen, dass man vor 16 Jahren auch mal etwas außerhalb seiner eigenen Wohnung verzehren durfte! Heute wurde das auf ein absolutes Minimum beschränkt. Geht man aber mal davon aus, dass diese frühere Regelung wesentlich verfassungskonformer war, dann stünde, würde man die Berechnung von früher auf heute übertragen, ein Betrag für die häusliche Verpflegung von sieben- bis 14-jährigen Kindern von 41,88 Euro zur Verfügung stehen. Das wären aufgerundet 1,40 Euro am Tag für fünf Mahlzeiten, rund 28 Cent pro Mahlzeit. Gerade für Alleinlebende, die vielleicht auch noch erwerbstätig sind, muss doch die Möglichkeit der außerhäuslichen Verpflegung gewährleistet werden! Ansonsten wäre ja ein erwerbstätiger Aufstocker, der vielleicht seine Brotzeit vergisst oder der zu Überstunden verpflichtet wird und daher vielleicht nicht mehr einkaufen kann, auch verpflichtet, Kohldampf zu schieben, nur weil die außerhäusliche Verpflegung durch „Spezialisten der Regierung“ quai außer Kraft gesetzt wurde.

Man darf sich auf diese Spielchen der „Bild“-Zeitung überhaupt nicht einlassen. Es sind juristische Winkeladvokatenmethoden, mit denen man versucht, alles schönzurechnen. Traurig genug, dass es Menschen gibt, die sich dafür hergeben, solche Speisepläne zu erstellen! Da wundere ich mich dann nur noch darüber, dass der Verpflegungsgeldsatz bei der Bundeswehr für drei Mahlzeiten über sieben Euro beträgt, obwohl die Bundeswehrküchen angeblich nicht gewinnorientiert kochen. Dort herrscht dann ja die reinste Verschwendung! Vielleicht sollte die Bundeswehr einmal die Ernährungsexpertin der „Bild“-Zeitung verpflichten?

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Leistungsmissbrauch durch Gestaltungsmissbrauch

Der „**Leistungsmissbrauch**“ nimmt zu, gerade „rechtzeitig“ zu Weihnachten! Elisabeth hat auf diese Meldung der Bundesagentur für Arbeit für den Rechts-

kreis SGB II hingewiesen. Wer als Leistungsbezieher von ALG II, Sozialgeld oder Grundsicherung zu Weihnachten Bargeld geschenkt bekommt, muss dieses Geschenk unverzüglich dem Träger der Leistung melden, also der Arge oder dem Sozialamt. Das geschenkte Geld wird als Einkommen auf die nächste Zahlung angerechnet, sprich: Es wird von der Behörde vereinnahmt. Das gilt auch für Geldgeschenke an die Kinder in einer Bedarfsgemeinschaft (früher: Familie). Wenn ein Kind dagegen ein Fahrrad geschenkt bekommt, kann es dieses behalten. Also: Sachgeschenke dürfen die Leistungsbezieher behalten, Geld muss zu 100 Prozent an die Behörde abgeführt werden.

1. Die Senator(inn)en der Freien Hansestadt Bremen haben ein gutes Gehalt. Sie haben im laufenden Jahr weder auf ihre Tariferhöhung noch auf die Sonderzahlungen verzichtet. Einige von ihnen nehmen Aufgaben in den vielen Gesellschaften der Freien Hansestadt wahr. In über 250 Gesellschaften hat Bremen öffentliche Aufgaben ausgelagert, darunter sind auch AGs und große GmbHs mit Aufsichtsräten. Die BLG zum Beispiel zahlt laut „Weser-Kurier“ circa 9.000 Euro Vergütung an jedes Aufsichtsratmitglied. Dieses Zusatzeinkommen können die Senator(inn)en behalten. Es ist nichts an den Staatshaushalt abzuführen. Nur bei der persönlichen Steuerklärung müssen diese Einnahmen deklariert werden. Ganz anders als bei den vorstehend beschriebenen Leistungsbeziehern – obwohl auch Senator(inn)en auch aus der Staatskasse bezahlt werden!

Bremen hat wie üblich den Beziehern der Zusatzrente für Arbeiter(innen) – diese Rentner(innen) haben bei der Freien Hansestadt gearbeitet – die aktuelle Höhe der Zusatzrente mitgeteilt. Es gibt bei den meisten keine Veränderung, keine Rentenerhöhung im Jahr 2010, kein Weihnachtsgeld. Die Rente wurde durch eine Gesetzesänderung der Freien Hansestadt Bremen vor circa zwei Jahren eingefroren, die Sonderzahlung Weihnachtsgeld abgeschafft. Einfach so! Die Leistungsbezieher mit Nebeneinkommen können sich ebenfalls nicht so richtig über ein Weihnachtsgeld freuen: Sie müssen 80 beziehungsweise 90 Prozent des Geldes an die Behörde weitergeben. Auch bei einer Sachleistung des Arbeitgebers greift die Behörde zu. Diese Zuwendung erscheint als geldwerter Vorteil in der Lohnabrechnung.

Was davon Leistungsmissbrauch ist, soll jeder selbst entscheiden. Der Leistungsmissbrauch wurde per Gesetz von den Politikern definiert. Senatorinnen und Senatoren sind Politiker! Leistungsmissbrauch durch Gestaltungsmissbrauch wäre die notwendige Ergänzung des Themas. Die Diakonie hat dazu festgestellt: Es gibt weder Sozialmissbrauch noch Leistungsexplosion. Was es tatsächlich gibt, ist ein Missbrauch mit dem „Missbrauch“, einschließlich interessengesteuerter Berichterstattung über den angeblichen Missbrauch beim ALG II.

Dem ehemaligen Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement hat sich – ob über Nacht oder durch Eingebung, wir wissen es nicht – im Frühjahr 2005 erschlossen, warum wir auf dem Arbeitsmarkt nicht vorankommen: In einer bekannten sonntäglich abends stattfindenden Polit-Smalltalk-Sendung im Öffentlich-Rechtlichen verkündete er seine inneren Überzeugungen denn auch sogleich als mutmaßliches Faktum. Er behauptete, es gebe eine erhebliche Missbrauchsquote bei Transferleistungsbeziehern, die in dieser Runde auf 15 bis 20 Prozent beziffert wurde. Grundlage dieser Behauptung war unter anderem eine vom Arbeitsministerium in Auftrag gegebene Recherche von übrigens sehr fragwürdiger Qualität, die unter dem Titel „Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, Abzocke und Selbstbedienung“, eine Reihe von Einzelbeispielen des Leistungsmissbrauchs auflistete.

Diese Behauptung von Wolfgang Clement wird auch durch die aktuellen Zahlen widerlegt. Dazu muss der Mensch auch wissen, dass die Arge (in Bremen die Bagis) bei jeder Überzahlung dem Leistungsempfänger unterstellt, dass er diese verursacht hat. Es wird Zeit, dass die Nachfolgebehörde sich einen sachlichen Text einfallen lässt! Wer ein Geldgeschenk angemeldet, dieses Geld aber zweckgebunden erhalten hat, sollte das nachträglich kundtun, Widerspruch einlegen und notfalls die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen. Wie dies geht? Wir gehen mit! Geldgeschenke an die Kinder zur Kommunion oder Konfirmation sind nicht anzurechnen, dies haben die Kirchen nachträglich erreicht. Hat bisher keiner an Weihnachten gedacht?

2. Die „Weihnachtshilfe“ hat geholfen und einer Familie im Hartz-IV-Leistungsbezug den Umzug in eine andere **Wohnung** ermöglicht. Die Tochter war belästigt worden und musste den Täter in der Nachbarschaft ertragen. Durch den Umzug wurde eine räumliche Trennung herbeigeführt. Die „Gewoba“ und die „Weihnachtshilfe“ haben diese Kosten übernommen. Andrea Frenzel-Heiduck, Referatsleiterin in der Sozialbehörde und Mitglied im Vorstand der „Weihnachtshilfe“, hat diese Aktion bewerkstelligt. Klasse! Aber dieser Umzug erfolgte aus einem wichtigen Grund. Daher hätte die *Bagis* genau diese Kosten übernehmen müssen. Frau Frenzel-Heiduck hätte dies eigentlich erkennen müssen. Die Kasse der Weihnachtshilfe wurde hier zu Unrecht belastet!

Frau Frenzel-Heiduck, bitte sorgen Sie für einen entsprechenden Ausgleich durch die Bagis! Die Weihnachtshilfe hat sicherlich wieder viele nicht erfüllbare Wünsche vorliegen. Das Geld reicht eh nicht! Wichtig ist mir weiterhin, dass auch Leistungsbezieher umziehen können. Hier muss ebenfalls ein wichtiger Grund vorliegen. Auch eine zu kleine Wohnung ist ein wichtiger Grund! Die Einschränkungen der „Verwaltungsanweisung Wohnen“ der Freien Hansestadt Bremen haben überwiegend keinen rechtlichen Bestand. Wie dies geht? Wir gehen mit!

3. Werden in **Afghanistan** das Recht und die guten Sitten gebeugt? Es liegt schon etwas zurück, dass polnische Soldaten wesentlich öfter unter Beschuss genom-

men wurden als andere in Afghanistan. Inzwischen ist der Grund klar: Polen hat kein Schutzgeld gezahlt – anders als die italienische, die britische und die deutsche Regierung. Ein Gastwirt in Deutschland, der eine Schutzgelderpressung akzeptiert, macht sich strafbar. Die deutsche Regierung hingegen finanziert mit Schutzgeldern die Taliban in Afghanistan! 2008 wurde dies noch mit einem Fragezeichen in den Medien vermeldet, inzwischen aber bestätigt.

Wie fühlen sich die deutschen Soldaten in Kunduz? Es ist ein Krieg, es war ein Kriegsverbrechen war es. Der verantwortliche Soldat gehört vor ein deutsches Gericht. Schon etwas sonderbar ist es, dass der neue amerikanische Befehlshaber „weniger Luftangriffe“, aber „mehr praktische Hilfe“ empfiehlt. Die Bundeswehr lässt erstmals bomben. Sie soll die Kampftruppen aufstocken, die praktische Hilfe ist praktisch eingestellt. Geld von allen Seiten erhalten nur die Taliban. So bleiben der Mohnanbau und der Opiumhandel die tragenden Säulen der Landbevölkerung. Die Abhängigkeit von den Taliban wird immer stärker, sie zu unterstützen zur einzigen Möglichkeit. Wie fühlen sich die deutschen Soldaten in Kunduz? Ich glaube: Sie wollen nach Hause! Bundeswehr raus aus Afghanistan! Ihre oder deine Unterschrift kann hier überzeugen. Ich unterstütze diesen Aufruf! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. „Nordmetall“ ist der Arbeitgeberverband für 255 Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und im nordwestlichen Niedersachsen. Dazu gehören Maschinen- und Schiffbauer, Firmen aus Luftfahrt- und Automobilindustrie, Stahlproduzenten genauso wie Spezialisten aus Medizin- und Elektrotechnik. „Nordmetall“ repräsentiert damit eine Schlüsselindustrie des Nordens mit rund 105.000 Mitarbeitern, so die Eigendarstellung.

„Nordmetall“ hat laut „Weser-Kurier“ vom 29. November 2009 Zertifikate der pleitegegangenen US-Investmentbank Lehman Brothers im Wert von 27,8 Millionen Dollar verloren und sagt dazu, die Substanz des Vermögens, das von den Mitgliedern eingebracht wurde, sei nicht berührt. Dies bedeutet doch, der Arbeitgeberverband „Nordmetall“ hat nur die erwirtschafteten Zinsen in den Sand gesetzt, oder? Ist dies der Arbeitgeberverband, in dem Mdexx als Arbeitgeber organisiert ist? Die Metallarbeitgeber zahlen sicherlich den Mitgliedsbeitrag zum Arbeitgeberverband nach Umsatz und Ertrag? Haben diese Arbeitgeber klotzig verdient!

Derweil dauert der **Arbeitskampf** bei Mdexx an. Das Werk ist unter Kontrolle der Belegschaft. Sie verhindert, dass die Maschinen abtransportiert werden. Morgens um 9 Uhr ist Betriebsversammlung. Eine ständige Wache wurde eingerichtet. Das Werk liegt in der Neustadt, in der Richard-Dunkel-Straße 120, zu erreichen per Straßenbahn Linie 1 bis Haltestelle Duckwitzstraße. Dort geht es rechts rein in die Richard-Dunkel-Straße, siehe Ausschilderung zu Mdexx. Besuch, Kontakt mit Diskussion und mehr Öffentlichkeit sind erwünscht! Hier wird er-

neut ein ehemaliges Siemens-Unternehmen ausgeschlachtet und verlagert, kurz nach dem Eigentümerwechsel!

Siemens stellt sich selbst so dar: „Menschen und Umwelt verpflichtet. Siemens ist in Geschäften tätig, die für moderne Gesellschaften von existenzieller Bedeutung sind. Diese Geschäfte sind eng verbunden mit den Leitzielen nachhaltigen Wirtschaftens: mehr Sicherheit, effizientere Nutzung der Ressourcen und langfristige Verträglichkeit gegenüber Umwelt und Gesellschaft. Daraus erwächst eine besondere Verpflichtung für unser Unternehmen: Es geht um Lebensqualität für sehr viele Menschen.“ So weit das Eigenlob! Ich glaube, die Verlagerung von Mdexx war bereits vor dem Verkauf klar, nur wollte Siemens dies wieder einmal nicht selbst durchführen.

5. Wir trauern um Falk Menzner, der **Polizeiübergriffe** registriert und damit einen Beitrag gegen den Werteverfall der Gesellschaft geleistet hat. Ich habe den Berichten von Falk die Anregung zur Begleitung entnommen. Wir begleiten in Bremen Menschen zu den Behörden und Gerichten. Unser Schwerpunkt ist ALG II. Seine Arbeit wird fortgesetzt durch Martin Herrnkind – Telefon 0451/7070 500, E-Mail herrnkind(at)kabelmail.de – von „Amnesty International“, Sektionskoordinationsgruppe Polizei, E-Mail Info(at)Amnesty-Polizei.de. Falk wird mir in Erinnerung bleiben!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Hartz-IV- und Sozialhilfebezieher jahrelang systematisch betrogen?

1. In der letzten Woche stand im „Weser-Kurier“, die Bremer Sozialsenatorin wolle sich für ein „gerechteres Hartz IV“ einsetzen. Allein die Überschrift klingt ja wirklich anrührend! Da will sich nun ausgerechnet Ingelore Rosenkötter für ein „gerechteres Hartz IV“ einsetzen. Mutiert also inzwischen das Begriffspaar „Hartz IV“ und „gerecht“, das eigentlich einen Widerspruch in sich selbst birgt, zu so etwas wie *hartzallerliebst*? Kurz vor dem ersten Advent macht es sich selbstverständlich gut, ein Herz für die Schwächsten der Gesellschaft zu zeigen, und es übt auch schon ein wenig für

die kommende Wahl der Bremischen Bürgerschaft im Frühjahr 2011. Wie beschämend ist das!

Deutschland gehört noch immer zu den reichsten Ländern der Welt. Aber die Durchsetzung des Grundrechts auf eine menschenwürdige Existenz muss erst vor dem obersten Gericht erstritten werden! Bisher prallten die sehr berechtigten Forderungen der Erwerbslosenbewegung, der Sozialverbände und der Linkspartei nach einer umfassenden Erhöhung der Sozialleistungen wie der Grundsicherung sowohl an der rot-grünen Bundesregierung als auch an der Großen Koalition ab wie Wassertropfen an einem Fettfilm. Da auch vom schwarz-gelben Gruselkabinett ohne richterliche Anordnung leider nicht zu erwarten ist, dass sich nur das Mindeste in Richtung soziale Gerechtigkeit regen wird und die SPD bei „Forsa“ bundesweit aktuell unter 20 Prozent gerutscht ist, lässt es sich doch auf dieses Trittbrett vorzüglich aufspringen. Wenn jetzt sogar das Bundesverfassungsgericht der Meinung zu sein scheint, dass die **Regelsätze** überdacht werden müssen, erscheint es offensichtlich auch der ungeliebten Sozialsenatorin würdig, sich *en vogue* in der Vorweihnachtszeit sozial zu äußern. Doch ist es ihr wirklich erst jetzt aufgefallen, auf welch obskure Weise die Regelsätze für Hartz-IV-Bezieher derart willkürlich „berechnet“ wurden und dass wegen der Ignorierung des tatsächlichen Bedarfs eher von einer groben Fehleinschätzung ausgegangen werden muss?

Alle fünf Jahre untersucht das Statistische Bundesamt das Ausgabeverhalten der ärmsten zwanzig Prozent der bundesdeutschen Haushalte. Dass diese zumeist aus älteren Alleinstehenden bestehen, dass zudem davon noch mal Werte von Gebrauchsgegenständen wie Pelzmänteln und anderen Luxusartikeln, die ALG-II-Bezieher scheinbar in ihrem Kleiderschrank hängen haben, abgezogen werden, reichte wohl noch nicht aus, um zu einem „Bedarf“ zu kommen, der das Existenzminimum gar nicht abdecken kann. Obwohl Sozialhilfebezieher von dieser Befragung ausgeschlossen sind, damit keine Selbstreferenz entsteht, was die Ergebnisse verfälschen würde, kamen etwa 50 Prozent der Befragten eben aus jener Gruppierung! Dadurch wäre endlich zu verstehen, warum trotz aller plausiblen Erklärungen der Stichprobe seitens der rot-grünen und schwarz-roten Regierungen der Eckregelsatz nie ausreichen konnte! Wenn nun der Verdacht besteht, dass jahrelang Hartz-IV-Bezieher und womöglich schon vorher Sozialhilfebezieher systematisch betrogen wurden, dann ist es wohl als überfällig zu bezeichnen, dass Sozialsenatorin Ingelore Rosenkötter nun darauf drängen will, Hartz-IV-Bezieher aus der Referenzgruppe herauszunehmen! Wenn das Ganze dann noch mit einem Häppchen Verfolgungsbetreuung garniert und einer Prise Umzugsaufforderung gewürzt wird, ist mit einer schönen Bescherung zu rechnen.

2. Ein Hartz-IV-Bezieher klagte vor dem Sozialgericht Bremen. Der Antragssteller ist ein 41-jähriger, stark übergewichtiger Mann, der die Kosten für die Anschaffung einer neuen Hose nicht aus eigener Kraft aufbringen kann. Dies lehnte die Behörde ab. Zur Begründung erklärte sie, der Antragsteller sei in der Lage, die beantragte Leistung aus eigenen Kräften und Mitteln in vollem Umfange zu de-

cken. Der Antragsteller widersprach, weil er zurzeit nur eine einzige Hose besitze, die aber völlig kaputt sei. Eine neue Hose koste 89,95 Euro, ein Viertel des Regelsatzes. Deswegen könne er nicht eine so große Summe für eine Hose ausgeben, ohne seine Existenz zu gefährden. Das Gericht verpflichtete nun die Bagis, dem Antragsteller ein Darlehen in Höhe von 89,95 Euro zu gewähren.

Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, dass der Antragsteller keinen Anspruch auf Gewährung von Mitteln für die Anschaffung einer Hose als nicht zurückzuzahlendem Zuschuss habe, weil die Kosten für die **Kleidung** bereits im Regelsatz enthalten seien. Ein Ansparen sei nicht möglich, weil die Hose ja jetzt zerschlissen sei und er nicht mit einem Mal fast 90 Euro für den Erwerb einer neuen aufbringen könne. Gerne wüsste ich, wie das Gericht sich nach seiner Logik vorstellt, was denn der Antragsteller unternehmen soll, wenn er das nächste Mal eine neue Hose braucht. Zudem wird es kaum bei einer einzigen Hose bleiben, die durch das tägliche Tragen unmöglich lange halten kann. Zwei Hosen braucht er doch mindestens, ebenso Unterwäsche, T-Shirts, Pullover, Jacken, je nach Jahreszeit, alles in teuren Übergrößen, die nicht mal eben im Discounter im Angebot zu haben sind. Was macht er von dem Angesparten, das vorne und hinten nicht ausreichen kann? Der Regelsatz ist eben viel zu niedrig!

3. Eine unglaubliche Sauerei scheint sich jetzt auch in Deutschland zu etablieren, die natürlich aus Amerika herübergeschwappt ist: Supermärkte setzen ganz ungeniert **Null-Euro-Jobber** ein, die nur ein Trinkgeld als „Entlohnung“ bekommen, wenn überhaupt. Inzwischen stehen in einigen Supermärkten an der Kasse sogenannte Einpackhilfen. Ich persönlich würde mich belästigt fühlen, wenn neben mir an der Kasse plötzlich jemand stehen würde, der meinen Einkauf vom Laufband in meinen Korb im Einkaufswagen packen wollte. Wozu habe ich denn zwei Hände? Da könnte mich die Person noch so nett anlächeln, ich würde zurücklächeln, aber ein Trinkgeld gäbe ich dafür nicht. Wie das Wirtschaftsmagazin „Impulse“ berichtet, verrichten in einigen Supermärkten bereits eine Reihe von Schülern und Studenten diesen Dienst.

Als Vermittler der Einpackhilfen tritt das Ingolstädter Unternehmen „Friendly Service“ auf, das dafür pro Person und Stunde drei bis fünf Euro von Läden kassiert. Laut „Impulse“ seien die Helfer „selbständig“ und hätten einen Vertrag mit Firmenchef Martin Lettenmeier. Zu dessen Kunden zählten bislang 32 Läden der Edeka-Gruppe, vor allem in Bayern, Berlin und nun auch in Dresden. Wenigstens gibt Lettenmeier zu, dass es sich dabei um ein „brutal kapitalistisches System“ handelt. Aber er schämt sich nicht, sich noch zwischen Einpackhelfer und Laden zu klemmen und sich an dieser Art von Provision zu bereichern, die er in meinen Augen den Null-Euro-Jobbern wegnimmt. Wenn diese so selbständig sind, was klinkt sich der Firmenchef da noch ein? Für mich persönlich ist er dort ebenso überflüssig wie Makler für Wohnungssuchende. Wie lange es wohl noch dauern wird, bis Erwerbslose in diese demütigenden, rechtlosen Jobs gezwungen werden und man ihnen dann im Voraus ein natürlich zu hoch eingeschätztes und

schlecht überprüfbares Trinkgeld abzieht? Diese angeblich geniale Idee empfinde ich als zutiefst menschenverachtend und ausbeuterisch!

4. In Saarbrücken sollen Langzeitarbeitslose als günstige Hilfskräfte die Straße kehren, für mehr Sauberkeit sorgen und in den Kitas das Essen zubereiten. Die Arge Saarbrücken übernimmt bis zu 75 Prozent der Personalkosten für 24 Monate. 550.000 Euro kostet die Beschäftigungsinitiative die Stadt pro Jahr. Derzeit sind bereits 86 Langzeitarbeitslose als **Ein-Euro-Jobber** und mit Hilfe des Beschäftigungszuschusses bei der Stadt im Einsatz. Kosten für die Stadt insgesamt 2010: rund eine Million Euro. Vollkommen zu recht kritisiert der Personalratsvorsitzende, dass diese Beschäftigten nicht in die Arbeitslosenversicherung einzahlen würden. Wenn sie nach Ablauf der zwei Jahre wie zu erwarten nicht übernommen werden, dann bekommen sie wieder Hartz IV. Toll! Angeblich seien die Beschäftigungsverhältnisse aber besser als Ein-Euro-Jobs, weil die Langzeitarbeitslosen nach Tariflöhnen bezahlt würden.

Tariflohn von 1.400 Euro, dass ich nicht lache! Wie viel Geld wird wieder dafür rausgeschmissen, sozialversicherungspflichtige Jobs kaputtzumachen und Menschen in unterbezahlte Arbeit ohne Arbeitnehmerrechte zu zwingen? Gerne wüsste ich, seit wann sich ein gesundheitlich angeschlagener Mensch in einem Ein-Euro-Job wohlfühlt. Sollen jetzt die „Gesunden“ in Hungerlöhne gesteckt werden, und die „Kranken“ bekommen nur noch einen Euro? Irgendwie werde ich das Gefühl nicht los, dass hier ein Niedriglohnsektor im Öffentlichen Dienst geschaffen werden soll. Oder vielleicht sogar eher ein Nulllohnsektor? So lange sich Erwerbslose sogar noch „freiwillig“ als Ein-Euro-Jobber ausbeuten lassen, wird es diesen Super-Niedriglohnsektor geben, und kleine Firmen wie zum Beispiel Friedhofsgärtnereien müssen Angestellte entlassen, weil sie mit diesen staatlich finanzierten Ein-Euro-Jobbern nicht mehr konkurrieren können. Warum setzen sich diese kleinen Firmen eigentlich nicht zur Wehr?

5. Angeblich seien im vergangenen Jahr deutlich mehr Fälle von „**Leistungsmissbrauch**“, die durch Hartz-IV-Bezieher verursacht werden, aufgedeckt und auch geahndet worden. Dies bestätigte letzte Woche die Bundesagentur für Arbeit der angeblich freien Presse. So sei die Zahl der eingeleiteten Straf- und Bußgeldverfahren von rund 82.000 im ersten Halbjahr 2008 auf etwa 87.000 im ersten Halbjahr 2009 gestiegen, reichlich 6 Prozent mehr. Angeblich könne wegen der „verbesserten“ Situation der Argen nun mehr aufgeklärt werden. Wenn bedacht wird, dass neben Betrügerei auch „Fehlverhalten“ wie die Weigerung, „zumutbare“ Arbeit oder einen Ein-Euro-Job anzunehmen, mit Sanktionen geahndet wird und dabei die gesammelten Unterstellungen als gegeben betrachtet werden, dann möchte ich nicht wissen, wie viele „Fälle“ noch Bestand haben nach einem Widerspruch und dem Gang vors Sozialgericht. Wir wissen es doch alle, dass häufig zu Unrecht sanktioniert wird, oder dass Sachen verlangt werden, die nicht gefordert werden dürfen!

Berechnet irgend jemand, wie hoch die Quote der Missbrauchsfälle der argen Argen ist, in denen Leistungsberechtigte durch falsche Bescheide um ihre Ansprüche betrogen wurden? Wie hoch ist die Dunkelziffer dieser Missbrauchsfälle, die nicht entdeckt wurden, weil die Betroffenen sich nicht auskennen oder nicht wissen, wie sie ihr Recht bekommen? Wie viele Sanktionen werden wegen Versäumen eines Meldetermins, Nichterscheinen auf dem Amt bei Krankschreibung und ähnlichen Lappalien ausgesprochen? Statistik ist nicht neutral, sondern wird wie eine Kriegswaffe gegen Erwerbslose eingesetzt, indem nur Negatives berichtet wird und dabei immer von Unqualifizierten oder Menschen ohne Schulabschluss die Rede ist. Die gut Qualifizierten passen nicht ins Bild. Diese Spezialisten aus der Bundesagentur für Arbeit sollten doch froh sein, dass nicht bereits Hunderttausende von Hartz-IV-Beziehern die Supermärkte und die Kaufhäuser stürmen! Warum dürfen Hartz-IV-Bezieher stärker als andere Bürger bestraft werden? Schließlich haben sie niemanden umgebracht! Andere, die vielleicht Regeln übertreten oder Ordnungswidrigkeiten begingen, müssen nicht den Verlust ihrer Existenz, ihres Dachs über dem Kopf fürchten! Auch angesichts der bekannten milliardenschweren Steuerhinterziehung im großen Stil erscheint die Verhältnismäßigkeit des Verfolgungseifers der Sozialdetektive mehr als fragwürdig.

6. Die „Blöd“-Zeitung versucht uns mittels einer „Ernährungsexpertin“ weiszumachen, dass ein Kind mit drei Euro am Tag satt zu bekommen sei. Die Dame wühlte sich durch die Discounter, verglich Preise, rechnete und kochte, was das Zeug hält und nannte Fantasiepreise, für die ich hier in Bremen nicht das ganze Jahr über einkaufen kann. Ich kaufe auch keine Pseudo-Vollkornbrote, die mit Hopfen dunkel gefärbt werden und bei denen in hundert Gramm Mehl kaum ganze Körner auftauchen. Wer zahlt mir die Fahrtkosten quer durch die Stadt, wer hat als aufstockende Alleinerziehende Zeit dafür? Wer solche Vorschläge unterbreitet, dem müssten diese Vorschläge jeden Tag praktisch mehrmals in den Hals geschoben werden, damit die Erleuchtung kommt! Was also soll uns dieser Artikel sagen? Wer sparsam wirtschaftet, kommt auch mit dem Regelsatz für Kinder aus, und eine Erhöhung ist unnötig! Verarschung und Manipulation lassen freundlich grüßen! Ganz nebenbei fließt noch mit ein, dass die mangelhafte **Ernährung** nichts mit einem etwa zu niedrigen Regelsatz zu tun haben kann, sondern an der Bequemlichkeit der Erwerbslosen liege, die den ganzen Tag vor der Glotze abhängen, statt auf Schnäppchenjagd zu gehen, um ihre Beute später in der Küche zu raspeln, zu hobeln und auf aufgebackenen Pseudo-Vollkornbrötchen zu garnieren.

7. Letzten Samstag demonstrierten rund 150 Menschen in einem Bremer „XL-Markt“ der Drogeriekette Schlecker gegen die dort gezahlten XS-Löhne. Der Protest richtete sich dagegen, dass kleinere Filialen geschlossen, die Mitarbeiterinnen entlassen und anschließend „neu“ in großen Märkten wiedereingestellt werden – für etwa die Hälfte des Lohnes. Was Schlecker vorhat, darf sich nicht durchsetzen! Sonst wird es bei den anderen Discountern bald genauso sein, dass

einfach die Tarifverträge umgangen werden. Alle Demonstranten gingen in die Schlecker-Filiale in Gröpelingen und riefen dort Parolen wie „XL-Schlecker ist nicht lecker“. Angeblich will der Konzern verlorene Marktanteile von der Konkurrenz zurückgewinnen. So viele Leute auf einmal wird der Markt bestimmt nie wieder sehen – es sei denn, wir kommen noch mal wieder. Eine super Aktion war das! Hoffentlich war es ein Anfang, damit diese neoliberale **Lohndrückerei** endlich aufhört!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Das größte Kriegsverbrechen der deutschen Streitkräfte seit 1945

Das Verbrechen von Kunduz wird uns wohl noch lange beschäftigen. Inzwischen gehen immer mehr Experten davon aus, dass die Bombardierung der Tanklastzüge im völkerrechtlichen Sinne tatsächlich ein Kriegsverbrechen war. Professor Michael Wolfssohn von der Bundeswehr-Uni München bereitet die Öffentlichkeit schon mal auch auf zukünftige Kriegsverbrechen vor. Er meint, dass zivile Opfer in einem „Partisanenkrieg“ wie dem in Afghanistan „nicht zu vermeiden“ seien und „in Kauf genommen“ werden müssten. Das ist ein zusätzlicher Skandal im Skandal!

Die Rücktritte von Jung, Schneiderhan und Wichert müssen als Bauernopfer gesehen werden. Sie sollen eine Kanzlerin „entlasten“, die das größte Kriegsverbrechen der deutschen Streitkräfte seit dem Zweiten Weltkrieg mit zu verantworten hat! Der neue Bundeswehrminister zu Guttenberg nutzt derweil die „Enthüllungen“ der „Blöd“-Zeitung, um mit neuem Personal eine erhebliche Verstärkung des Krieges durchzusetzen.

Wie die „Linke Zeitung“ am 28. November 2009 schrieb, hält es zu Guttenberg für notwendig, mit den Ausreden und Beschönigungen der Vergangenheit Schluss zu machen und die Kriegsziele ohne Umschweife beim Namen zu nennen. Seine Vorstellungen fasste er in die Worte: „Was heute eine Ausnahmesituation ist, muss zur Selbstverständlichkeit werden.“ Zu Guttenberg präsentiert und repräsentiert damit eine Neuauflage des schlimmsten preußischen Militarismus, und dies ist ganz und gar im Sinne der Nato und der Regierung Obama. Dieser Militarismus ist ganz besonders auch im Interesse des deutschen Rüstungskapitals!

Sollen wir uns bei den imperialistischen Kriegen der Bundeswehr jetzt auch an häufige Kriegsverbrechen gewöhnen? Werden Kriegsverbrechen zum „Normalfall“ wie einst die Verbrechen der faschistischen Wehrmacht? Einen Vorgeschmack bekamen wir schon am 30. Mai 1999, als die Nato mit deutscher Beteiligung die jugoslawischen Stadt Varvarin bombardierte. Viele Hundert Menschen kamen damals ums Leben, und auch dieses Verbrechen ist bis heute nicht gesühnt!

Der Bremer Rechtsanwalt Karim Bopal hatte im Namen der Opfer die Schröder-Regierung verklagt – ohne Erfolg! Diesmal vertritt er zusammen mit drei Kollegen 78 afghanische Familien und will auf „Schadenersatz“ klagen. Nach umfangreichen eigenen Recherchen vor Ort konnte er in Berlin Beweise dafür vorlegen, dass sich die tatsächliche Anzahl der Opfer sogar auf 178 Menschen beläuft, darunter 20 Verletzte und 20 Verschollene.

Besonders zynisch ist, dass zwar der Vertuschungsskandal mächtig aufgebläht wird, die Bundesregierung aber kein einziges Wort des Bedauerns oder der Trauer für die Opfer übrig hat. Keine Entschuldigung, keine menschliche Geste kam von Frau Merkel – nichts! Jeder gefallene Bundeswehrsoldat wird besonders intensiv betrauert, aber unzählige ermordete afghanische Frauen und Kinder werden einfach ignoriert und als Menschen zweiter Klasse abgetan. Das alles hatten wir doch schon mal!

In der aktuellen Skandal-Berichterstattung bleibt die offene Benennung des Massakers als Kriegsverbrechen genauso außen vor wie die dafür hauptsächlich Verantwortlichen! Wie die „Neue Rheinische Zeitung“ am 27. November 2009 zu Recht betont, sind dies die Kanzlerin Angela Merkel, ihre Kabinettsmitglieder und die komplette Bellizistenfraktion im Bundestag. Autor Volker Bräutigam: „Eine Bande von Mordbuben agiert im Reichstag“! Da wir diese leider nicht so schnell abwählen können, bleibt es zunächst bei unserer dringendsten Forderung: Die Bundeswehr muss schnellstens raus aus Afghanistan!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Weg mit allen indirekten Steuern!

1. Am 25. November stellte das niedersächsische Finanzgericht die Verfassungswidrigkeit des „Solidaritätszuschlags“ fest. Das ist bemerkenswert, lehnen doch 97 Prozent der Befragten diese stattliche Abzocke ab. SPD-Thierse – früherer Bundestagspräsident, heute nur noch Vize – tönt dazu: „Wir lassen uns Solidarität nicht verbieten“ – als ob der „Soli“ etwas mit Solidarität zu tun hätte! Wer bekommt denn die Milliarden? Die Bevölkerung im Osten jedenfalls genauso wenig wie die im Westen. Die Profiteure sind einzig und allein die Großkonzerne und Banken. Deswegen: Weg mit dem Solizuschlag, weg mit allen indirekten Steuern!

Eine weitere interessante Verhandlung gab es im Oktober: Da befasste sich das Bundesverfassungsgericht mit Klagen gegen Hartz IV, wonach der Regelsatz zu niedrig ist. Anfang des Jahres wird dann ein Urteil gefällt. Wichtig ist es daher, bis Jahresende einen Überprüfungsantrag zu stellen. Bei einem Erfolg in Karlsruhe werden voraussichtlich nur dann alle Ansprüche bis zum 1. Januar 2005 zurückgerechnet, wenn bis Ende 2009 ein entsprechender Antrag bei der Arge eingegangen ist. Wie man diesen Antrag stellt, könnt ihr uns hier auf der Montagsdemo fragen. Entwürfe kann man im Internet runterladen.

Neulich habe ich hier berichtet, dass im Schwarzwald die Milchbauern regelmäßige Montagsdemos machen für höhere Milchpreise. Jetzt ist bekannt geworden, dass auch in Köln seit etlichen Wochen die Milchbauern der Region Montagsdemos machen, letzte Woche mit Verstärkung durch die Anti-Hartz-Montagsdemo. Es wurde eine gegenseitige Unterstützung im Kampf gegen die Regierung vereinbart. Bauern, Arbeitslose, Arbeitende: Alle zusammenhalten gegen die Regierung und ihre unsoziale Politik – das macht uns stark!

Die Mdexx-Kollegen streiken seit Freitag und halten eine Mahnwache ab. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag hatten 198 von ihnen per Bote die Kündigung erhalten, unter Bruch der Vereinbarung und des Schlichtungsspruchs des Arbeitsgerichts, wonach vor dem 22. Dezember 2009 keiner entlassen werden dürfe. Den Mdexx-Kollegen gilt die volle Solidarität der Bremer Montagsdemo!

Der Rücktritt von Franz-Josef Jung war längst überfällig. Aber er trat als „Arbeitsminister“ zurück für seine Verfehlungen als Verteidigungsminister. Er hat behauptet, der Bundeswehreinsatz mit der Bombardierung zweier Tankzüge, der über 160 Zivilisten zum Opfer fielen und die somit zahllose Kinder zu Waisen gemacht hat, sei völlig richtig gewesen. Er hat dieses Kriegsverbrechen gedeckt. Später wollte er sich herauswinden, er habe die Berichte ungelesen weitergegeben. Ungelesen? Und dann behaupten, die Bombardierung war notwendig und gerechtfertigt? So einer wird dann Arbeitsminister – das lässt tief blicken, wie viel der Regierung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wert ist, wenn sie einen solchen Versager auf diesen Posten setzt!

Zu Guttenberg hat vor ein paar Wochen noch gesagt, der Einsatz sei „militärisch gerechtfertigt“ gewesen. Jetzt versucht er sich rauszureden, er habe die Berichte nicht gekannt. Wie konnte er dann wissen, dass der Einsatz richtig war? Zu Guttenberg muss gleich mit in die Wüste gejagt werden! Vor allem muss jetzt die Forderung durchgesetzt werden: Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Derweil ist die SPD auf 19 Prozent gefallen, bei jungen Leuten noch tiefer. Sie hat keine wirkliche Wende eingeleitet, keine wirkliche Selbstkritik geleistet. Sie habe nur ein „Kommunikationsproblem“: Die SPD-Oberen beklagen sich bitter

darüber, dass die CDU ihr die Drecksarbeit mit Hartz IV oder der Rente mit 67 überlassen habe. Weg damit!

2. Bei der 256. Montagsdemo haben wir den Antrag von Hans-Dieter Wege zu einem **Einheitsgrundeinkommen** verabschiedet. Ich habe auch dafür gestimmt. Leider habe ich dem Vortrag des Antrags aber nicht ganz zugehört – ich war wohl ein wenig abgelenkt von meiner Unterschriftensammlung für den Solikreis bei Daimler. Sonst hätte ich vor der Abstimmung zwei Änderungen vorgeschlagen:

1. „Eine Finanzierung ausschließlich über Verbrauchssteuern solllte man ablehnen“ ist mir viel zu windelweich. Das ist ja der unsägliche Vorschlag des Herrn Werner, der damit die Kosten der Arbeitslosigkeit auf die Werktätigen abwälzen und im Übrigen die Millionenarbeitslosigkeit als Dauererscheinung zementieren will. Es müsste daher heißen: „Eine Finanzierung über Verbrauchssteuern lehnen wir ab!“
2. Überall, wo „bedingungsloses Grundeinkommen“ steht, soll das ersetzt werden durch „Einheitsgrundeinkommen“, wie es auch im ersten Abschnitt und in der Überschrift heißt. Das macht deutlich, dass wir etwas anderes darunter verstehen als Götz Werner, der DM-Chef und Milliardär, dessen „Modell“ bekanntlich in der öffentlichen Diskussion und den Medien als „bedingungsloses Grundeinkommen“ bezeichnet wird. Darüber hinaus sind wir uns ja wohl einig, dass wir schon „Bedingungen“ stellen: Nämlich dass wir den reichen Kapitalisten nicht auch noch ein zusätzliches Grundeinkommen verschaffen wollen – oder?

Das Grundanliegen, das sich mit dem Beschluss verbindet, ist zweifellos richtig. Allerdings sehe ich es als Illusion an, im Kapitalismus Verhältnisse herstellen zu können, die „allen Menschen ein menschenwürdiges und schönes Leben ermöglichen würden“. Dazu muss der Kapitalismus, das ganze System, abgeschafft werden. Ich schlage vor, über diese Änderungsvorschläge am nächsten Montag nochmals die Diskussion zu eröffnen.

Wolfgang Lange (MLPD)

Montagsdemonstranten solidarisch mit den Kollegen von Mdexx!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Empörung haben wir von den Kündigungen in eurer Firma gehört. In einer Nacht- und Nebelaktion haben die Kapitalisten eurer Firma einem großen Teil von euch mit der Kündigungszustellung den Tritt in den Arsch verpasst. Siemens steht scheinheilig daneben. Siemens hat euch

gerade an diese Heuschrecken verkauft, weil Siemens selber bis zum Hals in Spekulation und Korruption verstrickt ist.

Wir möchten euch unterstützen in eurem Widerstand mit dem Warnstreik und auch ermutigen, alles zu tun, damit nicht auch die Maschinen abtransportiert werden. Wir bieten euch, eurem Betriebsrat und den kämpferischen Vertrauensleuten an, auf der Montagsdemo von eurem Kampf zu berichten. Wir werden eure Erfahrungen über die bundesweite Montagsdemo in ganz Deutschland verbreiten und mithelfen, die Solidarität zu organisieren. Herzliche und solidarische Grüße!

Initiative Bremer Montagsdemo

Am **Freitag**, dem **4. Dezember 2009**, ereignet sich um **14 Uhr** ein **Flashmob** im **Real-Warenhaus** im Bremer **Roland-Center**. Dort wird für etwa 20 bis 30 Minuten der Eingang des Marktes blockiert. Hintergrund: Vor fast einem Jahr wurde den etwa 70 Beschäftigten mitgeteilt, dass ihre Filiale geschlossen werden soll. Ein Termin wurde allerdings bis heute nicht bekannt gegeben, die Beschäftigten hängen in der Luft. Weder gibt es einen Interessenausgleich noch einen Sozialplan.

In der Vorweihnachtszeit beginnt die **Bremer Montagsdemo** um **17:30 Uhr** vor dem Konzerthaus „Glocke“ an der **Domsheide**. Wir ziehen durch die Oberstraße zum **Hanseatenhof** und halten dort unsere Kundgebung ab.

Sanktionspraxis wackelt: Hartz IV darf nicht komplett gestrichen werden
(Sozialgericht Kassel, 18. November 2009, Aktenzeichen S3 AS 322/09 ER)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

258. Bremer Montagsdemo am 07. 12. 2009

Das Recht auf Existenz darf nicht an Bedingungen geknüpft werden!

1. Deutschland befindet sich wie viele andere Länder in einer Wirtschafts- und Finanzkrise, hauptsächlich hervorgerufen durch finanzielle Fehlspekulationen von Banken und Finanzinstituten und aufgrund von gewaltigen Überproduktionen in der weltweiten Industrie. Nach Schätzungen beziehungsweise verschiedenen Angaben stehen zum Beispiel weltweit zwischen 18 und 27 Millionen Neuwagen auf Halde. Hier lassen sich die notwendigen Profite für die kapitalistischen Unternehmer derzeit nicht oder nur ungenügend realisieren. Die Profitraten der Produzenten sinken.

Durch den zunehmenden Einsatz von Computern sowie computergestützten Arbeitsgeräten und Maschinen können immer mehr Lohnarbeiter aus der Produktion herausgelöst werden. Andere Lohnarbeiter werden freigesetzt, um den immer weiteren tendenziellen Fall der Profitrate aufzuhalten. Es kommt zur Kurzarbeit und immer weiteren Versuchen, den Lohn der Arbeitnehmer herunterzudrücken. An die zehn Millionen Menschen, Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen, wurden von der Teilhabe an der Lohnarbeit gänzlich abgekoppelt und sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Ihnen wird keine gleichberechtigte Teilhabe an der noch vorhandenen Lohnarbeit ermöglicht.

Seit Jahren bleibt der stundenmäßige Ansatz von Lohnarbeit im Jahr bei circa 46 Milliarden Arbeitsstunden, die sich eigentlich auf 44 Millionen erwerbsfähiger Menschen aufteilen müssten. So sind heute über 600.000 Personen verschiedener Ausbildungsgrade bei Zeitarbeitsfirmen beschäftigt. Insgesamt betrachtet sind das allerdings nur 1,4 Prozent aller Beschäftigten (Antwort des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung zu Zeitarbeitsfirmen vom 27. November 2009 bei „Direkt zu“).

2. Der eigentlich notwendige Auftrag an die derzeitige Regierungskoalition ist die Überwindung des asozialen und verfassungsfragwürdigen Hartz-IV-Gesetzes! Ein

verfassungskonformes Gesetz muss die Forderungen nach einem zum Leben ausreichenden Lohn aus der gesamtgesellschaftlich zur Verfügung stehenden Lohnarbeit, radikalen Verkürzungen der Lohnarbeit, einer einheitlich bedingungslosen und sanktionsfreien Grundsicherung und gleichberechtigter Teilhabe an der zur Verfügung stehenden Lohnarbeit in Einklang bringen. Ein bedingungsloses und einheitliches Grundeinkommen für alle Menschen in Deutschland muss sich an der Armutsgrenze innerhalb der Europäischen Union und an der in Deutschland geltenden Pfändungsfreigrenze ausrichten und somit 1.000 Euro im Monat für alle Personen betragen, die dauerhaft in Deutschland leben, und zwar individuell und unabhängig vom Alter.

Die Gesetzgebung ist verfassungsrechtlich verpflichtet, dem Sozialstaatsgebot nach den Grundgesetzartikeln 20.1 und 28.1 Geltung zu verschaffen. Dabei kann sie einen Gestaltungsspielraum für sich in Anspruch nehmen, weil das Grundgesetz für die Umsetzung des Sozialstaatsgebotes keine konkreten Vorgaben macht. Verpflichtet ist die Gesetzgebung von Verfassung wegen jedoch, für Bedürftige jedenfalls das zur physischen Existenz Unerlässliche zu gewähren. Zu diesem das „nackte Überleben“ sichernde physische **Existenzminimum**, gehören neben Obdach und ausreichender medizinischer Versorgung auch ausreichende Nahrung und Kleidung. Die Verpflichtung der Gesetzgebung, vollziehenden Gewalt und Rechtsprechung, diese existenziellen Bedarfe sicherzustellen, folgt aus Artikel 1 Absatz 1 und Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz, denn die Grundrechte enthalten nicht nur Abwehrrechte des Einzelnen gegenüber der öffentlichen Gewalt, sondern stellen zugleich Wertentscheidungen der Verfassung dar, aus denen sich Schutzpflichten für die staatlichen Organe ergeben. Diese Regelungen begründen eine staatliche Schutzpflicht hinsichtlich der Rechtsgüter Leben und körperliche Unversehrtheit sowie hinsichtlich der Würde der Menschen (Sozialgericht Kassel, 18. November 2009, Aktenzeichen S3 AS 322/09 ER).

3. Von der Regierungskoalition sind folgende notwendige **Maßnahmen** zu fordern:

- Einführung einer Arbeitskraftabgabe in Höhe von zehn Euro pro geleisteter Lohnarbeitsstunde, zahlbar durch jeden privaten oder öffentlichen Arbeitgeber zwecks Gewährleistung einer erfolgreichen gesellschaftlichen Reproduktion. Nur so kann die Zukunft eines Staates überhaupt eine Chance bekommen.
- Einführung einer negativen Einkommensteuer von monatlich 1.000 Euro für jeden dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen egal welchen Alters.
- Einführung einer Ausgleichskasse für ALG I, Rentenversicherung, Krankengeldkasse und Ähnliches.
- Einführung eines Amtes oder einer Kasse für besondere und außergewöhnliche Umstände oder Probleme, teils als Ersatz für abgeschaffte Kassen zwecks Bürokratieabbau.
- Abschaffung der Kassen für Kindergeld, Grundsicherung im Alter, Elterngeld, Bafög sowie der Argen, Wohngeldstellen und anderer.

- Änderungen der gesetzlichen Arbeitszeiten auf das tatsächlich erforderte Maß. Einführung einer 20-StundenWoche zwecks Garantie des Rechts auf Lohnarbeit.
- Einführung einer garantierten Berufsausbildung für jeden in Deutschland dauerhaft lebenden jungen Menschen nach Eignung und Befähigung. Prüfung auf gesetzlichen Wegfall der Ausbildungsvergütungen aufgrund der Einführung eines Einheitsgrundeinkommens.
- Überprüfung der gesamten Sozialversicherung auf die Möglichkeit des Wegfalls von Zahlleistungen an die Versicherungsnehmer aus der gesetzlichen Sozialversicherung bis zum Monatsbetrag von 1.000 Euro aufgrund der Zahlung des Einheitsgrundeinkommens.

4. Ziel des bedingungslosen Einheitsgrundeinkommen ist es, dass jeder dauerhaft in Deutschland lebende Mensch mit dem Zeitpunkt seiner Geburt ohne Vermögensüberprüfung ein bedingungsloses Recht auf **Selbstbestimmung** bekommt, wie er später sein Leben gestalten möchte, zum Beispiel welche Arbeit – ob Lohnarbeit, Pflegearbeit, Kindererziehung, Haushaltsarbeit, künstlerische Betätigung, Selbstbeschäftigung oder Kombinationen aller dieser Tätigkeiten – er ausführen möchte.

Ein Zwang zur Lohnarbeit muss gesetzlich eindeutig ausgeschlossen werden! Statt einer Abkopplung von der Lohnarbeit muss die gleichberechtigte Teilhabe an der tatsächlich zur Verfügung stehenden Lohnarbeit durch deren gerechte Verteilung auf alle erwerbswilligen Menschen garantiert werden! Grundsicherungssysteme und Bürgergeldvorstellungen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, sind als nicht Verfassungskonform abzulehnen und zu verwerfen!

5. Die **Finanzierung** des bedingungslosen Einheitsgrundeinkommen erfolgt über eingesparte Sozialversicherungsleistungen verschiedener Kassen bis 1.000 Euro im Monat sowie durch Einführung einer Arbeitskraftabgabe von zehn Euro pro Stunde. Diese erbringt insgesamt circa 460 Milliarden Euro im Jahr. Eingeführt wird eine negative Einkommensteuer bis 1.000 Euro im Monat mit anschließender progressiver Besteuerung. Eine Finanzierung über Verbrauchssteuern wie die Mehrwertsteuer wird gesetzlich ausgeschlossen!

Das Einheitsgrundeinkommen wird jährlich an die Preisentwicklung, die Inflationsrate und die Entwicklung der Verbrauchssteuern angepasst. Der Kranken- und Pflegekostenversicherungsbeitrag orientiert sich an der Größe der Gesamtbevölkerung und wird solidarisch ausgestaltet.

6. Liebe Hörer, liebe Leser,
Neues aus Bremen an der Weser!
Hier verkündet sehr viel Dreck
Ein „Herr“ mit Namen Möllenstädt.

Daumenschrauben müssen her,
Keuschheitsgürtel und noch mehr!
Der FDP Klein Ollilein
Meint, diese Dinge müssen sein.

Für Frauen, die hier Kinder kriegen
Und die Pille lassen liegen
Fordert Möllenstädt nun Attraktionen
In Gestalt von Kastrationen.

Auch trinkt des Moslem-Mannes Schatz
Angeblich gern mal einen Schnaps.
Olli hat auch keine Kenntnis vom Islam:
Von Bier und Schnaps ist kein Moslem angetan!

Vom Gesundheitsamt der Stadt
Fordert Olli Möllenstädt –
Aua, dass tut schon richtig weh! –
Ein Geburtenregelungs-ABC.

Migrantenkinder betrachtet Möllenstädt
Wohl mehr als überflüssigen Dreck.
Geburten will Olli mit Gewalt verhindern,
Damit Schluss ist mit Migrantenkindern!

Erinnern wir uns an die Stadtmusikanten,
Wie sie einst den Dieb verbannten!
Der Möllenstädt muss raus aus der Bürgerschaft,
Weil sonst an der Demokratie eine Wunde klafft!

Und ist die Bürgerschaft ein ehrenwertes Haus,
Dann schmeißt sie den Oliver ganz schnell raus,
Denn gewiss hätte jeder Stadtmusikant
Den Möllenstädt aus der Stadt Bremen verbannt!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Im Anschluss an die letzte **Montagsdemo** im Jahr laden wir ein
zur **Weihnachtsfeier** am **21. Dezember 2009** um **19 Uhr**
im **Naturfreundejugendhaus** in der Buchtstraße.

Leistungsmissbrauch durch Gestaltungsmissbrauch: FDP stellt Anfrage zum „Leistungsbetrug durch Schwarzarbeit“ *(Bremische Bürgerschaft)*

Ware Arbeitskraft beseitigt, ohne für Lagerungskosten aufzukommen

Nach Entlassungen vollzieht sich immer die gleiche Tragödie, die mit fortschreitender Entrechtung oftmals in völliger Erniedrigung, Entmündigung oder sogar mit dem Tod der Betroffenen endet. Millionen Menschen werden einfach weggeworfen. Das ist Kapitalismus! Das ist unsere Marktwirtschaft! Martin Behrsing vom „Erwerbslosenforum Deutschland“ schilderte dieser Tage ihren Leidensweg am Beispiel der Quelle-Belegschaft.

Nach dem Erhalt ihrer Kündigung fügen sich die Angestellten als disziplinierte Lohnabhängige ihrem Schicksal und geben bis zum letzten Tag ihr Bestes, auch dann, wenn die Firma sie auf die Halde der Erwerbslosen aussortiert. Sie melden sich arbeitslos und vertrauen darauf, dass die Konjunktur wieder anspringt. Dafür sind sie bereit, Opfer zu bringen, und würden auch Jobs mit weit niedrigeren Löhnen annehmen. Obwohl sie es anders wissen, hinterfragen sie nicht lautstark, warum sie dies eigentlich tun sollen. Die Hoffnung stirbt im Kapitalismus zum Schluss. So weit ist es noch lange nicht!

Sie werden erleben, dass es trotz ihrer Opferbereitschaft weder Jobs gibt, noch dass Politik und Wirtschaft sich um sie kümmern. Es folgt die systematische Zerstörung des letzten Funkens ihrer Würde. Die Arbeitsagentur wird ihnen immer neue Anstrengungen abverlangen und niemals zulassen, dass auch nur der Gedanke aufkommt, ihre Erwerbslosigkeit könne etwas mit unserem System zu tun haben. Erwerbslosigkeit wird ausschließlich auf individuelles Versagen reduziert! Entsprechend behandelt man sie. Also müssen sie sich anstrengen und sich als gute Sklaven sogenannten Arbeitgebern andienen, die sie statt einer Einstellung noch gnadenloser ausbeuten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Missmanagement und Firmenpleiten werden zur individuellen Schuld deklariert und Schuldige bestraft. Die Betroffenen haben den Glauben an Parteien und Gewerkschaften längst verloren. Sie setzen auf nichts mehr und erleben weitere Bestrafungsaktionen wie Bewerbungstrainings und sonstige unsinnige Kurse. Gefasst und gar nicht vorbereitet landen sie spätestens in einem Jahr bei Hartz IV oder müssen erst ihr bescheidenes, den Kapitalismus abgetrotztes Vermögen verbrauchen. Gebraucht fühlen sie sich nicht mehr. Gesellschaftlich werden sie als unqualifiziertes, abgehängtes Prekariat stigmatisiert.

Spätestens hier beginnt ein Spießrutenlaufen, das einer wahren Hölle gleicht! Ähnlich einem Bestrafungslager wird jedes Stück Individualität gebrochen und

dem Betroffenen auch der letzte Funken Würde genommen. Dies beginnt mit dem völligen Ausziehen vor einem bisher unbekannten Sachbearbeiter und führt über demütigende Befragungen bis hin zum quälenden Abwarten, wann denn endlich der erste Hungerregelsatz kommt. Als ob das nicht genug wäre, kommt es immer häufiger vor, dass alles noch mal passiert, weil längst eingereichte Unterlagen angeblich nicht aufzufinden sind. Selbstverständlich liegt die Schuld nur beim Hartz-IV-Empfänger, wie ihn der Mainstream verächtlich bezeichnet.

Niemals wird deutlich gemacht, was im nächsten Schritt folgt. Verstöße zum Beispiel gegen völlig nutzlose „Eingliederungsvereinbarungen“ werden gnadenlos mit Geldkürzungen bestraft, und sei es bis zum völligen Leistungsentzug. Es ist wie bei Kafka: Man wird angeklagt, ohne dass einem jemals die Anklage mitgeteilt wird. Wer aufmuckt, muss mit der ganzen Härte des Systems rechnen. Das Kapital hat das Ziel erreicht. Die Schuld an den hohen Staatsausgaben ist im abgehängten und angeblich bildungsfernen Prekariat zu suchen und keineswegs darin, dass das Kapital sich billigst der so entwerteten Ware Arbeitskraft entledigt hat, ohne für dessen Lagerungskosten aufzukommen. Gleichzeitig zeigt man den disziplinierten Lohnabhängigen, wo sie enden können, wenn sie sich nicht dem Diktat des Kapitals unterwerfen.

In der Menschenrechtskonvention von 1950 heißt es im Artikel 3: Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden. Artikel 4 Absatz 1 lautet: Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden. Im Absatz 2 ist zu lesen: Niemand darf gezwungen werden, Zwangs- oder Pflichtarbeit zu verrichten. Artikel 7 Absatz 1 besagt: Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nicht strafbar war. Artikel 8 Absatz 1: Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz.

Hartz IV verstößt ganz massiv gegen alle diese Grundsätze. Diese Methoden der psychischen Folter in den Argen gehören vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof! Doch es ist völlig unklar, ob sich das Gericht überhaupt damit befassen wird. Deshalb gilt hier und heute: Der Verlust der Persönlichkeit ist vermeidbar! Schließt euch zusammen und wehrt euch! Bildet Initiativen! Legt zum Beispiel gegen die Anrechnung von Vermögen Widerspruch und notfalls Klage ein! Es sind immer Menschen für euch da – zum Beispiel auf der Montagsdemo oder in der „Solidarischen Hilfe“! Geht nie allein aufs Amt, sondern lasst euch stets begleiten, wenn ihr zur Arge oder hier in Bremen zur Bagis müsst!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

„Nicht frei von Interessenkonflikten“: OSZE-Beobachter fordern „präzise und objektive Kriterien“ für die Wahlzulassung von Parteien *(„Spiegel-Online“)*

Wer kürt sich da selbst zum Mini-Sarrazin von Bremen?

1. Letzte Woche tagte die Innenministerkonferenz in Bremen. Verschiedene Verbände forderten die Innenminister dazu auf, eine Lösung für Zehntausende der bisher nur geduldeten **Flüchtlinge** in Deutschland zu beschließen, die sonst ab dem 1. Januar 2010 wieder in ihre Heimatländer zurückkehren müssten. Rein menschlich gesehen, wäre meiner Meinung nach ein dauerhaftes Bleiberecht für die sogenannten Altfälle das einzig Richtige! Dies wird augenscheinlich ausgerechnet von der CDU blockiert, die doch so christlich sein will. Dabei leben hier über 100.000 Menschen als Geduldete, rund 60.000 von ihnen bereits langjährig. Die meisten von ihnen weder arbeiten oder studieren, mussten in Wohnheimen leben und bekamen auch noch ein Drittel weniger Sozialhilfe als deutsche Bedürftige.

Damit wollte der Staat einerseits verhindern, dass sie hier Fuß fassen und verlangt aber andererseits jetzt von ihnen, dass sie sich plötzlich selbst unterhalten müssen. Wenn jetzt die Frist, bis sie einen Job gefunden haben, von dem sie leben können, um zwei Jahre verlängert wird, dann kommt dies nur einer Aufschiebung des Elends gleich! Von dieser „tollen“ Regelung sollen jedoch 30.000 Menschen „profitieren“. Eine Aufenthaltserlaubnis sollen dabei vor allem die Menschen erhalten, die eine Schul- oder Berufsausbildung machen oder mindestens eine Halbtagsbeschäftigung nachweisen können, hieß es zum Abschluss der Konferenz. Gleichwohl gibt es ja für Geduldete noch weniger Jobs als für die restliche Bevölkerung. Unter einem vernünftigen Kompromiss verstehe ich etwas anderes!

2. Weil Glückspielgewinne für Hartz-IV-Bezieher nicht als Vermögen qualifiziert werden können, sondern als sogenanntes **Einkommen** angerechnet werden, von dem unfairerweise der Lospreis nicht abgezogen wird, eignet sich das Lottospielen für Hartz-IV-Bezieher nicht, die auf diese Weise nichts unversucht lassen wollen, ihre finanzielle Bedürftigkeit zu beenden. Der normalerweise mögliche Abzug von Aufwendungen, die getätigt werden, um „Einkommen“ zu erzielen, gilt für den Loskauf nicht, weil die Aufwendungen für den Loskauf nach einem Urteil des Sozialgerichts Detmold nicht „wirtschaftlich vernünftig“ sei. Im vorliegenden Fall verlangte ein ALG-II-Bezieher, sein Lottogewinn in Höhe von 500 Euro dürfe nicht als Einkommen angerechnet werden.

Die Behörde rechnete den Gewinn an, indem sie in zwei aufeinander folgenden Monaten die Leistungen um jeweils 250 Euro kürzte. Das Gericht ließ sich nicht auf die Erklärung des ALG-II-Beziehers ein, er habe schließlich nur deswegen gewinnen können, weil er seit dem Jahr 2001 dieses Los halte und dementsprechend seit dieser Zeit mehr investiert als letztendlich als Gewinn herausbekommen habe. Da Lottoauszahlungen über 500 Euro grundsätzlich nur durch Überweisung erfolgen, stellt sich die Frage, ob ALG-II-Bezieher überhaupt für sich selbst spielen sollten. Reiche haben für solche Fälle ein Schweizer Nummernkonto. Bei ihnen geht es um exorbitante Summen, die Hartz-IV-Bezieher nie erreichen können. Eine Plutokratie ist nicht gerecht!

3. Nach einer Meldung von „Radio Bremen“ sind immer mehr Bremer lange krank. Den Grund dafür sieht die „Kassenärztliche Vereinigung Bremen“ in steigender Arbeitsbelastung, aber auch in einem zunehmend ungesunden Lebensstil. Die Handelskrankenkasse Bremen musste in den ersten zehn Monaten dieses Jahres etwa 19.000 Versicherten **Krankengeld** zahlen. Einen Grund für die längere Krankheitsdauer liegt wohl daran, dass immer mehr Arbeitnehmer Krankheiten nicht auskurieren und in der Folge länger krank sind. Dass Arbeitnehmer sich so verhalten, das ist wohl kaum den Arbeitnehmern anzulasten, sondern vielmehr ihrer berechtigten Angst geschuldet, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, wenn sie sich mal krank melden.

4. So langsam nimmt das Gehetze in Bremen Formen an, die ich für nicht hinnehmbar halte! Der FDP-Bürgerschaftsabgeordnete Dr. Oliver Möllenstädt fällt immer wieder durch seine scheinbar unbedachte, aber wahrscheinlich absichtlich gestreute **Hetzerei** gegen ALG-II-Bezieher unangenehm auf. Diesmal fing es ganz harmlos an, als Möllenstädt die Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel für Hartz-IV- Bezieherinnen durch die Gesundheitsämter fordert. Auf das erste Hören hin klingt dies noch recht vernünftig, wird aber beim weiteren Zuhören immer perfider. Die FDP beklagt, immer mehr junge Hartz-IV-Bezieherinnen würden ungewollt schwanger würden, weil sie sich keine Verhütungsmittel leisten könnten. Die Überlegungen scheinen durch und durch ökonomisiert betrachtet zu sein. Wen kümmern schon die Gefühle von finanziell armen Menschen?

Nein, hier zählt nur der schnöde Mammon, da die hohe Zahl an Abtreibungen Bremen einen Menge Geld kostet. Weil die Länder für die Kosten der Schwangerschaftsabbrüche zuständig sind, muss Bremen dafür jährlich fast 500.000 Euro zahlen. Möllenstädt findet, dass Bremen statt massenhaft Abtreibungen zu finanzieren, besser die Kosten für Anti-Baby- Pille, Spirale oder Sterilisation übernehmen solle. So weit, so gut – aber dann seine kleine „Einschränkung“: „Eine Erhöhung des Regelsatzes werden die Empfängerinnen eher in den nächsten Schnapsladen tragen, als diesen in Vorsorge und selbstbestimmte Familienplanung zu investieren.“ Erst forderte Möllenstädt Daumenschrauben durch mehr Sanktionen für Hartz-IV-Bezieher, nun billigt er ihnen nicht zu, selbstständig über

ihre Lebensplanung ohne oder mit wie vielen Kindern nicht zu, indem er stattdessen pauschal den Kneipengang bei einer erhöhten Regelleistung unterstellt.

Das wirft viele Fragen auf: Wird da jemand größenwahnsinnig? Muss hier eine Person auf sich aufmerksam machen? Spielen gar die Possen eines Lümmels aus der letzten Bank eine Rolle? Geht es irgend einem besser, wenn er sich über andere zu stellen sucht, indem er Hartz-IV-Beziehern unterstellt, sie trügen ihre Regelsatzerhöhung „eher in den nächsten Schnapsladen“, als diese in Vorsorge und selbstbestimmte Familienplanung zu investieren? Kürt sich da jemand eventuell selbst zum Mini-Sarrazin von Bremen? Wofür bekam Oliver Möllenstädt seine Doktorwürde eigentlich verliehen? War es im Fach Laberologie oder in Nichtswisserologie, oder handelte es sich vielmehr um das immer beliebter werdende Fach Unterstellologie, das einen hohen Numerus Clausus erfordert? Soll es nun in Anlehnung an Wilhelm Busch vielleicht so weitergehen: „Ach, was muss man oft von fiesen Politikern hören oder lesen! Wie zum Beispiel hier von diesen, welche Thilo und Oliver hießen?“

5. Nach einer Einkommensstudie von der „Arbeitnehmerkammer“ und dem Statischen Landesamt Bremen erhöhte sich der Anteil der Niedriglöhner unter den Vollzeitbeschäftigten zwischen 2000 und 2007 von 15 auf 20 Prozent. Insgesamt arbeiteten zuletzt – inklusive Teilzeit – rund 40 Prozent aller Beschäftigten im Dumpinglohnbereich. Als Niedrigeinkommen werden Verdienste definiert, die weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns aller Beschäftigten betragen. 2007 lag die Grenze bei 1.765 Euro im Monat. In Bremen wurde diese Schwelle immerhin von jedem vierten Mann und sogar von mehr als der Hälfte aller beschäftigten Frauen unterschritten.

Dass Frauen spürbar niedrigere Monatsverdienste haben als Männer, liegt nicht nur an ihrer häufigeren Teilzeittätigkeit, sondern auch daran, dass Frauen auch in Vollzeitjobs ein gutes Viertel weniger verdienen als Männer. Im menschenverachtenden neoliberalen Zuge größerer Verarmung weiter Bevölkerungsanteile haben Frauen offensichtlich mit noch mehr Nachteilen zu kämpfen als Männer! Eindeutig belegt wird hier, was Frauen schon immer am eigenen Leibe spüren müssen: Je höher die Lohngruppe ist, desto größer wird auch die Differenz der Stundenlöhne zwischen Männern und Frauen. Ein absoluter Skandal ist das! Doch nicht bloß zwischen den Geschlechtern geht die Schere weiter auseinander, auch der Abstand zwischen niedrigen und höheren Einkommen nimmt zu.

Der geringe Verdienstanstieg im unteren Bereich ist vor allem auf die erhebliche Zunahme bei den Teilzeit- und Minijobs zurückzuführen. Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Lockerung der gesetzlichen Schranken für geringfügige Beschäftigung führten letztlich zu einer Erosion bei der Vollzeitbeschäftigung. Das Risiko, in den Niedriglohn abzurutschen, wird immer größer! Gleichzeitig steigt der Anteil derjenigen, die von ihrem Vollzeitjob allein nicht mehr leben können und auf den Tropf unter Verfolgungsbetreuung angewiesen sind. Die asozialen Schweinereien auf dem Arbeitsmarkt können sich in Deutschland nur des-

wegen so ungeniert und unverhohlen ausbreiten, weil es bei uns keinen, schon gar nicht armutsfesten **Mindestlohn** gibt und sich das schwarz-gelbe Gruselkabinett mit Händen und Füßen gegen diese überfällige Forderung wehrt („Weser Kurier“ vom 4. Dezember 2009).

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“

Bremer Politiker fürchten politische Zuordnung von Entscheidungen

Diese Woche unternimmt Bremen einen erneuten Anlauf, um die Neugestaltung der Argen zu verhindern. Vorgeschoben wird das Argument, die Menschen sollten nicht zwei Anträge stellen müssen, aber die Planung sieht anders aus. Im Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales steht ab Seite 7 das Konzept der Bundesregierung zur getrennten Trägerschaft. Ich denke, hieran werden die organisatorischen und rechtlichen Probleme deutlich, welche die **getrennte Trägerschaft** mit sich bringt. Damit sind die nächsten SGB-II- Änderungsgesetze vorprogrammiert.

Das Eckpunktepapier ist nicht geheim. Bereits am Ende der Seite 4 steht, dass zum Beispiel der Städtetag zugestimmt hat. Nichts als Schleiertänze! Die Bremer Politiker haben Sorge, dass die Entscheidungen politisch zuzuordnen sind. Dies geht vom fehlenden Stuhl bis zur Erreichbarkeit der Behörde, vom Ton der Sachbearbeiter bis zur Entscheidung! Dieses Rahmenpapier ist aus meiner Sicht noch nicht das „Gelbe vom Ei“, aber es ist auch noch nicht durch die Gesetzgebung gewandert. Auf Seite 7 unten wird klar: Wenn bei Sanktion eine Kürzung auf Null erfolgt, liegt die Entscheidung über die Kosten der Unterkunft allein bei der Freien Hansestadt Bremen. **Damit wird klar, wer die Jugendlichen aus der Wohnung jagt!** Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Leyenhaft und verfassungswidrig: Komplizierte Verwaltungsabläufe genügen nicht zur grundrechtskonformen Sicherung des Existenzminimums *(„AFP“)*

Montagsdemonstranten solidarisch mit den Kollegen von Daimler!

An die Kolleg(inn)en von Daimler in Sindelfingen, von eurer Wut über die Verlagerungspläne des Daimler-Konzerns für die C-Klasse und euren Protesten haben wir gehört. Wir wünschen euch Kraft und Erfolg bei der Durchsetzung eurer Ziele, die Arbeitsplätze zu erhalten und die Solidarität konzernweit und länderübergreifend zu organisieren. In Bremen hat die Montagsdemo in der letzten Zeit ihre Solidarität mit den kämpfenden Hafenarbeitern vom Gesamthafenbetrieb und den Kollegen des ehemaligen Siemens-Betriebs Mdexx erklärt. Wir sind immer bereit, die kämpfenden Kollegen solidarisch zu unterstützen!

Zu viele Arbeitsplätze sind schon ersatzlos wegrationalisiert worden. Auch mit dem Überwechseln in sogenannte Qualifizierungsgesellschaften wird keine neue Arbeit geschaffen. Seit 2004 wird auch in Bremen gegen die Schröder'schen Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 gekämpft. Zu viele Menschen sind schon eingeschüchtert und hilflos gemacht worden. Die Montagsdemo will den Kampf der Arbeits- und Erwerbslosen mit dem Kampf der Arbeitenden verbinden und hilft den Betroffenen, im solidarischen Kampf mitzumachen. Die „neue“ Regierung hat bisher nur mit Chaos, Lug und Trug auf sich aufmerksam gemacht. Wir werden von eurem Kampf auf der Montagsdemo weiter berichten und sprechen. Wir wollen euch Mut machen, den Kampf konzernweit weiterzuentwickeln!

Initiative Bremer Montagsdemo

Der „**Solidaritätskreis gegen Abmahnungen bei Daimler Bremen**“ lädt ein zum nächsten **Treffen** am **Dienstag**, dem **8. Dezember 2009**, um **18 Uhr** im „**Freizi Buntentor**“, Geschwornenweg 11a.

In der Vorweihnachtszeit beginnt die **Bremer Montagsdemo** um **17:30 Uhr** vor dem Konzerthaus „Glocke“ an der **Domsheide**. Wir ziehen durch die Oberstraße zum **Hanseatenhof** und halten dort unsere Kundgebung ab.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

259. Bremer Montagsdemo am 14. 12. 2009

Wir fordern eine Winterbekleidungshilfe für Kinder!

Im Anschluss an die letzte **Montagsdemo** im Jahr laden wir ein zur **Weihnachtsfeier** am **21. Dezember 2009** um **19 Uhr** im **Naturfreundejugendhaus** in der Buchtstraße. Glühwein, Würstchen und anderes wird gegen einen kleinen Obolus bereitstehen. Natürlich können auch gern Plätzchen, Salate oder dergleichen als Spende mitgebracht werden. Ebenso freuen wir uns über kulturelle Darbietungen aller Art.

Warum nur den Arbeitswilligen ein menschenwürdiges Leben sichern?

1. An den Petitionsausschuss der Bremischen Bürgerschaft, Betreff: S 17/234, **Winterbekleidungshilfe**. Sehr geehrte Damen und Herren, bezugnehmend auf die Stellungnahme der Bremer Sozialsenatorin Frau Ingelore Rosenkötter vom 23. November 2009, eingegangen bei der Bremischen Bürgerschaft am 10. Dezember 2009, möchte ich Ergänzendes zur Eingabe vom 4. November 2009 zur Kenntnis bringen und darum bitten, dieses bei einer Entscheidung zu berücksichtigen. Im Gegensatz zur Bremer Sozialsenatorin bin ich der Meinung, dass das Bundesverfassungsgericht in seiner Verhandlung am 20. Oktober 2009 die Regelsätze und deren Berechnungsgrundlage ausdrücklich in Frage stellte. Übrigens werden sowohl die Erwachsenen-Regelsätze als auch die für Kinder vom BVerfG überprüft, eine Entscheidung wird Anfang 2010 erwartet. Von „grundsätzlich bestätigt“ kann also definitiv nicht die Rede sein! Eher im Gegenteil, die Grundgesetz-Konformität auf Basis von „gerechten“ Leistungen wurde in Frage gestellt vom Präsidenten des 1. Senats des BVerfG, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier.

Des Weiteren möchte ich mich aber auch auf die Bremer Landesverfassung berufen, denn meiner Meinung nach ergibt sich auch hier heraus geradezu die

Verpflichtung, für die von Armut betroffenen Bremer Kinder sofort helfend einzugreifen, um eine drohende Verelendung zu verhindern. Nachweislich der Infragestellung auch der Regelsätze für Erwachsene, sprich: Eltern, oder auch für Alleinerziehende durch das Bundesverfassungsgericht ergibt sich die Beistandspflicht durch die Gesellschaft aufgrund einer abzuwendenden Notlage, die ansonsten vorsätzlich oder fahrlässig wegen Unterlassung herbeigeführt werden könnte. Das wäre zum Beispiel der Fall, würde auch nur eines der betroffenen Bremer Kinder aufgrund mangelnder wärmender Bekleidung mit Erfrierungen oder vielleicht auch mit einer Lungenentzündung ins Krankenhaus müssen, aufgrund dessen, dass die Eltern durch den Staat quasi außer Kraft gesetzt werden, die notwendige Bekleidung zu beschaffen. Nachstehend die meiner Meinung nach verpflichtenden Punkte der Bremer Landesverfassung.

- Artikel 25: „Es ist Aufgabe des Staates, die Jugend vor Ausbeutung und vor körperlicher, geistiger und sittlicher Verwahrlosung zu schützen. Fürsorgemaßnahmen, die auf Zwang beruhen, bedürfen der gesetzlichen Grundlage.“ Durch Gesetz vom 8. April 2003 wurde der Artikel 25 (mit Wirkung vom 23. April 2003) geändert. Folgender Absatz 1 wurde eingefügt: „Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.“ Die bisherigen Absätze 1 und 2 wurden zu den Absätzen 2 und 3.
- Artikel 26: „Die Erziehung und Bildung der Jugend hat im Wesentlichen folgende Aufgaben: 1. Die Erziehung zu einer Gemeinschaftsgesinnung, die auf der Achtung vor der Würde jedes Menschen und auf dem Willen zu sozialer Gerechtigkeit und politischer Verantwortung beruht, zur Sachlichkeit und Duldsamkeit gegenüber den Meinungen anderer führt und zur friedlichen Zusammenarbeit mit anderen Menschen und Völkern aufruft. 2. Die Erziehung zu einem Arbeitswillen, der sich dem allgemeinen Wohl einordnet, sowie die Ausrüstung mit den für den Eintritt ins Berufsleben erforderlichen Kenntnissen und Fähigkeiten. 3. Die Erziehung zum eigenen Denken, zur Achtung vor der Wahrheit, zum Mut, sie zu bekennen und das als richtig und notwendig Erkannte zu tun. 4. Die Erziehung zur Teilnahme am kulturellen Leben des eigenen Volkes und fremder Völker.“ Durch Gesetz vom 9. Dezember 1986 wurde dem Artikel 26 folgende Ziffer angefügt: „5. Die Erziehung zum Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt.“
- Artikel 58: „Wer nicht in der Lage ist, für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen den notwendigen Lebensunterhalt zu erwerben, erhält ihn aus öffentlichen Mitteln, wenn er ihn nicht aus vorhandenem Vermögen bestreiten kann oder einen gesetzlichen oder anderweitigen Anspruch auf Lebensunterhalt hat. Durch den Bezug von Unterstützung aus öffentlichen Mitteln dürfen staatsbürgerliche Rechte nicht beeinträchtigt werden.“

- Artikel 101: „Die Bürgerschaft beschließt, abgesehen von den ihr durch diese Verfassung zugewiesenen sonstigen Aufgaben, insbesondere über 1. Erlass, Änderung und Aufhebung von Gesetzen, 2. Festsetzung von Abgaben und Tarifen, 3. Übernahme neuer Aufgaben, für die eine gesetzliche Verpflichtung nicht besteht, besonders vor Errichtung und Erweiterung von öffentlichen Einrichtungen, Betrieben und wirtschaftlichen Unternehmen sowie vor Beteiligung an solchen Unternehmen, 4. Umwandlung der Rechtsform von Eigenbetrieben oder Unternehmen, an denen die Freie Hansestadt Bremen maßgebend beteiligt ist, 5. Bewilligung über- und außerplanmäßiger Ausgaben sowie Genehmigung von Anordnungen, durch die Verbindlichkeiten der Freien Hansestadt Bremen entstehen können, für die keine Mittel im Haushaltsplan vorgesehen sind, 6. Verfügung über Vermögen der Freien Hansestadt Bremen, besonders Erwerb, Veräußerungen und Belastung von Grundstücken, Schenkungen und Darlehnshingaben, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt, 7. Verzicht auf Ansprüche der Freien Hansestadt Bremen und Abschluss von Vergleichen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt. Anordnungen, die der Gesetzesform bedürfen, können, wenn außerordentliche Umstände ein sofortiges Eingreifen erfordern, durch Verordnung des Senats getroffen werden. Die Verordnung darf keine Änderung der Verfassung enthalten; sie ist sofort der Bürgerschaft zur Bestätigung vorzulegen, und wenn die Bestätigung versagt wird, unverzüglich wieder aufzuheben.“ Durch Gesetz vom 1. November 1994 wurde dem Artikel 101 folgender Absatz angefügt: „Das Nähere über die Rechte der Bürgerschaft bei der Benennung von Mitgliedern in europäischen Organen regelt das Gesetz.“ Durch Gesetz vom 3. März 1998 wurde dem Artikel 101 folgender Absatz angefügt: „Die Bürgerschaft wählt die Betriebsausschüsse der Eigenbetriebe. Das Nähere regelt das Gesetz.“

Aus all diesen Gründen und insbesondere mit Sicht auf die Bremer Landesverfassung halte ich die Bewilligung einer Soforthilfe für alle betroffenen Bremer Kinder auch weiterhin für zwingend geboten. Diese Hilfe wird auch weiterhin beantragt! Mit freundlichen Grüßen.

2. Nachdem ich das Antwortschreiben des Petitionsausschusses der Bürgerschaft erhalten hatte, worin die Sozialsenatorin unter anderem mitteilt, die Stadt Bremen habe kein Geld für freiwillige Leistungen für Kinder zur Verfügung, sah ich erst mal in die Bremer Verfassung und bekam schon beim Lesen der Präambel einen Schreck: „Erschüttert von der Vernichtung, die die autoritäre Regierung der Nationalsozialisten unter Missachtung der persönlichen Freiheit und der Würde des Menschen in der jahrhundertealten Freien Hansestadt Bremen verursacht hat, sind die Bürger dieses Landes willens, eine Ordnung des gesellschaftlichen Lebens zu schaffen, in der die soziale Gerechtigkeit, die Menschlichkeit und der Friede gepflegt werden, in der der wirtschaftlich Schwache vor Ausbeutung geschützt und allen Arbeitswilligen ein menschenwürdiges **Dasein** gesichert wird.“

Eigentlich ist schon diese Präambel der Widerspruch an sich. Ich finde, hier sollte sich speziell „Die Linke“ für eine entsprechende Abänderung einsetzen, denn wieso sollte nur den *Arbeitswilligen* ein menschenwürdiges Leben gesichert werden? Meint man damit auch die Arbeitnehmer, die in der Rüstung arbeiten und gleich zweimal für einen entsprechenden Mehrwert sorgen, nämlich einmal durch den Verkauf und Export der „Produkte“, die diese Betriebe herstellen, und zum zweiten Male durch deren eventuellen oder tatsächlichen Einsatz, indem man andere hergestellte Dinge jeder Art wieder zerstört, sodass sich der Unsinn der kapitalistischen Produktionsweise wiederholen beziehungsweise von vorne anfangen kann? Haben diese Menschen einen größeren oder anderen Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben als jene, die in solche Arbeiten niemals einwilligen würden? Sollte das wirklich so sein, fände ich das mindestens pervers!

Wer kennt nicht das folgende Zitat, welches zuletzt wohl von Franz Müntefering in Richtung der Hartz-IV-Empfänger abgeschossen wurde: „Nur wer arbeitet, soll auch essen!“ Bestimmt halten auch viele Sozialisten diesen Spruch eher für richtig. Doch wenn man ihn im Zusammenhang mit der Arbeit in der Rüstungsindustrie sieht, müsste er doch eigentlich eine ganz neue und negative Bedeutung bekommen. Bestimmt sind die Arbeiter in der Rüstungsindustrie die einzigen Erwerbstätigen, die den Kapitalisten gleich mehrfach dienen: Zuerst schaffen sie einen Mehrwert durch die Produktion ihrer Bomben und Raketen für ihre Unternehmer, anschließend werden mit den produzierten Waffen die geschaffenen Mehrwerte anderer Arbeitnehmer dann wieder zerstört. So schließt sich der „erfolgreiche“ Kreis des Kapitalismus. „Nur wer arbeitet, soll auch essen“: Bestimmt sind eher die Menschen gemeint, die zur absoluten Profitmaximierung beitragen! Darüber sollten bestimmt auch viele Linke einmal nachdenken. Mit sozialistischem Gruß!

3. Wir von der Bremer Montagsdemo haben alle gemeinsam bestimmt ein *gleiches* Ziel: Wir wollen eine andere und gerechtere Gesellschaft. Wie diese Gesellschaft sich später einmal nennen wird, ist dabei erst einmal zweitrangig. Aber gerade das Gleiche muss man schon mal besonders betonen. Wir können momentan überhaupt nicht zum Beispiel von Chancengleichheit reden, sondern höchstens von Chancengerechtigkeit, die man erst einmal versuchen muss herzustellen. Aber Gleichheit für alle muss dann auch bedeuten, dass ein Herr Ackermann und Konsorten gleichgestellt werden müssen, zumindest für den Bezug einer einheitlichen Leistung. Daran führt in meinen Augen überhaupt kein Weg vorbei. Einen Grundeinkommensbezug mit dem Recht auf gleiche Beteiligung an der notwendigen Lohnarbeit muss man nicht zwangsläufig mit einer niedrigen Bezahlung gleichsetzen, zumal die Menschen dann auch in die Lage versetzt werden, einfach Nein zu sagen. Das würde selbst für Soldaten gelten.

Ich bin der Meinung, dass eine Arbeitskraftabgabe in Höhe des jeweiligen Mindestlohnes eindeutig die Profite der Unternehmen senken wird, aber die größten Auswirkungen dürfte sie auf Unternehmen mit viel Personal haben. Das Bei-

spiel für kleine Dienstleister mit den dazugehörenden positiven Aspekten habe ich bereits am Beispiel des Friseurs gebracht. Natürlich kann der Staat hierdurch auch die Beschäftigung fördern, etwa auf dem Gebiet der Ausbildung. Hier könnte man dann auf das Zahlen einer Ausbildungsbeihilfe verzichten, da jeder junge Mensch bereits über das bedingungslose **Einheitsgrundeinkommen** abgesichert wäre. Die Förderung der jüngeren Generation ist doch immens wichtig!

Selbstverständlich bin ich nicht gegen eine Millionärssteuer, aber auch diese allein wird nicht den riesigen Geldbedarf in unserer Bevölkerung lösen. Wir sollten nun nicht den Fehler machen, auf gar keinen Fall eine Finanzierung über Verbrauchssteuern zulassen zu wollen. Selbst wenn man das nicht sagt und auch anders finanziert, schließt das eine Erhöhung dieser Steuern nicht aus. Noch einfacher kann es sich jede Regierung über die Inflationsrate machen: In diesem Moment muss sie noch nicht einmal mehr das Parlament beteiligen. Selbstverständlich ist ein bedingungsloses Einheitsgrundeinkommen allein noch kein Sozialismus, aber es ist ein richtiger Schritt, möglichst viele Menschen dafür zu gewinnen, überhaupt eine neue und andere Gesellschaft anzustreben. Das Angebot beispielsweise der MLPD haben bei der letzten Bundestagswahl nicht gerade besonders viele Menschen angenommen. Es gibt eben die Angst der Menschen vor einem Sozialismus oder Kommunismus. Dies muss man bei seinen Forderungen auch mit beachten.

4. Das beste Beispiel dafür, dass eine Stellvertreterpolitik nicht funktionieren kann, ist derzeit die neueste Regierungsbeteiligung der Linkspartei in Brandenburg mit der Aufgabe vieler Interessen und Positionen der verschiedensten Menschen, nur um in eine Regierungskoalition eintreten zu können. Auch die Aufstellung beziehungsweise Berücksichtigung von Hartz-IV-Empfängern auf den Listen der „Linken“ beweist, dass man kaum annimmt, die Betroffenen könnten sich politisch vielleicht auch selbst ganz gut vertreten. Sogar eine aktive Bundestagsabgeordnete und ehemalige Hartz-IV-Empfängerin wurde nicht über einen sicheren Listenplatz der „Linken“ bei der letzten Bundestagswahl abgesichert.

Die „Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV“ scheint auch eher die veränderungswilligen Betroffenen auszubremsen, als sie bei neuen Ideen zu unterstützen. Hätte diese BAG nicht ganz klar einen sicheren Listenplatz für einen ihrer Kandidaten aus jedem Bundesland fordern müssen? Müsste diese BAG nicht über ihre Koordinatorin zumindest versuchen, in allen Bundesländern in den Gemeinden Gruppen aufzubauen? Stattdessen beschränkt sich die Arbeit dieser BAG wohl mehr mit der Pflege ihrer Internetseite und mit der Moderation und Zensur von Kommentaren der unzählig veröffentlichten Beiträge mit hübschen bunten Bildern. Will man so eventuell aufflackernden Protest kanalisieren? Vielen Mitgliedern dieser BAG, die nicht über einen Internetanschluss verfügen, wurde weder ihr Beitritt bestätigt noch wurde ihnen die Satzung bekannt gemacht. So kann das wohl alles nicht ganz richtig sein!

In meinen Augen sollte man daher versuchen, überparteiliche Hartz-IV-Gemeinden zu gründen! Die Kontakte kann man bestens vor den jeweiligen Argen knüpfen. Die Hartz-IV-Betroffenen sollten dann zumindest für die Kommunen, in denen sie leben, die Personen unter ihnen auswählen, die ihre Interessen in den Kommunen vertreten sollen. Dies alles könnte man bei regelmäßigen Treffen organisieren und dann auch eine entsprechende Liste aufstellen. Zumindest kann man so gewährleisten, dass die Kandidat(inn)en auch wirklich aus den Reihen der Betroffenen kommen. Auch deren **Wahlmüdigkeit** lässt sich so wahrscheinlich positiv beeinflussen beziehungsweise überwinden. Politik beginnt in der Kommune! Hier spielt sich die größte Zeit des Lebens der Menschen ab. Genau hier müssen notwendige Veränderungen beginnen, und zwar nicht nur als nicht eingelöste Forderungen aus irgendwelchen Wahlprogrammen. Schluss mit Stellvertreterpolitik! Gründet überparteiliche Hartz-IV-Gemeinden!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Ein Widerspruch, 24 Bescheide: Arge meldet hohe Zufriedenheitsquote

1. Hier ein Auszug aus dem Informationsbrief von Harald Thomé betreffs der Überprüfungsanträge zu den **Regelleistungen**: „Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass es mir dringend erscheint, eine breitere Kampagne zu entwickeln, damit SGB-II- und SGB-XII-Bezieher für derzeit aktuelle Bescheide Widersprüche und für die Vergangenheit Überprüfungsanträge einlegen. Sollte das Bundesverfassungsgericht die Regelleistungen rückwirkend für verfassungswidrig erklären oder zu der Auffassung kommen, dass Teile des Kindergeldes nicht hätten angerechnet werden dürfen, bekommen nur diejenigen Gelder nachgezahlt, die einen Widerspruch gegen die laufenden Leistungen und einen Überprüfungsantrag für die Vergangenheit nachweislich eingelegt beziehungsweise gestellt haben. Hier wäre es meiner Meinung nach dringend ratsam, dass bundesweit Beratungsstellen und soziale Organisationen darauf aufmerksam machen, Pressemitteilungen herausgeben, Aushänge fertigen, Flugblätter in Argen verteilen und diese Musterschreiben vorrätig haben.“

Wer mit den erforderlichen Überprüfungsanträgen und Widersprüchen nicht klarkommt, komme zur Bremer Montagsdemo! Auch Miete und Nebenkosten, die seit 2005 nur gekürzt gezahlt wurde, ist mit einem Antrag auf Überprüfung nach

§ 44 SGB X noch zu retten! Auch jede Sanktion oder Ähnliches ist für 2005 noch überprüfbar. Daraus kann wie vor ein Verfahren werden, nur sind als Grund zusätzlich die Kosten der Unterkunft oder die anderen Kürzungen anzugeben. Wer damit nicht klarkommt, komme zur **Bremer Montagsdemo**! Die letzte in diesem Jahr ist am **21. Dezember 2009** mit anschließender **Weihnachtfeier**. Ein Grund mehr!

2. „Alles aus einer Hand", lautet die Parole, „zum Wohle der Erwerbslosen!" Das klappt bereits jetzt nicht! Meine Meinung dazu steht unter „Themen"-Stichwort „**Jobcenter**". Die Auswirkungen auf die Politiker in Bremen lassen sich unter dem Stichwort „Kosten der Unterkunft" erlesen. „Die Bagis holt sich Hilfe von außen", so steht es im „Weser-Kurier" vom 11. Dezember 2009. Eine Anwaltskanzlei soll die alten Widersprüche aufarbeiten – dies sind aber *hoheitliche* Entscheidungen. Insofern wird diese Unterstützung viel Geld kosten, aber nicht viel bringen. Wer einen solchen Bescheid erhält, kann diesen bereits wegen der Entscheidung durch die Kanzlei anfechten, wenn dort nicht die verantwortliche Behörde genannt wurde. Die hoheitliche Entscheidung ist ein wesentlicher Grund für die 2011 fällige Aufteilung der Argen!

Dem Artikel ist zu entnehmen, dass die Bagis, die Bremer Arge, in der Anzahl der Bescheide und der Anzahl der Widersprüche einen „Qualitätsnachweis" sieht: „Von 150.000 Bescheiden pro Jahr werden nur 2.100 angefochten." Die Zahlen stimmen nicht, die Begründungen für die zusätzlichen Richterstellen sehen anders aus. Die Zahl der Widersprüche ist falsch! Was die Zahl der Bescheide betrifft, so habe ich habe mich gewundert, warum die Bagis 24 Bescheide an einem Tag erlässt. Zugrunde lag eine Nebenkostenabrechnung für die Wohnung. Für jeden Monat gab es einen Extra-Änderungsbescheid. Bei der Nebenkostenabrechnung im Jahr davor hat die Bagis einen Änderungsbescheid mit Erläuterung zur Post gegeben. Darin war die Nebenkostenabrechnung über zwölf Monate eingearbeitet. Zu den nunmehr zwölf Änderungsbescheiden gab es keine aussagefähige Erläuterung. Die Erläuterung wurde zur Widerspruchsbegründung eingefordert. Es ergab sich die Notwendigkeit zu weiteren zwölf Änderungsbescheiden. Soll die Anzahl der Bescheide erhöht werden, oder sind dies Anlaufschwierigkeiten eines „Neulings"? Nein, die Sachbearbeitung hatte nicht gewechselt! Die Bundesagentur für Arbeit hat die Last der Widersprüche in einem Eilrundschreiben aufgegriffen.

Ungeheuerlich ist, was die Richter einfordern müssen. Unvollständige Akten? Bei einer Akteneinsicht fehlte mir die aktuelle Unterlage. Der Sachbearbeiter bemerkte dazu, dies gehöre erst in die Akte, wenn der Vorgang abgeschlossen sei. Die Richter sollten aber auch wissen, dass die Aktenvermerke der Bagis dem Betroffenen nicht bekannt gemacht werden. Dies führt bei Akteneinsichten immer wieder zu Verwunderung. Manche Gesprächsnotiz ist für den Erwerbslosen eine ganz neue Erfahrung: Im Eilverfahren liest er genau dies dann als Entscheidungsgrund des Gerichts – gegen ihn! Gesprächsnotizen werden vom Sachbear-

beiter grundsätzlich erst nach dem Gesprächsende geschrieben, allein. Ein weiterer Grund, nicht allein zum Jobcenter zu gehen. Seid mutig und nehmt eine Begleitung als Zeugen mit, siehe „Themen“-Stichwort „Begleitung“

Die erforderliche Rücksprache der Prozessvertreter mit der Sachbearbeitung scheint unlogisch. Prozessvertreter können den Sachverhalt und die Möglichkeiten viel besser einschätzen. Warum diese Gängelung? Ein Grund wäre: Das Team wird leistungsgeführt, mit Zahlen. Die ausgezahlten Beträge pro Kopf sind das Leistungskriterium. Eine vor Gericht erstrittene Leistungserhöhung wird dem Team angelastet, die Kosten des Widerspruchsverfahrens und die Gerichtskosten aber nicht. So lässt sich sorglos Leistung verweigern, um die Controllingziele zu erreichen. Die Erwerbslosen und die Richter müssen dies ausbaden! Die Bagis will dies ändern und den Prozessvertretern die Vergleiche erlauben – ohne Rücksprache, außer in Eilverfahren! Dabei gibt es im Eilverfahren gar keine Gerichtsverhandlungen. In der Vergangenheit haben Richter insbesondere in Eilverfahren auch ohne Aktenvorlage entschieden: Weil die Bagis die Vorlagefrist nicht eingehalten hat, wurde dem Kläger geglaubt.

Die Mitarbeiter(innen) der Bagis wandern ab! Wahrscheinlich hat auch der Brief von Frau Ingelore Rosenkötter das Personal nicht überzeugen können – wie auch! Befristete Arbeitsverträge zerstöen immer auch Vertrauen! Scheinbar haben andere Argen bereits gelernt. So empfielt die Bürgerbeauftrage aus Kiel den Erwerbslosen, nur Widerspruch einzulegen, wenn die Regelsatzhöhe nicht mit einen Vorbehalt versehen wurde. Dies ist auch der Bagis möglich, siehe vor!

3. Der **Haushalt** der Freien Hansestadt Bremen wird am Donnerstag „bewässert“. Es gibt aber weitere Möglichkeiten als diese symbolische Umleitung. Warum erscheinen nicht alle Einnahmen der Freien Hansestadt im Haushalt? Ich erinnere mich noch an der Verkauf von weiteren Rechten zu den SWB-Anteilen, am Haushalt vorbei! Ich erinnere mich an die Möglichkeiten der Wasserabgabe – ein Topf, den der Senator nutzen konnte –, die geparkten Millionen und viele andere Ungereimtheiten. Auch die Auflösung der Stiftung „Wohnliche Stadt“ gehört dazu. Das Geld steht im Haushalt zur Verfügung. Anträge werden vom Parlament entschieden. Das Entgelt für zusätzliche Entscheidungsträger kann gespart werden.

Eine beispielhafte Fehlleistung ist auch die Sportförderung, Summe: circa 100.000 Euro, davon Personalkosten für die Entscheidungen: 50.000 Euro, tatsächliche Förderung: 50.000 Euro. Aber die Finanzsenatorin setzt sich durch, sie hat ein dickes Brett angebohrt. Die gemeinnützigen Vereine sollen gemeinsam einen Liquiditätspool bilden und so Zinsbelastungen vermeiden. Ich hoffe, die Freie Hansestadt Bremen handelt ressortübergreifend ebenso. Die Finanzsenatorin hat Gutachten satt! Sie prangert die Missachtung der Rahmenbestimmungen an. Außer den vermeidbaren Kosten werden Mitarbeiter(innen) demotiviert, wenn ihre Meinung und ihr Fachwissen nicht gefragt ist!

Frau Linnerts Verkehrskollege hat gerade ein Gutachten über die Brill-Kreuzung nach Schließung der Unterführung angekündigt. Ihre Kollegin für So-

ziales hat ein Gutachten zu den Kosten der Unterkunft angekündigt. Dies ist insofern ein besonderes Beispiel, weil die bisherigen Gutachten Berichte waren, die zur Leistungsvorenthaltung führten (dies ist noch mit einem Antrag auf Überprüfung zu heilen, siehe oben). Anstelle eines weiteren Gutachtens ist einfach das Lesen der Bundessozialgerichtsurteile angesagt! Die Finanzsenatorin ist noch lange nicht am Ziel. Auch über dem neuen Haushalt der Freien Hansestadt Bremen wird die Frage der Verfassungsmäßigkeit stehen.

Die Partei „Die Linke“ hat Bremen wegen der Vertragsunterschrift zur „Schuldenbremse“ verklagt. Das Parlament wurde nicht ausreichend informiert, es wurde auch nicht die Reform des Länderfinanzausgleichs und die Neuordnung der Steueraufteilung erwogen. Ich hoffe Bremen, verliert dieses Verfahren. Die Schuldenbremse ist ungeeignet, weitere Schulden zu vermeiden, neue Projekte werden aber teurer: Die Finanzierung muss einen Investor übertragen werden, damit sich nur die monatlichen Belastungen im Haushalt widerspiegeln. Der Investor ist der Gewinner!

Anders als bei Unternehmen muss der Haushalt nicht die Verbindlichkeiten aus Verträgen passivieren. In jeder Unternehmensbilanz müssen diese Verbindlichkeiten aus abgeschlossenen Verträgen als Zusatzinformation ausgewiesen werden, für die gesamte Restlaufzeit. Ich glaube, auch die Finanzsenatorin möchte diese Schuldenbremse nicht. Die jetzige Neubaufinanzierung der Klinik ist in Zukunft so nicht mehr möglich. Der Finanzsenatorin waren die Bedingungen der privaten Investoren zu teuer, daher hat Bremen selbst finanziert und gespart! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

4. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) will die Preisgestaltungsmacht von Konzernen brechen. Notfalls will er diese zwangsweise entflechten! Ich kann mich noch an den Jubel des Anlageberaters erinnern: Mit dieser Übernahme hat X Preisgestaltungsmacht erlangt. Die Kurse von X stiegen wie erwartet. Ich drücke Herrn Brüderle die Daumen! Anwendungsbereiche gibt es leider viele, die Konzentration schreitet mit Riesenschritten voran. Dies ist ein Beitrag für die positive Zukunft! –

Die Demo in Kopenhagen wird der Brisanz des Klimaproblems gerecht, die Politik bisher nicht. Mehrheiten werden sich hoffentlich ohne „Hintertüren“ bilden. Bitte auch an die Klimabeeinträchtigung durch Kriege denken! Löscht gleich auch das Zusatzprotokoll mit der Verpflichtung zur Förderung der Atomkraft im **Lissabonner Vertrag**, damit das Konferenzergebnis ein Beitrag für die positive Zukunft ist!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Jede Veränderung bringt Chaos ohne Ende: Der ideale Jobcenter-„Kunde“ bleibt dauerhaft arbeitslos *(„Wirtschaftswoche“)*

Für Runtime dank Ost-Lohn ein Euro Sonderprofit je Kopf und Stunde

1. Kultusminister Helmut Rau vereinbarte mit Generalmajor Gert Wessels, dass die Bundeswehr in Baden-Württemberg verstärkt mit Schulen zusammenarbeiten wird. Künftig sollen Jugendoffiziere der Bundeswehr nicht mehr nur wie bisher Schulen besuchen, sondern auch in die Aus- und Fortbildung von Lehrern eingebunden werden. Mir kommt bei der Vorstellung, dass Pädagogen außerdem Seminare zur Sicherheitspolitik bei der **Bundeswehr** besuchen sollen, das nackte Grausen! Sollen die Schüler derart an sicherheitspolitische Themen herangeführt werden, wie ihnen dies die Bundeswehr mit der Bombardierung von Tanklastern bei der „Verteidigung der deutschen Freiheit am Hindukusch“ vormacht?

Ich vermag es mir lebhaft vorzustellen, wie die Schüler mit Informationen manipuliert, äh, gefüttert werden, denen zufolge sie – nach dem großen Vorbild der Bundeswehr – sowohl globale Konfliktvermeidung und Krisenbewältigung als auch nationale „Interessen“ erlernen. Vielleicht könnten chancenlose junge Menschen, frisch von den Bänken der Hauptschulen, nun ihre „strahlende Zukunft“ als Soldaten in Afghanistan sehen und sich dort kontaminieren oder töten lassen? Auch mit einer solchen Maßnahme können die Arbeitslosenzahlen prophylaktisch geschönt werden! Wird hier der Bildungsauftrag grundlegend missverstanden? Bildung soll doch in jungen Menschen Selbstbildungsprozesse initiieren, was sich wohl kaum mit militärischer Attitüde, Befehlsgehorsam und Strammstehen erreichen lässt. Wie Heraklit es so treffend ausdrückte: „Bildung ist nicht das Abfüllen von Fässern, sondern das Entzünden von Flammen.“ Damit sind keine zerstörerischen Flammenwerfer gemeint, sondern aufleuchtende, konstruktive Ideen!

2. Wie das Orakel von Delphi prophezeien uns mal wieder die Experten, auf dem deutschen Fachkräftemarkt werde es einsam, wenn die geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge in Rente gehen. Weil manche Firmen dieser Entwicklung vorbeugen wollen, ergreifen sie Gegenmaßnahmen. So suchte ein 58-jähriger Kapitän, Stauerei-Inspektor und Leiter eines Stückgut-Terminals in Bremen noch einmal nach neuen Herausforderungen, wechselte den Arbeitgeber und passte bei der „BLG Logistic Group“ genau ins Profil. Er kümmert sich besonders um die Berufseinsteiger, wobei sich anfangs der Neuling und sein „Pate“ einen Arbeitsplatz tei-

len. Junge und Alte können in solchen „symbiotischen Beziehungen“ als „Wissenstandem“ voneinander lernen. Diese bewusst eingefädelten Lerngemeinschaften stellen eine der effektivsten Maßnahmen einer noch sehr jungen Wissenschaftsdisziplin dar: dem Altersmanagement. Mit der Schaffung von altersfreundlichen Arbeitsorganisationen sollen als Ziele die Umkehrung des Trends zu langfristigen Krankmeldungen und **Frühpensionierung** erreicht werden. Eine kluge Erkenntnis scheint sich hiernach durchzusetzen, wonach das Alter der Mitarbeiter noch lange nichts über ihre Fertigkeiten aussagt. Es wäre der Gesundheit aller sehr zuträglich, wenn die Arbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich reduziert würde und somit weniger Menschen überlastet wären oder sich ausgeschlossen fühlen müssten!

3. Wenn der „Weser-Kurier“ zwar darüber schreibt, wie sich in Zukunft alte und junge Mitarbeiter ergänzen können und wie die Fähigkeiten beider zu nutzen sein können, so kann oder will die Leitung beim Umgang mit den eigenen älteren Mitarbeitern offenbar rein gar nichts davon umsetzen. Nein, im Gegenteil: Etwa 60 Mitarbeitern des „Weser-Kuriers“ flatterte bereits an einem Samstag Mitte November ein persönlicher Brief ihres Verlages ins Haus, in dem stand, dass „alle Mitarbeiter der Jahrgänge 1952 und älter“ von der „Neuregelung“ betroffen sind. Bis zum 18. Dezember 2009 wurde ihnen Bedenkzeit eingeräumt, ob sie nun an den „Vorteilen“ dieses Ausscheide-Modells teilzuhaben wollen oder nicht. Das Schreiben war mit der Nachricht versehen, dass diese Einladung nicht in Zusammenhang mit der Arbeitsleistung zu sehen sei. Wirklich? Am Montag darauf gab es bei vier Kollegen einen Anruf des Vorstands Hackmack, der Brief sei ein Versehen, sie seien „nicht gemeint“. Es gibt auch ältere Mitarbeiter, die gar keinen Brief erhielten.

Auch wurde behauptet, dass sich Vorstand und Betriebsrat in der Sache einig seien, was der Betriebsrat jedoch bestritt. Aber offenbar bezog sich der Brief auf ein älteres Modell, das eine angeblich weiche Landung in der Alters-Arbeitslosigkeit anbot. Oder vielmehr **Altersarmut**? Weil „die bisherigen Maßnahmen zur Kostensenkung bei Weitem nicht ausreichen, um drastische Ertragsrückgänge zu kompensieren“, sollte das Modell auf alle älteren Kollegen ausgedehnt werden. Pikanterweise verschweigt der Brief jedoch, dass die Jahrgänge „1952 und älter“, wenn es betriebsbedingte Kündigungen gäbe, weniger betroffen wären, weil sie durch längere Betriebszugehörigkeiten mehr Schutz vor Kündigungen haben. Wenn überhaupt, müsste den jungen, neuen Kräften gekündigt werden, was der Verlag scheinbar vermeiden will. Wie ernst die wirtschaftliche Lage wirklich ist, wissen die Vertreter der Belegschaft nicht. Seit Jahrzehnten schon klagen sie darüber, dass die Konstruktion der „Weser-Kurier“-Gruppe so beschaffen ist, dass Gewinne leicht auf die Besitzer-Familien Hackmack und Meier übertragen werden können und in der Bilanz der „Bremer Tageszeitungen AG“ als „Kosten“ auftauchen.

4. Letzte Woche protestierten etwa 30 Aktivisten des „Bremer Erwerbslosenverbandes“ sowie des „Mayday“- Bündnisses vor und in einer „Runtime“-Filiale in der Martinistraße. Dieser Personaldienstleister beschäftigt in Bremen Menschen zu niedrigen Ost-Löhnen, Kritiker sprechen bereits von „Sklavenarbeit“. Das Zeitarbeitsunternehmen bedient sich ausgesprochen trickreich perfider Methoden. Die „Angestellten“ schließen formal ihren Arbeitsvertrag mit einem Firmenteil ab, der in Magdeburg sitzt und folglich niedrigere Ost-Löhne zahlt. Der Tarif für eine „Hilfsarbeit ohne nähere Tätigkeitsangabe“ beträgt mit 6,15 Euro die Stunde über einen Euro weniger als im Westen, wo laut Tarifvertrag zumindest 7,31 Euro pro Stunde gezahlt werden muss. Daraus ergibt sich ein Lohnunterschied von mindestens 160 Euro brutto pro Monat. Es wird pro Stunde und Beschäftigtem also noch einmal ein Euro „Sonderprofit“ kassiert!

In Bremen unterhalte „Runtime“ faktisch nichts anderes als eine Briefkastenfirma, woran juristisch leider kaum etwas auszusetzen sei und wozu es kaum Rechtssprechung gibt. Wenn „Runtime“ bundesweit nach eigenen Angaben über 5.000 Menschen „beschäftigt“, kann sich jeder selbst den Gewinn ausrechnen, den sich das Unternehmen einverleibt – meiner Meinung nach auf Kosten der oft zwangsweise Beschäftigten und daher moralisch zu Unrecht. Der Hammer ist auch, dass „Angestellte“ gar nicht über ihr Gehalt sprechen dürfen und ein Zuwiderhandeln mit einer Vertragsstrafe von einem Monatslohn belegt ist! Bei Vollzeit beträgt diese drakonische Strafe etwa 950 Euro brutto, wovon netto rund 750 Euro übrig blieben. Diesen schändlichen Tariflohn handelte die „Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für **Zeitarbeit** und Personalserviceagenturen“ aus. Sie ist aber, wie das Landesarbeitsgericht Berlin vor einer Woche entschied, „nicht tariffähig“. Würde das Urteil rechtskräftig, könnten bundesweit 280.000 Leiharbeitnehmer rückwirkend einen Ausgleich für Löhne verlangen, die von der CGZP ausgehandelt wurden und unter den Branchenstandards liegen. Das Prinzip, im Westen nur den niedrigeren Ost-Lohn zu zahlen, machen sich dabei auch andere zunutze, zum Beispiel die neuen „XL-Filialen“ des Drogerie-Discounters Schlecker, der seine Mitarbeiterinnen bei der „Meniar-Zeitarbeits-GmbH“ in Zwickau einstellt.

5. Zwischen 1995 und 2007 entwickelte sich der Niedriglohnsektor in der Bundesrepublik von 14 auf 21,5 Prozent. Insgesamt befinden sich circa 6,5 Millionen Beschäftigte, von denen drei Viertel über eine Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss verfügen, im Niedriglohnsektor, der somit kaum zu einem „Auffangbecken“ für Niedrigqualifizierte polemisiert werden kann. Eigentlich bräuchte ich nicht zu erwähnen, dass Frauen wieder verstärkt unter den Bedingungen des skrupellos durchökonomisierten Raubtier-Neoliberalismus leiden müssen: Sie stellen mehr als zwei Drittel der Niedriglohnbeschäftigten. So stärkt der Niedriglohnsektor die geschlechtsspezifische Lohn- und Klassenspaltung zwischen Frauen und Männern in Lohnarbeit. Die Dumpinglohnarbeit ist dort besonders groß, wo die Arbeitslosigkeit, die Minijobdichte und der Anteil der Lohnarbei-

ter(innen), die neben ihrer Erwerbstätigkeit ergänzend Arbeitslosengeld II beziehen müssen, überdurchschnittlich sind.

Seit 2004 sinkt der durchschnittliche Stundenlohn von Niedriglohnbeziehenden und liegt aktuell in Westdeutschland bei skandalösen 6,88 Euro brutto, in Ostdeutschland bei 5,60 Euro. Leider erweisen sich alle Behauptungen von BDI-BDA, Ministerium, Bundesarbeitsagentur, Regierung oder Parlamentsparteien als Märchen, wonach ein Niedriglohnjob die Eintrittskarte in gut bezahlte und gesicherte Beschäftigung sei. Im Gegenteil stellt für viele Männer und noch mehr Frauen die Arbeit zu **Niedriglohn** einen Freifahrschein ins abgehängte Prekariat dar, den totalen Absturz in die gesellschaftliche Ausgrenzung und Ächtung. Meiner Meinung nach wird es jeden Tag deutlicher, dass wir dringend einen echten Mindestlohn und neue Gesetze in dem Dschungel der Grauzonen im Arbeitsrecht brauchen, die solche Auswüchse wie die Sklavenarbeit in der Zeitarbeitsbranche als sittenwidrig verbieten!

6. In Iserlohn müssen Schüler mit jedem Jahres- und Halbjahreszeugnis bei ihrer argen Arge vorsprechen. Diese entscheidet, ob sie einen weiteren Schulbesuch befürwortet oder nicht. Die Mutter einer 17-jährigen Schülerin klagt zu Recht, dass sie zwar erwerbslos sei, aber deswegen doch nicht entmündigt. Sollen die Kinder von Hartz-IV-Beziehern etwa kein Abitur machen dürfen? Ist die Arge vielleicht gehalten, diese Kinder so früh wie möglich in den Ausbildungsmarkt zu pressen? Die zuständige Arge versteht die „Empfindlichkeit“ der besorgten Mutter nicht und behauptet, dass die Vorladungen, die immer verharmlosend zu „Einladungen“ geadelt werden, doch „nur“ dazu dienen würden, den weiteren beruflichen Werdegang in einer Beratung zu besprechen. Ein Schulbesuch ist nicht durch die Arge genehmigungspflichtig, doch wenn entsprechende Voraussetzungen für eine schulische oder berufliche Aus- oder Weiterbildung nicht erfüllt seien, sind “Alternativen im Rahmen des Beratungsgesprächs“ zu „erörtern“, heißt es unempathisch lapidar im Behördendeutsch.

Die Arge-Sprecherin teilt auch nicht mit, welche „andere Voraussetzung“ oder welcher Notendurchschnitt gemeint sein könne oder worin im konkreten Fall „Hilfebedürftigkeit“ der 17-Jährigen bestehe. Es riecht, nein: Es *stinkt* nach **Schikane**, wenn das einzige „Handicap“ der Oberstufenschülerin darin zu bestehen scheint, dass sie die Tochter einer Hartz-IV-Bezieherin ist! Mit den Kindern Berufstätiger wird mit Sicherheit nicht so umgesprungen. In meinen Augen wird mal wieder der Versuch unternommen, Hartz-IV-Beziehern die Würde zu nehmen, indem ihnen nur allzu deutlich unterstellt wird, dass die Inanspruchnahme dieser Transferleistung mit Unfähigkeit, Dummheit und Faulheit gleichgesetzt wird. Ich finde es besonders für die Schülerin eine nicht hinnehmbare Schikane! Meine Kinder mussten zur Oberstufenzeit immer nur eine Schulbescheinigung vorlegen, die besagte, dass sie noch zur Schule gehen und an ihrer Ausbildung arbeiten. Wenn es keine gesetzliche Grundlage für dieses Vorgehen der Arge gibt, überlässt der Gesetzgeber viel zu viel Entscheidungsbefugnis dem jeweiligen Vermittler, der dafür

wahrscheinlich gar keine wirkliche Kompetenz besitzt. Der Schikanierung werden so Tür und Tor weit geöffnet!

7. Wir befinden uns nicht nur in der besinnlichen Adventszeit, sondern nähern uns dem Jahresende und somit den Silvesterknallern. Als einen solchen betrachte ich persönlich den Vorstoß des BA-Vorstandsmitgliedes Heinrich Alt, er wolle Arbeitnehmer und Arbeitslose für eine „mögliche Krise“ auf dem Jobmarkt mit **Qualifizierungsmaßnahmen** für die Zeit danach rüsten. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: „für eine mögliche Krise auf dem Jobmarkt“, als wären wir nicht schon mittendrin! Gerüstet wird ganz woanders. Aber es kommt noch besser: „Nach der Krise sollten die Arbeitslosen und auch die Arbeitnehmer besser aufgestellt sein als zuvor.“ Dafür hat Herr Alt selbstverständlich ebenfalls ein Patentrezept auf Lager: „Wir wollen, dass alle Qualifizierungsmöglichkeiten, die es gibt, im nächsten Jahr auch wahrgenommen werden.“ Natürlich gilt das für Hauptschulabschlusskurse ebenso wie für Nachqualifizierungen für ältere Arbeitnehmer. Die bisher spärliche Nutzung der Kurzarbeiterregelung für Weiterqualifizierungen führt Alt in erster Linie auf fehlende Pläne bei den Betrieben zurück, weil keiner Programme für eine solch tiefe Krise und die Qualifizierung mit Hilfe von Kurzarbeit in der Schublade hatte.

Zwischen die weihnachtlichen Spekulatius, Printen und Makronen platziert Alt noch ein weiteres Schmankerl und zeigt, wie einfach alles werden kann: Seine Angebote besäßen auch eine „ideologische“ Komponente, denn „jeder Mensch“, dem er ein „Angebot“ mache, „seine Position am Arbeitsmarkt zu verbessern, fühlt sich von dieser Gesellschaft gebraucht.“ Weil immer wieder Beispiele zeigten, wie nach langer Zeit der Widereinstieg in den Arbeitsmarkt erreicht wurde, gebe es für ihn „vom Prinzip her keine hoffnungslosen Fälle“. In dulci jubilo, nun singet und seid froh, denn nächstes Jahr wird es bestimmt sehr spaßig und beglückend, wenn sich 7,5 Millionen qualifizierte Arbeitssuchende um 100.000 Stellen streiten! Damit das große Hauen und Stechen dann nicht so auffällt, werden ein paar mehr Qualifikationen ausgeschüttet, die dann etwa zum Diplom-Tellerwäscher befähigen. Wie wäre es auch mit einem Kurs, der mir den richtigen Einsatz des Ellenbogens leicht gemacht aufzeigt? Vielleicht entpuppt sich die überaus sinnvolle Qualifikation sogar als Kontaktbörse, und es findet sich dort der neue Lebenspartner. Egal wie: Hauptsache raus aus der Statistik, damit schnell wieder von einem baldigen Ende der Krise gejodelt werden kann!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“

Leyenhafte Arge-Auflösung: Wird die verfassungswidrige Mischverwaltung durch verfassungswidrigen Kompetenzübergriff ersetzt? *(„Focus“)*

Die Antwort der Herrschenden auf unsere Zukunftssorgen: Staatsterror

1. Meldungen von der Weltklimakonferenz in Kopenhagen lauten: Die Lebensgrundlagen der Menschheit sind bedroht, große Teile der Weltbevölkerung leiden an Wasserknappheit, Millionen werden vor den sich ausbreitenden Wüsten fliehen, ganze Küstenstriche und Länder verschwinden. Derweil bereitet der weltgrößte Umweltverbrecher, der US-Imperialismus, den Einsatz von Mini-Atomwaffen gegen „Ökoflüchtlinge“ vor!

200.000 Menschen demonstrierten für den Erhalt der natürlichen **Umwelt** und ihre Rettung vor der Profitgier. Der Polizeieinsatz gab mit circa 1.000 Festnahmen einen Vorgeschmack auf das, was uns erwartet: Demonstranten wurden eingekesselt, mussten stundenlang auf kaltem Boden sitzen und wurden mit Kabelbindern fixiert. Staatsterror ist die Antwort der Herrschenden auf unsere Zukunftssorgen!

Widerstandsgeist ist erwacht: Katalysator in Stuttgart war der selbständige Streik gegen die Verlagerungspläne von Daimler. Im Kampf gegen das Prestige-Bauprojekt „S21“ besetzten 1.000 Menschen Bahnhof und Straße gegen den Wahnsinn, der 4,5 Milliarden Euro kosten soll. Die Montagsdemo Stuttgart hat sich mit diesem Protest verbunden und beginnt diese Woche am Hauptbahnhof. Inzwischen glauben die Menschen den Herrschenden und ihren Medien immer weniger: Trotz ausgeklügelter Panikkampagne gingen nur 3,7 Prozent der Bremer (innen) zur Schweinegrippeimpfung. Gut so!

2. Mit Datum vom 15. Dezember 2009 teilte die Personalabteilung bei Daimler Bremen mit, dass sie die Abmahnung gegen den Vertrauensmann Kai Steinhage mit sofortiger Wirkung aus der Personalakte entfernt habe. Das ist ein großartiger Sieg der Solidarität! Über 400 Kollegen hatten die Solidaritätserklärung unterschrieben. Offensichtlich haben die Herren in der Geschäftsleitung nun kalte Füße bekommen. Der Streik in Sindelfingen vor gut einer Woche gegen die Verlagerung der C-Klasse, die Unruhe unter der Belegschaft gegen die gestiegene **Arbeitshetze** und nicht zuletzt die Aktivitäten des „Solidaritätskreises“ brachten sie wohl zum „Umdenken“, auch wenn ein Vertreter der Personalabteilung gegenüber der IG Metall erklärte, man habe „sowieso vorgehabt, die Abmahnung vorzeitig aus der Personalakte zu nehmen“.

Dass es den Herrschaften gelingt, die Fragen nach den Selbsttötungen und ihren Zusammenhängen und die wachsende Empörung gegen das immer mörderische Arbeitstempo damit zum Schweigen zu bringen, ist eher unwahrschein-

lich. Die Kollegen in Bremen konnten sie mit ihren Einschüchterungsversuchen jedenfalls nicht zum Schweigen bringen, wie die zahlreichen Redebeiträge auf der Betriebsversammlung am 10. Dezember 2009 zeigten. Der „Solidaritätskreis gegen Abmahnungen bei Daimler Bremen“ wird jetzt die Lage gründlich beraten und dann dazu Stellung nehmen. Außerdem gibt es noch mehr Abmahnungen, die weg müssen!

3. Ich bin dafür, dass alle Menschen ein ausreichendes Einkommen erhalten, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht in der Lage sind, dieses selbst zu erwerben. Dieses „**Grundeinkommen**“ muss so hoch sein, dass damit nicht nur die nackte Existenz, sondern auch die Teilhabe am gesellschaftlichen kulturellen Leben ermöglicht wird. Außerdem lehne ich jede Form von Zwangsarbeit im Kapitalismus ab und vor allem auch die schikanöse Behandlung von Menschen, die dieses Grundeinkommen in Anspruch nehmen müssen. Diese als „Schmarotzer“ zu bezeichnen, ist die widerliche Politik eines Möllenstädt oder Sarrazin und wird von uns allen zu Recht abgelehnt und bekämpft.

Dabei ist klar, dass weder Kapitalisten noch Großverdiener in den Genuss dieses Grundeinkommens kommen sollen. Bezahlt werden soll es über eine Umstellung des Steuersystems, durch höhere Besteuerung insbesondere der Großkonzerne, zum Beispiel über eine umsatzabhängige Sozialsteuer. Was mich darüber hinaus am „*bedingungslosen* Grundeinkommen“ stört, ist, dass dabei der Kampf um Arbeitsplätze keine Rolle mehr spielt. Ich werde mich aber niemals mit der Arbeitslosigkeit, eine der scheußlichsten Auswirkungen des Kapitalismus, abfinden.

Die Möglichkeit zu arbeiten ist ebenso ein Grundbedürfnis wie zu essen und am kulturellen Leben teilzunehmen. Bei vielen Menschen ist das durch die kapitalistische Gesellschaft allerdings verschüttet worden. Natürlich ist der Kampf um die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich kein Allheilmittel, aber ein wirkungsvoller Ansatz: Erstens, indem dadurch tatsächlich neue Arbeitsplätze entstehen, rechnerisch acht Millionen. Zweitens – und das ist noch viel wichtiger – indem der Kampf darum die Arbeiterklasse stärker macht.

Im späteren Sozialismus, wenn die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen der Vergangenheit angehört, gilt das sozialistische Verteilungsprinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung. Befreit von Ausbeutung wird es möglich sein, dass jeder zum gesellschaftlichen Wohlstand beiträgt. Durch die Wunden, die der Kapitalismus aber bei vielen Menschen geschlagen hat, wird das sicher nicht sofort, auf einen Schlag, möglich sein. Im Kommunismus – also erst später und erst, wenn die Klassen und Staaten sich aufgelöst haben – gilt das kommunistische Verteilungsprinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Diese Unterschiede sollte man nicht verwischen.

Wolfgang Lange (MLPD)

Zynische Parole geklaut: Arbeit macht nicht mehr frei *(„Bild“-Zeitung)*

Verweis auf Obdachlosenheim unzulässig: Hartz-IV-Empfänger sind berechtigt, eine eigene Wohnung anzumieten *(„Banktip“)*

Am **Donnerstag**, dem **17. Dezember 2009**, wenn der Bremer Haushalt beschlossen wird, ereignet sich angesichts der katastrophalen Finanzlage die „**Aktion Haushaltsbewässerung**“. Verlegt wird ein Rohr von der Dresdner Bank am **Domshof** zur Bremischen Bürgerschaft am **Markt**, um die Geldströme weg von den Großbanken hin in das darniederliegende System der öffentlichen Finanzen umzuleiten.

In der Vorweihnachtszeit beginnt die **Bremer Montagsdemo** um **17:30 Uhr** vor dem Konzerthaus „Glocke“ an der **Domsheide**. Wir ziehen durch die Oberstraße zum **Hanseatenhof** und halten dort unsere Kundgebung ab.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

260. Bremer Montagsdemo am 21. 12. 2009

Kalte Weihnachten

1. Während Lieschen friert und Hans,
Speist Frau Merkel ihre Gans.
Mausi weint, kriegt keine Puppe –
Dies ist der Frau Merkel schnuppe!

Eisigkalt, und es fällt Schnee:
Kindern frieren Füß und Zeh.
Doch Frau Merkel und ihre CDU
Denken: Lasst uns doch damit bloß in Ruh!

Der Phillipp zittert schon wie Espenlaub,
Frau Merkel aber bleibt auf beiden Ohren taub.
Anstatt der christlichen Nächstenliebe
Wünscht sie dem Phillipp vielleicht noch Hiebe?

Viele Kinder hier im Land
Fährt Frau Merkel vor die Wand.
Sie hat nur ein Politiker-Herz
Und empfindet keinen Schmerz!

Die Herzen dieser Politiker-Lumpen
Sind ganz bestimmt nur Armutspumpen.
Doch arme Kinder wissen heute schon:
Sind wir mal groß, gibt es Revolution!

2. Nicht in allen Gemeinden oder Bundesländern klappt die Zusammenarbeit mit der Linkspartei so gut wie in Bremen. Das Montagsdemo-Bündnis sollte vielleicht meine Idee aufnehmen und dazu beitragen, in möglichst vielen Orten Hartz-IV-Gemeinden zu gründen, um so die Betroffenen an der Kommunalpolitik aktiv zu beteiligen. Nur so wächst die Chance, auch wirklich die Betroffenen selbst in die **Kommunalparlamente** zu bekommen. Gleichzeitig wird damit der Druck auf die Linkspartei verstärkt, sich noch mehr für alle finanziell benachteiligten Menschen in diesem Land einzusetzen.

Unsere Forderungen dürfen sich auf gar keinen Fall auf Nachbesserungen von Hartz IV beschränken. Wir müssen auch weiterhin energisch vertreten, dass dieses asoziale Hartz IV-Gesetz überwunden werden muss! Selbst diese Forderung allein scheint noch nicht auszureichen: Wir brauchen ein anderes gerechteres Gesellschaftssystem, welches die Würde aller in Deutschland lebenden Menschen achtet und auf Chancengerechtigkeit bedacht ist!

Für die Umsetzung der nachfolgenden Punkte sollte man gerade in den Gemeinden beginnen: Kostenloser, zumindest stark ermäßigter öffentlicher Personennahverkehr! Kostenloses Girokonto für alle Hartz-IV-Empfänger und Wohngeldbezieher! Rekommunalisierung von Betrieben der Öffentlichen Daseinsfürsorge, anfangs zumindest Sozialenergie aufgrund vorhandener Richtlinien der EU! Kostenlose Kinderkrippen, Kindergärten, Vorschule und Horte! – In meinen Augen sollte das Bündnis Montagsdemo meine Anregungen prüfen und, wenn man diesen mehrheitlich zustimmen kann, in den verschiedenen Orten mit der Gründung von Hartz-IV-Gemeinden beginnen.

3. Langsam müsste der Zeitpunkt gekommen sein, an dem alle Betroffenen begreifen sollten, dass diese Krise neue Maßnahmen erforderlich macht. Die begonnene Arbeitszeitverkürzung ist schon mal ein richtiger Weg, aber man sollte keine Tippelschritte machen, wenn ein großer Schritt notwendig ist. Radikale Verkürzungen der Lohnarbeit müssen her, und zwar hin zu einer 20-Stunden-Woche. Nur so lässt sich die gerechte Verteilung der noch vorhandenen Lohnarbeit auf alle erwerbsfähigen Menschen überhaupt gewährleisten. Nimmt man gleichzeitig die beängstigenden finanziellen Situationen der Kommunen in Augenschein, so darf sich eigentlich kein vernünftiger Mensch in Deutschland mehr einem bedingungslosen **Einheitsgrundeinkommen** plus Mindestlohn plus radikaler Erwerbsarbeitszeitverkürzungen verschließen!

Viele dieser Probleme könnte man durch die gleiche Teilhabe aller erwerbsfähigen Menschen in Deutschland an der noch vorhandenen Erwerbsarbeit lösen. Gleichzeitig würde jeder junge Mensch die Chance auf eine Ausbildung erhalten, weil man die Unternehmer von den Kosten für die Ausbildungsbeihilfen befreien könnte. Eine Arbeitskraftabgabe in Höhe des Mindestlohnes, plus eine negative Einkommenssteuer bis 1.000 Euro im Monat vom Säugling bis zum Greis, plus Mindestlohn, plus 20 Stundenwoche – und niemand in Deutschland wäre bezüglich der Lebenshaltungskosten und der Miete auf weitere Sozialleistungen angewiesen!

Viele dieser unzähligen Kassen könnte man schließen, auch zum Vorteil aller Kommunen in Deutschland. Nur folgendes muss man wirklich wollen: Umverteilung statt Besitzstandswahrung! Erst in diesem Moment, wenn man *allen* Men-

schen im Land wirksam hilft, sollte man von einer kreativen Krisenbewältigung reden. Die Androhung von Sanktionen dürfte ganz bestimmt nicht dazu gehören! Mit sozialistischem Gruß.

4. Morgen kommt der Weihnachtsmann
Der Oldenburger Linken.
Nur dir, mein Kind, dir bringt er nichts,
Weil es dir ja nichts nützt!
Nur dich, mein Kind, dich lacht er aus,
Wollte kein Geld für dich vom Rätehaus.
An armen Kindern spart dieser Knecht viel Geld:
Sie brauchen nicht, was winters sonst trägt die Welt!

Morgen kommt der Weihnachtsmann
Der Oldenburger Linken.
Zündet überall Elektrokerzen an,
Damit EWE gut leben kann!
Sein Mantel, der ist weiß und rot,
Sitzt mit den Räten Oldenburgs in einem Boot.
Und du, mein Kind, sag's ihm mit einem Gedicht:
Im Gegensatz zu ihm gilt für dich Verzicht!

Und betritt er einen großen Saal,
Erzählt er seine Märchen zum allerletzten Mal,
Weil das kluge Kind ihm seine Rute klaut
Und ihn damit anständig verhaut!
Morgen kommt der Weihnachtsmann
Der Oldenburger Linken.
Kommt er zu euch, dann schmeißt ihn raus
Und tut ihm fröhlich winken!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner asozialer Politik)

Wer sich nicht „spendenwürdig" verhält, dem wird nicht gegeben?

1. Ich finde es unerhört, dass die bremische Staatsanwaltschaft auf Ermittlungen gegen Oliver Möllenstädt verzichtet. In einer Mitteilung heißt es lapidar, für ein Ermittlungsverfahren wegen **Volksverhetzung** habe es keine ausreichenden Anhaltspunkte gegeben. Von „Volksverhetzung" könne man im Sinne des § 130 StGB

nur sprechen, wenn den Angegriffenen ihr Lebensrecht als gleichwertige Mitglieder der staatlichen Gemeinschaft abgesprochen wird und sie als „unterwertig“ gekennzeichnet werden, heißt es in der Mitteilung der Staatsanwaltschaft. In meinen Augen tat Oliver Möllenstädt eben genau das. Dass die Entscheidung der Staatsanwaltschaft bei der FDP gut ankam, vermag ich mir gut vorzustellen. Unglaublich finde ich es hingegen, dass ausgerechnet ein Oliver Möllenstädt von einer „absurden und haltlosen Beschuldigung“ sprach: So etwas dürfe nicht zum Instrument der politischen Auseinandersetzung in Deutschland werden. Er scheint da etwas verwechselt zu haben!

Meiner Meinung nach wird mit einer solchen Aussage das Pferd von hinten aufgezäumt oder das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Wer, wenn nicht Möllenstädt selber, erdreistete sich zu einer diskriminierenden Unterstellung gegenüber ALG-II-Bezieherinnen? Das ist es, was nicht einreißen darf! Aber mit Menschen „zweiter Klasse „ scheint man es ja machen zu dürfen. Wehe, ich würde öffentlich behaupten, Oliver Möllenstädt habe einen Minderwertigkeitskomplex und müsse sich deswegen über andere stellen! Wagte ich das Urteil, er leide an narzisstischer Persönlichkeitsstörung, hätte ich mindestens mit einer Anzeige wegen übler Nachrede, Beleidigung oder Ähnlichem zu rechnen. Darum behaupte ich dies ja auch nicht, sondern stelle nur Fragen und verharre hübsch artig im Konjunktiv! Ich bin ja auch keine Hornisse.

2. Passend zum christlichen Fest der Nächstenliebe zeigen die Berliner Verkehrsbetriebe, wie sie sich ungebetener Personen entledigen: Mit einem sogenannten Pilotprojekt wollen sie versuchen, Bettler, Drogenabhängige und **Obdachlose** von den Grundstücken des Unternehmens zu vertreiben. Offenbar soll frei nach dem Motto „eure Armut kotzt uns an und lässt zudem die Kassen nicht klingeln“ eine „positive Atmosphäre“ geschaffen und die unliebsame Gästeschar mittels Dauerbeschallung von klassischer Musik vertrieben werden. Unter Mitarbeitern von Ladenbetreibern stößt die Aktion auf wenig Gegenliebe, weil klassische Musik zwar etwas Schönes sei, doch bei ständiger Wiederholung als Anstrengung empfunden werde. Die BVG will bei der Auswertung des Tests auch die Meinung von Kunden und Geschäftsinhabern berücksichtigen, um zu erfahren, ob Musikbeschallung als Dauermaßnahme gegenüber den Fahrgästen und den Beschäftigten auf dem Gelände durchsetzbar ist. Die kaltschnäuzige Lautsprecheraktion, mit der in Berlin unerwünschte Personen vertrieben werden sollen, ist leider kein Einzelfall, sondern wird auch schon in anderen Städten praktiziert. Ich vermute, dass dieses inhumane Vorgehen gegen aus der Gesellschaft ausgegrenzte Menschen nur

den Vorstoß zu einer weiteren Vertreibungswelle bietet! Dvořák und Beethoven würden sich im Grabe herumdrehen, wenn sie wüssten, wie ihre wunderschöne Musik hier zu menschenverachtenden Gehilfen der ökonomisierten Konsumgötzen missbraucht wird.

Die Wohnung zu verlieren, kann jeden treffen. Doch Frauen und junge Menschen leiden besonders stark darunter, weil es für sie viel zu wenig Hilfsangebote gibt. Wenn Frauen aus Scham ihre Not verschleiern und aus eigenen Kräften zu überwinden versuchen, dann kommen sie oft bei Bekannten und Angehörigen unter und laufen Gefahr, sich dabei in Situationen zu begeben, die von Gewalt, materieller und sexueller Abhängigkeit geprägt sind. Der Anteil wohnungsloser Menschen unter 25 Jahren erhöhte sich im vergangenen Jahr um 22 Prozent. Im Südwesten Deutschlands suchten fast 10.000 Menschen ohne festen Wohnsitz in sozialen Einrichtungen nach Hilfe. Hier zeichnet sich ein neuer trauriger Rekord ab, der mit Sicherheit auch den menschenverachtenden Hartz-Gesetzen zu verdanken ist! Erst werden Bundesgesetze erlassen, wonach Menschen unter 25 Jahren im ALG-II-Bezug in der Regel keine eigene Wohnung zusteht oder ihnen der Unterhalt wegen absoluter Lappalien zu 100 Prozent wegsanktioniert wird – und wenn sie dann auf der Straße gelandet sind, werden wieder Projekte geschaffen, um ihnen einen Schlafplatz zu verschaffen.

3. Letzte Woche war es in Iserlohn, diese Woche hören wir, dass sich die arge Arge in Unna anmaßt, sich von den überfünfzehnjährigen Kindern der ALG-II-Bezieher die Zeugnisse vorlegen lässt. Dabei seien die Zensuren angeblich zweitrangig. Sie wollten „nur“ schauen, ob die Jugendlichen ungewöhnlich viele Fehlstunden anhäuften, denn der Auftrag der Arge bestehe darin, dass die Menschen auf eigenen Beinen stehen könnten und nicht auf staatliche Leistungen angewiesen seien. Das fange eben schon bei Jugendlichen an. Der dortige Arge-Geschäftsleiter betont aber, dass Auffälligkeiten bei den Schulfehlstunden keine Sanktionen gegen den Arge-Kunden oder die Bedarfsgemeinschaft nach sich zögen. Es würden lediglich die Eltern vorbeugend darauf hingewiesen, dass der Nachwuchs nur mit einem Schulabschluss eine wirkliche Chance auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt habe. Bemerken und wissen ALG-II-Eltern dies nicht von selbst, weil sie sich eh nicht um ihre Kinder kümmern, worauf diese die Haltung der Eltern übernehmen, oder wie jetzt? Die Arge Märkischer Kreis interessiert sich hingegen für die Zensuren der Schüler und meint, die Befähigung dazu zu haben, den Eltern den weiteren Schulverlauf ihrer Kinder empfehlen zu können und zu dürfen! Es gibt für derlei **Gängelungen** keinerlei Gesetzesvorlage. Die argen Argen können lediglich eine Schulbescheinigung verlangen!

4. Nun ist es sogar bei der frisch gekürten Arbeitsministerin Ursula von der Leyen angekommen, dass die Hartz-IV-Reformen nicht ausreichen. Sie scheint aber nicht verstanden zu haben, dass **Hartz IV** mit spitzen Fingern als Sondermüll entsorgt werden sollte! Nun forderte sie ein besseres Zusammenspiel der Behörden,

angeblich zugunsten der Betroffenen, damit sich Arbeitsagenturen und Kommunen noch gezielter um die Millionen „Einzelfälle“ kümmern können. Eine Alleinerziehende brauche neben einem passenden Jobangebot auch Kinderbetreuung und ein Jugendlicher keinen Ein-Euro-Job, sondern Qualifikation! Was meint sie hier eigentlich mit „noch gezielter“? Ich dachte immer, dass die Argen mit den sanften Mitteln der Rasenmähermethode oder dem Gießkannenprinzip arbeiten!

Die Dame möge den Betroffenen bitte auch mal erklären, warum sie nach eventuell abgeschlossener Qualifikation trotzdem keinen anständig bezahlten Job finden. Die Arbeitsministerin sprach in dem Interview davon, dass Menschen qualifiziert werden müssen, und stellte explizit den Terminus der Betreuung heraus. Es ist eher unwahrscheinlich, dass hier ein „Fördern und Fordern“ gleichberechtigt nebeneinandergestellt werden sollte, sondern die Menschen sollen besser überwacht werden können. Wahrscheinlich wurden wieder bestimmte Maßnahmen und Kurse von der Bundesanstalt für Arbeit eingekauft, und die müssen an den Mann oder die Frau gebracht werden! Von der Leyen sprach nur von Jugendlichen, doch es steht zu befürchten, dass sie das auch den Ältere angedeihen lassen möchte. Die Beschäftigungsmafia wird dies bestimmt nicht so ohne weiteres hinnehmen! Bildung und Qualifizierung ist zwar kein Allheilmittel für später – aber ohne Bildung und Qualifizierung hat niemand überhaupt eine Chance. Der Ein-Euro-Job wird für über 500 Euro bei einem Maßnahmeträger finanziert, der Kurs für die Mittlere Reife beim selben Maßnahmeträger für die Hälfte des Geldes nicht, trotz Potential und Willen. Offiziell herrscht sicherlich der Konsens, dass die Jungen ihren Weg noch vor sich haben. Übersetzt ließe sich sagen, dass die Jungen sich ja noch nach Belieben formen lassen. Wenn sie nicht spuren, werden sie halt sanktioniert.

5. Aus Protest gegen die schleppende Arbeitsweise der Arge in Uckermark kettete sich letzte Woche ein fünffacher Vater in der Behörde an. Bereits seit Anfang September wartet der 44-jährige Heilerziehungspfleger vergeblich auf seinen ALG-II-Bescheid. Momentan befindet sich der Familienvater gemeinsam mit seiner Frau in der Elternzeit, betreut seinen einjährigen Sohn und die drei Monate alte Tochter. Bis er im Herbst 2010 wieder voll in seinen Job einsteigen kann, ist die Familie auf die Leistungen des Staates angewiesen. Was ihm dabei am meisten missfällt, ist die Art, wie mit ihnen umgegangen werde: Es könne wohl nicht sein, dass monatelang weder eine Antwort noch ein Bescheid komme. Wenn der Staat etwas von seinen Bürgern wolle, müssten diese ja auch fristgemäß reagieren, findet er und fragt sich, warum nicht auf beiden Seiten dieselben Gesetze gelten.

Abgesehen davon sei seine Familie jetzt wirklich am Existenzminimum angelangt und für ein Babybett, Feuerholz zum Heizen und einen Weihnachtsbaum kein Geld mehr da. Dabei hätten sie Mitarbeiter des Amtes sogar bei sich in die Wohnung gelassen, damit diese sich von ihrer Bedürftigkeit überzeugen konnten. Wenn sie nicht eigenes Gemüse und Obst anbauen würden, hätten sie jetzt gar

nichts. Weil der Familie von der Arge noch etwa 700 Euro zum Leben zusätzlich zustehen, die Behörde aber einfach nicht reagierte, ließ er sich mit seinen Forderungen im Foyer mit einer Eisenkette anbinden. Minuten später gesellten sich die Sozialamtsleiterin und der Leiter der Arge zu den Protestierenden. Nach 20 Minuten kettete sich der Familienvater ab und folgte zwecks Klärung des Sachverhaltes ins Büro. Nach einer weiteren Stunde informierte er den „Uckermark-Kurier“ freudestrahlend darüber, sofort einen Babyerstausstattungsbonus und Geld für Holz bekommen zu haben, der Bescheid über monatliche Leistungen werde morgen zugehen: „Ich weiß, das hört sich gut an. Aber eigentlich ist es traurig, dass man sich erst auf so drastische Weise gegen die Arbeitsweise auflehnen muss, damit etwas vorwärts geht“, sagte er. Er hätte auch nach Ablauf der drei Monate eine Klage wegen **Untätigkeit** einreichen können. Willkommen in der Realität mit Hartz IV!

6. Der Verein „Hilfe für Nachbarn“ unterstützt Bedürftige an einer Schule in Selb mit Kleidung und Schuhen. Dass es einer Familie finanziell nicht gut geht, lässt sich oft an fadenscheiniger Kleidung und abgewetzten Schuhen erkennen oder daran, dass Kinder ohne Frühstück kommen oder sich kein Mittagessen in der Schule für 2,50 Euro leisten können, weil der Regelsatz für Kinder unter 14 Jahren keine drei Euro für Essen und Trinken am Tag vorsieht! Solche Hinweise nahm der Schulleiter ernst und wandte sich deswegen an den Verein „Hilfe für Nachbarn“. 28 bedürftige Kinder der Hauptschule wurden mit Unterstützung des Vereins neu eingekleidet. In vier Geschäften dürfen sich Eltern für ihre Kinder Kleidung im Wert von 200 Euro aussuchen, die am nächsten Tag vom Schulleiter mit dem Geld des Vereins bezahlt werden. Am Tag darauf holen die Eltern die Kleidungsstücke und die Schuhe aus den Läden ab. Bares auf die Hand gibt es nicht. Der Schulleiter wolle den Eltern zwar nichts unterstellen, „aber so sind wir und auch die Menschen, die dafür spenden, wirklich sicher, dass das Geld den Kindern zugute kommt, bei denen das Weihnachtsfest dürftig ausfallen würde.“ Damit hat er unterstellt, indem er herausstellte, nichts unterstellen zu wollen. Menschen, die wirklich etwas Gutes tun wollen, geben ohne zu polemisieren.

Dieser Schulleiter dagegen möchte offenbar, dass wirklich auch der Letzte mitbekommt, wie er in Wahrheit über die Armut und ihre Ursachen denkt. Er liefert wieder einen Grund, den Regelsatz nicht zu erhöhen, denn dort gibt es eine Kleiderspende, woanders Lebensmittel, und an noch anderer Stelle im „Sozialkaufhaus“ günstige Möbel. Mir rollen sich wegen dieser netten Formulierungen und pauschalen Unterstellungen die Fußnägel hoch, denn es geht hier um die Grundsatzfrage, ob wir solche „Hilfen“ wie die „Tafeln“, „Sozialkaufhäuser“ und solcherlei **Sachspenden** überhaupt wollen! Bevor ein Kind, ein finanziell Armer hungern oder frieren muss, ist es natürlich erst mal besser, dass das unmittelbare Leid abgestellt wird – aber gleichzeitig entzieht sich der Staat durch solche „Mildtätigkeit“ aus seiner Verantwortung! In diesem reichen Deutschland ist es wirklich mehr als beschämend, dass es keine wirkliche Grundsicherung gibt, die derartige Man-

gelsituationen verhindert, weil die Regelsätze viel zu niedrig „bemessen“ werden und Menschen am Tropf der Verfolgungsbetreuung hängen müssen! Ein Skandal ist das! Werden private Spenden immer mehr zu einer Gesinnungsüberprüfung für die Bedürftigen: Wer sich nicht „spendenwürdig“ verhält, dem wird nicht gegeben? Ich möchte verdammt noch mal Rechte haben und nicht auf das Gutdünken potentieller Almosengewährer angewiesen sein!

7. Ab Januar werden Familien, Erben, Unternehmer entlastet: Der Bundesrat stimmte letzte Woche leider dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ zu. Länder und Städte fürchten Einnahmeausfälle. Den Staat werden diese **Steuererleichterungen** pro Jahr 8,5 Milliarden Euro kosten. Den Ländern und den Kommunen fehlt Geld für Kindergärten, Schwimmbäder, Schauspielhäuser. Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ ist in meinen Augen ein Verarmungsbeschleunigungs- und Klientelbegünstigungsgesetz, weil nur die nicht armen Familien von dem gestiegenen Kinderfreibetrag und dem Kindergeld überhaupt etwas haben.

Die Kommunen werden weiter ausbluten. Toll für die Hoteliers, wenn der Mehrwertsteuersatz von 19 auf sieben Prozent sinkt und sie das Geld in die eigene Tasche stecken können. Genauso übrigens wie Geschwister, Nichten und Neffen künftig bei einer Erbschaft Geld sparen sollen, weil die Sätze bei der Erbschaftsteuer sinken. Nicht zu vergessen die Lieblingskinder des schwarz-gelben Gruselkabinetts, die Unternehmer natürlich, die künftig ihre Verluste steuermindernd geltend machen können. Was hier wachsen wird, ist die Kluft, die Schere zwischen Arm und Reich! Die Umverteilung von unten nach oben wird immer weiter ausgebaut!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“

Am Dienstag, dem 30. September 2008, konnten Passanten im Bereich der Delmenhorster Bahnhofseingänge klassischer Musik lauschen. Oberbürgermeister Patrick de la Lanne und Bahnhofsmanager Hermann Bollmann, Deutsche Bahn Bremen, nahmen um 15 Uhr die Beschallung nach dem Vorbild des Hamburger Hauptbahnhofs in Betrieb. Berlin ist also kein Pilotprojekt, Hamburg und München waren Vorreiter. In Delmenhorst folgte man ihnen bei des Beschallung des Bahnhofs mit klassischer Musik. Damit sollen Menschen vertrieben werden, die sich nicht zum Bahnfahren kurzfristig dort aufhalten, sondern – aus welchen Gründen auch immer – für längere Zeit im Bahngebäude verweilen wollen.

Zuschrift von Rainer Niehaus, Delmenhorst

Bremen will die Arbeitslosigkeit zweiter Klasse zementieren

1. Das neue Jahr 2010 wird schöngeredet: Kurzarbeit ist die Rettung der Beschäftigungsverhältnisse. Ein Betrieb, der kurzarbeiten kann, verliert den Kündigungsgrund. Kurzarbeit ist ab 2010 aber nur noch bis zu 18 Monaten möglich. Dies ist ein absoluter Arbeitsplatzvernichter, hausgemacht durch diese Regierung, ein Arbeitsplatzvernichtungsbeschleunigungstatbestand! Eile ist geboten, weil einige Betriebe seit 2008 kurzarbeiten!

Eine Rechtsschutzversicherung klärt ihre Kunden darüber auf, dass auch Kündigungsschutzklagen abgesichert sind. Diese sind rechtzeitig zu erheben, notfalls kann die Begründung nachgereicht werden. Es fehlt aber ein entscheidender Hinweis: Wenn ein Sozialplan abgeschlossen wurde, der als Grundlage für die Kündigungen gilt, ist auch der Sozialplan in die Klage einzubeziehen, damit er nicht rechtskräftig wird. Außerdem ist es sinnvoll, die Ordnungsmäßigkeit der **Kündigung** anzuzweifeln: Eventuell ist bei der Anhörung des Betriebsrates oder der Anmeldung der Massenentlassung etwas nicht frist- oder formgerecht gelaufen. Bei einer erheblichen Personalreduzierung ist immer ein Sozialplan abzuschließen. Wer davon hört, sollte schon im Vorfeld den Betriebsrat und seinen Gewerkschaftsvertreter informieren: Ich gehe nicht freiwillig, auch nicht mit Abfindung! Auch bei der sozialen Auswahl sind Entscheidungsmöglichkeiten gegeben. Lasst euch rechtzeitig informieren!

2. Der „Weser-Kurier“ hat am 17. Dezember 2009 geschrieben, „was Bremen im Bundesrat bewegt“. Hier steht unter Punkt 10: „Nur ein Amt für Arbeitslose“. Genau dies, das Ende der Arbeitslosigkeit zweiter Klasse, will Bremen leider nicht. Bremen möchte die **Bagis** erhalten und damit weiterhin zwei Ämter für die Betreuung von Arbeitslosen erhalten! Dadurch wird die Arbeitslosigkeit zweiter Klasse zementiert. Eine Aufteilung der Bagis und die alleinige Arbeitsvermittlung durch die Bundesagentur für Arbeit würde die Arbeitslosigkeit zweiter Klasse beenden!

Bisher wurden in jedem Jahr die Rahmenbedingungen zum Abschütteln von ALG II verschlechtert. Die Lohnabwärtsspirale drehte sich vom ersten Tag an: Jede zumutbare Arbeit ist anzunehmen. Zumutbar ist eine Bezahlung bis 30 Prozent unter Tarif oder ortsüblichen Lohn. Für ALG-II-Betroffene gibt es keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mehr. Noch ab 2009 gibt es bei geförderten Beschäftigungsverhältnissen keine Versicherungspflicht mehr in der Arbeitslosenversicherung. So gibt es auch bei längerer Tätigkeit keinen Anspruch auf ALG I,

wenn der Arbeitgeber einen Beschäftigungszuschuss erhält. Aufgrund des gesunkenen Lohns haben immer mehr Beschäftigte Anspruch auf ergänzendes ALG II. Bremen fördert zusätzliche Beschäftigung. Es wird ein Monatsverdienst von 1.200 Euro brutto gezahlt. Dies ergibt in den meisten Fällen einen zusätzlichen Anspruch auf ergänzendes ALG II. Wie dies geht? Wir gehen mit!

3. Herr Scholz braucht 50.000 Euro, so stand es im „Weser-Kurier“. Eigentlich brauchte er nur 30.000 Euro, doch seine langjährige Hausbank sagte Nein. Er wurde beraten, die KfW habe günstiges Geld. Er wurde beraten, der Berater X mache das! Der Berater X musste aber erst zugelassen werden. Der Antrag für die KfW war fertig. Jetzt brauchte er eine Bank, die den Antrag annimmt und an die KfW weiterleitet. Zum Glück hatte er eine zweite Bank. Herr Scholz hat 20.000 Euro für die Beratung ausgegeben. Ich hoffe, er hat seinen **Kredit** inzwischen!

Die „Kreditanstalt für den Wiederaufbau“ schreibt Eigenlob: „Die KfW Bankengruppe – Markenzeichen für Zukunft“. Über mögliche Finanzierungen heißt es zum Beispiel: „Die KfW hat zusammen mit der Bundesregierung eine Reihe von Flexibilisierungen im KfW-Sonderprogramm für mittelständische Unternehmen erarbeitet. Unter anderem können sich mittelständische Unternehmen schon jetzt die Finanzierung der Betriebsmittel für das Gesamtjahr 2010 sichern.“

Dies sollen Kredite zur Unterstützung von Betrieben oder besonderen Vorhaben sein. Der günstige Zinssatz soll eine Hilfe darstellen. Doch irgendwie liegt die KfW voll daneben, denn den Papiertiger namens Antrag kann kaum ein Mittelständler allein zähmen! Wegen der Verflechtungen im Zuge der Finanzkrise gilt: Wer heute KfW-Kunde wird, sollte genau hinsehen. Nicht, dass dieser KfW-Kredit die Einstiegsmöglichkeit der Heuschrecke wird! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft positiv gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Faschistische Sprachverrohung in der Bundeswehrführung

Jetzt lassen wohl manche führenden Militärexperten der Republik ihre zivilgesellschaftlichen Masken endgültig fallen. Solange der Krieg in Afghanistan noch nicht „Krieg“ genannt werden durfte, vermieden sie peinlichst auch das entsprechend menschenverachtende Vokabular. Das Verbrechen von Kunduz am 4. September 2009 war eine Zäsur in diesem Krieg der Bundeswehr, denn es hat die bisherige Sprachregelung im Kriegführen schlagartig und grundlegend verändert. Offenbar haben nach der klassifizierenden Lesart der Militärs die Bewohner(innen) in den

Einsatzgebieten, insbesondere die Taliban in Afghanistan und Pakistan, nur noch den Status von „zu vernichtendem Ungeziefer“!

Völlig ungeniert spricht auch schon der ehemalige „Verteidigungs“-Staatssekretär Lothar Rühl vom „ zweijährigen Endkampf“ in Afghanistan, dem die Politik nicht „im Feld aus dem sicheren Heim in den Arm“ fallen dürfe. Aus dem Sprachgebrauch des „Dritten Reiches“ sind solche Termini nur allzu bekannt! Der Begriff „Bekämpfung“ wird mehr und mehr durch das menschenverachtende Wort „Vernichtung“ ersetzt, denn die Bundeswehr-Militärs erklären jetzt ihre früheren Bedenken gegen dieses Wort für überflüssig. Oberst Ulrich Kirsch, Chef des Bundeswehrverbandes, erläutert aus seiner Sicht das Wort „Vernichtung“ folgendermaßen: „Das ist ein Terminus technicus, ein militärischer Fachbegriff, mehr nicht.“

Der deutsche General Karl-Heinz Lather, der im belgischen Nato-Hauptquartier Dienst tut, nahm denn auch den Massenmörder Oberst Klein ausdrücklich in Schutz. Es ist wirklich nicht zu fassen: Lather erklärt da völlig ungerührt, das Massaker von Kunduz sei lediglich „eine Anekdote“! Luftschläge wie die bei Kunduz habe es in den vergangenen Jahren immer wieder gegeben, und in der Nato würden sie für „grundsätzlich gerechtfertigt“ gehalten. Das sagte vor kurzem übrigens auch der schneidige Freiherr zu Guttenberg, bevor er aus taktischen Gründen seinen Rückzug antrat. Noch besser wäre es freilich, wenn der Minister für einen wirklichen Frieden eintreten würde. Noblesse oblige, Herr zu Guttenberg – Adel verpflichtet!

Allerdings gibt es in Bundeswehrkreisen auch andere Stimmen: „Heimtückisch, grausam und gemeingefährlich“ nennt zum Beispiel Oberstleutnant Jürgen Rose vom „Darmstädter Signal“ das neuerliche militärische Denken und Handeln. Dem Bundeswehr-Obersten Klein sei es bei der Bombardierung der Tanklastzüge vor allem darum gegangen, „möglichst viele zum Abschuss freigegebene menschliche Ziele zu vernichten“ („Neues Deutschland“ vom 19./20. Dezember 2009).

Der Rückfall der Militärs (und mancher Politiker) in die menschenverachtende Sprache des deutschen Faschismus mahnt noch dringender zum Rückzug! Dieser droht allerdings, trotz des desaströsen Kriegsverlaufs, in immer weitere Ferne zu rücken – auch weil der frisch gebackene „Friedens“-Nobelpreisträger Obama und die Regierung in Berlin immer mehr Truppen einsetzen wollen, um in Afghanistan doch noch eine Art „Endsieg“ zu erreichen.

Das „Bremer Friedensforum“ sammelte unter seinem jüngsten Friedensappell „Bundeswehr raus aus Afghanistan!“ bereits mehrere hundert Unterschriften. In dem Appell heißt es unter anderem: „Seit acht Jahren, länger als der Zweite Weltkrieg gedauert hat, führen westliche Staaten Krieg in Afghanistan, darunter auch Deutschland. Millionen Menschen leiden an Hunger und Unterernährung. Unter

dem Militäreinsatz greifen Drogenproduktion, Korruption, Rechtlosigkeit und Willkür immer weiter um sich. Machen Sie zusammen mit uns Druck auf die Regierung! Fordern Sie mit uns: Bundeswehr schnellstmöglich raus aus Afghanistan!“ Neben anderen Organisationen und vielen Einzelpersonen hat sich auch die Bremer Montagsdemo mit diesem Aufruf solidarisiert.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Kontenkündigungen – jetzt ist praktische Solidarität gefragt!

Mit dem folgenden Brief wandte sich das Zentralkomitee der MLPD am 29. Dezember 2009 an die demokratische Öffentlichkeit. Er betrifft die Kontokündigungen und den Bankenboykott gegen die MLPD und ihren **Prozess** gegen die **Deutsche Bank** am **7. Januar 2010**:

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir möchten über eine Auseinandersetzung mit mehreren führenden Monopolbanken in Deutschland informieren, die bezüglich des Erhalts bürgerlich-demokratischer Rechte von grundsätzlicher Bedeutung ist. Es geht um politisch motivierte Kontenkündigungen und Angriffe auf die Geschäftsfähigkeit der MLPD – ausgehend von den Zentralen der Commerzbank und der Deutschen Bank. Ohne Konten ist eine politische Partei nicht geschäftsfähig und in vielfacher Hinsicht ihrer grundgesetzlich geschützten Parteirechte beraubt.

Zunächst hatte die Commerzbank ein Privatkonto unseres Parteivorsitzenden, Stefan Engel, und seiner Lebensgefährtin ohne Angabe von Gründen gekündigt. Mittlerweile hat das Landgericht Essen die Commerzbank verpflichtet, die tatsächlichen Hintergründe aufzudecken, da „nicht ausgeschlossen“ werden könne dass die Kündigung rein politisch motiviert und damit verboten ist (Landgericht Essen, Aktenzeichen 11 O 196/09). Er erhält seitdem aber auch von anderen Banken keine Konten mehr; so haben bereits die Volksbank und die Deutsche Bank eine Kontoeröffnung abgelehnt.

Am 12. November 2009 erfolgte die schriftliche Kündigung der bei der Deutschen Bank geführten Geschäftskonten der MLPD – auf Anweisung „direkt aus Frankfurt“, dem Sitz des Vorstands der Deutschen Bank. Diese Kündigung betrifft das gleiche Konto, das bereits am 25. September 1985 gekündigt worden war. Bereits damals war die MLPD dagegen politisch vorgegangen. Das Landgericht

Essen stellte am 7. November 1986 fest, dass diese Kündigung unwirksam war, weil sie „gegen das Willkürverbot“ verstieß: „Sie verletzt wegen offenbarer Unbilligkeit die Grundsätze von § 242 BGB.“

In beiden Fällen bestätigten die Banken, dass es keinerlei persönliches Fehlverhalten bei der Kontoführung selbst oder ähnlichen sachrelevanten Fragen gab. Die Kontokündigungen sind einzig und allein politisch motiviert und insofern auch rechtswidrig. Weitere Banken wie die Volksbank, SEB Bank oder die Nationalbank verweigern seitdem – ebenfalls ohne Begründung – Kontoeröffnungen beziehungsweise haben bereits eröffnete Konten wieder gekündigt. Da es Praxis im Hitlerfaschismus war, politischen Gegnern mit der Methode des Bankenboykotts die Geschäftsfähigkeit zu entziehen und sie so zu ruinieren, ist ein politisch motivierter Bankenboykott in Deutschland streng verboten.

Zu den Hintergründen erklärte der Vorsitzende der MLPD, Stefan Engel, in einem Interview gegenüber der Zeitung „Rote Fahne“ am 20. Dezember 2009: „Will man in Deutschland künftig beliebig politisch Andersdenkenden und regierungskritischen Parteien und Organisationen ihre demokratischen Rechte und Freiheiten aberkennen, sie finanziell ruinieren und politisch ins Abseits stellen? Da bleibt doch nur eine Farce der freiheitlich-demo-kratischen Grundordnung in Deutschland übrig!“

Vor diesem Hintergrund hält die MLPD es aus grundsätzlichen Erwägungen für geboten, einem solchen Banken- und Kontenboykott von Anfang an auf politischer und juristischer Ebene entgegenzutreten. Ansonsten gäbe es künftig zweierlei Parteien: Solche von Gnaden des Finanzkapitals und fortschrittliche beziehungsweise revolutionäre Organisationen, die zwar zugelassen, aber ihrer geschäftlichen Rechte beraubt sind. Die Vergangenheit lehrt, dass solche Angriffe, wenn sie nicht gestoppt werden, auf immer mehr fortschrittliche Kräfte und Organisationen ausgedehnt werden.

Auch gegen die Kündigung der Konten bei der Deutschen Bank hat die MLPD Klage eingereicht (Landgericht Essen, Aktenzeichen 6 O 470/09) . Wir bitten alle Demokratinnen und Demokraten, dies zu unterstützen. Solidaritäts- beziehungsweise Protesterklärungen können gerichtet werden: 1. an den Vorstand der Deutschen Bank, Theodor-Heuss-Allee 70, 60486 Frankfurt/Main, Fax: 069/91034225, E-Mail: deutsche.bank(at)db.com, 2. an die MLPD direkt oder zur Kenntnis, E-Mail: info(at)mlpd.de bzw. redaktion(at)rf-news.de, 3. an das Landgericht Essen, Fax: 0201/8032900, E-Mail: poststelle(at)lg-Essen.nrw.de.

Die MLPD hat den Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die Deutsche Bank beantragt (Landgericht Essen, Aktenzeichen 6 O 479/09); darüber wird am Donnerstag, dem 7. Januar 2010, um 11:35 Uhr, in Sitzungssaal D 42 (5. Etage) des Landgerichts Essen, Zweigertstraße 52, 45130 Essen, in mündlicher Verhandlung entschieden. Auf „RF-News“ sind Hintergründe, aktuelle Informationen sowie Protest- und Solidaritätsbriefe dokumentiert.

Wolfgang Lange (MLPD)

Der „Solidaritätskreis gegen Abmahnungen bei Daimler Bremen“ und die MLPD laden ein zur **Silvesterfeier** am **31. Dezember 2009** ab **19 Uhr** im Helene-Kaisen-Haus, Beim Ohlenhof 10, in Gröpelingen. Eintritt inklusive Buffet 15, ermäßigt 7 Euro.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: **Hans-Dieter Binder** („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, GDBinder(at)web.de;
Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

Zuschriften an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler), Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, Kto.-Nr. 2 83.773.918 4, Postbank Hamburg, BLZ 201 100 22

Impressum: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen, Info(at)Bremer-Montagsdemo.de
Für die Beiträge haften die Verfasser.
Zuschriften können veröffentlicht werden.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Sind Sie zufrieden mit der Bagis?

Leider kann das nicht jede(r) von sich behaupten. Die meisten ALG-II-Empfänger sind von der Bagis maßlos enttäuscht: Statt eines tollen Arbeitsplatzes, einer interessanten Weiterbildung oder wenigstens einer ABM-Stelle gibt es „seit Hartz IV“ meist nur noch Ein-Euro-Jobs oder „Qualifizierungsmaßnahmen“, also unentgeltliches Arbeiten. Zusätzlich droht ein Zwangsumzug. Die Schwierigkeiten, die schon beim Beantragen von Arbeitslosengeld II auftreten, möchten wir an dieser Stelle nur kurz erwähnen: Ein Großteil der Anträge wird glatt abgelehnt!

Möchten Sie jobben für einen Euro?

Ein solch unmoralisches Angebot wird für immer mehr Hartz-IV-Betroffene bittere Realität. In Bremen gibt es bereits 5.000 Beschäftigungsmaßnahmen, das ist der höchste Anteil in Deutschland, und wer diesen Zwangsdienst ablehnt, wird sanktioniert. Jeder zweite Ein-Euro-Jobber verdrängt eine reguläre Arbeitskraft, so eine IAB-Studie, aber nur jeder 50. wird dauerhaft eingestellt. Dass ein fester Arbeitsvertrag unbezahlbar wird, wenn die kommunale Konkurrenz Ein-Euro-Kräfte einsetzen darf, beklagt der Handwerksverband schon lange. Jetzt bestätigen selbst die Geschäftsführer von „bras“ und „bag“, den beiden Großen beim Gewinnspiel mit Ein-Euro-Beschäftigten, dass sie damit echte Arbeitsplätze verdrängen!

Reichen Ihnen 359 Euro zum Leben?

Mit diesem Betrag wird auch der Sparsamste nicht auskommen. Obwohl die Sozialverbände in Deutschland der Meinung sind, dass 359 Euro völlig unzureichend sind, wollen die Politiker den Regelsatz nicht erhöhen. Aus Reihen von CDU, FDP oder SPD hört man sogar skurrile Forderungen nach pauschaler Absenkung um 100 Euro oder Ausgabe von Essensgutscheinen statt Bargeld wie bei Asylbewerbern. Schon heute können Hartz-IV-Betroffene kaum noch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, die Neuanschaffung beschädigter Haushaltsgegenstände ist praktisch nicht möglich, und wichtige Arztbesuche werden aufgeschoben!

Wohnen Sie billig genug? Nein?

In Bremen wird rechtswidrig versucht, Mietobergrenzen vorzuschreiben. Sollte Ihre Wohnung „zu teuer“ sein, wird man Ihnen eine der vielen Tausend Umzugsaufforderungen zustellen. Weil es nachweislich nicht genügend günstige Wohnungen gibt und viele Eigentümer nicht an „Hartz-IV-Leute“ vermieten, da Zahlungen der Bagis oft willkürlich eingestellt werden, ist es für die meisten Betroffenen unmöglich, eine entsprechende Unterkunft zu finden. Wer einer Obdachlosigkeit entgehen will, muss am Essen sparen; wer irgendwie Geld auftreibt, macht sich des „Sozialbetrugs“ schuldig. Doch der einzige Sozialbetrug besteht im Festlegen illusorisch niedriger Mietobergrenzen und Regelsätze!

Dann kommen Sie zur Montagsdemo!

Damit die Armutsfalle Hartz IV nicht so leicht zuschnappt, wollen wir Sie aufgrund unserer Erfahrung mit der erniedrigenden und rechtsbeugerischen Praxis der „Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales“ bereits per Flugblatt auf die Goldenen Regeln hinweisen:

1. Gehen Sie niemals allein zu Gesprächen mit dem Sachbearbeiter oder Fallmanager!
2. Geben Sie Schriftstücke am Empfangstresen ab und lassen Sie dort auch eine Kopie für die eigenen Akten mit Unterschrift und Eingangsstempel versehen!
3. Verlangen Sie Bedenkzeit vor dem Unterschreiben, nehmen Sie das Ihnen vorgelegte Schriftstück mit, schauen Sie es in Ruhe an und holen Sie Rat auf der Montagsdemo!

Natürlich ist noch weit mehr zu sagen zu Hartz IV und dem deutschen Unsozialstaat. Darüber reden wir mit Ihnen, zusammen auf der Montagsdemo, ganz persönlich – oder am Offenen Mikrofon, damit es jeder hören kann, auch die Verantwortlichen. Die Montagsdemo dient dem Protest gegen Hartz IV ebenso wie dem Austausch von Informationen und Erfahrungen der Betroffenen. Wir finden Wege aus der Isolation und machen Armut öffentlich! Wir sind keine Bittsteller, sondern fordern unsere Rechte ein! Wir wollen, dass die Diskriminierung der Betroffenen seitens der Politik endlich aufhört! Dies wird geschehen, wenn sich die Betroffenen gemeinschaftlich massiv und lautstark wehren: gegen Sanktionen, Mietobergrenzen, Umzugsaufforderungen, gedeckelte Heizkosten und das Ausspionieren eheähnlicher Gemeinschaften durch den Außendienst der Bagis! Sie haben mehr Reaktionsmöglichkeiten, als Sie glauben! Werden Sie mit uns aktiv: gegen Hartz IV!

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

überparteilich, unabhängig, öffentlich

17:30 Uhr auf dem Marktplatz

www.Bremer-Montagsdemo.de